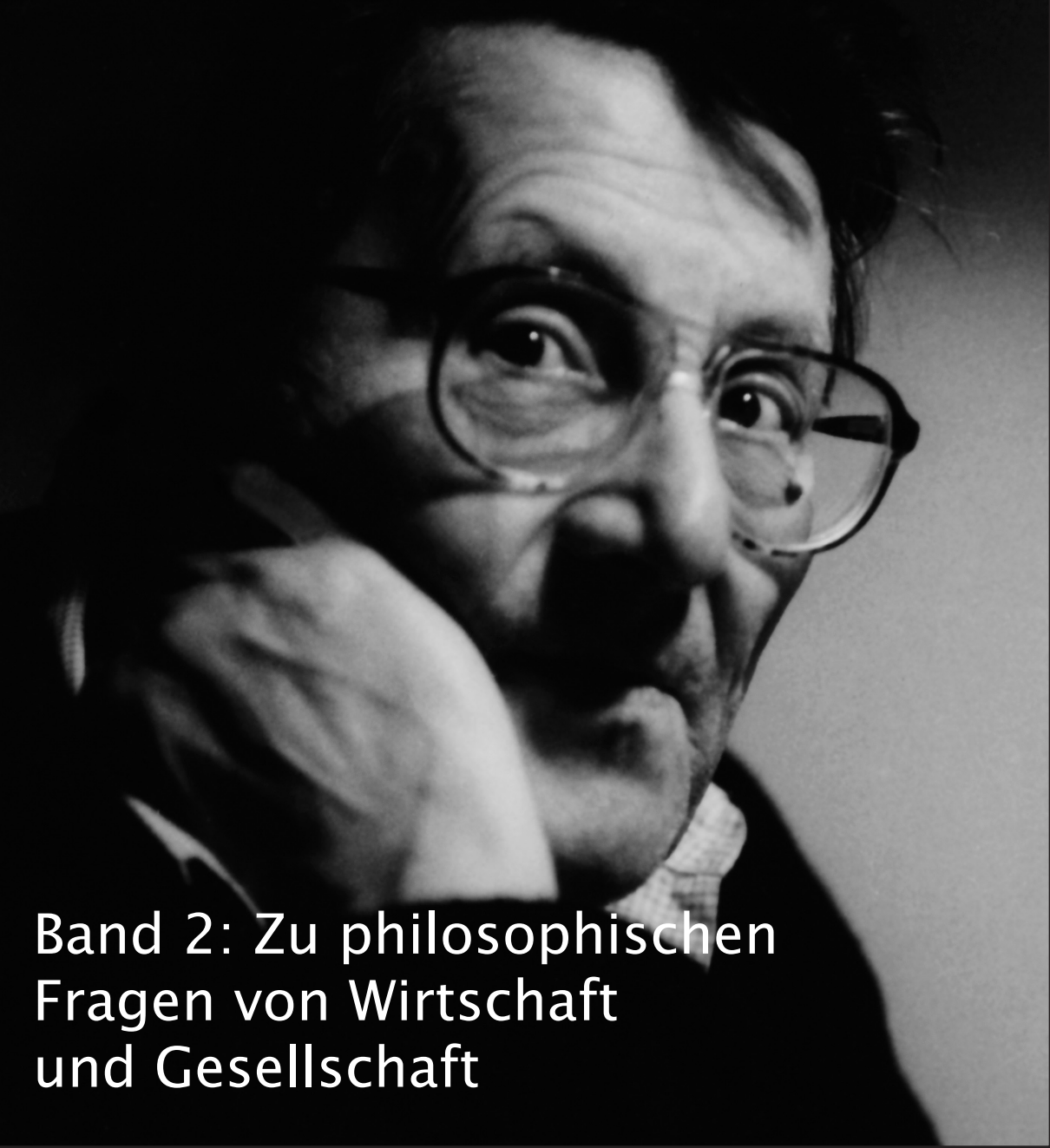


Peter Ruben

Gesammelte philosophische
Schriften



Band 2: Zu philosophischen
Fragen von Wirtschaft
und Gesellschaft

Peter Ruben
Gesammelte philosophische Schriften

Herausgegeben von Ulrich Hedtke und Camilla Warnke
in Verbindung mit Karl Benne

Band 2

Zu philosophischen Fragen von
Wirtschaft und Gesellschaft

Die Herausgeber danken der Clara-Zetkin-Stiftung
für die freundliche Unterstützung dieser Publikation.

Peter Ruben

Gesammelte philosophische Schriften

Band 1: Zu den philosophischen Grundlagen

Band 2: Zu philosophischen Fragen von Wirtschaft und Gesellschaft

Band 3: Zu philosophischen Fragen der Naturwissenschaften. Zur Geschichte der Philosophie

Band 4: Peter Ruben und Camilla Warnke: Zum philosophischen Denken in der DDR

Kostenfreie elektronische Ausgabe

© 2023 Camilla Warnke, Ulrich Hedtke.

Alle Rechte vorbehalten. Verbreitung der elektronischen Ausgabe unter Angabe der Quelle gestattet.

Satz: Rainer Land

Umschlaggestaltung: Rainer Land, Foto Camilla Elle

Quelle: <https://www.peter-ruben.de/>

Inhaltsverzeichnis

Sozialistische Wertform und dialektischer Widerspruch	10
1. Überlegungen zur entwicklungstheoretischen Auffassung des Arbeitswerts in der sozialistischen Produktion	
2. Gleichheit und Ordnung im Gemeinaustausch	
Der Bericht kann nicht wahr sein!	30
[Stellungnahme zum „Bericht der Kommission zu politisch-ideologischen und wissenschaftlichen Einschätzungen von Publikationen von Dr. Peter Ruben“]	
Von der Moralisierung zur Klassengesellschaft oder von der Klassengesellschaft zur Moralisierung?	43
Philosophische Diskussionsbemerkungen zur Hypothese von Klaus Eder	
Diskussionsprobleme in der materialistischen Arbeitsauffassung	58
Zur Arbeitsauffassung in der päpstlichen Soziallehre:	73
Die Enzyklika LABOREM EXERCENS	
Über die Produktivkräfte und ihre Entwicklung	85
Produktivkraft und Produktivität in ökonomischen Maßarten	99
Schumpeters Theorie der Wirtschaftsentwicklung in philosophischer Sicht	113
Nicht der Sozialismus stirbt, sondern der „rohe Kommunismus“	125
Peter Ruben im Gespräch mit Michael Grabek (I)	
Nach dem »rohen Kommunismus«	142
Peter Ruben im Gespräch mit Michael Grabek (II)	
Über Grundprobleme der Wirtschaftsreform in der DDR	148
Was ist Sozialismus? – Zum Verhältnis von Gemein- und Personeneigentum an Produktionsmitteln	160
Wirtschaftsentwicklung und Sozialismuskonzept (1990)	175
Sozialismus	185

Marx in Europa	195
In der Krise des Marxismus. Versuch einer Besinnung	201
„... mit fliegenden Fahnen zu Schumpeter“ Raj Kollmorgen sprach mit Peter Ruben	215
Realität und Problem der Nation	227
Umbruch im Osten – Ende des Marxismus?	239
Gemeinschaft und Gesellschaft – erneut betrachtet	257
Das Arbeitskonzept und das Verhältnis zwischen Gemein- und Privateigentum	272
Ist die Arbeitskraft eine Ware?	290
Wirtschaftsentwicklung und Marxsche Formationslehre	308
Neue Unübersichtlichkeit und altes Wissen	336
Vom Problem der ökonomischen Messung und seiner möglichen Lösung	342
Die kommunistische Antwort auf die soziale Frage	363
Was bleibt von Marx' ökonomischer Theorie?	384
Die Kritik der Nationalökonomie	
Die Werttheorie.	
Die Reproduktionstheorie	
Nachtrag über das Kapital	
Über den Platz der DDR in der deutschen Geschichte	426
Besetzung und Enteignung.	
1. Juglar: November 1943 - Dezember 1952	
Kollektivierung der Landwirtschaft und Militarisierung	
2. Juglar: Januar 1953 - Februar 1962	
Die Wirtschaftsreform und ihr Scheitern	
3. Juglar: März 1962 - April 1971	
Die kreditierte Sozialpolitik	
4. Juglar: Mai 1971 - Juni 1980	
Die stille Partnerschaft mit der Bundesrepublik	
5. Juglar: Juli 1980 - August 1989	

Konkurs und Abwicklung 6. Juglar: September 1989 - Oktober 1998	
10 Jahre danach. Bemerkungen zum Thema <i>Später Aufbruch – frühes Ende</i>	516
Grenzen der Gemeinschaft? Die Gemeinschaftsauffassung vor Tönnies Ferdinand Tönnies' Ansatz René Königs Einwände gegen Tönnies Über die kommunistische Gemeinschaftsauffassung und ihre Grenze	535
August Thalheimers Faschismusanalyse nach Marx' 18. Brumaire	561
Vom Vergleichen des Kommunismus mit dem Faschismus (Einführende Erwägungen) 1. Vom Vergleichen überhaupt 2. Der historische Rahmen 3. Der Faschismus 4. Der Kommunismus 5. Zum Vergleich des Kommunismus mit dem Faschismus	577
Der DDR-Wirtschaftsreformversuch und das Jahr 1968 1. Vorbemerkung zum Begriff der Generation 2. Vom Beginn des ökonomischen Reformversuchs 3. Vom Ende des ökonomischen Reformversuchs	621
Vom Kondratieff-Zyklus und seinem Erklärungspotential 1. Warum darf das Jahr 2008 als Beginn des 5. Kondratieffs festgestellt werden? 2. Über ökonomische Dimensionen 3. Der Kondratieff-Zyklus und von Gerkans „Gedanken zum Ablauf des Weltgeschehens“	634
Was ist Kommunismus?	656
Erich Honecker und die Perestroika. Ein Interview mit Peter Ruben	661

Vorwort

Der erste Band unserer Edition schließt mit Peter Rubens „Bemerkungen zu Dialektik, Arbeit, Gesellschaft“. Dem Aufsatz liegt ein Vortrag auf dem festlichen Kolloquium anlässlich seines 80. Geburtstages im Jahre 2013 zugrunde. Da der Autor hier auch ein Fazit seiner jahrzehntelangen Forschungen zum Verhältnis Dialektik und Logik vorstellt, haben wir diesen Aufsatz trotz seiner überwiegend sozialphilosophischen Themen dem ersten Band zugeordnet. Dabei vermitteln alle drei Schwerpunkte dieser Arbeit, in welchem Maße die wissenschaftstheoretisch sowie sozialwissenschaftlich orientierten Forschungen des Autors ausdrücklich auf kategoriale Analysen zielen. Beginnt der erste Band dieser Edition mit einer Debatte des Verhältnisses von Philosophie und Mathematik, Dialektik und Logik, stehen in diesem 2. Band Grundbegriffe unseres sozialtheoretischen Verständnisses im Mittelpunkt; die Begriffe „Arbeit“ und „Gesellschaft“ sind Fixpunkte im Schaffen von Peter Ruben. Mit ihrer Erweiterung zur Trias *Arbeit, Gesellschaft, Entwicklung* benennen wir wohl die maßgeblichen Kategorien seiner sozialphilosophischen Studien. Legt Ruben für das Verständnis von Arbeit im Kontext ökonomischer Grundbegriffe erstmals einen explizit maßtheoretisch fundierten Vorschlag vor, so führt seine philosophische Analyse der soziologischen Verknüpfungsarten darauf, den gängigen Gesellschaftsbegriff in Frage zu stellen. Seine innovationstheoretische Sicht der gesellschaftlichen Entwicklung führt zu dem Resultat, die soziale Frage vor allem als allgemeines Moment der Evolution zu verstehen. Bedingen Innovationen doch zugleich auch die Entwertung bestehender ökonomischer Wirkungsvermögen, bestimmen immer wieder neue gesellschaftliche Herausforderungen, problemgerechte soziale Lösungen zu finden und sind in der Moderne Quelle der *sozialen Frage*.

Die in Rede stehenden Begriffe sind zugleich Schlüsselbegriffe der marxistischen Gesellschaftsanalyse. Ruben ist als Philosoph auf eine Art und Weise kritischer Marxist, wie Schumpeter dies als Ökonom ähnlich von sich bekundet hat. Die Rezeption des von Schumpeter als *ökonomische Geschichtsauffassung* bezeichneten theoretischen Kerns des Marxschen Schaffens verbinden beide mit der kritischen Prüfung des Marxschen Gesamtwerkes – Schumpeter als Ökonom, Ruben als Philosoph. Sozialphilosophisch orientierte Maßtheorie führt Ruben darauf, die Vorstellung vom „Verkauf der Ware Arbeitskraft“ als unzutreffend zu beurteilen und die Analyse menschlicher Verbindungsarten mündet in die Diagnose, Kommunismus stifte keine Gesellschafts- sondern eine Gemeinschaftsordnung. Auf dieser Basis kritisiert er Marx' Verzeichnung gesellschaftlicher Zusammenhänge in ebenso viele zwischenmenschliche Entfremdungen, eine Sicht, die die Aufhebung des Tausches und des Geld-

gebrauchs als einzig humanen Ausweg suggeriert. Bei all dem ist für Ruben die über die politologische Sicht hinausgehende sozialökonomische Analyse maßgeblich. In diesem Sinne drückt er in seinem Aufsatz *In der Krise des Marxismus* die Hoffnung auf dessen zivilgesellschaftliche Zukunft aus.

Der Autor rezipiert neben Karl Marx, besonders Ferdinand Tönnies und Joseph Schumpeter als sozialwissenschaftlich maßgebende Theoretiker, setzt sich mit ihnen auseinander und bildet sich an ihren Schriften. Dennoch haben wir hier keinesfalls eine allein von Theorien gespeiste Gedankenentwicklung vor uns. Rubens sozialphilosophische Forschungen reflektieren vor allem den sich seit 1980 immer deutlicher abzeichnenden Niedergang des Kommunismus. Die Grundsätzlichkeit seiner Argumentation entspricht der Radikalität des historischen Vorganges. Sie ergibt in einem zentralen Punkt, dass entgegen der programmatischen Hoffnung, in der kommunistisch verfassten Wirtschaft würden die Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums und der Produktivität fließen, diese Verfassung auf die Dauer zur Blockade wirtschaftlicher Entwicklung führt.

Ein derartiger Erkenntnisweg war dem Sohn einer kommunistisch orientierten Arbeiterfamilie nicht von Hause aus mitgegeben und wer die Gedankenentwicklung Rubens näher betrachtet, der begegnet neben der ausdrücklichen Revision zunächst übernommener Vorstellungen – wie der von „Gesellschaft“, der von der „Ware Arbeitskraft“ bis hin zu dem Vorschlag, Kapital, analytisch gesehen, als negative Größe zur Kenntnis zu nehmen – weiteren Positionswechseln. Kein Wunder, dass maßgebliche Kreise der SED-Philosophenzunft angesichts der Schriften Rubens von „Revisionismus“ sprachen und mit ihrer Reformfeindlichkeit das Ihre zur Implosion der DDR beigetragen haben.

Eilt man „mit fliegenden Fahnen“, wie Ruben in einem Interview sagt, in Schumpeters Gefilde, dann stößt man selbstverständlich auch auf die „langen Wellen“, von denen im Anschluss an Fernand Braudel zu vermuten ist, dass sie eher den wirtschaftlichen Puls der Generationen als die Eigendynamik von Technologien zeichnen. Folgt man dann den sich aus Schumpeters *Business Cycles* für den Beginn wie die wahrscheinliche Dauer des Nachkriegszyklus ergebenden Daten, so wird deutlich, dass das „Wirtschaftswunder“ wie auch die reaktive Reformphase der DDR und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit dem projektierten Konjunkturverlauf entsprachen. Begonnen mit der Zahlungsunfähigkeit Polens und den sich ab 1980 auch in der DDR immer deutlicher auftuenden Wirtschaftskrisen dokumentierten danach nicht nur Einschnitte im „Osten“ den wahrscheinlichen Verlauf einer Kontratieffdepression. Denn mit dem Erreichen des Depressionstiefpunktes war neben der kommunistischen Staatenwelt auch die sozusagen klassische Labourpolitik der Nachkriegszeit Geschichte, New Labour und Neoliberalismus übernahmen das Management. Ich erinnere daran, um die intensiven Studien Rubens zu Wirtschafts- und Sozialzyklen in ihren zeitgeschichtlichen Kontext zu stellen. Es wird sicher weiterer Forschungen bedürfen, um die damit zur Debatte gestellten zyklentheoretischen Probleme zu klären.

Nicht nur den Freunden und Kollegen aus dem näheren Kreis um Peter Ruben, sondern auch den auf Reformen drängenden Ökonomen wurde im Verlauf der 80er Jahre klar, dass der Krisenverlauf nur dann nicht in ein Chaos mündet, wenn es zu einer marktwirtschaftlichen Reform der DDR an Haupt und Gliedern kommt. Im Interview mit Michael Grabek reflektiert Ruben die Aussichten und Hoffnungen, die 1989 noch dafür sprachen, dass die DDR einen entsprechenden eigenständigen Ausweg aus Parteiherrschaft und Kommunismus finden könnte. Seit dieser prekären Übergangsphase fragte Ruben nach den regulativen Ideen eines über New Labour und Neoliberalismus hinausweisenden Weges der Marktwirtschaft und damit auch nach den Orientierungspunkten für eine mögliche sozialistische Perspektive. Mit dem Abschied vom Kommunismus sind wir darauf verwiesen, das Verhältnis von Markt und Staat, von Gemeineigentum und persönlichem Eigentum wie das zwischen dem Einkommen aus Arbeit und dem aus Kapital immer wieder neu zu durchdenken. Mit einem landläufigen Verständnis des Kapitalismus ist da nicht gedient. Die Vorstellung, es handele sich bekanntlich um eine Ordnung, die auf Privateigentum an den Produktionsmitteln und der Steuerung von Produktion und Konsum über den Markt beruht, ignoriert ja gerade die Schlüsselfrage, unter welchen Bedingungen das persönliche (nicht das private, denn auch Gemeineigentümer sind ja gegeneinander privat) Eigentum an sachlichem Produktivvermögen, die Existenz und das Wirken von Kapitalisten also, wirklich in *Kapitalismus* umschlägt. Gesellschaft und Staat sind zweierlei und das Kapital muss sich den Staat subsumieren, zum Gesetzgeber und zum politisch dominanten Subjekt werden, um Kapitalismus zu bestimmen. Wir aber leben nicht im wirklich kapitalistischen Holland des 17. und 18. Jahrhunderts. Der Kurzschluss, *wenn Kapital, dann auch Kapitalismus* sollte vielmehr als Fragestellung notiert werden. Das hier ansetzende Denken wird nicht umhinkommen, im Anschluss auch an die Überlegungen von Peter Ruben die Frage nach der Vereinbarkeit von Kapital und Sozialismus zu klären. Die Implosion der kommunistischen Epoche zwingt zu neuen Fragen.

Für ihre konstruktive Mitarbeit an dieser Edition danke ich Lothar Pawliczak und Dieter Püschel.

Die Zitier- wie auch die Formelschreibweisen dieser Edition entsprechen weitgehend den jeweiligen Erstpublikationen.

Ulrich Hedtke

Peter Ruben und Hans Wagner

Sozialistische Wertform und dialektischer Widerspruch

Überlegungen zur entwicklungstheoretischen Auffassung des Arbeitswerts in der sozialistischen Produktion¹

Der von der 11. Tagung des ZK der SED geleistete bedeutsame Beitrag zur Weiterentwicklung unserer Wirtschaftspolitik lenkt mit Nachdruck auch die marxistisch-leninistische theoretische Forschung in die Richtung einer erheblichen Vertiefung des wissenschaftlichen Verständnisses der objektiven Zusammenhänge in der sozialistisch-kommunistischen Produktionsweise. Wenn, wie E. Honecker unterstreicht, „der Fortschritt auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens in immer stärkerem Maße von den wirtschaftlichen Ergebnissen beeinflusst“ wird², so muß sich der theoretische Fortschritt, soll er effektive praktische Konsequenzen haben, vornehmlich dadurch zeigen, daß die objektiven Einflußgrößen gerade unserer wirtschaftlichen Ergebnisse präziser und ihrer Darstellung nach handhabbarer erfaßt werden. Wenn es gegenwärtig verstärkt darauf ankommt, „die Vorzüge unserer sozialistischen Gesellschaft wirksamer mit der wissenschaftlich-technischen Revolution zu verbinden“³, wenn „durchgreifende Erfolge in der Erhöhung der Effektivität ohne eine umfassende wissenschaftliche Durchdringung der Produktion nicht mehr möglich“ sind⁴, dann ist es für die marxistisch-leninistische theoretische Forschung selbstverständlich, insbesondere auch die ökonomische Durchdringung der sozialistischen Produktion und Reproduktion rasch und entschieden zu vertiefen.

Eine der Hauptfragen in dieser Erkenntnisarbeit besteht natürlich darin, die Natur der *Wertbildung* und -realisierung im Sozialismus mit dem praktischen Ziel zu erklären, die *Preisbildung* auf geklärten theoretischen Grundlagen in wesentlicher Übereinstimmung mit dem Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft zu realisieren. Darin dürfen die ökonomischen Leistungen der *Teilarbeiter* des sozialistischen *Gemeinproduzenten*

1 Erstveröffentlichung in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 28. Jg., H. 10/1980, S.1218-1230. Die ss/ß- Rechtschreibung wurde angepasst. Wir möchten darauf hinweisen, dass der Autor seine in den 70er Jahren entwickelte Position zur Marxschen Theorie der Wertform in den 90er Jahren überdacht und reformuliert hat. Vgl. hierzu in diesem Band den Aufsatz: Was bleibt von Marx ökonomischer Theorie? (Die Herausgeber)

2 E. Honecker: Die nächsten Aufgaben der Partei bei der weiteren Durchführung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED. Berlin 1980. S. 28 f.

3 Ebd. S. 29

4 G. Mittag: Über die Anforderungen nach der 11. ZK-Tagung auf der Arbeitsberatung der Bauakademie der DDR am 18. Januar 1980. In: Neues Deutschland vom 19. und 20. Januar 1980. S. 3

nicht nur unter Voraussetzung eines gegebenen und subjektiv bekannten technologischen Standards bewertet werden, sondern es muß *zugleich* die über wertvolle Neuerungen durch einzelne Teilarbeiter (Betriebe und Kombinate) realisierte Veränderung des technologischen Standards, die eine Änderung der Proportionalität der Volkswirtschaftszweige ist, in die subjektive Bewertung mittels der Preisbildung eingehen.¹ Die praktisch wesentliche Preisbildungsproblematik in der Durchsetzung der intensiv erweiterten sozialistischen Reproduktion erscheint theoretisch in der Frage: Wie ist der in einer von einem Teilarbeiter entwickelten Neuerung präsentierte ökonomische Wert zu *messen*? Mit welchem Preis ist dieser Wert zu realisieren?²

Nach unserer Auffassung kann dieses Problem theoretisch nicht wirklich gelöst werden, solange die Wertlehre an die Vorstellung der Zirkulation *für sich* gebunden bleibt. Das ist deshalb der Fall, weil in der Zirkulation als solcher, d. h. in der Zirkulation ohne Rücksicht auf die Produktion, die Erzeugnisse stets als gegeben – philosophisch gesprochen: als *daseiend* – unterstellt werden, nicht aber als sich im Prozeß der gesellschaftlichen Durchsetzung befindend – philosophisch gesprochen: als *werdend*. Eine Neuerung, die sich schon durchgesetzt hat, ist keine Neuerung mehr, sondern Bestandteil des gesellschaftlichen Reichtums. Eine Neuerung als solche befindet sich stets im Akt der Durchsetzung, ist nicht gesellschaftlich wirklich, sondern muß gesellschaftlich wirklich werden. In diesem Durchsetzungsprozeß aber muß sie sich überhaupt erst als *wirkliche* Neuerung beweisen. Im *Kampf* um die Verwirklichung der Neuerung – und in keiner anderen Situation – wird entschieden, ob in der vorgeschlagenen Neuerung in der Tat Neues *erscheint* oder nur Neues zu sein *scheint*, ob also die Neuerung *Erscheinung* oder bloßer *Schein* eines Neuen ist. Der Kampf ist es, der den Schein von der Erscheinung trennt, der entscheidet, ob eine Neuerung in Wahrheit „alten Wein in neuen Schläuchen“ vorstellt oder wesentlich Neues zur Erscheinung bringt. Demgemäß besteht das Preisbildungsproblem in der intensiv erweiterten sozialistischen Reproduktion darin, nicht nur das Dasein von Werten, sondern auch das *Werden* derselben in die ökonomische Kalkulation einzuführen. Damit ist natürlich klar die Frage nach dem Zusammenhang von *Entwicklung* und *Wert*, von *Beherrschung* der Entwicklung und *Preis* zur Debatte gestellt. Indem dies der

1 Man muß sorgfältig zwischen der Wertmessung und der Bewertung als subjektiver Zuordnung von Werten unterscheiden. Die Preisbildung steht vor der doppelten Aufgabe, erstens objektive ökonomische Werte (verdinglichte Werte im Sinne unserer weiteren Ausführungen) subjektiv festzustellen, zu erkennen, und zweitens zu entscheiden, ob die erkannten Werte in derselben Größe reproduziert werden sollen oder nicht, d. h., ob die Proportionalität der Wirtschaftszweige quantitativ erhalten oder geändert werden soll.

2 Unter Voraussetzung erweiterter Reproduktion müssen die Preise keineswegs die heute gegebenen Werte vorstellen) sondern so gebildet werden, daß die morgen gewollten Werte tatsächlich eintreten. Die quantitative Inkongruenz gegebener Werte und Preise ist Widerspiegelung der realen Entwicklung. Nur ein abgeschlossenes ökonomisches System würde diese Inkongruenz nicht kennen.

Fall ist, versteht es sich, daß die theoretische Forschung in der Tat zu neuartigen ökonomischen Fragestellungen vordringen muß.

In der kapitalistischen Produktionsweise werden Neuerungen über die Konkurrenz der *Privateigentümer* durchgesetzt. Dabei bleiben die zahllosen Fehlschläge zumeist im dunklen und stellen sich in Gestalt von Pleiten dar. Nur die realisierten Neuerungen stehen im Licht und bringen den gehörigen Extraprofit, solange sie sich im Akt der Durchsetzung befinden. Das Gesetz dieser Realisierung durchschaut der Kapitalist theoretisch nicht; er hat nur „Intuitionen“ und kann sich im Nachhinein an die Brust klopfen und glaubhaft versichern, auf das richtige Pferd gesetzt zu haben. In der sozialistischen Produktionsweise aber ist die Konkurrenz mit der Liquidation des Privateigentums ausgeschlossen. Daher ergeben sich in ihr historisch völlig neuartige Bedingungen für die Durchsetzung wirklicher, d. h. wirksamer, Neuerungen. Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger als darum, die *Selektion* von Neuerervorschlägen nach ihrem Dasein als Repräsentanten des ökonomischen Werts auf dem Boden des sozialistischen Gemeineigentums *beherrschbar* zu machen. Und dieser Boden impliziert mit dem Ausschluß der Konkurrenz den Einschluß der *Kooperation* voraussetzungsgemäß unterschieden produzierender Teilarbeiter. Daher ist unseres Erachtens das Kernproblem in der Findung einer adäquaten Bewertung von Neuerungen die Frage nach der Wertbestimmtheit der Kooperation als solcher. Weil nämlich die Durchsetzung von Neuerungen, wie schon bemerkt, die Vergesellschaftung derselben ist, so ist die Frage nach der Bewertung dieser die Frage nach der *Bewertung der Kooperativität* der Teilarbeiter. Nicht die Produktivität des Teilarbeiters *für sich*, sondern seine Produktivität *für die anderen* Teilarbeiter desselben sozialistischen Gemeinproduzenten steht damit zur Beurteilung in der Preisbildung an.

Was hat diese ökonomische Problemlage mit dem Widerspruchsdenken der materialistischen Dialektik zu tun? Um diese Frage positiv zu beantworten, muß man zunächst einfach den Sachverhalt beachten, daß *jeder* Neuerervorschlag im Sinne des gewöhnlichen Widerspruchsbegriffs des Alltagsbewußtseins¹ ein *Widerspruch* gegen das bestehende technologische Niveau ist. Wer dem daseienden Zusammenhang der Teilarbeiter nicht widerspricht, ist selbstverständlich auch kein Neuerer. Aber, und erst damit wird der Widerspruch zum wirklichen Problem, es ist keineswegs jeder, der dem bestehenden Niveau widerspricht, schon allein deshalb auch ein Neuerer. Weil ausgedrückte Widersprüche im formulierten Gegensatz zum gegebenen Niveau jederzeit auch „alte Hüte“ in neuer Verpackung anbieten können, deshalb ist das Auftreten eines Widerspruchs *für sich* noch durchaus nicht als definitiver Ausweis einer wertvollen Neuerung zu betrachten. Mithin kommt es darauf an, Widersprüche zum Gegenstand des Erkennens so zu machen, daß wir auf

1 Wird gegen einen Sachverhaltsausdruck S/P der negative Gegensatz $S/\bar{A}$ oder der gegenaffirmative Gegensatz $S/\bar{P}$ in derselben Kommunikationsgemeinschaft ausgesprochen, so enthält diese den negativen Widerspruch S/P und $S/\bar{P}$ oder den affirmativen Widerspruch S/P und $S/\bar{P}$ im Sinne des Alltagsbewußtseins. Sache der Wissenschaft ist es, diese Phänomene zu bestimmen.

Grund der entsprechenden Begriffsbildung imstande sind, sozusagen die „guten“ von den „schlechten“ Widersprüchen korrekt zu unterscheiden. Gute Widersprüche bedeuten Produktivitätszuwachs; schlechte Widersprüche bedeuten Produktivitätsabnahme – beides stets bezogen auf die Produktivität des sozialistischen *Gemeinproduzenten*, *niemals* auf irgendwelche *Teilproduktivitäten* individuell gefaßter *Teilarbeiter*. Wird ein in diesem Sinne schlechter Widerspruch nicht durch gesellschaftliche Negation des präsentierten Gegensatzes ausgeschlossen, wird die *bestehende* Produktivität des *Gemeinproduzenten* in Frage gestellt. Wird umgekehrt ein in diesem Sinne guter Widerspruch nicht durch gesellschaftliche Negation des bestehenden Niveaus der Produktion ausgeschlossen, so wird die Produktivitätssteigerung in Frage gestellt, d. h. die *progressive* Entwicklung, der substantielle *Fortschritt* des *Gemeinarbeiters*. Mit anderen Worten: Die Frage nach dem Wert von Neuerungen schließt die Frage nach der Wertbildung und -realisierung durch Entwicklungen ein, die ihrerseits, wie die materialistische Dialektik lehrt, durch Setzung und Aufhebung von Widersprüchen bestimmt ist. Daher stehen wir vor den Fragen: Was hat der ökonomische Wert mit der Entwicklung zu tun? Was hat der ökonomische Wert mit dem *Widerspruch* im Sinne der materialistischen Dialektik zu tun?

Mit dem Blick auf diesen Zusammenhang besteht also eine entscheidende Aufgabe der marxistisch-leninistischen theoretischen Forschung darin, die dialektisch-materialistische Widerspruchssicht mit der politisch-ökonomischen Wertlehre zu verbinden. Dies kann nicht anders als durch Kooperation verwirklicht werden, d. h. durch Aufhebung der wechselseitigen Abschließung der wissenschaftlichen Teilarbeiter gegeneinander samt ihres Rückzugs auf die jeweils besondere Fachkompetenz. Daß solche Aufhebung mühevoll ist – man braucht nur daran zu denken, daß mit der Existenz der verschiedenen wissenschaftlichen Fachsprachen selbstverständlich allerlei Mißverständnisse auftreten können, die erst durch Herstellung einer *gemeinschaftlichen* Kommunikation zu beheben sind –, versteht sich. Daß sie weiter aber auch die definitive Unterstellung der *Besonderheit* der Teilarbeiter einschließt, muß ausdrücklich betont werden. Kooperation wird nicht durch Subsumtion des einen unter den anderen erreicht (so ist der eine nur Mittel der Vorstellung des anderen), sondern durch unmittelbare Vergesellschaftung der unterschiedlichen Arbeitsfähigkeiten. Und selbstverständlich hat sie Effektivität erst dann, wenn sie wirklich zu einem Effekt führt. Wo sie ineffektiv bleibt, ist nur erst ihr Schein vorhanden, ihre Erscheinung noch ausstehend. Was insbesondere die Kooperation zwischen marxistisch-leninistischer politischer Ökonomie und Philosophie angeht¹, so nehmen wir an, mit den vorgestellten Überlegungen

1 Diese Kooperation ist inzwischen institutionell durch Bildung einer Forschungsgruppe an der Sektion Marxistisch-leninistische Philosophie der Humboldt-Universität unter Leitung von H. Steininger konstituiert worden und hat zu ersten Resultaten geführt. (Vgl.: H. Steininger/H. Wagner und C. Warnke (Hrsg.): *Objektive Gesetze in methodologischer Sicht*. Berlin 1978 - Manuskriptdruck des Zentralinstituts für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR.)

verdeutlicht zu haben, daß sie ein wirkliches Bedürfnis vorfindet: Wie nämlich die Wertauffassung der politischen Ökonomie des Sozialismus im Interesse dieser Disziplin selbst weiterzuentwickeln ist, so ist die Widerspruchsauffassung des dialektischen Materialismus ebenso im Interesse dieser Disziplin weiterzubilden. Und wenn nun die Kooperation dazu führt, daß beide besonderen Aufgaben vermittels ihrer tatsächlich gelöst werden können, dann ist erwiesen, daß Kooperativität neben der individuellen Produktivität der Teilarbeiter einen *zusätzlichen* Produktivitätseffekt hat. Und dieser ist es überhaupt, der die spezifisch sozialistische Steigerung der Arbeitsproduktivität darstellt, der das Ziel des Übergangs zur intensiv erweiterten sozialistischen Reproduktion objektiv ist.

Wenn wir im folgenden den Zusammenhang der sozialistischen Wertbildung und -realisierung mit dem dialektischen Widerspruch in einer ersten Näherung zu bestimmen versuchen, so handelt es sich in diesem Versuch erstens um einen Neuerervorschlag im obigen Sinne und zweitens um ein Kooperationserzeugnis, um ein Erzeugnis also, das nicht darauf angelegt ist, *reine* politische Ökonomie oder *reine* Philosophie zum Ausdruck zu bringen. Wegen der Kooperation können wir nicht unterstellen, daß „Entwicklung“ ausschließlich eine Sache der reinen Dialektik bezeichnet und „Wert“ nur und nur eine Sache der Ökonomie. Solche Unterstellung wäre vielmehr Ausschluß der Kooperation. Denn man kann nur bezüglich *gemeinsamer* Gegenstände zusammenarbeiten. Wir setzen daher voraus, daß Entwicklungen *empirisch* dadurch zu konstatieren sind, daß gegebene Gemeinschaften von Individuen (biologisch z. B. räumlich und zeitlich bestimmte Populationen) Nachfolger erzeugen, die ihrerseits zu einem späteren Zeitpunkt die ursprünglich gegebenen Gemeinschaften gattungsgleich ersetzen. In diesem Sinne verstehen wir also unter „Entwicklungen“ zeitliche Folgen von Produktionen und Reproduktionen gegenständlich gegebener Gattungen (eine Gattung ist keine Menge im mathematischen Sinne, sondern durch das Verhältnis mindestens einer Eltern- zu ihrer Tochtergeneration gegeben). Wie wir meinen, ist dieser Entwicklungsbegriff sowohl Bestimmung empirischer Entwicklungen als auch Darstellung dessen, was *an sich* (nicht *an und für sich*) in der materialistischen Dialektik unter „Entwicklung“ verstanden wird. Er liefert uns die Möglichkeit, die konkrete Einheit der politischen Ökonomie des Sozialismus mit der materialistischen Dialektik zu denken, also den Zusammenhang des sozialistischen Werts mit dem dialektischen Widerspruch zu diskutieren.

1. Die Wertform des Gemeinaustauschs und der erscheinende dialektische Widerspruch

Indem Marx die historische Natur der kapitalistischen Produktionsweise aufdecken und damit die geschichtliche, objektive Aufgabe der Arbeiterklasse wissenschaftlich begründen will, unterstellt er im „Kapital“ den erscheinenden Reichtum der bürgerlichen Gesellschaft als „ungeheure Warensammlung“, die einzelne Ware als seine *Elementarform*“¹. In diesem Zusammenhang gebraucht Marx für „Ware“ die folgende Definition: „Nur Produkte selbständiger und *voneinander unabhängiger Privatarbeiten* treten einander *als Waren* gegenüber.“² Nicht also, weil sich Erzeugnisse in irgendwelchen Tauschakten gegenübertreten, sind sie Waren, sondern weil dieses Gegenübertreten unter der genetischen Voraussetzung exklusiven Eigentums erfolgt. Nicht der Tausch *bildet* Waren, sondern Erzeugnisse von gegeneinander unabhängigen Produzenten werden durch den Tausch als Waren *realisiert*, weil sie bereits als Produkte gegeneinander äußerlicher Eigentümer gebildet worden sind. Der Tausch zieht nur die Konsequenz, die die *Privatproduktion* schon gesetzt hat.

Ist aber der Tausch die Aufhebung des Erzeugnisses als Ware, weil die zugrunde liegende Privatproduktion das Erzeugnis als Ware gesetzt hat, so ist weiter klar, daß auch das Geld nicht (ebensowenig wie der Tausch) für die Existenz der Warenproduktion sozusagen verantwortlich gemacht werden kann. Da nämlich das Geld *des Privateigentums* als Exklusion einer besonderen Warenart in Erscheinung tritt, mithin Selektionsprodukt unter der Bedingung vieler vorangehender privater Tauschakte ist, so ist seine gegenständliche Existenz zwar Bestätigung der Existenz der Produkte als Waren, nicht aber *Grund* der Warenexistenz, sondern deren *Folge*.

Wenn schließlich der Geldumlauf durch bestimmte Gemeinwesen über die Einführung von *Scheinen* und *Münzen*, die man umgangssprachlich auch „Geld“ nennt, partiell ersetzt wird (zunächst innerhalb der entsprechenden Gemeinschaften), so ist wieder nicht der Tausch von Erzeugnissen gegen solche Geldscheine und -münzen (vorausgesetzt, die Münzen sind nicht unmittelbar Quanta der Geldware) Grund für das *Warendasein* der Produkte, sondern *Folge* des Einsatzes des gesellschaftlichen Bewußtseins im Interesse der Schaffung von *Zeichen* des schon vorhandenen Geldes.

Wir heben also hervor: Im Sinne der Marxschen ökonomischen Theorie ist das Auftreten von Arbeitsprodukten als Waren an die Voraussetzung der Existenz des Privateigentums im ganz allgemeinen Sinne der Existenz *verschiedener* Eigentümer gebunden. Diese Eigentümer können *für sich* sehr wohl Gemeineigentümer sein. Sie sind auch Privateigentümer im Sinne des Marxschen

1 K. Marx: Das Kapital. 1. Bd. In: K. Marx/F. Engels: Werke. Bd. 23. Berlin 1962. S. 49. (Hervorhebung von uns P. R./H. W.)

2 Ebd. S. 57 (Hervorhebung von uns. P. R./H. W.)

Begriffs, wenn sie *kein gemeinsames Eigentum* haben. „Privateigentum“ meint hier also nicht etwa speziell das *kapitalistische* Privateigentum, das der definitive Ausschluss des Gemeineigentums ist, also das *persönliche* Eigentum an den objektiven Arbeitsbedingungen einschließlich des realen Vermögens, fremde Arbeitskraft zu kaufen. „Privateigentum“ als Grund der Warenproduktion ist einfach exklusives Eigentum und besteht mithin, wenn mindestens zwei einander äußerliche Eigentümer über den Tausch zueinander ins Verhältnis treten. Aus der Entwicklung dieses Verhältnisses erklärt sich dann die Exklusion des Geldes (eine Reflexion der Exklusion der Eigentümer gegeneinander) und seine aktive Bezeichnung durch Druck von Geldscheinen und Prägung von Geldmünzen im Auftrage der Organe des Gemeinwesens.

Wir betonen diesen Zusammenhang, weil die Klärung der sozialistischen Wertbildung und -realisierung unseres Erachtens dadurch gehemmt wird, daß mit dem Terminus „Ware-Geld-Beziehungen“ zwar eine bestimmte *Vorstellung*, aber durchaus nicht auch ein exakt definierter *Begriff* im Rahmen der politischen Ökonomie des Sozialismus gemeint ist. Wenn wir richtig sehen, so wird die Existenz von Ware-Geld-Beziehungen als gegebenes Faktum betrachtet, das seinerseits die Existenz der Wertkategorien begründet. Nach der obigen Darstellung ist diese Auffassung aber problematisch. Wenn nämlich das Geld genetische Folge der massenhaften Wiederholung privater Tauschakte ist, aber – wie Marx feststellt – bereits der *einzelne* Tausch den Wert zur *Erscheinung* bringt, der im *Tauschwert* seine Erscheinungsform oder Ausdrucksweise hat¹, so ist der Wert längst da, ehe das Geld existiert, ja, er ist sogar an sich da, ehe es den Tausch gibt! Um dies einzusehen, hat man nur den genauen philosophischen Sinn des Begriffs der Erscheinung (sowie den Begriff des *Erscheinungsinhalts* – Marx spricht von „Gehalt“ – und der *Erscheinungsform*) zu berücksichtigen. Was in Erscheinung tritt, daher nicht unmittelbar als Erscheinung gegeben sein kann, muß eben deswegen etwas Ungegenständliches sein (nur Gegenstände kann man unmittelbar wahrnehmen). Und dies ist natürlich gar nichts anderes als das *Wirkungsvermögen*, das man in der *Naturerkenntnis* unter der Bedingung seiner Bestimmtheit relativ zu einem Körpersystem und zu einer gewissen Dauer „Energie“ nennt, während es als menschliches Wirkungsvermögen gerade die Arbeit einer bestimmten Gesellschaft mit Bezug auf eine bestimmte Dauer ist. Das nicht geäußerte Arbeitsvermögen tritt nicht in Erscheinung; Arbeitsvermögen tritt in Erscheinung, wenn es wirklich geäußert wird, und es bildet die Substanz der Erscheinung, wenn es in der Reproduktion als Gegenstand der Verwandlung in erneut verfügbares Arbeitsvermögen lebendiger und vergegenständlichter Art behandelt wird. Diese Verwandlung ist der objektive Inhalt des Tauschs.

Im Sinne dieser Überlegungen müssen wir festhalten: Der Wert ist nicht darum wirklich, weil Ware-Geld-Beziehungen existieren. Diese sind vielmehr umgekehrt deshalb wirklich, weil Werte unter Voraussetzung getrennter

1 Vgl.: Ebd. S. 51

Eigentümer zirkulieren. Werte sind auch nicht deshalb wirklich, weil sie im Tausch als Tauschwerte in bestimmter *Form* erscheinen (so wäre die Wirklichkeit rein als Form definiert). Sie sind deshalb wirklich, weil die menschliche Arbeit a priori *gesellschaftlich* ist und im aktuellen Vollzug des Aufwands von Arbeitskraft zugleich so *gerichtet* ist, daß die Realisierung dieses Aufwands erneut konkrete Arbeit real ermöglichen muß. Die *Substanz* des Werts ist das sich in der *genetischen Folge* der aktuellen Arbeitsakte erhaltende und erweiternde *Arbeitsvermögen*. Es kann im Tauschwert nur nach seiner Form erscheinen, weil es als Inhalt oder Gehalt dieser Form an sich existiert. Und es existiert an sich, indem es als Vermögen der *Arbeiter* existiert. Ein Gemein- arbeiter, der mit der Äußerung seines Arbeitsvermögens, mit seinem Aufwand also nicht *zugleich* die Bedingungen der *Reproduktion* dieses Aufwands her- vorbrächte, würde tatsächlich die *reale* Erhaltung seines Arbeitsvermögens riskieren, d. h. seine Entwertung als Möglichkeit setzen. Ein Aufwand, der überhaupt nicht reproduziert werden kann, bedeutet, daß der Wert die Größe Null annimmt, Gattungen, deren Wirkungsvermögen oder Substanz vom (abs- trakten) Werte Null ist, sind nicht real existent.

In diesem Zusammenhang sei ausdrücklich betont: Wenngleich es richtig ist, daß die Werts substanz auf Grund der Abstraktion von der Besonderheit der Tauschwerte *durch das Erkennen determiniert* wird, so ist es doch ganz falsch anzunehmen, daß die *reale Existenz* der Werts substanz wegen dieser subjektiv verwirklichten Abstraktion gegeben ist. Jede wissenschaftliche Abstraktion kann immer nur etwas bestimmen, was an sich bereits existiert. Dies ist der einfache Inhalt der *materialistischen* Position im Verständnis der Abstraktions- lehre. Die abstrakte Arbeit als Werts substanz *wird also nicht* durch die er- kennende Abstraktion, sondern wird durch sie *determiniert*, subjektiv begrif- fen. Und der *Begriff* der abstrakten Arbeit ist nicht die *abstrakte Arbeit*, son- dern ihre *bewusste Widerspiegelung*. Indem der Erkennende mithin von der Besonderheit der Tauschwerte abstrahiert, überzeugt er sich von der realen Existenz der abstrakten Arbeit und zeigt seine Überzeugung, indem er mit ih- rem *Begriff* korrekt operiert. Wenn man also sozusagen „landläufig“ erklärt, die abstrakte Arbeit sei das, „was übrig bleibt“ im Abstrahieren von der Ver- schiedenheit der Tauschwerte (man abstrahiert nicht von verschiedenen Tauschwerten, sondern von *der* Verschiedenheit aller vorgegebenen Tausch- werte), so darf man darin nicht der Illusion erliegen, man habe also nun diesen „Rest“ somit als besonderes Dasein hervorgebracht. Man hat vielmehr, ehe man subjektiv abstrahiert und darin den *Begriff* erzeugt, die *Sache* längst vor- ausgesetzt. Und diese Sache ist eben stets und niemals etwas anderes als das gesellschaftliche Arbeitsvermögen für sich, d. h. ohne Rücksicht auf die ver- schiedenen Arten seiner individuellen und kollektiven Träger. Demnach ist jede *wirkliche* ökonomische Wertlehre stets eine Lehre von der Erhaltung und Mehrung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens vermittels der Folge der aktuellen Produktionen und Reproduktionen. Eine subjektive Wertlehre ist eine Contradictio in adjecto, die nur deshalb als solche nicht erkannt wird,

weil die Termini „Wert“ und „Bewertung“ in ihrer Bedeutung nicht auseinandergehalten werden. Wo subjektiv bewertet wird, handelt es sich um die *Erzeugung von Vorstellungen für objektive Werte*, ökonomisch gesprochen also um Preisbildung. Und wo „Wert“ und „Preis“ als Synonyma gelten, kann auch „subjektive Wertlehre“ den Schein einer objektiven Bedeutung haben.

Wenn nun der Tauschwert im Sinne der Marxschen ökonomischen Theorie die Erscheinungsform des Werts ist, dessen Substanz das gesellschaftliche Arbeitsvermögen ist, wie kommen wir dann im Sozialismus zur Feststellung der realen Existenz von Tauschwerten? Gar keine Frage, mit Bezug auf den *internationalen* Austausch ist der sozialistische Gemeinproduzent mit Tauschwerten in Gestalt aller jener Waren konfrontiert, die er importiert, d. h. von *anderen* Eigentümern erhält. Seine Gegenleistungen sind daher Ergebnisse seiner *Warenproduktion* im genauen Sinne des Marxschen Begriffs. Mit Recht notiert daher H. Richter als eine Ursache „für die Warenproduktion und die Existenz der Ware-Geld-Beziehungen“ im Sozialismus „die Außenwirtschaftsbeziehungen der sozialistischen Länder mit anderen Ländern“ und auch untereinander (falls nicht innerhalb gemeinsamen Eigentums zirkuliert wird).¹ Wie aber steht es um die *Innenwirtschaftsbeziehungen* ein und desselben sozialistischen Gemeineigentümers? Da in diesen *keine* Privatproduzenten einander gegenüber treten, sondern *Teilarbeiter* als Organe desselben Gesamtarbeiters, der empirisch real als *Gemeineigentümer* besteht, so ist klar, daß die Teilarbeiter untereinander gerade *keine Waren* im Sinne des Marxschen Warenbegriffs austauschen. Zweifellos aber tauschen sie aus. Und indem sie tauschen, sich darin wechselseitig ihre verbrauchten Produktionsbedingungen ersetzend, konstituieren sie auch *Tauschwerte*, ohne Waren zu realisieren.

Wie können wir uns diese *unmittelbar gesellschaftliche* Tauschwertbildung theoretisch, einsichtig machen? Unseres Erachtens vermittelt der folgenden Überlegung: Besteht die Gemeinschaft des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters aus n Teilarbeitern (und sie besteht immer nur aus endlich vielen), und verbraucht jeder Teilarbeiter in seiner Teilproduktion Produkte aller anderen Teilarbeiter als Produktionsbedingungen, so müssen sich die Teilarbeiter als *eine* Gemeinschaft aus dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt P ihre verbrauchten, nicht mehr daseienden lebendigen und gegenständlichen Arbeitsbedingungen ersetzen. Im einfachsten Fall, nämlich in dem der erneuten Produktion auf gleicher Stufenleiter (durch einfache Reproduktion vermittelt), müssen die zu ersetzenden Arbeitsbedingungen im gleichen Umfange aus P geliefert werden. Mit anderen Worten: Um erneut auf gleicher Stufenleiter zu produzieren, muß der Gemeineigentümer seine Produkt so distribuieren, daß den nicht mehr daseienden, weil verbrauchten Produktionsbedingungen Produkte so gegenübergestellt werden, daß sie durch die einfache Reproduktion in *neue* Produktionsbedingungen verwandelt werden. Darin treten die *seienden* Produkte den *nichtseienden* Produktionsbedingungen gegenüber. Und die

1 H. Richter/W. Schließer: Die Warenproduktion im Sozialismus. Berlin 1979. S. 33

Umwandlung dieser Produkte in erneut seiende Produktionsbedingungen ist Inhalt des, wie wir sagen wollen, *Gemeinaustauschs*, der darin den *Gebrauchswert*charakter der Produkte feststellt (objektiv beurteilt).

Betrachten wir zunächst den Gemeinproduzenten im Akt der Produktion, so können wir ihn durch das folgende System von Produktionsgleichungen¹ beschreiben:

$$(1) \quad n_{11}e_1 + n_{12}e_2 + \dots + n_{1k}e_k + \dots + n_{1n}e_n \Rightarrow n_1e_1$$

$$(2) \quad n_{21}e_1 + n_{22}e_2 + \dots + n_{2k}e_k + \dots + n_{2n}e_n \Rightarrow n_2e_2$$

...

$$(k) \quad n_{k1}e_1 + n_{k2}e_2 + \dots + n_{kk}e_k + \dots + n_{kn}e_n \Rightarrow n_ke_k$$

$$(n) \quad n_{n1}e_1 + n_{n2}e_2 + \dots + n_{nk}e_k + \dots + n_{nn}e_n \Rightarrow n_ne_n$$

Links von den Pfeilen (die den Produktionsvorgang für sich anzeigen sollen) sind die im Produzieren sich verbrauchenden Produktionsbedingungen verzeichnet; die „ n_{ij} “ bezeichnen dabei feste natürliche Zahlen, die „ e_j “ dagegen definierte Gebrauchswerteinheiten², deren Gebrauchswert gerade durch den *Verbrauch* beim Produzieren materiell erwiesen wird. Rechts von den Pfeilen stehen die Produkte der Teilarbeiter, die natürlich erst wirklich da sind, wenn die Produktionsbedingungen nicht mehr da sind. Ihre Summe ist das gesellschaftliche Gesamtprodukt $P = \sum_{i=1}^n n_i e_i$, das als solches Eigentum des Gemeinproduzenten ist.

Soll nun dieser einmalige Produktionsakt wiederholt werden und gehen in die erneute Produktion nur solche Bedingungen ein, die produziert worden sind, so muß offensichtlich aus P der Ersatz der verbrauchten Produktionsbedingungen erfolgen. Dies heißt aber nichts anderes als die tatsächliche Gegenüberstellung der Lieferungen jedes Teilarbeiters an alle anderen zu den Lieferungen aller anderen an jeden einzelnen. Der k -te Teilarbeiter liefert an alle anderen ein Teilprodukt P_k in Höhe von $\sum_{i=1}^n n_{ik}e_k$. Und dafür bekommt er Produktionsbedingungen von allen anderen in Höhe von $\sum_{i=1}^n n_{ki}e_i$. Damit aber tritt vom Standpunkt des k -ten Teilarbeiters der einfache Wertausdruck

1 Vgl.: P. Sraffa: Warenproduktion mittels Waren. Berlin 1968. Diese Ausgabe wurde vom Suhrkamp Verlag übernommen und erschien in der „edition“ in Frankfurt a. M. 1976 mit Nachworten von B. Schefold. Wir unterstreichen die Bedeutung dieses Werks, weil es den Austausch aus der Produktion zu erklären versucht. Allerdings sind die Erklärungsmittel analytischer Natur, und daher setzt das wirkliche Verständnis der Arbeit Sraffas die Bekanntschaft mit der Mathematik voraus. Wir übernehmen seine an der linearen Algebra orientierte Darstellungsart für Produktionssysteme und verwenden den Terminus „Produktionsgleichung“ im ähnlichen Sinne wie Chemiker und Physiker von „Reaktionsgleichungen“ sprechen, ohne in Konflikt mit der mathematischen Algebra zu geraten

2 Gebrauchswerteinheiten definiert z. B. unsere Landwirtschaft: 1 Getreideeinheit ist diejenige Menge von Erzeugnissen der Pflanzenproduktion, die dem Nährstoffgehalt von 100 kg Gerste entspricht, 1 Großvieheinheit ist diejenige Menge von Erzeugnissen der Tierproduktion, die 1 Tier von 500 kg Lebendgewicht entspricht. Solche Gebrauchswerteinheiten sind das „harte Geld“ des Sozialismus.

$$\sum_{i=1}^n n_{ik} e_k = \sum_{i=1}^n n_{ki} e_i$$

ein, vom Standpunkt der übrigen Gemeinschaft von $n-1$ Teilarbeitern dagegen der einfache Wertausdruck

$$\sum_{i=1}^n n_{ki} e_i = \sum_{i=1}^n n_{ik} e_k.$$

Dieser Wertausdruck ist der empirische Beweis für die objektive Realität des Arbeitswerts unabhängig von der Voraussetzung des Privateigentums. Er besteht nicht etwa deshalb, weil die Gemeinschaft ihn auch *will*, sondern zunächst und vor allem deshalb, weil er die einfache Reproduktionsbedingung ist, die *objektive* Gleichgewichtslage also, deren Einhaltung die *optimale* Reproduktion im Falle ungeänderter Produktionsbedingungen bei gleicher Stufenleiter der Produktion gewährleistet. Wird dieser Wertausdruck nicht realisiert, so wird das Optimum verletzt, d.h. Arbeitsvermögen vergeudet. Im Verlust von Arbeitsvermögen auf Grund nichtoptimaler Reproduktion macht sich daher das Wertgesetz bemerkbar, das seinerseits natürlich nicht „wirkt“, sondern nur der allgemeine Ausdruck des Reproduktionswirkens der Teilarbeiter und ihres Gemeinwesens ist.

Was unterscheidet den im Gemeinaustausch realisierten Tauschwert vom Tauschwert des Privataustauschs (des Warenaustauschs also)? Offenbar ist es hier nicht so, daß der relative Wert des k -ten Teilarbeiters $\sum_{i=1}^n n_{ik} e_k$ etwa *viele*, voneinander unabhängige Tauschwerte hat. Er hat *genau einen*, nämlich $\sum_{i=1}^n n_{ik} e_k$. Dieser ist weiter nicht ein *einzelnes*, individuelles Teilprodukt, sondern die *Summe aller anderen* Teilprodukte, hat also *unmittelbar gesellschaftlichen* Charakter (und daher auch eine sinnlich-gegenständlich wahrnehmbare *Form* in der Proportion seiner Anteile). Auch der relative Wert des k -ten Teilarbeiters hat unmittelbar gesellschaftlichen Charakter, indem er die Summe aller Produktionsbedingungen des Gesamtarbeiters von der Art e_k ist. Es gibt zwar *viele* Tauschwerte im Gemeinaustausch, nämlich ebenso viele wie Teilarbeiter des Gemeinproduzenten, aber diese vielen Tauschwerte, weil sie unterschiedenen Teilarbeitern zugeordnet sind, lassen gar nicht erst die Illusion eines reinen Quantitätsverhältnisses zu. Die Abstraktion kann hier also nicht mit der Auswahl einer Tauschwerteinheit verwechselt werden, sondern liefert nichts anderes als genau den Begriff des *sozialistischen* bzw. *gesellschaftlichen* Werts, dessen Substanz, wie schon gesagt, das Arbeitsvermögen ist. Wenn man den Terminus „Tauschwert“ allein der Bezeichnung der Situation im Privataustausch vorbehalten will, so kann man das natürlich tun und muß dann für die Situation im Gemeinaustausch einen neuen Namen verwenden – z. B. „Ersatzwert“ oder „Reproduktionswert“. Dann hat man eben die Lage, daß im Gemeinaustausch der Ersatz- oder Reproduktionswert Erscheinungsform des Wertes ist. Diesen jedenfalls wird man natürlich nicht durch Umbenennung los. Daher ist es wohl gerechtfertigt, wenn wir die oben angegebene Reproduktionsbedingung unter den Begriff der *sozialistischen einfachen* Wertform subsumieren.

Wir müssen an dieser Stelle unbedingt darauf hinweisen, daß Marx im 3. Band seines „Kapitals“, in dem er die konkrete Einheit der Kapitalproduktion und -Zirkulation als „Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion“ charakterisiert, die hier explizierte Wertform der Sache nach als jene unmittelbar gesellschaftliche Bestimmtheit der Produktion überhaupt angibt, die sich im kapitalistischen Austausch *hinter dem Rücken* der beteiligten Privateigentümer durchsetzt: „Soweit die Gesellschaft Bedürfnisse befriedigen, einen Artikel zu diesem Zweck produziert haben will, so muß sie ihn zahlen. In der Tat[...]kauft die Gesellschaft diese Artikel, indem sie auf ihre Produktion einen Teil ihrer disponiblen Arbeitszeit verwendet [...]. Der Teil der Gesellschaft, dem es durch die Teilung der Arbeit zufällt, seine Arbeit in der Produktion dieser bestimmten Artikel zu verwenden, muß ein Äquivalent erhalten durch gesellschaftliche Arbeit, dargestellt in den Artikeln, die seine Bedürfnisse befriedigen.“¹ Was wir vorschlagen, ist somit nichts anderes als die genaue Beachtung des zitierten Marxschen Gedankens unter der zusätzlichen Voraussetzung, daß die sozialistische Gesellschaft dieses Äquivalent im Interesse der Planung und Abrechnung der Produktion *theoretisch dargestellt* braucht.

Nimmt man unseren Vorschlag zur Bestimmung des Begriffs der einfachen sozialistischen Wertform an, so akzeptiert man – wegen der damit vorausgesetzten Wertformtheorie² – auch die Feststellung, daß im sozialistischen Gemeinproduzenten das Verhältnis eines jeden *Teilarbeiters* zur *Gemeinschaft* der übrigen n-1 Teilarbeiter ein Verhältnis *polarer Gegensätze* ist, also genau jenen erscheinenden Widerspruch darstellt, von dem seit Marx' Begriffsbildung im Jahre 1843³ in der materialistischen Dialektik die Rede ist. Er ist – mit dem „Kapital“ zu sprechen – nicht die Aufhebung des wesentlichen Widerspruchs der sozialistischen Produktion, sondern seine Lösung, d. h. „die *Form*, worin“ er „sich bewegen“ kann.⁴ Diese Lösung ist unseres Erachtens die historische Spezifik des Sozialismus, insofern er sich vom Kommunismus unterscheidet. Sie unterstellt das sozialistische Leistungsprinzip, das werttheoretisch im äquivalenten Austausch zwischen jeweils einem Teilarbeiter und der verbleibenden Gemeinschaft von n-1 Teilarbeitern zum Ausdruck gebracht wird. Sie ist nur dadurch aufhebbar, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität zu einem Zustand führt, in dem nicht mehr die *notwendige*, sondern die *freie* Zeit Maß der konkreten Arbeit ist.⁵ Diese eigentlich kommunistische Ökonomie der Arbeit kann aber selbstverständlich nur wirklich angesteuert

1 K. Marx: Das Kapital. 3. Bd. In: K. Marx/F. Engels: Werke. Bd. 25. Berlin 1953. S. 196

2 Vgl. neben dem „Kapital“ dazu auch: K. Marx: Die Wertform. In: K. Marx/F. Engels: Kleine ökonomische Schriften. Berlin 1955. S. 262ff.

3 Vgl.: K. Marx: Kritik des Hegelschen Staatsrechts. In: K. Marx/F. Engels: Werke. Bd. 1. Berlin 1957. S. 279 ff.

4 K. Marx: Das Kapital. 1. Bd. A. a. O., S. 118

5 Man verwechsle die freie Zeit nicht mit der Freizeit. Die freie Zeit wird in der Mehrproduktion (im Gegensatz zur notwendigen Zeit) realisiert, die Freizeit aber jenseits der Produktion. (Vgl. dazu: K. Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin 1953. S. 595f.)

werden, wenn die sozialistische Lösung des ökonomischen Widerspruchs zwischen individueller und gesellschaftlicher Produktion (das sind die beiden dialektischen Gegensätze der sozialistischen Gemeinproduktion) auch theoretisch im sozialistischen Bewußtsein vorhanden ist und daher Basis der wirtschaftsleitenden Planung und Rechnungsführung sein kann. Zur Realisierung dieser Bedingung ist selbstverständlich erhebliche Forschungsarbeit erforderlich. Sie muß zur detaillierten Explikation der Bewegungsform des Widerspruchs der sozialistischen Produktion führen, damit für die Praxis genau überschaubar ist, welche Konsequenzen die theoretische Darstellung dieser Bewegungsform einschließt, was man also real zu erwarten hat, wenn man diese Theorie der Praxis zugrunde legt.

Im folgenden, wollen wir an dieser Stelle nur auf eine, unseres Erachtens aber sehr wesentliche Konsequenz des vorgeschlagenen Begriffs der einfachen sozialistischen Wertform eingehen. Sie betrifft die entscheidende Frage, ob die Beachtung des Wertgesetzes im Sozialismus erzwingt, den realen Gemeinaustausch so zu organisieren, daß er als *äquivalenter* Tausch jeweils zwischen *individuell* fixierten Teilarbeitern verwirklicht werden muß oder nicht. In der Beantwortung dieser Frage wird zugleich im einfachsten theoretischen Fall verdeutlicht, wie das *kooperative* Moment der Arbeitsfähigkeit in der Wertbildung und -realisierung erscheint.

2. Gleichheit und Ordnung im Gemeinaustausch

Zunächst ist aus rein mathematischen Gründen klar, daß die abstrakte Gleichheit (Äquivalenz) zweier Summen keineswegs impliziert, daß auch die *Summenglieder* (Summanden) untereinander bei entsprechender Zuordnung in dieser Relation stehen müssen. Mit anderen Worten: Die *Äquivalenz* des Gemeinaustauschs kann sehr wohl und wird im allgemeinen auch tatsächlich über die Nichtäquivalenz der zugehörigen Individualtauschhandlungen realisiert. Um dies anschaulich einzusehen, wollen wir im folgenden anhand eines Beispiels von Sraffa dieses ökonomisch für den Sozialismus bedeutsame Phänomen elementar verdeutlichen. Wir unterstellen die folgende Gemeinproduktion, die sich aus drei Teilproduktionen zusammensetzt:

- | | | | | |
|-----|-----------------|--------------|---------------------------|---------------|
| (1) | 240 qr Weizen + | 12 t Eisen + | 18 Schweine $\Rightarrow$ | 450 qr Weizen |
| (2) | 90 qr Weizen + | 6 t Eisen + | 12 Schweine $\Rightarrow$ | 21 t Eisen |
| (3) | 120 qr Weizen + | 3 t Eisen + | 30 Schweine $\Rightarrow$ | 60 Schweine |

Aus diesem Produktionsschema¹ ist sofort zu ermitteln, daß der Teilarbeiter (1) für die Abgabe von 210 qr Weizen eine Einnahme von 12 t Eisen + 18 Schweine erzielen *muß*, soll er einfach reproduzieren. Das aber bedeutet nichts

1 P. Sraffa: Warenproduktion mittels Waren. S. 22

anderes als die Setzung der einfachen Wertform: 210qr Weizen = 12t Eisen + 18 Schweine durch die Teilproduktion von (1). Diese Setzung ist nicht durch den Willen von (1), sondern durch die *Proportionalität* in den Produktionsbedingungen des präsentierten Gemeinproduzenten gegeben. Die Proportionalität ist nichts „Abstraktes“ oder Geheimnisvolles, sondern schlicht Ausdruck der Verteilung der gemeinschaftlichen Produktionsmittel auf die unterschiedlichen Glieder des Gemeinproduzenten, der die Verteilung der lebendigen Arbeitsfähigkeiten auf die Teilproduzenten entspricht (die Proportionalität ist also *doppelt* da: einmal in der Qualifikationsstruktur des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, das andere Mal in der Verteilung der objektiven Arbeitsbedingungen).

Nun ist klar, daß (1) die 12 t Eisen von (2) für 90 qr Weizen, die 18 Schweine von (3) für 120 qr Weizen erhält und erhalten *muß*, will sich der Gemeinproduzent einfach reproduzieren. Damit stellt sich sozusagen die „Gretchenfrage“ der sozialistischen Wertlehre: Wenn die *Äquivalenz*: 210 qr Weizen = 12 t Eisen + 18 Schweine, die Einhaltung des Wertgesetzes in der einfachen Reproduktion des vorgestellten Gemeinproduzenten zum Ausdruck bringt, ist dann auch anzunehmen, daß die entsprechenden Teilarbeiter im *individuellen* Austausch *äquivalent* austauschen? Ist also unter Voraussetzung der werttheoretisch erforderlichen Äquivalenz des Gemeinaustauschs der zugehörige Individualaustausch durch die Formen 90 qr Weizen = 12 t Eisen und 120 qr Weizen = 18 Schweine *gültig* (wahr) ausgedrückt?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir jetzt genau das tun, was in der weltanschaulichen Debatte der Gegenwart durch G. Lukács zum erklärten Stein des Anstoßes gemacht worden ist: Wir müssen den in der einfachen Wertform des Gemeinaustauschs dargestellten Wert *verdinglichen*: wir müssen also vom *Wertverhältnis* (d. h. dem Wert *des Verhältnisses*) zu Wertdingen übergehen.¹ In dieser Verdinglichung gewinnen wir mit der Setzung eines *Wertmaßstabs*, eines *gegenständlichen* Wertmittels die *Wertverhältnisse* als *Relationen* zwischen Wertdingen, die man in der Mathematik einfach „Werte“ nennt. Es ist die Verdinglichung von Verhältnissen, welche diese im Sinne des formal-logischen und mathematischen Begriffs zu „Relationen“ bzw. „Funktionen“ aufhebt. Verhältnisse im Sinne der Dialektik des erscheinenden Widerspruchs sind keine Relationen im Sinne der Mathematik und Logik. Die Verwechslung von „Verhältnis“ und „Relation“ ist daher verhängnisvoll. Sie verschüttet den begreifenden Zugang zur Natur der dialektischen Begriffsbildung. Sie unterstellt schon immer die Verdinglichung und muß daher die Wertdinge, die dinglichen Werte (die man in aller mathematisierenden Theoriebildung kurz „Werte“ nennt), als an sich gegeben annehmen. Dagegen

1 Vgl.: G. Lukács: Geschichte und Klassenbewußtsein. Darmstadt/Neuwied 1968. S. 170ff. Hier bemerkt Lukács nur die negative Seite der Verdinglichung und sieht nicht, daß die Konstruktion von Mitteln zur realen Ausführung algebraisch bestimmbarer Operationen ihre positive Seite ist. Dies bemerkt man, wenn man sich auf die Frage einläßt: Wo kommen die Werte der Logik (Wahrheitswerte) und Mathematik (Zahlen) her?

opponiert die Dialektik unweigerlich (und insofern hat Lukács richtig argumentiert). Aber sie kann diese Opposition den mathematisierenden Theoretikern nur und nur dann *erklären*, wenn sie die Verdinglichung im korrekten Sinne ihres eigenen Begriffs als *Aufhebung* von Verhältnissen *im Denken*, also als *Denkentwicklung* im genauen Sinne verdeutlicht (und dies hat Lukács nicht getan). Denn wenn man gegen Wertdinge nur opponiert, bestreitet man dem mathematischen Operieren die gegenständlichen Mittel, an denen es sich überhaupt nur realisieren kann, bestreitet man also – wenngleich dies so nicht gewußt wird – der Mathematik und klassischen formalen Logik die Existenzberechtigung. Daß sich daher die Vertreter dieser spezifischen Fähigkeit des wissenschaftlichen Gemeinarbeiters gegen solche Opposition nachdrücklich wenden, versteht sich dann von selbst. Und solange das Phänomen der Verdinglichung als dialektische Aufhebung von *objektiven* Wertverhältnissen zu diese widerspiegelnden *Relationen* zwischen *subjektiv* gedachten Wertdingen nicht effektiv wissenschaftlich dargestellt ist, wird der abstrakte Gegensatz zwischen gegen Verdinglichung opponierenden reinen Dialektikern und Wertdinge verwendenden reinen Logikern und Mathematikern (die weltanschaulich dann gern „Systemtheoretiker“ genannt werden) als perennierender Widerspruch sein ungemütliches Dasein haben.

Im folgenden wollen wir die Verdinglichung der Wertverhältnisse allgemein für ein System von drei Teilarbeitern zeigen, um sodann unsere obige Frage zu beantworten, ob der darin auftretende Individualaustausch äquivalent ist oder nicht. Unser System ist also:

$$\begin{aligned} (1) \quad & n_{11}e_1 + n_{12}e_2 + n_{13}e_3 \Rightarrow n_1e_1 \\ (2) \quad & n_{21}e_1 + n_{22}e_2 + n_{23}e_3 \Rightarrow n_2e_2 \\ (3) \quad & n_{31}e_1 + n_{32}e_2 + n_{33}e_3 \Rightarrow n_3e_3 \end{aligned}$$

Unter der Bedingung seiner einfachen Reproduktion impliziert es die folgenden drei einfachen Wertformen des Gemeinaustauschs:

$$\begin{aligned} (1a) \quad & (n_{21} + n_{31})e_1 = n_{12}e_2 + n_{13}e_3 \\ (2a) \quad & (n_{12} + n_{32})e_2 = n_{21}e_1 + n_{23}e_3 \\ (3a) \quad & (n_{13} + n_{23})e_3 = n_{31}e_1 + n_{32}e_2 \end{aligned}$$

Wir betonen erneut: Die drei einfachen Wertformen sind keine willkürlichen subjektiven Setzungen (Hypothesen einer Theorie), sondern Ausdrücke der objektiven Gleichgewichtsbedingung der einfachen Reproduktion. Sie stellen sozusagen das Resultat der ökonomischen *Wägung* dar, d. h. ein *objektiv-reales* Verhältnis, von dem Engels in genialer Einsicht erfasst hat, daß es der *Naturgegenstand* der Mathematik ist¹, also Bedingung der Mathematik als einer Wissenschaft, die uns Erkenntnisse von der *objektiven Realität* mitteilt – nicht

1 Vgl. F. Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. In: K. Marx/ F. Engels: Werke. Bd. 20. Berlin 1962. Hier heißt es: „Die reine Mathematik hat zum Gegenstande die Raumformen und Quantitätsverhältnisse der wirklichen Welt.“ (S. 36) Darin meint „Quantität“ natürlich nicht „Vielheit von Einheiten“, sondern „Verhältnis der Quantität zum Maß“.

etwa „freie Schöpfungen des Geistes“ oder „Sprache“, wie der philosophisch denkfaule Positivismus suggeriert. Die ökonomische Wägung ist im Unterschied zur physikalischen, die uns ja den Zugang zur Dynamik eröffnet, nicht ein *synchronischer*, sondern ein *diachronischer* Vergleich. Sie vergleicht also nicht Daseiendes mit Daseiendem relativ zu einem Gravitationszentrum, sondern Daseiendes mit *Nichtdaseiendem* relativ zur einfachen Erhaltung einer Gattung in der genetischen Folge ihrer individuellen Realisierungen. Die erkennende Determination des objektiv-realen ökonomischen Gleichgewichts aber ist die Fundamentalbedingung der wirklichen Vereinigung von Ökonomie und Mathematik. Nur unter Voraussetzung erkannter realer Gleichgewichte sind *objektiv* begründete Maße gegeben und subjektiv über Maßstäbe (Maßeinheiten) operativ zu beherrschen, d. h. zu *messen*. Eine ökonomische Messung ohne ökonomische Wägung ist nichts als subjektive Kalkulation.¹

Sind nun unsere obigen drei einfachen Wertformen objektive Ausdrücke des ökonomischen Gleichgewichts, so sind sie zugleich Äquivalenzausdrücke im Sinne des mathematischen Erkennens, sie sind also als *erscheinende Widersprüche* die *Subjekte*, deren *Eigenschaften* die *Äquivalenzen* sind. Anders gesagt: Haben wir einen objektiven erscheinenden Widerspruch, so heißt das Moment der *Einheit* seiner polaren Gegensätze „Äquivalenzrelation“ im bekannten Sinne dieses Ausdrucks. Eine objektiv-reale Äquivalenzbeziehung – so lautet unser Lösungsvorschlag für das Problem der Klärung des Zusammenhangs von Mathematik und Dialektik – ist stets die Seite der *Einheit* im *erscheinenden* Widerspruch; darin ist von der Seite des Kampfs der Gegensätze, d. i. der Entgegensetzung der äquivalenten Subjekte, abgesehen, abstrahiert – und folglich diese Einheit eben die *abstrakte Gleichheit*.²

Indem wir auf diese Weise den Zusammenhang der mathematischen Äquivalenz mit der dialektischen Wertform begrifflich bestimmen (nochmals: „mathematische Äquivalenz“ bezeichnet *eine Eigenschaft* dessen, was „erscheinender Widerspruch“ oder „Wertform“ beinhaltet – nämlich das mögliche Abstrakte als eine der Eigenschaften des Konkreten, dessen andere Eigenschaft das *Nichtabstrakte* ist, d. i. der *Kampf* der polaren Extreme), können wir natürlich davon ausgehen, daß die gegenständlichen Gegensätze im erscheinenden Widerspruch auch an sich das Moment der abstrakten Gleichheit haben, das man daher im Erkennen an und für sich entwickeln kann. Verhältnisse sind ja nur wirklich als Verhältnisse von *Dingen*, und eben darum müssen die Dinge, die in diesen Verhältnissen stehen, auch ihrerseits die Verhältniss-

1 Die bisher fehlende Einigung von politischer und mathematischer Ökonomie hat unseres Erachtens genau darin ihren Grund, daß das objektive ökonomische Wägen nicht subjektiv bestimmt ist. Wo ist die wirkliche Waage der Ökonomie? Wenn wir richtig sehen, so enthält sie auf der einen Seite die wirklich verbrauchten Arbeitsbedingungen und auf der anderen Seite die wirklich als neue Arbeitsbedingung verbrauchbaren Produkte unter der Norm, die Produktionsgemeinschaft einfach zu reproduzieren, d. i. physisch auf demselben Niveau zu erhalten. In der Biologie tritt eine ähnliche Waage im Wechselspiel von Reproduktion und Selektion auf.

2 Die Gleichheit ist also abstrakt, wenn vom Kampf der Gegensätze abgesehen wird; die Gleichheit ist konkret, wenn sie als Gegensatz eben dieses Kampfes bestimmt ist.

eigenschaften *reflektieren*. Wie also bringen wir die im erscheinenden Widerspruch der Wertform präsentierte abstrakte Gleichheit als Eigenschaft eines Dinges zum Ausdruck? Gar nicht anders als dadurch, daß wir unverzüglich eines der Dinge, die im Wertverhältnis zueinander stehen, auswählen und als *Maßeinheit setzen* bzw. einsetzen. Das heißt: Die durch die Wertform präsentierte Äquivalenz hat ihre – mit Hegel zu sprechen – „Reflexion in sich“ in der Eigenschaft der äquivalenten Dinge, *Einheiten* oder *Zusammensetzungen aus Einheiten* zu sein. Einheit zu sein, ist die Dingeigenschaft, die die Verhältnisseigenschaft, Äquivalenz zu sein, *widerspiegelt*, reflektiert.¹ Daher stehen umgekehrt die wirklichen Dinge auch nur als Einheiten in Äquivalenzrelationen, dagegen in Wertformen *als sich verhaltende Sachen* (bzw. Personen). Und daher auch müssen wir, wenn wir diese Sachen auf den Status jener Einheiten bringen wollen, technische Mittel *erfinden*, um die analytische Identität experimentell zu erzwingen, also die Sachen in *Modelle* der Eigenschaft, Einheit zu sein, zu verwandeln. – Die Metaphysik freilich suggeriert, die Sachen seien „in Wahrheit“ nichts als Einheiten, womit sie eben in den Fetischismus der Verdinglichung verfällt, d. h., die wirklichen Sachen unter der Bedingung als *wirklich* anerkennt, daß sie sich nur *als Einheiten* verhalten, d. h. als Entitäten, welche in Fachsprachen durch Konstante bezeichnet werden und Variable ersetzen können. So gelten die Dinge als wirklich, insoweit sie als Stellvertreter von Leerstellen in abstrakt determinierten Systemen verwendbar sind.

In der theoretischen Darstellung wird nun die Aufhebung einer wirklichen Sache zur Maßeinheit unter Voraussetzung der in den Wertformen gegebenen realen Maßverhältnisse durch die Definition:

$$(4) \quad e_0 =_{\text{df}} \frac{n_1}{n_1} e_1$$

dargestellt. Sie besagt, daß der n_1 -Teil des Teilprodukts von (1) als der geltende Maßstab zur Bewertung angenommen worden ist. Selbstverständlich kann solcher Maßstab auch durch irgendeinen anderen Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts gewonnen werden. Es kommt hier nur darauf an, daß dieser Teil selbst im Maßverhältnis steht, ihm nicht äußerlich entgegengesetzt ist (er wäre dann ein *Scheinmaßstab*, mit dem man natürlich auch rechnen kann).

Mit der Definition (4) ist klar, daß die im Wertverhältnis stehende Sache e_1 selbst einen dinglichen Wert hat. Er ist genau durch das gegeben, was Marx auch den „Preisausdruck“ nennt, wenn von ökonomischen Werten die Rede ist:

1 Daß die Gedanken die Sachverhalte der Realität widerspiegeln, ist eine Feststellung der materialistischen Erkenntnistheorie. Wie aber die Dinge zu Spiegeln, ihrer Eigenschaften werden, das ist die bedeutungsvolle Frage, mit der die dialektisch-materialistische Erkenntnistheorie konfrontiert ist. Die metaphysisch-materialistische Gnoseologie weiß darauf nur zu antworten: Die Spiegel, die ihr verwendet, spiegeln die wirkliche Welt. Und so suggeriert sie sich die wirkliche Welt als eine Welt von Spiegeln - und weiß es nicht.

$$(5) \quad e_1 = e_0.$$

Daß diese Gleichheit nun eine Äquivalenz im mathematischen Sinne ist, kann unter Verwendung der Definition (4) *theoretisch* (logisch) bewiesen werden. Und weiter kann man unter Anwendung der Gesetze der linearen Algebra ermitteln, daß

$$(6) \quad e_2 = \frac{n_{13}n_{21}+n_{21}n_{23}+n_{31}n_{23}}{n_{12}n_{23}+n_{12}n_{13}+n_{13}n_{32}} e_0$$

und

$$(7) \quad e_3 = \frac{n_{12}n_{31}+n_{21}n_{32}+n_{31}n_{32}}{n_{12}n_{13}+n_{12}n_{23}+n_{13}n_{32}} e_0$$

gilt. Mit anderen Worten: Wenn wir unter Voraussetzung der realen Maßverhältnisse, der wirklichen Wertverhältnisse in unserem Drei-Teilarbeiter-System dazu übergehen, die Gebrauchswerteinheit e_i als Maßstab (Maßeinheit) des Werts des Produkts und seiner Teile einzuführen, so haben wir den durch das Wertverhältnis als Eigenschaft dieses Verhältnisses gegebenen Wert transformiert (im Marxschen Sinne¹), d. h. in eine Dingeigenschaft verwandelt, nämlich, in die Eigenschaft der objektiven Maßeinheit. Bilden wir nun diese Eigenschaft ab, indem wir Kopien jenes Originals konstruieren (wie wir z. B. vom 40000sten Teil des Erdumfangs unsere in der Längenmessung verwendete Einheit „ein Meter“ abheben – oder abgehoben haben), so haben wir jene Dinge in der Hand, die wir „Geldscheine“ nennen, und die das Original des verdinglichten Werts zum Widerschein bringen sowie die gegenständlichen Mittel der ökonomischen Rechnung sind. Diese verdinglichten Werte heißen in der Ökonomie „Preise“, wenn sie als Tauschwerte die tatsächlichen Gebrauchswerte ersetzen.

Im Gegensatz zu den Wertformen (1a) bis (3a) sind die Beziehungen (5) bis (7) Relationen zwischen verdinglichten Werten. Als solche *Werterelationen* sind sie die analytischen Aufhebungen der zugrunde liegenden *Wertverhältnisse* in unserem Drei-Teilarbeiter-System. Relationen dieser Art sind es immer, wenn von der analytischen Methode im *Unterschied* zur dialektischen die Rede ist.

Setzen wir nun die in Sraffas Beispiel angenommenen Zahlen in die Ausdrucksformen (6) und (7) ein, so ermitteln wir die folgenden Äquivalenzen:

$$(8) \quad 10 \text{ qr Weizen} = 1 \text{ t Eisen,}$$

$$(9) \quad 2 \text{ Schweine} = 1 \text{ t Eisen.}$$

Damit ist entschieden: Obwohl der Gemeinaustausch *äquivalent* erfolgt (bzw. bei einfacher Reproduktion erfolgen *muß*), wird der *Individualaustausch*

1 Vgl.: K. Marx: Das Kapital. 3.Bd. A. a. O., S. 164ff. Die so häufig unverstandene Theorie der Transformation der Werte in die Preise hat den Übergang von dialektischen Wertverhältnissen zu analytischen Relationen zwischen Wertdingen zum Inhalt. Sie betrifft also jenes Phänomen, das man als Übergang von einem Größenverhältnis zu einer Größengleichung mit Proportionalitätsfaktor durchaus schon kennt.

nichtäquivalent vollzogen, Mit (8) und (9) gilt nämlich logisch notwendig auch:

(10) 90 qr Weizen < 12t Eisen und

(11) 120 qr Weizen > 18 Schweine.

Der Teilarbeiter (1) gibt also dem Teilarbeiter (2) im *Interesse* des äquivalenten Gemeinaustauschs *weniger* an verdinglichtem Wert, als er von diesem bekommt, und er gibt im selben Interesse dem Teilarbeiter (3) *mehr* an verdinglichtem Wert, als er von diesem bekommt. Die Annahmen der abstrakten Gleichheit namens des „Rechts“, das ein rohes Recht wäre, würden die einfache Reproduktion unseres Drei-Teilarbeiter-Systems durcheinanderbringen, d. h. zu Reproduktionsverlusten führen. Stellte sich (2) nämlich auf den Standpunkt, daß er von (1) ja nur Produkte im verdinglichten Werte von genau 9 t Eisen bekommt, daher (1) auch nur 9 t seines Teilprodukts liefern wolle, so bliebe er auf 3 t Eisen sitzen, die der Gemeineigentümer als Verlust abbuchen müßte. Entsprechendes gilt in den anderen Fällen.

Wir sehen also, daß der Übergang von der individuellen Wertform, die im Kapitalismus zugleich die *bürgerliche* Wertform ist¹, zur Wertform des Gemeinaustauschs, die nach unserer Auffassung die *sozialistische* Wertform ist, bezüglich des individuellen Austauschs im Gemeineigentum die unabwiesbare Konsequenz des nichtäquivalenten Austausches hat. Der Tausch erfolgt hier nicht auf Grund von Gleichheit, sondern auf Grund von *Ungleichheit*, d. h. als gegenständliche Realisierung von *Ordnungsrelationen* im mathematischen Sinne. Mit der Wertform des äquivalenten Gemeinaustauschs entdecken wir also Ungleichheiten als Wertformen des Individualaustauschs im Gemeineigentum. Die praktischen Konsequenzen solcher Feststellung sind gewiss nicht zu übersehen.

1 Über die Notwendigkeit der Unterscheidung des politisch-ökonomischen Inhalts einer Wertform von ihrem, philosophischen vgl.: H. Wagner: Die Darstellung der Wertformanalyse und Wertformentwicklung durch Marx und ihre methodologische Bedeutung in der Gegenwart. In: DZfPh. Heft 2/1980. S. 197 ff. Über Gesichtspunkte der philosophischen Auffassung der Wertformen vgl.: P. Ruben: Philosophie und Mathematik. Leipzig 1979. S. 92 ff.

Der Bericht kann nicht wahr sein!¹

[Stellungnahme zum „Bericht der Kommission zu politisch-ideologischen und wissenschaftlichen Einschätzungen von Publikationen von Dr. Peter Ruben“²]

Die offensichtlich entscheidende Feststellung des zur Debatte stehenden Berichts lautet: „P. Ruben verläßt in entscheidenden Fragen von politischer Relevanz den Boden des Marxismus-Leninismus. Grundzüge seiner theoretischen Überlegungen sind revisionistisch. Ihre praktischen Konsequenzen laufen den Grundlagen der Politik unserer Partei zuwider.“ Insofern diese Feststellung dazu gedient hat, meinen Parteiausschluß zu begründen, ist sie für mich durch den Beschluß des Sekretariats des ZK vom 25. August 1981 über die Ablehnung meines Einspruchs erledigt.³ Ich beschränke mich daher in der folgenden Stellungnahme ausschließlich auf die wissenschaftlichen Gesichtspunkte, die zu ihr geführt haben. Da der Bericht weitgehend durch Übernahme von Formulierungen aus den einzelnen Stellungnahmen zustande gebracht worden ist, so werde ich mich zunächst mit diesen befassen.

Zur Stellungnahme von Herbert Meißner⁴

Meißner wirft H. Wagner und mir vor, „die Wertauffassung von Sraffa“ als Basis unserer „Interpretation der Arbeitswerttheorie“ vorauszusetzen. Die tat-

-
- 1 Die Überschrift – es ist der Schlusssatz der Stellungnahme – wurde von den Herausgebern für diese Edition des nicht betitelten Originals gewählt. Die Arbeit wurde unter dem Titel *Stellungnahme zum Bericht der Kommission* zuerst veröffentlicht in: Gefesselter Widerspruch. Die Affäre um Peter Ruben. Hg. v. H.-C. Rauh. Berlin: Dietz Verlag 1991. S. 223-234 (Anmerkung der Hrsg.)
 - 2 Der Bericht der vom Direktor des Zentralinstituts für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR M. Buhr bestellten „Kommission zur politisch-ideologischen und wissenschaftlichen Einschätzung von Publikationen von Dr. Peter Ruben“, der Herbert Hörz, Wolfgang Eichhorn, John Erpenbeck, Alfred Arnold, Hans Schulze, Jörg Schreiter, Wolfgang Segeth, Joachim Höppner, Nina Hager, Gisela Koch und als Leiter Rolf Kirchhoff angehörten, stützt sich auf persönliche Stellungnahmen von Kommissionsangehörigen und den als Gutachter darüber hinaus herangezogenen Herren Herbert Meißner, Wolfgang Heinrich und Herbert Steininger. – Peter Ruben antwortet hier sowohl auf den Kommissionsbericht vom 10. Februar 1981, der ihm u. a. die Nähe zu „revisionistischen marktwirtschaftlichen Konzeptionen“ und die Missachtung von Prinzipien der sozialistischen Planwirtschaft attestiert, wie auf die zugehörigen persönlichen Stellungnahmen. Es bleibt auch anzumerken, dass die überwiegende Zahl der damaligen Gutachter ihre Stellungnahme bzw. deren politischen Kontext nach der Wende ausdrücklich bedauert haben. (Anmerkung der Hrsg.)
 - 3 Die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) hatte den von der SED-Grundorganisation erhobenen Revisionismus-Vorwurf nicht bestätigt. (Anmerkung der Hrsg.)
 - 4 Vgl.: H. Meißner: Stellungnahme zum Artikel *Sozialistische Wertform und dialektischer Wider-*

sächliche Grundlage dieses Vorwurfs besteht in nichts anderem als in dem Umstand, daß wir zur exemplarischen Verdeutlichung unserer Behauptung von der von der Warenexistenz unabhängigen Wertexistenz Sraffas simpelstes Beispiel einer arbeitsteiligen Produktion benutzen – und zwar deswegen, weil es den Zusammenhang mit den Möglichkeiten einer mathematischen Darstellung mittels der linearen Algebra enthält. Jeder Sachkenner weiß, daß Sraffa überhaupt keine Werttheorie formuliert hat. Jeder Sachkenner weiß aber auch, daß Sraffa die bürgerliche sog. „Neoklassik“ theoretisch genau dadurch zu kritisieren beabsichtigt, daß er die Produktion (und nicht die Konsumtion) ins Zentrum der ökonomischen Theorie rückt. Da nun für die Politische Ökonomie des Sozialismus nach weitreichender Übereinstimmung unter ihren Vertretern die Begründung des Werts aus der Produktionsweise fundamentales Anliegen ist, so versteht es sich wissenschaftlich von selbst, daß man im Interesse der Bewältigung dieser Aufgabe die Ansätze in Rechnung stellt, die international zur Verfügung stehen. Sraffa ist nun nicht irgendein ökonomisierender Feuilletonist, sondern einer der bedeutendsten Ökonomen der Gegenwart, von dem seine deutschen Herausgeber, J. Behr und G. Kohlmey, 1967 immerhin erklärt haben, er sei „eine markante Persönlichkeit in dem großen internationalen Kreis marxistischer Wirtschaftswissenschaftler“¹. Angesichts dieses Urteils kann ich Meißners Einschätzung Sraffas nur für eine höchst individuelle und keineswegs die marxistisch-leninistische Beurteilung halten. Aber selbst wenn sie zuträfe, gäbe es keinen Grund, Sraffas mathematisierenden Vorgehen im ökonomischen Erfassen von Produktionszusammenhängen zu ignorieren; Weizen, Eisen und Schweine gibt es auch im Sozialismus. Und da schließlich Sraffa gar keine Werttheorie (sondern eine Preistheorie) vorgelegt hat, so ist Meißners Behauptung, Wagner und Ruben gingen auf eben diese Werttheorie zurück, ohne jede wissenschaftliche Bedeutung.

Meißner zeigt sich unangenehm berührt, weil wir seine Einschätzung Sraffas in unserem Artikel nicht zitiert haben. Dies nennt er „Ignorantentum“ mit der zusätzlichen emphatischen Erklärung, daß sich diejenigen, „die besonders lautstark für uneingeschränkte Diskussion, für freie Meinungsäußerung ... eintreten, äußerst unkorrekt und ignorantenmäßig gegenüber der vorhandenen marxistischen Literatur verhalten“. Abgesehen davon, daß ich mich keineswegs als Adressat solcher Proklamation sehe, liegt gewiß auch die Überlegung nahe, daß ein Zeitschriftenaufsatz, der die marxistische Arbeitswertlehre mit Bezug auf die sozialistische Produktion diskutiert, nicht die Aufgabe hat, Meißners Urteil über Sraffa zu diskutieren (das ich übrigens sehr wohl ge-

spruch von P. Ruben und H. Wagner in Nr. 10 der Deutschen Zeitschrift für Philosophie. In: Gefesselter Widerspruch. Die Affäre um Peter Ruben. Hg. v. H.-C. Rauh. Berlin: Dietz Verlag 1991. S. 170 (Anmerkung der Hrsg.)

1 Vgl.: P. Sraffa: Warenproduktion mittels Waren. Einleitung zu einer Kritik der ökonomischen Theorie. Berlin: Akademie-Verlag 1968. S.11. Es handelt sich um den ersten Satz des Vorworts der Herausgeber J. Behr und G. Kohlmey, das im Dezember 1967 verfaßt worden war. Diese DDR-Ausgabe erschien 1976 in der edition suhrkamp (Nr. 780) mit Nachworten von B. Scheffold.

kannt habe und nicht teile). Wird dies von Meißner dennoch verlangt – wie sein Vorwurf des Ignorantentums wohl ausweist –, so bleibt nur die Frage: Was hat solches Verlangen, das doch wohl die Eitelkeit des Verlangenden ausdrückt, mit wissenschaftlichen Anforderungen zu tun?

Meißners Hauptentdeckung besteht nun darin zu finden, daß Wagner und Ruben den „Wert zu einer allgemeinen Eigenschaft der Arbeit“ erklären und eben damit im „Gegensatz zu Marx“ stehen. Meißner hat völlig recht: Ich bin der Auffassung, daß jede historische Form der Arbeit zugleich wertbildenden Charakter hat. Aber steht diese Auffassung im Gegensatz zu Marx? Ich leugne gar nicht, daß man bei Marx Zitate finden kann, die diesen Eindruck hervorrufen mögen. Man kann aber ebenso Zitate finden, die diesem Eindruck widersprechen. Ich verweise auf Marx' Diskussion der Ökonomie des Robinson, in der „alle wesentlichen Bestimmungen des Werts enthalten“ sind¹ sowie auf seine Diskussion der Ökonomie eines „Vereins freier Menschen“, in der sich alle „Bestimmungen von Robinsons Arbeit wiederholen ..., nur gesellschaftlich, statt individuell“² Weitere Belege erspare ich mir.

Wenn es nun so ist, daß für eine bestimmte Auffassung des Werts bei Marx in der Tat theoretische Voraussetzungen gegeben sind, kann man sie dann als „im Gegensatz zu Marx“ stehend qualifizieren? Das kann man nur, wenn man bereit ist, Marx als mit sich selbst im Gegensatz stehend zu beurteilen. Aber dann kann logischerweise keiner seiner Interpreten mehr als „im Gegensatz zu Marx“ stehend gedeutet werden. Also ist Meißners Hauptvorwurf nur dann stichhaltig, wenn stillschweigend für ihn vorausgesetzt ist: Wer ein korrekter Interpret von Marx ist, bestimme ich! Und das hat nichts mit Wissenschaftlichkeit zu tun.

Angesichts der Tatsache, daß in der nun über sechzigjährigen ökonomischen Diskussion im Sozialismus die Frage nach der Wertbestimmtheit jeder historischen Form der Arbeit ein mit allgemeiner Übereinstimmung formuliertes Urteil nicht gefunden worden ist, kann man wissenschaftlich keinen anderen Schluß als den ziehen, daß die theoretischen Grundlagen zur Klärung dieser Frage noch zu erarbeiten sind, daß sie demzufolge Gegenstand des wissenschaftlichen Meinungsstreits solange bleiben, bis ein begründetes Urteil gegeben wird. Dem jeweiligen Opponenten im Meinungsstreit aber das Etikett anzuheften, „im Gegensatz zu Marx“ zu stehen, obwohl beweisbar genau Marxsche Thesen verwendet werden, ist keine wissenschaftliche Attitüde – und daher kein Gegenstand wissenschaftlicher Kritik.

Meißner hält unsere Wertauffassung für eine „Leugnung der historischen Bedingtheit des Wertes“ und macht überdies den elementaren philosophischen Fehler, die Kategorie des Wesens mit der der Substanz zu identifizieren. Wie kommt er auf diese Idee? Offensichtlich deshalb, weil er meint, die Abstraktion von der Verschiedenheit der historischen Formen der Arbeit sei gleichbedeu-

1 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. In: K. Marx/ F. Engels: Werke (im Folgenden: MEW). Band 23. Berlin 1973. S. 91

2 Ebd., S. 92

tend mit der Ignoranz gegen die Geschichtlichkeit. Aber das ist ein einfacher methodologischer Irrtum: Die Abstraktion ist gar nicht realisierbar, wenn sie nicht genau die Verschiedenheit, von der abgesehen wird, voraussetzt! Es ist eben diese Abstraktion, die Marx vollzieht, wenn er sagt: „Der Arbeitsprozeß ... ist ... allgemeine Bedingung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens und daher unabhängig von jeder Form dieses Lebens, vielmehr allen seinen Gesellschaftsformen gleich gemeinsam.“¹ Wird damit etwa durch Marx „im Gegensatz zu Marx“ die Arbeit ihres „historischen Charakters beraubt“? Wer so etwas behaupten wollte, zerhackt theoretisch in Wahrheit die Geschichte der Arbeit in disparate, unvergleichbare Stücke, liquidiert die historische Kontinuität und konstruiert sich darin als ziemlich simpler Repräsentant des Historismus. Die angebliche „Leugnung der historischen Bedingtheit des Wertes“ erweist sich daher schlicht als die Feststellung: Meißner ist nicht der Meinung von Wagner und Ruben, sondern behauptet, daß der Wert allein Bestimmtheit der bürgerlichen Produktionsweise sei. Nun, um die Diskussion eben dieser Feststellung geht es ja gerade! Will man sie verteidigen, so muß man echte Argumente anführen.

Was aber führt Meißner argumentativ an? Offensichtlich empört über unsere Feststellung eines Werts ohne Waren und ohne Warenproduktion sowie des Arbeitsvermögens als der Wertsubstanz „argumentiert“ er: „dies alles hat mit Marxismus nichts gemein“. Ein Beweis dafür wird nicht gegeben. Er kann auch gar nicht gegeben werden, weil es bei Marx über den Begriff der Wertschubstanz heißt: „Bildungselemente der Gebrauchswerte Rock und Leinwand sind Schneiderei und Weberei ... durch ihre verschiedenen Qualitäten: Substanz des Rockwerts und Leinwandwerts sind sie nur, soweit von ihrer besonderen Qualität abstrahiert wird und beide gleiche Qualität besitzen, die Qualität menschlicher Arbeit.“² Also unter der Abstraktion von der Verschiedenheit der Gebrauchswerte wird die Wertschubstanz bestimmt: „Es ist nichts von ihnen übriggeblieben als dieselbe gespenstige Gegenständlichkeit, eine bloße Gallerte ... der Verausgabung menschlicher Arbeitskraft ohne Rücksicht auf die Form ihrer Verausgabung. Diese Dinge stellen nur noch dar, daß in ihrer Produktion menschliche Arbeitskraft verausgabt, menschliche Arbeit aufgehäuft ist. Als Kristalle dieser ihnen gemeinschaftlichen Substanz sind sie Werte – Warenwerte.“³ Damit ist wohl klar, daß es Marx – und nicht Wagner und Ruben – ist, der die menschliche Arbeitskraft als Wertschubstanz definiert. Und dies „hat mit Marxismus nichts gemein“? (Den Nachweis, daß Marx unter „Arbeitskraft“ in der Tat das Arbeitsvermögen versteht, erspare ich mir in der Annahme, daß Ökonomen das „Kapital“ wohl kennen.)

Wenn Meißners Argument einen Sinn hat, dann wieder nur den, daß er nicht das Arbeitsvermögen überhaupt, sondern es in seiner bürgerlichen Erscheinungsweise als Wertschubstanz verstehen will. Dann eben sind wir wieder

1 Ebd., S. 198

2 Ebd., S. 59-60

3 Ebd., S. 52

beim normalen wissenschaftlichen Problem, nämlich bei der Frage nach der Universalität der Wertbestimmtheit der Arbeit, (die Meißner offensichtlich nicht akzeptiert). Statt Argumente für und wider diese Annahme abzuwägen, erklärt Meißner seine Opponenten für außermarxistisch, ohne auch nur den Versuch eines Beweises anzustellen. Solches Verhalten hat natürlich sehr viel mit dem Austragen von Konkurrenzen unter Wissenschaftlern zu tun, aber rein gar nichts mit einem geistigen Anspruch auf Erkenntnis, der sich durch die Schlüssigkeit und Überzeugungskraft seiner Argumente ausweisen muß.

Wenn schließlich Meißner mit einer geradezu von wirklicher Ignoranz strotzenden Platitude gegen unseren Versuch einer entwicklungstheoretischen Verbindung von Wert- und Widerspruchssicht auf der Annahme beharrt, dies sei alles längst bei Marx gegeben, so bleibt mir nichts übrig als vorzuschlagen, er möge doch die moderne Entwicklung der synthetischen Evolutionstheorie (in der Sowjetunion obendrein begründet), der Ideen von Prigogine, Thom, Eigen u. a. zunächst zur Kenntnis nehmen, ehe er sich auf eine Debatte einläßt.

Zusammenfassend kann ich nur feststellen: Der einzig wirklich ernst zu nehmende Gesichtspunkt der Stellungnahme Meißners besteht in der Frage nach dem universellen Charakter der Wertbestimmtheit menschlicher Arbeit. Meißner entscheidet sie negativ, wir positiv. Da nun in den mehr als sechzig Jahren sozialistischer Entwicklung vor allem durch die praktische ökonomische Politik der marxistisch-leninistischen Parteien die effektive Berücksichtigung der Wertnatur der sozialistischen Produktion zunehmend Tatsache geworden ist, so versteht es sich nach meiner Auffassung für sozialistische Theoretiker, daß sie diese Tatsache auch zum Gegenstand ihrer Untersuchung machen dürfen. Versteckt sich hinter ihr das Rudiment der bürgerlichen Gesellschaft (wie Meißner anzunehmen scheint), oder aber ist sie Ausdruck eines fundamentalen ökonomischen Zusammenhangs, den man praktisch nicht ungestraft ignorieren kann (wie wir meinen)? Dies ist die wirkliche sachliche Frage, die natürlich ganz unabhängig davon bestehen bleibt, ob Meißner solche Stellungnahme formuliert oder nicht, ob die Angegriffenen so oder so behandelt werden.

Zur Stellungnahme von Wolfgang Heinrichs¹

Der Autor stellt sofort fest, wir schränken „die spezifische Rolle der Politischen Ökonomie für die vollständige materialistische Begründung des Weltbildes“ ein, indem wir der Ökonomie die Philosophie „aufstülpen“. Aber er gibt dafür keinerlei Nachweis. Ich kann daher aus dieser Erklärung gar nichts anderes entnehmen als dies, daß es nach Heinrichs unterlassen werden solle, den Zusammenhang von Ökonomie und Philosophie zum theoretischen Gegenstand zu machen. Das wird auch explizit erklärt: „Der Wertform ist ... Widerspruch

1 Vgl. W. Heinrichs: Bemerkung zum Artikel von Ruben/Wagner *Sozialistische Wertform und dialektischer Widerspruch*. In: Gefesselter Widerspruch, a. a. O., S. 173-176 (Anmerkung der Hrsg.)

und Entwicklung selbst immanent und sie bedarf als Kategorie keiner zusätzlichen künstlichen Ergänzung und Interpretation durch philosophische Aspekte des Widerspruchs.“ Nimmt man diese Formulierung ernst, so hat man nichts anderes als den gewöhnlichen Positivismus vor sich, den militanten Ausschluß der Philosophie von der Fachwissenschaft. Mit Bezug auf solche Erklärung bleibt nichts übrig als vorzuschlagen, Heinrichs möge in einer eigenen Darstellung zeigen, wie wohl Widerspruch und Entwicklung der Wertform immanent seien. Dann kann man sehen, ob seine Stellungnahme begründet ist oder nicht.

Was für mich interessant ist, ist des weiteren Heinrichs „Erkenntnis“, daß Wagner und Ruben „der Warenproduktion ... im System der sozialistischen Produktionsverhältnisse einen bestimmenden, wenn nicht sogar ... einen konstituierenden Platz“ zuordnen. Diese „Erkenntnis steht natürlich im strikten Gegensatz zur zutreffenden Erkenntnis Meißners, daß Wagner und Ruben einen „Wert ... ohne Warenproduktion“ konstituieren. Ich frage mich, ob Heinrichs den kritisierten Text überhaupt wirklich gelesen hat. Denn nichts ist in ihm klarer als die Behauptung, daß zwar jede Ware Wert, aber nicht jeder Wert Ware ist. Wie also kann uns Heinrichs „marksozialistische“ Konzeptionen andichten? Wird denn nicht von uns unmissverständlich formuliert, daß innerhalb eines sozialistischen Gemeineigentümers die Arbeitsprodukte genau nicht als Waren zirkulieren? (Vorausgesetzt ist natürlich Marx Warenbegriff, mit dem Arbeitsprodukte als Waren gelten, wenn sie für den Austausch mit fremden Eigentümern produziert werden.)

Heinrichs glaubt weiter, Wagner und Ruben wollen die „Überwindung der wesentlichen Unterschiede“ in den verschiedenen Arbeitsarten ab „einem derartigen Reifegrad bereits in der sozialistischen Phase als erreichbar angesehen wissen.“ Ich frage mich verzweifelt, woraus Heinrichs dies entnommen haben kann. Es ist doch ganz klar, daß mit unserer Behauptung von der Universalität der Wertbestimmtheit der Arbeit genau die wesentlichen Unterschiede in den Arbeitsarten als konstituierend gelten! Sonst wäre doch alle Abstraktion und mithin alle Wertbildung völlig sinnlos! Wir sind doch nicht so blöd anzunehmen, die abstrakte Gleichheit könnte irgendwann und irgendwo auch die wirkliche sein! Wieder also kann ich keinen anderen Schluss ziehen: Heinrichs hat unseren Artikel überhaupt nicht verstanden.

Ist diese Feststellung eine Kritik an Wagner und Ruben, so muß und will ich sie akzeptieren. Aber rechtfertigt eine miss- oder unverständliche Art, etwas darzustellen, das Urteil von „ernsthaften Abweichungen von Grundpositionen des Marxismus-Leninismus“? Die Rechtfertigung könnte nur dann gelten, wenn unterstellt ist: Was ich, Heinrichs, nicht verstehe, muß ich als „ernsthafte Abweichung von Grundpositionen des Marxismus-Leninismus“ qualifizieren. Aber was hat das mit Wissenschaft zu tun?

Zur Stellungnahme Joachim Höppners über meine Darstellung des Zusammenhangs von Widerspruch und Wertformtheorie¹

Zu diesem elenden Machwerk kann ich nur sagen: Ein Verfasser, der sich angesichts notorischer und allbekannter Unkenntnis analytischer Darstellung nichtsdestoweniger beeilt, genau eine solche Darstellung hämisch nach ihrem Wortgebrauch „einzuschätzen“, hat sich selbst in der wissenschaftlichen Gemeinschaft ein für allemal das adäquate Denkmal gesetzt. Der Terminus „geordnetes Paar“ ist ein feststehender technischer Ausdruck der Relationstheorie; Höppner glaubt darin den Namen einer „Paarung“ im Sinne des „Robinson-Freitag-Verhältnisses“ sehen zu können. Der Terminus *Verhältnisgleichung* bezeichnet einen mathematisch genau bestimmten Sachverhalt, den die antiken Griechen in der Tat mit dem Ausdruck *analogia* meinten; Höppner redet vom „Herangezogenwerden des Analogie-Begriffs zur Erhärtung der ‘Verhältnisgleichung’“, womit er natürlich nichts weiter als seine völlige Unkenntnis der Sachlage beweist. Die Teilbarkeit ist Gegenstand einer ausgefeilten mathematischen Theorie; Höppner schwätzt davon, daß „Ruben sich gewählt ausdrückt“, womit die mathematische Fachsprache als Rubens Privaterfindung mitgeteilt wird. Höppner entblödet sich nicht, im Zusammenhang mit dem Problem der Definition von Gebrauchswerteinheiten die Teilung eines „Bäckerbrots und Schneiderrocks“ als sein Problem vorzustellen; er hat offenbar in jener Parteiversammlung geschlafen, in der auch ihm erklärt wurde, welche Gebrauchswerteinheiten unsere Landwirtschaft heute verwendet. Höppner hat eine wahre Entdeckung gemacht, nämlich die, daß die von mir diskutierte Preisformel „eine reine Tautologie“ sei; als ob nicht die tautologische Umformung die Form logisch konsistenter Argumentation ist.

Diese Stellungnahme ist so schlimm, daß sie nicht mehr innerhalb eines wissenschaftlichen Meinungsstreits Gegenstand der Debatte sein kann. Es ist schon unannehmbar, wenn jemand bar jeder Sachkenntnis über einen wissenschaftlich längst bestimmten Gegenstand schwätzt; es ist ganz indiskutabel, wenn er obendrein seine Unfähigkeit auch noch mit Behagen zur Schau stellt. Ich erspare mir eine genauere Qualifikation solchen Verhaltens und stelle nur fest, daß ich nicht bereit bin, auf Grund von Ergüssen solcher Art in eine Debatte einzutreten.

Zur Stellungnahme Herbert Steiningers²

Wenn Steininger am 6. Jan. 1981 feststellt, daß meine Mitarbeit in der von ihm geleiteten Forschungsgruppe seit Juni 1979 „die Arbeit belastete“, so fra-

1 Vgl.: Aus den Gutachten von J. Höppner. In: Gefesselter Widerspruch, S. 207-213 (Anmerkung der Hrsg.)

2 Vgl. Herber Steiniger: Zur Mitarbeit von Genossen Peter Ruben in der interdisziplinären Forschungsgruppe *Philosophische Probleme der politischen Ökonomie* In: Gefesselter Widerspruch, S. 213-216 (Anmerkung der Hrsg.)

ge ich: Wieso hat er mich im Dezember 1980 zu eben dieser Arbeit eingeladen? Wieso hat er noch im November 1980 ein Buchprojekt in der Sektion Marxistisch-Leninistische Philosophie der Humboldt-Universität verteidigt, in dem ich als Mitarbeiter ausgewiesen war?

Im Gegensatz zu seiner Behauptung, daß der Artikel von Wagner und mir nicht in der Forschungsgruppe diskutiert worden sei, stelle ich sachlich fest: Diese Diskussionen haben mit seiner Einladung am 10.4. und 20.5.80 in der Tat stattgefunden.

Ich kann es nur bedauern, wenn Steininger sich genötigt findet, im Januar 81 eine Stellungnahme zu formulieren, die erstens den Tatsachen widerspricht und zweitens eine persönliche Position ausdrückt, von der noch im Dezember 1980 keine Rede war.

Zur Stellungnahme Gisela Kochs und Adolf Bauers¹

Die in dieser Stellungnahme formulierten Positionen sind nach meiner Überzeugung in der Tat Gretchenfragen unseres gegenwärtigen wissenschaftlichen Meinungsstreits, einer Debatte, die keineswegs auf das Zentralinstitut der Philosophie beschränkt ist. Allerdings leidet die Stellungnahme darunter, daß sie meine Auffassungen und meine bisherige Teilnahme am Meinungsstreit subjektivistisch verfälscht: Es ist nicht wahr, daß im Lukács-Artikel von C. Warnke und mir „erneut die These von der Kategorie *Arbeit* als Zentralkategorie der marxistisch-leninistischen Philosophie aufgestellt“ worden ist. Es ist unseriös zu behaupten, ich hätte meine Selbstkorrektur nicht mitgeteilt. Sie ist bereits 1974 in der BRD gedruckt worden (Bd. 18 der Reihe des IMSF)², ehe 1978 das betreffende Original bei Pahl-Rugenstein erschien.³ Es ist eine Verfälschung meiner Auffassung, wenn aus Darstellungen, die die Naturbedingtheit der Arbeit auf Grund ihrer spezifischen Aufgabenstellung hervorheben, der Schluß suggeriert wird, ich mißachte den sozialen Charakter der Arbeit, und dabei verschwiegen wird, daß das genaue Gegenteil solcher Mißachtung in der DDR gedruckt vorliegt. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf

- 1 Vgl. G. Koch/ A. Bauer: Zu Peter Rubens Konzeption der Arbeit *Telosrealisation oder Selbsterzeugung der menschlichen Gattung?* In: Gefesselter Widerspruch, a. a. O., S.178-184. (Anmerkung der Hrsg.)
- 2 Peter Ruben: Aktuelle theoretische Probleme der materialistischen Naturdialektik. In: *Marxismus Digest*. Hg. v. Inst. f. Marxistische Studien und Forschungen. Frankfurt/Main. Heft 2/1974. S. 3-26. Dieser Artikel erschien zuerst in der DZfPh 21(1973)8. S. 909-929
- 3 Es handelt sich um meinen Beitrag „Problem und Begriff der Naturdialektik“, der zuerst 1969 im Sammelband „Weltanschauung und Methode“, hg. v. A. Griese u. H. Laitko, Berlin: VEB Dt. Vlg. d. Wiss., S. 51-88, erschien und 1978 von Hans Jörg Sandkühler in den von ihm mit „Dialektik und Arbeit der Philosophie“, betitelten Band, Köln: Pahl-Rugenstein S. 146-187, ediert wurde. Von meinem damaligen Institutsdirektor Manfred Buhr erhielt ich übrigens im Zusammenhang mit dieser Ausgabe die Weisung, mich in gar keiner Form in die westdeutsche Edition einzumischen. Diesen Hinweis hielt ich im Interesse der Publikation strikt ein, zumal meine Selbstkritik in Sachen ‚Zentralkategorie Arbeit‘ bereits 1974 in Westdeutschland erschienen war.

meinen Versuch, die Produktionsverhältnisse als Voraussetzung zur Erklärung der philosophischen Basis der Mathematik zu bestimmen.¹

Abgesehen von diesen für mich inakzeptablen Vorgehensweisen muß ich natürlich anerkennen, daß die Autoren der Stellungnahme das Recht zu der von ihnen vorgenommenen Deutung meiner Texte haben. Ich kann dann nur versichern:

1. Die Annahme, daß ich einen „abstrakten, unhistorischen Arbeitsbegriff“ vertrete, trifft nicht zu. Und die Autoren können diese Annahme nur beweisen, wenn sie den von ihnen zugrunde gelegten Abstraktionsprozeß explizieren. Das tun sie nicht. Daher ist ihre Feststellung eine bloße Behauptung. Ich habe mehrfach ausdrücklich geschrieben, daß ich den Abstraktionsbegriff der modernen logisch-mathematischen Grundlagenforschung unterstelle, also die Abstraktion als Übergang von der Betrachtung gleichartiger Gegenstände zur Betrachtung der in ihnen identischen Art verstehe. In diesem Sinne kann selbstredend nicht davon gesprochen werden, daß meine von den Autoren zitierten Textstellen ausweisen, nur die verständige Abstraktion der Arbeit zu meinen.

2. Solange die Autoren nicht erklären, was für sie „Typ des Stoffwechsels Mensch-Natur“ im Unterschied zu „Epoche ökonomischer Gesellschaftsformation“ heißen soll, bin ich nicht imstande zu erkennen, worin meine angebliche Abweichung von Marx bestehen soll. Klarerweise spricht Marx, ich habe das oben schon zitiert, vom Arbeitsprozeß als einem Vorgang, in dem der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigene Tat vermittelt, von ihm als der „allgemeinen Bedingung des Stoffwechsels“, als der ewigen Naturbedingung des menschlichen Lebens“, die „unabhängig von jeder Form dieses Lebens, vielmehr allen seinen Gesellschaftsformen gleich gemeinsam“² ist. Wie wollen sich die Autoren zu solchen Feststellungen von Marx verhalten?

3. Wenn die Autoren sich weigern, die historische Entwicklung der Arbeit als einen Naturprozeß zu denken – und das ist in der Tat meine Position –, wie wollen sie dann dem bekannten Dualismus von Natur und menschlicher Geschichte entgegentreten? Oder teilen sie ihn? Was unterscheidet sie dann vom spätbürgerlichen Historismus?

4. Was ist das für ein kurioses Argument, die Feststellung der Einheit von Gegenständlichkeit und Verhalten gebe es auch bei den Tieren? Soll damit erneut ein Affenprozeß anvisiert werden? Der Sinn jener Feststellung besteht doch gerade darin, universelle Geltung im Sinne der materialistischen Dialektik zu beanspruchen, also nicht nur die Tiere, sondern schlechthin alle materiellen Gegenstände zu meinen.

5. Wer hat denn irgendwann und irgendwo beansprucht, aus der These von

¹ Vgl.: Peter Ruben: Marxistisch-leninistische Philosophie und Mathematik. Hg. v Präsidium der URANIA, Sektion Mathematik, Red.: Joh. Palme, Schriftenreihe für den Referenten, Heft 7/1975. S. 21-25

² Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. In. MEW. Band 23. S. 198

der Untrennbarkeit des Gegenstands und seines Verhaltens die menschliche Subjektivität, wie sie in der Geschichte erscheint, erfassen zu wollen? Wo überhaupt habe ich je beansprucht, eine Theorie des historischen Materialismus geben zu wollen? Was also sollen die Vorwürfe, dies werde von mir nicht geleistet?

6. Was den Eigentumsbegriff betrifft, so stehe ich allerdings auf dem Standpunkt, daß es falsch ist, ihn als Bestimmung des „praktischen Machtverhältnisses von Klassen“ zu fassen. Darin wird seine sozial-ökonomische Bedeutung auf ein bloß politisches Verhältnis reduziert. Die Existenz von Klassen setzt ja bereits die Enteignung der ausgebeuteten Klasse an den Naturbedingungen der Arbeit voraus, unterstellt also das Eigentum als Verhältnis von Gesellschaften zu ihren natürlichen Produktionsbedingungen. Nicht die Macht (die politische wohl, wie ich aus dem Kontext annehmen muß) erklärt das Eigentum, sondern dies erklärt die Existenz wie Nichtexistenz politischer Macht.

7. Was haben meine Kritiker eigentlich gegen eine Annahme naturgeschichtlicher Voraussetzungen menschlicher Gesellschaftlichkeit? Wenn die Naturgeschichte nicht den Keim für sie hervorbringt, wer dann?

8. Welch seltsame Furcht zwingt meine Kritiker, in der menschlichen Gesellschaft nicht die menschliche Gattung zu sehen? Für mich jedenfalls spielt der Gattungsbegriff deshalb eine so wichtige Rolle, weil die moderne synthetische Evolutionstheorie von der Voraussetzung ausgeht und ausgehen muß, daß nicht vereinzelte Individuen, sondern Gattungen die Entwicklungssubjekte sind (der Biologe nennt sie „biologische Arten“).

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß diese Stellungnahme die wirklichen theoretischen Unterschiede wohl am besten zum Ausdruck bringt. Ob das allerdings hinreichend ist, mich – wie das die Autoren suggerieren – aus der Gemeinschaft der Vertreter der marxistischen Philosophie zu exkommunizieren, stellt ein ganz anderes Problem dar.

Zur Stellungnahme Jörg Schreiters¹

Schreiters Kritik operiert mit einer bewußten Fälschung: „Der Verfasser behauptet, daß die These von der Wissenschaft als allgemeiner Arbeit eine von Marx eingeführte Definition von Wissenschaft sei. „Tatsächlich heißt es – und Schreiter weiß das –: „Ich bin mir natürlich dessen bewußt, daß die hier gelieferte Interpretation des Marxschen Textes – eine *Interpretation* ist, d. h. philologisch sicher nicht unumstritten sein wird.“² Eine Stellungnahme, die

1 Vgl. J. Schreiter: Zu den erkenntnistheoretischen Positionen, die von P. Ruben in seinem Artikel „Wissenschaft als allgemeine Arbeit“ vertreten werden. In: Gefesselter Widerspruch, a. a. O., S. 184-190 (Anmerkung der Hrsg.)

2 Peter Ruben: Wissenschaft als allgemeine Arbeit. In: Sozialistische Politik 8(1976)2, S. 12. Natürlich habe ich nicht einen möglichen philologischen, sondern philosophischen Streit gemeint. Es handelt sich einfach um einen Druckfehler. Er tritt auch, da ich keinen Einfluß nahm, in der Edition Sandkühlers: Dialektik und Arbeit der Philosophie, S. 15, auf.

sich mittels solcher Fälschung den Popanz ihrer Kritik aufbaut, hat mit Wissenschaftlichkeit nichts zu tun.

Mein Kritiker setzt die erkenntnistheoretisch unglaubliche Dummheit als selbstverständlich voraus, für die Physik handgreifliche Mittel als entbehrlich zu halten. Er tut das deshalb, weil er keinerlei modelltheoretische Kenntnisse hat, insbesondere den Zusammenhang von Modell und Theorie nicht voraussetzt, von dem ich in meinen Überlegungen ja ausgehe. So sieht er durch meine Argumentation den Geist gefährdet und bemerkt nicht, daß eben dieser Geist von mir ja mit der zu jedem Modell (ob materiell oder nicht) zugehörigen Theorie vorausgesetzt ist. Auf die alberne Frage nach dem „handgreiflichen Ding“ zur Konfirmation eines Kapitalisten als Kopie seines Urbilds, die Schreiter nach Hültschmidt und Schubring ins Feld führt, ist simpel zu antworten: Jeder Kapitalist ist ein solches handgreifliches Ding. Indem Schreiter in solcher Frage ein „Gegenargument“ wähnt, beweist er nur, daß er keine Ahnung von der Modelltheorie hat. Unter solcher Voraussetzung kann es natürlich über modelltheoretische Argumente keinen Meinungsstreit geben, sondern nur die Aufgabe, diese Lehre zunächst zur Kenntnis zu nehmen.

Zur Stellungnahme John Erpenbecks¹

Ungescheut und geschwätzig drückt mein Kritiker seine Aversion aus. Aber an keiner Stelle wird sachlich wirklich auf das eingegangen, was ich gesagt habe. Wo z. B. steht bei mir irgendwo geschrieben, daß alle Modelle materiell sind? Wieso handelt es sich bei dem von mir verwendeten Abstraktionsbegriff um meinen, um meine Privaterfindung? (Erpenbeck studiere doch Klauas 1. Kapitel der „allgemeinen Mengenlehre“!). Wieso ist die Feststellung von Subjekt und Prädikat als elementarer Satzglieder „eine spezifisch Rubensche Trivialsprachtheorie“? Wo denn spielen bei mir Begriffe keine erkenntnistheoretische Rolle? Wo denn begreife ich nicht, daß Theorien mehr als mathematische Gebilde seien? Diese Fragen sind nicht positiv zu beantworten. Aber Erpenbeck unterstellt das einfach, um sodann ebenso herzerfrischend wie dumm loszupoltern. Was soll das? Daß ich sogar als Leugner der objektiven Naturdialektik aufgeplustert werde, ist mit diesem Verfahren nur noch triste Konsequenz.

Zur Stellungnahme Nina Hagers²

Nina Hager unterstellt, daß meine Erklärung des Zählens und Messens als notwendige Bedingung der Analytik definitorischen Charakter habe. Davon kann

1 Vgl. J. Erpenbeck: Zur Auffassung von der Wissenschaft, insbesondere von der Naturwissenschaft bei Peter Ruben. In: Gefesselter Widerspruch, a. a. O. S. 191-198 (Anmerkung der Hrsg.)

2 Vgl.: N. Hager: Zuarbeit zur Begutachtung von Peter Ruben. Ebd. S. 200-202 (Anmerkung der Hrsg.)

natürlich im Text gar keine Rede sein. Aber nur mit dieser Unterstellung kann sie mir sinnvoll „Reduktionismus“ vorwerfen. Sie unterstellt weiter, ich hätte einen speziell aufgefaßten Abstraktionsbegriff. Sie kann diese Behauptung nur beweisen, wenn sie selbst ihren „weiteren“ angeben würde. Das aber ist nicht der Fall. Da ich überdies tatsächlich gar keinen „eigenen“ habe, so trifft mich ihre Argumentation sachlich überhaupt nicht.

Ich bin mit N. Hager ganz einig in der Feststellung, daß die Naturwissenschaften „immer tiefer in die objektive Dialektik der Natur eindringen“. Die Frage aber ist: Wie denn tun sie es? Sollen sie etwa als Ersatz der subjektiven Dialektik verstanden werden? Im Detail der wirklichen philosophischen Auffassung unserer naturwissenschaftlichen Erkenntnis erst kann sich zeigen, ob meine Kritikerin wirklich Differenzpunkte zu meiner Auffassung als Gegenstand des Meinungsstreits zeigt. Aus ihrer Stellungnahme kann ich keine erkennen.

Zur Stellungnahme Joachim Höppners zum Condillac-Artikel¹

Höppner unterstellt, daß unsere Darstellung über die Auffassung zum Verhältnis des Rationalismus und Sensualismus „eine ganz veraltete Anschauung“ sei. Das mag für Philosophiehistoriker zutreffen, ist aber ganz falsch mit Bezug auf die aktuelle Ausbildung des Aufklärungsbilds in unserer Literaturwissenschaft. Und auf die haben wir uns ausdrücklich bezogen. Wir rennen also nicht offene Türen ein, sondern bemühen uns, mit den Literaturwissenschaftlern ins Gespräch zu kommen, die ja doch den Hauptteil der in der DDR verfügbaren Aufklärungsliteratur geschaffen haben.

Im Übrigen kann ich nur sagen, daß ich Höppners Auffassung zu unserer philosophiehistorischen Deutung Condillacs als eine andere mögliche Position zur Kenntnis nehme, also als sachliches Angebot für den Meinungsstreit verstehe. Ich verstehe sie nicht als Begründungsbasis für den im Kommissionsbericht erhobenen Revisionismus-Vorwurf.

Zur Stellungnahme Wolfgang Segeths²

Die ganze Argumentation beruht auf zwei Unterstellungen, die für mich insofern überraschend sind, als ich Wolfgang Segeth ja als Logiker schätzen gelernt habe: 1. nimmt er an, daß das Wörtchen „ist“ in meiner zweiten Widerspruchsformulierung die Gleichheit bedeute. Aber Segeth kennt mich gut genug zu wissen, daß ich dann auch „ist dasselbe wie“ gesagt hätte. 2. nimmt

1 Vgl.: oben Fußnote 12. – Höppners Gutachten bezieht sich auf den Artikel von H.-C. Rauh/P. Ruben: Étienne Bonnot de Condillac oder Die Dialektik der Aufklärung und das Problem der Erkenntnis. In: Dt. Z. f. Philos. 28(1980)11, S. 1343-1354 (Anmerkung der Hrsg.)

2 W. Segeth: Zu P. Rubens Definition des dialektischen Widerspruchs. In: Gefesselter Widerspruch. A. a. O., S.203-207 (Anmerkung der Hrsg.)

er seine „Verallgemeinerung“ als zulässig an, weil ich angeblich „keine einschränkenden Bedingungen“ formuliert habe. Aber diese Bedingung steht explizit da! Es heißt „für alle Konkreta gilt: ...“ Dies ignorierend, proklamiert Segeth nun etwas, was er doch wohl selbst nicht glauben kann, nämlich daß Ruben den Widerspruch als mengentheoretische Komplementarität deutet! Er weiß doch, daß alle meine Äußerungen zu den philosophischen Problemen der Mathematik die Voraussetzung einschließen, genau diese Deutung auszuschließen. Aus diesen Gründen kann ich Segeths Stellungnahme nicht als seriös akzeptieren.

Kurioserweise kommt es dann dazu, daß ich nach Segeth den Widerspruch „auf die Einheit der Gegensätze“ reduziere, während ich nach Höppner ihn gerade umgekehrt nur als Widerstreit kapiere. Was soll man dazu sagen, wenn zwei Kritiker desselben Textes, derselben Auffassung zu genau entgegengesetzten Deutungen gelangen? Wenigstens dies, daß eine Unklarheit entweder des Textes oder der Kritiker vorhanden ist. Kann man dann schließen, wie es der Kommissionsbericht tut, Ruben habe eine mit dem Marxismus-Leninismus unvereinbare Widerspruchsauffassung?

Zum Kommissionsbericht¹

Der Bericht scheut sich nicht, in ein und derselben Darstellung mir anzulasten, daß ich den Wert im Sozialismus ohne Warenproduktion sehe und der Warenproduktion im Sozialismus einen konstitutiven Platz einräume. Das kommt natürlich zustande, weil der Bericht aus den entgegengesetzten Stellungnahmen Meißners und Heinrichs nur abgeschrieben hat, ohne die logische Konsistenz seines Berichts zu beachten. Das allein genügt wissenschaftlich, um zu der Feststellung zu kommen: Der Bericht kann nicht wahr sein!

¹ Vgl. Bericht der Kommission zu politisch-ideologischen und wissenschaftlichen Einschätzungen von Publikationen von Dr. Peter Ruben. In: Gefesselter Widerspruch, a. a. O., S. 161-170 (Anmerkung der Hrsg.)

Von der Moralisierung zur Klassengesellschaft oder von der Klassengesellschaft zur Moralisierung?

Philosophische Diskussionsbemerkungen zur Hypothese von Klaus Eder¹

Die Frage nach der genetischen Erklärung der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ist bekanntlich durch den theoretischen Ansatz von Klaus Eder² auf einer neuen Basis gestellt worden, nämlich auf derjenigen, die durch Einbeziehung der modernen synthetischen Evolutionstheorie der Biologie in das Ensemble der empirischen Gesellschaftswissenschaften konstituierbar wird. Die wissenschaftliche Bedeutung eines solchen Schritts ist unbestreitbar gravierend und zukunftssträchtig. Auf diese Weise zeichnet sich die Möglichkeit eines einheitlichen evolutiven Verständnisses von Entwicklungen (Evolutionen) in der außermenschlichen wie der menschlichen Natur ab. Es besteht für mich kein Zweifel, daß die Verbindung der Erklärungsprinzipien der biologischen synthetischen Evolutionstheorie mit den speziell gesellschaftswissenschaftlichen Erkenntnissen als ein unbedingter wissenschaftlicher Fortschritt gelten muß. In diesem Sinne ist das Konzept Eders mit Sicherheit unverzichtbarer Gegenstand jeder weiteren seriösen Untersuchung der Entwicklungsgesetze menschlicher Gesellschaftlichkeit.

Diese Feststellung vorausgesetzt, müssen dennoch gegen Eders Konzept ernsthafte Einwände erhoben werden, die hier vor allem die *philosophische* Grundlage betreffen, bezüglich der Eder die Verbindung von biologischer Evolutionstheorie und Soziologie realisiert. Ich beschränke mich im folgenden auf drei Bemerkungen.

Historischer Materialismus und „Theorie der soziokulturellen Evolution“

Unter den historischen Vorleistungen, die für Eder als Anknüpfungspunkt seines Konzepts gelten, tritt neben dem Darwinismus und dem Spencerismus der historische Materialismus auf, von dem Eder meint, daß er „eher ein ,Theorie-

-
- 1 Deutsche Erstveröffentlichung. Vorher Englisch in: P. Ruben: From Moralisation to Class Society or from Class Society to Moralization. In: The Philosophy of Evolution. Ed. By Uffe Juul Jensen and Rom Harré. Sussex: The Harvester Press 1981. S. 120-136. (Anmerkung der Hrsg.)
 - 2 Klaus Eder: Die Entstehung staatlich organisierter Gesellschaften. Ein Beitrag zu einer Theorie sozialer Evolution. Frankfurt/a. M.: 1976

programm‘ geblieben“ sei¹ als eine analytisch wirklich ausgebildete Entwicklungslehre der Menschengesellschaft. Diese Parallelisierung zweier fachwissenschaftlicher Konzepte mit einem philosophischen unterstellt implizit eine theoretische Konkurrenz, die tatsächlich gar nicht besteht: Philosophische und empirische Untersuchungen sind voneinander qualitativ verschieden; sie konkurrieren daher nicht miteinander, wenngleich sie selbstverständlich zueinander ein bestimmtes Verhältnis eingehen.

In jeder *empirischen* Analyse, gleichgültig ob relativ zur außermenschlichen oder menschlichen Natur realisiert, handelt es sich um die Voraussetzung sinnlich-gegenständlicher, experimentell prinzipiell manipulierbarer Objekte als *Vorstellungsmittel* für interessierende Eigenschaften und Beziehungen. In einer philosophischen Untersuchung hingegen bildet nicht der nach einer Eigenschaft vorgestellte Gegenstand, sondern *das Verhältnis seiner Vorstellung zu seiner Realität* unabhängig von dieser Vorstellung das eigentliche Untersuchungsproblem. Dieses Verhältnis ist durch Engels im Rahmen der marxistischen Philosophie als die „große Grundfrage aller ... Philosophie“ benannt worden.² Indem also empirische Analyse mit dem Vorstellen von Objekten beginnt, setzt sie philosophische Untersuchung. Letztere wird effektiv verwirklicht, sofern der Unterschied von bewußtseinsvermittelter Vorstellung und bewußtseinsunabhängiger Realität erfaßt und problematisiert wird.

Es versteht sich, daß die Philosophie als spezielle Wissenschaft solche Problematisierung theoretisch nur durch den Gebrauch von *Begriffen* der objektiven Realität, des Bewußtseins etc. vollziehen kann. Die Konfrontation von Vorstellung und Realität, die in der Praxis wirklich erfolgt, kann philosophisch nur dadurch *gedacht* werden, daß über das empirische Erkennen hinausgehend nun *die* Realität, *das* Bewußtsein etc. gedacht werden. Das theoretische Denken des Unterschieds zwischen bewußtseinsvermittelter Vorstellung einer Sache und bewußtseinsunabhängiger Realität der gleichen Sache unterstellt also die Bestimmung sowohl der Vorstellung wie der Realität durch das darin philosophisch werdende Bewußtsein! Philosophie ist Bewußtsein vom Verhältnis des Bewußtseins zur objektiven Realität. Das Bewußtsein des Bewußtseins *und* der Realität außerhalb des Bewußtseins ist es, das die philosophische Grundfrage einschließt. Je nachdem die Dominanz in diesem Verhältnis angenommen wird, ist man philosophischer Idealist oder Materialist.

Wird der angedeutete Unterschied zwischen empirischer Fachwissenschaft und nicht-empirischer Philosophie akzeptiert, so ist klar, daß man von einer Fachwissenschaft ebensowenig philosophische wie von einer Philosophie fachwissenschaftliche Problemlösungen erwarten kann. Wer sich daher von einer Philosophie abkehrt, weil sie ihm das eigene empirische Problem nicht bewältigt, drückt in solchem Verhalten nur aus, daß er den Unterschied zwi-

1 K. Eder: Einleitung zu: Seminar: Die Entstehung von Klassengesellschaften. Hg. v. K. Eder. Frankfurt a. M.: 1973. S. 7

2 F. Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. In: Marx/Engels, Werke (MEW), Bd. 21. Berlin 1962. S. 274

schen Philosophie und Fachwissenschaft nicht zu bestimmen vermag. Wer umgekehrt der Philosophie empirische Fragestellungen aufbürdet, zeigt so nur, daß er noch nicht im Besitz der empirischen Mittel ist, solche Probleme adäquat – eben empirisch – zu lösen.

Der historische Materialismus ist Bestandteil der marxistisch-leninistischen Philosophie. Seine Fragestellung ist konstituiert, sobald gesellschaftswissenschaftliche (ökonomische, soziologische, sozialpsychologische, politische etc.) Vorstellungen menschlicher Verhaltensarten vollzogen worden sind. Es handelt sich dann darum, diese Vorstellungen mit den wirklichen Menschen zu konfrontieren, also die wirkliche Konfrontation zu denken. Solches Denken unterstellt den *Begriff* des wirklichen Menschen, d. h. eine theoretische Bestimmungsleistung, durch die der historische Materialismus gerade seine Besonderheit gegenüber dem dialektischen Materialismus überhaupt gewinnt. Die Existenz eines speziellen Menschenbilds allerdings ist keine den historischen Materialismus auszeichnende Eigentümlichkeit. Sie ist vielmehr für jede Philosophie charakteristisch. Wenn z. B. Hegel in seiner „Encyclopädie“ das Konditional akzeptiert: „Wenn es aber richtig ist (und es wird wohl richtig sein), daß der *Mensch* durchs Denken sich vom *Tiere* unterscheidet, so ist alles Menschliche dadurch und allein dadurch menschlich, daß es durch das Denken bewirkt wird“¹, dann hat er ein fundierendes Menschenbild angenommen, nämlich die Identität von Menschlichkeit und Bewirktheit durch das Denken. Natürlich ist dies die idealistische Fundamentalposition mit Bezug auf die Problemlage des historischen Materialismus.

Genau an dieser Stelle setzt nun meine Kritik des Konzepts von Eder an. Es handelt sich nämlich darum, daß in seinem theoretischen Ansatz ein *philosophisches* Menschenbild ausdrücklich unterstellt ist. Gemäß der neukantianistischen Unterscheidung von „Natur“ und „Kultur“ wird die Kultur als Gattungsbestimmtheit menschlicher Gesellschaften (Eder sagt: „sozialer Systeme“) fixiert: „Kultur ist das, was menschliche Vergesellschaftungsformen von biologischer Sozialität unterscheidet. Kulturelle Universalien sind das, was soziale Systeme konstituiert.“² Wie bestimmt Eder die „kulturellen Universalien“? Er fixiert sie durch „Ableitung“ aus „den spezifischen Eigenschaften von sprachlich organisierten Lernprozessen und sprachlich organisierten Systemen“³, behauptet also die Sprachfähigkeit als artspezifisches Merkmal der Menschen: „die phonologische Differenzierung, die syntaktische Organisation von Lauten (Morphemen) und die Zuordnung von Bedeutungen zu symbolischen Repräsentanten ist die zentrale Fähigkeit der menschlichen Spezies.“⁴ Während uns Hegel versichert, daß es das Denken sei, wodurch

1 G. W. F. Hegel: Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften. In: Hegel, Werke, Bd. 8. Hg. v. E. Moldenhauer und K. M. Michel. Frankfurt a. M.: 1970. S.41-42

2 K. Eder: Die Entstehung ..., S.124

3 Ebd., S.125

4 Ebd., S.126-127

sich der Mensch von anderen Naturwesen unterscheide, suggeriert uns Eder, es sei dies vielmehr das Sprechen.

Akzeptiert man mit Marx und Engels, daß das Denken „von vornherein den Fluch an sich“ habe, „mit der Materie ‚behaftet‘ zu sein, die hier in der Form von bewegten Luftschichten, Tönen, kurz der Sprache auftritt“¹, so wird man zugeben können, daß Eders Standpunkt von demjenigen Hegels nicht so sehr verschieden ist. Hegel hat dabei übrigens keineswegs von der Existenz eines sprachlosen Denkens Gebrauch gemacht, sondern vielmehr ausdrücklich die sinnliche Gewißheit der Sprache unterstellt, um die „wahrhafte Wirklichkeit“ allein des Denkens zu begründen². Wenn also Eder die Sprachfähigkeit als eigentlich menschliche (humane) Potenz voraussetzt, so unterstellt er damit *idealistisch* die Dominanz des Bewußtseins über die objektive Realität des menschlichen Daseins. Und dies ist die philosophische Pointe seiner Theorie der sozialen Evolution. Daß sie natürlich aus der Übernahme der Habermas'schen Trennung von „instrumenteller Handlung“ und „Interaktion“³ resultiert, ist wohl einsichtig und wird uns noch „beschäftigen“.

Wir halten kritisch fest: Es ist nicht so, daß Eder den historischen Materialismus als eine gegebene Voraussetzung seiner Lehre von der Gesellschaftsentwicklung behandelt, sondern vielmehr so, daß Eders Konzept unmittelbar eine idealistische philosophische Basis hat.

Welches ist das Menschenbild des historischen Materialismus? „Wir müssen bei den voraussetzungslosen Deutschen damit anfangen, daß wir die erste Voraussetzung aller menschlichen Existenz, also auch aller Geschichte konstatieren, nämlich die Voraussetzung, daß die Menschen imstande sein müssen zu leben, um ‚Geschichte machen‘ zu können. Zum Leben aber gehört vor Allem Essen und Trinken, Wohnung, Kleidung und noch einiges Andere. Die erste geschichtliche Tat ist also die Erzeugung der Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse, die Produktion des materiellen Lebens selbst, ... Das Erste also bei aller geschichtlichen Auffassung ist, daß man diese Grundtatsache in ihrer ganzen Bedeutung und ihrer ganzen Ausdehnung beobachtet und zu ihrem Rechte kommen läßt. Dies haben die Deutschen bekanntlich nie getan, daher nie eine *irdische* Basis für die Geschichte und folglich nie einen Historiker gehabt.“⁴ Daß sie ihr wirkliches Leben selbst produzieren, macht

1 K. Marx/F. Engels: Die deutsche Ideologie. In: MEW, Bd. 3. Berlin 1959. S.30

2 Hegel bemerkt: „Als ein Allgemeines *sprechen* wir auch das Sinnliche *aus*; was wir sagen, ist: *Dieses*, d. h. das *allgemeine Diese*, oder: *es ist*, d. h. das *Sein überhaupt*. Wir stellen uns dabei freilich nicht das allgemeine Diese oder das Sein überhaupt *vor*, aber wir *sprechen* das Allgemeine *aus*; oder wir sprechen schlechthin nicht, wie wir es in dieser sinnlichen Gewißheit *meinen*. Die Sprache aber ist, wie wir sehen, das Wahrhaftere; ...“ (in: Phänomenologie des Geistes; hg. v. J. Hoffmeister; Berlin: 1964; S. 82). Uns kommt es hier auf die Hegelsche Wendung „wie wir sehen“ an: Was wir *sehen* sollen, also sinnlich rezipieren, das ist die Satzform „dies ist p“ in den Elementarsätzen „dies ist rot“, „dies ist schön“ etc.; vgl. auch: P. Ruben, Von der „Wissenschaft der Logik“ und dem Verhältnis der Dialektik zur Logik; in: Seminar: Dialektik in der Philosophie Hegels; hg. v. R.-P. Horstmann; Frankfurt a. M.: 1978; S.70-100.

3 J. Habermas: Erkenntnis und Interesse. Mit einem neuen Nachwort. Frankfurt a. M.: 1973. S.71 ff.

4 K. Marx/F. Engels: Die deutsche Ideologie. A. a. O., S. 28

die biologischen Menschen zu humanen Menschen! Daß sie also 1. einen Teil ihrer natürlichen Umwelt *aneignen*, d. h. ein *Eigentumsverhältnis* realisieren, 2. die angeeigneten Gegenstände in Gebrauchsobjekte umbilden, d. h. *konkrete Arbeit* verwirklichen, und daß sie 3. schließlich die *Produkte* aneignen, das ist es, was die Menschen von sonstigen Naturwesen unterscheidet – jedenfalls unter Annahme des historischen Materialismus.

Der Kernpunkt des Unterschieds zwischen Eders Konzept der sozialen Evolution in ihrer philosophischen Basis und dem historischen Materialismus liegt offensichtlich darin, daß Eder aufklärerisch eine spezielle „Naturfähigkeit“ der Menschen sucht und findet: die Sprachfähigkeit, während der historische Materialismus, ohne die natürlichen Voraussetzungen der Menschwerdung zu ignorieren, erklärt, daß der qualitative Umschlag in der Evolution einer speziellen biologischen Species gegeben ist, sobald diese mit *objektivierten* Organen, d. h. *Werkzeugen*, angeeignete Teile der Natur im Interesse der physischen Reproduktion tatsächlich existierender Populationen *verarbeitet*. Arbeit als werkzeugvermittelte Gattungstätigkeit, das ist das Wesen des Menschen, wie es vom historischen Materialismus festgestellt wird. Das Erkennen, die Produktion von Wissen ist dabei als das Moment des Allgemeinen in der Arbeit zu verstehen.¹ Anders gesagt: die Sprachfähigkeit und mit ihr die Erkenntnisfähigkeit ist eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung der humanen Evolution.

Es muß übrigens nachdrücklich unterstrichen werden, daß die Arbeit Verhaltensäußerung *kollektiver* Subjekte ist, daß mithin die aus der biologischen Evolution mitgebrachte Sozialität eine genetische Vorbedingung für den Übergang in die humane Evolution darstellt. Es handelt sich daher unter historisch materialistischen Voraussetzungen niemals darum, irgendeine „gesellschaftliche Synthesis“ oder eine „Vergesellschaftung“ an sich zu erklären. Es gibt keine Humanevolution ohne die Voraussetzung der Gesellschaftlichkeit. Worum es wirklich geht, das ist die Frage nach der spezifischen Bestimmtheit der Gesellschaftlichkeit bei dieser oder jener Produktionsweise. Nicht die Existenz der Gattung ist aus der Voraussetzung atomisierter Individuen zu erklären (ein dialektisch absurdes Unternehmen), sondern die Evolution sowohl der Gattung wie der Individuen ist aus der Evolution des Eigentums und der Arbeit zu erklären!

Überflüssig zu bemerken, daß mit der Unterstellung eines kollektiven Subjekts für die Arbeit zugleich auch das Denken, das Erkennen kollektive Leistung ist (wie jede Muttersprache zeigt).

1 Vgl. dazu: P. Ruben, Wissenschaft als allgemeine Arbeit. In: Ders., Dialektik und Arbeit der Philosophie. Köln: 1978. S.9-51

Produktionsweise oder „gesellschaftliche Organisation“?

Die empirische Relevanz des historischen Materialismus erscheint im Konzept der *Produktionsweise* als einer geschichtlich bestimmten *Art* des Produzierens. Die Produktion wird also wahrnehmbar vorgestellt, indem unterscheidbare Arten des Produzierens vorgestellt werden. Marx bemerkt: „In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden.“¹ Natürlich ist mit solcher Unterscheidung noch keineswegs gesagt, welche artspezifischen Charakteristika diese verschiedenen Produktionsweisen bestimmen. Dies aufzuhellen, ist vielmehr Sache der empirischen Gesellschaftsanalyse, die dabei alle erforderlichen Gesellschaftswissenschaften als zu verwendende unterstellen wird. Solche Aufklärung lassen wir hier beiseite.

Was uns mit Blick auf Eders Konzept interessiert, das ist der Umstand einer quasi lamarckistischen Deutung der im Konzept der Produktionsweise dialektisch gedachten Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Eder scheint nämlich anzunehmen, daß der historische Materialismus diese Dialektik so auffaßt, als würden mehr oder weniger spontane Innovationen in der Produktionstechnik eine adaptive Umbildung der Produktionsverhältnisse erzwingen. Ich will gar nicht bestreiten, daß im Rahmen der theoretischen Emanzipation der Arbeiterklasse Ideologen aufgetreten sind, die eine solche, wie man sagen kann, mechanistische Deutung der Sprache der Dialektik geliefert haben. Denn darum handelt es sich: Die angedeutete lamarckistische Interpretation unterstellt den Terminus „Produktivkräfte“ als Zeichen einer gewissen Größenart und ebenso den Terminus „Produktionsverhältnisse“ und behauptet dann mittels der üblichen Kausalitätskategorie, daß die Änderung in den Produktivkräften eine Änderung in den Produktionsverhältnissen zur Folge habe. So ist die Produktionsweise als *funktionaler* Zusammenhang unterstellt, in dem die Produktivkräfte die Rolle einer unabhängigen, die Produktionsverhältnisse dagegen die Rolle einer abhängigen Größenart spielen. Natürlich kann man so denken. Nur mit der Dialektik hat das nichts zu tun!

Es ist nun eben diese Version der Einheit der Produktivkräfte mit den Produktionsverhältnissen, die Eder als „historischen Materialismus“ voraussetzt, um sodann zu kontern: „Die Beschreibung dieses Kontexts eignet sich dazu, Verhaltensanpassungen, ‚lamarckistische‘ Anpassungsprozesse zu erklären, aber nicht dazu, evolutionäre Strukturveränderungen abzuleiten.“² Dem ist in bezug auf den unterstellten Gegner zuzustimmen; nur ist dieser Opponent nicht der wirkliche historische Materialismus! Für diesen nämlich sind die Produktivkräfte die gesellschaftlich realisierten physischen und geistigen Arbeitsfähigkeiten in lebendiger und vergegenständlichter Gestalt, während die Produktionsverhältnisse jene Relationen sind, welche die Menschen zu

1 K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort. In: MEW, Bd.13. Berlin 1961. S. 9

2 K. Eder: Die Entstehung ..., S.49

den Mitteln und Gegenständen ihrer Produktion wie untereinander in der Produktion eingehen. Weder also sind die Produktivkräfte reine Dinge (technische Mittel) noch die Produktionsverhältnisse Beziehungen allein zwischen Menschen. Die Produktivkräfte sind vielmehr die individuellen und kollektiven sowohl subjektiven wie objektiven Arbeitsfähigkeiten der Produktionsbedingungen. Und weil die Produktion ein kollektives Subjekt hat und stets Arbeit an einem Teil der natürlichen Umwelt ist, so sind jene Arbeitsfähigkeiten nur vermittelt und in den Produktionsverhältnissen wirklich Produktivkräfte! Beide Momente sind daher gegeneinander analytisch *nicht trennbar*. Eine funktionale Deutung der Produktionsweise ist mithin marxistisch indiskutabel. Denn sie ist unausweichlich an die Veräußerlichung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse gegeneinander gebunden. In Wahrheit aber kann man keine Produktivkraft in Trennung von ihren Produktionsverhältnissen auch nur wahrnehmen.

Was setzt nun Eder gegen die mechanistische Depravation des Konzepts der Produktionsweise? Um evolutionäre Strukturveränderungen abzuleiten, so sagt er, „müssen wir auf Bewußtseinsphänomene, auf Orientierungssysteme sozialen Handelns zurückgreifen“¹. Das bedeutet unmißverständlich, daß für Eder die Elemente eines sozialen Systems ausschließlich menschliche Individuen sind, deren Sozialität durch Kommunikation in Erscheinung tritt. Das bedeutet insbesondere, daß das *Eigentum* der Menschen an den objektiven Arbeitsbedingungen in diesem Sinne *keine* soziale Relation sein kann, daß folglich soziale Revolutionen als qualitative Änderungen der Eigentumsverhältnisse für Eders „Theorie der soziokulturellen Evolution“ ohne Bedeutung sind, vielmehr jede Revolution (evolutive Strukturänderung) nur und allein eine „Revolution der Denkart“ ist. Diese Konsequenz muß jede Gesellschaftstheorie enthalten, die in ihren Prämissen davon ausgeht, ein Gesellschaftssystem als eine strukturierte Menge allein menschlicher Individuen zu betrachten.

Dem gegenüber ist vom Standpunkt des historischen Materialismus und der durch ihn philosophisch fundierten materialistischen Auffassung der menschlichen Geschichte davon auszugehen, daß Gesellschaftssysteme strukturierte Mengen menschlicher Individuen *und* ihrer Arbeitsmittel sowie -gegenstände sind. Anders kann ernsthaft nicht von den Eigentumsverhältnissen als den dominierenden Produktionsverhältnissen gesprochen werden. (Es sei denn, man unterstellt das Eigentum originär als Relation zwischen Menschen und mithin die Sklaverei als das Produktionsverhältnis, das mit dem Übergang zur Produktion als humaner Lebensäußerung unmittelbar eintritt!)

Gibt man zu, daß die konkrete Arbeit die prozessierende Einheit ihrer subjektiven (menschlichen) und objektiven (außermenschlichen) Bedingungen ist, so gibt man auch zu, daß die Träger der subjektiven Bedingungen die Eigentümer der objektiven sein müssen, wenn Arbeit zustande kommen soll. Man gibt aber damit zu, daß jedes System menschlicher Gesellschaft eine

1 Ebd.

Trägermenge unterstellt, die in zwei Teilmengen zerfällt: 1. die Menge der zugehörigen menschlichen Individuen, 2. die Menge der zugehörigen Produktionsmittel und -gegenstände. Besitzt nur eine Teilmenge der Teilmenge der menschlichen Individuen die objektiven Produktionsbedingungen, so sprechen wir von „Sonder-“ oder „Privateigentum“; besitzen alle menschlichen Individuen jene Bedingungen, sprechen wir vom „Gemeineigentum“. Das Gemeineigentum (Stammeseigentum) ist das historisch erste Produktionsverhältnis. Und jede Theorie der Gesellschaftsentwicklung hat zu erklären, wie aus der Voraussetzung des Gemeineigentums das Privateigentum entsteht, und zu antizipieren, wie aus der Voraussetzung des Privateigentums das Gemeineigentum aus der wirklich entwickelten menschlichen Gattung hervorgehen kann.

Natürlich ist eine solche Leistung nicht zu erbringen, wenn die Theorie a priori die Bedeutungslosigkeit des Eigentums für die „soziokulturelle Evolution“, also die Eigentumslosigkeit als natürliches Dasein der Menschen voraussetzt. Allerdings stellt sich dann die Frage, warum der entsprechende Theoretiker eine derartige Prämisse annimmt, obwohl doch klar ist, daß man von sprachlicher Kompetenz nicht satt werden kann! Eder ist klug genug, den Sinn dieser Frage zu erfassen. Wir ersparen uns daher weitere Erörterungen, um sogleich auf ein anderes Problem im selben Zusammenhang einzugehen.

Da nämlich die Theorie der soziokulturellen Evolution das Gesellschaftssystem auf eine Population menschlicher Individuen reduziert, so ist ganz klar, daß sie kein *ökonomisches* Fundament haben kann. Insbesondere ist sie außerstande, das Faktum der analytischen Zerlegung des Gesamtprodukts in notwendiges und Mehrprodukt zu erfassen. Sie unterstellt eine neolithische Hausökonomie sich selbst versorgender bäuerlicher Gemeinwesen, in denen sie kein Surplus-Produkt wahrzunehmen vorgibt. Ein empirisches Faktum *scheint* diesen Umstand zu legitimieren, nämlich die Tatsache, daß archaische Gemeinden trotz technischer Möglichkeiten keinen Überschuß produzieren, der anderen Gemeinden als Konsumtionsmittel dienen kann. R. L. Carneiro notiert: „So betrieben, zum Beispiel, alle Amazonas-Indianer im Grunde genommen Landwirtschaft; aber in Zeiten, in denen sie noch ihr Eingeborenen-dasein führten, produzierten sie keinen Überschuß. Daß es für sie technisch möglich war, einen derartigen Überschuß zu erzielen, zeigt die Tatsache, daß eine Anzahl Stämme, durch das Verlangen der europäischen Siedler nach Nahrung angespornt, für Handelszwecke Manioc in Mengen anbaute, die beträchtlich über dem Eigenbedarf lagen. Die Mittel, einen Nahrungsmittelüberschuß zu erzeugen, waren also durchaus vorhanden; es fehlten lediglich die sozialen Mechanismen, die als Anstoß zur Anwendung dieser Mittel notwendig waren.“¹

Daß die mit dieser Tatsache verbundene Vorstellung von der Nichtexistenz des Mehrprodukts bei Fehlen jener sozialen Mechanismen reiner Schein ist,

1 R. L. Carneiro: Eine Theorie zur Entstehung des Staates. In: Seminar: Die Entstehung von Klassengesellschaften. S.155-156

ergibt sich aus der einfachen Überlegung, daß jede menschliche Population in die Teilgruppe der aktuell Arbeitsfähigen und die der aktuell Nicht-Arbeitsfähigen analytisch zerfällt. Dasjenige Produkt, das die physische Reproduktion der Arbeitsfähigen sichert, heißt „notwendige Arbeit“. Dasjenige Produkt, das die Reproduktion der Nicht-Arbeitsfähigen sichert, heißt „Mehrprodukt“. Jedes Gesellschaftssystem steht vor dem analytischen Problem, das Gesamtprodukt in notwendiges und Mehrprodukt aufzuteilen. Die erzeugte Regel seiner Aufteilung liefert auch die Norm der „Gerechtigkeit“ im fraglichen System. Die Existenz eines Überschusses über die notwendige Arbeit ist also a priori mit jedem Arbeitssystem gegeben, und man kann sagen, daß sich die Gesellschaftlichkeit im Unterschied zur Individualität genau im Mehrprodukt wahrnehmbar darstellt. In diesem Sinne ist die Evolution der Gesellschaftlichkeit, insofern sie von der Individualität unterschieden ist, wesentlich die Evolution des Mehrprodukts. Gesellschaftlichkeit konstituierender Kampf geht um das Mehrprodukt!

Wenn man nun feststellt, daß in gewissen Gesellschaftssystemen kein „Überschuß“ produziert wird, so heißt das gemäß der gegebenen Feststellung, daß in solchen Systemen das Mehrprodukt eine bestimmte *quantitative* Grenze nicht überschreitet. Es ist daher nicht die Surplus-Existenz fraglich, sondern die quantitative Determination des Mehrprodukts. Infolgedessen ist ein sozialer Mechanismus, spezieller die für Eder so wichtige politische Herrschaft, nicht die genetische Vorbedingung für die Erzeugung des Mehrprodukts, sondern ein Mittel seiner quantitativen Ausdehnung. Also schafft nicht die Politik (gar mit Herrn Eugen Dühring zu reden, der Mann mit dem Degen) die Ökonomie, sondern liefert die ökonomische Basis die Möglichkeiten für die Konstituierung von Politik.

Wir halten fest: Wird ein Gesellschaftssystem als durch kulturelle Universalien konstituiert gedacht, wie Eder suggeriert, so ist a priori die Arbeit auf technische Realisation von Ideen reduziert (ein Gedanke von Lukács¹), das Arbeitsprodukt infolgedessen nicht als ökonomische Vergegenständlichung der Gesellschaft zu denken und daher die Mehrarbeit nur als durch kommunikative Strukturänderungen gesetzt vorzustellen. Wird umgekehrt ein Gesellschaftssystem als durch das Eigentum vermittelte Einheit seiner subjektiven und objektiven Produktionsbedingungen gedacht, so ist klar die Ideen-erzeugung Moment der Arbeit und das Arbeitsprodukt in seiner natürlichen Zerlegung in notwendige und Mehrarbeit Reflexion des Zustands, den die ge-

1 „Durch die Arbeit“, so Lukács, „wird eine teleologische Setzung innerhalb des materiellen Seins als Entstehen neuer Gegenständlichkeit verwirklicht“ (in: *Ontologie - Arbeit*; Neuwied u. Darmstadt: Luchterhand 1973; S. 13). So ist Arbeit als Telosrealisation gedacht und die Geburt des Telos unerklärbar. Eder liefert an dieser Stelle nur eine Pseudoerklärung, indem er das einzelne Telos als Variation in einem Telos-Pool auffaßt – unter Voraussetzung der Analogisierung des biologischen Genpools mit dem „Deutungsmuster“ der Ideologie eines sozialen Systems. Wenn gleich diese Analogisierung durchaus diskutabel ist, basiert sie natürlich auf der Voraussetzung der Existenz des Ideenpools. Das ist bestenfalls cartesianisch gedacht – und keine Erklärung der Entstehung des Ideenpools, auf die es doch gerade ankommt.

sellschaftliche Entwicklung erreicht hat. Mit K. H. Tjaden zu sprechen: „Die historisch-materialistische Theorie der Gesellschaft geht ... davon aus, daß die vor- und außergesellschaftliche Natur tatsächliche und andauernde Bedingung der gesellschaftlichen Lebensweise der Menschen ist, welche somit weder als voraussetzungslose noch als unabhängige soziokulturelle Evolution von der Evolution jener Bedingungen abgetrennt werden kann. Gesellschaftliche Entwicklung ist Entwicklung derjenigen Systeme sozialer Aktivität, die auf der naturevolutionären Entgegensetzung von menschlicher und außermenschlicher Natur beruhen und den problematischen Austausch zwischen diesen beiden Naturmomenten bewerkstelligen.“¹ Noch schärfer gefaßt: Gesellschaftsentwicklung wird in Gang gesetzt, wenn die biologische Species der Menschen in realen Populationen aus der außermenschlichen Natur einen Teil herausgreift und aneignet, um ihn zur objektiven Produktionsbedingung zu machen. In diesem Tun wird die eigentlich menschliche Gesellschaft im Unterschied zur tierischen Sozietät konstituiert – und zwar als bestimmte Produktionsweise. Die Natur gewinnt darin eine doppelte Existenz: einmal als Rohstoff und Werkzeug in dem Gesellschaftssystem, das andere Mal als Umwelt desselben Systems.

Über die gesellschaftliche Stellung des Politischen

Die letzte hier vorzutragende Bemerkung betrifft Eders entscheidende These von der Moralisierung des Rechts als genetischer Vorbedingung für die Ausbildung der Klassengesellschaften. „Der Lernprozeß“, so sagt er, „der zu politischen Konstitution der Gesellschaft geführt hat, kann als Moralisierung des ... gesellschaftlichen Interaktionszusammenhangs beschrieben werden. Moralisiert wird die Gesellschaft, wenn die entstehenden Herrschaftsstrukturen legitime Autorität besitzen. Der Rechtssprecher ist dann nicht mehr bloß *Schiedsrichter*, sondern *Richter*: dies ist der Lernschritt, der die Entstehung von Hochkulturen und die daran anschließende Ausbildung der frühhochkulturellen Klassengesellschaften ermöglicht hat.“²

Eder will die Genesis der politischen Macht aus systeminternen Bedingungen erklären: „Unterwerfung etc. in der primären Staatenbildung“ kommen nicht „als Mechanismen der Selektion in Frage“³. Das hört sich unter dem Gesichtspunkt des Begriffs der Selbstentwicklung passabel an, ist aber m. E. ein illusionäres Programm. Eder selbst zeigt es als Illusion. Indem er nämlich darauf zu sprechen kommt, wie sich denn nun in der empirischen Geschichte die Staatenbildung effektiv vollzogen hat, muß er feststellen: „die vedische Kultur Indiens, das homerische Griechenland, das neue babylonische Reich

1 K. H. Tjaden: Naturevolution, Gesellschaftsformation, Weltgeschichte. Überlegungen zu einer gesellschaftswissenschaftlichen Entwicklungstheorie. In: Das Argument 19(1977)101. S. 16

2 K. Eder: Die Entstehung..., S. 70

3 Ebd., S.83

sowie das assyrische Reich, das China der Chou und schließlich das Inka- und das Aztekenreich ... sind das Ergebnis der Integration wandernder Barbarenvölker in bereits bestehende Hochkulturen. Erst diese Hochkulturen waren in der Lage, sich ... politisch zu stabilisieren ...“¹ Damit wird von Eder selbst das Zusammentreffen von Barbaren und neolithischer Agrikultur als genetische Bedingung für die Ausbildung politischer Stabilität ausgesprochen. Und wie kann man von der Realisation der Politik bzw. der politischen Herrschaft ohne die Unterstellung politischer Stabilität sprechen? Wenn aber jener Zusammenstoß für diese Voraussetzung ist, was bleibt dann vom Konzept der rein internen Erklärung der Genesis der Politik?

Vom marxistischen Standpunkt ist klar der Staat Instrument in den Händen der herrschenden Klasse, die Genesis des Staats mithin die politische Konsequenz der Genesis der Klassenherrschaft, die zuerst und vor allem im ökonomischen Faktum der Aneignung *fremder* Mehrarbeit (bei quantitativer Ausweitung derselben) besteht. Und wie auf einfachste Weise diese Aneignung realisiert wird, hat Carneiro am Beispiel der Herausbildung des Inka-Staats demonstriert.² Es handelt sich eben doch um *Unterwerfung* eines Gemeinwesens durch ein anderes, um diejenige Situation, die Hegel in der Fiktion zweier kämpfender Individuen mit dem Resultat der Einrichtung von Herrschaft *und* Knechtschaft in seiner „Phänomenologie“ klassisch beschrieben hat! Daß Sieg wie Niederlage in solchem Kampf rein soziale Voraussetzungen auch im Sinne einer soziokulturellen Evolution der kämpfenden Gemeinwesen unterstellen, braucht überhaupt nicht bestritten zu werden. Eder fehlt ja nicht darin, eine derartige Evolution anzunehmen, sondern darin, sie mit der Evolution der menschlichen Gattung zu identifizieren.

Wir lassen das Problem der empirischen Legitimation der These Eders beiseite und fragen weiter nur nach ihrer philosophischen Basis. Um diese zu verstehen, hat man auch zu bedenken, daß Eders Übergang vom Schiedsrichter zum Richter ein klassisches Reflexionsproblem ist, das man in anderer Gestalt in der Frage nach dem Übergang einer Warenart in Geld vor sich hat. Eder weiß sehr gut, daß der Herrscher die Bedeutung eines *Repräsentanten* hat: „Der Herrscher muß nicht selbst unbedingt Richter oder Anweiser von Richtern sein; er ‚repräsentiert‘ den institutionellen Rahmen, in dem ein traditionell begründetes und kodifiziertes Recht gesprochen werden kann.“³ Also, der Herrscher-Richter ist Repräsentant, d. h. Reflexionsmittel dessen, was die Repräsentierten untereinander gemein haben. Frage: Worauf ist das gemeinsame Interesse der durch den Herrscher-Richter Repräsentierten gerichtet? Welche Intentionalität hat das durch ihn individuell vorgestellte politische Verhalten der Repräsentierten?

Die Antwort ist einfach: Es handelt sich darum, die Aneignung des fremden Mehrprodukts instrumentell zu sichern! Es handelt sich daher darum, daß die

1 Ebd., S.105

2 Carneiro, a. a. O., S. 164-166

3 Eder, a. a. O., S. 87

Repräsentierten überhaupt nur gegen Nicht-Repräsentierte einen (oder mehrere) Repräsentanten von sich ausschließen. Mit anderen Worten: der Herrscher-Richter Eders ist der *Repräsentant der Herrschenden* und also nicht der *Beherrschten*.

Eder will darauf hinaus, den Herrscher-Richter als Veräußerung des politischen Verhaltens in *einem* Gemeinwesen aus Lernprozessen „abzuleiten“. Er will also suggerieren, daß – wieviel deutsche Ideologie ist das doch! – der Staat das Produkt der „Moralisierung des Rechts“ und nicht der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze sei. Doch kann er dies faktisch nicht nachweisen. Die wandernden Barbarenstämme machen ihm, indem sie in die „ökologischen Nischen“ neolithischer Bauernkulturen eindringen, einen Strich durch die Rechnung. Sie realisieren, wie auch immer, den *Kampf* als Vorbedingung für die Geburt der Politik und mithin des Herrscher-Richters. Sie zeigen so, daß die Entstehung von Herrschaft in einem auch die Bildung von Knechtschaft ist. Und daß nun der Repräsentant der Herrschenden zugleich der Repräsentant der Knechte sein soll, ist bereits logisch ganz unverdaulich.

Betrachten wir das Reflexionsproblem am bekannten Beispiel der Veräußerlichung des inneren Widerspruchs der Waren zum polaren Gegensatz von Ware und Geld: Hier ist zunächst klar, daß das Geld, eine spezielle Warenart, als Repräsentant des Werts aller anderen Waren fungiert. Es nimmt somit gegenüber den Waren die gleiche Stellung ein, die der Herrscher-Richter gegenüber den Herrschenden besitzt. Beide repräsentieren Stellenwerte in bestimmten Systemen; sie stellen Reflexionsbestimmungen vor. Marx notiert dazu: „Es ist mit solchen Reflexionsbestimmungen überhaupt ein eigenes Ding. Dieser Mensch ist z. B. nur König, weil sich andre Menschen als Untertanen zu ihm verhalten. Sie glauben umgekehrt Untertanen zu sein, weil er König ist.“¹ Natürlich repräsentiert das Geld das *verdinglichte gesellschaftliche Arbeitsvermögen*, der Herrscher-Richter dagegen die *realisierte politische Macht* der Ausbeuterklasse.

Wichtig ist nun zu bemerken, daß das Geld nicht nur die gegen es ersetzbaren Arbeitsprodukte als Werte repräsentiert, sondern zugleich die nicht ersetzbaren als Ladenhüter oder Unwaren ausschließt. Ist mit dem Geld gemäß der Marxschen Theorie der Wertformrevolution² einmal das allgemeine System wechselseitiger Austauschbarkeit der Produkte voneinander unabhängiger Eigentümer entstanden, so determiniert nun umgekehrt der Austausch gegen Geld die Eigenschaft eines Arbeitsprodukts, Ware zu sein. Was als Ware angeboten, gesetzt, aber nicht durch den wirklichen Verkauf auch als Ware realisiert wird, das hat vielmehr sein Dasein als Unware erlangt. Das Geld, der Repräsentant des Werts, ist also nicht allein Mittel zur Darstellung der abstrakten *Einheit* der verwertbaren Waren, sondern zugleich Mittel der realen *Trennung* der unverwertbaren Arbeitsprodukte von den Waren!

1 K. Marx: Das Kapital. Erster Band. Berlin 1953. S. 62-63, Anm.

2 Man vgl. dazu: K. Marx, Die Wertform. In: Marx/Engels, Kleine ökonomische Schriften. Berlin: Dietz Vlg. 1955. S. 262-288

Und auf diese *Ausschlußfunktion* des Repräsentanten müssen wir aufmerksam machen, um die Annahme zu korrigieren, ein Repräsentant oder Reflexionsmittel sei allein durch den Umstand charakterisiert, die Klasse der ihn oder es ersetzenden Objekte vorzustellen. Vielmehr handelt es sich zuzätzlich darum, daß der Repräsentant, eben weil er eine *Klasse* vertritt, notwendig außer sich Objekte hat, die mit Bezug auf die repräsentierte Klasse, mengentheoretisch gesprochen, jederzeit als Vertreter der entsprechenden *leeren* Klasse zu verwenden sind, also das *Nichts* gegen das *Sein* jener Klasse fixieren. Mit anderen Worten: der Repräsentant ist nicht nur das *polare* Extrem gegen die Repräsentierten, er ist auch das *reale* Extrem gegen die von der Repräsentation ausgeschlossenen Objekte.¹ Und keine Gattungseigenschaft ist wirklich determiniert, wenn sie nicht im Sinne eines realen Extrems gegen andere Gattungen bestimmt ist.

Wenn wir nun mit Eder die Repräsentationsfunktion des Herrscher-Richters akzeptieren, in diesem also das Reflexionsmittel der politischen Potenz der herrschenden Klasse sehen, so müssen wir nach der dialektischen Reflexionstheorie auch akzeptieren, daß die Existenz des Herrscher-Richters durch die Existenz der Personen bedingt ist, die von der Herrschaft gerade ausgeschlossen sind, d. h. durch die Existenz der Beherrschten, der Angehörigen der ausgebeuteten Klasse – vorkapitalistisch zumeist die Mitglieder des ehemals besiegteten Gemeinwesens. Wenn diese nun die eigene politische Potenz realisieren, so nicht und unter keinen Umständen in dem „institutionellen Rahmen“, den der gegebene Herrscher-Richter (oder eine anders verfaßte politische Autorität) vertritt, sondern unter der Bedingung, politische und überhaupt individuelle wie gesellschaftliche Innovationen zu erzeugen, die die reale Möglichkeit eines neuen institutionellen Rahmens bedeuten. Eine ausgebeutete Klasse, die dazu nicht fähig ist, kann historisch nicht als Träger evolutiver Strukturveränderungen in Betracht kommen.

Was also ist philosophisch zu Eders „Moralisierung des Rechts“ als unterstellter genetischer Vorbedingung für die Erzeugung politischer Herrschaft festzuhalten? Da Eder Gesellschaftssysteme fundamental nicht als ökonomisch bestimmte Arbeitssysteme voraussetzt, sondern als Erscheinungsformen kultureller Universalien, muß ihm der Kampf um das Mehrprodukt notwendig theoretisch verschlossen bleiben. Daher kann er die Genesis der Politik nicht aus dem Zusammenstoß verschiedener Gemeinwesen erklären, sondern muß die kognitive Revolution bemühen, die intern in *einem* Gemeinwesen nach den Prinzipien der synthetischen Evolutionstheorie erklärt wird. Folglich setzt nach Eder nicht die Politik die Moral (versteht sich, der Klassengesellschaft), sondern die Moral die Politik. Dies ist wenigstens materialistisch ganz unakzeptabel.

¹ *Polare* Extreme sind entgegengesetzte Gegenstände *derselben* Gattung (z.B. Frauen und Männer bei den Menschen); *reale* Extreme sind entgegengesetzte Gegenstände *verschiedener* Gattungen. Vgl. dazu: K. Marx, Kritik des Hegelschen Staatsrechts. In: MEW, Bd. 1. Berlin 1957. S. 290-294

Es ist dies übrigens auch unakzeptabel nach dem Konzept der synthetischen Evolutionstheorie. Denn nach diesem sind die internen Fluktuationen um die Artnorm im Regelfall Ausdrücke für letale Mutanten, und der Selektionsvorteil für gewisse Mutanten ist ohne Rücksicht auf die Umwelt des fraglichen Systems gar nicht bestimmt. Eder bemüht daher zwar die synthetische Evolutionstheorie, aber er berücksichtigt ganz ungenügend ihre strikte Voraussetzung, eine Theorie *offener* Systeme zu sein.

Mir scheint – mit Bezug auf die gesellschaftswissenschaftliche Inanspruchnahme der synthetischen Evolutionstheorie – noch ein weiterer Umstand gravierend zu sein: Da Gesellschaftssysteme Produktionsweisen sind, so unterscheiden sie im Unterschied zu biologischen Systemen die *Eigentums*relation zwischen den Trägern der subjektiven Arbeitsbedingungen und den Arbeitsgegenständen und -mitteln. Sie haben also prinzipiell ein anderes Verhältnis zur äußeren Natur als die organischen Systeme. Für letztere ist jene „Umwelt“; für erstere aber ist das „divide et impera“ relativ zu äußeren Natur konstituierend, Gesellschaftssysteme bilden sich dadurch, daß ein Teil der Natur durch Aneignung *innere* Systembedingung wird und weiter die Kultivierung erfährt, während die Systemumgebung den verbleibenden Rest der Natur ausmacht. Die sogenannte „zweite Natur“ ist ja nichts anderes als die kultivierte angeeignete Natur. Aber eben das Eigentum ist kein Strukturbestandteil organischer Systeme. Folglich stellt die Existenz des Eigentums für humane Systeme die Frage nach einer geeigneten theoretischen Weiterbildung der synthetischen Evolutionstheorie, oder das Eigentum macht es problematisch, diese Theorie ohne weitere Bearbeitung auf die Gesellschaftsentwicklung anzuwenden.

Man kann sich solcher Problemlage nur entziehen, wenn man die wirkliche Kultivierung idealistisch faßt, d. h. ausschließlich als Realisation von Kulturn, also als Gebrauch konstruktiver Regeln, nach denen in der Tat bei der konkreten Arbeit verfahren wird. Da sich alle wirkliche Arbeit selbstverständlich in bestimmmbaren Formen vollzieht, so kann man – metaphysisch – die Arbeit als Realisation idealer Formen deuten, also die prosaische Kultivierung als den Ausdruck des heiligen Kults. Man vergißt darin allerdings, daß die Veräußerlichung der Arbeitsformen, ihre Fixierung als Handlungsregeln die induktive Arbeit der Erkenntnis ist, welche ohne die Voraussetzung der konkreten Einheit der subjektiven und objektiven Arbeitsbedingungen nicht wirklich gemacht werden kann. Der Jagdzauber gewinnt seine sozial orientierende Potenz, weil er als geistige Verarbeitung der schon wirklich vollbrachten Jagden auftritt! Der Kult hält sozial zusammen, weil der soziale Zusammenhalt in der praktischen Kultivierung bereits erfahren worden ist.

Wir insistieren also darauf, die „soziokulturelle Evolution der Konstruktionsregeln der sozialen Welt“⁽¹⁾ im Sinne der Theorie der Wertformentwicklung aus der vorgängigen Wirklichkeit der a priori *gesellschaftlichen* Arbeit dialektisch abzuleiten. Nehmen wir diese Forderung nicht an, so begrenzen

1 Eder, a. a. O., S. 68

wir uns aufklärerisch, sind also gezwungen, das Subjekt der Gesellschaftsentwicklung durch ein artspezifisches Charakteristikum (sei es das Denken, sei es die Sprache) an sich zu unterscheiden, und müssen dann unweigerlich Entwicklung (evolution) auf Entfaltung (development) reduzieren. Angesichts des wirklichen Kampfs um das Mehrprodukt bleibt solcher aufklärerischen Reduktion nichts übrig als das Schwanken zwischen der Hoffnung auf quantitative Akkumulation der Vernunft und der Skepsis bezüglich desselben Vorgangs. Betrachtet man dagegen die jeweils bestehenden „Konstruktionsregeln der sozialen Welt“ als Resultat der Veräußerlichung der in einer Produktionsweise wirklich vollzogenen Formen der Arbeit, so gewinnt man die gehörige philosophische Ataraxie, einen im Angesicht der Geschichte nicht zu verachtenden Zustand des Gemüts.

Diskussionsprobleme in der materialistischen Arbeitsauffassung

Bemerkungen im Meinungsstreit¹

Die neuerdings gegen viele meiner z. T. seit langem publizierten Darstellungen vorgetragene Kritik² ist thematisch so umfangreich, daß eine erschöpfende Antwort in einem Zeitschriftenaufsatz ganz unmöglich wird. Daher beschränke ich mich im folgenden auf die Diskussion der Einwände gegen meine Auffassung der Arbeit als der empirischen Basis dialektisch bestimmten philosophischen Begreifens. Diese Beschränkung wird gleichwohl das Wesen der Kritik auch meiner Auffassungen des Widerspruchs-, Erkenntnis- und Wertproblems (sie bilden neben der Arbeitsauffassung wohl die Hauptgesichtspunkte der Debatte) nicht verfehlen, weil sie ja von der Sicht der Arbeit eingeschlossen und begründet werden.

Da die „*Industrie ... das wirkliche geschichtliche Verhältnis der Natur ... zum Menschen ist*“³, alle Wissenschaft aber wirkliche und nicht eingebil- dete Verhältnisse zu Erkenntnisgegenständen macht, versteht sich, daß Philosophie, die in ihrer Grundfrage nach dem Verhältnis der Materie zum Bewußtsein auch die Frage nach dem Verhältnis der Natur zum Menschen zur

- 1 P. Ruben reagierte 1982 auf die Verurteilung seiner theoretischen Arbeiten durch eine Kommission, die auf Veranlassung des damaligen Akademiemitgliedes M. Buhr gebildet worden war und der u. a. die damaligen Akademiemitglieder Herbert Hörz und Wolfgang Eichhorn angehörten, nicht nur mit der in dieser Edition unter dem Titel *Der Bericht kann nicht wahr sein* veröffentlichten Stellungnahme, sondern auch mit der Erarbeitung eines Artikels für die *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, den er jedoch nicht publizieren konnte. (Erstmals veröffentlicht in H.-C. Rauh (Hrsg.): *Gefesselter Widerspruch*. Berlin 1991, S. 133-149). Am 3. März 1982 schrieb M. Buhr an den damaligen Vorsitzenden des Rates für philosophische Forschung in der DDR Erich Hahn: „Beiliegend überreiche ich Dir die Stellungnahme von P. Ruben zur Einschätzung seiner Publikationen zur Kenntnisnahme. Zugleich überreiche ich Dir den von Ruben verfaßten Artikel, den er in der DZfPh veröffentlichen möchte. Nach gründlicher Überlegung bin ich der Meinung, daß man den vorliegenden Artikel so nicht veröffentlichen kann. Abgesehen davon, daß man den Artikel nicht unabhängig von der Stellungnahme betrachten kann, meine ich, daß Ruben – von der inhaltlichen Seite einmal abgesehen – in dem Artikel die ganze Problematik verschiebt, indem er aus dieser eine Sache des Meinungsstreits macht. [...] Ich spreche die Problematik [...] noch mit Genossen Schirmer durch“ [Gregor Schirmer war seinerzeit stellvertretender Leiter der Abt. Wissenschaft beim ZK der SED]. (Anmerkung der Hrsg.)
- 2 Vgl.: G. Bartsch: *Entwicklung – Widerspruch – Arbeit*. In: DZfPh. Heft 7/1981. S. 779-791. W. Eichhorn I: *Über Dialektik in der Geschichtsauffassung*. In: DZfPh. Heft 2/1982. S. 174-190. A. Lemnitz: *Wertform und Philosophie*. In: DZfPh, Heft 7/1981. S. 768-778. Ders.: *Zu einigen theoretischen und praktischen Fragen der Warenproduktion und des Geldes im Sozialismus*. In: *Wirtschaftswissenschaft*. Heft 12/1981. S. 1423-1436. G. Redlow: *Materialismus und Dialektik*. In: DZfPh. Heft 9/1981. S. 1032-1046.
- 3 K. Marx: *Ökonomisch-philosophische Manuskripte* (1844). In: K. Marx/F. Engels; *Werke*. Ergänzungsband. Erster Teil. Berlin 1968. S. 543

Debatte stellt, in eben der Industrie, d. h. der menschlichen Produktion, also in der Arbeit ihren theoretischen Gegenstand für die Anschauung vorzustellen vermag. Außerdem ist klar: „Die Moral, Religion, Metaphysik und sonstige Ideologie und die ihnen entsprechenden Bewußtseinsformen ... haben keine Geschichte, sie haben keine Entwicklung, sondern die ihre materielle Produktion und ihren materiellen Verkehr entwickelnden Menschen ändern mit dieser ihrer Wirklichkeit auch ihr Denken und die Produkte ihres Denkens.“¹ Eine philosophische Bemühung, die diese Voraussetzungen nicht teilt, kann nicht ernstlich beanspruchen, als Realisierung materialistischer Geschichtsauffassung im Sinne der Klassiker des Marxismus-Leninismus zu gelten. „Wie hältst du es mit der Arbeit?“, ist daher die Gretchenfrage derjenigen Debatte nicht nur, die hier zu reflektieren ist, sondern alles philosophischen Erkennens überhaupt.

Philosophische Grundfrage oder Arbeit?

Bemerkenswert ist, daß einige meiner Kritiker unterstellen, ich wolle die materialistische Antwort auf die Grundfrage der Philosophie durch die Annahme der Arbeit als Darstellungsbasis „ersetzen“, „auflösen“ oder „zu einem bloßen Epiphänomen“ machen.² Abgesehen davon, daß ich nirgends den Sinn der Engelsschen Frage: „Was ist das Ursprüngliche, der Geist oder die Natur?“, in Zweifel gestellt habe und völlig Engels' Urteil akzeptiere, „die höchste Frage der gesamten Philosophie hat ..., nicht minder als alle Religion, ihre Wurzel in den bornierten und unwissenden Vorstellungen des Wildheitszustands“³, besteht das Bemerkenswerte jener Unterstellung darin anzunehmen, die materialistische Beantwortung der philosophischen Grundfrage einerseits und die Voraussetzung der Arbeit als des empirischen Fundaments philosophischen Erkennens schlossen sich wechselseitig aus, Materialismus und Arbeit ver-

1 K. Marx und F. Engels: Die deutsche Ideologie. In: K. Marx/F. Engels; Werke. Bd. 3. Berlin 1959. S. 26-27

2 Schon 1974 formulierte H. Hörz: „die Anerkennung der Arbeit scheidet Materialismus und Idealismus nicht, ... die Betonung der verändernden Tätigkeit“ kann „die materialistische oder idealistische Beantwortung der Grundfrage verschleiern ...“ (in: Marxistische Philosophie und Naturwissenschaften, Berlin 1974, S. 43). G. Redlow sieht es so: „Ruben ersetzt die ... Frage ... nach dem Verhältnis von Materie und Bewußtsein ... durch die ... nach dem ... von Abbild und Abbildungsvorgang ...“ (a. a. O., S. 1038). Und nach einem Urteil von J. Schreiter reproduziert G. Bartsch: „In Rubens Auffassung ... wird implizit die Gültigkeit der Grundfrage der Philosophie bestritten. Der Gegensatz von Materie und Bewußtsein wird zu einem bloßen Epiphänomen ... bzw. überhaupt aufgehoben“ (a. a. O., S. 790-791). Natürlich gibt es auch andere Urteile. H. Fritsch und G. Stier stellen fest: „Ruben verteidigt den materialistischen Ausgangspunkt im Verständnis des Arbeitsprozesses gegen subjektivistische bzw. idealistische Verzerrungen“ (in: Der wissenschaftliche Arbeitsprozeß, Berlin 1978, S. 20). R. Mocek bemerkt, daß die Orientierung auf die Kategorie Arbeit ... die Entwicklung des technologischen Niveaus der gesellschaftlichen Gesamtarbeit mit der Möglichkeit der Wissenschaft“ verknüpft, „als Produktivkraft wirksam zu werden“ (in: Gedanken über die Wissenschaft, Berlin 1980, S. 103).

3 F. Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. In: K. Marx/F. Engels; Werke. Bd. 21. Berlin 1962. S. 275

hielten sich zueinander wie Hund und Katze. Solche Annahme ist mit Blick auf die Feuerbach-Kritik in der „Deutschen Ideologie“¹ offensichtlich nicht logisch konsistent mit der marxistisch-leninistischen Philosophie zu vereinbaren. Denn hier handelt es sich darum, daß mit der „auf rein empirischem Weg“² konstatierbaren Voraussetzung des Denkens von Marx und Engels durch die Darstellung der Arbeit der Materialismus überhaupt erst konsequent gemacht wird, während es sich dort darum handelt, die Darstellung der Arbeit als Lösung des Anfangsproblems zugleich für eine Liquidation des Materialismus zu halten.

W. Eichhorn I gebührt zweifellos das Verdienst, die fragliche Unterstellung ausdrücklich formuliert zu haben – sogar als Folgeziehung: „Von der Natur ausgehen ... kann ... nur heißen, ... davon auszugehen, daß die Materie und die materiellen Naturgesetze vom menschlichen Bewußtsein (und von der menschlichen Arbeit) unabhängig sind, ... Das ist philosophisches Abc-Wissen, aus dem unausweichlich folgt, daß die These, es sei vom Arbeitsbegriff auszugehen ..., als idealistischer Unsinn verworfen werden muß.“³ Daraus folgt natürlich logisch: *Entweder* Unabhängigkeit der Materie vom Bewußtsein (und von der Arbeit) *oder* Arbeit als Anfang der Darstellung.

Angesichts dieser Disjunktion fragt man sich unwillkürlich: Wie will ihr Verkünder mit den von Marx und Engels unmißverständlich formulierten Voraussetzungen⁴ ins reine kommen? Oder geht es ihm darum gar nicht mehr? Oder liegt nur ein verzeihliches Ausgleiten auf dem Parkett des Meinungsstreits vor? Es besteht doch nicht der geringste Zweifel daran, daß konsequen-

1 Vgl. die ersten 77 Seiten der „Deutschen Ideologie“, a. a. O., aber auch die Neuauflage: K. Marx/F. Engels: Über Ludwig Feuerbach. Leipzig 1972 bzw. in: DZfPh. Heft 10/1966. S. 1199-1254

2 K. Marx u. F. Engels: Die deutsche Ideologie. A. a. O., S.20

3 W. Eichhorn I: A. a. O., S.176

4 „Wir müssen bei den voraussetzungslosen Deutschen damit anfangen, daß wir die erste Voraussetzung aller menschlichen Existenz, also auch aller Geschichte konstatieren, ... daß die Menschen imstande sein müssen zu leben, um „Geschichte machen“ zu können. ... Die erste geschichtliche Tat ist ... die Erzeugung der Mittel zur Befriedigung (ihrer) Bedürfnisse, die Produktion des materiellen Lebens selbst, ... Das Zweite ist, daß das befriedigte erste Bedürfnis selbst, die Aktion der Befriedigung und das schon erworbene Instrument der Befriedigung zu neuen Bedürfnissen führt ... Das dritte Verhältnis ... ist das, daß die Menschen ... anfangen, andere Menschen zu machen ... – ...die Familie ..., ... im Anfange das einzige soziale Verhältnis ..., wird späterhin, wo die vermehrten Bedürfnisse neue gesellschaftliche Verhältnisse ... erzeugen, zu einem untergeordneten ... Die Produktion des Lebens, sowohl des eignen in der Arbeit wie des fremden in der Zeugung, erscheint nun schon ... einerseits als natürliches, andererseits als gesellschaftliches Verhältnis ... Hieraus geht hervor, daß ... die ‚Geschichte der Menschheit‘ stets im Zusammenhange mit der Geschichte der Industrie und des Austausches studiert und bearbeitet werden muß. ... Jetzt erst, nachdem wir bereits vier Momente, vier Seiten der ursprünglichen, geschichtlichen Verhältnisse betrachtet haben, finden wir, daß der Mensch auch ‚Bewußtsein‘ hat. Aber auch dies nicht von vornherein, als ‚reines‘ Bewußtsein. ... die Sprache *ist* das praktische, auch für andre Menschen existierende, also auch für mich selbst erst existierende wirkliche Bewußtsein, ...“ Diese Darstellung der Voraussetzungen (vgl.: Die deutsche Ideologie, a. a. O., S. 28-30) ist für mich die *conditio sine qua non* marxistisch-leninistischen Philosophierens. Sie bietet zwar kein „Abc-Wissen“, dafür aber das Kriterium für das, was marxistisch-leninistisch ist oder nicht.

ter, also *historischer* Materialismus die Darstellung der *Produktion* als Bewährung seiner selbst, als präzisen Ausdruck genau seiner *materialistischen* Natur zum Anfang seiner Theorie machen muß. Das ist deshalb der Fall, weil – um Eichhorn I aus dem Jahre 1975 zu zitieren – gilt: „Der Prozeß der Entwicklung der Produktionsweisen ... liegt ... dem ganzen geschichtlichen Entwicklungsprozeß der menschlichen Gesellschaft zugrunde. ... Mithin ist die gesellschaftliche Arbeit ... die letzte und entscheidende Triebkraft der ganzen geschichtlichen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ...“¹ Diese „letzte und entscheidende Triebkraft“ als Voraussetzung philosophischen Begreifens zu behandeln, soll 1982 „idealistischer Unsinn“ sein?

Mein polemikseliger Kritiker bemerkt im Eifer seines Gefechts nicht, daß jedenfalls *sein* Ausgang von der Natur als Behauptung der Unabhängigkeit der Materie vom Bewußtsein (und von der Arbeit) exakt ein Ausgang *vom Bewußtsein* (und von der Arbeit) ist. Man kann ja nicht die Unabhängigkeit eines x von einem y behaupten, sofern man nicht das y voraussetzt. Also geht Eichhorn I nicht etwa von der Natur aus, um zum Bewußtsein zu kommen (und zur Arbeit), sondern hat letzteres theoretisch bereits unterstellt, um zur Unabhängigkeitsbehauptung zu kommen. Absurderweise also wendet er sich gegen die Voraussetzung der Arbeit, indem er die Arbeit (und das Bewußtsein) voraussetzt. Wie nun Eichhorns Unterstellung des Bewußtseins gemeint ist, wird deutlich, indem er angesichts einer einfachen konkreten Arbeitsbestimmung² solcherart schockiert ist, daß er nur noch mittels der Terminologie einer ihn offenbar schockierenden Bademode auszurufen weiß: „Wir haben also konkrete Arbeit ... ohne Ideelles! Und ein ‚Subjekt‘ – oben ohne!“³ Und noch deutlicher: Es komme bei Warnke und Ruben zu einer „Vorstellung eines Subjekts, ... dessen Subjektrolle durch Verrichtungen bestimmt ist, die auch Tieren zukommen. Daher interessiert hier an der Arbeit lediglich, daß sie physisches Agieren mit Gegenständlichem an Gegenständlichem und mithin selbst gegenständliches Agieren ist. Das aber gibt es allenthalben auch im Tierreich ...“⁴ Aus dieser gegen Arbeiter geradezu blasphemischen Deutung folgt „unausweichlich“: Eichhorn I sieht „oben mit“ als artspezifisches Charakteristikum, als Wesen des Menschen an – und teilt damit den theoretischen Ausgangspunkt des Idealismus in der Gesellschaftserkenntnis, den Hegel so formuliert: „Wenn es aber richtig ist (und es wird wohl richtig sein), daß der *Mensch* durchs Denken sich vom *Tiere* unterscheidet, so ist alles Menschliche dadurch und allein dadurch menschlich, daß es durch das Denken bewirkt wird.“⁵

1 W. Eichhorn I/A. Bauer/G. Koch: Die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Berlin 1975. S. 9

2 Vgl.: P. Ruben/C. Warnke: Arbeit – Telosrealisation oder Selbsterzeugung der menschlichen Gattung? In: DZfPh. Heft 1/1979. S. 21-23

3 W. Eichhorn: Über Dialektik in der Geschichtsauffassung. A. a. O., S. 179

4 Ebd., S. 180

5 G. W. F. Hegel: Encyclopädie der philosophischen Wissenschaften. Hrsg. v. J. Hoffmeister. Leipzig 1949. S. 31-32 (§ 2)

Dem entgegen ist materialistisch festzuhalten: „Man kann die Menschen durch das Bewußtsein, durch die Religion, durch was man sonst will, von den Tieren unterscheiden. Sie selbst fangen an, sich von den Tieren zu unterscheiden, sobald sie anfangen, ihre Lebensmittel zu *produzieren*, ein Schritt, der durch ihre körperliche Organisation bedingt ist. Indem die Menschen ihre Lebensmittel produzieren, produzieren sie in indirekt ihr materielles Leben selbst.“¹ Es ist also die Produktion, durch die sich die Menschen von den Tieren unterscheiden, es ist die *Arbeit*, durch die sie *Menschen* sind. Und in dieser Arbeit bringen sie ihr Bewußtsein hervor. „Das Bewußtsein kann nie etwas Andres sein als das bewußte Sein, und das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozeß.“² Insofern die Arbeit das Fundament dieses wirklichen Lebensprozesses ist, ist die Ersetzung der Arbeit durch „das materielle Sein“³ nur verbale Fluchtreaktion. Dann – wie zitiert – ist dieses Sein eben jener Prozeß, also wesentlich die Arbeit.

Übrigens ist es nicht wahr, daß die Arbeit als «gegenständliches Agieren ... allenthalben auch im Tierreich» auftritt. Es gibt zwar bei Tieren Werkzeuggebrauch⁴, daher auch Werkzeugproduktion. Aber sie ist nicht, worauf P. Beurton in einer außerordentlich bedeutsamen Studie hinweist, individuelle Leistung, sondern phylogenetische. „Eine Mutation mit einer Expression im Werkzeug kann nur dadurch in der Population verbreitet werden, daß sie in anderen Individuen neukombiniert wird ...“⁵ Die körperliche Organisation der Menschen jedoch impliziert die individuelle Werkzeugproduktion mit einer „damit *allgemein einsetzenden* außerorganismischen Vererbung der Werkzeuge“⁶. Die so realisierte Werkzeugakkumulation aber ist die Bildung der *vergegenständlichten* Arbeit als Bedingung für die Verwirklichung der *lebendigen*. Und nur in der konkreten Einheit beider existiert die Arbeit als menschliche Daseinsweise. Wer nur das gegenständliche Agieren, d. h. die lebendige Arbeit, sieht, nimmt nur die halbe Arbeit wahr, die aktuelle Entäußerung des Subjekts. Erfasst man auch die in den Produktionsmitteln (einschließlich Grund und Boden) bereits aufgewandte, also vergegenständlichte Arbeit, erkennt man, daß die Auffassung der Arbeit *nur* als gegenständliches Agieren ein echter Reduktionismus ist – und zwar ein schlechter, weil er eine Substanzverlust riskierende irrige Kostenvorstellung suggeriert.

Mit dem Begreifen der Arbeit als konkreter Einheit ihres gegenständlichen und lebendigen Moments haben wir genau den Ausgangspunkt gewonnen, den J. K. Pletnikow als Lösung des Anfangsproblems der Theorie des his-

1 K. Marx u. F. Engels: Die deutsche Ideologie. A. a. O., S. 21

2 Ebd., S. 26

3 So G. Stiehler in: Konzeptionsdifferenzen Hegelscher und Marxscher Dialektik. In: DZfPh. Heft 10/1981. S. 1171-1172

4 Vgl.: H.-A. Freye: Biologische Grundlagen des Werkzeuggebrauchs. In: Wissenschaft und Fortschritt. Heft 10/1981. S. 385-389

5 P. Beurton: Werkzeugproduktion im Tierreich und menschliche Werkzeugproduktion. Unveröffentlicht. Ms., 1980. S. 5

6 Ebd., S. 14

torischen Materialismus vorschlägt; „Die lebendige und die vergegenständlichte Arbeit ... ist die spezifische Grundlage der sozialen Zusammenhänge, einschließlich der gesellschaftlichen Verhältnisse.“¹ Von dieser Voraussetzung ausgehend, ist die Frage nach der Genesis, nach dem *Werden* der gesellschaftlichen Verhältnisse überhaupt wie der Produktionsverhältnisse im besonderen begründet zu beantworten. Und sie ist die Frage, die entwicklungstheoretisch nicht umgangen werden kann, die aber unzumutbar wird, wenn man allein auf die Produktionsverhältnisse zurückgeht. „Die Ökonomie“, sagt Engels, „handelt nicht von Dingen, sondern von Verhältnissen zwischen Personen und in letzter Instanz zwischen Klassen“.² Aber selbstverständlich meint er damit nicht die Irrelevanz der Tätigkeit, sondern weiß genau: „Darin, daß ... ein *Verhältnis* ist, liegt schon, daß es zwei Seiten hat, die sich *zueinander verhalten*.“³ Angesichts dieser Verwendung der Kategorie des Verhaltens kann man nur dann den Verdacht des „Anthropologismus“ erheben, wenn man den Verhältnissen an sich eine platonisierende präformierende Rolle zuschreibt, in welcher sie schließlich sogar die sie tragenden Individuen erst hervorbringen. Die Betonung der Verhältnisse durch die Klassiker des Marxismus-Leninismus hat jedoch mit solchem Platonismus nichts zu tun, sondern richtet sich gegen den aus dem Warenfetischismus erwachsenden Schein, die Verhältnisse seien *Dinge*. Die Verhältnisse der Ökonomie des Privateigentums sind „stets *an Dinge gebunden* und *erscheinen als Dinge*“⁴. Indem also die scheinbaren Dinge als wirkliche Verhältnisse nachgewiesen werden, ist keineswegs die Annahme der Bedeutungslosigkeit des diesen zugrunde liegenden Verhaltens intendiert, sondern umgekehrt die Auffassung der grundlegenden Bedeutung desselben erst freigelegt. Sie wird völlig verschüttet, wenn das menschlich wesentliche Verhalten, die Arbeit, theoretisch aus ihrer fundierenden Stellung „als idealistischer Unsinn verworfen“ werden soll.

Der Vorwurf, mit der Annahme der Arbeit die Produktions- und Klassenverhältnisse zu ignorieren, ist also ganz unsinnig. Mit der Unterscheidung der lebendigen von der vergegenständlichten Arbeit ist a priori klar, daß unmittelbare *Produktion* (Realisierung der lebendigen Arbeit) und *Eigentum* an den Produktionsmitteln (der vergegenständlichten Arbeit) ein Verhältnis zueinander haben, „worin wir ... die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftli-

1 J. K. Pletnikow: Zur Ausarbeitung des historischen Materialismus als theoretisches System. In: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. Heft 1/1982. S. 28. Diese Position hat der Leiter der Abteilung „Aktuelle Probleme des historischen Materialismus“ im Institut für Philosophie der AdW der UdSSR auf einer Unionsberatung der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Lehrkräfte auf dem Gebiet des historischen Materialismus im Dezember 1980 vorgetragen. Und er schlußfolgerte aus der Diskussion, daß die Kategorie der Tätigkeit, „also letztlich der Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeit als der spezifisch sozialen Substanz, in der sich die materielle Produktion niederschlägt“, zur Ausgangskategorie in der theoretischen Reproduktion der gesellschaftlichen Entwicklung werde (vgl. dazu den Bericht von A. S. Aisikowitsch, N. W. Kljagin und A. A. Orlow, a. a. O., S.133)

2 F. Engels: Karl Marx, „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“. In: K. Marx/F. Engels: Werke. Bd. 13. Berlin 1961. S. 476

3 Ebd., S. 475

4 Ebd., S. 476

chen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz, der jedesmaligen spezifischen Staatsform finden“¹. Sind alle Produzenten auch Eigentümer ihrer Produktionsmittel, so sind Klassenverhältnisse ausgeschlossen; sind umgekehrt unmittelbare Produzenten enteignet, so stehen ihnen die Eigentümer als herrschende Klasse gegenüber. Die Frage nach den Produktions- und Klassenverhältnissen ist mithin eine Frage nach der Besonderheit des Verhältnisses zwischen der lebendigen und vergegenständlichten Arbeit, eine Frage also, die in und nicht jenseits der Arbeit beantwortet wird.

Was bleibt von der so bemerkenswerten Disjunktion zwischen Materialismus und Arbeit zu sagen? Wer sie annimmt, muß die materialistische Bestimmung des Menschen als Arbeiter aufgeben, muß sie ersetzen durch die Bestimmung, mit Bewußtsein zu handeln, folglich das Bewußtsein zur eigentlichen Triebkraft menschlicher Geschichte hochstilisieren, wodurch diese selbsttend etwas ganz anderes als die Naturgeschichte wird. Was herauskommt, ist nicht mehr ein materialistischer Monismus, sondern tatsächlich ein Dualismus von Materie und Bewußtsein, in dem die Behauptung der Unabhängigkeit der Materie vom Bewußtsein ehrlicher Weise durch die der Unabhängigkeit des Bewußtseins von der Materie zu komplettieren ist. Indem dann beide über die bewußte Zwecksetzung und Arbeit als Zweckverwirklichung zusammenkommen, daß Bewußtsein mithin das gegenständliche Agieren kommandiert, schlägt die gemeinte materialistische Antwort auf die philosophische Grundfrage in die tatsächlich vorgestellte idealistische Realität der Herrschaft des Bewußtseins über die Materie um.

Hinter dem Rücken solcher Praxis akkumuliert sich die Abfallproduktion, die ökonomisch und ökologisch dem Bewußtsein einbleut, daß Herrschaft und Eigentum sehr verschiedene Bestimmungen sind, die deutlich macht, daß das Bewußtsein in der Tat nur etwas ausrichten kann, wenn es Bewußtsein *eines objektiven Inhalts* ist. Ihn aber gewinnt es aus der Erfahrung der Arbeit, des Experiments.

Wenn aber die materialistische Bestimmung des Menschen als Arbeiter aufgegeben wird, dann wird, darauf mache ich mit allem Nachdruck aufmerksam, theoretisch auch der Emanzipationsanspruch der *Arbeiterbewegung* aufgegeben. Es kann ja wohl niemand ernsthaft annehmen, daß die Bestimmung der Produktion als des ersten Grundes menschlicher Existenz durch Marx und Engels nichts mit eben diesem Emanzipationsanspruch zu tun habe. Als wäre die Kardinalfrage des wissenschaftlichen Sozialismus nicht die Frage nach der objektiven Potenz der *Arbeiterklasse* die Ausbeutung der Arbeit zu beseitigen, und als herrschende Klasse die ausbeutungsfreie Arbeit zum Wohle der Völker zu organisieren! Es ist doch eben diese Tatsache, die zur Feststellung E. Honeckers führt: „Im Zentrum der Gesellschaftspolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands steht unsere Ökonomie, die große Arbeit unseres

1 K. Marx: Das Kapital. Dritter Band. In: K. Marx / F. Engels: Werke. Bd. 25. Berlin 1973. S. 799-798

Volkes für einen hohen wirtschaftlichen Leistungsanstieg. Hier vor allem fallen die Entscheidungen über die weiteren Fortschritte bei der Gestaltung des entwickelten Sozialismus.“¹ Wo kann, wenn die Annahme der Arbeit als der Basis unseres Denkens für „idealistischen Unsinn“ gilt, die Frage nach der Selbstbefreiung der Arbeiter, die doch eben diese Arbeit verwirklichen, noch als theoretisch zulässig gelten? Die Arbeit als Grund menschlicher Existenz zu sehen, ist doch die philosophische Konsequenz der politischen Entscheidung, sich der Arbeiterbewegung anzuschließen. Indem die zentrale Stellung des Arbeitsbegriffs ideologisch attackiert wird, muß unweigerlich die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse für Illusion gelten. Das ist die wahre In-Frage-Stellung der marxistisch-leninistischen Theorie.

Meine Opponenten sprechen häufig davon, daß ich die Klassenverhältnisse nicht begriffen habe, sondern „hinter Stoffwechselrelationen“ verschwinden lasse und Konstruktionen vornehme, „deren theoretische und methodische Substanz ... armselig und schwindelsüchtig ist“². Nirgends aber kann man in den Polemiken die konkrete Bestimmung derjenigen Klasse finden, deren Emanzipation Inhalt unserer Epoche ist, eben der Arbeiterklasse. Das ist nicht zufällig. Denn mit der Leugnung der Arbeit als des Fundaments materialistischer Geschichtsauffassung muß sich notwendig Marx' Lehre vom Klassenkampf und seiner Aufhebung zu einer Abstraktion des Klassenkampfes verflüchtigen, in der es gleichgültig ist, von welcher Klasse eigentlich die Rede ist, in der lediglich die Vorstellung gilt, alle menschlichen Verhältnisse liefen auf Machtverhältnisse hinaus, womit die Mächtigen und die Machtlosen die „Klassen“ der Gesellschaften bildeten. Gegen diesen Dühringianismus ist zu verteidigen, daß die materialistische Arbeitsauffassung keine philosophierende Esoterik ist, sondern in den Arbeitern die Garanten menschlicher Zukunft erkennt, weil sie in der Praxis das menschliche Wesen, die Arbeit, unmittelbar äußern und entwickeln.

Es ist das Wissen zu verteidigen, daß „jede Nation verrecken würde, die, ich will nicht sagen für ein Jahr, sondern für ein paar Wochen die Arbeit einstellte“³ – ein Wissen, das uns doch jüngste Erfahrungen als absolut unverzichtbar erwiesen haben. Es ist zu verteidigen, „daß, im Gegensatz zur alten Gesellschaft mit ihrem ökonomischen Elend und ihrem politischen Wahnwitz, eine neue Gesellschaft entsteht, deren internationales Prinzip der *Friede* sein wird, weil bei jeder Nation dasselbe Prinzip herrscht – die *Arbeit*!“⁴. Die Attacke auf die Arbeit ist daher unannehmbar.

1 Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den X. Parteitag der SED. Berichterstatter: Genosse Erich Honecker. Berlin 1981. S. 48

2 W. Eichhorn I, a. a. O., S. 182. Ich nehme an, in „schwindelsüchtig“ eine drucktechnische Verballhornung von „schwindsüchtig“ vor mir zu haben, bin aber angesichts Eichhornscher Argumentationsweise nicht sicher.

3 K. Marx: Brief an L. Kugelman v. 11.7.1868. In: K. Marx/F. Engels: Werke. Bd. 32. Berlin 1965. S. 552

4 K. Marx: Erste Adresse über den Deutsch-Französischen Krieg. In: K. Marx / F. Engels: Werke. Bd. 17. Berlin 1962. S. 7

Die abstrakte und die konkrete Fassung der Arbeit

G. Bartsch sieht meine von ihm in Anlehnung an einen Text von G. Koch und A. Bauer diagnostizierte Entstellung der Marxschen Auffassung darin, daß ich Marx' verständige Abstraktion der Arbeit viel mehr als den konkreten Begriff der Arbeit nehme. Also verwechsle ich in Bartschs Sicht das Konkrete mit dem Abstrakten und komme zu einer „abstrakten, unhistorischen Auffassung der Arbeit“¹. Die theoretische Basis dieses Urteils besteht in Marx' Feststellung: „Die *Produktion im allgemeinen* ist ... eine verständige Abstraktion, sofern sie ... das Gemeinsame hervorhebt, fixiert und uns daher die Wiederholung erspart.“² Diese „Produktion im allgemeinen“, insofern sie, wie Marx sagt, „ein vielfach Gegliedertes, in verschiedene Bestimmungen Auseinanderfahrendes“ ist³, wird nun im „Kapital“ nach ihren „einfachen und abstrakten Momenten dargestellt“⁴ – unter denen übrigens Eichhorn I ebenfalls das Bewußtsein nicht finden wird. Es ist diese Darstellung, deren Interpretation Bartsch zur Debatte stellt (sofern er Marxsche Texte im Auge haben kann). Die Frage lautet: Meint der Terminus „Produktion im allgemeinen“ (oder „Arbeit“, „Arbeitsprozeß“⁵) ein Abstraktum oder ein Konkretum? lassen sich Bedingungen angeben, unter denen dieser Ausdruck sowohl die abstrakte als auch die konkrete Fassung der Arbeit angibt?

Es ist klar, daß solche Fragen nur beantwortet werden können, wenn die Begriffe des Abstrakten wie des Konkreten vorausgesetzt sind. Ich verstehe unter „verständiger Abstraktion“ den Übergang von der Betrachtung gleichartiger (eigenschaftsgleicher) Gegenstände zur Betrachtung der in diesen Gegenständen identischen Art (Eigenschaft). Die vermittels der Abstraktion bestimmte Eigenschaft heißt „Abstraktum“. Das Abstraktum ist also „dies *Allgemeine*, ... das durch Vergleichung herausgesonderte Gemeinsame“⁶. Es ist nicht das Allgemeine an sich, es also als *Gegenstand* der Abstraktion, sondern es als *Produkt* derselben, das Allgemeine als *herausgesondertes* Gemeinsames. Wäre das herausgesonderte Allgemeine nicht vom unherausgesonderten Allgemeinen unterschieden, wäre die Abstraktion selbstredend leeres Tun, reiner Schein.

Eine Sache abstrakt zu betrachten, heißt daher, sie als durch andere, äquivalente Sachen ersetzbar zu betrachten, als ein austauschbares Exempel einer im

1 G. Bartsch: A. a. O., S. 788 ff.

2 K. Marx: Einleitung [zur Kritik der Politischen Ökonomie]. In: K. Marx/F. Engels: Werke. Bd. 13. S. 617

3 Ebd.

4 K. Marx: Das Kapital. Erster Band. In: K. Marx/F. Engels: Werke. Bd. 23. Berlin 1973. S. 198

5 H. Fritsch und G. Stier kritisieren, daß ich das Wort „Arbeit“ im Sinne von „Arbeitsprozeß“ verwende (vgl.: A. a. O., S. 20) und so das „Spezifische des Begriffs der Arbeit faktisch“ aufbehalte. Mir scheint, sie meinen die *lebendige* Arbeit, während ich mit „Arbeit“ die lebendige *und* vergegenständlichte meine. Wie man sieht, liegt hier ein bloß terminologisches Problem vor. Übrigens verwendet auch Marx – sicher aus stilistischen Gründen – abwechselnd „Arbeit“ und „Arbeitsprozeß“ (vgl.: Das Kapital. Erster Band. A. a. O., S. 192-199).

6 K. Marx: Einleitung [zur Kritik der Politischen Ökonomie]. A. a. O., S. 617

Austausch identisch bleibenden Eigenschaft bzw. Totalität von Eigenschaften. Man abstrahiert mithin, wenn man Eigenschaften dadurch erhält (bewahrt), daß man die sie tragenden Gegenstände gegeneinander auswechselt. Die verständige Abstraktion ist ein Verhalten, in dem eigenschaftsgleiche Dinge sozusagen kommen und gehen, während die identische Eigenschaft bleibt. Ersichtlich basiert dies Verhalten auf dem kategorialen Unterschied von *Ding* und *Eigenschaft*: Abstrakta sind Eigenschaften, die sie darstellenden Gegenstände sind Dinge (die man häufig auch irrig „Konkrete“ nennt – ein verhängnisvoller Fehler, weil so das Allgemeine überhaupt für das Abstrakte, das Einzelne für das Konkrete gilt). Da man nun Abstrakta nicht wahrnehmen kann, schafft man sich zu Vergleichszwecken aus den Mengen der sie darstellenden Elemente (Abstraktionsklassen) Standards, Etalons bzw. – wie Marx sagt – Äquivalente, die die Abstrakte gegenständlich *eindeutig* repräsentieren – eindeutig, weil zu jedem Abstraktum genau ein Äquivalent ausgewählt wird. Diese Auswahl oder Selektion heißt auch *Realisierung* des Abstraktums. In der mystischen Auffassung der Abstraktion wird diese Realisierung dem Abstraktum selbst zugeschrieben, in der materialistischen ist klar, daß sie als gegenständlicher Selektionsvorgang zu verstehen ist.

Teilt man diese Voraussetzungen über den Begriff der Abstraktion, so ist leicht zu verstehen, wenn wir den Begriff des Konkreten wie folgt bestimmen: Eine Sache *konkret* zu betrachten, heißt, sie in untrennbarer Einheit mit ihrem Verhalten zu betrachten, heißt, das *Verhältnis* eines Dinges zu seiner Eigenschaft bzw. seiner Eigenschaftstotalität zu denken, heißt, die in der Abstraktion vorausgesetzte und aufgehobene Einheit des Einzelnen und Allgemeinen entweder nicht aufzuheben (Sinnlich-Konkretes) oder wiederherzustellen (Geistig-Konkretes). Während also in der Abstraktion die eine identisch gefaßte Eigenschaft ihren vielen untereinander ersetzbaren Elementen gegenübersteht (die Struktur ihrer Trägermenge), hebt die Konkretion diese Gegenüberstellung im Interesse des Begreifens der *Entwicklung* auf, verbindet sie Ding und Eigenschaft untrennbar so, daß jedes Ding durch *seine* Eigenschaft, jede Eigenschaft durch ihr Ding bestimmt ist. Sie kennt daher auch keine *identisch* gefaßte Eigenschaft und kein *vereinzelt* vorgestelltes Ding, wenngleich sie selbstverständlich unterstellt, daß Eigenschaftsidentitäten und Dingvereinzelnungen als Momente realer Entwicklung durch die Abstraktion *für sich* gefaßt werden müssen.¹

1 Marx bemerkt in diesem Zusammenhang: „Innerhalb des Wertverhältnisses ... gilt das abstrakt Allgemeine nicht als Eigenschaft des Konkreten, ... sondern umgekehrt das Sinnlich-Konkrete als bloße Erscheinungs- oder bestimmte Verwirklichungsform des Abstrakt-Allgemeinen. Die *Schneiderarbeit*, die z.B. in dem Äquivalent Rock steckt, besitzt, innerhalb des Wertausdrucks der Leinwand, nicht die *allgemeine Eigenschaft*, auch menschliche Arbeit zu sein. Umgekehrt. *Menschliche Arbeit zu sein* gilt als *ihr Wesen*, Schneiderarbeit zu sein nur als *Erscheinungsform* ... dieses ihres Wesens. ... Diese *Verkehrung*, wodurch das Sinnlich-Konkrete nur als Erscheinungsform des Abstrakt-Allgemeinen, nicht das Abstrakt-Allgemeine umgekehrt als Eigenschaft des Konkreten gilt, charakterisiert den Wertausdruck. Sie macht zugleich sein Verständnis schwierig. Sage ich: Römisches Recht und deutsches Recht sind beide Rechte, so ist das selbstverständlich. Sage ich dagegen: Das Recht, dieses Abstraktum, *verwirklicht sich* im römischen

In der Umgangssprache tritt die Bezeichnung von Konkreta elementar in Wortverbindungen auf. Denken wir an Marx' Beispiele, können wir sagen: Schneiderarbeit, Klempnerarbeit, Maurerarbeit etc. sind Wörter, die Konkreta meinen, in denen Schneidern, Klempnern, Mauern das Einzelne meinen, Arbeiten aber das Allgemeine. Wird dies in der Abstraktion für sich betrachtet, sind Schneidern, Klempnern, Mauern bloße Exempel des Arbeitens, keine Konkreta; sie sind dies erst als *Schneiderarbeit*, *Klempnerarbeit*, *Maurerarbeit*, worin er sichtlich das Einzelne mit dem Allgemeinen verbunden ist. In der Warenzirkulation gilt die Goldproduktion als Etalon der Arbeit.

Wie kommen wir nun zur „Produktion im allgemeinen“ als zu einem Abstraktum? Produktionen sind an sich keine Dinge, können aber vergegenständlicht werden, indem man sie als *abgeschlossene* Vorgänge mit anderen außer ihnen vergleicht oder sie so in Teilprozesse zerlegt, daß nun diese Teilvorgänge als Vergleichsobjekte auftreten. Marx realisiert die letztere Bedingung, indem er „alle Epochen der Produktion“¹ betrachtet, also die Kontinuität der Produktionsentwicklung, d. h. die *Geschichte* der Produktion, zugunsten der Diskontinuität der Produktionsepochen theoretisch ausschließt. Durch diesen kategorialen Zugriff erscheint die Geschichte der Arbeit nun als Menge von Produktionsepochen, die einzelne Produktionsepoche daher als Gegenstand für die Abstraktion. Sie besteht nun darin, alle diese Epochen als Inhaber eben derjenigen Eigenschaft aufzufassen, die mit dem Worte „Arbeit“ gemeint wird. Die verständige Abstraktion der Arbeit faßt also die Arbeit als Eigenschaft von Vorgängen, die bei ihrem Ersatz gegeneinander diese Eigenschaft unverändert lassen. Dabei ist klar, daß die *Realisation* der abstrakten Arbeit in diesem Sinne geschichtlich erst durch den Kapitalismus erfolgt. Die „Arbeit sans phrase“ tritt in vorkapitalistischen Formationen nicht auf, wenngleich selbstverständlich die Arbeit als das Allgemeine der Agrikultur, des Handwerks etc. in allen Formationen besteht. Demgemäß ist auch das Wort „der Arbeiter“, wofür in Preußen im 18. Jahrhundert noch „Ouvrier“ steht, erst im 19. Jahrhundert im Deutschen eingebürgert worden.²

Es ist verständlich, wenn angesichts der Thematisierung des Allgemeinen der Produktion der Schein einer „unhistorischen“ Betrachtung der Arbeit entsteht. Dieser Schein wird aber *als Schein* erkannt, sobald man beachtet, daß die Abstraktion der Arbeit ja gerade von der konkreten Arbeit ausgeht. Indem, die verschiedenen Produktionsepochen darin *vorausgesetzt* werden, ist klar, daß keine unhistorische Betrachtung erfolgt. Sie läge erst dann vor, wenn die Produktionsentwicklung geleugnet würde, wenn die *Geschichte* der Produktion als rein quantitatives Wachstum etwa der Anzahl der Produzenten und der

Recht und im deutschen Recht, diesen konkreten Rechten, so wird der Zusammenhang mystisch“ (in: Marx/Engels: Kleine ökonomische Schriften; Berlin 1955, S. 271).

1 K. Marx: Einleitung [zur Kritik der Pol. Ök.]. A. a. O., S. 617

2 Vgl. die Stichworte „Arbeit“ und „Arbeiter“ in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Hrsg. v. O. Brunner/W. Conze/R. Koselleck. Bd. 1. Stuttgart 1972. S. 154-215 und 216-224

Menge der vergegenständlichten Arbeit gedeutet wäre. Davon ist in meinen Texten nichts zu finden, folglich ist jener Vorwurf gegenstandslos.

Nun sagt Marx, daß das Allgemeine „selbst ein vielfach gegliedertes, in verschiedene Bestimmungen Auseinanderfahrendes“ sei. „Z. B. keine Produktion möglich, ohne ein Produktionsinstrument ... Keine möglich ohne vergangne, aufgehäuften Arbeit ...“¹ Klarerweise ist ein Produktionsinstrument keine Eigenschaft, sondern ein eigenschaftsbestimmtes Ding. Ebenso meint der Ausdruck „vergangne, aufgehäuften Arbeit“ nicht die oben avisierte Vorgangseigenschaft, sondern vergegenständlichte Arbeit. Damit ist die Frage zu stellen: Ist es denn sachlich so, daß der Terminus „Produktion im allgemeinen“ in *diesem* Kontext noch ein Abstraktum bezeichnet? Hier werden ja gewisse eigenschaftsbestimmte Dinge (Produktionsinstrumente, vergegenständlichte Arbeit) als notwendige Bedingungen der Möglichkeit von Produktion überhaupt charakterisiert. Eine über Abstraktion bestimmte Eigenschaft enthält aber *keinerlei* Dinge. Eichhorn I irrt methodologisch zutiefst, wenn er meint, daß „von den ... verschiedenen Gesellschaftsepochen abstrahiert werden“ müsse, „aber doch ... so, daß sie in verallgemeinerter Form mitgedacht und in die Abstraktion eingeschlossen“ werden müssen.² Dies heißt nichts weiter als zu fordern: Die Abstraktion soll keine Abstraktion sein – eine absurde Forderung. Entweder man abstrahiert, und dann sind die Elemente zur Repräsentation des Abstraktums gegeneinander austauschbar (bei *Realisierung* des Abstraktums durch ein Etalon ist dies der unbezweifelte Vertreter, während alle anderen nur Elemente sind, wenn sie dem Etalon gleichen). Oder aber man läßt die Abstraktion sein bzw. gebraucht den Terminus „Abstraktion“ in einem kaum verständlichen Sinne.

Nach meiner Auffassung wird in dem Augenblick, in dem die Arbeit als „ein vielfach Gegliedertes“ charakterisiert wird, nicht mehr von der abstrakten, sondern von der konkreten Arbeit gesprochen. Man bliebe beim abstrakten Begriff der Arbeit, würde man die Arbeit – wie das in der Physik geschieht – als multiplikative Verknüpfung von Leistung und Dauer ($A = L \cdot t$) definieren. Dann würde man die Kategorie der Eigenschaft *nicht* überschreiten. Sobald man aber Arbeitsmittel und -gegenstände als einfache Momente der Arbeit charakterisiert, wird diese Überschreitung realisiert und damit die *konkret-allgemeine* Bestimmung der Arbeit vorgenommen. Marx spricht nun in diesem Zusammenhang vom „Arbeitsprozeß“ und sagt: „Die einfachen Momente des Arbeitsprozesses sind die zweckmäßige Tätigkeit oder die Arbeit selbst, ihr Gegenstand und ihr Mittel.“³ Warum ist dies Angabe des konkreten Begriffs

1 K. Marx: Einleitung [zur Kritik der Pol. Ök.]. A. a. O.

2 W. Eichhorn: A. a. O., S. 185

3 K. Marx: Das Kapital. Erster Band, A. a. O., S. 193. Diese einfachen Momente nennt Marx auch „abstrakte“. Es ist daher mit Bezug auf den vorgeschlagenen Abstraktionsbegriff wichtig zu notieren: Insofern sie *Momente* sind (d. h. in ihrer untrennbaren Verbindung gefaßt werden), sind sie nicht abstrakt, insofern sie abstrakt gefaßt werden (also in der Trennung voneinander), sind sie nicht Momente. Um dies zu verstehen, hat man nur daran zu denken, daß die Untrennbarkeit jener Momente in der Tat den Arbeitsprozeß charakterisiert. Sobald man sie trennt, hat man

der Arbeit (des Arbeitsprozesses, der Produktion im allgemeinen)? Weil sie die Arbeit als untrennbare Verbindung ihrer subjektiven und objektiven Bedingungen charakterisiert, als *Verhältnis* gewisser *Dinge* zu einer bestimmten Tätigkeit, zu einem gewissen *Verhalten*.

Soweit ich aus dem Text von G. Bartsch entnehmen kann, gilt ihm die Arbeit als konkret, wenn sie als empirisch besondere Produktionsweise betrachtet wird. Das ist die *sinnlich*-konkrete Fassung der Arbeit. Neben dem Sinnlich-Konkreten aber gibt es das Konkret-Allgemeine, das im Geistig-Konkreten widerspiegelt wird. Und die obige Bestimmung der Arbeit ist ihre konkret-allgemeine Bestimmung. Sie kann nur dann für den abstrakten Begriff der Arbeit gehalten werden, wenn voraussetzungsgemäß das Allgemeine überhaupt für das Abstrakte gilt. Das ist immer dann der Fall, wenn die Natur der Kategorien, welche doch vornehmlich das Interesse der theoretischen Philosophie gegenständlich ausmacht, unerkannt bleibt, wenn also die Denkbestimmungen mit empirischen Begriffen verwechselt werden.

Das Arbeitsvermögen als Wertsubstanz

A. Lemmnitz urteilt über unsere Charakterisierung des Arbeitsvermögens als Wertsubstanz¹: „Das ist neu, hat aber mit der Marxschen ökonomischen Lehre nichts zu tun. ... Die Wertsubstanz ist das Ergebnis der produktiven Betätigung des Arbeitsvermögens, die in den Waren verkörperte oder materialisierte allgemein menschliche, abstrakte Arbeit.“² An anderer Stelle erklärt er: „Die *Wertsubstanz* ist die durch die sozialistischen Produktionsverhältnisse bestimmte gleiche allgemein menschliche oder abstrakte Arbeit.“³ Was sagt Marx? Er stellt fest: Die Produkte, die Gegenstand der Abstraktion von der Verschiedenheit ihrer Gebrauchswerte sind, „stellen nur noch dar, daß in ihrer Produktion menschliche Arbeitskraft verausgabt, menschliche Arbeit aufgehäuft ist. Als Kristalle dieser ihnen gemeinschaftlichen gesellschaftlichen Substanz sind sie Werte - Warenwerte“⁴. An anderer Stelle heißt es: „Unter Arbeitskraft oder Arbeitsvermögen verstehen wir den Inbegriff der physischen und geistigen Fähigkeiten, die in der Leiblichkeit, der lebendigen Persönlichkeit eines Menschen existieren und die er in Bewegung setzt, sooft er

keine Arbeit mehr vor sich, sondern die Mittel hier, die Gegenstände dort, die Arbeiter z. B. beim Feierabend. Der Momentencharakter kommt den Dingen wie den Eigenschaften *im Prozeß* zu; dieser muß aufgehoben werden, wenn abstrahiert werden soll.

1 Vgl.: P. Ruben/H. Wagner: Sozialistische Wertform und dialektischer Widerspruch. In: DZfPh. Heft 10/1980. S. 1222

2 A. Lemmnitz: Wertform und Philosophie. A. a. O., S. 774

3 A. Lemmnitz: Zu einigen theoretischen und praktischen Fragen ... A. a. O., S. 1424

4 K. Marx: Das Kapital. Erster Band. A. a. O., S. 52

Gebrauchswerte irgendeiner Art produziert.“¹ Mithin versteht Marx „Arbeitsvermögen“ und „Arbeitskraft“ als synonyme Termini und also klarerweise das verausgabte Arbeitsvermögen als Wertsubstanz, wobei er im Kontext für „Arbeitskraft“ auch „Arbeit“ sagt.

Ich darf daher feststellen, daß unsere Erklärung des Arbeitsvermögens als Wertsubstanz sehr wohl etwas mit der Marxschen ökonomischen Lehre zu tun hat. Worin besteht der sachliche Streitpunkt? Lemmnitz will nur die *verausgabte* Arbeitskraft als Wertsubstanz verstanden wissen; wir haben auf den Unterschied von verausgabter und nicht verausgabter Arbeitskraft keine Rücksicht genommen. Niemand wird bestreiten, daß im Rahmen der Arbeitswertlehre die Produktionsmittel verausgabtes Arbeitsvermögen darstellen. In der Produktion ist nun dieses Arbeitsvermögen nicht Produktions*resultat*, sondern Produktions*voraussetzung* und wird seinerseits verausgabt – wenn auch nicht in jedem einzelnen Zyklus vollständig. Das bedeutet aber, daß die Produktion Arbeitsvermögen sowohl entgegenständlicht als auch vergegenständlicht, daß sie mithin einen Kreislauf des Arbeitsvermögens bewirkt, nicht nur eine Produktion der Wertsubstanz, sondern eine Reproduktion derselben. Und auf diese Vorstellung kam es uns in der von Lemmnitz kritisierten Passage an. Sie ist für die ökonomische Theorie, wie Lemmnitz sicher zugestehen wird, von erheblicher Bedeutung. Das kann hier jedoch nicht weiter gezeigt werden.²

Nimmt man nun weiter an, daß zwar alle Waren – d. h. Produkte, die zum Verkauf an fremde Eigentümer erzeugt werden – Werte, aber nicht alle Werte Waren sind (wie wir das tun), so versteht sich, daß das menschliche Arbeitsvermögen Wert darstellen kann, ohne Ware zu sein. Ist dies anerkannt, besteht kein Grund, die Wertsubstanz allein in der *verausgabten* Arbeitskraft zu sehen, sondern es wird möglich, das Arbeitsvermögen schlechthin als Wertsubstanz zu denken. Genau das schlagen wir vor. Ich gebe zu, für diesen Vorschlag keine Zitatinstanz in Marxschen Texten zur Rechtfertigung anführen zu können. Ich gebe nicht zu, daß dieser Vorschlag eine Entfernung von der Marxschen Arbeitswertlehre bedeutet. Es handelt sich gerade darum, den Begriff der Wertsubstanz zu verallgemeinern, d. h. neben dem objektivierten Arbeitsvermögen, das Marx als Wertsubstanz faßt, auch das subjektive als Wertsubstanz zu erkennen. Diesen Schritt halte ich für die Reproduktionstheorie als unausweichlich.

Schließlich noch eine Bemerkung: A. Lemmnitz, der den Vorschlag zur Bildung des Begriffs der sozialistischen einfachen Wertform für eine Flucht

1 Ebd., S.181. An anderer Stelle heißt es: „Wer Arbeitsvermögen sagt, sagt nicht Arbeit, so wenig als wer „Verdauungsvermögen sagt, Verdauen sagt. ... Wer Arbeitsvermögen sagt, abstrahiert nicht von den zu seiner Subsistenz notwendigen Lebensmitteln. Ihr Wert ist vielmehr ausgedrückt in seinem Wert“ (a. a. O., S. 187). Damit wird unmißverständlich das Arbeitsvermögen als Äquivalent der zu seiner Reproduktion erforderlichen vergegenständlichten Arbeit betrachtet, womit die Idee nahegelegt ist, lebendiges und vergegenständlichtes Arbeitsvermögen als Erscheinungsweisen derselben Wertsubstanz zu denken.

2 Vgl. dazu H. Koziolk: Reproduktion und Nationaleinkommen. Berlin 1979. – W. Heinrichs: Aktuelle methodologische Fragen der marxistisch-leninistischen Reproduktionstheorie. In: Wirtschaftswissenschaft. Heft 2/1980. S. 129-144

in die Mathematik ansieht, stellt seine Klassikersicht so dar: „Die einfache ... Wertform ist bei Marx bekanntlich der unmittelbare Produktaustausch.“¹ Was sagt Marx? „Der unmittelbare Produktaustausch hat einerseits die Form des einfachen Wertausdrucks und hat sie andererseits noch nicht. ... Die Dinge ... sind hier nicht Waren vor dem Austausch, sondern werden es erst durch denselben. ... Der Warenaustausch beginnt, wo die Gemeinwesen enden, an den Punkten ihres Kontakts mit fremden Gemeinwesen oder Gliedern fremder Gemeinwesen.“² Davon also, daß die einfache Wertform der Produktaustausch ist, spricht Marx nicht, sondern davon, daß dieser Austausch jene Form *setzt*. Sie wird aufgehoben, d. h. verwirklicht, wenn die Austauschenden in der Tat für den Bedarf fremder Eigentümer produzieren, also Waren erzeugen. Sofern gelegentlicher Tausch von Überschüssen oder sonstiger Zufallshandel im Spiele ist, kann von der Existenz der einfachen Wertform keine Rede sein. Das ist deshalb der Fall, weil unter solchen Voraussetzungen überhaupt keine Kostenvergleiche realisierbar sind. Die Überschußprodukte werden hier für die Befriedigung von Bedürfnissen hingegeben, deren Zusammenhang mit der Produktion noch gar nicht erfaßt ist,

Schlußbemerkung

Es wird anerkannt werden, daß die vorgetragene Kritik meiner Auffassungen hier nur sehr partiell beantwortet werden konnte. So darf ich auf Verständnis dafür rechnen, daß manche sicher wichtigen Gesichtspunkte der Einwände nicht behandelt worden sind. Allerdings ist die Art und Weise der Kritik nicht selten so beschaffen, daß ich in den vorgestellten Deutungen meiner veröffentlichten Ansichten eben diese Ansichten nicht wiederzuerkennen vermag. Wenn mein Versuch zur Bestimmung des Konkreten im Unterschied zum Abstrakten im Rahmen der *subjektiven* Dialektik von Redlow umstandslos als Leugnung der *objektiven* Dialektik, meine Betonung des Arbeitsmittels als der gegenständlichen Realität subjektiver und objektiver Arbeitsbedingungen von Eichhorn I mit Vergnügen als Proklamation einer Emanationslehre der „Subjekt-Objekt-Identität“ präsentiert werden, so bleibt mir nur, das Talent zur Kenntnis zu nehmen, das sich in diesen Interpretationen vorstellt. Zu tun habe ich mit ihnen nichts. Die Frage nach der Wahrheit einer Auffassung wird nicht durch Verbalinjurien gegen ihren Träger, sondern durch die Untersuchung der fraglichen Sache entschieden.

1 A. Lemnitz: Wertform und Philosophie. A. a. O., S. 776

2 K. Marx: Das Kapital. Erster Band. A. a. O., S. 102

Zur Arbeitsauffassung in der päpstlichen Soziallehre: Die Enzyklika LABOREM EXCERCENS¹

Am 14. 9. 1981 veröffentlichte Johannes Paul II. sein Rundschreiben „Über die menschliche Arbeit“ unter dem Titel LABOREM EXCERCENS (im weiteren: LE), in dem es ihm um die Erfassung der Arbeit als „des entscheidenden Dreh- und Angelpunkts der gesamten sozialen Frage“² geht. Wenngleich Karol Wojtyła den 90. Jahrestag der Publikation von RERUM NOVARUM zum Anlaß für die Veröffentlichung nahm³, versteht er die neue Enzyklika nicht als reinen Ausdruck würdigenden Gedenkens, sondern als Präsentation des Programms, die Lösung der sozialen Frage im Sinne der katholischen Soziallehre zu bewerkstelligen. Diese Absicht hat Johannes Paul II. in seiner Ansprache vor den Teilnehmern der 5. Vollversammlung des Päpstlichen Rates für die Laien am 5. 10. 1981 in Castel Gandolfo deutlich ausgesprochen: „Für alle Fragen, die die Arbeit betreffen, erlaube ich mir, Sie auf meine jüngste Enzyklika *Laborem excercens* hinzuweisen ... Die Zeit ist dafür reif, daß das Evangelium in den verschiedenen Bereichen der Welt der Arbeit und in den Arbeiterbewegungen immer mehr Früchte trägt, während sich die Gemeinschaften aller Art, die sich mit der Organisation der Arbeit beschäftigen und auf den Materialismus und den ‚Ökonomismus‘ stützen, in einer Krise befinden und Heilsutopien, die die Wirkungsmöglichkeiten und alle Dimensionen der Menschlichkeit mißachten, illusorisch erscheinen.“⁴ Materialismus und „Ökonomismus“ sind also die Adressaten des Fehdehandschuhs, den LE präsentiert. Sehen wir zu, mit welchen Waffen das vorgesehene Turnier bestanden werden soll.

Zweifellos ist es richtig, die Arbeit als Kern der sozialen Frage aufzufassen, daher das Verständnis der Arbeit als den Schlüssel zur Lösung eben der sozialen Frage anzusehen – soweit solche Lösung Sache des Bewußtseins ist. Und gewiß kann die Arbeit unabhängig von den Besonderheiten ihrer unterscheidbaren geschichtlichen Entwicklungsphasen, den besonderen ökonomischen Formationen, bestimmt werden. Denn es ist ja „ganz sicher, daß die

1 Die Publikation der nachfolgenden Darstellung wurde 1983 von der Redaktion der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* auf Grund des Einspruchs mir nicht bekannter Gutachter abgelehnt, obwohl sich meine Institutsleitung für die Veröffentlichung ausgesprochen hatte. Da aber LABOREM EXCERCENS mit solchen ideologischen Rankünen nichts zu tun hat, vielmehr einen Grundbestand der modernen katholischen Soziallehre ausmacht, wage ich es unter veränderten Umständen, den nun leider etwas älteren Text dennoch dem öffentlichen Urteil anzubieten. Erstveröffentlichung in: INITIAL. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft 1(1990)6, S. 609–617 (Anmerkung des Verfassers)

2 *Laborem excercens* (Johannes Paul II. 1981), in: Sinn und Zukunft der Arbeit. Konsequenzen aus *Laborem excercens*. Hrsg. v. W. Klein u. W. Krämer, Mainz 1982.

3 Die genaue Termineinhaltung wurde durch den irrsinnigen Mordanschlag auf den Papst verhindert.

4 Vgl.: L'Osservatore Romano. Dt. Ausg. 11(1981)43. S. 4

menschliche Production in allen Formen gewisse gleichbleibende Gesetze oder *Verhältnisse*“ hat.¹ Dies Allgemeine muß man wissen, will man das historisch Besondere wirklich konkret verstehen. Indem LE den Versuch einer generellen Bestimmung der Arbeit bietet, ist diese Enzyklika vom Standpunkt des „Materialismus“ und „Ökonomismus“, insbesondere vom Standpunkt der Marxschen Theorie, die in charakteristischen Systemen von Produktionsverhältnissen die Grundlagen der verschiedenen Gesellschaftsordnungen erkennt, von hohem Interesse. Kein Zweifel: „... wenn ... sich ein solches Dokument ganz und gar mit dem Thema ‚Arbeit‘ befaßt, dann verdient es die erwartungsvolle und kritische Aufmerksamkeit der Arbeiterbewegung“.² Was also hat der Papst über Arbeit zu sagen?

Der päpstliche Begriff der Arbeit

Johannes Paul II. findet in der Arbeit „eines der Merkmale, die den Menschen von allen anderen Lebewesen unterscheidet. Was diese tun, um ihr Leben zu erhalten, verdient nicht als Arbeit bezeichnet zu werden. Zur Arbeit fähig ist einzig und allein der Mensch.“³ Die Verwirklichung dieser Fähigkeit, heißt es, „ist eine Wohltat für den Menschen – für sein Menschsein –, weil er durch die Arbeit nicht nur die Natur umwandelt und seinen Bedürfnissen anpaßt, sondern auch sich selbst als Mensch verwirklicht, ja gewissermaßen ‚mehr Mensch wird‘“.⁴ Die Arbeit gilt dem Papst als Erfüllung des irdischen Daseins des Menschen „mit sinnvollem Gehalt. Von daher empfängt und trägt die Arbeit das Merkmal des Menschen und der Menschlichkeit, genauer gesprochen der in der Personengemeinschaft wirkenden Einzelperson. Dieses Merkmal offenbart deren innerste Beschaffenheit und macht geradezu deren Wesen aus.“⁵

Mit diesen Feststellungen nähert sich die päpstliche Soziallehre der materialistischen und „ökonomistischen“ Sicht des Marxismus, in der vor 136 Jahren formuliert wurde: „Man kann die Menschen durch das Bewußtsein, durch die Religion, durch was man sonst will, von den Tieren unterscheiden. Sie selbst fangen an, sich von den Tieren zu unterscheiden, sobald sie anfangen, ihre Lebensmittel zu *produzieren*, ...“⁶ Die Produktion der Mittel des

1 K. Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861-1863). Teil 6, in: Marx/Engels: Gesamtausgabe (MEGA²) II/3.6. Berlin 1982. S. 2269. Marx führt diesen Gedanken so fort: „Dieß Identische ist durchaus einfach und kann in sehr wenigen Gemeinplätzen zusammengefaßt werden“ (a. a. O.). Man muß allerdings bemerken, daß die Bestimmtheit dieser „wenigen Gemeinplätze“ wesentlich vom Standpunkt des sie Formulierenden abhängt, womit sie selbst aufhören, wirklich Gemeinplätze i. e. S. zu sein, und sich vielmehr als quasi axiomatische Fassungen heterogener Arbeitsauffassungen zeigen. LE liefert dafür ein instruktives Beispiel.

2 W. D. Gudopp: Widersprüche im Vatikan – Der Papst über die Arbeit, in: Marxistische Blätter, Heft 1/1982, Frankfurt a. M. S. 65

3 LE, a. a. O., S. 559-560

4 Ebenda. S. 581

5 Ebenda, S. 560

6 K. Marx und F. Engels: Die deutsche Ideologie, in: Marx/Engels, Werke (MEW), Bd. 3, Berlin 1959, S. 21

Lebens ist die Arbeit. Indem die Menschen arbeiten, „produzieren sie indirekt ihr materielles Leben selbst“, äußern sie ihr Leben auf bestimmte Weise, und wie „die Individuen ihr Leben äußern, so sind sie. Was sie sind, fällt also zusammen mit ihrer Produktion, ...“¹ So ist die Arbeit als Wesen des Menschen ausgesprochen, das sich zugleich in zeitlicher Bestimmtheit als „das ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“² darstellt. Diese Verhältnisse sind nur durch das Verhalten ihrer Träger wirklich, und eben das ist die Arbeit.

Für den Papst allerdings ist das Arbeitsvermögen *zwar* ausschließlich menschliches Merkmal, die wirkliche Arbeit sogar Realisation von „mehr Menschsein“, aber das menschliche Wesen besteht ihm in der Personalität bzw. Persönlichkeit. Person ist ihm der Mensch „als Abbild Gottes ..., das heißt ein subjekthaftes Wesen, das imstande ist, auf geordnete und überlegte Weise zu handeln, fähig, über sich zu entscheiden, und auf Selbstverwirklichung ausgerichtet. Als Person ist der Mensch daher Subjekt der Arbeit.“³ In diesem Sinne wird die Arbeit nicht als Selbsterzeugung der menschlichen Gattung verstanden, sondern als Bewährung der Persönlichkeit der Menschen, die an sich gegeben ist. Durch die so verstandene Arbeit *wird* nicht der Mensch, sondern er, der dies immer schon ist, wird mehr Mensch.

Fragen wir nach der reellen Basis dieser Sicht des Arbeitssubjekts, müssen wir feststellen, daß sie geschichtlich tatsächlich erst durch die kapitalistische Produktionsweise gegeben ist. Nur in ihr tritt ökonomisch wesentlich die *Person*, der individuelle, einzelne Mensch, als Subjekt der Arbeit auf, nicht etwa, weil sie arbeitet, sondern weil sie vermittelt des persönlichen Privateigentums an den sachlichen Produktionsbedingungen einerseits und des privaten Arbeitsvertrags andererseits über *alle* für eine bestimmte Produktion erforderlichen Arbeitsbedingungen verfügt. Vorkapitalistische Produktionsweisen kennen die von Johannes Paul II. gemeinte Person im allgemeinen nicht als Arbeitssubjekt.⁴ Für sie ist vielmehr charakteristisch, daß Gemeinschaften (Familien, Stämme, Völker) als Gemeineigentümer vor allem des Landes auch die Subjekte der Arbeit sind. Die Souveränität der Person in der Arbeit wird gerade in der Aufhebung dieser originären Gemeinschaften durchgesetzt – und zwar vor allem dadurch, daß Individuen die unmittelbare Teilnehmerschaft am Weltmarkt realisieren. Indem der Papst die

1 Ebenda

2 K. Marx: Thesen über Feuerbach; in: MEW, Bd. 3, a. a. O., S. 6

3 LE, a. a. O., S. 571

4 In diesem Zusammenhang sollte notiert werden, was M. Villey gegen Hegels Rezeption des römischen Rechts ins Feld führt: „Im römischen Recht gibt es keine strenge Unterscheidung zwischen Personen und Sachen; deren radikaler *Gegensatz* wird erst vom deutschen Idealismus – insbesondere von dem Fichtes und Hegels – formuliert.“ (In: Das römische Recht in Hegels Rechtsphilosophie; in: Materialien zu Hegels Rechtsphilosophie, hrsg. v. M Riedel, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1975, S. 150, Anm.71.) An anderer Stelle sagt Villey: „... im römischen Recht gibt es ... nicht den Begriff ‚die Person‘, sondern ‚die Personen‘ im Plural, die die Vielzahl der in der juristischen Szenerie eingenommenen Rollen sind und die Tätigkeit bedingen, die jeder hier ausübt. Obwohl der *Sklave* kein ... subjektives Recht besaß, führen die Institutionen des Gaius (I. 52 ff.) den Sklaven unter den Personen auf, denn er spielt auf dem Forum und im Handel eine Rolle.“ (A. a. O., S.142.)

Person der Arbeit unterstellt¹, setzt er die in der Geschichte der Arbeit doch erst verwirklichte Negation des ursprünglichen Gemeineigentums, die durch sie hervorgebrachte Emanzipation der Person als an sich bestehende Grundbestimmung der Arbeit voraus. Er indiziert den kapitalistischen Privateigner in der moralischen Abstraktion der Person als Arbeitssubjekt an sich, faßt daher die Arbeit als persönliches Tun und suggeriert sich die kapitalistische Form der Arbeit als deren allgemeine.

Angesichts dieser Feststellung mag der Kenner von LE darauf verweisen, daß der Papst vehement dagegen opponiert, „die Arbeit wie eine Art von ‚Ware sui generis‘ zu behandeln oder wie eine anonyme, für die Produktion erforderliche ‚Kraft‘ (man spricht geradezu von der ‚Arbeits-Kraft‘)“.² Da das Auftreten der Arbeit als Ware vom Papst angegriffen wird, wie kann man da behaupten, Johannes Paul II. unterstelle die kapitalistische für die menschliche Produktionsweise überhaupt? Tatsächlich hält der Papst die Diagnose der Ökonomen, daß die Arbeit in der „Verkehrswirtschaft“ als eine Ware wie jede andere auftrete, für das Resultat der geistigen Verirrung der „verschiedenen materialistischen und ökonomistischen Strömungen ... besonders in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts“.³ Solche Verirrung leuchtet ihm unter der Bedingung ein, „Kapital“ als Bezeichnung „der gesamten Arbeitsgeräte und der Mittel, welche die Produktion ermöglichen“⁴, zu verstehen. Damit ist für ihn klar, „daß die Arbeit und das ... Kapital ... einander wechselseitig durchdringen und unlöslich aufeinander angewiesen sind ... Von alledem, was im Produktionsprozeß eine Summe von ‚Sachen‘ darstellt, von den Werkzeugen und vom Kapital überhaupt, können wir nur sagen, daß es die Arbeit des Menschen ‚bedingt‘, nicht aber, daß es sozusagen ein anonymes ‚Subjekt‘ sei, das den Menschen und dessen Arbeit seiner Herrschaft unterwirft.“⁵

Aber ist es denn wahr, daß die sachlichen Produktionsbedingungen an sich Kapital sind? Tatsache ist, daß der Terminus *Kapital* im 13. Jahrhundert auftritt – und zwar im Zusammenhang mit der Bildung von *Handelsgesellschaften* so, daß einer der Gesellschafter Geld vorschießt, während der andere die wirkliche Transportarbeit übernimmt, um auf das vorgeschossene Geld als investierte Produktionskost einen Profit zu erzielen, der sich vom Zins deutlich unterscheidet. In diesem Sinne ist ohne persönliche Investition von *Geld* von Kapitalbildung gar nicht zu reden. Diesen ökonomischen Zusammenhang ignoriert Johannes Paul II. vollständig. Er gesteht zu, daß hinter den Begriffen der Arbeit und des Kapitals „lebende konkrete Menschen“ stehen; „auf der einen Seite diejenigen, die die Arbeit tun, ohne Eigentümer der Produktions-

1 Als Gemeinschaften treten in LE die Familie, die Nation und die „ganze Menschheitsfamilie“ auf. Aber nicht die Familie arbeitet, sondern sie gilt hier als „durch die Arbeit ermöglichte Gemeinschaft“. Ebenso wird die Nation nur als „historische und soziale Inkarnation der Arbeit aller bisherigen Generationen“ gedeutet, nicht als Arbeitssubjekt. (Vgl. LE, a. a. O., S. 582-583.)

2 LE, a. a. O., S. 574-575

3 Ebenda, S. 574

4 Ebenda

5 Ebenda, S. 591

mittel zu sein; auf der anderen Seite jene, die sich als Unternehmer betätigen und entweder selbst Eigentümer dieser Mittel sind oder in deren Vollmacht handeln“.¹ Aber diese Bestimmung trifft den Kapitalbildungsprozeß nicht, sondern gilt für jede Ausbeutung oder Verfassung abhängiger Arbeit. Beschäftigt z. B. ein Landeigner einen Tagelöhner, so haben wir auch den Gegensatz des eigentumslosen Arbeiters zum nichtarbeitenden Eigentümer, ohne aber ein Kapitalverhältnis empirisch vor uns zu haben.

Die Kapitalbildung besteht exakt darin, daß ein Unternehmer eigenes oder über Privatkredit vermitteltes fremdes Geld in objektive und subjektive Produktionsbedingungen umsetzt, um mittels der so konstituierten Verfügung über alle erforderlichen Produktionsbedingungen auf eigne Rechnung Profit zu erwirtschaften. Dieser Profit ist die Konfirmation der gelungenen Kapitalbildung und das Kapital selbst die Schuld des Unternehmers gegen sich, d. h. ein negativer Wert, der ganz richtig in seiner Buchhaltung unter dem Titel *Debet* figuriert. Ist das Kapital gebildet, steht ihm die Arbeit nicht mehr gegenüber, sondern ist ihm subsumiert als Schuldendienst des Arbeiters für vorgeschossenen Lohn (variables Kapital im Marxschen Sinne). Das bedeutet insbesondere; daß bei dieser Art der Verknüpfung der Produktionsbedingungen erstens der Kapitalbildner das tatsächliche Subjekt der konkreten Arbeit ist, zweitens der eigentumslose Arbeiter nur im Augenblick der *Verhandlung* über den zu schließenden Arbeitsvertrag als *Person* auftritt, in der folgenden konkreten Arbeit jedoch als Untertan des Eigners der Produktionsbedingungen fungiert. Als solcher Untertan entscheidet er weder über die Natur der Investition noch über die Realisierung der erzeugten Produkte. Er ist somit von der Bildung ökonomischer Kompetenz ausgeschlossen, seine Persönlichkeit bleibt auf die Mitbestimmung der Lohngröße reduziert.

Diese ökonomische Sachlage in der Kapitalbildung wird für die erkennende Wahrnehmung ausgeblendet, wenn der Kapitaleigner allein als Eigentümer der sachlichen Produktionsbedingungen, der Arbeiter als Besitzer des Arbeitsvermögens vorgestellt wird, wenn also die ökonomische Lage vor dem Abschluß des Arbeitsvertrags, vor dem Beginn der wirklichen Produktion als die das Kapitalverhältnis überhaupt charakterisierende Situation angenommen wird. Solche Annahme suggeriert den *Schein* einer „Partnerschaft“ von „Kapital“ und „Arbeit“, die in Wahrheit allein in der Zirkulationssphäre und in dieser nur für jene Arbeiter besteht, für deren Arbeitsvermögen effektive Nachfrage vorliegt (die Arbeitslosen kommen erst gar nicht zur Bewährung ihrer Persönlichkeit in der Lohnverhandlung).

Indem der Papst die Natur der Kapitalbildung nicht thematisiert und ebenso wenig die Realisierung der Produktion, d. h. den Absatz der erzeugten Produkte, gilt ihm notwendig als „Dreh- und Angelpunkt der Sozialethik ... die Frage nach dem gerechten Lohn für die geleistete Arbeit“, und er sagt: „In jedem System, unabhängig von den ihm zugrundeliegenden Beziehungen

1 Ebenda, S. 594

zwischen Kapital und Arbeit, bleibt die Bezahlung, das heißt der Lohn für die geleistete Arbeit, der konkrete Weg, auf dem die meisten Menschen zu jenen Gütern gelangen, die zur gemeinsamen Nutzung bestimmt sind, ... Zugang zu diesen Gütern eröffnet sich für den Arbeitnehmer durch den Lohn, den er als Entgelt für seine Arbeit erhält.¹ Mit dieser Sicht des „gerechten Lohns“ und der päpstlichen Annahme, daß der „Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital ... seinen Ursprung nicht in der Struktur des Produktionsprozesses selbst“ habe², ist das Mißliche verbunden, den Terminus *Lohn* in mehrfacher Bedeutung zu präsentieren: Lohn als Entgelt für selbständige Arbeit, die über den Markt realisiert wird, stellt ein anderes Einkommen dar als Lohn für unselbständige Arbeit, wie sie im Kapitalverhältnis unterstellt ist. Der „gerechte Lohn“ bei *eigener* Vermarktung des Arbeitsresultats durch den Arbeiter kann gar nichts anderes als der Erlös sein. Der Lohn aber unter Voraussetzung, daß sich der Arbeiter *verdingt*, fällt eben mit diesem Erlös genau nicht zusammen, sondern ist ein Teil der Produktionskosten des Kapitalbildners.

Demnach ist gegen LE grundsätzlich einzuwenden: Man kann nicht das „*private Eigentumsrecht*“, wenn auch mit der moralischen Einschränkung, „dem Recht auf die *gemeine Nutzung*, der Bestimmung der Güter für alle untergeordnete“³ zu sein, anerkennen, zugleich aber die Behandlung des Arbeitsvermögens als Gegenstand des Verdingens oder Vermietens, d. i. das Auftreten der Arbeit als „Ware“, für eine Verirrung des materialistischen „Ökonomismus“⁴ halten. Das private Eigentumsrecht ist ökonomisch ohne das Dingen von Arbeitern unmöglich zu realisieren. Somit ist dieses Recht ohne „die Arbeit als eine Art ‚Ware‘, die der Arbeitnehmer ... dem Arbeitgeber verkauft, der gleichzeitig der Besitzer des Kapitals ist“⁵, nicht zu haben. Mit anderen Worten: LE enthält die in der Wirklichkeit ausschließende Alternative zwischen Kapitalbildung und selbständiger Arbeit (und nur in dieser ist der Arbeiter wirklich Subjekt der Arbeit) als vorgestellte wechselseitige Bedingtheit und gewinnt dadurch ein Janusantlitz: Der Kapitalist, der Nutzung fremden Arbeitsvermögens erlangen muß, erhält durch die Enzyklika die Bestätigung der moralischen Rechtmäßigkeit des Privateigentums; der Arbeiter, der die ökonomische Selbständigkeit erreichen will, erhält ebensosehr die Bestätigung, daß sein Wollen rechtens sei. Auf diese Weise stellt die päpstliche Soziallehre den Einklang mit den Interessen der beiden Hauptklassen der heutigen Gesellschaft her, so weist sie den Weg zur Lösung der sozialen Frage. Aus dem rauen Entweder-Oder macht sie ein christliches Sowohl-als-auch.

1 Ebenda, S. 607

2 Ebenda, S. 590

3 Ebenda, S. 594

4 Ebenda, S. 574

5 Ebenda, S. 574. Johannes Paul II. verweist auf Thomas von Aquin, für den das Privateigentum akzeptabel ist, weil es „die volle Achtung“ der „personalen Werte“ ermöglicht ebd. S. 698. Aber Thomas hat nicht das *kapitalistische* Privateigentum im Visier, sondern dasjenige, das sich in der Auflösung der feudalen Struktur in der Einheit mit der Privatarbeit zeigt, dasjenige also, das der Eigentümer auch *als Person* verarbeiten kann. Das kapitalistische Privateigentum beginnt da, wo der Eigentümer *fremde* Arbeit beschäftigt, um *sein* Eigentum zu realisieren.

Es sei nicht verkannt, daß LE gegen RERUM NOVARUM einen bemerkenswerten Fortschritt in Richtung auf die Anerkennung der Arbeiterinteressen bedeutet. Für Leo XIII. noch hat die „Gesamtheit der Menschen ... mit tiefer Einsicht in die Menschennatur im Gesetz der Natur selbst die Grundlage der Güterteilung festgestellt und durch die Praxis aller Zeiten dem Sondereigentum die höhere Anerkennung gegeben“¹. Johannes Paul II. aber stellt fest: „Die der Arbeit grundsätzlich geschuldete Achtung gebietet“, das ausschließliche Recht des Privateigentums an den Produktionsmitteln „einer konstruktiven – theoretischen und praktischen – Revision zu unterziehen, ...“, ja er proklamiert: „... im Hinblick auf die menschliche Arbeit und den gemeinsamen Zugang zu den Gütern, die dem Menschen zugeordnet sind, ist unter den entsprechenden Bedingungen auch die Überführung von Produktionsmitteln in Gemeineigentum nicht auszuschließen.“² Noch Pius XI., der das Sondereigentum als Einrichtung nach „Gottes Willen“ betrachtet, erklärt den eigentumslosen Arbeitern: „Soweit ... jemand nicht gerade sein Eigentum bearbeitet, müssen der Produktionsfaktor Arbeit des einen und die sachlichen Produktionsmittel des andern eine Verbindung eingehen, da kein Teil ohne den andern etwas ausrichten kann.“³ Aber Johannes Paul II. erklärt es „als Irrtum des „Ökonomismus“ und „auch als einen Irrtum des Materialismus“, Arbeit und Kapital derart zu traktieren, „als ob es sich um zwei anonyme Kräfte handle, um zwei in ökonomistischer Betrachtungsweise auf die gleiche Ebene gestellte Produktionsfaktoren“.⁴

Es ist mit Aufmerksamkeit zu vermerken, wenn der Papst seinem Vorgänger im Amt den „Produktionsfaktor Arbeit“, Ausdruck ökonomistischen und materialistischen Irrtums auf dem päpstlichen Stuhl, nicht mehr durchgehen läßt, und wenn er schließlich den „alles beherrschenden Grundsatz ... wiederholt: die Rangordnung der Werte und das vertiefte Verständnis der Arbeit fordern, daß das Kapital der Arbeit diene und nicht die Arbeit dem Kapital“⁵. Da „Kapital“ in päpstlicher Sicht „eine Frucht der Arbeit“⁶, die vergegenständlichte, vergangene Arbeit meint, so liegt es nahe, diesen „alles beherrschenden Grundsatz“ auch als Erklärung der Widerchristlichkeit des Kapitalismus aufzufassen, die ja eben das „Verhältniß der Herrschaft der vergangenen Arbeit zu lebendigen Arbeit“⁷ ist. Diese antikapitalistische Potenz von LE wird zur wirklich antikapitalistischen Energie, sobald klar wird, daß die objektiven Arbeitsbedingungen *im Dienste der lebendigen Arbeit*, d. h. im Sinne der Verwirklichung der Forderung Karol Wojtylas, unter gar keinen Umständen

1 Leo XIII.: Über die Arbeiterfrage (Rerum novarum), in: P. Jostock: Die sozialen Rundschreiben. 2. Aufl., Freiburg 1958. S. 19-20

2 LE, a. a. O., S. 595

3 Pius XI.: Über die gesellschaftliche Ordnung (Quadragesimo anno), in: P. Jostock: Die sozialen Rundschreiben. a. a. O., S. 117

4 LE, a. a. O., S. 571

5 Ebenda, S. 618

6 Ebenda, S. 589

7 K. Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861-1863). Teil 1. In: MEGA² II/3.1. Berlin 1976. S. 172

mehr Kapital darstellen, sobald also eingesehen wird, daß die *Dienstbarkeit* des Kapitals gegenüber der Arbeit eine absurde Vorstellung ist. Angesichts der revolutionären Prozesse in unserer Zeit, auch angesichts des im Dienste der katholischen Kirche eingesetzten Verstands darf man diese Einsicht nicht für ausgeschlossen halten. Bis dahin aber bleibt festzustellen, daß der päpstliche Arbeitsbegriff eine wesentlich inkonsistente Bestimmung ist, die auf dem Bedürfnis basiert, das Unversöhnliche zu versöhnen, das *Privateigentum* an den sachlichen Arbeitsbedingungen mit dem Ausschluß des „Waren“charakters der persönlichen Arbeitsfähigkeit.

Der christlich religiöse Hintergrund

Die oben notierte Annäherung an die erstmals von der marxistischen Philosophie ausgesprochene Bedeutung der Arbeit für die Existenz der Menschlichkeit hat in der päpstlichen Soziallehre verständlicherweise ihre unüberschreitbare Grenze im religiösen Dogma von der göttlichen Schöpfung. Nach ihm kann a priori der Mensch nicht Schöpfer *seiner selbst* sein, die Arbeit daher nicht die Bedeutung der *Selbsterzeugung* der menschlichen Gattung haben. Denn so wäre der Mensch nicht als Abbild Gottes, sondern umgekehrt Gott als Abbild der menschlichen Gattung gefaßt – wie von Feuerbach erklärt. Die theoretische Konsequenz der Voraussetzung des Dogmas der göttlichen Schöpfung ist aber mit Bezug auf die Arbeitsauffassung, daß der Mensch notwendig als Auftragnehmer Gottes arbeiten muß. „Abbild Gottes ist der Mensch unter anderem deshalb, weil er von seinem Schöpfer den Auftrag empfangen hat, sich die Erde zu unterwerfen und sie zu beherrschen. Indem er diesen Auftrag erfüllt, spiegelt der Mensch und jeder Mensch das Wirken des Weltschöpfers selbst wider.“¹ Somit gilt die Arbeit als Reflexion, als Widerspiegelung göttlichen Wirkens, das wesentlich Ausbildung eines *Herrschaftsverhältnisses* ist: „Die Arbeit – als ‚transitive‘ Tätigkeit verstanden, das heißt als ein Wirken, das vom Menschen als Subjekt ausgeht und auf ein äußeres Objekt gerichtet ist – setzt eine spezifische Herrschaft des Menschen über die Erde voraus und bestätigt und entwickelt ihrerseits diese Herrschaft.“² Eben weil das religiöse Schöpfungsdogma die Arbeit nicht als menschliche Selbstbestimmung fassen kann – und dies ist sie als Verarbeitung des vorausgesetzten Eigentums –, muß die katholische Soziallehre an die Stelle des Eigentums (das originär stets Gemeineigentum ist) die *Herrschaftsbeziehung* als das der Arbeit vorauszusetzende Grundverhältnis setzen. Statt mit der Aufhebung seines objektiven Eigentums seine subjektive Eigenart geschichtlich zu bilden, steht der Mensch nach dieser Sicht vor der Aufgabe, die Erde, im „weiteren Sinn ... jedoch die ganze sichtbare Welt“³ untertan, sich also zu ihrem Herrn zu machen, um so Gott den Herrn weltlich adäquat abzubilden.

1 LE, a. a. O., S. 567

2 Ebenda

3 Ebenda

Muß man nicht zugestehen, unter dem Terminus „Herrschaft des Menschen über die Erde“ nur eine metaphorische Umschreibung des Umstands sehen zu können, daß es den Menschen in der Arbeit gelingt, ihre natürlichen Existenzbedingungen bearbeitbar zu erhalten, was doch a priori gar nicht feststeht? „Schmeicheln wir uns ... nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen ... Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht – sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn, und daß unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, ... ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.“¹ Wenn die theoretische Antizipation der Folgen möglichen praktischen Handelns als Mittel zur Orientierung unserer wirklichen Praxis eingesetzt „Herrschaft über die sichtbare Welt“ heißt, dann sind es jene unvorhersehbaren Folgen dieser Praxis, die Herrschaft so relativieren, daß sie sich in Wahrheit als Wechselwirkung und Kommunikation mit der Natur außer uns ausweist. Sicher hat der Herr *Macht* über das Beherrschte. Aber um seine Herrschaft zu erhalten, muß er sie einsetzen. Und da entsteht die peinliche Frage: Was *macht* er mit der Macht? Und die wirkliche Antwort, die die Macht zu eskamotieren vermag, wird in den Folgen dieses Machens gegeben, die in der Reaktion der „sichtbaren Welt“ erscheinen. Nur Gott kann – freilich in der christlichen Imagination – kontinuierlich und risikolos herrschen.

Herrschaft im echten Sinn ist tatsächlich ein rein *soziales* Verhältnis: Der Herr bezieht sich auf den Knecht und dieser auf jenen, und beide können dies nur vermittelt der Sprache und des Arbeitsvermögens, das der Knecht dem Herrn schuldet und der Herr als Gegenstand seiner, nicht des Knechts Entscheidung in Untertänigkeit hält. Aber Tiere, Pflanzen, die Naturbedingungen der Arbeit überhaupt können keine Knechte sein, folglich die Menschen nicht „Herren der Natur“. Der Grund dafür ist einfach und muß sicher vom Autor der Enzyklika, der die Logik gewiß als göttliches Licht der Vernunft ansieht, akzeptiert werden: Tiere, Pflanzen, die Naturbedingungen überhaupt besitzen kein Arbeitsvermögen, weil, was „diese tun, um ihr Leben zu erhalten ... nicht als Arbeit bezeichnet zu werden“ verdient. Gehen die Naturbedingungen in den Arbeitsprozeß ein, werden sie deshalb nicht zu Arbeitern – wie sich die liberalistische Produktionsfaktorenlehre stets suggeriert, um die „Gerechtigkeit“ der Einkommensverteilung im Kapitalismus zu „beweisen“. Und nur Arbeiter können Herren haben, weil diese nur Herren sind, sofern sie als Eigentümer der sachlichen Arbeitsbedingungen auch die Aneigner der persönlichen sind, seien diese nun durch Sklaven, Hörige, Leibeigene oder Lohnarbeiter gegeben. Eine Herrschaft, die nicht *Kommando über fremde Arbeit* ist bzw. aus diesem resul-

1 F. Engels: Dialektik der Natur, in: MEW, Bd. 20, Berlin 1962. S. 452-453

tiert, kann nie etwas anderes als ein eingebildetes Verhältnis sein, ein Verhältnis also, das jenes raue Kommando in der verklärenden Imagination sanft reflektiert. Herrschaft ist die *politische* Konsequenz der ökonomischen Ausbildung des Sonder- oder Privateigentums, setzt daher das Eigentum voraus. Demzufolge muß eine Arbeitsauffassung, die den Zusammenhang von Eigentum und Herrschaft genau verkehrt, als Wiedergabe nicht der allgemeinen Bestimmtheit der Arbeit, sondern einer ihrer besonderen Entwicklungsphasen gelten.

Man kann wohl zugeben, daß die Arbeitsschuld des Knechts gegenüber dem Herrn gewissen historischen Entwicklungen die ziemlich „natürliche“ Folge der Arbeitsschuld der Lebenden gegenüber den vergangenen und kommenden Generationen, d. i. der *Gattung* gegenüber, ist. So schuldet der Knecht dem Herrn Arbeit, weil dieser Usurpator des Gattungsvermögens ist, zunächst des unmittelbaren Mehrprodukts¹, dann des produktiv konsumierten, d. h. vorkapitalistisch vor allem des kultivierten Bodens. Dadurch macht sich der Herr selbst und wird Kommandeur der lebendigen Arbeit zum Zwecke künftiger Vergegenständlichung in seinem Interesse. „Mehrarbeit ist Arbeit des Arbeiters ... über die Grenzen seiner Bedürftigkeit hinaus, Arbeit in der That für die Gesellschaft ... Diese Mehrarbeit ist die Basis der freien Zeit der Gesellschaft einerseits, andererseits damit die materielle Basis ihrer ganzen Entwicklung und der Cultur überhaupt.“² Indem die Arbeitsschuld des Knechts gegenüber dem Herrn in die objektiv zivilisatorische Funktion der Herrschaft mündet, handelt es sich also mit der Betonung des sekundären Charakters der Herrschaft relativ zum Eigentum keineswegs darum, ersteres anarchistisch zu denunzieren. Die gegenwärtigen ökonomischen Probleme in der Entfaltung der Wirtschaft unter Voraussetzung der antikolonialistischen Emanzipation, den Rückfall in die Subsistenzwirtschaft zu verhindern, machen zur Genüge deutlich, daß solche Denunziationen perspektivlos sind. Nichtsdestoweniger bleibt es sozialtheoretisch richtig, die Herrschaft als Folge der Auflösung des originären Eigentums, d. i. des Gemeineigentums, aufzufassen. Arbeit ist damit primär nicht Herrschafts-, sondern Eigentumsbestätigung und -entwicklung, *Eigentumsaufhebung* im Hegelschen Sinne.

In diesem Zusammenhang ist es interessant zu notieren, daß in der theologischen Debatte die päpstliche Vorstellung von der Arbeit als Herrschaftsbestätigung und -entwicklung mit Blick auf die Bibelexegese als sehr problematisch gesehen wird. So fragt J. Ebach, ob „wichtige Aspekte der biblischen Texte selbst vernachlässigt und die biblischen Aussagen damit um wesentli-

1 In seiner historischen Untersuchung über den sakralen Ursprung des Geldes, hat B. Laum diese Entwicklung nachgezeichnet – freilich unter der ideologischen Voraussetzung, daß Ökonomie und Religion miteinander nichts zu tun hätten. Man hat sich indes nur klarzumachen, daß das religiöse *Opfer* kultische Verwendung des ökonomischen *Mehrprodukts* ist und vermag einzusehen, wie die Einrichtung der Hierarchie auf die Disziplinierung der Mehrarbeit wirkt. Vgl.: B. Laum: Heiliges Geld. Tübingen 1924

2 K. Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861-1863). Teil I. A. a. O., S. 173

che Dimensionen verkürzt wurden“.¹ Und er kommt in seiner eignen Deutung zum Ergebnis: „Mensch und Natur sind in der Sprache der Paradieserzählung nicht Subjekt und Objekt, sondern ein Stück weit Partner.“² Die Arbeit im Paradies ist, so Ebach, als Bebauen und Bewahren vorgestellt; damit „ist die Denk- und Erfahrungswelt von Gen 1 in der Aneignung der Enzyklika dort verlassen, wo die Herrschaft des Menschen über die Natur als eine ‚transitive‘ Tätigkeit erscheint ... Gen 1,28 wird gelesen als Vorschein auf die neuzeitliche Rationalität“.³ Indem die „neuzeitliche Rationalität“ ökonomisch natürlich das Verhältnis des erzielten Profits zum eingesetzten Kapital ist, wird in der theologischen Rezeption von LE selbst zum Ausdruck gebracht, daß Johannes Paul II. nicht die allgemeine Bestimmung der Arbeit, sondern die, die sie im kapitalistischen Produktionsverhältnis hat, fixiert. Nur darin ist sie Privatarbeit, Arbeit, die ein Herrschaftsverhältnis bestätigt und entwickelt und deren Subjekt, wie es Karol Wojtyła zu sein scheint, die Einzelperson, wie es aber wirklich erscheint, vielmehr der individuelle oder kollektive Kapitalist als juristische Person ist. Weil er im Produktionsprozeß Eigentümer aller Arbeitsbedingungen ist, der objektiven wie der subjektiven, gehört ihm die Arbeit, ist er ihr ökonomisches Subjekt. Die Arbeitsbedingungen sind darin nicht dem Arbeiter unterstellt, „sondern er ihnen subsumiert ... Und dadurch sind sie Capital. Capital *employs* labour. Sie sind nicht Mittel für ihn, ... Sondern er ist ein Mittel für sie ... Schon dieß Verhältniß in seiner Einfachheit ist eine Verkehrung, Personifizierung der Sache und Versachlichung der Person, denn das unterscheidet diese Form von allen frühern, daß der Capitalist nicht in irgend einer persönlichen Eigenschaft den Arbeiter beherrscht, sondern daß dieß nur, so weit er ‚Capital‘ ist; seine Herrschaft ist nur die der vergegenständlichten Arbeit über die lebendige; des Products des Arbeiters über den Arbeiter selbst.“⁴ Johannes Paul II. unterstellt diese Arbeitsform als Normaldasein der Arbeit und protestiert – mit Recht – gegen die Versachlichung der Person: „Maßstab für jedwede Arbeit ist die Würde ihres Subjekts, das ist der Person des Menschen, der sie verrichtet.“⁵

Dieser Protest gegen die Natur der kapitalistischen Produktionsweise auf dem Standpunkt derselben geht mit einer wahrhaften Umwälzung in der Religionsauffassung überhaupt einher, die bereits vom II. Vatikanischen Konzil formuliert worden ist: „... Männer und Frauen, die, etwa beim Erwerb des Lebensunterhalts für sich und ihre Familie, ihre Tätigkeit so ausüben, daß sie ein entsprechender Dienst für die Gemeinschaft ist, dürfen überzeugt sein, daß sie durch ihre Arbeit das Werk des Schöpfers weiterentwickeln ...“⁶ Die

1 J. Ebach: „Damit er ihn bebaue *und* bewahre“. Die Aufnahme biblischer Texte zur Arbeit in *Laborem exercens*. In: Sinn und Zukunft der Arbeit, a. a. O., S. 37

2 Ebenda S. 42

3 Ebenda, S. 38

4 K. Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861-1963). Teil 6. A. a. O., S. 2167

5 LE, a. a. O., S. 573

6 Die pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute „*Gaudium et spes*“, in: Kleines Konzilskompendium, Hrsg. v. K. Rahner u. H. Vorgrimler, Freiburg 1966, S. 480-481

Arbeit als Weiterentwicklung der göttlichen Schöpfung zu denken, ist unstreitig die härteste Zumutung für eine Vorstellung, in der sonst den im irdischen Jammertal Anwesenden verkündigt wurde: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt.“ Nun also soll diese Welt in der Arbeit so gestaltet werden, daß sie als Fortsetzung eben Seines Reiches erkennbar wird. In den Worten des Papstes: „Zu den zentralen Wahrheiten der göttlichen Offenbarung gehört unbedingt diese, daß der Mensch, als Abbild Gottes erschaffen, durch seine Arbeit am Werk des Schöpfers teilnimmt und es im gewissen Sinne im Rahmen seiner menschlichen Möglichkeiten weiterführt und vollendet ...“¹ Der Mensch als *Vollender* des göttlichen Werks, das damit natürlich als unvollendet ausgesprochen wird, ist er in diesem Tun tatsächlich noch Knecht Gottes, Nachahmer seines göttlichen Schöpfers? Zeigt nicht die Vollendung einer Sache erst, was sie in Wirklichkeit und in Wahrheit ist? Ist der Vollender nicht der tatsächliche Träger des Maßes für das Werk, das sein Anfänger nur an sich, nicht aber an und für sich hat?

Wir sehen: Indem die katholische Soziallehre die Grundlagenbedeutung der Arbeit für die Herausbildung der Humanität proklamiert, läßt sie sich das Problem auf, die Beziehung des göttlichen Anfängers zum menschlichen Vollender neu zu klären, geht sie mithin ein ideologisches Risiko ein, dessen Bewältigung vom Standpunkt des marxistischen Humanismus mit Interesse abgewartet werden kann. Soviel jedenfalls kann festgestellt werden, daß die Auffassung der Arbeit als Realisation der Person – und es ist doch, nach des Dichters Worten, die Persönlichkeit „höchstes Glück der Erdenkinder“ – die antikapitalistische Potenz von LE ausmacht und eine sehr viel irdischere Sicht ist als jene, die uns zumutet, die „wahre“ Menschlichkeit jenseits der Arbeit und des „irdischen Jammertals“ zu wähen. Wird die Person nicht mehr als moralische Abstraktion des Sondereigentümers gefaßt, sondern als gesellschaftliches Individuum, mag die Situation eintreten, daß sich die „Spiritualität der Arbeit“² als die kulturbildende Natur der freien Arbeit erweist. Dies wird, so steht zu vermuten, in dem Maße geschehen, in dem es gelingt, „daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, ... ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden“³. Wenn die katholische Kirche LABOREM EXERCENS als Programmschrift deutet, dies Ziel anvisiert, so wird sie die Bundesgenossenschaft des marxistischen Humanismus nicht vermissen – und dabei doch gewiß nicht erwarten, daß dieser die „Spiritualität der Arbeit“ für den Ausdruck vollendeter Humanität hält. Man kann sich ja sehr wohl gemeinsam an die Vollendung der Schöpfung machen, ohne über die Frage nach dem Schöpfer zur Freude jener, denen die Fortdauer der Subsumtion der Person unter die Sache das private Einkommen sichert, einander in die Haare zu geraten.

1 LE, a. a. O., S. 620

2 Unter diesem Terminus diskutiert Johannes Paul II. die Frage, wie die Arbeit katholisch als Religionsvollzug zu verstehen wäre; vgl. LE, S. 618–628.

3 K. Marx: Das Kapital. Dritter Band, in: MEW. Bd. 25, Berlin 1973, S. 828

Über die Produktivkräfte und ihre Entwicklung¹

Die Diskussion des Wesens wie der Entwicklung der Produktivkräfte hat in der marxistischen Gesellschaftswissenschaft eine lange Tradition. In neuerer Zeit ist sie selbst Gegenstand eigener Forschung geworden.² Dennoch bleibt festzuhalten, daß sie nach wie vor nicht mit allgemeiner Übereinstimmung zu einem theoretisch befriedigenden Abschluß gebracht worden ist. Nachdem lange in Darstellungen des historischen Materialismus die von Marx unterschiedenen einfachen Momente des Arbeitsprozesses, „die Arbeit selbst, ihr Gegenstand und ihr Mittel“³, als definitorische Bestimmung für den Produktivkraftbegriff verwendet worden sind⁴, ist seit Beginn der siebziger Jahre eine philosophisch wesentliche Änderung eingetreten. Nunmehr heißt es im unter Leitung von F. W. Konstantinow verfaßten Lehrbuch: *„Produktivkräfte sind jene Kräfte, mit deren Hilfe die Gesellschaft auf die Natur einwirkt und sie verändert.“*⁵

Setzt man im Sinne der materialistischen Dialektik die Unterscheidung der Kategorien des Dinges und der Kraft (oder: des Körpers und der Kraft, des Stoffes und der Kraft) voraus, ist klar, daß die zitierte Definition ausschließt, Dinge als Kräfte, speziell Produktionsmittel als Produktivkräfte vorzustellen. Dinge, Körper, Sachen sind nicht Kräfte, wenngleich sie wirklich Kräfte haben und in ihrer Wechselwirkung untereinander äußern, zur Erscheinung bringen. Ein Körper ist nicht dasselbe wie seine Bewegung, eine Sache fällt nicht mit ihrer Verhaltensfähigkeit zusammen, eine Person ist kein bloßes Kraftbündel, ein Ding kein reiner Erscheinungs- oder Beziehungskomplex. Indem die angeführte Definition logisch konsistent die Produktivkräfte als Art in der Gattung der Kräfte aussondert, impliziert sie, die einfachen Momente des Arbeitsprozesses nicht umstandslos als Produktivkräfte zu präsentieren. Weder die Arbeit selbst, verstanden als konkreter Vorgang, noch ihr Gegenstand, verstanden als handgreifliches, angeeignetes Ding, noch ihr Mittel, verstanden als handgreifliches, produziertes Ding, sind Produktivkräfte, sondern es sind die Produzenten, die durch die geschichtlich bestimmte Verbindung (Konkre-

1 Erstveröffentlichung in: DZfPh 32(1984)11, S. 981–990

2 Vgl.: Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR. Autorenkollektiv unter Leitung von V. Wrona. Berlin 1979. S. 479–526; Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus. Verantw. Red.: D. K. Trifonow u. L. D. Schirokorad. Berlin 1973. S. 57–77

3 K. Marx: Das Kapital. 1. Bd. In: K. Marx/F. Engels: Werke. Bd. 23. Berlin 1973. S. 193

4 Vgl.: Wissenschaftliche Weltanschauung. Teil II: Historischer Materialismus. 2. Heft: Die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung. Hrsg. v. W. Eichhorn, G. Heyden, A. Kosing u. H. Scheler. Berlin 1960. S. 7; Marxistische Philosophie. Lehrbuch. Autorenkollektiv unter Leitung von A. Kosing. Berlin 1967. S. 183; Einführung in den dialektischen und historischen Materialismus. Autorenkollektiv unter Leitung von G. Redlow, H. Frommknecht u. M. Klein. Berlin 1971. S. 301; Dialektischer und historischer Materialismus. Hrsg. v. F. Fiedler u. a. Berlin 1974. S. 351

5 Grundlagen der marxistisch-leninistischen Philosophie. Autorenkollektiv unter Leitung von F. W. Konstantinow. 2. Aufl. Berlin 1972. S. 288

tion) ihrer Arbeitskräfte mit den Arbeitsmitteln und -gegenständen ihre Produktivkräfte verwirklichen, in der konkreten Arbeit äußern, und zwar als die besonderen Fähigkeiten, Gebrauchswerte zu schaffen. Produktivkräfte sind somit nicht an sich gegeben, sondern werden durch Konkretion der Arbeitskräfte gebildet, also durch die Verbindung der Produzenten mit den Produktionsmitteln. Die Verbindung selbst ist der wirkliche Produktionsprozeß, in ihm also treten die Produktivkräfte, die immer und niemals etwas anderes sind als die Produktivkräfte *der Produzenten*, real in Erscheinung. Darin sind die Produktionsmittel die notwendigen materiellen Bedingungen der Produktivkräfte. Ohne sie gibt es daher keine Produktivkräfte. Das bedeutet aber nicht, daß die Produktionsmittel für sich Produktivkräfte sind oder werden – ein mystischer Vorgang, der allein in der mentalen Imagination bestehen kann. Die materiellen Subjekte der Produktivkräfte sind Personen, sind die Produzenten, niemals die Sachen.

Diese Sicht, die Produktivkräfte wirklich als *Kräfte*, nicht aber als Sachen oder Personen aufzufassen, ist Mitte der siebziger Jahre auch in der DDR angenommen worden: „Unter dem Begriff der Produktivkräfte fassen wir all *jene Kräfte zusammen, die benötigt werden, um materielle Güter (Gebrauchswerte) zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse herzustellen*, um also Naturkräften und -stoffen eine Form zu geben, die sie zur Befriedigung von Bedürfnissen der Produktion oder der Konsumtion geeignet macht.“¹ Diese Bestimmung enthält zusätzlich die ökonomisch wichtige Aussage, daß sich Produktivkräfte in der Produktion von Produktions- und Konsumtionsmitteln darstellen. Das Schaffen allein von Konsumtionsmitteln ist keine Produktion, immer nur ein Produktionszweig; erst wenn mit Konsumtions- zugleich Produktionsmittel erzeugt werden, liegt materielle Produktion im Sinne des konkreten Arbeitsbegriffs vor, werden daher Produktivkräfte realisiert. Sie haben insbesondere in den Produktionsmitteln ihre gegenständlichen Abbilder, die ihrerseits aber deswegen nicht selbst Produktivkräfte haben oder „vergegenständlichte“ Produktivkräfte sind.

Die Auffassung der Produktivkräfte als besonderer Kräfte formuliert auch G. A. Bagaturija: „Der Begriff ‚Produktivkraft‘ kann als Konkretisierung des Begriffs ‚Kraft‘ verstanden werden.“² Dagegen wendet sich K. H. Teßmann, wohl weil so „energische oder physische Vorstellungen“ verwendet würden, die in der Gesellschaftswissenschaft unangebracht wären.³ Allein solche Wendung unterstellt, daß das Wort *Kraft* a priori ins Reservat der von der Physik oder der Naturwissenschaft überhaupt beanspruchten Wörter der Umgangssprache gehöre, wovon natürlich keine Rede sein kann. Wenn durchs Denken

1 Grundlagen des historischen Materialismus. Autorenkollektiv unter Leitung von E. Hahn. Berlin 1976. S. 161

2 G. A. Bagaturija: Die Kategorie „Produktivkräfte“ im theoretischen Erbe von Marx und Engels. In: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. Heft 4/1982. S. 509

3 K. H. Teßmann: Reproduktionstheoretische Produktivkraftkonzeption von Karl Marx. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock. Gesellsch.- u. Sprachwiss. Reihe. Heft 4/1983. S. 77

Kraft und *Verstand* (Hegel) oder *Kraft* und *Stoff* (Büchner) auseinandergehalten werden, so erfolgt eine philosophische Unterscheidung, deren Ergebnis die so gebildeten Kategorien sind, die jedoch, darin noch keineswegs eine bestimmte *fachwissenschaftliche* Bedeutung haben. Diese kommt erst zustande, wenn die Kategorien zu fachwissenschaftlichen Begriffen aufgehoben werden, wenn also fachwissenschaftliche definitorische Bestimmungen geliefert sind, die die Kategorien *für sich* fixieren. So etwa wird das Wort *Kraft* physikalisch erst sinnvoll verwendet, wenn es z. B. im Sinne Newtons als Äquivalent für „Änderung der Bewegungsgröße“ erklärt ist. Natürlich wird damit noch keine bestimmte physikalische Kraft gemeint, die vielmehr erst durch experimentelle Analyse vorzugebender Wechselwirkungen erfaßbar wird.¹

Ebenso sinnvoll kann das Wort *Kraft* selbstverständlich in der Gesellschaftswissenschaft verwendet werden. Und es war ja eben Marx, der diese Verwendung mit der Unterscheidung von „Arbeit“ und „Arbeitskraft“ unabdingbar machte, wollte man den Austausch zwischen Kapitalisten und Arbeitern in Übereinstimmung mit dem Wertgesetz und der Existenz von Profit wissenschaftlich verstehen, also über den Standpunkt der bürgerlichen Nationalökonomie hinausgehen. Weil unter sonst gleichen Bedingungen verschiedene Produzenten mit gleichen Produktionsmitteln sehr verschiedene Erträge schaffen können, liegt es nahe, solches Faktum auf die jeweils unterschiedlichen Produktivkräfte der fraglichen Produzenten zurückzuführen, auf ihre unterschiedlichen Fähigkeiten, ihre Arbeitskräfte mehr oder weniger produktiv mit den Produktionsmitteln zu verbinden. Weil also die Verknüpfung der persönlichen und sachlichen Produktionsbedingungen noch keineswegs eine bestimmte Produktivität der Produktion garantiert, muß es eine weitere Komponente der Produktion geben, die weder persönlicher noch sachlicher Art ist, sondern von der Art der Kräfte, die Menschen selbstverständlich ebenso wie andere Naturwesen besitzen. Wir kommen also im Versuch, die Natur der Produktion zu verstehen, um die Verwendung der Kategorie der *Kraft* gar nicht herum. Das soll jedoch wieder nicht bedeuten, daß die Unterscheidung der Produktivkräfte von den Produzenten, die ja eben die Träger gerade dieser Kräfte sind, als Ausdruck der Existenz einer an sich und unabhängig von der Gesellschaftsordnung bestehenden realen Trennung beider gedeutet werden kann. Die Produktivkräfte sind von den Produzenten physisch untrennbar, sehr wohl aber von ihnen unterscheidbar.

Wertbildung und Produktivkraftentwicklung

Nun sagt Bagaturija weiter: „In erster Annäherung kann man die Produktivkraft als Fähigkeit definieren, Gebrauchsgegenstände herzustellen.“² Dagegen wie-

1 Vgl. R. Wahsner: Das Aktive und das Passive. Berlin 1981. S. 47ff.

2 G. A. Bagaturija: Die Kategorie „Produktivkräfte“ im theoretischen Erbe von Marx und Engels. A. a. O.

der Teßmann: „Das ist richtig, wenn Gebrauchswerte gemeint sind, aber es ist nicht hinreichend, weil hier der Wertbildungsprozeß ignoriert wird ... Der Terminus ‚Gebrauchswert‘ ist eine Kategorie der Realisierung der Möglichkeiten der Produktionsresultate in der Konsumtion ... Realisiert wird die Produktivkraft erst endgültig, wenn die Produkte sich im Prozeß der Konsumtion als Gebrauchswerte und Nationaleinkommenszuwachs bestätigen.“¹ Dieser Einwand trifft nun m. E. – vorausgesetzt, Teßmann meint die Bestätigung der Produkte als Konsumtions- und Produktionsmittel im wirklichen Ge- und Verbrauch, also speziell auch im Produktionsverbrauch – den aktuellen Kern der Produktivkraftdiskussion, wie sie im umfassenden Übergang von der vorwiegend extensiv zur vorwiegend intensiv erweiterten sozialistischen Reproduktion, der wesentlich auf eine „Wende in der Effektivitätssteigerung“ hinausläuft², in der Tat nötig ist: Wie können die Gesichtspunkte des historischen Materialismus und der politischen Ökonomie mit Bezug auf das Produktivkraftverständnis so miteinander verbunden werden, daß die Produktivkraftentwicklung in theoretischer Einheit mit dem Wertbildungsprozeß gedacht wird?

Diese Frage ist im Rahmen der Marxschen Theorie um so gravierender, als in ihr ja unterstellt wird, und das hat Teßmann nicht in Rechnung gezogen, daß „ein Wechsel der Produktivkraft die im Wert fixierte Arbeit an und für sich gar nicht“ trifft. „Da die Produktivkraft der konkreten nützlichen Form der Arbeit angehört, kann sie natürlich die Arbeit nicht mehr berühren, sobald von ihrer konkreten nützlichen Form abstrahiert wird. Dieselbe Arbeit ergibt daher in denselben Zeiträumen stets dieselbe Wertgröße, wie immer die Produktivkraft wechsle.“³ Da die Wertabstraktion (der Wert ist ein Abstraktum im Unterschied zur Produktivkraft, die konkret bestimmt ist, als Moment eines Konkretums, des Produktionsprozesses, wirklich besteht) im Rahmen der Arbeitswertlehre die besonderen Arbeitsarten, konkreten nützlichen Formen der Arbeit, auf die gesellschaftlich notwendige, d. h. die die gesellschaftlichen Bedürfnisse befriedigende, die Notwendende Arbeit reduziert, die Produktivkräfte aber gerade in eben diesen besonderen Arbeitsarten erscheinen, wirklich sind, ist der Wertbildungsprozeß identisch mit der Abstraktion von den Produktivkräften, konstituiert er anstelle dieser vielmehr die vergegenständlichte Arbeitskraft, d. h. das aufgewandte Arbeitsvermögen. Das ist deshalb der Fall, weil in der Wertabstraktion die Verbindung zwischen Produzenten und Produktionsmitteln, d. i. die konkrete Arbeit, genau nicht thematisiert wird, sondern der Vergleich zwischen Aufwand und Ertrag, zwischen verbrauchten und erzeugten Produkten, also zwischen jenen Wirtschaftslagen, die der wirklichen Produktion gerade *vor-* und *nach*gelagert sind. Wenn sich die Produkte „im Prozeß der Konsumtion als Gebrauchswerte und Nationaleinkommenszuwachs bestätigen“, haben wir in ihnen nicht Träger von Produktivkraft, sondern von vergegenständlichtem Arbeitsvermögen vor uns. Die Konsumtion zeigt uns

1 K. H. Teßmann: Reproduktionstheoretische Produktivkraftkonzeption von Karl Marx. A. a. O.

2 A. Braun: Arbeitsproduktivität und Effektivität. Berlin 1976. S. 10

3 K. Marx: Das Kapital. 1. Bd. A. a. O. S. 60 f.

nur insofern wirklich Produktivkräfte, insofern sie *produktive* Konsumtion ist, Produktionsverbrauch – mit dem Ergebnis der Erzeugung neuer Produkte. Ich glaube Teßmann richtig zu verstehen, wenn ich annehme, daß er darauf beharrt, Produktivkräfte nur dort am Werke sehen zu wollen, wo tatsächlich produktiv und konsumtiv verwendbare Produkte geschaffen werden. Da nun die Probe auf den Pudding sein Verzehr, die Probe auf den Gebrauchswert der effektive Verbrauch ist, so schlägt er vor, die Wirklichkeit der produktiven Kraft in der Konsumtion wahrzunehmen, d. h. die Produktivkraft als Konsumtivkraft zu denken, das Erzeugen als Verzehren. Zwar *sagt* er es *so* nicht, aber was er sagt (die Konsumtion als Bestätigung der Gebrauchswerte ist die Bedingung der endgültigen Realisierung der Produktivkraft), impliziert ersichtlich diese Präsentation der Konsumtion als Produktion, des Verzehrs als Verwirklichung der Erzeugung, der Negation als Vollendung der Position. Warum dieser nicht sonderlich logische Sprung im Denken? Weil der wirkliche Sprung von der Produktion, in der allein die Produktivkräfte reelle Existenz haben, zur Reproduktion, d. i. die Wiederherstellung der subjektiven und objektiven Produktionsbedingungen nach dem Produktionsakt, gemäß Teßmanns Sicht möglichst verlustlos vollzogen werden soll. Es gibt keinen ökonomisch vernünftig Denkenden, der in dieser Forderung nicht mit Teßmann übereinstimmt.

Allein die Möglichkeit der Vergeudung von Produktivkräften wird nicht dadurch aus der Welt geschafft, daß wir uns entschließen, in der Tat vergeudete Produktivkräfte nunmehr nicht mehr unter den Produktivkraftbegriff zu subsumieren, als „nicht endgültig realisierte Produktivkräfte“ abzuschreiben. Es kommt vielmehr darauf an, den realen Sprung von der Produktion zur Reproduktion¹ möglichst genau zu erfassen, um dabei dann auch zu bestimmen, wie jene mögliche Produktivkräftevergeudung eingeschränkt und weitgehend ausgeschlossen werden kann. Dieser Sprung ist es, der in sich nicht nur die Möglichkeit der Vergeudung von Produktivkraft enthält, sondern zugleich – und dies muß jede realistische Analyse zugestehen – in untrennbarer Verbindung mit ihr die Realisierbarkeit der Produktivkraft*entwicklung*. Wenn es nämlich wahr ist, wie hier unterstellt, daß die Produktivkräfte konkrete Aufhebungen der Arbeitskräfte sind, d. h. durch die Verbindung dieser mit den Produktionsmitteln verwirklicht werden, dann gilt auch: Produktivkräfte werden dadurch *entwickelt*, daß an die Stelle vorgegebener Arten von Verbindungen *neue* treten, die sich durch *höhere Arbeitsproduktivität* auszeichnen. Die Vergeudung bedeutet gerade, daß überhaupt keine Verbindung zustande kommt; die Entwicklung dagegen bedeutet, daß eine neue Verbindung versucht und durchgesetzt wird. Falls der Versuch scheitert, zeigt sich die gemeinte Entwicklung als wirkliche Vergeudung. Das ist die Natur des allbekannten Risi-

1 Unter „Reproduktion“ wird hier die Wiederherstellung der in der Produktion verbrauchten objektiven und subjektiven Produktionsbedingungen aus dem Produkt verstanden. In diesem Sinne ist die Reproduktion Umwandlung von Produkten in Produktionsbedingungen und daher die zur Produktion inverse Bewegung.

kos, die man angesichts ineffizienter Investitionen oder gar Investitionsruinen empirisch präzise erfahren kann. Der Versuch, diesem Risiko dadurch zu entgehen, daß man gar nicht erst zu Produktivkraftentwicklung übergeht, muß objektiv scheitern, weil die Produktion unweigerlich die Reproduktionsbedingungen ändert und eben damit doch die Notwendigkeit der Entwicklung der Produktivkräfte setzt. Alles kommt also darauf hinaus, daß der Übergang von der Produktion zur Reproduktion nicht rein kontinuierlich, sprunghaft sein kann, daß er vielmehr durch mindestens die Entscheidung vermittelt wird, welche Produkte als Mittel welcher Neuinvestitionen dienen sollen, also dem Kreislauf der einfachen Reproduktion zu entziehen sind. Sie machen den Produktbestand aus, der sich a priori nicht in der gewöhnlichen Konsumtion als Gebrauchswertmenge bestätigen kann, der daher zur Forderung Teßmanns quer steht. Nach meiner Auffassung ist diese Neu- und Rekombination der objektiven und subjektiven Produktionsbedingungen unter dem Kriterium der Produktivitätssteigerung der Kern der Entwicklung der Produktivkräfte. Da in der unmittelbaren Produktion die Produktionsbedingungen fest verbunden sind, ist in ihr die Neu- und Rekombination ausgeschlossen, es sei denn, man riskiere einen Produktivitätsabfall. Daher ist es die Reproduktion für sich, sie also im Unterschied zur Produktion, in der die Auflösung alter Verbindungen und das Herstellen neuer geschieht, in der das Neue gesetzt wird. Und es ist die neue Produktion, die diese Setzung, im Sinne Hegels verstanden, aufhebt, d. h. mit gesteigerter Produktivität die Probe darauf liefert, ob es sich in der Tat um Produktivkraftentwicklung im progressiven Sinne handelt. Indem progressive Entwicklung wesentlich Entstehung des Neuen¹ ist, die Neuverbindung zwischen Produzenten und Produktionsmitteln aber als nach ihrer Produktivität unerprobte Beziehung auftritt, ist sie unvermeidlich mit dem objektiven Risiko des Scheiterns gekoppelt, also mit der Möglichkeit der Produktivkraftvergeudung. Es gibt keine Wirtschaftslage, in der dies Risiko umgangen werden kann. Daher stellt sich nicht die Flucht vor dem Risiko als ökonomische Verhaltensaufgabe, sondern vielmehr seine Thematisierung mit dem Ziel, es möglichst gering zu halten. Es ist wohl dieser Sachzusammenhang, der das Denken veranlassen kann, den Übergang von der Produktion zur Reproduktion so zu deuten, als sei die Konsumtion die Wahrheit der Produktion. Die Neuverbindung der subjektiven mit den objektiven Produktionsbedingungen wird nun selbstverständlich auch dadurch, aber nicht nur dadurch ermöglicht, daß neue Produktionsmittel geschaffen werden. Die Verbindung von Produzenten mit neuen Produktionsmitteln ist a priori Neuverbindung, daher unter dem Kriterium des Produktivitätswachstums progressive Produktivkraftentwicklung. Dies bedeutet nun für den von Teßmann zur Sprache gebrachten Wertbildungsprozeß, daß in der Reproduktion die Zerlegung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts in notwendiges, d. h. die bestehenden Erhaltungsbedürfnisse der Gesellschaft befriedigendes, und Mehrprodukt erfol-

1 Vgl. G. W. F. Hegel: Wissenschaft der Logik. Erster Teil. In: G. W. F. Hegel: Werke in 20 Bänden. Bd. 5. Frankfurt a. M. 1969. S. 83 ff.

gen muß, wobei letzteres die produzierte Entwicklungsbasis der Gesellschaft ist, derjenige Fonds, der zur Unterhaltung von Neuerungstätigkeit eingesetzt werden muß. Es versteht sich wohl, daß eine Gesellschaft ohne Mehrprodukt im stationären Zustand verharrt, sich nicht progressiv entwickeln kann. Der Überschuß über das Notwendige, d. i. das die Not, das Bedürfnis Wende-nde, ist die Bedingung der Möglichkeit von Entwicklung, die materielle Basis der Zunahme menschlicher Freiheit. Drücken wir diese Feststellung in der ökonomischen Wertlehre aus, so besagt sie, daß die Zerlegung des Werts des gesellschaftlichen Gesamtprodukts in den, wie man sagen kann, Erhaltungs- oder Ersatzwert einerseits und den Entwicklungswert andererseits die ökonomische Reflexion dessen ist, daß Produktivkraftentwicklung gesetzt bzw. beabsichtigt ist. Der Entwicklungsweg wird als *Neuinvestition* realisiert, klar zu unterscheiden von der *Reinvestition*, die dem Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel dient. Der Zusammenhang der Produktivkraftentwicklung mit der Wertbildung, den Teßmann zur Sprache gebracht hat, ist also m. E. so zu sehen, daß sich die *Produktivkraftentwicklung* im Unterschied zur *Produktivkrafterhaltung* gerade dadurch äußert, daß der Wert des gesellschaftlichen Gesamtprodukts in Ersatz- und Entwicklungswert zerlegt wird. Letzterer ist also nicht ein erfreulicher Zusatz zum Notwendigen, sondern die notwendige Differenz zwischen dem gebildeten Gesamtwert und dem Ersatzwert; er ist der Index der Entwicklungsmöglichkeit.

Um diese Feststellung im Rahmen der Marxschen Lehre zu akzeptieren, hat man nur zu bedenken, daß in Ausbeutergesellschaften, d. h. in Gesellschaften, in denen „die Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten auf der einen Seite auf der Schranke“ basiert, „worin die Entwicklung auf der anderen Seite gehalten wird“¹, der Unterhaltungsfonds der herrschenden Klassen sowohl das zur progressiven Produktivkraftentwicklung erforderliche Mehrprodukt als auch das zur Subsistenz der Herrschenden erforderliche Produktreservoir umfaßt. Konsumtion der herrschenden Klassen und Neuinvestition der Gesellschaft sind hier sinnlich in der Reproduktion nicht unterschieden, eben weil es die herrschenden Klassen sind, die nach ihren Bedürfnissen investieren oder nicht, die die Entwicklung auf Kosten der unmittelbaren Produzenten betreiben. Da solches Betreiben sehr häufig sogar unter Aufopferung der physischen Existenz vieler unmittelbarer Produzenten erfolgt und in der Regel mit den aktuellen Bedürfnissen der unmittelbaren Produzenten kaum etwas zu tun zu haben scheint, erscheint vom Standpunkt der Ausgebeuteten alles von den Ausbeutern angeeignete Produkt als ein abgepreßter Überschuß, den Marx „Mehrprodukt“ nennt. Mit dem Verschwinden der Ausbeutung verschwindet natürlich auch diese Art von Mehrprodukt. Was allerdings nicht verschwinden kann, ist der für die Ermöglichung progressiver Produktivkraftentwicklung erforderliche Entwicklungsfonds, der für Neuinvestitionen bereitgestellt werden muß.

1 K. Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861–1863). In: K. Marx/F. Engels: Gesamtausgabe. Bd. II/3.1. Berlin 1976. S. 168

Im Kampf um die Liquidation der Ausbeutergesellschaft kommt es also für die Ausgebeuteten ökonomisch sehr darauf an, zwischen der Konsumtion der herrschenden Klassen und der gesellschaftlichen Neuinvestition, die in der Ausbeutergesellschaft durch eben diese Klassen entschieden wird, zu unterscheiden. Der Kampf gegen die Profitmacherei darf nicht zum Kampf gegen die Bildung des Entwicklungswerts werden, der seinerseits im gesellschaftlichen Durchschnittsprofit eingeschlossen ist.

Natürlich müßten über diesen so wichtigen Zusammenhang zwischen der Produktivkraftentwicklung und der Wertbildung viele weitere Überlegungen an- und vorgestellt werden. Das ist im Rahmen eines Zeitschriftenaufsatzes unmöglich. Daher möge hier der angedeutete Zusammenhang von Produktivkraftentwicklung und Entwicklungswert als Problemstellung genügen, und wir wollen dafür im weiteren auf den Zusammenhang von Produktivkraft und Produktivität zu sprechen kommen, der bereits unterstellt worden ist.

Produktivkraft und Produktivität

Bagaturija notiert, daß bei Marx und Engels keine ausdrücklichen Definitionen des Produktivkraftbegriffs wie des Kraftbegriffs zu finden seien. Dagegen wieder Teßmann: „Ist das richtig? Marx definierte ... eindeutig, was er unter Produktivkraft der Arbeit versteht, und in den ‚Theorien über den Mehrwert‘ heißt es, daß sich ‚die Produktivkraft der Arbeit‘ als ‚*Produktivkräfte* ... der vergegenständlichten Arbeit darstellen‘.“¹ Aber eine Aussage über die Darstellung der Produktivkräfte im Kapitalverhältnis ist keine Definition dieser Kräfte, sondern eine Deskription ihrer Verkehrung in der Erscheinung für das bürgerliche Bewußtsein. Teßmann selbst gibt keine Definition an.² Soweit ich sehen kann, ist Bagaturijas Notiz nicht zu widerlegen. Wenn irgendwo in Marxschen Texten, so findet man im Manuskript von 1861–1863 einen definitionsähnlichen Ausdruck: „Jede Verkürzung der nothwendigen Arbeitszeit, die unter der Voraussetzung stattfindet, daß der Preis des Arbeitsvermögens gleich seinem Werth, ... ist nur möglich durch die *Vermehrung der*

1 K. H. Teßmann: Reproduktionstheoretische Produktivkraftkonzeption von Karl Marx. A. a. O. Das von Teßmann angedeutete Marx-Zitat lautet ausführlicher: „Da die lebendige Arbeit ... dem Kapital einverleibt ist, ... stellen sich alle Produktivkräfte ... als Produktivkräfte des Kapitals dar ... So stellen sich jetzt die Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit und die besondern Formen derselben als Produktivkräfte ... des Kapitals dar, der *vergegenständlichten* Arbeit, ... die als solche verselbständigte Gestalt ... im Kapitalisten personifiziert sind.“ (In: K. Marx: Theorien über den Mehrwert. 1. Teil. In: K. Marx/ F. Engels: Werke. Bd. 26.1. Berlin 1965. S. 365)

2 Ich nehme an, daß er die entsprechenden Passagen im ersten Band des „Kapitals“ im Blick hat (S. 54 u. S. 60). Sie sind aber keine Definitionen, sondern Angaben über das, was die Produktivkraft determiniert (S. 54), und über das, was durch die Produktivkraft determiniert wird (S. 60). In diesen Angaben tritt der Produktivkraftbegriff als undefinierter Grundbegriff auf. Das ist angesichts der theoretischen Bedeutung dieses Begriffs nicht überraschend. Jede anständige axiomatische Theorie hat ihre undefinierten Grundbegriffe. Man muß sich also nicht für die Existenz von Definitionen verbürgen, um den wissenschaftlichen Anspruch einer Theorie zu verteidigen.

Produktivität der Arbeit oder was dasselbe ist durch höhere *Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit*.“¹ Wollen wir diese Feststellung als Definition der Produktivkräfte lesen – und das wäre eine spezielle, durch Marx nicht legitimierte Deutung! –, so müssen wir annehmen, daß progressive Produktivkraftentwicklung wesentlich Produktivitätswachstum ist, daß also die *Qualität* der Verbindung zwischen Produzenten und Produktionsmitteln auf die *Quantität* des Verhältnisses zwischen dem Ertrag einer Produktion und ihrem Aufwand an vergegenständlichter und lebendiger Arbeit zurückzuführen sei. Indem wir aber diese Implikation verdeutlichen, sagen wir auch, daß die Identifikation der Produktivkraft als Produktivität unzulässig ist. Man kann nur anerkennen, daß die Produktivitätssteigerung Ausdruck, Erscheinung zugrunde liegender Produktivkraftentwicklung ist, nicht aber deren Wesen.

Es muß daher vorgeschlagen werden, „Produktivkraft“ und „Produktivität“ als Termini für verschiedene Bedeutungen zu verwenden. Das ist auch ganz einleuchtend, bedenkt man z. B. die Landwirtschaft oder die extraktive Industrie: Bei gleichen Produktivkräften und gleichen produktiven Aufwänden können die Erträge sehr verschieden ausfallen, also höchst unterschiedliche Produktivitäten auftreten. Ob etwa im Weizenanbau Auswinterungen erfolgen oder nicht, entscheidet nicht die Produktivkraft der Bauern, sondern die äußere Natur. Im Braunkohleabbau hängt es nicht von der Produktivkraft der Bergarbeiter ab, ob mehr oder weniger Abraum zu bewältigen ist, ob die Kohle mehr oder weniger Salze enthält, also geringeren oder höheren Gebrauchswert hat. Somit gehen die externen Naturbedingungen als Determinanten in das Verhältnis des Ertrags zum Aufwand ein. Und es ist eben dies Verhältnis, das wir meinen, wenn wir von der „Produktivität der Arbeit“ sprechen. Betrachten wir die Produktivkräfte als Kräfte der Produzenten, nicht der äußeren Natur, so kann die Produktivität der Arbeit logischerweise kein Surrogat der Produktivkräfte sein, sind diese mit jener nicht zu verwechseln.

Über den Produktivitätsbegriff sollen hier keine weiteren Überlegungen vorgetragen werden.² Nur soviel sei angemerkt: Wir verstehen unter der *Produktivität der Arbeit* genau das, was Marx „den Wirkungsgrad zweckmäßiger produktiver Tätigkeit in gegebenem Zeitraum“ nennt.³ Sie ist eine Eigenschaft der Produktion, die bestimmt wird, indem die Menge der produzierten Gebrauchswerte zum Arbeitsaufwand (vergegenständlichter und lebendiger) ins Verhältnis gesetzt wird. Sie ist also das bereits angeführte Ertrag-Aufwand-Verhältnis – und nicht mit der *Leistung* zu verwechseln. Diese tritt vielmehr doppelt auf, einmal als Produktionsleistung (Ertrag im Verhältnis zur Arbeitszeit), das andere Mal als Verbrauchsleistung (Aufwand im Verhältnis zur Arbeitszeit); sie ist ein Arbeit-Zeit-Verhältnis. Im Gegensatz zur Leistung, die Produktion und Verbrauch im Verhältnis zum Abstraktum der Zeit bestimmt,

1 K. Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861–1863). A. a. O., S. 213

2 Ich verweise auf die Argumentation von H. Koziolk: Reichtum – Fähigkeit, Bedürfnisse zu befriedigen. In: Spectrum. Heft 7/1983. S. 10ff.

3 K. Marx: Das Kapital. 1. Bd. A. a. O., S. 60

denken wir im Produktivitätsbegriff das Verhältnis der Arbeit zu *sich selbst*, d. h. der in der Produktion vergegenständlichten Arbeit zu der in derselben Produktion aufgewendeten vergegenständlichten und lebendigen. Vielleicht ist es diese im Produktivitätsbegriff gedachte Selbstbestimmtheit der Arbeit, die ihn individuell scheinbar so schwer aufzufassen gestattet, daher im Leistungsbegriff sein Surrogat suggeriert.

Im Unterschied nun zur Produktivität, die Eigenschaft eines Prozesses, eines Vorgangs, einer Bewegung ist, kommt die Produktivkraft, wie bereits formuliert, nicht der Produktion, sondern den Produzenten zu. Sie ist zwar nur in der Produktion wirklich, aber deswegen noch nicht Vermögen der Produktion, sondern eben der produzierenden Arbeiter. Daher sollte man auch nicht von der Produktivkraft „der Arbeit“, sondern korrekterweise von der Produktivkraft der Arbeiter sprechen. Behielte man die Redeweise von der „Produktivkraft der Arbeit“ bei, unterstellte man die gedankliche Auflösung der Arbeiter in Arbeit, der Personen in einen Prozeß, behandelte also die Arbeiter theoretisch nicht als Subjekte der Arbeit, sondern als Mittel sie zu gewinnen. Diese Vorstellung ist für jede Ausbeutergesellschaft und deren Ökonomie vom Standpunkt der Privateigentümer der gesellschaftlichen Produktionsmittel charakteristisch. In einer Ökonomie der ausbeutungsfreien Arbeit hat sie nichts zu suchen.

Die Verwechslung der Produktivität mit der Produktivkraft basiert auf dem Umstand, daß die Produktivkraft nur in der konkreten Arbeit wirklich besteht, weshalb sie der Produktion statt den Produzenten zugeschrieben wird. Damit tritt an die Stelle der Arbeiter als der wirklichen Produktivkraftträger die Arbeit als imaginierter Produktivkraftbesitzer, als ideell vorgestelltes Subjekt des Produktionsvermögens. So wird die Tat nicht mehr von Personen ausgeführt, sie tut sich vielmehr selbst, ist Tun des Tuns, d. h. Modell des philosophischen Ansatzes von Fichte, Schelling und Hegel, den Feuerbach ganz richtig als Subjektivierung des Prädikats diagnostiziert hat. Es gibt keinen Grund, diese Diagnose zurückzunehmen.

Im Kapitalverhältnis sieht die Sache allerdings so aus, daß die Arbeiter mit dem Verkauf ihres Arbeitsvermögens pro Zeiteinheit, d. h. mit dem Verkauf von Leistung¹, die Verwirklichung der Produktivkräfte den fungierenden Ka-

1 Ich unterstelle hier noch ganz die Marxsche Vorstellung von der Arbeitskraft als einer Ware, die der Arbeiter verkauft, wenn er einen Arbeitsvertrag unterschreibt. Durch meine Beschäftigung mit den möglichen Dimensionen ökonomischen Messens ist mir klar geworden, daß die Arbeitskraft als ökonomische Maßart (oder ‚Größenart‘) *Faktor* des Werts ist, daher selbst den Wert nicht repräsentieren kann, folglich keine Ware ist. Vgl. dazu meine Darstellungen ‚Produktivkraft und Produktivität in ökonomischen Maßarten‘, in DZfPh 36(1988)3, S. 241–250, und: ‚Ist die Arbeitskraft eine Ware? Ein Beitrag zu einer marxistischen Marxkritik‘, in: Kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis, hg. v. H. Eidam u. W. Schmied-Kowarzik, Würzburg 1995, S. 167–183. Ich muß noch notieren, daß ich die Frage nach dem Warencharakter der Arbeitskraft mit Peter Keiler debattiert hatte, allerdings ohne zu einem gemeinsamen Urteil zu gelangen. Seinen Standpunkt publizierte er in: Kritische Bemerkungen zum Marxschen Konstrukt ‘Ware Arbeitskraft’ – ein Nachtrag zum Thema “125 Jahre Das Kapital”. In: Dialektik. Enzyklopädische Zeitschrift für Philosophie und Wissenschaften 1993/1, 145–150. (Anm. des Autors im März 2014.)

pitalisten überantworten. Da in der Produktion die verkaufte Arbeitskraft dem Käufer gehört, bestimmt er den Gebrauch dieser Kraft, ihre Verbindung mit den ihm ebenfalls gehörenden Produktionsmitteln, hebt er also die Arbeitskraft zur Produktivkraft auf. Somit sind es die sozialen Verhältnisse der kapitalistischen Produktionsweise, die die Produktivkräfte als von den Arbeitern getrennt erscheinen lassen, obgleich sie physisch selbstverständlich von ihnen untrennbar sind. Weil also die Arbeiter im Kapitalverhältnis ihre Arbeitskraft veräußern, ehe sie sie real in der Produktion entäußern, haben wir es mit dem objektiven Schein der Verselbständigung der Produktivkräfte gegen die Produzenten zu tun. Und es ist dieser Schein, der die Basis für den charakteristischen Kopfsprung der bürgerlichen Ideologie bildet, die Produktion selbst für das Subjekt der Produktivkraft zu nehmen, d. h. die Bewegung als das „wahre Sein“ zu fetischisieren. Ökonomisch wird dieser Kopfsprung so ausgedrückt, daß die Einkommensarten Lohn, Profit und Rente auf die Wirksamkeit der sogenannten „Produktionsfaktoren“ (Arbeit, Kapital und Boden) zurückgeführt werden, womit eben die Produktion als Subjekt der Produktivkräfte gedacht wird, die ihrerseits in diesen Einkommensarten ihre Bezahlung erhalten.

Man kann sagen: Die Annahme eines unpersönlichen, eines ganz und gar ungegenständlichen Subjekts der Produktivkräfte, eben der Arbeit als ihrer Ursache, ist der Kern der bürgerlichen Arbeitsauffassung. In ihrer Deutung als des invarianten Tauschinhalts ist diese Auffassung vollendet ausgesprochen. Man kann in ihr sozusagen das Lackmuspapier zur objektiven, von persönlichen Meinungen freien Bestimmung dessen sehen, was wissenschaftlich präzise „bürgerliche Ideologie“ zu nennen ist. Wenn allerdings die bürgerliche Ideologie ihrem Wesen nach als Subjektivierung der Arbeit, philosophisch allgemein als Verdinglichung der Bewegung verstanden werden kann, so darf dennoch der große geschichtliche Schritt des Denkens nicht verkannt werden, der darin besteht, die Arbeit zum Gegenstand des Denkens zu machen, allgemein die Bewegung für sich zu thematisieren. Diesen Schritt hat das antike Denken nicht vollziehen können. Es sah in der Bewegung nur Schein und Erscheinung, kein Sein, das ihm vielmehr nur die Dinge verkörperten. Und die Arbeit war so wenig Thema dieses Denkens, daß es dafür in seiner Sprache nicht einmal ein entsprechendes Wort zur Bezeichnung dieses Unthemas bereithielt.¹

Arten der Produktivkräfte

Unterstellen wir die Produktivkraft nicht mehr als Potenz der Arbeit, der aber Produktivität zukommt, sondern als Kraft der Produzenten, Gebrauchswerte zu schaffen, so fällt als erste Gliederung der Produktivkräfte die in *individuelle* einerseits und *soziale* andererseits auf: Individuelle Produktivkräfte wer-

1 Vgl. J.-P. Vernant: Arbeit und Natur in der griechischen Antike. In: Seminar: Die Entstehung von Klassengesellschaften. Hrsg. v. K. Eder. Frankfurt a. M. 197

den in persönlicher, soziale Produktivkräfte in gemeinschaftlicher (kooperativer) Arbeit verwirklicht. Die Gesamtheit oder Totalität der gesellschaftlichen Produktivkräfte besteht dann in der Summe der individuellen und sozialen Produktivkräfte. Die Art und Weise, wie beide Produktivkraftarten realisiert werden, unterscheidet die verschiedenen Systeme der Produktionsverhältnisse, also die ökonomischen Gesellschaftsformationen voneinander. Für die kapitalistische Produktionsweise z. B. ist es charakteristisch, daß in ihr die sozialen Produktivkräfte auf Kosten der individuellen unter dem Kommando der privaten Produktionsmitteleigentümer entwickelt werden. Das geschieht aber nicht etwa, weil die Kapitalisten die Produktivkraftentwicklung als Zweck ihres Wirtschaftsverhaltens setzen, sondern weil die Profitrealisierung in der Konkurrenz die Produktivkraftentwicklung als Mittel erzwingt. Sie ist hier ungewolltes Resultat des Kampfes um die private Aneignung der Profitmasse. Man muß Neuerungen einführen, um sich als Profiteur zu erhalten. Indem man aber Innovationen durchsetzt, steigert man die Produktivität, entwickelt man die sozialen Produktivkräfte, wodurch andere Profiteure aus dem Rennen geworfen werden.

Des weiteren ist mit der hier vorgestellten Produktivkraftauffassung auch angenommen, daß ebensoviel Produktivkraftarten voneinander unterscheidbar sind wie Arten konkreter Arbeit. Das bedeutet zugleich, daß Produktivkraftentwicklung unmißverständlich in der Herausbildung neuer Arbeitsarten (wie auch im Untergang alter Arbeitsarten) in Erscheinung tritt. Damit ist der Entwicklungsstand der Arbeitsteilung zugleich Ausdruck für den Entwicklungsstand der Produktivkräfte. Da die Herausbildung neuer Arbeitsarten nicht notwendig an die Schaffung neuer Produktionsmittel (Erfindung neuer Arbeitsmittel und Entdeckung neuer Arbeitsgegenstände) gebunden ist, sondern auch durch eine andere, neuartige Verwendung gegebener Produktionsmittel zustande kommen kann, so muß man die *Produktivkraftentwicklung* klar von der *Technikentwicklung* unterscheiden. Das bedeutet zugleich, daß die Produktivkraftentwicklung als Grund sowohl der Konstituierung einer bestimmten ökonomischen Struktur als auch der revolutionären Umwälzung eben dieser Struktur, der Gesamtheit der eine ökonomische Formation bestimmenden Produktionsverhältnisse, nicht notwendig als Abbild der Technikentwicklung gedeutet werden muß. Folglich muß man nicht bei der Betrachtung einer bestimmten Geschichtsepoche angesichts mangelnder Technikentwicklung theoretisch schmerzlich die gesuchte Produktivkraftentwicklung vermissen, die der historische Materialismus bekanntlich als Ursache der Änderung der Produktionsverhältnisse feststellt.

Als z. B. die antiken Griechen mit überlieferten Produktionsmitteln in ihrer zweiten Kolonisationsperiode im Schwarzen Meer wie im Mittelmeer ein System des Schiffsverkehrs und mediterranen Austauschs schufen, betrieben sie eine sehr bedeutende und geschichtlich folgenreiche Produktivkraftentwicklung, obwohl dabei technische Fortschritte vielleicht von nur ganz untergeordneter Bedeutung waren. Was hier passierte, ist Re- und Neukombination

vorgegebener Produktionsbedingungen in einem neuen Milieu (neu relativ zum Milieu der altorientalischen Gesellschaften). Das aber ist Produktivkraftentwicklung, ist Herausbildung einer neuen Fähigkeit, mit bekannten Produktionsmitteln auf bisher unbekannte Weise produktiv umzugehen. Als in der mittelalterlichen westeuropäischen Feudalgesellschaft Handel und Handwerk in vom Land unabhängigen Städten im Interesse des Einkommenszuwachses der Landesherren konzentriert wurde, das Mobiliareigentum sich also im Gegensatz zum Grundeigentum konstituierte (im grundsätzlichen Unterschied zur Antike), da wurde Produktivkraftentwicklung *par excellence* betrieben, auch wenn weder die Händler noch die Handwerker zunächst besonders neuartige Arbeitsmittel in Bewegung setzten. Sie brachten so ein System des Warenaustauschs hervor, das die Stadt mit dem umliegenden Land verknüpfte, den Landverkehr entfaltete, den die griechische Antike als Kommunikationssystem für den Transport von Gebrauchswerten kaum kannte. Die Geschichte bietet genügend viele Beispiele der Produktivkraftentwicklung dieser Art.

Wenn hier die Technikentwicklung klar von der Produktivkraftentwicklung unterschieden wird, so möge man dies nicht als Verbeugung vor dem zeitgenössischen Technikpessimismus deuten. Es geht um nicht mehr, aber auch um nicht weniger als darum, das *ökonomische* Kriterium der Produktivitätssteigerung als Bedingung für die Beurteilung der Produktivkraftentwicklung anzunehmen. Dies ist vom technischen Kriterium der Steigerung des Wirkungsgrads von Aggregaten, die als Arbeitsmittel vorgesehen sind, strikt zu unterscheiden. Insofern die Technikentwicklung *mögliche* Arbeitsmittel präsentiert und diese in entsprechender Verbindung mit Produzenten und Arbeitsgegenständen *wirklich* zu *produktiverer* Arbeit führen, ist die Technikentwicklung unterscheidbares Moment der Produktivkraftentwicklung. Sofern sie Aggregate hervorbringt, deren Produktionseinsatz nicht die Kosten lohnt¹, liefert sie direkt keinen Beitrag zur Produktivkraftentwicklung. Natürlich vollzieht sich letztere nicht ohne wissenschaftlich-technische Umwälzung; aber diese muß unter dem ökonomischen Kommando der Produktivitätssteigerung stehen, wenn sie sich in der Tat als maximaler Beitrag zur Produktivkraftentwicklung erweisen soll.

Betrachten wir die Technikentwicklung für sich, also im Unterschied zur Produktivkraftentwicklung, so wird sehr wohl zu akzeptieren sein, daß sie Entwicklungssackgassen hervorbringt. Diese gehören dann zu den Unkosten der Produktivkraftentwicklung, die zu minimieren sind. Solche Sackgassen liefern auch Erfahrungen, die sich ihrerseits dann wieder in Produktivitäts-

1 Modell dafür ist sicher die Wasserhebemaschine bei Marly (Seine) für die Fontänenanlagen in Versailles, 1681 bis 1685 erbaut. (Vgl. dazu: W. Jonas/V. Linsbauer/H. Marx: Die Produktivkräfte in der Geschichte I. Berlin 1969. S. 282) Ob die Überschallpassagiermaschine nicht auch zu dieser Kategorie gehört, wage ich nicht zu entscheiden. Jedenfalls hört man nichts mehr von ihren Triumphen. Und daß Kriegsmaschinen zwar technisches Können präsentieren, nicht aber Produktions-, sondern Destruktionsmittel sind, weiß jeder. Es schließt also die Produktivkraftentwicklung sogar den Ausschluß von Technikentwicklungen ein, die sich definitiv als inhuman erweisen.

fortschritte umbilden lassen. Nichtsdestoweniger aber gilt, daß die Produktivkraftentwicklung in der Technikentwicklung nur eines ihrer Potentiale besitzt. Die Technik ist *Mittel* der Produktivkraft, nicht deren *Subjekt*; vom letzteren hängt es ab, ob und wie die Technik produktiv in der konkreten Arbeit eingesetzt wird, ob und wie sie also die Verwirklichung der Produktivkraft vermittelt.

Produktivkraft und Produktivität in ökonomischen Maßarten¹

Mit Voraussetzung der Produktivkräfte als historisch gebildete Produktionsfähigkeiten der *Produzenten*, der Produktivität als Eigenschaft der *Produktion*² ist das Problem gegeben: Wie sind beide Vorstellungen für sich und in ihrem Zusammenhang zu begreifen? Es wird nachfolgend mittels des in den 20er Jahren von Julius Wallot begründeten, von anderen später weitergebildeten sogenannten Größenkalküls³ gelöst. Dieser ist das logische Fundament der Messung, weil letztere auf der Basis der Meßpraxis in *Meßurteilen*, den hinreichenden Bedingungen der *Begriffsbildung*, sprachlich ausgedrückt wird. Ist speziell das ökonomische Meßproblem zu lösen, und diese Aufgabe liegt der präzisen Bildung der Begriffe der Produktivkraft und Produktivität zugrunde, müssen die bekannten ökonomischen Kennziffern im Größenkalkül *erkannt* werden, was für die geforderte Verbesserung der wirtschaftlichen Rechnungsführung wie für die *sinnvolle* Anwendung der Mathematik in der Ökonomie unerlässlich ist. Wie immer die allgemeine Meßtheorie aufgefaßt werden mag, der Größenkalkül gehört zu ihr. Da seine Kenntnis nicht unmittelbar vorausgesetzt werden kann, seien zunächst Feststellungen zur Logik der Meßurteilszusammenhänge und der entsprechenden Begriffsbildungen getroffen.

1. Zum Kalkül der Maße und Maßarten

Wallot gibt zwei Meßurteilsarten an:

$$\frac{\text{Größe}}{\text{Einheit}} = \text{Zahlenwert der Größe; Größe} = \text{Zahlenwert mal Einheit.}^4$$

Beide unterscheiden sich durch die mit ihnen unterstellten Operationsarten, die gewöhnlich als mathematisch bestimmte Division und Multiplikation vorgestellt werden. Da beide einander wechselseitig bedingen, lassen sich die entsprechenden Meßurteile durch die aussagenlogische Bisubjunktion verknüpfen, die man mit „wechselseitiges Einschließen“ übersetzen kann und die mit $\leftrightarrow$ bezeichnet wird. Ist G eine Größe, $\{G\}$ der Zahlenwert der Größe, $[G]$ die Einheit, so ergibt diese logische Verknüpfung den *meßtheoretischen Schluß* $G / [G] = \{G\} \leftrightarrow G = \{G\} \cdot [G]$, in dem das im Kantschen Sinne *synthetische* Urteil $G / [G] = \{G\}$ mit dem im selben Sinne

1 Erstveröffentlichung: DZfPh 36(1988)3, S. 241–250. Formelschreibweise und Formelsatz wurden gemäß DIN 1338 angepasst.

2 Vgl. P. Ruben: Über die Produktivkräfte und ihre Entwicklung. In: DZfPh. Heft 11/1984

3 Vgl. J. Wallot: Größengleichungen, Einheiten und Dimensionen. 2. verb. Aufl. Leipzig 1957, G. Oberdorfer: Das Internationale Maßsystem und die Kritik seines Aufbaus. Leipzig 1969, W. Reichardt: Gleichungen in Naturwissenschaft und Technik. Leipzig 1983

4 Vgl. J. Wallot: Größengleichungen, S. 49f.

analytischen Urteil $G = \{G\} \cdot [G]$ verbunden ist.¹ Wallot hat diesen Schluß nicht gezogen; gleichwohl ist er bildbar, weil beide Urteile meßtheoretische Wahrheiten sind. Für verschiedene Größenarten G_i, G_j, G_k ist zu schließen: $G_i / G_j = G_k \leftrightarrow G_i = G_k \cdot G_j$, was unter logischen Gesichtspunkten besagt: Zwei Größenarten G_i und G_j stehen im *Verhältnis* zueinander genau dann, wenn dieses Verhältnis mit der Größenart G_j *vereinbar* ist. Größenarten für sich sind miteinander *unvergleichbar*, so daß $G_i \neq G_j$ für alle Größenarten gilt. Die logische Unvergleichbarkeit und die ebenso logische Vereinbarkeit verschiedener Größenarten werden übersehen, wenn man den angegebenen Schluß wie üblich liest: Der *Quotient* G_i / G_j ist der Größenart G_k genau dann gleich, wenn die Größenart G_i dem *Produkt* $G_k \cdot G_j$ gleich ist. So gelten Größenarten als rein *mathematische* Gegenstände, die der Division und Multiplikation unterworfen werden können. Allerdings wird einschränkend stets versichert, man meine z. B. bei der Quotientenbildung $l / t = v$ natürlich nicht, daß eine *Länge* (l) durch eine *Dauer* (t) zu „teilen“ sei, wenn eine *Geschwindigkeit* (v) zu ermitteln ist. Was aber positiv zu meinen ist, erfährt man nicht. Woran liegt das?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir philosophisch die *Kategorien* der Messung erfassen. Messen überhaupt ist *Vergleichen* objektiver Maße isolierter Meßobjekte mit subjektiven Maßen konstruierter Meßmittel.² Letztere werden im Messen aus Kopien der vorausgesetzten *Maßeinheit* additiv zusammengesetzt und stellen in dieser Vereinigung dann das Maß des Meßobjekts bis auf einen zulässigen Meßfehler genau dar, wenn die Messung positiv beendet ist. Das Maß überhaupt hat also *Doppelcharakter*. Es erscheint objektiv-real im *Meßobjekt* und subjektiv-real im *Meßmittel*. Abstrahiert man vom Meßfehler, so gewinnt man das *abstrakte* Maß, für das Meßobjekt und -mittel nur noch verschiedene Zeichen sind. In dieser Abstraktion verschwindet der Doppelcharakter des Maßes, und wir haben es allein mit dem einen *identischen*, aber eben *abstrakten* Maß zu tun. Die philosophische Auffassung der Messung beginnt damit, diese Abstraktion nicht als an sich gegeben, sondern als durch den *Verstand* vorgenommen zu begreifen. Das objektive Maß ist an sich gegeben, das subjektive Maß wird in der Messung von den Messenden gemacht und *widerspiegelt* ersteres. Die *Maßeinheit* ist derjenige gegenständliche Spiegel, den wir zur Gewinnung eines *Einheitsmaßes* als Abbild eines objektiven Originalmaßes erzeugen. Dieses Einheitsmaß stellt die Qualität (Dimension) der fraglichen Maßart oder Maßgattung dar *und* den artspezifischen Unterschied, genau *ein* Exemplar dieser Gattung zu sein. So ist das Einheitsmaß qualitativ das und quantitativ *ein* Exemplar seiner Maßart. Eine qualitätslose Messung gibt es nicht. Die Grundfrage einer Messung ist daher: Gibt es in der objektiven Realität ein Originalmaß derart, daß es mit dem Einheitsmaß

-
- 1 Vgl. I. Kant: Prolegomena zu einer jeden künftigen Metaphysik, die als Wissenschaft wird auftreten können. Hrsg. v. St. Dietzsch. Leipzig 1979. S. 17ff. Das synthetische Urteil enthält die Operation im Satzsubjekt, womit sie eine Aufgabe bedeutet. Das analytische Urteil enthält die Operation im Satzobjekt, womit sie das Operationsresultat als Vergleichsvoraussetzung meint.
 - 2 Zur Bedeutung der Erkenntnismittel in der Physik vgl. H.-H. v. Borzeszkowski/R. Wahsner: Physikalisches Erkenntnismittel und physikalische Realität. In: DZfPh. Heft 12/1986

einer zu konstruierenden Maßeinheit qualitativ treu abgebildet wird? Diese Frage beantwortet die Entwicklung der Meßtechnik praktisch. In der Logik der Meßurteilszusammenhänge wird die Antwort theoretisch als positiv gegeben vorausgesetzt. Sie ist nicht wirklich gegeben, wenn Einheiten verwendet werden, zu denen kein Meßverfahren erklärt ist. Mit ihnen wird nicht gemessen, sondern nur gerechnet. Berechnen kann man alles *Mögliche*, messen nur das *Wirkliche*. Zählen und Messen in ihrem wesentlichen Unterschied zu verstehen, ist daher die *Conditio sine qua non* jeder vernünftigen Auffassung des Meßproblems.¹ Das Verständnis des *ökonomischen* Meßproblems beginnt mit der Erkenntnis, daß *Recheneinheiten* nicht *a priori Maßeinheiten* sind.

Das gegenständliche Tun im Messen betrifft die Meßobjekte und -mittel. Was wir aber in Meßurteilen aussagen, betrifft die von ihm dargestellten objektiven und subjektiven Maße, betrifft also nicht Dinge, sondern Eigenschaften derselben. Das Erkennen im Messen thematisiert somit Inhalte bzw. Intensionen von Dingen, macht qualitativ und quantitativ bestimmte Eigenschaften zu Erkenntnisgegenständen im genauen Sinne des Anfangs der Hegelschen „Phänomenologie“.² In Meßurteilen ist daher nie von Meßobjekten und -mitteln, auch nie von Maßeinheiten die Rede, sondern immer nur von Maßen, elementar von objektiven Originalmaßen und subjektiven Einheitsmaßen. Daher müssen wir Wallots Sprachgebrauch ändern: Was er „Größe“ nennt, muß „Maß“ heißen. Was er „Einheit“ nennt, muß „Einheitsmaß“ heißen. Daher muß, was er irreführend „Zahlenwert der Größe“ nennt, in Wahrheit „Größe“ oder „Quantität“ heißen. Ist dann M_{jk} ein Maß der k -ten Qualität des i -ten Meßobjekts, so ist $M_{ik} = \{M_{ik}\} \cdot [M_k] + \Delta M_{ik}$ das *praktische* Meßurteil mit der Größe $\{M_{ik}\}$, dem Einheitsmaß $[M_k]$ und dem Meßfehler ΔM_{ik} . Unter Voraussetzung, daß $\Delta M_{ik} / [M_k] = 0$ gilt, d. i. ein synthetisches Urteil *a priori* im Sinne Kants³, gewinnen wir das *theoretische* Meßurteil $M_{jk} = \{M_{ik}\} \cdot [M_k]$, das das Maß im genauen Sinne Hegels als Einheit der Quantität (Größe) und Qualität (Dimension) angibt.⁴

Daß das so ist, wird erkennbar, wenn wir die mit / und $\cdot$ bezeichneten Operationen der Messung nach ihrer logischen Natur erfassen. Da Maße keine Zahlen sind und Operationen *konkret* stets Handlungen an *ihren* Gegenständen, dürfen die

1 Zu Messen und Zählen vgl. H. v. Helmholtz: Zählen und Messen, erkenntnistheoretisch betrachtet. In: H. v. Helmholtz: Philosophische Vorträge und Aufsätze. Hrsg. v. H. Hörz u. S. Wollgast. Berlin 1971; R. Rompe/H.-J. Treder: Zählen und Messen. Berlin 1985

2 Vgl. G. W. F. Hegel: Phänomenologie des Geistes. Hrsg. v. J. Hoffmeister. Berlin 1964. S. 79–102. Das „Diese“ Hegels bezeichnet das sinnlich-gegenständliche Ding, das „Allgemeine“ dessen durch das Erkennen thematisierte Eigenschaft, die damit der Erkenntnisgegenstand ist, das Ding des Verstandes.

3 Vgl. I. Kant: Prolegomena ... S. 19ff.

4 Vgl. G. W. F. Hegel: Wissenschaft der Logik. 1. Teil. Hrsg. v. G. Lasson. Leipzig 1951. S. 340. Hegel verkehrt allerdings den Zusammenhang der Quantität und Qualität, indem er sagt: „Das Maß ist das qualitative Quantum.“ (G. W. F. Hegel: Encyclopädie der philosophischen Wissenschaften. Hrsg. v. J. Hoffmeister. Leipzig 1947. S. 121) So ist nicht das Maß, sondern die Maßeinheit und jede Maßeinheitenverknüpfung bestimmt. Es muß daher gesagt werden: Das Maß ist die quantitative Qualität.

Operationen an und mit Maßen nicht mit den *mathematisch* bestimmten Handlungen an *Zahlen* verwechselt werden. Von den Maßen zu den Zahlen gelangen wir *intensional* über den *Größenvergleich*, *extensional* über den Vergleich der *Meßmittel*, die als *Mengen* von Einheitenkopien bestimmt sind. Jedes Einheitsmaß stimmt mit jedem anderen darin überein, die mathematische Eigenschaft, *eins* zu sein, als seine Gattungsbestimmung zu enthalten. Daher hat jede Maßeinheit mathematisch die Bedeutung einer Ziffer zur Bezeichnung der natürlichen Zahl 1. Jedes Maß enthält im selben Sinne eine reelle Zahl r als sein mathematisches Allgemeines (das subjektive Maß im praktischen Meßurteil eine rationale Zahl). Daher nimmt der meßtheoretische Schluß in der mathematischen Anschauung die Form $r / 1 = r \leftrightarrow r = r \cdot 1$ an, in der nun wirklich von Division und Multiplikation als mathematisch bestimmten Operationen die Rede ist, die konkret in Einheit mit ihren Gegenständen und Resultaten, den *Zahlen* bzw. Zahlensystemen (z. B. Matrizen), bestimmt sind. Der wirkliche meßtheoretische Schluß lautet aber in der revidierten Sprache:

$$(1) M_{ik} / [M_{ik}] = \{M_{ik}\} \leftrightarrow M_{ik} = \{M_{ik}\} \cdot [M_k] \text{ für alle } [M_k] \text{ und } M_{ik}.$$

Indem er von *Maßen* handelt, sind $/$ und $\cdot$ Zeichen für Handlungen an und mit Gegenständen, die sich durch *besondere Qualitäten* von den Zahlen unterscheiden, daher selbst von den mathematischen Operationen unterscheidbar sein müssen. Für die Maßarten gilt:

$$(2) M_i / M_j = M_k \leftrightarrow M_i = M_k \cdot M_j \text{ für alle } M_i, M_j \text{ und } M_k;$$

damit ist klar erkennbar, daß $/$ und $\cdot$ meßtheoretisch Operationen bezeichnen, die Gegenstände miteinander verknüpfen, die als *Inhalte* oder *Intensionen* gerade die Erkenntnisgegenstände der intensionalen oder Inhaltslogik¹ sind. Sie thematisiert die „Handlung, verschiedene Vorstellungen zueinander hinzuzutun und ihre Mannigfaltigkeit in einer Erkenntnis zu begreifen“, die Kant der Gattung nach „Synthesis“ genannt hat, ohne Arten derselben anzugeben.²

Die philosophische Erkenntnis der Messung erfordert mit dieser Sicht die Klärung des Zusammenhangs der Inhaltslogik mit der Logik der Meßurteilsbeziehungen, eine Aufgabe, die hier natürlich nur proklamiert werden kann. Es sei allein festgestellt: Die mit $/$ bezeichnete Operation ist die Verhältnisbildung bzw. das inhaltslogische Einschließen, womit $M_{ik} / [M_k]$ das Verhältnis des Maßes zum Einheitsmaß bzw. der Einschluß der durch $[M_k]$ dargestellten Gattung in die durch M_{ik} vertretene Art dieser Gattung ist. Die mit $\cdot$ bezeichnete Operation ist die Vereinigung oder das inhaltslogische Zusammenschließen, womit $\{M_{ik}\} \cdot [M_k]$ die Einheit bzw. der Zusammenschluß der

1 Vgl. R. Kauppi: Einführung in die Theorie der Begriffssysteme. Tampere 1967; B. Hartmann: Zur Inhaltslogik. (Diss.) Berlin 1975. Leider haben die Inhaltslogiker bisher die Meßurteilszusammenhänge nicht untersucht. Das liegt möglicherweise daran, daß zwar alles Messen Vergleichen, aber nicht alles Vergleichen Messen ist.

2 I. Kant: Kritik der reinen Vernunft. Hrsg. v. R. Schmidt. Leipzig 1979. S. 147

Quantität (Größe) mit der Qualität (Dimension) im genauen Sinne Hegels ist.¹ Weitere Schlüsse sind:

$$(3) M_{ik} - M_{jk} = M_{lk} \leftrightarrow M_{ik} = M_{lk} + M_{jk} \text{ für alle } M_{ik}, M_{jk}, M_{lk}.$$

Darin wird das intensionale *Ausschließen* gleichartiger Maße voneinander auf das entsprechende *Anschließen* derselben aneinander bezogen. Insbesondere gilt das Urteil $M_{ik} + (-M_{ik}) = 0 \cdot [M_k]$, womit das *negative Maß* $-M_{ik}$ als die Inverse beim inhaltslogischen Anschließen erklärt ist, eine „negative Größe“, die in der Philosophie einzig von Kant thematisiert worden ist.² Der so erklärte Gegensatzbegriff hat für die Ökonomie bei der Fassung des *Kostenbegriffs* erhebliche Bedeutung. Ebenso wird er zum Ausdruck von *Schulden* wie endlich zur Formulierung eines präzisen *Kapitalbegriffs* gebraucht.

$$(4) M_i / M_j = M_k \wedge M_k = M_h / M_l \rightarrow M_i / M_j = M_h / M_l$$

für alle Maßarten M_i, M_j, M_k, M_h, M_l .

Das ist der bekannte Schluß der Drittengleichheit, in dem $\wedge$ das aussagenlogische Zusammenschließen (Konjunktion) und $\rightarrow$ das aussagenlogische Einschließen (Subjunktion) meinen. Hegel nennt ihn den „mathematischen Schluß“³, woran deutlich wird, daß er Messen und Zählen nicht zu unterscheiden wußte. Ökonomisch ist dieser Schluß sehr wichtig zur Auflösung der Kontroverse über die exklusive Vorstellung verschiedener *Werterscheinungen*, die unter den Namen *Tauschwert*, *Arbeitswert*, *Bedürfniswert* bekannt sind.

Für die Einführung des Kalküls der Maße und Maßarten in die Ökonomie ist nun wesentlich zu erkennen, ob die gegebene Wirtschaftsrechnung nicht bereits Elemente desselben enthält; damit würde solche „Einführung“ vielmehr eine Ausführung dessen, was als *Bekanntes* aber noch zu *erkennen* ist. Um zu zeigen, daß dem so ist, wenden wir uns der Analyse der bekannten ökonomischen Kennziffer der Arbeitsproduktivität mit der Frage zu, ob sie nicht eine definierte ökonomische Maßart sei (eine, wie man sonst sagt, „abgeleitete Größenart“). Über diesen Weg gewinnen wir auch die Begriffe der Produktivkraft und der Produktivität.

1 Es ist zu bemerken, daß die Vereinung der Quantität mit der Qualität offenbar nichtkommutativ ist, so daß $[M_k] \cdot \{M_{ik}\}$ kein Term eines elementaren Meßurteils darstellt. In der Umgangssprache erkennt man das in der Tatsache, daß die Quantität durch ein Adjektiv, die Qualität durch ein Substantiv bezeichnet wird. Ebenso wenig ist $M_{ik} / \{M_{ik}\}$ ein Meßurteilsterm.

2 Vgl. I. Kant: Versuch, den Begriff der negativen Größen in die Weltweisheit einzuführen. In: I. Kant: Kleine philosophische Schriften. Hrsg. v. D. Bergner. Leipzig 1962

3 G.W. F. Hegel: Wissenschaft der Logik. 2. Teil. Hrsg. v. G. Lasson. Leipzig 1951. S. 236

2. Arbeitsproduktivität und Produktivkraft

Gerhard Köhler und Karl-Heinz Reuß geben folgenden Ausdruck als geltend an:

$$\text{„Arbeitsproduktivität“} = \frac{\text{Warenproduktion}}{\text{Arbeitskräfte}} \cdot {}^{\text{“1”}}$$

Ersichtlich hat dieser Ausdruck die *Form* einer Maßartengleichung, wenn in ihm = die inhaltslogische Gleichheit, [oder] die Form einer *Definition*, falls =_{df} vielmehr die inhaltslogische Identität bedeutet. Wären in ihm die Wörter *Warenproduktion* und *Arbeitskräfte* Namen ökonomischer Maßarten, so wäre der Ausdruck entweder ein ökonomisches Urteil, falls die Gleichheit, oder ein ökonomischer Begriff, falls die Identität gemeint ist.

Nun weiß jeder, daß die Warenproduktion in der Planabrechnung durch eine Geldmenge äquivalent angegeben wird: „Warenproduktion des Betriebes $X = y$ Mark“.

Das Geld aber ist nach Marx „Maß der Werte“², eine Geldmenge daher Darstellungsmittel für ein Wertmaß. Mit dieser Auffassung bedeutet „Warenproduktion“ für die Planabrechnung dasselbe wie „Warenwert“ – und eine ökonomische Maßart. Daß der Wert eine solche ist, hat die Geldtheorie als Beantwortung der Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit ökonomischer Wertmessung zu begründen. Ihre Antwort ist hier als positiv gegeben vorausgesetzt. Ist dann g das Werteinheitsmaß (1 Mark, 1 Rubel, klar zu unterscheiden von den Geldmünzen und -scheinen, die diese Wertmaße gegenständlich darstellen und damit Kopien der Maßeinheit des Werts sind), so ist $w_x = r_w \cdot g$ die meßtheoretisch bestimmte Wiedergabe des Urteils: Wert des Produkts von $X = r_w$ Mark. Darin ist $w_x = r_w \cdot g$ das Wertmaß dieses Produkts, $r_w = w_x / g$ dagegen die Wertgröße desselben. Meint also „Warenproduktion“ in diesem Sinne ein Wertmaß, so ist das Wort Name einer ökonomischen Maßart.

Wie steht es um den meßtheoretischen Sinn von „Arbeitskräfte“? Gewiß kennen nicht wenige die *Vollbeschäftigteneinheit* (VbE) der sozialistischen Wirtschaftsrechnung. Sie ist die Maßeinheit der Arbeitskraft mit folgender Meßvorschrift: Ein Werk-tätiger realisiert 1 VbE genau dann, wenn er gemäß der gesetzlich oder vertraglich bestimmten Arbeitszeit t_0^A nach der vorausgesetzten Leistungsnorm L_{0k} für die k -te Arbeitsart die konkrete, *lebendige* Arbeit $A_{ik} = L_{0k} \cdot t_0^A$ verrichtet. Arbeitet der Werk-tätige i in gleicher Weise halbtags, verwirklicht er 0,5 VbE; wird von 5 Arbeitstagen in der Woche vertragsmäßig an 3 Tagen gearbeitet, so werden 0,6 VbE realisiert.

-
- 1 G. Köhler/K.-H. Reuß: Bilanzierung. Methode der sozialistischen Planwirtschaft zur Leistungs- und Effektivitätssteigerung. Berlin 1984. S. 25. Diese Angabe gilt hier als Exemplar einer Fülle gleicher oder ähnlicher Darstellungen, unter denen manche auch problematisch sind, weil das Zählen nicht vom Messen unterschieden wird. Die kritische Beurteilung der verschiedenen Vorschläge zur Messung der Arbeitsproduktivität bildet einen ganz anderen Gegenstand, der erst unter Voraussetzung der Klarheit über die Natur der Messung behandelt werden kann.
 - 2 K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, In: MEW. Bd. 13. S. 52ff.; K. Marx: Das Kapital. I. Bd. In: MEW. Bd. 23. S. 109ff.

Nun unterstellt diese Meßvorschrift allerdings gar kein *Arbeitskraft*maß, sondern Maße der *Arbeitszeit* und des *Arbeitsstroms*, der auch „Leistung“ heißt (eine Leistung, die scharf von der wirtschaftstheoretischen Vorstellung jener „Leistung“ zu unterscheiden ist, die durch Geldmengen bestimmt wird und besser „ökonomische Wirkung“ heißen sollte). Wieso ist mit ihr dennoch die VbE als Maßeinheit der aufgewandten *Arbeitskraft* zu denken? Um das zu verstehen, müssen wir die *einfache* Arbeit im Marxschen Sinne¹ betrachten, die es nach Meinung der bürgerlichen Nationalökonomie gar nicht geben soll. Sie wird durch jede Transportarbeit ohne Verwendung von Transportmitteln verwirklicht, besteht also darin, eine Last vom Erzeugungs- zum Verbrauchsort zu tragen, womit ökonomisch nach Marx ein Gebrauchswert oder Nutzen erzeugt wird, nämlich die Ortsveränderung des Produkts.² Wo nötige Transportarbeit nicht verrichtet wird, können Produkte verrotten und damit unmöglich Gebrauchswerte haben. Die in der Ortsveränderung des Produkts hervorgebrachte Strecke hat natürlich, wie wir aus der Physik wissen, ein Maß, das ebensosehr ein ökonomisches Maß ist, falls die Strecke eine Gebrauchswerteinheitenmenge darstellt. Das entsprechende ökonomische Einheitsmaß ist der bekannte Transportkilometer (oder einer seiner Teile). Nennen wir den Gebrauchswert oder Nutzen der Transportarbeit N_T , so hat das zugehörige Meßurteil die Form $N_T = r_N \cdot \text{km}$, in der $r_N = N_T \cdot \text{km}^{-1}$ die Gebrauchswertgröße des in der Transportarbeit geschaffenen Produkts ist. N_T ist physikalisch die Länge (l) des realisierten Wegs, womit wir hier eine wesentliche „Berührung zwischen Physik und Ökonomie“³ besitzen. Indem nämlich die Physik für die Transportarbeit die Maßartengleichung $A = K \cdot l$ feststellt und zugleich $K \cdot l = L \cdot t^A$ erkennt, ist durch sie erklärt, daß $K = L \cdot t^A / l$ gilt. Das aber ist eben die Bestimmung der Kraft, die in der im ökonomischen Sinne einfachen Arbeit, modelliert durch die mittellose Transportarbeit, verwirklicht wird. Bezeichnen wir die ökonomisch aufgefaßte Arbeitskraft mit K^A , so gilt mithin der Schluß:

$$(5) N_T = l \rightarrow A_T^l / K^A = A / K,$$

der die Übereinstimmung des Gebrauchswerts der einfachen Transportarbeit mit der Weglänge als hinreichende Bedingung für die Identifikation der ökonomischen Arbeitskraft mit der physikalischen Kraft annimmt, die Menschen beim Lastentragen aufwenden.

Mit dieser Feststellung muß auch $A_T^l = K^A \cdot N_T = L_T \cdot t^A$ gelten und daher das Arbeitskraftmaß durch $K_0^A = L_{0T} \cdot t_0^A / N_{0T}$ gegeben sein. Das ist es, was die VbE in der einfachen Transportarbeit darstellt oder widerspiegelt. Somit ist in dieser Deutung „Arbeitskräfte“ Name einer ökonomischen Maßart wenigstens für die einfache, d. h.

1 Vgl. K. Marx: Das Kapital. 1. Bd. A. a. O. S. 59

2 Vgl. K. Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW. Bd. 42. S. 428–430, 535; K. Marx: Das Kapital. 2. Bd. In: MEW. Bd. 24. S. 150ff. Wenn Händler selbst die Transportarbeit verrichten, sind sie daher produktive Arbeiter, sofern „produktive Arbeit“ Gebrauchswertbildung meint.

3 H. Koziolok/R. Schwarz: Berührungen zwischen Physik und Ökonomie. Berlin 1986

ohne Produktionsmittel zu verrichtende Arbeit. Können wir die Interpretation verallgemeinern?

Erstens versteht sich, daß jede ökonomisch sinnvolle Arbeit A_k^l mit $k = 1, \dots, n$ einen Gebrauchswert oder Nutzen N_k hervorbringt.

Zweitens wissen wir, daß sie sich in einem Lohneinkommen reflektiert, das seinerseits einen Wertstrom darstellt. Mit diesen Voraussetzungen ist jene Verallgemeinerung zu erreichen, wenn wir erklären, wie meßtheoretisch korrekt der Zusammenhang des Werts mit dem Gebrauchswert beschaffen ist. Diesen Zusammenhang *kennt* jeder Händler, wenn er ihn auch nicht *erkennt*. Auf die Frage „Was ist der Wert?“ wird er uns antworten: Wert gleich Preis mal Menge. Das Wort *Menge* meint in dieser Antwort natürlich nicht eine *mathematische* Menge, die eine Kardinalzahl darstellt, sondern eine *ökonomische* Menge artbestimmter Produkte, die ihrerseits alle als mit einer Gebrauchswerteinheit (GWE) dieser Art nach ihrem Nutzen übereinstimmend im Austausch beurteilt worden sind. Es handelt sich also um eine Menge von Kopien der Gebrauchswerteinheit¹ einer Produktart, die den Nutzen N_{ik} hat. Daher ist die Händlerantwort meßtheoretisch durch $w = p \cdot N_k$ zu übersetzen, d. i. eine ökonomische Maßartengleichung, die mit

$$(6) \ w / N_k = p \leftrightarrow w = p \cdot N_k$$

nach der Regel (2) bestimmt ist und mit p den Preis als einen ökonomischen Begriff mit der Definition $p =_{\text{df}} w / N_k$ für $k = 1, \dots, n$ enthält. Der Preis unterscheidet sich damit grundsätzlich vom Wert. Er wird nicht durch eine Geldmenge vorgestellt, sondern durch das *Verhältnis* einer Geldmenge zur Gebrauchswerteinheit.

Die durch das intensionale Urteil $w = p \cdot N_k$ gegebene Wertbestimmung stellt den *Tauschwert* dar und zeigt mithin, daß der Preis das *Verhältnis* des Werts zum Gebrauchswert bzw. Nutzen ist. Mit dieser Bestimmung gilt für den Gebrauchswert $N_k = w / p$ überhaupt und so auch für den von der einfachen Arbeit geschaffenen Gebrauchswert $N_T = w / p$. Wenn aber jeder Gebrauchswert N_k durch ein Wert-Preis-Verhältnis bestimmt ist, so können wir uns von der Beschränkung auf die einfache Transportarbeit frei machen: Mit $A_T^l = K^A \cdot N_T$ gilt auch $A_T^l = K^A \cdot w / p$, worin die Bestimmung der Transportarbeit *unabhängig* von dem artbestimmten Gebrauchswert dieser Produktion gegeben ist. Das aber führt uns umgekehrt zu der Feststellung, daß für jede lebendige Arbeit $A_T^l = K^A \cdot w / p = K^A \cdot N_k$ gelten muß. Dies bedeutet, daß die VbE überhaupt das Kraftmaß $K_0 = L_{0T} \cdot t_0^A / N_{0k}$ abbildet. Und damit ist sie eine wohldefinierte Maßeinheit, wenngleich das von ihr reflektierte Einheitsmaß der

1 Solche Gebrauchswerteinheiten definiert z. B. unsere Landwirtschaft: Eine Getreideeinheit ist derjenigen Erzeugnismenge der Pflanzenproduktion gleich, die den Nährstoffgehalt von 1 t Gerste hat. Eine Großvieheinheit ist derjenigen Erzeugnismenge der Tierproduktion gleich, die ein Tier von 500 kg Lebendgewicht darstellt. Unsere Plankommission kennt wohl an die zwei Millionen Erzeugnisarten, womit die enormen meßtechnischen Aufgaben der Ökonomie deutlich sind.

Arbeitskraft namenlos existiert. Demnach bedeutet bei dieser Interpretation „Arbeitskräfte“ im oben zitierten Ausdruck ebenfalls eine ökonomische Maßart.

Somit ist unter den angegebenen Bedingungen erwiesen, daß die zitierte Erklärung der Arbeitsproduktivität exakt die Definition einer ökonomischen Maßart ist, die wir mit der Bezeichnung π^A für die Arbeitsproduktivität auch kurz durch $\pi^A =_{\text{df}} w / K^A$ wiedergeben können. Die Arbeitsproduktivität ist demgemäß durch das *Verhältnis* des Werterlöses zum Arbeitskraftaufwand bestimmt:

$$(7) \quad w / K^A = \pi^A \leftrightarrow w = \pi^A \cdot K^A.$$

Die mit dem Urteil $w = \pi^A \cdot K^A$ gegebene Wertbestimmung stellt den *Arbeitswert* dar, weil die Arbeitsproduktivität als Wert-Arbeitskraft-Verhältnis erklärt ist. Da sowohl im *Tausch*- wie im *Arbeitswert* natürlich vom *Wert* die Rede ist, widersprechen beide Bestimmungen einander nicht, sondern implizieren nach der Drittengleichheit die Feststellung

$$p \cdot N_k = \pi^A \cdot K^A,$$

womit gesagt ist, daß die Arbeitsproduktivität steigt, wenn die Preise steigen oder die Gebrauchswerte (natürlich die realisierten), oder die Arbeitskraftaufwendung sinkt.

Auch die bürgerliche Nationalökonomie kennt eine *productivity of labour* (p^l) und für sie sogar die Form des Begriffs. Sie definiert: $p^l =_{\text{df}} Q / L$ mit Q als sogenanntem Output und L als labour. Was aber ist der *Inhalt* dieser Form? Einmal darf Q ein Gebrauchswertmaß N_{ik} sein, ein anderes Mal eine Dollarmenge, die ein Wertmaß w_i darstellt. Einmal darf L eine Arbeiteranzahl sein, die überhaupt kein Maß ist, ein anderes Mal wird L durch die employee-hour (Beschäftigtenstunde) gemessen, die weder die *Arbeit* noch die *Arbeitskraft*, sondern die *Arbeitszeit* mißt.¹ Damit stellt die Form $p^l = Q/L$ genau keinen bestimmten ökonomischen Inhalt dar, sondern einen gemischten Dimensionssalat, der in der Wissenschaft nichts zu suchen hat, für Vulgäranschauung aber jederzeit charakteristisch ist. Die Verhältnisse N_k / t^A und w / t^A haben selbstverständlich ökonomischen Sinn, aber sie sind vom Verhältnis w / K^A strikt verschieden. Und bedeutet dies die Arbeitsproduktivität, so können jene solche Bestimmungen nicht sein.²

Mit der Bestimmung der Arbeitskraft $K^A = A_k^l / N_k$ haben wir nun den direkten Zugang zum *Begriff* der Produktivkraft (K^P) in der Hand. Jeder Ökonom wird sofort zustimmen, wenn die *Senkung* des Arbeitskraftaufwands als die wesentliche Erscheinung der Produktivkraftsteigerung bezeichnet wird. Wenn das wahr ist, muß die

1 Vgl.: National Research Council. Panel to Review Productivity Statistics (Chairman: A. Rees): Measurement and Interpretation of Productivity. Washington/D.C., 1979. S. 26

2 Wegen $K^A \cdot N_k = A_k^l = L_k \cdot t^A$ ist $N_k / t^A = L_k / K^A$ die Bestimmung der Arbeitsintensität. G. Quaas nennt sie „der Kürze halber ... einfach ... Produktivkraft“. (G. Quaas: Die quantitativen Verhältnisse bei Wertbildung und Wertübertragung im Produktionsprozeß von Waren. In: Wirtschaftswissenschaft. Heft 10/1985. S. 1501) Das Benennen auch „der Kürze halber“ liefert nie einen Begriff, immer eine Vorstellung, deren Korrektheit noch zu klären ist. Die Arbeitsintensität als Produktivkraft vorzustellen, ist sicher nicht ökonomisch sinnvoll.

Produktivkraft invers zur Arbeitskraft bestimmt sein. Und eben so sagt es auch Marx: „Dieselbe Arbeit ... liefert in demselben Zeitraum verschiedene Quanta Gebrauchswerte, mehr, wenn die Produktivkraft steigt, weniger, wenn sie sinkt.“¹ Somit muß

$$(8) N_K / A_T^l = K_k^P \leftrightarrow N_k = K_k \cdot A_k^l$$

gelten, die Produktivkraft durch $K_k^P =_{\text{df}} N_k / A_k^l$ definiert werden. Diese Definition halte ich für die adäquate Explikation des Marxschen Produktivkraftbegriffs. Mit ihr ist klar, daß ein Wirtschaftssystem soviel Produktivkraftarten wie Arbeitsarten umfaßt, während die individuellen Produktivkräfte von genau den Personen geäußert werden, die auch Arbeitskraft aufwenden. Die Produktivkraft ist mit der Arbeitskraft durch die Bestimmung

$$K_k^P \cdot K^A = [K^A / K^A] = [1] \text{ verbunden,}$$

in der [1] die sogenannte *Dimension 1* ist.² Diese Bestimmung ist für die Erkenntnis der „inneren Logik in der Entwicklung der Produktivkräfte“³ grundlegend. Sie zeigt, daß die Produktivkraft nur mit der Senkung des Aufwands an Arbeitskraft steigt, also mit der Freisetzung von Arbeitskräften. Aber die Produktivkraftsteigerung ist noch keine Produktivkraftentwicklung. Diese wird erst verwirklicht, wenn die mit der Produktivkraftsteigerung freigesetzte Arbeitskraft in *neuen Arbeitsarten* und daher mit *neuen* Produktivkräften verbunden eingesetzt wird. Da unter kapitalistischen Bedingungen die Kapitaleigner zwar die Arbeitskraft freisetzen können, aber nicht die neuen Arbeitsbedingungen besitzen, vollzieht sich hier der Prozeß der Produktivkraftentwicklung quasi-darwinistisch in „langen Wellen“⁴, die regelmäßig durch eine Depressionsphase der Massenarbeitslosigkeit charakterisiert sind. Sie ist die logische Folge der Produktivkraftsteigerung, die ihrerseits aber nicht a priori neue Investitionsmöglichkeiten schafft, weshalb die „neuen Konservativen“ Schumpeters Unternehmertum beschwören und die Arbeitslosigkeit – Arbeitslosigkeit sein lassen.

Es ist klar, daß mit der gegebenen Definition der Produktivkraft Produktionsmittel weder Produktivkräfte *haben* noch *sein* können. Sie besitzen vielmehr ökonomisch die Qualität des *Gebrauchswerts*, womit die Behauptung der Produktionsmittel als Produktivkräfte die Kontradiktion $N_k = K_k^P$ als gültig ausgibt, also einen inhaltslogischen Widerspruch formuliert, der immer die Falschheit an sich ist. Wahr aber ist die Behauptung $N_k \sim K_k^P$ d. i. die Feststellung der Proportionalität oder *Entsprechung* von Gebrauchswert und Produktivkraft, speziell von Produktionsmitteln und Produktivkraftträgern. Und so haben es die Klassiker auch gesehen: Die Aneignung der „vorhandenen Totalität von Produktivkräften ... ist selbst weiter nichts als die

1 K. Marx: Das Kapital. 1. Bd. A. a. O. S. 61

2 Vgl. W. Reichardt: Gleichungen ... S. 23

3 H. Nick: Zur Dialektik in der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse sowie zur inneren Logik in der Entwicklung der Produktivkräfte. In: DZfPh. Heft 10/1980

4 T. Kuczynski: Das Problem der „langen Wellen“ – einige Überlegungen. In: T. Kuczynski (Hrsg.): Wirtschaftsgeschichte und Mathematik. Berlin 1985

Entwicklung der den materiellen Produktionsinstrumenten entsprechenden individuellen Fähigkeiten.“¹ Welche Produktivkräfte wir also haben, zeigen wir im Umgang mit unseren Produktionsmitteln bei der Wertbildung.

3. Der allgemeine Wertbegriff und die Produktivität

1970 hat A. Bródy eine dritte Wertbestimmung gegeben, indem er Wertbestände der Dimension $[w]$ von Wertströmen der Dimension $[w / t]$ unterschieden und die marxistische These vom wertbildenden Charakter der Arbeit vorausgesetzt hat: „Die Größe der angewandten Arbeit $[A \cdot t]$ bildet den Wert. Daraus folgt, daß $[A] = [w \cdot t^{-1}]$ gilt, Arbeit die Dimension eines Wertstroms hat.“² Diese wichtige Erkenntnis verbindet Bródy sogleich mit dem Zweifel an der ökonomischen Meßbarkeit der Arbeit – eine sehr paradoxe Bekundung, da doch mit $[w] = g$ und $[t] = h$ ohne Zweifel $[A] = g \cdot h^{-1}$ für die Einheitsmaße gelten, also Bródy's Arbeit als Wert-Zeit-Verhältnis unbedingt durch das Geld-Stunden-Verhältnis gemessen werden kann. Wieso eigentlich zweifelt Bródy an der Arbeitsmessung, deren Möglichkeit er zuvor exakt begründet?

Die Dimension $[w / t]$ charakterisiert das, was man sonst auch *Einkommen (E)* nennt. Als *Geldeinkommen* stellt es eine Geldmenge pro Dauer, als *physisches Einkommen* aber das dar, was von der im Marxschen Sinne *vergegenständlichten* Arbeit effektiv produktiv und konsumtiv verbraucht (verwertet) wird. Somit hat Bródy die Dimension der vergegenständlichten Arbeit angegeben. Es ist daher ganz verständlich, wenn die Anschauung der *lebendigen* Arbeit den Zweifel induziert, ob sie mit $[w / t]$ der Dimension nach bestimmt sei. Nach den obigen Darlegungen ist das klarerweise nicht der Fall, und wir haben das Problem: Was haben die Dimensionen $[w / t]$ der vergegenständlichten Arbeit (A^g) und $[K^A \cdot N_k]$ der lebendigen Arbeit miteinander zu tun? Die Beantwortung dieser Frage hebt Bródy's Zweifel auf. Sie ist in der Ökonomie einzig von Marx immanent mit der Feststellung vom Austausch der lebendigen gegen die vergegenständlichte Arbeit gegeben worden.

Um sie zu verstehen, müssen wir zunächst auf Marx' Analyse der ökonomischen Zeit hinweisen, nach der die *Arbeitszeit* t^A ein Teil der *Produktionszeit* t^P ist: $t^A \leq t^P$. Diejenige Produktionsdauer, die nicht Arbeitszeit ist (in welcher der Landwirt auf Wachstum von Pflanzen und Tieren wartet, der Weinproduzent auf die Gärung etc.), heiße „natürliche Produktionszeit“ (t^N). Dann gilt mit Marx: $t^P = t^A + t^N$. Weiter bildet nun die Produktionsdauer zusammen mit der *Zirkulationszeit* t^Z die Umsatz- oder Zyklusdauer t^U . Mithin gilt insgesamt: $t^U = t^A + t^N + t^Z$.³ Die Zirkulationszeit insbesondere ist unabhängig von der Besonderheit einer historisch bestimmten ökonomischen

1 K. Marx/F. Engels: Die deutsche Ideologie. In: MEW. Bd. 3, S. 67f

2 A. Bródy: Proportions, Prices and Planning. Budapest 1970. S. 97

3 Vgl. K. Marx: Das Kapital. 2. Bd. A. a. O., S. 154ff.

Formation diejenige Zeit, in der der Produzent auf den Absatz seines Produkts am Zirkulations- oder Verbrauchsort wartet. Die Zyklusdauer t^U ist wohl die Zeit, die Bródy bei der Dimensionsbestimmung der vergegenständlichten Arbeit meint, so daß gilt $[A^g] = [w / t^U]$. Also lautet unsere Frage jetzt: Was haben die Dimensionen $[K^A \cdot N_k]$ und $[w / t^U]$ miteinander zu tun? Darauf Marx: „Der Prozeß erlischt im Produkt. ... Die Arbeit ... ist vergegenständlicht, und der Gegenstand ist verarbeitet. Was auf seiten des Arbeiters in der Form der Unruhe erschien, erscheint nun als ruhende Eigenschaft, in der Form des Seins, auf seiten des Produkts.“¹ Diese Beschreibung verstehe ich als Feststellung der Übereinstimmung der lebendigen mit der vergegenständlichten Arbeit, womit die ökonomische Geltung von $[K^A \cdot N_k] = [w / t^U]$ für $k = 1, \dots, n$ angenommen ist.

Setzt man voraus, daß *alle* vergegenständlichte Arbeit auch verwertet wird, so bedeutet dies den *äquivalenten* Austausch der lebendigen mit der vergegenständlichten Arbeit unter der *allgemeinen* Wertbestimmung

$$w = K^A \cdot N_k \cdot t^U = N_k \cdot t^U / K_k^P = \pi^A / K_k^P.$$

Für sie gilt der ökonomische Schluß:

$$(9) \frac{w}{K^A N_k t^U} = [1] \leftrightarrow w = K^A \cdot N_k \cdot t^U \text{ mit } k = 1, \dots, n.$$

Und der allgemeine *Wertbegriff* wird mittels Abstraktion gewonnen. Mit ihm sind Arbeitskraft-, Gebrauchswert- und Umsatzzeitmessung die Grundmeßarten der Ökonomie, während der Geldwert als Verknüpfung der Einheitsmaße $g = [K^A] \cdot [N_k] \cdot h$ konstituiert ist. Zugleich ist klar, daß die verschiedenen Werterscheinungen samt und sonders dadurch zustande kommen, daß der Wert jeweils in ein spezielles Verhältnis zu einer seiner *einzelnen* Grundmaßarten gesetzt wird: w / K^A (Arbeitsproduktivität), w / N_k (Preis), w / t^U (Einkommen), womit

$$w = (w / K^A) \cdot K^A = (w / N_k) \cdot N_k = (w / t^U) \cdot t^U \text{ gilt,}$$

also der Streit um exklusive Geltung einer *besonderen* Wertbestimmung überflüssig ist, weil sie immer den allgemeinen Wert unterstellt. Ihn hat v. Thünen unter dem Namen „natürlicher Arbeitslohn“ korrekt bestimmt, was man erkennt, wenn man das *Bedürfnis* im Sinne der Ökonomie durch $B =_{\text{df}} w \cdot t^U$ definiert, den berühmten Bedürfniswert durch $w = B / t^U$ bestimmt annimmt. Dann gilt mit $t^U = w / A_k^l = B / w$ die bekannte Lohnformel v. Thürens in der Version:

$$w = \sqrt{A_k^l \cdot B}.^2$$

¹ K. Marx: Das Kapital. 1. Bd. A. a. O., S. 195

² Vgl. J. H. v. Thünen: Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie. Jena 1930. S. 549f. Der *Arbeitslohn* ist Teil des Werts: $L = w - A^g (t^N + t^Z)$, wenn der Unwert verschwindet, sonst: $L = w - A^g (t^N + t^Z) + U \cdot t^U$. Die Terme $A^g \cdot t^N$ und $A^g \cdot t^Z$ bestimmen, was in der Ökonomie „Rente“ und „Zins“ genannt wird; letztere bilden den elementaren Mehrwert.

Sie ist nicht ein Kuriosum, sondern Ausweis der Bedeutung v. Thünens für die Ökonomie, der Existenz der klassischen deutschen Nationalökonomie.

Da nun unsere Abfallproduktion auch vergegenständlichte Arbeit ist, aber unter der Bedingung der Unverwertbarkeit oder gar der Umweltbelastung sicher kein Einkommen, muß mit Blick auf den Zusammenhang der Ökonomie mit der Ökologie die These vom äquivalenten Austausch zwischen lebendiger und vergegenständlichter Arbeit aufgegeben werden. Das geschieht meßtheoretisch bestimmt dadurch, daß wir die vergegenständlichte Arbeit als Summe aus Einkommen und Abfall (kurz: U) verstehen: $A^g = E + U$. Damit ist das, was man den *Unwert* nennen kann, durch $U \cdot t^U = A^g \cdot t^U - w$ determiniert, und es gilt die allgemeine Wertbestimmung in der ökologisch akzeptablen Fassung $w = (K^A \cdot N_k - U) \cdot t^U$. So erkennt man, daß der namhaft gemachte „Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie“ auf dem synthetischen Urteil a priori $A^g \cdot t^U - w = 0 \cdot g$ basiert. Dies wird widerlegt, wenn die Abfallproduktion die ökonomische Reproduktion selbst tangiert. Es wäre vernünftig, wenn „Grüne“, die ein Herz für die Natur zu haben versichern und den schnöden „ökonomischen Produktivismus“ anklagen, wirtschaftstheoretischen Verstand ausbilden würden, um zu erkennen, daß es nicht um einen imaginären Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie geht, sondern um die Überwälzung privater Produktionskosten auf die Gesellschaft, daß mithin die *Privatökonomie* liberaler Lobpreisung zur Debatte steht.

Was nun die Bestimmung der Produktivität betrifft, die Marx m. E. meint, wenn er vom „Wirkungsgrad zweckmäßiger produktiver Tätigkeit in gegebenem Zeitraum“ spricht¹, so ist zu bedenken, daß ein Wirkungsgrad stets das Verhältnis des Erlöses zu den Kosten ist. In der Wirtschaft haben wir unmittelbar zwei solcher Verhältnisse: erstens das der, wie man sagt, *physischen* Produktivität $N_k / \bar{N}_k$, und zweitens das der *Wert*produktivität $w / \bar{w}$, worin die physischen Kosten $\bar{N}_k$ und die Wertkosten $\bar{w}$ *negative* Maße sind: $\bar{N}_{ik} = -r_N \cdot [N_k]$, $\bar{w}_i = -r_w \cdot g$. Stellen wir weiter die Verhältnisse $\bar{w} / \bar{N}_k$ und w / N_k auf, d. h. den *Kostpreis* und den *Produktionspreis*, so bemerken wir, daß der Kostpreis als Verhältnis zweier negativer Maße selbst positiv bestimmt ist. Da nun der Preis auf Grund der allgemeinen Wertbestimmung durch $p = K^A \cdot t^U$ (bzw. $p = K^A \cdot t^U - U / N_k \cdot t^U$ im Falle der Unwertbeachtung) determiniert ist, können wir sagen, daß die im produktiven Verbrauch aufgewandte Arbeitskraft und die den Umsatz charakterisierende Dauer *dieselben* Maße haben wie die in der Produktion realisierte Arbeitskraft und die mit dem Absatz abgeschlossene Umsatzdauer. Das aber bedeutet, daß

$$\bar{p} = \bar{w} / \bar{N}_k = p = w / N_k \text{ gilt.}$$

Diesen Sachverhalt schlägt die bürgerliche Nationalökonomie der marxistischen um die Ohren unter dem Namen einer „Übereinstimmung von Nutzen und Kosten“ in der holden Illusion, so das Mehrprodukt und den Mehrwert im Marxschen Sinne erledigt

1 K. Marx: Das Kapital. 1. Bd. A. a. O., S. 60

zu haben. Es ist aber im Maßkalkül einfach zu erkennen, daß genau diese Preisübereinstimmung die theoretische Begründung für die Existenz von Mehrprodukt und Mehrwert liefert. Denn mit ihr gilt klarerweise $w / \bar{w} = N_k / \bar{N}_k$, womit erstens das Mehrprodukt durch $M_k =_{\text{df}} N_k + \bar{N}_k$, der Mehrwert durch $m =_{\text{df}} w + \bar{w}$ definiert sind und zweitens die Wertproduktivität mit der physischen Produktivität übereinstimmt. So können wir überhaupt von der Produktivität (π) sprechen und ihren Begriff durch $\pi =_{\text{df}} w / -w$ definieren, wollen wir ein positives Maß haben.

Auch die Produktivität ist eine ökonomische Maßart, sie hat aber mit dieser Definition die Dimension [1], was den Schein erwecken mag, daß sie eine reine Kennzahl sei. Aber sie ist ein *Verhältnis* gleichartiger Maße. Da mit der Mehrwertdefinition $w = -\bar{w} + m$ gilt, erhalten wir die bekannte Bestimmung

$$\pi = 1 + m / -w, \text{ in der } m / -w \text{ die Gewinnrate ist.}$$

Für sie $m / -w > 0 \cdot [1]$ zu erreichen, ist der Sinn aller Wirtschaftsleitung, die auf Produktivkraftentwicklung gerichtet ist.

In Bezug auf den Zusammenhang der Produktivkraft mit der Produktivität kann hier nur noch festgestellt werden, daß er mit $\pi^A = w / K^A = w \cdot K_k^P$ und daher $w = \pi^A / K_k^P$ zu ermitteln ist, was jedoch eine genauere Untersuchung verlangt.

Schumpeters Theorie der Wirtschaftsentwicklung in philosophischer Sicht¹

Als Joseph Alois Schumpeter (1883-1950) 1912 seine «Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung» publizierte,² 1939 durch die „Konjunkturzyklen“ komplettiert,³ lieferte er einen Theorieansatz, der bis heute in der bürgerlichen Nationalökonomie ein Unikat geblieben ist. Es gibt in ihr sonst kein Werk, das unter Voraussetzung der klaren Unterscheidung zwischen *Entwicklung* und *Wachstum* die Wirtschaftsentwicklung für sich thematisiert. Vielmehr wird noch immer die Auffassung ziemlich allgemein geteilt: „Ob wirtschaftliche Entwicklung ... erkennbaren, generellen *Gesetzmäßigkeiten* folgt, ist umstritten. Entwicklungstheorien im strikten Sinne, als Postulierung allgemeiner ökonomischer Bewegungsgesetze, sind daher selten; sie konnten zudem ihrem hochgesteckten Erklärungsanspruch bisher nicht gerecht werden.“⁴ Wachstumstheorien, 1928 in der Sowjetunion durch G. A. Feldman im Zusammenhang mit der Diskussion um die Klärung der theoretischen Grundlage der sozialistischen Wirtschaftsplanung begründet⁵ und nach dem zweiten Weltkrieg auch in der bürgerlichen Nationalökonomie unter Rezeption der Lehren von J. M. Keynes realisiert,⁶ sind dagegen zum festen Bestandteil des nationalökonomischen Rasonnements geworden. Eben in der Ausbildung dieser Wachstumsvorstellungen ist auch Schumpeters Entwicklungskonzept so an den Rand gedrängt worden, daß van Duijn noch 1983 feststellt: „Selbst Schumpeter ... überlebte die moderne Wachstumsära kaum. In den Handbüchern ist er zum Fußnotenökonom geworden.“⁷

Diese Behandlung des Werks von Schumpeter ändert sich gegenwärtig schnell. Das hängt natürlich damit zusammen, daß der offensichtlich erneute Eintritt der Weltwirtschaft in eine Depressionsphase im Sinne der von Schumpeter geteilten Vorstellung der „Langen Wellen“,⁸ die Überlegung suggeriert,

1 Erstveröffentlichung in *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 38 (1990) 4, S. 319-327

2 J. Schumpeter: *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*. (West-)Berlin 1964

3 J. A. Schumpeter: *Konjunkturzyklen*. 2 Bde. Göttingen 1961

4 H. Walter: *Wachstums- und Entwicklungstheorie*. Stuttgart/New York 1983. S. 1 f. .

5 Vgl. G. A. Feldman: *Zur Wachstumstheorie des Nationaleinkommens*. Hrsg. v. O. Kratsch. Berlin 1969

6 Vgl. R. F. Harrod: *Dynamische Wirtschaft* Wien/Stuttgart 1949; E. D. Domar: *Essays in the Theory of Growth*. New York 1957

7 J. J. van Duijn: *The Long Wave in Economic Life*. London 1983. S. 18

8 Vgl. N. D. Kondratieff: *Die langen Wellen der Konjunktur*. In: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*. Bd. 56. Tübingen 1926; T. Kuczynski: *Das Problem der „langen Wellen“ – einige Überlegungen*. In: T. Kuczynski (Hrsg.): *Wirtschaftsgeschichte und Mathematik*. Berlin 1985; J. Goldberg: *Das Konzept der „Langen Wellen der Konjunktur“ – Eine Kritik theoretischer Aspekte*. In: *IMSF: Große Krisen des Kapitalismus – Lange Wellen der Konjunktur?* Informationsbericht Nr. 41. Frankfurt a. M. 1985

daß das Werk des *Enfant terrible* der Österreichischen Schule der Nationalökonomie nicht gar so „lebensfremd“ sein könne. Zwar, so erklärt W. F. Stolper, „bestehen erhebliche Schwierigkeiten, die Schumpetersche Vision mathematisch zu formulieren, aber ebenso bestehen erhebliche Schwierigkeiten, die tatsächlich beobachteten diskontinuierlich auftretenden Strukturveränderungen in das Keynesianische System einzubauen ... im Schumpeterschen Modell wird der Wirtschaftspolitiker auf ihr Auftreten vorbereitet, während sie im Keynesianischen Modell Überraschungen sind.“¹ Und für Stolper ist klar, „daß Schumpeter der politische Ökonom für die neunziger Jahre ist“². Ebenso meint H. Giersch, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, dem es weniger um die Zyklichkeit der empirischen Entwicklung als um Schumpeters „Unternehmer, die etwas Neues wagen und durchsetzen, auch im Ansturm auf verkrustete Strukturen“, geht: „Das letzte Quartal dieses Jahrhunderts könnte sehr wohl die Ära Schumpeters genannt werden, und zwar gerade weil das dritte Quartal die Ära Keynes war.“³

Wie nun auch immer die Konjunkturzyklen der sozialen Rezeption des Werks von Schumpeter beschaffen sein mögen, für den historischen Materialismus ist es schon einfach deshalb von Interesse, weil es die ökonomische Thematisierung der *Entwicklung* ist. Das kann für eine Lehre gar nicht anders sein, in der festgestellt wird: „Die erste geschichtliche Tat ist ... die Erzeugung der Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse (realisiert vor allem in „Essen und Trinken, Wohnung, Kleidung und noch einiges Andere“ - P. R.), die Produktion des materiellen Lebens selbst ... Das Zweite ist, daß das befriedigte erste Bedürfnis selbst, die Aktion der Befriedigung und das schon erworbene Instrument der Befriedigung zu neuen Bedürfnissen führt ...“⁴ Das sind klar ökonomische Bestimmungen der wirklichen menschlichen Geschichte, die die Verwirklichung derjenigen Entwicklung ist, die auch Schumpeter unter dem Gesichtspunkt der „reinen Ökonomie“, wie er in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts in der bürgerlichen Nationalökonomie⁵ entwi-

1 W. F. Stolper: Schumpeter: Der politische Ökonom für die neunziger Jahre? In: D. Bös/ H.-D. Stolper (Hrsg.): Schumpeter oder Keynes? Zur Wirtschaftspolitik der neunziger Jahre. (West-) Berlin/Heidelberg New York 1984. S. 16 f.

2 Ebd. S. 35

3 H. Giersch: Schumpeters Ara. In: Wirtschaftswoche (Düsseldorf) Nr. 46 vom 11. November 1983. S. 58

4 K. Marx/F. Engels: Die deutsche Ideologie. In: MEW. Bd. 3. S. 28

5 Die Auffassung der Ökonomie als *Nationalökonomie* ist Inhalt der klassisch bürgerlichen Sicht der Wirtschaftserscheinungen. Sie entspricht der Ideologie der politischen Revolution der Bourgeoisie, die die Nation als Verein von Citoyens konstituiert, deren individuelle Einkommen zum Nationaleinkommen aufsummiert werden. Ein *Nationalvermögen* gibt es hier nicht, weil die Vermögen a priori Gegenstände des Privateigentums sind, während die Vermögenslosen, wenn sie auf dem „Arbeitsmarkt“ Glück haben, Lohn Einkommen beziehen, wenn nicht, von der Sozialfürsorge leben. Die Vermögensverteilung wird von der Nationalökonomie als gegebenes „Datum“ vorausgesetzt; bestenfalls wird eine „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ empfohlen. Die sozialistische Revolution führt zur Bildung echten Nationalvermögens, das zusammen mit dem Nationaleinkommen Gegenstand der ökonomischen Kalkulation sein muß. Die verschiedenen Nationalökonomien im Sinne realer Volkswirtschaften sind über den Weltmarkt miteinander durch Austauschverhältnisse verbunden, wodurch *Weltwirtschaft* im strengen Sinne konstituiert

ckelt worden ist, interessiert. Und zu seiner Ehre muß gesagt werden, daß er die „ökonomische Geschichtsauffassung“, wie er sie in der Theorie von Marx wahrgenommen hat, zu verteidigen und weiter auszubilden nahelegt. Allerdings handelt es sich darum, daß Schumpeter, Schüler v. Wiesers und Böhm-Bawerks, die Marxsche Lehre erst nach und nach zur Kenntnis genommen hat (und natürlich nur im Rahmen der zu seiner Zeit zugänglichen Texte), um sodann in der zweiten Auflage seiner „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ 1926 anzumerken, daß diese Theorie „eher der von Marx parallel“ sei.¹

Der unmittelbare Ausgangspunkt der Entwicklungslehre Schumpeters liegt in der Konzeption der „dynamischen Ökonomie, wie sie Ende der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts von der US-amerikanischen Nationalökonomie (insbesondere durch J. B. Clark realisiert) konzipiert worden ist, sowie im Versuch, eine Krisentheorie zu liefern.² Theoretische Basis für diesen Ansatz aber ist Schumpeter die „Gleichgewichtslehre“ von L. Walras gewesen, die ihm deshalb so fundierend für die Wirtschaftstheorie erschien, weil sie methodisch den Weg zur „quantitativen Analyse“ geebnet hat, die Schumpeter von Anfang an als Realisierung der Ökonomie als „strenger Wissenschaft“ betrachtet. Auf diese Weise hat Schumpeter die nationale Borniertheit besonderer Wirtschaftsauffassungen von vornherein ignoriert. Zwar hat er nicht ausdrücklich Volkswirtschaften als *Teile* der *Weltwirtschaft* erklärt (insofern blieb er *Nationalökonom*), also keine weltgeschichtliche Entwicklungsauffassung realisiert (wie einst noch Hegel), aber es war ihm doch herzlich gleichgültig, ob nun Frankreich oder England, Deutschland oder die USA oder sein 1918 aufgelöstes Kakanien als reale Wirtschaftssysteme von der Theorie unterstellt werden. Stets ist ihm die ökonomische Theorie als solche, nie die ökonomische Meinung einer „Schule“ von Bedeutung gewesen.

In ihrer Einführung zur russischen Ausgabe der „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ sagen A. G. Mileikowski und W. I. Bomkin: „Es gibt keine Schule der bürgerlichen Politökonomie am Ende des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die nicht im Schöpfungstum dieses Autors ihre Reflexion erfahren hätte; und es gibt keine einzige einflußreiche moderne Richtung, deren Ideen nicht in diesem oder jenem Maße von Schumpeter vorausgeahnt worden wären, die nicht seinen Einfluß erlebt hätte. Indem er auf dem Gebiet der Theorie einen gewissen Mittelweg zu gehen versuchte, ‚jeden Geschmack zufriedenzustellen‘ bemüht war, befand sich Schumpeter schließlich außerhalb beliebiger konkreter Schulen und Strömungen ...“³ Es ist wahr,

ist. Ihr gegenüber sind die Volkswirtschaften *Teile eines Ganzen*, so daß eine entwickelte Wirtschaftstheorie nicht National-, sondern Weltökonomie sein muß, womit der bürgerliche Horizont transzendiert wird.

1 J. Schumpeter: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. S. 92. Anm. 2

2 Vgl. J. Schumpeter: Über das Wesen der Wirtschaftskrisen. In: Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung. 19. Bd. Wien/Leipzig 1910 (dies ist die erste Darstellung der Entwicklungslehre Schumpeters); ders.: Die Wellenbewegung des Wirtschaftslebens. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Bd. 39. Tübingen 1915

3 A. G. Mileikowski/W. I. Bomkin: Josef Schumpeter i ego »Teorija ekonomitscheskogo raswitiija. Hrsg. v. A. G. Mileikowski u. W. I. Bomkin. Moskwa 1982. S. 8

daß es keinen Schumpeterianismus gibt, wenngleich eine „Neo-Schumpeter-Schule“, die dem Geheimnis der schubweisen Realisierung von Innovationen nachspürt. Aber Schumpeter wollte auch keinen Ismus gründen, sondern bei aller Anerkennung von Ideologie prüfbare ökonomische Theoreme gewinnen. Er notierte: „... *Ideologien sind nicht einfache Lügen*; sie sind wahre Behauptungen über das, was ein Mensch zu sehen meint.“¹ Und Schumpeters Anliegen bestand darin, so gegebene Meinungen analytisch zu präparieren, daß sie mit der objektiven Realität vergleichbar würden. Dabei war ihm jede Meinung gleich lieb. Und mit dieser Haltung plazierte er sich allerdings zwischen die Stühle der Meinungen, was er wußte, wollte – und bezahlte.

Schumpeters Entwicklungskonzeption

Faßt man Schumpeters Sicht der Wirtschaftsentwicklung nach ihrem Kern zusammen, so ist zu sagen: Sie geht erstens von der faktischen Existenz ökonomischer Neuerungen (Innovationen) aus, um sie als Folgen eines bestimmten Wirtschaftsverhaltens selbst zu erklären. Sie unterstellt zweitens im Sinne von Say und Walras für das Wirtschaftsgleichgewicht im reinen Kreislauf (d. h. in der einfachen Reproduktion) die volle produktive Verbindung der objektiven und subjektiven Arbeitsbedingungen. Mit ihr wird daher drittens angenommen, daß in der Theorie von Walras keine Entwicklung denkbar ist, was insbesondere die Unerklärbarkeit des Kapitalismus impliziert. Und so wird viertens schließlich in ihr festgestellt, daß die Durchsetzung von Neuerungen eben unter Voraussetzung des ökonomischen Gleichgewichts nur dadurch erfolgen kann, daß mittels der Kreditschöpfung der Entzug von Produktionsbedingungen aus bestehenden Produktionsarten und ihre Verbindung in neuen Unternehmungen realisiert wird. Die Kreditschöpfung ihrerseits wird darin kapitalistisch durch private Bankiers vermittelt. Indem sie potentiellen Unternehmern, d. h. ökonomischen Neuerern im Sinne Schumpeters, Guthaben eröffnen, können diese für Produktionsmittel und Arbeitskraft Gegenwerte bieten, die die des gegebenen Kreislaufs überschreiten (was die bekannte Prosperitätsinflation induziert), weshalb der Entzug an sich gebundener Produktionsbedingungen – via Konkurrenz – realisierbar wird.

Im Erfolgsfall führen Schumpeters Unternehmer in das Wirtschaftssystem Neuerungen (neue Produkte, Produktionsmethoden, Absatzmärkte, Rohstoffe oder Halbfabrikate, Wirtschaftsorganisationen) ein, die eine völlige Reform des Preissystems erzwingen, womit unter anderem auch alteingesessene Fabrikanten niederkonkurriert werden und aus dem Wirtschaftssystem ausscheiden. Damit erscheint als Folge dieser Produktivitätssteigerung die Depression oder Krise, in der objektiv beurteilt wird, was vom Alten eben noch haltbar ist und was nicht mehr. Sie ist nicht eine unbegreifliche Katastrophe, sondern die

1 J. Schumpeter; *Science and Ideology*. In: ders.: *Essays*. Ed. R. V. Clemence. Cambridge (Mass.) 1951. S. 271

Erscheinungsform der Verarbeitung der Ernte des Aufschwungs (der Prosperität) durch alle Teilnehmer des Weltmarkts. Sozialpsychologisch induziert sie auch das Phänomen des depressiven Gemüts Betroffener, die die Krise natürlich singulär erleben und mangels ökonomischer Kenntnisse nicht verstehen. Dagegen ist wirtschaftsgeschichtliches Wissen hilfreich, das die Kenntnis ökonomischer Zyklen heute mit hinreichender Deutlichkeit bietet.

Man hat Schumpeter den ideologischen Vorwurf gemacht, eine Glorifizierung des kapitalistischen Unternehmers zu betreiben. Da das Wort *Unternehmer* in der Umgangssprache sicher variantenreiche Vorstellungen ermöglicht, scheint solcher Vorwurf plausibel. „Unternehmer“ bedeutet aber in der *Theorie* Schumpeters dasselbe wie „wirtschaftlicher Neuerer“ und ist in dieser Definition von der Besonderheit der kapitalistischen Formation durchaus unabhängig. Das spezifisch Kapitalistische, das Schumpeter ja gerade erkennen will, wird ihm nicht durch die Unternehmer repräsentiert, sondern durch die Privateigner der Produktionsmittel und die Privatbankiers. In Schumpeters Theorie ist der Unternehmer an sich als eigentumslos gedacht, allein im Besitze seiner Neuerungs-idee und auf der Suche nach einem Kreditgeber. Hat ein wirklicher Unternehmer auch Eigenvermögen kapitalisiert, so ist das für Schumpeter eine zufällige Randbedingung, aber keine notwendige Bestimmung des Daseins als Unternehmer. In diesem Sinne definiert der Ökonom auch: „Eine Gesellschaft heißt kapitalistisch, wenn sie ihren Wirtschaftsprozeß der Führung des privaten Geschäftsmannes anvertraut.“¹ Damit ist nach Schumpeter gesagt, daß die kapitalistische Formation, das Privateigentum an den sachlichen Produktionsmitteln und die Produktion auf eigene Rechnung, d. h. auf Grund von Privatinitiative mit dem Ziel des Privatprofits, bedeutet. Die Einrichtung des Bankkredits (des privaten!) gehört dazu, wenngleich – so Schumpeter – sie nicht strikt durch die Definition des Kapitalismus impliziert wird. Mit dieser Sicht spielt der Unternehmer immer nur eine zeitweilige Rolle im Wirtschaftsprozeß: Er ist da, wenn wirklich die „Durchsetzung neuer Kombinationen“ erfolgt. Er ist also auch dann vorhanden, wenn in nichtkapitalistischen Formationen Innovationen realisiert werden.

In der Theorie Schumpeters ist die Person des Unternehmers also nur der Träger einer ökonomischen Funktion, die allein in der Realisierung eines evolutiven Schritts wirklich ist. Unter kapitalistischen Bedingungen steigt er im Erfolgsfall in die Bourgeoisie auf (falls er ihr nicht schon angehörte), im Fall des Mißerfolges ins Proletariat ab. Ist die Neuerung realisiert, verwandelt sich der Neuerer in den gewöhnlichen Privatproduzenten, falls das Privateigentum an den Produktionsmitteln dominiert. Ein und dieselbe Person, die im Sturm und Drang der Innovation den heroischen Unternehmer à la Schumpeter in der Tat modelliert haben mag, kann somit in der Depression bereits den altbekannten Privategoisten vorstellen, der sich sein Plätzchen an der Futterkrippe des Mehrwerts nicht nehmen lassen will. Es kann daher nur als eine groteske

1 J. A. Schumpeter: Capitalism. In: ders.: Essays. S. 184

Verzeichnung der Theorie Schumpeters gewertet werden, wenn W. Gerhardt im Stile der Frankfurter Schule behauptet: „... die Schumpetersche Unternehmertheorie als Elitetheorie“ gibt „nur den Kern einer globalen soziologischen Lehre“ ab – ausgearbeitet unter dem Namen „Zirkulation der Eliten“ bei Pareto, „von dem sie Schumpeter vermutlich sogar direkt übernommen hat.“¹ Die Unterscheidung des Unternehmers als eines Führers in der Dunkelheit einer erst zu bildenden Wirtschaftsbahn vom gewöhnlichen Wirtschaftler als eines Leiters in der Helligkeit bekannter Wirtschaftsbahnen – so problematisch sie unbestreitbar ist – stammt von v. Wieser, der in seiner erstaunlichen Naivität sogar den „großen Führer“ imaginierte, den wirklichen Hitler aber dann doch zu mickrig fand.² Gerhardt wendet gegen Schumpeter ein: „In der historischen Realität verfügten gerade die ersten Unternehmer über Eigentum an Produktionsmitteln; Schumpeter abstrahiert ... von dieser Eigenschaft des Unternehmers, die zwischen seinem Typus und dem des statischen Wirtes eine Identität stiften würde.“³

Doch Schumpeter würde gar nicht leugnen, daß man eigenes Geld produktiv investieren, d. h. als „privater Geschäftsmann“ – allerdings zeitweilig – auch Unternehmer sein kann. Aber dies wäre ihm eine Koexistenz zweier unterscheidbarer Funktionen in derselben Person, nicht, wie Gerhardt unterstellt, die Identität der Substanz dieser Person.

Zum Verständnis der *Theorie* Schumpeters darf das zeitweilige Dasein der Unternehmerfunktion in der Gestalt der unternehmenden Person nicht mit den Personen verwechselt werden, die sich gegen die Gewerkschaften der Arbeiter in sogenannten „Unternehmerverbänden“ zusammenschließen. Der Witz dieser Theorie besteht gerade darin, daß ihre Unternehmer jenen Verbänden höchstens von Zufalls Gnaden angehören, daß einer schon Unternehmer im Sinne Schumpeters gewesen sein muß, will er Mitglied dieser Verbände sein.

Der theoretische Kern der Schumpeterschen Entwicklungslehre ist zweifellos nicht nur an die Figur des Unternehmers geknüpft, sondern auch an das ökonomische Phänomen der *Kreditschöpfung ad hoc*. Sie bedeutet eine ebenso originäre theoretische Annahme, nämlich die der geschichtlich progressiven Bedeutung der Verschuldung! „Das Talent reitet auf seinen Schulden zum Erfolg“, sagt Schumpeter, der eingefleischte Herrenreiter.⁴ Wenn also die Theorie Schumpeters zur Kritik steht, dann steht auch die Frage nach der Bedeutung des *negativen* Vermögens (das sind die Schulden, die der Kreditnehmer hat) für die *Wirtschaftsentwicklung* zur Debatte. Es gibt nach meiner Meinung gar keinen Zweifel, daß Schumpeter in diesem Zusammenhang eine *wesentliche* Erscheinung der ökonomischen Evolution völlig zutreffend erkannt hat. Ebenso wenig soll bezweifelt werden, daß diejenigen, die die Verschuldung

1 W. Gerhardt: Das Schicksal liberaler Theorie im sozioökonomischen Gesellschaftsentwurf Joseph A. Schumpeters. Diss. (West-)Berlin 1969. S. 205

2 Vgl. E. Streissler: *Arma virumque cano*. Friedrich von Wieser, der Sänger als Ökonom. In: N. Leser (Hrsg.): *Die Wiener Schule der Nationalökonomie*. Wien/Köln/Graz 1986

3 W. Gerhardt: *Das Schicksal ...*, S. 206

4 J. A. Schumpeter: *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*. S. 105

nur unter der Form des *Konsumtivkredits* kennen, Schumpeters Theorieansatz gar nicht begreifen, daher verzweifelt sich fragen: Wie können Schulden nützlich sein? Man braucht aber nur die Wirtschaftsgeschichte wahrzunehmen, um im ewig wiederholten Ruf nach der Schuldenbefreiung (schon Solon gab als Schiedsrichter eine Antwort auf die Herausforderung der Seisachtheia!) die historische Tatsache der Verschuldung festzustellen: Venedig kreditierte Holland, Holland kreditierte England, England kreditierte die USA, und eben dies ist auch die historische Folge der führenden Volkswirtschaften.

Schumpeter hat, mit Kant zu sprechen, die „Einführung der negativen Größen in die“ Ökonomie (nicht in die „Weltweisheit“) vollzogen. Das halte ich für seinen entscheidenden Beitrag zur Wirtschaftstheorie, unabhängig von der Frage, in welchem Ausmaß die Kreditschöpfung ad hoc tatsächlich den Produktivkraftfortschritt induziert hat. Daß sie ein wirklich feststellbares Phänomen ist, beweist jeder Bankierskonkurs, in dem das Vermögen die Forderungen unterschreitet. (Als die Bardi im 14. Jh. fallierten, weil der englische König seine Schulden bei ihnen nicht anerkannte, stellte sich ein Kreditbetrag heraus, der ihr Vermögen um das Achtfache überstieg; aber ohne diese Risikobereitschaft wäre Florenz nicht das geworden, was es ist, die Wiege des Kapitalverhältnisses und die Mutter der Renaissance.) Daß sie aber nicht nur die Bedeutung einer Last für den Schuldner, sondern ebenso sehr die Bedeutung einer Evolutionsmöglichkeit im progressiven Sinne hat, wird klar, wenn man den *Konsumtiv-* entschieden vom *Produktivkredit* unterscheidet. Ob ein Kredit das eine oder andere wird, ist dem privaten Bankier herzlich gleichgültig, falls ein Staat existiert, der für den Zahlungsunfähigen den Schuldturm bereithält. Es ist der *Kreditnehmer*, der jene Alternative entscheidet, der daher im Falle des gelungenen Produktivkredits (besonders gelungen bei Innovation) die Tilgungsraten und Zinsen ohne geringste Störungen seines Gleichmutes zu zahlen fähig ist. Sollte er sich allerdings entschließen, nicht produktiv zu *wirken*, sondern konsumtiv zu *genießen*, was der Kreditgeber a priori und trotz aller Erkundungen der Ehrbarkeit des Kreditnehmers nicht wirklich wissen kann, so ist der Tag der Fälligkeit auch der Tag des Traumas des Kreditnehmers. Seine subjektive Depression ist so nur die Reflexion der objektiven.

Schumpeters Theorieansatz hat in der spezifisch englischen Wirtschaftsgeschichte keine gute empirische Instanz. Aber das sozusagen konservative Kreditgebaren des englischen Bankwesens (nämlich sorgfältig die Depositengröße als Kreditrestriktion in Rechnung zu stellen) ist im 19. Jh. auf dem europäischen Kontinent und in den USA nicht kopiert worden. Vielmehr hat der bekannte Credit mobilier das Beispiel des Industriekredits geliefert, der dem konservativen Bankier wie ein Hasardspiel erscheint, aber im Falle der gelungenen Innovation die *Schulden* auf die Zukunft problemlos in *Vermögen* der künftigen Gegenwart verwandelt hat. Und Schumpeter verweist mit Recht auf Privatbankiers in Wildwest die mit dem Colt in der Hand die Einlösung ihrer ausgegebenen Banknoten verweigerten, was sicher keine vornehme Methode ist, aber die Depositenhalter gezwungen hat, durch *Produktion* zu Einkommen

zu gelangen. Das auf diese Weise „erzwungene Sparen“ ist daher als Zwang zur Erweiterung der Produktion wirksam gewesen. Und ganz ohne Zweifel ist ein Teil der produzierten Produktionskapazität der USA-Volkswirtschaft auch auf diese Methode der Entwicklung zurückzuführen.

Wenn es um die wissenschaftliche Kritik der Entwicklungslehre Schumpeters geht, so ist m. E. der Ausgangspunkt dafür nicht die Leugnung der Kreditschöpfung ad hoc, also die Bildung des *negativen Vermögens* als Evolutionsbedingung (d. i. die Konstituierung von Schulden, die im *Augenblick* der Konstituierung unter keinen Umständen getilgt werden könnten), sondern die Annahme dieser Kreditschöpfung als der einzigen Bedingung, den Kreislauf im Sinne Schumpeters bzw. die einfache Reproduktion evolutiv verlassen zu können. Denn diese Annahme unterstellt theoretisch das Auseinanderfallen von Kreislauf hier und Entwicklung dort, suggeriert also die faktische Existenz entwicklungsloser Wirtschaftssysteme. Und das ist es, was wenigstens unter Voraussetzung der ökonomischen Theorie von Marx inakzeptabel ist. Wenden wir uns dieser kritischen Sicht der Lehre Schumpeters zu.

Zur Kritik der Entwicklungslehre Schumpeters

Die Feststellung, daß Schumpeters Theorie der Wirtschaftsentwicklung die Voraussetzung entwicklungsloser Wirtschaftssysteme unterstellt, rechtfertigt ein Blick in seine Darstellung „Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie“ von 1908. In ihr proklamiert der Ökonom: Alles wirtschaftliche Handeln ist Tauschen.¹ Und er suggeriert sich: Auch dort wo keine Tauschrelation vorhanden ist, läuft die Wirtschaft so ab, als wäre diese Beziehung vorhanden. Selbst der isolierte Wirt, der ein Stück Wild erlegt – so Schumpeter – tauscht einen Teil seines Vorrats an Kugeln und Arbeitskraft gegen ein Quantum Nahrungsmittel. Ebenso verändert der Arbeiter die in seinem Besitze befindlichen Gütermengen, wenn er Arbeit gegen Brot tauscht. Diese Sicht versteht Schumpeter als „formale“ Konzeption des Wirtschaftsverhalten, mit der die ökonomische Wissenschaft zur „exakten Theorie“ komme, die ihrerseits den wechselseitigen Zusammenhang „ökonomischer Quantitäten“ konstruktiv darstelle. Vorbild solcher Darstellung ist ihm natürlich die klassische Mechanik, die ihre Aussagen in Gestalt von Größengleichungen präsentiert. Und daß sie eine exakte Theorie ist, kann ohne Diskussion akzeptiert werden.

Was aber sind „ökonomische Quantitäten“ in meßtheoretischer Sicht? Schumpeter hat sich diese Frage niemals gestellt. In seiner angeführten Jugendarbeit nimmt er Geld als „Maßeinheit“ für alle Güter an, unterstellt „Mengen der Güterarten $A, B, C, \dots$ “ de facto als ökonomische Größenarten, ohne zugehörige Meßverfahren anzugeben, und spricht von einer Funktion Ψ

1 J. A. Schumpeter; Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie. (West) Berlin 1970. S. 50

als „einer Art Gesamtwertfunktion des Güterbesitzes“ eines Wirtschaftssubjekts. Dann führt er den Preisbegriff ohne weitere Erörterung als Differentialquotienten des Werts nach der Gütermenge ein, so daß ihm für den Preis p_A per definitionem gilt:

$$p_A = df \frac{\partial \psi}{\partial q_A}$$

(mit q_A als Zeichen der Menge des Guts der Art A). Aus diesen Voraussetzungen „erschließt“ Schumpeter dann, daß als „fundamentales Gesetz des Grenznutzenniveaus“ das Gleichungssystem

$$\frac{1}{p_A} \cdot \frac{\partial \psi}{\partial q_A} = \frac{1}{p_B} \cdot \frac{\partial \psi}{\partial q_B} = \frac{1}{p_C} \cdot \frac{\partial \psi}{\partial q_C} = \dots$$

festgestellt werden könne, welches alles darstelle, was die reine Ökonomie enthalte.¹ Dieser Schluß ist nur eine mittels der Differentialrechnung entfaltete ökonomische Verhältnisgleichung, die wesentlich besagt, daß sich die Preise zweier artverschiedener Güter umgekehrt wie ihre Gebrauchswertmengen verhalten. (Gebrauchswertmengen werden durch abgesetzte Güter präsentiert, nicht etwa durch bloß produzierte. Bei Schumpeter versteht sich das unausgesprochen, weil er den Tausch nach seinem Vollzug betrachtet.)

Für die Methodologie der theoretischen Ökonomie wäre es nun sehr wichtig zu bemerken, welche meßtheoretischen Voraussetzungen die angeführte Preisdefinition unterstellt: In welchem Sinne etwa sind Gebrauchswertmengen qualitativ verschiedener Güter meßbar? Wie ist die „Gesamtwertfunktion“ als ökonomische Maß- oder Größenart bestimmt? Solche und weitere Fragen stellt sich Schumpeter aber nicht. Statt dessen unterstellt er noch später (1933), daß im Gegensatz zu den physikalischen Größen sich die „grundlegendsten ökonomischen Tatsachen“ bereits unserer Beobachtung als „Quantitäten“ präsentieren, welche „vom Leben selbst“ numerisch gemacht seien.² Diese meßtheoretisch erstaunliche Annahme beweist, daß Schumpeter den Zusammenhang von Maß und Zahl, von Messung und Zählung für die theoretische Ökonomie nicht wissenschaftlich ernsthaft zu thematisieren vermocht hat.

Wie aber steht es mit der Fundamentalannahme, daß Wirtschaften Tauschen sei? Mit dieser Unterstellung ist selbstverständlich der Wirtschaftende, der Wirt bzw. das Wirtschaftssubjekt, als *Eigentümer* seiner dinglichen Tauschmittel vorausgesetzt. Und sein Wirtschaften besteht darin, im Tausch dieses Eigentum wertgleich zu erhalten – sofern einfache Reproduktion betrieben wird. Die *Arbeit* oder *Produktion* kommt darin – eben weil sie als Tausch gedacht wird – als unterschiedene Wirtschaftshandlung gar nicht vor. Ihr wesentlicher Charakter, *Aufhebung des Eigentums* zu sein, verbleibt jenseits des theoretischen Zugriffs. Genau das sehe ich als die entscheidende Schranke

¹ Ebd. S. 131

² J. A. Schumpeter: The common sense of econometrics. In: ders.: Essays. S. 100

der Schumpeterschen Entwicklungstheorie an. Denn indem Schumpeter ganz richtig die *Wirtschaftsentwicklung* als Durchbrechen der einfachen Reproduktion erfaßt, Wirtschaften aber als Tauschen denkt, muß er logisch zwingend die kreditierte Initiative des persönlichen Unternehmers als Grund der Wirtschaftsentwicklung annehmen, weil allein so das Preissystem der einfachen Reproduktion durchbrochen werden kann, wenn alle Produktionsmittel gebunden sind. Denn nur wenn der Unternehmer höhere Preise bietet, gelangt er zur Verfügungsgewalt über die subjektiven und objektiven Produktionsbedingungen. Und ohne diese kann er nicht materiell wirklich Unternehmer sein.

Wieso nun die Wirtschaftsteilnehmer a priori als Eigner gewisser Güter in bestimmter Quantität auftreten, weiß Schumpeter allein als Randbedingung der ökonomischen Theorie. Wegen der Unterstellung der Wirtschaft als Tausch (als „Verkehrswirtschaft“) ist ihm das Eigentum selbst kein ökonomisch zu erklärender Gegenstand, hat es für ihn im Grunde keine bestimmte Geschichte. Es handelt sich nur darum, daß dieses Eigentum für die ökonomische Theorie als verschieden verteilt vorausgesetzt werden muß, d. h. in Gestalt der Sayschen „Produktionsfaktoren“ unterschiedlichen Personen zuzuschreiben ist. Indem Schumpeter diese Sicht annimmt, kann er den Terminus *Produktion* in seiner Theorie verwenden, nämlich so, daß ihm die Produktion als *Kombination* von Dingen und Kräften gilt.¹ „Technisch wie wirtschaftlich betrachtet“, sagt er, „„schafft“ die Produktion nichts im naturgesetzlichen Sinne. Sie kann in beiden Fällen nur vorhandene Dinge und Vorgänge – oder ‚Kräfte‘ – beeinflussen, lenken.“² Mit anderen Worten: Die Produktion wird nicht als *Schaffen*, als *Schöpfung* verstanden, sondern als *Anordnung* vorgegebener Elemente. Das aber ist der definitive Ausschluß der Entwicklung aus der theoretischen Vorstellung der Produktion, die Nichtbeachtung des Entwicklungspotentials der *konkreten* Arbeit.

Man kann goutieren, die Produktion vom Standpunkt der Buchhaltung als „Kombination“ der unterschiedlichen Produktionsbedingungen wahrzunehmen, sie sich so vorzustellen. Aber dies kann nicht die Präsentation durch den ökonomischen Theoretiker sein, der die *Entwicklung* der Wirtschaft thematisiert. Und ganz gewiß stimmt dies nicht mit der unmittelbaren Wahrnehmung der Produktion durch den Arbeiter, den wirklichen Produzenten überein. Dies ist bestenfalls die Ansicht des kreditierten Unternehmers, der nun in der Tat Produktionsbedingungen, die er gemietet und gekauft hat, so verbinden muß, daß *produktive* Arbeit verrichtet wird. Und grundsätzlich darf man wohl sagen, daß damit die Sicht des *Eigentümers* ausgedrückt ist, der nicht selbst produziert, sondern produzieren läßt, dem daher die zur produktiven Produktion führende geeignete Verbindung der Produktionsbedingungen das essentielle Problem ist. Die geeignete Verbindung ist natürlich die, die am meisten Reineinkommen verspricht, d. h. den größtmöglichen Gewinn. Dieses Problem hat selbstverständlich jede betriebswirtschaftliche Leitung zu lösen – auch un-

¹ J. A. Schumpeter: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. S. 11

² Ebd. S.16

abhängig von der historisch besonderen ökonomischen Formation, in der sie agiert. Aber seine Lösung ist eine Sache, die theoretische Erklärung der Wirtschaftsentwicklung eine andere.

Worin besteht die Entwicklungspotenz der Produktion, der konkreten Arbeit selbst? Es ist wahr, daß wir in aller Produktion Naturbedingungen der Arbeit voraussetzen, die wir vorfinden und *nicht* schaffen. Aber es ist nicht wahr, daß vorgefundene Naturdinge den potentiellen Produzenten ihre Gebrauchswerte mitteilen. Den Nutzen der vorgefundenen Dinge für uns müssen wir schon selbst entdecken. Und wir entdecken ihn nicht einfach auf Grund der Ausstattung unseres Vermögens der sinnlichen Wahrnehmung sondern unter seiner Voraussetzung *und* der geschichtlich bestimmten Bedürftigkeit in konkreter natürlicher Umgebung. Es ist wahr, daß wir in aller Produktion die einfache Arbeitsfähigkeit voraussetzen, Arbeitskraft auf Grund unserer biologischen Konstitution besitzen. Aber es ist nicht wahr, daß die Äußerung dieser Kraft a priori *produktive* Produktion garantiert. Wer etwa eine Last längs eines geschlossenen Wegs transportiert, hat eine Arbeit von der Größe null verrichtet. Und endlich ist einsichtig, daß alle wirtschaftlich relevante Produktion den Einsatz von Arbeitsmitteln unterstellt, die wir nicht vorfinden, sondern selbst erzeugen. Produzierte Produktionsmittel sind m. E. der unwiderlegliche Beweis des Sachverhalts, daß Produktion in der Tat Schaffen, Schöpfung ist.

Indem der Arbeiter, der konkrete Produzent, im Akt der Produktion zugleich über Arbeitserleichterungen, über die Einführung oder Verbesserung zu produzierender oder produzierter Produktionsmittel nachsinnt, also Erfindungen oder Entdeckungen ermöglicht, gegebenenfalls verwirklicht, realisiert er das Entwicklungspotential der Produktion selbst, das Schumpeter nicht als ökonomisches Faktum sui generis theoretisch wahrnimmt. Natürlich wird dieses Vermögen in der modernen Wirtschaft arbeitsteilig sehr stark durch wissenschaftlich-technische Wirksamkeit entfaltet. Das ändert aber nichts am Grundzusammenhang mit der konkreten Arbeit.

Mein Haupteinwand gegen Schumpeters Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung läuft also darauf hinaus, daß sie von einer inadäquaten Sicht der Produktion als „Kombination der Produktionsfaktoren“ ausgeht und eben darum den Unternehmer als Demiurgen der ökonomischen Evolution präsentieren muß. Dieser Einwand impliziert keine pauschale Ablehnung der Lehre Schumpeters, sondern allein die Feststellung, daß sie keine vollständige Präsentation der Bedingungen für die Möglichkeit wirtschaftlicher Entwicklung liefert. Soweit letztere überhaupt vom Standpunkt der Annahme des Wirtschaftens als eines Tauschens erfaßt werden kann, hat Schumpeter sie erfaßt. Das ist in der Tat die unikale Bedeutung seiner Forschung, die bis heute nicht übertroffen ist. Um dieses Werk weiterzubilden, muß man es m. E. mit der Theorie von Marx verbinden, in welcher z. B. der wichtige Satz formuliert ist: „Die wirkliche Ökonomie – Ersparung – besteht in Ersparung von Arbeitszeit; (Minimum (und Reduktion zum Minimum) der Produktionskosten); diese Er-

sparung aber identisch mit Entwicklung der Produktivkraft.“¹ Das ist die Feststellung von der Identität der wirklichen Ökonomie mit der *Produktivkraftentwicklung* – der persönlichen ebenso wie der gemeinschaftlichen – und damit der Ansatz für die theoretische Wahrnehmung des ökonomischen Grunds der Wirtschaftsentwicklung. Schumpeters Sicht ist mit diesem Ansatz hervorragend vereinbar, wenn wir zugleich die Gesellschaftlichkeit der Produktion in Rechnung stellen, die nun in der Tat über den Austausch – zunächst und vor allem auf dem Weltmarkt – hergestellt wird. In diesem Sinne hat Schumpeter der Wirtschaftslehre ein Erbe hinterlassen, das nicht ohne Not verschleudert oder ignoriert werden sollte.

1 K. Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW. Bd. 42, S. 607

Nicht der Sozialismus stirbt, sondern der „rohe Kommunismus“¹

Vor und nach den Volkskammerwahlen vom März 1990 –
Peter Ruben im Gespräch mit Michael Grabek

Steht die DDR am Beginn einer wirklichen Erneuerung, in der die revolutionären Traditionen von 1789 und 1917 aufgehoben werden können?

Das würde ich schon sagen. Man muß sich nur darüber klar werden, daß die Revolution von 1917 und ihre Folgerevolutionen als *politische* Negation des Kapitalverhältnisses durchgeführt worden sind. Das heißt, es waren *politische* Revolutionen ... unter dem Kommando einer modernen, *militärisch* potenten KP, die zu ihrer Verteidigung die Herrschaft des politischen Apparats ausbilden mußte. Die erste Frage dieser Revolution war die Formierung einer Armee. Und nach *militärischen* Prinzipien wurde dann auch entschieden, wie man die Wirtschaft führen soll. Sie übertrugen – eigentlich ist es Trotzkis Auffassung – die *politische* und *militärische* Administration auf die Wirtschaft. – Machbar ist dies, insofern bloßes Wachstum betrieben wird, *nicht Entwicklung der Produktivkräfte*.

Die heutige Chance bestände also darin, endlich mit jener nun sterbenden, militärbürokratischen Befehlswirtschaft, Schluß zu machen?

Genau, nicht der Sozialismus stirbt, sondern der „rohe Kommunismus“. Man hat den Eindruck einer Metamorphose. Eine Haut wird abgestoßen, die schon tot ist. Und dies hängt natürlich mit der Entwicklung der Zyklen der Weltwirtschaft zusammen. ...

In welchem Zyklus der Weltwirtschaft befinden wir uns jetzt?

Wenn ich ausgehend von Schumpeter den Zyklus bestimme, also 1788 als Beginn einer mit statistischen Mitteln nachweisbaren Zyklen-Existenz voraussetze, dann befinden wir uns im 4. Kondratieffzyklus. Er hat, anderes als Mandel sagt, im Jahr 1953 begonnen. Mandel datiert den Beginn diesen Zyklus in die vierziger Jahre, das hängt damit zusammen, daß er die Tatsache des Zweiten Weltkrieges nicht als besonderes Phänomen in Rechnung stellt. Nein, ich gehe von 1953 aus und der Eintritt in die Depressionsphase dieses Zyklus

¹ Erstveröffentlichung weiter Teile des Interviews, dessen erster Teil am 18.11.1989 und dessen zweiter Teil im Anschluss an die ausschlaggebenden Volkskammerwahlen vom 18.3.1990 stattfand, in *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften* Nr. 180, 32. Jg. (1990) S. 204-212 sowie Nr. 182, 32. Jg. (1990) S. 582-586. Für diese Publikation wurde der Text von Peter Ruben nach der Mitschrift des Interviews erneut durchgesehen und um wichtige Textpassagen erweitert. (Anmerkung der Herausgeber)

erfolgte genau 1979/1980. 1980 hat Polen sozusagen das Handtuch geworfen. Das war das 1. Signal dafür, daß überhaupt keine Rede davon sein kann, daß sich der „Sozialismus“ – nennen wir es mal so – von der Weltwirtschaft abkoppeln könnte.

Dann läge der Beginn der Erneuerung gerade am Ende der Depression- und am Anfang der Erholungsphase?

Genau hier liegt unsere große Chance. Die jetzige Krise muß die Kräfte freisetzen, die uns die Möglichkeit geben, in der Erholungsphase die Produktivkräfte zu konstituieren, die uns für die folgenden Generationen weitere Entwicklungsschübe erlauben. Da bin ich gar nicht so skeptisch. Und das bedeutet, daß jetzt im eigentlichen Marxschen Sinne der „Deutschen Ideologie“ überhaupt erst die Aufgabe besteht, Sozialismus zu konstituieren, im Gegensatz zum „rohen Kommunismus“. Denn jetzt handelt es sich um die Liquidation der staatlichen Realisierung des Gemeineigentums. Und das bedeutet eine bloß rohkommunistische Verfassung des Eigentums. Nämlich, daß das Gemeinwesen für sich in seiner bloß politischen Existenz über die Wirtschaft herrscht. Wenn ich danach frage, was soll denn Sozialismus eigentlich heißen und anknüpfend an das aus dem lateinischen übernommene Wort *societas* auch danach frage, was war denn nun die *societas* bei den alten Lateinern, dann stellt man fest, es waren Leute oder Kommunen, die miteinander im Verkehr stehen, also *Verträge* abschließen – und das ist der eigentliche Punkt, um den es geht. Denn der rohe Kommunismus hat den Austausch ausgeschlossen und ihn durch die Distribution ersetzt. Wir sind ein Distributionssystem und der Austausch ist verschwunden, folglich wurde die Preispolitik notwendig für den Staat ... Worauf es jetzt ankommt, ist nicht den *Privataustausch* zu reproduzieren, was diese Herren da drüben gerne möchten, sondern den Austausch zwischen Gliedern der Gemeinschaft, die als souveräne Produzenten nach ihren Fähigkeiten in der Produktion selbst entscheiden, was sie produzieren müssen. Nach den Bedürfnissen der Abnehmer. Und das heißt die Imputation des Austauschs. Das ist die eigentliche Frage.

Also stünden wir wieder bei Marx, daß „der Kommunismus die Produktion der Verkehrsform selbst ist, und wir hätten endlich zu bestimmen, was die den sozialistischen Kommunen adäquate Verkehrsform wäre?

Ja, und dies ist eine experimentelle Sache. Wir sind keine Utopisten, aber nichts desto weniger brauchen wir Hypothesen über die Natur des Sozialismus, und zwar gesellschaftlich konsensfähige – und gleichzeitig das Bewußtsein, daß unsere praktische Arbeit das Experiment auf die Möglichkeit der Hypothesen ist ...

Welche positiven Erfahrungen liefert uns da der RGW?

Gar keine. Der RGW in seiner bisherigen Verfassung kann so nicht weiter existieren, das ist völlig klar. Der RGW ist nichts weiter als eine gelegentliche

– auf Grund des politischen Verteidigungsbündnisses mit der SU – Koordinierung von Wirtschaftsabläufen, und im Grunde auch Zuteilung. So wurde der DDR der Turbinenbau abgenommen und auch die Luftfahrtindustrie liquidiert – der RGW war ja immer nur insofern effektiv, als nationale Absprachen zustande kamen.

Also kein wirkliches Organ zur Organisierung von Austauschverhältnissen
Nein keinesfalls.

Da wäre der RGW nur die Fortführung der alten stalinschen Vorstellungen vom Kommunismus als Weltstaat, der das Produzierte irgendwie verteilt?

Ganz recht. Der RGW ist entstanden unter einer Voraussetzung, der Annahme, daß es nicht mehr *einen* Weltmarkt gibt, sondern daß nunmehr neben dem demokratischen der kapitalistische, der „imperialistische“ Weltmarkt besteht. Überhaupt ist die Annahme, daß der Weltmarkt verschwinden könnte, die *Vollendung* des rohen Kommunismus. Die Attacke auf den Markt, auf den Austausch ist der eigentliche Gegenstand und Inhalt des rohen Kommunismus. Es ist die Attacke auf das Geld. Und seit 1970/71 wurde diese Vorstellung von den RGW-Staaten in geradezu atemberaubendem Ausmaß durchbrochen. Die Erhöhung der Kreditaufnahme stieg in zehn Jahren um das Elffache. Das bedeutet, daß sie nunmehr die Teilhaberschaft am kapitalistischen Mehrwert betreiben und so auf ihre ursprünglichen Vorstellungen von der Existenz eines demokratischen oder sozialistischen Weltmarkts gepiffen haben, der bot nämlich nichts.

Auch die RGW-Diskussion über die Herstellung einer konvertierbaren Währung *innerhalb des RGW* ist Ausdruck dieser alten Ideologie. Eine Währung ist nur mit Bezug auf den Weltmarkt konvertierbar. Den kann man weder ignorieren noch aufheben. Er ist vielmehr die Bedingung der positiven Selektion unserer Produktivkräfte. Diese rohen Kommunisten denken immer, daß ein Markt eine Institution der gegenseitigen Bescheißerei ist. Sie begreifen nicht, daß es sich um das Medium der Selektion der Produktivkräfte handelt. Gerade das muss jetzt gelernt werden. Da stehen wir noch ganz am Anfang. Dies ist noch lange nicht klar. Auch Modrow in seiner Regierungserklärung spricht von Preispolitik, die reformiert werden muß. Das Problem besteht aber darin, die Preispolitik überhaupt abzuschaffen!

Man sagt gewöhnlich, daß die Deutschen nie eine wirkliche Revolution vollbracht, nie eine vollendet hätten. Was ist „übrig geblieben“ von der Revolution von 1789, 1848, 1917/18 und dem Beginn des DDR-Aufbaus, auch an Positivem, das in einer wirklich sozialistischen Erneuerung aufgehoben werden kann?

Zunächst: Diese Vorstellung, daß die Deutschen zur Revolution unfähig waren, basiert auf einer *bloß politischen* Ansicht von der Revolution. ... Die deutsche Entwicklung ist aber keine bloße politische Sache, keine bloße

Konstitution eines nationalen Gemeinwesens, sondern die Deutschen sind in die Geschichte eingetreten als ein *Bündnis* verschiedener Stämme, das heißt als eine *Gesellschaft im Kleinen*. Eine Gesellschaft wohlgeordnet, nicht eine Kommune. Und das bedeutet, daß im Norden mit dem Norden gehandelt wurde, im Süden mit dem Süden usw. und daß die Beziehungen zum Ausland immer so stark waren, wie auch die Beziehungen der Deutschen untereinander. Und das schloß von vornherein eine bloß politische Konstitution des deutschen Citoyen aus.

Und die Franzosen wären dann so etwas wie eine Kommune im Gegensatz zu societas?

Ja. Die Franzosen haben doch ihre Nationalkonstitution gegen das Reich gemacht. Das war doch der Gegner. Franz I. hat Karl V. als Gegner gehabt. Und alle diese Entwicklungen der nationalen Volkswirtschaften sind im Wesentlichen gegen dieses römisch-deutsche alte Imperium realisiert worden. Und das bedeutet, Deutschland war immer der Gegenstand, der äußere Gegenstand einer politischen Revolution woanders. Ob nun in den Niederlanden, England, Frankreich oder wo auch immer ... Und ich würde schon sagen, diese Geschichte muß man in Rechnung stellen. Wenn man unter Revolution aber mehr versteht als bloß politische Revolution, sondern gesellschaftliche Revolution, kulturelle Revolution, Revolution des Geistes, dann kann man über die Deutschen gar nicht meckern. Da haben sie kräftig mitgemacht. Die Revolution, die dazu führt, die Dominanz der katholischen Ideologie in Europa zu brechen, ging von Deutschland aus. Man denke nur an Luther.

*Stichwort: Luther in der Gegenwart (Friedrich Schorlemmer z. B.). Ist diese Tradition noch relevant für die Verteidigung des Sozialismus?*¹

Marx selbst erkennt in Luther den ersten Nationalökonom. Das ist das, was mich an Luther hier interessiert. Luther hat das Problem des Kaufhandels zur Debatte gestellt. Was ist seine Antwort? Für jeden normalen Menschen ist es oder scheint es zumindest klar zu sein, eigentlich produzierte ein Kaufmann nichts. Aber andererseits ist klar, daß er uns Produkte liefert, die woanders eingekauft oder hergestellt werden. Nun stellt Luther die Frage, wie soll der Kaufmann eigentlich leben? ... Seine kühne Antwort lautet: Er soll so viel verdienen, wie ein anständiger Arbeiter. Das aber bedeutet die Identifikation der Handelstätigkeit als Arbeit. Das ist Luther. Das haben die deutschen Kommunisten bis heute nicht begriffen.

1 Friedrich Schorlemmer *1944; evangelischer Theologie und Bürgerrechtler. Veranlaßte auf dem Kirchentag 1983 in Wittenberg als symbolischen Akt der Friedensbewegung das Umschmieden eines Schwertes zu einer Pflugschar. Er setzte sich für die Wiedervereinigung durch Konföderation der DDR mit der BRD ein, um die DDR als sozialistische Alternative für die BRD zu erhalten.

Ist das noch präsent in der protestantischen Kirche von heute?

Ja, weil die protestantische Kirche als Gemeinde originär demokratisch verfaßt ist. In der Ideologie, der Theologie, in der Religionsvorstellung natürlich mystifiziert und verdreht, aber diese eigene ökonomische Fragestellung ist noch da.

Schorlemmer ist also Repräsentant dieses Denkens und insofern kein Opponent des Sozialismus?

Überhaupt nicht. Was die Kirche immer mitbringt, [– ob katholisch oder evangelisch –] ist das klare Bewusstsein von der Notwendigkeit der Gemeinschaftlichkeit ... und bei den Deutschen war es eben so, daß die Gemeinde als demokratische Organisation überhaupt nur noch bei der evangelischen Kirche präsent war. Sonst wurde sie ja zerstört und an ihre Stelle trat das privat-egoistische Individuum, – als bürgerliches Individuum konstituiert. Dagegen hat die Kirche als protestantische Kirche die Gemeinde immer festgehalten. Natürlich nur als Kirchengemeinde. Und es kommt hinzu, daß die Stabilisierung des Luthertums über die Landesherrschaft erfolgt ist, die aber ist durch die kommunistische Revolution beseitigt worden. Jetzt steht die Kirche allein für sich da. Und sie verwirklicht sich nicht mehr als landesherrliche Institution, sondern nur noch als Kirchengemeinde. Und sie erhielt in dieser Gesellschaft eine neue Rolle: All die Mühseligen und Beladenen kamen zu ihr. Und je schärfer die landesherrlichen Konflikte wurden, um so mehr sind hingegangen.

Und die Kirche in der DDR verteidigt dann erneut die Gemeinschaftlichkeit gegen die hier wachsenden Privategoismen, und darin bestünde ihre positive Funktion für die gegenwärtige Erneuerung?

Ja, so ist es. In diesem Sinne ist die Kirche selbst einer der Repräsentanten des eigentlich kommunistischen Gedankens. Kommune heißt Gemeinde, weiter nichts. Und angesichts der klassisch liberalen Vorstellung, daß die Gesellschaft durch Vertrag der vorausgesetzt autonomen Personen hergestellt wird, ist die Kirche immer antiliberal. Sie wußte immer, daß diese Vorstellung so nicht stimmt.

Wenn die Kirche immer antiliberal ist, wie verhalten sich dann Friedrich Schorlemmer und Manfred Gerlach zueinander? Ist Gerlach dann der Repräsentant von 1789?¹

Ja, das hat er expressis verbis artikuliert. ... Wenn Gerlach auftritt und sich Liberal-Demokrat nennt, also zwei verschiedene Sachen vereinigt und nun die Losungen der französischen Revolution artikuliert, dann geht es um den Citoyen, aber nicht in der damaligen Gestalt einer Abstraktion vom Bourgeois,

1 Manfred Gerlach (1928-2011). 1967-1990 Vorsitzender der LDPD (Liberaldemokratischen Partei Deutschlands) und stellvertretender Staatsratsvorsitzender, letzter Staatsratsvorsitzender von Dezember 1989-April 1990

sondern nunmehr um den sozialistischen Produzenten als Glied seines Gemeinwesens. Denn hinsichtlich des Citoyen ist ja zugleich die Gemeinschaft via Nationalversammlung als solche vorgestellt und vorausgesetzt. Und hier liegt der Zusammenhang zwischen Schorlemmer und Gerlach. Während der eine eher von politischen Voraussetzungen ausgeht, hat der andere eher die kirchliche Gemeinde im Blick. Für beide ist daher die Erklärung, wir wollen in der DDR den Sozialismus haben, keinesfalls eine Phrase.

Du siehst hier also wirkliches Sozialismus-Denken?

In jedem Fall. Denn insoweit man sehen kann, besteht ja ein Mindestkonsens. Während die Kirche die Gemeinschaftsidee mit der Gemeindevorstellung einbringt, bringt Gerlach sie mit dem Citoyen ein, und der normale Arbeiter in der DDR unterstellt sie mit der Voraussetzung der Sozialpolitik, der Vorstellung von der sozialen Sicherheit, selbstverständlich ebenfalls. So haben wir einerseits die Zersetzung des militärbürokratischen Apparats, den die Kommunisten zur Führung der Wirtschaft realisiert haben. Zugleich aber bleiben ursprüngliche sozialistische und kommunistische Intentionen, insofern sie ökonomische, soziale Intentionen sind, gänzlich unberührt.

War der Herbst '89 eine „Wende“?

Wenn man mit Wende den gesamten Vorgang meint, der hier abläuft, dann ist die Wende am 9. Oktober passiert. Nämlich mit der Entscheidung, nicht die Waffen einzusetzen. Dies war bereits die Spaltung in der Führung. Wenn sie geschlossen und konsequent eine „chinesische Lösung“ angestrebt hätte, hätte sie schießen lassen müssen.

Ist die „chinesische Lösung“ nun ausgeschlossen?

Ich halte sie für absolut ausgeschlossen. Sie ist am 9. Oktober erledigt worden.

Und Modrows Regierungserklärung?

Zeigt uns die Entfaltung der „Wende“ und insbesondere, daß nunmehr in der DDR seit Jahrzehnten zum ersten Male eine Regierung besteht, die sich als Vollzugsorgan der Volkskammer versteht und nicht mehr irgendeinem Parteisekretariat oder Polit-Büro untertan ist und Weisungen entgegennehmen wird.

Zu Modrow. Haben wir einen Gorbatschow an der Spitze, auch von den Fähigkeiten her?¹

Modrow ist ein unglaublicher Glücksfall. Von den Fähigkeiten her ist er

1 Hans Modrow *1928. Maschinenschlosser; arbeitete als Funktionär der FdJ und SED in verschiedenen Funktionen; 1966 Promotion zum Dr. rer. oec. (Soziologische Probleme der Wirtschaftsleitung). 1973-1989 ist 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, wurde 1989 Mitinitiator des „Dresdner Dialogs“, – d. h. der ersten offiziellen Kontakte zwischen Behörde, Partei und Opposition – mit der „oppositionellen Gruppe 20“. November 1989 bis März 1990: Vorsitzender des Ministerrats der DDR. Bildete im Dialog mit dem „Runden Tisch“ eine „Regierung nationaler Verantwortung“ und strebte die Einheit von DDR und BRD auf konföderativer Basis an.

sogar noch besser. Modrow hat etwas, was Gorbatschow fehlt, die Einsicht in die Natur der wirtschaftlichen Aufgaben. Er stand doch dauernd mit einer intelligenzintensiven Dresdner Industrie in Kommunikation, außerdem ist er promovierter Ökonom, Gorbatschow hingegen Jurist. Gorbatschow sieht die Sache mehr politisch, was auch richtig ist, ich will da nichts in Abrede stellen, aber für uns ...

Also Modrow brächte demnach die Fähigkeiten mit, die Gramsci von einem modernen Politiker verlangt? Intelligenz und Fachkompetenz, die er in sich vereinigt ...

... und noch etwas dazu, was nach den Erfahrungen der letzten zehn Jahre von sehr großer Wichtigkeit ist, nämlich die moralische Integrität der Person. Das spielt eine ungeheure Rolle. Dieser Mann ist nicht korrumpierbar. Der lässt sich totschiessen, aber er ist nicht korrumpierbar. Und genau *weil* das so war, kam er ja in die Führung nicht rein, blieb er ein Outsider.

Zur gegenwärtigen Krise. Die DDR hat 130 Milliarden Mark Inlandsschulden und 21 Milliarden Dollar Auslandsschulden. Ist die DDR bankrott? Droht der Ausverkauf?

Davon kann keine Rede sein. Die Inlandsverschuldung, wenn sie in dieser Höhe richtig angegeben wurde, bewegt sich in einer handelsüblichen Größenordnung. ... Das sind in etwa 40 Prozent des Bruttosozialprodukts. Zudem handelt es sich ausschließlich um eine staatliche Inlandsverschuldung, die betrifft keine Kommune, keine Stadt. Eine Verschuldung in dieser Höhe kann eine Volkswirtschaft, die sich produktiv entwickelt, allemal tragen.

Also die zentrale Frage ist die nach der Produktion?

Das ist der Punkt. Man sollte Schumpeter ernst nehmen: „Auf seinen Schulden reitet man zum Erfolg!“ Die Leute denken immer, wenn Schulden da sind, ist das etwas Schlechtes. Quatsch, Schulden zu machen, heißt, wenn sie richtig gemacht werden, *Potential für Entwicklung bilden!* Alle wirklichen Entwicklungen der Produktivkräfte sind immer über das Eingehen von Schuldverhältnissen realisiert worden. Wenn man jedoch Kredite verprasst und sich feudal verhält, wie der Adel gegenüber seinen Gläubigern, dann ist es aus, dann fressen einen die Kredite auf. Mein Problem ist, ich will eine detaillierte Aufstellung, wofür die Inlands- und Auslandsschulden genau gemacht wurden.

Wir brauchen ein neues Zirkulationssystem mit einer Zentralbank, die die jetzige bisher inflationstreibende Staatsbank ersetzt...

Das ist eine der Fragen, die bisher nicht gestellt wurden ... Wir haben leider wenig Fachleute. Das heißt, der „rohe Kommunismus“ hat eben mit seiner Attacke auf das Geld auch dazu geführt, daß eine ziemliche Ahnungslosigkeit über die Natur des Geldes vorhanden ist. Wir brauchen eine Reform des Ban-

kensystems und damit zugleich das Erwerben von Kompetenz über Banken, Geld, Währung, Börsen etc., – Dinge, die ja auch denunziert wurden. Wir müssen uns Zeit lassen für einen neuen Lernprozeß. Was soll man denn von Günter Mittags¹ Intervention in den Jahren 1978/79 „Geld spielt keine Rolle“ halten? Zunächst war es ja so, daß der Bankpräsident aufgrund der Mitteilung der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik erfuhr, welche Produktivitätssteigerung erreicht worden ist. Demgemäß wurde mehr Geld gedruckt – und zwar mit dem Ziel Preisstabilität zu erreichen. Mit dem Amtsantritt von Mittag galt dagegen, wenn ihr höheren Gebrauchswert abliefern, dann könnt ihr auch höhere Preise verlangen. Und das war das Signal an das Preisamt, daß Betriebe nunmehr höhere Preise realisieren konnten, wenn sie z. B. statt einfacher bemalte Gläser herstellten – unabhängig davon, ob sie gekauft wurden oder ob es sich um Ladenhüter handelte.

In diesem Zusammenhang sprichst Du Dich strikt gegen Preispolitik aus ...

Das muß das Endziel der ökonomischen Reform sein. Der Preis, die Preisbildung selbst, ist eine Angelegenheit des Marktes. Der Markt ist die einzige Institution, die einen objektiven Preis bildet. Alles andere ist Nonsense. Preispolitik bedeutet immer eine *Verzerrung der Wertverhältnisse* ...

Modrow sprach in seiner Regierungserklärung vom „sozialistischen Unternehmergeist“ als Ausdruck einer völlig neuen Produktionspolitik, die seinerseits gemacht werden soll. Nun wissen wir, daß die Geschichte der DDR immer auch eine Geschichte der – oft willkürlichen – Liquidierung von Produktivkräften war (man denke nur an die Luft- und Raumfahrt-Industrie, den Automobilbau, die Vernachlässigung der Schwachstromtechnik mit ihren Folgen für die gegenwärtige Mikroelektronik u.a.). Wo finden sich trotz der gravierenden Rückständigkeit Potenzen zur Erneuerung?

Es wird sich zunächst generell darum handeln, die *Potenzen der Personen, der Individuen*, in dieser Wirtschaft *juristisch und ökonomisch freizusetzen*. Also, alle Vorschriften aufzuheben, insbesondere die Beschränkungen der Vertragsabschlußfähigkeit für die Arbeitskräfte ... und zweitens: Beseitigung aller Steuern, wie Gewinn- und Einkommenssteuern, die implizieren, daß die Leute nicht arbeiten, ihr Leistungspotential nicht ausschöpfen. Auch mit Blick auf Handwerker, Gaststätten und andere Selbständige gilt ja: Unser ganzes Steuersystem ist bis jetzt ausschließlich politisch motiviert. Ausschließlich – es hat keine ökonomische Grundlage! Es hat nur die „Gründe“ einer politischen Motivation unter der Voraussetzung einer rohen Klassentheorie.

1 Günter Mittag 1926-1994. Ausbildung bei der Reichsbahn. 1956 Fernstudium a. d. Hochschule f. Verkehrswesen Dresden. 1958 Dr. rer. oec.: (Probleme der sozialistischen Entwicklung d. Verkehrswesens); 1958-61 Sekretär der Wirtschaftskommission beim Politbüro des ZK; 1961/62 Stellvertr. Vorsitzender u. Sekretär des Volkswirtschaftsrates: war maßgeblich an der Konzeption von W. Ulbrichts NÖSPL beteiligt. Wechselte nach Ulbrichts Absetzung die Fronten; 1966-89 Mitglied des Politbüros; wurde unter Honecker zur entscheidenden Schlüsselfigur für die Struktur (Kombinatsbildung) und Entwicklung der DDR-Ökonomie.

Ich will also kein politisch motiviertes Steuersystem mehr, sondern die klare ökonomische Begründung der Steuer und zwar so, daß die Produktivkräfte entwickelt und nicht beschränkt werden. ... Des Weiteren muß das Lenin-sche Prinzip der Einzelleitung realisiert werden. Die *Person* war ja gar nicht verantwortlich. Unsere quasi militärische Wirtschaftsverfassung lief ja darauf hinaus, daß ein Kombinatdirektor seinerseits strikt an die Befehle des vom Politbüro gestellten Oberbefehlshabers der Wirtschaft Günter Mittag gebunden war.

Du würdest Lenin hier nicht kritisieren wollen?

Nein, ganz im Gegenteil. Wir hatten eine unleninsche Realisation. Lenin ist doch kein Militarist gewesen. Seine Neue Ökonomische Politik ist das genaue Gegenteil von dieser Realisation ... Was wir hatten war Stalinismus in Reinkultur, bürokratisch-militärische Verfassung eines Apparats, in dem niemand mehr verantwortlich war. Es sei denn, der oberste Boß.

Da wir ja über den Sozialismus reden, was bringt der heutige DDR-Arbeiter trotz seiner staatlich-hörigen Vergangenheit und außerhalb des doppelt-freien Lohnarbeiters an Fähigkeiten und Erfahrungen mit, so daß Du sagen kannst, in nuce ist das Potential vorhanden für den persönlich freien Arbeiter im sozialistischen Sinne?

Seine Produktionskompetenz. Ganz einfach, praktische Produktionskompetenz. Das heißt, er weiß, wie man Güter erzeugt oder Dienstleistungen produziert. Welche, unter welchen Bedingungen, wann ökonomisch am günstigsten, am rentabelsten. Die Arbeiter wissen ganz genau, wie das, was sie tun, ökonomisch vernünftig zu organisieren ist. Man muß sie nur befragen, ... Das Problem, um das es geht, ist oft – was Intellektuelle gar nicht wissen, weil sie die Produktionserfahrung nicht haben – nicht so sehr, *was* produziert wird, sondern *wie* die Organisation der Produktion *rationell* zu machen ist, so daß rentabel produziert werden kann. Und das ist eine enorme Kompetenz, die unsere Arbeiter haben. Sie wird nur nicht genutzt, weil sie nicht zugelassen ist, aufgrund der Kommandostruktur.

In diesem Zusammenhang noch die Frage nach der Produktionskompetenz und den Arbeits- bzw. Produktionsmitteln ... Wir haben ja nun sehr oft darüber diskutiert, daß einer der entscheidenden Punkte der ökonomischen Krise der siebziger und achtziger Jahre gerade der ist, daß Arbeiter (Ingenieure und Techniker inbegriffen) die notwendigen Produktionsmittel, die Mittel, die sie zum Produzieren brauchen, heute nicht mehr haben, heute nicht mehr kompensieren können per Bastlerarbeiten in den „berühmten“ Bastel-Kammern der Neubauten usw. Wo siehst Du da den Ansatz, aus dem – für mich – Dilemma herauszukommen, um über die Restrukturierung des eignen Maschinenbaus, den Außenhandel etc. Produktionsmittel herzustellen, die es ermöglichen würden, daß der DDR-Facharbeiter sich dem Niveau seiner Kollegen

im Westen wieder annäherte? (Die Ausreisewelle hat doch auch die Tatsache deutlich offenbart, daß in ganzen Berufen, Produktionsarten, Industriezweigen nicht mehr die Fachkompetenz wie in der BRD vorhanden ist.)

Ja, so ist es ... Da kann ich nur sagen, daß dies der eigentliche substantiell Kern der Wirtschaftsreform ist. In Bezug auf dieses Problem müssen wir uns auf eine jahrelange Entwicklung einstellen. Ganz klar, da gibt es überhaupt keine andere Lösung mehr, so tief steckt die Karre eben im Dreck. Ich kann da nur sagen, daß wir dieses Phänomen genau im Blick haben müssen. Das betrifft auch die Wissenschaften. Wir haben ja eine *Dequalifikation* in der Wissenschaft organisiert. Da, wo die Partei die Wissenschaft unter sich subsumiert hat, hat sie sie in einen Parteiladen verwandelt und dabei korrupte Leute positiv selektiert, also auch dort Dilettantismus begünstigt. Das System hat eine ganze Generation lang unter der Situation des Dilettantismus gelitten. Dies muß man überhaupt in dieser Klarheit und Präzision wahrnehmen. Das wäre die erste Frage. Die zweite ist: Natürlich ist in diesem Lande die *volle* Durchsetzung des Dilettantismus nicht überall gelungen. Sie ist z.B. nicht durchgeschlagen in der Landwirtschaft wegen des genossenschaftlichen Eigentums. Da ist die Subsumtion unter die Staatsgewalt nur partiell gelungen, so daß wir dort hohe Kompetenz haben. Und dann gibt es natürlich eine Reihe von Produktionszweigen oder Betrieben, die durchaus Weltmarktstandard besitzen. Z.B. die polygraphische Industrie und auch der Textilmaschinenbau ... Und man kann Deine Fragen nicht vom abstrakten oder allgemeinen Standpunkt, den Du in der Wissenschaft zunächst realisierst, beantworten. Ich müßte jetzt die LPG x, y oder z aufsuchen und fragen, was habt ihr für Möglichkeiten? Und *die* geben mir die Antworten.

Also, wir wissen heute noch gar nicht, was überhaupt produziert werden kann. Wir müssten erst analysieren, um dann entscheiden zu können.

Genau. Es gibt Tausende von wirklich guten Wirtschaftskadern, die uns sagen könnten, „also, wenn diese Vorschrift beseitigt wird, jene nicht mehr ist, dann könnte ich hier dieses oder jenes machen und das würde uns so und so viel einbringen ...“ Das sind die Leute, die Du hervorlocken mußt. Dazu muß die Presse helfen, der Rundfunk und alle möglichen Leute. Das wäre eine Offensive der ökonomischen Reform in einem Maße, daß sich jeder engagieren würde. Und das wäre ein Druck auf die Rationalität des Bewußtseins und weg von der Ideologie. Den brauchen wir und da muß man einen langen Atem haben. Ich rechne mit zehn bis zwanzig Jahren in der Wiederherstellung der Potenzen der DDR-Volkswirtschaft.

Und bis dahin laufen die Leute nicht weg?

Die Leute laufen doch nicht weg, weil wir hier schlechter leben als anderswo. Warum laufen uns die Leute weg? Meine einfache Antwort lautet: Weil sie ihre *persönliche Produktivkraft* hier nicht entwickeln können! Dies ist der wirkliche Hauptgrund des Weglaufens. Wenn mir eine junge Frau im

Fernsehen erklärt, ich möchte doch endlich mal Verkäuferin sein und nicht immer nur sagen „ham wa nich“, dann weiß ich, was die Glocke geschlagen hat. Und das ist genau die *deutsche* Antwort auf den rohen Kommunismus. Die Deutschen sind nicht gegen die Gemeinschaft, aber sie sind dagegen, daß die Person unterworfen wird und aufhört, als Person zu existieren. Wenn Du den Deutschen in seiner *Persönlichkeit* attackierst, dann rennt er entweder weg oder er macht 'nen Aufstand. Und genau das ist der Punkt. Wir haben den Dualismus von Volkseigentum, Gemeinschaftspotenz einerseits und persönlichem Eigentum, persönlicher Potenz in der Produktion so liquidiert, daß wir die Person auf das Element der Gemeinschaft reduziert haben. Wir brauchten ja gar keine Personen mehr ... Der einzelne will etwas tun, will zeigen, was er kann. Ein Arbeiter will immer zeigen, was er kann, in der Produktion, mit der Dienstleistung, die er verrichtet. ... Dieses Potential ist freizusetzen, dann würdest Du – bei einer genauen ökonomischen Analyse, die wir noch gar nicht haben – die Antwort auf Deine Fragen (einschließlich der Fundamentalfrage, wo das Potential für die Erneuerung überhaupt ist) in einem dauernden Reaktionsprozeß schrittweise ermitteln müssen. Es gibt keine ad-hoc-Antwort auf Deine Frage. Ich kann ebenso gut auch antworten, ja es ist möglich, daß dieser Laden Pleite geht. Ich hatte es als Möglichkeit kalkuliert und bin froh.

... daß die DDR erstmal nicht Pleite ging?

... ja, daß es vor einem Kollaps passiert ist und wir mit dem Zusammenbruch dieses politischen Systems jetzt freie Bahn haben. Dies ist für mich die reelle Chance, die die DDR hat. Es ist überraschenderweise gelungen, diese starre politische Haut abzusprengen, *ehe* es ökonomisch zu spät war. Und das ist die erfreuliche historische Situation.

Noch einmal zum Lohnarbeiter: Ist es sinnvoll, im Sozialismus vom Lohnarbeiter zu sprechen? Der Terminus ist ja nun ideologisch „besetzt“, auch als Schlagwort für die Bezeichnung von sozialen Verhältnissen, die wir nicht haben.

Eine der ökonomischen Fundamentalgeschichten, auf die ich Wert lege, ist die folgende: Zuerst muß man die klassischen Erkenntnisse der Nationalökonomie wiederherstellen. Danach gibt es die Grundrente, den Zins, den Lohn, den Gewinn etc. Meine Sicht ist nun die: Eine sozialistische Gesellschaft muß eine Gesellschaft sein, in der die Person *von der Arbeit lebt*. Nun liefert die Wirtschaft nicht bloß Arbeitseinkommen. Wenn wir nun diesen Dualismus haben, Gemeinwesen und Person, und die Person soll im Wesentlichen von Arbeitseinkommen leben, dann ist für mich damit gleichzeitig verbunden, daß das Gemeinwesen von der Rente und vom Zins leben soll. Ich will also kein privates Bankgewerbe im Sozialismus haben und auch kein Privateigentum an Land. Das ist mit Sozialismus unverträglich. Dies vorausgesetzt, fließt a priori die Grundrente in die Kasse des Gemeinwesens, fließt auch a priori der Zinsgewinn in die Kasse des Volkes. Und jetzt kommt die Gretchenfra-

ge nach dem Gewinn. Und da ist genau der Punkt, an dem ich der Meinung bin, der Sozialismus in diesem ökonomischen Sinne unterscheidet sich vom Kapitalismus dadurch, daß der *Gegensatz zwischen Arbeitslohn und Gewinn* aufgehoben wird, d.h., der Arbeiter hat *Gewinneinkommen* und soll es haben. Und dies kann nur dadurch geschehen, daß die Teilnahme der Gemeinschaft am Gewinn, d.h. des Gemeinwesens am Gewinn über die ökonomische Verfassung, die wir realisieren müssen, in dieser Reform genau festgelegt wird ... Sagen wir, wir die Gemeinschaft nimmt am Betriebsgewinn in Form einer Gewinnsteuer teil, wobei man immer noch die Frage stellen kann, ob das sein muß, also die Kreditierung durch das Volk für die besonderen Betriebe bereits ausreicht – aber nehmen wir mal an, wir erheben eine Gewinnsteuer, die der Volkskasse zufließt, dann bleibt ein Gewinn übrig, der den Produzenten des Betriebes als Gesamtheit zusteht. Und jetzt sollen die Arbeiter über die Gewinnverteilung in den Betrieben selbst entscheiden. Und zwar so, daß du in den Betrieben natürlich Rücklagen hast, also Vorbedingungen schaffst für eventuelle Modernisierungen des Betriebes, aber auch so, daß die Arbeiter am Gewinn beteiligt sind. So daß das sozialistische Arbeitereinkommen nicht mehr identisch ist mit dem Arbeitslohn, sondern Lohn *und* Gewinn einschließt. Und Gewinn in dem Maße, in dem der Betrieb produktiv ist ...

Der Arbeiter ist also Lohn- und Gewinnarbeiter?

Genauso ist es. Wir müssen dahin kommen. Die rohkommunistische Vorstellung bestand darin, den Gewinn zu Lasten der Entwicklung der Volkswirtschaft einfach als Gemeineinkommen an den Staat abzuführen. Also muß gesichert werden, daß der Gewinn der Personen, der Gewinn der Produzenten *tabu* ist und den Staat nichts angeht! Den Produzenten muß er zufließen! Das ist der eigentliche Anreiz für die Entwicklung der produktiven Kräfte. Und sie müssen damit machen können, was sie wollen. Dabei kann das Gemeinwesen natürlich darauf, was sie nun wirklich machen, erheblichen ökonomischen Einfluß ausüben. Der Staat kann sich z.B. gegenüber seinen Bürgern verschulden, kann einen Rentenmarkt entwickeln, und dann kaufen sie eben Rentenpapiere, Staatsanleihen. Warum denn nicht? Der sozialistische Staat sollte vernünftigerweise Schuldner der sozialistischen Produzenten sein. Das ist seine beste ökonomische Verfassung, die man sich denken kann. Und seine Anteilsnehmer, diejenigen, die die Staatsanleihen kaufen, sollen Zinsen erhalten. Solche Verhältnisse haben wir übrigens schon. Ein Lottospieler, der 450.000 Mark gewann, hat mit dem Staat einen Vertrag gemacht, im Jahr 53 000 Mark Zinsen bekommen und das Geld dem Staat überlassen. Der lebt also von Zinseinkommen. – Insgesamt ginge es darum, die Trennung von Arbeitslohn und Gewinn für unsere Verhältnisse aufzuheben. Das halte ich für den Kern der Sache. Zwar einen Teil des Gewinns für die Gemeinschaft, aber nur einen solchen Prozentsatz, der unter keinen Umständen das Interesse der Produzenten an der Gewinnerwirtschaftung schmälert, den Rest aber an die Arbeiter des gewinnerzeugenden Betriebs und die sollen untereinander aus-

machen, wie sie den Gewinn verteilen. Das geht niemanden etwas an, als nur der Belegschaft dieses Betriebes.

Kommen wir noch einmal auf eines der ideologischen Zentralprobleme: Plan und/oder Markt? Im Westen wird ja immer wieder unterstellt, die DDR müsse sich aus der Planwirtschaft befreien und endlich zu einer Marktwirtschaft, einer „freien“ oder „sozialen“, übergehen. Also Liquidierung der Planung und Etablierung von Marktverhältnissen ...

Also, dies ist natürlich ökonomischer Dilettantismus sondergleichen. Eine Alternative zwischen Plan und Markt gibt es nicht, hat es nie gegeben, ist absoluter Unsinn. Solange es Wirtschaft gibt, und ich spreche von der altorientalischen Tempelwirtschaft, gibt es Planung. Und jeder Bauer in einer, von mir aus feudal verfaßten Landwirtschaft, *plant* natürlich seine Produktion, mindestens für seine Familie. Das als erstes. Das zweite ist, der Markt wird konstituiert – theoretisch betrachtet – durch *mindestens zwei Planer*, die als Produzenten miteinander in den Austausch, in den Verkehr treten. Der Markt hat also *in sich* das Element des Plans. Worum es nun geht, ist überhaupt nicht die Alternative von Planwirtschaft und Markt, sondern erstens, daß man begreift, daß es nicht um *die* Planwirtschaft geht, sondern um eine bestimmte Art von Planwirtschaft. Die in der DDR bestehende Wirtschaft war in Wahrheit keine Planwirtschaft, sondern das *politische Chaos*, eine chaotische Wirtschaft unter dem *Schein* des Plans: nämlich unter der Voraussetzung, daß die politische Gewalt die Macht hatte, Investitionsentscheidungen nach ihren politischen Bedürfnissen durchzusetzen, ohne die Proportionalität, also die Verhältnisse in der Volkswirtschaft überhaupt in Rechnung zu stellen. Dies war keine Planwirtschaft. Planwirtschaft kann eine Wirtschaft doch nur sein, die auf Grund einer ökonomischen Analyse (die es nicht gab, da keine ökonomische Theorie da war, die als Mittel der Analyse unterstellt werden konnte) die Wirtschaft so führt, daß eine Steigerung der Arbeitsproduktivität insgesamt herauskommt. Und nun möchte ich auf die wirkliche Geschichte seit der Oktoberrevolution zurückverweisen. In den zwanziger Jahren hat es in der SU die Debatte um die *indikative* oder *direktive* Planung gegeben. Das war die große Frage, die große Debatte in der Phase der NÖP. Einer der Hauptrepräsentanten für die indikative Planung war Kondratjew.¹ Diese Art der Planung

1 Nikolai D. Kondratjew (1892-1938) russischer Ökonom. K. wurde international vor allem durch seine Entdeckung langweiliger zyklischen Schwankungen der Weltwirtschaft bekannt. Begonnen von *Die Weltwirtschaft und ihre Konjunkturen in der Kriegs- und Nachkriegszeit* (1922) bis hin zu *Die langen Wellen der Konjunktur* (russisch 1925, deutsch 1926) publizierte der damalige Direktor des Moskauer Konjunkturinstitutes bahnbrechende Arbeiten. Im Anschluß an Josef A. Schumpeter (1939) spricht man von Kondratjew-Zyklen, die nach Schumpeter um 55 Jahre, nach anderen Autoren 40-60 Jahre dauern. Aus heutiger Sicht betrachtet, eröffneten Kondratjews Forschungen für die Entwicklung der Sowjetwirtschaft antistalinistische Perspektiven. So trat er im Gegensatz zur (voluntaristischen) *direktiven* Planung für eine *indikative* Planung ein. Die Gestaltung der Agrarordnung hielt er für die Schlüsselfrage der sowjetischen Wirtschaftsentwicklung: Gestützt auf die Nationalisierung des Bodens gelte es vor allem, das wirtschaftliche und kulturelle Niveau der bäuerlichen Einzelbetriebe zu heben und sie (nur) in dem Maße zu kollektivieren,

war für Japan charakteristisch. *Die japanische Wirtschaft ist eine Planwirtschaft*, und zwar – ich habe kürzlich einen ungarischen Ökonomen gehört – ist sie eine so rigide, wie es sich kein sozialistisches Land geleistet hat. Die Frage ist nicht Plan oder Markt, sondern die, um welche Planung es sich handelt. Nehmen wir die Volkswirtschaftsplanung, hier muß man wissen, was eine Volkswirtschaft im Unterschied zu einer Betriebswirtschaft oder zur Weltwirtschaft ist. Und nun frage ich, welche ökonomische Theorie erklärt dir diesen Zusammenhang, so daß im exakten Sinne von einer Planwirtschaft geredet werden kann. Da kann ich dir nur sagen, das Modellbeispiel ist Japan. Dort ist das MITI, das Ministerium für Industrie und Handel dafür verantwortlich, daß die Entwicklung der Weltwirtschaft genau studiert wird, um Investitions- und Absatzchancen der japanischen Industrie so exakt zu ermitteln, daß neue Investitionsentscheidungen über den Staat möglich sind.

Also würdest Du demnach die staatliche Plankommission in eine Art MITI zum Studium der Weltwirtschaft umfunktionieren.

Ja, die zentrale Planung soll darauf hinauslaufen, daß die Chancen der Volkswirtschaft auf dem Weltmarkt – und sie können immer nur als *Chancen* ermittelt werden und nicht als harte Fakten – genau ermittelt und mit möglichst minimiertem Risiko neue Wege für die DDR-Volkswirtschaft auf dem Weltmarkt erschlossen werden.

Wenn die DDR-Ökonomie nun endlich den Weltmarkt ernst nähme, stünden wir dann vor dem Problem einer kommenden Massenarbeitslosigkeit?

Zunächst, als faktisches Problem sehe ich überhaupt keine Arbeitslosigkeit. Ich sehe nur Arbeitskräftemangel in diesem Land. In Bezug auf die Freisetzung der Entscheidungskompetenz der Kombinati- und Betriebsdirektoren handelt es sich klarerweise darum, daß man davon ausgehen muß, wenn Produktivkraftsteigerung betrieben werden soll, wird selbstverständlich durch Senkung des Arbeitskraftaufwandes Arbeitskräftefreisetzung betrieben. Insofern ist natürlich klar, daß Arbeitslosigkeit als *Möglichkeit* bedacht werden muß ... Das heißt, natürlich brauchen wir einen Sozialfonds, in dem möglicherweise auftretende Arbeitslose ihre Unterstützung erhalten und gleichzeitig eine solche Steuerung durch das Gemeinwesen, daß wir Umqualifikationen der Arbeit erzielen, daß wir neue Produktionen eröffnen.

Wer den Weltmarkt konsequent annehmen will, muß zwangsläufig die eigene Währung konvertibel machen.

Da muß ich sagen, hüte uns der liebe Gott davor, diese Sache sofort in Angriff zu nehmen! Wir können keine konvertible Währung haben, wenn

wie durch Umfang und Fortschritt der Agrartechnik hierfür gesicherte Entwicklungsbedingungen geschaffen werden können. 1930 wurde K. verhaftet, 1932 als vermeintliches Mitglied einer von der Geheimpolizei zu diesem Zweck erfundenen Bauernpartei zu einer 8-jährigen Haftstrafe verurteilt. Erneut vor ein Militärgericht gestellt, wurde er am 17. 9. 1938 erschossen.

die DDR-Industrie und -Landwirtschaft nicht auf dem Weltmarkt *voll wettbewerbsfähig* ist. Ist die Weltmarkt-Wettbewerbsfähigkeit wiederhergestellt, dann kann die DDR-Mark selbstverständlich konvertibel gemacht werden, unter der Bedingung, daß eine vernünftige Zentralbankpolitik geführt wird. Also, daß *nicht* eine *politische* Entscheidung über die Geldmenge getroffen wird, sondern eine *ausschließlich ökonomische*. Sukzessive muß dies angesteuert werden. Diejenigen Betriebe, die konkurrenzfähig sind, muß man sofort frei laufen lassen, andere müssen abgebaut, umstrukturiert werden, um eine derartige Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen.

Das heißt also, die Konvertibilität der DDR-Mark ist der Endpunkt einer neuen Geld- und Kreditpolitik auf Basis der Reorganisation der Produktion?

Ganz klar, anders nicht. Die Konvertibilität muß am Ende stehen, nicht am Anfang. Es gibt Leute, abstrakte Ökonomen, die sagen, wir haben zu viel Geld und zu wenig Waren, also müssen wir eine Geld- und Währungsreform machen. Furchtbares Geschrei, sie gehen immer von der falschen Seite aus. Sie gehen von der Geldseite an die Reorganisation der Produktion, des Wirtschaftssystems heran. Das halte ich für falsch, das sind Fehler in Polen und Ungarn. Statt von der *Seite der Produktion* auszugehen gehen sie von der Geldseite aus und das führt unweigerlich zu inflationären Erscheinungen und wie in Polen dazu, daß die eigene Landeswährung schließlich „Heu“ genannt wird. Das gilt schon gar nicht mehr als Geld und zunehmend werden Dollar oder DM die eigentlich fungierende Währung.

Nun könnte man, vielleicht zynisch, fragen, was ist daran so schlecht?

Daran ist schlecht, daß die Betriebe nicht mehr planen können. Die Betriebe brauchen ein stabiles Preissystem zur Planung der Betriebswirtschaft. Man muß wissen, bei diesen und jenen Kosten ist dieser oder jener Gewinn zu erwarten ... Sobald die Preise sich nicht mehr kalkulierbar verändern, also sozusagen galoppierende Inflation besteht, hört jede Kalkulierbarkeit der Produktion des Betriebes auf.

Kommen wir zur Notwendigkeit einer umfassenden Demokratisierung. Du sprichst in diesem Zusammenhang explizit von „kooperativer Demokratie“.

Schon durch die Benennung soll der Unterschied z.B. zur CDU/CSU-Argumentation deutlich gemacht werden. Da geht man von der Voraussetzung aus, Demokratie besteht darin, daß eine Regierungspartei eine Oppositionspartei vor sich hat und daß die Regierungsverhältnisse wechseln können, daß die Opposition an die Regierung kommt etc. Es handelt sich bei dieser Auffassung von Demokratie um einander *gegenüberstehende* Opponenten. Geht man nun davon aus, daß bei uns das Gemeinwesen nicht allein im politischen Ideenhimmel existiert – also im Parlament als politische Abstraktion Gestalt gewinnt –, sondern ökonomisch im Gemeineigentum, im Volkseigentum realisiert ist, so bedeutet das, daß nunmehr dieses Verhältnis der Demokratie als

eines Wechselspiels, als des Regierungswechsels von politischen Opponenten, durch die öffentliche Erörterung der Sachfragen nach der ökonomischen Entwicklung dieses Landes abgelöst werden muß. Unsere Fragen sind daher nicht mehr dominant politisch, sondern sie sind ökonomische Sachfragen und in der Bestimmung der Probleme ist die Frage nach der Parteizugehörigkeit plötzlich sekundär. Wenn es um die Frage geht, wie die Rentabilität eines Betriebes gesichert werden soll, geht es um *Sachkompetenz*. Und die Entscheidung darüber liegt nicht in der Tatsache, daß jemand einer Partei angehört. Dies ist ja gerade der rationelle Kern des Kampfes gegen den Führungsanspruch der SED, die aus der Voraussetzung, eine besondere *Partei* zu sein, einen Führungsanspruch gemacht hat ... In der sozialistischen Gesellschaft hast Du sehr wohl verschiedene Interessen und daher verschiedene Parteien, aber diese sind immer rückgekoppelt an ein gemeinsames, verbindendes Interesse auf Grund des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln, am Land, so daß sie nicht mehr dominant als Opponenten d.h. ohne ein gemeinsames verbindendes Interesse gegeneinander wirken. Außer den – wie in der bürgerlichen Gesellschaft konstituierten – Sonderinteressen gibt es eben wirklich ein alle bindendes konstituiertes Gemeininteresse. An die Stelle des Spiels von Regierung und Opposition tritt eine Kooperation von Leuten, die gewiß Sonderinteressen haben – was wir jetzt endlich anerkennen –, die zweitens aber auch ein gemeinschaftliches Interesse besitzen. Damit existiert eine völlig neue Situation für die Demokratie in diesem Lande. Mit anderen Worten: Während die DDR eine *kommunistisch* verfaßte *Gemeinschaft* gewesen ist, hat sie in ihrer künftigen Verfaßtheit *sozialistisch*, d. h. *Gemeinschaft* und auch *Gesellschaft* zu sein. Und wie sich in diesem Falle das Verhältnis von Gemeinschaftsinteresse und Privatinteresse gestalten, also die Demokratie beschaffen sein wird, ist eine historisch durchaus offene Frage.

Die Massenbewegung in der DDR, wie siehst du die überhaupt? Vorausgesetzt, daß man erkennt, daß sich eine Massenbewegung in der Verschiedenheit artikuliert, eine Massenbewegung, sich verschieden artikulierender Individuen, die nicht gestaltlos ist, die irgendwie durch die Straßen pöbelt, scheint mir doch das völlig Neue – auch im Vergleich zu Polen und Ungarn und auch der SU zu sein ...

Ja, das muß man sagen. Man muß ja sehen, wovon sie eigentlich ausgegangen ist. Es ist ja nicht eine Massenbewegung der Arbeiter, sondern sie ist ausgegangen von aus der Partei ausgeschlossenen oder die Partei verlassenden Intellektuellen, die angefangen haben in kleinen Zirkeln und Clubs sich Gedanken darüber zu machen, wie es denn nun weitergeht. Und die ihre Heimat vor allem bei der Kirche gefunden hatten. So daß, – ich würde schon sagen Mitte der 70er Jahre wurde das deutlich – sich ein großer Prozentsatz der jungen Leute vom politischen System distanziert, der schließlich zur einer Massenbasis wurde, aber einer Massenbasis, die zunächst in kleinen Gruppen an den verschiedensten Orten der DDR sich zusammenfand, angefangen von

Jena über Berlin bis hin nach Greifswald. Und nun protestiert die kulturelle Intelligenz, verweigert die Gefolgschaft. Die Berliner Demonstration (4. November 1989) ist ja von den Theaterschaffenden der DDR ausgegangen. Man schließt sich zusammen, berät sich und erreicht dabei ein kulturelles Niveau, das mich vollständig überrascht. Denn im Gegensatz zu früheren Massenbewegung, die einzelne Probleme auf die Tagesordnung gesetzt haben – so ging es am 17. Juni 1953 vor allem um die Normerhöhung – wird jetzt die politische Verfassung der Gesellschaft in der DDR als solche thematisiert. Das Volk stellt die Frage nach seiner politischen Verfasstheit!

Nach dem „rohen Kommunismus“

Peter Ruben im Gespräch mit Michael Grabek (II)¹

Wir hatten im November '89 über die mögliche Wiederaufnahme der revolutionären Traditionen von 1789 und 1917 gesprochen. Etabliert sich nun auch in der DDR mit der uneingeschränkten Reinstallierung des Privateigentums (Grund und Boden, Banken inbegriffen) erneut die „bürgerliche“ Revolution? Der neue DDR-Wirtschaftsminister erklärt uns ja, daß die Unterscheidung Staats- und Volkseigentum eine für ihn praktisch irrelevante, belanglose „philosophische Frage“ sei ...

Da kann ich nur die Gegenfrage stellen: Was verstehst Du unter *bürgerlicher* Verfassung, Gesellschaft oder Revolution, die wir nun übernehmen oder zu der wir „zurückkehren“? An dieser Stelle habe ich meine Zweifel und kann zunächst nur sagen: Klar und entschieden ist, wir übernehmen die „soziale Marktwirtschaft“ der BRD mit allen rechtlichen Voraussetzungen. Es ging um die schnelle Herstellung der Rechtsverhältnisse, die diese Marktwirtschaft überhaupt ermöglichen, aber ist die „soziale Marktwirtschaft“ denn wirklich die Realisation der bürgerlichen Revolution? Und wenn ja, in welchem Sinne? Die soziale Marktwirtschaft ist *theoretisch* konzipiert worden in der Freiburger Ökonomen-Schule, also unter der Leitung von Walter Eucken. Andere haben dann nach dem Zweiten Weltkrieg expressis verbis ausgeführt, was sie darunter verstehen. „Soziale Marktwirtschaft“ ist *theoretisch* konstituiert worden, als Antwort auf die von Eucken sogenannte Zentralverwaltungswirtschaft in der Sowjetunion und in Hitler-Deutschland. Das ist das eine – und das andere ist, zugleich wurde sie ausgearbeitet als Antwort auf den Manchester-Liberalismus. Die Grundvorstellung, um die es dabei geht, ist die, daß du die Wirtschaft über den Marktmechanismus in einer solchen Leistungsfähigkeit hältst, daß die Sozialpolitik auch genügend Substanz hat, um verteilen zu können. Und nun wäre zu bedenken, daß die BRD sich qua Verfassung *Sozialstaat* nennt und wir uns *sozialistischer* Staat nannten. Das sind sozusagen agitatorische Termini. Was wird darunter eigentlich verstanden? Und derart in Rechnung gestellt, wieviel Staatseigentum in den westlichen Ländern da ist (in der BRD wird um die 50 % des Bruttosozialprodukts über den Staatshaushalt realisiert), kann gar nicht so einfach gesagt werden, daß es sich um das Ergebnis der bürgerlichen Revolution handelt. Es ist eine Antwort auf die Ergebnisse der Oktoberrevolution im Interesse der *Erhaltung* des Privateigentums sehr wohl, aber unter der Bedingung, daß dieses Privateigentum überhaupt *dominant* in *assoziierter* Form auftritt, als Aktiengesellschaft bzw. überhaupt als Gesellschaftskapital. Und ob das nun noch

¹ Das Gespräch fand nach den DDR-Wahlen vom 18. März 1990 statt und bildet die Fortsetzung des Interviews vom 18. November 1989. Siehe *Das Argument* 180, 204-212.

im klassischen Sinne bürgerlich ist, ist genau das wirkliche theoretische Problem, das wir vor uns haben.

Nun befinden wir uns aber noch immer in der diffusen Situation, wo niemand so recht sagen kann, was Kapital ist. Gewisse Linke (große Teile der PDS eingeschlossen) attackieren den Kapitalismus weiterhin unter traditionellen ideologischen Voraussetzungen, andere reden plötzlich vom Kapitalbedarf, ohne die simple Unterscheidung von Geld und Kapital zu treffen, daß Geldbedarf längst nicht Kapital zur Konsequenz hat. Wenn heute also in der DDR auf der gesetzlichen Basis von 1937 Aktiengesellschaften gebildet werden sollen, stellt sich für mich das Problem ihrer genauen historischen Identifikation. Was ist – eingedenk Marx' konzeptionell uneingelöster Formulierung, daß die Aktiengesellschaft als Aufhebung des Kapitalverhältnisses auf dem Standpunkt des Kapitals zu begreifen wäre – eine Aktiengesellschaft und welche Bedeutung hätte sie in sozialistischer Perspektive?

Ich halte am Marxschen Kapital-Begriff fest, kenne auch keinen anderen vernünftigen. Und dieser Kapital-Begriff besteht in folgenden Bestimmungen: Ich, die *Person*, bilde als Privateigner von Geld Kapital dadurch, daß ich mein liquides Vermögen in Arbeitsbedingungen anlege, also mein Geld auf besondere Art und Weise ausbebe. Ich kaufe oder miete Grund und Boden, kaufe Arbeitsmittel und schließe einen – ich nenne es mal so – Mietvertrag mit dem Arbeiter, was in der deutschen Sprache auch *dingen* heißt. – Der Arbeiter verdingt sich bei mir, verkauft nicht seine Arbeitskraft. Die ist überhaupt nicht kaufbar. Das ist in der Marxschen Theorie sicher eine Fehlannahme ... – Im Arbeitsvertrag schließe ich mit dem Arbeiter in Wahrheit ein *Kredit-Verhältnis* so ab, daß ich ihm einen Voranschuß, genannt Lohn, gewähre, den er mit lebendiger Arbeit bei mir begleicht. Unter dieser Voraussetzung ist das Kapital *wirklich als eine Schuld* mir gegenüber und ökonomisch im Rahmen der Werttheorie, streng gesprochen, *negativer Wert*. Und das wird von einem Kapitalisten in seiner Buchhaltung auch ganz präzise unter dem Begriff des Debets, der Schuld, notiert. Das heißt, Kapital ist ausgegebenes Geld und reell stehen dem privat Investierenden dann all die Produktionsbedingungen gegenüber, die er organisieren muß, um auf eigene Rechnung zu produzieren. Und dann fungiert das Kapital als Maßstab des Erfolgs seiner Wirtschaftstätigkeit. Mit anderen Worten, der klassische Kapitalist ist der persönliche Produzent, der frei ist, alle Bedingungen der Produktion zu mieten oder zu kaufen.

Kapitalismus im strengen Sinne bedeutet daher eine Wirtschaftsordnung, in der die persönliche Entscheidung über die Kombination der Produktionsfaktoren – so würde ein Ökonom reden – realisiert wird. Die Gemeinde oder die Gemeinschaft hat darauf keinen Einfluss. Und wenn ich die Marxsche Auffassung von Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts voraussetze, wonach die Aktiengesellschaft die Aufhebung des Kapitals auf dem Standpunkt des Kapitals ist, dann handelt es sich darum, daß die *Aktiengesellschaft die Aufhebung der Souveränität der Person* bedeutet. Es wird nun mit Hil-

fe des Bankensystems ein Unternehmen dadurch realisiert, daß es an die Börse geht, Aktien veräußert und mithin versucht, Geld aufzutreiben, um es im Rahmen der Firma, wie man dann natürlich sagen wird, zu „kapitalisieren“. Die Situation ist dann so, daß du einerseits die Aktiengesellschaft als eine *Assoziation von Teileignern* hast, die einen Aufsichtsrat wählen, und auf der anderen Seite das industrielle oder Handelsunternehmen, das mit einem leitenden Vorstand die eigentliche Produktionsstrategie realisiert. Mit dem Übergang in die moderne Aktiengesellschaft hast du plötzlich in der Tat die Trennung von Leitung und Organisation der Produktion einerseits und Artikulation des Eigentümer-Interesses an der Nutzung des Vermögens, was in Erscheinung tritt mit Dividenden-Ausschüttung. Diese Situation ist ja nun für das 20. Jahrhundert durchgängig durchgesetzt worden und bedeutet, daß du ausgehend von der bürgerlichen Person oder Person des Kapitalisten zu einer Assoziierungstendenz gekommen bist, indem große Mengen von Leuten Aktien eines Unternehmens halten (bei der Deutschen Bank wohl 300 000 Aktionäre). Die an die Person gebundene klassische Kapitalexistenz ist seit Ende des vorigen Jahrhunderts weitgehend aufgehoben. Was das eigentlich sozial-theoretisch bedeutet, bis hin zur Transzendierung der nationalen Schranken, ist im Sinne der Marxschen Überlegungen bisher überhaupt nicht weitergeführt worden, sondern durch die allgemeine Imperialismus-Theorie und die Vorstellung vom sogenannten staatsmonopolistischen Kapitalismus u.ä. als sozialtheoretisches Problem völlig verschüttet worden.

Das heißt, wir wissen immer noch nicht, was eine Aktiengesellschaft für den Sozialismus bedeuten würde?

Nein, dies halte ich für eine absolut offene Frage. Es steckt darin eine Sozialisierungstendenz im klassischen Sinne, insofern das Wort *societas* überhaupt eine Bedeutung hat. Assoziatives Zusammenschließen von Personen, nebst ihrer frei verfügbaren Geldmittel, um große Investitionsmengen zusammenzubringen (im 19. Jahrhundert z.B. die Chemie- und Elektro-Industrie). Die klassische Sozialismus-Vorstellung ist immer davon ausgegangen, daß die Sozialisierung mit den Mitteln des Staates geschieht. Die kommunistische Sozialisierungsvorstellung ging davon aus, daß der Sozialismus ohne Enteignung nicht stattfinden kann, so daß der Staat zugleich der Enteigner ist. Dies waren auch schon die Marxschen Voraussetzungen, „Expropriation der Expropriateure“, während die Sozialdemokraten durchaus bereit waren, Entschädigung zu zahlen und dann auch nur bestimmte Zweige der Volkswirtschaft zu sozialisieren und gemischte Unternehmen zuzulassen u. ä. (siehe die Feststellungen der Sozialisierungskommission von 1918/19 bis 1923). Aber daß eine Sozialisierung, eine Vergesellschaftung *auch von den Individuen ausgehen kann*, indem sie sich nämlich einfach zu Gesellschaften zusammenschließen, die schließlich und endlich auch den nationalen Rahmen überschreiten, ist bis heute überhaupt nicht thematisiert worden, in keiner sozialistischen Vorstellungswelt. Die Aktiengesellschaft wird – so wie Du es in der Frage angedeutet hast – als ganz gewöhnliches kapitalistisches Unternehmen behandelt, womit sich die Schwierigkeit ergibt, wirtschaftliche Ratio-

nalität mit Kapitalismus zu identifizieren. Dann bedeutet jeder Angriff auf den Kapitalismus natürlich einen Angriff auf wirtschaftliche Rationalität und kann kein anderes Resultat haben, als das, was wir nun im Herbst '89 erfahren haben. Der „rohe Kommunismus“ war der Angriff auf die wirtschaftliche Rationalität.

Worin bestanden Deiner Auffassung nach die Illusionen im Herbst 1989?

Wenn Du mich ganz persönlich fragst ...

Persönlich und generell. Wurde die Fähigkeit zur Erneuerung aus eigener Kraft nicht überschätzt? Und dann erinnere ich auch folgenden Satz von Dir: „Niemand von Washington bis Moskau hat ein Interesse an der Wiedervereinigung der Deutschen“..

Ja, diesen Satz würde ich schon aufrechterhalten. Das ist mit Sicherheit nach wie vor wahr. Nur, das verrückte Phänomen, das eingetreten ist, ist gleichzeitig, daß niemand sich gegen die deutsche Einheit – nicht Vereinigung, dies ist noch etwas anderes – stellt. Das ist eine verblüffende, für mich überraschende Erfahrung seit dem November '89. Ich ging davon aus, daß alle Staaten um Deutschland herum nicht bereit sind, die deutsche Einheit anzunehmen, weder die Franzosen noch die Dänen, die Briten und schon gar nicht die östlich von uns wohnenden Völker. Aber es stellt sich etwas ganz Überraschendes heraus. Der ungarische Außenminister äußerte den Gedanken, „er könne sich eine NATO-Mitgliedschaft Ungarns vorstellen“. Danach kam die Umwälzung in der ČSSR (ČSFR), und der neue Präsident akzeptiert die These von der Neutralität nicht, ebenso in Warschau. Da war mir klar, daß unsere alten osteuropäischen Verbündeten Ungarn, Polen und die ČSSR (ČSFR) die DDR lieber in Einheit mit der BRD insgesamt in der NATO sehen, als die Spaltung Deutschlands aufrechtzuerhalten. Und dies mit einer ganz einfachen Rechnung: Die deutsche Einheit garantiert ihnen die Möglichkeit einer Distanz zur Sowjetunion, und wenn die Deutschen zusammen in der NATO sind, dann garantiert ihnen die NATO, daß die Deutschen nicht erneut mit der Sowjetunion einen besonderen Pakt schließen. Deutsche Spaltung heißt für sie a priori russische Dominanz, und die wollen sie loswerden. Hinzu kommt, daß ich das Interesse der Sowjetunion an der Erhaltung des Status quo offenbar überschätzt habe. Das heißt, die inneren Schwierigkeiten müssen so groß sein, daß offenbar die sowjetische Generalität beschlossen hat, zu meinen, daß sie die Verteidigung der Sowjetunion auch ohne die anderen osteuropäischen Länder realisieren kann ... Als Modrow aus Moskau wiederkam und plötzlich am 1. Februar erklärte, er sei für „Deutschland einig Vaterland“, da konnte dies überhaupt nichts anderes bedeuten, als daß Gorbatschow bereit ist, auch auf die DDR zu verzichten. Und damit war sozusagen eine der Randbedingungen vom November im Laufe von drei Monaten gefallen. Ich hatte die außenpolitische Seite für stabiler gehalten, als sie sich jetzt erweist.

Das Zweite, was mich wirklich überrascht hat, war das Verhalten unserer Bauernschaft. Ich hatte angenommen, daß die DDR-Bauern, die ja für ost- und mitteleuropäische Verhältnisse eine ganz gute Landwirtschaft realisieren, größeren politischen Instinkt für die Bedingungen der Verteidigung der Genossen-

schaften gehabt hätten. Die wollen sie ja behalten, insbesondere auch die Frauen. Und dennoch ist es so, daß die Masse der Bauernschaft nicht die Bauernpartei gewählt hat, die für die Verteidigung der Genossenschaften eingetreten ist, sondern sie haben CDU gewählt. Und das bedeutet – ich sag's mal ganz brutal –, daß das Interesse der Bauern (und auch der Arbeiter) an der Erhaltung gewisser struktureller Bedingungen unserer Eigentumssituation weitaus geringer ist als das Interesse an der produktiven Reorganisation der Produktionsbedingungen in diesem Land. Und das sehen sie nur realisiert mit schnellstmöglicher Investition von DM, sowohl in die Infrastruktur als auch in die Industrie usw. Die Arbeiter haben das Kapital gewählt!

Aber ist dies verwunderlich? Ich meine, wir hatten ja diese Verfassung des Eigentums als Staatseigentum und eben nicht als Volkseigentum im dem Sinne, daß der Arbeiter die reale Eigentümer-Erfahrung gemacht hätte. Für den Bauern, der seine LPG zu verteidigen hat, mag die Begründung gelten, aber für den Industriearbeiter? Ist es nicht vielmehr so, daß die Eigentumsfrage für ihn gar keine Frage mehr war?

Ich bin mir da nicht ganz sicher und denke, daß noch etwas anderes hereinspielt. Im November hatte ich fromm angenommen, daß Modrow im Unterschied zu Gorbatschow doch mehr ökonomische Kompetenz einbringt, als promovierter Ökonom, und er holte Christa Luft, Leiterin der Hochschule für Ökonomie usw. Aber im Nachhinein muß ich doch die Schwäche in der Bereitschaft zur praktischen Aktion konstatieren. Ich habe erst hinterher mitbekommen, daß die Leute sehr schnell gearbeitet hatten, um ein Konzept für den Subventionsabbau zu realisieren, also produktgebundene Subventionen (insbesondere die 33 Milliarden bei Lebensmitteln) abzubauen und auf Löhne, Gehälter und sonstige personengebundene Ausgaben zu übertragen. Die Durcharbeitung und Berechnung war, soweit ich weiß, bis Januar fertig und perfekt. Aber die Regierung hat nichts getan.

Basisdemokratische Scheu vor einem zu harten Schnitt?

Obwohl die originäre Entscheidung der Modrow-Regierung wirklich auf die Ökonomie orientiert war, ist sie durch die praktische Entwicklung doch politisch involviert worden, nämlich hauptsächlich durch diese verdammte Stasi-Geschichte. Modrows Einlassen auf ein Amt für Nationale Sicherheit bringt ihn dominant in *politische* Sachzwänge (siehe die monatelangen Diskussionen), wo es eigentlich um ökonomische Entscheidungen ging. Die Regierung wurde dadurch dauernd geschwächt. Das Zweite war, sie beginnen den Subventionsabbau ausgerechnet bei der Kinderbekleidung, was sofort Proteste provoziert. Das heißt, sie haben eigentlich nur furchtsam reagiert, statt genau an der *zentralen* Stelle (die 33 Milliarden Lebensmittelsubventionen machen ja die Hälfte aller Subventionen aus) anzupacken und darüber eine öffentliche Diskussion zu initiieren. Anstatt mit der Bevölkerung über Subventionsabbau zu reden, redet die Bevölkerung, reden Teile der Bevölkerung mit Modrow über die Stasi. Das schwächt die Regierung. Und diese Schwäche hat zugleich dazu geführt, daß sie gezwungen ist,

den Runden Tisch sukzessive als zweite Volkskammer anzuerkennen. Am Ende steht dann eine Koalitionsregierung von 13 Parteien, wo schließlich (so erklärt Christa Luft) keine Stimmenmehrheit mehr für den Subventionsabbau vorhanden war. Natürlich waren Modrow und die anderen basisdemokratisch orientiert, aber meiner Ansicht nach hat die Regierung durch eine halbherzige, praktisch inkompetente ökonomische Politik das Vertrauen bei der Bevölkerung, das noch im November da war, verscherzt. Die Reformbereitschaft war doch da. Die Haltung, die im März effektiv realisiert worden ist – die Arbeiter wählen CDU, damit das Geld kommt, investiert werden kann etc.–, war doch im November längst nicht so unmittelbar klar. Die wirkliche Wende geschah diesbezüglich Mitte Dezember. Und zwar direkt im Zusammenhang mit der Stasi-Nasi-Geschichte. Da begannen die konservativen Demonstrationen in Leipzig.

Du unterstellst hier einen notwendigen und hinreichenden Konsens für die ökonomischen Entscheidungen hinsichtlich der Subventionen, der wirklichen Realisierung des Volkseigentums, der schrittweisen Etablierung von Marktverhältnissen usw. Vorausgesetzt, diese ökonomischen Fragen wären zu jener Zeit in aller Entschiedenheit gestellt worden, wäre da dieser Konsens überhaupt vorhanden gewesen? Oder wären nicht vielmehr sofort auch hier die Divergenzen aufgebrochen?

Also, das ist eine Sache, die ich nicht so ohne weiteres beurteilen kann. Ich würde nur folgendes sagen: Die Regierung steuert zwar eine Wirtschaftsreform an, betreibt mit großem Aufwand die Reduktion der Kennziffern, so daß statt 200 im November wohl bloß noch 100 im Dezember abzurechnen waren, doch war hier klar, daß das keine Reform sein konnte. Dies wurde dann deutlich. Und ich halte es schon für wahrscheinlich, daß genau diese Erfahrung die Leute erst recht in die Gegenposition getrieben hat. Was hätte passieren müssen? 1. Sofortige Liquidation aller Beschränkungen für die kleine und mittelständische Industrie. Das heißt, Proklamation – und zwar mit vollem propagandistischem Einsatz – der Gewerbebefreiheit und nicht die Fortführung der bürokratischen Schurigeleien, die sie dauernd hemmten.

Modrows „sozialistischer Unternehmer“ ist also eine Phrase geblieben?

... ist praktisch eine Phrase geblieben. Bis heute müssen die Leute, die ein Gewerbe betreiben wollen, von Pontius zu Pilatus laufen ... und 2. hätte die Beseitigung der staatlichen Naturalplanung wirklich als Ziel formuliert werden müssen. Der Übergang zur Wertplanung war ja in der Sowjetunion seit 1986 längst ausgedrückt und proklamiert worden. Im Nachhinein stellt es sich jetzt so dar, daß die Annahme einer Reform mit Bezug auf die sozialen Bedingungen möglich, aber in Bezug auf die tatsächlich agierenden Personen wohl falsch war. Das heißt mit anderen Worten: Diese alte Parteiführung hat ein solches Desaster in den zur Verfügung stehenden Kompetenzen angerichtet, daß sie überhaupt nicht mehr vorhanden waren.

Über Grundprobleme der Wirtschaftsreform in der DDR¹

In Anlehnung an die klassische Tradition der Sozialdemokratie proklamiert die SDP „die umfassende Demokratisierung der Wirtschaft“ mit dem Ziel, eine „ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft“ herauszubilden. Die so charakterisierte Wirtschaftsordnung wird in den „Wirtschaftspolitischen Grundsätzen“ dann einerseits als „Zurückweisung der direktiven Planung und Wirtschaftsleitung des Staatssozialismus unter Führung und Befehl einer Partei“, andererseits als Distanzierung „von dem Begriff einer freien Marktwirtschaft“ näher bestimmt.² Verstehe ich dieser Erklärungen richtig, wird offenbar ein Reformweg gesucht, der sowohl die allein staatliche Verfügungsgewalt über alle Produktionsbedingungen als auch die ausschließlich private besonderer Personen unmöglich macht. Das bedeutet im Rahmen der ökonomischen Theorie die Festlegung auf eine Wirtschaftsverfassung, in der weder das staatlich realisierte Gemeineigentum noch das persönlich realisierte Privateigentum die alleinige Grundlage der Produktion sein soll. Positiv kann das nur besagen, daß eine, wie man sagt, „gemischte“ Wirtschaft angestrebt wird, eine Wirtschaft also, die verschiedene Eigentumsarten, Gemeineigentum, Gesellschafts- und Genossenschaftseigentum, persönliches Eigentum, voraussetzt. Ist dies der ökonomische Sinn der geforderten „umfassenden Demokratisierung der Wirtschaft“, so ist sowohl die Forderung wirtschaftstheoretisch verständlich als auch das praktische Problem sinnvoll formulierbar, wie denn die Reform detailliert zu bewerkstelligen sei. Das muß besonders hervorgehoben werden, weil eine Demokratisierungsforderung unmittelbar **politischer** Natur ist und gar keinen sofort einsehbaren **ökonomischen** Inhalt hat. In der Wirtschaft handelt es sich darum, einen Erlös zu erzielen, der neben dem Kostenersatz einen möglichst hohen Gewinn einschließt. Stellt sich eine Person dieser Aufgabe, hat die Forderung nach der „Demokratisierung der Wirtschaft“ gar keinen Sinn. Will eine Genossenschaft sie lösen, handelt sie a priori insofern „demokratisch“, als alle Genossen über den möglichst produktiven Einsatz der Kosten ohnehin gemeinschaftlich entscheiden, daher das Problem der „Demokratisierung“ ihrer Wirtschaft gar nicht haben.

Unter dem Gesichtspunkt der Ökonomie allein ist zunächst zu sagen, daß die Volkswirtschaft der DDR mit der Reform die Aufgabe zu bewältigen hat,

-
- 1 Quelle: Querschnitt. Denkmodelle zur künftigen Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik der Sozialdemokratischen Partei in der DDR. Herausgegeben von Frank Bogisch, Mitglied des Vorstandes, Lothar W Pawliczak, Mitglied der Grundsatzkommission. Berlin. Januar 1990, S. 30-33. Die gelegentlich fehlerhafte Druckfassung wurde nach dem Originalmanuskript korrigiert.
 - 2 Siehe hierzu: „Entwurf zu wirtschaftspolitischen Grundsätzen der Wirtschaftspolitik beim Bezirksvorstand der SPD Berlin.“ Ebenda, S. 3-4. (Anmerkung der Herausgeber)

die internationale Wettbewerbsfähigkeit ihrer Produkte und Dienste zu erhalten und zu entwickeln, wo sie noch besteht, und zurückzugewinnen, wo sie verloren worden ist. Da unsere Wirtschaft mehr als 50 Prozent des Nationaleinkommens über den Außenhandel realisiert, ist völlig klar, daß der Lebensstandard des Volkes nur gehalten und gesteigert werden kann, wenn die Orientierung unserer Wirtschaft an den Bedingungen und Austauschmöglichkeiten des Weltmarktes strikte Zielsetzung der Reform ist. Jede Vorstellung, die mit diesen oder jenen Argumenten auf eine mehr oder weniger ausgeprägte Isolierung von der Weltwirtschaft hinausläuft, ist gegen die wirkliche Vergesellschaftung unserer Produktion gerichtet, die nirgendwo sonst als eben auf dem Weltmarkt stattfindet. Er wird mit Sicherheit nicht abgeschafft und durch irgendein internationales Distributionsorgan ersetzt. Denn er ist nicht nur die menschliche Institution zum Austausch von Produkten und Diensten, sondern vor allem das Medium zur Selektion wertbevorzugter persönlicher und gemeinschaftlicher Produktivkräfte, deren Existenz jene Produkte und Dienste reflektieren. Der Weltmarkt ist das Purgatorium der gesellschaftlichen Entwicklung. Und jede Volkswirtschaft ist in dem Maße entwickelt, in dem sie Teilnehmer dieser Errungenschaft der menschlichen Zivilisation ist.

Die Abkoppelung vom Weltmarkt bzw. seine Aufspaltung in durch Kolonialmächte dominierte Sonderregionen oder „Einflußsphären“ hat im Verein mit nationalistischen Ideologien die erste Hälfte unseres Jahrhunderts charakterisiert. Und die Vorstellung, daß gegen den „kapitalistischen“ Weltmarkt der „demokratische“ oder „sozialistische“ einzurichten und zu entfalten sei, hat seit der Mitte des Jahrhunderts in den Mitgliedsländern des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe wirtschaftspolitische Geltung erlangt. Sie ist durch die in den siebziger Jahren schnell wachsende Kreditaufnahme praktisch ad absurdum geführt worden. Und die gegenwärtige Verschuldungslage der Mitgliedsländer des RGW ist ohne bewußte Anerkennung ihrer Weltmarktteilnehmerschaft gar nicht zu bewältigen. Zum Weltmarkt gibt es keine Alternative, muß daher Grundmaxime jeder vernünftigen Wirtschaftsreform sein. Und sie ist zu komplettieren durch Abwehr aller nationalistischen Tendenzen und Wahnvorstellungen.

Mit dem erklärten Verhältnis unserer Volkswirtschaft zum Weltmarkt ist für die Orientierung der Wirtschaftsreform in der DDR eine grundlegende Vorbedingung formuliert. Die eben diese Volkswirtschaft ausmachenden Produktions- und Dienstleistungsbetriebe müssen unmittelbar mit den Weltmarktbedingungen konfrontiert werden, d. h. einerseits ihre Kostenkalkulation mit Bezug auf die Weltmarktpreise betreiben können, andererseits souveräne Handlungsmöglichkeiten für Ein- und Verkauf im Ausland besitzen. Das bedeutet die Liquidation des staatlichen Außenhandelsmonopols in der Wirtschaftsreform, den Übergang zur vollen Eigenständigkeit in der Betriebswirtschaft der produzierenden Einheiten – bis hin zum Einschluss des Risikos des Konkurses. Das ökonomische Urteil über den Erfolg einer Betriebswirtschaft wird objektiv durch den Markt gefällt und erscheint in ihrer Zahlungs-

unfähigkeit. Wird sie durch staatliche Subventionen aufgehoben, so heißt das natürlich nur, daß andere Betriebe in der Volkswirtschaft zur Unterhaltung beisteuern müssen, also die volkswirtschaftliche Effektivität insgesamt sinkt.

Mit der Orientierung auf die volle Ausbildung der Wettbewerbsfähigkeit unserer industriellen und agrarischen Produktion sowie unserer Dienstleistungen auf dem Weltmarkt steht die Wirtschaftsreform vor der Aufgabe, die schrittweise Wiederherstellung des Binnenmarkts so zu bewerkstelligen, daß am Ende des Prozesses die Einführung der vollen Konvertibilität der DDR-Mark erfolgen kann. Dies ist gleichbedeutend mit dem ökonomischen Bruch in Bezug auf das bisherige Wirtschaftssystem, das unter Voraussetzung des Volkseigentums an den Produktionsmitteln über die staatliche Leitung der Wirtschaft schließlich zur rein politischen Führung der Volkswirtschaft so ausgebildet worden ist, als könne diese wie eine Betriebswirtschaft funktionieren. In diesem System ist der Staat, d. h. eine politische Institution des Gemeinwesens, als Produzent, d. h. als ökonomisches Subjekt, aufgetreten, dem gegenüber die Staatsbürger ihre individuelle ökonomische Subjektivität nur mehr als Konsumenten realisiert haben, um mit ihrer einzelnen Kaufentscheidung darüber zu befinden, was am staatlichen Angebot an Produkten und Diensten Gebrauchswert hat und was nicht. Die ökonomisch notwendige Folge dieser Beziehung zwischen Produktion und individueller Konsumtion ist das bekannte Anwachsen der „Waren- und Materialbestände der Volkswirtschaft“ einerseits und der Spareinlagen der Bevölkerung andererseits. Letztere haben 1988 den Stand von 151,6 Mrd. M erreicht. Im selben Jahr hat der Einzelhandelsumsatz die Größe von 126,6 Mrd. M betragen, womit klar ist, daß den individuellen Konsumenten eine Kaufkraft zur Verfügung steht, die mehr als doppelt so groß ist, wie die im Wirtschaftsjahr realisierten Güter und Dienste (Daten nach dem Statistischen Taschenbuch der DDR 1989, S. 110 u. S. 98). Der so realisierte „Geldüberhang“ ist zwangsläufiges ökonomisches Resultat des bisherigen Wirtschaftssystems. Er kann nur mit der Änderung eben dieses Systems verschwinden. Er kann nur verschwinden, wenn die Reform zur schnellen Freisetzung der individuellen und gemeinschaftlichen Produktivkräfte führt, die der vorhandenen Kaufkraft das von den Konsumenten effektiv nachgefragte Angebot an Produkten und Diensten präsentiert. Diese Präsentation ist aber nur möglich, wenn die Produzenten und die Dienstleistenden ihre „Produktionsbefehle“ unmittelbar durch die Konsumenten erhalten, d. h. durch die vom Markt signalisierte effektive (zahlungsfähige) Nachfrage. Eine Produktion unabhängig von ihr bedeutet immer Vergeudung von Naturressourcen und menschlichem Arbeitsvermögen.

Damit ist die volkswirtschaftliche Gretchenfrage der Wirtschaftsreform in der DDR: Wie halten wir es mit dem Markt? Diese Frage wird selbstverständlich nicht mittels Artikulation von Phrasen beantwortet, z. B. mit der Wendung von der „**freien** Marktwirtschaft“ gegen die von der „**sozialen** Marktwirtschaft“ oder umgekehrt, vielleicht noch „pluralistisch“ komplettiert

durch die Erzeugung des Terminus „sozialistische Marktwirtschaft“ in Frontstellung gegen „kapitalistische Marktwirtschaft“. Allen solchen Wendungen ist der Terminus **Marktwirtschaft** gemeinsam. Und er meint zunächst weiter nichts als die Einsicht, daß eine Wirtschaft jenseits der Sicherung der reinen Subsistenz auf Grund eigener Naturressourcen notwendig auf den **Austausch** mit anderen Wirtschaften führt, d. h. Produktion für fremde Bedürfnisse betreiben muß, um eigene Bedürfnisse mit fremden Produkten und Diensten zu befriedigen. Der Markt ist die Institution dieses Austauschs. Er ist a priori frei, weil er die souveräne Entscheidung der Austauschenden über die zu realisierenden Preise einschließt. Er ist a priori sozial, weil er die Vergesellschaftung der je besonderen Produkte und Dienste ist („sozial« meint ja nichts anderes als „gesellschaftlich«). Eine „Marktwirtschaft« überhaupt ist natürlich eine Wirtschaft, die **mittels** des Marktes operiert, nicht etwa eine Wirtschaft des Marktes – ebenso wenig wie eine Landwirtschaft die Wirtschaft des Landes ist, sondern eine **vermittelt** des Landes. Der Markt ist Medium der Wirtschaft und zwar unter der Bedingung, daß wenigstens zwei gegeneinander souveräne Wirtschaften miteinander in den Austausch ihrer Güter und Dienste eintreten. Der Markt ist so alt wie die menschliche Zivilisation; seine Geschichte fällt mit der ihren wesentlich zusammen.

Insbesondere ist der Markt nicht als solcher kapitalistisch (auch nicht feudal oder sozialistisch). Vielmehr handelt es sich darum, daß kapitalistische Produzenten vorkapitalistische vom Markt verdrängen, weil sie ungleich **produktiver** produzieren, Kostensenkungen herbeiführen, von denen vorkapitalistische Produzenten nicht einmal ahnungsweise Ideen haben, Produkte und Dienste einführen, die jenseits des Wirtschaftshorizonts vorkapitalistischer Produzenten liegen. Diese ökonomische Überlegenheit der kapitalistischen Produktionsweise ist es überdies, die im vorigen Jahrhundert zur praktischen und theoretischen Stellung der „sozialen Frage“ geführt hat, zur Stellung derjenigen Frage also, die zu beantworten ebenso die Arbeiterbewegung wie die verschiedenen sozialreformerischen Bewegungen angetreten sind. Wenn heute die Sozialdemokraten in der DDR die „ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft“ anvisieren, so ist darin noch immer die Verbundenheit mit der klassischen Tradition der „sozialen Bewegung“ präsent, und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, das anvisierte Ziel auch als Antwort auf die klassische „soziale Frage“ zu verstehen. Umso wichtiger ist es, sich erneut des Inhalts dieser Frage zu versichern. Obendrein ist völlig klar, daß dasjenige Wirtschaftssystem, das jetzt zu reformieren ist, ja als eine besondere Antwort auf jene soziale Frage ins Leben getreten ist. Die Feststellung seiner Wettbewerbsunfähigkeit auf dem Weltmarkt bedeutet natürlich nicht das Ende der sozialen Frage (die im Gegenteil mit dem „Nord-Süd-Konflikt“ weltweiten Inhalt erlangt hat), sondern nur die experimentelle Widerlegung der Hypothese, daß die staatliche Realisierung nationalen Gemeineigentums unter Führung kommunistischer Parteien ungehemmte Entwicklung der menschlichen Produktivkräfte ermögliche und daher die endliche Lösung des sozialen Problems sei.

Die soziale Frage und der Kapitalismus

Man kann den Beginn der Stellung der sozialen Frage historisch ziemlich genau datieren: 1786 wird unter Leitung der liberalen Physiokratie der Handelsvertrag zwischen Frankreich und Großbritannien abgeschlossen, der die erwarteten Segnungen des „freien Verkehrs« (oder „freien Markts«) einbringen soll und tatsächlich die ökonomische Existenz der französischen Textilproduzenten untergräbt. Während z. B. in Amiens 1785 noch für 12 Mill. M Textilwaren erzeugt wurden, waren es 1789 nur noch Textilwaren im Werte von 5 Mill. M. Die französische Revolutionsregierung verbot am 1. März 1793 generell die Einfuhr britischer Industriewaren, worauf Großbritannien mit dem Angriff auf die französische Handels- und Kriegsflotte antwortete, also mit der militärischen Reaktion auf das Verhalten des kontinentalen Konkurrenten. Daß die französische Revolution ohne Rücksicht auf die so in Erscheinung tretende soziale Frage gar nicht zu verstehen ist, kann als Selbstverständlichkeit unterstellt werden. Es kommt hier nur darauf an zu notieren, daß die **moderne** soziale Frage mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise auf dem Weltmarkt entsteht (alle vorkapitalistischen Produktionsweisen kannten die soziale Frage wesentlich als Agrarfrage, also in spezieller, nicht in genereller Gestalt). Sie entsteht, indem im Gefolge der Überlegenheit der kapitalistischen Produktion vorkapitalistische Produzenten ihre Absatzmöglichkeiten und damit ihre ökonomische Existenzsicherheit verlieren. Ihre Produktionsbedingungen werden entwertet, sie daher eigentumslos und in die Lage gebracht, als vermögenslose Träger barer Arbeitskraft und gegebenenfalls persönlicher Produktivkraft in der Konkurrenz um ihre Verdingung zu werben. Dies bedeutet die Einführung des „Arbeitsmarkts“ für die Masse der unmittelbaren Produzenten und die zyklische Reproduktion der Massenarbeitslosigkeit als Kennzeichen der kapitalistisch betriebenen Produktivkraftentwicklung (Produktivkraftsteigerung und Senkung des Arbeitskraftaufwands sind Kehrseiten derselben Medaille).

Die moderne soziale Frage besteht also darin, daß die kapitalistische Produktion die Trennung der Masse der unmittelbaren Produzenten von den objektiven Produktionsbedingungen hervorbringt, daher die Möglichkeit ihres Lebens wie ihren Lebensstandard vom Gelingen des Arbeitskontrakts mit Privateignern abhängig macht und im Fall des Nichtgelingens ihre Existenz der Gemeinschaftsfürsorge (die man inadäquat „Sozialfürsorge« nennt) überantwortet. Mit anderen Worten: Die moderne soziale Frage ist die Frage, wie Menschen ihr Leben erhalten und gestalten sollen, wenn sie nicht im Besitze der Produktionsbedingungen sind, deren produktive Nutzung allein doch die Lebensmittel hervorbringt, die sie brauchen.

In diesem Zusammenhang muß betont werden, daß die **kapitalistische** Produktionsweise nicht dadurch charakterisiert ist, daß Betriebe gewinn- oder profitorientiert wirtschaften, daß Geld gegen Zins geliehen wird, daß der Gebrauch der Naturbedingungen der Produktion das konstituiert, was die Ökono-

men „Grundrente“ nennen. Vielmehr bedeutet Kapitalismus die volle Durchsetzung der exklusiven Verfügungsgewalt von Personen über die objektiven und subjektiven Arbeitsbedingungen, über die Produktionsmittel also wie über die Arbeits- und Produktivkräfte der Arbeiter. Die sozialökonomische Struktur der kapitalistischen Produktionsweise unterstellt daher 1. das persönliche Privateigentum an den Naturbedingungen der Produktion (hervorgegangen aus der Privatisierung der feudalen Lehen), 2. das private Bankgewerbe (hervorgegangen aus der Privatisierung des Kreditverhältnisses) und 3. den privaten Arbeitskontrakt zwischen dem gegebenenfalls privat kreditierten persönlichen Unternehmer und dem vermögenslosen Arbeiter. In diesem Sinne ist der Kapitalismus die historische Vollendung des persönlichen Privateigentums an den Produktionsbedingungen schlechthin.

Da gegenwärtig viel vom „Kapitalbedarf“ der DDR geredet wird und sogar Sozialdemokraten in öffentlicher Debatte bekennen, vor dem Kapital keine Angst zu haben, ja gar nicht genug Kapital besitzen zu können, so ist eine weitere Feststellung über den vernünftigen **Begriff** des Kapitals erforderlich, der keineswegs schon mit dem flotten Gebrauch des **Wortes** Kapital gegeben ist. Die strikte Voraussetzung für die Kapitalbildung ist die Existenz des Geldes als des Mittels der allgemeinen ökonomischen Wertdarstellung. Diese Voraussetzung ist erst durch den westeuropäischen Feudalismus, d. h. im lateinisch-christlichen Mittelalter geschaffen worden. Der Terminus **Kapital** taucht im 13. Jahrhundert auf, und zwar im Zusammenhang mit der Bildung von privaten Handelsgesellschaften zur Bezeichnung der persönlichen Einlagen, die einen Profit einbringen, der ökonomisch durchaus noch eine andere Bedeutung hat als der längst bekannte (und von der Kirche bekämpfte) Zins aus reinen Gelddarlehen. Indem Handelsgesellschaften Transportarbeit verrichteten, waren sie wirkliche **Produzenten** von Gebrauchswert (daß Transportarbeit Gebrauchswert erzeugt, ist eine Erkenntnis von Marx). Und eben die private produktive Investition von Geld ist Kapitalbildung im eigentlichen Sinne. Eine beliebige Summe Geldes ist kein Kapital, sei das Geld nun in „harter Währung“ gegeben oder in nationaler Binnenwährung. Sie ist auch dann kein Kapital, wenn sie zum Ankauf von Produktionsmitteln und zur Anmietung von Arbeitskraft zur Verfügung steht oder bereitgehalten wird. Es ist vielmehr die persönliche **Geldausgabe** für alle Produktionsbedingungen, die Kapital **bildet**, das daher auch seine buchhalterische Existenz unter der Bezeichnung **Debet** korrekt zum Ausdruck bringt. Das Kapital ist der im Privatankauf und im privaten Mietkontrakt für Privatproduktion auf eigene Rechnung des Kapitalbildners in Geld ausgegebene Wert; es ist **negativer** Wert.

Nicht die Maschinen, nicht die Werkzeuge oder Anlagen und sonstigen produzierten Produktionsmittel sind Kapital – neben der „Arbeit“ etwa. Und schon gar nicht die Naturbedingungen der Produktion, der Grund und Boden. Ebenso wenig ist das Geld Kapital. Und folglich ist die geläufige Redeweise von „Geld-“ und „Sachkapital“ nur ein Ausweis der ökonomisch ziemlich diffusen Vorstellung des gegenwärtigen sogenannten „gesunden Menschen-

verstandes“, der natürlich richtig meint, daß zu einer ordentlichen Produktion nicht nur reine Arbeitskraft gehört, sondern auch eine moderne Ausrüstung. Nennt man letztere „Kapital“ und das zu ihrer Anschaffung mobilisierte Geldvermögen „Geldkapital“, so muß zugestanden werden, daß Menschen Kapitalisten, d. h. Kapitaleigner, sind, seit sie produzierte Produktionsmittel verwenden und persönliche Eigner derselben sind. Das aber hieße, die spezifischen Differenzen der historisch voneinander sehr wohl unterscheidbaren Wirtschaftsordnungen oder ökonomischen Formationen zu übersehen und insbesondere den Grund der modernen sozialen Frage nicht zu erfassen. Sie wird ja eben dadurch praktisch und dann auch theoretisch gestellt, daß und weil die objektiven Produktionsbedingungen in persönliches Privateigentum gelangen, womit die Eigentumslosen in die Lage versetzt sind, ihr Leben nur in Abhängigkeit von den zyklischen Bewegungen des „Arbeitsmarktes“ oder auf Kosten der Fürsorge des Gemeinwesens führen zu können. In diesem Sinne ist die Lösung des sozialen Problems identisch mit der Aufhebung des Kapitalismus.

Was wir nun in den Ländern Osteuropas erleben, veranlaßt voreilige Plauderer zu schnellen Schlüssen wie „Marx ist tot, und Jesus lebt“ oder „Der Sozialismus ist am Ende“ etc.; der Sprüche sind da viele. Angesichts dieser und ähnlicher Sentenzen ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, was in der Tat den Gang zum Konkursrichter angetreten hat. Wenn wir unter „Sozialismus“ ökonomisch eine solche Wirtschaftsordnung verstehen, die geschichtlich als Lösung der sozialen Frage gefunden und entwickelt werden muß, dann ist wohl einsehbar, daß das seit 1928/29 realisierte stalinistische Wirtschaftssystem mit dem Sozialismus nur insofern etwas zu tun hat, insofern es eine seiner geschichtlichen Voraussetzungen ist. Die Einführung dieses Wirtschaftssystems bedeutete den definitiven Bruch mit der von Lenin inaugurierten „Neuen Ökonomischen Politik“, die auf den **Austausch** zwischen Landwirtschaft und Industrie setzte, während das stalinistische Wirtschaftssystem mit dem ideologischen Rückgriff auf den „Kriegskommunismus“ die Konfiskation der agrarischen Überschüsse, ja sogar der notwendigen Vorräte zur Norm erhob. Der so induzierte Hungertod von Millionen von Menschen 1932/33 stellte unter Beweis, daß von einer Lösung der sozialen Frage gar keine Rede sein konnte, daß vielmehr das, was Marx einst den „rohen Kommunismus“ genannt hatte, geschichtliche Realität geworden war.

Dieser rohe Kommunismus ist es, der nun zu Grabe getragen wird. Er basiert ökonomisch auf der Durchsetzung des nationalen Gemeineigentums an den objektiven Arbeitsbedingungen bei ausschließlich politisch motivierter Zielstellung ihrer wirtschaftlichen Nutzung. Er ist der beständige Krieg gegen die Persönlichkeit der Menschen, denen die Aufopferung namens der „historischen Mission der Arbeiterklasse“ zugemutet wird. Er sieht nicht ökonomisch zu lösende Wirtschaftsprobleme, sondern Heldentum in „Ernteschlachten“ und an sonstigen „Wirtschaftsfronten“. Ihm ist der Bau von Industrieanlagen nicht notwendige Bedingung der Verbesserung des

Lebensstandards der Menschen, sondern Errichtung von Denkmälern zu Ruhm und Ehre einer weisen Führung – koste es, was es wolle. Daß die Ideologen des rohen Kommunismus dies „Sozialismus“ genannt haben, ist natürlich nicht zu bestreiten. Aber die rein ideologische Firmierung einer Sache und ihre sachgerechte Charakterisierung sind schon immer zwei sehr verschiedene Leistungen gewesen. Wer etwa jetzt davon redet, daß das Wort Sozialismus zu einer leeren Hülse geworden sei, muß sich schon fragen lassen, ob denn der bloße Wortfetischismus nicht längst gewöhnlicher Tatbestand in der öffentlichen Kommunikation des rohen Kommunismus gewesen ist, ob es also umgekehrt nicht vielmehr darauf ankomme, sich zu diesem Wort endlich einen ordentlichen **Begriff** zu bilden, den man nicht deshalb besitzt, weil man das Wort gebraucht, sondern weil man seine Verwendungsweise in einer zugrunde liegenden **Theorie** des Sozialismus **definieren** kann. Diese Theorie gibt es bisher nicht. Und sie kann selbstverständlich nur gewonnen werden vermittlels der wissenschaftlichen Verarbeitung der bisher gewonnenen ökonomischen Kenntnisse und praktischen Wirtschaftserfahrungen ohne Rücksicht auf rein ideologische und nationale Scheuklappen. Der einfachste Ansatz für die Ausbildung einer solchen Theorie besteht m. E. darin, unter „Sozialismus“ diejenige Wirtschaftsordnung zu verstehen, die als schrittweise Lösung des sozialen Problems in seiner jeweils konkreten, geschichtlich bestimmten Natur zu erreichen ist, sofern 1. die Naturbedingungen der Produktion aufhören, persönliches Privateigentum zu sein, und 2. die Kreditbeziehungen durch die Bankensystem der Gemeinwesen gesteuert werden, also aufhören, wesentlich dem rein privaten Bankgewerbe unterworfen zu sein.

Indem der rohe Kommunismus alle Produktionsbedingungen dem politisch realisierten Gemeinwesen, dem Staat, unterworfen hat, bildet er die einfache oder abstrakte Negation des Kapitalismus. Indem er die ökonomische Subjektivität der Personen niederhält, beschränkt er das Innovationspotential der Volkswirtschaft mit dem Resultat seiner schließlichen Wettbewerbsunfähigkeit auf dem Weltmarkt. Ist diese Diagnose zutreffend, so besteht die praktisch wesentliche Frage der Wirtschaftsreform in der DDR darin, wie die Freisetzung der persönlichen Produktivkräfte im Dienste der progressiven Wirtschaftsentwicklung so erfolgen kann, daß dabei zugleich eine Reproduktion der klassischen sozialen Frage ausgeschlossen wird. Da die ökonomische Freisetzung der persönlichen Produktivkräfte natürlich dadurch geschieht, daß unternehmende Personen in den Besitz der für ihre Unternehmen erforderlichen Produktionsmittel gelangen, ist die Wiederherstellung des Marktes für produzierte Produktionsmittel Fundamentalaufgabe in der Wirtschaftsreform. Damit stehen wir mit Bezug auf die Liquidation des rohen Kommunismus vor dem Problem, ein System des **Gemein-** und des Personeneigentums auszubilden, das die unbeschränkte Entwicklung der gemeinschaftlichen und persönlichen Produktivkräfte zulässt. Die persönliche Freiheit in der Wirtschaft zu haben, ohne die ökonomische Kompetenz des Gemeinwesens auszu-

schließen und so in den Kapitalismus zurückzufallen, das ist die gegenwärtige Herausforderung, die mit unserer Wirtschaftsreform beantwortet werden muß.

Gemein- und Personeneigentum in der Wirtschaftsreform

Wenn es wahr ist, daß die Privatisierung des Landeigentums die eigentliche Quelle der sozialen Frage ist, so ist auch die Wiederherstellung des Gemeineigentums an den Naturbedingungen der Produktion eine notwendige Bedingung für die Lösbarkeit der sozialen Frage. Die durch die Kultivierung und den produktiven Gebrauch der Naturbedingungen der Arbeit in lokal strukturierten Gemeinschaften (Völkern oder Nationen) konstituierte Grundrente hört damit auf, persönliches Einkommen zu sein, ein Leben ohne Arbeit zu fundieren. Sie ist nicht deshalb vorhanden, weil es persönliches Privateigentum an Grund und Boden gibt, sondern deshalb, weil die räumliche Struktur einer Volkswirtschaft und die unterschiedliche Fruchtbarkeit bei gleichen Aufwänden an Arbeitskraft und gleichen Einsätzen an produzierten Produktionsmitteln in Bezug auf ein gegebenes Preisniveau unterschiedliche Erlöse konstituiert. Sie ist also auch vorhanden, wenn es kein persönliches Landeigentum gibt, wenngleich ihre empirische Feststellung keineswegs problemlos erfolgen kann.

Für die vor uns stehende Wirtschaftsreform können wir von der Voraussetzung ausgehen, daß das Eigentum an Grund und Boden eben sowohl als Gemein- oder Volkseigentum besteht (VEG) wie als genossenschaftliches (LPG) und als persönliches (vor allem privates Grundstückseigentum an Bauland). Es ist nicht zu sehen, daß die genossenschaftliche Agrarproduktion oder gar die durch die Bodenreform realisierte ökonomische Umwälzung im Gefolge der Pleite des rohen Kommunismus im Sinne einer Rückkehr zum junkerlichen Landeigentum zur Debatte gestellt wird. Vielmehr laufen alle Diskussionen darauf hinaus, die wirtschaftliche Eigenständigkeit der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften voll durchzusetzen, sie aus der Unterwerfung unter die staatliche Naturalplanung zu lösen, um marktgerechte Produktionen realisieren zu können. Zwar wird neuerdings vorgeschlagen, die in die Genossenschaften eingebrachten Landanteile in der Einkommensdistribution stärker in Rechnung zu stellen. Aber das ist gewiss eine lokal sehr unterschiedlich ausgeprägte Tendenz – und Rückerinnerung an das persönliche Landeigentum. Soviel ist sicher, daß das genossenschaftliche Eigentum angesichts seiner wirtschaftlichen Folgen (8-Stunden-Arbeitstag, geregelter Urlaub etc.) nicht zur Disposition gestellt wird. Unter dieser Voraussetzung ist die generelle Herstellung des Gemeineigentums an den Naturbedingungen der Produktion gleichbedeutend mit der Verwandlung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in kollektive Landpächter bei Wahrung des genossenschaftlichen Eigentums an den produzierten Produktionsmitteln. Die Tatsache des Gemeineigentums erschiene den Bauern in Form einer öko-

nomisch wohl kalkulierten Grundsteuer wie in der Unmöglichkeit, Grundstücke ein- oder verkaufen zu können. Ihre produktive Potenz wäre dadurch nicht berührt, wohl aber eine ökonomische Verknüpfung der persönlichen und genossenschaftlichen Interessen mit denen des Gemeinwesens hergestellt. Die gesetzliche Regelung der persönlichen und genossenschaftlichen Landpacht wäre demgemäß wesentlicher Gegenstand der Wirtschaftsreform.

In Bezug auf das noch bestehende persönliche Grundstückseigentum wird es sich darum handeln, die private Grundstücksspekulation durch die Setzung des Vorkaufsrechts des Gemeinwesens definitiv auszuschließen. Somit kann das Gemeineigentum an Grund und Boden geltend gemacht werden, ohne aktuelle Enteignungsschritte in Gang zu setzen. Und es ist gewiss gemeinschaftlicher Konsens, daß im Interesse kommunaler Wohnungs- und Gewerbebaupolitik die altbekannte Bodenspekulation von Übel ist.

Was nun das Bankengewerbe betrifft, so muß zunächst festgehalten werden, daß unser Jahrhundert überall auf dieser Erde die Konstituierung von nationalen Zentralbanken zur Stabilisierung der Kreditbeziehungen erfahren hat – bis hin zum berühmten Abkommen von Bretton-Woods, durch das mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank sogar übernationale Kreditinstitute ins Leben traten. Was immer über diese Einrichtungen gesagt werden mag, sie sind als Reaktionen auf die Unfähigkeit reiner Privatbanken entstanden, in ökonomischen Depressionsphasen die Stabilität der Kreditbeziehungen aufrechtzuerhalten. Somit sind sie Bestandteil des weltweiten Mühens, die Konsequenzen der zyklischen Entwicklung des gesellschaftlichen Produktionsvermögens zu beherrschen. Die Frage nach der Notwendigkeit von nationalen Zentralbanken ist also wirtschaftsgeschichtlich längst beantwortet worden.

Worum es nun in der Wirtschaftsreform geht, ist die Lösung des Problems der ökonomischen Autonomie unserer Zentralbank, also der Staatsbank der DDR. Wie soll sie ihre Aufgabe, Geld- und Kreditpolitik im Interesse der Entwicklung unserer Volkswirtschaft zu betreiben, erfüllen? M. E. kommt es entschieden darauf an, außerökonomische Interessen an der Geldausschöpfung auszuschließen. Die Produzenten brauchen eine Politik der Preisstabilität im Interesse verantwortlicher Kostenkalkulation und können darum nicht an ungehemmter Geldschöpfung interessiert sein. Daher muß die Zentralbank vom Einfluß des politischen Interesses abgekoppelt werden und souverän ihre Entscheidungen bezüglich der realisierten Geldmenge und der erforderlichen Kreditvergabe fällen können. Das Wirtschaftssystem des rohen Kommunismus hat wegen der Verwirklichung des im Sinne der Marxschen Theorie jedenfalls abstrusen Postulats vom „Primat der Politik über die Ökonomie“ stets Inflation hervorgebracht. Dies auszuschließen, ist eine weitere wesentliche Aufgabe der Wirtschaftsreform.

In diesem Zusammenhang sei betont, daß die gegenwärtige Feststellung des inakzeptablen „Geldüberhangs“, der nichts weiter als eine gebremste Inflation ist, nicht den Grund zu einer Währungsreform liefern sollte. Es kommt

vielmehr darauf an, bei Konstanzhaltung der Geldmenge das Angebot an realisierbaren Gütern und Diensten schnell zu steigern. Es kommt darauf an, das Vertrauen der Sparer in die Sicherheit der Währung nicht zu erschüttern – angesichts der deutschen Erfahrung auch eine politisch erstrangige Aufgabe. Die Manipulation der Geldmenge hat ohne entschiedene Reform der Produktion, der „Angebotsseite“ der Wirtschaft, gar keinen produktiven Effekt. Damit sind wir bei der alles entscheidenden praktischen Frage der Wirtschaftsreform in der DDR: Wie halten wir es mit dem persönlichen Unternehmertum unter der Voraussetzung, das Gemeineigentum nicht einfach abzuschreiben oder zu veräußern? Wenn wir unterstellen, daß das Innovationspotential einer Volkswirtschaft wesentlich von der Mobilisierbarkeit persönlicher Unternehmerinitiative abhängt, so ist die unmißverständlich positive Beantwortung dieser Frage Kriterium für die Entschiedenheit des Willens zur Wirtschaftsreform. Sie ist es auch in dem weiteren sozialtheoretischen Sinne, daß die Überwindung des rohen Kommunismus wesentlich mit der Aufhebung der rein staatlichen Realisierung des Gemeineigentums, mit der Verwirklichung der ökonomischen Potenz der **Person** zusammenfällt. Die Ideologie des rohen Kommunismus hat den persönlichen Unternehmer a priori als kapitalistischen suggeriert, wie sie überhaupt die „Profitwirtschaft“ und die „Macht des Geldes“ unter Anklage stellt. Demgegenüber muß jedoch nachdrücklich festgestellt werden, daß 1. jede gesellschaftliche Produktion unabhängig von der geschichtlich besonderen Wirtschaftsordnung, in der sie realisiert wird, ihre Wertbildung in Geld darstellt (oder sie ist nicht gesellschaftlichen Charakters, sondern auf bloße Subsistenz des Produzenten gerichtet), daß 2. jede auf den Austausch gerichtete Produktion irgendeines Betriebes mindestens auf die Reproduktion der Kosten orientiert sein muß, soll sie sich im Wirtschaftsverkehr erhalten, daß daher der Betriebsgewinn notwendiger Index der Erhaltungs- und Entwicklungsmöglichkeit des Betriebes auf lange Frist ist. Die Redeweise von der „Macht des Geldes“ hat einen tatsächlichen Sinn nur vom Standpunkt des privaten Landeigners, der den Wert seines Vermögens den Preisbewegungen des Immobilienmarkts unterworfen sieht. Und von „Profitwirtschaft“ kann sinnvoll nur unter Voraussetzung der vollen Privatisierung des Gewinns gesprochen werden.

Das Problem des persönlichen Unternehmertums besteht darin, unter Voraussetzung produktiv realisierbarer Ideen in den Besitz (vom Eigentum wohl zu unterscheiden) der erforderlichen materiellen Produktionsbedingungen zu gelangen. Ohne die Lösung dieses Problems hat der Erfinder bestenfalls eine Publikationschance, deren Wahrnehmung dann dazu führen mag, daß die Realisierung anderswo erfolgt, eine in der DDR nicht unbekannte Erfahrung. Wie kann ein Entdecker oder Erfinder unter Voraussetzung des Gemeineigentums in den persönlichen Besitz der zur produktiven Realisierung seiner Idee nötigen Produktionsbedingungen gelangen? Dazu braucht er 1. ein entfaltetes Kreditpotential, präsentiert durch das Bankensystem der Volkswirtschaft, 2. den Markt für produzierte Produktionsmittel, 3. die Möglichkeit,

Bauland zu pachten, 4. die Möglichkeit, nach eigener Entscheidung Arbeitsverträge zu schließen. Demnach ist die Aufhebung der staatlichen Zuteilung produzierter Produktionsmittel die entscheidende Bedingung für die Verwirklichung des persönlichen Unternehmertums (abgesehen von der politisch restriktionsfreien, rein ökonomisch fundierten Kreditvergabe). Das aber ist der ökonomische Kern der Forderung, die Produktion auf den Markt auszurichten. Ohne den Markt für produzierte Produktionsmittel kann die Person unter Voraussetzung des Gemeineigentums nicht zum ökonomischen Subjekt werden, hat also die Innovationspotenz der Volkswirtschaft keine wirtschaftlich zulängliche Basis.

Mit dieser Sicht der Problemlage unserer Wirtschaftsreform ist klar, daß die vorgestellten Erwägungen auf die Herstellung einer ökonomischen Struktur abzielen, die die Verbindung von Gemein- und Personeneigentum ist: Privateigentum an den Produktionsbedingungen, die Gemeinschaften allein der Produktionsfähigkeit der Personen verdanken. Gemeinschaften, die persönlichen Besitz und persönliches Eigentum an Produktionsbedingungen nicht zulassen, stellen ihre progressive Wirtschaftsentwicklung selbst in Frage, weil sie so ihr Innovationspotential beschränken. Gesellschaften, die unter Ausschluß des Gemeineigentums ausschließlich Personen als Wirtschaftssubjekte zulassen, produzieren die soziale Frage, indem sie die Masse der Menschen eigentumslos den Zufälligkeiten des Marktes überlassen, daher den empörenden Gegensatz zwischen Reichtum und Armut nie loswerden, höchstens international verschieden verteilen können.

Was ist Sozialismus? – Zum Verhältnis von Gemein- und Personeneigentum an Produktionsmitteln¹

Die gegenwärtige Krise in der DDR führt zunehmend zur Artikulation von Meinungen, die auf den vollständigen Verzicht des Gebrauchs des Wortes *Sozialismus* zur ideellen Bestimmung der weiteren Perspektive dieses Staates hinauslaufen. Seit Öffnung der Grenzen am 9. November 1989 mit dem Konsumgüterangebot in Westberlin und Westdeutschland in der sinnlichen Wahrnehmung konfrontiert, entwickeln mehr und mehr Menschen aus der DDR das Gefühl, in der Befriedigung ihrer persönlichen Bedürfnisse zu kurz gekommen zu sein. Und angesichts der Lage in der Volkswirtschaft der DDR sehen sie dann das Heil in der Herstellung der politischen Einheit beider deutscher Staaten. Die Realisierung dieser Vorstellung liefe selbstverständlich auf die Restauration des Systems der rein persönlichen Verfügung über die Produktionsbedingungen hinaus, auf die Wiederherstellung des Kapitalismus – natürlich in seiner gegenwärtigen westdeutschen Verfassung. So hätten wir dann den Vollzug von Urteilen wie „Der Sozialismus ist gescheitert“, „Marx ist tot und Jesus lebt“ u. ä. vor uns.

Diese Lage eines Großteils unseres momentanen gesellschaftlichen Bewußtseins, das damit weniger von der notwendigen Überlegtheit, desto mehr aber vom Gefühl der Empörung über Amtsmißbrauch und Korruption ehemaliger leitender Funktionäre geprägt ist, macht es unumgänglich, sich sozialtheoretisch des wirklichen Inhalts der Krise zu versichern.

Ist der Sozialismus gescheitert?

Tatsache ist, daß die bisherige sozialökonomische Verfassung der DDR von ihren Ideologen „Sozialismus“ genannt wurde. Tatsache ist, daß eine sachliche ökonomische oder sozialtheoretische Analyse dieser Verfassung bisher gar keine Chance gehabt hat, das Licht der Öffentlichkeit zu erblicken. Sie wäre bereits im Vorfeld gescheitert und hätte ihren Urheber die Kennzeichnung „Revisionisten“ eingebracht und des Weiteren in klassisch stalinistischer Manier die Fahndung mit dem Ziel der „Entlarvung einer partei- und staatsfeindlichen revisionistischen Gruppe mit einem gewissen X an der Spitze“. Tatsache ist also, daß die oben notierte momentane Depression des gesellschaftlichen Bewußtseins zusätzlich auch noch durch die Folgen der jahr-

1 Erstveröffentlichung in: INITIAL. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft 1(1990)2, Berlin, S. 115-125 und S. 224. Druckfehler wurden vom Autor für diese Edition beseitigt sowie Anpassungen an die gegenwärtige Orthographie vorgenommen. Redaktionsschluß war am 5. Januar 1990.

zehntelangen Entmündigung des gesellschaftswissenschaftlichen Erkennens komplettiert und daher in schlimmer Weise vertieft wird. Angesichts dieser Situation sind wir auf das persönliche Engagement der Gesellschaftswissenschaftler zurückgeworfen und haben keine andere Chance zur Entwicklung wirklicher sozialtheoretischer Erkenntnis unserer Lage als die, persönlichen Auffassungen als möglichen, d. h. logisch konsistenten Meinungen Gehör zu schenken. Als eine solche Meinung bitte ich die folgenden Überlegungen zu betrachten.

1. Es versteht sich, daß der Gebrauch des *Wortes* Sozialismus nichts weiter als eine Vorstellungsassoziation induziert. Von einem *Begriff* kann beim bloßen Wortgebrauch keine Rede sein – gleichgültig, wer das Wort mit welcher Absicht ausspricht, ob der Mann auf der Straße oder der Generalsekretär einer Partei oder eines anderen Vereins (ich nenne einen „Verein“, eine „Union“ jede Gemeinschaft, die sich auf Grund einer Satzung Funktionalorgane schafft und aus Beiträgen der Mitglieder eine Gemeinschaftskasse unterhält).

2. Was bisher „Sozialismus“ genannt worden ist, stellt sich dar als System des Gemein- oder Volkseigentums einerseits und des genossenschaftlichen Eigentums andererseits bei ökonomischer Realisierung beiden Eigentums mittels der direktiven Naturalplanung durch den Staat, d. h. durch die *politische* Erscheinung unseres Gemeinwesens. Der Staat ist somit in die ökonomische Rolle des Produzenten getreten, er verbindet die Produktionsbedingungen nach seiner Vorstellung vom bestehenden Bedarf und weist die Kombinatdirektoren und Betriebsleiter an, die gesetzten Pläne mit ihrer Unsumme von Kennziffern zu erfüllen. Wesentliche Investitionsentscheidungen sind unter dem Kommando des für die Marxsche Ökonomie völlig abstrusen „Primats der Politik über die Ökonomie“ gefällt worden. Der Austausch (d. i. der Markt) der produzierten Produktionsmittel ist innerhalb der Volkswirtschaft durch die Zuteilung ersetzt worden, hat also seine Reduktion auf den Außenhandel erfahren, dem staatlichen Außenhandelsmonopol unterworfen. Allein im individuellen Konsumgüterangebot existiert der Restbestand des ökonomischen Austauschs, sofern in ihm der staatliche Produzent als Verkäufer oder Anbieter den Staatsbürgern gegenübertritt und diese mit ihren Ausgaben entscheiden, was von den angebotenen Produkten effektiv den Charakter von Gebrauchswertträgern hat. Logische Konsequenz dieser Situation ist das Anwachsen unabsetzbarer „Waren- und Materialbestände“ in der Volkswirtschaft einerseits und der individuellen Sparguthaben in Binnenwährung andererseits.

Die wesentliche Liquidation des Austauschs in der „Sozialismus“ genannten Volkswirtschaft findet ihre konsequente Spitze in der Preispolitik, d. h. in der politischen Entscheidung über die Proportionen der arbeitsteiligen Zweige eben dieser Volkswirtschaft. Sie hat die Subventionspolitik zur Folge und den gravierenden Umstand, daß die realen Kosten der verschiedenen Produktionen unerkennbar sind. Diese realen Kosten – das versteht sich für eine Volks-

wirtschaft, die mehr als 50% des Nationaleinkommens über den Außenhandel realisiert – können nur unter Voraussetzung der Weltmarktpreise ermittelt werden, für die es natürlich keine staatliche Preispolitik gibt.

Schließlich muß mit Nachdruck hervorgehoben werden, daß unsere bisherige Wirtschaftsverfassung die beständige Attacke auf die Entfaltung persönlicher Produktivkräfte in Gestalt privater Unternehmen einschließlich der noch bekannten halbstaatlichen Betriebe gewesen ist. Das Instrumentarium dieser kontinuierlichen abstrakten Negation persönlichen Unternehmertums reicht von staatlichen Auflagen über die Zulassung von Lehrlingen, den Abschluß von Arbeitsverträgen bis zu Einkommens- und insbesondere Gewinnsteuerbescheiden, die die Produktivitätsentfaltung – gegen die Interessen der Konsumenten – auf ein Minimum beschränken.

3. Wie soll man nun eine sozialökonomische Verfassung nennen, die wesentlich nur einen einzigen Produzenten kennt, den Staat, die entscheidend auf dem Ausschluß des Marktes, d. h. des Austausches, basiert, die mit dem Gebrauch einer reinen Binnenwährung die Außenwirtschaftsbeziehungen dem Staatsmonopol unterwirft? Wer die Geschichte des modernen ökonomischen Denkens kennt, wird wissen, daß eine solche Wirtschaftsverfassung in Deutschland erstmals von J. G. Fichte unter dem Namen „geschloßner Handelsstaat“ 1800 präsentiert worden ist.¹ Ich ziehe es vor, die zur Debatte stehende sozialökonomische Verfassung mit dem jungen Marx „rohen Kommunismus“ zu nennen und festzustellen: „Dieser Kommunismus – indem er die Persönlichkeit des Menschen überall negiert – ist eben nur der konsequente Ausdruck des Privateigentums ... Der Gedanke jedes Privateigentums als eines solchen ist *wenigstens* gegen das *reichere* Privateigentum als Neid und Nivellierungssucht gekehrt ... Der rohe Kommunist ist nur die Vollendung dieses Neids und dieser Nivellierung von dem *vorgestellten* Minimum aus ... Wie wenig diese Aufhebung des Privateigentums eine wirkliche Aneignung ist, beweist eben die abstrakte Negation der ganzen Welt der Bildung und der Zivilisation, die Rückkehr zur *unnatürlichen* Einfachheit des *armen*, rohen und bedürfnislosen Menschen, der nicht über das Privateigentum hinaus, sondern noch nicht einmal bei demselben angelangt ist.“² Und weiter heißt es bei Marx: „Die erste positive Aufhebung des Privateigentums, der *rohe* Kommunismus, ist also nur eine *Erscheinungsform* von der Niedertracht des Privateigentums, das sich als das *positive Gemeinwesen* setzen will.“³ Ich kann an dieser Stelle nur hinzufügen: Was für Marx 1844 zunächst nichts weiter als Gegenstand einer literarischen Kontroverse war, ist für uns heute praktischer, materieller Gegenstand wirklicher geschichtlicher Aufhebung. Unter welchen konkreten historischen Bedingungen auch immer die Einführung des „Kriegskommunismus“ legitimierbar war, seine Methode der Wirtschaftsleitung als

1 J. G. Fichte: Der geschloßne Handelsstaat, Hrsg. v. H. Hirsch, Hamburg 1979

2 K. Marx: ökonomisch-philosophische Manuskripte (1844), in Marx/Engels, Werke, Ergänzungsband. Erster Teil, S. 534-535

3 ebenda, S. 535-536

gemeinschaftliche Dauerinstitution ist nichts anderes als die handgreifliche empirische Realität des rohen Kommunismus im Marxschen Sinne. Und die unter Führung Stalins 1928/29 realisierte Liquidation der von Lenin inaugurierten Neuen Ökonomischen Politik war die fortlaufend perfektionierte Restauration des Kriegskommunismus, der beständige Krieg gegen die Persönlichkeit des Menschen, die kontinuierliche Subsumtion der Individuen unter den „Apparat“, d. h. unter das abstrakte Gemeinwesen eines Volkes, vorge stellt durch die „führende“ kommunistische Partei.

Ich vertrete also die These: Was jetzt den Gang ins Konkursverfahren antritt, ist mitnichten der Sozialismus, der überhaupt noch keine reale, dauerhafte geschichtliche Gestalt gefunden hat (abgesehen von der kurzen Versuchsperiode zwischen 1921 und 1928), sondern der rohe Kommunismus im Sinne der Marxschen Charakterisierung, den wir heute auch das System des Stalinismus nennen. Es versteht sich, daß eine solche These ökonomisch und sozialtheoretisch gründlicher nach ihren Voraussetzungen und Folgerungen bestimmt werden muß. Darauf wird hier verzichtet, weil es mir vornehmlich um einen vernünftigen Begriff des Sozialismus geht. Immerhin muß noch gesagt werden, daß das rein ideologische Stufenschema der gesellschaftlichen Entwicklung, nach dem der Sozialismus dem Kommunismus vorgeschaltet sei, kein Inhalt ernsthafter Wirtschaftsgeschichte ist, sondern nichts weiter als säkularisierte Religion, die den Namen des Paradieses durch den des Kommunismus ersetzt.

Wenn wir das Fremdwort *Kommunismus* nach seiner ökonomischen Bedeutung in der deutschen Sprache wiedergeben, so haben wir das allseits vertraute Wort *Gemeinwirtschaft* zur Verfügung. Und dann können wir sagen, daß es die Natur des rohen Kommunismus in der modernen Welt ist, die Wirtschaft einer Gemeinschaft, d. h. eines Volkes bzw. einer Nation (in solchen Gemeinschaften tritt uns die bürgerliche Gesellschaft entgegen, während etwa die klassisch antike Gesellschaft ihre Gemeinschaften in den Poleis hat), so zu reorganisieren, daß ausschließlich Gemeineigentum an den objektiven Produktionsbedingungen besteht und mittels der politischen Realisierung des Gemeinwesens (d. i. nicht die Gemeinschaft, sondern ihr Allgemeines für sich!), d. h. mittels des *Staats*, mehr oder weniger produktiv genutzt wird. Der rohe Kommunismus ist daher identisch mit der ausschließlichen Existenz der Gemeinwirtschaft, mit der fortwährenden Niederhaltung der Person als eines Wirtschaftssubjekts. Genau dies aber ist seine historische Schranke. Indem nämlich das persönliche Unternehmertum (ich spreche vom „Unternehmer“ im Sinne Schumpeters, nicht von jenen Unternehmern, die sich im Kapitalverhältnis zu Unternehmerverbänden gegen die Gewerkschaften zusammenschließen) im rohen Kommunismus niedergehalten wird und daher nur in der allseits bekannten „Schattenwirtschaft“ sein Dasein fristen kann, wird das Innovationspotential der abstrakten Gemeinwirtschaft verstopft und folglich die Wettbewerbsunfähigkeit auf dem Weltmarkt sukzessive hervor gebracht. Das geht so lange, bis der weltwirtschaftliche Kondratieffzyklus seine

Depressionsphase erreicht, in der entschieden wird, was im Wettbewerb der internationalen Produktivkräfte weiter lebensfähig ist und was nicht.¹

In dem angedeuteten Sinne ist m. E. daher die entscheidende Frage in der wirklichen Aufhebung des rohen Kommunismus die nach der Stellung der Person als Wirtschaftssubjekt, die nach der ökonomischen Anerkennung der Persönlichkeit des Menschen im Wirtschaftsprozess unter Voraussetzung des Gemein- bzw. Volkseigentums an den objektiven Produktionsbedingungen. Die Anerkennung dieser Persönlichkeit unter Voraussetzung der Liquidation des (originären) Gemeineigentums ist der Kapitalismus. Die Anerkennung aber dieser Persönlichkeit unter Voraussetzung des konkret bestimmten Gemeineigentums unter modernen industriellen Produktionsbedingungen ist der Sozialismus.

Warum ist die ökonomisch souveräne Person (und sie ist souverän als Vertragspartner sowohl anderer Personen als auch gegebener Gemeinschaften) für eine Volkswirtschaft so wesentlich? Das ist deshalb der Fall, weil alle Erfindungen und Entdeckungen durch Individuen, durch persönliche Tätigkeit in reelle Existenz treten. Gemeinschaften haben wohl Gemeinsinn, common sense, aber Gemeinschaften denken nicht, sondern sind zur Entwicklung ihres Bewußtseins auf das individuell realisierte Denken und daher Erkennen angewiesen. Erfindungen und Entdeckungen unterstellen Denken und Erkennen und gehen ebendeswegen von den Individuen aus. Daher ist das Innovationspotential einer Volkswirtschaft in eben dem Maße gebildet, in dem individuelle Erfindungen und Entdeckungen zum Zuge kommen können. Das bedeutet insbesondere die reale Möglichkeit für Entdecker und Erfinder, ihre Ideen und Erkenntnisse durch sofortigen Zugriff auf materielle Produktionsmittel der Kritik des gesellschaftlichen Austauschs, d. h. des Weltmarkts, unterwerfen zu können. Dieses Risiko trägt natürlich der Eigentümer der zur ökonomischen Realisierung (d. i. die Innovation im Sinne Schumpeters) verwendeten und verbrauchten Produktionsmittel, im Falle der Eigentumslosigkeit des Erfinders also der Kreditgeber. Aber das Risiko ist Kennzeichen jeder versuchten Neuerung, muß daher unter allen sozialökonomischen Bedingungen getragen werden. Und es gibt genug bewährte ökonomische Erkenntnisse über Risikominimierung, so daß hier dazu weiter nichts zu sagen ist. Wichtig ist mir allein die These, daß das volkswirtschaftliche Innovationspotential mit der ökonomischen Anerkennung der Persönlichkeit des Menschen steht und fällt.

Indem der rohe Kommunismus genau diese Anerkennung versagt und ein beständiger Krieg gegen die Person ist, besiegelt er sein ökonomisches Schicksal mit der Pleite. Denn die kapitalistisch freigesetzte Person bleibt bei bloß nationaler Existenz des rohen Kommunismus weltwirtschaftlich natürlich erhalten, hat an den kapitalistisch verfaßten Nationen ihre politische Stütze und kann daher schließlich den technologischen Standard der modernen Produktivkräfte diktieren.

1 Zum Kondratieff-Zyklus siehe: T. Kuczynski: Das Problem der „langen Wellen“ – einige Überlegungen, in: Ders. (Hrsg.): Wirtschaftsgeschichte und Mathematik, Berlin 1985, S. 89–120

Worum geht es also in der gegenwärtigen Krise des rohen Kommunismus? Es geht darum, daß diese Krise wenigstens für die DDR die Alternative: Liquidation und Anschluß an die Bundesrepublik oder Öffnung der wirklich sozialistischen Möglichkeit hervorgebracht hat. Es geht darum, ob die wirtschaftlich unvermeidliche ökonomische Freisetzung der Person auf alte, bekannte, kapitalistische oder auf neue, unbekannte, sozialistische Weise erfolgen soll. Diese Alternative wird jetzt entschieden. Und um sie mit halbwegs wissenschaftlich fundiertem Bewußtsein entscheiden zu können, muß die Frage: Was ist Sozialismus? mit möglichster Klarheit beantwortet werden.

Grundsätze des Sozialismus

Der rohe Kommunismus hat in der politischen Revolution über die Enteignung der Kapitalisten das Gemeineigentum an den objektiven Arbeitsbedingungen hergestellt (insofern das genossenschaftliche Eigentum in Landwirtschaft und Handwerk der staatlichen Naturalplanung unterworfen ist, hat es in Wahrheit eine bloße Scheinexistenz). Die Frage nach der Aufhebung des rohen Kommunismus ist daher zunächst die Frage: Wie halten wir es mit dem Volkseigentum?

Eine Antwort darauf könnte sein, daß irgendwelche Funktionäre im Reformeifer volkseigene Betriebe in Aktiengesellschaften verwandeln, um so dann durch Staatsbanken entsprechende Aktienmengen international anzubieten, so daß die ehemaligen Volkseigner eines Tages aufwachen und in ihrer Zeitung die Information erhalten, ihr Eigentum sei nunmehr Bestandteil eines international agierenden kapitalistischen Konzerns. Wer wissen möchte, wie das geschieht, der studiere das Schicksal der ungarischen Tungsram, die nunmehr im Bestand der US-amerikanischen General Electric geführt wird. Dies ist das letzte Trauerspiel, das der rohe Kommunismus aufführt. Mir ist nicht bekannt, ob das ungarische Volk gefragt worden ist, diesen Deal zu realisieren. Und es ist geradezu atemberaubend zu *sehen*, wie genau der junge Marx das Wesen des rohen Kommunismus als antizivilisatorische Gestalt des sich als Gemeinwesen setzenden Privateigentums vor nunmehr 145 Jahren erkannt hat. Ob sich leitende Funktionäre aus dem Volkseigentum Privateigentum z. B. in Gestalt abgezaunter Jagdgebiete verordnen oder sich das „Recht“ nehmen, volkseigene Betriebe ungescheut zu veräußern, tut nichts zur Sache. Es handelt sich in jedem Fall um die Verwirklichung des egoistischen Privatiers, der eben im rohen Kommunismus nicht wirklich überwunden ist, sondern nur andere Existenzbedingungen vorgegeben findet (z. B. anstelle der „Macht des Geldes“ die „Macht der Beziehungen“ erfährt und nutzt).

Man kann unser Verhältnis zum Volkseigentum aber auch anders sehen.

1. Selbstverständlich sind die Naturbedingungen der Produktion keine Produkte individueller oder persönlicher Tat. Sie werden originär von Gemein-

schaften angeeignet, in der geschichtlichen Folge der Generationen kultiviert und bilden immer den Grund und Boden der ökonomischen Existenz eines Volkes. Der Kapitalismus – wenigstens im Sinne der Marxschen Theorie (und eine andere unterstelle ich hier nicht) – bricht erst durch, siegt weltgeschichtlich, wenn aus feudalen Lehen persönliches Privateigentum an Land gemacht wird. Dieses persönliche Landeigentum ist die *conditio sine qua non* des Kapitalismus (nicht das Geld, nicht der Zins und nicht die arge „Profitwirtschaft“). Es garantiert den Ausschluß der Arbeiter vom Grundeigentum und damit ihre Verfügbarkeit für kapitalistische Lohnkontrakte. Es garantiert, daß die Grundrente in die Tasche der privaten Grundeigner fließt, obwohl sie keineswegs aus persönlicher Arbeit entsteht, sondern auf Grund der räumlichen Beziehungen der Wirtschaftssubjekte zueinander und der Fruchtbarkeitsunterschiede des Bodens. Die Grundstücksspekulationen, ein Übel fast aller städtischen Kommunen in ihrer ordentlichen Stadtplanung, machen für jeden anschaulich, was persönliches Privateigentum an Land praktisch bedeutet.

Aus diesen Bemerkungen läßt sich die Feststellung gewinnen: Das durch die kommunistische Revolution konstituierte Gemeineigentum an Grund und Boden, allgemeiner: an den Naturbedingungen der Produktion, ist unverzichtbare Fundamentalbedingung des Sozialismus. Die Personen können unter Voraussetzung der Existenz eines sozialistischen Gemeinwesens selbstverständlich den Boden einzeln und genossenschaftlich nutzen, aber die genutzten Grundstücke nicht verkaufen. Die Bodennutzung wird im Rahmen von Pachtverhältnissen realisiert, so daß mit Bezug auf das Gemeineigentum an Grund und Boden die Personen als Pächter von Volkseigentum auftreten. Die durch die Nutzung entstehende Grundrente fließt damit in die Kasse des Volkes, steht also dem Gemeinwesen für sich zur Verfügung. Das so verfaßte Verhältnis der Personen als einzelner zum Volk als Ganzem bedeutet keinerlei Beeinträchtigung der Produktivität der Landwirtschaft oder extraktiven Industrie. Es bedeutet nur, daß die durch die Existenz der Gemeinschaft in Bezug auf die Naturbedingungen ihrer Arbeit konstituierte Grundrente nicht privatisierbar ist, sondern einen Gemeinschaftsfonds speist, der für die ökonomischen Aufgaben des Gemeinwesens da ist.

Allein angesichts der gegenwärtigen weltweiten ökologischen Problemlage versteht sich, daß der Schutz und die Erhaltung der Naturbedingungen unserer Produktion nicht dem Privatinteresse der Individuen unterworfen bleiben darf. Denn dieses Privatinteresse wird unweigerlich stets versucht sein, ökologische und sonstige soziale Folgekosten der Gemeinschaft aufzubürden. Natürlich ist das Gemeineigentum an Grund und Boden für die Verwirklichung dieses gegen das Gemeinwesen gerichteten Interesses keine absolute Schranke, wohl aber ein definitiver Widerstand, dessen Wirkung natürlich auch vom Niveau der ökologischen Aufklärung über die ungewollten Folgen unserer Produktionen abhängt. Jedenfalls ist völlig klar: Hat die Gemeinschaft auch ökonomische Wirklichkeit in der Gestalt des Gemeineigentums an den Naturbedingungen der Produktion, so hat sie ökonomische

Macht und das Gemeinwesen ist potent, in Wirtschaftsfragen *wirtschaftlich* mitzusprechen.

2. Jede Volkswirtschaft, in der nicht nur Subsistenzproduktion betrieben wird, sondern gesellschaftliche Produktion für andere, produziert auch Geld, ob nun in Gestalt von Kaurimuscheln, Silbermünzen oder Spezialpapierscheinen. Hier ist nicht der Ort, geldtheoretische Sätze zu formulieren. Mir geht es allein um das ökonomisch wohl unbestreitbare Faktum, daß die Geldschöpfung keine Privatangelegenheit von Personen ist, Geld existiert nur in wirtschaftenden Gemeinschaften, Weltgeld setzt den Weltmarkt voraus, auf dem die nationalen Währungen eine gewisse Kursrelation konstituieren. Geld ist also ein Geschöpf der Gemeinschaften und der durch den Austausch ihrer Produkte und Dienste realisierten menschlichen Gesellschaft. Die Anerkennung dieser objektiven Natur des Geldes bedeutet für die Frage nach der ökonomischen Natur des Sozialismus, daß die nationale Geldschöpfung Sache des Gemeinwesens ist. (Als solche Sache ist übrigens das Geld ursprünglich auch entstanden, nämlich als die geltende Abgabe zur Unterhaltung des Gemeinwesens, religiös als Opfer vorgestellt.) Daraus folgt ganz augenscheinlich, daß die nationale Zentralbank Gemeineigentum sein muß und nicht etwa als Aktiengesellschaft privater Bankiers auftreten kann, die den Staat zu ihrem Schuldner macht.

Mit dieser Feststellung ist natürlich völlig klar, daß alle romantischen Antikapitalismusattitüden, die sich die Denunziation des Geldes, des Zinses etc. eine Herzensangelegenheit sein lassen, für den wirklichen Sozialismus ohne jede Bedeutung sind. Sozialistische Volkswirtschaft ist entweder Geldwirtschaft oder überhaupt nicht vorhanden. Das Gerede von den „Ware-Geld-Beziehungen“, die „gestärkt“ werden müßten, obwohl die Realisierung des Markts für produzierte Produktionsmittel noch immer ausgeschlossen ist, verharrt in einer Absurdität, weil eben durch diese Einschränkung der Austausch, den das Geld als Wertdarsteller doch vermittelt, gerade unterbunden wird. Sozialistische Volkswirtschaft ist Geldwirtschaft, weil sie gar nicht anders existieren kann denn als Glied der Weltwirtschaft, der wirklichen ökonomischen Realität der menschlichen Gesellschaft. Und diese Weltwirtschaft, das ist heute wohl jedem klar, wird niemals die „Planwirtschaft“ eines rohkommunistischen Weltstaats sein, der zuteilt – „und damit basta“, um W. Harichs utopischen „Kommunismus ohne Wachstum“ zu zitieren¹. Der Weltmarkt ist nicht die Inkarnation der schnöden wechselseitigen Prellerei, sondern das Medium des Austauschs von Produkten und Diensten national und lokal notwendig verschiedener Produktivkräfte; er ist die Institution der Zivilisation zur Selektion wertbevorzugter persönlicher und gemeinschaftlicher Produktivkräfte, die

¹ W. Harich: Kommunismus ohne Wachstum? Reinbek bei Hamburg 1975, S. 167. Der Autor schlägt die Abschaffung des Weltmarkts vor, die Introduktion eines Weltwirtschaftsrats, der Kontingentierungsaufgaben für Industrieprodukte anweist und „für den Einzelnen Rationierungskarten, Bezugsscheine, damit basta“.

immer nur unter lokal besonderen natürlichen und menschlichen Umständen geäußert werden können. Und diesen gesellschaftlichen Austausch effektiver zu machen, ist der Sinn des Geldes. (Man stelle sich nur die Zirkulationsdauer im reinen Produktentausch vor, um einzusehen, daß das Geld schon darum ökonomisch sinnvoll ist; weil es eben diese Dauer verkürzt, daher zusätzliche Produktionszeit ermöglicht.)

Mit dem Gemeineigentum am nationalen Bankensystem versteht sich, daß Gewinne aus Kreditgeschäften in die Kasse des Gemeinwesens fließen. Es liegt somit ein gemeinschaftliches Zinseinkommen vor. Und darin sehe ich die wahre Aufhebung der klassischen vorkapitalistischen Denunziation des Zinses, deren Grund immer die Verteidigung des bestehenden Gemeinwesens gegen Auflösungstendenzen war, die von der privaten Kreditvergabe ausgingen. Ist aber das Volk als solches der entscheidende Kreditgeber, so handelt es sich umgekehrt vielmehr darum, daß die persönlichen und genossenschaftlichen Produzenten als Schuldner des Gemeinwesens arbeiten, daher eine Zersetzung des letzteren infolge der „Zinsknechtschaft“ gar nicht eintreten kann. Gleichzeitig versteht sich, daß die Spareinlagen der Personen bei den Banken des Gemeinwesens ebendiese Banken zu Schuldnern jener Personen machen – und daß natürlich neben dem Arbeitseinkommen persönliches Zinseinkommen für den Sozialismus selbstverständlich ist. (Daß alles persönliche Einkommen im Sozialismus allein Arbeitseinkommen sein soll, ist eine rohkommunistische Dummheit, die durch ökonomische Ahnungslosigkeit genährt wird.)

Es versteht sich schließlich, daß eine sozialistische Nationalwährung konvertibel sein muß. Man kann nicht für den Außenhandel und zugleich für reine Binnenwährung sein, es sei denn, man sieht mit Fichte allein im Staat den kompetenten Außenhändler. Aber es ist ebenso klar, daß gegenwärtig der Übergang zur konvertiblen Währung nicht den Beginn der sozialistischen Wirtschaftsreform ausmachen kann. Manche Ökonomen, die nicht selten über den Markt die Produktion vergessen, finden in der gegenwärtigen Lage einen schrecklichen „Geldüberhang“ und die Notwendigkeit einer „Politik des knappen Geldes“. Diese Wahrnehmung allein der Zirkulation kann dann dazu führen, die nötige Reform von der Geldseite zu beginnen, womit Preis- und Einkommensfolgen impliziert werden, die zu erheblichen sozialen Konflikten führen können. Im Gegensatz zu dieser Sicht der Dinge bin ich für den Beginn der Reform auf der Seite der Produktion: Liquidation aller bürokratischen Schranken der freien Entwicklung der persönlichen und gemeinschaftlichen Produktivkräfte, d. h. völlige Gewerbefreiheit, ist die unverzüglich zu erfüllende Aufgabe. Und diese Aufgabenstellung bildet den sozialökonomischen Kern einer vernünftigen Sozialismuskonzeption.

3. Wenn es wahr ist, daß die rohkommunistische Struktur in der Setzung des Privateigentums als Gemeinwesen besteht, daher im beständigen Krieg gegen die Persönlichkeit der Menschen verteidigt wird, wenn es weiter wahr ist, daß

der Kapitalismus im ökonomischen Ausschluß des Gemeinwesens wirklich ist, dieses Gemeinwesen nur in seiner *politischen* Realisierung kennt, d. h. den einzelnen Menschen nur als citoyen (mithin als Wähler irgendeiner Partei) in Freiheit setzt, dann ist die Frage nach dem Sozialismus identisch mit der nach der ökonomischen Persönlichkeit unter Voraussetzung der Existenz des Gemeineigentums an den Natur- und Gemeinschaftsbedingungen der Produktion. Mit anderen Worten: das ökonomische Sozialismusproblem mit Bezug auf die Aufhebung des rohen Kommunismus unterstellt die Gretchenfrage: Wie halten wir es mit dem *persönlichen Unternehmertum*?

Daß die rohkommunistische Ideologie den Privatunternehmer für den Feind an sich hält, versteht sich. Aber diese Ideologie basiert auf keinerlei ökonomischer Analyse, sondern nimmt in der Unternehmerperson nur den „Spekulanten“ wahr, der die böse „Profitwirtschaft“ will und die „Macht des Geldes“ zu gebrauchen weiß. Daß solche Kennzeichnungen „massenwirksam“ agitatorisch fungieren, hat wissenschaftlich gar keine Bedeutung. Und wenn es um den Sozialismus geht, so kann er nur mit Voraussetzung der Wissenschaft gewonnen werden, mit der Liquidation des Anspruchs bloßer Ideologie, geltende Wahrheit zu sein. Lassen wir also die rohkommunistische Ideologie beiseite und fragen: Worin besteht die unhintergehbare wirtschaftliche Funktion der Person?

Neben den Naturbedingungen der Produktion unterstellt alle Arbeit produzierte Produktionsmittel, die originär auf Entdeckungen und Erfindungen von Personen zurückgehen. Daß die ökonomische Realisierung dieser Inventionen zur Bildung auch kooperierender Gemeinschaften führt, widerspricht dem nicht, sondern macht nur klar, daß Personen auf Grund ihrer Fähigkeiten gemeinschaftsbildend wirken können. Wenn aber produzierte Produktionsmittel die Artefakte sind, die persönliches Schöpfungertum im Wirtschaftsprozeß wesentlich ausweisen, dann ist das persönliche Unternehmertum eine ökonomische Instanz unabhängig von der historischen Besonderheit ökonomischer Formation. Dann ist es insbesondere nicht a priori kapitalistisch! (Die Wirtschaftsgeschichte weiß diese Feststellung gut zu legitimieren.) Unterstellen wir Schumpeters Unternehmerbegriff¹, so ist das Unternehmertum wesentlich mit der persönlichen Durchsetzung von Innovationen gekoppelt. Und diese Durchsetzung ist immer der Bruch mit bestehenden Produktionskreisläufen. Solcher Bruch mit dem Resultat der Produktivitätssteigerung ist aber nur wirklich möglich, wenn der potentielle Unternehmer in den Besitz der zur Innovation erforderlichen Produktionsmittel gelangt. Sind sie durch ausschließliches Gemeineigentum und staatliche Naturalplanung gebunden, so bleibt die Innovation ein frommer Wunsch. Folglich bedarf die Freisetzung persönlicher ökonomischer Initiative des Austauschs produzierter Produktionsmittel ebenso wie eines entwickelten Kreditsystems.

Damit ist deutlich, daß die sozialistische Aufhebung des rohen Kommunis-

1 J . A. Schumpeter: Unternehmer, neu abgedruckt in: ders.: Beiträge zur Sozialökonomik, Hrsg. v S. Böhm, Wien/Köln/Graz 1987, S. 137-157

mus die Zulassung des persönlichen Eigentums an produzierten Produktionsmitteln erzwingt, daß also die sozialistische Wirtschaftsreform die Einführung des Markts für eben diese Produktionsmittel zum Ziel haben muß. Persönliches Unternehmertum und Arbeitsmittelmarkt bedingen einander.

Weiter ist völlig klar, daß persönliche Unternehmungen in ihren Erlösen Gewinne („Unternehmergewinne“) ausweisen, also gewinnorientiert wirtschaften müssen. Ökonomisch gesehen erscheint im Gewinn nicht die Raffgier des Privatiers, sondern das Wachstum des Unternehmens, das seine Basis in der Befriedigung effektiver Nachfrage hat. Der Gewinn ist die eigentliche Quelle möglicher Produktivkraftentwicklung und kann daher niemals ein Gegenstand der Attacke sein – es sei denn, daß keine Entwicklung gewollt wird. Das wirklich sozialistische Verhältnis zum Gewinn wird vielmehr durch eine Gewinnsteuergesetzgebung realisiert, die auf die Verteilung des erwirtschafteten Gewinns zwischen Gemeinwesen und eben den Personen hinausläuft, die ihn erzielt haben. Die Gewinnsteuer darf nicht willkürlich durch staatliche Finanzämter ad hoc dekretiert werden, sondern muß eine entwickelte ökonomische Steuertheorie für ihre rechtswirksame Bestimmung zur Grundlage haben, d. h. vor allem darauf abzielen, die Innovationspotenz der Volkswirtschaft zu erhalten und zu mehren. Der Gewinn ist der definitive Ausweis dessen, was man gegenwärtig in der Wirtschaft „Leistung“ nennt, „Leistung“ nämlich des Unternehmers. Der nach Steuerabzug dem Unternehmer verbleibende Gewinn muß daher unantastbar sein und allein seiner persönlichen Verfügung unterliegen.

Ich halte es für sehr wohl denkbar, daß unter sozialistischen Voraussetzungen Unternehmergewinne teilweise zu Gewinnbeteiligungen der Arbeiter der fraglichen Unternehmen führen, ja daß aus persönlichen Unternehmungen auf diese Weise genossenschaftliche werden. Ebenso sind sicher Stiftungsbeteiligungen zur Unterhaltung von Fonds für Kultur und Wissenschaft zu erwarten. Das alles muß der Entscheidung der entsprechenden Personen überlassen bleiben.

Fragt man, ob eine solche Auffassung des persönlichen Unternehmertums nicht die Restauration des Kapitalismus einschließe, so kann diese Frage wissenschaftlich vernünftig nicht ohne Voraussetzung eines ökonomisch präzisen Kapitalbegriffs beantwortet werden. Die Vulgäransicht, die mit den *Wörtern* „Kapital“ und „Arbeit“ operiert, hilft hier gar nicht, wie eingewurzelt sie immer sei. Und wenn gegenwärtig in der DDR von vielen Leuten der „Kapitalbedarf“ unseres Landes angesichts des Zustands unserer Anlagen und Ausrüstungen beschworen wird, so zeugt das nur für das tatsächliche Niveau der erreichten ökonomischen Aufklärung. Offenbar befindet sie sich noch immer auf dem Standpunkt jenes Opernseufzers, der angesichts der 5.000 Taler fragt: „Was fang ich mit dem Kapitale an?“ Gegen solche Ansicht ist zunächst festzuhalten, daß eine Menge Geldes, ob konvertibel oder nicht, nicht das Geringste mit Kapital zu tun hat. Sie ist liquides Vermögen, aber kein Kapital. Wird sie verliehen, bildet sie eine Kreditsumme, führt daher zum Zinsertrag,

ist aber noch immer nicht zu Kapital geworden. Zins ist kein Kapitalertrag, sondern Anteil am Zuwachs, der durch produktiv eingesetzten Kredit entsteht. Die entscheidende Bedingung der Kapitalbildung ist der Einsatz persönlichen Geldvermögens zum privaten Erwerb von Produktionsbedingungen so, daß die damit ermöglichte Produktion auf eigene Rechnung des Investors realisiert wird. Zu diesen Produktionsbedingungen gehören sowohl die erforderlichen Naturbedingungen der Arbeit (erworbenes oder von privatem Eigentümer gepachtetes Grundstück) als auch produzierte Produktionsmittel wie schließlich der private Lohnkontrakt, durch den der Arbeiter zum zeitlich begrenzten Schuldner des Kapitalisten wird. (Die Arbeitskraft wird nicht verkauft, sondern die Arbeit in der vertraglich vereinbarten Arbeitszeit wird zum Schuldendienst für die Tilgung des vorgeschossenen Lohns, des, mit Marx zu sprechen, variablen Kapitals.) Kapital ist damit auch für künftige Produktion ausgegebenes Geld (negativer Wert) und erscheint ganz richtig in den Büchern als Debet. Es ist das komplett privatisierte Produktionsvermögen in der Verfügungsgewalt des Kapitalisten (wozu insbesondere auch die Arbeits- bzw. persönliche Produktivkraft des Arbeiters gehört). Und es wird sozialökonomisch durch die Ausbildung des privaten Bankgewerbes stabilisiert.

Die Vulgäransicht, nach welcher produzierte Produktionsmittel als solche „Kapital“ seien, deutet bereits den ersten Menschen, der einen bearbeiteten Stein als Werkzeug verwendet, als „Kapitalisten“ oder Kapitalinhaber. Die wirkliche Kapitalbildung ist die Subsumtion aller Produktionsbedingungen unter die Entscheidungskompetenz der Person. Sie setzt daher persönliches Landeigentum und privates Bankgewerbe voraus. Ebendeshalb ist das Gemeineigentum an den natürlichen Produktionsbedingungen wie am Bankensystem a priori Ausschluß des Kapitalismus. Der sozialistische persönliche Unternehmer tritt als Pächter gemeineigenen Landes wie als Schuldner des Gemeinwesens auf. Er macht daher keinen Profit (d. i. die Summe aus Zins und Unternehmerngewinn), wohl aber Gewinn (im Fall des Unternehmenserfolgs), den er freilich via Gewinnsteuer mit dem Gemeinwesen teilt und via Gewinnbeteiligung mit seinen Mitarbeitern. In dieser Verknüpfung des persönlichen Unternehmertums mit dem ökonomisch präsenten Gemeinwesen sehe ich den wirtschaftlichen Kern der sozialistischen Ökonomie.

4. Es versteht sich, daß die so verstandene Wirtschaftsverfassung des den rohen Kommunismus aufhebenden Sozialismus die vorbehaltlose Anerkennung des Markts als der einzigen ökonomisch vernünftigen Preisbildungs- methode einschließt. Der Markt ist nicht kapitalistisch. Er verkörpert vielmehr die Selbstbestimmung der Zivilisation, bei vorausgesetzten, unterschiedenen Eigentümern gesellschaftlich zu produzieren, d. h. eigene Bedürfnisse mit fremden Produkten oder Diensten dadurch zu befriedigen, daß eigene Produkte oder Dienste für fremde Bedürfnisse hervorgebracht werden. Die Gesellschaft überhaupt wird durch diesen Austausch konstituiert. Die Liquidation des Markts ist daher identisch mit dem Ausschluß der Gesellschaftlichkeit

der Menschen, mit der Reduktion auf bloße Gemeinschaftlichkeit, die wir auf Grund der sexuellen Reproduktion bereits als reines Naturphänomen in die Menschengeschichte einbringen. (Die Kooperation ist die bestimmende Bedingung der Gemeinschaft im Unterschied zur Gesellschaft, die durch Austausch realisiert wird.)

Der rohe Kommunismus, indem er im Austausch seinen eigentlichen Gegner sieht, lebt in dem Wahn, die menschliche Gesellschaft durch die Gemeinschaft ersetzen zu können, die Gemeinschaft umgekehrt als die wahre Gesellschaft zu sehen. Daher die rohkommunistische Liquidation der berühmten Dreiteilung der Gewalten (die natürlich keine bürgerliche Erfindung ist, wenngleich in der Aufklärung thematisiert), die Denunziation des formellen Rechts, aber eben auch die Exkommunikation mißliebiger Staatsbürger selbst aus der Gemeinschaft der Staatsbürger. Der nun proklamierte Rückgriff auf den Markt ist die Resurrektion des Austauschs, also der Gesellschaftlichkeit und damit das Ende des rohen Kommunismus.

Er ist aber keine abstrakte Negation der Wirtschaftsplanung, durch entsprechende Organe des Gemeinwesens. Die Vorstellung eines exklusiven Gegensatzes zwischen Markt und Plan ist ökonomischer Dilettantismus – oder gezielte ideologische Platitude zur Denunziation der sozialistischen Entwicklungsmöglichkeiten. Geplant wird, seit Menschen nicht mehr von der Hand in den Mund leben, d. h. nach dem Stand ihrer Vorräte ihre Arbeitsaufwände kalkulieren. Und der Markt besteht mindestens seit der Zeit, da eigne Rohstoffvorkommen nicht mehr hinreichten, eigne Produktionen aufrechtzuerhalten. In der römischen Antike reichte der Weltmarkt bereits vom Pazifik bis zum Atlantik. Was mit dem sozialistischen Markt wirklich zur Debatte steht, ist die Liquidation der staatlichen *Natural*planung, unter welcher die *Volkswirtschaft* wie eine *Betriebswirtschaft* mit genau einem Generaldirektor an der Spitze geleitet wird – eine bittere Realabsurdität, die jeder ökonomischen Lehre höhnt. Was zur Debatte steht, ist die Verwandlung des sozialistischen Wettbewerbs aus einer Phrase in handgreifliche wirtschaftliche Realität, die auch den Gang zum Konkursrichter einschließen muß. Mit dieser Einführung des Austauschs (der „Verkehrswirtschaft“) muß die ökonomische Planung des Gemeinwesens zur Wertplanung werden und die Wachstums- und Entwicklungschancen der Volkswirtschaft mit Bezug auf die Evolution des Weltmarkts erkennen und bestimmen. Die genaueste Kenntnis der internationalen wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen ist dafür unerläßliche Bedingung, so daß staatliche Planungsorgane nicht etwa beseitigt, sondern zur Versammlung geballten Sachverstands im Interesse unserer Volkswirtschaft umgestaltet werden müssen. Die *Natural*planung wird damit Sache der Betriebswirtschaft, in der sie selbstverständlich unter der ökonomischen Norm der Gewinnerschöpfung steht.

Planung durch das Gemeinwesen und Markt, der die Gesellschaftlichkeit trägt, schließen einander nicht aus, sondern bedingen einander, indem beide quasi unter dem Kommando des Wertgesetzes stehen. Sinkende Gewinne in einer Branche signalisieren die eintretende Notwendigkeit der Reorgani-

sation der Produktionsbedingungen. Und die Planung muß die Möglichkeit gewinnträchtiger Reorganisationen erschließen. – Wenn man bedenkt, daß in der japanischen Volkswirtschaft angesichts der Lage auf dem Weltmarkt die Schiffsbaukapazität in 3 Jahren auf 50% reduziert worden ist, ohne daß ersichtliche Sozialkonflikte eingetreten sind, so hat man eine gute Anschauung für das Zusammenspiel von Markt und Plan. Lassen wir uns also nicht von Leuten, die gegen die rohkommunistische Ideologie die Plattitüden des kapitalistischen common sense kehren, einreden, die Planwirtschaft müsse stante pede durch die „freie Marktwirtschaft“ ersetzt werden. Ein so benanntes Unikum hat es in der wirklichen Wirtschaftsgeschichte nie gegeben. Es ist allein ein ideologisches Monstrum, das der Privatier stets dann artikuliert, wenn er sich seines Vorteils in der Konkurrenz sicher ist. Ist das nicht der Fall, wird regelmäßig der Staat zum Schutz der bedrohten Sonderinteressen aufgefordert. Man betrachte nur die Landwirtschaftspolitik der EG, um die nötige Aufklärung über den Sinn der Phrase von der „freien Marktwirtschaft“ zu erlangen.

Schlußbemerkung

Die gegenwärtige Denunziation des Sozialismus unterstellt die rein ideologische Annahme, daß die nun bankrotte stalinistische Wirtschaftsleitung eine Art von „Sozialismus“ gewesen sei. Der „Spiegel“ spricht gar von einer „Marx-Wirtschaft“ – in fröhlicher Ignoranz gegen den nachweisbaren Sachverhalt, daß Marx niemals die Emanzipation der Arbeiterschaft in der Unterwerfung der Individuen unter den Staat realisiert gesehen hat, daß ihm der Kampf der Arbeiter als *Klasse* nie etwas anderes gewesen ist, als der Kampf um die Aufhebung der Klassengesellschaft überhaupt, um die Reorganisation der Gesellschaft als Assoziation freier Personen.

Natürlich kann nicht bestritten werden, daß die stalinistische Ideologie das von ihr ausgedrückte System „sozialistisch“ genannt hat. Aber wenn wir schon mit dem Stalinismus Schluß machen wollen, wozu brauchen wir dann noch die unreflektierten Sprachfestlegungen seiner Ideologie? Kommt es dann nicht eher darauf an, sich den tatsächlichen sozialökonomischen Inhalt dieses Systems zu erschließen? Dieser ist aber nichts anderes als die wesentlich politisch-militärische Durchsetzung der subjektiv vorgestellten Interessen des Gemeinwesens durch seine obersten Vertreter mittels des „Apparats“. Er ist die Liquidation des Austauschs, d. h. der Gesellschaftlichkeit, und seine Ersetzung durch die Zuteilung, womit die Hierarchisierung der Gemeinschaft unweigerlich verbunden ist. Er ist der stete Angriff auf die Persönlichkeit der Menschen und daher die Verstopfung des Entwicklungspotentials, die Erhaltung des Bestehenden – und folglich die Produktion der Stagnation. Dieser Inhalt hat mit dem Sozialismus nur insofern etwas zu tun, als er eine seiner historischen Voraussetzungen ist – wie der Kapitalismus auch. Es handelt sich vielmehr im Sinne von Marx um rohen Kommunismus. Dessen Dasein ist

nicht der ökonomischen Auseinandersetzung, sondern wesentlich dem politischen Kampf geschuldet. Er befreit nicht die Arbeiter*person*, sondern verhimmelt die Arbeiter*klasse*, die doch nur ist, insofern die Arbeiter sich im politischen Kampf gegen eine andere Klasse vereinen, also gerade nicht befreit sind. Daher stellt er nicht die Aufgabe der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern die der Erhaltung der politischen Macht, die zur privaten Verfügung über das Gemeinwesen verkommt.

Mit dieser Sicht des sozialökonomischen Inhalts des Stalinismus kann der Blick wohl frei werden für das, was vernünftig „Sozialismus“ im Sinne der Lösung der klassischen „sozialen Frage“ genannt werden mag. Die Arbeiterbewegung, selbst ein Ausdruck der realen Existenz dieser Frage, hat den Sozialismus immer als ihre Beantwortung anvisiert. Es gibt keinen Grund anzunehmen, daß die soziale Frage erledigt sei, daß die Arbeiterbewegung verende. Daher ist sicher alles Gerede vom „Ende des Sozialismus“ Ausdruck allein der Krise des gesellschaftlichen Bewußtseins in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Depressionslage, drückt es eine Stimmung aus, aber kein Wissen. Die Frage nach der vernünftigen sozialökonomischen Verfassung gemeinschaftlicher Produktion bei gesellschaftlichem Austausch wird stets erneut gestellt werden, sei es im Sinne der Forderung nach der „Neuen Weltwirtschaftsordnung“, nach der Bewältigung der ökologischen Krise, die wir mit hemmungslosem Industrialismus selbst erzeugt haben, nach der Beseitigung des Hungers in der „dritten Welt“ etc. Und alle diese Aspekte haben ihren einheitlichen Grund im Sozialismusproblem, dessen Lösung die Bildung einer Gesellschaftsordnung ist, welche die freie Entwicklung der persönlichen *und* gemeinschaftlichen Produktivkräfte ermöglicht.

Theoretisch ist die Lösung des Sozialismusproblems natürlich nicht mit der Sammlung einiger ideologischer Dogmen gegeben, sondern allein im Ansatz mit Hypothesen, die sich in der Umgestaltung praktisch bewähren und neue Erfahrungen induzieren müssen. Die Sozialismustheorie ist als Antizipation und Reflexion der praktischen sozialistischen Bewegung zu gewinnen, die nicht unbestimmte „Ideale“ oder „Werte“ zu realisieren, sondern konkrete, vor allem ökonomische Probleme zu lösen hat. Daß sich dieses Problemlösen auf die grundsätzliche Voraussetzung der konkreten Einheit des Gemein- und Personeneigentums bezieht, ist die Überlegung, die hier wenigstens anzudeuten war.

Wirtschaftsentwicklung und Sozialismuskonzept¹

Der Zusammenbruch des rohen Kommunismus in den Ländern Mittel- und Osteuropas hat ohne Zweifel auch die Idee des Sozialismus an sich fragwürdig gemacht und bei sehr großen Teilen der Bevölkerung jedenfalls momentan diskreditiert. Das Wahlergebnis vom 18. März 1990 in der DDR zeigt diese Sachlage mit aller wünschenswerten Deutlichkeit. »Eine Mehrheit der Wähler«, so urteilt H. Schwenke, »zog ein Dasein als freie Lohnarbeiter vor. Manche träumen auch vom freien Unternehmerdasein ... Die Menschen wählten mehrheitlich *nie wieder Sozialismus*. Das ist das Resultat der Herrschaft von Honecker, Mittag und Mielke und derer, die an deren Seite Karriere machten.«² Was die Menschen positiv wählten, hatte eine Dame auf einer Kundgebung in Leipzig angesichts des Bundeskanzlers mit fröhlicher Naivität plakatiert: »Helmut, nimm uns an die Hand, zeig uns den Weg ins Wirtschaftswunderland.« Da sie sich noch in Leipzig aufhielt, ist anzunehmen – jedenfalls nach dem 9. November 1989 –, daß sie nicht einen Verkehrshinweis zur Fahrt nach München oder Hannover erwartete, sondern eine Orientierung zur Aufhebung der rohkommunistischen Konkursmasse in der DDR, zur Gewinnung desjenigen Lebensstandards, der in der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik erreicht worden ist.

Nun hat die klassische politische Arbeiterbewegung mit Sicherheit »die sozialistische Gesellschaft, ... die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit«, die sie als »die Lösung der sozialen Frage« verstand³, nicht deshalb angestrebt, um eine windige Idee, koste es, was es wolle, zu realisieren, sondern um den Lebensstandard der Arbeiter und aller Werktätigen zu heben. Der Wunsch, den »Weg ins Wirtschaftswunderland« gewiesen zu bekommen, und die Idee, die soziale Frage durch den Übergang zum Sozialismus zu lösen, liegen nicht weit auseinander. Beide implizieren Fragen an die Ökonomie, die Wirtschaftslehre. Denn beide, jener Wunsch und diese Idee, unterstellen wesentlich die Unzufriedenheit mit der Wirtschaftslage, in der sie ausgedrückt und formuliert worden sind. Insbesondere ist das Konzept der »sozialen Marktwirtschaft«, entworfen in Auseinandersetzung mit der »Zentralverwaltungswirtschaft« des nationalsozialistischen Deutschlands und der stalinistisch geführten Sowjetunion durch die von Walter Eucken begründete Freiburger Schule der Nationalökonomie, ebenso eine Antwort auf die soziale

1 Erstveröffentlichung in INITIAL 1(1990)4, S. 374–380. Redaktionsschluß war der 18. April 1990. Druckfehler wurden vom Autor für diese Edition beseitigt; ebenso erfolgte eine Anpassung an die gegenwärtige Orthographie.

2 Vgl. H. Schwenke: Nun freie Lohnarbeiter mit Ferien auf den Malediven? In: »Neues Deutschland«, 31. März / 1. April 1990, S. 10.

3 Vgl. »Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands«, in: M. Beyer/G. Winkler: Revolutionäre Arbeitereinheit. Eisenach – Gotha – Erfurt, Berlin 1975, S. 78.

Frage wie die in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Frankreich konzipierte Idee des Sozialismus. Beide Vorstellungen basieren auf der Ablehnung des klassischen Manchester-Liberalismus, des asozialen Gebrauchs des Produktivvermögens durch sozial ungebundene Privateigner.

Die soziale Frage überhaupt wird unter Voraussetzung des Privateigentums an den Produktionsmitteln durch die ungleiche Verteilung des Produktivvermögens ins Leben gerufen, d. h. durch die Existenz »der Vermögenslosen oder Proletairs“¹, die sich, um materiell leben zu können, den Vermögenden verdingen müssen oder auf Hilfe der Gemeinwesen rechnen falls die Vermögenden keine Arbeitsplätze zur Verfügung stellen können. Die klassische sozialistische Antwort auf diese Herausforderung lautet »Vergesellschaftung der Produktionsmittel“, was de facto Verstaatlichung bedeutet hat. Sie ist vom rohen Kommunismus exzessiv realisiert worden – mit dem bekannten Resultat, das der Herbst 1989 in Mittel- und Osteuropa offenbart hat.

Unbestreitbar hat die Formel von der »Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ den Schein logischer Konsequenz für sich. Denn wenn die soziale Frage gerade dadurch besteht, daß Vermögenslose vorhanden sind, so muß sie selbstverständlich mit dem Verschwinden der Eigentumslosigkeit zu bestehen aufhören. Aber die kritische Frage, die in diesem Zusammenhang zu stellen ist, lautet: Was bedeuten die Wörter »Vergesellschaftung“ und »Gesellschaft“? Ist die tatsächliche Verstaatlichung eben das, was die Vergesellschaftung sein soll?

An dieser Stelle tritt m. E. das erste Problem für jede moderne Sozialismuskonzeption auf, die nicht vornehm die Wirtschaftslehre ignorieren will: Vernünftigerweise muß man zugestehen, daß die Gesellschaft (Sozietät) vermittle des Austauschs, also des Handels oder des Verkehrs, gebildet wird. Der Austausch aber verknüpft a priori gegeneinander selbständige Eigentümer bzw. Vermögende, die darin ihre besonderen Produkte oder Dienste gerade in dem Sinne vergesellschaften, daß sie für fremde Bedürfnisse eigene Werke liefern, um im Gegenzug eigene Bedürfnisse mittels fremder Werke befriedigen zu können. Ob dabei die Austauschenden Gemeinschaften oder Personen sind, tut nichts zur Sache. Wesentlich ist, daß mit der wechselseitigen Ersetzung das Dasein der Austauschenden als Eigentümer eben der Werke, die sie füreinander hervorbringen, soziale Realität erlangt. Und das besagt umgekehrt, daß die Gesellschaft – im klaren Unterschied zu menschlichen Gemeinschaften – gerade durch den Austausch erst wirklich wird.

Der junge Marx hat diese Einsicht der klassischen Nationalökonomie durchaus wahrgenommen: »Der *Austausch* ... der *menschlichen Produkte* gegeneinander ist = der *Gattungstätigkeit* und Gattungsg Geist, deren wirkli-

1 So die korrekte Benennung Franz Baaders in seiner Darstellung »über das dermalige Mißverhältnis der Vermögenslosen oder Proletairs zu den Vermögen besitzenden Klassen der Sozietät in Betreff ihres Auskommens, sowohl in materieller als intellektueller Hinsicht, aus dem Standpunkt des Rechts betrachtet“. Wieder abgedruckt in: L. Elm: *Konservatives Denken 1789–1848/49*. Darstellung und Texte, Berlin 1989, S. 228–236 (Original: München 1835)

ches, bewußtes und wahres Dasein die *gesellschaftliche* Tätigkeit und der *gesellschaftliche* Genuß ist.“¹ Es muß jedoch auch festgestellt werden, daß Marx im selben Zusammenhang den Austausch als wechselseitige »*ideelle, gemeinte* Übervorteilung“² deutet: »Die *gesellschaftliche* Beziehung, in der ich zu dir stehe, meine Arbeit für dein Bedürfnis ist daher auch ein bloßer *Schein*, und unsere wechselseitige Ergänzung ist ebenfalls ein bloßer *Schein*, dem die wechselseitige Plünderung zur Grundlage dient. Die Absicht der *Plünderung*, des *Betrugs* liegt notwendig im Hinterhalt, denn da unser Austausch ein eigen-nütziger ist, ..., so suchen wir uns notwendig zu betrügen ... Reicht die physische Kraft hin, so plündere ich dich direkt. Ist das Reich der physischen Kraft gebrochen, so suchen wir uns wechselseitig einen Schein vorzumachen und der Gewandteste übervorteilt den andern.“³ In dieser Sicht des Austauschs kann die durch ihn konstituierte Gesellschaft für Marx nur die Präsentation des menschlichen Gemeinwesens »unter der Form der *Entfremdung*“ sein, die Karikatur des »wahren Gattungsebens« der Menschen.

Es ist ohne Zweifel richtig zu notieren, daß der Austausch eine Aufhebung der Plünderung ist. Ebenso trifft es zu, daß nach wechselnden Kräfteverhältnissen aus ehemals Austauschenden Herren und Knechte werden, womit an die Stelle des äquivalenten Tauschs die Tributlieferung tritt, die der Knecht dem Herrn schuldet. Aber es gilt auch, daß allein die Erhaltung des Austauschs die maximale Entfaltung der Produktivkräfte der Austauschenden mobilisiert, daß jede Ersetzung des Tauschs durch die Plünderung, durch den Krieg und seine Fortsetzung in der kontinuierlichen Unterwerfung des Besiegten Kosten verursacht, die das System der Plünderung zum ökonomischen Niedergang führen. Und selbst wenn der Austausch subjektiv als »ideelle, gemeinte Übervorteilung« in Szene gesetzt wird, aber objektiv zur weiteren Entfaltung der Wirtschaften der Tauschenden führt, so kann bestenfalls die schwarze Seele der Handelspartner, nicht aber der Handel selbst denunziert werden.

Daß nun gar im Austausch stets auch Eigennutz vorausgesetzt ist, kann für ein sozialtheoretisches Urteil über ihn allein die Bedeutung haben, im Eigennutz ein wirkliches Interesse am Handel wahrzunehmen, daher den wirklichen Handel sicher fundiert zu sehen. Im Übrigen ist die Erkenntnis des eigenen Nutzens bei Tauschangeboten durchaus nicht so selten mit erheblicher analytischer Anstrengung verbunden. Der interesselose Austausch mag im geselligen Verkehr eine Heimstatt haben, z. B. im »herrschaftsfreien Dialog«, aber dort läuft er wohl Gefahr, zur geschwätzigen Plauderei zu werden. Die Feststellung des Eigennutzes als Moment des Austauschs jedenfalls ist sicher kein Argument gegen den wirtschaftlichen Sinn des Verkehrs.

Vom Standpunkt der *Wirtschaftsentwicklung* muß mit Bezug auf den Austausch vor allem aber hervorgehoben werden, daß der Markt nicht einfach nur

1 K. Marx: Auszüge aus James Mills Buch „*Éléments d'économie politique*“, in: Marx/Engels, Werke, Ergänzungsband. Erster Teil, S. 450 f.

2 ebenda, S. 461

3 ebenda, S. 460f.

der Ort des Gebens und Nehmens ist, sondern wesentlich das Medium der Selektion wertbevorzugter Produktivkräfte. Es ist diese Bedeutung des Austauschs, die in der klassischen Sozialismuskonzeption nicht thematisiert worden ist. Zwar können lokale Märkte für fremde Eindringlinge abgeschlossen werden, so daß Neuerungen keinen Zugang erhalten. Aber diese Möglichkeit ist für den Weltmarkt ausgeschlossen. Und mit Bezug auf ihn bedeutet jede Abschließung lokaler Märkte gegen Innovationen nur die gesetzte Regression der lokalen Wirtschaft.

Unter Voraussetzung der Anerkennung der über den Austausch notierten Feststellungen wird man zustimmen können, ihn als die definierende Bestimmung der menschlichen Gesellschaftlichkeit zu betrachten. Gesellschaft wird im Unterschied zur Gemeinschaft durch Austausch begründet. Die Gesellschaftsgeschichte ist die Geschichte wesentlich des Weltmarkts, dessen Teilnehmer viele Gemeinschaften sind, welche unter besonderen Naturbedingungen und mit besonderen Produktivkräften Produkte und Dienste hervorbringen, die genau wegen dieser Besonderheit überhaupt ausgetauscht werden. Wenn aber die Gesellschaft durch den Austausch gebildet wird, so meint die Formel von der »Vergesellschaftung der Produktionsmittel« der Sache nach nicht eine Expropriation der Expropriateure, sondern den Verkauf von Produktionsmitteln an fremde Interessenten, ist die Vergesellschaftung keine Ent-, vielmehr eine Übereignung gegen entsprechende Bezahlung.

Mit dieser Sicht ist weiter deutlich, daß die Annahme von der »Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft«, im Gothaer Programm gefordert, einen Widersinn einschließt, weil die Gesellschaft als Tauschsystem gar kein Gemeingut haben kann. Zwar haben die Gesellschaftsteilnehmer Güter, aber die Gesellschaft ist gerade in der Zirkulation derselben wirklich, in der *Güterbewegung*. Gemeingut kann stets nur Gut einer bestimmten Gemeinschaft sein, sei sie eine Familie, ein Stamm, eine Genossenschaft, eine Nation. Demnach unterstellt das Gothaer Programm die Identifikation einer Gemeinschaft mit der Gesellschaft. Das ist eine Verwechslung, die wesentlich auf der gedanklichen Ausschließung des Austauschs beruht. Diese Exklusion wird jede künftige Sozialismuskonzeption aufheben müssen. Ihre Gretchenfrage lautet: Wie hältst du es mit dem Handel?

An dieser Stelle muß überhaupt festgestellt werden, daß der Händler, der Kaufmann in der klassischen Sozialismusvorstellung eine dubiose Rolle spielt. Er gilt a priori nicht als Produzent, nicht als Mitarbeiter an der gesellschaftlichen Entwicklung, nicht als Bezieher von Arbeitseinkommen, sondern als Profiteur, als Spekulant, der seinen Handelsgewinn dem Schacher, der Übervorteilung verdankt. Und wenn er gar als Kreditgeber auftritt, so gilt er dem zahlungsunfähigen Schuldner natürlich als Wucherer, obschon der Kreditvertrag in freier Vereinbarung abgeschlossen worden ist. Diese Wahrnehmung des Handels und seiner Akteure ist ein Erbe der vorkapitalistischen Naturalwirtschaft, deren Grundbesitzer durch die Expansion des Handels und die Emanzipation des Mobiliareigentums der Gesellschaft unterworfen wor-

den sind und damit der Bewertung ihres Vermögens und Einkommens durch den Markt. Das ist für das ursprüngliche souveräne Grundeigentum eine gewiß schmerzliche Erfahrung. Und diese ist es, die sich in der Verachtung des Handels Luft verschafft.

Wenn aber die Denunziation des »Schachers« in einer Sozialismusvorstellung angenommen wird, so ist die Gefahr heraufbeschworen, im Falle des Sieges den Handel überhaupt lahm zu legen und ihn durch die bloße Verteilung zu ersetzen. Das aber ist der Sache nach der Angriff auf die Gesellschaft schlechthin, die Lösung der sozialen Frage dadurch, daß die Sozialität als solche aufgehoben wird. Das ist der Rückzug aus der Gesellschaft in die lokale Borniertheit einer besonderen Gemeinschaft. Das ist die Beendigung der Teilnahme an der Gesellschaftsentwicklung, daher die Liquidation der Wirtschaftsentwicklung und Orientierung der Produktion auf einfache Erhaltung des Bestehenden mit dem Resultat der Stagnation. Eine künftige Sozialismuskonzeption ist nur vorstellbar unter der Bedingung, von solcher restaurativer Tendenz absolut frei zu sein.

Es gehört zu den Merkwürdigkeiten der Geschichte der sozialistischen Bewegung, daß Marx den Gütertransport klar als Gebrauchswertschöpfung erkannt hat¹, d. h. als spezifische Produktionsart, gleichwohl aber den Handel auf den Akt der Preisvereinbarung auf dem Markt einschränkt. Auf diese Weise wird der reale, produktive Handel vom idealen, für die Zwecke der Theorie konstruierten Handel unterschieden, der a priori unproduktiv sein soll. Indessen ist es eine geschichtliche Tatsache, daß Händler als Transportarbeiter entscheidend die Verknüpfung lokal getrennter Produzenten zum gesellschaftlichen Austauschsystem betrieben haben und somit der Wirtschaftsentwicklung die Wege bahnten. Wenn sie dabei unter Umständen enorme Handelsgewinne einstrichen, so hat das keine andere Bedeutung als die von Extraprofiten auf Grund innovativer Wirksamkeit. Gold tauscht man für Glasperlen nur eine kurze Zeit, dann schlagen die Weltmarktpreise durch, und der »Schacher« ist am Ende. Was aber bleibt, ist die Erweiterung der Gesellschaft, die Konstituierung eines neuen Teilnehmers am Austausch. Und dies ist das eigentliche Werk des Händlers.

Wenn nun die wirkliche Vergesellschaftung durch den Austausch bewerkstelligt wird, so kann die Lösung der sozialen Frage nicht darin bestehen, genau den Austausch durch die Zuteilung vermittels der Herstellung des Nationaleigentums an den Produktionsmitteln zu ersetzen. Die Vermögenslosigkeit bedeutet die Austauschunfähigkeit. Also besteht die soziale Frage darin, wie der Vermögenslose tauschfähig wird, d. h. zu Vermögen kommt und damit zur Gesellschaftsfähigkeit. Wird die »Vergesellschaftung« als Verstaatlichung der Produktionsmittel verwirklicht, so ändert sich an der Austauschunfähigkeit des vormals Vermögenslosen nichts, obwohl er nun formell als Vermögensteilhaber bestimmt ist. Das so gebildete wirkliche Tauschsubjekt ist der Staat, nicht

1 Vgl. K. Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: Marx/Engels, Werke, Band 42, S. 535; K. Marx: Das Kapital. Zweiter Band, in: Marx/Engels, Band 24, S. 150–153

die Person als Produzent. Diese fungiert vielmehr in der Gemeinwirtschaft als Exekutor der staatlichen Weisung und realisiert ihre Persönlichkeit ökonomisch nur noch als Konsument, wenn sie mittels Gebrauch der Binnenwährung entscheidet, was sie vom staatlichen Angebot kaufen will und was nicht. Von der Persönlichkeit, die sich neben Gemeinwirtschaft in der so genannten „Schattenwirtschaft“ zur Geltung bringt, sei hier nicht weiter die Rede.

Akzeptiert man diese Sicht, so ist die Lösung der sozialen Frage unter Erhaltung der Gesellschaftlichkeit schließlich und endlich Inhalt der Wirtschaftsentwicklung selbst, in der überhaupt verfügbares Vermögen geschaffen wird. Die Möglichkeit der Lösung der sozialen Frage wird durch die Steigerung der Produktivität der Wirtschaft realisiert. Diese erlaubt es, wie die Erfahrung unseres Jahrhunderts zeigt, das Arbeitseinkommen so zu erhöhen, daß Teile von ihm als vermögensbildend wirksam gemacht werden können. Die praktische Erfahrung des vorigen Jahrhunderts, die sich in der Annahme des „ehernen Lohngesetzes“ äußerte, wonach Arbeiter bedingungslos auf das Niveau rein physischer Reproduktion reduziert sind, ist in der Prosperität der fünfziger und sechziger Jahre aufgehoben worden. Und diese Aufhebung wird nun insbesondere in der DDR von solcher Wirksamkeit, daß es Arbeiter vorziehen, für Lohn in D-Mark privaten Unternehmen zu dienen, statt für Lohn in DDR-Mark in volkseigenen Betrieben zu werken.

Es hat keinen Sinn, angesichts dieser eindrucksvollen Tatsache die moralisierende Litanei über den unverständigen Egoismus abzusingen. Die Menschen agieren doch nicht, um ein transzendentes Reich des Guten zu erreichen, sondern hier auf dieser Erde die Lebensbedingungen zu verbessern. Also muß man das Streben nach dem Lohn in D-Mark bei privaten Unternehmungen als sozialökonomisches Faktum unterstellen und daher fragen: Ist es denn wahr, daß sich persönliches Unternehmertum und Lösung der sozialen Frage wechselseitig ausschließen? Wird, wie oben gesagt, die Wirtschaftsentwicklung als eigentlicher, praktikabler Inhalt der Lösung der sozialen Frage verstanden, so muß auch gesagt werden, daß die Existenz privaten Unternehmertums die Lösbarkeit der sozialen Frage gerade nicht ausschließt. Vielmehr ist sie im Gegenteil offensichtlich eine Bedingung derselben. Das ist einfach deshalb der Fall, weil persönliche Unternehmer, wie J. A. Schumpeter zuerst gesehen hat, als Innovatoren im Wirtschaftsprozess auftreten und damit wesentliche Akteure der Produktivitätssteigerung sind. Diese aber ist *conditio sine qua non* jeder wirklichen Lösung der sozialen Frage. Können erfolgreiche Privatunternehmer wesentlich höhere Löhne zahlen als volkseigene Betriebe, so ist die Verdingung von Arbeitern bei ihnen – das muß sozialökonomisch nüchtern festgestellt werden –, nur die Unterstützung des Wirkens für Produktivitätssteigerung, also instinktsichere Teilnahme an der kontinuierlichen Lösung der sozialen Frage. Nicht das ideologische Versprechen einer besseren Zukunft, sondern die praktische Erfahrung der Verbesserung des Lebensstandards hier und jetzt bestimmt das Arbeiterverhalten beim Angebot der Arbeits- und Produktivkraft. Leute, denen der Materialismus die philosophische Basis für die

Bildung ihrer Anschauungen ist, sollten keine Probleme haben, solches Verhalten zu verstehen und zu billigen.

In diesem Zusammenhang steht ein weiteres Phänomen für jede künftige Sozialismuskonzeption zur Debatte: der freie Arbeitsvertrag. Ohne Zweifel bedeutet der Abschluß eines Arbeitsvertrags zwischen einem Unternehmer und einem vermögenslosen Arbeiter die Einbindung des letzteren, dessen Einstellung in einen Produktionsprozeß, der nicht seiner, sondern der des Unternehmers ist. Dieser entscheidet den Zweck der Produktion und realisiert sie auf eigene Rechnung. Der Arbeiter hat bei dieser Vermögensanlage keine Entscheidungskompetenz, unterliegt der Weisung des Unternehmers. Nichtsdestoweniger ist er im Abschluß des Arbeitsvertrags selbständig und damit ökonomisch als Person wirksam. Dieses Dasein des Arbeiters als Person ist in der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise geschichtlich errungen worden, durch die in ein und demselben Zusammenhang das Sklaven- oder Hörigendasein des Arbeiters aufgehoben ist. Es ist völlig klar, daß der weitere sozialökonomische Fortschritt nicht darin bestehen kann, dies historische Werden des Arbeiters zur Person etwa wieder rückgängig zu machen.

Es ist aber eine Tatsache, daß der nun den Gang ins Konkursverfahren an tretende rohe Kommunismus genau die restaurative Tendenz in der Herausbildung der Arbeiterpersönlichkeit verwirklicht hat. Man denke an die Arbeitsgesetzgebung vom Juni 1940 in der Sowjetunion, man denke an die vielen Vorschriften zur Einschränkung der Arbeitsvertragsfreiheit in der DDR. Alle diese Bestimmungen, ursprünglich gegen die von der staatlichen Planung unbeherrschbare Fluktuation der Arbeitskraft gerichtet, sind samt und sonders Einschränkungen der Persönlichkeit des Arbeiters, die herauszubilden doch Inhalt sozialistischer Entwicklung sein sollte. Die 1961 errichtete Mauer ist der vollendete Ausdruck für die rohkommunistische Negation der Arbeiterperson geworden. Sie hat eine Art moderner Schollenbindung der unmittelbaren Produzenten bedeutet, so daß die Redeweise von der »Refeudalisierung« nicht unbegründet ist.

Der Fall der Mauer, hysterisch und ohne Konzeption einer sinnvollen Wirtschaftsreform zustande gebracht, hat die geschichtliche Errungenschaft des freien Arbeitsvertrags konfirmiert. Und diese Tatsache bedeutet nun für jede künftige Sozialismuskonzeption, daß sie unter gar keinen Umständen eine Infragestellung des persönlichen Rechts der Arbeiter einschließen darf, sich wem auch immer zu verdingen. Diese Feststellung wird einsichtig, wenn man die *evolutive* Bedeutung des freien Arbeitsvertrags wahrnimmt und in Rechnung stellt: Wahr ist, daß der Arbeitslose, um Arbeitseinkommen zu erzielen, gezwungen ist, sich zu verdingen, wo es nur immer möglich ist. Wahr ist aber auch, daß der Arbeiter unter Bedingung der Vertragsfreiheit sich dort verdingen kann, wo er den höchsten Lohn verdient. Diese Lohnhöhe selbst ist abhängig einerseits vom Bildungsgrad der persönlichen Produktivkraft des Arbeiters, andererseits aber von der Produktivität des Unternehmens, das ihn einstellt. Das bedeutet, daß die Vertragsfreiheit zu einem Druck in Richtung

progressiver Wirtschaftsentwicklung führt und damit selbst Moment der Lösung der sozialen Frage ist.

Wenn man so will, haben wir im bürgerlichen Arbeitsvertrag einen Januskopf oder eine Dialektik vor uns, deren bloß negative Expression im Sinne der »Lohnsklaverei« die Sicht auf die *Entwicklung* versperrt, die doch allein die wirkliche Lösung der sozialen Frage herbeizuführen fähig ist. Deutet man den Arbeitsvertrag als das pfiffige Auskunftsmittel, unter dem Schein der Anerkennung der Arbeiterperson im Vertragsabschluß die Erscheinung der Unfreiheit des Arbeiters in der Produktion zu realisieren, so gerät man in die Gefahr, die »wahre Persönlichkeit« des Arbeiters jenseits des Vertrags zu suchen, wo sie dann nur in der Gemeinschaft der Arbeiterklasse gefunden werden kann und als Klassenrepräsentant (als Held wohl auch) vorstellbar ist. Wie wenig aber ein solcher Repräsentant wirkliche Person ist, unverwechselbare Persönlichkeit zu äußern vermag, hat die Geschichte des modernen rohen Kommunismus zur Genüge bewiesen. Die Gemeinschaft ist nicht die Quelle der Person, sondern die Gesellschaft. Und die alte Erkenntnis, daß sich Personen im Vertrag wechselseitig bestimmen, muß nicht revidiert werden.

Was schließlich den Arbeitsvertrag mit Bezug auf die Lösung der sozialen Frage angeht, so muß seine Verteidigung und Erhaltung auch die Anerkennung der Möglichkeit einschließen, daß der einzelne Arbeiter auf Teilnahme an der Vermögensbildung pfeift, weil ihm der Genuß des Arbeitseinkommens persönlich lieber ist. Mit anderen Worten: Das Dasein als Vermögensloser mag dem Arbeiter subjektiv durchaus nicht tragisches Schicksal sein, sondern auch gnädige Entlastung von der Bürde, sich um die Erhaltung eigenen Vermögens sorgen zu müssen. Das Vermögen ist nämlich eine vertrackte Sache. In seiner gegenständlichen Gestalt unterliegt es nicht nur der berühmten »nagenden Kritik der Mäuse«, sondern auch allen sonstigen Natureinflüssen, die seine Entwertung unweigerlich herbeiführen. Unfälle, Diebe und Räuber, Brandstifter und Zündler sowie sonstige asoziale Zeitgenossen tun ein Übriges. Und so ist der Eigner im Unterschied zum Vermögenslosen von einer Sorge ergriffen, die eigentlich jeder wahrnehmen kann, der bemerkt, daß er nun doch neu tapezieren müßte. Indem aber zugestanden wird, daß es das Recht des Arbeiters ist, über den Genuß seines Arbeitseinkommens die Vermögensbildung zu vergessen, wird auch akzeptiert, daß es eine momentane, revolutionäre Lösung der sozialen Frage in der rauhen Wirklichkeit nicht gibt. Eine soziale Revolution ändert zwar die Vermögensverteilung, aber sie produziert nicht zusätzliches Vermögen. Dazu ist nur die alltägliche Arbeit imstande, die am Tage nach der Revolution erneut auf der Tagesordnung steht. Und die geschichtliche Bedeutung der sozialen Revolution kann nur daran gemessen werden, ob die durch sie realisierte neue Vermögensverteilung der Wirtschaftsentwicklung eine Beschleunigung erteilt oder nicht.

Deute ich die Zeichen der Zeit richtig, wenn mir scheint, daß in der historisch bestimmten Stellung der sozialen Frage eine ganze Epoche endet, eine Epoche, die mit der politischen Revolution der Franzosen und der industriellen

Revolution der Engländer begann? In dieser Phase der Geschichte jedenfalls ist die moderne soziale Frage gestellt worden – gestellt mit extremer Ideologisierung und Subsumtion der Wirtschaftstheorie unter Parteiinteressen. Kapitalistischer Imperialismus und rohkommunistische Expropriation der Privateigner sind Antworten auf die soziale Frage gewesen, die jedoch deswegen nicht gelöst worden ist, sondern vielmehr weltweite Realität gewonnen hat, dazu noch durch die ökologische Krise als Folge des hemmungslosen Industrialismus komplettiert. In dieser Konstellation hilft keine ideologisierende Verdrängung der Gesetze der Wirtschaftsentwicklung mehr, sondern allein deren Erkenntnis ohne Rücksicht auf besondere Parteiinteressen. Die Reflexion des sozialen Problems unter Voraussetzung eben des Studiums der Entwicklungslogik der Wirtschaft ist daher die Kehre des Denkens, die wir nun zu betreiben haben.

Mit Blick auf diese sich zunehmend abzeichnende Kehre kann über eine künftige Sozialismuskonzeption immerhin dies gesagt werden:

- (1) Der Sozialismus, in durchaus klassischer Version als Lösung der sozialen Frage verstanden, kann keine Negation der Sozietät (wie der rohe Kommunismus) sein, sondern nur darin bestehen, die Gesellschaftsentwicklung, die der Kapitalismus quasi darwinistisch durchgesetzt hat, im Sinne theoriegeleiteten Experimentierens bei internationaler Verständigung bewußt zu betreiben. Er setzt daher die ökonomische Aufklärung voraus.
- (2) Der Sozialismus ersetzt keine Klassenherrschaft durch eine andere, sondern macht dem Klassenkampf ein Ende. Er ist daher gleichgültig gegen jede besondere Ideologie oder Weltanschauung.
- (3) Der Sozialismus ist identisch mit der Freisetzung der persönlichen und gemeinschaftlichen Produktivkräfte, die keine Produktionsmittel sind, sondern allein die Fähigkeiten der Menschen, einzeln oder gemeinschaftlich Produktionen zu verwirklichen, die gesellschaftlich realisierbar sind. Das schließt die ökologische Sicherung der Naturbedingungen der Produktion ein und den Technikfetischismus aus. Letzterer ist die Bewußtseinsverfassung, die in der Begeisterung über das technisch Machbare die ökologischen Folgelasten übersieht und damit die Erhaltung der Naturbedingungen der Produktion riskiert.
- (4) Indem der Sozialismus die Wirtschaftsordnung der bewußten Produktivkraftentwicklung ist, unterstellt er die ökonomischen Charakteristika der Wirtschaft (Rente, Zins, Gewinn etc.) nicht als dubiose und zu bekämpfende Ausdrücke des gemeingefährlichen Privategoismus, sondern als experimentelle Größen, deren subjektive Determination der ökonomischen Steuerung dient.
- (5) Der Sozialismus ist keine Vorstufe eines imaginierten Kommunismus, sondern Aufhebung der Gemeinschaftlichkeit durch die Gesellschaft. Er schließt damit eine Mannigfaltigkeit von Arten des Gemeineigentums in sich, die alle unter dem Kriterium des produktiven Nutzens stehen. In diesem Sinne transzendiert der Sozialismus den Kapitalismus, der seiner-

seits gerade die Ordnung der Auflösung jedes originären Gemeineigentums ist und der Person die exklusive Kompetenz zur Produktionsorganisation (»Kombination der Produktionsfaktoren«) erteilt.

- (6) Der Sozialismus negiert nicht die Freiheit der Person, sondern unterstellt sie als Bedingung der Evolution der Produktivkräfte. Er schließt daher das persönliche Eigentum an Arbeitsmitteln nicht aus, sondern setzt es als Bedingung der Wirtschaftsentwicklung voraus.

Sozialismus¹

I. Die rechts- und sozialphilosophische Bildung des S.-Begriffs

Das Wort ‚Sozialismus‘ ist, soweit bisher bekannt, erstmals 1789 in italienischer Sprache (*socialismo*) von A. BOUNAFEDE zur Bezeichnung des rechtsphilosophischen Konzepts verwendet worden, das zur Begründung des Naturrechts die Existenz eines persönlichen Gesellschaftsverlangens (*appetitus societatis* bei H. GROTIUS) bzw. eines individuellen Triebs nach Geselligkeit (*socialitas* bei S. PUFENDORF) unterstellt. BOUNAFEDE, der von den *contraddizioni de‘ socialismi* spricht [1], steht mit dieser Namensgebung in der Tradition der orthodox-katholischen moralphilosophischen Kritik speziell der deutschen Naturrechtslehre. Sie ist 1753 von A. DESING eröffnet worden [2]. Er hat die *socialitas* im Sinne PUFENDORFS als antikatholisches Grundprinzip für die Deduktion des Naturrechts angezeigt und erstmals von *socialistae* als jenen gesprochen, die dieses Prinzip in der Rechtsphilosophie verteidigen. 1764 verwendet G. F. FINETTI denselben Namen in Italien [3], wo schon 1765 F. FACCHINEI volkssprachlich von *socialisti* redet [4]. Mit FACCHINEI, wie DESING Benediktiner, hat nach Angabe F. VENTURIS [5] BOUNAFEDE 1765 Kontakt gehabt, so daß man gegenwärtig feststellen kann: Der Begriff des Sozialismus ist im Rahmen der katholischen Kritik der aufklärerischen Rechtsphilosophie GROTIUS‘ und PUFENDORFS wie ihrer Weiterbildung durch CHR. WOLFF u. a. als Bestimmung einer Heterodoxie eingeführt worden. In dieser Kritik sind gut eine Generation vor der Identifikation des (rechtsphilosophischen) Sozialismus Sozialisten als Doctores heterodoxi denunziert worden, als Vertreter jener Ansicht, in der die Konstituierung des natürlichen Rechts der Personen aus der Verwirklichung ihrer Gesellschaftlichkeit unabhängig von der Besonderheit ihrer Religion erklärt wird.

In diesem Sinne hat 1790 G. HUFELAND von *Socialisten* sachlich als von jenen gesprochen, die das Naturrecht auf Geselligkeit gründen [6]. Im Gebrauch dieses Namens folgt ihm 1792 SCHAUMANN [7] und 1793 HOFFBAUER [8]. Um 1800 wird der Name in Deutschland häufig verwendet und dem *Socialism* PUFENDORFS epochemachende Bedeutung zugeschrieben [9]. 1803 weiß G. W. F. HEGEL „von den Systemen, welche antisocialistisch heißen und das Sein des einzelnen als das Erste und Höchste setzen“ [10], womit nun nicht mehr Ansätze im Sinne der moralphilosophischen Aufklärungskritik des orthodoxen Katholizismus gemeint sind, sondern Konzepte, die die Sozialkritik J.-J. ROUSSEAUS voraussetzen, also die *societas* als Grund betrachten, die Rückkehr zur Natur zu empfehlen. Im ähnlichen Sinne versteht

1 Vorarbeit 1993 zum *Historischen Wörterbuch der Philosophie*, hg. v. J. Ritter † u. K. Gründer, Bd. 9, Basel: Schwabe & CO AG 1995

der Franziskaner G. GIULIANI 1803 die Forderung nach der Rückkehr in den *stato naturale dell'uomo* als Auffassung von *antisocialisti*, gegen die der *socialismo* als an sich in Übereinstimmung mit der katholischen Soziallehre stehend auszubilden sei [11].

Diese vornehmlich in Deutschland und Italien namhaft gemachte, auch in Frankreich bekannte rechtsphilosophische Sozialismusvorstellung hat, soweit wir wissen, in England kein Pendant. Hier ist ‚Socialism‘ 1837 als Ersatz für ‚Owenism‘ eingeführt worden, um keinen *personal name* für eine Partei zu verwenden [12]. Socialism in England ist damit unabhängig von der kontinentalen rechtsphilosophischen Tradition als von R. OWEN inaugurierte Antwort auf die durch die industrielle Revolution praktisch gestellte soziale Frage hervorgebracht worden. Sie ist angesichts der Wirtschaftskrise 1816–1817 beiderseits des Kanals in dem Faktum hoher Arbeitslosigkeit unübersehbar und induziert mit der Wahrnehmung des proletarischen Elends jene sozialtheoretische Wende, die seither den Inhalt der Idee des Sozialismus bestimmt.

1819 publiziert R. OWEN seine *Address to the Working Classes* [13], und 1821 wendet sich C.-H. DE SAINT-SIMON an die Herren Ouvriers [14], beide nach identischer Erfahrung der Gleichgültigkeit von Fabrikanten bzw. Industriechefs gegenüber ihren Vorschlägen zur Lösung des sozialen Problems. Zwar bittet OWEN die Arbeiter um Verständnis für das Verhalten der Reichen, die ebenso wie sie durch die sozialen Umstände geprägt seien, zwar bittet SAINT-SIMON die Arbeiter, die Industriechefs zu ermächtigen, den König um die Leitung der öffentlichen Verwaltung zu ersuchen, so daß zu dieser Zeit keinerlei revolutionäre Aktion intendiert ist; aber indem sich beide öffentlich und dezidiert an die Klasse der Vermögenslosen und nur von der Arbeit ihrer Hände Lebenden wenden, wird ‚Sozialismus‘ in der Folge Name eines Konzepts, das auf die künftige Eingliederung der Arbeiter in die Gesellschaft abzielt. OWENS und SAINT-SIMONS Appellationen antizipieren um 1820 die Verbindung des Sozialismus mit der politischen Arbeiterbewegung, die nach der französischen Julirevolution von 1830 in der Tat ins Leben tritt und bis ins europäische Revolutionsjahr 1848/49 eine erste intensive Entwicklung durchläuft. Der rechtsphilosophische Sozialismus wird daneben in der Gelehrtenwelt weiter und ohne erkennbaren Zusammenhang mit dem sozialtheoretischen betrieben. Erst 1846 formuliert F. J. STAHL die konservative Sicht, den aus England und Frankreich importierten neueren Sozialismus als Fortsetzung der Naturrechtskonzeption des 17. Jahrhunderts zu denken [15]. Für die tatsächliche sozialistische Bewegung hat dies keine Rolle gespielt.

Wie die Wochenzeitung ‚The New-Harmony Gazette‘ im November 1826 mitteilte, hatte OWEN *The social System*, in der Zeitung fortlaufend bis zum März 1827 abgedruckt, bereits sechs Jahre zuvor niedergeschrieben [16]. M. BEER gab an, daß OWENS Sohn William 1820 in seinem Tagebuch erstmals den Ausdruck ‚Sozialismus‘ notiert hätte [17]. Und J. GANS zitiert einen Brief E. COWPERS an R. OWEN vom November 1822, worin gesagt wird: „Mrs. Johns ... seems well adepted to become what my friend Jo. Applegath

calls a Socialist.“ [18]. So scheint festzustehen, daß ‚socialism‘ im Englischen um 1820 zur Benennung dessen erstmals in Erwägung gezogen worden ist, was OWEN sonst auch ‚rational system of society‘ genannt hat. Als mit Verstand zu organisierendes System der Gesellschaft ist denn auch der Sozialismus bis heute Problem der Sozialwissenschaft geblieben.

Die sozialphilosophischen und sozialtheoretischen, d. h. empirischen, Auffassungen OWENS, SAINT-SIMONS und des in Lyon mit der sozialen Frage wohl vertraut gemachten CH. FOURIER sind 1836 von L. REYBAUD in einer Artikelserie unter dem Titel *Les socialistes modernes* unter französischer Übernahme des englischen Namens *socialists* zusammenfassend vorgestellt worden. 1840 liegt diese Darstellung in Buchform vor [19], hat einen bemerkenswerten Erfolg und bestimmt damit, was später auch ‚utopischer Sozialismus‘ genannt worden ist. Reybaud verwendet ‚socialistes‘ *avec discretion* und sieht in ihnen *une famille* von Theoretikern, die sich von den Repräsentanten der politischen Ökonomie deutlich abhebt. Das ist klar die Rezeption jener für den frühen Sozialismus wichtigen Unterscheidung, die 1827 das owenistische Blatt ‚The Cooperative Magazine and Monthly Herald‘ präsentiert hat, als es die *Political Economists* einerseits von den *Communionists or Socialists* andererseits trennte [20]. Sie geht auf RICARDOS Frage zurück: „Kann ein vernünftiger Mensch mit Owen glauben, daß irgend eine Gesellschaft, wie er sie plant, gedeihen wird und mehr erzeugen wird, als jemals von einer gleichen Menge Menschen erzeugt wurde, wenn dieselben zur Anstrengung nur durch die Rücksicht auf die Gemeinschaft getrieben werden, und nicht durch die Rücksicht auf ihr eigenes Interesse? Spricht nicht die Erfahrung von Jahrhunderten gegen ihn?“ [21] *Political Economy* und *Socialism* blieben geschieden, bis K. MARX die Kritik der Politischen Ökonomie zu seiner Aufgabe machte.

Kompliziert hat sich die auf OWEN zurückgehende Sozialismusvorstellung umgehend durch ihre vom Kommunismus ununterschiedene Erklärung der Gemeinschaft als der Zelle des rationalen Systems der Gesellschaft. ‚Gemeinschaft‘ (*community*) und ‚Gesellschaft‘ (*society*) sind ohne Differenz gedacht worden. Ebenso sollte das Geld durch Noten einer Arbeitsbörse ersetzt werden (ein zwischen 1832 und 1834 tatsächlich in London unternommener Versuch, der 1833 auch in Birmingham stattfand). Damit sind fraglos klassisch kommunistische Absichten Bestandteil des frühen englischen Sozialismus, so daß die spätere Erklärung, Kommunismus und revolutionärer Sozialismus seien dasselbe, im Owenismus keinen Widerpart findet, wenngleich dieser reformieren, nicht revolutionieren gewollt hat. Dagegen hat sich der Fourierismus expressis verbis gegen den Kommunismus ausgesprochen [22] und ‚Socialisme‘ als akzeptablen Namen nicht goutiert. 1842 hat L. v. STEIN beide in hegelianisierender Entgegensetzung in Deutschland zum Thema gemacht [23], was der junge ENGELS 1843 vehement als Präsentation „matter Elendigkeit“ diagnostiziert [24], um für sich selbst ein für allemal den Kommunismus, des Gemeinschaftssystem, anzunehmen, heiße er auch ‚Sozialismus‘. In dieser Adoption folgt ihm MARX, der jedoch ENGELS‘ grobe

Anregung [25] so ernst nimmt, daß er nach einem ersten Ansatz [26] und der Niederlage der Revolution von 1848/49 das ganze Unternehmen im Exil neu beginnt, damit eine neue Epoche der Sozialismus-Deutung einleitend.

Anmerkungen

- [1] A. BOUNAFEDE: Della restaurazione di ogni filosofia ne' secoli XVI, XVII e XVIII, t.3 (Venedig 1789), zit. nach F. VENTURI: Contributi ad un dizionario storico. 'Socialista' e 'socialismo' nell'Italia del settecento, in: Rivista Storica Italiana 75(1963) 138.
- [2] A. DENSING: Juris naturae detracta compluribus libris sub titulo Juris naturae prodeuntibus. Ut Puffendorffianis, Heineccianis, Wolffianis etc. ... (München 1753). [3] G.F. FINETTI: De principiis juris naturae, et gentium adversus Hobbesium, Pufendorfium, Thomasium, Wolfium, et alios, libri 12, t.2 (Venedig 1764) 46, zit. nach H. MÜLLER: Ursprung und Geschichte des Wortes Sozialismus und seiner Verwandten (Hannover 1967) 35.
- [4] [F. FACCHINEI]: Note ed osservazioni sul libro intitolato Dei delitti e delle pene ([Venedig] 1765). Die Schrift erschien anonym. Vgl.: F. VENTURI: Contributi..., a. a. O. 129 ff. und H. MÜLLER: Ursprung..., a. a. O. 35, Anm. 125.
- [5] F. VENTURI: Contributi..., a. a. O. 132.
- [6] G. HUFELAND: Lehrsätze des Naturrechts und der damit verbundenen Wissenschaften (Jena 1790) 16.
- [7] J.CHR.G. SCHAUMANN: Wissenschaftliches Naturrecht (Halle 1792) 49.
- [8] J.CHR. HOFFBAUER: Naturrecht aus dem Begriffe des Rechts entwickelt (Halle 1793) 329.
- [9] A. THOMAS: Lehrbuch der natürlichen Rechtswissenschaft (Frankfurt 1803) 14. [10] G.W.F. HEGEL: Über die wissenschaftlichen Behandlungsarten des Naturrechts, seine Stellung in der praktischen Philosophie und sein Verhältnis zu den positiven Rechtswissenschaften, in: Ders.: Werke 2, ed. E. Moldenhauer u. K.M. Michel (Frankfurt a.M. 1970) 454.
- [11] G. GUILIANI: L'antisocialismo confutato, Opera filosofica (Vicenza 1803) 18; vgl. F. VENTURI: Contributi..., a.a.O. 139 und H. MÜLLER: Ursprung..., a.a.O. 37 f.
- [12] Our name, in: The New Moral World, Nr. 125 vom 18. März 1837.
- [13] R. OWEN: An Address to the Working Classes, in: Ders.: A New View of Society and other Writings, ed. C.D. COLE (London 1963) 148–155.
- [14] SAINT-SIMON: Ausgewählte Texte, ed. J. DAUTRY, dt. Übers. v. K. LALLA (Berlin) 182–189.
- [15] F.J. STAHL: Die Philosophie des Rechts nach geschichtlicher Ansicht, 2. Aufl., Bd. 1 (Heidelberg 1846) 310.
- [16] The New-Harmony Gazette, Vol. II, No. 8 vom 22. Nov. 1826, P. 63.
- [17] M. BEER: Allgemeine Geschichte des Sozialismus in England (Stuttgart 1913) 453.
- [18] J. GANS: L'origine du mot 'socialiste' et ses emplois les plus anciens, in: Rev. d'histoire économique et sociale 35(1957) 80.
- [19] L. REBAUD: Études sur les réformateurs contemporains, ou socialistes modernes. SaintSimon, Charles Fourier, Robert Owen (Paris 1840).
- [20] The Cooperative Magazine... (Nov. 1827) 509, zit. nach: G. LICHTHEIM: A Short History of socialism (London 1970) 37.
- [21] Zit. nach K. DIEHL: Sozialwissenschaftliche Erläuterungen zu David Ricardos Grundsätzen der Volkswirtschaft und Besteuerung, Bd. II (Leipzig 1905) 477.
- [22] Im Februar 1841 hält V. CONSIDERANT in Dijon vier Vorträge über das système phalanstérien de CH. FOURIER, in denen er vom kommunistischen „ins Blaue hinein verkündeten Grundsatz der Gütergemeinschaft“ erklärt, daß er „den Kampf der Armen gegen die Reichen zu entfesseln“ intendiert, um sodann vorzuschlagen: „Wären diese Reformatoren verpflichtet, einen Organisationsplan vorzulegen, so könnte man diesen Plan an einer bestimmten Stelle praktisch erproben. Erweist er sich dort als gut, so würde die Gesellschaft nach ihrem Belieben daraus Vorteil ziehen können: im andern Falle würde der Kommunismus von selbst zusammenbrechen.“ Zit. nach: Die frühen Sozialisten, hg. F. KOOL und W. KRAUSE, Bd. 1 (München 1972) 218. 1993 muß dies wie die bare Beschreibung eines Faktums registriert werden.
- [23] L. v. STEIN: Der Socialismus und Communismus des heutigen Frankreichs (Leipzig 1842).
- [24] [F. ENGELS]: Briefe aus London, in: MEW 1, 477.
- [25] F. ENGELS: Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie, in: MEW 1, 499–524.

- [26] K. MARX: Ökonomischphilosophische Manuskripte, in: MEGA I,2 (Berlin 1982) 187–322; K. MARX: Das Elend der Philosophie, in MEW 4, 65–182.

II. Die marxistische S.-Konzeption.

Für alle Sozialismus-Deutungen stellte der Ausgang der Revolution von 1848/49 ein vorläufiges Ende dar und zwar in einem solchen Maße, daß REYBAUD 1854 über den Sozialismus nur mehr eine Grabrede zu halten für angemessen betrachtete [1]. Erst 1863 billigte LASSALLE öffentlich zu, sich „in 33.000 Teufels Namen“ unter die Sozialisten subsumieren zu lassen [2]. Und 1868 stellte BEBEL fest, daß Arbeiter und Arbeitgeber täglich mehr fänden, „daß der Sozialismus gar nichts so Schreckliches sei“ [3]. Diese Daten indizieren den Sachverhalt, daß die Prosperität des ‚bürgerlichen Kondratieff‘ [4] zwischen 1850 und 1870 im Unterschied zur vorgängigen Depression, der Entstehungsphase des modernen Sozialismus, die soziale Frage zugunsten der nationalen zurückgedrängt hatte. Als sich die Arbeiterbewegung erneut formierte (1863: Gründung des ADAV in Leipzig, 1864: Gründung der IAA, der Ersten Internationale in London, 1869: Gründung der SDAP in Eisenach, 1875: Vereinigungsparteitag in Gotha), wurden die sozialtheoretischen Auffassungen von MARX und ENGELS zunehmend ihr ideeller Verständigungsgrund. Angesichts ideologischer Kontroversen im Zusammenhang mit der Rezeption von Schriften E. DÜHRINGS [5] forderte W. LIEBKNECHT 1875 ENGELS auf, eine Auseinandersetzung mit den Ansichten dieses ‚neuen Communisten‘ [6] zu liefern. ENGELS nahm den Auftrag an, erfüllte ihn unter Mitarbeit von MARX. Und am 3. Januar 1877 erschien im ‚Vorwärts‘ der erste Artikel des ‚Anti-Dühring‘, jener Darstellung, die dann 1878 in Buchform publiziert wurde und seither für alle nachfolgenden Interpreten das Standardwerk des Marxismus wurde, auch für den durch STALIN im Kampf gegen TROTZKI inaugurierten Leninismus, der mit jenem in der Kombination Marxismus-Leninismus etwa seit 1928/29 bis 1989/91 die offizielle Doktrin der kommunistischen Bewegung im 20. Jahrhundert darstellte.

Die marxistische Sozialismus-Konzeption ist demnach wesentlich durch ENGELS‘ Fassung bestimmt [7]. Sie unterstellt die kapitalistische Produktionsweise als die für die Herausbildung des Sozialismus historisch notwendige Bedingung und versteht sie als einen Vorgang, in dem die Produktionsmittel unvermeidlich vergesellschaftet werden, „die Produkte aus Produkten einzelner in gesellschaftliche Produkte“ sich verwandeln, so daß niemand mehr zu sagen fähig ist: „Das habe ich gemacht, das ist *mein* Produkt“ [8]. Dennoch, so ENGELS, werden kapitalistisch die Produktionsmittel und Produkte „einer Aneignungsform“ unterworfen, „die die Privatproduktion einzelner zur Voraussetzung hat“ [9]. Kapitalismus ist damit die Produktionsweise, die unter Voraussetzung des persönlichen Produktivvermögens in der wirklichen Produktion die Sozialität oder Gesellschaftlichkeit hervorbringt,

ohne sie in der Aneignung ihrer gegenständlichen Bedingungen und Resultate zuzulassen. „In diesem Widerspruch, der der neuen Produktionsweise ihren kapitalistischen Charakter verleiht, *liegt die ganze Kollision der Gegenwart bereits im Keim*. Je mehr die neue Produktionsweise ... die Einzelproduktion bis auf unbedeutende Reste verdrängte, *desto greller mußte auch an den Tag treten die Unverträglichkeit von gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung*“ [10].

Mit dieser Sicht des „Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung“ wird der Sozialismus Wirklichkeit, wenn die ohnehin bereits gesellschaftlich Produzierenden die objektiven Produktionsbedingungen zum Gegenstand gesellschaftlichen Eigentums machen. Je mehr Sozialität in der Produktion, desto näher der Sozialismus.

Das Problem dieser Sozialismus-Konzeption wird deutlich mit der Frage nach dem in ihr unterstellten Begriff des Gesellschaftlichen. ENGELS verwendet implizit die Definition, nach der ‚gesellschaftlich‘ dasselbe meint wie ‚nur von einer *Gesamtheit von Menschen* anwendbar‘ [11]. Somit ist im marxistischen Sozialismus-Konzept die *Gesellschaft* von der *Gemeinschaft* ununterscheidbar, die Gemeinschaft die ‚wahre‘ oder ‚wirkliche Gesellschaft‘, während die kapitalistische Gesellschaft, auf dem Austausch basierend (wie die Nationalökonomie lehrt), vielmehr die ‚entfremdete‘ oder verkehrte Gemeinschaft ist. Die soziologisch mögliche Unterscheidung beider Verbindungsarten zwischen Menschen, 1887 von F. TÖNNIES erstmals vorgenommen [12], ist im Marxismus nie thematisiert worden. Vielmehr ist in ihm der romantische Protest gegen den ‚schmutzigen Schacher‘ stets gegenwärtig geblieben und daher der ökonomische Verkehr immer ein Gegenstand der Negation und Ersetzung durch die Verteilung. Ist es aber wahr, daß die *societas* durch den ökonomischen Austausch konstituiert wird, so kann der marxistische Ausschluß des Wirtschaftsverkehrs, in dem Eigentum notwendig immer als Sonder- oder Privateigentum verwirklicht wird, und seine Ersetzung durch die gemeinschaftlich vermittelte Zuteilung nichts anderes als die Ersetzung der Gesellschaft durch die Gemeinschaft bedeuten. Und folglich liefert die marxistische Sozialismus-Konzeption nicht die Bestimmung einer spezifischen Ordnung der Gesellschaft (‚Sozialismus‘ genannt), sondern die Vorstellung einer Gemeinschaft ohne Gesellschaftlichkeit, einer Gemeinschaft jenseits der Gesellschaft. Sie präsentiert unter dem Namen *Sozialismus*, was rechtens allein *Kommunismus* heißen kann.

Das ist für MARX und ENGELS immer selbstverständlich gewesen. Sie haben schon im ‚Manifest der Kommunistischen Partei‘ 1848 die verschiedenen Sozialismuskonzeptionen ablehnend klassifiziert [13]. Und was 1936 in der Sowjetunion als ‚Sozialismus‘ bezeichnet worden ist, hat MARX 1875 „eine kommunistische Gesellschaft“ genannt, „nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft“

[14]. Daß eine ‚kommunistische Gesellschaft‘ jedoch, vorausgesetzt, Gesellschaft wird durch Verkehr zwischen unterschiedenen Eigentümern, Gemeinschaften oder Personen, realisiert, ein Unding ist, ein hölzernes Eisen, ist den Gründervätern des marxistischen Sozialismus-Konzepts nie in den Sinn gekommen. Sie haben unter ‚Gesellschaft‘ immer nur das Zusammenwirken vieler Einzelmenschen verstanden, das als direkte Kooperation vielmehr Charakteristikum der Gemeinschaft ist und daher bewußtlos unter dem Titel ‚Gesellschaft‘ ebenso die Gemeinschaft vorgestellt wie unter dem Titel ‚Sozialismus‘ den Kommunismus.

Dieser Sachverhalt ist in Deutschland im Gefolge der Revolution von 1918/19 spürbar geworden, als die von KAUTSKY geleitete Sozialisierungskommission angesichts ihres Bestrebens, die Kohleindustrie in nationales Gemeineigentum zu überführen, aus Unternehmersicht mit der Erwägung konfrontiert wurde, daß damit die Chancen für den Export englischer Kohle beträchtlich stiegen. So ist notiert worden, daß die ‚Sozialisierung‘, wenn sie lokal bzw. national erfolgt, in der wirklichen Gesellschaft, die im Weltmarkt ihr ökonomisches Dasein hat, bestenfalls eine Änderung der Austauschbedingungen bewirkt. Im russischen Kommunismus ist dieser Umstand ebenso deutlich empfunden und daher die Komintern als gesetzte Weltgemeinde mit der Hoffnung auf die Weltrevolution gegründet worden, die den Weltmarkt durch die universelle Zuteilung ersetzen soll, eine Erwartung, die auch gegenwärtig noch immer artikuliert wird [15].

Mit dem Zusammenbruch des bolschewistisch geführten Kommunismus in Mittel und Osteuropa 1989/91 hat das Experiment auf die Realisierbarkeit der marxistischen Sozialismus-Konzeption ein gewiß unmißverständlich negatives Resultat erbracht. Das muß jedoch nicht das Ende jeder Sozialismustheorie bedeuten, falls unterstellt wird, daß ‚Sozialismus‘ Name nicht einer Gemeinschafts-, sondern wirklich einer Gesellschaftsordnung ist, in der die soziale Frage mindestens permanent und institutionell thematisiert und mit wenigstens momentanen Lösungen beantwortet wird. Dies setzt eine entwickelte Gesellschaftstheorie voraus, deren Gewinnung nicht zuletzt durch geistige Verarbeitung der Erfahrungen einer nun zweihundertjährigen Geschichte der Idee des Sozialismus vermittelt werden wird.

Anmerkungen.

- [1] L. REYBAUD: Art. Socialisme, in: Dictionnaire de l'économie politique, t.2, ed. Coquelin et guillaumin (Paris 1854) 629.
- [2] F. LASSALLE: Rede zu Frankfurt am 19. Mai 1863, in: Ders.: Arbeiterlesebuch und andere Studentexte, hg. W. SCHÄFER (Hamburg 1972) 103.
- [3] A. BEBEL: Aus meinem Leben. Erster Teil (Berlin 1946) 178.
- [4] J.A. SCHUMPETER: Konjunkturzyklen. Erster Band (Göttingen 1961) 315f.
- [5] Wichtig vor allem E. DÜHRING: Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Socialismus (Berlin 1871).
- [6] So hatte A. BEBEL im ‚Volksstaat‘ DÜHRING begrüßt, wenn auch anonym; vgl. Der Volksstaat v. 12. und 20. März 1874. Das nahmen MARX und ENGELS ungnädig auf. Am 21. April 1875

schrrieb W. LIEBKNECHT an ENGELS: „Du wirst Dich entschließen müssen, dem *Dühring* aufs Fell zu steigen.“ Vgl. zur Vorgeschichte des ‚AntiDühring‘ auch die Anm. 1 in: MEW 20, 623626.

[7] F. ENGELS: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: MEW 20, 239–303.

[8] ebda 251.

[9] ebda 252.

[10] ebda.

[11] ebda 250.

[12] F. TÖNNIES: Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirischer Culturformen (Leipzig 1887); vgl. auch F. TÖNNIES: Die Entwicklung der sozialen Frage bis zum Weltkriege (Berlin u. Leipzig 1926).

[13] Vgl. MEW 4, 482492.

[14] K. MARX: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, in: MEW 19, 20.

[15] So W. HARICH: Kommunismus ohne Wachstum? (Reinbek 1975)

Literaturhinweise.

W. SCHIEDER: Art. Sozialismus, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hg. O. BRUNNER u. a. 5 (Stuttgart 1984) 923996.

M. HAHN/L. KNATZ/M. HUNDT: Art. Sozialismus/Kommunismus, in: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, hg. H.J. SANDKÜHLER 4 (Hamburg 1990) 340359.

M. SCHNEIDER: Das Ende eines Jahrhundertmythos. Eine Bilanz des Sozialismus (Köln 1992).

Sozialismus, utopischer

Der Terminus ‚utopischer Sozialismus‘ ist innerhalb der MARXschen Konzeption von der Emanzipation des Proletariats und der diesen Vorgang ausdrückenden ‚revolutionären‘ Wissenschaft gebildet worden. Zu Beginn des Jahres 1847 stellt MARX fest: „Wie die Ökonomen die wissenschaftlichen Vertreter der Bourgeoisie sind, so sind die *Sozialisten* und *Kommunisten* die Theoretiker der Klasse des Proletariats solange das Proletariat noch nicht genügend entwickelt ist, ... solange sind diese Theoretiker nur Utopisten, die ... Systeme ausdenken und nach einer regenerierenden Wissenschaft suchen. Aber in dem Maße, wie die Geschichte vorschreitet und mit ihr der Kampf des Proletariats ..., haben sie nicht mehr nötig, die Wissenschaft in ihrem Kopfe zu suchen; sie haben nur sich Rechenschaft abzulegen von dem, was sich vor ihren Augen abspielt, und sich zum Organ desselben zu machen“ [1]. Im gleichen Sinne äußert sich ENGELS im Oktober 1847 [2]. Somit ist behauptet, daß eine durch keine explizite Theorie vermittelte, also unmittelbar empirische Wahrnehmung, exakt das zu artikulieren vermag, was tatsächlich erst die ‚Utopisten‘ unter Voraussetzung ihrer sozialtheoretischen Konstruktion erkannt haben. Es wird so der gesellschaftlichen Entwicklung selbst ein theoretischer Gehalt zugeschrieben, dem der ‚revolutionäre Wissenschaftler‘ im Grunde nur die sprachliche Gestalt verleiht. Die antiutopistische Negation des Idealismus wird zur Position der Idee in der Materie, wo sie sich vor den „Augen abspielt“.

Diese Deutung wird im „Manifest der Kommunistischen Partei“ unter dem

Titel ‚kritisch-utopistischer Sozialismus und Kommunismus‘ auf die „Systeme St-Simons, Fouriers, Owens usw.“ angewandt [3] und 1880 endgültig mit ENGELS‘ Schrift ‚Socialisme utopique et socialisme scientifique‘ für den marxistischen Diskurs in Geltung versetzt [4]. Von utopischer Vorstellung im echten Sinne kann indes bei den Theoretikern des vormarxistischen Sozialismus keine Rede sein. Sie haben niemals den erklärtermaßen unrealisierbaren Gegenentwurf zur wirklichen Gesellschaft präsentieren wollen, sondern eben diese und gar keine andere zu erkennen versucht. Und ohne die Resultate dieses Erkennens ist der marxistische Sozialismus überhaupt nicht denkbar. Der wirkliche Unterschied beider Konzepte besteht in ihrer verschiedenen Stellung zur politischen Ökonomie. Sie ist vom frühen Sozialismus als Gegensatz zu sich gedeutet worden, während der marxistische in Auseinandersetzung mit ihr die ökonomische Entwicklungslehre begründet hat.

Anmerkungen.

[1] K. MARX: Das Elend der Philosophie, in: MEW 4, 143.

[2] F. ENGELS: Die Kommunisten und Karl Heinzen, in: MEW 4, 321.

[3] K. MARX/F. ENGELS: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW 4, 489–492.

[4] F. ENGELS: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: MEW 19, 177228.

Sozialismus, wissenschaftlicher

Der Ausdruck ‚wissenschaftlicher Sozialismus‘ ist in der deutschen Arbeiterbewegung im Zusammenhang mit der Rezeption des Werks von MARX gebildet und dann auch von MARX und ENGELS selbst angenommen und verwendet worden. Zwar hat bereits L. v. STEIN 1842 den Sozialismus eine „Wissenschaft“ genannt [1], und 1845 ist von K. GRÜN der Terminus *wissenschaftlicher Sozialismus* verwendet worden [2], aber der spezifische Sinn, mit ihm MARX‘ Theorie zu meinen, ist späteren Ursprungs. Das hängt damit zusammen, daß MARX und ENGELS in der Frühphase ihrer Aktivität theoretische Konstruktionen an sich als „doktrinär“ unter Verdacht gestellt und angenommen haben, der Kommunist habe sich nur Rechenschaft vom ad oculos verlaufenden Geschichtsprozeß zu geben, um Wahrheiten ausdrücken zu können. Erst nach Erscheinen des ‚Kapital‘ 1867, das ENGELS wesentlich früher erhofft hatte, konstatierte dieser: „Dies Werk enthält die Resultate des Studiums eines ganzen Lebens. Es ist die politische Ökonomie der arbeitenden Klasse, auf ihren wissenschaftlichen Ausdruck reduziert. Hier handelt es sich nicht um agitatorische Phrasen, sondern um streng wissenschaftliche Deduktionen. Mag man sich zum Sozialismus verhalten, wie man will, man wird immerhin anerkennen müssen, daß hier derselbe zuerst wissenschaftlich

dargestellt ist:“ [3]. Es ist so dem ‚Kapital‘ zu danken, daß der Name *wissenschaftlicher Sozialismus* im marxistischen Diskurs selbst adoptiert worden ist.

In ähnlicher Weise hat J. DIETZGEN 1867 auf MARX‘ ‚Kapital‘ reagiert [4] und dann 1873 den Aufsatz ‚Der wissenschaftliche Sozialismus‘ publiziert mit dem ‚Fundamentalsatz der sozialistischen Induktion‘: „Keine idealen Prinzipien ... sondern *materielles Interesse* regiert die Menschenwelt“ [5]. Die Auseinandersetzung mit DÜHRING hat dann endgültig dazu geführt, den ‚wissenschaftlichen Sozialismus‘ im Unterschied und Gegensatz zum ‚utopischen Sozialismus‘ zu verstehen mit der ENGELSSchen Erklärung: „Diese beiden großen Entdeckungen: die materialistische Geschichtsauffassung und die Enthüllung des Geheimnisses der kapitalistischen Produktion vermittelt des Mehrwerts verdanken wir *Marx*. Mit ihnen wurde der Sozialismus eine Wissenschaft“ [6]. Und MARX gesteht seinem Freunde 1880 zu, bereits in den ‚Umrissen zur Kritik der Nationalökonomie‘ 1844 „einige allgemeine Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus formuliert“ zu haben [7].

Anmerkungen.

- [1] L. v. STEIN: Der Socialismus und Communismus des heutigen Frankreichs (Leipzig 1842) 129.
- [2] K. GRÜN: Die soziale Bewegung in Frankreich und Belgien (Darmstadt 1845) 82. [3] F. ENGELS: Karl Marx, in: MEW 16, 365.
- [4] Brief von DIETZGEN an KARL MARX in London vom 5. November 1867, in: J. DIETZGEN: Ausgewählte Schriften (Berlin 1954) 251–254.
- [5] J. DIETZGEN: Schriften in drei Bänden, Bd. I (Berlin 1962) 310.
- [6] F. ENGELS: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: MEW 19, 209.
- [7] K. MARX: [Vorbemerkung zur französischen Ausgabe (1880)], in: MEW 19, 181 (die Vorbemerkung, nach Konsultation mit ENGELS von MARX verfaßt, erschien mit der Unterschrift P. LAFARGUES).

Marx in Europa¹

Was ist Europa? Vernünftigerweise sollten wir Europa in sozialtheoretischer Sicht gleichbedeutend mit dem Terminus „bürgerliche Gesellschaft“ verwenden. Die bürgerliche Gesellschaft in diesem Sinne ist konstituiert mit der neueren Stadtentwicklung, die sich im Mittelalter vor allem in Italien und Deutschland realisiert und im Gegensatz zur antiken „polis“ eine Gemeinde konstituiert hat, die über das Mobiliareigentum und den Handel die maßgebliche Kontrolle ausübte. Es bildete sich eine Kommune, eine Gemeinschaft der vom Mobiliareigentum abhängigen Individuen heraus, die ihre soziale Stellung gegenüber dem auf dem Land ansässigen Adel verteidigte. Mit „bürgerlicher Gesellschaft“ ist also nicht nur ein abstrakter Zustand beschrieben, sondern eine geschichtliche Entwicklung charakterisiert, in der das Bürgertum ein Element darstellt, das einem fortlaufenden Wandlungsprozeß unterworfen ist. Und zwar so, daß eine jede Gestalt des Bürgertums zugleich Voraussetzung der Negation durch eine neue sich entwickelnde Gestalt eben dieses Bürgertums ist. Ihre Grundbestimmung liegt immer in dem Bestreben, Eigentümer von Realeigentum zu sein. In diesem Sinne gehe ich davon aus, daß Europa in der eigentlich bürgerlichen Phase geschaffen worden ist, also in dem Augenblick, in dem der portugiesische und spanische Adel „vom Pferd abstieg und die Schiffe bemannte, um Gold zu suchen“ – also Handelswege zu eröffnen, Kolonisierung zu betreiben. In diesem Sinne gehört zu Europa freilich auch die Negation des spanischen und portugiesischen Vorgehens durch die Niederländer und Engländer mit der Ausbildung des klassischen Handelskapitals im 17. und 18. Jahrhundert.

Diese so gekennzeichnete bürgerliche Gesellschaft in ihrer historischen Entwicklung ist zugleich gekoppelt mit ihrer eigentlichen Negation als einer positiven Entwicklungsbedingung ihrer selbst. Das meint in Bezug auf Rußland, daß Rußland als Bedingung der Entwicklung des westeuropäischen Bürgertums zu Europa gehört. Durch die westeuropäische Entwicklung ist zugleich die Stabilisierung der zaristischen Herrschaft in Rußland realisiert worden – als Funktion eines Außenhandelspartners, eines Eisen- und Waffenlieferanten und eines Importeurs von Schiffen. Aus diesem Grunde können wir die bürgerliche Gesellschaft nicht nur für sich allein genommen betrachten, sondern müssen auch immer ihre Negation als positives konstitutionelles Element in den Blick nehmen. Und diese Negation verkörpert sich durch das Gemeindeeigentum an Grund und Boden und die staatliche Zusammenfas-

¹ Vortrag vor dem 4. Leutherheider Forum, das vom 27. bis 30. Oktober 1993 zum Thema „Europa als Problem der Weltgesellschaft“ tagte, veranstaltet von der Paul-Kleinewefers-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Universität Hannover. Erstveröffentlichung im Protokollband dieser Tagung, S. 92–97. Die Druckfehler dieser Publikation sind hier beseitigt worden.

sung über das Zarentum in Rußland. Dies ist für die Rezeption von „Marx in Europa“ außerordentlich wichtig.

Eine Grundbedingung für das Eintreten Marxens in die europäische Ideengeschichte war die *soziale Frage*. Dabei handelt es sich eigentlich um die Frage nach der Gesellschaftlichkeit des „Vermögenslosen“, der eben dadurch, daß er kein Vermögen besitzt, nicht Mitglied innerhalb der Gesellschaft sein kann und nicht an der Determination der gesellschaftlichen Verhältnisse teilnimmt. Dies ist ein generelles europäisches Theorieverständnis gegen Ende der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts, in das Marx hineingeboren wurde, und das er rezipierte. Aus der Verarbeitung des Problems entwickelte er seine Konsequenzen zur Behandlung oder Lösung der *sozialen Frage*.

Der Kernpunkt seiner Rezeption der klassischen Nationalökonomie ist die Annahme, daß die durch Austausch konstituierte Gesellschaft die entfremdete Form des geselligen Verkehrs zwischen Menschen überhaupt sei, wogegen es ihm darauf ankommt, die „wahre Gestalt“ des Gemeinwesens der menschlichen Gemeinschaft wiederherzustellen. Es ist also angenommen, daß der Austausch, insofern er die Gesellschaft bildet, nur die entfremdete Form menschlichen Zusammenhangs darstellt – demgegenüber sei die wahre Gemeinschaft herzustellen. So lief die Marxsche Konzeption darauf hinaus, die *soziale Frage* durch Aufhebung der *Entfremdung* zu lösen, d. h. die *soziale Frage* sollte gelöst werden durch die Reproduktion der Gemeinschaft. Diese Konstruktion bedeutet, daß sich der Marxsche Einstieg in den europäischen Kontext auf eine durch die Romantiker vermittelte Weltvorstellung, die sich gegen Handel und Profit und gegen den Austausch richtete und dagegen das Bild einer Reproduktion der menschlichen Gemeinschaft mobilisierte, gründete. Wir haben nun die Frage zu stellen, ob „Gesellschaft“ und „Gemeinschaft“ als Begriffe aufzufassen sind, die sinnvollerweise – im Unterschied zu einer bloßen sozialtheoretischen bipolaren Auffassung von Individuum und Gesellschaft – etwas zur Lösung der sozialen Problematik beitragen können. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das Werk von Ferdinand Tönnies, „*Gemeinschaft und Gesellschaft*“ (1887), worin er das Problem des Sozialismus/Kommunismus ja gerade als kulturphilosophische Form zur Debatte gestellt hat. Die moderne Soziologie hat auf die Tönniessche Unterscheidung nicht mehr zurückgegriffen. Heute werden diese beiden Begriffe in der deutschen Bevölkerung nahezu unterschiedslos gebraucht.

Für uns Bürger, die wir in den sozialistischen Systemen zu leben hatten, ist jedoch die Feststellung wichtig, daß der Austausch als solcher der eigentliche Gegenstand der Negation gewesen ist. Austausch wurde ersetzt durch die Distribution der Produktionsmittel; Handel und Verkehr wurden durch die Enteignung und durch den Übergang des Produktivvermögens in unmittelbare staatliche Verfügungsgewalt zunichte gemacht. Eigentlich wurde ein gigantischer nationaler Betrieb errichtet, an dessen Spitze der Wirtschaftssekretär des Zentralkomitees stand. Dadurch wurde die Nationalwirtschaft praktisch wie eine Betriebswirtschaft reguliert. Markt und Austausch waren nur durch

den Außenhandel existent und durch die Tatsache, daß überhaupt so etwas wie Geld, allerdings eine nichtkompatible Binnenwährung, verwendet worden ist.

Dies hat dazu geführt, daß wir auf der einen Seite einen wachsenden Warenberg von unverkäuflichen Gütern hatten und auf der anderen Seite eine Anhäufung von Sparvermögen in einer Währung, mit der man nichts kaufen konnte. Zuletzt betrugen die Sparguthaben ca. 180 Milliarden Mark.

Die Annahme, daß es sich bei der Auflösung des Ostblocks um eine Niederlage des Sozialismus handele, setzt voraus, daß die dort existierenden Systeme tatsächlich sozialistisch genannt werden können. Sozialismus ist aber eine Ordnung von Gesellschaft. Wenn wir die Unterscheidung von Gemeinschaft und Gesellschaft neu bestimmen, dann läßt sich sehr wohl feststellen, daß es in der ökonomischen Produktion und Selbstbestimmung zwei fundamental einander entgegengesetzte Operationen gibt:

1. Produktion

2. Austausch

Diese Zweiteilung veranlaßt mich, die Umformulierung von Gesellschaft und Gemeinschaft zu vollziehen. Unter dem Terminus Gesellschaft möchte ich diejenigen Verbindungen zwischen Menschen verstehen, die zustande kommen, wenn unabhängig voneinander Gemeinschaften oder Personen in einen Austauschvorgang eintreten. Diese Gesellschaft ist also nicht eine entfremdete Erscheinungsform menschlichen Daseins, sondern die normale Existenzweise voneinander unabhängig produzierender Personen und Gemeinschaften, die miteinander in Verkehr treten, um so die eigenen Bedürfnisse mit fremden Gütern zu befriedigen.

So begriffen ist der internationale Austausch das, was menschliche Gesellschaft im eigentlichen Sinne ausmacht. Marx hat diese Ansicht eigentlich geteilt, doch zugleich war mit ihr die – romantisch motivierte – Attacke verbunden, dem Schacher den Garaus zu machen.

Gemeinschaft verbinde ich mit der Sphäre der Produktion und der unmittelbaren Kooperation von Individuen. Die Gemeinschaft ist eine Gemeinschaft der Kooperierenden, der Produzierenden; sie setzt sich aus lokal bestimmten Systemen zusammen, die sich auf der Ebene des Austauschs gegeneinander souverän verhalten müssen.

Marx in Europa bedeutete eine Attacke auf die Natur der bürgerlichen Gesellschaft für sich, insofern sie in der Tat den Handel und Austausch zu Existenzbedingungen der Glieder dieses Systems machte. Der unmittelbare Anlaß für diesen Angriff war das Weltkrisensymptom, das massiv und für jeden sichtbar ab 1820 eintrat. *Marx in Europa* heißt in diesem Sinne, daß die zyklische Bewegung der ökonomischen Entwicklung von Krise zu Krise für Marx die Überzeugung nahegelegt hatte, daß eine solche Gesellschaft nicht stabil sein könne. Vielmehr müsse eine Akkumulation der Krisenphänomene entstehen; die Aufhebung des Privateigentums werde die logische Konsequenz eines solchen Systems sein. Das Privateigentum galt also als der eigentlich Schuldige für die Entstehung der Situation, daß Menschen aus dem Produk-

tions- und Austauschprozeß durch Arbeitslosigkeit herausgedrängt wurden. Wenn es wahr ist, daß das Privateigentum der wahre Schuldige für die Entstehung sozialen Elends ist, dann ist die Annahme nur folgerichtig, daß durch Herstellung des Gemeineigentums die Frage gelöst werden kann.

Marx in Europa in Zusammenhang mit dieser These, die ja auch die fundamentale These der europäischen Arbeiterbewegung war, erfuhr im 20. Jahrhundert in Europa ihre Überprüfung. Die Annahme, daß die Krisenexistenz beseitigt werden könne, wenn das Gemeineigentum erst hergestellt sei, wird bei Marx mit der Erwartung verknüpft, daß auf diese Weise zugleich die Produktivität der Arbeit zunehmen werde. Die Erfahrung indes war eine gänzlich andere. Vielmehr erfolgte ein Substanzverzehr, und der Zusammenbruch des kommunistischen Systems war genau in dem Augenblick unvermeidlich geworden, als die vorhandene Substanz nicht mehr zur Finanzierung des Systems hinreichte.

Marx in Europa bedeutet demnach auch zu sagen: Wir haben das kommunistische Experiment als Bedingung menschlicher Erfahrung im östlichen Teil Europas von A bis Z durchdekliniert und ziehen daraus die Konsequenz, daß die Rückkehr zum Privateigentum als notwendige Bedingung für produktiven, evolutionären Fortschritt als unbedingtes Erfordernis anerkannt wird. Es bedeutet, die Ersetzung der Gesellschaft durch die Gemeinschaft rückgängig zu machen und die Wiederherstellung der Gesellschaft zu betreiben – als ein unmittelbares politisches Programm in Osteuropa.

Ohne Privateigentum ist kein wirklicher produktiver Fortschritt denkbar, da das staatliche Eigentum jede innovative Leistung ausschließt. Dies ist eine bittere Lebenserfahrung, die in 40 – 70 Jahren sozialistischer Herrschaft in Osteuropa realisiert worden ist und daher nun als harte Bedingung der weiteren Konstruktion der politischen Entwicklung in Rechnung gestellt werden muß.

In bezug auf die Erfahrung mit dem modernen Kommunismus ist festzustellen, daß Marx als Apologet oder als Prophet einer kommunistischen Organisation ohne Privateigentum sicherlich obsolet geworden ist und für die weitere europäische Entwicklung nunmehr die Bedeutung einer historischen Erfahrung haben wird.

Doch die *soziale Frage* bleibt bestehen. Das Problem ist nicht dadurch aus der Welt geschafft, daß die kommunistische Antwort gescheitert ist. Mit der Voraussetzung der gemachten Erfahrungen läßt sich diese Frage neu stellen. In diesem Zusammenhang liefert die Marxsche Auffassung – insofern sie sich eben nicht in einer romantischen Attacke auf die bürgerliche Gesellschaft erschöpft, sondern analytisch die Bedingungen der Werttheorie bestimmt – konstruktive Ansätze. Ich nenne hier nur das Stichwort vom „Prinzip der Arbeit“ als verbindendes Glied zwischen den friedliebenden Staaten. Insofern ließe sich etwa die Europäische Gemeinschaft als eine Friedensgemeinschaft im klassisch marxistischen Sinne denken. Ebenso verdient die Herausstellung der Funktion der Arbeit als Existenzbedingung für die Individuen Beachtung für die europäische Entwicklung.

Diskussion

Dr. Lauermann greift die Bezüge zur Romantik auf. Die Romantiker hätten sich in jener Zeit durch ihre hohe Realitätstreue bei der Wahrnehmung ihrer Umwelt ausgezeichnet. Es gebe keinen Romantiker, der die „Industrie“ nicht zum Gegenstand seiner Themen gemacht hätte. Bei Marx sei die romantische Sichtweise allerdings auch mit antisemitischen Elementen verknüpft gewesen. Dr. Lauermann ist überzeugt, daß die Weiterverfolgung dieser „Spur“ interessante Aufschlüsse vermitteln würde. Hayek, so Dr. Lauermann weiter, habe einmal das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland als Sozialismus bezeichnet. In der Tat könne man die in Deutschland geübte Subventionspraxis als Weg zur „Gemeinschaft“ deuten. Deshalb sei zu fragen, ob nicht jede Krise die Versuchung nahe lege, die Gesellschaft zur Gemeinschaft umzuformen.

Prof. Ruben greift in seiner Antwort noch einmal die Schwierigkeit einer eindeutigen Definition von „Gesellschaft“ auf. „Wenn wir annehmen, daß wir es mit gesellschaftlichen Entwicklungen innerhalb eines Gesellschaftsmodells zu tun haben, in dem Zyklen notwendigerweise auftreten, dann müssen Bedingungen geschaffen werden, solche Zyklen zu beherrschen und sozial verträglich zu gestalten.“ Die Gemeinschaft ersetze nicht die Gesellschaft, sondern werde – wo nötig – reproduziert, doch sei darauf zu achten, daß diese Systeme innerhalb der Gesellschaft integrierbar seien.

Die Formulierung Europas als Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft seit dem Mittelalter steht im Mittelpunkt des Beitrags von Dr. Blänkner. Dieses (scheinbare) Marxsche Geschichtsbild sei eindeutig von liberalen Sichtweisen der französischen Geschichtsschreibung beeinflusst. Der Referent habe im übrigen zwar Ansätze einer Historisierung von Marx aufgezeigt, diese dann aber nicht konsequent fortgeführt.

Dr. Land weist daraufhin, daß die gängige Interpretation, Marx hätte den zwangsläufigen Zusammenbruch des Kapitalismus thematisiert, sich im „*Kapital*“ tatsächlich weitaus differenzierter lese und mit konkret bestimmten Bedingungen verknüpft sei. Zur Bewertung des Privateigentums legt Dr. Land dar, daß gerade über dessen reale Existenz zunehmend Unklarheit herrsche angesichts der modernen Entwicklung unseres Wirtschaftssystems. Dr. Holzhauser fragt nochmals nach der genauen Bedeutung der Begriffe „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ und ob die „Gemeinschaft“ automatisch mit dem Sozialismus verknüpft gesehen werden müsse. Er erinnert daran, daß auch die Nationalsozialisten die Marxsche Frage aufgegriffen und zum Teil ihres politischen Programms gemacht hatten. „Man gab vor, mit der Volksgemeinschaft etwas Humaneres schaffen zu wollen als die kalte Mechanik der bürgerlichen Gesellschaft.“

Der Referent führt an, daß „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ von ihm als rein analytische Begriffe ohne jede Wertung verwandt worden seien. Sie seien operativer Natur, um die Verbindung zwischen Menschen zu erfassen. Prof.

Ruben sieht einen Dualismus der Begriffe: „Gemeinschaft verhält sich zu den Individuen wie das Ganze zu seinen Teilen – in der Gesellschaft wird das Individuum zur Person.“ Wer sich in der Gemeinschaft wohl fühle und Orientierung finde, der neige dazu, die Anforderungen der Gesellschaft zu scheuen, wenn er sich durch sie überfordert wähnt. „Wir brauchen Gemeinschaft auch aus dem Grund, weil nur ein Teil der Population produziert. Wer Arbeit hat, der arbeitet immer auch für andere mit. Gemeinschaft ist ein Versicherungswesen gegen die Notfälle des Lebens.“ Durch die Gesellschaft würden die produktiven Kräfte einer ständigen Überprüfung ihrer Leistungsfähigkeit unterworfen. „Jede moralisierende Adaptation ist vor dieser Realität völlig belanglos.“

In der Krise des Marxismus¹

Versuch einer Besinnung

Der Tod des Marxismus ist in der Vergangenheit schon mehrfach verkündigt und in vielen Ländern mittels Polizei- und anderen Gewalteinsetzes auch zu exekutieren versucht worden. Speziell in Deutschland haben wir davon hinreichende Erfahrung. Der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in Mittel- und Osteuropa hat indes der Folge dieser Verkündigungen und Exekutionen einen Zustand angefügt, in dem es nicht mehr sicher zu sein scheint, daß die behände geträllerte Kunde „Marx ist tot, und Jesus lebt“ eine, wie bislang üblich, vorlaute Wunschvorstellung mitteile. Der bolschewistisch geführte Kommunismus, der mit wilder Entschlossenheit die Staatsmacht ergriff und siebzig Jahre kein Opfer scheute, sie zu behaupten, hat sich zweifellos und bemerkenswert friedlich am Ende aus der Geschichte verabschiedet. Angesichts des durch ihn mit fast schlafwandlerischer Sicherheit realisierten Verzehrs der volkswirtschaftlichen Substanz wie der Vernichtung eines erheblichen Teils der Naturbedingungen menschlicher Existenz ist er an sich selbst irre geworden. So hat er denn die politische Macht, die er sich nie hat nehmen lassen wollen, als es an der Zeit war, im Grunde erleichtert aus der Hand gegeben, die Pensionierung mit Verblüffung über die wunderlichen Bocksprünge des Klassenkampfs goutiert, mürrisch erst und larmoyant in dem Moment, in dem die neuen Machthaber „Staatsnähe“ zum Definiens der Pensionsbeschränkung erklärten. Signalisiert dieser so merkwürdig friedfertige, mit fast ordnungsgemäßer Geschäftsübergabe absolvierte Abgang auch das Ende des Marxismus?

Es wäre so, hieße Marxismus definitiv nichts anderes als die Parteidoktrin des kommunistischen Nomenklaturkaders, interpretiert durch seinen jeweiligen Generalsekretär oder Ideologiechef. Indem sie ebenso wie die sonstigen Führungsorgane dieses Kaders demissionierten, erklärten sie ihre Doktrin, die sie als Deutung der „historischen Mission der Arbeiterklasse“ vorstellten, für Illusion, für außerstande, fürderhin noch Wege aus dem selbst produzierten Dilemma zu weisen. Damit ist zum ersten Male in der Geschichte das weitere Schicksal des Marxismus in die Kompetenz von Personen gelegt, die sich für ihn nicht interessieren, um einer Partei eine geistig vereinende Auffassung des Sinns ihrer Strategie und Taktik zu liefern, sondern um die Struktur und Entwicklung der Gesellschaft zu verstehen, in der sie leben.

¹ Erstveröffentlichung in: Berliner Debatte INITIAL 4(1993)3, S. 74-84. Druckfehler wurden vom Autor für diese Edition korrigiert.

Die *Gemeinschaft* stiftende, also die gemeinte Notwendigkeit einer Partei revolutionärer Sozialisten oder Kommunisten geistig begründende Leistung des Marxismus ist im Laufe von ziemlich genau einhundertundzehn Jahren, das sind in der Sprache der „Langen Wellen“ zwei Kondratieffs, mit atemberaubender Intensität verwirklicht worden. Die *Gesellschaft* determinierende Funktion des Marxismus ist unerprobt. Sie geht von seiner sozialtheoretischen Erklärungspotenz aus, von seiner aufklärerischen Bedeutung, die nicht in einer transitorischen Partei, sondern in den sozial handelnden Personen ihre Adressaten hat. Wollen sie ihre sozialen Verhältnisse und Beziehungen mit Verstand und Vernunft regeln, werden sie nach einer Theorie derselben fahnden. Ob der Marxismus zu dieser beitragen kann, ist nach meinem Dafürhalten die eigentliche Frage, die in der gegenwärtigen Krise desselben entschieden wird.

Wer unter Herrschaft des kommunistischen Parteikaders nolens volens zu einer persönlichen Marx-Rezeption gelangt ist, sich dem Faszinosum des Denkens und Erkennens dieses wahrhaften Europäers nicht hat entziehen können, wird den Herbst 1989 stets als die endliche Befreiung von der unerträglichen Rücksicht auf die, mit den Alten von London zu sprechen, „Knoten“ in Erinnerung halten, die von Amts wegen dekretierten, was „marxistisch-leninistisch“ wäre und was „revisionistisch“. Endlich ist die Lage eingetreten, daß die Person ohne Rücksicht auf bramarbasierende Amtsinhaber mit Blick allein auf Logik und Fakten Marxens Thesen erwägen, prüfen, akzeptieren oder ablehnen kann, ohne Handlanger des Kommunismus oder Antikommunismus werden zu müssen. Diese Emanzipation gebiert Hoffnung auf eine „zivilgesellschaftliche“ Marxismuszukunft, die im Augenblick durch eine durchaus verständliche Nachgeburt des Antikommunismus in Zweifel gestellt zu sein scheint, von der aber gewiß ist, daß sie das Schicksal ihres Widersachers teilen wird.

Was könnte „Marxismus“ in Zukunft meinen?

Die Geschichte der Einführung des Namens *Marxismus* setze ich hier voraus¹, unterstelle mit Helmut Fleischer Marx als den „vorletzten Vorläufer“ des parteiamtlichen Marxismus², ohne damit etwa zu suggerieren, Marx hätte an der Produktion des letzteren keinen lebhaften Anteil genommen. Zwar ärgert er sich, daß „die ‚marxistes‘ et ‚Anti-Marxistes‘ auf den respektiven Sozialistenkongressen zu Roanne et St.-Étienne, *beide Sorten*, ihr möglichstes ge-

1 Vgl.: Marxismus. In: Historisches Wörterbuch der Philosophie. Hrsg. v. J. Ritter u. K. Gründer. Bd. 5. Basel/Stuttgart 1980, S. 758-790. Marxismus. In: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Hrsg. v. O. Brunner, W. Conze, R. Koselleck. Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 937-976. Marxismus. In: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Hrsg. v. H. J. Sandkühler, Bd. 3. Hamburg 1990, S. 132-220.

2 Vgl.: H. Fleischer: Nach dem Marxismus. In: Berliner Debatte INITIAL 4(1993)3, S. 20.

tan, um mir den Aufenthalt in Frankreich zu versalzen“¹, doch nimmt er teil an der Produktion des „Anti-Dühring“, der als Marxismus-Kompendium von Wilhelm Liebknecht bereits 1875 sozusagen parteiamtlich angefordert ward. So gibt es gar keinen Zweifel daran, daß Marx die Bildung der „Partei Marx“ oder der Gemeinschaft der „Marxisten“ oder der „Marxistischen Schule“ oder einfach der kommunistischen Partei mehr oder weniger engagiert betrieben hat. Doch ist das für die Klärung der Zukunftschancen des Marxismus ziemlich bedeutungslos. Für sie handelt es sich ausschließlich um die positive Beantwortung der Frage, ob fürderhin das Wort *Marxismus* eine definite Menge wissenschaftlich akzeptabler Aussagen bezeichnet oder nicht, die durch eine Grundlegung im Sinne nicht widerlegter Marxscher Annahmen und Hypothesen logisch bestimmt sind. In diesem Sinne wäre der künftige Marxismus ein wissenschaftliches Konzept, von anderen durch die Besonderheit seiner Grundannahmen unterschieden und mit ihnen in Bezug auf die Erklärungspotenz in Konkurrenz stehend.

Da man nach aller bisherigen Erfahrung nicht davon ausgehen kann, daß Wissenschaft ohne Grundlagenstreit betrieben werden kann (die Mathematik hat uns darüber in unserem Jahrhundert ausdrücklich belehrt), so ist es plausibel, „Marxismus“ als Namen eines Konzepts beizubehalten, das seine Besonderheit nicht verschleiert und eben deswegen genau keinen Universalitätsanspruch erhebt. Für einen so verstandenen Marxismus ist selbstverständlich notwendige Bedingung, im Werk von Marx gerade die Behauptungen zu identifizieren, die seiner Grundlegung dienen können. Umgekehrt zwingt die Krise des Marxismus dazu, jene Annahmen auszuschließen, die widerlegt sind (oder zu sein scheinen) oder nicht kontradiktionsfrei mit den angenommenen Grundaussagen behauptet werden können.

Nach Vollendung seines Werks hat Marx 1880 seine Absicht als die von ihm gesehene Notwendigkeit zusammengefaßt, „den Weg zum kritischen und materialistischen Sozialismus zu bahnen, der die reale, historische Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion verständlich machen will“². Diese Charakterisierung bestimmt, wie ich meine, den eigentlichen Marxschen Forschungsgegenstand, wie er invariant im Verlaufe seines Lebens durchgängig im Blick behalten worden ist. Das spezielle Studium der kapitalistischen Produktionsweise gliedert sich in diesen Zusammenhang ein und ist von Marx, wie bekannt, auch als Untersuchung einer speziellen „Epoche der ökonomischen Gesellschaftsformation“ angegeben worden.³ Die Behauptung von der Existenz solcher Epochen gehört bereits zum Marxschen Verständnis der wirklichen Geschichte menschlichen Produzierens und muß durch entsprechende

1 Brief Marx an Engels v. 30. Sept. 1882. In: K. Marx/F. Engels: Werke, (MEW), Bd. 35, Berlin 1967, S. 100. Die Parti ouvrier français begann am 25. 9. 1882 ihren Kongreß in Saint-Etienne, aus dem Jules Guesde und weitere 30 Genossen auszogen, um am 26. 9. 1882 in Roanne ihren eigenen „marxistischen“ Kongreß abzuhalten. Wechselseitige Ausschlüsse realisierten die Parteisplaltung.

2 K. Marx: [Über „Misère de la Philosophie“]. In: MEW, Bd. 19, S. 229.

3 K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. In: MEW, Bd. 13, S. 9.

theoretische Sätze wie wirtschaftshistorische Fakten legitimiert werden. Wird etwa die kapitalistische Produktionsweise von der asiatischen, der antiken und der feudalen unterschieden, muß im marxistischen Konzept ein bestimmter Kapitalbegriff auftreten, der in nichtkapitalistischen Produktionsweisen definitiv nicht realisiert ist. Das bedeutet insbesondere, daß im marxistischen Konzept „Kapital“ nicht Definiendum für produzierte Produktionsmittel sein, „Kapitalismus“ nicht einfach dasselbe wie „rentabilitätsorientiertes Wirtschaften“ heißen kann. Und schon gar nicht ist in diesem Konzept zulässig, „Kapitalismus“ als Namen zur Bezeichnung des an sich Bösen zu verwenden.

Marxismus in der hier adoptierten Sicht schließt natürlich ein, daß über Marx hinausgehende Forschungen ergeben können, daß neben den von ihm gesehenen ökonomischen Gesellschaftsformationen andere erkannt werden, z. B., wie ich unterstelle, die nomadische Produktionsweise, im Vorderen Orient an die Domestikation des Kamels gebunden, in Zentralasien durch Pferdehaltung fundiert. Diese Produktionsweise hat geschichtlich bedeutende Effekte hervorgebracht, fast dreitausend Jahre bestanden, aber jede Möglichkeit der Kapitalbildung ausgeschlossen. Da sie weite Räume Asiens beherrschte, liegt es nahe zu fragen, ob der Terminus *asiatische Produktionsweise* wirklich als Name für eine ökonomische Gesellschaftsformation im strikten Sinne verwendbar ist oder Marxens Unterscheidung vielmehr präzisiert werden muß. Im letzteren Fall würde nicht das marxistische Konzept getroffen, sondern allein festgestellt, daß sein Begründer nur eine erste summarische Erkenntnis formuliert hat, die stark korrekturbedürftig ist.

Ich führe diese Überlegungen hier nur an, um deutlich zu machen, daß ein künftig möglicher Marxismus den gewöhnlichen Regeln wissenschaftlichen Fortschritts unterworfen ist – oder keine Existenzchance hat. Die traurigen Erfahrungen vergangener Debatten über die „asiatische Produktionsweise“, ideologisch aufgeladen und mit fraktionellen Verdächtigungen ausgefochten, machen Mitteilungen über eine untergegangene Gestalt des Marxismus bzw. Marxismus-Leninismus. Daß sie dem marxistischen Konzept an sich wesentlich zugehören, halte ich nicht für eine seriöse Annahme. Es sei denn, man muß die Identität eines jeden Marxismus mit der Ideologie einer das Privateigentum und die Vergesellschaftung durch Ver- und Einkauf angreifenden Partei annehmen.

Nun ist natürlich unbestreitbar, daß Marx das Privateigentum an den Produktionsmitteln als Konsequenz und Bedingung der „entfremdeten Arbeit“ für die Quelle aller sozialen Übel gehalten und den „kritischen und materialistischen Sozialismus“ als Expression und Bewußtsein einer historisch unvermeidlichen Aufhebung eben des Privateigentums verstanden hat. Wer dies für den quasi axiomatischen Grundbestand des Marxismus überhaupt hält, wird Widerspruch gegen die skizzierte Sicht eines künftig möglichen Marxismus anmelden müssen. Er wird aber auch zu erklären haben, wieso die Liquidation des Privateigentums nach einem siebzig Jahre währenden Versuch in Europa mit dem Resultat endet, durchweg die Reprivatisierung als Mittel zu adop-

tieren, die verzehrte volkswirtschaftliche Substanz zu erneuern. Sie ist ein klarer empirischer Einwand gegen Marxens Sicht des Privateigentums, der nach meiner Auffassung nicht durch Angabe irgendwelcher subjektiver Fehler kommunistischer Führungsgruppen erklärbar ist, sondern den von Marx unterstellten Begriff der Gesellschaft überhaupt betrifft.

Indem er die klassische Nationalökonomie rezipiert, konstatiert er: „Die *Gesellschaft*, sagt Adam Smith, ist eine *handeltreibende Gesellschaft*. Jedes ihrer Glieder ist ein *Kaufmann*.“¹ Diese so verstandene Gesellschaft betrachtet Marx als entfremdete Form des menschlichen Gemeinwesens, unter der die Menschen das „wahre Gemeinwesen“ geschichtlich hervorbringen. Unterstellen wir, daß das Wort *Gemeinwesen* das Wesen einer *Gemeinschaft* bezeichnet, ihr Allgemeines, realisiert durch Entscheidungen z. B. der Versammlung aller Gemeinschaftsmitglieder, repräsentiert durch Amtsträger, so ist klar, daß Marx keine definitive Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft vornimmt. Dadurch kommt zustande, daß die wirkliche Gesellschaft, in der Tat durch den Austausch konstituiert, als entfremdete oder entäußerte Form der Gemeinschaftlichkeit gedacht werden kann und die Gewinnung wahrer Gemeinschaft durch Negation des Austauschs. „Vergesellschaftung“ der Produktionsmittel meint dann ganz konsequent Herstellung des Gemeineigentums an ihnen, also des Eigentums einer Gemeinschaft, realisiert etwa durch ihre staatliche Organisation. Und die Ersetzung des Austausches durch die Zuteilung ist nur die logische Konsequenz dieser Identifikation der „wahren“ Gesellschaft als Gemeinschaft.

Man wird zugeben können, daß diese Sicht der durch den Handel bestimmten Gesellschaft das Konzept der kommunistischen Umwälzung begründet. Und die kommunistische Praxis in unserem Jahrhundert ist das Experiment auf die Gültigkeit eben dieser Sicht gewesen. Ich ziehe aus dem ökonomischen Scheitern dieses Experiments den Schluß, daß die Identifikation von Gemeinschaft und Gesellschaft unmöglich ist und schlage daher vor, auf Ferdinand Tönnies' bereits 1887 vorgelegte Unterscheidung beider voneinander zurückzukommen, sie aber neu – und marxistisch im oben skizzierten Sinn. – zu bestimmen. Danach meinen „Gesellschaft“ und „Gemeinschaft“ einander dual entgegengesetzte Verbindungs- oder Verknüpfungsergebnisse zwischen Einzelmenschen zunächst, dann auch zwischen Gemeinschaften sowie zwischen Gemeinwesen und Gemeinschaftsgliedern. Gemeinschaft wird durch Produktion und direkte Kooperation hervorgebracht und ist schon durch die sexuelle Reproduktion gegeben. Gesellschaft wird durch Austausch, Handel und Vertrag, hergestellt und ist das eigentlich historische Produkt der Menschen jenseits ihres biologisch bestimmten Naturdaseins. Der Einzelmensch ist in der Gemeinschaft *Individuum*, im klassischen Sinne ihr letzter unteilbarer Teil. Die Gemeinschaft ist ihm gegenüber das *Ganze*. In der Gesellschaft

1 K. Marx: Auszüge aus Mills «Éléments d'économie politique». In: MEW. Erg.-bd., Erster Teil, S. 451.

dagegen ist der Einzelmensch *Person*, Vertragspartner, Teilnehmer am Vorgang der Preisbildung, die den Austausch ermöglicht.

Tönnies' Charakterisierung des Gegensatzes zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft hat zu der Frage Anlaß gegeben, ob dieser Gegensatz kontradiktorisch oder konträr sei. Und da weder das eine noch das andere festzustellen ist, ist empfohlen worden, die in der Umgangssprache anzutreffende Unsicherheit für unhintergebar zu halten und auf eine soziologische Unterscheidung zu verzichten. Für eine rein soziologische Analyse, die auf ökonomische Zusammenhänge keine Rücksicht nimmt, mag in der Tat die begriffliche Unterscheidung der Vergemeinschaftung von der Vergesellschaftung schwierig sein. Sobald jedoch die wirtschaftstheoretische Auffassung der Produktion und des Tauschs in Rechnung gestellt und – im Sinne des marxistischen Konzepts – den kommunalen und sozialen Bildungen unterstellt wird, bereitet die Rezeption des Ansatzes von Tönnies kein wirkliches Problem. Erstens ist klar, daß jedem Austausch Produktion vorhergeht und diejenigen Teile des Produkts umfaßt, die nicht für den Eigenbedarf vorgesehen sind. Zweitens versteht sich, daß die Art und Weise der Verbindung zwischen Tauschpartnern, die der Preisbildung dient, von derjenigen, die in gemeinschaftlicher Produktion verwirklicht wird, wohl zu unterscheiden ist. In der Preisverhandlung werden voraussetzungsgemäß gegeneinander fremde Interessen aufeinander abgestimmt, so daß Zirkulation von Produkten und Diensten ermöglicht wird. In der Produktion werden individuelle Fähigkeiten zu gemeinsamer Anstrengung verbunden, organisiert, so daß der einzelne Mitarbeiter durch die Gemeinschaft seinen Arbeitsplatz determiniert findet. In diesem Sinne ist es gut zu verstehen, wenn Tönnies schreibt: „In Gemeinschaft mit den Seinen befindet man sich, von Geburt an, mit allem Wohl und Wehe daran gebunden. Man geht in die Gesellschaft wie in die Fremde.“¹ Menschengruppen, die reine Subsistenzproduktion betreiben, realisieren die Idee der Gemeinschaft für sich exemplarisch. Umgekehrt verwirklichen in der Tat (wie der klassische Nationalökonom sagt) Kaufleute unter sich im Akt des Handels die Idee der Gesellschaft für sich.

Indem Gemeinschaften für den Austausch produzieren und diesen mit anderen Gemeinschaften wie auch immer betreiben (durch Königsmonopol oder selbständig operierende Personen), sind sie selbst Schöpfer von Gesellschaft und Glieder derselben. Wenn von der menschlichen Gesellschaft überhaupt die Rede ist, so ist im erklärten Sinne der Weltmarkt ihr erstes und vornehmliches Dasein. Lokale Märkte definieren lokale Gesellschaften. Die Gesellschaftlichkeit oder Sozialität basiert dabei keineswegs, wie ihre romantische Kritik suggerieren möchte, auf dem Trieb des Habens, sondern auf dem offensichtlich unaufhebbaren Umstand der Naturbedingtheit menschlicher Produktivkräfte, ob nun individuell oder gemeinschaftlich geäußert. Reisanbau hier, Maisanbau dort und Weizenanbau an dritter Stelle, Kupferabbau hier, Zinnabbau dort

1 F. Tönnies: Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie. 3. Aufl., Berlin 1920, S. 4.

und Bronzeherstellung nach Zusammenführung beider Abbauprodukte, das ist die ökonomische Situation, in der die Erfindung der Gesellschaft ermöglicht, sowohl eigene Bedürfnisse mit fremden Produkten und Diensten zu befriedigen wie fremde Bedürfnisse mit eigenen Produkten. Darin ist die Entäuberung oder Entfremdung nicht Verzicht oder Verlust, sondern Bedingung der Aneignung, der Assimilation des Fremden. Sie ist Vergesellschaftung.

Die Gesellschaft ist durch die Gemeinschaft nicht ersetzbar, wenn nicht auf den Markt verzichtet werden soll. Dieser aber ist nicht einfach das System der wechselseitigen Übervorteilung, sondern das Medium der positiven Selektion wertbevorzugter Produktivkräfte, d. h. Bedingung ökonomischer Progression. Es ist die Gesellschaft, die den Produktivitätsfortschritt vermittelt, eine Potenz, die durch kein Planungsorgan einer kommunistisch beherrschten und geführten Gemeinschaft realisiert werden kann, wie wir nun aus Erfahrung wissen (was mehr bedeutet, als ein bekanntes Buch über Gemeinwirtschaft gelesen zu haben).

Mit diesen Erwägungen nehme ich zugleich an, daß ein künftig möglicher Marxismus nur unter Ausscheidung des berühmten Entfremdungstheorems ausgebildet werden kann. Wer dieses Theorem für den Kern des Marxismus hält und den Dualismus von Gemeinschaft und Gesellschaft als strukturbestimmend für die Bildung menschlicher Ordnungen, wird dem Marxismus keine Chance mehr einräumen können. Denn das kommunistische Experiment des 20. Jahrhunderts bestand genau darin, die soziale Frage durch Ersetzung der Gesellschaft mittels der Gemeinschaft zu lösen, d. h. die soziale Frage durch Beseitigung der Sozialität aus der Welt zu schaffen. Unterstellt man den genannten Dualismus, ist die ideelle Vorstellung der Gemeinschaft als der „wahren“ Gesellschaft sogar absurd, das Entfremdungstheorem daher die Quelle kontradiktorischer Annahmen im Werk von Marx (z. B. der Annahme einerseits, daß Wertbestimmungen alle Produktionen determinieren, die des Robinson wie die eines „Vereins freier Menschen“, und der Annahme andererseits, daß in der auf Gemeingut gegründeten Produktion „die auf Produkte verwandte Arbeit“ nicht „als Wert dieser Produkte“ auftritt). Diese kontradiktorischen Annahmen erklären übrigens auch, warum mit Bezug auf die bisherige Geschichte schwerlich von *dem* Marxismus geredet werden kann, warum marxistische Fraktionen aufeinander einschlugen und Marxisten Marxisten in den Gulag schickten oder Erschießungskommandos überantworteten. Jede Fraktion konnte ihr geeignet scheinende Sätze aus dem Werk von Marx zur ideologischen Normierung präsentieren und so Exklusionsverfahren in Gang setzen, die mit der Determination von Widersachern der Gemeinschaft zugleich die Formierung derselben nach dem Bilde der Sieger forcierten.

Aber fällt der Marxismus intellektuell wirklich, wenn wir auf Absurditäten verzichten? Ist der Marxismus tot, wenn das Entfremdungstheorem für eine Artikulation romantischer Protestation gegen den bösen Schacher, den üblen Profit, den schmutzigen Zins, den egoistischen Händler etc. etc. gehalten wird? Nimmt der Marxismus Schaden, wenn er sich mit ihm kompa-

tiblen Erkenntnissen, außerhalb der eigenen Tradition gewonnen und nicht selten auch in Wechselwirkung mit ihr, anreichert und vervollständigt? Wer Erkenntnis für gleichgültig hält (für „theoretische Spekulation“, „Intellektuelle Geizhals“ u. dgl.) und die feste Bestimmung von Parteiinteressen für das eigentlich zu lösende Problem, dem wird der aus der Erkenntnisentwicklung drohende Widerspruch gegen akzeptierte Lehrsätze stets eine Gefahr für die „Einheit und Reinheit“ seiner Partei bedeuten. Der auf Parteiinteressen zu-rechtgestutzte Marxismus jedenfalls hat seine Chance gehabt – und verspielt. Der der menschlichen Erkenntnis Verpflichtete, der in Marxens Konzept sehr wohl auch anwesend ist, gewinnt vielleicht gerade dadurch erst seine Bewährungsmöglichkeit.

Nehmen wir für den so verstandenen Marxismus die Intention an, „die reale, historische Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion verständlich machen“ zu wollen, so darf als ein erstes Theorem desselben sicher die Feststellung angenommen werden, daß die Menschen durch Arbeit und Produktion (diese als Einheit von Arbeit und Produktionsdauer) sich selbst bestimmen, d. h. eine Kultur hervorbringen, indem sie die ihnen gegebenen Naturbedingungen kultivieren. In diesem Sinne ist es eine marxistische Fundamentalthese, die Arbeit als Selbsterzeugung der menschlichen Gattung als des Subjekts humaner Kultur zu denken. Der Übergang von der bloß biologischen Existenz in die kulturelle wird durch Arbeit vollzogen und gesichert. Ich sehe keinen Grund, auf diese Annahme zu verzichten, gebe aber gerne zu, daß über die Verwendung des Wortes *Arbeit* mancherlei Irritationen im Schwange sind. Nach einem nationalökonomischen Konzept z. B. gilt Arbeit als eine Ware, was im marxistischen Konzept ausgeschlossen ist. Nach anderen Wahrnehmungen soll uns gegenwärtig die Arbeit „ausgehen“, obwohl man sie – jedenfalls in Ostdeutschland – buchstäblich „auf der Straße liegen“ sieht. Auch soll es einen „ökonomistischen Reduktionismus“ bedeuten, die Arbeit für die wesentliche humane Lebensäußerung zu halten. Diese und viele andere Ansichten erfordern eine eingehendere Debatte, die hier nicht vorgenommen werden kann.

Die nächste These charakterisiert im Sinne der „Deutschen Ideologie“ die „Produktion des Lebens ... sogleich als ein doppeltes Verhältnis“, aber nicht „einerseits als natürliches, andererseits als gesellschaftliches Verhältnis –, gesellschaftlich in dem Sinne, als hierunter das Zusammenwirken mehrerer Individuen ... verstanden wird“¹, sondern als gemeinschaftliches einerseits und gesellschaftliches andererseits. Gemeinschaftlich ist die Produktion als Zusammenwirken in Gruppen, die sich in der Folge der Generationen erhalten. Gesellschaftlich ist die Produktion, wenn sie für den Austausch mit fremden Gemeinschaften und insofern sie für diesen Austausch betrieben wird. Es ist somit auch eine gemeinschaftliche Arbeitsteilung von der gesellschaftlichen, über den Handel vermittelte Arbeitsteilung zu unterscheiden. Die Familie ist

1 K. Marx u. F. Engels: Die deutsche Ideologie. In: MEW, Bd. 3, S. 29-30.

nicht „im Anfange das einzige soziale Verhältnis“, sondern notwendige Gemeinschaft, ohne die die Generationsfolge gar nicht vorstellbar ist. Das tatsächliche soziale Verhältnis beginnt mit dem stummen Tausch zwischen einander fremden Gemeinschaften.

Vergesellschaftung der Produktion bedeutet in diesem Sinne ihr Betreiben für eigenen *und* fremden Bedarf, ihre Planung nach den Absatzchancen auf dem Markt. Sie bedeutet nicht etwa die Zusammenführung vieler Individuen in einem großen Betrieb. Dessen Belegschaft ist eine Gemeinschaft miteinander unmittelbar kooperierender Individuen und durch die Verwertung ihres Produkts Glied in der Gesellschaft. Die durch die industrielle Revolution vermittelte Bildung großer Belegschaften signalisiert nicht die Überlebtheit des Privateigentums, sondern die Entwicklung der Gemeinschaftlichkeit in Abhängigkeit von derjenigen der Gesellschaft, die progressive Evolution der menschlichen Produktivkräfte.

Selbstverständlich lassen sich weitere Feststellungen in einem wissenschaftlich vertretbaren Marxismus angeben, die man durch Rezeption des Werks von Marx wie der Arbeiten seiner Nachfolgerinnen und Nachfolger identifizieren und zusammenstellen kann, bereichert um eigene Erkenntnisse angesichts der inzwischen möglichen Erfahrungsverarbeitung. Dies ist ein Geschäft der Zukunft. Es wird gewiß nicht betrieben werden, ohne die kritische Reflexion dessen vorzunehmen, was bis dato unter dem Namen *Marxismus* für selbstverständlich gegolten hat.

Zu diesen Selbstverständlichkeiten gehört die marxistische Verwerfung des Privateigentums, deren Realisation unter kommunistischer Herrschaft nach meiner Sicht der Dinge die vollständige Verstopfung des Innovationspotentials kommunistisch gelenkter Volkswirtschaften bedeutet hat und damit den wesentlichen Grund ihres Zusammenbruchs darstellt. Daher im weiteren einige Überlegungen zur Natur des Privateigentums und seiner sozial unabhängigen Funktion.

Was ist vom Privateigentum zu halten?

Zunächst ist über den Gebrauch des Terminus *Privateigentum* zu sagen, daß er eine bare Konsequenz des Austauschs meint, in dem die Tauschpartner einander als je besondere Eigentümer anerkennen, um die Übereignung nach vereinbartem Preis zu bewerkstelligen. Marx weiß das sehr wohl: „Dinge sind an und für sich dem Menschen äusserlich und daher *veräußerlich*. Damit diese Veräußerung wechselseitig, brauchen Menschen nur stillschweigend als Privateigentümer jener veräußerlichen Dinge und eben dadurch als von einander unabhängige Personen einander gegenüberzutreten. Solch ein Verhältnis wechselseitiger Fremdheit existiert jedoch nicht für die Glieder eines naturwüchsigen Gemeinwesens, habe es nun die Form einer patriarchalischen Familie, einer altindischen Gemeinde, eines Inkastaates usw. Der

Warenaustausch beginnt, wo die Gemeinwesen enden, an den Punkten ihres Kontakts mit fremden Gemeinwesen oder Gliedern fremder Gemeinwesen.“¹ Wenn also eine Gemeinschaft einer anderen im Austausch gegenübertritt, so ist ihr Gemeineigentum sozial sogleich Privateigentum, d. h. Sondereigentum eben dieser Gemeinschaft und nicht der anderen. Ohne die im Austausch anerkannte Getrenntheit des jeweiligen Eigentums kann es gar nicht zum Wertvergleich und damit zur Preisvereinbarung kommen. Und die Aneignung fremden Eigentums mittels Eroberung wird man füglich nicht Konstitution von Sozialität nennen wollen, wenngleich sie ohne Zweifel eine Negation von Privateigentum (des Unterlegenen) ist.

Die Vorstellung daher, daß das Privateigentum ausdrücke, der Mensch verwirkliche sich unter seiner Voraussetzung, indem er sich entwirkliche, ist mit Unterstellung des Dualismus von Gemeinschaft und Gesellschaft nicht einseitig. Privateigentum ist damit gerade die soziale Bedingung der Aneignung fremder Dinge mittels Hingabe, Entäußerung eigener. Eine Enteignung findet so gar nicht statt. Die Entfremdung ist stets durch die Aneignung kompensiert, und wenn Wirtschaftsgleichgewicht besteht, ist der Austausch wertgleich, so daß in der Entäußerung kein Gran Wert verlorenggeht, vielmehr bisher nicht vorhandener Gebrauchswert oder Nutzen gewonnen wird. Die Gesellschaft mobilisiert über die Institution des Privateigentums die Überschußbildung als Produktion für den Markt, durch den eine Gemeinschaft in den Genuß von Dingen kommt, die sie bei reiner Subsistenzerzeugung nie kennen lernt.

Wieso also die marxistische Attacke auf das Privateigentum? Wieso die Konfusion über die Natur der Sozialität und die Annahme vom exklusiven Gegensatz zwischen Privat- und Gemeineigentum? Wenn ich es richtig sehe, so findet Marx den Gegensatz „von Eigentumslosigkeit und Eigentum“ im Beginn der industriellen Revolution als empirisches Faktum vor und deutet ihn dann nach Rezeption der klassischen Nationalökonomie als den „Gegensatz der *Arbeit* und des *Capitals*“. Die Arbeit gilt ihm als „das subjektive Wesen des Privateigentums, als Ausschliessung des Eigentums“, das Kapital dagegen als „die objektive Arbeit als Ausschliessung der Arbeit“, und diese wechselseitige Exklusion insgesamt ist ihm „das Privateigentum als sein entwickeltes Verhältniß des Widerspruchs, darum ein energisches, zur Auflösung treibendes Verhältniß“.² Dies ist eine hegelianisierende Interpretation der Arbeit und des Kapitals als geschichtsbildender Akteure, in der das Privateigentum aufhört, eine durch den Austausch definierte Bestimmung zu sein, und plötzlich in der Produktion als feindlicher Gegensatz der subjektiven und objektiven Arbeitsbedingungen gegeneinander auftritt. Die wirklichen Akteure sind natürlich nicht *die Arbeit* und *das Kapital*, sondern Arbeiter und Kapitalisten, zu denen sich nach Ricardo noch die Grundeigner gesellen, soll die Totalität der Arbeitsbedingungen vollständig präsent sein. Daß alle drei

1 K. Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Oekonomie. Hamburg 1867, S. 48-49.

2 K. Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte vom Jahre 1844. 4. Aufl., Leipzig 1988, S. 156.

Klassen gegeneinander Sonderinteressen verfolgen, ist unbestreitbar. Aber indem die Produktion in der Tat verwirklicht wird, hat man auch das Faktum für die Anschauung, daß der Gegensatz durch Kontrakte aufgehoben wird. Und das muß erfolgen, sollen Löhne, Gewinne, Renten und Zinsen gezahlt werden können.

Ist es denn wahr, daß das Kapital die „objektive Arbeit“, die Ausschließung der (subjektiven) Arbeit ist? Die mit der Marxschen Sicht (im „Kapital“) durchaus übereinstimmende Vorstellung von der Kapitalbildung meint folgenden Vorgang: Vorausgesetzt, der Eigentümer einer Menge Geldes kauft Produktionsmittel, mietet Grund und Boden zur Einrichtung eines Betriebs und schließt Arbeitsverträge mit bestimmten Lohnzusagen ab, so hat er Kapital gebildet. Als ordentlicher Buchhalter trägt er diese Bildung unter dem Titel *Debet* ein, faßt die Kapitalbildung also rechtens als Schuld (gegen sich) auf und zeigt der bemühten Wahrnehmung damit, daß „Kapital“ für ausgegebenes Geld, für einen negativen Wert steht. Kapital ist nicht gebildet, wenn Geld verliehen wird, wodurch reines Zinseinkommen begründet ist. Kapital ist auch nicht gebildet, wenn nur ein unzureichender Teil von speziellen Arbeitsbedingungen via Kauf angeeignet worden ist. Mit anderen Worten: Die Kapitalbildung besteht darin, daß *Personen* alle für einen konkreten Produktionsvorgang nötigen Bedingungen im sozialen Verkehr erwerben, um sodann die Produktion und den Absatz auf eigene Rechnung zu betreiben. Ihr gebildetes Kapital liefert den Maßstab zur Beurteilung des Erfolgs ihrer Produktion. Wird das Kapital nicht reproduziert, ist das Unternehmen gescheitert. Wird es erweitert reproduziert, also Gewinn gemacht, ergeben sich neue Investitionsmöglichkeiten. Die einfache Reproduktion bedeutet die Existenzsicherung.

Betrachtet man diesen Vorgang *sine ira et studio*, muß man zugeben, daß die Kapitalbildung eine spezifisch soziale Weise der Verknüpfung aller für eine besondere Produktion erforderlichen Produktionsbedingungen ist. Man muß also zugeben, daß das Kapital mitnichten „die objektive Arbeit“ ist, die der subjektiven gegenübersteht, sondern die Einheit der für eine bestimmte Produktion erforderlichen objektiven *und* subjektiven Arbeitsbedingungen reflektiert, sofern sie durch Verträge zwischen *Personen* zustandegebracht wird. Kapitalbildung findet im Medium der Sozialität statt, nicht in dem der Gemeinschaftlichkeit, wenngleich die angeheuerten Träger von Arbeitskraft im errichteten Betrieb eine neue Gemeinschaft bilden. Das Privateigentum in der Kapitalbildung ist originär persönliches Eigentum (genauer: Familieneigentum), damit a priori assoziationsfähig, was in der Herstellung einer *societas* auch realisiert wird (in der sozialwissenschaftlichen Erkenntnis ist dieser Vorgang seit dem 13. Jahrhundert reflektiert). Mit Rückgriff auf Popper könnte man eine solche *societas* (moderner: Aktiengesellschaft) auch „geschlossene Gesellschaft“ nennen, während der Weltmarkt uns mit Sicherheit die „offene Gesellschaft“ präsentiert.

Kapitaleigentum ist demgemäß nicht *das* Privateigentum, sondern eine *Art* des Privateigentums unter der Voraussetzung erstens der Universalisierung

der Geldwirtschaft (in der orientalischen und antiken ökonomischen Formation nicht realisiert) und zweitens der Freiheit der Person (gesichert durch die Entscheidung nationaler Gemeinschaften, Sklaverei, Hörigkeit, Leibeigenschaft etc. nicht mehr zu dulden). Es unterstellt Menschen, die bereit sind, nicht ihre „Arbeitskraft zu verkaufen“, was ebenso wenig möglich ist wie der Arbeitsverkauf, sondern, wie wir in guter Anknüpfung an den deutschen Sprachgebrauch sagen können, sich zu *verdingen*. Dabei ist ganz ohne Bedeutung, ob der sich Verdingende seinerseits Eigentümer von Produktivvermögen (z. B. eines für die Eigenerhaltung nicht mehr ausreichenden Grundstücks) ist oder nicht, Freund des Dingenden oder gleichgültig gegen ihn, diese oder jene Lohngröße akzeptiert, monotone oder faszinierende Arbeit zu verrichten eingestellt wird. Wesentlich ist allein, daß der „Arbeitgeber“ mit dem „Arbeitnehmer“ einen Vertrag schließt, der in ihrer persönlichen Entscheidungskompetenz liegt. Das bedeutet die Trennung von vorgegebener Gemeinschaftlichkeit, das Eingehen eines persönlichen Risikos, die Gefahr des Scheiterns also ebenso sehr wie die Chance des Erfolgs. Im letzteren Fall kann der individuelle Lohn höher sein als jedes via Gemeinschaft gesicherte Einkommen. Im ersteren ist die Pauperisierung hoch wahrscheinlich.

Marx hat sich entschlossen, diese vom Standpunkt der Gemeinschaftlichkeit sozusagen verrückte Verbindung von Arbeitsbedingungen für ein geschichtlich transitorisches Unternehmen zu halten, weil es von Krise zu Krise stolpert. Es muß aber festgestellt werden, daß es die soziale Methode ist, ökonomische Neuerungen (Innovationen im Sinne Schumpeters) zu realisieren, ohne die gesteigerte Arbeitsproduktivität nicht zu haben ist. Da jede Neuerung einen Widerspruch gegen die bestehende Arbeitsteilung realisiert und von individuellen Projektmachern ausgeht, bedroht sie die gegebene Reproduktionsstruktur und hat daher nur eine Chance, wenn die Träger derselben eine Chance haben. Das aber ist erst generell der Fall, wenn Kapitalbildung ohne beständige Einsprüche der Gemeinschaft realisierbar ist. Daher sichert die Fortbildung des Privateigentums vom Gemein- zum Personeneigentum das Innovationspotential der menschlichen Kultur. Die Denunziation des Privateigentums, das muß in der Krise des Marxismus eingestanden werden, hat keinen anderen Sinn als den, gegen die Entwicklung der Sozialität die borierte Sicherheit erinnerter Gemeinschaftlichkeit zu beschwören. Der Angriff auf das Privateigentum ist der Angriff auf die soziale Institution des ökonomischen Fortschritts, der allein das Überleben einer wachsenden Bevölkerung zu sichern imstande ist.

Marx macht sich den Angriff auf das private Eigentum plausibel, indem er es als Ergebnis einer Enteignung deutet, um sodann die Losung von der Expropriation der Expropriateure zu verkünden. Das ist sehr wohl ein empirisches Problem, mit dem die Frage zu beantworten ist, woher die Masse der Eigentumslosen, die sich verdingen müssen, wenn sie arbeiten wollen, eigentlich stammt. Für Marx versteht sich, daß sie etwa in England durch die berüchtigten Einhegungen hervorgebracht worden sind, also durch die Okkupation

des Gemeindelands, die die Großgrundbesitzer zweifellos betrieben haben. Es ist aber ein bares Faktum, daß genau diese Okkupationen die agrarische Revolution begünstigt haben, die dann in England seit etwa 1750 eine erhebliche Bevölkerungszunahme ermöglicht hat. Aus dieser Bevölkerungszunahme ist die Masse der Vermögenslosen hervorgegangen, die durch Kapitalbildung in völlig neuen Produktionszweigen Beschäftigung gefunden hat. So gesehen ist die persönliche Kapitalbildung nicht die Schaffung, sondern die Lösung einer Krise, die Absorption der Arbeitslosen, die nicht durch Expropriation, sondern durch massive Bevölkerungszunahme hervorgebracht worden sind.

Ohne Zweifel bedeutet die Enteignung, der Fall in die Vermögenslosigkeit das Ende einer Teilnahme an der Determination der gesellschaftlichen Verhältnisse. Ist die Gesellschaft in der Zirkulation der Waren wirklich, also ein Warenangebot der Versuch, in sie einzutreten, sind die Vermögenslosen vom Leben der Gesellschaft ausgeschlossen und bilden eine Masse von Menschen, die sich verdingen müssen oder von entsprechenden Gemeinschaften unterhalten werden, wenn die Verdingung nicht gelingt. Es besteht dann die bekannte „soziale Frage“, in den Worten Franz Baaders das „Mißverhältnis der Vermögenslosen oder Proletairs zu den Vermögen besitzenden Klassen der Sozietät“¹. In vorkapitalistischen Produktionsweisen ist sie mit der Agrarfrage identisch gewesen. Erst die industrielle Revolution hat sie in voller Allgemeinheit gestellt. Und Marxens Proklamation der Expropriation der Expropriateure ist natürlich sowohl eine Erklärung für die Ursache des Bestehens der sozialen Frage als auch eine Antwort auf sie. Wenn es der Mann mit dem Degen ist, der die Enteignung betreibt, so müssen sich die Vermögenslosen rüsten, den Mann mit dem Degen entwapfen, das Gemeineigentum restaurieren und so die Vermögenslosigkeit aus der Welt schaffen.

Aber der Mann mit dem Degen ist Eugen Dührings Demiurg der Eigentumslosigkeit, den ebenso Engels wie Marx für ein Phantasiegebilde gehalten haben, ihrer eigenen Forderung nach Expropriation der Expropriateure ungeachtet, die ja in letzteren nichts anderes als eben solche Degenmänner unterstellt. Sind sie Produkte der Imagination, wie ist dann die Eigentumslosigkeit zu erklären? Ich sehe keine andere Möglichkeit als die, „die reale, historische Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion“ selbst dafür verantwortlich zu machen. Indem sie wesentlich Produktivitätssteigerung ist, Entwicklung des Systems der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, entwertet sie zugleich bisher stabil geglaubte Vermögen, erklärt ganze Gruppen von Arbeitsfähigkeiten für überflüssig und schafft genau damit – übrigens in zyklisch gut unterscheidbaren Phasen – die Masse der Eigentumslosen. Sagen wir es unmißverständlich: Jeder Produzent, der mit Eifer seine Produktion effektiver macht, ist ein Mitverursacher der in der Feststellung der sozialen

1 F. Baader: Über das dermalige Mißverhältnis der Vermögenslosen oder Proletairs zu den Vermögen besitzenden Klassen der Sozietät in Betreff ihres Auskommens, sowohl in materieller als intellektueller Hinsicht, aus dem Standpunkte des Rechts betrachtet. Abdruck in: L. Elm: Konservatives Denken 1789 – 1848/49. Darstellung und Texte. Berlin 1989, S. 228-236.

Frage beklagten Vermögenslosigkeit. Er wirkt daran mit, daß hier ein Betrieb ins Konkursverfahren gehen muß, dort Arbeiter entlassen werden. Eigentumsbildung und Enteignung machen zusammen den unvermeidlichen Januskopf des wirtschaftlichen Fortschritts aus, sind Phänomene des Widerspruchs der sozialen Produktionsentwicklung, dem wir nicht ausweichen, den wir via sozialökonomischer Erkenntnis durch den Versuch seiner Beherrschung nur erträglich machen können. Daß dies möglich ist, liegt an derselben Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion: Wo sie bisherige Vermögen entwertet, schafft sie zugleich auch die Bedingungen neuer Vermögensbildung. Sie ersetzt den Postkutscher durch den Eisenbahner, den Kapitän von Passagierdampfern durch den von Flugzeugen, den Wucherer durch ein aufeinander abgestimmtes Bankensystem etc. etc. Sie entwertet nur, weil sie verwertet.

Das ist, wie ich sofort zugebe, für die von Entwertungen betroffenen Menschen kein Trost. Doch Erkenntnis hat nicht den Sinn zu trösten, sondern die Bedingungen vernünftigen Handelns festzustellen. Und wenn erfaßt wird, daß das Privateigentum unhintergehbare Sozialinstitution ist, so kann die Vermögenslosigkeit bei gegebenem Standard der gesellschaftlichen Produktion nicht durch Ausschluß des persönlichen Eigentums an Produktivvermögen beseitigt werden, sondern allein durch Investition in neu zu findende Bereiche der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Sie zu finden, ist eine wesentlich individuelle und persönliche Tat. Und eben deshalb ist das persönliche Eigentum, so sehr es als Gegenbild zur Eigentumslosigkeit unter Verdacht gestellt werden kann, das Mittel, den wirklichen Fortschritt der gesellschaftlichen Produktion zu ermöglichen. Ohne ihn aber gibt es nicht einmal partielle Lösungen der sozialen Frage.

Summa summarum: Ein künftig möglicher Marxismus, der sehr wohl um die Lösung der sozialen Frage bemüht bleiben muß, die heute obendrein durch das mit der industriellen Revolution verursachte universale ökologische Problem komplettiert ist, wird nicht mehr zur Attacke auf das Privateigentum schlechthin aufrufen, vielmehr die Entwicklung des Eigentums in Zusammenhang mit der Entwicklung der Arbeit denken und erkennen müssen. Und er wird darin noch immer Marxismus sein, d. h. eine Lehre, die annimmt, „daß eine bestimmte Produktionsweise oder industrielle Stufe stets mit einer bestimmten Weise des Zusammenwirkens oder gesellschaftlichen Stufe vereinigt ist, und diese Weise des Zusammenwirkens ist selbst eine ‚Produktivkraft‘, daß die Menge der den Menschen zugänglichen Produktivkräfte den gesellschaftlichen Zustand bedingt und also die ‚Geschichte der Menschheit‘ stets im Zusammenhange mit der Geschichte der Industrie und des Austausches studiert und bearbeitet werden muß“.¹

1 K. Marx u. F. Engels: Die deutsche Ideologie. A. a. O., S. 30.

„... mit fliegenden Fahnen zu Schumpeter“

Raj Kollmorgen sprach mit Peter Ruben¹

Raj Kollmorgen: Herr Ruben, vielleicht schildern Sie zunächst, wann und wie Ihre Schumpeter-Rezeption einsetzte, d.h. in welchen wissenschaftlichen und ggf. politischen Kontexten.

Peter Ruben: Ausgangspunkt war, dass ich für Hans Wagner methodische Hilfestellung bei der theoretischen Darstellung der Politischen Ökonomie geben sollte. Das war Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre. Ich war zu dieser Zeit am Institut für Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin bei Hermann Ley, d.h. am Lehrstuhl für philosophische Probleme der Naturwissenschaften. Hier ging es uns immer darum, die Einschränkung auf die Naturwissenschaften aufzuheben und gesellschaftswissenschaftlich tätig zu werden, da stand die Ökonomie an erster Stelle und Hans Wagner war die wichtigste Person.

Anschlusspunkt war damals die Rezeption von Marx und das Entwicklungsproblem; genauer die Frage nach der Dialektik in den empirischen Wissenschaften, d.h. für mich v.a. in der Ökonomie und der Physik. Dann habe ich eines Tages Schumpeter entdeckt und fand, das ist ja fast Darwin und verkörpert eine Entwicklungsauffassung, die auch bis heute unübertroffen ist. Nun kommt eine typische DDR-Rezeptionsweise hinzu: Frei für eine intensive Schumpeter-Rezeption wurde ich erst, als ich nach 1978 dieses Theater mit dem Ideologieapparat hatte.² Höhepunkt war 1981: Ich nahm zunächst an, dass ich gefeuert würde. Dann gab es aber durch die westdeutsche Intervention die Entscheidung Hagers, die Leute zu verteilen, und ich wurde Mitte Mai 1981 förmlich gefragt, ob ich an der Akademie der Wissenschaften weitermachen oder gehen will, woraufhin ich natürlich sagte, ich will weiter in der Forschung bleiben. Auf die Frage, was ich denn nun machen will, sagte ich, mein Thema ist Schumpeter, Schumpeters Entwicklungsauffassung, ich arbeite sowieso zum Entwicklungsproblem.

Das wurde akzeptiert. Und so wurde eben Schumpeter in den Jahren des inneren Exils zu meinem Hauptthema. Ich habe dann im Verlaufe meiner Beschäftigung interne Papiere angefertigt, auch zur „Präsentation meiner Planerfüllung“; viel Interesse hat das zunächst nicht erregt. Dies änderte sich aber schrittweise. An der Akademie der Wissenschaften gab es dann Gespräche und Interessen, insbesondere seitens der Historiker im Zusammenhang mit dem Formationsproblem und nach 1985 durch Gorbatschow. Durch die dadurch er-

¹ Erstveröffentlichung in Berliner Debatte INITIAL 6, 1993. S. 53-60

² Vgl.: H.-C. Rauh (Hrsg.): Gefesselter Widerspruch. Die Affäre um Peter Ruben. Berlin 1991.

folgten „Lockerungen“ wurden auch im Institutsbereich (des Zentralinstituts für Philosophie der AdW) meine Studien zum Thema gemacht. 1988 schrieb ich schließlich einen Artikel über Schumpeter für die Deutsche Zeitschrift für Philosophie.¹ Allerdings wurden seitens der Redaktion Korrekturwünsche an mich herangetragen. Man musste sich damals dauernd rumschlagen mit albernem Formulierungen, die drin sein mussten oder nicht – schrecklich dieser Umgang mit Autoren. Ich habe mir dann mit der Bearbeitung Zeit gelassen, und so erschien der Artikel erst 1990

Raj Kollmorgen: Sie haben damit bereits auch den groben Verlauf ihrer Beschäftigung bis 1990 skizziert. Mich würde nun einerseits genauer interessieren, in welchen wissenschaftlichen Kon- und Kontexten Sie Schumpeter rezipiert und ob Sie diese Auseinandersetzungen vielleicht gemeinsam mit anderen, ggf. in irgendwelchen geregelten Formen geführt haben; und zum anderen, zu welchen Ergebnissen und Einschätzungen Schumpeters Sie dabei gekommen sind?

Peter Ruben: Also, eine irgendwie öffentliche Form der gemeinsamen Auseinandersetzung hat es nicht gegeben. Was ich zur Kenntnis nahm, war die grundlegende Arbeit von Thomas Kuczynski von 1985², die zwischen eher langweiligen Beiträgen in einem Sammelband versteckt war. Es gab keine persönlichen Kontakte, sondern nur literarische. Bedenken Sie, ich hatte damals, zwischen 1981-1989, Öffentlichkeitsverbot. Kontakte waren nicht möglich und auch gefährlich ...

Raj Kollmorgen: Gab es nicht aber Treffen und Diskussionen mit Renate Washner, Horst-Heino v. Borzeszkowski u.a. in dieser Zeit?

Peter Ruben: Richtig, nach 1981 veranstalteten wir relativ regelmäßig – aber privatim – Hegel-Kolloquien, auf denen allerdings messtheoretische Probleme der empirischen Wissenschaften im Zentrum standen und nicht Schumpeter ...

Aber, um auf ihre Frage nach den Inhalten und Ergebnissen meiner Schumpeter-Rezeption zu kommen: Grundsätzlich würde ich zunächst sagen, dass es zu Schumpeters wirtschaftlicher Entwicklungstheorie international keinen vergleichbaren Ansatz gibt. Die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung steht in der mathematischen Theorie zur Debatte und macht ihre Schwierigkeiten. Dies ist ganz verständlich. Und die theoretischen Grundlagenfragen sind dafür nicht geklärt. Ich habe mich damit zwischen 1981 bis 1989 in großer Isolierung befasst. Insofern war es eine private Schumpeterrezeption, die aus der klassischen philosophischen Tradition der Verbindung zwischen philosophischer Dialektik und Fachwissenschaften entstanden ist, und wobei mir

1 Ruben, Peter: Schumpeters Theorie der Wirtschaftsentwicklung in philosophischer Sicht. In: DZfPh 38. Jg.(1990), H. 4, S. 319-327.

2 Kuczynski, Thomas: Das Problem der „langen Wellen“ - einige Überlegungen. In: Kuczynski, Th. (Hrsg.): Wirtschaftsgeschichte und Mathematik. Berlin 1985.

eben Schumpeter über den Weg lief als Repräsentant des Entwicklungsdenkens in den Wirtschaftswissenschaften, wie es entwickelter nicht da ist – bis heute nicht.

Raj Kollmorgen: In der philosophischen Rezeptionsweise scheint es in der Tat wenige zu geben, die sich mit Schumpeter beschäftigt haben. Aber es gibt aus der innovationstheoretischen Richtung wie auch aus den „Long- Run-Economics“ originäre Ansätze der Verarbeitung des Schumpeterschen Entwicklungsdenkens. Haben Sie sich in der Zeit zwischen 1981 und 1989 oder in jüngster Zeit mit solchen Ansätzen beschäftigt?

Peter Ruben: Nein, nach 1989 übernahm ich die Leitung des Instituts¹ und war somit mit Verwaltungsfragen beschäftigt. Mir war klar, ich bin dort „Nachlassverwalter“. Da hat man also gar keine Zeit mehr gehabt.

Aber, um auf die Zeit vor 1989 und zugleich weiter auf die theoretische Seite der Sache einzugehen: Ausgangspunkt war die Forderung von Hans Wagner, strengere methodologische Maßstäbe in die Darstellung der Politischen Ökonomie zu bringen. Dies blieb thematisch in der Beschäftigung mit Schumpeter erhalten. Denn ich stellte sehr bald fest, dass Schumpeter, bevor er seine Entwicklungstheorie konzipierte, 1908 *Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie* verfasst hatte, das ich nach wie vor für ganz bemerkenswert halte. Und das Buch trifft mit der Marxschen ökonomischen Theorie an einer ganz entscheidenden Stelle zusammen: Beim Problem der Werttheorie. Schumpeters These ist: Jede wissenschaftliche ökonomische Theorie ist Werttheorie. Schumpeter geht hier – soweit er überhaupt kann – an die Mathematisierung der Ökonomie und präsentiert formell den Unterschied zwischen Preis und Wert. Die Frage war, wie hängt dies mit der Marxschen Werttheorie, genauer der Wertformlehre zusammen? In dieser Frage kann man weiterkommen, wenn man Schumpeter komplettiert mit Ansätzen von Oskar Lange und Andras Bródy. Das eigentliche methodische Problem der Ökonomie als empirischer Fachwissenschaft ist das Problem der Messung, d.h. die Frage nach der Definition ökonomischer Messgrößen. Schumpeter präsentierte dies nur auf dem Stand der österreichischen Schule von 1908, was er aber nicht weiter verfolgte, sondern später mehr die Einheit von Historie, Statistik und verbaltheoretischem Ansatz sah. Da habe ich dann weiter gearbeitet, auch einen Artikel geschrieben, 1988 über Größen und Messung in der Ökonomie², mit folgendem Ergebnis: Zunächst haben wir es mit einer terminologischen Umkehrung zu tun. Was bei Marx Wert und Gebrauchswert ist, heißt bei Schumpeter Nutzen und Menge. Nimmt man nun die dimensionstheoretische Erklärung von Bródy hinzu, die den Wert als Produkt von Arbeit und Zeit darstellt, und fügt die beiden Ansätze zusammen, dann erhält man den allgemeinen Wertbegriff und kann zugleich zeigen, dass der Methodenstreit um die

1 Gemeint ist das Zentralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR.

2 Ruben, Peter: Produktivkraft und Produktivität in ökonomischen Maßarten. In: DZfPh 36. Jg. (1988), Heft 3, S. 241-250.

Jahrhundertwende ein Streit ohne methodologisches Bewusstsein gewesen ist. Eine messtheoretische Basis der Ökonomie in Analogie zur Physik wird präsentabel; eine andere Frage ist, inwieweit sie rezipiert wird. Schumpeters Fragestellung, entwicklungstheoretisch in der Ökonomie zu arbeiten, stellt sich dann neu, denn sie wird so mit dem messtheoretischen Problem verbunden. Allerdings habe ich den Eindruck, dass in der Ökonomie die Frage nach der Messung bis heute nicht vernünftig verstanden wird: Theoretische Ökonomie ist in der mathematischen Darstellung oftmals nichts anderes als Mengentheorie in ökonomischer Benennung. Wenn Ökonomen Preise als reelle Zahlen präsentieren, weiß man, dass von Mathematik die Rede ist, nicht von empirischer Ökonomie. Die Grundsatzfrage, die nach wie vor unbeantwortet ist und die in meiner Exilphase für mich wesentlich war, ist das Problem von Rechnung und Messung in der Ökonomie, und zwar in Anknüpfung an Schumpeter, Marx und Lange bzw. Bródy mit dem Versuch einer Synthese ...

Raj Kollmorgen: Dann möchte ich Sie nach dem Verhältnis dieser messtheoretischen Problemstellung zum Problem der Entwicklungsschübe, der Einschnitte in die so bezeichneten „Gleichgewichtszustände“, fragen. Schumpeter lässt ja in den „Konjunkturzyklen“ zur Erklärung dieser Durchbrüche, zur Erklärung von Entwicklung die Unternehmerfigur auftreten. Mir stellt sich hier die Frage, ob sich Entwicklung in diesem Sinne überhaupt mathematisch, messtheoretisch einfangen lässt?

Peter Ruben: Hierzu muss man zunächst auf die Unterscheidung von Schumpeter zurückgreifen, die er als erster klar getroffen hat, nämlich die zwischen *Wachstum* und *Entwicklung*. Denn um den messtheoretischen Ansatz realisieren zu können, muss man von der Entwicklung absehen und Gleichgewichtszustände unterstellen, also das, was Marx einfache Reproduktion genannt hat. Selbst wenn die einfache Reproduktion nur eine – im Weberschen Sinne – idealtypische Bestimmung ist, muss sie vorgesetzt werden, weil sie eine messtheoretische Anforderung zur Realisierung der Messoperationen ist. Dann kann Wachstum thematisiert werden. Und es ist sicher, dass der wachstumstheoretische Ansatz mit Hilfe einer messtheoretisch fundierten Ökonomie mathematisch besser handhabbar ist, als der entwicklungstheoretische. Das Entwicklungsphänomen ist dann immer als Durchbruch durch eine empirisch feststellbare Wachstumsphase vorhanden, als Innovation. Das zweite Problem in diesem Zusammenhang ist, dass das praktische Bedürfnis in der Ökonomie oft kurze Fristen betrifft und daher kurzfristige Kalkulation gefragt ist. Die Thematisierung der mittel- und vor allem langfristigen Prozesse wird nicht vorgenommen. Denken wir an Keynes, er sagte: „In the long run we are all dead“. Wenn das so ist, interessiert mich Entwicklungstheorie ohnehin nicht, und man kann zu einem anderen ökonomischen Konzept übergehen, indem man z.B. eine Theorie rationaler Entscheidung verwendet. Dann steht immer das Investitionsproblem zu einem bestimmten Zeitpunkt zur Debatte. Das eigentliche Entwicklungsproblem stellt sich in der prakti-

schen Vernunft erst dann, wenn Interesse an Erkenntnis der Entwicklung da ist, wenn wir langfristig denken und begreifen wollen. Glücklicherweise aber gibt es Menschen, die meinen, dass es ganz vernünftig sei, langfristige Planungen anzustellen, die heute z.B. fragen, wie es im Gebiet der verblichenen DDR weitergehen soll. Und dann kommt man auf die Kondratieffsche und Schumpetersche Theorie zurück und kann sich im Rahmen dieser Theorie mit der Wirklichkeit befassen. Sie stellt ein Erklärungspotential bereit, auf das man bei bloß kurzfristiger Planung verzichtet. Ist es nicht bemerkenswert, dass auch in der Analyse der geistigen Entwicklung der Philosophie angefangen wird, in solchen zyklischen Modellen zu denken?¹ Oder nehmen wir die Braudel-Schule als Paradefall solchen Denkens.² Schließlich ist ja auch im Rahmen der Vorstellungen der „langen Wellen“ sehr frühzeitig prognostiziert worden, dass die Depression des vierten Kondratieff den „realen Sozialismus“ treffen wird. Das ist mit einer hervorragenden Genauigkeit eingetroffen, die man sich besser gar nicht wünschen kann. Das sind insgesamt Anlässe genug, zu fragen, ob man sich mit ökonomischer Entwicklungslehre nicht weiterhin ernsthaft beschäftigen sollte...

Raj Kollmorgen: Ein anderer Aspekt Schumpeterschen Denkens tut sich auf, stellt man ihn neben Max Weber, wo sich doch eine ganze Reihe von theoretischen Gemeinsamkeiten finden lassen, wenn man z.B. an das Phänomen der weltgeschichtlichen Rationalisierung, an die Klassen- oder auch an die Eigentumsproblematik denkt. Sie haben nun, anders als die meisten Schumpeter-Rezipienten, gerade auch diese Aspekte immer wieder thematisiert – ich erinnere nur an Ihre Aufsätze in INITIAL 1990.³ Meine diesbezügliche Frage wäre, ob sie nicht ein Problem darin sehen, mit Schumpeter die Sozialität des Marktes gegen die Kräfte der Gemeinschaft zu thematisieren angesichts der destruierenden Tendenzen der Systeme der Moderne, zumal doch Schumpeter quer dazu die gemeinschaftliche Verankerung des Unternehmers betont hat?

Peter Ruben: Zunächst einmal hängen diese ganzen Überlegungen mit dem Ausgang und dem Resultat der kommunistischen Bewegung im 20. Jahrhundert zusammen – als Fundamentalereignis unseres Jahrhunderts. Sie ist angetreten mit der antikapitalistischen Attitüde, die ja im „Gothaer Programm“ der Sozialisten klar formuliert wurde: Übernahme der Staatsgewalt durch das organisierte Proletariat, Herstellung des Gemeineigentums, oder wie gesagt wurde, des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln. Ende 1989, Anfang 1990 erfolgte dann der Ruf nach Reprivatisierung als Antwort auf das, was hier 40 Jahre lang unternommen worden ist. Damit stellt sich für mich die Frage, ob die genannte sozialdemokratische These: Herstellung des

1 Vgl.: Vittorio Hösle: Wahrheit und Geschichte. Stuttgart- Bad Cannstatt 1984.

2 Fernand Braudel: Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. 3 Bde. München 1985

3 Ruben, Peter: Was ist Sozialismus? Zum Verhältnis von Gemein- und Personeneigentum an Produktionsmitteln. In: INITIAL 2/1990, S. 115-125 sowie Ruben, Peter: Wirtschaftsentwicklung und Sozialismuskonzept. In: INITIAL 4/1990, S. 374-380.

gesellschaftlichen Eigentums durch die staatlich verfasste und proletarisch geführte Gemeinschaft, nicht eine Zielstellung ist, die in Rücksicht auf die Unterscheidung von Tönnies zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft in sich absurd ist? Wenn ich unterstelle, Gesellschaft sei ökonomisch durch den Weltmarkt konstituiert, der nicht ein Randphänomen ist, sondern die menschliche Gesellschaft wirtschaftlich realisiert, habe ich die Möglichkeit festzustellen: Die Lösung der gesellschaftlichen oder sozialen Frage sollte kommunistisch dadurch betrieben werden, dass die Gesellschaft abzuschaffen und durch die Gemeinschaft zu ersetzen wäre. Das ist de facto passiert. Die nationale Gemeinschaft, beherrscht durch kommunistische Führung, übernimmt die Produktionsmittel, verwandelt sie de facto in staatliches Eigentum und wird damit innovationsunfähig. Dies bedeutet gleichzeitig: Sie beseitigt den Austausch, den Markt, der nur noch (wie bei J. G. Fichte) an der Grenze der Gemeinschaft auftritt. Dies unterstellt, muss man über das Unternehmerkonzept von Schumpeter noch einmal ernsthaft nachdenken und dessen Schranken identifizieren. Der originäre Schumpetersche Unternehmer ist ja eigentlich der Familienrepräsentant. Und im Einklang mit vielen Leuten seiner Zeit stellt Schumpeter fest, die Familie, Element der Gemeinschaft und ökonomisches Subjekt, entschwindet seit etwa den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts, als die modernen Aktiengesellschaften aufzutreten begannen. So ist die Annahme Schumpeters vom Ersatz des Unternehmers durch bürokratische Leistungen zeitgebunden und darin plausibel. Der kommunistische Zusammenbruch hat aber dazu geführt, dass wir jetzt dringend unternehmerische Potenzen ohne Rücksicht darauf brauchen, ob diese nun familiengebunden generiert werden oder nicht. Was bei Schumpeter nicht genügend thematisiert wurde, ist die Funktion der Person in Bezug auf die Durchsetzung bzw. Realisation von Innovationen. Dies halte ich für ein erkenntnistheoretisches Problem erster Ordnung: Woher kommt, was Mises und Hayek weitaus klarer gesehen und thematisiert haben, bei gegebenen Gemeinsinn oder Gemeinbewusstsein die Neuerung; wie hängt beides miteinander zusammen? Ich definiere daher den Unternehmer eher darwinistisch als die Person, die Neuerungen – auch verrückte – anzubieten fähig ist und die materielle Chance sozial und gemeinschaftlich bekommen muss, sie zu realisieren. Dies habe ich, das muss ich ehrlicherweise sagen, erst in der Erfahrung des kommunistischen Zusammenbruchs wirklich begriffen. Das kommunistische Experiment ist ja daran gescheitert, dass es Feind aller individuellen Besonderheiten gewesen ist. Sie aber bedeuten das Potential für Innovationen. Moses Heß und Marx haben übrigens den „rohen Kommunismus“ als Feind aller Persönlichkeit beschrieben. Die neue soziologische Frage im Unterschied zu Schumpeter ist so sicher von historischer Erfahrung abhängig: Wie ist die Stellung der Person in sozialer wie gemeinschaftlicher Organisation unabhängig von ihrer traditionell an die Familie gebundenen Existenz mit Bezug auf das Neuerungsphänomen zu denken? Und da bin ich schon der Meinung, dies darwinistisch zu denken. Man

muss einfach ein Mutabilitätspotential haben, sonst gibt es keine Chancen für Neuerungen.

Eine andere Seite der Angelegenheit, die Sie mit der Beziehung zwischen Schumpeter und Weber ins Spiel gebracht haben, und die ich mit dem Hinweis auf Tönnies schon kurz anschnitt, betrifft den Umstand, dass in diesem Punkt etwas sozialtheoretisch liegengeblieben ist. Dem Ansatz von Tönnies, den weder Schumpeter noch Weber adäquat thematisiert haben, liegt die Unterscheidung zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft zugrunde, die bei Tönnies in einer präzisen philosophisch-kategorialen Denkstruktur entwickelt worden ist. Man ist mit der Tatsache konfrontiert, dass dieser Ansatz nicht bemerkt worden ist, dass Tönnies einen Dualismus in menschlichen Verbindungen im Blick hatte. Man denke nur z. B. an René Königs Darstellung, die praktisch in einer Kapitulation gegenüber diesem Problem endet.¹ Tönnies hatte die Unterscheidung gemeinschaftlicher von gesellschaftlicher Verbindung in Aufnahme der Überlegungen von Hobbes und anderen zu Staat und bürgerlicher Gesellschaft formuliert und weiter entsprechend zwischen Sozialismus und Kommunismus als Realisierung kulturphilosophischer Formen unterschieden. Es handelt sich hier um einen Dualismus, den man aus der Unterscheidung zwischen Produktion und Tausch erklären kann. Gemeinschaft ist mit Tönnies als operative Bestimmung, als eine Art der Verbindung zwischen Menschen zu fassen, die auch Marx meint, wenn er von der unmittelbaren Kooperation der Lebenden spricht. Dies konstituiert Gemeinschaft. Bei Marx, noch deutlicher bei Engels, gibt es dann die Vorstellung – und hier setzt die Kritik ein –, dass die Einstellung von Belegschaften in großen Betrieben durch Kapitalisten der Beweis für die Vergesellschaftung der Produktion sei, die ihrerseits als Bedingung für die Abschaffung des Privateigentums gilt. Wenn ich Tönnies ins Spiel bringe, dann kann ich umgekehrt sagen: Die menschliche Entwicklung basiert auf dem Dualismus zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft, so dass jeder Schritt in der Veränderung der Struktur der Gesellschaft zugleich eine Veränderung der Gemeinschaften bedeutet und umgekehrt. Daher kann die Konstitution einer Belegschaft nicht die Vergesellschaftung der Produktion bedeuten, sondern nur die Konstitution neuer Gemeinschaftlichkeit. Thematisiert man beides, die Gesellschaft über die Geschichte des Weltmarktes sowie die Gemeinschaft, im Übergang etwa von der Polis zur Nation, von der Familie zur Fabrikbelegschaft, von der Dorfgemeinde zur städtischen Bürgergemeinde etc., hat man eine Möglichkeit, mit dem Schumpeterschen Ansatz umzugehen, wie er sie selbst so nicht gesehen hat. Schumpeter nämlich macht 1908 den Ansatz, Wirtschaftstheorie als Tauschlehre zu verstehen, womit sie Sozialtheorie schlechthin ist. So kann man die Unterscheidung von Tönnies in der Ökonomie nicht gebrauchen, sondern muss eine die Schumpetersche Auffassung komplettierende Produktionstheorie finden. Sie gewinnt man über Marx und Sraffa. Es ist eine Theorie subsistierender Gemeinschaften zu ent-

1 René König: Soziologie in Deutschland. München / Wien 1987. S. 122-197 (König kennt nur konträre und kontradiktorische Gegensätze, duale leider nicht.)

wickeln, in der Gesellschaft gar nicht auftritt. Dann kann man den Schritt in die Richtung gehen, die Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft unter dem Gesichtspunkt der Differenz zwischen Produktion und Tausch vorzunehmen und spezieller zu unterscheiden zwischen Produktion für den Tausch einerseits und für die Subsistenz andererseits, die ja immer wieder in der Geschichte auftritt. Es ist ein umfangreiches Forschungsfeld, das sich da auftut, zu dem international unglaublich viele Beiträge bereits vorliegen, die unter neuen theoretischen Voraussetzungen zu verarbeiten sind – immer unter dem Interesse an der Erkenntnis langfristiger Entwicklungen ...

Raj Kollmorgen: Wie könnte man sich Ihrer Meinung nach auf Basis dieser theoretischen Prämissen noch Sozialismus denken und wie – in Rücksicht auf diesbezügliche Schumpetersche Thesen – könnte dieser funktionieren?

Peter Ruben: Die Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft ermöglicht, Kommunismus als Gemeinschaftsordnung von Sozialismus als Gesellschaftsordnung zu unterscheiden. Was „Sozialismus“ genannt wurde, war in Wahrheit Kommunismus. Der sogenannte Sozialismus besaß eine Wirtschaftsverfassung, in der eine Nation als Gemeinschaft, geführt durch ein politisches Büro, die Reproduktion ohne Austausch betrieb. Das war ein Wirtschaftssubjekt, das a priori intern Gesellschaftlichkeit ausschloss, extern auf die Ersetzung der Weltgesellschaft durch die Weltgemeinschaft gerichtet war. Was Mises als unmöglich erklärt und Lange ihm schließlich auch zugestanden hat, und was de facto von uns im Nachhinein auch als Erfahrung festgestellt wurde, ist, dass ohne Sozialität eine objektive Preisbestimmung nicht möglich ist. Oder anders gesagt, dass sie die fundamentale Voraussetzung für die Wirtschaft ist: Der Markt liefert mir die Möglichkeit der objektiven Bewertung der über Produktivkraftentwicklung angebotenen Produkte und Dienste. Jede subjektive Dezision über den Preis liefert sofort eine Verzerrung der Kalkulation, womit das Problem auftaucht, ob ich die Identifikation von Sozialismus und Kommunismus mit Marx teilen will oder ob ich mit Lorenz von Stein (1842) wirklich begreifen will, dass Sozialismus und Kommunismus zwei definitiv unterscheidbare Ordnungen darstellen. Das ist mit der Leistung von Tönnies möglich. Kommunismus heißt dann: Realisation der Dominanz der Gemeinschaft über ihre Individuen unter Ausschluss der Gesellschaft. Sozialismus kann demgegenüber nur heißen, eine gegen den Manchester-Kapitalismus gerichtete Ordnung des gesellschaftlichen Systems zu haben, in der die Rücksichtnahme auf unterschiedliche gemeinschaftliche und persönliche Interessen institutionell gesichert ist, d.h. eine mit Verstand und Vernunft regulierte Marktverfassung, die als solche aber nicht attackiert wird.

Utopische Planentwürfe über eine vernünftige gesellschaftliche Ordnung sind ziemlich uninteressant. Worauf es ankommt, ist, sich die wirkliche Geschichte der gesellschaftlichen Produktion im 19. und 20. Jahrhundert anzusehen und zu fragen, was diese mit den Ideen über den Sozialismus tatsächlich zu tun hat. Ich meine dann schon, dass wir nüchtern und jenseits aller Ideo-

logeme feststellen müssen, dass der Sozialismus ja realisiert worden ist, und zwar in einem erstaunlichen Ausmaß. Die Menschheit hat bei allen Kriegen und Verrücktheiten Instrumente zur Beherrschung des Weltmarktes entwickelt und wird sie weiter entwickeln. Und daher muss dann gefragt werden, was mit der Verwendung des Wortes Kapitalismus im Gegensatz zum Sozialismus eigentlich gemeint sein kann? Mein Eindruck ist, dass wir uns da gegenwärtig immer noch in ideologischen Schlangenhäuten bewegen und nicht bereit sind festzustellen, dass z.B. die Initiativen Bismarcks, die in Antwort auf die Bestrebungen der Sozialdemokratie auf die Errichtung des Staatssozialismus gerichtet waren, dazu führten, dass das Ziel praktisch erreicht wurde über die Entwicklung der Sozialverfassung, die ja in Deutschland heute in einer Weise entwickelt ist, wie kaum anderswo auf der Welt. Und ich frage mich, warum sollen wir nicht bereit sein, dies als Beitrag zur Entwicklung dessen, was Sozialismus vernünftigerweise heißen soll, zu denken. Sozialismus muss nicht als Produkt der Durchsetzung von Sonderinteressen verstanden werden, sondern kann auch als eine vernünftige Ordnung der Gesellschaft gedacht werden, an der alle interessiert sind, wenn die Alternative Untergang heißt. Diese Ordnung muss Gegenstand der Produktion der gesamten Gesellschaft sein und wird wesentlich durch wissenschaftliche Erkenntnisse vermittelt. Originär ist im modernen Sozialismus das Wort „Sozialismus“ gegen Individualismus gewendet worden mit der Erwartung, die durch die zyklische Entwicklung immer wieder auftretenden Phänomene der Massenarbeitslosigkeit, der Enteignung und des Elends zu beenden. Die Frage bleibt, wie man diese Entwicklungsweise beherrschen kann. Sie ist ja nach wie vor unbeantwortet. Notwendig ist daher, die Quellen für diese Phänomene innerhalb des ökonomischen Zyklus selbst zu suchen und zu fragen, wie diese Prozesse zu beherrschen sind. Und dies würde ich den sozialistischen Ansatz nennen.

Raj Kollmorgen: Nun allerdings kann man ja fragen, ob nicht schon die Megamaschinen der Systeme, die – um es mit Marx zu sagen – „entfremdeten Mächte“, eine soziale „Beherrschung“ heute verunmöglichen?

Peter Ruben: Hier scheinen mir wieder ideologische Bestimmungen im Schwange. Erstens, was soll eigentlich „Kapitalismus“ heißen? Gewöhnlich heißt es, Kapitalismus sei schmutziger Profit, üble Gewinnoptimierung. Ich frage, welche Unternehmung kann anders wachsen als durch Gewinnbildung. Das geht gar nicht anders: Eine rentabilitätsorientierte Wirtschaftsführung ist für jedes Wirtschaftsunternehmen egal in welcher Produktionsweise absolute Bedingung seiner sozialen Existenz. Dies kann nicht Kapitalismus sein. Schau ich bei Marx nach, zeigt sich – und für mich gibt es keinen besseren Kapitalismusbegriff –, Kapitalismus heißt: Wenn die Person ihr Geldvermögen für Arbeitsbedingungen ausgibt und auf eigene Rechnung produziert und tauscht, dann bildet sie Kapital. Nun hat Marx Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre geschrieben, er sei ganz froh, den zweiten und dritten Band des „Kapital“ nicht geschrieben zu haben, weil sich ganz neue Phänomene herausbilde-

ten. Die Frage, was er da gesehen hat, lässt sich ganz klar beantworten: die Aktiengesellschaften. Sie bedeuten klarerweise eine Negation des originären Begriffs des Kapitals als des Personeneigentums.

Raj Kollmorgen: ... Er sprach deutlich von einer Aufhebung des Kapitals in den Grenzen des Kapitals...

Peter Ruben: Natürlich. Ich würde gern diesen Gedanken weiterführen wollen. Was passiert, wenn allein aus Gründen des Investitionsbedarfs die Sozialisierung der individuellen Kapitalbildung unvermeidlich wird? Welche Stellung übernimmt dann das Eigentum, wenn es von der Familie im Sinne der persönlichen Kapitalbildung getrennt wird? Und wenn in der Beziehung zwischen Management und Eigentümer der Eigentümer nur noch über den Erfolg der Produktion dadurch urteilt, indem er Aktien erwirbt oder abstößt. Was ist das eigentlich? Regulationsfunktion des Eigentums – und zwar heute als massenweise gestreutes Eigentum. Darüber haben wir bis heute nicht hinreichend nachgedacht. Andererseits, Sie sprachen vorhin von Entfremdung. Die Übernahme des Entfremdungstheorems halte ich für die fatalste Grundannahme des Marxismus. Marx hat in den Pariser Manuskripten die Kaufmannschaft als entfremdete Form wahrer menschlicher Gemeinschaft bestimmt, womit er die Verwechslung von Gesellschaft und Gemeinschaft artikuliert. Im Austausch findet aber gar keine Entfremdung statt, denn die Entäußerung jedes Dinges einer Gemeinschaft im Handel, also in der Gesellschaft, wird kompensiert durch eine Übernahme von fremden Produkten oder Diensten zur Entwicklung eigener Bedürfnisse, die sie sonst gar nicht hätte. Ich halte diese Vorstellung von der Entfremdung für eine romantische Denunziation der wirtschaftlichen Entwicklung der Sozialität, die man nicht aufrechterhalten kann, wiewohl sie verstehbar ist angesichts des Elends der Massen.

Raj Kollmorgen: Sind heute nicht die modernen Gesellschaften so konstituiert, dass eine von Ihnen favorisierte Steuerungsmöglichkeit, die Beherrschbarkeit gesellschaftlicher Entwicklung via Aufklärung und entsprechende Eingriffe systematisch verhindert; und auf der Gegenseite die Individuen unter die Systemlogiken subsumiert, daher entmündigt werden? Nicht umsonst wird in den letzten Jahrzehnten in verschiedenen Kontexten – man denke nur an die Habermas-Auseinandersetzungen, an die Kommunitarismusdebatte, an H.P. Krügers Ansatz oder die Thesen von A. Gorz – das Problem gesamtgesellschaftlicher Vernunft diskutiert und von vielen zugleich infrage gestellt.

Peter Ruben: Ja, ich halte das aber nur – und da bin ich wieder Philosoph – für Erscheinungsformen des unvermeidlichen Entwicklungswiderspruchs, aus dem wir nicht herauskommen. Entweder wir akzeptieren die Entwicklung und damit den Widerspruch, dann kann unsere ganze Aktivität nur darin bestehen ... zu versuchen, ihn beherrschbar zu machen. Oder aber wir jammern über ihn, und dann kann ich Entfremdung bzw. Entfremdungsideologie artikulieren und bleibe immer in demselben Kreislauf des

Denkens. So wahr die Feststellung dieser Phänomene ist, so muss man doch zugleich nach den in der Realisation dieser Phänomene entstehenden Momenten der Negationen derselben Phänomene fragen. Dies mag kein Trost für die Individuen sein. Es ist aber die Annahme einer Entwicklungstheorie nicht mit teleologischer Absicht, sondern im eigentlich Darwinschen Konzept, wonach Entwicklung – ökonomisch gesprochen – immer relativ zu einem gegebenen Wertstandard begriffen wird, der vermittelt Entwicklung durchbrochen wird und dass in zyklischen Phasen, die wir ja nun seit Kondratieff kennen, immer wieder neue Wertstandards entstehen. Was ich beibehalten würde aus dem Marxschen Erbe, wäre die Verknüpfung dieser Entwicklungsauffassung mit der Theorie der ökonomischen Formationen; aber nicht im Sinne eines linearen Schemas, sondern im Sinne der Frage, wie die Formationen miteinander verkoppelt sind, sowohl diachronisch wie synchronisch ...

Raj Kollmorgen: Zum Abschluss möchte ich Sie zum einen fragen, ob sich in Ihrer Schumpeter-Beschäftigung Akzente verschoben bzw. ob Sie vorher gewonnene Einsichten revidiert haben, und zum zweiten schließlich, welche Leistungen Schumpeters Sie für die bedeutendsten halten.

Peter Ruben: Die Auseinandersetzung mit Schumpeter wird mich wohl bis an mein Lebensende begleiten. Wissen Sie, ich bin damals mit fliegenden Fahnen zu Schumpeter gestoßen. Was die mögliche Änderung meiner bisherigen Sichtweise auf Schumpeter betrifft, kann ich sagen, dass sich diese mit Sicherheit nicht substantiell gewandelt hat. Das Problem der messtheoretischen Fundierung der Ökonomie steht weiterhin zur Debatte, Schumpeters Sozialismuskonzeption ist veraltet, aber das wusste ich auch schon früher. Was sich aber verändert hat, ist – nach dem Zusammenbruch – der marxistische Rezeptionsgrund bzw. -hintergrund. Zum zweiten Teil ihrer Frage bezüglich der Leistungen Schumpeters möchte ich sagen: Natürlich zunächst grundsätzlich die Konstituierung der Entwicklungsauffassung in der Ökonomie im Unterschied zur amerikanischen dynamischen Ökonomiekonzeption, und dies ist eine mit dem Darwinschen Ansatz vollkommen kompatible Entwicklungsauffassung. Zum zweiten, die Befreiung von der bloß beschränkten Imperialismussicht, die man mit Lenin hat, beschränkt bloß auf das 20. Jahrhundert, d.h. die Einsicht, dass Imperialismus überhaupt die objektlose Disposition eines Staates zu gewaltsamer Expansion sein kann, wie es Schumpeter formulierte. Drittens selbstverständlich seine Klassentheorie. Schumpeters Satz, den ich nie vergessen werde, lautet: Die Arbeiterklasse ist eine genauso kapitalistische Klasse, wie jede andere auch. Hier stand ich vor der Alternative: entweder ja oder nein. Bis 1989 habe ich im Zweifel mit mir gestanden. Vielleicht sind es doch nur Entwicklungsschwierigkeiten. Bis man dann zu der Erkenntnis gelangte, dass ein Evolutionsmechanismus in Gang gesetzt worden ist, der eigentlich Dummheit positiv selektiert. Bei mir hat dies furchtbar lange gedauert. Richtig klar geworden ist mir die Sache, als in der „Wende“ die Arbeiter aus

Magdeburg zu Volkswagen gingen und sagten, es ist mir doch vollkommen „Wurst“, wer der Eigentümer ist. Mir wurde klar, was wir für Eigentumsvorstellungen haben, wenn wir das Privateigentum attackieren. Und nun ist der Satz wohl unhintergebar geworden. Ich halte es also für eine fundamentale Feststellung von Schumpeter, dass die Arbeiterschaft als – im soziologischen Sinne – soziale Klasse eine den gesellschaftlichen Entwicklungsvorgang bestimmende bleibt und ebenso Potential für Unternehmertum bilden kann, wie ein Auffangbecken für Leute, die aus der Unternehmerschicht wieder herausfallen ...

Raj Kollmorgen: Vielen Dank für dieses Gespräch, und für die Zukunft noch viele fruchtbare Auseinandersetzungen mit Schumpeters Werk.

Realität und Problem der Nation¹

Überlegungen zu einem schwierigen Thema

Die Thematisierung des, wie es in der Einladung zum Workshop heißt, „Nationalismus als Phänomen in der Welt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts“ ist angesichts der Scheußlichkeiten des Krieges im ehemaligen Jugoslawien, der Mordbrennereien im neu vereinten Deutschland, der erklärten Ausländerfeindlichkeit in vielen Teilen Europas und anderswo in der Welt eine unbedingte Notwendigkeit, um die Abwehr dieses Wahn- und Irrsinns intellektuell zu mobilisieren. Dem Politischen Club Potsdam gebührt Dank, daß er versucht, mit der Organisation dieses Workshops einen Beitrag zu jener Mobilisierung zu leisten, die den Deutschen in Verantwortung ihrer Geschichte eine bare Pflicht ist. Die grauenhafte Massenvernichtung menschlichen Lebens, die der deutsche Nationalismus in unserem Jahrhundert verursacht und zu verantworten hat, zwingt uns, bedingungslos, kompromißlos und mit aller Entschiedenheit seiner, wie ich hoffe, elenden Nachgeburt entgegenzutreten. Der Nationalismus, indem er der notwendig partikulären Nation widersinnig einen exklusiven und tendenziell universellen Anspruch zuschreibt, ist menschenfeindlich, ein Widersacher der Humanität und daher indiskutabel, allein Gegenstand der Vernichtung. Mit ihm gibt es kein Zusammenleben, weil wir mit ihm schlechthin nicht leben können. Indem er in der beständigen Todesdrohung gegen Angehörige anderer Nationen oder Völker sein Unwesen treibt, setzt er das Leben der Angehörigen der eigenen Nation aufs Spiel und muß daher den „Opfertod fürs Vaterland“ als den perfiden Sinn des persönlichen Lebens in der Nation proklamieren. Als diese Perversion des Nationalbewußtseins ist der Nationalismus Feind der Humanität und Feind auch der Nation, die zu verteidigen er suggeriert.

Indem ich den Nationalismus für den Feind der Humanität erkläre, darin natürlich ein Feindbild produzierend, möchte ich mit Nachdruck betonen, nicht die Nation und nicht das ihr entsprechende Nationalbewußtsein treffen zu wollen. Das ist für jemand, der aus der marxistischen Denktradition, aus dem von der kommunistischen Bewegung etablierten, wie man heute sagt, Diskurs herkommt, so einfach nicht, insbesondere nicht in Deutschland. Haben doch Marx und Engels auf den Vorwurf, die Kommunisten wollten die Nationalität abschaffen, mit Entschiedenheit und unmißverständlich geantwortet: „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie

1 Überarbeiteter Konferenzbeitrag. Erstveröffentlichung in: E. Crome / J. Franzke (Hrsg.): Nation und Nationalismus, Berlin, Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik (GSFP), 1992

nicht haben.“¹ Das ist die klare Leugnung eben der Bedeutung der Nation, die wenigstens für den europäischen Kontinent durch die Große Französische Revolution gesetzt worden ist. Indem die Kommunisten sie als „bürgerliche“ Revolution verstanden haben, die zwar die politische, nicht aber die soziale und daher nicht die menschliche Emanzipation gebiert, so hat ihnen auch die Konstituierung der Nation als bürgerlicher Akt gegolten, als die Schaffung einer Randbedingung für die proletarische Revolution allenfalls, die im weiteren Verlauf des Siegeszuges dieser Revolution mit Sicherheit aufgehoben würde. „Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich selbst als Nation konstituieren muß“, heißt es weiter im „Manifest der Kommunistischen Partei“, „ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.“ In welchem Sinne aber positiv die Arbeiterschaft national sein soll, erfahren wir an der zitierten Stelle nicht mehr - und auch sonst nicht in Texten der Verfasser dieses berühmten Manifestes. Statt dessen kennen wir die Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“, die manches Herz erwärmt, den kommandierten Tod der Proletarier auf den verschiedenen Schlachtfeldern ihrer jeweiligen Nationen jedoch nicht im geringsten eingeschränkt hat. Und nach dem Herbst 1989 ist sogar der unverdrossene, wenigstens schriftsprachliche Gebrauch dieser Losung aufgegeben worden, wie uns die Zeitung „Neues Deutschland“ jeden Tag mitteilt. Nicht die weitere Expansion der Herrschaft des Proletariats, sondern der Zusammenbruch der kommunistischen Diktatur im Verein mit der Resurrektion der nationalen Selbstbestimmung ist die definitive Erfahrung in Europa seit diesem Herbst. Und nicht die deutsche Teilung als, wie in der nun vergangenen geschichtlichen Phase durchaus mit Recht anzunehmen gewesen ist, fundierende Bedingung der Friedenssicherung in einer vom Atomkrieg bedrohten Welt, sondern die deutsche Einheit, als von allen umgebenden Völkern oder wenigstens ihren Regierungen akzeptierter Normalzustand der europäischen Dinge, ist die gegebene Bedingung politischer Kalkulation und Strategiebildung im und durch den Zusammenbruch des europäischen Kommunismus geworden.

Wenn auch nicht behauptet werden soll, daß wir in einem beständigen Dialog mit unserer Geschichte stünden, die wir dazu doch gewiß zu wenig kennen, so muß dennoch gerade mit Bezug auf die eben im Zusammenbruch des Kommunismus zweifelsfrei bestätigte Realität der Nation als eines geschichtlichen Subjekts von bemerkenswerter Stabilität gesagt werden, daß die proklamierte Feindschaft gegen den Nationalismus unter gar keinen Umständen zu einer Attacke auf ein vernünftiges Nationalbewußtsein ausarten darf. Die Konfirmation der Nation, so überraschend sie gerade für die Teilnehmer am verbliebenen kommunistischen Diskurs sein muß, sollte vielmehr umgekehrt für jeden politisch Interessierten Grund genug sein, die überlieferten Vorstellungen von der Nation kritisch zu prüfen, um zu begreifen, nicht nur was im Konzept des proletarischen Internationalismus Illusion und Schein gewesen

1 K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Dies., Werke (MEW), Bd. 4, Berlin 1974, S. 479.

sein mag, sondern auch was den im kommunistischen Zusammenbruch sich bewährenden Nationen die Stabilität verleiht. Die Redeweise vom Kinde, das man nicht mit dem Bade ausschütten soll, gewinnt in diesem Zusammenhang die ernste Bedeutung der Nation, die man nicht mit dem Kampf gegen den Nationalismus treffen darf. Ich halte diese Feststellung für den Ausdruck einer Erfahrung, die wir mit Sicherheit der Zeit zwischen dem Herbst 1989 und dem Sommer 1991 entnehmen können.

1. Über die Realität der Nation

Daß das Volk seine Existenz mitteilt und geltend macht, haben wir im Herbst 1989 in den Rufen der Demonstranten „Wir bleiben hier“ und „Wir sind das Volk“ hören können. Daß die Nation dem Volke auf dem Fuße folgt, ist zu vernehmen gewesen, als mit der Ersetzung des bestimmten Artikels durch den unbestimmten vielmehr „Wir sind ein Volk“ und endlich unmißverständlich mit Rückgriff auf Bechers Text „Deutschland einig Vaterland“ proklamiert worden ist. Das Problem der Nation schließlich ist wahrnehmbar geworden, als in Leipzig junge Leute die kaiserliche Reichskriegsflagge präsentierten, eine Flagge, die nicht die demokratische Konstituierung der deutschen Nation symbolisiert, sondern die preußische Eroberung Deutschlands und den längst desavouierten imperialistischen Anspruch auf den „Platz an der Sonne“ und die „Weltmachtpolitik“. In der zeitlichen Abfolge der vornehmlich in der, mit Christoph Hein zu reden, „Heldenstadt“ artikulierten Losungen liegt eine Logik, die für eine mögliche Theorie der Nation sicher von Bedeutung ist. In der Tat ist eine Nation ohne Voraussetzung eines Volkes nicht zu haben. Und sicher ist die Bildung einer Nation, da sie stets und immer mit Bezug auf andere Nationen außer sich erfolgt, mit dem Problem der Bestimmung des Verhaltens zu eben den anderen Nationen verbunden. Diese Determination kann die guter Nachbarschaft und Freundschaft, aber auch die der bösen Nachbarschaft und Feindschaft sein. Die Konstituierung der modernen Nationen hat die letztere Möglichkeit mit hinreichender Brutalität als realisierbar erwiesen. Wenn wir die Chancen des Sieges über den erbärmlichen Nationalismus bestimmen wollen, müssen wir wissen, warum die Nationenbildung geschieht, und erkennen, wie sie unter definitivem Ausschluß der nationalistischen Perversion als Bedingung humaner Bildung der menschlichen Gattung politisch zu handhaben ist. Wir brauchen also eine Theorie der Nation.

Ich will hier dieses Bedürfnis nur artikulieren und keinesfalls versuchen, eine Skizze solcher Theorie zu liefern. Dazu ist eine für die einzelne Person unübersehbare Literaturfülle zu verarbeiten. Und obendrein sind wir, wenn ich richtig sehe, noch zu sehr mit dem Abräumen alter Strukturen befaßt, um neue, wirklich konstruktive Elemente künftiger Verfassungen und Kooperation der Nationen bestimmt und sicher empirisch auszumachen. Ich beschränke mich darauf, einige generell akzeptable Aspekte der Realität der Nation

namhaft zu machen und so beizutragen, die Abwehr des Nationalismus nicht zur Negation der Nation verkommen zu lassen. In dieser Bescheidung denke ich an die folgende Einsicht Elias Canettis: „Die Versuche, den Nationen auf den Grund zu kommen, haben meist an einem wesentlichen Fehler gekrankt. Man wollte Definitionen für das Nationale schlechthin; eine Nation, sagte man, ist dies, oder eine Nation ist jenes. Man lebte im Glauben, daß es nur darauf ankäme, die richtige Definition zu finden. Wäre sie erst einmal da, so ließe sie sich gleichmäßig auf alle Nationen anwenden. Man nahm die Sprache her oder das Territorium; die geschriebene Literatur; die Geschichte; die Regierung; das sogenannte Nationalgefühl; und immer waren dann die Ausnahmen wichtiger als die Regel. Immer stellte sich heraus, daß man etwas Lebendes am losen Zipfel eines zufälligen Gewandes gepackt hatte; es entwand sich leicht, und man stand mit leeren Händen da.“¹ Dieses Dastehen mit leeren Händen ist auch im kommunistischen Diskurs wohlbekannt gewesen, in dem Stalins bekannte Definition aus dem Jahre 1913 galt: „Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart.“² So hatten die Schweizer das Nachsehen. Sie parlierten in vier Sprachen, ohne darin ihrer Nationalität Abbruch zu tun, die sie seit 1291 bilden, 1499 als autonom deklariert und endlich 1648 in dieser Selbständigkeit anerkannt erhalten haben. Aber auch die Deutschen in der DDR hatten ihr Problem mit der zitierten Definition. Von Repräsentanten des kommunistischen Diskurses wurde es mit einem kategorialen Kopfsprung ideologisch gelöst, mit der bekannten Unterscheidung der *Nationalität* von der *Nation*, die doch eben ihr Subjekt ist. So fingierte man sich zwei Nationen, eine sozialistische und eine kapitalistische, zwar gemeinsam deutscher Nationalität, doch nicht mehr deutscher Nation, wie noch W. Ulbricht im Verfassungstext von 1968 sanktionierte. Das bare Interesse war natürlich, die politische Spaltung der Nation für den besonderen Geburtsakt einer neuen Nation zu halten, womit uns das bemerkenswerte Schauspiel präsentiert ward, die Nation überhaupt anzuerkennen, die besondere deutsche dagegen gerade nicht³ – eine Präsentation wohlgemerkt deutscher Kommunisten, die in der Zentrale des europäischen Kommunismus schließlich nicht mehr den Wert eines Einsatzes von Panzern gegen die Proklamation „Deutschland einig Vaterland“ hatte.

Canetti würde Stalins Definition der Nation das Produkt der „scheinbar objektiven Methode“ nennen, gegen die er einwendet: Es „ist eitel, von Nationen zu sprechen, wenn man sie nicht in ihren Unterschieden bestimmt. Sie führen lange Kriege gegeneinander durch. Ein großer Teil der Angehörigen jeder Nation nimmt aktiv an diesen Kriegen teil.“ In dieser Kriegsteilnahme, so Canetti, „kommt es gar nicht so sehr darauf an“, worin die wirkli-

1 E. Canetti, *Masse und Macht*, Frankfurt a. M./Wien 1988, S. 193.

2 J. Stalin, *Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage*, Berlin 1950, S. 32.

3 A. Kosing, *Nation in Geschichte und Gegenwart*, Berlin 1976, S. 176-180.

che Besonderheit der beteiligten Nation besteht, sondern darauf, worin der Kriegsteilnehmer „*glaubt* ... anders zu sein“ als sein Widerpart. Demgemäß thematisiert Canetti das Nationale, „das als *Glaube* da ist“, wenn Kriege geführt werden und summiert seinen Ansatz mit der Erklärung: „Es sollen also die Nationen so angesehen werden, als wären sie *Religionen*. Sie haben die Tendenz, von Zeit zu Zeit wirklich in diesen Zustand zu geraten. Eine Anlage dazu ist immer da, in Kriegen werden die nationalen Religionen akut.“¹ Ganz unbestreitbar ist der Krieg, die „nationale Erhebung“ gegen den fremden Bedrucker, die zur Nation vergemeinschaftende Tat, die seit der französischen Revolution eine konstitutive Bedeutung für die Bildung der Nation gehabt hat. Die Verteidigung dieser Revolution gegen die vom Heiligen Römischen Reich deutscher Nation geforderte Restauration hat gerade zur Geburt der modernen Nationalarmee geführt, die mit ihrer militärischen Überlegenheit über die Leibeigenenheere zugleich die Überlegenheit eben der Nation als des politischen Subjekts über das absolutistische Fürstentum als ihres Widersachers unter Beweis gestellt hat. Der revolutionäre Imperialismus Napoleons ist umgekehrt nur unter der Bedingung gerade der nationalen Erhebung aufgelöst worden. Dies gehört jedoch zur Bildungsgeschichte der Nation, ist, wie es scheint, wenigstens in West und Mitteleuropa eine erledigte geschichtliche Phase. Und wir stehen akkurat vor dem Problem, die weitere Nationenbildung, deren Dasein uns gerade eingebleut worden ist, genau unter der Bedingung der Kriegsverhinderung und -beseitigung zu denken. Das ist seit Hiroshima *conditio sine qua non* jeder vernünftigen Politik. Das Nationale, „das als *Glaube* da ist, wenn ... Kriege“ geführt werden, soll uns nicht mehr zur Verfügung stehen. Vielmehr wollen wir es verstehen, wenn es Frieden hält und sich unter der Proklamation „Keine Gewalt“ artikuliert. Denn eben dann ist es auch da, wie der Herbst 1989 klar erwiesen hat.

Ich schätze den Gesichtspunkt der mentalen Anspannung, den Canetti unter dem Namen *Religion* zur Identifikation der Unterschiedenheit der Nationen namhaft macht, nicht gering. Allerdings ist methodologisch wohl unbestreitbar, daß die positive Annahme der Existenz nationaler Unterschiede die Vergleichbarkeit der Nationen impliziert, mithin ein Begriff der Nation auf dem Wege der Abstraktion bildbar sein muß, d.h. auf dem Wege der Identifikation genau des Gleichartigen, relativ zu dem überhaupt Unterschiede feststellbar sind. Mit dieser Sicht werden wir doch wieder auf die „scheinbar objektive Methode“ geführt, die Canetti aufgibt. Doch kann sein Einwand so verstanden werden, daß man in der Erarbeitung einer Theorie der Nation gut daran tut, sich zunächst mit einer Vorstellung von ihr zu begnügen, um möglichst alle empirisch erkennbaren Unterschiede der wirklichen Nationen in Rechnung zu stellen, ehe man den Versuch einer Definition der Nation wagt. Dieser Versuch kann nicht am Anfang der Theoriebildung stehen, sondern signalisiert, wenn er positiv gelingt, vielmehr ihren relativen Abschluß.

1 E. Canetti, a.a.O. S. 194.

Es versteht sich, daß die theoretische Analyse der Nationen in einem sozialwissenschaftlichen Rahmenwerk erfolgen muß, das ihr vorauszusetzen ist. Diejenige Voraussetzung, die ich anzunehmen vorschlage, hat Ferdinand Tönnies mit seinem bekannten Werk „Gemeinschaft und Gesellschaft“ 1887 dem Publikum vorgestellt, in dem er die Wörter *Gemeinschaft* und *Gesellschaft* als Bezeichnungen für Tendenzen oder Kräfte der Menschen verwendet, sich in einander polar entgegengesetzten Verbindungen zusammenzufinden. Was in der Sozialphilosophie der deutschen Klassik und Romantik unter den Termini *Staat* und *bürgerliche Gesellschaft* voneinander unterschieden worden ist, hat Tönnies unter Rückgriff auf Thomas Hobbes als den Gegensatz von Gemeinschaft und Gesellschaft gedacht und als sozialtheoretische Grundvorstellungen im Rahmen seines konstruktiven Rationalismus im Gegensatz zur lebensphilosophischen Gemäldesammlung festgehalten. Gemeinschaft ist darin sozusagen die naturhistorische Verbindungsweise zwischen Menschen, die bereits allein auf Grund der sexuellen Reproduktion den Grund der Produktion menschlicher Individuen bildet. Gesellschaft dagegen ist Produkt des Handelns der Individuen als Personen, vermittelt durch den Kontrakt, den sie schließen. Das Individuum ist Teil der Gemeinschaft und zwar sein letzter unteilbarer Teil, wie es diese lateinische Übersetzung des griechischen *atomos* auch meint. Die Gemeinschaft ist gegen ihre Individuen daher auch in der Verteilung, in der Distribution wirklich. Die Gesellschaft wird, so meine ich, durch den Austausch gebildet, der – in der rein theoretischen Annahme – wenigstens zwei gegeneinander verschiedene und miteinander in Verkehr tretende Gemeinschaften voraussetzt, die im Verkehr zumindest eine Preisverhandlung betreiben, die auch als sogenannter „stummer Tausch“ wirklich sein kann. Mit dieser Beschreibung verzichte ich auf Tönnies' Bemühung des Willens und denke lieber an die Produktion und den Austausch, wenn ich seine Termini Gemeinschaft und Gesellschaft übernehme. Isolierte Individuen, so wissen wir, können nicht menschliche Generationen garantieren. Dies gelingt erst bei Gemeinschaften von etwa 500 Individuen, die mit interner Arbeitsteilung unmittelbar kooperativ Zusammenwirken und in reiner Subsistenzwirtschaft sich bei passenden Umweltbedingungen auf Dauer, d. h. über Generationen hinweg, erhalten können. So ist die Gemeinschaft unerläßliche Bedingung individueller Existenz. Die Gesellschaft dagegen ist die eigentlich historische Erfindung, die mit der Entdeckung gemacht wird, daß Gemeinschaften Bedürfnisse mit fremden Gütern befriedigen können, wenn sie anderen Gemeinschaften eigene Güter zur Befriedigung fremder Bedürfnisse zu liefern fähig sind. Die Entwicklung der Gesellschaft impliziert daher die Produktion von Gütern über den Eigenbedarf hinaus. Sie ist daher die notwendige Bedingung der Entwicklung des Reichtums.

Ich will an dieser Stelle die theoretische Entfaltung der Konstruktion Tönnies' nicht weiter vertiefen, sondern verweise nur auf den Autor.¹ Dagegen

1 F. Tönnies, *Gemeinschaft und Gesellschaft*, Darmstadt 1970.

möchte ich die These vertreten, daß die Nation zu jenen menschlichen Bildungen gehört, die wir unter den Begriff der Gemeinschaft subsumieren können. Die Nation ist, wenngleich die entsprechende Wortbildung oft genug verwendet wird, keine Gesellschaft, sondern eine Gemeinschaft. Sie ist das als Verein zur wechselseitigen Unterstützung ihrer Angehörigen ohne Rücksicht auf den individuellen Anteil in der Bildung des Unterstützungsfonds. Sie ist das als die Produzentin einer volks- oder nationalwirtschaftlichen Infrastruktur, wie sie geschichtlich zuerst unter Führung der Londoner City in England verwirklicht worden ist. Die Nationalwirtschaft bedeutet die ökonomische Realität der Nation, die für den Angehörigen einer fremden Nation in ihren Zollgrenzen fühlbar genug ist und eben in den Zolleinnahmen eine Quelle zur Verfügung hat, um Ausgaben im Interesse der Nation zu ermöglichen, z. B. den Flottenbau zu finanzieren.

Indem die Herausbildung der Nationalwirtschaft das ablöst, was Karl Bücher die „Stufe der Stadtwirtschaft“ genannt hat¹ (die geschichtlich letzte Leistung in dieser Stufe hat die Stadt Amsterdam vollbracht), muß festgehalten werden, daß die Nation als bestimmte Gemeinschaft die Gesellschaft voraussetzt, einen entwickelten internationalen Verkehr zur Bedingung hat, in dem sie sich bestimmt – und zwar als eine Wirtschaftseinheit, die gegen alle vorgängigen Stadtwirtschaften eine ungleich höhere Produktivität erreicht. Die Bildung der Nation ist, so jedenfalls zeigt es unsere Erfahrung, die notwendige Bedingung der industriellen Revolution. Das in dieser Bildung realisierte wirtschaftspolitische Konzept ist der Merkantilismus. Die Proklamation des Freihandels oder die Apologie des Marktes tritt erst auf, wenn die Überlegenheit der nationalen Produktivkräfte gesichert ist.

Dieser wirtschaftstheoretische Blick auf die Nation legt die Annahme nahe, die Nationenbildung, die sukzessive eine Vielheit von Nationen etabliert, als Reflexion der notwendigen regionalen Verschiedenheit der Produktivkräfte zu verstehen, ohne die gesellschaftlicher Austausch oder Vergesellschaftung der Produkte und Dienste mittels eben dieser Produktivkräfte gar nicht denkbar ist. Die Völker haben nicht Nationen gebildet, weil sie in religiöser Erregung aufeinander einschlagen wollten, sondern um sich in den Zyklen der vorgängigen Weltwirtschaft durch Steigerung ihrer produktiven Kräfte, wie man früher in Deutschland sagte, sichere Nahrung zu verschaffen. Die Erfindung der Nation ist zuerst und vor allem die Erfindung der national economy, der Volkswirtschaft, wie man deutsch übersetzt hat.

Unterstellen wir diese Sicht, so ist es fürderhin nicht nötig, die Armee die „Schule der Nation“ zu nennen, wenngleich ich gerne zugebe, daß sie in der Vergangenheit nicht so selten diese Rolle in der Tat gespielt hat. Sie hat darin aber den Nationen mehr gedient, „als wären sie Religionen“. Und sie hat immer nur verbraucht, nie erzeugt. Nicht durch die Armee wird die Nation zum Teilnehmer am internationalen Austausch, sondern durch die Produkti-

¹ K. Bücher, Die Entstehung der Volkswirtschaft, Tübingen 1898, S. 58.

vitätssteigerung ermöglichende Gestaltung ihrer ökonomischen Infrastruktur. Kanal- und Straßenbau haben die Nation ins Leben gerufen, und nach wie vor macht die Errichtung der materiellen Bedingungen für den inneren Verkehr die Herausforderung einer Nation aus. Dadurch gliedert sie sich in den Weltverkehr ein, nicht durch die Drohung mit dem Einsatz ihrer Armee.

Natürlich ist diese Sicht der Nation nun von der Wirtschaftsverfassung auf die kulturelle Produktion zu übertragen, darin z. B. festzuhalten, daß die Bezahlung von Schulmeistern, übrigens auch von Hochschullehrern eine Artikulation nationaler Identität von hervorragender Bedeutung ist. Die Nation als Setzung spezifischer Gemeinschaft ist gewiß nicht realisiert ohne Bewußtsein eben dieser Setzung, ohne akkumulierte Kenntnis ihrer historischen Bildung. Auch der Schulmeister, der seinen Schülerinnen und Schülern allein die Völkerschlacht bei Leipzig und das Drama von Sedan ausmalt, liefert ihnen Identifikationsmöglichkeiten mit der eigenen Nation, der sie angehören, ob sie wollen oder nicht. Besser wäre es freilich, sie hörten auch etwas von der Definition „vaterlandsloser Gesellen“ via Exekution des Sozialistengesetzes oder von den Gründen der barbarischen Proklamation „Du bist nichts. Dein Volk ist alles“, mit welcher die Angehörigen der Nation bereit gemacht werden sollten zu akzeptieren, es sei „süß und ehrenvoll, für das Vaterland zu sterben“. Das ist es eben nicht. Denn eine Gemeinschaft von Toten definiert bestenfalls einen Friedhof, nie aber eine Nation. Und obendrein ist eine Nation weder Vater- noch Mutterland, sondern eine Menschengemeinschaft, die das von ihr besessene Land produktiv gestaltet, so daß man in der Gestaltung ihres Landes den unterstellten Geist der Nation, den berühmten Volksgeist, gegenständlich reflektiert findet. In Urwäldern leben keine Nationen, bestenfalls Völker, die ihre nationale Bildung noch vor sich haben. Unter Voraussetzung bestehender Nationen realisieren sie diese Bildung durch ihre selbstbewußte Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung.

Ich hoffe, daß es nach den gebotenen Aspekten plausibel scheint zu behaupten, daß in der Gegenwart die gemeinschaftliche Arbeit das nationale Entwicklungsmotiv ist und sein sollte. Die Nation, die den Waffengang als eine sozusagen infantile Regung ihrer Jugendzeit erinnern mag, hat heute ihre wirkliche Bewährungsprobe in ihrer bewußten Teilnahme an der Entwicklung der Weltwirtschaft. Als Trägerin a priori besonderer Produktivkräfte kann sie ohne den internationalen Austausch nicht leben, muß also daran interessiert sein, die Bedingungen dieses Austauschs zu erhalten, d. h. daran, alle anderen Nationen als gleiche Teilnehmer am selben Verkehr zu erhalten. Die anderen Nationen sind die Voraussetzungen ihres eigenen Reichtums. Sie sind es politisch definitiv geworden mit der Liquidation des Kolonialismus, wodurch wenigstens politisch formell die nationale Souveränität als Voraussetzung der internationalen Arbeitsteilung anerkannt worden ist. Die Existenz der Vereinten Nationen, einst zur Vernichtung vor allem des deutschen Faschismus ins Leben gerufen, indiziert sehr praktisch den gegenwärtigen Entwicklungsstand der Nationalität überhaupt. Die Aufnahme der beiden deutschen Staaten 1973

hat ihre Entstehungsgeschichte als exklusive Gemeinschaft abgeschlossen. Sie sind universell geworden und liefern damit die geschichtlich neue Möglichkeit, den berühmten „Dienst an der Nation“ durch den Dienst am Verein der Nationen zu ersetzen. Das gibt jeder Nation die Möglichkeit, im Sinne der Kantschen Vision „Zum ewigen Frieden“ ihren a priori besonderen Beitrag zur weiteren Entwicklung der Menschheit zu leisten. Und damit hört die Nation auf, sich im exklusiven Gegensatz zu anderen Nationen definieren zu müssen.

Indem ich diese Lage als den längst herrschenden allgemeinen Weltzustand verstehe, möchte ich zugleich den gegenwärtig neu aufflammenden Nationalismus, der die im echten Sinne idiotische Phrase „Ausländer raus“ skandiert, als die triste Nachgeburt der Nationenbildung verstehen. Natürlich weiß ich nicht, ob das stimmt. Aber als eine Hypothese, angesichts der wirklichen Geschichte der Nationen vielleicht nicht unbegründet, kann man diese Sicht wohl gelten lassen. Mit ihr ist wahrzunehmen, was ich mit dem Ausdruck „Problem der Nation“ meine.

2. Vom Problem der Nation

Indem die Nation als Erfindung einer neuen Art menschlicher Gemeinschaftlichkeit lokal und singular entsteht, wird sie sozusagen logischerweise von der gegebenen Umwelt – wie übrigens jede Innovation – als Bedrohung und Gefahr, als Beschränkung und Begrenzung wahrgenommen. Diese Wahrnehmung ist wohlbegründet, weil sie mit Recht die Gefahr der Kolonialisierung sieht. Es ist daran zu erinnern, daß im Zeitalter der Bildung der britischen Nation – und das ist das Zeitalter der Aufklärung – acht Millionen Sklaven von Afrika nach Amerika transportiert worden sind (bezogen auf das 18. Jahrhundert) unter führender Beteiligung der Sklavenschiffe von Bristol. Diese reelle Gefahr der bürgerlichen Kolonisierung, vermittelt durch den Vorgang der Bildung einer national economy, kann nicht anders als durch eine Gegenbewegung im Sinne gleicher nationaler Konstituierung aus der Welt geschafft werden. Die Entstehung einer Nation, das ist meine innovationstheoretisch gewiß plausible These, erzwingt als Reaktion die Entstehung neuer Nationen. Und dieser Prozeß ist nicht eher geschichtlich vollendet, ehe uns nicht die gesamte Weltwirtschaft als ein *System* national gesteuerter Volkswirtschaften gegenübertritt. Dieser Systemcharakter ist 1944 im bekannten Abkommen von Bretton Woods anerkannt worden. Er hat in den siebziger Jahren zur Thematisierung der sogenannten „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ geführt und ist seit dieser Zeit zunehmend Inhalt eines wirklichen Bewußtseins von der Weltwirtschaft geworden. Die universelle ökologische Krise, in der Verflüchtigung der Ozonschicht an den Polen der Erde sogar meßbar gemacht, hat dieses Bewußtsein nicht nur verstärkt, sondern die Gemeinschaft der Nationen durch wirkliche Handlungen in Aktion versetzt. Ob wir noch eine Chance des

Überlebens haben, steht dahin. Aber daß wir sie nur in der *Gemeinschaft* der Nationen haben, ist gewiß.

Diese Gemeinschaft der Nationen, 1944 ökonomisch nur anläßlich des Überfalls Deutschlands auf Europa und Japans auf Asien wirklich lebend, hat es zuvor nur als Völkerbund gegeben, als einen Verein also, der bestenfalls die reale Möglichkeit der Nationengemeinschaft als Idee präsentierte. 1914 lag sie noch jenseits des Vorstellbaren. Und die Welt galt als ein Territorium kolonialer Claimdetermination der industriell führenden Nationen. So muß man sagen, daß die Epoche seit der Großen Französischen Revolution auch das Zeitalter der exklusiven Nationenbildung, daher der nationalen Entgegensetzung gewesen ist. Erst die Entkolonialisierung, die 1960 im „afrikanischen Jahr“ einen Höhepunkt erlebt hat, aber Namibia als letzte Kolonie auf dieser Erde bis 1989/90 auf die nationale politische Souveränität warten ließ, hat dem alles beherrschenden nationalen Gegensatz die Spitze genommen. Erst jetzt sehen wir die objektiven Bedingungen herangereift, der nationalen Entgegensetzung mit mehr als frommen Sprüchen entgegenzutreten, nämlich mit der Artikulation nationaler Interessen. Und die stehen gegen die Idiotie der Ausländerfeindlichkeit, die das Investitionsklima abkühlt, daher das Gegenteil von dem erzeugt, was sie mit dem Schwingen der kaiserlichen Reichskriegsflagge und dem Tritt militärischer Schnürschuhe zu erzielen hofft, die Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Was in dieser gleichsam archaischen Reaktion auf die Depressionsprobleme des gegenwärtigen Kondratieffzyklus vorliegt, ist, so hoffe ich, die nostalgische Beschwörung des nationalen Infantilismus, der einer Epoche angemessen gewesen ist, die der Sache nach wirklich am Ende ist. Kein Zweifel, die Depression ist wirklich vorhanden und hat ihren Höhepunkt noch vor sich. Indem wir dies feststellen können, ist das Verständnis sozialer Krisenphänomene möglich. Das Schwadronieren und Geschrei „Deutschland den Deutschen“ ist in diesem Verständnis Depressionsreflexion auf der Basis absoluter Dummheit und Unkenntnis der ökonomischen Entwicklung unter Rückgriff auf die Symbole einer endenden Epoche. Wer dies schrie, als Napoleon unter den Deutschen Soldaten aushob, um Rußland anzugreifen, der hätte eine nationale Tat vollbracht. Wer es heute schreit, vergeht sich an der Nation, die nicht leben kann, ohne mit Ausländern in Kontakt zu treten. Ist die Wirtschaft der ehemaligen DDR nicht eben deshalb zusammengebrochen, weil die bis dato gegebenen ausländischen Partner nicht in DM zahlen können? Ist also der ökonomische Zusammenbruch nicht der wirkliche Grund der momentanen sozialen Perspektivlosigkeit? Natürlich ist das der Fall. Ist aber die Rekonstruktion der ökonomischen Potenz mit nationalistischen Phrasen zu organisieren? Selbstverständlich nicht. Diese Phrasen bedeuten vielmehr die Gefahr, die zyklisch normale Depression, der man nicht ausweichen kann, in eine von Hysterie bestimmte Krise zu verwandeln, aus der denn auch hysterisch Auswege gesucht werden. Wir kennen diesen Vorgang aus Erfahrung. Hindenburgs Übertragung der Kanzlerschaft auf Hitler ist solch ein hysterischer Ausweg gewesen. Und

allen Beteiligten war bewußt, daß die Lösung der durch die Weltwirtschaftskrise gestellten ökonomischen und sozialen Fragen in der Eroberung fremden Eigentums gesehen wurde, im Krieg also.

Das ist das eigentliche Problem der Nation, daß sie in der feindlichen Stellung gegen das Ausland, im Kriege gegen andere Nationen schließlich das Auskunftsmittel zur Lösung ihrer ökonomischen wie sozialen Probleme zu sehen bereit sein kann. Und wenn in ihrem Verband Klassen oder Schichten, die wirklich den Krieg wollen, die Exekutive in ihre Hände bekommen, so ist, mit Clausewitz zu sprechen, „eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln“¹ fast unvermeidlich. Es handelt sich dann nur mehr um eine militärische Kalkulation des Kräfteverhältnisses, der Kriegskosten und des möglichen Kriegsgewinns.

Erfahrungen dieser Art haben die Geschichte der europäischen Nationen von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts ausgemacht - und bilden gegenwärtig wieder im barbarischen Schlagen um das jugoslawische Erbe einen entsetzlichen Inhalt für die politische Wahrnehmung. So ist es verständlich, wenn die Nation als Gemeinschaftsform überhaupt unter Verdacht gestellt wird, jede nationale Regung mit Etiketten wie „Separatismus“, „Nationalismus“, „Chauvinismus“ etc. rechnen kann. Allein, Kennzeichnungen und Verdächtigungen dieser Art sind oft genug selbst nationalistischer Provenienz. Und wenn sie mit tatsächlich internationalistischer Intention vgetragen werden, muß daran erinnert werden, daß der Internationalismus eben darum möglich ist, weil er die Natur des Verkehrs zwischen Nationen determinieren will, er ohne die Anerkennung letzterer jedoch eine reine Chimäre ist. Nicht die Nation an sich, ohne deren Vermittlung die Teilnahme der Personen am Weltverkehr gar nicht realisierbar ist, sondern die Zuspitzung der Unterschiede zwischen den Nationen zu militärischen Konflikten im Interesse der Durchsetzung imperialer Ansprüche muß Gegenstand der öffentlichen Denunziation sein. In der Nation bildet das Individuum seinen Geist, seinen Verstand und seine Vernunft, seinen kulturellen Habitus aus, wird es zum Staatsbürger und also zur Person, die den politischen Verkehr erlernt. Getrennt von der Nation oder als Glied einer unterworfenen Nation bleibt das Individuum vom politischen Verkehr ausgeschlossen, Teil einer Verfügungsmasse für Entscheidungen, deren Zustandekommen ohne seine Einflußnahme als ein äußerliches und fremdes Schicksal erfahren wird. Der Kampf um nationale Emanzipation ist daher immer auch der Kampf um die Anerkennung der Würde des Einzelmenschen als einer politisch handelnden Person.

Mit dieser Argumentation ist natürlich unterstellt, daß die Nation keine bloße Ethnie ist, eine besondere unter speziellen Naturbedingungen oder unter spezifischen sozialen Umständen handelnde Volksgruppe, mehr oder weniger von den Ereignissen des Weltverkehrs betroffen. Sie ist vielmehr das Ergebnis politischer Konstituierung unter Voraussetzung der Teilnahme am Weltmarkt.

1 C. v. Clausewitz, Vom Kriege, Augsburg 1990, S. 34.

Völker werden Nationen, indem ihre Individuen Staatsbürger werden, indem der Citoyen auftritt, der die Konstitution, die Verfassung, zur ideellen Bedingung seines politischen Verhaltens macht. Eine Nation ohne Verfassung ist so wenig vorhanden wie eine polis ohne nomos. Und eine Verfassung, die nicht die politische Gleichheit der in ihr definierten Staatsbürger deklariert, bedeutet nur die Karikatur der Idee nationaler Konstitution. In diesem Sinne ist die Bildung einer Nation stets die ideelle Antizipation einer stände- und klassenfreien Gemeinschaft. Und eben darin besteht die Attraktivität und Macht der Idee der Nation.

Es ist nicht zu erkennen, daß diese Idee durch die geschichtliche Tatsache kriegesischer Konflikte zwischen Nationen tatsächlich desavouiert ist. Man kann sehr wohl auch annehmen, daß sie vielmehr die Genesis der Weltgemeinschaft der Nationen kennzeichnet, daß also das Problem der Nation virulent ist, solange der universelle Prozeß der Nationenbildung noch nicht abgeschlossen ist. Die berühmte Feststellung, daß eine Nation selbst nicht frei sein kann, wenn sie andere Völker unterdrückt, ist dann gerade als Aufforderung zu verstehen, den Vorgang der Nationenbildung zu vollenden, d. h. internationale politische Verhältnisse herzustellen, in denen sich die verschiedenen Nationen als Träger unterschiedlicher Produktivkräfte wechselseitig anerkennen und als Partner im Weltverkehr voraussetzen. Es ist zu hoffen, daß insbesondere die Erfahrung der beiden Weltkriege in unserem Jahrhundert dieser Aufforderung den gehörigen Nachdruck verleiht. In dieser Hoffnung muß das Wissen axiomatische Geltung erlangen, daß die erste Bedingung militärischer Konfrontation von Nationen immer die Verfolgung und Denunziation einer anderen Nation ist, die doch in Wahrheit vielmehr Existenzbedingung der eigenen darstellt. Wo also Ausländerfeindlichkeit artikuliert wird oder gar herrscht, haben wir es mit kindischer Verrücktheit zu tun, der die Normen der Zivilisation entgegengesetzt werden müssen – und zwar auch im Interesse der nationalen Selbsterhaltung. Indem die Nationenbildung die Konstituierung einer Vielheit von Nationen unterschiedlicher produktiver Potenz bedeutet, wird durch sie auch die Gefahr des feindlichen Gegensatzes zwischen ihnen hervorgebracht. Diese Gefahr auszuschließen, ist die Aufgabe echter nationaler Politik, der bewußt ist, daß die eigene Nation nur ist, sofern die anderen sind, daß die Nationen nur im produktiven Verhältnis zueinander bestehen können. In der Durchsetzung dieses Bewußtseins hört die Nation auf, ein Problem zu bedeuten.

Umbruch im Osten – Ende des Marxismus?¹

Den „Umbruch im Osten“ möchte ich im folgenden als ein experimentelles Resultat des Versuchs diskutieren, marxistische Thesen als geltend zu erweisen, genauer: *Hypothesen* des Marxismus in politischer und sozialökonomischer Aktion zu realisieren. Was immer man sonst über die Jahre zwischen dem November 1917 und dem August 1991 denken mag, vom Standpunkt der wissenschaftlichen Analyse sind sie gewiß als Dauer eines sozialen Experiments zu betrachten, des theoriegeleiteten Versuchs also, politische und ökonomische Einsichten zu verwirklichen, die der Marxismus zu haben beansprucht hat. Das ist ein Gesichtspunkt, der für frühere historische Vorgänge sicher nicht zutrifft. Die protestantische Reformation etwa hat in Deutschland überall der fürstlichen Territorialherrschaft zum Siege verholfen, aber die demokratische Verfassung der christlichen Gemeinden beabsichtigt. Die französische Revolution hat die Nation zum politischen Subjekt gemacht, aber die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen avisiert. Der kommunistische Oktoberaufstand in Petrograd hat die Diktatur des Proletariats verwirklichen wollen – und dies im Sinne des „Manifests der Kommunistischen Partei“ vom Februar 1848 auch getan. Zum ersten Male sind so in der menschlichen Geschichte empirische Annahmen über die Natur der sozialen Entwicklung als Maximen der Praxis gebraucht, also in der Tat historische Aktionen als Verwirklichung eines experimentellen Programms ausgeführt worden. Das rechtfertigt die Intention, den „Umbruch im Osten“ als Ergebnis eines *Experiments* im gewöhnlichen Sinne der empirischen Wissenschaften zu begreifen und daher zu fragen: Welche Hypothesen sind in ihm widerlegt worden? Welche Annahmen können weiter mit hypothetischer Geltung behauptet werden?

Es versteht sich, daß der Zusammenbruch des europäischen Kommunismus zwischen dem Herbst 1989 und dem Sommer 1991 das Ende des Marxismus bedeuten würde, wäre dieser Kommunismus in seinem theoretischen Ausdruck eine getreue Interpretation eben des Marxismus. Das ist jedoch, so muß zugestanden werden, klarerweise nicht der Fall. Zweifellos ist wahr, daß Lenin für sich die (subjektive) Gewißheit gehabt hat, Marx' Thesen auf die Bestimmung der Problemlage der russischen Revolution angewandt zu haben. Doch ebenso wahr ist, daß etwa die Attacke auf die russische Nationalversammlung (Konstituante) im Januar 1918 im klassischen (von Engels im „Anti-Dühring“ begründeten) Marxismus keine Legitimation hat. Denn dieser hat die demokratische Republik als politische Gestalt des Gemeinwesens favorisiert, in der die Arbeiterklasse ihre Selbstbefreiung am besten betreiben

1 Erstveröffentlichung in: B. Heuer/M. Prucha (Hrsg.), *Der Umbruch in Osteuropa als Herausforderung für die Philosophie*. Frankfurt a. M.: Peter Lang 1995. S. 245-263 (Anmerkung der Herausgeber)

kann. Die Konstituante hat zu über 80% ihrer Mitglieder aus Delegierten sozialistischer Parteien bestanden, die im Sinne des „Kommunistischen Manifests“ nicht als Repräsentanten des unterstellten Klassengegners angesehen werden konnten. In ihm heißt es vielmehr:

„Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten. Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder, sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariat die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus. Der nächste Zweck der Kommunisten ist derselbe wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.“¹

Damit ist ganz deutlich, daß der klassische Marxismus neben der kommunistischen Partei, die er als „Teil der Arbeiterparteien aller Länder“, nicht jedoch als „besondere Partei gegenüber den andern Arbeiterparteien“² versteht, die Existenz nationaler Arbeiterparteien voraussetzt, daher diese nicht als Gegenstand sozusagen der bewaffneten Negation fixiert und folglich nicht die Versammlung ihrer Vertreter auseinanderzujagen lehrt.

Das Beispiel zeigt instruktiv, daß der europäische Kommunismus des 20. Jahrhunderts, dominiert durch den russischen Bolschewismus (zwischen 1900 und 1903 wesentlich durch Lenin begründet und ins Leben gerufen), eine spezifische Marxismusdeutung realisiert hat, die man im Interesse der sozialwissenschaftlichen Wahrheit vom klassischen Marxismus wohl zu unterscheiden hat. Diese Deutung hat durch den Sieg im Oktoberaufstand 1917 ihre internationale Autorität erlangt („der erste Staat der Arbeiter und Bauern“) und, bekräftigt durch den entscheidenden Beitrag der Roten Armee zum Sieg der Anti-Hitler-Koalition über das nationalsozialistisch geführte Deutsche Reich, eine Legitimation erfahren, die, wenn ich es richtig sehe, bis zum Einmarsch der Sowjetarmee in Afghanistan zu Weihnachten 1979 relativ unangefochten gehalten hat. Mit diesem Einmarsch hat der russisch dominierte Kommunismus in Europa seinen Rubicon überschritten – und sein Scheitern selbst hervorbracht. Er ist nicht – im militärischen Sinne – „besiegt“ worden, wie Leute meinen, die ihn zwar verwünscht, aber mit ihm verhandelt und ihn kreditiert haben. Er ist an sich selbst verendet. Er ist eines bemerkenswert friedlichen Todes gestorben (nicht ganz so friedlich wie die sächsische Monarchie im November 1918, doch immerhin ...) Funktionäre, die ihn einst im

1 K. Marx u. F. Engels, Werke (MEW), Bd. 4, Berlin (Ost) 1959, S. 474

2 Ebd.

Vollgefühl ihrer Führerschaft repräsentiert haben, feiern nun Demokratie und Marktwirtschaft – und nicht so wenige von ihnen meinen das ernst, weil sie in ihren praktischen Versuchen, das verteidigte System zu verbessern, nachdrücklich erfahren haben, daß die angestrebte Besserung keine Chance hat. Gorbatschow hat das kommunistische System nicht „verraten“, wie unbelehrbare Ideologen wähnen, sondern im Versuch der Korrektur – im Gegensatz zu seiner Erwartung und Hoffnung – die Unkorrigierbarkeit eben dieses Systems an den Tag gebracht.

Daß es zu korrigieren gewesen ist, hat allein schon die Verschuldung in den siebziger Jahren erzwungen, die seit 1980, nach meiner Sicht das Eintrittsdatum in die Depressionsphase des gegenwärtigen Kondratieff-Zyklus, die Zahlungsfähigkeit kommunistischer Staaten (zunächst Polens und Rumäniens, seit 1982 auch der DDR) auf die Tagungsordnung gesetzt hat. Die via Kredit realisierte flotte Inanspruchnahme kapitalistischen Mehrwerts seitens kommunistischer Regierungen ist ihr selbst gesetzter Zwang zur Korrektur gewesen, diese also keineswegs durch die Gewalt äußerer Bedingungen oder Mächte erzwungen worden. Es ist eine Mär, den Zusammenbruch des europäischen Kommunismus auf seine Frühgeburt oder Durchsetzung in rückständigen Nationen zurückzuführen. Niemals hat in der menschlichen Geschichte eine revolutionäre Institution eine so autonome, wehrhafte und unangreifbare internationale Position besessen, wie der europäische Kommunismus des 20. Jahrhunderts (Napoleon hätte Breschnew gewiß beneidet). Daher ist es wohl akzeptabel, seinen Zusammenbruch ausschließlich aus seiner eigenen Evolution zu verstehen, d. h., die Konstruktionsprinzipien seiner Struktur als eben die zu begreifen, die zur Auflösung genau dieser Struktur geführt haben. In diesem Sinne meine ich, daß der europäische Kommunismus des 20. Jahrhunderts, erwiesenermaßen ein historisch transitorisches Phänomen, etwas sehr anderes bewirkt hat, als seine Vertreter, Anhänger und Mitläufer zu verwirklichen geglaubt haben. Sich darüber zu verständigen, darf schon als eine wichtige Aufgabe der gegenwärtigen Sozialwissenschaft angesehen werden. In dieser Verständigung muß sich auch zeigen, ob rechtens mit jenem Zusammenbruch ebenso vom „Ende des Marxismus“ zu sprechen ist.

Was heißt „Marxismus“?

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß der Bolschewismus als spezielle Marxismusdeutung ins Leben gerufen worden ist. Wenn seine Vertreter auch proklamiert haben, den „wahren“ Marxismus zu artikulieren, so lehrt jeder Blick in die einschlägigen Texte, daß die bolschewistische Interpretation des Marxismus zu einem Konzept geführt hat, das neben Gemeinsamkeiten mit ihm ebenso deutlich erkennbare Verschiedenheiten von ihm aufweist. Will man sich über das „Ende des Marxismus“ verständigen, muß man daher schon angeben, wessen Ende denn zur Debatte steht. Nach meiner Sicht ist es nütz-

lich, wenigstens mit der folgenden Unterscheidung zu arbeiten: Zunächst ist von der *Marx'schen Theorie* zu sprechen, die alle von Marx selbst publizierten Texte zur Basis hat. Ihr Autor hat sie im März 1880 als Verwirklichung der Notwendigkeit beschrieben,

„den Weg zum kritischen und materialistischen Sozialismus zu bahnen, der die reale, historische Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion verständlich machen will“.¹

Demnach muß „Marxsche Theorie“ dasselbe bezeichnen wie „kritischer und materialistischer Sozialismus“. Zweitens ist vom *Marxismus* im klassischen Sinne zu reden, dessen Grunddokument der „Anti-Dühring“ von 1878 ist, nicht ohne Mitwirkung Marxens verfaßt, doch wesentlich sozusagen im Parteiauftrag der *Socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands* von Engels. Ihm schrieb W. Liebknecht im April 1875 erstmals mit der Aufforderung, „dem Dühring aufs Fell zu steigen“, der als Privatdozent an der Berliner Universität einigen geistigen Einfluß auf die Parteiführung in der Hauptstadt gewonnen hatte. Somit darf die Geburt des Marxismus als Erfüllung eines Parteiverlangens nach der legitimierten Parteiauffassung verstanden werden. Als solche Parteiauffassung ist der Marxismus durch die II. Internationale über die deutschen Grenzen hinaus geltend gemacht worden (mit Karl Kautsky als nach dem Tode Engels' anerkanntem Interpreten), in Rußland durch Plechanov zuerst präsentiert. Der frühe Bolschewismus hat diese Deutung übernommen, und erst nach dem Tode Lenins ist im Gefolge der Fraktionierungen gegen Trockij der Begriff des Leninismus eingeführt worden, Stalins Definitions-kompetenz zu sichern. In diesem Sinne hat sich 1924 die III. Internationale auf den Gebrauch des Terminus *Marxismus-Leninismus* festgelegt. Und mit diesem Namen ist wesentlich Stalins Marxismusdeutung gemeint, die dritte Gestalt dessen, was summarisch im gegenwärtigen öffentlichen und veröffentlichten Bewußtsein unter dem Titel „Marxismus“ figuriert.

Den Beweis für die wirkliche Verschiedenheit der genannten drei Versionen, der *Marx'schen Theorie* (Marx), des *Marxismus* (Engels) und des *Marxismus-Leninismus* (Stalin), kann jeder antreten, der sich die Mühe macht, einschlägige Texte miteinander inhaltlich zu vergleichen. Ich unterstelle ihn als gegeben und kann daher meine Überlegungen auf die Frage einschränken, ob ein selbstkritisch rekonstruierter Marxismus nach der Erfahrung des Zusammenbruchs des europäischen Kommunismus faktisch möglich ist oder nicht. Mit der Beantwortung dieser Frage wird, wie ich meine, entschieden, ob der „Umbruch im Osten“ das Ende des Marxismus an und für sich impliziert oder nicht. Man kann diese Frage natürlich reformulieren: Was bleibt von den genannten drei Versionen nach Beurteilung des Geltungsanspruchs ihrer Thesen unter Voraussetzung unserer Erfahrung des kommunistischen Versuchs im 20. Jahrhundert? Wenn etwas bleibt, so sei es *Marxismus* genannt – als eine je besondere theoretische Konzeption, die mit anderen im intellektuel-

1 MEW, Bd. 19, Berlin (Ost) 1962, S. 229

len Wettbewerb steht und selbstverständlich den gewöhnlichen Kriterien der wissenschaftlichen Erkenntnis unterworfen ist, d. h. logisch konsistent sein muß, die relevanten Fakten adäquat darstellt und der persönlichen Beurteilung unterliegt (insbesondere keine *Parteimeinung* bedeutet, der sich Individuen bei Strafe ihrer Exklusion aus der Meinungsträgerschaft anschließen müssen).

Ich meine nun, daß der „Umbruch im Osten“ sicher den Marxismus-Lenismus insgesamt getroffen hat, so daß der kommunistische Zusammenbruch in Europa (die weitere Evolution des Kommunismus in China, d. h. in einem Gebiet, in dem ein Viertel der Menschheit lebt, ist offensichtlich unentschieden) auch sein Ende impliziert. Es ist faszinierend zu sehen, wie seine Vertreter nach Liquidation des sie stabilisierenden Parteigerüsts, zurückgeworfen auf ihre reine Persönlichkeit, die lange artikulierten Sätze vergessen oder nostalgisch memorieren, ohne die eigene vergangene ideologische Produktion kritisch zu reflektieren. Das ist ein nicht zu übersehendes Signum des Endes einer, sagen wir ruhig, Gestalt des Geistes. Friede ihrer Asche! Sie war nichts anderes als das Kompendium der parteiamtlich beglaubigten Thesen, zusammengestellt ohne Rücksicht auf Logik und Erfahrung, in Geltung gehalten durch die Parteidisziplin. Das Ende des Parteikörpers mußte daher auch ihr Ende bedeuten. Eine andere Sache ist es, in diesem Zusammenhang vom Marxismus in der Engelsschen Begründung zu sprechen. Auch er ist vom „Umbruch im Osten“ betroffen, doch – wie ich es sehe – nicht vollständig. Um dies zu zeigen, gebe ich zunächst ohne Anspruch auf Vollständigkeit – Fundamentalthesen an, die m. E. durch den Ausgang des kommunistischen Experiments definitiv widerlegt sind. Im Anschluß daran werden diejenigen Sätze reformuliert, die – wieder m. E. – durchaus von diesem Ausgang unberührt bleiben.

Gescheitert ist die These des Gothaer Programms:

„Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.“¹

Marx hat diese These zwar kritisiert², jedoch die proletarische Machtübernahme im Nationalstaat als Bedingung der „Expropriation der Expropriateure“ ausgesprochen und im Zusammenhang seiner Kritik erklärt:

„Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; (...) da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren.“³

Diese hypothetische Beschreibung einer „kommunistischen Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwickelt* hat, sondern (...) wie

1 Zit. nach M. Beyer u. G. Winkler, Revolutionäre Arbeitereinheit. Eisenach – Gotha – Erfurt, Berlin 1975, S. 78

2 Vgl. MEW, Bd. 19, S.18-22

3 Ebd. S. 20

sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*¹, ist ziemlich unabhängig vom Sinn einer rechtsphilosophischen Erörterung der Vorstellung von der „gerechten Verteilung des Arbeitsertrags“ – und jedenfalls Kern der Wirtschaftspolitik siegreicher kommunistischer Parteien geworden. Das „Gemeingut“ ist durch Enteignung Privater unter dem Namen *Volkseigentum* hergestellt und tatsächlich als *Staatseigentum* realisiert worden. Dies hat in der Folge die sukzessive Verwandlung einer Volkswirtschaft in eine hypertrophe Betriebswirtschaft bedeutet, die sich endlich auf dem Weltmarkt als konkurrenzunfähig erwiesen hat. Es ist somit nicht widerlegt, daß man die Sonder-eigentümer einer Volkswirtschaft enteignen kann, um etwa für die Dauer eines Kondratieff-Zyklus eine Staatswirtschaft aufrechtzuerhalten. Es ist aber widerlegt, daß diese (nationale) Staatswirtschaft eine ökonomische Ordnung darstellt, in welcher die unbeschränkte progressive Evolution der Produktivkräfte in der Tat verwirklicht werden kann. Vielmehr haben die kommunistischen Staatswirtschaften mit ihrer Planung die persönlichen produktiven Potenzen lahmgelegt und genau dadurch ihre Entwicklungschance ausgeschlossen. Sie haben von der in Generationen hervorgebrachten volkswirtschaftlichen Substanz gezehrt. Und als nichts mehr zu verzehren gewesen ist, haben sie ihre Kapitulation erklärt, die sie bereits betrieben, als sie beim gehaßten Gegner um Kredit ersuchten.

Gescheitert ist weiter die These von der menschlichen Emanzipation via Selbstbefreiung der Arbeiterklasse. Unbestreitbar ist der Oktoberaufstand von 1917 eine von den Arbeitern akzeptierte und unterstützte politische Aktion gewesen, komplettiert durch Betriebsübernahmen seitens der Arbeiterräte oder Gewerkschaften. Die Realisationen dieser Aneignungen führten aber sofort zur Konstitution betriebseigener Interessen, die sich nicht automatisch und schon gar nicht ohne stabile Währung zum System einer Volkswirtschaft integrieren ließen, die den Staat via Steueraufkommen unterhalten konnte. Mit anderen Worten: Die je besonderen Aneignungen der Einzelbetriebe durch ihre speziellen Belegschaften haben keine ökonomische nationale Massensolidarität begründet, sondern nur dem Eigeninteresse der Betriebe neue Subjekte (die Belegschaften) verschafft, die gar nicht daran dachten, die volkswirtschaftlichen Interessen für sich zu thematisieren. Sie blieben dem politischen Repräsentanten der Gemeinschaft überlassen, d. h. der kommunistischen Partei, welche denn auch prompt schon aus Rücksicht auf die Versorgungsnöte der Städte wie der Roten Armee eben jene Eigeninteressen stützte, das berühmt-berüchtigte Prinzip der Einzelleitung einführte, d. h. das Prinzip der Betriebsleitung durch Staatsbeauftragte. Wie immer man diese wirtschaftspolitische Entscheidung beurteilen mag, ob als Notmaßnahme oder Exekution der a priori gewollten Diktatur, sie expliziert in jedem Fall, daß die (romantische) Idee vom edlen Proletarier, der die „wahren Werte“ menschlichen Adels im Zeitalter der industriellen Revolution verkörpert, desavouiert ist. Statt sich

1 Ebd.

seiner Klasse bewußt zu sein und diese in ihrer nationalen politischen Konstituierung für sich durch sein persönliches Verhalten zu realisieren, denkt er an sich und seine Nächsten, pfeift auf die Klasse und sinnt auf ein unmittelbar besseres materielles Leben für sich und seine Familie. Das hat die kommunistische Partei gezwungen, sich als Staatsapparat zu rekonstruieren, der nicht die empirisch wirklichen Interessen der vielen Arbeiter vertritt, sondern die der Staatsdiener, die vom Staatseinkommen leben, daher an der Sicherung desselben das erste Interesse haben.

Es ist dies ein fundamentaler Sachverhalt, den man bei nüchterner Erwägung auch hätte vor der Machtübernahme marxistisch a priori bestimmen können: Wenn es wahr ist, wie Marx natürlich weiß, daß jedes Volk zugrunde geht, das auf die Arbeit zu seiner Erhaltung verzichtet, so weiß man auch, daß am Tage nach der Machtübernahme durch die arbeitende *Klasse* nach wie vor arbeitende Menschen vorhanden sein müssen, die mit ihrem Werk jeden Tag die Ernährung der Bevölkerung zu sichern haben. Können sie zugleich die herrschende, oder sagen wir angelsächsisch bescheidener, die regierende „Klasse“ sein? Ist die Vorstellung von der Köchin, die regiert, mehr als ein romantischer Traum? Die durch einen vierundsiebzigjährigen Versuch hervorgebrachten geschichtlichen Tatsachen weisen m. E. jedenfalls aus, daß eine regierende Köchin wenigstens eine faktische *contradictio in adjecto* ist, daß sie entweder Köchin oder Funktionärin eines Apparats ist, also entweder die je persönlichen Interessen der bestimmten Köchin oder die des Apparats artikuliert – und gar keine andere Chance hat. Es mag sein, daß ein aus einem bestimmten Betrieb gewonnener Staatsfunktionär die spezifischen Interessen seiner vormaligen Kolleginnen und Kollegen weiterhin besonnen und nachdrücklich wahrnimmt. Aber was unterscheidet ihn darin von einem Lobbyisten, d. h. von jemandem, der die geforderte Äußerung der generellen Interessen (derjenigen der Nation) zur wirklichen Äußerung von singulären Interessen macht (mit mannigfacher Vernebelung der anderen wie seiner selbst)? Das Allgemeine und das Einzelne, lehrt jedenfalls die Philosophie, sind nicht identifizierbar. Wer also das Allgemeine zu bestimmen hat, kann eben darum nicht das Einzelne determinieren et vice versa. Und das ist die Crux der kommunistischen (Leninschen) Vorstellung von der regierenden Köchin. Mit anderen Worten: Die Annahme einer Bildung der *Arbeiterklasse* für sich ist wohl unrealisierbar, wenigstens nie realisiert worden. Sobald es sich um die politische Klassenkonstituierung handelt (und um sie geht es in der Marxschen Vorstellung von der „Bildung des Proletariats zur Klasse«), befinden wir uns jenseits der Arbeit. Sobald es sich um die Arbeit handelt, befinden wir uns jenseits der Politik. Die Subsumtion der einen unter die andere oder umgekehrt ist faktisch unmöglich. Das, so meine ich, ist eine Hauptlehre der nun absolvierten Jahre kommunistischer Parteiherrschaft. Sie wird hier nur als naheliegende Konsequenz angegeben, ohne auf ihren Grund einzugehen. Es sei aber noch bemerkt, daß die Idee der Selbstbefreiung der Arbeiterklasse als Vermittlung der menschlichen Emanzipation natürlich die

Annahme voraussetzt, die Arbeiterschaft sei unter kapitalistischen Bedingungen unfrei. Das widerspricht selbstverständlich der Unterstellung in diesen Bedingungen, daß die Arbeiter als Vertragspartner im Verhandeln der Arbeitsverträge auftreten, mithin Kündigungsfreiheit besitzen und sich demjenigen verdingen können, den sie akzeptieren. Die Sowjetregierung hat im Juni 1940 diese Freiheit aufgehoben und damit die feudale Schollenbindung als moderne Betriebsbindung restituiert. Natürlich ist dies kein Schritt in Richtung einer wie immer vorgestellten Arbeiteremanzipation gewesen, sondern das genaue Gegenteil – ein höchst wichtiges Indiz dafür, daß die Kommunisten etwas sehr anderes verwirklicht hatten, als sie zu verwirklichen meinten.

Gescheitert ist endlich die These vom Warenaustausch als dem System der Entfremdung. Indem die kommunistische Parteiherrschaft durchweg den Austausch (also den Markt) bzw. den ökonomischen Verkehr durch die Zuteilung (Distribution) ersetzt hat, ist sie zur staatlichen Preisdetermination gezwungen gewesen und hat damit den Betrieben die Möglichkeit genommen, eine objektive Kostenkalkulation vorzunehmen. Auf diese Weise ist die zentrale (nationale) Wirtschaftsplanung unvermeidlich selbst zu einer reinen Fiktion geworden, deren Wirksamkeit nur erhalten werden konnte um den Preis der stillschweigenden Anerkennung einer Schattenwirtschaft, in der die Produzenten, zum Teil sogar Mitglieder der obersten Behörde, des Politbüros, fröhlich auf den Plan piffen und „außerplanmäßige Investitionen“ realisierten, die der Generalsekretär, wenn er wollte, von seinem Fenster aus hätte wahrnehmen können. Diese Art, den staatlichen Wirtschaftsplan formell als unumstößliches Gesetz anzuerkennen und reell als Fiktion zu behandeln, präsentiert nicht nur eine moralische Depravation, sondern die bewußtlose Anerkennung der Gesellschaftlichkeit in Unterschied zur kommunistisch idealisierten Gemeinschaftlichkeit. Dieser Sachverhalt ist von einschneidender Bedeutung – und wird uns noch weiter beschäftigen. Hier sei er nur konstatiert.

Gewiß gibt die vorgestellte Aufzählung der gescheiterten Annahmen des Marxismus die Sicherheit, daß der „Umbruch im Osten“ eben den Marxismus nicht ungeschoren läßt. Garantiert sie aber auch die Gültigkeit von Norbert Blüms rheinisch frohsinniger Verkündigung in Danzig: „Marx ist tot, und Jesus lebt“? Falls Marx' Lehre nicht in der Interpretation der Komintern, sondern in der persönlichen Auffassung ihrer Studierenden gedeutet wird, ist die Frage ziemlich einfach zu beantworten: Marx ist der erste Ökonom gewesen, der die Wirtschaftsentwicklung zum wissenschaftlichen Thema gemacht hat. Das bleibt, was immer sonst von seinen Lehren gehalten werden mag. Marx hat weiter eine Fülle analytischer Determinationen ökonomischer Verhältnisse und Beziehungen geliefert, die er zwar nur verbal formuliert hat, die aber dennoch einer strengen und mathematisierten Darstellung fähig sind, folglich im wissenschaftlichen Interesse keine Ignoranz erlauben. Ein sehr einfaches Beispiel ist seine wichtige Unterscheidung der ökonomischen Zeitarten, die zwar wenig zur Kenntnis genommen wird, nichtsdestoweniger aber für die

Wirtschaftstheorie von grundsätzlicher Bedeutung ist.¹ Wichtiger noch ist seine Auffassung der theoretischen Ökonomie als *Wertlehre*, die die Unterscheidung von Preis und Wert als ökonomischer Maß- oder Größenarten avisiert, wenn auch nicht wirklich realisiert. Bei ihm figuriert der Preis unter dem klassischen Namen *Tauschwert*, während das, was Marx *Preise* nennt, tatsächlich Werte sind; alle rein in Geld dargestellten Größen sind Werte. Dem Tauschwert setzt Marx den *Gebrauchswert* entgegen, den er ganz zutreffend aus der Feststellung der Nützlichkeit von Waren folgert. Identifiziert man sie (auch „Nutzen“ genannt) mit dem Gebrauchswert und schließt Marxens kategorialen Salto mortale aus, nach dem der Gebrauchswert, weil er keine von der Ware getrennte Existenz hat, der Warenkörper selbst sein soll, der stoffliche Träger des Tauschwertes, so kann man Marxens Gebrauchswert als ökonomische Größenart verstehen, deren Messung auf dem Markt, also im ökonomischen Verkehr, im Zusammenhang mit der Preisverhandlung erfolgt.

Diese Sicht des Erhaltenswerten in der *Marx'schen Theorie* sei kurz skizziert: Sind $N_1, \dots, N_p, \dots, N_n$ die in der theoretischen Ökonomie vorausgesetzten Gebrauchswertarten, so kann man zweifelsfrei den tautologischen Satz behaupten: $N_i : N_j = N_i : N_j$. Angenommen ist dabei nur die Verwendbarkeit der *Verhältnissbildung* für Größenarten. Nach den Regeln des Umgangs mit dieser Operation ist es möglich, aus der vorgestellten Tautologie (d. h. einer sicheren *Wahrheit!*) zur Gleichung $N_i = (N_i : N_j) \times N_j$ überzugehen, worin die unterstellte Wahrheit erhalten ist und die *Produktbildung* (Vereinigung) als weitere zulässige Operation verwendet wird. Das in dieser Gleichung als Proportionalitätsfaktor auftretende Verhältnis $N_i : N_j$ kann Gegenstand ökonomischer Determination mit Blick auf die Feststellung der Existenz von Preisen p_i und p_j (bzw. von Tauschwerten in der Sprache der klassischen Ökonomie) werden, um die wirtschaftstheoretisch wichtige Proportion aufzustellen: Die Nutzen (Gebrauchswerte) verhalten sich umgekehrt wie die Preise (Tauschwerte). In anderer Ausdrucksform: $N_i : N_j = p_j : p_i$. Gilt diese Behauptung, so folgt weiter: $N_i = (p_j : p_i) \times N_j$; und daraus ist zu schließen: $p_i \times N_i = p_j \times N_j$. Diese Gleichung gibt nun gerade eine Wertgleichheit an, die man erfaßt, wenn man die gewöhnliche Kaufmannsantwort auf die Frage: Was bedeutet „Wert“? zur Kenntnis nimmt. Die fragliche Antwort lautet: Wert gleich Preis mal Menge.² Meint der Kaufmann mit „Menge“ eine bloße Anzahl, identifiziert er stillschweigend die mit *Wert* und *Preis* gemeinten ökonomischen Qualitäten (Dimensionen), so daß Werte Preisvielfache und Preise Werteinheiten sind, beide präsentiert in Geld. Heißt „Menge“ jedoch dasselbe wie „Gebrauchswertmenge“ oder „Gebrauchswertgröße“ oder „Nutzengröße“, so wird diese Dimensionsidentifikation aufgelöst, und wir haben mit der Gleichung

1 Vgl. MEW, Bd.24, Berlin (Ost)1963, S.154ff.

2 Vgl. dazu J. A. Schumpeter, der im 1. Bd. seiner „Konjunkturzyklen“ (dt. Göttingen 1961) anmerkt, daß Reihen von Daten „nach Preisen, Mengen und Werten (Preis mal Menge)“ „gruppiert werden können (S. 24, Anm. 13).

$$v = p_i \times N_i$$

vielmehr eine echte ökonomische Größengleichung vor uns, die genau drei voneinander verschiedene Dimensionen miteinander verknüpft. Diese letztere Bedeutung ist es, die Marx mit seiner Wertlehre avisiert.

Daß er den Wert durch die (abstrakte) Arbeit und ebenso auch durch die Arbeitszeit bestimmt sieht, impliziert keinen Einwand. Denn wenn wir A. Bródy folgen, gilt: „Die Größe der aufgewandten Arbeit [w/t] bildet den Wert. Daraus folgt, daß

$$[A] = [w \times t^{-1}]$$

gilt, Arbeit die Dimension eines Wertstroms hat“.¹ Stellen wir noch in Rechnung, daß die Arbeit im Gegenzug zum Einkommen (*E*) einen ausgehenden Wertstrom darstellt und für die einfache Reproduktion (die ökonomische Gleichgewichtslage) sicher $A + E = 0$ angenommen werden darf, so können wir Marx' Wertbestimmung durch

$$v = -A \times t$$

wiedergeben, worin *t* die Produktionsdauer bezeichnet (im Unterschied zur Arbeits-, Zirkulations- und Umsatzzeit). Die durch

$$[A \times t]$$

bestimmte Dimension des Werts erklärt die Verwendung des Namens *Arbeitswert* – wie die durch

$$[p_i \times N_i]$$

bestimmte den Namen *Nutzenwert* rechtfertigt. Läßt man sich durch den ohne meßtheoretische Klarheit geführten Streit über die vermeintliche exklusive Entgegensetzung beider Wertbestimmungen nicht beirren und nimmt an, daß die Wirtschaftstheorie genau einen Wert kennt, so ist klar, daß – für den Fall der einfachen Reproduktion – gelten muß:

$$p_i \times N_i = -A_i \times t$$

(*A_i* steht für die artspezifische Arbeit, in der der Gebrauchswert *N_i* hervorgebracht wird). Auf diese Weise ist die Marxsche Wertanalyse mit der nutzentheoretischen zusammengeschlossen und einsichtig, daß der „Umbruch im Osten“ auf sie gar keinen Einfluß hat.

Daß Marx in der Tat die hier skizzierten Verhältnisse im Visier gehabt hat, mag ein Zitat belegen, das deutlich in umgangssprachlicher Version eine ökonomische Größengleichung ausdrückt: „Dieselbe Arbeit (...) liefert in demselben Zeitraum verschiedene Quanta Gebrauchswerte, mehr, wenn die Produktivkraft steigt, weniger, wenn sie sinkt.“² Bezeichnen wir die Produk-

1 Vgl. A. Bródy, *Proportions, Prices and Planning*, Budapest 1970, S. 97.

2 MEW, Bd.23, Berlin (Ost) 1962, S. 61

tivkraft, die in der konkreten Arbeit A_i realisiert wird, mit κ_i , können wir mit unseren Voraussetzungen Marxens Angabe sofort reformulieren:

$$\kappa_i = N_i : A_i .$$

Da, wie jeder Ökonom weiß, die Senkung des Arbeitskraftaufwands unter sonst gleichen Bedingungen die Steigerung der Produktivkraft bedeutet, kann man aus der Marxschen Bestimmung schließen, daß die Arbeitskraft K_i offenbar die Inverse der Produktivkraft ist, so daß

$$K_i = A_i : N_i$$

gilt. Die so verstandene ökonomische Maßart (Größenart) Arbeitskraft wird am besten modelliert durch Transportarbeit, die nach Marx Gebrauchswert bildet, und zwar in Gestalt eines Transportarbeiters (z. B. Huckers auf dem Bau), der ohne Produktionsmittel (Transportmittel) eine Last vom Lager zum Verbrauchsort schleppt – und darin im klaren mechanischen Sinne Arbeit verrichtet (es ist dabei die zurückgelegte Wegstrecke, weil dieser Transport bezahlt wird, ökonomisch als bestimmte Gebrauchswert- bzw. Nutzengröße zu verstehen).

Natürlich muß eine kritische Reflexion der *Marxschen Theorie* gründlicher und detaillierter deren Thesen auf ihre Haltbarkeit durchgehen, als das hier erfolgen kann. Ich hoffe jedoch, daß die vorgetragene Skizze wenigstens den Eindruck vermittelt, daß Marxens Lehre mehr enthält als ein bloß ideologisches Programm einer perspektivlosen proletarischen Diktatur. Auf dieses Mehr sollte man nicht verzichten – auch nicht angesichts des „Umbruchs im Osten“. Es stellt mit Sicherheit den Bestandteil einer Theorie dar, die unter dem Namen (eines kritisch rekonstruierten) Marxismus wissenschaftlich sehr wohl ernst genommen werden kann und keine wissenschaftliche Kritik zu scheuen braucht. Wird dies akzeptiert, kann vom „Ende des Marxismus“ keine Rede sein. Am Ende ist die marxistische Ideologie, die moderne gesellschaftliche Welt unter den Begriff der Entfremdung zu subsumieren. Befreit von Parteidisziplin und irgendwelchen Kongreßbeschlüssen, angewiesen allein auf die Personen, hat die marxistische Wissenschaft zum ersten Mal eine normale Chance, d. h. eine positive Möglichkeit ihrer Ausbildung allein aufgrund des Erkenntnisinteresses der Menschen.

Gemeinschaft gegen Gesellschaft?

Die Herkunft des problematischen Entfremdungstheorems im klassischen Marxismus ist einfach zu erkennen. Es entsteht in einer ideologiebefrachteten Interpretation der Nationalökonomie, die zitiert werden muß:

„Die Nationalökonomie (...)“, schreibt Marx, „faßt das Gemeinwesen des Menschen, oder ihr sich bethätigendes *Menschenwesen*, ihre wechselseitige Ergänzung zum Gattungsleben, zum wahrhaft menschlichen Leben unter der

Form des *Austausches* und des *Handels* auf. Die *Gesellschaft*, sagt Destutt de Tracy, ist eine *Reihe von wechselseitigen échanges*. Sie ist eben diese Bewegung der wechselseitigen Integration. Die *Gesellschaft*, sagt Adam Smith, ist eine *handeltreibende Gesellschaft*. Jedes ihrer Mitglieder ist ein *Kaufmann*. Man sieht, wie die Nationalökonomie die *entfremdete* Form des geselligen Verkehrs als die *wesentliche* und *ursprüngliche* und der menschlichen Bestimmung entsprechende *fixiert*.¹

Es ist also der Austausch, der Handel als entfremdete „Form des geselligen Verkehrs“ erklärt, der Kaufmann als die persönliche Inkarnation dieser Entfremdung. Entfremdung wovon?

„Es ist (...) ein identischer Satz“, sagt Marx, „daß der *Mensch* sich selbst entfremdet, und daß die *Gesellschaft* dieses entfremdeten Menschen die Carikatur seines *wirklichen Gemeinwesens*, seines wahren Gattungsebens sei, (...)“²

Somit ist die durch den Handel konstituierte Gesellschaft vom wirklichen Gemeinwesen entfremdet. Die Negation der Entfremdung kann daher nichts anderes sein als die Realisierung dieses wirklichen Gemeinwesens durch den Ausschluß des Austauschs. Das ist nun in der Tat auch die Auffassung des Kommunismus als politischer Bewegung in der Moderne. Nieder mit der Warenform, nieder mit der Wertlogik, das ist die inbrünstig wiederholte Proklamation, die zur Debatte steht.

Nun muß zunächst mit Rückgriff auf die deutsche Sprache gefragt werden: Heißt „Gemeinwesen“ das Wesen einer *Gemeinschaft* oder das Wesen der *Gesellschaft*? Bedeuten diese beiden Termini dasselbe, ist die Frage beantwortet – und eigentlich überflüssig. Was aber, wenn *Gemeinschaft* und *Gesellschaft* nicht dasselbe bedeuten? Dann ist entschieden, daß das Wort Gemeinwesen natürlich das Wesen einer Gemeinschaft meint und gar nichts anderes (wie immer es auch als Definitionsgegenstand verwendet werden mag). Wird weiter angenommen, daß Gemeinschaften (repräsentiert durch Häuptlinge, Könige, Generalsekretäre etc.) miteinander in den Austausch eintreten, um selbst nicht erzeugte Güter zu genießen, die sie mit von ihnen erzeugten, aber für sie überschüssigen bezahlen, so haben wir exakt die Gesellschaft, ohne die wirklichen Gemeinwesen verloren zu haben (selbstverständlich gibt es bei dieser Annahme ebenso viele Gemeinwesen wie Gemeinschaften, deren Wesen sie gerade sind). Daß der Austausch „beginnt, wo die Gemeinwesen enden, an den Punkten ihres Kontakts mit fremden Gemeinwesen oder Gliedern fremder Gemeinwesen“, ist eine Einsicht, die Marx selbst formuliert.³ Es ist nur hinzuzufügen, daß mit der Aufnahme regelmäßiger Kontakte dieser Art die entsprechenden Gemeinschaften (Stämme, Völker, Poleis etc.) zu Gliedern der Gesellschaft werden, ohne dadurch ihre entsprechenden Gemeinwesen zu verlieren oder sich ihnen zu entfremden. Die wirkliche Fremdheit wird

1 K. Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, Leipzig 1988, S. 230

2 Ebd.

3 Vgl. MEW, Bd. 23, S. 102

für eine Gemeinschaft durch andere ihr bisher unbekannte Gemeinschaften (und ihre Kulturen) dargestellt. Und sie wird durch die Gesellschaftsbildung, also im nationalökonomischen Sinne durch die Etablierung des regelmäßigen Handelsverkehrs, gerade aufgehoben. Die Preisverhandlung ist nicht die Geburtsstunde der Marxschen Entfremdung; sie ist vielmehr die säkulare Stunde des Heiligen Geistes, wenn sie zum Erfolg geführt wird. Durch sie beziehen sich fremde Gemeinwesen aufeinander, erkennen ihre jeweiligen angebotenen Güter als das *Eigentum* der entsprechenden Tauschpartner an und erhalten seinen Wert gerade durch den Tausch. Es ist nicht zu begreifen, wieso der Austausch die Konstituierung von Entfremdung sein soll. Es ist nur zu verstehen, daß die Ersetzung des Tauschs durch den Krieg, die Eroberung in der Tat die Entfremdung des Besiegten - von seinem Eigentum nämlich - bedeutet.

Die hier nahegelegte Unterscheidung zwischen *Gemeinschaft* und *Gesellschaft*, die Marx leider nicht vollzieht, geht natürlich zurück auf das berühmte Werk von Ferdinand Tönnies¹, das erstmals 1887 publiziert worden ist. In ihm werden die fraglichen Wörter ausdrücklich operativ bestimmt: Die durch Gruppenbildung konstituierte *Verbindung* zwischen Menschen „wird entweder als reales und organisches Leben begriffen – dies ist das Wesen der *Gemeinschaft*, oder als ideelle und mechanische Bildung – dies ist der Begriff der *Gesellschaft*.“²

Diese Bestimmungen greifen auf den Sprachgebrauch der deutschen Romantik zurück, die den *Organismus* vom *Mechanismus* unterscheidet. Das muß heute kein Hinderungsgrund sein, Tönnies' Intention adäquat, doch aktuell zu reformulieren. Die Gemeinschaft als reale Verbindung bringen wir schon von Natur aus aufgrund der sexuellen Reproduktion mit. Es gibt keinen Nachwuchs ohne die Gemeinschaft von Mann und Frau. Es gibt keine Aufzucht des Nachwuchses ohne die Familiengemeinschaft, wie umfassend sie immer beschaffen sei (also eine Großfamilie oder eine Kleinstfamilie ist). Zugleich versteht sich, daß Familien kooperativ zusammenwirken müssen, um die Art zu erhalten. Und damit empfiehlt sich, die Tönniessche Realität der Verbindung, die *Gemeinschaft* heißt, durch unmittelbare Kooperation, durch direktes Zusammenwirken in der *Produktion* begründet zu verstehen. Im Gegenzug kann dann gesagt werden, daß diejenige Verbindung, die *Gesellschaft* heißt, durch den *Austausch* entsteht und erhalten wird. Die Glieder einer Gemeinschaft heißen *Individuen*. Die Glieder der Gesellschaft heißen *Personen*. Eine in die Gesellschaft vermittels Handel eintretende Gemeinschaft ist eine Person (eine juristische freilich, keine „natürliche“). Individuen verhalten sich zu ihren Gemeinschaften wie Teile zu ihren Ganzen. Personen verhalten sich zu ihren Gesellschaften wie Einheiten zu ihrer Vielheit. In der Gemeinschaft wird geteilt und verteilt (distribuiert). In der Gesellschaft wird verglichen und ersetzt. In der Gemeinschaft besteht Gemeineigentum (durch

1 Vgl. F. Tönnies, *Gemeinschaft und Gesellschaft*. Grundbegriffe der reinen Soziologie, Dritte durchges. Aufl., Berlin 1920

2 A. a. O., S. 3

Repräsentanten des Gemeinwesens verwaltet). Es muß nicht die Allmende sein (das gemeinsame Bodeneigentum); es kann sich auch als Steuer oder Mitgliedsbeitrag darstellen. In der Gesellschaft zirkuliert Eigentum; sie besteht nur in dieser und durch diese Zirkulation.

Die „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ genannten Verbindungsarten zwischen Menschen realisieren offenbar einen dualen Gegensatz (keinen kontradiktorischen und keinen konträren) ähnlich dem, der zwischen dem Zusammenschließen (Vereinen, Konjungieren) und dem Anschließen (Vereinigen, Adjungieren) logisch besteht. Die Gemeinschaft ist eine *Union*, die Gesellschaft ist eine *Assoziation*. Die Gemeinschaft hat ein Gemeinwesen, ihr Allgemeines. Die Gesellschaft hat – als Vielheit – kein Gesellschaftswesen, d. h. kein Allgemeines, weil sie a priori keine Allheit ist. Sie besteht aus vielen Personen, die sich nicht zu einer Einheit zusammenfügen können, wollen sie die Gesellschaft nicht aufheben. Die angelsächsische Leugnung des französischen Allgemeinwillens (Rousseaus Bestimmung) reflektiert die existentielle Voraussetzung der society unter Ausblendung der community, womit das Risiko eingegangen wird, die Gemeinschaft als Gesellschaft vorzustellen. Umgekehrt liefert Marx' Beschreibung der Gesellschaft als der entfremdeten Gestalt des „wahren Gemeinwesen“ die Gefahr, die Gesellschaft als (entfremdete U. H.) Gemeinschaft zu präsentieren. Die Verwechslung beider Begriffe ist eine wahre Crux der Sozialwissenschaften.

Diese Verwechslung kennzeichnet auch das oben zitierte Gothaer Programm, nach dem „die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft“ Ziel der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands gewesen ist. Nimmt man die hier angestellten Überlegungen zur Unterscheidung der Gemeinschaften von der Gesellschaft an, so versteht sich logisch, daß das avisierte Ziel eine Absurdität ist. Denn Gemeingut kann es nur in der Gemeinschaft geben, nicht in der Gesellschaft. Wird also die Herstellung des Gemeineigentums an den Arbeitsmitteln gefordert, so wird entweder die davon unabhängige Weiterexistenz der Gesellschaft, realisiert durch Tausch mit fremden Gemeinschaften oder Personen, gar nicht thematisiert (ein für die deutsche Sozialisierungskommission 1918 bis 1923 gravierender Umstand), oder aber die fromme Vorstellung angenommen, die via Gemeineigentum an den Produktionsmitteln restrukturierte Gemeinschaft sei die „wahre Gesellschaft“. Die wirtschaftspolitische Konsequenz ist im Falle des Gelingens jener Verwandlung die radikale Ersetzung des ökonomischen Austauschs durch die vom Gemeinwesen gesteuerte Distribution der Güter, gefestigt obendrein durch die Einführung einer nationalen Binnenwährung wie des staatlichen Außenhandelsmonopols (altbekannte Hinweise Fichtes, den Handelsstaat zu schließen). Mit anderen Worten: Das Ziel der „Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft“ ist zugleich die Erklärung mindestens der Ignoranz gegenüber der Gesellschaft, insofern sie nämlich durch den Weltmarkt ökonomisch realisiert ist, maximal jedoch der Vernichtung eben dieser Gesellschaft, sofern sie im Verkehrssystem der entsprechenden (nationalen)

Volkswirtschaft besteht. Die Proklamation, die Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft zu verwandeln, ist daher in Wahrheit ein Programm, die Gemeinschaft gegen die Gesellschaft als allein wirkliche Verbindungsweise unter Menschen geltend zu machen, die *soziale* Frage also dadurch zu lösen, daß die *Sozialität* (Gesellschaftlichkeit) vernichtet wird. Dieser wirkliche Inhalt wird für das rezipierende Bewußtsein dadurch verschleiert, daß die in der Tat intendierte Gemeinschaft unter dem Namen Gesellschaft figuriert. So wird die objektiv gewollte Vernichtung der Gesellschaft subjektiv gar nicht wahrgenommen, wenngleich selbstverständlich der üble „Schacher“, die schnöde „Herrschaft des Geldes“, die kaltschnäuzige „Profitwirtschaft“, die niederträchtige „Gewinnsucht“ etc. etc. mit einem Sturzbach von Flüchen und Verwünschungen guten Gewissens attackiert werden.

Die Hauptfigur dieses Angriffs auf die Gesellschaft ist der Privateigentümer (von Produktivvermögen, versteht sich). Er gilt als eigentlicher Verursacher aller moralischen Übel dieser Welt. Gegen ihn wird die Gemeinschaft als der an sich allein berechnigte Eigner der Produktionsmittel verhimmelt, das Gemeineigentum als die Garantie für das Ende aller sozialen Probleme ausgegeben. Es ist zuzugeben, daß mit der Prämisse, das Privateigentum sei die wesentliche Quelle allen Elends und aller moralischen Verkommenheit, die Folgerung auf die Notwendigkeit der Herstellung des Gemeineigentums von bestechender logischer Klarheit ist. Da das Privateigentum die Eigentumslosigkeit (d. i. das proletarische Dasein) zu seinem Komplement hat, und allein Eigentümer am sozialen Verkehr teilnehmen, so muß die Herstellung des Gemeineigentums als Negation der Eigentumslosigkeit die durch das Privateigentum begründeten Gebrechen zum Verschwinden bringen. Dies ist die motivierende Annahme zur Beteiligung am Kampf der kommunistischen Bewegung. Sie ist keine anachronistische Vorstellung (wenngleich der Kommunismus seine ideologische Geschichte gewiß bis auf Plato zurückführen kann, neben seiner proletarischen auch bäuerliche und aristokratische sowie klösterliche Realisierungen historisch aufzuweisen hat). Denn sein ausgemachter Gegner, das moderne Privateigentum, ist ein Geschöpf der industriellen Revolution, der „Moderne“ also, wie man heute ziemlich nichtssagend sagt. Somit kann nicht unterstellt werden, daß die Denunziation dieses Privateigentums durch den – ebenso modernen – Kommunismus aufgrund der Verarbeitung geschichtlicher Erfahrungen bereits desavouiert gewesen sei. Die Erfahrung, daß die Ersetzung des Privateigentums durch das Gemeineigentum im Rahmen von Nationen mitnichten zur Beseitigung der beklagten moralischen Verkommenheit führt, keineswegs die selbstbestimmte Teilnahme der Arbeiter an den volkswirtschaftlichen Entscheidungen garantiert und schon gar nicht den krisenfreien Fortschritt der Produktivkräfte, ist erst zu machen gewesen. Das Erlebnis des Ersten Weltkriegs und der Weltwirtschaftskrise zwischen 1929 und 1933 hat vielmehr umgekehrt hinreichend empirische Gründe geliefert, die kommunistische Attacke auf das Privateigentum für eine sinnvolle Lösung der sozialen Frage zu halten.

Wenn also auch mit der Voraussetzung des Dualismus zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft gesagt werden kann, daß diese Attacke im an sich absurden Versuch bestanden hat, die Gesellschaft durch die Gemeinschaft zu ersetzen, so ist sie dennoch nicht als ein Atavismus zu verstehen. Vielmehr handelt es sich m. E. darum, daß die menschliche Entwicklung im Rahmen dieses Dualismus absolviert wird, so daß mit jedem Fortschritt der Gesellschaft zugleich eine Restrukturierung der Gemeinschaftlichkeit betrieben werden muß und betrieben wird. Es handelt sich nicht darum, wie Tönnies noch angenommen hat, daß die menschliche Geschichte von der Gemeinschaft zur Gesellschaft führt, sondern immer in beiden Verbindungen verwirklicht wird. Indem der soziale Progreß, initiiert durch Innovationen im Wirtschaftsleben der Gesellschaft, gegebene Gemeinschaftsbindungen fraglich macht, mobilisiert er zugleich politische Bewegungen, die jene Restrukturierung intendieren, ohne die dann tatsächlich verwirklichte Struktur a priori antizipieren zu können. Daß in solchen Bewegungen immer wieder die Gesellschaft für empfundene und erfahrene Übel angeklagt wird, ist im Grunde tautologisch wahr. Denn sie ist wirklich die Quelle des Fortschritts, weil sie die Freiheit der Personen garantiert, mit produktiven Fortschritten bisherige Arbeitskraftbindungen überflüssig zu machen. Wer munter seine Kosten durch Arbeitersparnis senkt, weil er Neuerungen einführt, drückt über das Medium der Gesellschaft auf die ökonomischen Existenzbedingungen anderer, von ihm unabhängiger Produzenten, die solchen Druck dann mit dem Gang ins Konkursverfahren beantworten müssen. Man kann den Produktivkraftfortschritt nicht haben wollen und zugleich die eben durch ihn hervorgebrachte Arbeitslosigkeit in nun alten, überlebten Arbeitsarten beklagen. Da Arbeitslose immer durch die Gemeinschaft unterhalten werden (wie sie auch im einzelnen verfaßt sei), tritt der soziale Progreß unvermeidlich als Gemeinschaftsproblem in Erscheinung. Und eben deshalb ist die Attacke auf die Gesellschaft namens des „wahren Gemeinwesens“ eine – bisher wenigstens – beständig reproduzierte Antwort auf die Herausforderung durch den von der Gesellschaft ermöglichten Fortschritt, wenngleich selbstredend stets in den historisch zeitgemäßen Erscheinungsformen.

In diesem Sinne meine ich, daß der europäische Kommunismus des 20. Jahrhunderts den Angriff auf die gesamte bisherige Ausbildung der Sozialität zum Inhalt gehabt hat, womit der „Umbruch im Osten“ den empirischen Beweis für die Unhintergebarkeit eben der Sozialität liefert. Es ist damit nicht bewiesen worden, daß das Bedürfnis nach Gemeinschaft im Angesicht der „Kälte“ der Gesellschaft archaischer Natur, daher mit Anerkennung der „Moderne“ füglich zu verachten und auszuschließen sei, sondern nur, daß die Verteidigung der Gemeinschaft gegen die Gesellschaft nicht mit der Vernichtung letzterer auch erfolgreich die menschlichen Existenzprobleme lösen kann. Es wäre also Unsinn, die kommunistische Intention der Weltgemeinde (modelliert in der Komintern, auch als Weltstaat vorgestellt) mit der Behauptung zu konterkarieren, die Weltgesellschaft sei die wahre Verfassung des Erden-

bürgers und jeder Drang nach einer besonderen Gemeinschaft (insbesondere z. B. nach der Nation) ein barbarischer Atavismus. Diese Verhimmelung der Gesellschaft mit antikommunistischer Garnierung ist wenigstens in Europa, in dem die Europäische Gemeinschaft fleißig gezimmert wird, ein rein intellektuelles Vergnügen liberalen Selbstgenusses – und sonst wenig mehr.

Es ist noch nötig zu sagen, daß die Attacke auf die Gesellschaft in unserem Jahrhundert keineswegs eine allein kommunistische Bemühung gewesen ist. Sie ist in gleicher Weise durch den modernen Imperialismus realisiert worden, der mit seiner Kolonialpolitik ja eben nicht den Austausch gleichberechtigter Partner erweitert, sondern dessen Gesetzen durch die Abgrenzung von Einflußsphären zu entgehen getrachtet hat – um den Preis der Unterwerfung und Ausplünderung fremder Völker. Aller Wahnsinn des 20. Jahrhunderts kann in seiner Keimform in der Kolonialpolitik des kapitalistischen Imperialismus wahrgenommen werden. Man betrachte nur die kaiserlich deutsche Behandlung der Menschen im ehemaligen Kolonialgebiet von Südwestafrika, heute als Namibia und letzte große Kolonie in die politische Unabhängigkeit entlassen, und man wird alle Methoden der Nazis, rassistisch begründeten Völkermord zu betreiben, bereits realisiert finden. Dieser Imperialismus ist immer „Sozial“-Imperialismus gewesen, d. h. eine Politik, die die soziale Frage im Inneren einer Nation durch Eroberung fremder Gebiete und Unterwerfung fremder Völker zum Verschwinden zu bringen getrachtet hat. Sie ist nicht die Totalattacke auf die Sozialität gewesen, indem sie militärisch gleich starke Gegner wohl in Rechnung gestellt hat. Aber sie hat sie nolens volens herbeigeführt, indem genau diese Kalkulation durch ihre Verwirklichung die Konfrontation der Koalitionen hervorgebracht hat, welche in den beiden Weltkriegen unseres Jahrhunderts aufeinander eingeschlagen haben. In dieser Konstellation ist dem europäischen Kommunismus eine Funktion zugewachsen, die er anfangs gar nicht in Rechnung gestellt hat, nämlich die, den antikolonialistischen Bewegungen eine politische und vornehmlich militärische Basis zu sein. Das hat zu seiner enormen Stärke ganz wesentlich beigetragen. Und man darf wohl sagen, daß der Widerstand gegen den Imperialismus, die Auflösung der kolonialen Fremdherrschaft die wirkliche Leistung der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts ist. Mit Bezug auf sie kann von keinem „Scheitern“ geredet werden, vielmehr vom vollen Erfolg im klaren Sinne der vollständigen Erledigung des politischen Imperialismus. Höhepunkt dieser Leistung ist nach meinem Dafürhalten der Sieg der vietnamesischen Armee im April 1975 – und Wendepunkt zugleich (deutlich geworden 1978 im Einmarsch dieser Armee in Kambodscha, 1979 im Einmarsch der Sowjetarmee in Afghanistan). Und weil die objektive kommunistische Intention erreicht worden ist, ist der Kommunismus selbst überflüssig geworden.

Es ist somit der merkwürdige Schluß zu ziehen: Indem die Kommunisten gegen das Privateigentum zu Felde gezogen sind, also bewußtlos die Gesellschaftlichkeit überhaupt angegriffen haben, sind sie international auf Bundesgenossen (die kolonialen Befreiungsbewegungen) gestoßen, die sie nicht sub-

sumieren konnten, d. h. eingemeinden, und haben daher im Angriff auf die Sozialität zugleich eine besondere Gesellschaftlichkeit (nämlich die ihrer und ihrer Bundesgenossen) gesetzt, die ihren politischen Erfolg, soweit er möglich gewesen ist, fundiert hat. Die Komintern, als antizipierte Weltgemeinde, hat daher auch nur ein kurzes Leben gehabt, während die Vielheit kommunistisch geführter Staaten das soziale Phänomen der je besonderen Interessen besonderer Gemeinwesen (angefangen mit dem Auftreten des „Titoismus“), ob kommunistisch geführt oder nicht, nolens volens wieder aufleben ließ. Indem die ersehnte Universalisierung (erhofft vom Sieg der deutschen Rätebewegung 1918/19) durch die mögliche Assoziierung (ermöglicht durch die Formierung antikolonialistischer bzw. antiimperialistischer Bewegungen) ersetzt worden ist, hat der europäische Kommunismus objektiv deutlich gemacht, daß er an sich etwas anderes gewesen ist, als seine Begründer gewähnt haben. Er ist nicht der Schlüssel zur Lösung der sozialen Frage gewesen, sondern das Mittel, ihre imperialistische Bewältigung aufzuheben. Die kommunistische Attacke auf die Gesellschaft überhaupt hat diese selbst an die Schwelle einer neuen Epoche geführt. In ihr wird es nach aller Erfahrung nicht mehr darum gehen, den Austausch, weil er das Janusgesicht des ökonomischen Fortschritts zeigt, zu verteufeln, sondern ihn – nach den Maßen unserer ökonomischen Erkenntnis – verständig und vernünftig so zu regeln, daß die mit Recht empörenden Armuts- und Elendserscheinungen weltweit zum Hauptgegenstand praktischer Negation werden.

In diesem Sinne ist der „Umbruch im Osten“ die Ermöglichung des Versuchs unmittelbar positiver Akzeptanz humaner Sozialität, d. h. der Anerkennung des Sachverhalts, daß die Nationen im Verhältnis zueinander nicht durch Krieg, sondern durch Handel und Austausch ihre wirtschaftlichen und sonstigen Probleme lösen müssen. Daß in dieser Aufgabe, die wesentlich ökonomischer Natur ist, der selbstkritisch rekonstruierte Marxismus die Annahme vom „Ende des Marxismus“ erst als Irrtum oder Fehldiagnose erweisen muß, versteht sich. Daß die Chancen dafür nicht gleich null sind, hoffe ich gezeigt zu haben.

Gemeinschaft und Gesellschaft – erneut betrachtet¹

Der Anlaß der folgenden Überlegungen, Lawrence Kraders Jubiläum, und ihr Grund, das Interesse, den weltgeschichtlichen Zusammenbruch des modernen Kommunismus zu verstehen, haben gewiß nicht nur das Moment ihres zeitlichen Zusammentreffens miteinander gemein. Ethnologische Theoriebildung wie Feldforschung bedürfen der gleichen sozialtheoretischen Grundlegung wie jede vernünftige Erklärung der Erfahrungen, die Europa zwischen dem November 1917 und dem August 1991 mit der russisch dominierten kommunistischen Parteiherrschaft gemacht hat. Indem ich von der Annahme ausgehe, daß diese Herrschaft die praktische Realisation der Idee gewesen ist, die (bürgerliche) *Gesellschaft* durch die (proletarische) *Gemeinschaft* zu ersetzen, erfordert der Versuch, den kommunistischen Zusammenbruch zu verstehen, den Rückgriff auf das Werk von Ferdinand Tönnies, das 1887 erstmals erschien und dessen dritte Auflage von 1920 im folgenden zugrunde liegt.² Die von Tönnies präsentierte Unterscheidung zwischen den beiden Arten, wie sich Menschen miteinander positiv verbinden, hat bislang keine sonderlich bedeutende Anerkennung gefunden. Ich meine jedoch, daß ihre Rezeption für das sozialtheoretische Verständnis wenigstens unserer jüngsten geschichtlichen Erfahrungen unabweisbar ist und sehe daher in Lawrence Kraders Jubiläum die angemessene Gelegenheit, Tönnies' Thema erneut zu variieren zu verstehen, was denn eigentlich passiert sei.

Tönnies' Erkenntnis

Indem er die Wirkungen, die Menschen „zur Erhaltung ... des anderen Willens und Leibes“ aufeinander ausüben, thematisiert und diejenigen aus seiner Betrachtung ausschließt, die „zur Zerstörung des anderen Willens und Leibes tendieren“, unterscheidet Tönnies zwei Arten von Verhältnissen bzw. Verbindungen zwischen Einzelmenschen in der Bildung von Gruppen: „Das Verhältnis selber, und also die Verbindung, wird entweder als reales und organisches Leben begriffen – dies ist das Wesen der *Gemeinschaft*, oder als ideelle und mechanische Bildung – dies ist der Begriff der *Gesellschaft*.“³ Unmißverständlich ist damit die naturphilosophische Unterscheidung des Organismus vom Mechanismus für die soziologischen Definitionen vorausgesetzt,

1 Quelle: Ethnohistorische Wege und Lehrjahre eines Philosophen: Festschrift für Lawrence Krader zum 75. Geburtstag. Hg. v. Dittmar Schorkowitz. Frankfurt a. M. 1995. S. 129-148

2 F. Tönnies: Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie. Dritte durchges. Aufl. Berlin 1920

3 Ebd. S. 3

die mit Sicherheit das veraltete Moment in der Tönniesschen Unterscheidung ist und daher im folgenden auch keine weitere Rolle spielen soll. Man kann sich gut eine kooperierende Gemeinschaft in solcher Arbeitsteilung vorstellen, die die Idee des Mechanismus ziemlich adäquat modelliert, wie umgekehrt eine Gesellschaft - etwa auf dem Markt - aufweisbar ist, welche die Idee des Organismus leidlich versinnlicht. Ebenso wenig ist wohl der Unterschied zwischen Realität und Idealität geeignet, zur Definition der Gemeinschaft einerseits und der Gesellschaft andererseits herangezogen zu werden. Dagegen scheint mir wichtig zu sein, Tönnies' Betonung des *operativen* Charakters zu beachten, der mit der Verwendung der Namen *Gemeinschaft* und *Gesellschaft* gemeint ist. Das Resultat der Vergemeinschaftung heißt bei ihm ebenso wie das Ergebnis der Vergesellschaftung eine *Gruppe* bzw. eine *Verbindung*. Die Operation, die die Gruppe bzw. Verbindung hervorbringt, wird „Verhältnis“ genannt oder „positives Verhältnis“ oder „Verhältnis gegenseitiger Bejahung“, um sodann die Definitionen einzuführen:

(1) Gemeinschaft =_{df} Verhältnis des realen und organischen Lebens;

(2) Gesellschaft =_{df} Verhältnis der ideellen und mechanischen Bildung.

Je nach der Art der Verhältnisbildung ist eine Gruppe damit entweder eine Gemeinschaft oder eine Gesellschaft.

Da nun weder die Unterscheidung des Mechanismus vom Organismus noch die der Realität von der Idealität akzeptiert wird, gleichwohl aber die der Gemeinschaft von der Gesellschaft erhalten werden soll, müssen wir uns nach einer anderen Voraussetzung umsehen, die die fraglichen Definitionen ermöglicht und Tönnies' Konzept geeignet zu rekonstruieren gestattet. Zu diesem Zweck zunächst einige weitere Erinnerungen. Im zitierten Werk heißt es weiter: „Alles vertraute, heimliche, ausschließliche Zusammenleben ... wird als Leben in Gemeinschaft verstanden. Gesellschaft ist die Öffentlichkeit, ist die Welt. In Gemeinschaft mit den Seinen befindet man sich, von der Geburt an, mit allem Wohl und Wehe daran gebunden. Man geht in die Gesellschaft wie in die Fremde. Der Jüngling wird gewarnt vor schlechter Gesellschaft; aber schlechte Gemeinschaft ist dem Sprachsinne zuwider. Von der häuslichen Gesellschaft mögen wohl die Juristen reden, weil sie nur den gesellschaftlichen Begriff einer Verbindung kennen; aber die häusliche Gemeinschaft mit ihren unendlichen Wirkungen auf die menschliche Seele wird von jedem empfunden, der ihrer teilhaftig geworden ist. Ebenso wissen wohl die Getrauten, daß sie in die Ehe als vollkommene Gemeinschaft des Lebens (*communio totius vitae*) sich begeben; eine Gesellschaft des Lebens widerspricht sich selber. Man leistet sich Gesellschaft; Gemeinschaft kann niemand dem Andern leisten. ... Gemeinschaft der Sprache, der Sitte, des Glaubens; aber Gesellschaft des Erwerbes, der Reise, der Wissenschaften. ... Im allgemeinsten Sinne wird man wohl von einer die gesamte Menschheit umfassenden Gemeinschaft reden, wie es die Kirche sein will. Aber die menschliche Gesellschaft wird als ein bloßes Nebeneinander von einander unabhängiger Personen verstanden. ... Gemeinschaft ist das

dauernde und echte Zusammenleben, Gesellschaft nur ein vorübergehendes und scheinbares. Und dem ist es gemäß, daß Gemeinschaft selber als ein lebendiger Organismus, Gesellschaft als ein mechanisches Aggregat und Artefact verstanden werden soll.“¹

Daß man sich „mit den Seinen ... von Geburt an“ in Gemeinschaft befindet, halte ich für eine wesentliche Feststellung, die das Faktum zur Basis hat, daß bereits die einfache biologische Reproduktion sexueller Natur ist, mithin Zeugung und Aufzucht des Nachwuchses ohne Gemeinschaftsbildung in Gestalt der Familie (wie groß oder klein und von welcher Dauer auch immer) undenkbar ist. Nur Zeus vermag Athene ohne eines Weibes Mithilfe aus seinem Haupte zu entbinden. Und nur die christliche Maria empfängt unbefleckt. Die gewöhnlichen, natürlichen Menschen erhalten ihre Gattung via Gemeinschaftsbildung. Dies können wir anerkennen, ohne Tönnies die „unendlichen Wirkungen auf die menschliche Seele“ bestätigen zu müssen, die wir in der häuslichen Gemeinschaft empfinden. Ebenso wenig sind wir gezwungen, das Zusammenleben in einer Gemeinschaft als „dauernd und echt“ im Gegensatz zum „vorübergehenden und scheinbaren“ in der Gesellschaft anzusehen. Es liegt in solcher Sicht viel Verklärung der Gemeinschaft und ebensoviel Verkenntung der Gesellschaft – ein sehr romantisches Erbe.

Lassen wir dieses Erbe beiseite, so finden wir jenseits desselben bei Tönnies Erörterungen, die mit Blick auf eine vielmehr ökonomische Fundierung der Unterscheidung zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft von erheblicher Bedeutung sind. So erklärt er einerseits: „Die Verfassung des Hauses ist ... wichtig als *Haushaltung*, d. i. in ihrem ökonomischen Aspekt, als zusammen arbeitende und zusammen genießende Gemeinschaft. ... Wie ... um der einheitlichen Arbeit willen die Genossen sich teilen und trennen, so findet ... die Wiedervereinigung statt um der notwendigen Verteilung des Genusses willen.“² Und andererseits wird gesagt: „Gesellschaft ... wird begriffen als eine Menge von natürlichen und künstlichen Individuen, deren Willen und Gebiete in zahlreichen Verbindungen zu einander ... stehen, und doch von einander unabhängig ... bleiben. Und hier ergibt sich die allgemeine Beschreibung der ‚bürgerlichen Gesellschaft‘ oder ‚Tauschgesellschaft‘, deren Natur und Bewegungen die politische Oekonomie zu erkennen beflissen ist: eines Zustandes, worin nach dem Ausdrücke des Adam Smith ‚jedermann ein Kaufmann ist‘“.³ Diese Beschreibung liefert den Schlüssel für eine moderne Rekonstruktion des Tönniesschen Ansatzes: Gemeinschaft, so können wir sagen, wird durch die unmittelbare Kooperation in der Produktion realisierbarer (absetzbarer) Güter oder Dienste hervorgebracht. Sie ist wesentlich durch *Produktion* begründet. Gesellschaft dagegen wird durch den *Austausch*, durch den Handel fundiert. Die nationalökonomische Sicht der Gesellschaft ist eine sozialtheoretisch fundierende Erkenntnis der Aufklärung, nicht

1 Ebd. S. 3–4

2 Ebd. S. 23

3 Ebd. S. 43

etwa die perfide Anerkennung des schnöden Schachers, der üblen Profitsucht oder ähnlicher romantisch inakzeptabler menschlicher Aktivitäten.

Um Gemeinschaft als ökonomisch begründete Verbindung zwischen Individuen wahrzunehmen, können wir jede Gruppe vorstellen, die arbeitsteilig ein gemeinsames Produkt hervorbringt. Die in dieser Kooperation realisierte Arbeitsteilung heißt – im Unterschied zur gesellschaftlichen, durch Austausch vermittelten – auch gemeinschaftliche Arbeitsteilung. Sie tritt nicht nur in der Haushaltung im eigentlichen Sinne auf, sondern ebenso sehr in der Betriebswirtschaft, sei sie nun durch einen Handwerksbetrieb, eine Manufaktur oder eine Fabrik realisiert. Insbesondere bedeutet der durch die industrielle Revolution ermöglichte Übergang zur großen Industrie nicht etwa die „unmittelbare Vergesellschaftung“ der Produktion, gegen die das Eigentum als privates rückständig bleibt, sondern die Bildung großer Belegschaften, die Gemeinschaften sind. Wo immer Produktion durch direkte Zusammenarbeit verschiedener Menschen verwirklicht wird, liegt auch Vergemeinschaftung oder Gemeinschaftsbildung vor. Die die Gemeinschaft stiftende Einheit liegt im intendierten Produkt, das durch Einzelarbeit nicht hergestellt werden kann. Ebenso liegt Gemeinschaftsbildung vor, wo ein gemeinsamer Fonds via Distribution konsumiert wird.

Ist das gemeinschaftliche Produkt zugleich und ausschließlich Gegenstand der gemeinsamen Konsumtion, betreibt die Gemeinschaft Subsistenzwirtschaft in lokaler Isolation ohne gesellschaftliche Verbindung. Verwendet sie einen Teil ihres Produkts, um mit fremden Gemeinschaften in Austausch zu treten, so realisiert sie im Falle des Erfolgs gesellschaftliche Verbindung. Die Gesellschaft tritt also in Erscheinung, sobald wenigstens zwei voneinander verschiedene Gemeinschaften miteinander Austauschbeziehungen herstellen. Ist der stumme Tausch der Beginn des Handels, so hat die Gesellschaft einen stummen Anfang. Und sie ist realisiert, wenn die Preisvereinbarung positiv entschieden ist. In diesem Sinne ist also die Gesellschaft wirklich in der Zirkulation der Produkte, die Gemeinschaften füreinander herstellen. Ist die Zirkulation beständig, so ist die Gesellschaft beständig. Die *menschliche* Gesellschaft überhaupt wird im Sinne der gegebenen Explikation durch den Weltmarkt realisiert. Seine Geschichte ist die der menschlichen Gesellschaft in ökonomischer Realisation. Sie beginnt nicht erst mit der Entdeckung Amerikas, sondern ist gewiß schon 2500 v. d. Z. vorhanden, als – wie die Archäologie belegt – Austauschbeziehungen zwischen Mesopotamien und der Indusalkultur bestanden. Durch Gemeinschaften getragene Hochkulturen haben sich entweder mit Beziehung zum Weltmarkt gebildet oder umstrukturieren müssen, wenn sie mit ihm in Kontakt getreten sind. Darin ist der Weltmarkt beständig territorial erweitert worden – und gleichzeitig intensiviert, indem er immer mehr Arten von Tauschgütern aufgenommen hat.

Indem es in der gesellschaftlichen Verbindung nicht um die Erzeugung eines bestimmten Produktes geht, sondern um den Tausch gegeneinander voraussetzungsgemäß verschiedener Erzeugnisse, so kennt die Gesellschaft nicht

jene konkrete Einheit, die für die Gemeinschaft charakteristisch ist. Die Preisvereinbarung bedeutet vielmehr die Wertabstraktion, d. h. die Feststellung der jeweiligen Tauschgüter als Träger gleicher Werte. Äquivalenz als Bedingung der wirklichen wechselseitigen Ersetzung der jeweils präsentierten Produkte ist die Intention der Preisverhandlung. Sie kann als erreicht behauptet werden, wenn die Tauschpartner durch den Austausch in gleicher Weise gewinnen. Der Hinweis auf den wirklichen Tausch von Glasperlen gegen Gold zeigt nur ein vorübergehendes Phänomen, das mit der tatsächlichen Kenntnisaufnahme der Preisverhältnisse auf dem Weltmarkt schnell verschwindet, sofern nur die Souveränität der entsprechenden Tauschpartner unangetastet bleibt (imperial erzwungene Rohstoffhergabe hat mit menschlicher Gesellschaftlichkeit nur insofern etwas zu tun, insofern sie darin Gegenstand der Negation ist, der originäre Eigner also gerade mit Gewalt enteignet, d. h. als Tauschpartner nicht anerkannt wird).

Diese Sicht der gesellschaftlichen Verbindung hat Tönnies allerdings nur mit skeptisch vermittelten Einschränkungen formuliert. Im Anschluß an die Wiedergabe der Smithschen Auffassung vom gesellschaftlichen Akteur als einem Kaufmann schließt er: „Daher denn, wo eigentlich kaufmännische Individuen, Geschäfte oder Firmen und Kompagnien, einander gegenüberstehen, in dem internationalen oder nationalen Markt- und Börsenverkehr, die Natur der Gesellschaft wie in einem Extrakt oder wie im Hohlspiegel sich darstellt. Denn die Allgemeinheit dieses Zustandes ist doch keineswegs, wie der berühmte Schotte sich einbildete, unmittelbare oder auch nur wahrscheinliche Folge der Neuerung, daß Arbeit geteilt und Produkte ausgetauscht werden. Sie ist vielmehr ein fernes Ziel, in bezug worauf die Entwicklung der Gesellschaft begriffen werden muß, und in dem Maße seiner Verwirklichung ist auch das Dasein einer Gesellschaft, zu einer bestimmten Zeit, in unserem Sinne wirklich. Es ist mithin immer ein werdendes Etwas, das hier als Subjekt des allgemeinen Willens oder der allgemeinen Vernunft gedacht werden soll. Und zugleich (wie wir wissen) ein fiktives und nominales. Es schwebt gleichsam in der Luft, wie es aus den Köpfen seiner bewußten Träger hervorgegangen ist, die sich über alle Entfernungen, Grenzen und Bedenken hinweg tauschbegierig die Hände reichen, und diese spekulative Vollkommenheit begründen, als das einzige Land, die einzige Stadt, woran alle Glücksritter und Abenteurer (merchant adventurers) ein wirklich gemeinsames Interesse haben. So wird sie repräsentiert, wie die Fiktion des Geldes durch Metall oder Papier, durch den ganzen Erdball, oder durch ein irgendwie abgegrenztes Territorium. Denn in diesem Begriff muß von allen ursprünglichen oder natürlichen Beziehungen der Menschen zu einander abstrahiert werden. Die Möglichkeit eines gesellschaftlichen Verhältnisses setzt nichts voraus als eine Mehrheit von nackten Personen, die etwas leisten und folglich auch etwas zu versprechen fähig sind. Gesellschaft als Gesamtheit, über welche sich ein konventionelles System von Regeln erstrecken soll, ist

daher, ihrer Idee nach, unbegrenzt; ihre wirklichen und zufälligen Grenzen durchbricht sie fortwährend.“¹

Man kann diese Beschreibung von ihrer distanzierenden Skepsis befreien, indem man einfach die wirtschaftsgeschichtlichen Tatsachen ins Bewußtsein hebt. Und sie wird dann doch nur wenig zu korrigieren sein – insbesondere mit Bezug auf Tönnies' Annahme, daß eine „Mehrheit von nackten Personen“ die Voraussetzung der Möglichkeit eines gesellschaftlichen Verhältnisses bildet. Denn ehe die „nackte Person“ historisch wirklich auftritt, haben längst Gemeinschaften die Gesellschaft hervorgebracht. Und sie ist nicht als Abstraktion von den natürlichen Beziehungen bestimmt, sondern als Abstraktion von der *Besonderheit* der natürlichen Produktionsbedingungen der Tauschpartner, worin eben diese Besonderheit gerade die Bedingung der Abstraktion ist. Man tauscht die Produkte seiner heimatlichen Gefilde gegen die aus der Fremde, weil letztere höchst natürliche Bedürfnisse derjenigen zu befriedigen vermögen, die sie nicht erzeugen können. Man geht also in die Gesellschaft nicht als in eine unnatürliche ideelle Fiktion, sondern in sie als das System der Vermittlung eigener Bedürfnisse nach fremden Produkten mit fremden Bedürfnissen nach eigenen Produkten. Die Gesellschaft ist nicht die Negation der Natur, sondern die Aufhebung der lokalbornierten Enge der besonderen Natur derjenigen, die die soziale Verbindung eingehen. Sich zu vergesellschaften, heißt daher, eine reichere Natur zu genießen als die eigene Natur an sich zuläßt.

Was auch immer eine detaillierte Analyse des Werks von Tönnies ergeben möge, soviel ist sicher, daß die Beziehung der von ihm thematisierten sozialtheoretischen Kategorien zu den ökonomischen Voraussetzungen der Produktion und des Austauschs (Verkehrs) jedenfalls nicht gegen seine Einsichten festgestellt werden muß. Man kann daher den naturphilosophischen wie sozialkritischen Hintergrund seiner Bestimmung übergehen und dennoch festhalten, die Unterscheidung der Gesellschaft von der Gemeinschaft im Sinne von Tönnies vorzunehmen, wenn sie auf den Unterschied des Verkehrs zur Produktion zurückgeführt wird. Mit dieser Reduktion aber wird auch etwas sehr Wesentliches gewonnen, nämlich die Möglichkeit der genaueren Determination des operativen Charakters sowohl der Vergemeinschaftung als auch der Vergesellschaftung. Indem gemeinsames Produkt wie gemeinsamer Konsumtionsfonds die Einheit der es erzeugenden oder ihn verzehrenden Gemeinschaft setzt, ist die Gemeinschaftsbildung selbst *Vereinigung* oder *Unifikation*, die Gemeinschaft eine Union. Indem sich umgekehrt die Vergesellschaftung auf eine an sich unbestimmte Vielheit von Produkten oder Diensten bezieht, die in ihr der Vergleichung unterworfen wird, ist die Gesellschaftsbildung *Vereinigung* oder *Assoziation*, die Gesellschaft eine Totalität. Während also die Vergemeinschaftung den Charakter des *Zusammenschlusses* hat, besitzt die Vergesellschaftung den Charakter des *Anschlusses*. In der Gemeinschaft sind die Einzelmenschen Individuen, also unteilbare Teile eines Ganzen. In der Gesellschaft sind die Einzelmenschen Personen, die souverän kontrahieren oder

1 Ebd. S. 43-44

nicht. In der Gemeinschaft wird das allgemeine Interesse im Gemeinwesen durch Repräsentantenwahl verwirklicht. In der Gesellschaft sind die Personen selbst die handelnden Wesen, wenn sie sich vergesellschaften, sonst die Gemeinwesen (vertreten z.B. durch die Kaufleute des Königs). Ein Pendant zum Gemeinwesen kennt die Gesellschaft nicht. Darin eben erscheint der Unterschied zwischen einer Union und einer Totalität.

René Königs logische Einwände

In seiner „Soziologie in Deutschland“¹ hat R. König Tönnies' berühmte Unterscheidung der Gesellschaft von der Gemeinschaft erneut thematisiert und unterstellt: „Gemeinschaft und Gesellschaft sind ... für Tönnies zwei einander im strengen Sinne ausschließende Gegensätze ... Wenn wir diesen ... Tatbestand im Sinne der Logik ausdrücken wollten, *mußten wir Gemeinschaft und Gesellschaft als ein kontradiktorisches Gegensatzpaar bezeichnen*.“² Mit solcher Deutungsmöglichkeit setzt König voraus: „Wenn Gemeinschaft und Gesellschaft ein kontradiktorisches Begriffspaar darstellen, dann heißt das, *daß es einen dritten Begriff innerhalb des damit bezzielten kategorialen Rahmens nicht gibt*. Das scheint weitgehend die Meinung von Tönnies zu sein.“³ Daß dieser eine Entgegensetzung im Sinne hat, ist selbstverständlich nicht zu bestreiten. Daß sie jedoch kontradiktorischer Natur sein soll, ist ganz und gar Königs Sicht, die einigermaßen rücksichtslos gegen die logische Bestimmung der Kontradiktion formuliert wird. Diese unterstellt nichts weiter als die Satzbildung sowie die Operationen der Konjunktion und der Negation, wobei letztere die sogenannte „äußere“ Negation ist, d.h. positiv gegebene Prädikationen nur ausschließt, nicht aber durch andere ersetzt. Die Negation der Gemeinschaft kann in diesem Sinne logisch von einer thematisierten Gruppe niemals etwas anderes sagen als: Diese ist keine Gemeinschaft (bzw.: Es ist nicht so, daß diese Gruppe eine Gemeinschaft ist). Daraus zu folgern: Also ist diese Gruppe eine Gesellschaft, setzte voraus, daß die Definition: Gesellschaft =_{df} nicht Gemeinschaft, in der zugrunde liegenden Theorie angenommen sei. Davon kann jedoch bei Tönnies nirgends die Rede sein. Vielmehr handelt es sich darum, daß er wegen des Gebrauchs beider Wörter in der sozialtheoretischen Fachsprache im Unterschied zur Tradition ganz sinnvoll unterstellt, es seien mit ihnen an sich auch unterscheidbare Vorstellungen gemeint. Sie zu explizieren, ist sein Anliegen.

Neben der Annahme, Tönnies' Unterscheidung als Formulierung eines kontradiktorischen Gegensatzes zu verstehen, erörtert König als weitere Deutungsmöglichkeit: „Wenn dagegen der Gegensatz von Gemeinschaft und Gesellschaft als konträrer gefaßt wird, *dann müßte es zwischen beiden Polen ein*

1 René König: Soziologie in Deutschland. Begründer, Verfechter, Verächter. München/Wien 1987

2 Ebd. S. 143

3 Ebd. S. 143-144

*Mittleres (oder vielleicht sogar mehrere) geben.*¹ Und das hieße, daß „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ nicht allein die durch wechselseitige Bejahung des anderen Willens und Leibes bestimmten Verbindungsarten zwischen Menschen bezeichnen könnten – eine Ansicht, die Tönnies in der Tat nicht hat. Nach mancherlei weiteren Erwägungen zur Interpretation hält König schließlich fest, „daß Tönnies von Gesellschaft im engeren Sinne überhaupt keine adäquate Vorstellung hat. Sie wird der Gemeinschaft (A) einfach als die Verneinung aller wesentlichen Merkmale der Gemeinschaft entgegengestellt (also non-A), wobei die positive Bestimmung in ihr selber (als B) völlig verfehlt wird. So bleibt denn nur der ... Ausweg zu sagen, daß Gesellschaft ohne Gemeinschaft undenkbar ist, was aber ... die Frage nahelegt, ob es denn sinnvoll war, beides mit soviel Aufwand voneinander zu trennen, um es dann am Schluß doch wieder zusammenzuführen.“²

Dieses doch harte Urteil setzt voraus, daß Tönnies' Version des Gegensatzes zwischen der Gemeinschaft und der Gesellschaft logisch nicht anders denn im Sinne des kontradiktorischen oder konträren Gegensatzes gedeutet werden könne. Das ist jedoch unhaltbar, wenn man den ausdrücklich operativen Charakter seiner Dichotomie in Rechnung stellt. Es ist dann nämlich unabhängig von Königs Wahrnehmung in Rechnung zu stellen, daß die Handlungen des Vergesellschaftens einerseits und des Vergemeinschaftens andererseits einen *dualen* Gegensatz konstituieren, der ebenfalls einen logischen Ausdruck hat. Unterstellen wir die Gesellschaftsbildung mit Blick auf den ökonomischen Austausch (den König gar nicht diskutiert) als eine Verbindungsart, die assoziativen Charakter hat, die Gemeinschaftsbildung mit Blick auf die kooperative Produktion aber als eine Verknüpfungsweise unfizierender Natur, so ist wohl einzusehen, daß Tönnies den *Dualismus* thematisiert, der durch die Operationsarten des Anschließens (Adjungierens) einerseits und des Zusammenschließens (Konjungierens) andererseits logisch präsentiert wird. Dieser Gegensatz ist nicht exklusiv, sondern durch eine Implikation bestimmt, in welcher die Gemeinschaft als hinreichende Bedingung der Gesellschaft, die Gesellschaft umgekehrt als notwendige Bedingung der Gemeinschaft bestimmt ist. Es ist durchaus möglich, diesen Dualismus als den theoretischen Gegenstand anzusehen, den Tönnies mehr oder weniger deutlich thematisiert hat. Daß, wie König sagt, „Gesellschaft ohne Gemeinschaft undenkbar ist“, wird damit akzeptiert, aber mitnichten die duale Entgegensetzung zwischen beiden desavouiert, die für Tönnies essentiell gewesen ist.

Überdies ist Königs Behauptung, Tönnies habe die Bedeutung von „Gesellschaft“ einfach durch äußere Negation der Bedeutung von „Gemeinschaft“ bestimmt und eine positive Determination des Sinns der Verwendung des ersteren Worts „völlig verfehlt“, Artikulation einer Ignoranz, deren Gründe dahingestellt bleiben mögen. Wie oben ausführlicher zitiert, hat Tönnies den hier angenommenen Dualismus zwischen Produktion und Austausch in der Wahrnehmung seiner

1 Ebd. S.144

2 Ebd. S. 189

Unterscheidung sehr wohl und sehr klar im Visier gehabt. Daher muß von einem Raisonement, das diese Tatsache außerhalb der Erwägung beläßt, gesagt werden, daß es eher einem gewissen Zeitgeist Ausdruck verleiht als eine halbwegs adäquate Deutung seines Themas liefert. Ganz unstrittig ist Königs Feststellung, Tönnies habe die Gemeinschaft gegenüber der Gesellschaft favorisiert und leidenschaftlich Ausschau nach Vorgängen gehalten, die Reproduktionen von Gemeinschaftlichkeit gegenüber der Gesellschaftsentwicklung bedeuteten. Und es ist auch ganz sicher, daß die Annahme eines strukturellen Dualismus zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft in der Humanevolution von Tönnies keineswegs mit Freuden goutiert würde. Dies ist jedoch für die Rezeption seines Ansatzes ohne Belang. Denn rein wissenschaftlich handelt es sich ausschließlich darum, ob mit seiner Unterscheidung sozialtheoretisches Erklärungspotential gewonnen wird oder nicht.

Für R. König „taucht der Gedanke auf, ob wir uns nicht ausschließlich in verbalen Scheinproblemen herumdrehen, denen wir vielleicht viel näherkommen würden, wenn wir uns zu dem Eingeständnis entschließen wollten, daß im Deutschen – schon rein sprachlich besehen – die Worte Gemeinschaft und Gesellschaft *weder entgegengesetzt noch gleich, sondern einfach unklarer und unentschiedener Zuordnung sind*“¹. Und weiter wird erwogen, „ob es ratsam sei, die Diskussion um die soziologischen Grundbegriffe von vornherein mit der untilgbaren Hypothek einer notorischen sprachlichen Unklarheit zu belasten, gegen die bisher die besten Köpfe vergeblich angegangen sind. In diesem Sinne wäre es wahrscheinlich der Sache dienlicher, wenn wir uns entschließen könnten, diese Begriffe überhaupt nicht mehr zu verwenden, ...“². Ich gestehe, daß mir diese Überlegungen wie eine Kapitulation vor der Aufgabe theoretischer Produktion erscheinen. Erstens versteht es sich von selbst, daß die Bedeutungen von Wörtern im umgangssprachlichen Gebrauch nicht *Begriffe*, sondern *Vorstellungen* sind, so daß erst mit der wissenschaftlichen Theoriebildung in der Tat Begriffe per definitionem eingeführt werden. Zweitens ist die Existenz unterschiedlicher Wörter in der Umgangssprache gewiß ein Index dafür, daß unterschiedliche Vorstellungen in ihr gemeint sind, wenn sie auch nicht in jeder möglichen Kommunikation präzise bestimmt werden. Es ist daher selbstverständlich, daß unterschiedliche Bezeichnungen in den natürlichen Sprachen für die Theoriebildung die Möglichkeit induzieren, zu unterschiedlichen Begriffen zu gelangen. Und es gibt nicht den geringsten Grund, diese Möglichkeit ausgerechnet mit Blick auf die Vagheit umgangssprachlicher Artikulation für unrealisierbar anzusehen. Wollte man solche Unrealisierbarkeit anerkennen, müßte man den Übergang von der Umgangssprache zur Fachsprache überhaupt als untubar betrachten, mithin den Anspruch auf Theoriebildung schlechthin aufgeben. Das wäre nichts anderes als die Selbstaufgabe der Wissenschaft.

1 Ebd. S. 189

2 Ebd. S. 190

König faßt seine Ansicht, wie folgt zusammen: „Wenn wir... erst einmal so weit gekommen sind zuzugestehen, daß *Gemeinschaft ohne Gesellschaft genau so wenig bestehen kann wie umgekehrt Gesellschaft ohne Gemeinschaft, dann zeigt sich mit überwältigender Klarheit, daß der ganze Ansatz verfehlt war und daß wir in jeder Hinsicht auf eine Schicht jenseits dieses Gegensatzes verwiesen werden, der nur ein scheinbarer ist.*“¹ Dieses Argument hat nur Sinn, wenn voraussetzungsgemäß die wechselseitige Bedingtheit der Gesellschaft durch die Gemeinschaft et vice versa die Rechtfertigung dafür sein soll, die Feststellung ihres Dualismus für „verfehlt“ zu halten. Aber wozu dann überhaupt die Unterscheidung, die doch eben mit Königs Erkenntnis, „daß Gemeinschaft ohne Gesellschaft genau so wenig bestehen kann wie umgekehrt Gesellschaft ohne Gemeinschaft“, gerade ausgesprochen ist? Diese Erkenntnis, statt Tönnies' Unterscheidung überflüssig zu machen, provoziert sie diese geradezu. So ist denn zu konstatieren, daß König wirklich etwas anderes sagt, als er zu sagen meint. Kann das eine nicht ohne das andere bestehen, so eben ist von dem einen *und* von dem anderen die Rede und folglich der Versuch legitim, das eine *wie* das andere jeweils für sich zu bestimmen. Und eben darin besteht Tönnies' Versuch.

Das kommunistische Experiment

Der Rückgriff auf Tönnies' Unterscheidung der Gesellschaft von der Gemeinschaft und ihre erneute Erörterung basiert in dieser Darstellung auf dem Interesse zu verstehen, was in der Zeit zwischen dem November 1917 und dem August 1991 mit der Errichtung und dem Zusammenbruch der kommunistischen Parteiherrschaft in Europa eigentlich geschehen ist. Man kann sich die Erklärung selbstverständlich mit der Formulierung von Phrasen à la „Marx ist tot, und Jesus lebt“ leichtmachen, einen Erkenntnisanspruch erhebt man damit aber nicht. Stellt man jedoch in Rechnung, daß die kommunistische Machtübernahme im November 1917 der Realisierung der Idee gegolten hat, die soziale Frage durch die „Expropriation der Expropriateure“, d.h. durch die Herstellung des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln, zu lösen, so versteht sich, daß eben diese Machtübernahme auf die Ersetzung der Gesellschaft durch die Gemeinschaft hinausgelaufen ist. Indem die Gemeinschaft, repräsentiert durch den kommunistisch geleiteten Staat, das Sonder- oder Privateigentum an den Arbeitsmitteln beseitigt hat, sind die Grundbedingungen gesellschaftlicher Existenz im Inneren der kommunistisch beherrschten Nation aufgelöst, ist der ökonomische Verkehr (Austausch) durch die Distribution ersetzt worden. Die Gemeinschaft hat mit der Herstellung des ausschließenden Gemeineigentums am Produktivvermögen den Rang der exklusiven, mit Tönnies zu sprechen, Verbindungsart unter den entsprechenden Individuen erlangt. Und die kommunistische Intention ist

1 Ebd. S. 194

unmißverständlich auf die Zerstörung des Marktes, des privaten Handels, der Profitbildung (Profit = Zins + Gewinn) etc. gerichtet gewesen, d.h. durchweg auf die Negation dessen, was Gesellschaft zur Erscheinung bringt. Der moderne europäische Kommunismus, mit der Inkubationsphase des Bolschewismus zwischen 1900 und 1903 und seiner Endstellung zwischen 1989 und 1991 ein wesentlich russisch dominiertes Phänomen, hat demnach ohne Zweifel im Sinne der Vision Tönnies' die Restauration der Gemeinschaft *gegen* die Gesellschaft zum Ziel gehabt. Dieses Urteil liefert den Erklärungsansatz, der den Rückgriff auf eben jene Vision plausibel macht.

Da der moderne russische Kommunismus ideell auch auf seine Marx-Rezeption zurückzuführen ist, muß die kommunistische Attacke auf die Gesellschaft (wie sie hier gesehen wird) an ihrem Ursprung notiert werden, wo sie folgendermaßen ausgedrückt wird: „Die Nationalökonomie ...“, so Marx, „faßt das *Gemeinwesen* des *Menschen*, oder ihr sich bethätigendes *Menschenwesen*, ihre wechselseitige Ergänzung zum Gattungsleben, zum wahrhaft menschlichen Leben unter der Form des *Austausches* und des *Handels* auf. Die *Gesellschaft*, sagt Destutt de Tracy, ist eine *Reihe von wechselseitigen échanges*. Sie ist eben diese Bewegung der wechselseitigen Integration. Die *Gesellschaft*, sagt Adam Smith, ist eine *handelstreibende Gesellschaft*. Jedes ihrer Mitglieder ist ein *Kaufmann*.

Man sieht, wie die Nationalökonomie die *entfremdete* Form des geselligen Verkehrs als die *wesentliche* und *ursprüngliche* und der Menschlichen Bestimmung entsprechende fixiert.¹ Demnach ist für Marx a priori klar, daß die ökonomische Bestimmung der Gesellschaft als der durch den Austausch begründeten Verbindung zwischen Menschen die „entfremdete Form des geselligen Verkehrs“ ist. Aber wovon ist die durch den Handel verwirklichte Gesellschaftlichkeit „entfremdet“? „Es ist ... ein identischer Satz“, sagt Marx, „daß der *Mensch* sich selbst entfremdet, und daß die *Gesellschaft* dieses entfremdeten Menschen die Carikatur seines *wirklichen Gemeinwesens*, seines wahren Gattungslebens sei, ...“² Mit anderen Worten: Die durch den ökonomischen Verkehr realisierte Gesellschaft ist nach Marx die Entfremdung vom „wirklichen Gemeinwesen“.

Mit dieser Interpretation ist klar, daß Marx erstens die nicht entfremdete Form des geselligen Verkehrs mit der Realisation der Gemeinschaftlichkeit identisch setzt, also das „wahre Gattungsleben“ der Menschen ununterschieden ebenso als „wahre“ Gesellschaft wie als Gemeinschaft begreift, und daß er zweitens das Kaufmannsdasein allein als Gegenstand der (romantisch vermittelten) Sozialkritik voraussetzt, also exklusiv negativ denkt. Es ist mit diesen Annahmen nur logisch, die Negation der Entfremdung durch den Ausschluß des ökonomischen Austauschs, des Markts, des Privat- oder Sondereigentums herbeizuführen. Und eben das ist die grundsätzliche Intention des

1 K. Marx: Auszüge aus Mills „Éléments d'économie politique“ In: Karl Marx / Friedrich Engels: Werke. Ergänzungsband (Schriften ... bis 1844), Erster Teil, Berlin 1968, S. 451.

2 Ebenda

modernen Kommunismus in Europa, wie er etwa seit 1840 unübersehbare Existenz erlangt hat. Nieder mit der Wertform! Nieder mit der „warenförmigen Gesellschaft“! Nieder mit der Profitsucht! Das sind die engagiert und mit Leidenschaft immer und immer wieder artikulierten Parolen des Kommunismus als einer politischen Bewegung der Moderne, d. h. der durch die industrielle Revolution bestimmten Epoche.

In der deutschen Umgangssprache wird das Wort *Gemeinwesen* zwar häufig verwendet, jedoch nicht so oft mit dem Bewußtsein, daß es die Bezeichnung des Allgemeinen einer bestimmten Gemeinschaft ist, also die positive Voraussetzung letzterer unterstellt. Werden „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ unterschieden, so versteht es sich im Deutschen a priori, daß „Gemeinwesen“ auf „Gemeinschaft“ und *nicht* auf „Gesellschaft“ bezogen ist. Ist mithin vom „wirklichen Gemeinwesen“ die Rede, so ist die Wirklichkeit der Gemeinschaft intendiert, diese daher als die „wahre Gesellschaft“ gedacht. Und das bedeutet, daß Marx' Entfremdungskonzept die Gesellschaft im Sinne Tönnies' bzw. der klassischen Nationalökonomie tatsächlich als Entfremdung von der Gemeinschaft bestimmt. Der Grund dieser Deutung ist die uralte Denunziation des Handels und des Kaufmanns, die sich aus dem Umstand erklärt, daß die Entfaltung des Wirtschaftsverkehrs für die an ihm teilnehmenden Gemeinschaften (Stämme, Völker, Poleis, Nationen) Herausforderungen hervorbringt, die nur durch Änderung der inneren Gemeinschaftsordnungen beantwortet werden können. Die Erhaltung dieser Ordnungen wird durch die Gesellschaftsentwicklung bedroht, so daß ihre Verteidigung nolens volens auf den Ausschluß der Gesellschaftlichkeit überhaupt oder mindestens auf die Eindämmung der mit ihr für die bestehende Gemeinschaftlichkeit gegebenen Gefahren gerichtet ist.

Marx weiß sehr wohl, daß der ökonomische Austausch „beginnt, wo die Gemeinwesen enden, an den Punkten ihres Kontakts mit fremden Gemeinwesen oder Gliedern fremder Gemeinwesen“¹. Aber merkwürdigerweise versteht er diese Kontaktaufnahme nicht als gesetzte Aufhebung der faktischen Fremdheit zwischen den fraglichen Gemeinwesen, sondern umgekehrt gerade als Setzung der Entfremdung. Denn er urteilt, daß die mit der beschriebenen Kontaktaufnahme gegebene Situation später auf das Innere der Gemeinwesen zurückschlägt, d.h. zur Freisetzung der souveränen Person (des Kaufmanns) führt, der sich um die Belange der eigenen Gemeinschaft nicht schert, sondern sie vielmehr als Gegenstand des Schachers, der Übervorteilung, der persönlichen Bereicherung also, behandelt. Und diese ist Grund seiner tiefsten moralischen Empörung, welche selbst seiner Theorienbildung zugrunde liegt. Mit dem „schmutzig jüdischen Schacher“ wird ein imaginierter Feind angeklagt, der nur aus dem von Marx geteilten Erbe der deutschen Romantik erklärbar ist – und ganz gewiß nicht aus der reinen und sehr nüchternen ökonomischen Analyse Marxens.

Gegen Marx' Deutung des Handels als der Realisierung der Entfrem-

1 Vgl. MEW 23, S. 102

dung muß natürlich festgestellt werden, daß mit der Aufnahme regelmäßiger Tauschkontakte die entsprechenden Gemeinschaften aufhören, gegeneinander fremd zu sein, vielmehr unter Anerkennung ihrer Verschiedenheit neue eigene Bedürfnisse mit fremden Produkten deshalb befriedigen, weil sie eigene Produkte für fremde Bedürfnisse präsentieren können. Statt die Entfremdung zu setzen, hebt der Handel umgekehrt die vorausgesetzte Fremdheit gerade auf. Er bringt darin keineswegs die Gemeinschaftsgrenzen zum Verschwinden, sondern fixiert sie vielmehr, macht sie zu definitiven Austauschbedingungen, indem er den besonderen Besitz durch die wechselseitige Anerkennung im Verkehr sogar als *Eigentum* erst determiniert. Die Gemeinschaften selbst machen sich im Handel zu Gliedern der Gesellschaft, die im Fluß der Güter und Dienste wirklich ist. Und in diesem Sinne ist die Gesellschaftsbildung genau nicht die Heraufkunft der Entfremdung, sondern die Aufhebung der vorausgesetzten Fremdheit. Die Preisverhandlung (auch die im stummen Tausch) ist die säkulare Stunde des Heiligen Geistes, in welcher nicht die Aktion des Entfremdens, sondern die des Einander-Bekanntmachens absolviert wird. Natürlich kann man das Aushandeln des Preises „Schacher“ nennen und damit seine Ablehnung artikulieren, in die Gesellschaft einzutreten. Aber wie man dann anders als lokalborniert leben will, steht in den Sternen geschrieben.

Um ohne Austausch an fremde Produkte zu kommen, gibt es nur das Mittel des Krieges, der Eroberung, der Plünderung also – mit imperialem Anspruch selbstredend. Und dieses Mittel konstituiert in der Tat keine Gesellschaft, sondern eine Pseudogemeinschaft, d. h. eine Klasse, die ihre Einheit in der Notwendigkeit findet, die Unterworfenen in der Unterwerfung zu halten. Im Austausch dagegen beziehen sich einander fremde Gemeinschaften friedlich aufeinander, erkennen ihre jeweiligen angebotenen Güter wie Dienste als das Eigentum der entsprechenden Tauschpartner an und erhalten seinen Wert gerade durch den Tausch. Es ist in dieser Sicht nicht zu begreifen, wieso der Handel die Konstituierung von Entfremdung sein soll. Zu verstehen ist nur, daß die Ersetzung des Tauschs durch den Krieg, durch die Eroberung in der Tat die Entfremdung des Besiegten hervorbringt, nämlich die Entfremdung desselben von seinem Eigentum. Der Handel, der originär fremdes Eigentum gegen Abgabe eigenen Produkts oder Dienstes anzueignen ermöglicht, ist keine Ent-, sondern eine Übereignung, durch Aneignung komplettiert. Ist der Austausch äquivalent, hat der Abgebende kein Gran an Wert des eigenen Vermögens eingebüßt. Erst die durch Eroberung realisierte Enteignung ist die wirkliche Geburt der Entfremdung. Sie hat also ihren Grund nicht im Handel, sondern in seinem Gegenteil, in der kriegerischen Enteignung des Besiegten. Sie ist diejenige Handlung unter Menschen, die Tönnies bei der Bildung seiner Begriffe der Gemeinschaft und der Gesellschaft gerade ausschließt.

Die kommunistische Intention, das Privateigentum als den eigentlichen Grund der sozialen Frage zu identifizieren, daher den Handel und also die Gesellschaft über die Herstellung des Gemeineigentums auszuschließen, mithin die Gesellschaft durch die Gemeinschaft zu ersetzen, wird mit der An-

nahme legitimiert, das Privateigentum sei überhaupt das Ergebnis einer Enteignung, einer Expropriation, nämlich das Resultat der Privatisierung des Gemeineigentums mittels der Ausnutzung von Souveränitätsrechten, die aus der Vertretung von Funktionen des Gemeinwesens stammen. Auf diese Weise wird die intendierte kommunistische Umwälzung als „Expropriation der Expropriateure“ plausibel, sozusagen als Wiederherstellung des „alten guten Rechts“ der Gemeinschaft. In solcher Geschichtsdeutung wird jedoch übersehen, daß das Privat- oder Sondereigentum gar nicht im exklusiven Gegensatz zum Gemeineigentum besteht, vielmehr letzteres in der menschlichen Gesellschaft a priori stets als Sondereigentum auftritt. Ist es zutreffend, daß Gesellschaftsbildung durch den Handelskontakt zwischen verschiedenen Gemeinschaften in Erscheinung tritt, so ist es auch wahr, daß der darin verhandelte Gemeinbesitz als Eigentum je besonderer Gemeinschaften determiniert wird, mithin Gemeineigentum von vornherein Privateigentum eben derjenigen Gemeinschaft ist, die es im Austausch anbietet. Die Gesellschaft für sich hat kein Eigentum, sondern besteht, wie schon bemerkt, in der Zirkulation je besonderen Eigentums, sei es das von Gemeinschaften oder das von Personen.

Persönliches Eigentum ist nicht identisch mit *dem* Privateigentum, sondern eine besondere Art desselben. Und es trifft nicht generell zu, daß es durch Expropriation gebildet wird. Vielmehr ist die individuelle Invention insbesondere neuer Arbeitsmittel die Art und Weise, persönliches Eigentum zu bilden. In der Regel ist es ja eben der Erfinder, der sein Arbeitsmittel zuerst und allein sinnvoll zu gebrauchen weiß, womit die Bildung individuellen Eigentums innerhalb einer Gemeinschaft, die den *ager publicus* oder die Allmende als ihr Gemeineigentum zur Basis hat, gar nicht im ausschließenden Widerspruch zu eben diesem Gemeineigentum erfolgt. Die Arbeitsteilung innerhalb der Gemeinschaft (als *gemeinschaftliche* Arbeitsteilung von der *gesellschaftlichen*, d. h. über den Handel vermittelten, wohl zu unterscheiden) ist die legitime Quelle des individuellen Eigentums, das demnach als Komplement des Gemeineigentums gedacht werden kann. Es wird zum persönlichen Eigentum, sofern das Individuum, klassisch als unteilbarer kleinster Teil der Gemeinschaft als des Ganzen kategorial bestimmt, aus seiner Gemeinschaft selbständig in die Gesellschaft eintritt, um die Resultate seiner Invention autonom, wie man sagt, zu vermarkten. (Die Personalität ist im Unterschied zur Individualität die Bestimmtheit des Einzelmenschen in der Gesellschaft, die ihrerseits nicht ein Ganzes von Teilen, sondern eine Vielheit, eine Totalität von assoziierten Gliedern darstellt.) Die geschichtliche Möglichkeit des Übergangs des Einzelmenschen aus der Individualität in die Personalität hervorgebracht zu haben, ist die große Leistung der mittelalterlichen Stadt als einer für sich bestimmten Bürgergemeinde.

Indem nun der moderne europäische Kommunismus das Privateigentum schlechthin als Ausdruck der menschlichen Entfremdung attackiert, besteht seine Lösung der sozialen Frage darin, sie durch Beseitigung der Sozialität (Gesellschaftlichkeit) überhaupt aus der Welt zu schaffen. Er verschleiert sich

– und anderen – die Erkenntnis dieses Sachverhalts, indem er die gewöhnliche Identifikation von „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ unterstellt und programmatisch erklärt: „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages.“¹ Folgt man der Tönniesschen Unterscheidung im hier erklärten Sinn, so versteht es sich, daß die zitierte Forderung eigentlich absurd ist. Denn im Rahmen der Kategorialdifferenz zwischen Gemeinschaft und Individuum, Gesellschaft und Person ist es a priori ausgemacht, daß die Gesellschaft kein Gemeingut haben, letzteres vielmehr niemals etwas anderes als das Gut einer Gemeinschaft sein kann. Es wird daher, wenn die Forderung erfüllt ist, etwas anderes hergestellt sein, als die Programmverfasser herzustellen vermeint haben – nämlich das staatlich realisierte Nationaleigentum, das nicht die Gesellschaft fundiert, sondern eine besondere Gemeinschaft, eine spezielle Nation. Sie hat die Gesellschaft wesentlich in der Gestalt des Weltmarkts außer sich, womit das attackierte Privateigentum gar nicht verschwunden ist, sondern umgekehrt – in einer fast tragikomischen Attitüde – durch die siegreichen Revolutionäre selbst verwirklicht werden muß. Indem sie das kommunistisch realisierte Gemeinwesen vertreten, entscheiden sie individuell über die Verwirklichung des Außenhandelsmonopols des Staats, verwirklichen den Sozialkontrakt mit dem gehaßten Gegner, anerkennen also das Privateigentum de facto im Gegensatz zu ihrer ideellen Selbstbindung, die geschworenen Feinde desselben zu sein. Und schließlich, weil sie mit dem Absolutismus des Gemeineigentums das Innovationspotential der eigenen Volkswirtschaft aufgelöst haben, gehen sie den in ihrer Sicht als Verursacher der sozialen Frage feststehenden Gegner um Kredit an, so daran arbeitend, die Unhintergebarkeit der Gesellschaft unter empirischen Beweis zu stellen. Das ist denn auch im Herbst 1989 konfirmiert worden.

Summa summarum: Das kommunistische Experiment ist nach meiner Sicht als Versuch, die soziale Frage dadurch zu lösen, daß die Gemeinschaft als Ersatz der Gesellschaft rekonstruiert wird, zu verstehen – und zu erklären, wenn man den theoretischen Rückgriff auf das Werk von Ferdinand Tönnies unternimmt. Mit ihm wird der Dualismus von Gemeinschaft und Gesellschaft als strukturbestimmendes Prinzip menschlicher Entwicklung oder der Kulturentwicklung denkbar, die Vorstellung vom abstrakten oder exklusiven Gegensatz zwischen beiden Verbindungsarten unter Menschen aufzugeben. An die Stelle der tradierten Dichotomie Individuum - Gesellschaft tritt das ausdrucksreichere Kategorienquadrupel Individuum - Gemeinschaft und Person - Gesellschaft. Was damit an sozialtheoretischer Erklärungspotenz gewonnen werden kann, ist selbstverständlich Thema künftiger Forschung.

1 Das ist die Forderung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, formuliert im Gothaer Programm von 1875. Vgl. M. Beyer / G. Winkler: Revolutionäre Arbeitereinheit. Eisenach - Gotha - Erfurt. Berlin 1975. S. 78

Peter Ruben und Camilla Warnke

Das Arbeitskonzept und das Verhältnis zwischen Gemein- und Privateigentum¹

Für Peter Furth, mit dem wir die Einheit übten,
ehe an sie zu denken war.

In einer Gemeinschaftsarbeit haben Stephan Lahrem und Olaf Weißbach 1991 das von uns vertretene Konzept, die Philosophie in ihren Problemstellungen aus der Reflexion der menschlichen Arbeit zu begreifen, später von anderen „Arbeitskonzept“ genannt, theoretisch Revue passieren lassen² und darin den Mangel an erforderlicher Reflexion des Eigentumsphänomens notiert. Sie stellen die wichtige Frage: „... müssen ... nicht die Produktionsmittel als Vergegenständlichung des gesellschaftlichen Reichtums im Interesse der Entwicklung des Gemeinwesens Privateigentum und im Interesse der Erhaltung des Gemeinwesens Gemeineigentum sein?“³ Diese Entgegensetzung der Entwicklung zur Erhaltung und damit Problematisierung des Gemeineigentums, so müssen wir heute, fünf Jahre nach dem Zusammenbruch der politischen Herrschaft des europäischen Kommunismus, feststellen – und uns selbst eingestehen –, haben wir vor diesem geschichtlichen Fundamentaleignis des 20. Jahrhunderts nicht vorgenommen. Wenngleich für uns etwa seit Mitte der siebziger Jahre angesichts des wahrnehmbaren Substanzverfalls die ökonomische Perspektive der DDR bei der gegebenen politischen Führung immer zweifelhafter geworden ist, haben wir die originär kommunistische Annahme, das Privateigentum sei die Quelle oder Ursache aller sozialen Übel, das Gemeineigentum als Negation des Privateigentums daher der Grund für die reale Beseitigung der sozialen Frage, bis zur „Wende“ geteilt. Erst in ihrem aktuellen Verlauf ist uns empirisch deutlich geworden, daß die reelle Intention der Arbeiterschaft keineswegs die Verteidigung des Volks- oder Gemeineigentums, sondern die Erhaltung der Arbeitsplätze ist, wer immer, ob öffentliche oder private Hand, sie vorfinanzieren möge.

1 Erstveröffentlichung in: Das Arbeitskonzept und das Verhältnis zwischen Gemein- und Privateigentum (Gemeinschaftsarbeit mit C. Warnke). In: Konturen des Gemeinsinns. Festschrift. Peter Furth zum 65. Geburtstag. Hrsg. v. S. Lahrem und O. Weißbach in Verbindung mit B. Heidtmann und P. Ruben. Berlin: Ges. f. sozialwiss. Forschung u. Publizistik GmbH. 1995, S. 111-130 (Anmerkung der Hrsg.)

2 S. Lahrem, O. Weißbach: Zum Verhältnis von Arbeit und Eigentum. Voraussetzungen der Untersuchung eines blinden Flecks im Historischen Materialismus. MA-Arbeit am Institut für Philosophie der Freien Universität Berlin, 1991

3 Ebd. S. 29

Wie die Wahlentscheidung vom 18. März 1990 in der DDR durch die Vorgeschichte im einzelnen auch determiniert gewesen sein mag, sie ist wohl vor allem eine Entscheidung für die umgehende Erneuerung der volkswirtschaftlichen Substanz gewesen, für die private ebenso wie öffentliche Investitionen erhofft und erwartet worden sind. Die Gleichgültigkeit der Arbeiter gegen die Besonderheit der erwünschten Investoren, insbesondere auch gegen die Liquidation des Volkseigentums, die ganz unübersehbar gewesen ist, hat für uns die Gewalt eines empirischen Urteils gewonnen, dem sich die theoretische Reflexion nicht entziehen kann, will sie nicht zur „konkreten Utopie“ verkommen. Wenn der Adressat der kommunistischen Idee, die soziale Frage durch die revolutionäre Herstellung des Gemeineigentums zu lösen, eben die Arbeiterschaft oder, um die marxistische Terminologie zu gebrauchen, die *Arbeiterklasse*, im Augenblick der Krise keinerlei Engagement zur Erhaltung des Volks- oder Gemeineigentums realisiert, so muß – das jedenfalls meinen wir heute – diese Idee nach ihrem realen Sinn erneut thematisiert werden.

Ein erster Schritt ist um die Jahreswende 1989/90 absolviert worden.¹ Hier wollen wir auf die sozialtheoretische Gretchenfrage: Wie halten wir es mit dem Privateigentum? überhaupt zu antworten versuchen. In diesem Versuch, das sei der Deutlichkeit halber vorausgeschickt, unterstellen wir:

1. Der 1989/91 absolvierte Zusammenbruch der russisch geführten politischen Herrschaft des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa ist Ausdruck des Scheiterns der ökonomischen Absicht, das national verfaßte Gemein- oder Volkseigentum zur Voraussetzung der Lösung der sozialen Frage zu machen. Entgegen der Annahme, mit der „Expropriation der Expropriateure“ die ungehemmte progressive Entwicklung der Produktivkräfte zu garantieren, hat die Realisierung der kommunistischen Organisation des Gemeineigentums die Innovationspotenz der fraglichen Volkswirtschaften lahmgelegt und schließlich zum Verzehr der in Generationen zuvor hervorgebrachten ökonomischen Substanz geführt.

2. Die kommunistische Idee, die man nach Marx und Engels „in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen“ kann², ist durch die kommunistische Praxis im 20. Jahrhundert empirisch widerlegt worden. Sie ist nicht aufgrund externer Bedingungen oder eines historisch zu frühen Versuchs unausführbar gewesen, sondern *an und für sich* in dem Sinne unrealisierbar, in dem die Aufhebung des Privateigentums die Garantie für die unbeschränkte progressive Produktivkraftentwicklung liefern soll. Sie ist deshalb unrealisierbar, weil sie mit der Herstellung des Gemeineigentums den Ausschluß des ökonomischen Verkehrs, d. h. des Handels, des Geldes, der Rentabilität als betriebswirtschaftlicher Existenzbedingung (denunziert als „Profitwirtschaft“), verbindet. Eine den ökonomischen Verkehr und damit

1 Vgl.: P. Ruben: Was ist Sozialismus? Zum Verhältnis von Gemein- und Personeneigentum an Produktionsmitteln. In: INITIAL. Z. f. Politik u. Gesellschaft 1(1990)2 (Berlin), S. 115-125 u. S. 224.

2 K. Marx / F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW 4, S. 475

unterschiedliche Eigentümer – selbstverständlich auch Gemeineigentümer etwa in genossenschaftlicher Gestalt – zulassende Wirtschaftspolitik ist nicht-kommunistisch. Ohne den ökonomischen Verkehr ist keine objektive Preisbildung und daher keine vernünftige Kostenkalkulation möglich. Die kommunistische Ersetzung des Verkehrs durch die Verteilung ist folglich immer nur als transitorische Unternehmung möglich. (Sie ist übrigens in der Geschichte oft genug versucht worden.)

3. Wir nehmen nicht an, daß der kommunistische Zusammenbruch 1989/91 etwa die Bedeutung einer *logischen* Widerlegung der kommunistischen Idee habe. Es ist sehr wohl möglich, sich selbst und anderen zu suggerieren, daß dem Kommunismus wenigstens die fernere Zukunft gehöre, weil die „globalen Probleme“ keine andere Lösung zuließen. Aber wir nehmen entschieden an, daß der kommunistische Zusammenbruch 1989/91 als *empirische* Probe auf die zugrunde gelegte Idee gedacht werden muß. Der Verzicht auf die Reflexion dieser Tatsache wäre Verzicht auf Erkenntnis. Solcher Verzicht ist unzumutbar.

Das Gemeineigentum in der Gesellschaft ist Privateigentum

Die kommunistische Idee der Aufhebung des Privateigentums unterstellt die Annahme von der logischen Entgegensetzung zwischen Gemein- und Privateigentum, d. h. die axiomatische Geltung des Satzes: Eigentum (an Produktionsmitteln) ist *entweder* Gemein- *oder* Privateigentum, tertium non datur. Die Plausibilität dieser Annahme wird gewonnen, indem der Terminus *Privateigentum* a priori zur Bezeichnung des *persönlichen* Eigentums gebraucht wird. Dieser Verwendungsweise liegt die kategoriale Entgegensetzung zwischen Gesellschaft und Individuum so zugrunde, daß „Gesellschaft“ und „Gemeinschaft“ ebensowenig unterschieden werden wie „Individuum“ und „Person“. Insbesondere heißt dann „gesellschaftliches Eigentum“ dasselbe wie „Gemeineigentum“, „gesellschaftliche Arbeit“ dasselbe wie „Arbeit für die Gemeinschaft“. Unterstellt die sozialtheoretische Analyse den einfachen Dualismus von Individuum und Gesellschaft in diesem Sinne, so ist schwer zu sehen, wie die logische Entgegensetzung zwischen Gemein- und Privateigentum ad absurdum geführt werden soll. Ist außerdem die Überzeugung vorhanden, daß das Privateigentum, weil ökonomische Wurzel des Egoismus, das Grundübel für die sozialen Gebrechen dieser Welt sei, und gewinnt sie die Natur eines handfesten Vorurteils, so hat die Annahme, die soziale Frage durch die Herstellung des Gemeineigentums zu lösen, gute Gründe, aufgestellt und verteidigt zu werden.

Wie aber, wenn das Gemeineigentum als Vermögen stets einer bestimmten Gemeinschaft gedacht wird? Wie, wenn die Termini „gesellschaftliches Eigentum“ und „Gemeineigentum“ schon deshalb nicht dasselbe bedeuten können, weil „Gesellschaft“ und „Gemeinschaft“ verschiedene Bedeutung ha-

ben? Mit solchem Fragen wird natürlich auf die eigentlich selbstverständliche Pluralität der unterschiedenen menschlichen Gemeinschaften rekurriert; und der Terminus „Gemeineigentum“ bezeichnet mit dieser Voraussetzung nur ein Abstraktum, das durch jede besondere Gemeinschaft realisiert wird, die etwa mit dem *ager publicus* oder mit der *Allmende* bzw. der *Gemeinheit* eben das vorweist, was jener Terminus meint.

Es ist nun ganz sicher, daß in der Marxschen Sozialtheorie die Pluralität der Gemeinschaften eine selbstverständliche Voraussetzung ist. In den berühmten „Grundrissen“ werden, wie bekannt, Arten der Gemeinwesen unterschieden¹, und im „Kapital“ notiert Marx: „Der Warenaustausch beginnt, wo die Gemeinwesen enden, an den Punkten ihres Kontakts mit fremden Gemeinwesen oder Gliedern fremder Gemeinwesen.“² Die Pluralität der Gemeinschaften und daher der Gemeinwesen („Gemeinwesen“ meint das Allgemeine einer Gemeinschaft, „Individuum“ das einzelne Mitglied derselben) ist mithin in der marxistischen Sozialtheorie etwas durchaus Bekanntes, jedoch offenbar mit der Voraussetzung der logischen Entgegensetzung zwischen Gemein- und Privateigentum nicht etwas wirklich Erkanntes. Denn wenn viele Gemeinwesen außereinander bestehen und in den Warenaustausch eintreten, haben wir es selbstverständlich mit verschiedenen Gemeineigentümern zu tun, die sich gerade im und durch den Austausch wechselseitig anerkennen. Auf diese Weise liefert die Wahrnehmung der Pluralität der Gemeinwesen im Wirtschaftsverkehr (im Austausch) zwangslos die Vorstellung vom konkreten Gemeineigentum als eines *Sonder-* oder *Privateigentums* einer besonderen Gemeinschaft (einer Familie, eines Stammes, eines Volkes, einer Polis, einer Nation etc.).

Wird von *dem* Gemeineigentum im logischen Gegensatz zum Privateigentum gesprochen, so wird, das ist S. Lahrem und O. Weißbach zuzugeben, „durch die Gleichsetzung von Gemeinwesen mit Gattung ... die Gattung zu einer *Produktionsgemeinschaft* erhoben“³, mithin die Fiktion angenommen, es könnte die Menschheit eine Weltgemeinde bilden, die ein universelles Gemeinwesen bestimmt, welches seinerseits die soziale Frage durch Distribution der vorhandenen Güter beantwortet. Ob diese Fiktion bewußt ist oder nicht, steht nicht zur Debatte. Es genügt, daß ihre logische Implikation in der theoretischen Annahme vom logisch exklusiven Gegensatz zwischen Gemein- und Privateigentum gegeben ist.

Demnach gehört es zu den unaufgelösten Problemen des Arbeitskonzepts, von der Natur der menschlichen Gattung genauere Auskunft zu geben. Ist deren Existenz in Gestalt einer Pluralität von Gemeinschaften (politisch in der Moderne gewiß einer Vielheit von Nationen), deren lokale Bestimmtheit an sich unaufhebbar ist, zu denken, oder darf man die Annahme wagen (die übrigens bei der Gründung der Komintern eine geltende Vision gewesen ist), daß die Humanevolution zur universellen Gemeinschaftsbildung in eben dem Sin-

1 Vgl.: K. Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW 42, S. 383- 421

2 K. Marx: Das Kapital. Erster Band. In: MEW 23, S. 102

3 S. Lahrem, O. Weißbach a. a. O., S. 25

ne führt, daß die menschliche Gattung in der sie aktuell realisierenden Population als die eine Weltgemeinde (wenn man will, als Weltstaat) Wirklichkeit gewinnt? Unbestreitbar liefert die menschliche Geschichte das Bild sich ausweitender Gemeinschaftlichkeit. Man braucht nur den historischen Weg von der Polis zur Nation zu bedenken, um in der europäischen Geschichte die Bestätigung für diese Vorstellung zu finden. Natürlich ist auch die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft seit den fünfziger Jahren keine Widerlegung der Annahme extensiver Gemeinschaftsbildung als eines Moments der Humanevolution. In idealer Extrapolation und mit Blick auf die wirkliche Bildung der Vereinten Nationen mag mithin die Vision einer Weltgemeinde nicht a priori als Illusion gelten. Von pseudoreligiöser Erwartung kann wohl keine Rede sein.

Das sei betont, weil S. Lahrem und O. Weißbach in der Reflexion unserer Texte unter anderem die merkwürdige Ansicht gewonnen haben: „Das Insistieren auf der Naturabhängigkeit der Arbeit läßt aber nur schwer den pseudoreligiösen Charakter der Arbeit verkennen, der in der Formel der ‘Selbsterzeugung der menschlichen Gattung durch Arbeit’ ausgesprochen wird. Hier kehrt noch einmal – wenn auch materialistisch gewendet – der Hegelsche Weltgeist wieder, der sich in und durch seine Selbsttätigkeit zu erhalten und entfalten weiß, weil ihm nichts Äußeres mehr anhaftet – die menschliche Gattung ist Produzent und Produkt zugleich. ... Für Ruben und Warnke ... ist – implizit – mit der Vergegenständlichung der Universalisierung der Produktion als Gemeineigentum das Ende der (Vor)Geschichte erreicht, sind die bisher Geschichte machenden Widersprüche beseitigt.“¹ An allerlei Deutungen eigener Texte gewöhnt, überrascht uns denn doch die Subsumtion unter die Klasse von Ideologen, die einen „pseudoreligiösen Charakter der Arbeit“ avisieren. Wir hatten gemeint – und meinen es noch –, daß die Erklärung des Humanen (einschließlich des Erkennens) aus der Arbeit den genauen Abschied von pseudoreligiösen Imaginationen bedeutet, daß umgekehrt alle Religion – auch Pseudoreligionen – die eben durch Arbeit begründete Autonomie der (kulturell sich bildenden) menschlichen Gattung in Frage stellen muß, d. h. den Menschen nicht als Schöpfer seiner selbst, sondern als Geschöpf und Werkzeug des Herrn deuten muß, wie immer er gedacht sein mag – z. B. auch als Quelle einer sogenannten historischen Klassenmission. Natürlich ist uns in dieser Annahme die menschliche Gattung im Sinne des biologischen Artbegriffs eine bare Voraussetzung², in ihrer Existenz nach den Gesichtspunkten der Darwinschen Evolutionslehre zu erklären.

Das wirklich einsichtige Argument, das zur Aufgabe der – uns früher durchaus unbewußten – Fiktion einer Subsistenzwirtschaft betreibenden

1 Ebd. S. 25-26. Gemeint ist unser Artikel „Arbeit – Telosrealisation oder Selbsterzeugung der menschlichen Gattung? Bemerkungen zu G. Lukács' Konzept der 'Ontologie des gesellschaftlichen Seins'“. In: Dt. Z. f. Philos. 27(1979)1, 20-30

2 Im Unterschied zum morphologischen Artbegriff, der biologische Arten (die wir deutsch lieber „Gattungen“ nennen) durch äußere Merkmale bestimmt, geht der biologische Artbegriff von der reproduktiven Kreuzung aus.

Weltgemeinde führt, ist die Überlegung, daß der ökonomische Verkehr, der Handel, keineswegs nur eine Veranstaltung gegenseitiger Prellerei darstellt, sondern *die Institution der Selektion wertbevorzogter Produkte und Dienste ist*. Dadurch bildet er das Medium des wirklichen Produktivkraftfortschritts, der in der politischen Herrschaft der Kommunisten zwar immer beschworen, wirklich aber institutionell verhindert worden ist. Der Handel ist nicht das listige Auskunftsmittel, um bei unüberwindlicher Stärke des fremden Eigners gewünschter Produkte durch Abgabe eigener Erzeugnisse in den Genuß eben der fremden zu gelangen, sondern das Purgatorium des Werts der eigenen Produktion für fremde Nutzer, die Institution der Vergesellschaftung der eigenen Produkte und Dienste. Ist demnach der Handel als die Realisierung der menschlichen Sozialität unersetzlich, führt seine Beseitigung zur Auflösung der Gesellschaftlichkeit, zu Ersetzung des Austauschs durch die Verteilung, d. h., wie wir schmerzlich erfahren haben, zur Auflösung jeder Grundlage vernünftigen ökonomischen Kalkulierens. So muß, soll der Progreß der produktiven Kräfte keine wohlfeile Phrase sein, von der, wenn auch nur impliziten, Idee einer Realisierung der menschlichen Gattung durch eine kommunistisch verfaßte Weltgemeinde Abschied genommen werden. Und es ist die von Ferdinand Tönnies längst präsentierte Unterscheidung der Gesellschaft von der Gemeinschaft¹ theoretisch wieder aufzunehmen und im Interesse der intellektuellen Verarbeitung unserer praktischen Erfahrung des modernen Kommunismus zu reflektieren.²

Tönnies hat – auch in Rezeption des Marxschen Werks – den Begriff der Gesellschaft mit Rückgriff auf die Tauschtheorie gebildet, den Begriff der Gemeinschaft im Unterschied dazu an die Voraussetzung der „einheitlichen Arbeit“ und der „Haushaltung“ gebunden³. Im Sinne dieses Ansatzes können wir die Wörter *Gemeinschaft* und *Gesellschaft* als Bezeichnungen der Verbindungsarten unter Menschen verwenden, die einerseits in der Produktion als unmittelbare Kooperation und andererseits im Wirtschaftsverkehr als Austausch bzw. Handel verwirklicht werden. Damit wird unterstellt, daß die Produktion vom Austausch klar unterschieden ist, daß nicht jede Produktion zum Austausch führt (und dann Subsistenzproduktion ist), wohl aber jeder Austausch vorgängige Produktion voraussetzt. Des weiteren ist angenommen, daß die tauschenden Produzenten (ob Gemeinschaften oder Personen) ganz im Sinne der Hegelschen Sozialtheorie gerade durch den Handel ihre präsentierten Güter als das Eigentum je des Tauschpartners anerkennen und in der wechselseitigen Entäußerung bei äquivalentem Austausch den Wert ihres Vermögens erhalten (Ausdrucksmittel des Werts ist selbstverständlich das Geld,

1 F. Tönnies: Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirischer Culturformen. Leipzig: Fues Verlag (R. Reisland) 1887

2 Über den bisherigen Stand der Reflexion vgl.: P. Ruben: Gemeinschaft und Gesellschaft erneut betrachtet. In: Ethnohistorische Wege und Lehrjahre eines Philosophen. Festschrift für Lawrence Krader zum 75. Geburtstag. Hrsg. v. D. Schorkowitz. Frankfurt a. M.: Peter Lang 1995. S. 129-148

3 Tönnies: A. a. O. S. 32

ob durch Getreide, Edelmetall oder Papier modelliert). Die aktive Nichtanerkennung des fremden Eigentums ist die Eroberung, der Raub, die Plünderung, die imperiale Annexion und die mit ihr häufig genug gekoppelte entsetzliche „ethnische Säuberung“, die nicht nur das fremde Eigentum enteignet, sondern den fremden Eigentümer vertreibt oder gar vernichtet.

Da der Terminus *Austausch* in sozialtheoretischen Überlegungen mitunter die merkwürdigsten Verwendungen findet (häufig in der Soziologie), möchten wir ausdrücklich betonen, daß wir ihn zur Bezeichnung des Handels verwenden, in dem die Preisbildung den gelungenen Austausch reflektiert. „Austausch“ meint für uns also immer handfesten Ein- und Verkauf, die „bare Zahlung“ für erworbene Güter (Produkte oder Dienste¹) bzw. die Einnahme der Gegengabe für im Tausch abgegebene Güter. Wo es sich in der Tat nicht um den Erwerb fremden Gutes mittels Abgabe eigenen Gutes handelt, ist – wenigstens in unserem Sinne – nicht von „Austausch“ zu reden. Insbesondere ist die Distribution eines gemeinsam erarbeiteten Produkts auf die Mitglieder einer Gemeinschaft kein Austausch. Diejenige Distribution, die in der Tat durch den Austausch vermittelt wird, heiße „gesellschaftliche“ oder „soziale Distribution“. Diejenige dagegen, die in einer Gemeinschaft als regelgeleitete Aufteilung eines gemeinsamen Erzeugnisses auf die Glieder derselben verwirklicht wird, heiße „gemeinschaftliche Distribution“. Erstere ist über die Preisverhandlung wertvermittelt, letztere keineswegs, wenngleich die Gabe einer Gemeinschaft zur Würdigung einer Wirkung für das Gemeinwesen auch manchmal „Preis“ genannt wird.

Was wir den im Austausch bestimmten Preis nennen, muß der folgenden Bedingung genügen: Bieten zwei Tauschpartner i und k einander Güter der Arten j und l im Umfang der Gebrauchswertmengen N_{ij} und N_{kl} an, so besteht die Preisverhandlung darin, sich auf eine bestimmte Proportion der auszutauschenden Gütermengen zu einigen, d. h. die Tauschgleichung

$$N_{ij} = (N_{ij} : N_{kl}) \times N_{kl}$$

in Geltung zu versetzen. Die fixierte Proportion wird hierbei durch den Term $N_{ij} : N_{kl}$ angegeben (z. B.: 2½ Pfund Butter : 1 Pfund Kaffee). Die *Tauschgleichung* kommt zustande, indem man zunächst die Tautologie

$$N_{ij} : N_{kl} = N_{ij} : N_{kl}$$

behauptet. Sie ist auf jeden Fall analytisch wahr. Indem wir sie mit N_{kl} erweitern, gewinnen wir die Gleichung zwischen den beiden verschiedenartigen Gebrauchswerten mit der Gewißheit, daß sie der analytisch unbedingt zu fordernden Dimensionsgleichheit genügt. Wie wahrzunehmen ist, stellen die Terme

¹ Das Wort *Dienstleistung* möchten wir wegen des darin verwendeten Gattungsterminus *Leistung* nicht verwenden und sprechen daher kurz von „Diensten“ mit der Bedeutung, Arbeiten in gewisser Arbeitszeit zu meinen, d. h. ein ökonomisches Produkt aus Arbeit und Zeit. „Leistung“ meint gerade den Quotienten aus Arbeit und Zeit und ist daher nicht verwendbar.

N_{ij} einerseits und $(N_{ij} : N_{kl}) \times N_{kl}$ andererseits

die gleiche Dimension dar (wäre das nicht der Fall, hätten wir eine Kontradiktion behauptet, also etwas an sich Falsches). „Preis“ heißt nun die Inverse der angegebenen Gebrauchswertmengenproportion, in unserem Fall durch die Preisgleichung

$$p_{kl} = N_{kl} : N_{ij}$$

ausgedrückt. Damit ist angenommen, daß sich im (ökonomischen) Austausch die Preise umgekehrt wie die entsprechenden Gebrauchswertmengen verhalten. Der zugehörige Wertbegriff wird durch die ökonomische Größengleichung

$$v_{ij} = p_{ij} \times N_{ij}$$

bestimmt, die auch im Satze „Wert = Preis mal Menge“ gemeint ist. Die Definition des für den Austausch im unseren Sinne wesentlichen Preisbegriffs ist damit durch die wichtige Größengleichung

$$p_{ij} =_{\text{df}} v_{ij} : N_{ij}$$

erklärt, mit der Wert und Gebrauchswertmenge (oder Nützlichkeit bzw. Nutzen) ökonomisch vorausgesetzt werden, der Preis also als sogenannte abgeleitete Größenart der Ökonomie eingeführt wird (insbesondere ist er dadurch vom Wert strikt zu unterscheiden).¹

Daß Menschen fähig sind, Gebrauchswertmengen zu determinieren, kann man schon am stummen Tausch erkennen. Und daß sie ökonomisch werten, zeigt derselbe stumme Tausch dadurch, daß nicht jede beliebige vorgelegte Gebrauchswertmenge umstandslos zum Erwerb akzeptiert wird. Etwas anderes ist es freilich, diese ökonomischen Maßarten analytisch bestimmt zu formulieren.

In der marxistischen Tradition wird nun der Tausch bzw. der Handel ganz im Sinne romantischer Protestation gegen den „schnöden Schacher“ als Expression der Habgier gedeutet, der nur darum nicht zur räuberischen Aneignung führt, weil ein Tauschpartner den anderen nicht zu überwinden fähig ist. Hätte er die besseren Waffen, so wird suggeriert, würde er sich umstandslos ohne Tausch in den Besitz des fremden Gutes setzen. Dies zu unterstellen, heißt, den barbarischen Instinkt als konstitutiv für den Handel anzunehmen, d. h. diesen als solchen zu beargwöhnen. Betrachtet man die Sache nüchtern und ohne romantische Flausen, so muß die zivilisatorische Funktion des Handels erkannt und zugestanden werden. Selbstverständlich mag der aufkläreri-

¹ Vgl. dazu: P. Ruben: Produktivkraft und Produktivität in ökonomischen Maßarten. In: Dt. Z. f. Philos. 36(1988)3. S. 241-250. Ders.: Von der Arbeit und ihrer ökonomischen Bestimmtheit. In: Dt. Z. f. Philos. 41(1993)2. S. 257-262. Ders.: Ist die Arbeitskraft eine Ware? Ein Beitrag zu einer marxistischen Marxkritik. In: Kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis. Auseinandersetzungen mit der Marxschen Theorie nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus, hrsg. v. H. Eidam u. W. Schmied-Kowarzik. Würzburg: Königshausen & Neumann 1995. S. 167-183

sche Egoismus durch den romantischen Gemeinsinn unter Verdacht gehalten sein. Aber wir können nach der Erfahrung des kommunistischen Experiments nachdrücklich versichern, daß der Egoismus in diesem Experiment, was immer die kommunistischen Gründerväter an Altruismus exerziert und für nötig gehalten haben, systematisch fröhliche Urständ gefeiert hat. Zwar handelte es sich nicht mehr um die Gewinnung des „schnöden Mammons“ (in einer nicht-konvertiblen Währung ein ziemlich unergiebiges Unternehmen), sehr wohl aber um die Besetzung von individuell vorteilhaften Leerstellen des kommunistischen Systems, die mit der Bildung von Seilschaften erobert und mit dem Ausschluß von unliebsamen Konkurrenten hartnäckig verteidigt wurden. Die Vision, der Kommunismus, ob in der Marxschen ersten Phase (von Stalin und seinen Getreuen „Sozialismus“ genannt) oder in der zweiten, vollendeten¹, würde den Egoismus beseitigen, d. h. Herrn Gaus' viel berufenen „neuen Menschen“ als Gegenmodell zum „alten Adam“ hervorbringen, hat sich in der empirischen Geschichte des modernen europäischen Kommunismus als blanke Illusion erwiesen. Es hat sich gezeigt, daß der Egoismus, den der originäre Sozialismus den sozialen Verhältnissen, aber nicht den Personen zugeschrieben hat, sich jedenfalls durch die kommunistische Systemausbildung nicht erledigt, sondern nur andere Entfaltungsmöglichkeiten erhalten hat. Mithin ist das Privateigentum via empirischer Erfahrung vom Ruch, Quelle des Egoismus zu sein, absolviert worden. Und das ist eine Einsicht, die jede noch so konsistent begründete ökonomische Kritik der Gemeinwirtschaft² nicht überzeugend hat liefern können. Wer die Unmöglichkeit objektiv fundierter Preisbestimmung in der Gemeinwirtschaft logisch fundiert darstellt, was beweist er gegen die Vision, es könne sich der Egoismus in der Gemeinwirtschaft als historisch transitorisch und entbehrlich herausstellen? Wir jedenfalls haben den Verdacht, daß erst die praktische Erfahrung über die konsistente Realisierung der kommunistischen Idee die Überzeugung von der Nichtigkeit jener – immerhin das abstrakte Gute favorisierenden – Vision vom Ende des Egoismus zu desavouieren fähig gewesen ist. Das ist eine wahrhaftig traurige Geschichte. Sie hat aber wohl den Vorteil, wahr zu sein.

Ist nun die Annahme gültig, daß der Tausch, der Handel die wechselseitige Anerkennung fremden Eigentums, darunter des Gemeineigentums voneinander verschiedener Gemeinschaften, durch die entsprechenden Tauschpartner bedeutet, so muß auch gesagt werden, daß die Determination des Eigentums durch den Austausch dasselbe a priori als Sonder- oder Privateigentum konstituiert. Die Annahme des logischen Gegensatzes zwischen dem Gemein- und

1 Wir beziehen uns mit der Unterscheidung dieser beiden Phasen auf Marx' „Kritik des Gothaer Programms“. Vgl.: K. Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. In: MEW 19, S. 19-21. Es heißt hier: „Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als Wert dieser Produkte, ...“ (a. a. O., S. 19-20).

2 Vgl.: L. v. Mises: Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus. Unveränderter Nachdruck der zweiten, umgearbeiteten Auflage, Jena 1932. München: Philosophia Vlg. 1981

dem Privateigentum ist daher im Rahmen der sozialtheoretischen Unterscheidung zwischen Gemeinschaften einerseits und der durch die Bildung des Weltmarkts geschaffenen Gesellschaft andererseits eine logische Absurdität. Eigentum ist in der Gesellschaft immer und nie etwas anderes als Privateigentum, ob gemeinschaftliches oder persönliches. Des weiteren versteht es sich mit der formulierten Annahme, daß die Bildung des Privateigentums durch die Entfaltung des ökonomischen Verkehrs bedingt ist. Dieser bringt nicht, wie Marx gemeint hat, die „entfremdete Arbeit“ hervor, sondern befriedigt mittels Abgabe eigener Produkte eigene Bedürfnisse durch fremde Produkte, macht also die Ergebnisse fremder Arbeit zu Bedingungen eigener Reproduktion. Der Austausch ist nicht das Vehikel der Entfremdung, sondern im geraden Gegenteil das Medium der Aufhebung der Fremdheit voneinander unabhängig produzierender Gemeinschaften. Die Gesellschaft überhaupt ist nicht das Subjekt der Eigentumsbildung, sondern das System der Eigentumszirkulation. Sie besteht nur durch den und in dem Fluß der Güter und Dienste und ist ohne diesen Fluß nicht vorhanden. Der Terminus „gesellschaftliches Eigentum“ ist daher inhaltsleer und folglich als Surrogat für den Terminus „Gemeineigentum“ unverwendbar. Mit anderen Worten: *Gesellschaftsbildung* und *Privateigentum* sind Kehrseiten derselben Medaille. Die Negation des Privateigentums ist daher logisch zwingend auch die Negation der Gesellschaft, die Ersetzung des Verkehrs durch die vom Gemeinwesen realisierte Verteilung. Die kommunistische Forderung, das Privateigentum aufzuheben, ist folglich identisch mit der Forderung, die Gesellschaft abzuschaffen. Die kommunistische Lösung der sozialen Frage besteht in der Liquidation der Sozialität.

Diese Konsequenz wird ideologisch verstellt, indem die Identität von Gesellschaft und Gemeinschaft intellektuell vorausgesetzt wird, so daß so etwas wie die „kommunistische Gesellschaft“ überhaupt vorgestellt werden kann. Das ist eine Vorstellung, die in der deutschen Arbeiterbewegung 1875 programmatische Bedeutung bekommen hat. „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft“, heißt es im Gothaer Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands¹, womit die Gesellschaft als etwas unterstellt ist, das Gemeingut haben kann. Ist jedoch klar, daß „die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut“ die Konstitutierung der entsprechenden *Gemeinschaft* als das alleinige Wirtschaftssubjekt bedeutet, so kann die zitierte Forderung nur bei Identifikation von „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ einen Sinn haben. Gilt diese Identifikation für ausgeschlossen, ist die Forderung unmittelbar absurd. Sie muß dann vielmehr lauten: Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeineigentum, die Herstellung der Gemeinwirtschaft; die Gemeinwirtschaft regelt ihren gesellschaftlichen Verkehr mit anderen Gemeinwesen über das Außenhandelsmonopol und hat somit die Gesellschaft, die Sozialität jederzeit außer sich.

1 Vgl.: M. Beyer / G. Winkler: Revolutionäre Arbeitereinheit. Eisenach-Gotha-Erfurt. Berlin: Dietz Vlg. 1975. S. 78

Die Wahrnehmung des Gemeineigentums als Privateigentum einer bestimmten Gemeinschaft ist in der kommunistischen Ideologie nicht erfolgt, sondern ist erst in der Realisierung des Außenhandels im Rahmen des kommunistischen Experiments – für Beobachter allerdings nur, die wirklich sehen wollten – sukzessive deutlich geworden, insbesondere in den Verhandlungen über die Wertbestimmtheit des sogenannten transferablen Rubels. Zu keiner Zeit ist es gelungen, mehr als eine dezisionistische Ad-hoc-Entscheidung zu erreichen, in welcher die nationalen Außenhandelsinstitutionen stets als Agenten der ökonomischen Sonderinteressen ihrer Gemeinwesen fungierten. Und die Verfolgung dieser Sonderinteressen, forciert durch den zunehmenden Substanzverfall, der zu Kreditwünschen beim erklärten „Klassengegner“ geführt hat, ist es auch gewesen, die schließlich die imaginierte internationale kommunistische Solidarität, de facto stets nur als politisches Phänomen vorgestellt, zum Einsturz gebracht hat. Die kommunistische Denunziation des Privateigentums hat das Bewußtsein ihrer Akteure so vollkommen beherrscht, daß sie die Wirklichkeit desselben in ihren eigenen Handlungen – wenigstens im offiziellen Diskurs – nicht zu thematisieren fähig, also mit klassischer Blindheit geschlagen gewesen sind. Diese bemerkenswerte Tatsache hat gewiß nicht wenig damit zu tun, daß „Privateigentum“ in der fraglichen Attacke stets nur das *persönliche* Produktiveigentum gemeint hat, das als der Urheber und Garant des Manchesterkapitalismus unterstellt und nie in seiner tatsächlichen wirtschaftsgeschichtlichen Bedeutung analysiert worden ist. Und man kann gewiß nicht behaupten, daß das ökonomische Scheitern des kommunistischen Experiments die Fraglichkeit der Denunziation des Privateigentums für das gesellschaftliche Bewußtsein zur generell akzeptierten Erkenntnis gemacht habe.

Der Grund für diese merkwürdige Beschränkung sozialtheoretischer Wahrnehmung liegt wohl, wie wir die Sache heute sehen, darin, daß das persönliche Privateigentum in einem die Quelle des Produktivkraftfortschritts wie der Elimination unproduktiv gewordener Produktionsarten ist, d. h. ebenso sehr Arbeit schafft wie abschafft, also einem Januskopf gleicht, dessen Doppelgesicht nur unter Anerkennung des Widerspruchs zu ertragen ist. Geht die ideologische Hoffnung auf Erlösung, will sie Widerspruchsfreiheit. Und in diesem Willen erst schafft sie sich die Vision des Privateigentums als der ökonomischen Inkarnation des Bösen schlechthin. Und da der Produktivitätsprogress ohne Verlust bisher sicher geglaubter Arbeitsplätze nicht zu haben ist, so ist jener Vision jederzeit ein Publikum gegeben, das sie am Leben hält – insbesondere dort, wo die Erfahrung des kommunistischen Experiments in Gestalt einer Mär vernommen wird, die, ex oriente lux, irgendwo gleich bei Sibirien hervorgebracht worden ist.

Im Sinne der angestellten Überlegungen müssen wir auf die von S. Lahrem und O. Weißbach formulierte Frage antworten, daß wenigstens das kommunistisch verfaßte Gemeineigentum keineswegs die Erhaltung des Gemeinwesens garantiert, vielmehr die soziale Unsicherheit zum Schicksal aller, der ganzen

Nation, macht, eben weil die wirkliche Erhaltung ohne Entwicklung nicht zu haben ist, die Entwicklungslosigkeit aber als ökonomische Konsequenz der Liquidation des persönlichen Produktiveigentums gesetzt wird. Mit dieser Erfahrung ist uns die Entgegensetzung des Gemein- zum Privateigentum obsolet geworden. Und wir akzeptieren, daß die menschliche Gattung nicht als idealer Gemeineigner zu denken ist, sondern als eine Vielheit von lokal bestimmten Gemeinschaften, die im sozialen Verkehr, im Austausch, sofern sie an ihm teilnehmen, ihren gesellschaftlichen Zusammenhang determinieren und auf diese Determination verzichten, wenn sie dem Weltmarkt den Rücken kehren.

Nötige theoretische Revisionen

Mit dem von uns angenommenen Dualismus von Gemeinschaft und Gesellschaft ergibt sich die Konsequenz, die früher formulierte Behauptung:

„... der Übergang von der Untersuchung des reinen Austausches zur Untersuchung der wirklichen Produktion markiert den Übergang vom Systemdenken zur Dialektik (ein Übergang im Sinne des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten)“¹,

aufzugeben bzw. zu modifizieren. Es ist gewiß haltbar, bei genauer Bestimmung des Begriffs des *reinen* Austauschs (der ein Ideal meint) das systemtheoretische Konzept als Reflexion der durch diesen Begriff bestimmten Sache zu denken. Wenn aber der *wirkliche* Austausch in Rechnung gestellt wird und für ihn gilt, daß er wertbildend ist, so kommt sein produktiver Charakter in den Blick, den uns die Identifikation der Gesellschaft mit der Gemeinschaft verstellt hat. Umgekehrt ist von der Produktion zu sagen, daß sie die Natur des Austauschs an sich hat, selbst wenn sie bloße Subsistenzproduktion ist. Es ist dann zu denken, daß der Produzent seine Arbeit unter dem Ziel der Erhaltung seiner Vorräte verrichtet, so daß ein Gleichgewicht zwischen der Entnahme und der Zuführung von Produkten (zugeführt auf Grund von Produktion) die notwendige Bedingung für die Erhaltung seiner selbst ist. Und es ist einsichtig, daß die Aufrechterhaltung dieses Gleichgewichts als diachroner Austausch verstanden werden kann.

In diesem Sinne sehen wir die nötige theoretische Revision in dem Erfordernis, die gedachte Trennung des Austauschs von der Produktion aufzugeben, die Konzeption der Dialektik auf die konkrete Einheit beider zu gründen. Das ist eine Aufgabe, die wir im Rahmen des Arbeitskonzepts zwar durchaus gesehen haben, deren Lösungsbedingungen für uns aber durch ideologische Verstellung zu einem wesentlichen Teil unklar gewesen sind. Soweit wir es heute sehen, ist die eigentliche Quelle dieser Unklarheit die oben erörterte Denunziation des Privateigentums, die unter Beibehaltung der Idee der sozialen Gerechtigkeit aufzugeben durchaus kein leichtes Unternehmen ist. Mit

1 C. Warnke: Dialektik und Systemdenken in der Gesellschaftserkenntnis. Diss. B am Zentralinstitut für Philosophie der AdW der DDR, Berlin 1980, Thesen. S. 7

dieser Quelle sind weitere Problemstellungen verbunden, von denen wir hier die folgenden nennen wollen:

Es ist ganz deutlich, daß die unter dem Titel „Arbeitskonzept“ vorgestellte Auffassung die Arbeit a priori selbst nicht als *reine* Produktion, sondern als *gesellschaftliche* Arbeit zu denken hat, also als Produktion für den Austausch mit anderen Eigentümern. Dies heißt nicht, auf die Betrachtung der bloßen Subsistenzproduktion zu verzichten, aber zu unterstellen, daß die Entwicklung der Arbeit (ihre Geschichte) den Austausch als Bedingung der Zivilisationsbildung einschließt. Dabei ist zu vermuten, daß Marx' Fixierung der ökonomischen Gesellschaftsformationen zu ihrem Rechte kommt, wenngleich seine Bestimmung der Weisen, in diesen Formationen die subjektiven und objektiven Arbeitsbedingungen miteinander zu verknüpfen, durchaus zur Debatte steht. Zugleich versteht sich, daß die insbesondere von Engels favorisierte Einbildung, mit der Entfaltung der großen Industrie sei die „Vergesellschaftung“ der Produktion angesichts der Bildung umfangreicher Betriebsbelegschaften ein bares Faktum, so daß es nur noch auf die „Vergesellschaftung“ des Eigentums ankomme, um den wesentlichen Widerspruch des Kapitalismus zu lösen, eine naive Verkennung des Phänomens der Vergesellschaftung ist und keine andere Bedeutung hat, als Betriebsbelegschaften für Exemplare der Sozialität zu halten, Gemeinschaften unter dem Namen *Gesellschaft* anzugeben.

Es ist nicht unwichtig, sich diese merkwürdige Interpretation ins Gedächtnis zu rufen: In der mittelalterlichen Warenproduktion, so Engels, beruhte das Eigentum der Produkte „*auf eigener Arbeit*. ... Dann kam die Konzentration der Produktionsmittel in großen Werkstätten und Manufakturen, ihre Verwandlung in tatsächlich gesellschaftliche Produktionsmittel. Aber die gesellschaftlichen Produktionsmittel und Produkte wurden behandelt, als wären sie nach wie vor die Produktionsmittel und Produkte einzelner. ... So wurden also die nunmehr gesellschaftlich erzeugten Produkte angeeignet nicht von denen, die die Produktionsmittel wirklich in Bewegung gesetzt und die Produkte wirklich erzeugt hatten, sondern von *Kapitalisten*. Produktionsmittel und Produktion sind wesentlich gesellschaftlich geworden. Aber sie werden unterworfen einer Aneignungsform, die die Privatproduktion einzelner zur Voraussetzung hat, wobei also jeder sein eignes Produkt besitzt und zu Markte bringt. Die Produktionsweise wird dieser Aneignungsform unterworfen, obwohl sie deren Voraussetzung aufhebt. In diesem Widerspruch, der der neuen Produktionsweise ihren kapitalistischen Charakter verleiht, *liegt die ganze Kollision der Gegenwart bereits im Keim*.“¹

Mit dieser Deutung ist klar unterstellt: Schließt ein Unternehmer mit mehreren Personen Arbeitsverträge, so wird die Produktion des fraglichen Unternehmens in der Sicht von Engels *gesellschaftlich*. Und es ist nurmehr eine Frage der operationalen Definition, wieviel persönliche Arbeitsverträge es genau

1 F. Engels: Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft. In: MEW 20. S. 251-252

sein müssen, um den „gesellschaftlichen“ Charakter der fraglichen Produktion zweifelsfrei feststellen zu können (den Unternehmer im Falle der revolutionären Erhebung zu enteignen). Gesetzt, dieser Unternehmer investiert sein eigenes Geld, so ist er zweifelsfrei Kapitalist (im Falle der ausschließlichen Bindung von Fremdkapital via Kredit ist er das nicht) und damit nach Engels nicht mehr Produzent, sondern bloßer Aneigner des Produktionserlöses.

Es ist wohl unübersehbar, daß in dieser Interpretation die in der Unternehmensbildung konstituierte Betriebsbelegschaft die Engelssche Idee der Gesellschaft modelliert, die damit von der der Gemeinschaft ununterscheidbar ist. Des weiteren ist klar, daß mit dem Schaffen großer Betriebsbelegschaften die Produktionskompetenz des Unternehmers, man weiß nicht wie, verloren wird und auf die Belegschaft übergeht. Denn nicht er, sondern die Belegschaft für sich produziert, während er nur aneignet. Eine solche Sicht, in der jede wirkliche Betriebsgeschichte ignoriert wird, kann nur gewonnen werden, wenn mit Hilfe einer begrifflosen Anschauung a priori ausgemacht ist, daß die Industriebetriebe der Moderne die Entgegensetzung zwischen Produktion und Eigentum vorstellen und erweisen. Fraglos wird diese Anschauung in der Wahrnehmung des Prinzips *hire and fire* konfirmiert, aber ebenso fraglos beruht sie auf der Ausblendung der wirklichen Produktionskompetenz des Unternehmers, ohne die das Unternehmen gar nicht zustandekommt. Natürlich besteht sie nicht in den Fähigkeiten, deren Mithilfe durch den Abschluß von Arbeitsverträgen gesichert wird, wohl aber in der Fähigkeit, die beabsichtigte Produktion möglich und realisierbar zu machen, d. h. die erforderlichen Produktionsbedingungen zusammenzubringen und den zu erzeugenden Produkten oder Diensten einen Absatz zu sichern. Daß die Realisierung dieser Fähigkeit im strengen Sinne gesellschaftlicher Arbeitsaufwand ist, kann nur übersehen werden, wenn allein bestehende und erfolgreiche Unternehmungen im Blick stehen. Wer selbst die Anstrengung auf sich nimmt, ein Unternehmen zu entwickeln, kann eigentlich über solche Anschauung nur fassungslos staunen.

Diese Anschauung ist die Folge der vorausgesetzten Auffassung von der Natur des Kapitalismus, in dem die Arbeiter als Eigentums- bzw. Vermögenlose ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um leben zu können. Gemäß der Vorstellung vom exklusiven Gegensatz zwischen dem Gemein- und dem Privateigentum hat uns Marx die ökonomisch bestimmte Vorstellung von der „Lohnsklaverei“ hinterlassen, die natürlich als lebensweltliche Imagination ganz unabhängig von seiner Interpretation vorgegeben gewesen ist. Es ist die Frage zu stellen, ob die in diesem Zusammenhang geläufige Annahme vom „Verkauf der Arbeitskraft“ (Schumpeter hält sich lieber an den „Verkauf der Arbeit“¹) einen analytisch klar zu bestimmenden Sinn hat. Und wenn das nicht der Fall ist (was wir annehmen), wie ist dann der Lohnvertrag ökonomisch

1 Vgl.: J. A. Schumpeter: Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie, 2. Aufl. Berlin: Duncker & Humblot 1970. S. 127, Anm. 1

und sozialtheoretisch zu verstehen? Es kommt damit erneut die Vertragstheorie der Aufklärung ins Spiel, die in der kommunistischen Ideologie schlicht beiseite geräumt worden ist. Und im übrigen ist wirtschaftshistorisch natürlich genau zu notieren, wann und unter welchen Bedingungen Lohnarbeit verrichtet worden ist.

Marx weiß sehr wohl, daß mit dem Lohnvertrag „der Arbeiter formell als Person gesetzt ist, der noch etwas *außer seiner* Arbeit für sich ist“¹, aber er sieht ihn als einen Wareneigner (d.i. ein logischer Widerspruch zur Voraussetzung des Arbeiters als eines Eigentumslosen), als Eigentümer der „Ware Arbeitskraft“, der sein Gut loswerden muß, um sein Leben zu erhalten. Wie eine *Fähigkeit* Ware sein kann, d. h. ein *Ding* mit der Qualität, Wert zu haben, wird in dieser Sicht nicht gefragt. Vielmehr gilt – mit Recht – der Austausch als Realisation der Sozialität, womit ideell erforderlich ist, daß der Arbeiter eine Ware anzubieten hat, um in den Prozeß der gesellschaftlichen Arbeit überhaupt eintreten zu können. Diese Konstruktion wird sofort fraglich, wenn der Arbeitsvertrag nicht als Veräußerungsvertrag vorausgesetzt wird, sondern, mit Kant zu sprechen² und im Sinne des im Deutschen noch bekannten Sprachgebrauchs, als *Verdingungsvertrag*, durch den der Arbeiter zum „Lohndiener (*mercennarius*)“³ wird. In dieser Sicht bedeutet der Abschluß des Arbeitsvertrages das Versprechen eines Dienstes (d.i., ökonomisch analytisch gesprochen, das Produkt aus Arbeit und Arbeitszeit, daher wirklich von der Dimension des Werts) gegen Lohn, der in Gestalt des Geldes natürlich ebenfalls eine bestimmte Wertgröße darstellt. Der Arbeitsvertrag realisiert so keinen synchronen Tausch, sondern ein diachrones Verhältnis wechselseitiger Verpflichtung der Dienstverrichtung einerseits wie der Lohnzahlung andererseits. Indem der Unternehmer auf diese Weise viele Lohndiener zu einer Betriebsbelegschaft zusammenführt, die natürlich kooperativ produziert, bildet er eine *Produktionsgemeinschaft*, deren Produktionsergebnis durch ihn der gesellschaftlichen Bewährung zugeführt (vermarktet) werden muß. Gelingt sie nicht, so geht es den Arbeitern wie allen anderen von Bankrotten betroffenen Menschen. Sie müssen hoffen, daß aus dem Erlös des Konkursverfahrens eine Erfüllung ihrer vertragsgemäßen Ansprüche noch möglich ist.

Was wir also mit dem Arbeitsvertrag vor uns haben, ist eine eigentümliche Verschränkung der Gesellschaft mit der Gemeinschaft so, daß die Vertragspartner mit ihrer wechselseitigen Verpflichtung Sozialität realisieren, aber in der Verwirklichung der Produktion zugleich Gemeinschaft bilden. In der Vertragsvereinbarung wie in der Lohnzahlung ist die Gesellschaftlichkeit gegenwärtig, in der kooperativen Produktion dagegen die Gemeinschaftlichkeit.

1 K. Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW 42, S. 214

2 Vgl.: I. Kant: Metaphysik der Sitten, hrsg. v. K. Vorländer, Hamburg: Meiner 1966, S. 101

3 Ebd. Kant sieht – wie Marx – den Lohnvertrag als „die Bewilligung des Gebrauchs meiner Kräfte an einen anderen für einen bestimmten Preis“ an. Diese Sicht ist dimensionstheoretisch nicht haltbar, weil die Arbeitskraft Wertfaktor ist, der Lohn aber einen Wert darstellt. Folglich muß der *Dienst* als Einheit von Arbeit und Arbeitszeit angenommen werden. Als diese Einheit (dieses Produkt) ist er Wertträger und kann daher durch Lohn ersetzt werden.

Die Tarifverhandlung ist ein soziales Ereignis, die Erzeugung eines Produkts hat die Sozialität außer sich. Diese ist in der Produktion zwar avisiert, aber nicht realisiert. Und es ist möglich, daß der Absatz der Erzeugnisse nicht gelingt, die soziale Bewährung also gerade nicht erreicht wird.

Das wirkliche Problem mit Bezug auf Engels' Vorstellung von der „vergesellschafteten“ Produktion besteht darin zu erfassen, wie sich unter dem Druck der durch die Gesellschaft stabilisierten Evolution Gemeinschaften transformieren, auflösen oder neu bilden. Die Annahme, die neuerdings manchmal präsentiert wird, daß die menschliche Entwicklung überhaupt als ein Übergang von der Gemeinschaft zur Gesellschaft zu denken sei, halten wir für ebenso verkehrt wie die von uns verabschiedete Identifikation der Gesellschaft als Gemeinschaft. Die Gemeinschaft an sich ist schon aus dem einfachen Grunde unaufhebbar, weil sie Medium der biologischen Reproduktion ist. Eine *reine* Gesellschaft hätte keinen überlebensfähigen Nachwuchs, daher eine Dauer von höchstens einer Generation. Was zu erkennen ist, das ist vielmehr die wechselseitige Determination von Gemeinschaft und Gesellschaft. Und diese hat, wie wir die Dinge heute sehen, am diskutierten Arbeitsvertrag ein erstrangiges Thema.

Die Gretchenfrage der theoretischen Revisionen ist natürlich die nach dem Begriff des Kapitals bzw. des Kapitalismus. Im öffentlichen Bewußtsein der Gegenwart gilt es als ausgemacht, den Zusammenbruch des Kommunismus oder „Realsozialismus“ als Konfirmation des Kapitalismus zu betrachten, wobei aber auf einen Begriff desselben fröhlich verzichtet wird. Klopft man das darin unterstellte Verständnis ab, wird man häufig „Kapitalismus“ als einen Namen für betriebswirtschaftliche Rentabilität finden, die nun wahrlich keine formationsspezifische Qualität darstellt. Häufig gelten auch noch immer „Geld“ und „Kapital“ als Namen ein und derselben Sache, und die „Herrschaft des Geldes“ wird unverdrossen und ohne Rücksicht auf die Erfahrung des Kommunismus angeklagt.

Hier kann natürlich keine Theorie des Kapitals präsentiert werden. Aber wir möchten schon meinen, daß die Marxsche Bestimmung festgehalten, gegebenenfalls präzisiert werden sollte. Nach dieser versteht sich, daß Kapitalbildung die durchgängige Geldwirtschaft voraussetzt und mit dieser Bedingung darin besteht, daß eine *Person* ihr Geldvermögen oder einen Teil davon für den Ankauf oder die Anmietung objektiver Produktionsbedingungen ausgibt und die erforderlichen subjektiven Produktionsbedingungen über den Abschluß von Arbeitsverträgen gewinnt, um sodann die so ermöglichte Produktion auf eigene Rechnung zu verwirklichen und ihre Produkte zu realisieren. Das bedeutet unmißverständlich: Kapitalbildung ist persönliche Geldausgabe für gesellschaftliche Produktion. Das Kapital ist daher *negativer Wert*, der mit Recht im Buch des Kapitalisten unter dem Titel *Debet* geführt wird. Eine Geldmenge ist kein Kapital, und wenn sie für Konsumtionsmittel ausgegeben wird, hat keine Kapitalbildung stattgefunden. Diese ist auch gescheitert, wenn die Geldmenge zwar für Produktionsbedingungen aufgewandt worden

ist, aber für das Produktionsresultat kein Gelderlös erzielt werden konnte (der Unternehmer also auf seinen Erzeugnissen, wie man so schön sagt, sitzen bleibt). Es handelt sich dann nicht um Kapitalbildung, sondern um Verlust an Geldvermögen. Somit muß wohl gesagt werden, Kapitalbildung besteht in der persönlichen Geldausgabe für Produktionsbedingungen und in der Erhaltung dieser konstituierten Schuld durch realisierte Produktion.

Wir geben gern zu, daß diese Bestimmung der Kapitalbildung, Erhaltung einer negativen Wertgröße durch Realisierung eigener Produktion, einer Anschauung schwer akquirierbar scheinen muß, die überall auf die Vorstellung positiver Objekte geht. Wie kann man schon etwas Negatives besitzen? Aber es hilft nichts, betrachtet man den Vorgang der Einrichtung einer bestimmten Produktion über die Realisierung von Geldvorschüssen, so kann man mit dem Worte *Kapital* keinen anderen Gegenstand als den meinen, der als aufgewandter Wert den ihn ersetzenden Produktionsbedingungen ideell gegenübersteht und darin den Maßstab für Erfolg oder Mißerfolg des Produktionsunternehmens darstellt. Nicht die Produktionsmittel sind Kapital; und die Redeweise vom „Humankapital“ ganz und gar ist eine Phrase, die man in der Wissenschaft am besten überhört. Es ist das für persönliche Produktion *ausgegebene Geld*, das als Kapital Schuld ist, Schuld gegen sich im Falle von Eigenkapital, Schuld gegen andere im Falle von Fremdkapital. Das Denken der Schuld als einer ökonomischen Qualität, die ebenso real ist wie eine positiv gegebene Geldgröße, ist wohl die geistige Zumutung, die gefordert wird, um die Natur des Kapitalverhältnisses oder des Kapitalismus zu erkennen.

Die aktuelle Schwierigkeit, eine vernünftige theoretische Revision zu gewinnen, besteht nun darin zu entscheiden, ob der Terminus *Kapitalismus* für eine sozialökonomische Ordnung verwendet werden soll, in welcher die Kapitalbildung im erklärten Sinne dominiert, oder nicht. Was seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wirtschaftsgeschichtlich zunehmend hervorgebracht worden ist, das ist ganz offensichtlich die Verabschiedung von der *persönlichen* Kapitalbildung. Mit den modernen Aktiengesellschaften ist eine Form der produktiven Mobilisierung individuellen Geldvermögens eingetreten, die die Anleger von der Produktionskompetenz emanzipiert, den Eigner also auf eine Rolle reduziert hat, auf den Produktionserfolg nur noch durch Kauf oder Verkauf von Aktien zu reagieren (und an den Aktionärsversammlungen massenhaft nicht teilzunehmen bzw. das Stimmrecht vorgestellten Kompetenzträgern zu überlassen). Diese Situation ist jedenfalls in der marxistischen Ökonomie nie ernsthaft zur Debatte gestellt worden, obwohl sie für das 20. Jahrhundert geradezu essentiell geworden ist (in den entwickelten Industrieländern gibt es Millionen von Aktionären, darunter selbstverständlich Arbeiter im klassischen Sinne).

Marx hat bekanntlich von einer Aufhebung des Kapitalverhältnisses unter seiner eigenen Voraussetzung gesprochen und damit den klar assoziativen Charakter dieser Mobilisierung individueller Geldvermögen für produktive Zwecke im Auge gehabt: „Die Aktienunternehmungen überhaupt ... haben

die Tendenz, ... Verwaltungsarbeit als Funktion mehr und mehr zu trennen von dem Besitz des Kapitals, sei es eignes oder geborgtes; ganz wie mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft die richterlichen und Verwaltungsfunktionen sich trennen von dem Grundeigentum, dessen Attribute sie in der Feudalzeit waren. Indem aber einerseits dem bloßen Eigentümer des Kapitals, dem Geldkapitalisten der fungierende Kapitalist gegenübertritt und mit der Entwicklung des Kredits dies Geldkapital selbst einen gesellschaftlichen Charakter annimmt, in Banken konzentriert und von diesen, nicht mehr von seinen unmittelbaren Eigentümern ausgeliehen wird; indem andererseits aber der bloße Dirigent, der das Kapital unter keinerlei Titel besitzt, ... , alle realen Funktionen versieht, die dem fungierenden Kapitalisten als solchem zukommen, bleibt nur der Funktionär und verschwindet der Kapitalist als überflüssige Person aus dem Produktionsprozeß.¹ Man betrachte die heutigen Volkswirtschaften nach ihrer Unternehmensstruktur, und man wird finden, daß in den entwickelten Ländern durchweg genau diese Voraussicht erfüllt worden ist. Wenn aber der „Kapitalist als überflüssige Person aus dem Produktionsprozeß“ wesentlich verschwunden ist, welchen Sinn hat es dann, die gegenwärtige ökonomische Formation noch als „Kapitalismus“ zu bezeichnen?

Schlußbemerkung

Mit dieser Frage wollen wir unseren Beitrag beenden und nur noch bemerken: Er ist für den Band zu Ehren Peter Furths unter dem Titel „Konturen des Gemeinsinns“ geschrieben, die zu finden und in der *Phänomenologie der Enttäuschungen* denn doch zu zeichnen dem zu Ehrenden ungeachtet der geschichtlichen Wendungen wesentliche Sache ist. Wir nehmen an, daß der Gemeinsinn ohne die Rezeption des Marxschen und Tönniesschen Erbes im Bestimmen der Natur der Gemeinschaften wie der Gemeinwesen nicht als unabdingbare Intention in der menschlichen rauen Wirklichkeit erkannt werden kann, sondern im Andachtsraum idealer praktischer Philosophie verharren muß – als eine bloß moralische Forderung, die sich bei einiger Bildung von selbst versteht. Wie die Dinge nach dem Zusammenbruch des europäischen Kommunismus stehen, kann für diese Annahme im Augenblicke wenig mehr als eine kritische Revue des rationellen Sinns zerstobener Erwartungen veranlassen. Sie muß als eine Durchgangsphase der Selbstverständigung akzeptiert werden, selbst wenn ihr Ergebnis mager genug ist. Der Epochenbruch, den wir erleben, ist zu tief, um eilige oder vorschnelle Lösungen irrig formulierter Probleme zuzulassen.

1 K. Marx: Das Kapital. Dritter Band. In: MEW 25, S. 401

Ist die Arbeitskraft eine Ware?

Ein Beitrag zu einer marxistischen Marxkritik¹

Problemstellung

Zweifelloos ist der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in Europa auch als eine praktische Entscheidung über die Annahme der Gültigkeit marxistischer Hypothesen zu verstehen. Denn wie immer man den vergangenen „realen Sozialismus“ als Probe auf die Wahrheit der marxistischen Doktrin insgesamt wie im Detail beurteilen mag, unleugbar sind in einem historischen Experiment von enormen Ausmaßen und Opfern wesentliche Grundannahmen des Marxismus definitiv widerlegt worden. Zu diesen zähle ich

1. die Vorstellung, daß mittels der revolutionären Machtübernahme durch die Arbeiterklasse über die Herstellung des durchgängigen Staatseigentums an den objektiven Arbeitsbedingungen die „Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums“ eine schrankenlose progressive Evolution erfahren werden;
2. die Vorstellung, daß die zentrale staatliche (nationale) Wirtschaftsplanung unter Ausschaltung des Marktes die krisenfreie und kontinuierlich umfangreicher werdende Versorgung der Bevölkerung sichern könne;
3. die Vorstellung, daß die Emanzipation der Arbeiter für sich die Bedingung für die menschliche Emanzipation überhaupt sei.

Diese und andere Annahmen gehören gewiß zum Grundbestand bisherigen marxistischen Denkens. Und indem sie als widerlegt unterstellt werden, steht mit der praktischen Erfahrung der letzten vier Jahre die Geltung einer Doktrin zur Debatte, die wie keine andere in der jüngsten Geschichte die geistige Auseinandersetzung bestimmt hat.

Ich teile nicht das vorschnelle Urteil, mit dem Zusammenbruch des europäischen Kommunismus sei auch der Marxismus an und für sich erledigt. Es ist ja sehr wohl zu erkennen, daß genau dieser Zusammenbruch in Kategorien des Marxismus angemessen und akzeptabel erklärt werden kann. Dennoch bleibt es zutreffend, daß der Marxismus auch als theoretisch-methodologisches System durch die politischen Ereignisse der letzten Jahre direkt betroffen ist und gewiß nur überleben kann, sofern er in der geistigen Verarbeitung eben dieses Zusammenbruchs seine sozialwissenschaftliche Produktivität erhält und zur Lösung der vor uns stehenden Probleme wirksam einzusetzen vermag. Dies ist ohne marxistische Selbstkritik nicht zu haben. Und sie muß

1 Erstveröffentlichung: H. Eidam u. W. Schmied-Kowarzik (Hrsg.): Kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis. Auseinandersetzungen mit der Marxschen Theorie nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus. Würzburg: Königshausen & Neumann GmbH 1995, S. 167-183

selbstverständlich die Beurteilung der Ansichten seines Begründers einschließen. In dieser Beurteilung unterstelle ich, daß uns die Marxschen Einsichten zu wichtig sind, als daß sie den Marxschen Illusionen geopfert werden dürfen. Daher plädiere ich für eine marxistische Marxkritik, deren Voraussetzungen nach meiner Sicht in den Annahmen bestehen,

1. die menschliche Geschichte als einen wesentlich ökonomisch determinierten, nicht teleologisch, wohl aber teleonomisch gesteuerten Entwicklungsprozeß zu verstehen;
2. die menschliche Arbeit und die Ausbildung ihres gesellschaftlichen Charakters als den die Kultur ermöglichenden und begründenden Vorgang zu denken;
3. die verständige und vernünftige Regelung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Beziehungen für faktisch möglich zu halten.

Diese Annahmen definieren sicher ein Grundkonzept des (rekonstruierten) Marxismus als einer je besonderen Geschichtsauffassung, die sich im intellektuellen Wettbewerb mit anderen Konzepten bewähren muß. Sie ist durch die Skizze im berühmten Feuerbach-Kapitel der „Deutschen Ideologie“¹ sowie durch Marxens „Grundrisse“² präsentiert und darf daher den Namen Marxismus zu Recht tragen.

Unter Voraussetzung dieser Vorstellung vom Marxismus ist nun sicher die Frage nach der Gültigkeit der Annahme von Interesse, daß die Arbeitskraft, die Marx ökonomisch zuerst und unmißverständlich als Arbeitsvermögen von der Arbeit unterschieden hat, unter kapitalistischen Bedingungen als Ware auftritt. Diese Annahme ist bekanntlich für Marx' Kapitalismusanalyse wesentlich; sie soll begründen, daß die spezifisch kapitalistische Verbindung der subjektiven mit den objektiven Produktionsbedingungen durch den Kauf konstituiert wird, daher die Negation der kapitalistischen Produktionsweise auf den Ausschluß der Notwendigkeit hinauslaufen muß, zum Verkauf der Arbeitskraft gezwungen zu sein.

Indem ich die von Marx selbst im Zusammenhang mit dem Warenbegriff gegebenen ökonomischen Bestimmungen voraussetze, um sie nach ihrem kategorialen und dimensionstheoretischen Status zu diskutieren, komme ich zu der These: *Die Arbeitskraft ist keine Ware; der Arbeitsvertrag ist kein Kaufvertrag*. Der Begründung dieser These gelten die nachfolgenden Überlegungen.

Die Ware und ihre Eigenschaften in der Marxschen Werttheorie

Marx setzt, wie bekannt, seiner Wertlehre die Vorstellung der Waren voraus, womit das Wort *Ware* als Gattungsname derjenigen Dinge verwendet wird, die in der Werttheorie als vorgegebene Gegenstände der Untersuchung angenom-

1 Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie, Werke in 42 Bdn., Berlin 1956 ff. (MEW), Bd. 3, 17-77.

2 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (MEW 42).

men sind. Die Einzelware wird sogleich – 1859 in der „Kritik der Politischen Ökonomie“ – als „elementarisches Dasein“¹ des „bürgerlichen Reichtums“ bzw. – 1867 im „Kapital“ – als „Elementarform“² des Reichtums „der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht“, erklärt, d. h. als Element in der Menge aller Waren, die Marx eine „ungeheure Warensammlung“ nennt. Die Thematisierung dieser Warenmenge erfolgt allerdings unter der später erklärten Voraussetzung, daß die Ware als spezifisch gesellschaftliche Form der Produkte voneinander unabhängiger Privatarbeiten gilt, so daß Ein- und Verkauf bzw. Handel notwendige Bedingungen für das Dasein der Produkte als Waren sind.

„Vor der kapitalistischen Produktion – in früheren Produktionsweisen –, sagt Marx in den „Theorien über den Mehrwert“ dazu, „tritt ein großer Teil des Produkts nicht in Zirkulation, wird nicht auf den Markt geworfen, nicht als Ware produziert, nicht zur Ware. Andererseits ist dann ein großer Teil der Produkte, die in die Produktion eingehen, nicht Ware und geht nicht als Ware in den Prozeß ein. Die Verwandlung der Produkte in Waren findet nur an einzelnen Punkten statt, erstreckt sich nur auf den Überschuß der Produktion etc. oder nur auf einzelne Sphären derselben (Manufakturprodukte) etc. Die Produkte gehen weder dem ganzen Umfang nach als Handelsartikel in den Prozeß ein, noch kommen sie ihrer ganzen Breite nach als solche aus ihm heraus.“³

Mit der werttheoretischen Thematisierung der Waren ist demnach eine wirtschaftsgeschichtliche Auffassung verbunden, die den „bürgerlichen Reichtum“ als Resultat der Universalisierung der Warenproduktion und -zirkulation versteht. Darin ist der Warentausch vom „unmittelbaren Tauschhandel“, der „naturwüchsigen Form des Austauschprozesses“⁴, dadurch unterschieden, daß er eine exklusive Ware als Geld einschließt. Marx' werttheoretische Thematisierung der Warenmenge unterstellt also die Unterscheidung von *Ware* und *Geld* so, daß letzteres als *allgemeine* Ware angenommen ist (mithin die Warentheorie des Geldes gegen die Zeichentheorie desselben ausdrücklich vorgezogen wird). Sie gilt als das „letzte Produkt der Warenzirkulation“ und „erste Erscheinungsform des Kapitals“⁵.

Die für die Explikation der Werttheorie vorausgesetzte Unterscheidung von Ware und Geld wiederholt sich in der Explikation selbst als Unterscheidung des Gebrauchswerts vom Tauschwert, d. h. derjenigen Vorstellungen, die Marx aus der Rezeption der klassischen Nationalökonomie unter den Bezeichnungen *value in use* und *value in exchange* übernimmt. Marx führt die Vorstellung vom Gebrauchswert so ein, daß er die Einzelware in ihrer Beschaffenheit, „ein äußerer Gegenstand, ein Ding“ zu sein, „das durch seine

1 MEW 13, S. 15

2 MEW 23, S. 49

3 MEW 26.3, S. 108

4 MEW 13, S. 35

5 MEW 23, S. 161

Eigenschaften menschliche Bedürfnisse irgendeiner Art befriedigt“, umgehend als Gebrauchswert erklärt: „Dieses Dasein der Ware als Gebrauchswert und ihre natürliche handgreifliche Existenz fallen zusammen“, heißt es 1859.¹ Und 1867 wird erklärt:

„Die Nützlichkeit eines Dings macht es zum Gebrauchswert. Aber diese Nützlichkeit schwebt nicht in der Luft. Durch die Eigenschaften des Warenkörpers bedingt, existiert sie nicht ohne denselben. Der Warenkörper selbst ... ist daher ein Gebrauchswert oder Gut. ... Gebrauchswerte bilden den stofflichen Inhalt des Reichtums, welches immer seine gesellschaftliche Form sei. In der von uns betrachteten Gesellschaftsform bilden sie zugleich die stofflichen Träger des – Tauscherts.“²

An dieser Stelle muß im Interesse der analytischen Klärung die kritische Reflexion eintreten: Wenn der „Warenkörper selbst ... ein Gebrauchswert“ *ist*, wird die Verwendung des Wortes *Ware* im weiteren überflüssig, und wir können es an jeder Stelle, an der es vorkommt, durch das Wort *Gebrauchswert* ersetzen. Soll aber angenommen bleiben, daß die Ware einen Gebrauchswert *hat*, so ist der *Warenkörper* keineswegs „selbst ... ein Gebrauchswert“, sondern ein *Ding*, das die *Eigenschaft*, Gebrauchswert zu sein, besitzt. Die Wörter *Ding* und *Eigenschaft* bezeichnen ontologische Kategorien, deren Identifikation nach vorausgesetzter Unterscheidung einen logischen Widerspruch impliziert. Daß Marx diese Unterscheidung voraussetzt, macht sein Übergang von der Verwendung des Wortes *Ware* zur Verwendung des Wortes *Warenkörper* ebenso deutlich wie sein Gebrauch des Terminus *Gebrauchswert der Ware*. Daß er sie allerdings nicht wirklich vollzieht, erkennt man an seiner Behauptung: „Jedes ... Ding ist ein Ganzes vieler Eigenschaften ...“³ Ein Ganzes vieler Eigenschaften ist ein Eigenschaftskomplex und eben damit noch immer kein Ding, das vielmehr der Träger des Eigenschaftskomplexes ist. Die Unterscheidung der Kategorien des *Dinges* und der *Eigenschaft* ist eine philosophische Lösung des ontologischen Problems, die Bedeutung des Subjekts und des Prädikativs in einfachen Prädikationen von der Form *S ist p* generell zu bestimmen: Das (grammatische) Subjekt *S* wird als Bezeichnung des Trägers derjenigen Eigenschaft verstanden, die im (grammatischen) Prädikat *ist p* ausgesagt ist (*p* selbst ist das Prädikativ). Das Wörtchen *ist* meint in Sätzen dieser Art keineswegs die Identitäts- oder Gleichheitsbeziehung, so daß *S ist p* dasselbe besagte wie *S = p*, sondern das Zukommen der Eigenschaft *p* (oder *p*-sein) zum Ding *S*, des Attributs *p* (oder *p*-sein) zur Substanz *S*. Und gerade mit dieser Zuschreibung ist die Unterscheidung des Dinges von der Eigenschaft vorausgesetzt. Ist sie aber vorausgesetzt, so kann sie nicht nachträglich im selben Zusammenhang negiert werden, soll nicht ein logischer Widerspruch zugelassen sein.

Marx' Feststellung: „Die Nützlichkeit eines Dings macht es zum Gebrauchswert“, kann sehr wohl auch ohne Identifikation des Warenkörpers

1 MEW 13, S. 15

2 MEW 23, S. 50

3 MEW 23, S. 49

oder der Ware als eines Gebrauchswertes beibehalten werden, indem der Gebrauchswert oder die Nützlichkeit als *Eigenschaft* der Ware erklärt, die Ware also als *Ding* verstanden wird, das diese Eigenschaft hat, d. h. Träger derselben ist. Das schließt ihr gleichzeitiges Dasein als Träger ebenso des Tauschwertes in gar keiner Weise aus. Da die Ware von Marx ja obendrein überhaupt als Wertträger vorausgesetzt ist, so kann auf diese Weise der Zusammenhang der ökonomisch analysierten Bestimmungen des Gebrauchswerts, des Tauschwertes und des Werts als voneinander unterscheidbarer Eigenschaften desselben Dinges vorgenommen werden, ohne ihren Unterschied auf den des *Dinges* und seiner *Eigenschaft* zurückzuführen. Tatsächlich findet sich in den „Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie“ eine solche Erwägung: „Ist nicht *Wert* als die Einheit von Gebrauchswert und Tauschwert zu fassen? An und für sich ist Wert als solcher das Allgemeine gegen Gebrauchswert und Tauschwert als *besondere* Formen desselben? Hat dies Bedeutung in der Ökonomie? Der Gebrauchswert vorausgesetzt auch im einfachen Austausch oder reinen Austausch.“¹ Indem jedoch Marx die Gesellschaftlichkeit des Tauschwertes gegen die Natürlichkeit des Gebrauchswerts stellt, scheint ihm allein der Tauschwert die, wie er sagt, „ökonomische Formbestimmung“ zu sein, der Gebrauchswert dagegen den „stofflichen Inhalt des Reichtums“ darzustellen, „welches immer seine gesellschaftliche Form sei“. Dabei ist doch nur zu bedenken, daß kein Produkt Ware wird, wenn es nicht Gebrauchswert für den Käufer hat, daß also der Warentausch Produzenten miteinander verbindet, die unter höchst verschiedenen Naturbedingungen Erzeugnisse hervorbringen, daß mithin der „stoffliche Inhalt des Reichtums“ gerade auch in der natürlichen Unterschiedenheit wirklich ist. Die Vergesellschaftung verknüpft gegeneinander besondere Naturbedingungen der Produktion und beruht daher auf der in diesen Bedingungen realisierten Verschiedenheit der Gebrauchswerte.

Neben der ontologischen Unsicherheit über den Zusammenhang von Ding und Eigenschaft ist zusätzlich die methodologische Konfusion in der Determination des Tauschwertes als ein gravierender Mangel in der Marxschen Darstellung festzustellen. Ohne weitere Überlegung wird der Tausch einer Ware gegen irgendeine andere als in einer Gleichung für ausdrückbar gehalten, so daß „20 Ellen Leinwand = 1 Rock“ als (einfacher) Wertausdruck gilt. Die Bedingung, daß eine empirische Gleichung überhaupt nur bei unterstellter Dimensionsgleichheit aufgestellt werden kann, ist Marx offensichtlich nicht bewußt. So bemerkt er denn auch nicht, daß bei strenger Interpretation seines einfachen Wertausdrucks nur konstatiert werden kann: Mit ihm ist unmittelbar eine Kontradiktion formuliert, d. h. ein einfacher Ausdruck des Falschen. 20 Ellen Leinwand sind so wenig einem Rock gleich wie 5 Äpfel 3 Birnen. Marx verschleiert sich und anderen die Natur seines Ausdrucks, eine Kontradiktion zu sein, indem er ihn als eine weitere Art und Weise deutet, den Satz, „20 El-

1 MEW 42, S. 193, Anm. Diese *Einheit* wird analytisch durch die ökonomische Gleichung $v = p \times N$ ausgedrückt (in Worten: Wert = Tauschwert (Preis) mal Gebrauchswert (Menge)), wie in der nachfolgenden Darstellung auseinanderzusetzen ist.

len Leinwand sind 1 Rock wert“ zu formulieren. So kann denn der geneigte Leser interpretieren: Der fragliche Ausdruck meint in Wahrheit dasselbe wie der Satz: „Der Wert von 20 Ellen Leinwand = dem Wert von 1 Rock“. Diese Formulierung aber setzt leider das, was Marx erst einführen will, nämlich den Wertbegriff, schon voraus. Das erkennt der Werttheoretiker natürlich auch. Und darum greift er zum problematischen Ausdruck, dessen kontradiktorische Natur er jedoch nicht erkennt.

Es handelt sich hier um das Problem, Größengleichungen zu gewinnen, die unter keinen Umständen der analytischen Wahrheitsform $A = A$ widersprechen dürfen. Das ist nur dadurch zu garantieren, daß mit zulässigen Erweiterungen operiert wird. Wie ist dabei zu verfahren? Nehmen wir an, wir haben die Dimension $[A]$ und einen empirischen Grund, sie mit der Dimension $[B]$ zu verknüpfen. Dann ist natürlich

$$[A] = [A]$$

vorauszusetzen und überdies zu bedenken, daß für jede Dimension $[X]$ die Verhältnissbildung

$$[X : X] = [1]$$

gilt, worin $[1]$ die sogenannte Einsdimension ist. Da

$$[A] = [A] \times [1]$$

gilt, kann auf

$$[A] = [A] \times [B : B]$$

geschlossen werden, ohne die vorausgesetzte analytische Wahrheit aufzuheben. Die beiden Operationen der Verhältnissbildung ($:$) und der Produktbildung ($\times$) lassen zu, weiter auf die Wahrheit von

$$[A] = [A : B] \times [B]$$

zu folgern. Und damit steht empirisch der Term $[A : B]$ zur Verfügung, dessen Realisierbarkeit zu prüfen ist. Gibt es eine Realisierung, kann man in der Theorie die Definition

$$[C] =_{df} [A : B]$$

annehmen und endlich formulieren:

$$[A] = [C] \times [B].$$

Auf diese Weise ist aus der Tautologie $[A] = [A]$, mit Kant zu sprechen, aus dem analytischen Urteil a priori, ein synthetisches Urteil a priori geworden (wenn A , B und C feste Deutungen haben), ein Urteil, das selbstverständlich keine Kontradiktion ausdrückt. Als Beispiel kann jeder die Bildung des me-

chanischen Geschwindigkeitsbegriffs nach Galilei bedenken, der mit Voraussetzung der Dimensionen der Länge [l] und der Zeit [t] durch die Definition

$$[v] =_{\text{df}} [l : t]$$

gewonnen wird. Diese Bildung hat die Wissenschaft in der griechischen Antike nicht vollzogen, weil sie sich Verhältnisse (logoi) aus verschiedenen Qualitäten (Dimensionen) nicht vorzustellen vermocht hat. Sie aber sind die notwendigen Bestimmungen jeder messenden Wissenschaft, die mit mehr als einer Dimension operiert.

Mit Bezug auf Marxens Problem versteht sich nun, daß die ökonomischen Bestimmungen des Gebrauchs- und Tauschwerts wie des Werts auf die Feststellung unterschiedlicher Dimensionen hinauslaufen müssen, wenn sie analytisch gehandhabt werden sollen. Nehmen wir an, daß die Dimension des Werts $[v]$ – „v“ von „valor“ – durch jede Geldart präsentiert wird, die konvertibel ist, und daß das Wort *Gebrauchswert* als ein anderes Wort für *Nützlichkeit* unter der Bedingung verwendet werden darf, mit beiden die ökonomische Dimension $[N_i]$ zu bezeichnen, die durch jede abgesetzte Ware dargestellt wird, so versteht sich, daß das Verhältnis $[v : N_i]$ diejenige ökonomische Dimension ist, die jeder unter dem Namen *Preis* kennt. Wer z. B. 5,99 DM für 500 g Kaiser's Kaffee Edel Mocca zahlt, konfirmiert diese erlangte Ware als Träger von Gebrauchswert und die gezahlte Geldmenge als Träger desselben Werts, den er mit Annahme der bestimmten Kaffeemenge gerade eingenommen hat. Er operiert also mit der Preisbestimmung

$$[p_i] = [v : N_i],$$

in der der Index i die artspezifische Bestimmtheit des Gebrauchswerts und daher auch des Preises bezeichnet. Natürlich ist es eine andere Frage, ob solches Operieren auch theoretisch bewußt ist. Doch unbestreitbar ist die Bildung von *Verhältnissen* zwischen Geldmengen und Gebrauchswerteinheiten in der Preisfestlegung eine in der Warenzirkulation alltägliche Tatsache, so daß von ihrer Kenntnis, wenn auch nicht *Erkenntnis*, Verwendung gemacht werden kann.

Gehen wir zurück zum Marxschen Problem des einfachen Wertausdrucks, so können wir mit Hilfe der skizzierten Ausdrucksmittel sagen, daß Marx' „Gleichung“ generell auf die Behauptung hinausläuft, $N_{ij} = N_{kl}$ sei Angabe der einfachen Wertform. Daß dieser Ausdruck kontradiktorisch ist, versteht sich, weil ja gerade $N_j \neq N_l$ vorausgesetzt wird (eine Gebrauchswertart j von einer anderen Gebrauchswertart l verschieden ist). Das schließt aber nicht aus, daß die fraglichen Maße oder Größen dennoch in einen Zusammenhang gebracht werden können, der die Marxsche Intention trifft. Wir brauchen nur die Tautologie

$$N_{ij} : N_{ij} = N_{kl} : N_{kl}$$

aufzustellen, um der Wahrheit sicher zu sein, und können dann auf Grund der algebraischen Regeln des Umgangs mit den Operationen der Verhältnis- und Produktbildung

$$N_{ij} = (N_{ij} : N_{kl}) \times N_{kl}$$

behaupten. Selbstverständlich kann auch

$$N_{kl} = (N_{kl} : N_{ij}) \times N_{ij}$$

angenommen werden. Beide Ausdrücke sind ökonomische Größengleichungen für zwei feste Gebrauchswerte (oder Nutzen) und – das unterscheidet sie von der Marxschen Darstellung – zwei Gebrauchswertverhältnisgrößen. Diese sichern formal die Kontradiktionsfreiheit und stellen inhaltlich das ökonomische Problem ihrer empirischen Deutung. Genau dieses Problem nicht gesehen und also nicht gestellt zu haben, ist der methodische Mangel in der Marxschen Gedankenführung. Sie wird aber durch diesen Mangel nicht erledigt, sondern kann seine Beseitigung ohne Schwierigkeiten aufnehmen. Es kommt nur darauf an, den Preis nicht, wie Marx das getan hat, als „Geldausdruck des Werts“ zu denken, sondern als eine selbständige ökonomische Maß- oder Größenart mit eigener Dimension. Tauschen sich zwei Waren mit den Werten v_1 und v_2 aus, so gilt mit Annahme des äquivalenten Tauschs selbstverständlich $v_1 = v_2$. Und unter dieser Voraussetzung gilt

$$N_{ij} : N_{2l} = p_{2l} : p_{1j}.$$

Das besagt: Die Preise verhalten sich umgekehrt wie die Gebrauchswerte. Und dies bedeutet insbesondere die Gültigkeit von

$$N_{kl} = (p_{ij} : p_{kl}) \times N_{ij},$$

des analytisch korrekt gebildeten Ausdrucks der einfachen Wertform.

Marx hätte die Kontradiktionsfreiheit seiner Gleichung für die einfache Wertform sichern können, würde er die schwächere Behauptung $N_{ij} \sim N_{kl}$ formuliert haben, d. h. die Proportionalität zwischen beiden Gebrauchswerten, die man ja zweifellos im empirischen Warentausch bemerken kann. Er hätte dann die echte Gleichung

$$N_{ij} = \alpha \times N_{kl}$$

mit dem Proportionalitätsfaktor α aufstellen können, die sicher seine Idee von der „einfachen, einzelnen oder zufälligen Wertform“ analytisch einwandfrei realisierte. Allerdings stände er so vor dem Problem, ökonomisch zu klären, was der zunächst formal eingeführte Proportionalitätsfaktor wirtschaftstheoretisch meinen könnte. Die Lösung dieses Problems hätte ihn auf die qualitative Unterscheidung des Werts vom Preis geführt, würde er die umgekehrte Proportionalität von Gebrauchswert und Preis, letzterer unter dem Namen *Tauschwert*, fixiert haben. Denn mit der Gleichung

$$N_{ij} = (p_{kl} : p_{ij}) \times N_{kl}$$

gilt auch

$$p_{ij} \times N_{ij} = p_{kl} \times N_{kl},$$

womit offenbar eine Wertegleichheit $v_i = v_l$ angegeben ist. Diesen Schritt hat Marx nicht vollziehen können, weil er den empirischen Charakter der ökonomischen Größen bzw. Maße nicht thematisiert hat. Die Algebra war ihm nicht fremd. Aber ihre gegenständliche Bedingung, Operationen an *qualitativ bestimmten* Objekten (*entweder Zahlen oder Maßen*) zu regeln, hat er nicht in Rechnung gestellt. Den gravierenden erkenntnistheoretischen Unterschied hat auch erst Hermann von Helmholtz 1887 erstmals – und noch heute wegweisend – thematisiert.¹

Wie nun auch immer das Urteil über Marx' theoretischen Ansatz zur Bestimmung der Wareneigenschaften (Gebrauchswert, Tauschwert und Wert) ausfallen möge, mit der hier erklärten Rekonstruktion desselben ist jedenfalls impliziert, daß die Arbeitskraft ebensowenig wie der Gebrauchswert eine Ware sein kann. Um das zu zeigen, muß sie im *System* der ökonomischen Maßarten vorgestellt werden.

Die Arbeitskraft im System der ökonomischen Größenarten

Es wird gewiß kein Einwand erhoben werden, wenn ich nun grundsätzlich unterstelle, die Ökonomie als empirische Wissenschaft zu betrachten, d. h. als eine Wissenschaft, die ihre Feststellungen über Wirtschaftszustände mittels Artikulation von Meßurteilen trifft. Daß die Ökonomie eine rechnende Wissenschaft ist, bedarf hier keiner weiteren Beglaubigung.

Messungen ohne vorausgesetzte Meßgrößen (einschließlich der zugehörigen Meßverfahren) sind unrealisierbar. Und sie sind nicht mit Zählungen zu verwechseln. Zwar wird beim Messen auch gezählt, doch betrifft das Zählen vorausgesetzte Kopien der Maßeinheiten, nicht beliebige Dinge. Die Existenz der Maßeinheiten und Realisierbarkeit der Meßverfahren ist für jede messende Wissenschaft *conditio sine qua non* ihres Daseins. Für die Ökonomie scheint diese Bedingung in der Gegenwart problemlos erfüllt zu sein; wird in ihr doch mit Preisen, Mengen und Werten umgegangen. Ob mit diesen in der Tat ökonomische Größen- oder Maßarten intendiert sind oder nicht, läßt sich an einer scheinbar einfachen, methodologisch jedoch wesentlichen Frage erkennen. Setzen wir voraus, Ökonomen verstehen unter dem Worte *Wert* eine ökonomische Größenart, die mit dem Zeichen v gemeint sein soll, und fragen nun z. B. Kaufleute, was sie unter „Wert“ verstehen, werden wir durchweg die

1 H. v. Helmholtz: Zählen und Messen, erkenntnistheoretisch betrachtet. In: Ders.: Philosophische Vorträge und Aufsätze. Hrsg. v. H. Hörz u. S. Wollgast. Berlin: Akademie-Vlg. 1971. S. 301-335

Antwort erhalten: Wert = Preis mal Menge¹. Das ist ersichtlich in umgangssprachlicher Version die Angabe einer typischen Größengleichung, wie sie sonst jeder aus seinem Physikunterricht kennt. Wollen wir sie entsprechend formulieren, führen wir, wie schon angegeben, für „Preis“ die Abkürzung p_i , für „Menge“ das Symbol N_i ein, um sodann notieren zu können, daß Ökonomen unter „Wert“ etwas verstehen, was durch die ökonomische Gleichung $v = p_i \times N_i$ ausgedrückt wird. In ihr steht die Variable v für Werte, die in *Geldmengen* dargestellt werden (mit national unterschiedlichen Geldeinheiten, z. B. D-Mark, Yen, Dollar, Rubel etc.).

Die methodologisch entscheidende Aufgabe besteht in diesem Zusammenhang nun weiter darin zu klären, was das Zeichen N_i genau meint. Vertritt N_i für den Interpreten der fraglichen Gleichung *Anzahlen*, besagt dies, daß mit ihr genau eine ökonomische Dimension (oder Qualität) angegeben ist, die mit den beiden Wörtern *Preis* und *Wert* identisch gemeint wird (so daß eines der beiden überflüssig ist). Während *Preis* in diesem Falle die Maßeinheit des Werts bezeichnet, dient *Wert* umgekehrt dazu, ein bloßes Vielfaches des Preises zu notieren. Werte wie Preise werden beide gleichermaßen in Geldmengen angegeben. Das ist die Konsequenz ihrer dimensionstheoretischen Identifikation. Viele methodologische Debatten in der Wirtschaftstheorie leiden an dem Umstand, daß ökonomische Dimensionsanalysen kaum angestellt werden (weshalb z. B. umstandslos reelle Zahlen als „Preise“ präsentiert werden, um sodann Mathematik in ökonomischer Phraseologie zu treiben).

Die Situation ändert sich sofort, wenn wir „Menge“ nicht mehr als Bezeichnung einer Anzahl (mathematisch: einer natürlichen Zahl) auffassen, sondern als Namen einer echten ökonomischen Größen- oder Maßart, die man sonst auch *Nutzen* oder *Gebrauchswert* nennt.² Es gilt dann nämlich sofort, daß die angegebene Gleichung nicht eine, sondern drei ökonomische Dimensionen (Qualitäten) miteinander verknüpft, die voneinander wohl zu unterscheiden sind. Preise sind dann, wie bereits gesagt, *keine* Werte, natürlich auch keine Wertmaßeinheiten, wie umgekehrt Werte keine Preisvielfachen sind. Die Gebrauchswerte oder Nutzen N_i sind *Eigenschaften* der Waren, die gegen Geld veräußert werden – und keine Dinge (insbesondere nicht selbst Waren). Sie werden in der Preisverhandlung auf dem Markt durch die Nachfrager gemessen, wobei die Determination einer Gebrauchswerteinheit durch sie entschieden wird, nicht etwa durch die Produzenten oder Anbieter. In der Nutzen- oder Gebrauchswertmessung urteilt der Käufer über die Eigenschaft der vorgelegten Ware, sein unterstelltes produktives oder konsumtives Be-

1 Vgl. etwa J. A. Schumpeter, der im 1. Bd. seiner „Konjunkturzyklen“ anmerkt, daß Reihen von Daten „nach Preisen, Mengen und Werten (Preis mal Menge)“ gruppiert werden können (Göttingen 1961, S. 24, Anm. 13), ohne sich allerdings auf eine meßtheoretische Klärung dieser Feststellung einzulassen.

2 Die Setzung der Synonymität von „Gebrauchswert“ und „Nutzen“ ist mit Bezug auf die Deutung von „Menge“ in der Gleichung „Wert = Preis mal Menge“ unabdingbar. Außerhalb des Systems der ökonomischen Größenarten mag man unter „Gebrauchswert“ und „Nutzen“ verstehen, was man will.

dürfnis zu befriedigen. Mit der Bezahlung und Annahme der Ware hat er auch dieses Urteil positiv gefällt. Die Verwendung der Gebrauchswerteinheiten suggeriert verständlicherweise die Vorstellung, N_i bezeichne eine Anzahl. Aber dieser Suggestion liegt die oben schon charakterisierte logische Inkonsistenz zugrunde, in der *Eigenschaften* als *Dinge* vorgestellt werden. Sie finden wir auch in den bereits zitierten Überlegungen zum Anfang des „Kapital“: „Die Nützlichkeit eines Dings macht es zum Gebrauchswert. Aber diese Nützlichkeit schwebt nicht in der Luft. Durch die Eigenschaften des Warenkörpers bedingt, existiert sie nicht ohne denselben. Der Warenkörper selbst ... ist daher ein Gebrauchswert oder Gut.“¹ Mit dem *daher* wird die Ware, von der Marx eingangs ganz richtig feststellt, daß sie „ein Ding“ sei, „das durch seine Eigenschaften menschliche Bedürfnisse irgendeiner Art befriedigt“², zum Gebrauchswert höchst selbst. Und die „Gebrauchswerte bilden ... die stofflichen Träger des – Tauscherts“³.

Wir haben es hier mit einem Rasonnement zu tun, das allein in der Theoretischen Philosophie, in ihrer Kategorienlehre, seinen wissenschaftlichen Ort hat. Es ist ganz richtig, von der Nützlichkeit zu sagen, daß sie „nicht in der Luft“ schwebt, also nicht *in Trennung* vom Ding bzw. Warenkörper eine eigenständige *Existenz* habe. Aber daraus *folgt* nicht, wie Marx sich suggeriert, daß sie der Warenkörper selbst sei. Vielmehr gilt, daß mit der sprachlichen Einführung der Bestimmungen der „Nützlichkeit“ einerseits und der „Ware“ bzw. des „Warenkörpers“ andererseits *Unterscheidungen* angenommen worden sind, die mit der Identifikation von „Ware“ und „Gebrauchswert“ bzw. „Nützlichkeit“ dann wieder direkt negiert werden. Und das ist die gewöhnliche Weise, logische Widersprüche oder Absurditäten hervorzubringen. Man macht eine Unterscheidung, um sie sogleich in der nächsten Überlegung zu verneinen und dennoch (über den Gebrauch der entsprechenden Termini) beizubehalten. So wird mit logischen Gegensätzen in konjunktiver Verknüpfung operiert, ohne ein Bewußtsein davon zu haben, ein Massenphänomen des „gesunden Menschenverstands“, der auf die philosophische Bildung pfeift und seine mit Bedacht auf Reklamewirkung akquirierten Grundsätze für „seine Philosophie“ ausgibt, natürlich für seine „Unternehmensphilosophie“, „Vereinsphilosophie“ etc. etc. – und selbstverständlich auch für seine „Weltanschauung“.

In der Sache handelt es sich darum, daß die erkennenden Tätigkeiten des Unterscheidens und Trennens selbst voneinander unterschieden werden müs-

1 MEW 23, S. 50. Dadurch, daß die Nützlichkeit nicht ohne den *Warenkörper* existiert, ist noch keineswegs legitimiert, sie – unter dem Namen Gebrauchswert – mit ihm identisch zu setzen. Das ist in der Physik nicht anders: Dadurch, daß die träge Masse nicht ohne den Körper besteht, ist noch keineswegs gerechtfertigt zu behaupten, daß der Körper die Masse *sei*. Vielmehr *hat* der Körper ebenso eine träge Masse, wie die Ware einen Gebrauchswert oder Nutzen *hat*. Es handelt sich ontologisch um die Kategorialverschiedenheit, die wir grammatisch elementar feststellen, wenn wir Subjekten (als Namen von Dingen) Prädikate (als Namen von Eigenschaften) zusprechen.

2 Ebd. S. 49

3 Ebd. S. 50

sen, womit die Determination eines Sachverhalts in der Unterscheidung der Sache von *ihrem* Verhalten oder von *ihrer* Beschaffenheit klar von der Trennung derselben Sache von ihrem Verhalten selbst unterschieden werden muß. Wer z. B. die Klugheit von Paul feststellt, erkennt keineswegs Paul als fleischgewordene Klugheit noch die Klugheit als die Person, die „Paul“ genannt wird, sondern bemerkt im Sachverhalt, daß Paul klug ist, zwei voneinander unterscheidbare Momente, die deswegen, weil sie unterscheidbar sind, dennoch nicht als in Trennung voneinander bestehend (existierend) vorgestellt werden dürfen. Paul und die Klugheit bilden eine Einheit, die mitnichten die logische Identität der Entitäten ist, welche wir „Paul“ und „Klugheit“ nennen, so daß „Paul“ *dasselbe* meint wie „Klugheit“, sondern die ein Konkretum unterschiedener Bestimmtheiten im aristotelischen Sinne des *Zukommens* der Eigenschaft der Klugheit zur Person, genannt „Paul“, ist. Die Unterschiedenheit beider Bestimmungen impliziert nicht die Behauptbarkeit ihrer Getrenntheit und daher nicht die ihrer abstrakten Identität (die immer nur aufgrund des Vergleichs voneinander getrennter Bestimmtheiten begründet festgestellt werden kann).

Der philosophische Vorwurf gegen Marx lautet in dieser Darstellung daher zusammengefaßt schlicht wie folgt: Weil Marx die in der empirischen Unterscheidung zugleich erfolgende Kategorialunterscheidung für eine gedanklich gesetzte Trennung der unterschiedenen empirischen Bestimmungen hält, gegen die er sich mit Recht wendet, behauptet er zur Verteidigung der Einheit des Unterschiedenen die logische Identität desselben, ohne die daraus resultierenden logischen Widersprüche zu bemerken – Widersprüche, die sein Gedankengefüge für die entgegengesetzten ideologischen Parteilungen zu einer wahren Fundgrube machen. Wer etwa Marxens dingliche Präsentation des Gebrauchswertes favorisiert, kann seine Vorstellung als Eigenschaft und mithin Dimension einer ökonomischen Maßart als revisionistische Abweichung von der wahren Lehre anprangern *et vice versa*; wer Marxens Vorstellung der „Ware Arbeitskraft“ für ein ausgemachtes Faktum hält, mag den Hinweis auf die Unveräußerbarkeit der Arbeitskraft – wie übrigens jeder Kraft – als Ausdruck sophistischer Scholastik identifizieren. Gegen Attacken solcher und ähnlicher Art hilft kein verständiges Raisonement, solange das parteiliche Interesse an der gedankenlosen, doch emphatisch geforderten praktischen Aktion dominiert. Ist diese erfolgt, mag vielleicht das bewirkte tatsächliche Resultat einigen Anlaß bieten, dem Verstand doch eine Chance zu geben, die dazu genutzt werden kann, derartige „Fundgruben“ (die Fallgruben des Erkennens sind) zuzuschütten und sich zu vergegenwärtigen, was logisch und faktisch möglich ist und was nicht.

Hier jedenfalls wird festgehalten, daß Gebrauchswerte für die Wirtschaftstheorie keine stofflichen Träger von Tauschwerten sind, sondern wie diese ökonomische Größen (Maße). Was sie analytisch wirklich auszeichnet, ist der Umstand, daß sie in unterschiedlichen Nutzen- oder Gebrauchswertarten auftreten. Diesen Sachverhalt machen wir zeichentechnisch sichtbar, indem wir

mit Indizes operieren, also die Gebrauchswertarten $N_1, \dots, N_i, \dots, N_n$ voneinander mit der Feststellung unterscheiden, daß sie miteinander unmittelbar nicht vergleichbar sind, daher auch nicht addiert werden können. Ein „Ausdruck“

$$N_{ij} = N_{kl}$$

ist nicht inhaltsvoll bildbar (z. B. ist „3 Schweine = 5 Ziegen“ keine sinnvolle ökonomische Angabe, sondern einfach Ausdruck einer Absurdität, die Behauptung der Gleichheit des Ungleichen). Dies gilt ebenso für den Satz

$$N_{ij} - N_{kl} = 0$$

sowie für alle entsprechenden Bildungen. Daher sind auch Marxens Angaben wie „20 Ellen Leinwand = 1 Rock“ etc.¹ keine echten analytischen Ausdrücke ökonomischer Beziehungen. Selbstverständlich aber können wir *Verhältnisse* artverschiedener Gebrauchswerte bilden, also z. B. sagen:

$$N_{ij} : N_{kl} = N_{ij} : N_{kl}.$$

Die algebraischen Regeln der Verhältnisbildung mit Maßen (in der Mathematik als Divisionsoperation bekannt, die sich hier nicht auf Maße, sondern zunächst auf Zahlen bezieht) gestatten es, wie schon notiert, aus dieser Gleichung zum Ausdruck

$$N_{ij} = (N_{ij} : N_{kl}) \times N_{kl}$$

überzugehen, in dem das in der Klammer notierte Gebrauchswerteverhältnis die Rolle eines Proportionalitätsfaktors spielt. Mit Bezug auf ihn steht der Ökonom vor der Frage, ob er ihn als Zeichen eines ökonomischen Phänomens verstehen kann. Das ist in der Tat der Fall, wenn wir uns entschließen, als einen Grundsatz der Wirtschaftstheorie anzunehmen: *Gebrauchswerte verhalten sich umgekehrt wie ihre entsprechenden Tauschwerte*. Diese Tauschwerte sind nichts anderes als die Maße, die wir sonst auch Preise (aber nicht Werte) nennen. Die Existenz von Preisen überhaupt indiziert das Dasein des ökonomischen Austauschs. Wollen wir unseren Grundsatz in Gestalt einer Gleichung notieren, schreiben wir:

$$N_{ij} : N_{kl} = p_{kl} : p_{ij}.$$

Aus diesem Ausdruck ist sofort die Feststellung zu erschließen, daß

$$p_{ij} \times N_{ij} = p_{kl} \times N_{kl}$$

gilt. Und das ist die Angabe der Gleichheit zweier bestimmter *Werte*, wie sie nach der oben präsentierten kaufmännischen Werterklärung zu verstehen sind – als Produkte (Vereinungen) von Preisen und Mengen bzw. von Tausch- und Gebrauchswerten. Es gilt:

$$p_{ij} \times N_{ij} = v_i = v_k = p_{kl} \times N_{kl}.$$

1 Ebd. S. 63-85

Wenn „Menge“ in diesen Gleichungen immer nur als Bezeichnung einer ökonomischen Größenart verstanden wird, so ist gegen die Verwendung dieses Wortes nichts einzuwenden (obschon es natürlich in der Umgangssprache gewöhnlich nicht als Zeichen einer Maßart gebraucht wird). Ebenso können selbstverständlich die Marxschen Termini „Gebrauchswert“ und „Tauschwert“ (letzterer für „Preis“) verwendet werden, wenn nur stets die Bedeutungen gemeint sind, die durch die angegebenen Gleichungen festgelegt werden.

Akzeptiert man die vorgestellte Wertbestimmung gemäß der notierten ökonomischen Größengleichungen, so wird man gegen die folgenden Überlegungen zur Determination der Arbeitskraft als einer ökonomischen Maßart gewiß keine Einwände erheben: Indem A. Bródy (1970) die dimensionstheoretische Analyse in der Ökonomie mit Bezug auf die Frage nach dem wertbildenden Charakter der Arbeit betreibt, stellt er fest: „Die Größe der aufgewandten Arbeit $[v/t]$ bildet den Wert. Daraus folgt, daß

$$[A] = [v \cdot t^{-1}]$$

gilt, Arbeit die Dimension eines Wertstroms hat“.¹ Die in dieser Feststellung vorausgesetzte Wertdimension ist selbstverständlich keine andere als die oben verwendete, wenngleich sie in einer anderen Bestimmung,

$$[v] = [A \cdot t],$$

gegeben wird. In dieser Determination heißt der Wert ganz verständig auch „Arbeitswert“, dagegen in der Determination

$$[v] = [p_i \cdot N_i]$$

vielmehr „Nutzenwert“. Es sind so nicht zwei verschiedene Werte oder sachlich berechnete Wertauffassungen, die miteinander im exklusiven Konflikt stehen müssen, gemeint, sondern *derselbe* Wert steht zur Debatte – einmal durch das Produkt von Arbeit und Zeit bestimmt, das andere Mal durch das Produkt von Tauschwert (Preis) und Gebrauchswert (Menge). Zugleich ist selbstverständlich unterstellt, daß die Arbeit (A) und die Zeit (t) ebenfalls ökonomische Maßarten sind. Die Zeit in der Ökonomie ist von der Zeit in der Physik durch nichts unterschieden. Sie wird auf die gleiche Weise gemessen wie in der Naturerkenntnis. Ja man darf wohl sagen, daß es zunächst die Wirtschaftsaktivitäten gewesen sind, die die Zeitmessung als Kulturprodukt hervorgebracht haben. Was die Wirtschaftstheorie hinsichtlich dieser Dimension zusätzlich unterscheidet, sind ökonomische *Zeitarten* wie Arbeits-, Produktions-, Zirkulations- und Umsatz- oder Zykluszeit.² Unter Beachtung dieser Zeitarten wird man Marx zugeben können, daß es die Produktionsdauer ist, welche im Sinne Bródy's im Verein mit der Arbeit den Wert bestimmt.³

1 A. Bródy: Proportions, Prices and Planning. Budapest 1970. S. 97

2 Vgl. MEW 24, S. 154 ff.

3 In einer früher publizierten Darstellung dieses Zusammenhangs ist – sozusagen im Eifer des ersten Gefechts – fälschlich die Umsatzdauer für die Wertbildung verantwortlich gemacht worden. Vgl.

Die Arbeitskraft, die wir als ökonomische Größenart suchen, ist natürlich analytisch in der Arbeit enthalten. Zu ihrer Determination berufen wir uns auf Marx' umgangssprachliche Bestimmung der Produktivkraft: „Dieselbe Arbeit ... liefert in demselben Zeitraum verschiedene Quanta Gebrauchswerte, mehr, wenn die Produktivkraft steigt, weniger, wenn sie sinkt.“¹ Bezeichnen wir die Produktivkraft, die in der konkreten Arbeit A_i realisiert wird, mit k_i , können wir diese Angabe als ökonomische Größengleichung reformulieren:

$$N_i = k_i \times A_i$$

So wird das Gebrauchswertmaß als Funktion der Arbeit in Einheit mit der Produktivkraft, wie von Marx erklärt, ausgedrückt. Da die wirtschaftliche Analyse lehrt, daß die Senkung des Arbeitskraftaufwands – unter sonst gleichen Bedingungen – die Steigerung der Produktivkraft (nicht zu verwechseln mit der Produktivität, die einen *Wirkungsgrad* der Wertschöpfung charakterisiert) bedeutet, kann man aus der Marxschen Bestimmung schließen, daß die Arbeitskraft K_i offenbar die Inverse der Produktivkraft ist, so daß

$$K_i = A_i : N_i$$

gilt. Mit dieser Feststellung dürfen wir annehmen:

$$[A_i] = [K_i \times N_i],$$

die Dimension der Arbeit im ökonomischen Sinn – das Produkt (Vereinung) aus Arbeitskraft und Gebrauchswert (Menge). Damit ist die Arbeitskraft als ökonomische Maßart von der Dimension

$$[K_i] = [A_i \times N_i^{-1}]$$

erklärt. Ihre Messung erfolgt über die Festlegung des Gebrauchs der sogenannten *Vollbeschäftigteneinheit*, von Arbeitern verkörpert, wenn sie in fachgerechter Qualifikation während der vollen kontraktlich vereinbarten Arbeitszeit ihr Werk vollbringen. Es hat sich so nicht die Arbeitskraft, mit Hegel zu sprechen, als Arbeiter „gesetzt“, sondern die Sozietät hat darin anerkannt, daß der Arbeiter seine Arbeitskraft ökonomisch voll wertbildend einsetzt.

In diesem Kontext sei auf den Zusammenhang zwischen der mechanischen und ökonomischen Determination der Kraft bzw. Arbeitskraft hingewiesen: Die klassische Physik bestimmt die Kraft (K) durch das Verhältnis der Arbeit zu jener Wegstrecke (s), längs der die Arbeit verrichtet wird:

$$K = A : s.$$

Solche Arbeit verrichtet bekanntlich auch der Transportarbeiter, wenn er sonst keinerlei zusätzliche Arbeitsmittel einsetzt. Nun hat Marx die Transportarbeit ausdrücklich als Gebrauchswertbildung erklärt: „Es ist nichts häufiger, als

P. Ruben: Produktivkraft und Produktivität in ökonomischen Maßarten. In: Dt. Z. f. Philos. 36(1988)3, S. 248

1 MEW 23, S. 61

Transport etc., soweit sie mit dem Handel zusammenhängen, in die reinen Zirkulationskosten hereinzubringen. Soweit der Handel ein Produkt auf den Markt bringt, gibt er ihm eine neue Form. Er verändert zwar nur das örtliche Dasein. Aber die Weise der Formveränderung geht uns nichts an. Er gibt dem Produkt einen neuen Gebrauchswert (und dies gilt bis herab zum Detailkrämer, der wiegt, mißt, einpackt und so für den Konsum dem Produkt Form gibt), und dieser neue Gebrauchswert kostet Arbeitszeit; ist also zugleich Tauschwert. Das Bringen auf den Markt gehört in den Produktionsprozeß selbst.“¹ Diese Auffassung des Transports als Produktion legitimiert, die in der Transportarbeit zurückgelegte Wegstrecke genau dann als Gebrauchswert aufzufassen, wenn die entsprechende Arbeit entlohnt wird. Ist N_T die durch Transport hervorgebrachte Gebrauchswertart, und gilt $v = p_T \times N_T$, so dürfen wir für die Transportarbeit A_T annehmen:

$$A_T = K_T \times N_T.$$

Indem wir nun diesen speziellen Fall auf alle konkreten Arbeiten A_i übertragen, also generalisieren, haben wir mit

$$[K_i] = [A_i \times N_i^{-1}]$$

gerade die Dimension, die in der Marxschen Ökonomie „Arbeitskraft“ heißt.

Um endlich den Zusammenhang der Arbeitskraft mit dem oben erklärten Wertbegriff zu bestimmen, müssen wir nur noch bedenken, daß die Arbeit in der Dimension

$$[A] = [v \times t^{-1}]$$

natürlich dieselbe ist wie in der Dimension

$$[A] = [K \times N],$$

daher auch

$$[v \cdot t^{-1}] = [K \times N]$$

gilt, wenn wir die Rücksicht auf die artspezifische Bestimmtheit durch Abstraktion ignorieren. Aus dieser reinen Dimensionsgleichung folgt schließlich

$$[v] = [K \times N \times t],$$

die Wertdimension, ausgedrückt in den drei voneinander unabhängig zu erklärenden Grundmaßarten der Wirtschaftstheorie (Arbeitskraft, Gebrauchswert, Zeit). Diese Dimensionsbestimmung stellt den Grundsatz einer korrekt bestimmbar Wertlogik dar, sofern man die Dimensionen im Sinne der intensionalen Logikauffassung als Inhalte thematisiert sowie die beiden verwendeten Operationen der Verhältnisbildung und Vereinigung (Produktbildung) logisch bestimmt. Daß das möglich ist, kann hier nur versichert werden. Für

1 MEW 42, S. 535. Vgl. auch: Ebd., S. 428-430 und MEW 24, S. 150-153

unsere Argumentation ist es ausreichend zu notieren, daß die Arbeitskraft als ökonomische Dimension durch analytische Explikation der zitierten Marx-schen Überlegung fixierbar ist und in dieser als *Wertfaktor* auftritt, als, mit Hegel zu sprechen, *Moment* des Werts.

Folgt man dem vorgestellten Rasonnement, so ist ausgemacht, daß die Arbeitskraft (in der hier entwickelten Explikation) keine Ware ist. Der Grund ist einfach: *Waren* sind ökonomische Dinge, die *Werte* haben. Werte sind Dimensionen, die Produkte (Vereinungen) aus den Grunddimensionen der Arbeitskraft, des Gebrauchswerts und der Produktionsdauer darstellen. Und weil der *Faktor* eines Produkts nicht dieses *Produkt* selbst ist, ist die Arbeitskraft kein Wert (ebensowenig die Arbeit). Ist aber die Arbeitskraft kein Wert, so kann sie auch nicht Ware sein. Ware zu sein, ist die hinreichende gegenständliche Bedingung dafür, Wert zu haben.¹

Schlußbetrachtung

Wer einen Arbeitsvertrag abschließt, so ist nun zu folgern, verkauft nicht seine Arbeitskraft, sondern verpflichtet sich, für einen festgesetzten Lohn seine bestimmt qualifizierte Arbeitskraft in den Dienst einer Produktion zu stellen, die vom Eigner der objektiven Produktionsbedingungen organisiert und auf seine Rechnung betrieben wird. Auf diese Weise besetzt er im Stellensystem dieser Produktion einen definierten Arbeitsplatz, d. i. eine Leerstelle des Systems. Statt vom „Verkauf der Arbeitskraft“ zu sprechen, können wir die alte deutsche Benennung *Verdingen* verwenden. Wer also einen Arbeitsvertrag schließt, verdingt sich, läßt sich in eine Leerstelle desjenigen Produktionssystems einsetzen, das der Eigner eingerichtet hat. Er erklärt sich damit als Träger genau derjenigen Arbeitsfähigkeit, die durch das Produktionssystem an sich bereits definiert ist. In diesem Verhältnis ist die Person, die sich verdingt hat, Träger einer Fähigkeit, die in der gemeinschaftlichen Arbeitsteilung des Betriebes erwartet wird.

Was der Einstellende für das erzeugte Produkt, das sein Eigentum ist, auf dem Markt einnimmt, ist sein Erlös (oder auch sein Verlust). Unabhängig von dieser Einnahme ist er auf jeden Fall, d. h. gleichgültig, zu welchem Preis er das Produkt veräußert, sofern er es überhaupt veräußert, zur Zahlung des vereinbarten Arbeitslohns verpflichtet. Ist er zahlungsunfähig, teilt der Arbeiter das Schicksal von Gläubigern, deren Schuldner Pleite gemacht haben. Ist er zahlungsfähig, so zahlt er in der Regel nicht aus dem Erlös der abgesetzten Produktion, sondern aus ihrem *Vorschuß*, den er aufbieten muß, um die fragliche Produktion überhaupt in Gang zu setzen. Die Indienstnahme des Arbeiters

¹ Die Dienste oder „Dienstleistungen“ haben Werte, weil sie die Dimension $[A \times t]$ realisieren. Waren (Dinge) und Dienste (Tätigkeiten) zusammen bilden die Gesamtheit der Wertträger. Das Wort *Dienstleistung* ist hier unpassend, weil die Leistung von der Dimension $[A \times t^{-1}]$ ist. Was man in der Wirtschaft „Leistung“ nennt, ist durchweg eine Wertübertragung.

bedeutet für ihn die Bildung von *Arbeitskosten*, von denen die *Lohnkosten* nur einen Teil bilden. Dadurch wird weder die Arbeitskraft als das Vermögen, Arbeit zu verrichten, noch die Arbeit selbst zu einer Ware, d. h. zu einem Ding, das Wert hat. Setzt man im oben erklärten Sinn die Arbeit als *Faktor* der Wertbildung voraus, so versteht sich diese Feststellung von selbst. Und sie gilt erst recht für die Arbeitskraft, die ihrerseits als Faktor der Arbeit verstanden werden muß.

Diesen Überlegungen widerspricht die Redeweise vom „Arbeitsmarkt“. Sie basiert natürlich auf der permanent als unreflektiertes Vorurteil reproduzierten Deutung des Arbeitslohns, „Preis der Arbeitskraft“ zu sein – einer Deutung, der man nur im Rekurs auf einen definierten Preisbegriff entgehen kann, wie er oben entwickelt worden ist. Mit dieser Feststellung wird keineswegs geleugnet, daß die Konkurrenz um bestehende Arbeitsplätze die Existenz eines „Arbeitsmarktes“ suggeriert. Versteht man unter „Markt“ jedoch die Institution des *Warenaustauschs*, kann diese Suggestion nicht für bare Münze genommen werden. Vielmehr ist erforderlich, die gängigen Vorstellungen kritisch zu prüfen. Und der dazu nach meinem Dafürhalten erforderliche theoretische Rahmen der Ökonomie ist die im vorangegangenen angedeutete Bestimmung der Dimensionen, die die Wirtschaftslehre als *messende* Wissenschaft avisiert. Sie wird nicht dadurch gewonnen, daß eine rein formale Mathematisierung z. B. Preise als reelle Zahlen vorstellt, sondern dadurch, daß der Unterschied zwischen Maß (Größe) und Zahl wie bei jeder empirischen Wissenschaft geltende Voraussetzung bleibt. Es ist nicht das Rechnen, sondern das Messen, das uns zum Verständnis der ökonomischen Realität fehlt. Und wir können nicht wirklich messen, solange wir die ökonomischen Dimensionen nicht thematisieren. Tun wir dies aber, so wird die notwendige Erkenntnis gewiß vorangebracht werden, ohne die eine kritische Theorie gesellschaftlicher Praxis schwerlich bestehen kann.

Wirtschaftsentwicklung und Marxsche Formationslehre¹

Im Marxschen Werk ist die Wirtschaftsentwicklung verbal in historistischer Deskription mit der berühmten Formulierung avisiert: „In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden.“² Mit dieser Unterscheidung aufeinanderfolgender „Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation“ ist eine empirische Deskription der ökonomischen Entwicklung als faktisch feststellbarer Wirtschaftsgeschichte der menschlichen Gesellschaft gegeben, die m. E. nach wie vor zur Debatte steht. Sie bestimmt gewiß einen kontroversen Gegenstand, aber kein Thema, das obsolet ist, weil eine rein ideologische Fiktion. Es ist auch gewiß, daß Marx' Identifikation eine Rezeption reflektiert, die man sofort erkennen kann, erinnert man sich etwa an Hegels Konzept einer Philosophie der Weltgeschichte, in dem die *orientalische Welt*, die *griechische und die römische Welt* und die *germanische Welt* in der historischen Folge voneinander nach dem Grundsatz „*einer frei, einige frei, alle frei*“ unterschieden werden.³ Marx gliedert aus ökonomischen Gründen Hegels „germanische Welt“ in die „feudale“ und „modern bürgerliche Produktionsweise“, was jedoch dem überlieferten Konzept keinen Abbruch tut. Steht mit Bezug auf Marx die Frage zur Debatte, was von seinen Theorien Bestand haben möge, so muß mit Blick auf die Annahme der „progressiven Epochen ökonomischer Gesellschaftsformation“ sicher gesagt werden, daß eine versuchte Antwort auch das indizierte Hegelsche Erbe betrifft. Damit sei gesagt: Jede seriöse Antwort auf die genannte Frage setzt Sorgfalt in der Sachwahrnehmung wie in der Beantwortung voraus. Die schnell hingeworfene Phrase „Marx ist tot, und Jesus lebt“ mag in der politischen Agitation geduldet sein; in der Wissenschaft hat sie nichts zu suchen.

Ob die Marxsche Formationslehre überhaupt eine empirische Basis hat, läßt sich natürlich sehr leicht mittels der historiographischen Feststellungen entscheiden. Es besteht gar kein Zweifel, daß die „asiatische Produktionsweise“ als eine „Epoche ökonomischer Gesellschaftsformation“ zeitlich gut bestimmbar ist: Rechnen wir sie von der Entstehung der städtischen Zivilisation um 3000 v. d. Z. wenigstens bis zum Einbruch der sogenannten „Seevölker“ um 1200 v. d. Z., so haben wir sicher keine „antike Produktionsweise“ vor

1 Erstveröffentlicht in: Berliner Debatte INITIAL 8(1997)1/2, S. 105-121 (Anmerkung der Herausgeber)

2 K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. In: MEW 13, S. 9

3 Vgl.: G. W. F. Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte. Hrsg. v. J. Hoffmeister bzw. G. Lasson, eingel. v. G. Stiehler. Berlin: Akademie-Vlg. 1970

uns, mit Bestimmtheit aber Hegels „orientalische Welt“ oder, um eine andere Bezeichnung zu verwenden, die Marx' Intention gewiß nicht verzerrt, die *altorientalische Produktionsweise*. Ich verwende die artspezifische Benennung „altorientalisch“, um den bloß geographischen Namen „asiatisch“ zu vermeiden. Asien besteht auch heute. Und was in China, Indien, Indonesien, Malaysia etc. gegenwärtig geschieht, ist natürlich auch eine Realisation asiatischen Produzierens. Die mit dem Terminus „asiatische Produktionsweise“ verbundene ideologische Kontroverse, u. a. verknüpft mit der Debatte um Wittfogels Buch¹, möchte ich gern vermeiden und verwende daher eine Bezeichnung, die ausdrücklich eine definite Vergangenheit meint – im wesentlichen die, die sonst auch „Bronzezeit“ genannt wird, aber eben mit der Einschränkung, daß es sich um die Bronzezeit des „Morgenlandes“ handeln soll, zu der neben dem damaligen Asien auch das afrikanische Ägypten gehören soll.

Auch der Name „antike ökonomische Gesellschaftsformation“ bezeichnet ein historisch bestimmtes Objekt, das man mit der Existenz der griechischen Polis um 800 v. d. Z. bis zum Untergang des römischen Imperiums im Gefolge der arabischen Expansion im 7. Jahrhundert u. Z. empirisch wahrnehmen kann. Welche Inhaltsassoziationen sonst auch mit diesem Namen verbunden werden, hier sollen sie zunächst ignoriert sein, so daß mit ihm nichts weiter gemeint wird als die Epoche der alten griechisch-römischen Geschichte. Das ist ein geographisch lokalisiertes Geschehen, das auf den alten Orient eingewirkt hat und damit, das sei hier schon bemerkt, die Frage impliziert, ob Marx' gedachtes einfaches Nacheinander der Formationen besteht oder nicht. Was geschieht im geographischen Gebiet der altorientalischen Formation zur Zeit der Existenz der antiken? Ist etwa das Perser-, das Parther- und das Sassanidenreich noch als eine Realisierung der altorientalischen Formation zu denken? Fragen dieser Art kann man ohne *Begriff* der „ökonomischen Gesellschaftsformation“ nicht beantworten. Und dieser ist selbstredend mit der Wortschöpfung noch keineswegs gegeben. Marx hat aber nur die *Wörter* eingeführt, nicht die Definitionen der entsprechenden Begriffe gegeben. Sie können nur in einer Theorie geliefert werden. Sie zu bilden, ist ein zu lösendes Problem, kein gelöstes.

Was den Terminus „feudale Produktionsweise“ betrifft, will ich hier annehmen, daß er die latein- oder westeuropäische Geschichte zwischen 688 und 1347 bezeichnet. Das Wort *feudum* ist eine germanische Ersetzung des lateinischen Wortes *beneficium*, urkundlich zuerst 899 in Burgund nachgewiesen, und meint das Entgelt (u. a. in Gestalt von Grund und Boden, aber nicht nur in dieser), das ein Lehnsmann (Vasall) von seinem Lehnsherrn gegen Dienstverrichtung für diesen erhält.² Umgekehrt ist natürlich der Dienst das Entgelt für das Feudum. Originär meint „beneficium“ eine Wohltat, die in der

1 Vgl.: Karl A. Wittfogel: Die Orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht. Dt. Übers. v. F. Kool. Frankfurt/M, Berlin, Wien: Ullstein 1977

2 Vgl.: F. L. Ganshof: Was ist das Lehnswesen? Dt. Übers. v. R. u. D. Groh. 6., erw. dt. Aufl. Darmstadt: Wiss. Buchges. 1983

Armee ein Vorgesetzter seinem Untergebenen *ohne Gegengabe* zukommen läßt – z. B. Ausgang außer der Reihe, Freistellung von der Toilettenreinigung oder ähnliches. Im Übergang von der antiken zur feudalen Formation ändert sich dieser Sinn bzw. Inhalt so, daß nun eine besondere ökonomische Bindung gemeint ist, die die Verwendung des Namens *Feudalismus* rechtfertigt. Die angegebene Datierung wird noch genauer begründet.

Die „modern bürgerliche Produktionsweise“ ist durch die Zeit seit 1348 bis zur Gegenwart bestimmt. Sie ist das Resultat der Emanzipation des persönlichen Privateigentums von der innerhalb des Feudalismus ausgebildeten Bürgergemeinde (realisiert in der mittelalterlichen Stadt, die sozialökonomisch von der antiken und altorientalischen wohl zu unterscheiden ist). Ein Modell dieser Emanzipation findet man in der gut dokumentierten Geschichte der Fuggerfamilie: 1367/68 kommt ein Dorfweber Fugger nach Augsburg; 1519 wird Karl V. von den Fuggern so kreditiert, daß er Kaiser werden kann, während Franz I. von Frankreich das Nachsehen hat, weil die Fugger ihn als kreditunwürdig erklären. So zeigt das persönliche Geldvermögen seine Bedeutung, wenngleich die Form der Feudalrechte noch lange ihr Dasein fristet.

Marx' Annahme über vier aufeinander folgende ökonomische Gesellschaftsformationen ist mithin empirisch ohne Zweifel akzeptabel. Damit ist nichts darüber ausgemacht, ob diese Aufzählung erschöpfend ist, ob also weitere Formationen angebbar sind. Es ist nichts darüber ausgemacht, wie diese Formationen ineinander übergehen. Es ist insbesondere auch keine sozialökonomische Identifikation jeder einzelnen Formation unterstellt. Es soll nur festgestellt sein, daß Marx' Formationen *de facto* historisch zeigbar sind, also mit seiner Passage aus der *Kritik der Politischen Ökonomie* ein wissenschaftlich bestimmbarer Gegenstand in der Tat thematisiert ist. Diesen Gegenstand kann selbstverständlich kein kommunistischer Zusammenbruch zunichte machen. Er kann auch nicht dadurch verschwinden, daß Marx'sche Thesen auf Grund der Erfahrung mit dem modernen Kommunismus¹ als widerlegt und daher falsch beurteilt werden müssen.

¹ „Moderner Kommunismus“ soll die kommunistische Bewegung seit der Großen Französischen Revolution bezeichnen, diese also seit Babeuf. An sich ist der Kommunismus – im Gegensatz zum Sozialismus – uralte. Er ist in der Antike aufgetreten (z. B. als Ordnung der Spartiaten, idealisiert in Platons *Staat*) und ebenso im Feudalismus (z. B. als Ordnung mönchischer Vereine). In der „modern bürgerlichen“ Formation wird er von Thomas Münzer ebenso propagiert wie in der Kommune von Münster realisiert. In Gerrard Winstanley hat er seinen beredten Vertreter in der englischen Revolution. Eine Theorie des Kommunismus hat also Arten desselben zu unterscheiden und sich der Bestimmtheit ihres historischen Auftretens zu versichern. Der von mir gemeinte „moderne Kommunismus“ ist an die industrielle Revolution gebunden, mithin an das Auftreten des Industrieproletariats. Den Beginn der industriellen Revolution datiere ich auf das Jahr 1788, dem Jahr der Verknüpfung von Dampf- und Arbeitsmaschine. Wenn ich richtig sehe, ist dieser *take off* kaum Gegenstand von Widerspruch (der sonst relativ zu dem hier debattierten Thema fast zu jedem Komma eintritt).

Das Problem der Wirtschaftsentwicklung

Im Hinblick auf die ökonomische Entwicklungstheorie ist m. E. grundsätzlich festzustellen, daß Marx einen eigentlich evolutionstheoretischen Ansatz im strengen Sinne nicht hervorgebracht hat. Seine Sicht der historischen Perspektive des Kapitalverhältnisses läuft im Grunde auf eine Katastrophentheorie wachstumstheoretischer Provenienz hinaus: Die Kapitalakkumulation erreicht einen Zeitpunkt, in dem das Kapitalverhältnis zusammenbricht, subjektiv bewerkstelligt durch die proletarische Revolution. Eine scharfe Unterscheidung zwischen *Wachstum* und *Entwicklung*, die Bedingung jeglicher Entwicklungslehre, liegt nicht vor. Sie ist m. W. erst durch das Werk von J. A. Schumpeter gegeben worden.¹ Ich meine, daß die Frage nach dem, was von der Marx'schen Formationslehre bewahrenswert ist und bleiben wird, ohne Rückgriff auf Schumpeters Werk nicht up to date beantwortbar ist. Dieses Werk wieder ist in der Fassung zu rezipieren, die es durch den Einfluß der Arbeit N. D. Kondratieffs² erlangt hat.³ Wenn also die Marx'sche Formationstheorie vernünftig rekonstruiert werden soll, ist sie m. E. mit den Auffassungen Schumpeters und Kondratieffs zu verbinden. Das ist ein Vorschlag, eine Annahme, eine Hypothese, wenn man will. Wer diese Voraussetzungen nicht teilt, weil er a priori weiß, daß es eigentlich gar keine Geschichte im theoretischen Sinne gibt, Geschichte in Wahrheit eine unabsehbare Aggregation von Geschichten ist, muß die weiteren Überlegungen nicht zur Kenntnis nehmen.

Wird nun von „Epochen“ in der Geschichte gesprochen, so scheint es mir sinnvoll zu sein, sie unter Voraussetzung der Kondratieffzyklen oder „Langen Wellen“ genauer zu bestimmen. Der Sinn dieser Voraussetzung wird klarer, wenn man annimmt, daß die Kondratieffzyklen im Sinne der Schwingungslehre als Grundsicherungen des gesellschaftlichen Wirtschaftssystems betrachtet werden können. Die Debatte darüber, ob sie überhaupt ökonomische Existenz haben oder nur in den Köpfen flotter Konjunkturtheoretiker ein mystisches Leben fristen, leidet – abgesehen von ihrer Langweiligkeit – an theoretischen Voraussetzungen schon in dem einfachen methodologischen

- 1 Vgl.: J. Schumpeter: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmerr Gewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus. 6. Aufl. Berlin: Duncker & Humblot 1964. Die Erstausgabe erschien 1911 mit dem Datum 1912. Sie wurde von Schumpeter kräftig reduziert, um 1926 in der Zweitausgabe so vorgelegt zu werden, daß sie der Autor nunmehr als endgültig betrachtet und behandelt hat. Das „bloße Wachstum“, sagt Schumpeter, „ruft keine qualitativ neuen Erscheinungen hervor, sondern nur Anpassungsvorgänge derselben Art wie etwa die Änderungen der natürlichen Daten“ (ebd. S. 96). „Entwicklung in unserem Sinn“, heißt es dann weiter, „ist eine Veränderung der B a h n, in welcher sich der Kreislauf erfüllt, im Gegensatz zur Kreislaufbewegung“ (ebd., S. 98). Oder in anderen Worten: Das „Zustandekommen ... produktiver Revolutionen ... ist ... das wirtschaftliche Entwicklungsproblem ...“ (ebd., S. 95).
- 2 N. D. Kondratieff: Die langen Wellen der Konjunktur. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (Tübingen) LVI(1926)3, 573-609
- 3 Gemeint ist: J. A. Schumpeter: Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses. Bd. I und II. Dt. Übers. v. K. Dockhorn. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1961

Sinne, daß kein vernünftiges Bewußtsein über den Umstand unterstellt wird, daß notwendigerweise jede wissenschaftliche Theorie eine Konstruktion ist, also – mit Kant zu sprechen – apriorische Elemente enthält, mit dem Common sense zu reden, spekulative. Wer theoretische Erkenntnisse aus der Natur oder der Kultur heraussehen, -hören, gar -riechen, -schmecken oder -fühlen will, mag solches Streben unter Begleitung bester Wünsche verwirklichen. Hier jedenfalls ist angenommen, daß die Mobilisierung der Sinne für sich keinen einzigen Begriff und schon gar keine Theorie liefert. Ist das der Fall, braucht man sich vor „spekulativen Konstruktionen“ nicht zu scheuen, wenn man nur mit K. R. Popper das Falsifikationskriterium akzeptiert.

Die „spekulative Konstruktion“, die ich wähle, besteht in der Annahme, daß der Kondratieffzyklus Grundschwingung des menschlichen Wirtschaftssystems (das ist der Weltmarkt) ist. Kuznetszyklen, Juglarzyklen und Kitchinzyklen sind gemäß dem Schumpeterschen Ansatz die zugehörigen Oberschwingungen. Darf der Weltmarkt, d. i. die ökonomische Realisation der Gesellschaft¹, als *System* betrachtet werden, so ist die Unterstellung von Schwingungen dieses Systems ziemlich selbstverständlich. Jedes System schwingt. Nicht die beliebig vielen Schwingungen eines Systems sind ein Problem, sondern die Auswahl der bestimmten Schwingungen. Für die Annahme des Kondratieffzyklus spricht der Umstand, daß er mit der (biologisch determinierten) Dauer genau zweier Generationen zusammenfällt, wenn man Schumpeters „bürgerlichen“ Kondratieff als Standarddauer wählt.² Er währt – nach Schumpeters Analyse – von 1843 bis 1897, umfaßt also 55 Jahre. Die Biologen geben die Dauer einer Generation zu 25 bis 30 Jahren an; das ist gerade die Hälfte einer Kondratieffdauer. Da nun das Gesellschaftssystem sich durch Übertragung der produktiven Fähigkeiten auf die jeweils nachfolgende Generation erhält, ist die Tatsache wesentlich, in welchem Alter Menschen jüngeren Menschen als zugelassene Lehrer gegenübertreten. Es ist kaum zu bestreiten, daß das fragliche Alter im allgemeinen mit 27, 28 Jahren erst erreicht ist (es gibt bei Handwerkern des Mittelalters sogar Vorschriften des Inhalts, daß jemand erst in diesem Alter als Meister Lehrlinge unterrichten darf). Mit Blick auf diesen Umstand bekommt die Kondratieffdauer den Charakter einer anthropologischen Konstante.

Die nächste „spekulative Konstruktion“ besteht darin anzunehmen, daß die Kondratieffdauer konstant ist. Die historische Zunahme der Lebenserwartung widerspricht dieser Annahme nicht; denn die Abnahme der Kindersterblichkeit ändert ja nichts an der Dauer der Ausbildung produktiver Fähigkeiten durch die Lebenden. Nehmen wir eine konstante Kondratieffdauer an, können wir

1 Ich unterscheide nach der Voraussetzung, die F. Tönnies bietet, zwischen *Gesellschaft* und *Gemeinschaft* als unterschiedlicher Verbindungsarten zwischen Menschen, die nicht aufeinander reduzierbar sind, sondern einen unaufhebbaren Dualismus bilden. Vgl.: P. Ruben: Gemeinschaft und Gesellschaft erneut betrachtet. In: Ethnohistorische Wege und Lehrjahre eines Philosophen: Festschrift für Lawrence Krader zum 75. Geburtstag, hrsg. v. D. Schorkowitz. Frankfurt a. M.; Berlin; Bern; New York; Paris: Lang 1995. S. 129-148

2 Konjunkturzyklen, S. 315f.

der Geschichte ein zeitliches Netz zuordnen, um dann zu sehen, wie sich die historischen Ereignisse in dieser zeitlichen Gliederung darstellen. Das unterstellt natürlich eine möglichst genau Datierung der überlieferten Ereignisse, die uns die Historiographie leider erst ab etwa 800 v. d. Z. zusichern kann. Dadurch entzieht sich die altorientalische Formation unserem Netz. Erfreulicherweise kann man aber die temporale Determination bis zur Einführung der antiken Münzprägung erstrecken¹, ohne in wirtschaftsgeschichtlichen Unsinn zu geraten. Wie dieses Netz gemeint ist, sei für die Zeit von 1788 bis heute exemplarisch vorgestellt.

Eine „langwellige“ Zeitordnung der historischen Ereignisse

(Siehe hierzu die Tabellen im Anhang)

Die vorgestellte Zeitordnung der historischen Ereignisse folgt der zuerst von Schumpeter gegebenen Darstellung – mit der zusätzlichen hypothetischen Annahme von der Konstanz der Kondratieffzyklusdauer. Ihr Sinn ist die Herstellung der Vergleichbarkeit der durch diese Dauer begrenzten geschichtlichen Vorgänge (der Grundschwingungen des ökonomischen Systems der menschlichen Gesellschaft), womit natürlich die Besonderheit jedes einzelnen Zyklus' nicht ignoriert wird, dennoch aber historische Einheiten für den Vergleich konstruiert sind. Er kann durch die bekannte Phasenunterscheidung (Prosperität, Rezession, zyklische Depression, Erholung) erweitert werden, wodurch gleiche Phasen verschiedener Zyklen auf Identitäten analysiert werden können. Z. B. fällt deutlich auf, daß politische Revolutionen hauptsächlich in Prosperitätsphasen auftreten (nur die französische Julirevolution von 1830 fällt in den Beginn einer Erholungsphase). Selbstverständlich handelt es sich auch darum zu prüfen, ob die Kondratieffordnung durch den wirklichen geschichtlichen Ablauf konfirmiert wird oder nicht. Ist das der Fall, so hat dies prognostische Bedeutung, soweit wir uns überhaupt in unseren Erwartungen auf die Erfahrungen der Vergangenheit stützen können. Für die angegebenen vier Kondratieffs ist wohl ersichtlich, daß sie eine überraschend gute Fundierung im empirischen Stoff besitzen.

Wie aus der zeitlichen Gliederung unserer durch die industrielle Revolution Englands und die politische Revolution Frankreichs eingeleiteten Epoche hervorgeht, führt die „spekulative Konstruktion“ zu der Feststellung, daß wir uns, im Sprachgebrauch der Theoretiker der Langen Wellen zu reden, im 4. Kondratieff befinden und zwar (seit April 1994) am Beginn seiner Erholungsphase, die 2007 abgeschlossen sein wird. Die unmittelbar rücksichtslos gegen die empirisch-historische Erhebung realisierte Zeitordnung führt offenbar zu keinem Widerspruch gegen Darstellungen, die mit ganz anderen Voraussetzun-

1 Nach T. Pekáry: Die Wirtschaft der griechisch-römischen Antike, Wiesbaden: F. Steiner 1979, S. 12, um 640-630 v. d. Z.

gen dasselbe Thema behandeln. Die für zyklische Rezessionsphasen charakteristische Elimination von nicht mehr konkurrenzfähigen Unternehmungen hat im 4. Kondratieff voll den europäischen Kommunismus getroffen – und zwar in einer sehr guten Übereinstimmung mit der vorgestellten Zeitordnung: Im Eintritt in die zyklische Rezessionsphase des 4. Kondratieff 1980 wird die Zahlungsunfähigkeit im Falle Polens und Rumäniens offensichtlich (die DDR stand 1982 vor derselben und entwich nur durch Einschränkung des Konsumgüterangebots wie Export zu Dumpingpreisen, seit 1983 kreditierte sie Strauß, seit 1984 die Bundesrepublik): Polens Werftarbeiter streiken im August 1980 und bilden die Solidarność, die 1981 dem Kriegszustand unterworfen wird. 1989 bis 1991 bricht das ganze System zusammen. 1993, am Tiefpunkt der zyklischen Rezession des 4. Kondratieff, läßt Jelzin seine letzten Reste (den Obersten Sowjet) im „Weißen Haus“ Moskaus zusammenschießen.

Greifen wir auf die Marxsche Akkumulationstheorie zurück, so bietet sie für die weitere Analyse die wichtige Vorstellung von der Bindung und Freisetzung der Arbeitskraft. Dieses Phänomen läßt sich zur inhaltlichen (ökonomischen) Bestimmung des Kondratieffzyklus verwenden. Mit bemerkenswerter Regelmäßigkeit zeigt nämlich seine zyklische Rezessionsphase Massenarbeitslosigkeit, seine Prosperitätsphase Vollbeschäftigung oder sogar Arbeitskraftimport. Die, wie man angesichts der Ergebnisse beider Theoretiker und ihrer Verbindung wohl sagen kann, Schumpeter-Kondratieff-Interpretation führt dieses Phänomen auf die Durchsetzung von – mit G. Mensch zu sprechen – Basisinnovationen zurück, eine Interpretation, die auf die Annahme hinausläuft, daß es der Produktivkraftfortschritt selbst ist, der die Arbeitslosigkeit ebenso hervorbringt wie beseitigt

Gesetzt nun, die wirtschaftliche Entwicklung realisiert sich in Kondratieffzyklen der angenommenen Dauer, so läßt sich beim gegenwärtigen Stand der Erkenntnis die theoretische Möglichkeit denken, Marx' „Epochen ökonomischer Gesellschaftsformation“ als bestimmte Zusammenfassungen von Kondratieffzyklen zu rekonstruieren. Beim Geschichtsstudium, das ja die wirkliche Entwicklung thematisiert, fallen Dauern ins Auge, die 4 Kondratieffs umfassen, d. h. 220 Jahre, die man, wie in der entsprechenden Literatur üblich, auch „superlange Wellen“ nennen kann. Sie sind noch nicht die Marx'schen „Epochen ökonomischer Gesellschaftsformation“, aber in sehr guter Näherung die Phasen derselben, die sonst die Früh-, Hoch- und Spätphasen eben dieser Epochen genannt werden. Mit unserem Standard-Kondratieff ergibt sich dann:

- Die „modern bürgerliche“ Formation mit der Frühphase: 1348-1567, der Hochphase: 1568-1787 und der Spätphase: 1788-2007.
- Die „feudale“ Formation mit der Frühphase: 688-907, der Hochphase: 908-1127 und der Spätphase: 1128-1347.
- Diese Regelmäßigkeit findet man auch in der griechisch-römischen Antike, wenn man sie nach dem Kondratieff-Standard gliedert (d. h. mit dieser

Standarddauer die historische Zeitskala rückwärts abschreitet). Die antike Formation hat dann zwei große Phasen:

- Griechisch-römische Polis bzw. Republik mit der Frühphase: 633-414, der Hochphase: 413-194 und der Spätphase: 193 v.d.Z. - 27 u. Z.
- Römisches Imperium mit der Frühphase: 28-247, der Hochphase: 248-467 und der Spätphase: 468-687.

Die Daten für die altorientalische Epoche sind nicht so exakt gegeben, daß eine verteidigungsfähige Gliederung präsentiert werden kann. Aber der Versuch einer Anwendung der angenommenen Konstruktion liefert nichts Unsinniges.

Zum Vorverständnis der Formationslehre

Es versteht sich, daß die angegebenen Phasen nun nach ihrer ökonomischen Identität zu erforschen sind, ein Unternehmen, in dem Ökonomie und Geschichtswissenschaft kooperieren müssen. Die Zyklen und ihre Vereinigungen liefern determiniertes Geschehen als die theoretischen Objekte des Erkennens. Dies ist von bedeutendem Vorteil im Gegensatz zu einer Epochenpräsentation, die weiter keinen Grund hat als den, unter einem gerade gewählten Gesichtspunkt plausibel zu sein. Z. B. hat Marc Anton vom Senat das Imperium 27 v. d. Z. auf Lebenszeit erhalten; also kann man den Beginn des Prinzipats oder römischen Kaiserreichs an dieses Datum binden. Nach der hier gegebenen Vorstellung ist aber zu fragen, wie der an sich spekulativ determinierte Zeitpunkt 27 v. d. Z. inhaltlich bestimmt ist. Und da findet sich dann, daß Tiberius die Volkssouveränität auf den Senat überträgt, die maiestas auf sich selbst. Und gerade das ist das wirkliche Ende der demokratisch-republikanischen Epoche der Antike, die genau durch die Unterstellung der Volksversammlung als dem Souverän charakterisiert ist. (Das erste Zeugnis einer Volksversammlung liefert 785 die Große Rhetra in Sparta. Mit der Tyrannis aber ist sie zur Bedingung der Polisorganisation geworden. Und sie bestimmt den Beginn der antiken Formation im hier vorgestellten Sinne.)

Zur ökonomischen Charakterisierung der Formationen, die hier nicht gegeben werden kann, verweise ich auf Marx' Überlegungen wie auf eine aus der DDR überlieferte Darstellung. Es seien zum Abschluß vielmehr einige Voraussetzungen in Gestalt von Thesen vorgestellt, die den Hintergrund der präsentierten Rezeption der Marx'schen Formationslehre bilden.

(1) Wie schon bemerkt, unterstelle ich Tönnies Unterscheidung der Gemeinschaft von der Gesellschaft, jedoch nicht in der Deutung einer historischen Bewegung von der Gemeinschaft zur Gesellschaft, sondern mit der Voraussetzung, daß die so genannten Verbindungen einen unaufhebbaren dualen Gegensatz ausmachen. Gemeinschaft ist eine lokal bestimmte menschliche Verbindung durch Produktion, die mit der biologischen Evolution durch die

sexuelle Reproduktion gegeben wird. Es gibt keine Nachkommen, also keine Generationsfolge ohne die Gemeinschaft von Frau und Mann. Die Voraussetzung der isolierten Person im Sinne des homo oeconomicus ist für die Erklärung der Aufeinanderfolge der Generationen absurd. Ebenso ist Marx' Feststellung unabweisbar, daß der Grund und Boden in lokaler Bestimmtheit nur durch Gemeinschaften originär angeeignet und bearbeitet werden kann, wodurch sich gemeinschaftliche Arbeitsteilung ergibt, die genau von der gesellschaftlichen zu unterscheiden ist. Das Produkt gemeinschaftlicher Arbeit wird distribuiert, unterliegt keinem Tausch, wenn ein Kontakt mit fremden Gemeinschaften nicht hergestellt wird. Kommt es zum Kontakt, so kann er im Güteraustausch realisiert werden, z. B. schon im „stummen Tausch“. Dieser Verkehr stellt die Gesellschaft her. Gesellschaft ist so eine Verbindung originär zwischen verschiedenen Gemeinschaften, reell im Austausch, die die wechselseitige Anerkennung der Tauschenden als Eigner ihrer Angebote konstituiert. Die Gesellschaft hebt die Gemeinschaften nicht auf, sondern determiniert sie vielmehr als notwendige Bedingungen des sozialen Verkehrs, als besondere Eigentümer (Sonder- oder Privateigentümer) ihrer Angebote. Geht der Verkehr aus der zufälligen Begegnung zu regelmäßigen Tauschkontakten über, so ist die Gesellschaft auf Dauer als das Tauschsystem der durch sie verknüpften Gemeinschaften etabliert. Die Gemeinschaften produzieren Erzeugnisse, die die Gesellschaft konstituiert ihre Preise bzw. Tauschwerte. Letztere sind für neu in den sozialen Verkehr eintretende Tauschwillige vorgegebene ökonomische Daten, die sie vorfinden und deren Quantität sie beeinflussen können. Wird anstelle des Verkehrs die Eroberung fremden Besitzes vorgenommen, so haben wir keine Gesellschaftsbildung vor uns, sondern Gesellschaftsausschluß, schlichte Räuberei oder Imperialismus. Im letzteren Fall schließen sich die Erobernden gegen die Eroberten zur Klasse zusammen, wenn sie ihr Imperium erhalten wollen. Natürlich können sie dann auch an der Gesellschaft teilnehmen, d. h. mit anderen Austausch treiben, die darin ihr Imperium nolens volens anerkennen.

(2) Was Marx „asiatische Produktionsweise“ im Sinne einer „Epoche ökonomischer Gesellschaftsformation“ nennt, ist ein Tauschsystem verschiedener Gemeinschaften (mit agrarischen Produktionen und Städten), die voneinander unterschiedliche Güter beziehen, also unterschiedliche Weisen zu produzieren verwirklichen – und nur deshalb tauschen. Mit dem Tausch komplettieren sie ihre eigene Produktpalette. Der Terminus Produktionsweise ist mit Blick auf den Handelsverkehr und seine Bedeutung für die Unterhaltung der tauschenden Gemeinwesen zur Bezeichnung einer Gesellschaftsformation unangemessen. Es ist besser von der Verkehrsform zu reden, die notwendig unterschiedliche Produktionsweisen miteinander verbindet. Die asiatische oder altorientalische Verkehrsform, mit der Existenz von Städten und Fernhandel ausgezeichnet, ist dann durch den Umstand charakterisiert, daß in ihr kein gemünztes Geld zirkuliert, wenngleich sie die Edelmetalle als Wertrepräsentanten kennt. Sie ist diejenige Verkehrsform, die das hervorgebracht hat, was

wir den Weltmarkt nennen, die ökonomische Realität der menschlichen Gesellschaft. Er ist in seiner altorientalischen Existenzweise lokal beschränkt – auf den „fruchtbaren Halbmond“ (Ägypten, Syrien, Mesopotamien) und die Industalkultur, deren Artefakte Archäologen in Mesopotamien gefunden und damit gezeigt haben, daß der Weltmarkt wenigstens 2500 v. d. Z. konstituiert gewesen ist. Zur Zeit der antiken Formation ist er von China bis zum Atlantik ausgeweitet worden. Und die modern bürgerliche Formation hat ihn mit der Einbeziehung Amerikas über die ganze Erde verbreitet. Die Geschichte des Weltmarkts ist die Geschichte der menschlichen Gesellschaft, die Geschichte der Zivilisation.

(3) Im Unterschied zur sozialen Zivilisation ist die Kultur ein Produkt der Gemeinschaft, fundiert durch ihre agricultura, der Bebauung, Pflege, Gestaltung, Bearbeitung und Erhaltung des von ihr besetzten Landes, fortgesetzt in der Herstellung einer der Gemeinschaft angemessenen Infrastruktur, die die Ausbildung einer bestimmten Architektur impliziert, bis hin zu in ihrer Sprache ausgedrückten Erinnerungen, Erfahrungen, Mythen, Dichtungen. Diese Gemeinschaftsfundierung der Kultur ist der Grund für das Bestehen vieler Kulturen, für die Intention, ein „multikulturelles“ Leben zu gestalten oder wenigstens zuzulassen.

(4) Der Fortschritt in der Geschichte des Weltmarkts erfolgt empirisch wahrnehmbar über die sukzessive Eingliederung immer weiterer menschlicher Gemeinschaften in dieses allgemeine Verkehrssystem. Sie kann über Eroberung, Assimilation, Auswanderung, Kolonisation erfolgen, aber auch durch freiwilligen Eintritt. In diesem Prozeß sind die Gemeinschaften einem Veränderungsdruck ausgesetzt, der sie zwingt, alte Gemeinschaftsformen durch neue zu ersetzen. Es können auch ganze Gemeinschaften (Stämme, Völker) untergehen. Aber Gemeinschaft an sich verschwindet nicht, sondern rekonstruiert sich unter den neuen gesellschaftlichen Anforderungen. Verschwände die Gemeinschaft überhaupt, verschwände der Tauschgrund, die Verschiedenheit der Produkte und Dienste, die in der Gesellschaft zirkulieren, verschwände also die Gesellschaft. So sehr die Weltmarktbedingungen die gegebenen Distributionen in den Gemeinschaften problematisieren können, so können sie doch nicht Gemeinschaftlichkeit an sich auflösen. Es ist hier vielmehr ein Wechselspiel von „challenge and response“ wirksam, das kaum antizipiert, aber mit Blick auf die vergangene Geschichte effektiv aufgewiesen werden kann.

(5) Alle vorbürgerlichen ökonomischen Formationen kennen den Unterschied und die Entgegensetzung zwischen agrarischer und nomadischer Produktionsweise. Wäre eine ökonomische Gesellschaftsformation durch ihre Produktionsweise charakterisiert, müßte man eine nomadische Gesellschaftsformation annehmen, die in den eurasischen Steppen etwa von 1000 v. d. Z. bis ins 18. Jahrhundert u. Z. währt. Sowohl die altorientalischen wie antiken als auch die feudalen Gemeinwesen mußten sich nomadischer Völker erwehren. Manchmal – wie im Fall der Parther – eroberten Nomaden ein agrarisch

produzierendes Gebiet, um sich nach mehreren Jahrhunderten auf Grund der militärischen Niederlage gegen Aufständische wieder in die Steppen zurückzuziehen. Häufig wurden nomadische Eroberer einfach assimiliert (wofür China blendende Beispiele liefert). Auch die gemeinsame Umbildung von nomadischen Eroberern und Eroberten zu neuen Gemeinschaften kennt die Geschichte. Auf Grund der erheblichen Bedeutung dieser Vorgänge für den konkreten Geschichtsverlauf ist es wohl nötig, die nomadische Produktionsweise als eine äußere Bedingung der Zivilisationsgeschichte für vorbürgerliche Formationen zu denken. Zwar gibt es den Austausch zwischen agrarisch fundierten Gemeinwesen und nomadisierenden Stämmen, aber er wird nicht in beiderseits anerkannte Form gebracht. Da die agricultura durch den Nomadismus gerade ausgeschlossen wird, ist die physische Vernichtung von Kulturen durch nomadische Eroberung im Falle der kriegerischen Konfrontation nur die Herstellung der objektiven Produktionsbedingungen eben des Nomadismus. Obwohl also mit Sicherheit von einer nomadischen Produktionsweise gesprochen werden kann, fällt es doch schwer, sie als regelrechte und besondere ökonomische Formation anzusehen, sofern diese, wie hier unterstellt, ein auf bestimmte Weise geformtes Austausch- bzw. ökonomisches Verkehrssystem ist. Das eben besagt, Produktionsweise und ökonomische Formation sollten Termini mit verschiedener Bedeutung sein. Eine ökonomische Formation in Marx'scher Intention setzt die Etablierung und Erhaltung der agrarischen Produktionsweise voraus. Der Nomadismus ist jedoch als Reaktion auf Klimaänderungen die unmittelbare Negation derselben.

(6) Alle vorbürgerlichen Formationen sind lokal beschränkt. Und es kann nicht behauptet werden, daß eine zeitlich nachfolgende aus internen Gründen ihrer Vorgängerin zu erklären sei – z. B. durch Revolution. Die antike Formation entsteht in einem zunächst vernachlässigbar kleinen Randgebiet der altorientalischen, getragen von Völkern, die in Hegel'scher Sicht neu in die Geschichte eintraten. Sie gliedert zeitweise große Gebiete ihrer Vorgängerin ein (Alexander gelangt bis zum Indus, Trajan erreicht den Tigris), ist aber außerstande, die dort bestehenden Kulturen wirklich aufzulösen, zu gräzisieren oder zu romanisieren. Die arabische Eroberung reduziert das Gebiet der antiken Formation auf Byzanz, das – bei starker slawischer Besiedlung – aufhört, antik zu sein. Die feudale Formation bleibt in ihrer Bestimmtheit durch das germanisch aufgehobene beneficium auf das lateinische Europa beschränkt, in dem sie obendrein nie vollständig durchgesetzt werden kann (wie die Habsburger von den Schweizern lernen mußten, wie die Schweden aus eigener Erfahrung versichern können). So ist deutlich, daß eine Formationslehre nicht die Funktion einer Erklärung der Geschichte als der notwendigen Folge bestimmter Formationen gewinnen kann, um etwa die Gewißheit künftigen Heils zu begründen. Sie ist aber gewiß auch keine Chimäre, der in der historischen Wirklichkeit gar nichts entspricht. Der geschichtliche Zusammenhang, den sie unterstellt, wird – ganz wie Marx es gesehen hat – durch die Produktion der Arbeitsmittel und ihre Vererbung an die nachfolgende Ge-

neration konstituiert, die sie ihrerseits verbessert und neue hinzufügt, darin ihre Produktivkräfte entwickelnd. Das an den bestimmten Entwicklungsstand dieser Kräfte geknüpfte Tauschsystem, die ökonomische Formation, wird durchbrochen, wenn wertbevorzugte, aber mit ihr unvereinbare Arbeitsmittel durchgesetzt werden.

(7) Der theoretische Status der Formationslehre, das muß man wohl zugehen, ist ein offenes Forschungsproblem, das, wie angedeutet, bereits damit beginnt, die ökonomische Unterscheidung zwischen Produktion und Austausch sicher zu formulieren (d. h. die Ökonomie weder als bloße Tauschlehre zu denken noch die Produktion für das Wesen eben der Ökonomie zu halten). Meine Vermutung besteht darin, daß beide im Verhältnis des Dualismus wahrzunehmen sind. Aber das ist eine Hypothese, die angesichts der Fülle des historischen empirischen Stoffs, den in seinen gegebenen Darstellungen Historiker immer wieder korrigieren müssen, nur mit erheblicher Mühe geprüft werden kann. Daher ist das Instrument der Kondratieffdauern zur zeitlichen Ordnung dieses Stoffs vielleicht ein Mittel, die Problemlage der Formationslehre genauer zu erfassen, vernünftiger Fragen zu stellen – und möglicherweise befriedigendere Antworten zu gewinnen. Jedenfalls ist es ermutigend zu sehen, daß die bei dieser Ordnung konstatierbaren Epochen eine deutliche Unterschiedenheit gegeneinander aufweisen, daher in ihrer besonderen historischen Individualität analysiert werden können. Eine logische Folge der konkreten historischen Ereignisse ist damit natürlich nicht avisiert. Der unvorhersehbare singuläre Zufall ist aus dem wirklichen Geschehen nicht wegzudenken. Die Vergewärtigung der Geschichte unter der Zeitordnung des Kondratieff aber ermöglicht zu verstehen, wie der Zufall bei gegebenen Umständen zur neuen Bedingung weiterer Entwicklung wird.

(8) Formationstheoretische Überlegungen mit der Idee einer beständigen „Höherentwicklung“ zu verbinden, ist wohl eine Intention säkularisierter Heilserwartung, die im darwinistischen Evolutionskonzept keinen Platz hat – und durch die Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts besonders desavouiert ist. Die progressive Evolution ist lokal bestimmt und dem Inhalt nach die Selektion wertbevorzugter Produkte und Dienste. Aber Höherwertigkeit etwa von Arbeitsmitteln besagt über zivilisatorischen oder kulturellen Fortschritt noch gar nichts. Ein Bagger, der 180 schaufelnde Arbeiter ersetzt, liefert keine Garantie gegen seinen Einsatz zur Aushebung von Massengräbern Ermordeter. Die industrielle Revolution hat in Auschwitz ein terroristisch-barbarisches Potential erscheinen lassen, das über den kulturellen und zivilisatorischen Zustand derer, die die industrielle Menschenvernichtung besorgten, hinreichend Auskunft gibt. Mit dem Blick auf diese brutale Erfahrung ist die Formationslehre von aller ideologischen Fixierung eines erhofften Endzustands menschlicher Entwicklung freizuhalten. Entwicklung findet immer statt, – aber eben immer. Sie hat kein augustinisches Ziel, sondern ist als potentiell unendlicher Vorgang zu denken.

Kondratieff-Zyklus 1788-1842		
Jahr	Natur und Technik	Wirtschaft
Eintritt in die zyklische Prosperität		
1788	Arbeits- und Dampfmaschine verknüpft	Beginn der industriellen Revolution in England
1789	Uran entdeckt (M. Klaproth)	Ende des grundherrlichen Feudalregimes in Frankreich
1790	Erdbeschleunigung ermittelt	England produziert 50.000 t Puddle-Eisen
1791	Alaska ist russisch	2.3.: Aufhebung der Zünfte u. Korporationen in Frankreich.
1792	Steinkohlengasbeleuchtung (W. Murdoch)	Dänemark verbietet als erstes Land Europas Sklavenhandel
1793	Kreissäge erfunden (S. Bentham)	27.6.: Pariser Börse wird geschlossen
1794	Metalldrehbank; 1794/95: Intensive Entwicklung des Puddle-Verfahrens	4.2.: Frankreich schafft Sklaverei in Kolonien ab
1795		3.3.: Pariser Börse wird wieder eröffnet
1796	Erste Rübenzuckerfabrik, Hydraulische Presse	Rußland hat 3.360 Manufakturen (ohne Bergwerke u. Hütten)
1797		Spanien gibt den Amerikahandel frei
1798		Gründung der African Association in London
1799	Erste voll aus Eisen gebaute Dampfmaschine	Ende der holländischen Ostindischen Komp.
1800	Beginn der Versuche, das Pferd zu ersetzen	Gründung der Banque de France; Engl.: 80% der Weltkohle
1801	Planetoid Ceres entdeckt	Europa hat 187 Mill. Einw. (um 1800)
Eintritt in die zyklische Rezession		
1802	Buchdruckschnellpresse (F. König)	20.5.: Frankreich führt Sklaverei in Kolonien wieder ein
1803	Gasbeleuchtung in Londoner Fabriken beginnt	USA kaufen New Orleans von Frankreich für 15 Mill \$
1804	Erster Eisenpflug (England)	1804-1813 kann kein europäisches Land ohne Englands Zustimmung Überseehandel betreiben
1805	Mähmaschine für Getreide und Gras (England)	
1806	9.10.: Simplonstrasse durch Alpen eingeweiht	21.11.: Napoleon verkündet in Berlin die Kontinentalsperre
1807	Aug.: Dampfboot Fultons auf dem Hudson	England hebt die Sklaverei auf, Preußen die Leibeigenschaft
1808	Bandsäge zur Holzbearbeitung erfunden	Bayern führt allgemeine u. gleiche Steuerpflicht ein
1809	Erste befahrbare Kettenbrücke (USA)	
1810	Dampfmaschine in der Landwirtschaft eingesetzt.	Gründung der Fa. Krupp; Absatzkrise in England beginnt
1811	Erste Lebensmittelkonservenfabrik (England)	7.9.: Gewerbefreiheit in Preußen eingeführt
1812	Schnellpresse (Koenig, Bauer)	1811/12: Erste Maschinenstürmer, Ludditen
1813	Velociped (Drais)	East India Comp. verliert Monopol für Indienverkehr
1814	Erste Lokomotive in Betrieb (G. Stephenson)	1813/14 sind von 213.000 Webern in Großbritannien 130.000 Kinder

Kondratieff-Zyklus 1788-1842		
Jahr	Politik	Kultur und Wissenschaft
Eintritt in die zyklische Prosperität		
1788	Einberufung der französischen Generalstände	I. Kant: Kritik der praktischen Vernunft
1789	Beginn der französischen Revolution	Sieyès: Qu'est-ce que le Tiers Etat?
1790	Gründung des Cercle social („Arbeit für alle!“)	E. Burke: Reflections on the revolution ...
1791	Neue Verfassung in Frankreich verkündet	T. Paine: Rights of man
1792	Französische Kriegserklärung an den „König von Ungarn“	J. G. Fichte: Vers. e. Kritik aller Offenbarung
1793	Jakobiner-Diktatur beginnt; zweite Teilung Polens	Die Romantik setzt ein
1794	27./28.7.: Sturz Robespierres	Mai: Abschaffung des Christentums in Frankr.
1795	Dritte Teilung Polens; Direktorialverfassung verkündet	30.11.: Manifest der Plebejer (Babeuf)
1796	Napoleon übernimmt französische Armee in Italien	Privatdruckereien in Rußland verboten
1797	28.5.: Hinrichtung Babeufs	F. W. Schelling: Ideen zu einer Philos. d. Natur
1798	Napoleon zieht gegen England nach Ägypten	T. R. Malthus: Principle of Population
1799	15.12.: Napoleon erklärt: Die Revolution ist beendet.	1.4.: Entlassung Fichtes in Jena
1800	14.6.: Marengo, 3.12.: Hohenlinden (Österreich besiegt)	
1801	9.2.: Friede von Lunéville, Linkes Rheinufer abgetreten	Konkordat: Restauration der kathol. Kirche in Frankreich
Eintritt in die zyklische Rezession		
1802	Napoleon wird Erster Konsul auf Lebenszeit	
1803		J.-B. Say: Traité d'Economie politique
1804	18.5.: Proklamation des Kaisers Napoleon I.	Code civil des Francais publiziert
1805	21.10.: Seeschlacht bei Trafalgar	
1806	Ende des Hl. Röm. Reichs; Napoleon besiegt Preußen,	
1807	Großherzogtum Warschau gebildet	G. W. F. Hegel: Phänomenologie d. Geistes
1808	Spaniens Aufstand gegen Franzosen beginnt	
1809	13. 5.: Napoleon zieht in Wien ein	Schelling: Wesen der menschlichen Freiheit
1810	9.6.: Napoleon dekretiert Hollands Annexion	Gründung der Berliner Universität
1811		
1812	22.6.: Napoleons „große Armee“ zieht nach Rußland	Hegel: Wissenschaft der Logik
1813	16.-19.10.: Völkerschlacht bei Leipzig	R. Owen: A New View of Society
1814	18.9.: Wiener Kongreß beginnt	St.-Simon: De la réorganisation de la société..

Kondratieff-Zyklus 1788-1842		
Jahr	Natur und Technik	Wirtschaft
1815	Erste Gasbeleuchtung auf Kontinent (Paris)	London ist Weltwirtschaftszentrum
Eintritt in die zyklische Depression		
1816	Porzellan-Gießverfahren	England führt offiziell den Goldstandard ein
1817	Bau des Erie-Kanals beginnt	1811-1821 überflügelt in England die Industrie die Landwirtschaft
1818	Multiplikationsmaschine (Thomas)	
1819	Erstes Dampfschiff überquert den Atlantik	USA kaufen Florida von Spanien; Singapur gegründet
1820	Die Maschine aus Eisen ist durchgesetzt	Mechanisierung greift auf Weberei über
1821	1820-1850: Hauptkältewelle	7.6.: Gemeinheitsteilung in Preußen; 23.6.: Elbeschiffahrt frei
1822	Erstes eisernes Dampfschiff gebaut (England)	
1823	Petroleumdestillation (Rußland)	
1824	Erstes Kunstleder (Hancock)	Englands Arbeiter erhalten das Koalitionsrecht
1825	27.9.: Erste Eisenbahn in England	1825-1830: Erste moderne Wirtschaftskrise
1826	Erste Turbine (aus Wasserrad entwickelt)	Spanien hat sein Kolonialreich in Amerika verloren
1827	Schiffsschraube erfunden (J. Ressel)	Anlage des Außenhafens Bremerhaven
1828	Harnstoffsynthese (F. Wöhler)	Dreschflegel, Sichel und Sense sind bis 1830 Standardgeräte der englischen Bauern
1829	Erstes Patent auf Schreibmaschine (A. Burt)	
Eintritt in die zyklische Erholung		
1830	Erster Eisenbahntunnel gebaut (England)	
1831	Dreschmaschine erfunden (Turner)	Rheinschiffahrt wird frei
1832	Erster Wechselstrom erzeugt (Pixii)	Sept.: R. Owen gründet Tauschbank in London
1833	Telegraph (Gauss und Weber)	Erstes Fabrikgesetz in England
1834	Elektromotor (Jacobi)	1.1.: Preußisch-deutscher Zollverein tritt in Kraft
1835	Erste Eisenbahn in Deutschland	
1836	Zündnadel-Gewehr (Dreyse)	11.7.: Erster Warentransport auf einer dt. Eisenbahn (Bier)
1837	Erster Schreibtelegraph (Morse)	
1838	Great Western in 15 Tagen über den Atlantik	
1839	Fotografie (Daguerre)	Mandschu versuchen Unterbindung des Opiumhandels
1840	Erste Zelluloseherstellung (Payen)	Um 1840 ist erste Etappe der industriellen Revolution beendet
1841	Superphosphate als Düngemittel eingesetzt	A. Borsig durchbricht anglo-amerikan. Lokomotivbaumonopol
1842	Erste Äthernarkose bei Operation (USA)	Französische Eisenbahn wird privatisiert

Kondratieff-Zyklus 1788-1842		
Jahr	Politik	Kultur und Wissenschaft
1815	26.9.: Heilige Allianz vereinbart	Fresnell: Wellentheorie des Lichts
Eintritt in die zyklische Depression		
1816	5.11.: Deutsche Bundesversammlung eröffnet	Namen Rechte und Linke im französ. Parlam.
1817	Serbien wird autonom	D. Ricardo: Principles of Political Economy
1818	26.5.: Verfassung in Bayern eingeführt, 22.8. in Baden	
1819	Karlsbader Beschlüsse des Deutschen Bundestags	A. Schopenhauer: Die Welt als Wille u. Vorstellung
1820	Kongreß von Troppau: Interventionsprinzip verkündet	R. Owen: Adress to the Working Classes
1821	April: Griechischer Unabhängigkeitskrieg beginnt	1819: St.-Simon: An die Herren Arbeiter
1822	Mexiko erklärt Unabhängigkeit; Brasilien wird autonom	Owenites kennen das Wort „socialist“
1823	Monroe-Doktrin gegen Intervention d. Hl. Allianz	J. Bolyai: Nichteuklid. Geometrie (1831 publ.)
1824		Thermodynamik entsteht (Sadi Carnot)
1825	24.12.: Dekabristenaufstand in St. Petersburg	
1826		Letzte Autodafés in Spanien
1827	20.10.: Seeschlacht bei Navarino (Türkei besiegt)	Ohmsches Gesetz
1828	Souveränität Uruguays anerkannt	F. Buonarroti: Conspiracy pour l'égalité ...
1829	Unabhängigkeit Griechenlands anerkannt	Historismus in der Architektur setzt ein
Eintritt in die zyklische Erholung		
1830	Franzosen erobern Alger; Julirevolution in Frankreich	A. Comte: Philosophie positive
1831	21.11.: Erster Arbeiteraufstand in Lyon	Faraday: Elektrische Induktion
1832	Reform-Bill in England angenommen; Giovane Italia gegr.	P. Leroux verwendet „socialisme“
1833	26.9.: Verfassung in Hannover eingeführt	F. Bopp: Vergleichende Grammatik
1834	9.4.: Zweiter Arbeiteraufstand in Lyon	Endgültige Auflösung der Inquisition
1835		D. Strauß: Das Leben Jesu
1836	Chartistenbewegung in England entsteht	L. Reybaud: Socialistes modernes
1837	1837-1901 regiert Queen Victoria Großbritannien	Owenites nennen sich Socialists
1838		
1839	12.5.: Aufstandsversuch Blanquis in Paris	L. Feuerbach: Kritik der Hegelschen Philosophie
1840	Erster Opium-Krieg beginnt	E. Cabet: Comment je suis communiste?
1841	Mai: W. Weitling beginnt polit. Tätigkeit in der Schweiz	L. Feuerbach: Wesen des Christentums
1842	Briten müssen Afghanistan verlassen	L. Stein: Socialismus und Communismus ...
Übergang in den folgenden Kondratieffzyklus		

Kondratieff-Zyklus 1843-1897		
Jahr	Natur und Technik	Wirtschaft
Eintritt in die zyklische Prosperität		
1843	Erster Riesenbagger (ersetzt 180 Arbeiter)	1840/47-1876: Hochkonjunktur der preußischen Landwirtschaft-
1844	Erste Glasstrecköfen (England)	
1845	Klipper-Bau in New York beginnt	Großbritannien erklärt Sklaventransport für Seeräuberei
1846	Nähmaschine erfunden (Howe)	Engl. hebt Kornimportzölle auf; Herbst: Krise in Frankreich beginnt
1847	Nitroglyzerin entdeckt (Sobrero)	Gründung der Telegraphenbauanstalt Siemens & Halske
1848	24.1.: Gold in Kalifornien entdeckt	30.5.: Frz. Nationalversammlung beschließt Auflösung d. Nationalwerkstätten
1849	Armieren von Beton mit Eisendraht erfunden	Großbritannien hebt Navigationsakte auf
1850	Achsendrehung der Erde bewiesen (Foucault)	Europa hat 266 Mill. Einwohner
1851	Verbesserte Nähmaschine (Singer)	Erste Weltausstellung der britischen Industrie in London
1852	Magnetfelder sichtbar gemacht (Faraday)	Zu Beginn der 50er Jahre: Durchbruch der industriellen Revolution in Deutschland;
1853	U-Bahn-Bau in London beginnt	1853-1857: Hochkonjunktur
1854	Asphaltstraßenbau beginnt in Frankreich	
1855	Bessemer-Konverter	
1856	Synthetische Farbenherstellung	Clearinghaus in Boston gegr., 51 Banken beteiligen sich
Eintritt in die zyklische Rezession		
1857	Erste Erdölbohrungen (Lüneburger Heide)	1857-1859 Weltwirtschaftskrise
1858	Erstes Übersee-Telegramm via Kabel	Auflösung der East-India-Comp.; Indien unter brit. Regierung
1859	Erster größerer Erdölfund (Pennsylvania)	
1860	England baut nur noch Eisenschiffe	23.1: Freihandelsvertrag Frankreichs mit England
1861	Dampfhammer ‚Fritz‘ bei Krupp entwickelt	3.3.: Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland (Mir wird in Geltung gesetzt)
1862	Erstes Schiff mit zwei Schrauben	
1863	10.1.: Londoner U-Bahn-Netz eröffnet	1.1.: Aufhebung der Sklaverei in den USA
1864	Siemens-Martin-Verfahren serienreif	
1865	Erste Erdölpipeline (USA)	In Deutschland überflügelt die Industrie die Landwirtschaft
1866	Erste Kabeltelegramme Europa-Amerika	April: Wirtschaftskrise beginnt
1867	Dynamomaschine (W. Siemens)	USA erwerben Alaska von Rußland für 7,2 Mill. \$
1869	17.11.: Suez-Kanal eingeweiht	In den USA überflügelt die Industrie die Landwirtschaft
1870	24.12.: Mont-Cenis-Eisenbahntunnel fertig	Gründung der Deutschen Bank, der Commerzbank
1871		1869-1871 werden Clan-Güter in Japan aufgelöst

Kondratieff-Zyklus 1843-1897		
Jahr	Politik	Kultur und Wissenschaft
Eintritt in die zyklische Prosperität		
1843	W. Weitling verhaftet und verurteilt	
1844	Schlesischer Weberaufstand	K. Marx: Ökon.-philos. Manuskripte
1845		F. Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England.
1846		Enzyklika Qui pluribus verurteilt Kommunismus
1847	Bund der Gerechten legt sich auf Kommunismus fest	G. Boole: Die mathematische Analyse der Logik
1848	Europäisches Revolutionsjahr	Manifest der Kommunistischen Partei
1849	Aug.: Russische Truppen besiegen ungarische Revolution	
1850		R. Clausius: Zweiter Hauptsatz der Wärmelehre
1851	2.12.: Staatsstreich Louis Bonapartes	
1852	2.12.: Louis Bonaparte zum Kaiser Napoleon III. proklamiert	
1853	USA erzwingen Öffnung Japans (1853/54)	
1854	März: Beginn des Krimkriegs	T. Mommsen: Römische Geschichte
1855	8.9.: Kapitulation Sewastopols	L. Büchner: Kraft und Stoff
1856	30.3.: Friede von Paris beendet Krimkrieg	
Eintritt in die zyklische Rezession		
1857	10.5.: Indischer Aufstand beginnt	Das Akkadische ist entziffert
1858	Britische Krone übernimmt Herrschaft in Indien	F. A. Kekulé: Valenzbegriff der Chemie
1859	Italienischer Einigungskrieg	K. Marx: Zur Kritik der Polit. Ökonomie
1860	A. Lincoln zum USA-Präsidenten gewählt	C. Darwin: On the Origin of Species... (1859)
1861	13.4.: Beginn des Bürgerkriegs in den USA	
1862	8.10.: Bismarck wird preußischer Ministerpräsident	F. Lassalle: Arbeiterprogramm
1863	Gründung des ADAV	
1864	Deutsch-dänischer Krieg; Grdg. der I. Internationale	15.12.: Erste Nr. des <i>Social-Demokrat</i>
1865	9.4.: Kapitulation der Südstaaten der USA	G. Mendel: Vererbungsgesetze
1866	Preußisch-österreichischer Krieg	
1867	1.7.: Verfassung des Norddeutschen Bundes in Kraft	K. Marx: Das Kapital I
1868	„Neue Ära“ beginnt in Japan	E. Haeckel: Natürliche Schöpfungsgeschichte
1869	Gründung der SDAP (Eisenach)	Periodisches System der Elemente

Kondratieff-Zyklus 1843-1897		
Jahr	Natur und Technik	Wirtschaft
1872	Eintritt in die zyklische Depression	
1873	Lichtdruck entdeckt (Maxwell)	Gründerkrach eröffnet Wirtschaftskrise
1874	Schreibmaschinen in Serie (Remington)	
1875	Telefonpatent für Bell	Agrarkrise setzt ein (1874-1896: Getreidepreisverfall)
1876	Viertaktmotor (Otto) fertig, Telefon (Bell)	Gründung der Deutschen Reichsbank
1877	Sprenggelatine erfunden (Nobel)	Einstellung der Zahlungen an Samurai-Krieger in Japan
1878	Erster Zweitaktmotor (Clerk)	
1879	Erste Elektrolokomotive (Siemens)	Schutzzollpolitik beginnt in Deutschland
1880	Kohlefadenlampe (Edison)	Wechsel im Bruttosozialprodukt (BSP)-Verhältnis des Nordens zum Rest der Welt
1881	Erstes Elektrizitätswerk (England)	
1882	Erste elektrische Straßenbeleuchtung in Berlin	Gründung der Bank von Japan
1883	Erster Wolkenkratzer (Chicago)	Sozialversicherungsgesetzgebung in Deutschland beginnt
Eintritt in die zyklische Erholung		
1884	Elektr. Bildübertragung (Nipkow)	
1885	Nahtlose Röhren (Mannesmann)	In Frankreich überflügelt die Industrie die Landwirtschaft
1886	Erste Benzinautomobile (Cannstatt)	
1887	Bau des Nord-Ostsee-Kanals beginnt	
1888	Erster Drehstrommotor (Doliwo-Dobrowolsky)	Aufhebung der Sklaverei in Brasilien
1889	Erster Elektroherd (Schweiz)	Gründung der AEG
1890	Lochkartenmaschine (Hollerith)	2.7.: Sherman-Antitrust-Gesetz in den USA angenommen
1891	Bau der Transsibirischen Eisenbahn beginnt	Trotz Hungersnot exportiert Rußland Getreide
1892	Versuchsstrecke f. Oberleitungsbusse in Berlin	Gesellschaftsform der GmbH in Dtl. eingeführt
1893	Febr.: R. Diesel erhält Patent für Idee	Gründung der Banca d'Italia
1894	Erste Funksignale (G. Marconi)	Sozialversicherungsgesetzgebung in Frankreich beginnt
1895	19.6.: Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals	Japanischer Flottenbau beginnt
1896	Radioaktivität entdeckt (Becquerel)	21.7.: Japan.-chines. Handelsvertrag abgeschlossen
1897	Dieselmotor hergestellt	

Kondratieff-Zyklus 1843-1897		
Jahr	Politik	Kultur und Wissenschaft
Eintritt in die zyklische Depression		
1870	Deutsch-französischer Krieg	18.7.: Vatikan Konzil verkündet Unfehlbarkeit
1871	18.3.-28.5.: Pariser Kommune	
1872	Japan führt allgemeine Wehrpflicht ein	Du Bois-Reymond: Grenzen der Naturerkenntnis
1873		M. Bakunin verwendet „Marxisten“
1874		L. Walras: Éléments d'économie politique pure
1875	Vereinigungsparteitag von Gotha (SAPD)	K. Marx: Kritik des Gothaer Programms
1876	Erhebung der Bulgaren und Serben gegen Türken	E. Dühring: Sozialdemokraten = Marxisten
1877	9.5.: Unabhängigkeit Rumäniens proklamiert	Erste Funde aus sumerischer Zeit
1878	Sept.: Sozialistengesetz in Deutschland erlassen	F. Engels: Anti-Dühring publiziert
1879	Zypern wird britische Kolonie	G. Frege: Begriffsschrift
1880		15.10.: Kölner Dom wird eingeweiht
1881	Ermordung Zar Alexanders II.; Frankreich besetzt Tunesien	
1882	Ägypten kommt unter britische Kontrolle	F. Nietzsche: Die fröhliche Wissenschaft
1883		
Eintritt in die zyklische Erholung		
1884	Beginn der deutschen Kolonialpolitik-	E. v. Böhm-Bawerk: Kapital und Kapitalzins I
1885		
1886	1.1.: Angliederung Burmas an Britisch-Indien	
1887	2.-6. 10: SAPD-Parteitag in St. Gallen, nimmt Marxismus an	F. Tönnies: Gemeinschaft und Gesellschaft
1888	Wilhelm II. wird deutscher Kaiser	H. Hertz: Radiowellen entdeckt
1889	14. 7.: Gründung der II. Internationale in Paris	Dez.: Fabian Essays in Socialism publiziert
1890	Gültigkeit des Sozialistengesetzes in Deutschland beendet	K. E. Ziolkowski: Theorie des Raketenantriebs
1891	SAPD-Parteitag in Erfurt: Umbenennung in SPD	Enzykl. Rerum novarum; Erfurter Programm
1892	Russisch-französisches Militärabkommen	M. Weber: Lage der ostelbischen Landarbeiter
1893		
1894	Chinesisch-japanischer Krieg	4. 10.: Engels präsentiert Das Kapital III
1895		
1896	Italienische Eroberung Äthiopiens scheitert bei Adua	E. Bernstein: Probleme des Sozialismus
1897		V. Pareto: Cours d'économie politique
Übergang in den folgenden Kondratieffzyklus		

Kondratieff-Zyklus 1898-1952		
Jahr	Natur und Technik	Wirtschaft
Eintritt in die zyklische Prosperität		
1898	Radium entdeckt (Curie)	Deutscher Flottenbau beginnt
1899	Erste elektrische U-Bahn in Berlin	Dtld. produziert fast 4 Mill t Thomasstahl
1900	2.7.: Luftschiff LZ 1 startet (Zeppelin)	Goldstandardgesetz der USA
1901	Erster drahtloser Funk über Atlantik (Marconi)	Erstes Mercedes-Modell auf dem Markt
1902	Transsibirische Eisenbahn eröffnet	Industrial Bank of Japan nach Modell des Crédit Mobilier
1903	17.12.: Erster Motorflug (Gebr. Wright)	France gegr.; Juni: Gründung der Ford Motor Comp.
1904	Erstes Großdieselmotorkraftwerk (MAN, Kiew)	
1905	19.11.: Erster Autobus fährt in Berlin	16.1.: Putilow-Arbeiter beschließen Ausstand
1906	Erstes U-Boot in Kiel gebaut	US-Regierung untersagt weitere Expansion der Standard Oil
1907	Hubschrauberflugversuch (Cornu)	12.6.: In Tiflis 300.000 Rbl. (Geldtransport) „expropriert“
1908	Erstes Ford-Modell T gebaut	Sozialversicherungsgesetzgebung in England beginnt
1909	Ammoniaksynthese (Haber-Bosch)	Gründung der Anglo-Iranian Oil Comp. (AIOC)
1910	Turbinen haben Dampfmaschinen verdrängt	27.6.: Gesetz zur Stolypinschen Agrarpolitik
1911	Erstes elektrisches Fernsehbild (Zworykin)	Oberstes US-Gericht ordnet Auflösung der Standard Oil an
Eintritt in die zyklische Rezession		
1912	14./15.4.: Untergang der Titanic (1517 Tote)	Abkommen der Dt. Bank mit der Turkish Petroleum Comp.
1913	Erstes Montagefließband (Ford)	Außenhdl.: GB: 24,1 Mrd M; D: 20,9 Mrd.; USA: 17,7 Mrd
1914	15.8.: Panamakanal eingeweiht	1914-1919 steigt Japans Export auf das Vierfache
1915	Erstes Ganzmetallflugzeug (Junkers)	Alle kriegführenden Staaten geben Goldstandard auf
1916	Elektronenbindung entdeckt (Lewis)	26.10.: Deportation belgischer Arbeiter nach Dtld. beginnt
1917	Erster Farbfilm	Dekret über Grund und Boden in Sowjetrußland
1918	Erste zuverlässige elektrische Uhren	11.6.: Dekret über Komitees der Dorfarmut in Sowjetrußland
1919	14./15.6.: Erster Nonstopflug über Atlantik	
1920	Erste Rundfunkstation (USA)	16.1.: Alliierte beenden Wirtschaftsblockade Sowjetrußlands
1921	Kunstseideproduktion beginnt (Gebr. Dreyfus)	22.2.: Staatliche Plankommission in Sowjetrußland gebildet
1922	1.9.: Erster Radiosender (Komintern, Moskau)	Sowjetstaat eignet sich russische Kirchenschätze an
1923	Erster LKW mit Dieselmotor (M A N)	16.11.: Währungsstabilisierung in Deutschland beginnt
1924	Alpha-Teilchen vom Atomkern getrennt	16.8.: Londoner Reparationsabkommen (Dawes-Plan)

Kondratieff-Zyklus 1898-1952		
Jahr	Politik	Kultur und Wissenschaft
Eintritt in die zyklische Prosperität		
1898	Gründung der SDAPR; Krieg der USA gegen Spanien	R. Luxemburg: Sozialreform oder Revolution
1899	11.10.: Buren erklären England der Krieg	D. Hilbert: Grundlagen der Geometrie
1900	Britische Annexion der Burenrepubliken	14.12.: M. Planck teilt Wirkungsquantum mit
1901	1.1.: Commonwealth of Australia errichtet	
1902	30.1.: Britisch-japanisches Bündnis beschlossen	W. Sombart: Der moderne Kapitalismus
1903	Aug.: 2. SDAPR-Parteitag in Brüssel u. London	G. E. Moore: Principia Ethica
1904	6.2.: Japanische Flotte überfällt russische in Port Arthur	L. Trotzki: Unsere politischen Aufgaben
1905	1905/07: 1. russische Revolution beginnt; 1905/11: Persische Revolution	A. Einstein: Spezielle Relativitätstheorie
1906		V. Pareto: Manuale di economia politica
1907	31.8.: Brit.-russ. Vereinbarung über Persien (Aufteilung)	K. Kautsky: Ethik u. materialistische Geschichtsauffassung
1908	Österreich-Ungarn annektiert Bosnien und Herzegowina	
1909	1908/09: Türkische Revolution	Lenin: Materialismus u. Empirio-kritizismus
1910	Korea von Japan besetzt; 5.10.: Revolution in Mexiko beginnt	Whitehead & Russell: Principia Mathematica
1911	2. Marokko- Krise; Revolution in China beginnt	E. Husserl: Philosophie als strenge Wissenschaft
Eintritt in die zyklische Rezession		
1912	1.1.: China als Republik proklamiert	J. Schumpeter: Theorie d. wirtsch. Entwicklung
1913	2. Balkankrieg	
1914	1.8.: Beginn des Ersten Weltkrieges	
1915	23.5.: Kriegseintritt Italiens	A. Einstein: Allgemeine Relativitätstheorie
1916	27.8.: Kriegseintritt Rumäniens	
1917	8.3.: Beginn der 2. russischen Revolution	Okt.: Proletkult gegründet (A. A. Bogdanow)
1918	Okt./Nov.: Kapitulation der Mittelmächte	28.1.: Religionsunterricht an russ. Schulen verboten
1919	31.7.: Annahme der Weimarer Verfassung in Deutschland	
1920	10.1.: Versailler Vertrag tritt in Kraft	N. Bucharin: Ökonomik d. Transformationsperiode.
1921	21.2.: Rote Armee dringt in Georgien ein	
1922	Gründung der UdSSR	31.8.: 160 Intellektuelle aus Rußland ausgewiesen
1923	Okt.: KPD-Aufstand in Hamburg, Nov.: Hitler-Putsch	G. Lukács: Geschichte und Klassenbewußtsein
1924	Febr.: Anerkennung der UdSSR durch Italien, Großbritannien	J. Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus

Kondratieff-Zyklus 1898-1952		
Jahr	Natur und Technik	Wirtschaft
1925	Fischer-Tropsch-Verfahren: Treibstoff-synthese	Bau von Hinterhöfen in Berlin untersagt
Eintritt in die zyklische Depression		
1926	16.3.: Erste Flüssigtreibstoffrakete (God-dard)	
1927	Erster Alleinflug über Atlantik (Lind-bergh)	21.4.: Carta del Lavoro in Italien beschlossen
1928	Geiger-Müller-Zählrohr erfunden	15.1.-6.2.: Stalin in Sibirien (2 Mill t Getreide fehlen)
1929	Riesenflugboot DO X mit 158 Fluggästen	24.10.: Börsenkrach in New York; Weltwirtschaftskrise beginnt
1930	Erster Analogrechner (MIT, Massachusetts)	3.1.: Liquidation der „Kulaken als Klasse“ staatlich verordnet
1931	Erstes Elektronenmikroskop	Großbritannien gibt den Goldstandard auf
1932	Radiowellen aus dem Weltall beobachtet	9.7.: Ende der deutschen Reparationszah-lungen beschlossen
1933	Erste Autoreifen aus Buna	15.3.: Getreiderequirierung in der Ukraine beendet (Hunger)
1934	Atomkernvergrößerung gelingt (Joliot-Curie)	31.1.: Dollar um 59,6% abgewertet
1935	Nylonsynthese gelingt (Carothers)	Bau des Hoover-Staudamms zur Über-windung der Krise
1936	Agfacolor-Farbfilm entwickelt (Koslowsky)	Der Goldstandard ist allgemein aufgege-ben
1937	6.5.: Luftschiffkatastrophe in Lakehurst, USA	
1938	Urankernspaltung (Hahn, Straßmann)	Das Deutsche Reich hat 42 Mrd. RM Schulden
Eintritt in die zyklische Erholung		
1939	Erstes Düsenflugzeug (Heinkel)	Sept.: Volkswagenwerk ist errichtet
1940	Radaranlagen eingesetzt	Arbeitsgesetze der UdSSR, verbieten persönliche Kündigung
1941	Programmgesteuerter Rechner Z 3 (Zuse)	11.3.: US-Senat nimmt Leih- und Pacht-gesetz an
1942	3.10.: Rakete A 4 steigt auf 90 km Höhe	Bis Januar: 1523 Industriebetriebe in SU nach Osten verlegt
1943		18.2.: „Totaler Krieg“ in Deutschland verkündet
1944	Programmgest. Computer MARK I (USA)	Konferenz von Bretton Woods: Dollar als internationale Leitwährung
1945	6./9.8: Atombombenabwürfe	
1946	Atomuhr erfunden (Libby)	1.-18.3.: Gründungssitzung der Weltbank
1947	Flugzeug erreicht Überschallgeschwindigkeit	5.6.: Marshall-Plan vorgeschlagen
1948	IBM 604, erster lochkartengesteuerter Rechner	20.6.: Währungsreform in Westdeutsch-land
1949	23.9.: USA teilen sowj. Atombombenex-plosion mit	25.1.: Gründung des RGW
1950		Europa hat 576 Mill. Einwohner

Kondratieff-Zyklus 1898-1952		
Jahr	Politik	Kultur und Wissenschaft
1925	Hindenburg wird Reichspräsident	W. Heisenberg: Quantenmechanik
Eintritt in die zyklische Depression		
1926	Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund	E. Schrödinger: Wellenmechanik
1927	Dez.: Ausschluß der Opposition aus der KPR (B)	22.12.: Bechterew diagnostiziert Stalins Paranoia und stirbt 2 Tage später
1928	27.8.: Briand-Kellog-Pakt (Kriegsächtung) unterzeichnet	
1929	20.1.: Trotzki aus der UdSSR ausgewiesen	27.12.: Rede Stalins vor Agrarwissenschaftlern
1930	27.3.: SPD-Minister scheiden aus dt. Regierung aus	3.9.: Mitteilung zur Verhaftung von Ökonomen
1931	18.9.: Japan beginnt Besetzung der Mandschurei	13.3.: GPU besetzt Marx-Engels-Institut
1932	30.5.: H. Brüning tritt zurück	
1933	30.1.: Hitler wird deutscher Reichskanzler	10.5.: Öffentliche Bücherverbrennung in Deutschland.
1934	30.6.: Ermordung Röhm's; 1.12.: Ermordung Kirows	K. R. Popper: Logik der Forschung
1935	3.10.: Italienischer Überfall auf Äthiopien beginnt	
1936	18.7.: Beginn des spanischen Bürgerkriegs	J. Keynes: General Theory ...
1937	Moskauer Prozesse (1936-1938)	H. Pirenne: Mahomet et Charlemagne
1938	29. 9.: Münchener Abkommen	Sept.: Geschichte d. KPdSU(B). Kurzer Lehrgang
Eintritt in die zyklische Erholung		
1939	1.9.: Zweiter Weltkrieg beginnt; 17.9.: Rote Armee in Polen	16. 5.: I. Babel verhaftet
1940	22.6.: Waffenstillstand von Compiègne	20.8.: Attentat auf Trotzki
1941	22.6.: Deutschland überfällt UdSSR, Japan die USA am 7.12.	29.6.-26.8.: G. Lukács in SU inhaftiert
1942	Okt./Nov.: Gegenoffensiven bei El-Alamein u. Stalingrad	Schumpeter: Capitalism, Socialism...
1943	Sept.: Italienische Kapitulation	9.9.: Wahl eines Patriarchen von Moskau
1944	20.7.: Attentat auf Hitler	K. Polanyi: The Great Transformation
1945	8.5.: Deutsche Kapitulation; 2.9.: Japanische Kapitulation	8.7.: Gründung des Kulturbundes
1946	21./22.4.: Gründung der SED; 6.9.: Byrnes-Rede in Stuttgart	
1947	Indien wird Dominion; Sept.: Kominformbüro gebildet	M. Merleau-Ponty: Humanisme et terreur
1948	Mai: Stalin weist Berija an, „Titoisten“ zu finden	4.12.: Freie Universität Berlin eröffnet
1949	1.10.: Gründung der VR China; 7.10. Gründung der DDR	24.5.: E. Blochs Antrittsvorlesung in Leipzig
1950	Indien wird unabhängige Republik; 25.5.: Korea-Krieg beginnt	
1951	23.5.: Die VR China gliedert Tibet ein	Philos. Fachstudium in der DDR beginnt

Kondratieff-Zyklus 1898-1952		
Jahr	Natur und Technik	Wirtschaft
1951	Brutreaktor in Arco liefert elektrische Energie	18. 4.: Montanunionvertrag; Iran verstaatlicht AIOC
1952	1.11.: Wasserstoffbombentest (Eniwetok-Atoll)	16.5.: Lastenausgleichsgesetz in der BRD

Kondratieff-Zyklus 1953-2007		
Jahr	Natur und Technik	Wirtschaft
Eintritt in die zyklische Prosperität		
1953	Neutrinos entdeckt	28.5.: Verordnung über erhöhte Arbeitsnormen in der DDR
1954	Juni: Erstes KKW am Netz (UdSSR)	1.1.: UdSSR verzichtet auf Reparationen
1955	19.3.: Erster Transistorrechner (USA)	Bildung der EWG in Messina beschlossen
1956	17. 10.: Brit. Atomkraftwerk Calder Hall in Betr.	25.4.: Arbeiter der UdSSR erhalten wieder Kündigungsrecht
1957	4.10.: Start des Sputnik	25.3.: Verträge über EWG u. Euratom in Rom unterzeichnet
1958	31.1.: Erster US-Satellit im Orbit	Erstmals mehr Passagiere im Flugzeug als im Schiff
1959	Erstes Nuklearschiff im Dienst (Eisbrech. Lenin)	In der BRD beginnt Ausgabe von Volksaktien
1960	9.1.: Bau des Assuan-Staudamms beginnt	Aug.: Sowjetische Spezialisten verlassen die VR China
1961	12.4.: J. Gagarin umkreist die Erde in 108 min	2.3.: DM-Aufwertung um 4,75%
1962	Erste Anwendung der Lasertechnik	28.5.: Größter Kurssturz in New York seit 1929
1963	Erster Industrieroboter (USA)	Juli: DDR-Ministerrat verabschiedet NÖSPL-Richtlinien
1964	Erste elektrische Schreibmaschine (IBM)	1.4.: Grotewohl ordnet Valuta-Unternehmen an (KoKo)
1965	16.7.: Mont-Blanc-Tunnel eröffnet	Drastische Reduktion des Dollarsilbergehalts
1966	3.2.: LUNA 9 landet weich auf dem Mond	EWG-Ministerrat einigt sich über Agrarpolitik-
Eintritt in die zyklische Rezession		
1967	4.12.: Gezeitenkraftwerk in St. Malo in Betrieb	14.2.: „Konzertierte Aktion“ beginnt in der BRD
1968	4. Computergeneration (Monolith-Technik)	1968/69 führt IWF Sonderziehungsrechte ein: 1 SRZ = 0,888671 g Feingold
1969	20./21.7.: E. Aldrin u. N. Armstrong landen auf dem Mond	
1970	21.7.70: Assuan-Staudamm fertig	
1971	Erste Mikroprozessoren (USA)	US-Präsident stoppt Goldeintausch des Dollars
1972	Apollo 17 – letzte bemannte US-Raumfahrt	Beitritt Großbritanniens, Dänemarks, Irlands zur EG vereinb.
1973	Erstes Solarhaus (USA)	Winter 1973/74: Energiekrise durch Rohölpreiserhöhung
1974		

Kondratieff-Zyklus 1898-1952		
Jahr	Politik	Kultur und Wissenschaft
1952	Juli: „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR beschlossen	W. Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik
Übergang in den folgenden Kondratieffzyklus		

Kondratieff-Zyklus 1953-2007		
Jahr	Politik	Kultur und Wissenschaft
Eintritt in die zyklische Prosperität		
1953	17.6.: Massenstreiks und Ausnahmezustand in der DDR	Watson-Crick-Modell der DNS-Struktur
1954	23.10.: Deutschlandvertrag unterzeichnet	G. Lukács: Die Zerstörung der Vernunft
1955	Genfer Gipfelkonferenz: Deutsche Spaltung dauerhaft	E. Bloch wird Mitglied der DAW
1956	Kominformbüro-Auflösung; Okt./Nov.: Aufstand in Ungarn	29.11.: Verhaftung W. Harichs
1957	Juni: Ausschluß Molotows u. a. aus KPdSU-ZK	1957 -1958: Prozeßwelle gegen Intellektuelle in der DDR
1958	1.6.: De Gaulle übernimmt französische Regierung	
1959	8.1.: F. Castro zieht in Havanna ein	Erste Bitterfelder Konferenz
1960	Das „afrikanische Jahr“ (Entkolonialisierung)	J.-P. Sartre: Critique de la raison dialectique
1961	13.8.: Abschließung der DDR-Grenzen	E. Bloch kehrt nicht in die DDR zurück
1962	Kuba-Krise	6.5.: II. Vatikanisches Konzil eröffnet
1963	15.10.: Rücktritt Adenauers	E. Bahr: Wandel durch Annäherung (Tutzing)
1964	Okt.: Chruschtschow durch Breshnew ersetzt	18.12.: W. Harich freigelassen
1965	7.2.: Zweiter Vietnamkrieg beginnt	Sept.: „proletar. Kulturrevolution“ in China beginnt
1966	1.12.: Große Koalition in Bonn beginnt	R. Havemann aus AdW der DDR ausgeschlossen
Eintritt in die zyklische Rezession		
1967	Juni: Israelisch-arabischer 6-Tage-Krieg	W. Kamlah/P.Lorenzen: Logische Propädeutik
1968	21.8.: Intervention in der CSSR	Höhepunkt der internat. Studentenbewegung
1969	21.10.: Sozial-liberale Koalition in Bonn beginnt	3. Hochschulreform in der DDR
1970	Treffen Brandt-Stoph in Erfurt und Kassel	A. Bródy: Prices, Proportions and Planning
1971	3.5.: Honecker ersetzt Ulbricht in der SED-Führung	M. Eigen: Selforganization of Matter ...
1972	Juli: Ausweisung sowj. Militärberater aus Ägypten	W. Schulz: Philosophie in d. veränderten Welt
1973	18.9.: Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO	M. Finley: The Ancient Economy
1974	25.4.: Militäraufstand in Portugal	13.2.: A. Solschenizyn ausgebürgert
1975	30.4.: Kapitulation Südvietnams; 1.8.: KSZE-Akte unterzeich.	G. Mensch: Das technologische Patt

Kondratieff-Zyklus 1953-2007		
Jahr	Natur und Technik	Wirtschaft
1975	15.7.: Apollo-Sojus-Unternehmen	30.1.: 1,15 Mill. Arbeitslose in der BRD (über 5%-Grenze)
1976	21.1.: Concorde startet zum ersten Linienflug	25.6.: Arbeiterunruhen in Polen wegen Preiserhöhung zur Kreditbedienung
1977	Neutronenbombe ist entwickelt (USA)	
1978		1.1.: EG-Vollmitgliedschaft GB, DK u. Irland
1979	23.3.: Nuklear-Unfall bei Harrisburg (US)	28.6.: OPEC erhöht Erdölpreis um 15%
1980	Hochdruckdampfturbine	Polen u. Rumänien sind zahlungsunfähig (Kreditkrise)
Eintritt in die zyklische Depression		
1981	Febr.: Franks. TGV-Zug erreicht 380 km/h	1.1.: Griechenland wird 10. EG-Mitglied
1982	Verdünnung der Ozonschicht in Japan gemessen	
1983	3.1.: Fa. Apple stellt PC Lisa vor	Der Kunststoffverbrauch übertrifft erstmals den des Eisens
1984		BRD-Regierung bürgt für 950 Mill. DM-Kredit an DDR
1985	Mai: Ozonloch über Südpol beschrieben	13.2.: 1\$ = 3,278 DM (höchster Stand der DM seit 1971)
1986	28.1.: Challenger-Katastrophe; 25./26. 4.: GAU in Tschernobyl	1.1.: Spanien und Portugal sind EG-Mitglieder
1987		Auf der Erde leben 5 Mrd. Menschen
1988		Mai: G. Schürers Reformvorschläge von G. Mittag abgelehnt
1989	7.4.: Atom-U-Boot Komsomolez sinkt vor Norwegens Küste auf 2000 m Tiefe	24.10.: Schürers „ungeschminkte Analyse“ (49 Mrd. VM)
1990		1.7.: Währungs-, Wirtschafts- u. Sozialunion in Deutschland.
1991		Juni: Auflösung des RGW
1992		16.9.: GB verläßt Wechselverbund des EWS
1993	20.6.: Erster Testzug aus Frankreich erreicht durch den Kanaltunnel England	Aug.: Von 9,8 Mill. DDR-Beschäftigt. noch 6,2 Mill. beschäftigt.
Eintritt in die zyklische Erholung		
1994		31.12.: Ende der Treuhand
1995	20.6.: Shell verzichtet auf Versenkung der Brent Spar	19.4.: 1\$ = 1,362 DM (bisher höchster Stand der DM)
1996		EU-Stabilitätspakt zur Einführung des Euro beschlossen

Kondratieff-Zyklus 1953-2007		
Jahr	Politik	Kultur und Wissenschaft
1976	2.7.: Wiedervereinigung Vietnams als SRV	16.11.: W. Biermann aus DDR ausgebürgert
1977	27.6.: Freie Parlamentswahlen in Spanien	L. Kolakowski: Hauptströmungen des Marxismus.
1978	25.12.: Vietnamesischer Einmarsch in Kambodscha beginnt	30.6.: R. Bahro zu 8 Jahren Haft verurteilt
1979	26./27.12.: Sowjetischer Einmarsch in Afghanistan beginnt	F. Braudel: Civilisation matérielle, économie ...
1980	Febr.: Sturz des Schahregimes im Iran	-
Eintritt in die zyklische Depression		
1981	13.12.: Kriegsrecht in Polen verhängt	KPI stellt Fehlentwicklung in der UdSSR fest
1982	1.10.: H. Kohl (CDU) wird Bundeskanzler	
1983	23.11.: Aufstellung der Pershing-Raketen in der BRD beginnt	P. Sloterdijk: Kritik der zynischen Vernunft
1984	19.12.: Rückgabe Hongkongs an China vereinbart	
1985	12.3.: Gorbatschow wird Generalsekretär des KPdSU-ZK	
1986	Okt.: Gorbatschow-Reagan-Treffen in Reykjavik	6.5.: Kulturabkommen DDR-BRD unterzeichnet
1987	Sept.: Honecker in Bonn	16.7.: 15 Ökonomen in der SU rehabilitiert
1988	15.5.: Sowjetarmee beginnt Abzug aus Afghanistan	Bucharin, Sinowjew u. a. rehabilitiert
1989	9.11.: Maueröffnung in Berlin	Nov.: Letzter DDR-Philosophie-Kongreß
1990	3.10.: Beitritt der DDR zur Bundesrepublik	3.7.: „Kamingespräch“ der dt. Wissenschaftsminister
1991	19./21. 8.: Putsch in Moskau; 25.12.: Auflösung der UdSSR	31.12.: Ende der DDR-AdW-Institute
1992	7.4.: Krieg in Bosnien beginnt; 31.12.: Auflösung der CSFR	14.10.: Polnischer Präsident erhält Katyn-Akte
1993	12.4.: Erster NATO-Kampfeinsatz in Bosnien	
Eintritt in die zyklische Erholung		
1994	27.4.: Ende der Apartheid in Südafrika	Neugründung der Universität Erfurt
1995	12.10.: Waffenstillstand in Bosnien	
1996	31.8.: A. Lebed erklärt Krieg in Tschetschenien als beendet	31.12.: Ende des (DDR)-Wissenschaftler-Integrations-Programms

Neue Unübersichtlichkeit und altes Wissen¹

Summiert man die öffentlich artikulierten Ansichten über die sozialökonomische Situation, in der wir uns gegenwärtig befinden, muß man wohl konstatieren, daß wir uns einer, mit Habermas zu reden, neuen Unübersichtlichkeit gegenübersehen. Wie die mehr als vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland wieder bezahlte Arbeit finden können, ist das überragende, dringende Problem. Gesucht werden halbwegs begründete Annahmen über die Zukunft, die eine entsprechende Wirtschaftspolitik akzeptabel erscheinen lassen. Die bislang gescheiterte Steuerreform signalisiert die Unvereinbarkeit der durch Regierung und Opposition unterstellten Positionen, hier die „Angebotseite“ zu entlasten, dort die „Nachfrageseite“ zu stärken – Positionen, die ihre Herkunft aus dem neoklassischen Gleichgewichtsmodell nicht verleugnen. Geboten werden aber auch häufig genug düstere Szenarien, die das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ ausmalen oder den ökologischen Kollaps beschwören. „Kapitalismus pur“, „Brutalkapital“, „Beton-Kapitalismus“ einerseits und „Globalisierung“ und „wirtschaftliche Standortkonkurrenz der Nationen“ sind gängige Schlagworte zur Bezeichnung der gegenwärtigen Tendenz der Wirtschaftsentwicklung, die nach dem Zusammenbruch des europäischen Kommunismus 1989/91 freie Fahrt erhalten haben soll. „Der Kapitalismus droht den Planeten zu zerstören“, diagnostiziert José Lutzenberger. „Die Krise des Kapitalismus ist ein schauriger Erfolg des Sozialismus“, konstatiert Yung Chul Park. Zitate solcher Art können fast beliebig aneinandergefügt werden. Begründungen der in ihnen präsentierten Vorstellungen findet man selten. Nur zu oft ist das Sonderinteresse deutlich, das ihnen zugrunde liegt – und die Ideologie, die zu allem ein Patentrezept hat.

Ist es möglich, jenseits beider einen Standort für das ökonomische Erkennen zu finden, der eine sachliche Beurteilung erlaubt? Soweit ich das beurteilen kann, ist er mit Schumpeters Konzept einer Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 1911 erstmals publiziert, 1939 umfassend unter Wahrnehmung der Wirtschaftsgeschichte seit Beginn der industriellen Revolution dargestellt und seit 1961 unter dem Titel „Konjunkturzyklen“ auch in deutscher Sprache zugänglich, vorgegeben. Unterstellen wir diese Theorie, so ist die Diagnose der Wirtschaftslage, in der wir uns befinden, ziemlich unmißverständlich: Wir haben weltwirtschaftlich um die Wende 1993/94 den Tiefpunkt der Depressionsphase des vierten Kondratieff erreicht und realisieren seit dem Frühjahr

¹ Erstveröffentlichung unter dem von der Redaktion gewählten Titel „Der Kondratieff-Zyklus schwingt ins Jahr 2007“ und dem Untertitel „Lange Wellen der Wirtschaftsentwicklung. Jenseits gängiger Deutungsmuster eröffnet das Werk Joseph Alois Schumpeters eine erstaunliche Perspektive auf vergangene, gegenwärtige und künftige Zyklen der Ökonomie“, in: *Freitag*, 33, 8. August 1997, Seite 6. Die redaktionellen Zusätze und Schlagzeilen wurden nicht übernommen. (Die Herausgeber)

1994 seine Erholungsphase, eine Anstrengung, die weit in das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends hineinreichen wird. Wenn die gegenwärtige Wirtschaftsentwicklung die regelmäßige Folge der Kondratieffzyklen nicht durchbricht oder aufhebt, sind die ersten Anzeichen der Prosperitätsphase des fünften Kondratieff um die Mitte des nächsten Jahrzehnts zu erwarten.

Die Rechtfertigung für diese Feststellung liegt natürlich in der Annahme der Schumpeter-Kondratieff-Lehre. Von einer solchen Annahme kann in der gegenwärtigen Ökonomie kaum die Rede sein. Viele Ökonomen versichern vehement, keine „Langen Wellen“ (wie die Kondratieffzyklen auch genannt werden) wahrnehmen zu können. Die Gründe dieser Verweigerung sind vielfältig. Sie reichen von Zweifeln an der statistischen Bestimmtheit der entsprechenden ökonomischen Größen und Kennzahlen bis zu wirtschaftsphilosophischen Grundansichten über die Freiheit des menschlichen Verhaltens. Ich lasse sie hier dahingestellt und möchte vielmehr betonen, daß keine ökonomische (und auch sonstige) Theorie ohne axiomatische Voraussetzungen gebildet werden kann. Die Axiome (Grundannahmen) einer Theorie werden gewählt, nicht bewiesen und sind daher Gegenstand der Bejahung oder Verneinung, die ihrerseits nicht mehr innertheoretisch begründet werden können. Die einzige Legitimation, die Grundannahmen haben können, ist die Gültigkeit der Folgerungen, die sich aus ihnen ergeben. Stimmen sie mit den Wirtschaftstatsachen hinreichend überein oder nicht? Das ist die zu beantwortende Frage, die über die Annehmbarkeit der Schumpeter-Kondratieff-Lehre entscheidet. Und sollte es eine Theorie geben, die uns dieselben Tatsachen besser erklärt, so mag sie uns willkommen sein. Bis dato ist sie jedoch nicht auszumachen.

Die wesentliche Vorstellung, die wir nach Schumpeters Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung für die Erklärung der Kondratieffzyklen verwenden, ist die vom schubweisen Auftreten ökonomischer Neuerungen in ihrer Prosperitätsphase, von G. Mensch auch „Basisinnovationen“ genannt. Sie führen mit der Anspannung des Kreditvolumens zu Preissteigerungen, die jedoch mit der Durchsetzung im Weltmarkt und der anschließenden Rückzahlung wieder abgebaut werden. Die Konsequenz dieser Durchsetzung ist die negative Selektion der nunmehr unrentabel werdenden Unternehmen, die massiv in der Depressionsphase stattfindet. Sie ist mit einer Massenarbeitslosigkeit gekoppelt, welche ihrerseits die wegen des Produktivitätsfortschritts überflüssig gewordenen gesellschaftlichen Arbeitsarten reflektiert. Die bekannte Redeweise von der „strukturellen Arbeitslosigkeit“ meint eben diesen Sachverhalt, wenn sie in der Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung verstanden wird. Es handelt sich darum, daß Basisinnovationen die bisherige Struktur des ökonomischen Systems (der Weltwirtschaft) aufbrechen und eine Reorganisation der Austauschverhältnisse erzwingen. Die Arbeitslosigkeit hat also ihre eigentliche Ursache in der ökonomischen Neuerung wie in der durch sie erzwungenen Rationalisierung. Wollten wir die Arbeitslosigkeit absolut ausschließen, hätten wir nur die einzige Möglichkeit, einen universellen Weltstaat zu errichten, dessen Caesar – wie einst im römischen Imperium

– Neuerungen verbieten und Neuerer bestrafen müßte. Diese Strategie hätte das Privateigentum am Produktivvermögen zu beseitigen und alle Produzenten unter Kontrolle zu halten. Sie garantierte, daß alles beim Alten bliebe, falls die Naturressourcen der Arbeit unerschöpflich wären; andernfalls wäre der Untergang eines solchen Imperiums ebenso sicher wie der des römischen in der Antike oder der des kommunistischen in der Gegenwart. Mit anderen Worten: Wer den ökonomischen Fortschritt namens der physischen Erhaltung einer wachsenden Bevölkerung will, kann das zyklische Auftreten von Massenarbeitslosigkeit nicht vermeiden. Eine sehr andere Frage ist, mit welchen wirtschaftspolitischen Mitteln diesem Phänomen begegnet werden kann. Und es versteht sich ebenfalls, daß diese Mittel je nachdem verschieden sein werden, ob die zyklisch auftretende Massenarbeitslosigkeit als „Krankheit“ des bestehenden Wirtschaftssystems oder als Ergebnis falscher Wirtschaftspolitik oder als Ausdruck eines sonstigen Mangels gedeutet wird. In der Theorie der Wirtschaftsentwicklung ist sie jedenfalls als ökonomische Konsequenz der Neuerung selbst gedacht.

Nikolaj D. Kondratieffs Identifikation der „langen Wellen der Konjunktur“ ist im Dezember 1926 im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (Bd. 56, Nr. 3) in deutscher Sprache veröffentlicht worden. Der Autor hat seine Wahrnehmung als weiteren „Typ ökonomischer Zyklen“ mit „einer Durchschnittslänge von etwa 50 Jahren“ den Juglarzyklen (8 – 10 Jahre) und den Kitchinzyklen (3 – 4 Jahre) mit der Feststellung hinzugefügt, daß auf diese Weise „das Problem der Wirtschaftsdynamik sehr kompliziert wird“. Schumpeter hat Kondratieffs Erkenntnis in sein Konzept integriert und mit einem Schema der Überlagerung dieser drei Wellenbewegungen operiert. Fügt man die Kuznetszyklen (18 – 19 Jahre) hinzu, so besteht keine Schwierigkeit, mit einem Schema der Überlagerung von vier unterscheidbaren Wellenbewegungen theoretisch umzugehen. Die Annahme eines solchen Schemas wird plausibel, wenn man die Weltwirtschaft als ein Austauschsystem voraussetzt, das als System Schwingungen realisiert. Nicht daß ein System schwingt, ist das Problem, sondern welche seiner Schwingungen für die Erkenntnis am besten auszuwählen sind. Und nach mehr als einem Jahrhundert wirtschaftstheoretischer Zyklenanalyse ist es gewiß nicht unzumutbar, Kondratieffs Determination als Bestimmung der Grundschwingung dieses Austauschsystems anzunehmen. Viele wirtschaftshistorische Arbeiten deuten daraufhin, daß der Kondratieffzyklus auch im Mittelalter festgestellt werden kann (F. Braudel hat ihn in seiner „Sozialgeschichte des 15.–18. Jahrhunderts“ als gegeben angenommen). Auch für die griechisch-römische Antike darf er in Rechnung gestellt werden. Mit anderen Worten: Der Kondratieffzyklus charakterisiert das Weltwirtschaftssystem ziemlich unabhängig von Formationsänderungen. Zu seiner Existenz ist allein der Weltmarkt als internationales Tauschsystem gefordert, welchen Grad seiner Ausbildung es auch immer erreicht haben mag. Ob zu den Teilnehmern dieses Systems nun nur Gemeinwesen oder auch Personen wie Personen- und Aktiengesellschaften gehören, macht hinsichtlich

der Existenz des Kondratieffzyklus keinen Unterschied. Nur die Liquidation des internationalen Austauschs könnte sein Dasein beenden.

Schumpeter hat mit der Identifikation des „bürgerlichen Kondratieff“ zwischen 1843 und 1897 einschließlich nach meinem Dafürhalten eine Standarddauer präsentiert, die man als – zugegeben – „spekulative“ Annahme beurteilen mag. Die „Spekulation“ wird weniger hart, wenn man bedenkt, daß die so vorgestellten 55 Jahre gerade die Dauer zweier Generationen umfassen, wie wir aus biologischen Gründen wissen. Dieser Zusammenhang ist natürlich ökonomisch bedeutungsvoll, weil menschliche Produktivkräfte nicht in die Wiege gelegt werden, sondern durch Ausbildung und Qualifikation von einer auf die nächstfolgende Generation übertragen werden müssen. Untersucht man, mit welchem Alter Menschen zur Lehre bei Heranwachsenden zugelassen werden, wird man im allgemeinen gerade die biologische Generationsdauer (25 – 30 Jahre) finden (in mittelalterlichen Zünften ist sie Meistern sogar verordnet worden). Unter diesem anthropologischen Gesichtspunkt ist es denkbar, den Versuch zu unternehmen, mit der angenommenen Konstanz der Kondratieffdauer die zeitliche Ordnung der Wirtschaftsgeschichte – wie der menschlichen Geschichte überhaupt – vorzugeben, um dann zu prüfen, ob die wirkliche Historie diese Zeitordnung näherungsweise realisiert. Das kann jeder für sich selbst betreiben. Nach meiner Sicht der Dinge ist das jedenfalls seit Beginn der antiken Weltwirtschaft (eröffnet durch den Übergang zur Münzprägung zwischen 640 und 630 v. d. Z.) in der Tat so.

Die Annahme von der Konstanz der Kondratieffdauer nach dem Schumpeterstandard bedeutet, daß der vierte Kondratieff (der erste umfaßt die erste Phase der industriellen Revolution von 1788 bis 1842 einschließlich) 1953 begonnen hat und im Jahre 2007 enden wird. Wer diese Annahme nicht teilt, aber Kondratieffs Erkenntnis nichtsdestoweniger akzeptiert, wird andere Dauern präsentieren (wie z. B. Leo A. Nefiodow, der den 4. Kondratieff in der Zeit zwischen 1950 und 1990 realisiert sieht, vgl. seine Arbeit „Der sechste Kondratieff - Wege zur Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information“, Sankt Augustin: 1997). Schauen wir uns aber die tatsächliche Wirtschaftsentwicklung an, so gibt es gute Gründe, die konstante Periodisierung beizubehalten. Nach ihr war der Eintritt in die Depressionsphase 1980 zu erwarten. Und wie zur Legitimation der Einsicht Kondratieffs sind denn auch prompt Polens Werftarbeiter im Juli 1980 in den Streik getreten – mit den heute jedermann bekannten Folgen der Liquidation der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa als eines konkurrenzunfähigen Systems vor dem Tiefpunkt der Depression 1989/91. Die internationale Bindung dieses nun ausrangierten Systems war durch die enorme Verschuldung gegeben, der die polnische Regierung durch Preiserhöhungen im Inneren entgegenzutreten versuchte, um eben dadurch den Protest der Arbeiterschaft hervorzurufen. Zwischen 1970 und 1981 stieg die Verschuldung der europäischen RGW-Länder um das Elffache (der DDR hinterließ Ulbricht 2 Mrd. DM Schulden, ein vergleichsweise harmloser Effekt im Vergleich zur Wirkung Honeckers

und Mittags, die im Oktober 1989 nach Schürers „ungeschminkter“ Analyse der ökonomischen Lage der DDR – seit 1983 unter entschiedener Mithilfe Strauß’ und der Bundesregierung – zu einer Verschuldung von 49 Mrd. DM geführt hatte). Die Bereitschaft westeuropäischer Banken, den kommunistischen Gegner zu kreditieren, war natürlich das Ergebnis der Geldanlagesuche in der Rezessionsphase (1966 – 1980) unter Voraussetzung des „Wirtschaftswunders“ der fünfziger und sechziger Jahre, d. h. der Prosperitätsphase des 4. Kondratieff (1953 – 1966). Die Bereitschaft, umgekehrt der kommunistischen Führer, vom „kapitalistischen Mehrwert“ via Kreditnahme ungescheuten Gebrauch zu machen, war Ausdruck der selbst erzeugten Investitionsschwäche wie der Tatsache, daß jenseits aller Ideologie der Weltmarkt auch für die kommunistischen Führungen anerkanntes und unhintergebares Entwicklungspotential geblieben war.

Daß die Depression des 4. Kondratieff den osteuropäischen Kommunismus treffen würde, war für Theoretiker der ökonomischen Entwicklung etwa seit Mitte der siebziger Jahre kein Mysterium, sondern eine zunehmend wahrscheinlichere Möglichkeit. Selbstverständlich konnten sie keine Vorstellungen über den konkreten politischen Verlauf des Desasters präsentieren. Aber der Verfall der ökonomischen Substanz konnte in Augenschein genommen werden, die Verschuldung war im wesentlichen gut bekannt, die Absatzschwierigkeiten z. B. des DDR-Maschinenbaus pfliffen die Spatzen von allen Dächern. Daß dann die „Wende“ als unvorhergesehene Überraschung – als „Wahnsinn“ – im öffentlichen Bewußtsein reflektiert wurde, kann nur für den Ausdruck der ökonomischen Inkompetenz bzw. Ignoranz in eben dieser Reflexion gehalten werden. Es wäre vernünftig, diese Ignoranz zu beenden.

Ich sehe bisher keinen ernsthaften Grund für die Annahme, daß die bisherige Regel der Kondratieffabfolge in der internationalen Wirtschaftsentwicklung in Frage gestellt wird. Die gegenwärtige Massenarbeitslosigkeit ist kein neuartiges Phänomen solcher Art, daß Prognosen über ein „Ende der Arbeitsgesellschaft“ ernsthaft in Rechnung gestellt werden müßten. Man vergleiche nur die Lage deutscher Arbeitsloser während der Weltwirtschaftskrise 1929 – 1933 mit der gegenwärtigen. Wem das zu wenig ist, sei auf die Jahre der „großen Depression“ 1873 – 1892 verwiesen, in denen die Auswanderung vornehmlich in die USA die Reaktion auf die aktuelle Perspektivlosigkeit in der Heimat gewesen ist. Weitere Rückgänge in die Geschichte sind zu empfehlen, wenn auch dieser Hinweis als ungenügend erscheint. Freilich muß immer zugestanden werden, daß alle Anwendung entwicklungstheoretischer Vorstellungen auf die aktuelle Situation mit dem Vorbehalt auf die endliche Gültigkeit unserer Erfahrungen versehen sind. Gegen das Argument: Es kann auch immer ganz anders kommen, gibt es keinen logisch verteidigbaren Einwand. Wir sind verurteilt, uns mit gegebenem Wissen auf nicht gegebene Situationen einzustellen und haben keine andere Wahl als die, sorgfältig zu prüfen, ob in der Gegenwart Tendenzen sichtbar werden, die wir bisher nicht erkannt haben. Hysterische Beschwörungen einer bevorstehenden Apokalypse sind da

wenig hilfreich. Sie vertiefen nur die unvermeidliche Depression zur scheinbar aussichtslosen Krise.

Wenn es nun so ist, daß wir uns im Beginn der Erholungsphase der 4. Kondratieff befinden, so ist die Schlußfolgerung für eine vernünftige Wirtschaftspolitik zunächst und vor allem die, sich insbesondere um die Etablierung von Basisinnovationen zu bemühen, die einen neuen Aufschwung tragen können. Dafür ist die langfristig geplante Unterhaltung von Wissenschaft und Forschung durch die Gemeinwesen (durch staatliche Finanzierung) unverzichtbar. Für sie ist nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und den damit verbundenen Abrüstungsschritten eine neue Lage eingetreten, auf die Lester C. Thurow aufmerksam gemacht hat: Der Rüstungswahn, so sehr er volkswirtschaftliches Vermögen vergeudete (die Bürger Rußlands etwa können ihren fehlenden Lebensstandard an den verrostenden Schiffen der Roten Flotte anschauen), war zugleich die Verhüllung langfristiger Investitionen (mit einer Dauer von 25 Jahren) z. B. in das Internet oder in die Biotechnologie, die nun so weit sind, privatwirtschaftlich rentabel genutzt werden zu können. Für solche Technologien sind also erfahrungsgemäß Investitionsdauern von der Größe eines halben Kondratieff typisch. Sie werden von keinem Privatunternehmen vorgenommen, das vielmehr mit Investitionsdauern von der Größe eines Kitchin, höchstens eines Juglar plant. Es ist daher auch kein Zufall, daß das Steigen oder Sinken der Ausgaben für Wissenschaft und Forschung in der Privatwirtschaft positiv mit dem Steigen oder Sinken der gleichen Ausgaben durch die Gemeinwesen korreliert, wie US-Forschungen gezeigt haben. Wir brauchen also dringend eine Umkehr der Tendenz der staatlichen Förderung von Wissenschaft und Forschung, die bisher fallend verläuft.

Weitere Schlußfolgerungen sind natürlich erforderlich, setzen aber einen Umfang voraus, den eine Wochenzeitung verständlicherweise nicht zugestehen kann.

Vom Problem der ökonomischen Messung und seiner möglichen Lösung¹

Daß die Ökonomie eine rechnende Wissenschaft ist, wird gegenwärtig als selbstverständlich zugestanden. Aber ist sie auch eine messende Wissenschaft? Der Intention der Ökonometrie nach zweifellos. Doch wäre diese Intention realisiert, dürften gängige Redeweisen wie „Messung des Werts durch die Arbeitszeit“ oder „durch die abstrakte Arbeit“ und viele andere nicht verwendet werden, weil sie in meßtheoretischer Sicht absurde Ausdrücke sind. Messen ist Vergleichen unter der Voraussetzung des Gebrauchs von Maßeinheiten, die die Qualitäten (Dimensionen) der Meßobjekte haben und für die Messenden darstellen. Meßbare Qualitäten sind diejenigen, für die Vergleichbarkeit der sie besitzenden Gegenstände besteht und die durch Fixierung von Maßeinheiten für die Wahrnehmung gegenständlich vorgestellt werden können. Eine Messung bezieht stets Dinge gleicher Qualität aufeinander, so daß Massen nur Massen, Längen nur Längen, Arbeiten nur Arbeiten etc. messen. Die darin zugrundeliegenden Maße sind zwar der Größe nach verschieden, aber nach ihrer Qualität identisch. Nach ihrer Qualität verschiedene Meßmittel und Meßobjekte werden nie in ein und derselben Messung aufeinander bezogen. Sie sind miteinander *unvergleichbar*. Demnach ist etwa eine Messung des Werts durch die Arbeitszeit eine ökonomisierende Imagination, der in der wirtschaftstheoretisch bestimmten Wirklichkeit nichts entspricht. Allerdings können meßbare Qualitäten miteinander *vereinbar* sein, so daß Qualitäts*verhältnisse* durch Messungen bestimmbar werden.

Allgemeine Feststellungen

Ist m_i das zu messende *Maß* eines isolierten Meßobjekts und $[m]$ das entsprechende *Einheitsmaß*, so wird das Ergebnis der Messung durch die Gleichung $m_i = \{m_i\} \cdot [m]$ angegeben, worin $\{m_i\}$ die *Größe* oder *bestimmte Quantität* des gemessenen Maßes ist. Die Maßgröße ist somit durch das Verhältnis des zu messenden Maßes zur Maßeinheit bestimmt: $\{m_i\} = m_i : [m]$. Produktbildung ($\cdot$) und Verhältnisbildung ($:$) sind die beiden Operationen, die in der Darstellung von Meßergebnissen unmittelbar gebraucht werden. Ihre Verwendungen bedingen sich wechselseitig, so daß die Interjunktion $m_i : [m] = \{m_i\} \leftrightarrow m_i = \{m_i\} \cdot [m]$ gilt. In der Mathematik spricht man von „Multiplikation“ und „Division“. Es ist jedoch zu bedenken, daß Maße keine Zahlen sind. Und da diese arithmetischen Operationen eben auf Zahlen, die Objekte der Arithmetik, angewandt werden, so ist es sinnvoll, die auf Maße angewandten Operationen terminologisch von ihnen zu unterscheiden. Das ist insbesondere für das Verständnis der Verhältnisbildung zwischen Maßen verschiedener Qualität wichtig. Wer etwa eine Geschwindigkeit mißt, teilt nicht eine Länge (l) durch eine Dauer (t),

¹ Erstveröffentlichung in: Elemente zur Kritik der Werttheorie, hrsg. v. F. u. G. Quaas. Frankfurt a. M.: Peter Lang 1997. S. 53–75 (Anmerkung der Herausgeber).

wenn er $v = l : t$ feststellt, sondern gibt das Verhältnis einer gemessenen Länge zu einer gemessenen Dauer entsprechend des definierten Begriffs der Geschwindigkeit an. Dieser kann durch $v =_{\text{df}} l : t = l \cdot t^{-1}$ definiert werden, wobei die Maßarten der Länge und der Dauer als undefinierte Grundvorstellungen im Rahmen der Längen- wie der Zeitmessung vorausgesetzt sind.

Die angegebene Ausdrucksweise geht auf die Arbeit von Julius Wallot zurück¹, der allerdings – in Anknüpfung an den üblichen Sprachgebrauch in der Physik, der für Messungen paradigmatischen Wissenschaft – nicht von „Maßen“, sondern von „Größen“ spricht. Den Begriff der Größe, der darin unterstellt ist, hat Hermann v. Helmholtz in seiner berühmten, noch immer fundierenden Arbeit bestimmt: „Objekte oder Attribute von Objekten, die, mit ähnlichen verglichen, den Unterschied des größer, gleich oder kleiner zulassen, nennen wir *Größen*. Können wir sie durch eine benannte Zahl ausdrücken, so nennen wir diese den *Wert* der Größe, das Verfahren, wodurch wir die benannte Zahl finden, *Messung* der Größe.“² Diese Begriffsbestimmung knüpft an die Vorstellung gegebener *Maßeinheiten* (zu unterscheiden von *Einheitsmaßen*) und ihrer Kopien an, die ihrerseits als zählbare Objekte wirklich vorliegen und zwar so, daß eine Messung auch als eine Zählung der in der Messung gebrauchten Kopien der Maßeinheit rekonstruiert werden kann. „Solche Objekte“, sagt daher v. Helmholtz, „die in irgendeiner bestimmten Beziehung gleich sind und gezählt werden, nennen wir die *Einheiten* der Zählung, die Anzahl derselben bezeichnen wir als eine *benannte Zahl*, die besondere Art der Einheiten, die sie zusammenfaßt, die *Benennung der Zahl*.“³ Auf diese Weise geschieht es, daß gemessene Maße – also Terme $\{m_i\} \cdot [m]$ – auch „benannte Zahlen“ genannt werden, womit das Messen, das Maße thematisiert, vom Zählen, das Zahlen betrifft, nach meiner Sicht nicht klar unterschieden wird.

Diese Unentschiedenheit hat zur Folge, die Messung als eine Zahlenzuordnung zu deuten, wie sie uns z. B. Rudolf Carnap anbietet, indem er sagt: „Wenn eine Messung ... ergibt, daß Herr Schmidt heute ein so und so großes Gewicht hat, ..., so besagt das, daß einer Dingschicht von Herrn Schmidt eine bestimmte Zahl als Wert einer bestimmten Größe zugeschrieben wird.“⁴ Abgesehen von der merkwürdigen Vorstellung, daß hier nicht das Gewicht des Herrn Schmidt, sondern das einer seiner „Dingschichten“ festgestellt werden soll, muß betont werden, daß eine Messung eine *Vergleichung* ist, die ein objektives Maß bestimmter Qualität (z. B. ein Gewicht im Unterschied zu einer Dauer oder einem Preis) mit einer subjektiv konstruierten

¹ J. Wallot: Größengleichungen, Einheiten und Dimensionen. 2. verb. Aufl. Leipzig 1957. Vgl. auch: G. Oberdorfer: Das Internationale Maßsystem und die Kritik seines Aufbaus. Leipzig 1969. W. Reichardt: Gleichungen in Naturwissenschaft und Technik. Leipzig 1983

² H. v. Helmholtz: Zählen und Messen, erkenntnistheoretisch betrachtet. In: Philosophische Aufsätze, E. Zeller zu seinem fünfzigjährigen Doktorjubiläum gewidmet. Leipzig 1887. Hier zitiert nach der Ausgabe: H. v. Helmholtz: Philosophische Vorträge und Aufsätze. Eingel. u. hrsg. v. H. Hörz u. S. Wollgast. Berlin 1971. S. 319

³ Ebd., S. 318–319

⁴ R. Carnap: Einführung in die symbolische Logik mit besonderer Berücksichtigung ihrer Anwendungen. Wien 1954. S. 144–145

Maßeinheit derselben Art in ein Verhältnis setzt, das selbst der Größe – bis auf den unterstellten Meßfehler – gleich ist. Dieses Verhältnis für sich ist nicht dimensionslos (und daher eine Zahl), sondern von der Dimension $[1]$. Sie wird durch jedes Verhältnis gleichartiger Maße bestimmt. Haben wir zwei größengleiche Maße m_{1i} und m_{2i} der Art i , so definiert ihr Verhältnis diese Einsdimension: $[1] = m_{1i} : m_{2i}$.¹ Werden größenverschiedene Maße derselben Art zueinander ins Verhältnis gesetzt, so ist die dadurch determinierte Größe diesem Verhältnis gleich und eben daher überhaupt Größe. Geht man in diesem Sinne zum Gebrauch der Einsdimension über, so wird aus dem Ausdruck

$$m_i : [m] = \{m_i\} \text{ der Ausdruck} \\ (\{m_i\} : 1) \cdot [1] = \{m_i\} \text{ bzw. } \{m_i\} \cdot [1] = \{m_i\} \cdot 1.$$

Der Term rechts des Gleichheitszeichens bedeutet nun gewiß eine Zahl. Und daher kann man durch Abstraktion den Begriff der Größe durch die Zahl $\{m_i\} \cdot 1$ repräsentieren. Dies ist wohl der Grund, Maße mit ihren Größen zu identifizieren und von den „Zahlenwerten der Größen“ zu sprechen. Demgegenüber sei hier festgehalten, daß die fraglichen Terme nur in den Gleichungen (Aussagen) nach ihrer Bedeutung bestimmt sind.

Der hier avisierte Gebrauch des Wortes *Größe* geht auf seine Verwendung in der Sprache der „Wissenschaft der Logik“ Hegels zurück, in der *Größe* dasselbe wie *Quantität* bedeutet und von *Qualität* (*Bestimmtheit*) wie *Maß* wohl unterschieden wird.² Daher schlage ich vor, Wallots Ausdrücke für die beiden Arten, Meßurteile auszudrücken:

- (1) $\frac{\text{Größe}}{\text{Einheit}} = \text{Zahlenwert der Größe,}$
- (2) $\text{Größe} = \text{Zahlenwert mal Einheit,}$

dadurch zu ersetzen, daß vielmehr „Maß = Größe mal Maßeinheit“ formuliert wird. In der Sprache der Hegelschen Seinslogik heißt das: „Maß = Quantität vereint mit Qualität“. Die Produktbildung ist eine Operation, die deutsch auch *Vereinigung* genannt werden kann – nicht zu verwechseln mit der *Vereinigung* etwa von Mengen oder Klassen.³ Es handelt sich dann in der Messung nicht darum, den Wert einer Größe festzustellen, sondern die Größe eines qualitativ bestimmten Maßes. Es versteht sich, daß die abstrakte Größe als Zahl aufgefaßt werden kann (worin die natürliche Zahl 1 die Einsdimension ersetzt).

¹ Vgl.: W. Reichardt: Gleichungen ... S. 23

² Vgl.: G. W. F. Hegel: Wissenschaft der Logik. Erster Teil. Hrsg. v. G. Lasson. Leipzig 1950. Allerdings sagt Hegel ebd.: „Unter dem Ausdruck *Größe* wird das *Quantum* ... verstanden, nicht die Quantität, weswegen wesentlich dieser Name aus der fremden Sprache gebraucht werden muß“ (S. 178). Das *Quantum* aber ist ihm die *bestimmte* Quantität (ebd. S. 177). Und um diese geht es in der Messung.

³ Natürlich ist das eine Interpretation der Hegelschen Seinslogik, eine analytisch verständliche jedenfalls.

Machen wir uns diesen Zusammenhang an den beiden Ausdrücken „5 Rinder“ und „5 Meter“ klar: Der erstere ist Ausdruck einer Zählung, der letztere Ausdruck einer Messung; und beide sind für die unmittelbar linguistische Analyse kategorial nicht unterscheidbar, sofern wir sie ohne ihren Zusammenhang mit einem Satz vorgeben. Rinder sind Individuen in einer Rinderherde und als solche Individuen (unteilbare Einheiten in einer Ganzheit) zählbar. Meter sind Kopien einer Maßeinheit und als solche ebenfalls Individuen der Menge der Kopien des, falls wir es für den Augenblick noch als Längenetalon annehmen dürfen, Pariser Urmeters. Ist eine Messung vollzogen, können wir die Anzahl der benötigten Kopien zählen – wie die isolierten Rinder aus der fraglichen Herde. So scheint die Messung von der Zählung ununterscheidbar zu sein. Die tatsächliche Unterschiedenheit wird deutlich, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die *Maßeinheit*, die wir „das Meter“ nennen, als dinglicher oder gegenständlicher Vertreter des *Einheitsmaßes* der Länge verwendet wird. Diese Länge aber ist kein (zählbares) Ding, sondern die Eigenschaft einer Strecke bzw. eines Weges. Es ist dieser kategoriale Unterschied zwischen einem *Ding* und seiner *Eigenschaft*, der den Unterschied zwischen dem Zählen und dem Messen begründet.¹ Man kann fremdsprachlich auch vom Unterschied zwischen einer *Substanz* und ihrem *Attribut* reden. Dinge sind Gegenstand des Zählens, das seinerseits eine *Anzahl* determiniert; Eigenschaften sind Gegenstand des Messens, das seinerseits ein *Maß* bestimmt. Der Terminus *5 Rinder* gehört demnach zu einem Satz, der Auskunft über die Anzahl der Individuen einer Rindermenge gibt. Der Terminus *5 Meter* gehört zu einem Satz, der Auskunft über das Längenmaß eines Weges erteilt. Die Ununterscheidbarkeit beider Termini für sich basiert demnach darauf, daß die Anzahl von Elementen (einer Menge) und die Größe (eines Maßes) durch Abstraktion identifiziert werden können, beide also – wie Hegel sagt – eine bestimmte Quantität bedeuten. Es ist aber nicht das Maß diese Quantität, sondern sein Moment, das *Größe* genannt wird. Alle Maße sind immer auch qualitativ bestimmt. Und daher ist die Redeweise von den „quantitativen Begriffen“ in messenden Wissenschaften irreführend. Man hat sich also zu vergegenwärtigen, daß der „Quantifikation“ genannte Meßvorgang niemals qualitätslos ist, keinen Gegensatz zu einer qualitativen Betrachtung darstellt, sondern stets vorausgesetzte, gegenständlich repräsentierte Qualitäten unterstellt. Daß die messende Wissenschaft mit der „Quantifikation“ auf die qualitative Analyse ihrer Gegenstände verzichte, ist eine romantische Mär.

Von der Bestimmung eines Maßes, die determinierte Eigenschaft eines Dinges zu sein, macht die Dauer eine Ausnahme. Als Zeitmaß unterstellt sie nicht einen handgreiflichen Gegenstand, sondern – die Bewegung. Dauern sprechen wir nicht Dingen,

¹ Auf ihn macht W. H. Westphal aufmerksam, wenn er schreibt: „Es ist vielfach üblich, ein *Ding* ... mit dem Namen einer *Größe* zu benennen, die *eines* ihrer verschiedenen Merkmale beschreibt, z. B. einen *Körper* eine *Masse*, einen *Kondensator* eine *Kapazität* zu nennen. Das sollte tunlichst vermieden werden. Leider gibt es gelegentlich keine unterscheidende Nomenklatur. So bezeichnet das Wort Widerstand üblicherweise sowohl eine *Größe*, als auch ein *Ding*, das einen Widerstand *hat*.“ In: Ders.: Die Grundlagen des physikalischen Begriffssystems. Braunschweig 1965. S. 11, Anm. 1

sondern *Vorgängen* zu. In der Messung behandeln wir also die Bewegung wie ein Ding, das die besondere Eigenschaft hat zu dauern. Diese Substantivierung der Bewegung (Vergegenständlichung oder Thematisierung von Vorgängen) ist eine Leistung der wissenschaftlichen Erkenntnis, die in der westeuropäischen Renaissance erreicht worden ist. Sie unterstellt die Aufgabe der antiken Annahme, die Bewegung als Zustand einer Substanz zu denken, und ist erstmals in Italien im Rahmen der philosophischen Kritik der Philosophie des Thomas von Aquino verwirklicht worden.

Die Messung als Vergleichung eines objektiven Maßes mit einem subjektiv konstruierten Einheitsmaß zu verstehen, heißt selbstverständlich, die *Vergleichbarkeit* zwischen Maßen derselben Qualität (Dimension) anzunehmen. Das besagt: Für zwei Maße derselben Dimension gilt entweder $m_1 < m_2$ oder $m_1 = m_2$ oder $m_1 > m_2$. Insbesondere gilt die sogenannte Drittengleichheit: wenn $m_2 = m_1$ und $m_3 = m_1$, so $m_2 = m_3$.

Hegel nennt diese logisch Subjunktion den „mathematischen Schluß“ oder die „vierte Figur: A – A – A“¹, worin der Buchstabe A abkürzendes Symbol für den Terminus *das Allgemeine* ist. Es ist damit natürlich die Frage gestellt, ob im Rahmen meßtheoretischer Überlegungen Allgemeines in diesem Sinne thematisiert ist. Diese Frage ist zu beantworten, sobald wir auf tatsächliche und mögliche Systeme von Maßarten (in der Physik realisiert, in der Ökonomie zu realisieren) zu sprechen kommen.

Mit der Vergleichbarkeit von Maßen einer Art (einer Qualität) ist zugleich die Unvergleichbarkeit von Maßen verschiedener Art festzustellen. Sind m_{ij} und m_{kl} qualitätsverschiedene Maße, so gilt $m_{ij} \neq m_{kl}$ und für alle Maßarten m_j und m_l : $m_j \neq m_l$. Mit der Annahme dieser Voraussetzung ist also jede Behauptung der Art $m_{ij} = m_{kl}$ eine Kontradiktion, ein falscher Satz. Das gilt z. B. für Marx' berühmte Feststellung: 20 Ellen Leinwand = 1 Rock.² Die Wörter *Leinwand* und *Rock* meinen in der Sprache der Marxschen Ökonomie verschiedene und daher a priori unvergleichbare Gebrauchswertarten. Folglich ist der zitierte Satz analytisch nur zu retten, wenn Marx' andere Formulierung „20 Ellen Leinwand sind 1 Rock wert“ in Betracht gezogen und als die gemeinte Behauptung angenommen wird. Dann handelt es sich darum, daß von zwei Waren die Wertgleichheit $v_L = v_R$ festgestellt wird (v_L bezeichne in diesem Fall den Wert von 20 Ellen Leinwand, v_R den Wert eines Rocks), so daß die „einfache, einzelne oder zufällige Wertform“ im Marxschen Sinne analytisch korrekt gar nicht anders denn *unter Voraussetzung* des Werts als ökonomischer Maßart formuliert werden kann. Die berühmte Wertformentwicklung ist daher nicht eine Begründung des Werts als ökonomischer Qualität, sondern eine Begründung seiner Allgemeinheit.

¹ G. W. F. Hegel: *Wissenschaft der Logik*. Zweiter Teil. Hrsg. v. G. Lasson. Leipzig 1951. S. 326. An die Schlußlehre Hegels ist hier zu erinnern, weil sie von Marx in seiner Kritik der politischen Ökonomie zeitweise verwendet worden ist. Mit der Verwendung der Abkürzungen E für „das Einzelne“, B für „das Besondere“ und A für „das Allgemeine“ lauten die ersten drei Hegelschen Schlußfiguren: E – B – A, B – E – A und E – A – B (ebd. S. 311, 320 und 324). Was die Querstriche in diesen Symbolfolgen bedeuten, hat uns Hegel leider nicht hinterlassen. So sind wir zu einer Interpretation gezwungen, die im folgenden geboten wird.

² K. Marx: *Das Kapital*. Erster Band. In: MEW 23, S. 63

Wenn nun auch qualitätsverschiedene Maßarten miteinander unvergleichbar sind, so sind manche von ihnen doch miteinander *vereinbar*. Es gibt also Maßarten m_i , m_j und m_k so, daß für sie die logische Interjunktion $m_i = m_j \cdot m_k \leftrightarrow m_j = m_i : m_k$ gilt. Die Vereinbarkeit qualitativ verschiedener Maßarten ist damit an die Bedingung gebunden, daß es einen empirischen Sinn hat, Verhältnisse zwischen ihnen zu bilden und diese als neue – sogenannte abgeleitete – Maßarten zu verwenden. Diese meßtheoretische Erkenntnis ist ein Ergebnis der neuzeitlichen Physik, die mit den Begriffen z. B. des Impulses ($I = K \cdot t$, K für Kraft und t für Zeit) und der Arbeit ($A = K \cdot l$, l für Länge) die meßtheoretische Vereinbarkeit exemplarisch demonstriert hat. Von der antiken Meßtheorie, die mit der Axiomatisierung der (euklidischen) Geometrie einen erst von David Hilbert übertroffenen Grad der Strenge meßtheoretischen Denkens erreicht hat, ist die Verhältnisbildung zwischen dimensionsverschiedenen Maßen nie eingeführt worden, obwohl sie die Proportion (die *analogia*) dimensionsgleicher Maße (der Längen) sehr wohl gekannt hat. Erst Galilei hat mit seiner Definition der Geschwindigkeit ($v =_{\text{df}} l : t$) diese Beschränktheit des Denkens aufgehoben.

An dieser Stelle ist es wohl sinnvoll, über das analytische und synthetische Denken wenigstens kurz die folgende Feststellung zu treffen: Für alle Zahlen, Größen und Maße, also für alle Wissenschaft, die sich des Zählens und Messens bedient, ist die Satzform $A = A$ die Ausdrucksform sicherer Wahrheit, die Satzform $A \neq A$ die sicherer Falschheit. Mit Leibniz und Kant wird $A = A$ auch „analytische Wahrheit“ genannt. Jeder, der an empirischer Erkenntnis interessiert ist, wird dies gewiß nicht bestreiten, aber doch fragen: Was nützt mir die Gültigkeit der analytischen Identität, wenn meine Wahrheiten doch im allgemeinen synthetisch sind? Dieser Problemlage gegenüber ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß der Übergang von der analytischen Wahrheit in eine synthetische *a priori* präsentierbar ist. Ist nämlich $A = A$ für alle dimensionsgleichen Maße gültig, so auch $A = A \cdot [1]$. Da nun die Einsdimension durch jedes Maßeverhältnis $B : B$ repräsentiert wird, bleibt die Wahrheit des Ausdrucks erhalten, wenn wir ihn durch $A = A \cdot (B : B)$ ersetzen. Auf Grund der Regeln für den Gebrauch der Operationen des Vereinens ($\cdot$) und der Verhältnisbildung ($:$) können wir diesen Ausdruck durch $A = (A : B) \cdot B$ ersetzen, ohne die Wahrheitseigenschaft zu ändern. Definieren wir nun $C =_{\text{df}} A : B$, so folgt die Satzform $A = C \cdot B$, die klar synthetischer Natur ist, aber ebenso wahr wie $A = A$. Kants Behauptung von der Existenz synthetischer Urteile *a priori* ist also durchaus legitim. Und ihre empirische Bedeutung hängt in der messenden Wissenschaft davon ab, ob es gelingt, wahrnehmbare Phänomene durch Verhältnisse dimensionsverschiedener Maße zu bestimmen. Mit der Definition der Geschwindigkeit ist das ersichtlich der Fall. Und in der Ökonomie handelt es sich darum zu bemerken, ob es meßbare Qualitäten gibt, die als solche Verhältnisse theoretisch darstellbar sind. Wird etwa der Wert v (v von *valor*) als ökonomische Maßart zugegeben, so läßt sich fragen, ob von ihr der Preis genau dadurch unterscheidbar wird, daß dieser als *das Verhältnis* des Werts zu einer anderen ökonomischen Maßart definierbar ist. Das ist im folgenden ein Hauptproblem dieser Darstellung.

Es ist noch allgemein über Maße die Addierbarkeit auszusagen. Ich beschränke mich auf die Angabe der Interjunktion $m_{il} + m_{jl} = m_{kl} \leftrightarrow m_{il} = m_{kl} - m_{jl}$, die für alle Maße derselben Dimension l gilt. Addition und Subtraktion bedingen sich wechselseitig. Insbesondere gilt auch $m_{il} + (-m_{il}) = 0 \cdot [m_l]$, womit die von Kant 1763 in die Weltweisheit eingeführten negativen Größen erklärt sind.¹

Unter Voraussetzung dieser generellen Überlegungen sollen nun im weiteren wichtige ökonomische Größengleichungen angegeben werden, wobei die beiden ökonomischen Sphären der Zirkulation und der Produktion unterstellt sind.

Der Tausch

Im ökonomischen Verkehr stehen sich im einfachsten Fall zwei, wie man sagt, Wirtschaftssubjekte – seien sie Personen oder durch Individuen repräsentierte Gemeinwesen – gegenüber, die ihre Produkte einander anbieten bzw. Nachfrage nach diesen realisieren. Indem sie dies tun, unterstellen sie sich wechselseitig als Eigentümer eben ihrer Produkte, verzichten also auf die tauschlose Aneignung fremder Erzeugnisse, auf den Raub. Es ist so der Austausch, der soziale Verkehr, die Konfirmation des Sondereigentums der Wirtschaftssubjekte. Ohne die Bewährung im Tausch ist nur vom Besitz zu reden.

Das Problem, den Austausch im beiderseitigen Interesse zu verwirklichen, besteht darin, die Qualität und Quantität der angebotenen Produkte zu prüfen, zu bestimmen und als Gegenstand des eigenen Bedürfnisses zu akzeptieren. Die ökonomische Qualität, unter der diese Prüfung stattfindet, ist die der Nützlichkeit oder, in der Sprache der klassischen Ökonomie zu reden, des Gebrauchswerts (value in use). Da im Tausch selbstverständlich stets qualitätsverschiedene Produkte oder Güter füreinander gegeben werden, so haben wir es im sozialen Verkehr a priori mit Nutzen- oder Gebrauchswertarten zu tun, die für die Zwecke der Analyse durch die Symbole $N_1, \dots, N_i, \dots, N_n$ bezeichnet werden sollen. Wie umfassend auch immer die im Austausch auftretende Gütermenge sein mag, sie ist sicher eine endliche Menge von Gebrauchswertarten. Die gewählte Bezeichnungsweise ist also zur Kennzeichnung der Produktarten (Güterqualitäten) erschöpfend.

Um die Größe (Quantität) eines Produkts der Art i zu bezeichnen, verwenden wir einen zweiten Index, so daß N_{hi} ein bestimmtes Maß an Produkten der Art i bedeutet. Der Tausch besteht dann darin zu entscheiden, ob eine Produktmenge vom Maße N_{hi} für eine andere Produktmenge vom Maße N_{jk} gegeben bzw. genommen werden kann. Die Klärung dieses Problems ist der Inhalt der Preisverhandlung. Sie unterstellt, wie wir vom berühmten stummen Tausch wissen, nicht einmal notwendig die sprachliche

¹ Vgl.: I. Kant: Versuch, den Begriff der negativen Größen in die Weltweisheit einzuführen. In: Ders.: Kleine philosophische Schriften. Hrsg. v. D. Bergner. Leipzig: Reclam 1962. S. 17–72

Kommunikation. Wie ist der positive Erfolg der Preisverhandlung analytisch zu denken?

Haben wir zwei Gebrauchswerte N_{ij} und N_{kl} , so gilt wegen der Unvergleichbarkeit der voneinander verschiedenen Gebrauchswertarten N_j und N_l selbstverständlich ebenso für diese beiden Größen $N_{ij} \neq N_{kl}$. Nun ist die Unvergleichbarkeit artverschiedener Gebrauchswerte aber kein Hindernis für den ökonomischen Vergleich überhaupt, der im Tausch ohne Zweifel stattfindet. Um dies zu erkennen, muß man die Bedeutung der Verhältnissbildung $x : y$ für Maße x und y in Rechnung stellen, durch die sogenannte „abgeleitete Größenarten“ zu bilden sind. Die Anwendbarkeit dieser Operation unterstellt die *Vereinbarkeit* der unvergleichbaren Maßarten. Wir können feststellen, daß der Ausdruck $N_{ij} = (N_{ij} : N_{kl}) \cdot N_{kl}$ analytisch gilt. Er ergibt sich aus der Umformung der analytischen Gleichheit $N_{ij} : N_{ij} = N_{kl} : N_{kl}$, die a priori wahr ist. Die Umformung dieses Ausdrucks erfolgt mittels der Operation der Produktbildung, die als zulässig vorausgesetzt wird und in ihrer Anwendung die vorgegebene Wahrheit des Ausdrucks nicht ändert. Nicht die Wahrheit von $N_{ij} = (N_{ij} : N_{kl}) \cdot N_{kl}$ ist problematisch, sondern die wirtschaftstheoretische Deutung des analytisch determinierten Verhältnisses $N_{ij} : N_{kl}$. Nach meiner Sicht der Dinge bedeutet das Verhältnis $N_{ij} : N_{kl}$ das, was in der klassischen Ökonomie „Tauschwert“ (value in exchange) genannt worden ist, in dieser aber nie eine analytisch korrekte Determination erhalten hat. In der Tat besteht die im Tausch realisierte Preisverhandlung darin, das Tauschverhältnis der wechselseitig angebotenen Güter festzulegen. Dieses Verhältnis wird als Definiens zur Definition des Tauschswerts T_{jl} verwendet, so daß festgelegt werden kann:

$$T_{jl} =_{\text{df}} N_{ij} : N_{kl}.$$

Mit dieser Definition vereinfacht sich der Tausch Ausdruck zu $N_{ij} = T_{jl} \cdot N_{kl}$. Im Austausch werden also nicht verschiedene Gebrauchswertarten gleichgesetzt, sondern Tauschproportionen bestimmt. Während die Produktion ökonomisch in der Existenz der Gebrauchswertarten erscheint, fügt der Austausch zu diesen die Tauschwerte hinzu. Die Einheit eines Gebrauchswerts N_{kl} mit einem Tauschwert T_{jl} , d. h. das Produkt $T_{jl} \cdot N_{kl}$, ist dem Gebrauchswert N_{ij} gleich.

In der Sprache der Marxschen Ökonomie ist der Tausch Ausdruck $N_{ij} = T_{jl} \cdot N_{kl}$ nach meiner Auffassung die zulässige Darstellung für die „einfache Werthform“. ¹ Marxens berühmte Wertformlehre wird dadurch allein mit Blick auf die Definition des Tauschswerts (zu komplettieren um die Definition des Preises) korrigiert – und kann sonst problemlos beibehalten werden.

Es versteht sich, daß ohne Beschränkung der Allgemeinheit irgendeine Gebrauchswertart N_0 die ökonomische Bedeutung erlangen kann, universellen Nutzen darzustellen, d. h. Geld zu sein – zunächst in der wirklichen Wirtschaftsgeschichte die Gerste, dann die Edelmetalle. Die Maßeinheit dieser Nutzenart wird wie die jeder

¹ K. Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals. Urausgabe. Neudruck der 1. Auflage, Hamburg 1867. Hildesheim: Gerstenberg Vlg. 1980. S. 764 ff.

anderen durch Individuation festgelegt, z. B. im Falle des Silbers in Deutschland bis 1859 hauptsächlich durch die *Kölnische Mark*, erstmals 1042 erwähnt mit der Fixierung: 1 Kölnische Mark Silbers = 233, 85 g Silbers. Die physikalische Maßart des Gewichts hat hier keine andere Bedeutung als die, die individuelle Einheit zu fixieren. Ob die entsprechende Einheit wirklich einen Gebrauchswert hat, ist nicht eine Frage der Physik, sondern eine des Austauschs oder Markts, d. h. die Frage danach, ob Nachfrager existieren, die sie gegen Lieferung einer Ware anderen Gebrauchswerts abzunehmen bereit sind. Daß dies der Fall gewesen ist und noch ist, nehmen wir als ökonomisches Faktum zur Kenntnis. Die Nachfrage nach Silber unterscheidet sich mit Blick auf die Austauschbeziehungen durch nichts von der Nachfrage etwa nach Pfeffer (für den die Deutschen ihr Silber zu geben in hohem Maße bereit gewesen sind). Nach der Gründung des Deutschen Reichs 1871 wurde durch Gesetzgebung am 4. Dezember 1871 und am 9. Juli 1873 die Reichswährung so entschieden, daß aus 1 kg Feingold 2790 Mark auszumünzen waren, eine Goldmark mithin 0,358 g Feingold bedeutete. Dies galt real bis zum Ersten Weltkrieg, der das Ende des von Großbritannien 1816 formell inaugurierten internationalen Goldstandards eingeleitet hatte.

Mit der Voraussetzung der Geldart N_0 wird die angegebene einfache Wertform durch zwei ersetzt:

$$(1) N_{ij} = (N_{ij} : N_{10}) \cdot N_{10} \text{ und}$$

$$(2) N_{kl} = (N_{kl} : N_{20}) \cdot N_{20}.$$

Die Gebrauchswerte N_{10} und N_{20} sind selbstverständlich vergleichbar, d. h., daß $N_{10} > N_{20}$ oder $N_{10} = N_{20}$ oder $N_{10} < N_{20}$ gilt. Ist etwa das Gold die Gebrauchswertart N_0 , so mag die Größe N_{10} durch 1 Unze Goldes (in England um 1900 ein Sechszehntel eines Pfundes) dargestellt sein. Die Größe N_{20} wird dann durch einen Teil der ersteren oder ebenfalls durch 1 Unze oder durch ein Vielfaches derselben präsentiert. Mit Blick auf diese Vergleichbarkeit können wir feststellen, daß mit den beiden angegebenen einfachen Wertformen auch die Ausdrücke

$$(3) N_{10} = (N_{10} : N_{ij}) \cdot N_{ij} \text{ und}$$

$$(4) N_{20} = (N_{20} : N_{kl}) \cdot N_{kl}$$

formulierbar sind. Die in ihnen auftretenden inversen Verhältnisse T_{0j} und T_{0l} heißen in der Ökonomie *Preise*. Preise, ausgedrückt in Verhältnissen der Geldware zur Angebotsware sind somit Tauschwerte, deren Zähler Geldgrößen und deren Nenner Gebrauchswerte sind; sie sind *Verhältnisse* von Geld- zu Gebrauchswertgrößen und unter gar keinen Umständen einfache Geldgrößen oder -mengen. Sie vermitteln die ökonomische Vergleichbarkeit der artverschiedenen Güter, die ohne Geldeinführung nicht zu haben ist. Alle Denunziation des Geldes scheitert an diesem einfachen Sachverhalt, der im angegebenen Fall darin besteht, daß

$$T_{j0} N_{ij} \leq T_{l0} N_{kl} \text{ oder } T_{j0} N_{ij} > T_{l0} N_{kl}$$

gilt (auf die Bezeichnung der Vereinigung bzw. Produktbildung ist verzichtet).

In der Marxschen Wertformlehre tritt die Existenz der Geldwarenart N_0 mit der Annahme der „totalen oder entfalteten Werthform“¹ ein, die logisch eine Großadjunktion (mehrfache Vereinigung) ist und die Leinwand als universelle Nutzenart unterstellt. Theoretisch ist diese Unterstellung ebenso problemlos wie die historisch faktische der Gerste, des Silbers oder des Goldes – oder auch anderer Gebrauchswertarten (z. B. Kaurimuscheln). Wir können also Marxens Vorstellung durch die Adjunktion

$$N_{n0} = (N_{n0} : N_{ij}) \cdot N_{ij} \quad \vee \quad N_{n0} = (N_{n0} : N_{kl}) \cdot N_{kl} \quad \vee \quad \dots$$

rekonstruieren und diese die „besondere Wertform“ nennen, die die entfaltete, aber nicht vollendete gesellschaftliche Warenzirkulation analytisch charakterisiert. Im Marxschen Sinne ergibt sich die „allgemeine Werthform“² dann durch kategorialen Stellenwechsel und Bildung der Großkonjunktion so, daß

$$(N_{n0} : N_{ij}) \cdot N_{ij} = N_{n0} \quad \wedge \quad (N_{n0} : N_{kl}) \cdot N_{kl} = N_{n0} \quad \wedge \quad \dots$$

als „allgemeine Wertform“ angenommen werden kann. Sie ist bereits die „Geldform“, die für Marx mit dem Gebrauch des Goldes als des universellen Gebrauchswerts als gegeben erscheint³. Marx nennt sie unter dieser Bedingung auch die „Preisform“.⁴ Diese Bestimmung kann hier natürlich nicht als geltend akzeptiert werden, da ja ein Preis als durch irgendein Verhältnis $N_{n0} : N_{ij}$ gegeben vorausgesetzt ist.

Das eigentliche Problem in diesem Zusammenhang besteht in der geldtheoretischen Frage nach der Bedeutung des Übergangs vom Gebrauch gewichtsbestimmter Geldeinheiten N_{10} zur Verwendung von Geldeinheiten, die für den Ein- und Verkauf keinerlei Gebrauchswerteigenschaft mehr unterstellen. Das ist die Lage, in der wir uns nach Beseitigung des Systems von Bretton Woods (1944 inauguriert) seit Abschaffung des Eintauchs von Dollar in Gold wenigstens durch die nationalen Zentralbanken 1973 befinden. Wie ich es sehe, haben wir keine andere Möglichkeit als die, die nun verwendeten Geldeinheiten als direkte Wertdarstellungsmittel anzusehen. Sie präsentieren daher nicht mehr die Gebrauchswert-Dimension N_0 , sondern die Wert-Dimension v . Die Unabhängigkeit des Münzwerts vom Metallwert eben der Münzen können nicht Private hervorbringen, sondern nur Staaten, die das Münzprägungsmopol realisieren. Dies involviert die Frage nach dem Zusammenhang der Gemeinwesen mit der Geldproduktion, die wir hier nur andeuten, aber nicht behandeln können. Es ist die *Gesellschaft*, die im Austausch und damit in den Preisen oder Tauschwerten präsent ist. Aber es sind die *Gemeinschaften* (z. B. Poleis, Nationen), die Geldeinheiten produzieren und u. a. durch Steuervorschriften in der Verwendung durchsetzen.

Für die Preisdefinition bedeutet der Umstand der Loslösung des Geldes von der Gebrauchswertbestimmtheit der Edelmetallmünze die Annahme der Definition

¹ Ebd. S. 777

² Ebd. S. 779

³ Ebd. S. 782

⁴ Ebd. S. 783

$p_j =_{\text{def}} v : N_j$. Und damit folgt wegen der Geltung von $N_j = v : p_j$ und $N_j = N_0 : T_{0j}$, daß die ökonomische Proportion $v : p_j = N_0 : T_{0j}$ gilt, mithin die Gleichung

$$v = (p_j : T_{0j}) \cdot N_0.$$

Vom sogenannten Arbeitswert

Im Versuch einer Rekonstruktion der Marxschen Werttheorie hat A. Bródy 1970 im Zusammenhang der Unterscheidung von *Wertbeständen* mit der Dimension $[v]$ und *Wertströmen* mit der Dimension $[v \cdot t^{-1}]$ erklärt: „Die Größe der aufgewandten Arbeit $[A \cdot t]$ bildet den Wert. Daraus folgt, daß $[A] = [v \cdot t^{-1}]$ gilt, Arbeit die Dimension eines Wertstroms hat.“¹ Diese m. W. noch heute dimensionstheoretisch in der Wirtschaftslehre nicht übertroffene Darstellung unterstelle ich im weiteren für meine Argumentation als gültige Voraussetzung. Mit ihr ist die Zeit (t) als ökonomische Qualität (Dimension) unterstellt, was für eine Selbstverständlichkeit zu halten ist. Jede Zeitnahme in irgendwelchen Betrieben macht dies klar. Nach ihrem Meßverfahren unterscheidet sich die ökonomische Zeit durch nichts von der physikalischen. Es kann nur mit Marx zusätzlich von den ökonomischen Zeitarten die Rede sein, d. h. die *Arbeitszeit* (t^A), die *Produktionszeit* (t^P), die *Zirkulationszeit* (t^Z) und die *Umsatz- oder Zyklusdauer* (t^U) zum Thema der Betrachtung gemacht werden.² Es ist a priori klar, daß $t^A \leq t^P$ gilt sowie $t^U = t^P + t^Z$. Die mögliche Differenz zwischen der Produktions- und der Arbeitszeit ist die natürliche Produktionsdauer (t^N), die Landwirte, welche etwa das Reifen des Kornes abwarten müssen, gut kennen, aber auch andere Fachleute, die Naturproduktionen in den sozialen Produktionsprozeß einzugliedern wissen. Es gilt also $t^A = t^P - t^N$. A. Bródy hat auf diese Unterscheidung der Zeitarten keine Rücksicht genommen. Unterstellt man aber den originären „arbeitswerttheoretischen“ Ansatz, so wird man sagen können, daß für die Wertbildung oder Wertschöpfung ausschließlich die *Produktionsdauer* in Rechnung gestellt werden muß. In der Zirkulationszeit wartet sozusagen das Produkt auf seine Abnahme; und es besteht während dieser Zeit die Gefahr seiner Gebrauchsentwertung. Die Reduktion der Zirkulationszeiten ist daher ein vordringliches Problem wirtschaftlicher Organisationsleitung. Ist meine Annahme richtig, so bedeutet das: Bródy bietet uns die Determination des Arbeitswerts mit dem Dimensionsausdruck $[v] = [A \cdot t^P]$ an. Darin ist die Produktionsdauer eine Dimension, die die Qualität einer nicht definierbaren Grundmaßart der Wirtschaftstheorie darstellt, während die Arbeit als ökonomische Maßart durch das Verhältnis des (geschöpften) Werts zur Produktionszeit determiniert ist. Die daran anschließende Frage lautet selbstverständlich: Kann dieser wirtschaftstheoretische Arbeitsbegriff genauer analysieren werden?

¹ A. Bródy: Proportions, Prices and Planning. Budapest 1970. S. 97

² Vgl.: K. Marx: Das Kapital. 2. Bd.. In: MEW, Bd. 24. S. 154 ff.

Zur Beantwortung dieser Frage ist es wichtig zu bemerken, daß die Analyse auf Komponenten der Arbeitsvorstellung als meßbarer Größen führen muß und zwar so, daß deren Verknüpfung (Synthese) den analytisch bestimmten Arbeitsbegriff liefert. Wir suchen also einen Arbeitsbegriff (A) so, daß $A = X \circ Y$ mit X und Y als besonderen ökonomischen Maßarten und $\circ$ als analytisch zulässiger Operation gilt. Wie bekannt, hat die klassische Physik in ihrer Mechanik einen solchen Begriff gebildet. Es gilt in ihr: $A = K \cdot l$, worin K die Kraft und l die Länge einer Strecke durchmessenen Weges bezeichnen. Kraft und Länge sind mechanisch durch Meßverfahren determinierte Grundmaßarten; die mechanische Arbeit ist die Einheit dieser beiden Größenarten. Natürlich schließt diese Arbeitsdefinition die mechanische Arbeit von Menschen ein. Wer längs eines Weges etwa gegen die Gravitation einen Körper bestimmter Masse verschiebt, verrichtet im genauen Sinne dieses Begriffs Arbeit. Wer z. B. ohne weitere Hilfsmittel (Werkzeuge oder Maschinen) für den Bau eines Hauses Steine in die Höhe trägt, arbeitet gemäß der mechanischen Definition. Daß eine solche Tätigkeit auch ökonomisch relevant ist, bedarf gewiß keiner weiteren Begründung. Die Frage ist nur: Unter welchen Bedingungen ist Arbeit ein ökonomisches Faktum?

Betrachten wir die im physikalischen Arbeitsbegriff auftretende Maßart der Länge, so wird sie mit jeder Transportarbeit, die Produkte vom Produktions- zum Absatzort liefert, realisiert. Transportarbeit ist im Wirtschaftsleben unverzichtbar. Fehlt Transportarbeit, können Produkte verrotten, während sie anderen Orts profitabel veräußert, d. h. als Wertträger bestens konfirmiert werden könnten. Es gehört nun zu den analytisch bedeutenden Einsichten der Marxschen ökonomischen Analyse, daß in ihr die *Ortsveränderung* als Gebrauchswertbildung verstanden wird¹. Diese Einsicht unterstelle ich hier als akzeptabel. Daher nehme ich eine Gebrauchswertart der Ortsveränderung N_1 im Rahmen der endlich vielen Gebrauchswertarten $N_1 \dots N_i \dots N_n$ der Wirtschaftstheorie an. Wie die Kraft kann also auch die Länge im mechanischen Arbeitsbegriff ökonomische Bedeutung annehmen.

Der entscheidende Schritt, vom mechanischen zum ökonomischen Arbeitsbegriff zu gelangen, besteht nun nach meiner Auffassung darin anzunehmen: Wenn Transportarbeit für die Zeit, in der sie verrichtet wird, eine *Bezahlung* erlangt, ist sie ein ökonomisches Faktum. Das Produkt $K \cdot N_1$ ist der analytische Ausdruck des ökonomischen Transportarbeitsbegriffs also genau dann, wenn seine Realisation ein Arbeitseinkommen erzielt. Dieses Arbeitseinkommen (E^A) ist durch die Gleichung $E^A =_{\text{df}} v : t^A$ definiert. Es ist ein Wertstrom, d. h. eine Geldzahlung pro Arbeitszeit. Gegen Abgabe der Transportarbeit $K \cdot N_1$ wird das Arbeitseinkommen $v : t^A$ gezahlt. Das ist die Bedingung, die ich für die ökonomische Bedeutung der Transportarbeit annehme. Ist sie erfüllt, gilt die Gleichung $v : t^A = - K \cdot N_1$. Das Minuszeichen muß hier auftreten, weil die (positive) Einnahme eines Wertstroms der (negativen) Abgabe von Transportarbeit gegenübersteht. Um endgültig zum analytisch bestimmten

¹ Vgl.: K. Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW. Bd. 42, S. 428–430, 535. K. Marx: Das Kapital. 2. Bd.. In: MEW. Bd. 24, S. 150 ff.

ökonomischen Arbeitsbegriff zu gelangen, wird nur noch gefordert, die Generalisierung von der besonderen Gebrauchswertart N_i zu allen Gebrauchswertarten zu akzeptieren, so daß für irgendeine dieser Arten $A = K \cdot N_i$ gilt. K bezeichnet darin nun, wie wir in der Ökonomie sagen, die *Arbeitskraft*. Sie wird durch die Vollbeschäftigteneinheit (Vbe) repräsentiert, die tarifvertraglich festgelegt und von den entsprechend Beschäftigten realisiert wird.

Der erklärte Arbeitsbegriff ist derjenige, der die Marxsche „abstrakte Arbeit“ bestimmt. Die Abstraktion, die in der Tat zu diesem Begriff führt, besteht darin, von der Besonderheit der im Marxschen Sinne konkreten *Arbeitsarten* abzusehen. Ohne hier diese Marxsche Vorstellung vom Verhältnis des Abstrakten zum Konkreten – ein philosophisches Fundamentalproblem – diskutieren zu wollen, muß doch notiert werden, worin sie besteht. Marx formuliert: „Sage ich: Römisches Recht und deutsches Recht sind beide Rechte, so ist das selbstverständlich. Sage ich dagegen: Das Recht, dieses Abstraktum, verwirklicht sich im römischen Recht und im deutschen Recht, diesen konkreten Rechten, so wird der Zusammenhang mystisch.“¹ Das ist im Sinne der Hegel-Kritik Feuerbachs gedeutet und soll uns nicht weiter interessieren.

Wichtig ist hier nur die Feststellung, daß mit dieser Sicht z. B. die oben genannte *Transportarbeit* als eine *Art* der Arbeit im Marxschen Sinne konkrete Arbeit ist. Soll diese analytisch korrekt in Betracht gezogen werden, so müssen wir die Arbeitsarten durch Indizierung kennzeichnen, d. h. die Symbole $A_1, \dots, A_i, \dots, A_n$ verwenden.

Gleiches gilt für die Arbeitskraft in bestimmter Qualifikation, so daß für die konkrete Arbeit anzugeben ist: $A_i = K_i \cdot N_i$. Diese Festlegung ist für die Erkenntnis der Produktivkraftentwicklung im Unterschied zum Produktivkraftwachstum wichtig, wie wir noch sehen werden.

Mit der Generalisierung von der Transportarbeit auf alle Arbeitsarten überhaupt, d. h. mit dem Übergang zum Gebrauch des Begriffs der abstrakten Arbeit, ist nun erklärt, daß $v : t^A = -K \cdot N_i$ gilt. Das entspricht genau der Bródyschen Wertanalyse mit der zusätzlichen Hypothese, daß die Arbeit der äquivalente Ersatz für das Arbeitseinkommen ist. Meine Annahme in diesem Zusammenhang lautet also: $A + E^A = 0$ oder $A = -E^A$ für bestimmte oder abgeschlossene Tauschsysteme. Sie ist wohl der „rationelle Kern“ der „Arbeitswertlehre“. Diese ist hier so korrigiert, daß die Arbeit nicht durch einen Wertbestand, sondern durch einen Wertstrom ersetzt wird.

An dieser Stelle ist es wohl nötig zu sagen, daß das erklärte Arbeitseinkommen nicht a priori mit dem *Lohn* zusammenfällt, den per Arbeitsvertrag in Betrieben eingestellte Arbeiter erhalten. Das Arbeitseinkommen ist der Erlös aus der Veräußerung des produzierten Dienstes oder Werks, den ein Wirtschaftssubjekt auf dem Markt erzielt. Alle an der Produktion Beteiligten sind daher Bezieher von Arbeitseinkommen, während der Lohn, durch kontraktliche Vereinbarung begründet, die Zahlungsverpflichtung des Arbeitgebers realisiert. Die Vorstellung von der Identität des Arbeitseinkommens mit dem Lohn unterstellt die Annahme, daß in der Produktion und

¹ K. Marx: Das Kapital. Hamburg 1867. S. 771

Realisation eines Werks nur die Arbeiter arbeiten, während Unternehmer oder Manager zwar dirigieren und eigenes Vermögen vorschießen, aber nicht eigentlich arbeiten. Man kann diese Vorstellung wohl nur als Ausdruck der Ideologie des Gegensatzes von Kapital und Arbeit ansehen, nicht aber als Ausdruck der wirklichen Produktionszusammenhänge – eine Einsicht übrigens, die durch das Desaster des modernen Kommunismus in Europa das Gewicht einer durchaus schmerzlichen Erfahrung erlangt hat.

Die Einheit $A \cdot t^A$ kann man in der deutschen Sprache auch „Dienst“ oder „Werk“ nennen, der oder das einen Wert hat, wenn sein Absatz im sozialen Tausch gelingt. Die Verwendung des Wortes *Werkstätiger* (auch *Werker*) zeigt die Plausibilität dieses Wortgebrauchs, so daß man im Deutschen *Arbeit* und *Werk* ebenso unterscheiden kann wie im Englischen *labour* und *work*. Für die analytisch korrekte Fassung der sogenannten „Arbeitswertlehre“ ist nur wichtig zu bemerken, daß nicht die Arbeit, sondern das Werk bzw. der Dienst einen Wert darstellt. Dadurch ist mit Bezug auf die ideologischen Intentionen der „Arbeitswertlehre“ nichts entschieden, sondern nur klargestellt, daß die Arbeitszeit in der Wertbildung durch den Arbeiter ein eigener Faktor ist, der nicht ignoriert werden kann. Zugleich ist so avisiert, daß Marx' Schwanken zwischen der abstrakten Arbeit einerseits und der Arbeitszeit andererseits als der für den Wertschöpfungsprozeß anzunehmenden Determinationsgründe sehr verständlich ist. Diese Irritation wird hier dadurch aufgehoben, daß beide *im Produkt* den Determinationsgrund liefern, also $v = -A \cdot t^A$ gilt (vorausgesetzt, es fällt in der Produktion keine von der Arbeitszeit verschiedene Produktionsdauer an).

In diesem Zusammenhang muß auf die Verwendung des Wortes *Arbeit* in der deutschen Sprache hingewiesen werden, die sich von der lateinischen Verwendung des Wortes *labor* wie auch von der englischen Verwendung des Wortes *labour* unterscheidet. Mit *Arbeit* wird wohl in der Regel der aktuelle Erzeugungsvorgang gemeint, den wir sonst auch *Produktion* nennen. Im Rahmen der vorgestellten Größenbestimmungen wird aber ökonomisch die *Arbeit* als Maßart A klar von der Produktion unterschieden, die ihrerseits – bei Identität von Arbeits- und Produktionszeit – durch das Produkt $A \cdot t^A$ bestimmt ist. Mit Blick auf diese Maßarteneinheit kann man die deutsche Verwendung von *Arbeit* im Sinne von *Produktion* rechtfertigen, indem man eben das Produkt $A \cdot t^A$ als Bestimmungsgrund für diese Verwendung anführt. Im Unterschied zur Marxschen Auffassung der konkreten Arbeit (als Art in der Gattung der abstrakten Arbeit) sei hier angemerkt, daß exakt dieses Produkt den Hegelschen Begriff des Konkreten erfüllt, also die eigentlich *konkrete* Arbeit im Sinne der Philosophie Hegels meint.¹ Das ist aber für unser ökonomisches Rasonnement ohne Belang. Fällt die Produktionsdauer mit der Arbeitszeit zusammen, stimmt diese Identifikation. Sie stimmt nicht, sobald die Produktionsdauer größer als die Arbeitszeit ist. Das gilt in allen

¹ Das Konkrete im Sinne Hegels ist immer die Einheit seiner selbst *und* seiner Negation. Daß die Zeit als konkrete Negation der Arbeit in diesem Sinne zu denken sei, kann hier nur versichert werden und wird nachfolgend noch begründet.

Fällen, in denen natürliche Produktionsdauern in menschlichen Erzeugungsvorgängen eingeschlossen sind.

Mit der Bestimmung der Arbeitskraft $K = A : N_i$ ist die Möglichkeit gegeben, auch den ökonomischen Begriff der Produktivkraft zu definieren. Marx hat ihn verbal charakterisiert: „Dieselbe Arbeit ... liefert in demselben Zeitraum verschiedene Quanta Gebrauchswerte, mehr, wenn die Produktivkraft steigt, weniger, wenn sie sinkt.“¹ In diesem Sinne wird in der Wirtschaftstheorie durchweg die Senkung des Arbeitskraftaufwands als wesentliche Erscheinung der Produktivkraftsteigerung verstanden. Fixieren wir dies Verständnis analytisch, so kann mit der Bezeichnung κ für „Produktivkraft“ festgestellt werden, daß $\kappa = N_i : A$ gelten muß, daß also die Produktivkraft die Inverse der Arbeitskraft ist, mithin $K \cdot \kappa = [1]$ (die Einsdimension) gilt. Mit dieser Bestimmung der Produktivkraft ist angenommen, daß sie eine ausschließlich menschliche Fähigkeit ist, Produktionsmittel oder gar Produktionsgegenstände keine Produktivkräfte sind.

Die Produktivkraft ist von der Arbeitsproduktivität zu unterscheiden. Bezeichnen wir letztere mit π^A , können wir festlegen: $\pi^A =_{\text{df}} v : K$. Diese Definition impliziert die Feststellung: $\pi^A = v \cdot \kappa$. Damit gewinnen wir die theoretisch sehr wichtige Feststellung, daß der ökonomische Wertbegriff durch das Verhältnis der Arbeitsproduktivität zur Produktivkraft bestimmt ist: $v = \pi^A : \kappa$. Dieses Verhältnis ist natürlich gleichbedeutend mit dem Produkt aus Arbeitsproduktivität und Arbeitskraft: $v = \pi^A \cdot K$. Mit diesen Bestimmungen ist der „Arbeitswert“ gewiß kein problematisches Objekt mehr, wenngleich sie ihn im Unterschied zur Vulgärvorstellung nicht allein durch die Arbeit determinieren.

Das Problem, ökonomische Dimensionen analytisch zutreffend aufzufassen, tritt im Zusammenhang mit der Bestimmung der Arbeitsproduktivität, deren Feststellung in der Wirtschaftspraxis von erheblicher Bedeutung ist, übrigens sehr deutlich in Erscheinung. Es ist ganz üblich, sie als Verhältnis von output und labour vorzustellen, so daß die Form einer Definition im hier unterstellten Sinne sehr wohl gegeben ist: $p^l = Q : l$.² Was jedoch als output Q gelten soll, wird sehr „liberal“ sowohl als Gebrauchswertmenge als auch als Dollarmenge zugelassen. Ebenso darf labour l einerseits eine Arbeiteranzahl sein, andererseits eine Anzahl von Beschäftigtenstunden. Das ergibt die Möglichkeit, vier unterschiedliche Kombinationen der productivity of labour (p^l) zu präsentieren, eine meßtheoretisch ganz absurde Situation, die auf der Ignoranz der fraglichen Dimensionen basiert. Nach der hier gegebenen Definition ist ausschließlich das Verhältnis der Dollarmenge als des Wertrepräsentanten zur Arbeiteranzahl (Anzahl der Vollbeschäftigten) als des Arbeitskraftrepräsentanten das Definiens der Arbeitsproduktivität.

¹ K. Marx: Das Kapital. Erster Band. In. MEW, Bd. 23. S. 61

² Vgl.: National Research Council. Panel to Review Productivity Statistics (Chairman: A. Rees): Measurement and Interpretation of Productivity. Washington/D.C. 1979. S. 26

Betrachten wir nun eine bestimmte Arbeitsart A_i , so gilt natürlich $K_i \cdot \kappa_i = [1]$. Diese Betrachtung ist wichtig, weil die Produktivkraftentwicklung mit der Produktivkraftsteigerung über das System der Arbeitsarten im sozialen Verkehr gekoppelt ist. Produktivkraftsteigerung heißt klarerweise Reduktion von Arbeitskraftaufwand, daher im System des Privataustauschs Entlassung von Arbeitern, also Produktion von Arbeitslosigkeit. Diese kann nur durch Innovation aufgehoben werden, d. h. durch Einführung neuer Arbeitsarten in das System des sozialen Verkehrs. Daher erscheint die Produktivkraftentwicklung im historischen Wandel der gesellschaftlich im Austausch vermittelten Arbeitsarten, welcher Nationalität sie auch immer seien. Dieser Wandel ist nach den Untersuchungen Kondratieffs und Schumpeters offenbar durch die sogenannten „Langen Wellen“ reguliert, die allerdings bisher nach wie vor kontrovers debattiert werden. Unter der Annahme, daß der soziale Verkehr ein System determiniert, dürfte jedoch die Vorstellung, daß dieses System schwingt, also Zyklen hervorbringt, nicht gar so überraschend sein. Die Erklärung, daß Basisinnovationen die endogenen Gründe für die Kondratieffzyklen mit einer Dauer zweier Generationen (d. h. mit einer Dauer von durchschnittlich 55 Jahren) sind, ist jedenfalls plausibel und durch die Wirtschaftsgeschichte zu klären.

Im Zusammenhang der Analyse des Arbeitswerts ist es nützlich, den ökonomischen Leistungsbegriff zu bestimmen, den man nach meiner Sicht ebenso wie den Arbeitskraftbegriff aus der klassischen Physik übernehmen kann – und zwar unter der gleichen wirtschaftstheoretischen Voraussetzung, daß das entsprechende Werk bzw. der Dienst bezahlt wird, also Gegenstand des Austauschs ist. Wir definieren die Leistung (L) durch das Verhältnis der Arbeit zur Arbeitszeit: $L =_{\text{df}} A : t^A$. Damit gilt natürlich $A = L \cdot t^A$, und es versteht sich, daß wir nicht mehr sagen können, daß eine Leistung durch eine Geldzahlung, die ja immer einen Werttransfer darstellt, realisiert werde. Die Leistung ist die Arbeitsintensität. Und weder sie noch die Arbeit für sich stellen Werte dar. Sie sind vielmehr, wie noch ausdrücklich festzustellen ist, seine Faktoren oder Momente und als solche nicht für sich Gegenstände des Ein- oder Verkaufs. Niemand wird wegen seiner Leistung bezahlt, sondern wegen seines Werks oder seines Dienstes. „Leistung muß sich wieder lohnen“, ist nach der gegebenen Definition also eine irreführende Forderung. Es kann jemand in der Produktion eines Werks oder in der Verrichtung eines Dienstes eine bedeutende Leistung aufweisen (im physikalischen Sinne). Kommt er aber nicht zum Absatz eben dieses Werks oder Dienstes, so liegt für den sozialen Verkehr keine ökonomische Leistung vor. – Auch das Wort *Dienstleistung* ist mit der vorgeschlagenen Leistungsdefinition durch das Wort *Dienst* zu ersetzen, was wohl keine sonderliche Mühe macht.

Weil nun $K \cdot N_i = A = L \cdot t^A$ gilt, ist auch die Proportion $N_i : t^A = L : K$ angenommen. Das in ihr auftretende Verhältnis $N_i : t^A$ ist ersichtlich eine Intensitätsgröße, die die erzeugte Gebrauchswertmenge pro Arbeitszeit angibt. Nach dem angenommenen Produktivkraftbegriff ist diese Intensität durch die Gleichung $N_i : t^A = L : \kappa$ bestimmt, also durch die Einheit von Leistung und Produktivkraft determiniert. Sie ist die Intensität der Gebrauchswertbildung in der Arbeit – nicht in der Produktion.

Mit den angegebenen Feststellungen sei die analytische Fixierung möglicher ökonomischer Begriffe über Größen- oder Maßgleichungen in der Hoffnung abgeschlossen, daß sie über einige Plausibilität verfügt. Betrachten wir zum Abschluß der Darstellung noch die allgemeinen Konsequenzen der vorgestellten Überlegungen für die Bestimmtheit der ökonomischen Wertlehre.

Die analytische Bestimmtheit der ökonomischen Werttheorie

Zweifellos steht und fällt der Status der Wirtschaftstheorie als „strenger Wissenschaft“ (Husserls Ausdruck) mit der Konstruktion der Wertlehre. Mit den hier erklärten Voraussetzungen wird angenommen, daß ihr Begriff des Werts für den Fall der Identität der Arbeits- mit der Produktionszeit durch die Gleichung $v = -K_i \cdot N_i \cdot t^A$ gegeben ist, Folge der Voraussetzung, daß $v : t^A = -K_i \cdot N_i$ gelten soll. Ist dagegen die Produktionsdauer größer als die Arbeitszeit, so werden wir annehmen, daß die Wertbestimmung $v = -K_i \cdot N_i \cdot t^P$ gilt. Die Dimensionseinheit $K_i \cdot N_i \cdot t^P$ stellt darin die Produktion wie das Produkt dar (beide sind dimensionstheoretisch nicht unterscheidbar). Nun haben wir ebenso vorausgesetzt, daß $v = p_i \cdot N_i$ gelten soll, womit natürlich die Bestimmung $p_i \cdot N_i = -A_i \cdot t^P$ logische Folge ist. Die Annahme dieser Determination beendet den Streit zwischen Vertretern des *Nutzenwerts* und des *Arbeitswerts*, indem sie die Feststellung enthält, daß beide dimensionstheoretisch *denselben* Wert meinen.

Um diese Einsicht plausibel zu machen, hat man mit Bezug auf die gewöhnliche kaufmännische Auffassung des Werts als „Preis mal Menge“¹ nur zu bedenken, daß der in ihr gebrauchte Terminus *Menge* eine Anzahl von Kopien einer Nutzeneinheit, also ein Maß meint, nicht etwa eine nur arithmetisch zu bestimmende Anzahl. Sollte aber letztere gemeint sein, so müßte dieser verbale Ausdruck durch den Term $p \cdot n$ (mit n als Variable für natürliche Zahlen) wiedergegeben werden, daher $v = p \cdot n$ gelten. Dies hieße, daß Wert und Preis dimensionstheoretisch *dieselbe* Qualität darstellten, vorgestellt durch Mengen von Geldeinheiten. Ich halte diese Identifikation des Werts mit dem Preis für die dimensionstheoretische Crux der bisherigen Wertvorstellung – und für unannehmbar.

Betrachten wir unseren alltäglichen Gebrauch des Preisbegriffs genau, so finden wir immer das *Verhältnis* eines Werts zu einer Gebrauchswerteinheit angegeben, den Preis also als, wie die Griechen sagen würden, *logos* (lateinisch: *ratio*) zweier verschiedener ökonomischer Qualitäten bestimmt. Ist dieser Befund theoretisch angenommen, so kann von einer Identität des Werts mit dem Preis keine Rede sein. Und wir müssen sagen: Geldmengen stellen jederzeit Werte dar, aber keine Preise. Und wenn wir Geldmengen in Gestalt gemünzter Edelmetalle oder anderer genormter

¹ Vgl.: J. A. Schumpeter: Konjunkturzyklen. Erster Bd. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1961. S. 24. Anm. 13

Güterarten finden, so haben wir es ebenfalls nicht mit Preisen oder Tauschwerten zu tun, sondern mit, wie weiter oben angegeben, universellen Gebrauchswerten oder Nutzen.

Die hier vorgestellte Wertbestimmung basiert auf der Annahme, daß das ökonomische Maßesystem von drei Dimensionen Gebrauch macht, die nicht durch Definition, sondern durch Grundmeßverfahren bestimmt sind: der artbestimmte Nutzen oder Gebrauchswert $[N_i]$, die konkret gebildete Arbeitskraft $[K_i]$ und die Produktionsdauer $[t^p]$. Mit Bezug auf die Bestimmtheit der zugehörigen Meßverfahren ist zu sagen: Die Institution der Nutzenmessung ist der Markt, auf dem mit der Preisverhandlung zugleich die Entscheidung darüber fällt, ob eine angebotene Produkt- oder Dienstleistung einem Nachfrager als Nutzen- oder Gebrauchswerteinheit gilt, d. h. gegen Entrichtung eines Gegenwerts von ihm abgenommen wird. Ein universelles Nutzenetalon für eine Gebrauchswertart gibt es gewiß nicht. Seine Existenz unterstellte, daß alle Marktteilnehmer mit derselben Produkteinheit denselben Nutzen verbinden würden. Nichtsdestoweniger ist sicher, daß ein effektiver Abnehmer ein Produktangebot für sich als nützlich beurteilt; er würde es sonst nicht abnehmen. So müssen wir annehmen, daß die effektive Nachfrage mit einem Nutzenideal des Nachfragers so gekoppelt ist, daß er das gegen Gegenwertzahlung abgenommene Produkt als Realisation dieses Ideals akzeptiert. In diesem Sinne können wir durchaus von Nutzenetalons sprechen, die Marktteilnehmer als effektive Nachfrager im Austausch realisieren. Es ist dies wohl die Besonderheit der sozialtheoretisch bestimmten Messung, worin Menschen selbst als Akteure der Verhältnisse und Beziehungen auftreten, die analytisch erklärt werden sollen. Denn es sind eben die Menschen, die nach ihren Bedürfnissen Gebrauchswerte determinieren.

Was die Messung der Arbeitskraft betrifft, so ist zu sagen, daß sie ihren Gegenstand im, mit Marx zu sprechen, bestimmt gebildeten Arbeitsvermögen des Vollbeschäftigten voraussetzt. Er erscheint für die ökonomische Analyse als die Maßeinheit, die sie besitzt. Daher gibt die Anzahl der Beschäftigten zugleich das Maß des Arbeitskraftaufwands an. Daß damit wirklich eine Messung vorliegt, nicht nur eine Personenzählung, erkennt man daran, daß in den Produktionsbetrieben in der Tat die Beurteilung der eingesetzten Arbeitskraft erfolgt. Ist etwa die für den Absatz erforderliche Qualität des Produkts nicht erreicht, wird man sich vom verantwortlichen Beschäftigten verabschieden, ohne seine Bestimmtheit, Person zu sein, in Frage zu stellen. Man stellt nur fest, daß er die erforderliche Qualifikation der nötigen Arbeitskraft nicht hat. Ebenso liegt jeder Rationalisierungsmaßnahme ein Urteil über die für eine bestimmte Produktion erforderliche Arbeitskraft zugrunde.

Mit Bezug auf die Produktionsdauer ist nur zu sagen, daß sie – wie jede andere Dauer – mit der Uhr zu messen ist. Dadurch wird ihre ökonomische Bedeutung in keiner Weise in Frage gestellt.

Indem nun die drei Dimensionen $[K_i]$, $[N_i]$ und $[t^p]$ mittels der Vereinigung die Dimension des Werts $[v] = [K_i N_i t^p]$ (ich verzichte, wie üblich, auf die Angabe des Zeichens der Produktbildung) determinieren, können wir sagen, daß der Wert in der

Ökonomie die Kategorie des Allgemeinen realisiert, der gegenüber die fraglichen Faktoren die Kategorie des Einzelnen darstellen. In gleicher Weise stellt sich die kategoriale Bestimmtheit in der Mechanik dar: Mit den drei Dimensionen $[K]$, $[l]$ und $[t]$ wird ebenfalls durch Vereinung die Dimension der Wirkung $[w]$ gebildet, so daß $[w] = [K \ l \ t]$ gilt. Da nun Dimensionen reine Qualitäten sind, können wir mit der Unterstellung, daß die Operationen der Produkt- und Verhältnisbildung logischen Charakter haben und die Dimensionen als logische Inhalte behandelt werden dürfen, sagen, daß der meßtheoretischen Fundierung eine logische Basis zugrunde liegt, die andeutungsweise in Hegel subjektiver Logik präsentiert worden ist. Dort heißt es: „E – B – A ist das allgemeine Schema des bestimmten Schlusses. Die Einzelheit schließt sich durch die Besonderheit mit der Allgemeinheit zusammen; das Einzelne ist ... allgemein ... durch die Besonderheit; ... umgekehrt ist ... das Allgemeine ... einzeln ... durch die Besonderheit ... – Diese Bestimmungen stehen als *E x t r e m e* einander gegenüber und sind in einem verschiedenen Dritten eins.“¹ Zweifellos hat Hegel diese Beschreibung durch Deutung des aristotelischen Satzes gewonnen, der in klassentheoretischer Interpretation besagt:

$$\forall E, B, A (E \subset B) \wedge (B \subset A) \rightarrow E \subset A .$$

Wie seine Deutung nun eigentlich zu verstehen sei, hat uns Hegel nicht gesagt; die beiden Striche zwischen den logischen Objekten E, B und A zeigen das unmißverständlich. Was sollen sie bedeuten? Ich habe auf diese Frage keine Antwort, die sich durch eine Textinterpretation zweifelsfrei rechtfertigen läßt.

Die folgende Überlegung aber ist einsehbar: Wenn Hegels Schlußschema eine wirkliche logische Bedeutung haben soll, so müssen die fraglichen Striche gerade das meinen, was Hegel nicht thematisiert hat: logische *Operationen* oder *Relationen*. Können wir nun die Wirkung als das Allgemeine der Mechanik und den Wert als das Allgemeine der Ökonomie verstehen, so ist es möglich, das Hegelsche Schlußschema inhaltslogisch zu rekonstruieren, wenn zusätzlich die zugehörigen Grundmeßverfahren als die Bestimmungen der entsprechenden Einzelnen verstanden werden. Es gilt dann generell: $E_1 \cdot E_2 \cdot E_3 = A$. Und wir können definieren:

$$B_1 =_{\text{df}} E_2 \cdot E_3 ,$$

womit folgt, daß $E_1 \cdot B_1 = A$ gilt, die Rekonstruktion des Schemas E – B – A mit der Unterstellung: Der erste Strich Hegels meint die *Operation* des Vereinens, der zweite Strich meint die *Relation* der inhaltslogischen Gleichheit, und obendrein treten das Einzelne und das Besondere dreifach auf. Wenn wir also die Dimensionen für sich als logische Inhalte (Intensionen) verwenden und die beiden Operationen als inhaltslogische zulassen (d. h. nicht nur mit der Konjunktion und Adjunktion handeln), so stellt sich Hegels Schlußschema als der nur nach seinen Objekten identifizierte

¹ G. W. F. Hegel: Wissenschaft der Logik. Hrsg. v. G. Lasson. Zweiter Teil. Leipzig: F. Meiner 1950. S. 311

Dimensionszusammenhang dar, der sowohl in der Mechanik als auch in der Ökonomie eine Interpretation (ein Modell) besitzt. Das ist eine philosophisch wie wissenschaftstheoretisch bemerkenswerte Tatsache, die hier nur angeführt, aber nicht in extenso diskutiert werden soll. Es versteht sich sofort, daß für $i = 1, 2, 3$ gilt: $B_i = A : E_i$. Und weiter ist klar, daß die Einsdimension mit $[1] = A : A$ anzugeben ist, womit auch $A = A \cdot [1]$ gilt. Die Einsdimension können wir damit im Hegelschen Sinne das konkrete Negat des Allgemeinen nennen: $\neg A = [1]$, womit die Dialektiker erfreuende Feststellung $A = A \cdot \neg A$ getroffen werden darf. Des weiteren können wir als konkrete Negation $\neg E_i = A : E_i$ angeben, also feststellen, daß $B_i = \neg E_i$ gilt.¹ Dies rechtfertigt die weiter oben gebrauchte Redeweise von der Arbeitszeit als dem konkreten Negat der Arbeit.

Es bleibt noch zu zeigen, daß es zu einem Allgemeinen genau 3 Einzelne gibt (eine Inhaltsgattung also genau 3 Inhaltsarten hat): Zunächst nehmen wir an, daß es ein E_1 gibt. Es versteht sich, daß mit der Negation $\neg E_1 = A : E$ auch der Satz $E_1 \cdot \neg E_1 = A$ gilt. Es versteht sich weiter, daß $E_1 \neq A$, weshalb $\neg E_1$ nicht $[1]$ sein kann. Also muß $\neg E_1$ mindestens ein E_2 bedeuten, für das natürlich auch $E_2 \cdot \neg E_2 = A$ gilt. Also gilt $E_1 \cdot \neg E_1 = E_2 \cdot \neg E_2$. Also gilt auch $\neg E_1 : E_2 = \neg E_2 : E_1$. Vereinen wir die Negate $\neg E_1$ und $\neg E_2$, erhalten wir: $\neg E_1 \cdot \neg E_2 = [A : (E_1 \cdot E_2)] \cdot A$ und damit den Term $A : (E_1 \cdot E_2)$. Dieser ist offenbar das Definiens des Negats der Einheit beider Einzeler, so daß $\neg(E_1 \cdot E_2) = A : (E_1 \cdot E_2)$ gilt. Dieses Negat kann weder E_1 noch E_2 bedeuten und auch nicht ihre Einheit, ihr Produkt, und ebensowenig die Einsdimension $[1]$. Also muß es Definiens eines dritten Einzelnen E_3 so sein, daß mindestens $E_3 = \neg(E_1 \cdot E_2)$ anzunehmen ist. Es kann aber auch keine weiteres Einzelnes E_4 durch das Definiens bestimmt sein, weil klar ist, daß, falls $E_3 = \neg(E_1 \cdot E_2) = E_3 \cdot E_4$ angenommen wird, wegen der Drittengleichheit $E_4 = [1]$ folgt. Also muß die Bestimmung $A = E_1 E_2 E_3$ gelten. Meßtheoretisch bedeutet das: Zu einer allgemeinen Maßgattung gehören genau drei Grundmeßverfahren, deren Einheit sie determiniert.

Bei dieser Andeutung des inhaltslogischen Hintergrunds der hier vorgestellten meßtheoretischen Erwägungen wollen wir es belassen und nur noch darauf verweisen, daß Marx den Versuch unternahm, die Hegelsche Logik für seine Ökonomiekritik zu nutzen. Er schrieb: „Hier mag nur noch bemerkt werden, daß in $W - G - W$ die beiden Extreme W nicht in derselben Formbeziehung zu G stehen. Das erste W verhält sich als besondere Ware zum Geld als der allgemeinen Ware, während Geld als die allgemeine Ware sich zum zweiten W als einzelner Ware verhält. $W - G - W$ kann daher abstrakt logisch auf die Schlußform $B - A - E$ reduziert werden, worin die Besonderheit das erste Extrem, die Allgemeinheit die zusammenschließende Mitte und die Einzelheit das letzte Extrem bildet.“²

¹ Diese Negationsdefinition stammt von B. Hartmann, vgl. dazu seine Schrift: Logik und Arbeit. Sankt Augustin: Academia Vlg. 1994. S. 246

² K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. In: MEW. Bd. 13. S. 76

Die von Marx angegebene „Schlußform“ kommt so in der Hegelschen Logik nicht vor. Beachtet man, daß in der Marxschen Argumentation Waren wie Geld als Wertträger unterstellt sind, so ist klar, daß sein Schema gerade Hegels „mathematischen Schluß“ $A - A - A$ vorführt. Denn es ist nichts anderes gemeint als die Transformation des *Werts* der ersten Ware in *Geldwert* und die Transformation des *Geldwerts* in einen zweiten *Warenwert*, d. h. eine unmißverständlich tautologische Wertübertragung, in welcher nur die Darsteller wechseln, nicht das Dargestellte, der Wert, das ökonomisch Allgemeine. $W - G - W$ besagt wirklich nur: Im äquivalenten Austausch geht der Wert der ersten Ware v_1 in den Wert der Geldware v_0 über und dieser in den Wert der zweiten Ware v_2 ; es gilt also: $v_1 = v_0 = v_2$. Das ist aber Hegels „mathematischer Schluß“ oder die gewöhnliche Argumentation nach der Drittengleichheit.

Das wirklich Besondere nach der hier gegebenen Deutung ist der *Preis*, während das Einzelne der *Gebrauchswert* oder bestimmte Nutzen ist. Marx hat sein Raisonement im „Kapital“ nicht mehr wiederholt, gleichwohl das Schema $W - G - W$ verwendet, es nur nicht mehr als ökonomisches Exemplar für die Anwendbarkeit der Hegelschen Schlußlehre ausgesprochen. Dies demonstriert wohl den weisen Verzicht auf eine nicht legitimierbare „logische“ Fundierung, aber ebenso den Umstand, daß Marx den Preis nicht vom Wert hat analytisch akzeptabel unterscheiden können. Damit steht er in einer engen Beziehung zur klassischen angelsächsischen Wirtschaftslehre, die umgekehrt den Wert nicht vom Preis zu unterscheiden vermocht hat.

Die kommunistische Antwort auf die soziale Frage¹

In seiner ‚Kritik des Gothaer Programms‘ beurteilt Marx die Kennzeichnung „die soziale Frage“ als „eine Zeitungsschreiberphrase“², deren Verwendung die Feststellung des existierenden Klassenkampfes umgehe. Solchem Vorwurf nicht ausgesetzt zu sein, erzwingt die genaue Bestimmung dessen, was unter dieser Kennzeichnung verstanden werden soll. In der deutschen sozialtheoretischen Literatur ist die erforderliche Determination wenigstens seit 1835 mit hinreichender Klarheit formuliert worden.

In seinem Aufsatz ‚Über das dermalige Mißverhältnis der Vermögenslosen oder Proletaires zu den Vermögen besitzenden Klassen der Sozietät ...‘ erklärt Franz Xaver von Baader zur „... tiefer liegende(n) Wurzel ...“ der „... schier überall bestehende(n) leichte(n) Revolutionierbarkeit ... der Sozietät in unserer Zeit“, daß sie „... in einem bei der dermaligen Evolutionsstufe der Sozietät ... eingetretenen Mißverhältnis der Vermögenslosen ... hinsichtlich ihres Auskommens zu den Vermögenden“ zu suchen sei. Der „Revolutionismus“ habe „... sich gewissermaßen von seinem frühern politischen Boden auf den sozialen im engeren Sinne ... gezogen ...“, nämlich in die vermögenslose Volksklasse. Wie England und Frankreich zeigen, finden sich Ideologen, Baader nennt sie „Demagogen“, welche es sich „... angelegen sein lassen, den Proletaires die Meinung beizubringen, daß es mit allen bestehenden Sozialformen ... dahin gekommen sei, daß sie nur durch gewaltsamen und brutalen Angriff auf selbe ... zu ihrem Rechte zu gelangen vermögen ...“³. „Wer ... nur einen Blick in den Abgrund des physischen und moralischen Elends ... geworfen hat, welchem der größere Teil der Proletaires ... preisgegeben ist ..., der wird ... gestehen müssen, daß die Hörigkeit ... doch noch minder ... unmenschlich ... war, als diese Vogelfreiheit, Schutz- und Hilflosigkeit des bei weitem größten Teils unserer ... kultiviertesten Nationen. Ein solcher Beobachter ... wird gestehen müssen, daß ... die Zivilisation der Wenigen nur durch die Unzivilisation, ja Brutalität der Vielen besteht ...“⁴. Durch Auflösung ihres Hörigkeitsverbandes, so Baader, sind „... die Proletaires ... in den reichsten und industriösesten Staaten wirklich nur relativ ärmer ... geworden“, sie „sind ... zum *nicht mehr ge-*

1 Überarbeitete Fassung eines Vortrags auf dem Zehnten Leutherheider Forum der Adalbert-Stiftung-Krefeld und der Universität Hannover vom 17. bis 20 Juli 1997 zum Thema „Die soziale Frage in Europa seit einem Jahrhundert – vor dem Jahr 2000. Zuerst publiziert in: Berliner Debatte INITIAL 9(1998)1, S. 5-18“

2 K. Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. In: MEW 19, S. 26

3 F. Baader: Über das dermalige Mißverhältnis der Vermögenslosen oder Proletaires zu den Vermögen besitzenden Klassen der Sozietät in Betreff ihres Auskommens, sowohl in materieller als auch intellektueller Hinsicht, aus dem Standpunkt des Rechts betrachtet. München 1835. Wieder abgedruckt in: L. Elm: Konservatives Denken 1789-1848/49. Darstellung und Texte. Berlin 1989. S. 229-230

4 Ebd., S. 230-231

hört werdenden Teil des Volkes heruntergekommen“¹. Baader weiß, „... daß, falls nicht in Bälde dem hier nachgewiesenen Mißverhältnisse ... zwischen den Proletaires und den vermögenden Volksklassen Abhilfe geschieht, eine Reaktion jener auf diese bevorsteht, welche ... ungleich verderblicher sich zeigen wird, als alle bisherigen Aufstände ... ihnen waren ...“².

Somit ist nach der französischen Julirevolution von 1830 auch in Deutschland die soziale Frage durch Franz Baader unmißverständlich mit der Vorstellung des Problems, wie die Proletarier der Sozietät teilhaftig werden können, artikuliert und in der schlichten Alternative präsentiert: Entweder Sozialreform oder soziale Revolution! Sie ist die Frage der Epoche geworden. Und die Wende von 1989/91 hat nur einen Zwischenbescheid gegeben, einen Bescheid über die *kommunistische* Antwort auf sie im russisch dominierten Osteuropa unter Voraussetzung kommunistischer Staatsgewalt.

Baader hat unter dem Terminus *Societät* das verstanden, was wir deutsch sonst auch *Gemeinschaft* nennen. Er versucht, ein „Verhältnis zwischen der bürgerlichen (natürlichen) Societät (dem *Staate*) und der religiösen (der *Kirche*)“ mit der Voraussetzung zu bestimmen, unter „dem civilgeselligen“ Zustand „die natürliche Gesellschaft“ zu verstehen; „ausser welcher der Mensch ja nie, obschon in verschiedenen Stufen ihrer Entwicklung, lebte“³. Dieser Gesichtspunkt soll uns hier nicht weiter interessieren. Es sei nur das Problem gestellt, ob die soziale Frage (zu gut deutsch: die *gesellschaftliche* Frage) unter der Bedingung, die Proletarier als zum nicht mehr gehört werdenden Teil des Volkes (d. h. einer Gemeinschaft) zu rechnen, voll bestimmt ist. Unterscheidet man mit Ferdinand Tönnies die *Gesellschaft* von der *Gemeinschaft*⁴, so ist mit Blick auf die Vermögenslosen a priori klar, daß sie aus der Gesellschaft ausgeschlossen sind, wenn auch nicht aus der Gemeinschaft. Denn die Gesellschaft wird im Tausch von Teilen des Vermögens der Tauschpartner konstituiert. Wer also kein Vermögen hat, kann sich daher nicht am ökonomischen Austausch beteiligen. Folglich besteht die soziale Frage darin, wie die Proletarier zu Vermögen kommen, um mit ihm an der Bestimmung der gesellschaftlichen Verhältnisse (das sind die Tauschverhältnisse, d. h. die Preise der im ökonomischen Verkehr zirkulierenden Güter) in der Tat teilzunehmen.

1 Ebd., S. 232

2 Ebd., S. 235-236. Was damit gemeint ist, kann man nun zusammenfassend in 'Le livre noir du communisme. Crimes, terreur, répression' (Ed. Robert Laffont, Paris 1997) lesen, das Buch, am 6. November publiziert, soll 1998 auch in deutscher Sprache erscheinen.

3 Vgl.: F. Baader: Vom Segen und Fluch der Creatur. Drei Sendschreiben an Herrn Prof. Görres. Erstes Sendschreiben. In: J. E. Erdmann: Philosophie der Neuzeit. Der deutsche Idealismus. Geschichte der Philosophie VII. Mit einem Anhang: Quellentexte u. Bibliographie v. B. Gerl. Reinbek: Rowohlt 1971 (rde 365), S. 145

4 So sein Ansatz in: Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirischer Culturformen. Leipzig: Fues Vlg. 1887

1. Über Gemeinschaft und Gesellschaft

Um die Unterscheidung der Gemeinschaft von der Gesellschaft, die für das erkennende Verstehen der kommunistischen Antwort auf die soziale Frage nach meiner Auffassung von wesentlicher Bedeutung ist, genauer anzugeben, sei zunächst auf die Feststellung Tönnies' zurückgegriffen. Er setzt seiner Überlegung „die menschlichen Willen“ voraus, d. h. das Vermögen der Einzelmenschen, aufeinander einzuwirken. Die Wirkungen selbst können nach Tönnies bejahende, auf die Erhaltung des anderen Willens gerichtete, oder verneinende, auf die Zerstörung des anderen Willens gerichtete, sein. Die positiven liefern die Verhältnisse zwischen Einzelmenschen, auf die seine Theorie gerichtet ist. In ihr werden so Gruppen oder Verbindungen (natürlich von Menschen) untersucht, die „Gemeinschaften“ heißen, wenn sie „als reales und organisches Leben“, und „Gesellschaften“, wenn sie „als ideelle und mechanische Bildung“ bestimmt sind.¹

Diese Definitionen verleugnen ihre Herkunft aus der deutschen Naturphilosophie nicht. Das ist aber kein Einwand. Es kann sehr wohl eine Bestimmung gegeben werden, die die naturphilosophische Unterscheidung des „Organismus“ vom „Mechanismus“ vermeidet; und sie ist von Tönnies selbst formuliert worden. Er weiß, daß „die bisherige wissenschaftliche Terminologie“ *Gemeinschaft* und *Gesellschaft* „ohne Unterscheidung nach Belieben zu verwechseln“ pflegt, und appelliert an den umgangssprachlichen Gebrauch des Deutschen, der mit der Verwendung der beiden Wörter jedem, der wahrzunehmen willens ist, verdeutlicht, daß eine tatsächliche Unterscheidung vorliegt: „Alles vertraute, heimliche, ausschließliche Zusammenleben ... wird als Leben in Gemeinschaft verstanden. Gesellschaft ist die Oeffentlichkeit, ist die Welt. In Gemeinschaft mit den Seinen befindet man sich, von Geburt an, mit allem Wohl und Wehe daran gebunden. Man geht in die Gesellschaft wie in die Fremde. ... Man leistet sich Gesellschaft; Gemeinschaft kann Niemand dem Anderen *leisten* ... Gemeinschaft der Sprache, der Sitte, des Glaubens; aber Gesellschaft des Erwerbs, der Reise, der Wissenschaften. So sind insonderheit die Handelsgesellschaften bedeutend; wenn auch unter den Subjekten eine Vertraulichkeit und Gemeinschaft vorhanden sein mag, so kann man doch von Handels-Gemeinschaft nicht reden. Vollends abscheulich würde es sein, die Zusammensetzung Actien-Gemeinschaft zu bilden. Während es doch Gemeinschaft des Besitzes gibt: an Acker, Wald, Weide. Die Güter-Gemeinschaft zwischen Ehegatten wird man nicht Güter-Gesellschaft nennen. Im allgemeinsten Sinne wird man wohl von einer die gesamten Menschheit *umfassenden* Gemeinschaft reden, wie es die Kirche sein will. Aber die menschliche Gesellschaft wird als ein bloßes Nebeneinander von einander unabhängiger Personen verstanden. ... Gemeinschaft ist das dauernde und echte Zusammenleben, Gesellschaft nur ein vorübergehendes und scheinbares. Und dem

1 Ebd. S. 3

ist es gemäß, daß Gemeinschaft selber als ein lebendiger Organismus, Gesellschaft als ein mechanisches Aggregat und Artefact verstanden werden soll.“¹

Die nüchterne Rekonstruktion dieses Ansatzes sehe ich darin, die Gemeinschaft durch die unmittelbare Kooperation in der Erhaltung des physischen Lebens via Produktion realisiert zu sehen, die Gesellschaft aber durch den Austausch, durch den Handel. Die Gemeinschaft ist bereits durch die sexuelle Reproduktion gegeben; sie ist also ein biologisches Faktum, das wir zur Gestaltung der Humanität aus der Natur mitbringen. Die Gesellschaft ist intendiert, wenn Gemeinschaften zum stummen Tausch schreiten, sich eben durch ihn als Glieder der Gesellschaft konstituieren. Die Gesellschaft ist konstituiert, wenn der Austausch regelmäßig, dauerhaft und eine Voraussetzung der Produktionen verschiedener Gemeinschaften ist – in welchem Umfang auch immer. Die *menschliche* Gesellschaft ist da, wenn der Weltmarkt da ist. Ihre Entwicklung ist wesentlich die des Weltmarkts. Dieser ist keine Erfindung der „Moderne“, kein Resultat der europäischen Eroberung Amerikas, sondern bereits mit den Austauschbeziehungen zwischen dem alten Mesopotamien und der Induskultur vorhanden, besteht also seit mindestens 2.500 Jahren v. d. Z. In der klassischen Antike reichte er vom chinesischen Pazifikufer bis zur spanischen Atlantikküste. Und seit der Integration Amerikas umschließt er den ganzen Globus. „Globalisierung“ ist keine neue Erfahrung, sondern immanente Tendenz der menschlichen Gesellschaft schlechthin.

Gemeinschaft und Gesellschaft realisieren also (nach meiner Auffassung) denselben Dualismus, den Produktion und Austausch miteinander bilden. Es kann sehr wohl produzierende Gemeinschaften ohne Austausch geben, aber keinen Austausch ohne produzierende Gemeinschaften (oder Personen).² Gemeinschaft und Gesellschaft stellen keinen kontradiktorischen oder konträren Gegensatz dar, wie René König sich beider Verhältnis zu verdeutlichen sucht³, sondern einen unaufhebbaren Dualismus. Wird durch den Austausch keine einfache Reproduktion (Gleichgewicht) bewerkstelligt, sondern Innovation, so stellt die gesellschaftliche Bewegung die Struktur der beteiligten Gemeinschaften in Frage und zwingt sie zur Reorganisation, zur Reform. Dadurch tritt der Schein der Feindlichkeit der Gesellschaft gegen die Gemeinschaft ein (ein Schein, den gegenwärtig die flotte neoliberalistische Ideologie zum Meinungsdauerbrenner macht). Er bleibt aber ein Schein, weil die Gemeinschaft schon um den Preis der physischen Erhaltung der Gattung gar nicht beseitigt werden kann. Daß umgekehrt die Gesellschaft lokal wirklich zu vernichten ist, hat der europäische Kommunismus unter Beweis gestellt.

1 Ebd., S. 3-5

2 Ich unterstelle in diesem Zusammenhang die Marxsche Feststellung, daß der Transport von Gütern gebrauchswertbildende bzw. nützliche Produktion ist. Also selbst dann, wenn unbearbeitete Naturprodukte vom Ort ihres Vorkommens zum Ort ihres Verbrauchs transportiert werden, liegt Produktion im ökonomischen Sinne vor. Und daß tauschende Gemeinwesen in unterschiedlicher Lokalität hausen, darf als geltend angenommen werden.

3 R. König: Soziologie in Deutschland. Begründer, Verfechter, Verächter. München/Wien 1987. S. 143-144

Diese Sicht darf wohl mit Recht eine Rekonstruktion des theoretischen Ansatzes von Tönnies genannt werden. Betrachtet man nämlich seine beiden Abschnitte *Theorie der Gemeinschaft* und *Theorie der Gesellschaft*, so findet man als Modell der ersteren die Haushaltung als Verfassung des Hauses (im Sinne des griechischen *oikos*) in ihrem ökonomischen Aspekt vorgestellt, in dem der Theoretiker „die zusammen arbeitende und zusammen genießende Gemeinschaft“ findet. „Der sich ... immer wiederholende menschliche Genuß ist die Ernährung, daher Schaffung und Bereitung von Speise und Trank die notwendige und regelmäßige Arbeit. ... Wie ... um der einheitlichen Arbeit willen die Genossen sich teilen und trennen, so findet hier die Wiedervereinigung statt um der notwendigen Verteilung des Genusses willen.“¹ Somit kennt Tönnies die *gemeinschaftliche* Arbeitsteilung (im Unterschied zur *gesellschaftlichen*, d. h. durch Ein- und Verkauf vermittelten) wie die Distribution als Ausdrücke der Einheit der Gemeinschaft. Und er weiß: „Hingegen widerspricht der eigentliche *Tausch* dem Wesen des Hauses; es sei denn insofern er unterhalb der Verteilung stattfindet und als die Individuen an dem ihnen Zugewiesenen ein unabhängiges Eigentum haben mögen, wie an den Dingen, die ein jeder außerhalb der gemeinschaftlichen Tätigkeit für sich allein mag geschaffen haben.“²

Den „Progreß der Gesellschaft“ findet Tönnies in offensichtlicher Ablehnung an die Stufenlehre des 19. Jahrhunderts im „Uebergang von allgemeiner Hauswirtschaft zu allgemeiner Handelswirtschaft“³. Und es wird unmißverständlich gesagt: „Die Kaufleute oder Kapitalisten (Inhaber von Geld, das durch doppelten Tausch vermehrbar ist) sind die natürlichen *Herren* und Gebieter der Gesellschaft. Die Gesellschaft existiert um ihretwillen. Sie ist ihr Werkzeug. Alle Nichtkapitalisten ... sind entweder ... toten Werkzeugen gleich – dies ist der vollkommene Begriff der Sklaverei – sie sind im *Rechte* Nullen, d. i. werden als keiner eigenen Willkür, daher keiner in dem Systeme gültigen Kontrakte, fähig gedacht. ... Oder hingegen: die Sklaven *sind* Personen, freie Subjekte ihrer Willkür, des Tausches und der Verträge, daher Subjekte der Gesellschaft selbst und ihrer Konventionen.“⁴ Mit letzteren meint Tönnies natürlich die Arbeiter, von denen er annimmt, daß sie „ihre Arbeitskraft um Geld veräußern“⁵. Und weiter heißt es: „Die Veräußerung um Geld macht sie zu einer nominellen Abart von Kaufleuten: sie bieten ihre spezifische Ware feil und tauschen, wie alle Waren-Verkäufer ...“ „... das temporäre Eigentum an Geld macht Arbeiter zu potentiellen Kapitalisten.“⁶ Lassen wir diese Sicht des „Verkaufs der Arbeitskraft“ einstweilen dahingestellt, so

1 F. Tönnies: *Gemeinschaft und Gesellschaft*. Grundbegriffe der reinen Soziologie. Dritte durchges. Aufl. Berlin: Curtius 1920. S. 23

2 Ebd.

3 Ebd., S. 45

4 Ebd., S. 50

5 Ebd., S. 51. In einem Zusatz aus dem Jahre 1911 erklärt Tönnies, daß „die Arbeitskraft selber ... so wenig einen natürlichen Wert wie der Grund und Boden“ hat (a. a. O., S. 68).

6 Ebd., S. 51

bleibt, daß meine Rekonstruktion der Sicht Tönnies' ersichtlich keine Vergewaltigung ist. Der Dualismus von Gemeinschaft und Gesellschaft als der beiden wichtigen positiven Verbindungen¹ zwischen Menschen ist auch bei Tönnies durch das Verhältnis zwischen Produktion und Austausch erklärt.

Mit dieser Sicht ist zugleich angenommen, daß die gewöhnliche sozial-theoretische Kategorialverfassung der Polarität von „Individuum und Gesellschaft“ eine Unterbestimmung bedeutet.² Im klassischen Sinne sind vielmehr die Einzelmenschen in Gemeinschaften *Individuen*, die unteilbaren letzten Teile dieser Ganzen. In Gesellschaften dagegen sind die Einzelmenschen *Personen*, d. h. Vertragspartner im Ein- und Verkauf. Gemeinschaften sind durch gemeinsame Vermögen bestimmt, z. B. durch eine Gemeinschaftskasse (der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe hatte im Gegensatz zur Europäischen Gemeinschaft gerade keine Gemeinschaftskasse, eine fundierende Feststellung über die kommunistische Potenz, internationale Gemeinschaft tatsächlich zu bilden!). Besondere Gesellschaften unterstellen die Assoziation von Teilen persönlicher Vermögen, die nicht zum Gruppeneigentum in dem Sinne werden, daß nur die Gruppe als solche über seine Verwendung entscheidet (die Geschäftsführung handelt im Auftrage der Gruppe, und nie kann die Geschäftsführung die Gruppenmitglieder entmündigen, ausschließen, kooptieren oder sonst in irgendeiner Form in ihre Funktionäre verwandeln, das gerade kann ein Gemeinwesen mit seinen Individuen in der Tat veranstalten). Es gibt also sehr wohl Gemeineigentum, über das das Gemeinwesen verfügt, aber in der offenen Gesellschaft kein Gesellschaftseigentum, das diese im Unterschied zu ihren Mitgliedern als Verhandlungsmasse zur Verfügung hat. Individuen haben Anteile am Gemeineigentum ihrer Gemeinschaft. Personen bringen Teile ihres Eigentums in eine geschlossene Gesellschaft ein, und sie bleiben darin die persönlichen Eigner (in der GmbH haften sie nur noch mit dem Teil ihres Vermögens, den sie in die Gesellschaft eingebracht haben).³

- 1 Mit dem Terminus *Verbindung* ist die Vorstellung einer *Operation* verknüpft, wie sie das analytische Denken kennt. Die Vergesellschaftung ist in diesem Sinne die Bildung einer *Summe* von Personen oder Gemeinschaften. Die Vergemeinschaftung dagegen ist die Bildung *einer Einheit* (eines Produkts) von Individuen. Wir wissen daher auch, was ein *Gemeinwesen* ist, kennen aber kein Gesellschaftswesen. Das Gemeinwesen ist das konkrete Allgemeine der Gemeinschaft (z. B. durch die Allmende fundiert oder durch die Steuer, die die Individuen zahlen); die Gesellschaft hat kein konkretes Allgemeines, sondern stellt sich im Abstrakt-Allgemeinen des Wertes dar (der Preis ist die Projektion des Werts in den Nutzen bzw. Gebrauchswert, aber nie der Wert). Wer menschliche Verbindung nur als Gesellschaft zu denken vermag – als Society, um modern zu sein –, sucht daher das Konkret-Allgemeine mit Recht vergeblich.
- 2 Eine Sozialtheorie, die ausschließlich vom Individuum ausgeht (etwa mit der Vorstellung vom *homo oeconomicus*, der nach seinen quasi angeborenen Präferenzen Kosten-Nutzen-Vergleiche anstellt, um sich durchs Leben zu schlagen), ist daher in dieser Sicht a priori halbiert, also bloßer Rohstoff für eine vernünftige Ansicht von der Gesellschaft. Der philosophisch gewitzte Sozialtheoretiker braucht den Homo-oeconomicus-Ideologen nur nach der Bestimmung seines *Begriffs* vom Individuum zu fragen. Eine ehrliche Antwort kann nicht anders als durch den Rückgriff auf ein *Ganzes* gegeben werden, dessen unteilbarer Teil jenes Individuum ist. Dieses Ganze aber heißt in der Sozialtheorie *Gemeinschaft*.
- 3 Die Unterscheidung des Gemeinschafts- vom Gesellschaftsvermögen mag für die empirische Wahrnehmung nicht einfach sein. Aber die Juristen haben sie doch sehr deutlich realisiert. Man

Die Gemeinschaft ist multiplikativ strukturiert, die Gesellschaft additiv. Nur als Vermögensinhaber können Einzelmenschen in die menschliche Gesellschaft überhaupt oder in eine besondere Gesellschaft eintreten, während sie durch Geburt Gemeinschaftsglieder sind (also mindestens der Familie zugehören, die ihre Aufzucht ermöglicht). Vermögenslose haben keine Chance, an der Gesellschaft teilzunehmen. Proletarier sind also a priori Menschen außerhalb der Gesellschaft (aber nicht außerhalb der Gemeinschaft).

Nun scheint die Tatsache, daß *Arbeitsverträge* abgeschlossen werden, der Feststellung zu widersprechen, daß die Proletarier nicht am (gesellschaftlichen) Austausch teilnehmen können. Dieser Schein tritt ein, wenn man den *Arbeitsvertrag* als einen *Kaufvertrag* deutet, d. h. vom Ein- bzw. Verkauf der Arbeit oder der Arbeitskraft spricht (letzteres behauptet Marx und im Anschluß an ihn Tönnies). Aber schon Kant hat in seiner Rechtslehre den *Lohnvertrag* als Art des *Verdingungsvertrages* klar vom *Kaufvertrag* als Art des *Veräußerungsvertrages* unterschieden.¹ Der Tausch von Ware gegen Geld, also der Kauf und Verkauf, ist ein Stellenwechsel von Objekten nach ihren *Werten*. Weder die Arbeitskraft noch die Arbeit sind Wertträger, also sind sie auch keine Gegenstände des Veräußerungsvertrages. Der Lohn, den der Proletarier, falls er nicht arbeitslos ist, erhält, reflektiert seinen per Arbeitsvertrag vereinbarten Anteil am veräußerten Produkt seiner Tätigkeit, das allerdings der Eigner realisiert. Es ist sein Produkt, dessen Werterlös den Proletarier nichts angeht. Sollte der Eigner sein Produkt nicht realisieren (nicht verkaufen) können, so hat der Proletarier das Recht, seinen Lohn unabhängig vom Erlös zu fordern und muß sich gegebenenfalls ins Konkursverfahren einschalten, um sein Recht durchzusetzen. Er kann darin auch das Schicksal des Gläubigers erfahren, den gewährten Kredit nicht zurückzuerhalten, d. h. für seine in bestimmter Arbeitszeit aufgewandte Arbeit keinen Lohn zu erlangen (der Lohn ist dem Produkt aus Arbeit und Arbeitszeit gleich). Ist dies der Fall, oder ist er gar arbeitslos, so hilft ihm nicht die Gesellschaft, sondern die Gemeinschaft (die er übrigens mit seinem Beitrag zur Arbeitslosenversicherung – in Deutschland durch Gesetz seit 1927 staatlich gesichert – selbst mitbegründet).

Es sind auch durchweg Gemeinschaften, aus denen Unternehmer Arbeiter dadurch anwerben, daß sie ihnen einen Lohn zusichern, der ein höheres Einkommen bedeutet als dasjenige, das sie in der heimatlichen Gemeinschaft haben – seien es Saisonarbeiter oder auswärtige Arbeiter, die bei Erfolg des Unternehmens sich auf Dauer niederlassen und dann neue Gemeinschaften

vergleiche dazu: BGB, §§ 705-740 (die Gesellschaft betreffend) und §§ 741-758 (die Gemeinschaft betreffend); danach wird eine Gesellschaft durch Vertrag begründet, eine Gemeinschaft durch ein gemeinschaftliches Recht bzw. einen gemeinschaftlichen Gegenstand. Mit Blick auf diese Sachverhalte ist Poppers Sprachgebrauch zu empfehlen: Märkte zeigen die *offene* Gesellschaft, Handelsgesellschaften (OHG, KG, AG, KGaA, GmbH) zeigen die *geschlossene* Gesellschaft. Poppers „Feinde der offenen Gesellschaft“ sind dann natürlich die Heroen der Gemeinschaft, die die Gesellschaft nur als Zerstörung der Gemeinschaft wahrnehmen – und dafür gute Gründe haben.

1 Vgl.: I. Kant: *Metaphysik der Sitten*. Hg. v. K. Vorländer. Hamburg: Meiner 1966, S. 101

bilden (nämlich Steuern, Versicherungen und sonstige Beiträge zahlen, Mutter Kirche in der Regel eingeschlossen). So ist der Arbeiter nicht, wie Tönnies meint und mit ihm alle Vertreter der These vom Verkauf der Arbeitskraft (bzw. der Arbeit) meinen müssen, eine „nominelle Abart von Kaufleuten“, sondern das Glied einer Gemeinschaft, das seinen Lebensunterhalt bis auf Widerruf außerhalb der Gemeinschaft erwerben darf. Erfolgt der Widerruf, nämlich die Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis, so ist die Gemeinschaft Garant seiner physischen Existenz. Sie zahlt das Arbeitslosengeld, dessen Zahlbarkeit er selbst durch seine Beiträge mit ermöglicht. Die Gesellschaft, die dauernde Erwerbsarbeit für jeden Menschen nicht verbürgen kann, braucht eben deswegen die Gemeinschaft, die den Erwerbslosen ein Auskommen ermöglicht – auf welchem Niveau auch immer.

Die These vom „Verkauf der Ware Arbeitskraft“ ist ein Ideologem par excellence. Sie verschleiern den Bruch zwischen den Vermögenseignern und den Vermögenslosen, indem sie suggeriert, daß es eigentlich gar keine Vermögenslosen gibt. Nach ihr haben die Arbeiter an ihrer Arbeitskraft eben genau jenes Vermögen, dessen Verkauf ihnen Geld einbringt – und sie haben es, welche Fügung, von Natur aus! Wäre es so, gäbe es keine soziale Frage, und die Gesellschaft wäre kein geschichtliches Produkt, sondern ein Naturphänomen. Das ist natürlich purer Nonsense. Es bleibt also festzuhalten: Die soziale Frage besteht in dem Problem, wie die Teilnahme an der Determination der sozialen (gesellschaftlichen) Verhältnisse durch die Vermögenslosen errungen werden soll. Mit anderen Worten: Wie kommen die Vermögenslosen zu Vermögen, zu *Produktivvermögen*, versteht sich?

2. Über Kommunismus und Sozialismus

Die Antwort der Kommunisten auf die soziale Frage ist von faszinierender Einfachheit: Wenn die soziale Frage durch die Vermögenslosigkeit der Proletarier verursacht ist, so ist die Herstellung des *Gemeineigentums* am Produktivvermögen die strikte und ein für allemal gültige Lösung des Problems. Daher sagen auch Marx und Engels im ‚Manifest der Kommunistischen Partei‘: Die Kommunisten können „ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen.“¹ Diese Sicht ist nur die Wiederholung einer längst formulierten These. Babeuf sagt im ‚Manifest der Plebejer‘ vom 30. November 1795: „*Schwätzt soviel ihr wollt über die beste Regierungsform, ihr werdet nichts ausrichten, solange ihr nicht die Keime der Habsucht und des Ehrgeizes zerstört habt.* ... Daher müssen die gesellschaftlichen Institutionen es zuwege bringen, jedem einzelnen die Hoffnung zu nehmen, jemals durch seine Bildung reicher, mächtiger oder vornehmer als seinesgleichen zu werden. ... Das einzige Mittel, um zu diesem Ziel zu kommen, besteht darin,

1 MEW 4, S. 475

eine *gemeinschaftliche Verwaltung* einzuführen; das Privateigentum abzuschaffen; jeden Menschen die Fähigkeit und Fertigkeit ausüben zu lassen, auf die er sich versteht; ihn zu verpflichten, die Frucht seiner Arbeit im gemeinsamen Vorratsspeicher in natura abzuliefern; und eine einfache Verwaltung der Verteilung einzurichten, ... , die über alle Personen und alle Sachen Buch führt und letztere in peinlichster Gleichheit verteilen ... läßt.“¹ Über die Realisierbarkeit seiner Empfehlung hat Babeuf übrigens keinen Zweifel: „Daß eine solche Verwaltung realisierbar ist, haben die Erfahrungen gezeigt, denn sie wird bei den anderthalb Millionen Mann unserer zwölf Armeen angewandt (und was im kleinen, ist auch im großen möglich).“²

Im 20. Jahrhundert ist diese Position nicht verändert worden. Die Mauerung der bolschewistischen Fraktion der russischen Sozialdemokratie zur Kommunistischen Partei Rußlands (im März 1918 formell konstituiert) ist die Wiederaufnahme der Babeufschen Programms, keine „Asiatschina“. Neu ist nur die Feststellung, „daß sich der alte bürgerliche Parlamentarismus überlebt hat, daß er mit den Aufgaben der Verwirklichung des Sozialismus absolut unvereinbar ist, daß nicht gesamtstaatliche, sondern nur Klasseninstitutionen (wie es die Sowjets sind) imstande sind, den Widerstand der besitzenden Klassen zu brechen und das Fundament der sozialistischen Gesellschaft zu legen“³ Und in Deutschland proklamiert Rosa Luxemburg in ihrer Programmrede vor dem Gründungsparteitag der KPD am 31. Dezember 1918 die Rückkehr zur Auffassung des ‚Manifests der Kommunistischen Partei‘ vom Februar 1848. Genosse Bäumer aus Worpsswede erklärt in der Diskussion zu ihrem Referat: „Genossen, wenn wir gegen das Privateigentum, gegen den Privatbesitz sind, ..., so dürfen wir nicht haltmachen vor dem Kleinbesitzer, denn enteignen wir, so haben wir radikal zu enteignen. Enteignen wir nur den Großbesitz und lassen wir eine gewisse Summe kleinen Kapitals bestehen, so schließen wir einen Kompromiß mit dem Kapitalismus, dessen Spitze sich letzten Endes gegen uns richten wird und muß, und unser ganzer Sozialismus ist kapitalistisch kompromittiert.“⁴ „Sehr richtig“, wird dazu aus dem Auditorium gerufen. Die „kapitalistische Kompromittierung“ wird später in der DDR, – die wesentlich, soweit sie deutscher Determination unterworfen gewesen ist, die staatliche formierte Fortsetzung der radikalen Linken (also USPD und KPD) von 1918/19 ist –, mit der Verstaatlichung der letzten privaten und halbstaatlichen Betriebe beseitigt, die das SED-ZK am 6. und 7. Juli 1972 als abgeschlossen feststellt, so daß E. Honecker seinem Genossen L. Breshnew in

1 Zit. nach: J. Höppner, W. Seidel-Höppner: Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx. Bd. II: Texte. Leipzig: Reclam 1975. S. 79-80

2 Ebd., S. 80

3 Aus dem ‚Dekret über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung‘ vom 19. Januar 1918 (6. Januar alten Stils), in: W. Hedeler, H. Schützler, S. Striegnitz (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin: Dietz 1997. S.416

4 Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (30. Dezember 1918 - 1. Januar 1919). Hg. v. Inst. f. Marxismus-Leninismus b. ZK d. SED. 2., erw. Aufl. Berlin: Dietz 1985. S. 209

einem Brief am 13. Juli 1972 mitteilen kann: In diesen Tagen ist in der DDR „die Arbeit von den letzten Erscheinungen der Ausbeutung“ befreit worden.

Die faszinierende Einfachheit der kommunistischen Antwort auf die soziale Frage ist also mit einer ebenso faszinierenden Konsequenz durchgehalten und realisiert worden. So gibt es nach meinem Dafürhalten keinen Zweifel an der definitorischen Bestimmung des Kommunismus, *abstrakte Negation des persönlichen Privateigentums* zu sein. Dies gilt unabhängig davon, was einzelne Kommunisten oder kommunistische Fraktionen zeitweilig über das Verhältnis zum persönlichen Produktivvermögen gedacht oder vorgestellt haben. Denn das hat immer nur den Weg zum Kommunismus unter den konkreten geschichtlichen Bedingungen berührt, nie aber die Grundsatzannahme über das Wesen desselben. Dies festzuhalten, ist mit Blick auf die Unterscheidung der Gesellschaft von der Gemeinschaft von entscheidender Bedeutung. Trifft es nämlich zu, daß die Gesellschaft (*societas*) durch die Zirkulation der Tauschgüter wirklich ist, so kann die Realisation der kommunistischen Idee niemals etwas anderes als die Schaffung einer (kommunistisch verfaßten) Gemeinschaft bedeuten. Eine „kommunistische Gesellschaft“ ist demnach ein Phantasma, und der entsprechende Terminus bedeutet eine *contradictio in adiecto*, d. h. die bare Falschheit, die nicht materiell realisiert werden kann. Ist die Gesellschaft durch den (ökonomischen) Austausch verwirklicht, so besteht sie in der Determination der Tauschenden, ob sie nun Gemeineigentümer (repräsentantenweise vertreten) oder persönliche Eigentümer sind, als gegenseitig von einander unabhängige, über den Preis der Tauschgüter verhandelnde Akteure. Genau dadurch sind sie als *Sonder-* oder *Privateigentümer* bestimmt (das System der wechselseitigen Anerkennung, worin jeder den anderen als Eigener eben des Gutes akzeptiert, das er durch Eintausch zu erlangen trachtet; Raub oder Krieg konstituiert keine Gesellschaft, bestenfalls ein Imperium, in dem der Besiegte dem Sieger fleißig Tribute zu liefern hat). Mit anderen Worten: Die kommunistische Negation des Privateigentums ist in jeder *besonderen* Gemeinschaft nur eine *innere* Negation. Sie kann nur als vollendet verwirklicht gelten, wenn sie die kommunistische *Weltgemeinschaft* der Menschen herbeigeführt hat.

Mit aller Deutlichkeit hat das W. Harich formuliert: „In einer kommunistisch organisierten Welt wären die Fabrikationsstätten jedes industrialisierten Landes ohne Ausnahme ... Volkseigentum. Sie wären aber auch nicht mehr nur Eigentum des bestimmten Volkes, ..., sondern Eigentum gleichermaßen aller Völker, ... Eigentum der Menschheit überhaupt. ... Es gäbe den vom Weltwirtschaftsrat ausgearbeiteten Weltwirtschaftsplan mit seinen Kontingentierungsaufgaben ..., und für den Einzelnen gäbe es Rationierungskarten, Bezugsscheine, damit basta.“¹ Harich weiß daß die kommunistische Antwort auf die soziale Frage die Ersetzung des Austauschs durch „die Verteilung vorhandener Gebrauchswerte an diejenigen, die sie benötigen“, bedeutet. „Nach

1 W. Harich: Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der <Club of Rome>. Sechs Interviews mit Freimut Duve und Briefe an ihn. Hamburg: Rowohlt 1975. S. 166-167

der Tauschwertäquivalenz ... würde dann ... nicht mehr gefragt werden. ... Ja, der Weltmarkt muß abgeschafft und durch ein globales System gerechter Verteilung ersetzt werden. ... Es würde nichts mehr beglichen werden, denn es gäbe kein Geld, keinen Zahlungsverkehr mehr.“¹ Dies besagt nach der erklärten Unterscheidung der Gesellschaft von der Gemeinschaft: Kommunismus als abstrakte Negation des persönlichen Privateigentums ist eben deswegen *Negation der Gesellschaft*, d. h. Lösung des sozialen Problems durch *Liquidation der Sozialität*.²

Diese Feststellung ist nur dann irritierend, wenn man die Termini *Gemeinschaft* und *Gesellschaft* in ununterschiedener Bedeutung verwendet, also Tönnies' Ansatz für eine merkwürdig romantische Verschrobenheit hält.³ Die Wahrheit ist natürlich umgekehrt die, daß die Ausgrenzung des Denkens Tönnies' aus dem soziologischen mainstream den Verzicht auf logische und kategoriale Strenge meint, also die Verhimmelung der Pluralität des Meinens. Das hat nichts mit der Wissenschaft zu tun, wohl aber mit der ideologischen Marktgängigkeit, geht uns hier also nichts weiter an.

Es ist in diesem Zusammenhang ausdrücklich zu notieren, daß die Unterscheidung dessen, was im Deutschen einerseits mit *Gemeinschaft* (das deutsche Wort *Gemeinde* hat denselben Ursprung wie das lateinische Wort *commune*) und andererseits mit *Gesellschaft* (dieses Wort ist eine Übersetzung des lateinischen Worts *societas*) ausgedrückt wird, für die Unterscheidung des Kommunismus vom Sozialismus wesentlich ist. Es ist dann nämlich der *Kommunismus* eine *Gemeinschaftsordnung*, der *Sozialismus* dagegen eine *Gesellschaftsordnung*.

Die Unterscheidung des Sozialismus vom Kommunismus hat Lorenz Stein

1 Ebd., S. 165-167

2 Dies bemerken die modernen Kommunisten (das sind diejenigen, die seit der industriellen Revolution bis dato aufgetreten sind und in Babeuf ihren Gründer haben, zu den älteren Kommunisten rechne ich alle, die von Platon bis Gerrad Winstanley aufzuzählen sind) nicht, weil sie das Wort *Gesellschaft* in der Bedeutung des Begriffs der Gemeinschaft nehmen und daher von einer „kommunistischen Gesellschaft“ träumen. Indem sie diesen Traum programmatisch fixieren, gewinnt er die Gewalt eines ideologischen Axioms, das vom Parteimitglied bei Strafe seiner Exklusion nicht bestritten werden kann. Die Socialistische Arbeiterpartei Deutschlands hat dieses Axiom 1875 in Gotha wie folgt formuliert: „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages“ (in: M. Beyer / G. Winkler: Revolutionäre Arbeitereinheit. Eisenach – Gotha – Erfurt. Berlin: Dietz 1975. S. 78). Unter Annahme des Dualismus zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft kann es kein „Gemeingut der Gesellschaft“ geben, sondern immer nur Gemeingut der Gemeinschaft. Dies wird nicht ausgetauscht, sondern distribuiert (ver- oder zugeteilt). Soll der Austausch erhalten bleiben, muß sich die Gemeinschaft erstens nach außen als Tauschpartner verhalten (darf sie also insbesondere nicht ihre Auslandsschulden annullieren) und zweitens nach innen dem Gemeinwesen (etwa den Staatsorganen) die Erlaubnis geben, sich gegen die Individuen als Tauschpartner zu verhalten und diesen daher die Möglichkeit zu privater Assoziation zuzugestehen. Ein solches Gemeinwesen kann daher niemals direktive Planung betreiben.

3 Vgl. dazu: P. Ruben: Gemeinschaft und Gesellschaft erneut betrachtet. In: D. Schorkowitz (Hrsg.): Ethnohistorische Wege und Lehrjahre eines Philosophen. Festschrift für Lawrence Kradner zum 75. Geburtstag. Frankfurt a. M.: Peter Lang 1995. S. 129-148

1842 in die deutsche intellektuelle Szene nachhaltig eingeführt.¹ Und es muß nach der Erfahrung des Zusammenbruchs des osteuropäischen (mittels der Adoption des Staates herrschenden) Kommunismus zwischen 1989 und 1991, soll er begriffen werden, der Rückgriff auf die geistige Tradition wenigstens seit Babeuf erfolgen. Denn dieser Zusammenbruch ist, so darf man doch wohl sagen, das experimentelle Resultat auf den Versuch, die kommunistische Idee zu realisieren. Man kann dieses Resultat nicht verstehen, ohne die Produktion der Idee zu erkennen, die in ihm ihre Probe erfahren hat.

Stein schreibt in der dritten Fassung seiner Darstellung 1850: „Der Sozialismus, mit der industriellen Arbeit entstanden, hat zuerst den *Widerspruch der Idee der Persönlichkeit mit der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit* erkannt und ausgesprochen. Er hat von dieser Erkenntnis aus den Grundsatz aufgestellt, daß die Arbeit als freie Betätigung der Persönlichkeit, von dieser Herrschaft *frei*, daß sie im Gegenteil bestimmt sein müsse, *ihrerseits das Kapital zu beherrschen*, das heißt, *allein zu bestimmen, in welcher Weise das Einkommen verteilt werden solle*.“² Im Unterschied dazu, so Stein, „muß man ... sich hüten, unter *dem Kommunismus sich irgendein bestimmtes System, irgendein klares logisches Prinzip zu denken*. Noch gegenwärtig hat der an Kraft und Umfang täglich wachsende Kommunismus durchaus keine ihm eigentümliche Lehre; alle einzelnen kommunistischen Richtungen und Systeme haben wenig oder gar keine Gewalt über ihn; er hat sie bald abgeworfen, bald anerkannt, sich ihnen zum Teil hingegeben und sie wieder vergessen, ohne seinen Charakter, ohne seine Richtung zu ändern. *Eben dadurch* ist er aber viel wichtiger und mächtiger als aller Sozialismus ... während der Sozialismus der wissenschaftliche Ausdruck der Auffassung jener sozialen Frage im Geiste eines einzelnen Menschen ist, ist der Kommunismus vielmehr diese Auffassung einer ganzen Klasse, der Ausdruck eines ganzen Zustandes, ... in seiner inneren Bedeutung ... wird man ihn ... allein aus *den Elementen der industriellen Gesellschaft und ihrem Gegensatze* verstehen.“³

Das Prinzip dieser Gesellschaft, so Stein, „ist die durch die Familie dauernd erhaltene Herrschaft des Besitzes über den Nichtbesitz, den das Recht des Gesetzes und die Gewalt des Staates schützen. Sowie dies einmal von der ganzen ... Klasse der Nichtbesitzer erkannt ist, beginnt plötzlich eine gänzliche Umgestaltung der Auffassung derselben in allen öffentlichen Dingen. Es entsteht der Haß der Nichtbesitzer und Arbeiter gegen die Besitzenden, und besonders gegen die Kapitalisten, die von arbeitslosem Kapitalertrag leben; ... das Recht des Eigentums und der Bestand der Familie wird von der nichtbesitzenden Klasse mehr und mehr in Zweifel gezogen, ... und so geht aus der sozialen Abhängigkeit dieser Klasse die Negation von Eigentum und

1 L. v. Stein: Der Sozialismus und Communismus des heutigen Frankreichs. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte. Leipzig 1842

2 L. v. Stein: Die industrielle Gesellschaft. Der Sozialismus und Kommunismus Frankreichs von 1830 bis 1848. Hrsg. v. G. Salomon. München: Drei Masken Vlg. 1921. S. 123

3 Ebd., S. 343-344

Familie als *Geist dieser Klasse* selber hervor.⁴¹ Demgemäß definiert Stein: Das „Bewußtsein des Proletariats vom dem Widerspruch seiner Lage mit der Idee der Freiheit und Gleichheit, das sich negativ gegen Eigentum und Familie verhält, weil es in ihnen die absoluten Gegner der Freiheit und Gleichheit sieht, und die Gesamtheit der Systeme, Sekten und Bewegungen, welche aus diesem Bewußtsein hervorgehen, nennen wir den Kommunismus.“⁴² Sozialismus dagegen ist ihm die „systematische Entwicklung der Idee des Kapitals, des Eigentums, der Familie, der Gesellschaft und des Staates unter der Herrschaft der Arbeit“⁴³.

Seit Steins Arbeit ist also in der deutschen intellektuellen Tradition an sich bekannt, daß der Kommunismus die gedachte sowohl als auch die faktische abstrakte Negation des persönlichen Produktivvermögens ist, die, mit Baader zu sprechen, die Proletairs zur positiven Bedingung ihres Daseins haben. Die Negation des persönlichen Eigentums, die der Kommunismus als Ziel seiner Aktion proklamiert, ist nichts weiter als die wirkliche Existenzweise eben der Proletairs. So ist der Kommunismus die gesetzte Universalisierung der Lage, in der sich die vermögenslosen Arbeiter in der industriellen Gesellschaft ohnehin befinden. Er ist darin wesentlich negativ. Er ist die Negation des Kapitalismus auf dem Boden des Kapitalismus. Die konstruktive Bestimmung der Organisation künftiger kommunistischer Gemeinschaft wird, wenn die politische Macht errungen ist, ein Produkt des Kampfes kommunistischer Fraktionen untereinander, worin über die ökonomische Natur dieser Organisation der Dilettantismus das letzte Wort hat.

Dieser Dilettantismus hat zunächst die ganz verständliche Unbildung der kommunistischen Akteure zur Basis, die sie nicht selten im Kontakt mit Intellektuellen noch kultivieren und dann für das Signum revolutionärer Tatkraft halten. Ebenso jedoch ist der Angriff der Verteidiger der bestehenden Gemeinschaftsordnung und der Bedingungen der Gesellschaft auf ihre kommunistischen Liquidatoren Garantie der Erhaltung dieses Dilettantismus, weil er die öffentliche Befassung mit dem zugrunde liegenden Problem denunziert. Im ‚Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie‘ vom 21. Oktober 1878 z. B. wird deklariert: „§ 9 Versammlungen, in denen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zutage treten, sind aufzulösen.“⁴⁴ § 11 ordnet das Verbot entsprechender Druckschriften an. So subsumiert der Geist der Obrigkeit *soziale Demokratie*, *Sozialismus* und *Kommunismus* unter ein und dieselbe Bestimmung, nämlich verboten zu sein. Und wen soll es dann wundern, wenn solche Subsumtion die disparaten Gegenstände des Verbots subjektiv als ein und dasselbe erschei-

1 Ebd., S. 346-347

2 Ebd., S. 348

3 Ebd., S. 124

4 In: Die Zerstörung der deutschen Politik. Dokumente 1871-1933. Hrsg. v. H. Pross. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Vlg. 1983. S. 71

nen läßt? Das wirkliche Problem ist so nicht mehr die Klärung oder gar Aufklärung über soziale Demokratie, Sozialismus und Kommunismus, sondern die polizeiliche Verbotsgarantie und der Kampf gegen das Verbot. In dieser politischen Lage kommt es auf die Unterscheidung gar nicht mehr an. Und so haben wir es denn in der Tat mit einer langen Tradition der Identifikation von Sozialismus und Kommunismus zu tun, die zwar in der Nichtunterscheidung der Gesellschaft von der Gemeinschaft ihre geistige Heimat hat, aber auch sonst aus allerlei sumpfigen Quellen gespeist wird.

Ich will die Bedeutung des Sozialistengesetzes nicht übertreiben. Dennoch scheint es mir mindestens plausibel zu sein, daß die polizeiliche Durchsetzung dieses Gesetzes eine Opposition versammelt, welche in Abwehr der Polizei keinen Grund mehr hat, die theoretische Unterscheidung der sozialen Demokratie (Steins Projekt) vom Sozialismus (Kautskys Projekt) und endlich vom Kommunismus (Engels' und dann auch Marx' Projekt) in arbeitsintensivem Denken zu erwirken. Die deutsche Sozialdemokratie als reelle Partei umfaßt bis zum 4. August 1914 alle drei Momente der sozialen Bewegung, zu Beginn des dritten Kondratieff (d. h. seit 1898 bis hin zum Beginn des Ersten Weltkriegs) als rechte, zentristische und linke Fraktion in Erscheinung tretend. Die russische Revolution 1917 zuerst und dann auch die deutsche 1918/19 stellen diese Fraktionen so gegeneinander, daß sie mit Roten bzw. Weißen Armeen aufeinander einschlagen (die russische Konstituante ist ebenso sozialdemokratisch dominiert wie die deutsche Nationalversammlung; beide Revolutionen bewirkten das, was sie geschichtlich zu erwirken hatten, die Liquidation des „monarchischen Prinzips“, glänzend und geradezu atemberaubend billig – im Verhältnis zu den Kosten der britischen Monarchie 1649 wie der französischen Monarchie 1793 – und hatten es dann mit der Alternative *Nationalversammlung oder Rätekongreß* zu tun). In dieser Aktion entdecken die deutschen Kommunisten die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“, die deutschen Sozialdemokraten die Kommunisten als „rot lackierte Faschisten“, während die wirklichen Faschisten sie dann zusammen in die Konzentrationslager sperren. Das hat die Köpfe nicht ernüchtert, sondern unter Voraussetzung der Vormundschaft der alliierten Sieger über Deutschland und der Realisierung ihrer Interessen im besiegten und eroberten Land dazu geführt, an der staatlichen Teilung des Landes fleißig mitzuwirken, die deutschen Kommunisten sozialdemokratisch als „russische Partei in Deutschland“, die Sozialdemokraten als „Agenten und Spione des Ostbüros“ zu identifizieren.

Dies ist das lausige Resultat des ideologischen Zeitalters, dessen Konstituierung durch die Parteienapparate und mit ihnen gekoppelten Einkommensstellen (früher sagte man: Pfründen) Ideologen finanzierte, welche in der ideologischen Denunziation ein Mittel zur Abwehr drohender Arbeitslosigkeit und also Einkommensverluste erblickten. Eine redliche Unterscheidungsarbeit zur *Erkenntnis* der Prinzipien der sozialen Demokratie, des Sozialismus und des Kommunismus wurde nicht verrichtet und konnte nach Lage der Dinge nicht verrichtet werden. Unter Kommunisten nicht, weil sie die sofortige Exklusion

(und unter Umständen die Erschießung, das Lager oder das Zuchthaus) zur Folge gehabt, unter Sozialdemokraten nicht, weil sie Partei-Identität in Frage gestellt hätte. Erst jetzt, im beginnenden Ende des ideologischen Zeitalters (d. i. das Zeitalter, das die Religion um den Preis zur Privatsache macht, ideale Gemeinschaftsbindung in der Gestalt von Parteidogmatik zur erzeugen), durch den Zusammenbruch des Staatskommunismus in Osteuropa eingeleitet, wird es möglich, das von Lorenz Stein 1842 gesetzte sozialtheoretische Niveau zu restaurieren, d. h. ohne Exklusionsfurcht verständig und vernünftig über soziale Demokratie, Sozialismus und Kommunismus zu rasonieren.

Wenn ich vom Dilettantismus in der Reflexion der eigenen Programmatik spreche, so meine ich die dem Denken widerwärtige Erscheinung, daß die Verwendung bestimmter und wichtiger Namen der Begriffsbildung völlig entzogen wird.¹ So kann Ebert, der in der Sozialdemokratie entschiedener Demokrat, aber kein Sozialist ist, der Sozialisierungskommission unter Kautskys Leitung Zusammenkünfte und Vorschläge zugestehen, weil er tatsächlich die Revolutionäre beruhigen will. Ja die Nationalversammlung beschließt sogar am 13. März 1919 mit 246 gegen 53 Stimmen bei einer Enthaltung und einer ungültigen Stimme (und Abwesenheit von 123 Abgeordneten) ein Sozialisierungsgesetz, das dann nicht verwirklicht wird. Den gleichen Dilettantismus findet man in der Kontroverse über „indikative“ und „direktive“ Planung in der Sowjetunion der zwanziger Jahre, die durch Stalins Favorisierung der „Ural-Sibirischen Methode“ (initiiert im Januar 1928) entschieden worden ist. Weitere Beispiele dieser Art mag jeder für sich finden. Was aber unbedingt noch zu notieren ist, betrifft die intellektuelle Situation nach der „Wende“ 1989/91 – und zwar die schlichte Frage, was es wohl gewesen sei, das da zusammengebrochen ist. Diejenigen, die den Kommunismus wenigstens unter Annahme der politischen Romantik von Herzen (nicht mit Verstand) nach wie vor favorisieren, können aus ideologischen Gründen nicht zugeben, daß es eine *seiner* Realisationen gewesen ist. Daher sprechen sie vom „Ende des osteuropäischen Staatssozialismus“² – natürlich ohne zu definieren, was sie unter ihm verstehen wollen. Ist es vielleicht der Staatssozialismus, von dem einst Bismarck gesagt hat, daß er sich „durchpaukt“³? Den hat es jedenfalls in

1 Das wird dann noch von einem merkwürdigen erkenntnistheoretischen Dilettantismus übertroffen, der sich nicht geniert, *Worte für Begriffe* zu halten und das obendrein auch noch öffentlich zu artikulieren

2 So die Unterzeichner des Aufrufs „Wir wollen PDS auch im Westen!“, in: Neues Deutschland v. 24. November 1997, S. 5

3 Am 26. Juni 1881 äußert Bismarck im Gespräch mit Moritz Busch: „Der Staat muß die Sache in die Hand nehmen. Nicht als Almosen, sondern als Recht auf Versorgung, wo der gute Wille zur Arbeit nicht mehr kann. Wozu soll nur der, welcher im Krieg oder als Beamter erwerbsunfähig geworden ist, Pension haben, und nicht auch der Soldat der Arbeit? Diese Sache wird sich durchdrücken. Sie hat Zukunft ... der Staatssozialismus paukt sich durch“ (in: H. Wolter (Hrsg.): Otto von Bismarck. Dokumente seines Lebens 1815-1898. Leipzig: Reclam 1989. S. 357). Am 12. Juni 1882 erklärt der Kanzler im Reichstag: „Sozialistisch sind viele Maßregeln, die wir getroffen haben, ... und etwas mehr Sozialismus wird sich der Staat bei unserem Reiche überhaupt angewöhnen müssen“ (Ebenda S. 358). Bismarck weiß (wie einst Baader lehrte): „Die Sozialdemokratie ist so, wie sie ist, doch immer ein ... Menetekel für die besitzenden Klassen dafür,

Osteuropa nicht gegeben, sondern – in Skandinavien, in der Bundesrepublik und anderwärts in Westeuropa unter dem Namen *Sozialstaat*. Und dieser ist kein Ausdruck der Gesellschaft, sondern der Gemeinschaft (der Staat ist die politisch organisierte Gemeinschaft). Unterstellt man aber für den Terminus *Kommunismus* das Definiens *Negation des persönlichen Privateigentums*, so muß man zugeben, daß die „Wende“ das Ende einer realisierten Art des Kommunismus in der Tat gewesen ist – und nichts anderes.

Vom Sozialismus, also einer bestimmten *Gesellschaftsordnung*, kann schon deshalb nicht gesprochen werden, weil weit und breit zwar eine inflationäre Verwendung dieses Wortes erfolgt, aber niemals eine wirkliche Theorie des Sozialismus gebildet worden ist (aus Gründen der Achtung jeglicher Parteidogmatik). Dies wird solange nicht geschehen, solange die Sozietät nicht im Unterschied zur Kommune wirklich *gedacht* wird. Der Steinsche Ansatz ist liegen geblieben, und was Marx und Engels zum Sozialismus zu sagen hatten, kann man im ‚kommunistischen Manifest‘ finden. Stein hat erfaßt, daß die gesetzte Vorstellung vom Sozialismus, d. i. die Idee der Arbeit als Distributionsprinzip, an der Existenz des Kapitals, d. i. das sachliche Produktivvermögen in der Präsentation des für seinen Gebrauch ausgegebenen Geldes, scheitert. Daher hat er das Konzept der sozialen Demokratie kreiert. Inzwischen haben wir es in vielen Ländern mit Millionen von Aktionären zu tun, die gleichwohl Werkstätige sind, also Leute, die nach Erwartung der marxistisch-leninistischen Kommunisten sich zur Klasse für sich zusammenschließen sollten. Unter ihnen finden wir heute begeisterte Kenner der Börsenkurse, die den Ersatz des Parteibuchs durch Aktien mit der Privatmeinung goutieren: Man muß den Kapitalismus schädigen, wo man kann. (Früher hieß es: Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!) So scheiden sie zwar heiter von der Vergangenheit, doch wissend gewiß noch nicht.

Für den Sozialismus jedenfalls, wenn er die Theorie einer Gesellschaftsordnung in der Tat sein soll, ist die erste Bedingung, die Gesellschaft für sich wirklich zu thematisieren, sie nicht fortwährend mit der Gemeinschaft zu verwechseln. Und die zweite Bedingung besteht darin, die Vorstellung vom Privateigentum als der Ursache aller sozialen Übel für eine Chimäre des romantischen Gemeinnsinns (d. h. desjenigen, der 1793 französisch mit der *Levée en masse* und deutsch zu Pfingsten desselben Jahres mit der Begeisterung des persönlichen Gemüts angesichts der Nürnberger Burg ins Leben getreten ist) zu halten und ad acta zu legen. Dies wird ermöglicht, wenn die Sozialtheorie den Markt nicht nur als Veranstaltung wechselseitiger Prellerei wahrnimmt, sondern als die menschliche Rennbahn für den Wettbewerb um wertbevorzugte Produktivkräfte. Um diese Rennbahn überhaupt zu beschicken, brauchen

daß nicht alles so ist, wie es sein sollte ... Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe, ..., würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch nicht existieren ...“ (ebd. S. 359). Das hindert jedoch nicht, daß der Junker über die Sozialisten befindet: „Sie sind die Ratten im Lande und sollen vertilgt werden“ (ebd. S. 439). Das ist nichts als Hitler vor Hitler.

die Gemeinschaften die *ökonomische Freiheit der Person*. Diese ist ohne persönliches Produktivvermögen nicht zu haben. Daß diese ökonomische Freiheit der Person ihre liberalen Ideologen hat, muß den geschichtlich gewitzten Sozialisten nicht als Falsifikationsinstanz für das Prinzip gelten. Vielmehr hat er die Aufgabe, den *Widerspruch* dieser Freiheit mit der gleichen Freiheit der Gemeinwesen zu denken und ausführbare Methoden seiner Beherrschung zu erfinden. Falls ich es richtig sehe, stellt die gegenwärtige sogenannte „Krise des Sozialstaats“ eben dieses Problem. Es ist daher dem Sozialismus eine große internationalistische Zukunft vorherzusagen.

3. Nach der Erfahrung des kommunistischen Experiments

Die kommunistische Negation des persönlichen Privateigentums kann nach Marx selbstverständlich nur dadurch verwirklicht werden, daß sich die Proletarier aus einer Klasse an sich in eine Klasse für sich umwandeln und sich in einer Revolution zur herrschenden Klasse erheben, um die „Expropriation der Expropriateure“ effektiv zu bewerkstelligen. Sie müssen sich, wie Marx und Engels selbstredend konstatieren, „als Nation konstituieren“¹. Sie bilden darin, wie schon bemerkt, Gemein- oder Volkseigentum – aber *kein gesellschaftliches* Eigentum. Die (offene) Gesellschaft, als das Tauschsystem, hat kein Eigentum, sondern besteht, existiert, ist wirklich nur in der Zirkulation von Eigentumsteilen der am Verkehr teilnehmenden Tauschpartner, seien sie nun Gemeineigentümer (z. B. Staaten oder Stämme) oder persönliche Privateigner. Es kommt daher sozusagen hinter dem Rücken der kommunistischen Akteure das Resultat zustande, daß sie in der Tat und mit der Meinung, die „kommunistische Gesellschaft“ errichten zu wollen, die wirkliche Gesellschaft zerstören, d. h. den Austausch durch die Verteilung ersetzen, das Geld (die konvertible Währung) abschaffen, die Preise dekretieren und daher die objektiven Kosten der Produktion nicht mehr kalkulieren können. Sie betreiben nolens volens den volkswirtschaftlichen Substanzverzehr, der die schließliche Implosion des Systems garantiert.

Während der Kommunismus im 19. Jahrhundert noch hoffen konnte, mit der zunehmenden Proletarisierung die Mehrheit der Nation unter seine Fahnen zu versammeln, hat die deutsche Novemberrevolution diese Hoffnung mit der Entscheidung des ersten Rätekongresses für die Nationalversammlung zerstört. Das war den deutschen Kommunisten voll bewußt, als sie die exklusive Alternative: Entweder Nationalversammlung oder Rätekongreß, zur Bedingung ihrer Politik machten und die Nationalversammlung zum Hort der Gegenrevolution erklärten. Sie verstanden sich also als Minderheit und wußten, daß die Herrschaft dieser Minderheit die Diktatur gegen die Demokratie kehrt (die einen mit der frommen Hoffnung, daß die „wahre“ Demokratie als

1 MEW 4, S. 479

Ordnung aller Werktätigen noch werden könnte, die anderen mit dem im Weltkrieg erworbenen Wissen, daß die kaiserlichen Offiziere keinen Pardon kennen, wenn sie können, man daher die Pistole immer griffbereit haben müsse). Aber als sie sich im Januar 1919 der enormen Massen auf den Berliner Straßen versicherten, wußten sie nicht, wie denn nun die Macht zu ergreifen wäre. Der Sozialdemokrat Noske mobilisierte die Weiße Armee (die alte kaiserliche zerrann ihm im Dezember 1918 unter den Händen), und der Mordanschlag auf Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurde zur unwiderruflichen Entgegensetzung zwischen deutschen Kommunisten und Sozialdemokraten.¹ Über die dadurch gesetzte Möglichkeit des Sieges des „Nationalsozialismus“ sei hier weiter kein Wort verloren. Nur dies ist zu sagen, daß mit der alliierten Niederschlagung des deutschen Faschismus die kommunistische Kompetenz a priori den russischen Kommunisten zufallen mußte (wie übrigens die demokratische Kompetenz den US-Amerikanern). Die deutschen Kommunisten konnten nach dem 8. Mai 1945 nichts mehr als die Juniorpartner der russischen sein (wie übrigens die preußische Monarchie in langen Dauern Juniorpartner des Zarismus war). Das Problem der Verarbeitung unserer Erfahrung besteht nicht darin, diese Tatsache für ein Problem zu halten, sondern zu erkennen, inwieweit die deutschen Kommunisten in der DDR ihre nationale Rolle unter der Bedingung einer 45 Jahre währenden Liquidation der nationalen Souveränität spielten oder zu spielen gezwungen waren.

Dies kann hier nicht mehr erörtert werden. Aber immerhin ist nach der historischen Erfahrung, die wir haben, nicht zu sagen, daß es nicht Kommunisten gegeben hätte, die mit Blick auf den tatsächlichen Wirtschaftszustand ihrer Nationen (oder Teilnationen) das Problem einer „neuen ökonomischen Politik“ im Sinne der Anerkennung des *Marktes*, also der *Gesellschaft*, thematisierten. Bekanntlich hat Lenin im März 1921 die NÖP proklamiert. Und selbst Ulbricht, der zwischen 1952 und 1962 die Durchsetzung des Gemeineigentums mit staatlicher Gewalt am entschiedensten betrieb, mauserte 1962 sich in der Wende zur Reformdebatte um das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ zum Verkünder der billigen Wahrheit, daß der Markt das Kriterium vernünftiger Planung sei. Aber wie der wirkliche oder vielleicht auch nur eingebildete Getreidemangel 1929 endgültig die Leninsche NÖP zu Grabe trug, hat die militärische Intervention 1968 in Prag jedes Gerede vom „Marktsozialismus“, der ja vom Prager Frühling adoptiert worden ist, obsolet gemacht. Dies besagt die alte Steinsche Erkenntnis, daß der Kommunismus kein Ausdruck persönlichen *Erkennens* ist, sondern die elementare Bewegung der Negation des Personeneigentums. Einmal unter der Voraussetzung der Existenz der kommunistischen Staatsgewalt in Gang gesetzt, sind die Evolutionsbedingungen so verfaßt, daß die Restitution des per-

¹ Ich verweise an dieser Stelle auf Sebastian Haffner: 1918/19. Eine deutsche Revolution. Reinbek: Rowohlt 1981, zuerst bei Kindler, München 1979 unter dem Titel „Die deutsche Revolution 1918/19. Wie war es wirklich?“ veröffentlicht. Es ist die nach meiner Sicht beste Wahrnehmung, die ich kenne.

sönlichen Produktivvermögens keine Chance hat. Die kommunistische Herrschaft, indem sie unter Denunziation des Privateigentums angetreten wird, steht und fällt mit einer Elite, die sich unter dem Kriterium der fortlaufenden Denunziation desselben massiv rekrutiert.¹ Und diese Denunziation wirkt auf jene Angehörigen der Elite zurück, die angesichts der selbst erzeugten Wirtschaftsprobleme mit der Idee schwanger gehen, daß die direktive ministerielle Planung (die „Befehlswirtschaft“) durch ein ökonomisches System ersetzt werden müsse, in dem die persönliche Kompetenz Geltung hat.

Das Schicksal der sowjetischen NÖP wie das des NÖSPL der DDR sind empirische Belege für die generelle Feststellung: Die kommunistische Wendung gegen das Privateigentum definiert jeden Kommunismus überhaupt – sowohl den älteren als auch den neueren. Dieser Feststellung kann man nur entgehen, wenn man die Bedeutung des Wortes *Kommunismus* mythologisiert, d. h. mit ihm einen fernen, fernen Zustand benennt, der sich nun wirklich kaum von dem unterscheidet, der sonst auch *Paradies* genannt wird. Dann läßt sich leicht meinen: Weder in der Sowjetunion noch in der DDR noch sonst wo habe es bisher Kommunismus gegeben. Den Wert solcher Äußerungen kann man an der unterstellten semantischen Unbestimmtheit des verwendeten Wortes sehr genau ermessen. Es wird darin zum Zeichen eines frommen Wunsches, gegen den die alltägliche Realität a priori verliert – und zwar ganz gleich, in welchem Maße das originäre kommunistische Programm denn doch verwirklicht worden und damit der intellektuelle Zwang eingetreten ist, das Verwirklichte mit dem Gewollten zu vergleichen.

4. Schlussbemerkung

Considerant erklärt in seiner ersten Vorlesung zu Fouriers System der sozialen Reform in Dijon im Februar 1841: „... jeder Plan einer sozialen Reform muß, wenn er gut sein soll, sich nicht durch Gewalt oder Machtmittel durchsetzen wollen, sondern man muß ihn aus freien Stücken annehmen, um der realen Vorteile willen, der er allen Klassen zu bieten vermag. Würden diese Grundsätze von den Regierungen oder der öffentlichen Meinung anerkannt, so müßten selbst die schlechtesten Systeme sich als durchaus unschädlich erweisen. So hätte man z. B. nichts von den Kommunisten zu fürchten, deren Ansichten heute deshalb gefährlich sind, weil der ins Blaue hinein verkündete Grundsatz der Gütergemeinschaft darauf hinausgeht, den Kampf der Armen gegen die Reichen zu entfesseln. Wären diese Reformatoren verpflichtet, einen Organisationsplan vorzulegen, so könnte man diesen Plan an einer bestimmten Stelle praktisch erproben. Erweist er sich dort als gut, so würde die Gesellschaft nach ihrem Belieben daraus Vorteil ziehen können: im andern Falle würde

1 Kaum waren die Pläne zum „Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung“ im SED-ZK-Apparat bekannt, erhob sich in eben diesem Apparat im März 1964 bereits der Verdacht gegen die Existenz „sozialistischer Millionäre“, die man denn doch nicht dulden könnte.

der Kommunismus von selbst zusammenbrechen.“¹ Dies ist eine Prognose geworden, 1841 über eine Situation formuliert, die 1989/91 in Osteuropa eingetreten ist.

Ich weise auch darauf, daß Mises' *Gemeinwirtschaft* in der 2. Aufl. in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts die berühmte Sozialismuskussion vor allem in den USA herbeigeführt hat, in der gesagt worden ist: Ihr seid mit der deterministischen Planung außerstande, objektive Preisbildung zu sichern. Das bedeutet, daß ihr keine Kostenkalkulation mehr betreiben könnt. Das ist 1932 gesagt worden. Und es ist allen interessierten Theoretikern (insbesondere O. Lange) durchaus bekannt gewesen.² Und dennoch hat der kommunistische Versuch immer wieder in jeder neuen Generation seine Anhänger gefunden. Der Grund liegt nicht darin, daß die längst produzierte Theorie mit Inbrunst ignoriert wird, sondern das ist deshalb der Fall, weil die soziale Frage als solche nicht verschwunden ist, auch nach dem Ende des Kommunismus nach wie vor besteht. Sie ist, wie ich es sehe, Bestandteil des Evolutionsphänomens der Wirtschaft überhaupt. Wird Innovation zugelassen, so wird die Entwertung bisheriger ökonomischer Wirkungsarten zugelassen. Und dies ist die eigentliche Quelle der sozialen Frage. Sie ist also nicht ein für allemal zu beantworten, sondern wird mit jeder effektiven Antwort in neuer Gestalt in Erscheinung treten und stellt daher eine beständige Provokation dar, die beständig aufgehoben werden muß. Die beständige Aufhebung ist die Geschichte der Gesellschaft.

Die Antwort, daß das Privateigentum an allem schuld ist, ist übrigens eine subjektiv nach wie vor geltende Behauptung, die auch gegenwärtig immer wieder gehört werden kann. Die Rücksichtnahme auf die kommunistische Erfahrung im Osten Europas ist in den Breiten, in denen ich mich hier im Augenblick des Vortrags befinde, gegenwärtig nicht vorhanden, so daß aus Bereichen, die überhaupt nicht bereit sind wahrzunehmen, was in Ostdeutschland eigentlich passiert ist, fröhlich weiter die Liquidation der „warenförmigen Gesellschaft“ gefordert wird.³ Dies besagt, daß zwar die kommunistische Staat-

1 Vgl.: F. Kool u. W. Krause (Hrsg.): Die frühen Sozialisten. Bd. 1. München: Dt. Taschenbuch Vlg. 1972. S. 217-218

2 Vgl.: L. v. Mises: Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus. Nachdr. d. 2. Aufl. München: Philosophia Vlg. 1981

3 Ich meine natürlich R. Kurz: Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie. Frankfurt a. M.: Eichborn Vlg. 1991. Vgl. auch: R. Kurz: Der doppelte Marx. Marx als immanenter Kritiker der Basisstruktur moderner warenproduzierender Systeme. In: H. Eidam u. W. Schmied-Kowarzik (Hrsg.): Kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis. Auseinandersetzungen mit der Marxschen Theorie nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus. Würzburg: Königshausen und Neumann 1995. S. 151-166. Kurz suggeriert sich die *kommunistische* russische Oktoberrevolution als „nachholende bürgerliche Revolution“, die eine „Übergangsgesellschaft“ kriert habe (ebd. S. 155), womit sich denn auch versteht, daß das „absolute Tabu der Moderne, die Warenform-Wertform als solche“ (ebd., S. 157) Prügel mit dem dicksten Knüttel verdient, den man zu bilden vermag. Ich verweise den Leser auch deshalb gern auf diesen Aufsatz, weil ihm meine Darstellung „Ist die Arbeitskraft eine Ware? Ein Beitrag zu einer marxistischen Marxkritik“ (a. a. O., S. 167-183) folgt, beide Aufsätze gemeinsam mithin aufs beste die gegenwärtig mögliche Meinungspluralität vorstellen.

lichkeit zu ihrem Ende gekommen ist, nicht aber die kommunistische Bewegung und nicht der Kommunismus als Partei. Das ist nach Lorenz Stein auch nicht zu erwarten. Zu hoffen bleibt, daß sich die Kommunisten ihrer Stellung als Vertreter der Ansprüche der Gemeinwesen bewußt werden und aufhören, sie in blinder Abstraktion gegen die Ansprüche der Personen durchsetzen zu wollen. Die Bedingung, diese Hoffnung zu erfüllen, ist die, den *Widerspruch* zwischen Person und Gemeinwesen¹ zu erkennen, zu denken und Wege seiner Aufhebung (natürlich im Sinne Hegels) zu finden.

1 Dieser Widerspruch, klassisch im Sinne Hegels zu denken, findet sich in jedem einzelnen Menschen als der Widerspruch seiner Individualität mit seiner Personalität. Seine Individualität bildet der Mensch in Gemeinschaft, seine Persönlichkeit in Gesellschaft. Er bemerkt dies nicht, wenn er seine Individualität für seine Persönlichkeit hält und schon gar nicht, wenn er *meint*, die Persönlichkeit sei eine Person – von der „Selbstverwirklichung des Individuums“ ganz zu schweigen.

Was bleibt von Marx' ökonomischer Theorie?^{1 2}

1844 hat Engels die Geburtsurkunde der marxistischen Ökonomie unter dem Titel „Umriss zur Kritik der Nationalökonomie“³ (geschrieben Ende 1843 bis Januar 1844) publiziert. Ein halbes Jahr später (zwischen Juni und Ende August 1844) sind von Marx die berühmten „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte“ verfaßt worden⁴, die das Konzept einer *Kritik der Nationalökonomie* fortsetzen, später auch „Kritik der Politischen Ökonomie“ genannt⁵. Ist die Frage nach dem, was von der Marxschen Ökonomie bleibt, zu beantworten, so stellt sich angesichts dieser Geburtsurkunden natürlich zunächst das Problem: Wie soll man es mit der *Kritik der Nationalökonomie* halten, als welche eben die Marxsche Ökonomieauffassung originär entstanden und bis zu Beginn der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts festgehalten worden ist?⁶

Die Kritik der Nationalökonomie

Im Konzept der *Kritik der Nationalökonomie* ist unterstellt, die klassische Nationalökonomie selbst als gegebene Wissenschaft vorauszusetzen und unter Rückgriff auf Feuerbachs Wende in der Philosophie zu erfassen, was in der Wirtschaftstheorie über die Natur der gesellschaftlichen Verhältnisse und Beziehungen ausgesagt wird. Die *Kritik der Nationalökonomie* beginnt mit einer

¹ Erstveröffentlichung in: Die ökonomische Theorie von Marx – was bleibt? Reflexionen nach dem Ende des europäischen Kommunismus. Hg. v. C. Warnke u. G. Huber. Marburg: Metropolis-Verlag 1998. S. 13-66. Der Beitrag wurde vom Verfasser leicht überarbeitet. (Anmerkung der Herausgeber)

² Die nachfolgenden Überlegungen setzen meinen Beitrag „In der Krise des Marxismus. Versuch einer Besinnung“ in: Berliner Debatte INITIAL 4(1993)3, S. 75-84, voraus. Zugleich verweise ich auf meine Darstellung „Wirtschaftsentwicklung und Marxsche Formationslehre“ in: Berliner Debatte INITIAL 8(1997)1/2, S. 105-121, die die hier zu beantwortende Frage betrifft, aber aus Platzgründen in den folgenden Text nicht aufgenommen werden kann. (Anmerkung des Autors)

³ In: Deutsch-Französische Jahrbücher, hrsg. v. A. Ruge u. K. Marx. Paris 1844. Neu ediert v. J. Höppner. Leipzig: Vlg. Philipp Reclam jun. 1973. S. 180-214. Auch in: K. Marx, F. Engels: Werke (im folgenden MEW), Bd. 1. Berlin: Dietz Vlg. 1958. S. 499-524

⁴ Unter dem Titel „Ökonomisch-philosophische Manuskripte vom Jahre 1844“ v. J. Höppner ediert. Leipzig: Vlg. Philipp Reclam jun. 1988. Auch in: MEW, Ergänzungsband., Erster Teil. S. 465-588. Neu entzifferter Text in: K. Marx, F. Engels: Gesamtausgabe (im folgenden MEGA²), Bd. I/2 (Höppners Reclam-Edition gibt diese Neufassung wieder).

⁵ K. Marx: Zur Kritik der Politischen Oekonomie. Berlin: Vlg. v. F. Duncker 1859. Auch in: MEW, Bd. 13. S. 3-160

⁶ „Das Kapital“, 1867 publiziert, reflektiert eine gewisse Änderung in der Marxschen Ökonomieauffassung, die die deutsche an Kant orientierte *Kritik* durch die englische Präsentation von *Principles* tendenziell verdrängt. Gleichwohl hält Marx im Untertitel seines Hauptwerks noch an der „Kritik der politischen Oekonomie“ fest, ob mehr aus Tradition oder aus Gründen des Festhaltens des originären Ansatzes, bleibe hier dahingestellt. Da sich die folgenden Ausführungen aber auf *Das Kapital* beziehen, ist doch wenigstens zu notieren, daß die Genesis der Marxschen ökonomischen Theorie einen Wandlungsprozeß einschließt, der für ein Gesamturteil, das hier gar nicht beabsichtigt ist, nicht unbeachtet bleiben kann.

ausgesprochen moralischen Position, in der die klassische Nationalökonomie – mit den Worten von Engels – als eine komplette Bereicherungswissenschaft vorgestellt wird. „Die Nationalökonomie“, sagt Engels, „entstand als eine natürliche Folge der Ausdehnung des Handels, und mit ihr trat an die Stelle des einfachen, unwissenschaftlichen Schachers ein ausgebildetes System des erlaubten Betrugs, eine komplette Bereicherungswissenschaft.“ Und in unmißverständlich moralischer Empörung heißt es weiter: „Diese aus dem gegenseitigen Neid und der Habgier der Kaufleute entstandene Nationalökonomie oder Bereicherungswissenschaft trägt das Gepräge der ekelhaftesten Selbstsucht auf der Stirne.“¹ Dies schreibt ein Jüngling im Alter von 23 Jahren, dem man wohl nachsehen kann, daß er den „ekelhaften Schacher“ in der pietistischen Mentalität seiner Umwelt zu rügen willens ist, wenngleich es keinen hinreichenden Grund gibt anzunehmen, daß ein ernsthaftes Studium etwa von Adam Smiths *Wealth of Nations* (1776) oder von Ricardos *Principles of Political Economy and Taxation* (1817) diese Sicht legitimiert. Es muß daher angenommen werden, daß die marxistische² *Kritik der Nationalökonomie* eine Aufhebung der frühen Entgegensetzung zwischen Ökonomen einerseits und Sozialisten bzw. Kommunisten andererseits bedeutet, die in der englischen Ökonomiedebatte seit den zwanziger und dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts ausgesprochen worden ist. Engels hat das auch klar mitgeteilt: „Der einzig *positive* Fortschritt, den die liberale Ökonomie gemacht hat, ist die Entwicklung der Gesetze des Privateigentums.“ Die Gegner aber des Privateigentums sind „imstande ..., in ökonomischen Fragen auch ökonomisch richtiger zu entscheiden“, wie „die englischen Sozialisten längst praktisch und theoretisch bewiesen“ haben.³ In diese Reihe der Gegner des Privateigentums, vornehmlich durch die Anhänger Robert Owens vertreten, gliedert sich Engels ein. Und eben unter dieser Voraussetzung begründet er die marxistische *Kritik der Nationalökonomie*.

Es ist gar nicht zu bezweifeln, daß die Initiative in dieser Kritik von Engels ausgegangen ist. Als Marx mit Ruge die Deutsch-Französischen Jahrbücher entwarf und das Manuskript seines künftigen Freundes erhielt, war er zwar schon durch ökonomische Probleme, wie man sagt, sensibilisiert worden⁴, aber die *Ökonomisch-philosophischen Manuskripte* folgen klar der von Engels gelegten Spur, was Marx auch zeit seines Lebens anerkannt und geachtet hat. Es heißt in ihnen in völliger Übereinstimmung mit Engels, daß „das

¹ MEW 1, S. 499

² Ich verwende den Terminus *marxistisch* zur Bezeichnung der – wesentlich durch Engels begründeten – Parteimeinung über die Lage und die geschichtlichen Aufgaben der Arbeiter. In diesem Sinne ist der Marxismus zwar erst durch den *Anti-Dühring* von 1877/78 festgestellt und parteiverbindlich geworden. Es kann aber zweifellos behauptet werden, daß die *Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie* die Intention desselben deutlich vorstellen. Mit dem Terminus *Marx'sche Theorie* bezeichne ich ausschließlich die in den von Marx selbst publizierten Texten präsentierte Lehre. Marx wußte, wie bekannt, daß er jedenfalls kein Marxist wäre, d. h. keiner Partei zu *die-*
nen bereit. Für Engels war dieser Dienst sehr wohl akzeptierte Verhaltensintention.

³ MEW 1, S. 502

⁴ Vgl. seine Artikel in der Rheinischen Zeitung seit dem 16. Oktober 1842 in: MEW 1, 105-147

Unglück der Gesellschaft der Zweck der Nationalökonomie“ sei¹, diese selbst die bürgerliche Reflexion der bürgerlichen Gesellschaft, der „entfremdeten Arbeit“, und es wird in gleicher Entsprechung notiert: „Nicht nur wächst der *Cynismus* der Nationalökonomie relativ von Smith über Say bis zu Ricardo, Mill etc; ... sondern auch positiv gehn sie immer und mit Bewußtsein weiter in der Entfremdung gegen d[en] Menschen als ihr Vorgänger, aber *nur*, weil ihre Wissenschaft sich consequenter und wahrer entwickelt.“²

Die *Kritik der Nationalökonomie* entsteht demnach unter Voraussetzung des moralischen Protests gegen die sozialökonomischen Folgen der industriellen Revolution für die Arbeiterschaft und zwar namens der kommunistischen Idee wahrer Gemeinschaftlichkeit oder der „klassenlosen Gesellschaft“, ökonomisch fundiert durch das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln. Mit der *Kritik der Nationalökonomie* läßt sich der moderne Kommunismus³ erstmals auf die bestehenden ökonomischen Theorien ein, ohne jedoch wissenschaftstheoretisch zu operieren und seine eigenen Voraussetzungen zu prüfen. Er bemerkt daher nicht, daß die formulierte Kritik auf die Negation der Gesellschaft überhaupt gerichtet ist, und daß insbesondere die Wissenschaft schlechthin attackiert wird, wenn auch zunächst allein in der Gestalt der „bürgerlichen Bereicherungswissenschaft“.

Die moralische Protestation bleibt ein durchgehender Gesichtspunkt in der Entwicklung des Marxismus. So schreibt Engels 1884: „Es sind die niedrigsten Interessen – gemeine Habgier, brutale Genußsucht, schmutziger Geiz, eigensüchtiger Raub am Gemeinbesitz –, die die neue, zivilisierte, die Klassengesellschaft einweihen; es sind die schmachlichsten Mittel – Diebstahl, Vergewaltigung, Hinterlist, Verrat, die die alte klassenlose Gentilgesellschaft unterhöhlen und zu Fall bringen.“⁴ Und demgemäß scheint ihm der Übergang von den naturwüchsigen Gemeinwesen zur Zivilisation eine „Degradation“ zu sein, „ein Sündenfall von der einfachen sittlichen Höhe der alten Gentilgesellschaft.“⁵ Diese Mär vom „edlen Wilden“ kennt die europäische Geistesgeschichte seit der Kulturkritik Rousseaus. Engels übernimmt sie aus der Reproduktion durch Fourier und betont nochmals: „Die platte Habgier war die treibende Seele der Zivilisation von ihrem ersten Tag bis heute, Reichtum und abermals Reichtum und zum drittenmal Reichtum, Reichtum nicht der Gesellschaft, sondern dieses einzelnen lumpigen Individuums, ihr entscheidendes

¹ In der Edition Höppners S. 98

² Ebd. S. 153

³ Ihn datiere ich nach seinem Beginn mit Babeufs *Manifest der Plebejer* vom 30. November 1795. Selbstverständlich ist der Kommunismus überhaupt ein sehr altes Konzept, mit dem stets die Gemeinschaft gegen die individuellen Sonderinteressen zur beherrschenden Geltung kommen soll, ökonomisch fundiert durch die Gütergemeinschaft und das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln. Und es ist sehr wichtig, sich die Arten des Kommunismus zu vergegenwärtigen, wie sie historisch aufgetreten sind. Der *moderne* Kommunismus (d. i. der Kommunismus seit Babeuf) setzt die industrielle Revolution und ihre sozialen Folgen voraus, auf die er reagiert.

⁴ F. Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. In: MEW 21, S. 97

⁵ Ebd.

Ziel.¹ Die verräterische Redeweise vom „einzelnen lumpigen Individuum“ und die absolut unmaterialistische Denunziation der Habsucht als der treibenden Seele der Zivilisation machen deutlich, daß die *Kritik der Nationalökonomie* eine vollständig außerwissenschaftliche Quelle hat, deren Implikation, das muß deutlich gesagt werden, das System des Gulag ebenso ist wie die Konzeption einer „proletarischen“ Wissenschaft.

Diese bloß moralisierende Position einer *Kritik der Nationalökonomie* ist sicher mit Bezug auf die Frage nach dem Bleibenden der Marxschen ökonomischen Theorie Gegenstand negativer Selektion. Natürlich hat sie historische Bedeutung. Insbesondere ist sie für die Erklärung der Existenz und Orientierungspotenz der kommunistischen Idee zur Lösung der sozialen Frage von erheblicher Signifikanz. Geht es aber ausschließlich um den wissenschaftlichen Status der ökonomischen Theorie, so rangiert sie außerhalb dieses Problemkomplexes – und wir haben sie hier nicht weiter zu beachten. Allerdings bleibt aber die Frage offen, wie sich das Verhältnis der Ökonomie als empirischer Wissenschaft zu Moral bzw. zu Ethik, zu Philosophie im allgemeinen stellt. Denn die Genesis der *Kritik der Nationalökonomie* läßt ja erkennen, daß sie mit der klassischen Position, unter Voraussetzung der Unterscheidung von theoretischer und praktischer Philosophie die Ökonomie zusammen mit der Ethik aus der praktischen Philosophie folgen zu lassen, den normativen Charakter wirtschaftstheoretischen Erkennens noch als selbstverständlich voraussetzt.

Diese klassische Position kann nach der Ökonomieentwicklung seit der Physiokratie und Smith nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Ökonomie ist als eine empirische Wissenschaft wie die Physik auch zu betrachten. Ihre Vertreter studieren die sozial vermittelten Reproduktionsvorgänge menschlicher Gemeinschaften, denken und erkennen sie zunächst jenseits aller Moral. In dieser Sicht kann man nicht mit sachlichen Gründen unterstellen, daß die Nationalökonomie das Unglück der Gesellschaft und die Bereicherung der Privatiere zum Zwecke habe. Ihren Zweck so zu verstehen, ist vielmehr Ausdruck einer romantischen Empörung gegen den „üblen Schacher“ und die „Entfremdung des Menschen“, welche der Hinwendung zur Nationalökonomie vorausgesetzt wird. In solcher Empörung denkt man nicht, sondern denunziert, beschuldigt, etabliert Tribunale. Der nüchternen Betrachtung der Wirtschaftswissenschaft hilft das nicht und ist daher für ihre Existenz bestenfalls äußere Randbedingung.

Theoretisch wichtig ist in der *Kritik der Nationalökonomie* die Unterstellung, daß die „wahre Gesellschaft“, das „wahre Gemeinwesen“ in Gestalt der „klassenlosen Gesellschaft“ zu realisieren sei. Marx erklärt: „Die Nationalökonomie ... faßt das *Gemeinwesen* des Menschen ... unter der Form des *Austausches* und des *Handels* auf. Die *Gesellschaft*, sagt Destutt de Tracy, ist eine *Reihe von wechselseitigen échanges*. Sie ist eben diese Bewegung der

¹ Ebd., S. 171

wechselseitigen Integration. Die *Gesellschaft*, sagt Adam Smith, ist eine *handeltreibende Gesellschaft*. Jedes ihrer Glieder ist ein *Kaufmann*.¹ Und mit diesen Voraussetzungen schließt nun Marx: „Man sieht, wie die Nationalökonomie die *entfremdete* Form des geselligen Verkehrs als die *wesentliche* und *ursprüngliche* und der menschlichen Bestimmung entsprechende *fixirt*.“² Wieso *sieht* Marx angesichts der schlichten Feststellung Smiths, daß jeder Mensch in der (gesellschaftlichen) Arbeitsteilung vom Austausch lebt, daher „in gewissem Maße zum Kaufmann“ wird, die Fixierung der „entfremdeten Form des geselligen Verkehrs“ als quasi-axiomatischen Ansatz der Nationalökonomie? Er kann dies nur, sofern ihm der Kaufmann, der Händler, der Austauschende überhaupt a priori als *der entfremdete Mensch* gilt. Nur so kann er *sehen*, daß die Nationalökonomie die entfremdete Form als die wesentliche und ursprüngliche fixiert. Die Rechtfertigung, den Handel als Entfremdung zu denken, erfolgt mit dem Hinweis auf das Privateigentum: „Die Nationalökonomie ... geht aus von dem *Verhältniß des Menschen zum Menschen*, als dem des *Privateigenthümers zum Privateigenthümer*. Wenn der Mensch als *Privateigenthümer* vorausgesetzt wird, ... so ist der *Verlust* oder das *Aufgeben* des Privateigenthums eine *Entäußerung des Menschen*, wie des *Privateigenthums* selbst. ... Den Fall der *Gewalt* ausgenommen – wie komme ich ... dazu, an einen andern Menschen *mein* Privateigenthum zu entäußern? Die Nationalökonomie antwortet richtig: Aus *Noth*, aus *Bedürfniß*. ... Beide Eigenthümer werden also getrieben, ihr Privateigenthum aufzugeben, ... Jeder entäußert ... einen Theil seines Privateigenthums an den andern. Die *gesellschaftliche* Beziehung ... ist also die *Wechselseitigkeit* der *Entäußerung*, ... Der *Tausch* ... ist ... darum ... der *entäußerte* Gattungsakt. ... Er ist darum ebenso das Gegentheil des *gesellschaftlichen* Verhältnisses.“³

Was also rechtfertigt die Wahrnehmung des Tauschs als *entfremdeter Sozialität*? Offensichtlich die Entscheidung des Wahrnehmenden, über die Entäußerung, den Verkauf die *Aneignung*, den Ankauf auszublenden, d.h. nicht zu denken, daß die identifizierte wechselseitige Entäußerung ebensosehr und im identisch selben Zusammenhang wechselseitige Aneignung ist, daß daher das Ausgehen vom Privateigentum die unaufhebbare *Einheit von Entäußerung und Aneignung* bedeutet und keineswegs die Reduktion auf das Moment allein der Entäußerung. Dieser Umstand ist so einsichtig und plausibel, daß

¹ Vgl.: Destutt de Tracy: *Eléments d'idéologie*. IVe et Ve parties. Paris 1826, p. 68. In der deutschen Übersetzung von P. Thal heißt es bei Smith: „Wenn die Arbeitsteilung sich einmal völlig durchgesetzt hat, kann ein Mensch nur noch einen sehr kleinen Teil seines Bedarfs durch Produkte seiner eigenen Arbeit decken. Den weitaus größten Teil davon befriedigt er durch den Austausch des seine eigene Konsumtion überschießenden Theils seiner eigenen Arbeitsprodukte gegen solche Arbeitsprodukte anderer Menschen, die er gerade benötigt. Jeder lebt also vom Austausch oder wird in gewissem Maße zum Kaufmann, und die Gesellschaft entwickelt sich im eigentlichen Sinne des Wortes zu einer handeltreibenden Gesellschaft“ (in: A. Smith: *Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen*. Erster Band, Berlin: Akademie-Vlg 1963, S. 31).

² K. Marx: *Ökonomisch-philosophische Manuskripte vom Jahre 1844*, ed. J. Höppner, S. 230

³ Ebd. S. 231-232

man sich unwillkürlich fragen muß: Wie kann Marx im *Verkauf* den *Ankauf* übersehen? Warum erkennt er im *Aufgeben* das *Einnehmen* nicht? Er sagt: „Wenn ich *mehr* producire, als ich unmittelbar selbst von dem producirtten Gegenstand brauchen kann, so ist meine *Mehrproduktion* auf dein Bedürfniß *berechnet*, raffinirt. Ich producire nur dem *Schein* nach ein Mehr von diesem Gegenstand. Ich producire der Wahrheit nach einen *andern* Gegenstand, den Gegenstand Deiner Produktion, den ich gegen dieß Mehr auszutauschen gedanke ... Die *gesellschaftliche* Beziehung, in der ich zu dir stehe, ... ist daher auch ein bloßer *Schein*, ... Die Absicht der *Plünderung*, des *Betrugs* liegt nothwendig im Hinterhalt, denn da unser Austausch ein eigennütziger ist, ... so suchen wir uns nothwendig zu betrügen. Das Maß der Macht, welche ich meinem Gegenstand über deinen einräume, bedarf allerdings deiner *Anerkennung*. Unsere wechselseitige Anerkennung ... ist aber ein Kampf, ... Reicht die physische Kraft hin, so plündere ich dich direkt. Ist das Reich der physischen Kraft gebrochen, so suchen wir uns wechselseitig einen Schein vorzumachen und der Gewandteste übervorteilt den andern.“¹ Es ist also der Austausch unter den Bedingungen des persönlichen Privateigentums für Marx a priori nichts als aufgehobener Raub, aufgehoben unter der Voraussetzung, daß „das Reich der physischen Kraft gebrochen“ ist, und daher permanente Übervorteilung wenigstens in der persönlichen Intention der Tauschenden. Sie sind eigennützig, und folglich ist die im Tausch präsentierte Sozialität reiner Schein, die Einheit des Gebens und des Nehmens bloßes Theater, die Entäußerung mithin der Kern der Sache.

Man kann gewiß nicht leugnen, daß Handeln und Kriegführen historisch sehr häufig zusammen auftreten, der Händler bei günstigen Umständen zum Krieger mutiert, der Krieger sich angesichts gegnerischer Macht zum Händler besänftigt. Die Geschichte des westeuropäischen Handels liefert dafür Beispiele in Fülle. Dennoch muß der Einwand gestattet sein: Wenn „das Reich der physischen Kraft gebrochen“ ist, darf dann nicht angenommen werden, daß das Phänomen der wechselseitigen Anerkennung im Tausch vom Schein zur *wirklichen Erscheinung* der Sozialität wird? Ist der Kaufmann *notwendig* die Maske des Kriegers? Oder ist er auch als der *Transportarbeiter* zu denken, der der Gesellschaft Verkehrswege eröffnet, ohne die sie nicht bestehen kann? Marx hat selbst den theoretisch bedeutenden Schritt vollzogen festzustellen: „Was aber die Transportindustrie verkauft, ist die Ortsveränderung selbst.“² Die Transportarbeit ist in Marx' Ökonomie als Wert bildend angenommen: „Die absolute Wertgröße, welche der Transport den Waren zusetzt, steht ... im direkten Verhältnis zu den zu durchlaufenden Entfernungen.“³ Insofern also der Händler Transportarbeit verrichtet – und das darf ja doch für den wirklichen Verkehr als gegeben unterstellt werden –, ist er nicht maskierter Krieger,

¹ Ebd. S. 241-242

² K. Marx: Das Kapital. Zweiter Band. In: MEW 24, S. 60

³ Ebd. S. 152

sondern produktiver Produzent. Wie kommt es, daß Marx diesen Schluß nicht zieht?

In den „Grundrissen ...“ heißt es: „Es ist nichts häufiger, als Transport etc., soweit sie mit dem Handel zusammenhängen, in die reinen Zirkulationskosten hereinzubringen. Soweit der Handel ein Produkt auf den Markt bringt, gibt er ihm eine neue Form. Er verändert zwar nur das örtliche Dasein. ... Er gibt dem Produkt einen neuen Gebrauchswert (und dies gilt bis herab zum Detailkrämer, der wiegt, mißt, einpackt und so für den Konsum dem Produkt Form gibt), und dieser neue Gebrauchswert kostet Arbeitszeit; ist also zugleich Tauschwert. Das Bringen auf den Markt gehört in den Produktionsprozeß selbst. Das Produkt ist erst Ware, erst in Zirkulation, sobald es sich auf dem Markt befindet.“¹ Wie man sieht, reduziert Marx die sinnlich-gegenständliche Zirkulation, den wirklichen ökonomischen Verkehr auf den Augenblick der Preisverhandlung und wechselseitigen Übergabe von Ware und Geld auf dem Markt. Er entsinnlicht, vergeistigt die Zirkulation, um den Transport der Produktion zuschlagen und so die mitgebrachte Aversion gegen den Kaufmann beibehalten zu können. Die Transportarbeit als tatsächliche Wertschöpfung zu erkennen, ist eine großartige ökonomische Erkenntnis. Um jedoch das Entfremdungstheorem erhalten zu können, wird diese Erkenntnis so in das System eingegliedert, daß der wirkliche Händler im Interesse seines Daseins in der Marxschen Theorie als Schacherer um seine Transportarbeit gebracht wird, während letztere als eine unter den vielen Produktionsarten auftritt.

Dies ist sozusagen der Schachzug, den Marx in seiner ökonomischen Theorie ausführt, um seine Position in der *Kritik der Nationalökonomie* abzusichern. Läßt man ihn fallen, so versteht sich, daß der Händler unter bestimmten historischen Umständen gewiß als maskierter Krieger gedacht werden kann, nicht aber unter den systematischen Gesichtspunkten der ökonomischen Theorie, die mit der Anerkennung des Austauschs selbstverständlich seine Träger als unverzichtbare Akteure desselben akzeptieren muß. Es kann daher der Händler nur in seiner Genesis als maskierter Krieger vorgestellt werden. Ist der Arm des Gesetzes hinreichend, kann der Versuch des Händlers, zum Krieger zu werden, nur mit seiner gerichtlichen Verurteilung enden. Und dieses Ende bestätigt, daß die kriegerische Maskerade des Händlers, die Marx als sein via persönliches Privateigentum durch Eigennutz begründetes Wesen bestimmt, sozial zum reinen Schein geworden ist. Die moralisierende Kritik des Händlers kann daher nicht sinnvoll Bestandteil einer ernst zu nehmenden *Kritik der Nationalökonomie* sein. Überdies hat das ökonomische Experiment des Kommunismus in Europa gezeigt, daß die Beseitigung des persönlichen Privateigentums am Produktivvermögen im logischen Gegensatz zur Annahme von der unbeschränkten und progressiven Entwicklung der Produktivkräfte unter Bedingung des Gemeineigentums vielmehr die Stagnation und sogar regressive Entwicklung hervorgebracht hat. Infolgedessen kann es mit der

¹ K. Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW 42, S. 535

Identität von Eigennutz und persönlichem Produktivvermögen, die in der Marxschen Fassung der *Kritik der Nationalökonomie* so selbstverständlich unterstellt ist, keine so einfache Bewandnis haben. Die Vorstellung vom Privateigentum als der Wurzel aller sozialen Übel ist falsch.

Setzt man mit Marx voraus, daß alles originäre Eigentum *Gemeineigentum* ist, so ist sofort einsichtig, daß mit der zusätzlichen Annahme *vieler* Gemeinschaften, die – zunächst durchaus zufällig – in den Austausch eintreten, das Eigentum jeder besonderen Gemeinschaft gegen das jeder anderen als *Sonder-* oder *Privateigentum* bestimmt ist. Es findet also an sich kein logischer Gegensatz zwischen Privat- und Gemeineigentum statt. Gemeineigentum ist im sozialen Verkehr Privateigentum eben der Gemeinschaft, die am Tausch teilnimmt. Ob diese Gemeinschaft nun als ganze oder durch einen oder mehrere Repräsentanten vertreten in den Austausch eintritt, ändert an dieser Feststellung nichts. Die Privatheit des Gemeineigentums wird durch die wechselseitige Anerkennung der Tauschpartner determiniert, ohne die der Tausch gar nicht stattfindet. Sie besagt ja nur, daß die jeweils andere Gemeinschaft *ohne Gegengabe nicht* in den Genuß des Eigentums dieser Gemeinschaft gelangt.

„Das Eigentum“, sagt Hegel, „kommt durch den *Vertrag* zustande, – als den Prozeß, in welchem der Widerspruch, daß Ich für mich seiender, den anderen Willen ausschließender Eigentümer insofern *bin* und *bleibe*, als Ich in einem mit dem andern identischen Willen *aufhöre*, Eigentümer zu sein, sich darstellt und vermittelt.“¹ Das hier gemeinte Ich kann selbstverständlich eine Gemeinschaft sein, so daß wir es mit *privatem* Gemeineigentum zu tun haben, sobald *getauscht* wird. Der Gegensatz zwischen Privat- und Gemeineigentum tritt nur innerhalb einer Gemeinschaft auf und kann, wie der moderne Kommunismus gezeigt hat, zugunsten des (nationalen) Gemeineigentums aufgelöst werden. Diese Auflösung hat aber zur Folge, daß ökonomisch die Person ebenso verschwindet und an ihre Stelle der Funktionär tritt, d. h. das Individuum als Vollzugsorgan des Kommandos des (kommunistisch verwalteten) Gemeinwesens. Damit wird das Innovationspotential der Gemeinschaft ausgetrocknet, infolge dessen seine Konkurrenzfähigkeit mit anderen Gemeinschaften verloren geht. Hegels Diktum: „Das Vernünftige des Eigentums liegt nicht in der Befriedigung der Bedürfnisse, sondern darin, daß sich die bloße Subjektivität der Persönlichkeit aufhebt. Erst im Eigentume ist die Person als Vernunft.“², gewinnt damit eine Bedeutung, die ohne die kommunistische Erfahrung wohl nur erahnt werden kann. Denn immerhin hat der Philosoph vor 175 Jahren bemerkt: „Die Vorstellung von einer frommen oder freundschaftlichen uns selbst erzwungenen Verbrüderung der Menschen mit *Gemeinschaft der Güter* und der Verbannung des privateigentümlichen Prinzips kann sich der Gesinnung leicht darbieten, welche die Natur der Freiheit des Geistes und

¹ G. W. F. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse. Nach d. Ausg. v. E. Gans hg. v. H. Klenner. Berlin: Akademie-Verlag 1981. S. 107 (§ 72)

² Ebd. S. 76 (§ 41, Zusatz)

des Rechts verkennt und sie nicht in ihren bestimmten Momenten erfaßt. Was die moralische oder religiöse Rücksicht betrifft, so hielt *Epikur* seine Freunde, wie sie, einen solchen Bund der Gütergemeinschaft zu errichten, vorhatten, gerade aus dem Grunde davon ab, weil dies ein Mißtrauen beweise, und die einander mißtrauen, nicht Freunde seien.“¹ Und Marx hat diesen Text gekannt.

Wenn ich es richtig sehe, so hat die Marxsche Denunziation des persönlichen Produktivvermögens ihren theoretischen Grund (und nur dieser interessiert hier) in der vorausgesetzten Ununterschiedenheit der *Gemeinschaft* von der *Gesellschaft*. Zwar weiß Marx: „Die gesellschaftliche Tätigkeit und der gesellschaftliche Genuß existieren keineswegs *allein* in der Form einer *unmittelbar* gemeinschaftlichen Tätigkeit und unmittelbar *gemeinschaftlichen* Genusses, obgleich die *gemeinschaftliche* Tätigkeit und der *gemeinschaftliche* Genuß, d. h. die Tätigkeit und der Genuß, die unmittelbar in *wirklicher Gesellschaft* mit anderen Menschen sich äussert und bestätigt, überall da stattfinden werden, wo jener *unmittelbare* Ausdruck der Gesellschaftlichkeit im Wesen ihres Inhalts begründet ... ist.“² Es ist sonach *soziales* Tun nicht an unmittelbar *gemeinsames* Tun gebunden, also von diesem unterscheidbar. Dies weiß der Denker Marx – und speziell: „... wenn ich *wissenschaftlich* ... tätig bin, ..., so bin ich *gesellschaftlich*, weil als *Mensch* tätig.“³ Mein einsames Ricardo-Studium ist also gesellschaftliches Tun, ohne gemeinschaftliches zu sein. Aber die gemeinschaftliche Tat wenigstens gilt als „unmittelbar“ gesellschaftliche. Und eben das ist die Ununterschiedenheit der Gemeinschaft von der Gesellschaft immerhin im Bereiche des „Unmittelbaren“. Ist die Gemeinschaft unmittelbare Gesellschaft, so kann nur die vermittelte Gesellschaft nicht die Gemeinschaft sein. Sie aber ist eben die, die das Individuum durch Gebrauch der Produkte anderer Individuen, deren Tod auch lange zurückliegen kann, eingeht. Da nun so ziemlich alle Objekte individuellen Tuns Produkte der Taten anderer Menschen sind (wirklich außermenschliche Natur ist wohl im Wesentlichen nur noch Gegenstand von Forschern), so sind die individuellen Taten a priori gesellschaftliche. Und Marx kann zum Befreiungsschlag ausholen: „Es ist vor allem zu vermeiden die ‘Gesellschaft’ wieder als Abstraktion dem Individuum gegenüber zu fixieren. Das Individuum *ist* das *gesellschaftliche Wesen*.“⁴

Dies läuft darauf hinaus, die Gesellschaft als Gemeinschaft zu denken, die „wahre Gesellschaft“ im Gegensatz zur „entfremdeten“ in der Gemeinschaft

¹ Ebd. S. 81 (§ 46). Die entsprechende Passage des Diogenes Laertius, auf die sich Hegel bezieht lautet in Otto Apelts Übersetzung: „... Epikur ... wollte nichts wissen von Vereinigung des Einzelvermögens zum Gesamtbesitz, wie es Pythagoras verlangte nach dem Spruch: ‘Freundesgut ist gemeinsam’; denn das sei ein Zeichen von Mißtrauen; Mißtrauen aber und Freundschaft vertrügen sich nicht miteinander“ (in: Diogenes Laertius, Leben und Meinungen berühmter Philosophen, II. Bd., Berlin: Akademie-Verlag 1955, S. 228, Buch X)

² K. Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte ... A. a. O., S. 161

³ Ebd.

⁴ Ebd., S. 162

wahrzunehmen. Denn das Individuum (die lateinische Übersetzung des griechischen ἄτομος) ist Element der *Gemeinschaft*, sein letzter unteilbarer Teil, gegen den sie das Ganze ist. In der Gesellschaft aber, wenn sie durch den Austausch konstituiert wird, determinieren sich die tauschenden Einzelmenschen als *Personen* (*personae* ist als lateinische Übernahme aus dem Etruskischen entstanden und meint originär die Maske eines Schauspielers), d. h. als *Vertragspartner*. Die Gemeinschaft kann sehr wohl Personen produzieren. Sie tut es dann, wenn ihr Gemeinwesen (das ist das Allgemeine der Gemeinschaft) Individuen aus der Gemeinschaft zu Vertragspartnern seiner selbst macht, z. B. durch Ausschreibung von Projekten, um deren Realisierung sich Individuen bewerben können. Das ist zuerst in Rom geschehen, wo sich Römer zur Unterhaltung der Armee im Kriege gegen Karthago um die Lieferung von Lebensmitteln über See im Auftrage des Staates zur *societas* zusammenschlossen. Und selbstverständlich verwirklichen sich Einzelmenschen im Fernhandel auf eigene Rechnung als Personen, indem sie unabhängig von ihren Gemeinschaften mit Fremden Verträge abschließen. Das bedeutet nicht, daß sie dadurch etwa aufhören, Individuen ihrer Gemeinschaften zu sein. Vielmehr handelt es sich darum, daß die Bestimmungen des *Individuums* und der *Person* den Einzelmenschen in ihren Bindungen zukommen, die wir *Gemeinschaft* und *Gesellschaft* nennen. Diese Bindungen sind nicht aufeinander reduzierbar, bilden vielmehr einen unaufhebbaren dualen Gegensatz, der dem Gegensatz zwischen Produktion und Austausch entspricht. Das Individuum ist daher nicht das gesellschaftliche Wesen, sondern nie etwas anderes als die Einzelinstanz einer Gemeinschaft. Und das gesellschaftliche Wesen ist der Austausch, der ebenso von Gemeinwesen wie von Personen realisiert wird.

Marx' Proklamation der Gesellschaft als der wahren Gemeinschaft enthält, wie gezeigt, ein ungeklärtes Problem im Grundansatz seiner Kritik der Nationalökonomie, das allgemein sozialtheoretischer, dann aber auch ökonomischer Natur ist. Es handelt sich eben um die Frage nach der Unterscheidung zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft, in der sozialtheoretischen Voraussetzung komplettiert durch die Unterscheidung von Individuum als Teil der Gemeinschaft einerseits und Person als Vertragspartner in der Gesellschaft andererseits. Dies ist in der *Kritik der Nationalökonomie* bei Marx nicht unterschieden, aber als Problem deutlich wahrnehmbar. Seine Lösung ist Ferdinand Tönnies zu verdanken.¹ Daß es auch für die Ökonomie essentiell ist, zeigt sich in den Vorstellungen, die Ökonomie einerseits als Tauschtheorie zu

¹ F. Tönnies: *Gemeinschaft und Gesellschaft*. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirischer Culturformen. Leipzig: Fues Verlag (R. Reisland) 1887. Ich verweise auf die Erstausgabe, weil die späteren Editionen gegen die Assoziation des Kommunismus und Sozialismus hübsch geglättet sind – verständlich, denn Tönnies, als „Sozialdemokrat“ verdächtigt, erhielt im deutschen Kaiserreich keinen Lehrstuhl. Gegen die positivistische Verständnislosigkeit in der Rezeption Tönnies' vgl. auch: P. Ruben, *Gemeinschaft und Gesellschaft* – erneut betrachtet. In: *Ethnohistorische Wege und Lehrjahre eines Philosophen*. Festschrift für Lawrence Krader zum 75. Geburtstag, hrsg. v. D. Schorkowitz. Frankfurt a. M.: Peter Lang 1995. S. 129-148

denken (so etwa Schumpeter), andererseits als Produktionstheorie (so Marx, aber auch Sraffa).

Mit Blick auf diese Situation läßt sich sagen, daß ein Konzept der *Kritik der Nationalökonomie* auch ohne Denunziation des „Schachers“ sinnvoll realisiert werden kann, ist es philosophisch und wissenschaftstheoretisch begründet. Es handelt sich dann darum, vorgegebene ökonomische Theorien in Bezug auf ihre kategoriale und empirische Bedeutsamkeit zu prüfen. Natürlich wird diese Prüfung – wie in jeder anderen Wissenschaft – auch innerhalb der Ökonomie selbst betrieben. Aber insofern die Ökonomie außerökonomische Voraussetzungen unterstellt (z. B. logische, mathematische, sozialtheoretische, ethische u. a.), kann die Prüfung dieser Voraussetzungen durch eine *Kritik der Nationalökonomie* hilfreich sein, den eigentlichen Zweck der Ökonomie besser zu erfüllen, die Erkenntnis des Wirtschaftens zu erreichen. Z. B. ist heute in der ökonomischen Theorie sehr häufig eine Übernahme der Mathematik im Gange, die ohne Rücksicht auf ihre empirische Natur erfolgt, worin etwa reelle Zahlen als Preise definiert werden oder umgekehrt Preise als reelle Zahlen. Man bemerkt dann, daß im Grunde Mengentheorie in einer nur der Form nach ökonomisierenden Phraseologie betrieben wird. Die Mengenlehre ist natürlich nicht falsch, daher kann es keine logischen Einwände geben. Aber sie ist empirisch irrelevant, so daß die empirische Anwendbarkeit des auf diese Weise erzeugten Apparats ein ungeklärtes Problem bleibt. Und das ist dann gewiß ein Gegenstand der Kritik der Ökonomie.

Das Konzept der *Kritik der Nationalökonomie* oder *Kritik der politischen Ökonomie* überhaupt wird auch sicher erhalten bleiben, weil die theoretische Ökonomie die wirkliche Wirtschaft nur ausschnittsweise vorstellen kann, daher namens der Praxis die Kritik der Theorie ein notwendiges Element der ökonomischen Erkenntnisentwicklung bleiben muß und bleiben wird.¹

Wie kommt es nun, daß aus der *Kritik der Nationalökonomie* Marxscher Provenienz, die das Wachstum des „Cynismus der Nationalökonomien relativ von Smith über Say bis zu Ricardo“ feststellt, die Marxsche ökonomische Theorie entsteht, welche ja doch nicht die Empörung über diesen Zynismus artikuliert? Es ist wohl derselbe Zusammenhang oder die Doppeldeutigkeit der Marxschen Deutung, die diesen Perspektivwechsel ermöglicht. Es heißt bei ihm, daß die Ökonomen „auch positiv ... immer weiter in der Entfremdung gegen d[en] Menschen als ihr(e) Vorgänger“ gehn, „aber *nur*, weil ihre Wissenschaft sich consequenter und wahrer entwickelt. Indem sie das Privateigentum in seiner thätigen Gestalt zum Subjekt machen, also zugleich d[en] Menschen zum Wesen und zugleich den Menschen als ein Unwesen zum Wesen machen, so entspricht der Widerspruch der Wirklichkeit vollständig dem widerspruchsvollen Wesen, das sie als Prinzip erkannt haben. Die zerrißne *Wirklichkeit der Industrie* bestätigt ihr *in sich zerrißnes* Princip, weit entfernt,

¹ Vgl. zu dieser Sicht: W. Eucken, *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 7. Aufl., Berlin-Göttingen-Heidelberg: Springer-Verlag 1959, deren Zweiter Teil, S. 24-68, eben den Titel „Kritik der Nationalökonomie“ trägt.

es zu widerlegen. Ihr Princip ist ja das Princip dieser Zerrissenheit.“¹ Mit anderen Worten: Der Zynismus der Nationalökonomien wird von Marx nicht nur als Ausdruck subjektiver Moral identifiziert und attackiert, sondern auch als getreue, wahre Reflexion des Zynismus der ökonomischen Wirklichkeit verstanden. Dies macht seinen Blick für das Wahrnehmen der wirtschaftlichen Sachlage frei. Hinzu kommt nach der Niederlage der Revolutionäre von 1848/49 das Bedürfnis, das gesamte ökonomische Studium noch einmal von vorn zu beginnen, um genau zu verstehen, wie die kapitalistische Produktionsweise eigentlich funktioniert – und welche reellen Aussichten die kommunistische Intention, das Privateigentum aufzuheben, tatsächlich hat. Vermittelt durch die im Oktober 1857 beginnende Krise beschleunigt Marx seine theoretische Arbeit, verfaßt bis zum März 1858 die „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“, die nun als neu gewonnene Basis auch der Publikation des „Kapital“ im Jahre 1867 dienen, in dem die *Kritik der politischen Ökonomie* nur mehr als Untertitel auftaucht, wenigstens den Zusammenhang mit früheren Publikationen ausweisend.

Ist die Frage nach dem gestellt, was von der ökonomischen Theorie Marxens bleibt, so muß sie gewiß mit Bezug auf das Hauptwerk beantwortet werden. Und dies wird durch die Explikation der Werttheorie eingeleitet, die daher im Folgenden untersucht werden soll. In dieser Untersuchung kommt es mir darauf an, den rein analytischen Gehalt der Marxschen Lehre zu fixieren.

Die Werttheorie

Vom kommunistischen Zusammenbruch bleibt m. E. die Marxsche Konstruktion der ökonomischen Werttheorie unberührt. Diese Konstruktion, 1867 im ersten Kapitel, später im ersten Abschnitt des Hauptwerks dargestellt, ist nicht voll gelungen, weil Marx das Problem der ökonomischen Dimensionen nicht thematisiert hat (wie viele andere auch nicht). Dadurch kommt eine kategoriale Unsicherheit und insbesondere die Verwechslung von Preis und Wert zustande, die aber ohne Schwierigkeiten unter Beibehaltung der entscheidenden Passagen aufgehoben werden können. Es ist dazu nur erforderlich, die vornehmlich mit Bezug auf die Physik ausgebildete Dimensionsanalyse² auch auf die Ökonomie anzuwenden.³ Die Rechtfertigung zur Erfüllung dieser Forderung besteht unter der Annahme, die Ökonomie als eine *messende* Wissenschaft konstituieren zu wollen. Man kann also Fehler in der Marxschen Wertlehre erkennen, ohne deshalb martialisch proklamieren zu müssen, daß Marx'

¹ K. Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte ... A. a. O., S. 153-154

² Ich beziehe mich auf: J. Wallot: Größengleichungen, Einheiten und Dimensionen, 2. verb. Aufl., Leipzig 1957. G. Oberdorfer: Das Internationale Maßsystem und die Kritik seines Aufbaus, Leipzig 1969. W. Reichardt: Gleichungen in Naturwissenschaft und Technik, Leipzig 1983

³ Vgl. zu dieser Forderung: A. Bródy: Proportions, Prices and Planning, Budapest 1970

Werttheorie „von Grund auf falsch“ sei, „weder volkswirtschaftlich noch betriebswirtschaftlich haltbar und zu einem Teil auf bloßen Redensarten aufgebaut, welche die Dürftigkeit seiner Scheinlösungen nicht verschleiern können“¹. Christoph Deutschmann, der diese Sicht zitiert, meint seinerseits: „Tatsächlich kann von einer überzeugenden ‘quantitativen’ Werttheorie bei ihm [bei Marx] vielmehr *von Anfang an* keine Rede sein.“² Sehen wir zu, wie es um die „quantitative“, d. h. durch *ökonomische Größen* bestimmte Marxsche Wertlehre bestellt ist.

Marx' Wertlehre wird unter dem Titel „Ware und Geld“ mit dem klaren Vorverständnis präsentiert, daß Waren und Geldmengen Werte darstellen. Dies ist eine vortheorietische Unterstellung, die gewiß durch ökonomische Alltagserfahrung bedingt wird und keinerlei Verdacht erregen muß. Marx thematisiert den „Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht“, findet ihn als „ungeheure Warensammlung“ vor, die einzelne Ware also als „seine Elementarform“³. Mit anderen Worten: Die Marxsche Wertlehre unterstellt die aktuell gegebene Warenmenge als *objektive* Realisation des (kapitalistischen) Reichtums. Das ist eine Annahme, die a priori zur *objektiven* Wertlehre führen muß. Anders stellte sich die Sache dar, wenn nicht die Objekte (Waren), sondern die Subjekte (Händler) thematisiert würden. Wir hätten es dann mit dem Ansatz einer *subjektiven* Wertlehre zu tun, die die Natur der Wertungen zu bestimmen versuchte. Nach meiner Sicht sind selbstverständlich beide Vorgehensweisen möglich. Die Exklusion der einen zugunsten der anderen hat keinen wissenschaftstheoretisch vernünftigen Sinn. Vielmehr kommt es darauf an, die Resultate beider miteinander zu vergleichen, um gegebenenfalls auf Identität des thematisierten Wertbegriffs zu schließen.

Der Gebrauchswert

Indem Marx die Warenmenge voraussetzt, beginnt seine Analyse mit der Untersuchung ihrer einzelnen Elemente. Die Ware wird als ein „äußerer Gegenstand, ein Ding“ präsentiert, „das durch seine Eigenschaften menschliche Bedürfnisse irgendeiner Art befriedigt“. In dieser Bestimmtheit nennt er sie auch ein „nützliches Ding“ und stellt fest: „Die Nützlichkeit eines Dings macht es zum Gebrauchswert.“⁴ Diese Beschreibung impliziert eine problematische Kategorisdetermination, der sich Marx offenbar nicht bewußt ist. Ist nämlich die Nützlichkeit eine *Eigenschaft* des *Dinges*, das Marx „Ware“ nennt – und dies ist durch den Gebrauch des Terminus *nützliches Ding* angenommen –, so *hat* die Ware Gebrauchswert oder Nützlichkeit, *ist* dies aber nicht. Denn die

¹ Vgl.: R. Kerschagl: Was kann Marx uns heute noch sagen? In: A. Montaner (Hrsg.): Geschichte der Volkswirtschaftslehre. Köln/Berlin 1967. S. 170

² C. Deutschmann: Marx, Schumpeter und Mythen ökonomischer Rationalität. In: LEVIATHAN. Z. f. Sozialwiss. 24(1996)3 (Opladen). S. 324

³ K. Marx: Das Kapital. In MEW 23, S. 49. Die Fassung der von Engels besorgten 4. Auflage ist hier von der Urausgabe von 1867 nicht verschieden.

⁴ Ebd., S. 50

kategoriale Voraussetzung besteht hier darin festzuhalten, daß Dinge Eigenschaften *haben*, aber nicht *sind* – auch nicht „Komplexe“ von solchen, wie sich der positivistische Zugriff suggeriert. Marx erklärt ganz zutreffend, daß die Nützlichkeit „nicht in der Luft“ schwebt, „nicht ohne“ den Warenkörper „existiert“; aber er schließt fälschlich: „Der Warenkörper selbst ... ist daher ein Gebrauchswert oder Gut.“¹

Solche Feststellung kann man auch in der Physik finden, wenn aus dem Umstand, daß ein (physikalischer) Körper eine (träge oder schwere) Masse hat, die Konsequenz gezogen wird, vom Körper als „der Masse“ zu sprechen. Zu solchen Ausdrucksweisen hat W. Westphal ganz richtig angemerkt: „Es ist vielfach üblich, ein *Ding* oder ein *Phänomen* mit dem Namen einer *Größe* zu benennen, die *eines* ihrer verschiedenen Merkmale beschreibt, z. B. einen *Körper* eine *Masse*, einen *Kondensator* eine *Kapazität* zu nennen. Das sollte tunlichst vermieden werden. Leider gibt es gelegentlich keine unterscheidende Nomenklatur. So bezeichnet das Wort Widerstand üblicherweise sowohl eine *Größe*, als auch ein *Ding*, das einen Widerstand *hat*.“² Westphals Bestehen auf der kategorialen Verschiedenheit zwischen Ding und Eigenschaft ist für jede „quantitative“ Theorie unabdingbar und in der Philosophie seit Aristoteles' Begründung der Kategorienlehre eine ausgemachte Selbstverständlichkeit. Keine Quantität oder Größe ist ein Ding, sondern Moment eines Maßes, das ein Ding hat, von diesem dar- oder vorgestellt wird.

Wird also gesagt: Der Warenkörper selbst ist ein Gebrauchswert, so ist das Wort *Gebrauchswert* nicht Bezeichnung einer ökonomischen Quantität, sondern nur ein anderer Name für das, was sonst auch *Ware* heißt. Haben wir dagegen das Wort *Nützlichkeit* zur Bezeichnung einer Wareneigenschaft eingeführt und erklärt: Die Nützlichkeit eines Dinges macht es zum Gebrauchswert, diesen also als Konsequenz der Nützlichkeit festgestellt, so *hat* die Ware Gebrauchswert, weil sie nützlich ist, d. h. Bedürfnisbefriedigung gestattet. Es bilden dann nicht, wie Marx sagt, die Gebrauchswerte „den stofflichen Inhalt des Reichtums“, sondern die Waren bzw. Warenkörper in der Redeweise von Marx. Für die analytische Bestimmung sind die Gebrauchswerte oder Nützlichkeiten die ersten ökonomischen Quantitäten, für die ich die Symbole (Variablen) $N_1, \dots, N_i, \dots, N_n$ in Abhängigkeit von den Gebrauchswertarten $1, \dots, i, \dots, n$ zu verwenden vorschlage. Eine bestimmte Quantität wird dann durch Zeichen wie N_{hi} , N_{jk} etc. angegeben. Die Feststellung, ob eine vorgelegte Ware der Art i den Gebrauchswert oder die Nützlichkeit N_{hi} hat, trifft der Käufer, wenn er die fragliche Ware gegen Bezahlung annimmt bzw. aneignet. Wird sie dagegen von keinem Käufer akzeptiert, so hat sie keinen (gesellschaftlichen) Gebrauchswert, keine (soziale) Nützlichkeit. Wird sie vom Produzenten selbst konsumiert, so hat sie für ihn Gebrauchswert. Oder, wie Marx sagt: „Der Gebrauchswert verwirklicht sich nur im Gebrauch oder der

¹ Ebd.

² Wilhelm H. Westphal: Die Grundlagen des physikalischen Begriffssystems. Physikalische Größen und Einheiten. Braunschweig: Vieweg & Sohn 1965. S. 11

Konsumtion.“¹ Tritt der Austausch zwischen Produktion und Konsumtion, so ist es eben dieser, der die Realisation des Gebrauchswerts bedeutet.

Werden Gebrauchswerte gemessen – und wenn ja, wie? Ohne Zweifel werden im Austausch bzw. Handel von den Käufern Quantitäten von Produkteinheiten angeeignet. Man kauft etwa 2 Schafe, 5 kg Butter, 65 m² Wohnfläche etc., d. h. Mengen von Produkten verschiedener Art (Qualität), deren Elemente entweder als natürliche Individuen oder als durch *physikalische* Messung determinierte Einheiten vorgegeben sind. Als solche Produkteinheiten bestehen sie vor jedem Tausch, der seinerseits erst darüber entscheidet, ob sie auch Nützlichkeit bzw. Brauchbarkeit für den Käufer haben, d. h. Gebrauchswerte im Sinne von Marx wie der klassischen Nationalökonomie (*value in use*) besitzen. Obwohl nun ihre Brauchbarkeit ganz gewiß durch den Käufer entschieden wird, kann doch nicht gesagt werden, daß diese im Sinne einer ökonomischen Maßart bestimmbar ist. Ein allgemeiner Vergleich der Brauchbarkeit vorgelegter Produkteinheiten einer Art findet nicht statt. Ein Ausdruck etwa des Inhalts, daß 2 Pfund Butter zweimal brauchbarer sind als 1 Pfund Butter, wird ökonomisch nicht verwendet, hat keinen erkennbaren empirischen Sinn. Wir könnten vielleicht feststellen, daß unter sonst gleichen Bedingungen der Verbrauch von 2 Pfund Butter doppelt so lange währt wie der Verbrauch eines Pfundes desselben Produkts. Dies wäre aber eine Aussage über die *Verbrauchsdauer*, nicht über die Brauchbarkeit bzw. Nützlichkeit oder den Gebrauchswert. Es ist für mich auch nicht zu sehen, wie die Brauchbarkeit sonst der quantitativen Vergleichbarkeit unterworfen werden kann, die für die Determination von Maßarten *conditio sine qua non* ist.

Nichtsdestoweniger ist einsichtig, daß jeder Kauf von Produkten ihre Determination als Mengen bestimmter Produkteinheiten impliziert. Somit können wir gewiß sagen, daß unsere Variablen N_i für *Anzahlen der Mengen von Gebrauchswerteinheiten der Art i* stehen, durch diese ersetzbar sind. Die Feststellung der Anzahl dieser Einheiten ist dann das, was wir unter dem Terminus *Gebrauchswertmessung* verstehen können.² Die Gebrauchswertmessung ist somit die Bestimmung von Maßen endlicher Mengen.

Marx spricht, wie bekannt, von der Ware als einem sehr vertrackten Ding, „voll metaphysischer Spitzfindigkeit und theologischer Mucken. Soweit sie Gebrauchswert, ist nichts Mysteriöses an ihr, ...“³. Anders aber, wenn sie als „Wertding“ fungiert. Dieses Auftreten der Ware als Wertträger, das im Folgenden noch zu diskutieren ist, tritt in der Gebrauchswertmessung in dem Augenblick auf, in dem gewisse Produkteinheiten die Rolle des Tauschmittels übernehmen. Betrachten wir zu diesem Zweck als Beispiel die Kölnische Mark, erstmals 1042 mit der Bestimmung 1 Kölnische Mark Silbers = 233,85

¹ K. Marx: Das Kapital. In: MEW 23, S. 50

² Es handelt sich in der Wirtschaft bei den Mengen von Gebrauchswerteinheiten im mathematischen Sinne gewiß immer um *endliche* Mengen, deren Elementanzahl auch ihr *natürliches Maß* heißt.

³ Ebd. S. 85

g Silbers erwähnt. Nach der obigen Erklärung ist diese Feststellung die Angabe des Maßes einer Gebrauchswerteinheit. Nun können wir aber als bekannt unterstellen, daß die „eine Kölnische Mark Silbers“ genannte Produkteinheit (Produkt des Silberbergbaus) als Tauschmittel z. B. für Pfeffer eingesetzt wird, um über den Handelsweg von Deutschland via Venedig und Alexandria schließlich in Indien zu landen, wo sie in Schatztruhen verschwindet. Wie ist dieser Sachverhalt meßtheoretisch zu erfassen?

Der Tauschwert

Es heißt bei Marx: „Der Tauschwert erscheint zunächst als das quantitative Verhältnis, die Proportion, worin sich Gebrauchswerte einer Art gegen Gebrauchswerte anderer Art austauschen, ein Verhältnis, das beständig mit Zeit und Ort wechselt.“¹ Nehmen wir diese Beschreibung analytisch so, wie sie formuliert worden ist, dann besagt sie, daß Marx das Wort *Tauschwert* zur Bezeichnung eines *Verhältnisses* $N_{hi} : N_{jk}$ einführt.

Unsere Frage nach der meßtheoretischen Bestimmung des Tauschs von Pfeffer gegen Silber ist demnach wie folgt zu beantworten: Meint N_S die Gebrauchswertart des Silbers und N_P diejenige des Pfeffers, so bedeutet die Tauschvereinbarung die Konstituierung des Verhältnisses $N_{KS} : N_{NP}$ und der tatsächliche Tausch die Realisierung der Gleichheit

$$N_{KS} = (N_{KS} : N_{NP}) \cdot N_{NP} \quad \text{bzw.} \quad N_{NP} = (N_{NP} : N_{KS}) \cdot N_{KS},$$

worin das inverse Verhältnis $N_{NP} : N_{KS}$ ebenfalls einen Tauschwert darstellt. Beide Gleichungen sind analytisch korrekt, was man daran erkennt, daß sie durch Umformung zur analytischen Identität führen, die a priori wahr ist.

Hätten wir den Tausch von Silber gegen Pfeffer durch den Ausdruck $N_{KS} = N_{NP}$ wiedergegeben, wäre eine analytische Kontradiktion formuliert worden, d. h. eine apriorische Falschheit. Sie ist in keiner Wissenschaft zulässig, auch nicht in der Ökonomie. Ausdrücke wie „3 Schweine = 4 Schafe“ etc. sind nicht etwa „ökonomische“ Gleichungen, wie man sich suggerieren mag, sondern an sich falsche Aussagen. Es ist aber rein aus analytischen Gründen richtig zu behaupten, daß die Gleichung

$$3 \text{ Schweine} = (3 \text{ Schweine} : 4 \text{ Schafe}) \cdot 4 \text{ Schafe}$$

zutreffen kann, d. h. eine mögliche ökonomische Gleichheit ist. Der in dieser Gleichung auftretende Verhältnisterm realisiert gerade das, was Marx zunächst über den Gebrauch des Terminus *Tauschwert* sagt, eben „das quantitative Verhältnis“ zu sein, „worin sich Gebrauchswerte einer Art gegen Gebrauchswerte anderer Art austauschen“.

Mit dieser Einführung des Marxschen Tauschwertbegriffs ist natürlich generell die Tauschwertdefinition

¹ Ebd.

$$T_{ik} =_{\text{df}} N_{hi} : N_{jk}$$

verbunden. Zur Legitimation dieser Deutung ist zu bemerken: Haben wir in einer analytischen Theorie zwei voneinander unabhängig determinierte Quantitäten (Größen oder Maße) A und B, so ist es mit Blick auf die in dieser Theorie verwendeten Operationen der Produkt- ($\cdot$) und Verhältnisbildung ($:$) möglich, eine dritte Quantität $C =_{\text{df}} A : B$ zu definieren, die gewöhnlich „abgeleitete Größenart“ genannt wird. Das zugrunde liegende Rasonnement hat den folgenden Zusammenhang:

- (1) Für jede Quantität A gilt: $A = A$.
- (2) Mit Verwendung der Einsdimension $[1] = B : B$ gilt auch:
 $A = A \cdot (B : B)$.¹
- (3) Wegen der Gültigkeit von $X \cdot (Y : Y) = (X : Y) \cdot Y$ folgt:
 $A = (A : B) \cdot B$.
- (4) Mit der Definition $C =_{\text{df}} A : B$ folgt endlich: $A = C \cdot B$.

Ob die mögliche Definition der Quantität C einen empirischen Sinn hat, ist in der fraglichen Wissenschaft zu entscheiden. Daß sie aber a priori möglich ist, steht unabhängig von jeder Empirie fest.

Was nun die vorgestellte Kölnische Mark in ihrer Rolle als Tauschmittel betrifft, so haben wir bislang keinen Grund gehabt, sie anders als in der Bedeutung, einen Gebrauchswert zu haben, in Erwägung zu ziehen. Jeder Tausch determiniert das als Gegengabe für das zu erwerbende Produkt abgegebene Gut als Tauschmittel für den Tauschenden, sei es nun Silber oder Gerste oder sonst etwas. Anders steht die Sache, sobald ein Gut *Geld*charakter annimmt, d. h. geltendes Zahlungsmittel für beliebige Tauschakte oder sonstige Zahlungsverpflichtungen (z. B. Steuern) wird. In diesem Moment tritt der Umstand auf, daß die Angabe, die wir Gebrauchswertmaß nennen, also im Falle der Kölnischen Mark 233,85 g Silbers, plötzlich als ein *Wert*maß zu fungieren scheint. Der Wert aber ist, wie noch zu diskutieren sein wird, vom Gebrauchswert strikt verschieden. Und folglich kann die fragliche Angabe, will man in der Werttheorie keine Absurditäten riskieren, kein Wertmaß sein. Wir können daher vorerst von der Kölnischen Mark nur sagen, daß die sie darstellende Silbermenge als Wertträger gilt, wenn sie als *universelles* Tauschmittel verwendet wird. Diejenigen Produkte, die gegen sie eingetauscht werden, haben dann denselben Wert wie die Kölnische Mark, werden im Werte von einer Kölnischen Mark erworben. Welche ökonomische Dimension der Wert aber hat, ist damit nicht ausgemacht. Mit anderen Worten: Die Menschen verwenden die *Wertvorstellung* längst, ehe sie ökonomisch den *Wertbegriff* erfaßt haben. Und die semantische Schwierigkeit auf diesem Wege besteht wesentlich darin zu verstehen, wie aus einer *physikalischen* Maßangabe eine

¹ Zum Begriff der Einsdimension vgl.: W. Reichardt: Gleichungen in Naturwissenschaft und Technik. Leipzig 1983. S. 23. Jedes Verhältnis eines Maßes m zu sich bestimmt die Einsdimension: $m : m = [1]$.

ökonomische werden kann, wie das Wort *Mark* im Deutschen als Bezeichnung einer Gebrauchswertmengeneinheit verschwindet, um als Bezeichnung einer Werteinheit reproduziert zu werden. Dieses Verständnis erfordert die Kenntnisnahme der Geschichte des deutschen Geldwesens, die natürlich für die Ökonomie nur ein Exempel des Phänomens liefert. Die Geschichten anderer Währungsgebiete bieten den gleichen Dienst.

Betrachten wir nun Marx' Überlegungen genauer: Er unterstellt die „Gleichung“ 1 Quarter Weizen = a Ctr. Eisen als Ausdruck dessen, daß „derselbe Werth in zwei verschiednen Dingen ... existirt“¹. Diese Unterstellung ist nach unseren bisherigen Feststellungen natürlich meßtheoretisch absurd, weil zwei voraussetzungsgemäß artverschiedene Gebrauchswerteinheiten gleichgesetzt werden. Für alle Gebrauchswerte N_{hi} und N_{jk} gilt a priori die Ungleichung

$$N_{hi} \neq N_{jk}.$$

Also ist Marx' „Gleichung“ eben das, was eine *Kontradiktion* heißt und das analytisch Falsche darstellt.

Was Marx selbstverständlich ganz sinnvoll meint, wird ersichtlich, wenn man seinen Ausdruck „20 Ellen Leinwand = 1 Rock“ mit der Ersetzung „20 Ellen Leinwand sind 1 Rock werth“ liest.² Diese umgangssprachlich (nicht-analytische) Ersetzung ist verständlich und analytisch einfach durch die Gleichung $v_1 = v_2$ anzugeben, worin die Indizes für die beiden Waren stehen, deren Gebrauchswerte Marx nennt (v steht für Wert, lat. valor). Es handelt sich dann allerdings darum, daß die Wertgröße (von der Tauschwertgröße strikt zu unterscheiden) als gegeben angenommen ist. Mit anderen Worten: Marx gelingt es nicht, eine analytisch strenge Unterscheidung des Tauschwerts vom Wert zu bieten, obwohl sie in seinem Text durchaus angelegt ist. Ich halte mich, wie schon mehrfach betont, an seine Bestimmung des Tauschwerts als „das quantitative Verhältnis, ... worin sich Gebrauchswerte einer Art gegen Gebrauchswerte anderer Art austauschen“ und schlage vor, diese Determination als Bestandteil einer – selbstverständlich rekonstruierten – Marxschen Werttheorie zu akzeptieren. Das steht jedenfalls nicht im Widerspruch zum Marxschen Kontext. Für beliebige Gebrauchswertarten N_i und N_k soll also die Tauschwertdefinition

$$T_{ik} \text{ =df } N_i : N_k$$

gelten und damit die ökonomische Größengleichung

$$N_i = T_{ik} \cdot N_k.$$

Die Tauschwertinverse T_{ki} ist selbstverständlich wieder ein Tauschwert, der Proportionalitätsfaktor in der Tauschgleichung $N_k = T_{ki} \cdot N_i$.

¹ K. Marx: Das Kapital. Urausgabe, S. 3

² Ebd., S. 764, Anhang „Die Werthform“

Das von Marx nicht gelöste Problem besteht in der Unterscheidung des Werts vom Tauschwert, den er als „notwendige Ausdrucksweise oder Erscheinungsform des Werts“ erklärt.¹ Lassen wir Marx' Raisonement nun einstweilen beiseite und fragen nach dem Wertbegriff, wie ihn andere Ökonomen verwenden, so finden wir z. B. bei J. Schumpeter angemerkt, daß der Ausdruck „Preis mal Menge“ das unterstellte Definiens für den Terminus Wert bedeutet.² Im verbalen Ausdruck kann der analytische Sinn dieser Angabe, die gewöhnliche Kaufmannsvorstellung, durch „Wert = Preis mal Menge“ wiedergegeben werden. Unterstellt man zur Deutung dieses Ausdrucks, daß das Wort *Menge* in ihm eine natürliche oder rationale *Zahl* meint, so impliziert man logisch die Identität der Bedeutungen von *Wert* und *Preis*, kann daher auf eines der beiden Wörter im ökonomischen Gebrauch verzichten. „Preis“ meint dann meßtheoretisch die *Werteinheit*, „Wert“ dagegen eine *Preissumme*. So gibt es nur einen Unterschied der Größe (Quantität), nicht der Dimension (Qualität). Setzt man aber voraus, daß *Menge* im Sinne der obigen Erklärungen vielmehr eine spezielle, qualitativ besondere ökonomische Maßart meint, so sind Wert und Preis ebenfalls qualitativ unterschieden und der Ausdruck „Wert = Preis mal Menge“ meint eine Größengleichung, die drei gegeneinander qualitativ verschiedene ökonomische Maßarten miteinander verbindet.

Der Anschluß dieser Schumpeterschen Angabe über die Bedeutung des Wortes *Wert* an die Marxsche Wertlehre kommt dann mit der Unterstellung zustande, daß das Wort *Menge* in ihm tatsächlich eine Gebrauchswert- oder Nützlichkeitsgröße bezeichnet, daß also $v = p_i \cdot N_i$ gemeint ist.

Mit dieser Größengleichung wird zugleich angenommen, daß der Preis p_i einer Warenart i durch die Definition $p_i =_{\text{def}} v : N_i$ erklärt ist. Für diese Definition werden selbstverständlich der Wert v und der Gebrauchswert N_i als vorgegeben unterstellt, der Wert insbesondere als durch Geld repräsentiert, der Gebrauchswert durch Ware. Wir befinden uns mit dieser Vorstellung im Rahmen des von Marx mit „Ware und Geld“ titulierten ersten Abschnitts. Und unser Problem besteht nun darin zu klären, wie die Gebrauchswertart N_i in der Marxschen Bestimmung $N_i = T_{ik} \cdot N_k$ mit derjenigen in der Schumpeterschen Bestimmung $N_i = v : p_i$ zusammenhängt.

Dieser Zusammenhang wird mit der Geldeinführung gestiftet. Marx hat sie sich leicht gemacht, indem er 2 Unzen Gold den Münznamen 2 Pfd. St. verleiht.³ Es muß aber darauf bestanden werden, daß der Terminus *2 Unzen Gold* eine Gebrauchswertbezeichnung ist – wie *2 Pfund Butter* oder *3 t Stahl* etc. Durch eine bloße Umbenennung kann sich ein Gebrauchswert nicht in einen Wert oder gar in einen Preis verwandeln. Wie also kommen wir vom Tauschwert zum Preis?

¹ K. Marx: Das Kapital. In MEW 23, S. 53

² J. Schumpeter: Konjunkturzyklen. Erster Band. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1961. S. 24

³ A. a. O., S. 84

Preis und Wert

Nach meiner Sicht muß man, wie bereits angedeutet, mit dem Blick auf die tatsächliche Wirtschaftsgeschichte festhalten, daß die Tauschwertbildung bei konstituierten sozialen Beziehungen (etablierter Verkehrswirtschaft) zum Gebrauch einer exklusiven Gebrauchswertart als des universellen Tauschmittels fortschreitet (z. B. Gerste, Kaurimuscheln, Edelmetalle etc.). Sie sei hier durch N_0 bezeichnet. Der Tauschwert unter Voraussetzung einer solchen exklusiven Nutzen- oder Gebrauchswertart ist dann durch die Bestimmung

$$T_{0i} =_{\text{df}} N_0 : N_i$$

definiert – mit der zugehörigen Gleichung

$$N_0 = T_{0i} \cdot N_i.$$

Unterstellen wir nun, daß Produkteinheiten der Art N_0 als universelle Tauschmittel zugleich Werträger sind, so können wir ansetzen, daß der Tauschwert T_{0i} gerade das ist, was man sonst *Preis* nennt.

Bezeichnen wir, wie schon angezeigt, die Wertvariable mit v und die Preisvariable für Waren der Art i mit p_i , so können wir die angegebene Definition durch $p_i =_{\text{df}} v : N_i$ und die zugehörige Gleichung durch $v = p_i \cdot N_i$ ersetzen. Mit dieser Ersetzung wird ökonomisch zugleich die Proportion

$$v : p_i = N_0 : T_{0i}$$

als gültig angenommen, denn beide Verhältnisse sind der Gebrauchswertart N_i gleich, die das Tertium comparationis dieser Gleichheit bildet. Was damit den Preis vom im universellen Tauschmittel ausgedrückten Tauschwert unterscheidet, ist der Umstand, daß dieses Tauschmittel nun als *Geld* vorausgesetzt wird, das keinen Gebrauchswert hat, sondern Wert darstellt. Wir hätten auch umgekehrt verfahren können, indem wir ökonomisch die Proportion $v : N_0 = p_i : T_{0i}$ postulieren, durch die der Wertbegriff eingeführt wird. Aus dieser Proportion folgen sowohl die angegebene Preisdefinition als auch die entsprechende Wertgleichung, die, wie man sieht, Schumpeters Anmerkung zum Wertbegriff konfirmiert. In diesem Zusammenhang muß notiert werden, daß wir mit der Gleichung $v = p_i \cdot N_i$ zwar eine Wertvorstellung besitzen, aber keinen definierten Wertbegriff. Definiert ist darin nur der Preis – und zwar mit Hilfe des Gebrauchswerts (Menge der Gebrauchswerteinheiten der Art i) und des Werts. Zu klären bleibt, ob eine Wertdefinition möglich ist. Ehe dies Problem behandelt wird, soll jedoch zuvor die Marxsche Wertformlehre rekapituliert werden.

Die Wertform

Marx unterscheidet, wie bekannt, die *einzelne* (einfache) von der *besonderen* (entfalteten oder totalen) und der *allgemeinen* Wertform.¹ Wie aus dem vorgestellten Räsonnement hervorgeht, versteht sich, daß wir den Ausdruck „x Ware A = y Ware B“ als unmittelbare Kontradiktion ausschließen müssen, womit er nicht zum Bestand einer verständig rekonstruierten Marxschen Werttheorie gehören kann. Der Ausdruck „x Ware A ist y Ware B wert“ dagegen, von Marx als Interpretation des ersteren verwendet, ist völlig akzeptabel, macht aber gleichzeitig klar, daß die Wertvorstellung ohne Wertbegriff, d. h. ohne *Definition* des Werts, bereits (prädikativ) verwendet wird. Es handelt sich also nicht darum, daß die Wertformlehre etwa den Marxschen Wertbegriff analytisch korrekt einführt. Sie ist vielmehr eine genetische Erklärung der Generalisierung der Wertvorstellung, die als solche für die einzelne Wertform schon vorausgesetzt ist. Sie führt auch nicht über den Bereich der Vorstellung hinaus, sondern operiert mit den Kategorien des Einzelnen, Besonderen und Allgemeinen in diesem Bereich – etwa in der Art, in der Hegel die altorientalische, die griechisch-römische (antike) und die germanische Gesellschaft mit der berühmten Feststellung unterscheidet: Einer ist frei, einige sind frei, alle sind frei.² Das der Wertformlehre zugrunde liegende Interesse ist demgemäß klar historisch, nicht analytisch.

Nach der hier avisierten Rekonstruktion ist nun zu sagen, daß die einfache Wertform durch jede Gleichung der Form $N_A = (N_A : N_B) \cdot N_B$ präsentiert wird. Korrekt gesagt, liegt gar keine *Wertform* vor, sondern die Form des Austauschs von Produkteinheiten nach ihrem *Gebrauchswert* unter Einschluß des Tauschwerts, der als Proportionalitätsfaktor die analytische Gleichheit der beiden Gebrauchswertarten sichert. Man kann sie als Form des zufälligen singulären Produktaustauschs (der Naturalwirtschaft) ansehen, die bereits durch jeden auch stummen Tausch realisiert wird. Marx' Deutung des linken Terms als „relativer Wertform“³ ist unter Bedingung der Bindung der Wertvorstellung an das Geld, wie hier unterstellt, unhaltbar, ebenso seine Interpretation des rechten Faktors N_B als „Äquivalentform“⁴. Dieser Faktor ist ohnehin nur Teil des rechten Terms, in dem als weiterer Faktor ja noch der Tauschwert auftritt. Wollte man eine einfache Wertform im korrekten Sinne angeben, müßte sie $v = p_A \cdot N_A$ lauten. Mit ihr wären Produkte, die Gebrauchswerteinheiten der Art A darstellen, zugleich als Wertträger angenommen. Daß das keine empirisch unsinnige Vorstellung ist, hat Bernhard Laum gezeigt.⁵ Nach

¹ Vgl. K. Marx, a.a.O., S. 62-83

² Vgl.: G. W. F. Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte. Hrsg. v. J. Hoffmeister bzw. G. Lasson, eingel. v. G. Stiehler. Berlin: Akademie-Verlag 1970

³ K. Marx, a. a. O., S. 64-69

⁴ Ebd., S. 70-74

⁵ B. Laum: Heiliges Geld. Eine historische Untersuchung über den sakralen Ursprung des Geldes. Tübingen: Vlg. v. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1924. Laum vertritt die These, daß die Wertbestimmung durch den Kultus ihren Anfang genommen habe, nicht durch den Handel (ebd. S. 27). In der Tat kann der Tauschhandel ohne jeden Rückgriff auf die Wertvorstellung stattfinden,

ihm müssen wir annehmen, daß die homerischen Griechen (diejenigen vor 850 v. d. Z.) das Rind als Wertmaßstab gebraucht haben.

Für die besondere Wertform können wir rekonstruieren:

$$N_A = (N_A : N_B) \cdot N_B \text{ oder } N_A = (N_A : N_C) \cdot N_C \text{ oder}$$

$$N_A = (N_A : N_D) \cdot N_D \text{ oder ...}$$

Mit anderen Worten: Marx gibt hier eine logische Großadjunktion an, die für Produkte einer Gebrauchsart A mehrfache Tauschmöglichkeiten anzeigt und insofern einen entfalteten Tauschhandel reflektiert. Wieder ist zu sagen, daß es sich nicht eigentlich um eine *Wertform* handelt, sondern um einen naturalwirtschaftlichen vervielfachten Produktentausch, dessen historische Existenz selbstverständlich aufzuweisen ist. Die entsprechende Wertform müßte vielmehr lauten:

$$v_1 = p_A \cdot N_A \text{ oder } v_2 = p_B \cdot N_B \text{ oder } v_3 = p_C \text{ oder ...}$$

Sie reflektierte die unterschiedlichen Wertmaße unterschiedlicher Gemeinwesen – bei unterstellter Annahme, daß jedes Gemeinwesen genau einen Wertmaßstab verwendet. In der modernen Welt hat man in den verschiedenen Geldarten der verschiedenen Nationen das Exempel für diesen Sachverhalt.

Die allgemeine Wertform ist im Unterschied zur besonderen logisch eine Großkonjunktion:

$$T_{AB} \cdot N_B = N_A \text{ und } T_{AC} \cdot N_C = N_A \text{ und } T_{AD} \cdot N_D = N_A \text{ und ...}$$

Auch sie ist natürlich keine *Wertform* im strengen Sinne, sondern die Angabe der Tauschgleichungen für ein Gebiet, in dem Produkteinheiten der Gebrauchsart A für die Aneignung von Produkteinheiten beliebiger anderer Arten zu zahlen sind. Sie ist also, wenn wir die Marxsche Ausdrucksweise variieren dürfen, die allgemeine Gebrauchswertform. Mit ihr ist zugleich Marxens „Geldform“ gegeben¹, sofern, wie Marx mit Verwendung des Namens „2 Unzen Gold“ unterstellt, die Geldware nach ihrem Gebrauchswertmaß angezeigt wird. Die tatsächlich entsprechende Wertform hieße:

$$p_B \cdot N_B = v \text{ und } p_C \cdot N_C = v \text{ und } p_D \cdot N_D = v \text{ und ...}$$

Indem nun nach unserer Voraussetzung Geldeinheiten bzw. Geldmengen Werte darstellen, liefert die Ersetzung der Variablen v durch die für sie zulässigen Konstanten das, was Marx die „Preisform“² nennt. Denn er nimmt überhaupt an: „Der Preis ist der Geldname der in der Ware vergegenständlichten Arbeit.“³ Diese Annahme ist nach der hier gebotenen Rekonstruktion

indem er nicht Preise, sondern Verhältnisse zwischen Mengen angebotener Produkteinheiten verschiedener Gebrauchsart (Tauschwerte im erklärten Sinn) feststellt.

¹ K. Marx, a.a.O., S. 84

² Ebd.

³ Ebd. S. 116

inakzeptabel, und es ist zu sagen: Die Crux der Marxschen Wertlehre ist die Identifikation des Preises *als Wert*. Die Marxsche Wertlehre, obwohl sie im ersten Schritt völlig richtig den Tauschwert als *Verhältnis* charakterisiert, verliert im weiteren Gange diese Orientierung, um sich dann den Preis, *der auch ein Verhältnis ist*, als Wert zu suggerieren.

Wie kommt es zu diesem Mißverständnis? Gleich nach Erklärung der für mich entscheidenden Feststellung über die Verhältnissnatur des Tauschwerts, formuliert Marx weiter: „Der Tauschwert scheint daher etwas Zufälliges und rein Relatives, ein der Ware innerlicher, immanenter Tauschwert (*valeur intrinsèque*) also eine *contradictio in adjecto*.“¹ Weil der Preis beständig mit Zeit und Ort wechselt, soll offenbar dieser Schluß gelten. Allein, der Satz ist kein (logisch begründeter) Schluß, sondern eine reine zusätzliche Behauptung. Natürlich kann auch der Tauschwert mit Zeit und Ort wechseln, ohne seine Natur, ein Größenverhältnis zu sein, zu verlieren. Er ist aber dann unmißverständlich *kein* „der Ware innerlicher, immanenter Tauschwert“, sondern das über die Tauschvereinbarung konstituierte Tauschverhältnis zwischen Gabe und Gegengabe. Der *Tauschwert* ist eine *Austauschgröße* und daher kein der Ware innerliches Maß. Wirklich innerlich ist der *Wert*. Und mit ihm verwechselt Marx offensichtlich bewußtlos den Tauschwert. Das ist angesichts der Inflation des Gebrauchs des Wortes *Wert* in der Wirtschaftswissenschaft so überraschend nicht. Und da Marx das analytische Instrumentarium zum Umgang mit Maßarten und Größen nicht zur Verfügung steht (er hielt sich für algebraisch fähig, aber für unfähig im Umgang mit den technischen Determinationen der naturwissenschaftlichen Erkenntnis), kann er seine vielfach korrekten Ansätze nicht im ganzen Text fortlaufend durchhalten und bemerkt oft nicht, daß er sich logisch widerspricht. Das ist gewiß nicht nur das Unglück Marxens, sondern die alltägliche Gefahr für jede theoretische Arbeit. Die so – im Eifer des Gefechts – entstehenden Widersprüche können ausgeräumt werden, ohne daß das ganze Gebäude abgerissen werden muß.

Die terminologische Wertinflation zu beherrschen, empfiehlt es sich, nochmals die wichtigen Bestimmungen zu präsentieren, die in dieser Rekonstruktion der Marxschen Wertlehre verwendet werden:

- (1) Gebrauchswertmengen sind $N_1, \dots, N_b, \dots, N_n$.
- (2) Tauschwerte sind die Verhältnisse $N_i : N_j$ mit der Definition $T_{ij} =_{\text{df}} N_i : N_j$.
- (3) Werte sind Maße der Art v mit der Wertgleichung $v = p_i \cdot N_i$, worin die Variable p_i Preise für Gebrauchswertmengen der Art i bedeutet.

¹ Ebd. S. 50-51

Der Marxsche Arbeitswert

Lassen wir die Verwechslung von Tauschwert und Wert beiseite und fragen nun nach der Rekonstruierbarkeit des Marxschen Diktums, daß die menschlichen Arbeitsprodukte nach Abstraktion von der Besonderheit ihrer Gebrauchsarten nur noch darstellen, „daß in ihrer Produktion menschliche Arbeitskraft verausgabt, menschliche Arbeit aufgehäuft ist. Als Kristalle dieser ihnen gemeinschaftlichen gesellschaftlichen Substanz sind sie Werte – Warenwerte.“¹ Ohne mich auf die umfangreiche Diskussion der Arbeitswertlehre einzulassen, möchte ich mit Bezug auf das Zitat sofort notieren, daß mit der Unterscheidung der *Arbeitskraft* von der *Arbeit*, die Marx selbst in die Ökonomie eingeführt hat², das Problem zur Debatte steht, ob erstere oder letztere oder beide oder schließlich beide und etwas Drittes – nämlich die Arbeits- oder Produktionszeit – zusammen den Wert bestimmen. Dieses Problem hat Marx nicht entschieden und offenbar auch gar nicht gesehen. Lassen wir die Kategorie der Substanz, die Marx hier verwendet, beiseite und verwenden die der Funktion, dann heißt unser Problem: Ist der Wert eine Funktion allein der Arbeitskraft $v = f(K)$ oder eine Funktion der Arbeit $v = f(A)$ oder, wie andere Textstellen nahe legen, eine Funktion der Arbeitszeit $v = f(t^A)$ oder was sonst?

Auf diese Frage hat 1970 A. Bródy präzise geantwortet: „Die Größe der aufgewandten Arbeit $[A \cdot t]$ bildet den Wert. Daraus folgt, daß $[A] = [v \cdot t^{-1}]$ gilt, Arbeit die Dimension eines Wertstroms hat.“³ Ich halte diese Feststellung für völlig korrekt, nehme sie an und habe unter Rücksicht auf die Marxsche Wertlehre nur noch zu bemerken, daß Bródy uns leider keine ökonomische Zeitanalyse liefert. Sie hat Marx aber vorgelegt. Nach ihm ist die Arbeitszeit (t^A) Teil der Produktionszeit (t^P), da in menschlichen Produktionen Produktionsdauern auftreten, in denen nicht gearbeitet, sondern auf das Reifen des Produkts gewartet werden muß (worüber jeder Landwirt Auskunft geben kann). Folglich ist analytisch anzunehmen: $t^A \leq t^P$ bzw. $t^P = t^A + t^N$, worin t^N für „natürliche Produktionsdauer“ steht, d. h. für jenen Teil der Produktionsdauer, der nicht Arbeitszeit ist (und unter Umständen natürlich von der Größe null sein kann). Weiter unterscheidet Marx die Zirkulationsdauer (t^Z) und die Umsatz- bzw. Zyklusdauer (T) mit der Feststellung, daß Produktions- und Zirkulationsdauer zusammen die Zyklusdauer ausmachen: $T = t^P + t^Z$.⁴ Mit Unterscheidung dieser fünf Zeitarten besteht die kritische Frage für Bródy's Bestimmung darin: Welche ökonomische Dauer bestimmt den Wert? Im Sinne von Marx kann nur geantwortet werden: Es ist die Produktionsdauer, weil nur fertige Produkte verkauft werden können. Da sie die Arbeitszeit einschließt, ist

¹ Ebd. S. 52

² Ebd. S. 187, sagt er sehr schön: „Wer Arbeitsvermögen sagt, sagt nicht Arbeit, so wenig als wer Verdauungsvermögen sagt, Verdauen sagt.“

³ A. Bródy: Proportions, Prices and Planning. Budapest 1970. S. 97

⁴ K. Marx: Das Kapital. Zweiter Band. In. MEW 24, S. 154 ff.

die Annahme der Produktionsdauer als eines den Wert bestimmenden Moments kein echter Widerspruch zum Marxschen Räsonnement, wiewohl eine sozusagen sanfte Korrektur. Ich nehme also Br  dys dimensionstheoretische Bestimmung in der Form $[v] = [A \cdot t^p]$ an.

Da nun, wer „Arbeitsvermögen sagt, ... nicht Arbeit“ sagt, Arbeit aber gesagt ist, entsteht das Problem, wie „das Arbeitsvermögen oder die Arbeitskraft“¹ von der Arbeit analytisch korrekt zu unterscheiden sei. Ich habe meine Antwort auf diese Frage mehrfach gegeben² und rekapituliere hier nur: Setzen wir den besonderen Fall der mittellosen Transportarbeit voraus, in dem eine Last (etwa vom Produktions- zum Verbrauchsort) verlagert wird, so haben wir die Situation der mechanischen Arbeit vor uns, die die klassische Theorie durch die Gr   ngleichung $A = K \cdot l$ bestimmt (mit A für „Arbeit“, K für „Kraft“ und l für „Länge“ eines Weges).

Nun bildet die Transportarbeit nach Marx ebenso Gebrauchswert wie Wert.³ Also können wir die Länge des Weges als ein Maß für eine besondere Menge von Gebrauchswerteinheiten genau dann betrachten, wenn die fragliche Transportarbeit effektiv ökonomische Gebrauchswertbildung vermittelt. Das ist dann der Fall, wenn sie nach arbeitskontr  ktlich vereinbarter Arbeitszeit ordentlich bezahlt wird. In diesem Fall nimmt die ökonomisch realisierte Arbeit analytisch die Form $A = K \cdot N_l$ an. Der Übergang von der Mechanik zur Ökonomie wird somit durch die Gebrauchswertdeutung der Weglänge begründet, die gerade Marx mit   u  rster Klarheit vorgenommen hat. Was immer man gegen die ökonomische Deutung der Arbeit z. B. eines Huckers aus dem Bau einwenden mag, es ist nicht zu sehen, daß diese Deutung im Widerspruch zur Marxschen Wertlehre steht. Ich sehe auch keinen sonstigen Grund, zwischen Mechanik und Ökonomie eine Mauer zu errichten.

Der nächste Schritt ist natürlich die Generalisierung des speziellen Falls, also die Annahme des Postulats, daß alle Arbeit analytisch in der Ökonomie durch die Gleichung $A = K \cdot N_l$ bestimmt ist. *Die Arbeit ist ökonomisch als Produkt aus Arbeitskraft und Gebrauchswertmenge zu verstehen.* Mit dieser Festlegung wandelt sich Br  dys These in die Feststellung $[v] = [K \cdot N_l \cdot t^p]$ um. Dies ist die Dimensionsangabe des Werts im Sinne der Arbeitswertlehre. Die in ihr auftretenden Faktoren: Arbeitskraft, Gebrauchswertmenge, Produktionsdauer, müssen als voneinander unabhängig zu messende Grundmaßarten der Ökonomie gelten. Wissenschaftstheoretisch sind sie damit Grundvor-

¹ K. Marx: Das Kapital. Erster Band. A. a. O., S. 181

² Vgl.: P. Ruben: Produktivkraft und Produktivität in ökonomischen Maßarten. In: Dtsch. Z. Philos., Berlin 36(1988)3, 241-250. Ders.: Von der Arbeit und ihrer ökonomischen Bestimmtheit. In: Dtsch. Z. Philos. Berlin 41(1993)2, 257-262. Ders.: Ist die Arbeitskraft eine Ware? In: Kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis, hg. v. H. Eidam u. W. Schmied-Kowarzik. Würzburg: Vlg. Königshausen & Neumann 1995. S. 167-183. Ders.: Vom Problem der ökonomischen Messung und seiner möglichen Lösung. In: Elemente zur Kritik der Werttheorie, hg. v. F. u. G. Quaa. Frankfurt a. M.: Peter Lang 1997. S.53-75

³ K. Marx: Das Kapital. Zweiter Band. A. a. O., S. 150 ff.. Ders.: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW 42, S. 428-430 u. S. 535

stellungen der Ökonomie (so genannte undefinierte „Grundbegriffe“ – ein schlechter Terminus, weil *jeder* Begriff erst durch Definition bestimmt ist) und als solche die Mittel zur *Definition des ökonomischen Wertbegriffs*.

Mit unserer obigen Wertgleichung $v = p_i \cdot N_i$ ist nach der gegebenen Explikation des Arbeitswerts nun natürlich das Problem gestellt, wie der Zusammenhang beider Bestimmungen zu denken sei. Wollen wir nicht annehmen, daß es zwei ganz verschiedene ökonomische Theorien gibt, so müssen wir die Identität der *Wertdimension* annehmen, also behaupten, daß $[p_i \cdot N_i] = [K \cdot N_i \cdot t^P]$ gilt. Damit gewinnen wir die *Preisdimension*

$$[p_i] = [K \cdot t^P] = [v \cdot N_i^{-1}].$$

Gehen wir vom Gebrauch allein der Dimensionen zum Gebrauch der Maßarten über, stellt sich die Frage, ob der Arbeitswert als Einnahme oder Ausgabe zu denken sei (also positiv oder negativ determiniert ist). Eine zeitbestimmte Werteinnahme heißt bekanntlich Einkommen (E), ist, wie man sagt, ein positiver Wertstrom: $E = v : t$. Die Arbeitswerttheorie besteht dann wesentlich in der Annahme, daß alles Einkommen durch Arbeitsaufwand bestimmt ist. Damit ist anzusetzen, daß die Arbeit der zum Einkommen gehörige, aber entgegen gesetzte Wertstrom ist, so daß $E + A = 0$ für abgeschlossene Einkommens- und Arbeitssysteme zu postulieren ist. Daraus folgt schließlich die Wertgleichung der Arbeitswertlehre: $v = -K \cdot N_i \cdot t^P$. Mit ihr gilt auch:

$$p_i = -K \cdot t^P,$$

d. h. der Preis als Funktion der Arbeitskraft und der Produktionsdauer.

Wie man sieht, ist der in der Rekonstruktion festgestellte Marxsche Arbeitswert analytisch von der Wertvorstellung des Kaufmanns (Wert = Preis mal Menge) nicht verschieden. Daß dies so ist, erkennt man aber erst dadurch, daß die vollständige Maßartenbasis der Ökonomie expliziert wird, die m. E. die Arbeitskraft, die Gebrauchswertmengen der endlich vielen Gebrauchsarten und die Produktionsdauer als undefinierte Grundvorstellungen umfaßt. Mit Hilfe dieser drei sind alle anderen Maß- oder Größenarten der Wirtschaftstheorie zu definieren. Es trifft so nicht zu, daß, mit J. M. Keynes zu sprechen, „viele unnötige Verwirrung vermieden werden kann, wenn wir uns in bezug auf das Verhalten der wirtschaftlichen Ordnung als Ganzes streng an die zwei Einheiten ‘Geld und Arbeit’ halten“¹. Das Geld repräsentiert den Wert, der definiert werden kann, und die Arbeit ist ebenfalls durch Analyse auf einen definitorisch bestimmaren Ausdruck zu bringen. Werden für sie undefinierte Vorstellungen verwendet, ist „viele unnötige Verwirrung“ gerade unvermeidbar.

¹ J. M. Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Dt. Übers. v. F. Waeger. 6. Aufl. Berlin: Duncker & Humblot 1983. S. 38. Den „Gebrauch von Einheiten besonderer Produktionen und Ausrüstungen“ will Keynes „für die Gelegenheiten aufsparen, wo wir die Produktion einzelner Firmen oder Industrien im einzelnen analysieren“ (ebd.) und läßt damit immerhin als dritte Einheitenart spezifische Gebrauchswertmengen zu.

Der inhaltslogische Hintergrund

Die Annahme des ökonomischen Werts als eines Produkts aus Arbeitskraft, artbestimmter Gebrauchswertmenge und Produktionsdauer steht in klarer Analogie zum Maßartensystem der klassischen Mechanik, in der die Wirkung (w) als Produkt aus (träger) Masse (m), Länge (l) und Dauer (t) bestimmt ist: $w = m \cdot l \cdot t$. In der technischen Mechanik wird anstelle der Masse vielmehr die Kraft (K) als Grundvorstellung („undefinierter Grundbegriff“) verwendet, so daß hier die Bestimmungsgleichung

$$w = K \cdot l \cdot t$$

für die Wirkung gilt. Betrachtet man beide Gleichungen nur als Dimensionsfestlegungen:

$$[v] = [K \cdot N_i \cdot t^p], [w] = [K \cdot l \cdot t],$$

so hat man es mit reinen *Qualitätsurteilen* zu tun, d. h. mit Ausdrücken, die im Sinne der intensionalen Logik *Inhalte* operativ verknüpfen. Die verwendete Operation ist die der Produktbildung (der Name *Multiplikation* sei dem Bezeichnen des Operierens mit Zahlen u. a. mathematischen Objekten vorbehalten).

Wird nun diese Operation als inhaltslogische verstanden, so nehmen beide Dimensionsfestlegungen den Charakter logischer Behauptungen an.¹ Gibt es ein logisches Fundament, in dem dieser Charakter nachgewiesen werden kann? Nach meiner Sicht der Dinge liegt es in Hegels Schlußlehre, wenn auch unfertig, vor.²

Hegel unterstellt als logische Inhalte *das Einzelne* (E), *das Besondere* (B) und *das Allgemeine* (A), um für diese drei logischen Objekte die folgenden Schlußfiguren anzugeben:

Erste Figur: E – B – A.

Dritte Figur: E – A – B.

Zweite Figur: B – E – A.

Vierte Figur: A – A – A,

„der mathematische Schluß“³.

Marx hat in seiner Wertlehre von 1859 bemerkt, „daß in W – G – W die beiden Extreme W nicht in derselben Formbeziehung zu G stehen. Die erste Ware

¹ Es ist ausdrücklich auf den Unterschied zwischen der gewöhnlich *extensional* konstituierten Logik und der hier avisierten *intensionalen* hinzuweisen. In der extensionalen Logik, die nicht Inhalte, sondern Umfänge thematisiert, kann die folgende Argumentation nicht formuliert werden. Zur intensionalen Logik vgl.: R. Kauppi: Über die Leibnizsche Logik mit besonderer Berücksichtigung des Problems der Intension und der Extension. Helsinki 1960. Dies.: Einführung in die Theorie der Begriffssysteme. Tampere 1967. B. Hartmann: Logik und Arbeit. Sankt Augustin 1994.

² Vgl.: G. W. F. Hegel: Wissenschaft der Logik. Zweiter Teil. Hrsg. v. G. Lasson. Leipzig: Meiner 1950. S. 308-352

³ A. a. O., S. 326

verhält sich als besondere Ware zum Geld als der allgemeinen Ware, während Geld als die allgemeine Ware sich zum zweiten W als einzelner Ware verhält. $W - G - W$ kann daher abstrakt logisch auf die Schlußform $B - A - E$ reduziert werden, worin die Besonderheit das erste Extrem, die Allgemeinheit die zusammenschließende Mitte und die Einzelheit das letzte Extrem bildet.¹

Das ist unmißverständlich eine Bezugnahme auf Hegels Logik. Sie wird 1867 im „Kapital“ nicht mehr expressis verbis gemacht, obwohl, mit Hegel zu reden, die Figur $W - G - W$ beibehalten wird und sogar zur Bildung des Marxschen Kapitalbegriffs fundierende Bedeutung erlangt. Denn Kapital kommt nach Marx durch reelle Verkehrung dieser Figur zustande, d. h. durch Verhalten nach der Figur $G - W - G'$, wodurch nicht mehr das Geld als Tauschmittel für Waren, sondern umgekehrt Waren als Tauschmittel für quantitativ differente Geldmengen fungieren.² Die Befassung mit Hegels Schlußlehre gehört also unabweisbar in die Rekonstruktion der Marxschen Wertlehre.

Sieht man genau hin, nimmt man wahr, daß Hegel die von Marx vorgestellte Schlußfigur $B - A - E$ gar nicht gebraucht. So kann man Marx eine willkürliche Handhabung des Hegelschen Erbes nicht absprechen. Es ist ja akzeptabel, das Geld als „allgemeine Ware“ zu denken, aber wieso die *verkaufte* Ware die logische Ehre hat, die Besonderheit darzustellen, die *eingekaufte* Ware dagegen die Rolle der Einzelheit spielt, ist nicht einzusehen. Allein, würden wir Hegels dritte Figur zur Deutung heranziehen und die *verkaufte* Ware die Kategorie des Einzelnen vertreten lassen, die *gekauft* dagegen in der Bedeutung nehmen, das Besondere darzustellen, wären wir um keinen Deut gebessert. Die eine Sicht ist so willkürlich wie die andere. Marx hat ersichtlich den Hegelschen Text nur als Produkt einer Autorität wahrgenommen, ohne ihn wirklich begriffen, d. h. geistig verarbeitet zu haben.³

Der erste Schritt eines solchen Begreifens besteht nach meiner Ansicht in der schlichten Feststellung, daß uns Hegel in seinen Figuren mit den geschriebenen Strichen zwischen den Inhalten im Stich läßt. Was sollen sie bedeuten? Die Herkunft der Schlußfiguren ist ganz klar. Sie sind der Syllogistik Aristoteles' in mittelalterlicher Interpretation entnommen. Die erste Figur hat den klassischen *modus barbara* zur Basis, der in extensionaler Fassung (also bezogen auf Umfänge oder Klassen, die Aristoteles gerade nicht unterstellt) die Aussage

$$\forall E, B, A (E \subset B \wedge B \subset A) \rightarrow E \subset A$$

ist (E, B, A bezeichnen Klassen, $\subset$ die Inklusionsbeziehung, $\rightarrow$ die Subjunktionsoperation, $\forall$ ist Kurzzeichen für die Urteilsbildung „Für alle ... gilt: ...“).

¹ K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. In: MEW 13, S.76

² Vgl.: K. Marx: Das Kapital. Erster Band, a. a. O., S. 161-170

³ J. O'Malley und F. E. Schrader haben in diesem Zusammenhang auch keine andere Aufklärung bieten können. Vgl. beider Publikation: Marx's précis of Hegel's doctrine on being in the Minor Logic. In: International Review of Social History XXII(1977), 423-431

Wie Hegel von diesem Schluß auf seine „Figur“ $E - B - A$ kommt, ist eigener Untersuchung wert und muß hier beiseite gelassen werden. Klar ist jedenfalls: Sollten die Striche nur Kurzzeichen für den *modus barbara* sein, so verliert Hegel in seiner Logikrezeption das Bewußtsein des Umstands, daß die Logik außer logischen Objekten auch logische Handlungen (Operationen) und Beziehungen (Relationen) umfaßt, die angegeben werden müssen, soll die Theorie vollständig sein. Da E , B und A für Hegel zweifellos logische Intensionen sind (und keine Extensionen bzw. Klassen), kann angenommen werden, Hegel sei auf dem Wege gewesen, intensionale Operationen und Relationen zu sichten, ohne sie schließlich und endlich dingfest zu machen. Denn daß die fraglichen Striche genau solche Zeichen signalisieren müssen, steht außer Zweifel. Andernfalls wären die Schlußfiguren überhaupt keine logisch möglichen Ausdrücke, sondern subjektiv willkürliche Notationen, die uns gar nichts angingen.

Wir unterstellen also: Für Hegels Striche sind Operationen und Relationen so zu finden, daß aus den Figuren präzise Aussagen werden. An Relationen haben wir in der Logik nur die Äquivalenz und die Implikation zu bedenken. Von welchen Operationen könnte die Rede sein? Genau an dieser Stelle kommt nun der Vergleich der beiden Dimensionsgleichungen der technischen Mechanik und der Ökonomie ins Spiel. Die Dimensionen können als logische Inhalte verstanden werden, wenn die Operationen der Produkt- und Verhältnisbildung als *logische* Operationen angenommen werden. Das ist im Allgemeinen bisher nicht der Fall, soll hier aber als möglicher Schritt präsentiert werden.¹ Wenn wir annehmen, daß der ökonomische Wert das Allgemeine der Wirtschaftstheorie ist, die Wirkung das Allgemeine der Mechanik – und diese Annahme ist sehr wohl legitimierbar –, dann läßt sich fragen, ob die Grundmaßarten nicht als Einzelne, d. h. als *Arten* dieser (logisch gefaßten) *Gattungen* gedacht werden können. Es wäre dann zu beweisen, daß eine intensionale Gattung genau drei Arten hat.

Dazu ist erforderlich, den inhaltslogischen Negationsbegriff entsprechend zu definieren und Produkt- wie Verhältnisbildung als inhaltslogische Operationen zu akzeptieren. Angenommen, A bezeichnet die allgemeine Dimension einer messenden Wissenschaft, so können wir erklären:

$$[1] =_{\text{df}} A : A$$

bestimmt die Negation des Allgemeinen

$$\neg A = [1]^2, \text{ so daß } A = A \cdot [1] \text{ bzw. } A = A \cdot \neg A$$

gilt. Die Einsdimension ist demgemäß das inhaltslogische Negat der Gattungsdimension (der allgemeinen Dimension), und der Ausdruck sagt das aus,

¹ Die Präsentation bietet das Resultat einer langen und privat geführten Debatte vor allem in den achtziger Jahren, deren Ergebnis erst nach der „Wende“ in der DDR erscheinen konnte – nämlich in der schon notierten Arbeit von B. Hartmann.

² Das Zeichen $\neg$ meint die logische Negation; der Term $\neg A$ bedeutet also dasselbe wie „nicht A “.

was ein korrekter Satz über den intensional gefaßten Widerspruch aussagen kann. Angenommen weiter, E_i bezeichne eine einzelne Dimension, die durch ein Grundmeßverfahren (nicht durch eine Definition) bestimmt ist, so läßt sich ihr Negat durch $\neg E_i =_{df} A : E_i$ definieren. Und es ist klar, daß $A = E_i \cdot \neg E_i$ gilt. Das Negat des Einzelnen $\neg E_i$ ist nun offenbar das Besondere B_i , das in Hegels Schlußlehre auftritt, so daß wir seine erste Figur durch den inhaltslogischen Satz $E_i \cdot B_i = A$ deuten können. Der erste Strich dieser Figur meint also die *Operation* der Produktbildung, der zweite Strich die *Relation* der inhaltslogischen Äquivalenz – jedenfalls in der hier vorgestellten Interpretation (die man natürlich zurückweisen kann, um eine bessere Deutung vorzuschlagen).

Zu zeigen bleibt noch, daß es zu einem Allgemeinen genau 3 Einzelne gibt (eine Inhaltsgattung also genau 3 Inhaltsarten hat): Es versteht sich, daß mit der Negation $\neg E_1 = A : E$ auch der Satz $E_1 \cdot \neg E_1 = A$ gilt. Die Existenz von $\neg E_1$ bedeutet, daß es mindestens ein E_2 gibt, für das ebenso $E_2 \cdot \neg E_2 = A$ angenommen werden muß. Also gilt $\neg E_1 : E_2 = \neg E_2 : E_1$.

Insbesondere gilt auch

$$\neg E_1 \cdot \neg E_2 = (A : (E_1 \cdot E_2)) \cdot A.$$

Darin kann der eingeklammerte Term $A : (E_1 \cdot E_2)$ nichts anderes als die Negation $\neg(E_1 \cdot E_2)$ bedeuten. Dieses Negat kann weder E_1 noch E_2 bedeuten und auch nicht ihre Einheit, ihr Produkt, und ebensowenig die Einsdimension [1]. Also muß es Definiens eines dritten Einzelnen E_3 so sein, daß mindestens $E_3 = \neg(E_1 \cdot E_2)$ anzunehmen ist. Es kann aber auch kein weiteres Einzelnes E_4 durch das Definiens bestimmt sein, weil klar ist, daß, falls

$$E_3 = \neg(E_1 \cdot E_2) = E_3 \cdot E_4$$

angenommen wird, wegen der Drittengleichheit

$$E_4 = [1]$$

folgt. Also muß die Bestimmung $A = E_1 \cdot E_2 \cdot E_3$ gelten. Meßtheoretisch bedeutet das: Zu einer allgemeinen Maßgattung gehören genau drei Grundmeßverfahren, deren Einheit (Produkt) sie determiniert.

Im Sinne dieses Raisonnements ist also der hier explizierte Wertbegriff logisch fundiert und läßt die Feststellung zu: Das Besondere, das Marx gesucht hat, ist nicht die verkaufte Ware, sondern der *Preis*, zu dem sie verkauft wird; das Einzelne ist nicht die gekaufte Ware, sondern ihre artspezifische *Gebrauchswerteinheitenmenge*; das Allgemeine dagegen ist von Marx richtig gesehen worden.

Seine Figur $W - G - W$ aber ist eine Realisation von $A - A - A$, der vierten Figur Hegels, weil Waren und Geld gleichermaßen *Werte* darstellen, das Allgemeine der Ökonomie. Diese Figur kennt man sonst auch mit der Aussage über die so genannte Drittengleichheit: Sind zwei Maße einem dritten Maß gleich, so sind sie untereinander gleich.

Konsequenzen der Rekonstruktion

An dieser Stelle möchte ich meine Argumentation zur Frage, was von der Marxschen Werttheorie bleibe, beenden und nur noch notieren, daß sie sozusagen nur ein Gerüst künftiger und vollständigerer Rekonstruktion liefern soll – mehr nicht. Nach meiner Sicht dieser Lehre zeigt sich, daß sie ebenso enorme Stärken wie Schwächen hat, weshalb ein einfaches Urteil gar nicht möglich ist. Man muß sich Seite für Seite durch den Marxschen Text durchkämpfen, um zu einem plausiblen Urteil zu kommen. Und Marx denkt gar nicht daran, seinem Publikum einfache und eingängige Kost zu bieten.

Nehmen wir als wirklich wichtiges Beispiel seine These vom Warencharakter der Arbeitskraft¹, die hier natürlich aus dem einfachen Grunde zurückgewiesen werden muß, weil die Arbeitskraft ökonomische Grundmaßart sowie Faktor des Werts ist und eben deswegen keine *Ware* sein kann, d. h. kein *Wertträger*. Wie nebenher sagt uns Marx ein paar Seiten später: „Der Wert der Arbeitskraft löst sich auf in den Wert einer bestimmten Summe von Lebensmitteln.“² Das besagt in unserem Kontext: Marx verwendet den Terminus „Wert der Ware Arbeitskraft“ als eine bloße Sprachphrase, die keinen analytisch definitiven Sinn hat, als eine – Metapher. Daß eine Lebensmittelmenge einen bestimmten Wert hat, ist unbestritten. Daß der Arbeiter ohne Konsumtion von Lebensmitteln seine Arbeitskraft nicht erhalten kann, versteht sich. Daß sein Lohn den Erwerb dieser Lebensmittel zulassen muß, ist klar. Aber muß deswegen die Arbeitskraft Ware sein? Ist deswegen der Arbeitsvertrag ein Kauf- oder Tauschvertrag?

Ist es nicht vernünftiger, Kants Rechtslehre in Rechnung zu stellen, die den Kaufvertrag als belästigten Vertrag vom Lohnvertrag als Verdingungsvertrag unterscheidet?

„Der Lohnvertrag (*locatio operae*)“, sagt Kant, „d. i. die Bewilligung des Gebrauchs meiner Kräfte an einen anderen für einen bestimmten Preis (*merces*). Der Arbeiter nach diesem Verträge ist der Lohndiener (*mercennarius*).“³ Natürlich muß man auch hier sofort fragen, ob denn Kants Unterstellung, ein *anderer* könne *meine* Kräfte gebrauchen, einem echten empirischen Sinn hat, oder ob es sich nicht vielmehr darum handelt, daß ich „bloß an des anderen Stelle und im Namen eines anderen“ meine Kräfte gebrauchte, so daß der Arbeitsvertrag ein Kantischer Bevollmächtigungsvertrag (*mandatum*) wäre⁴. Dies sei hier dahingestellt, weil die Implikationen der Problemlösung den Rahmen des zur Verfügung stehenden Platzes sprengen würden. Sicher aber bleibt, daß der Arbeitsvertrag kein Vertrag über den Stellenwechsel der Ware und des Geldes sein kann, keine Wertübertragung

¹ K. Marx: Das Kapital. Erster Band. A. a. O., S. 181

² Ebd., S. 186

³ I. Kant: Metaphysik der Sitten. Hrsg. v. K. Vorländer. 4. Aufl.. Hamburg: Meiner 1966. S. 101

⁴ Ebd.

kontraktlich fixiert. Was der Arbeiter für Geld (Lohn) liefert, hat die Dimension $[A \cdot t^A]$, d. i. die Wertdimension, die eben durch Geld realisiert wird. Da *A* die Arbeit (labor) meint, müssen wir das Produkt $A \cdot t^A$ zur Vermeidung von (ewigen) Mißverständnissen anders *nennen*. Und die deutsche Sprache liefert dafür das Wort *Dienst*, auch das Wort *Werk*, bei welchen wir es belassen können. Der Arbeitsvertrag ist wesentlich eine Vereinbarung über den Wert des Werks oder Dienstes, den der Arbeiter für den Produzenten verrichtet (nicht „leistet“, weil Leistung durch $L =_{\text{df}} A : t^A$ definiert ist). Und das Lohneinkommen ist daher der zu diesem Wertstrom (Wertschöpfung) entgegen gesetzte Wertstrom.

Auf diese Weise könnte man weiter versuchen, die Höhen und Tiefen der Marxschen Wertlehre zu durchforsten, um eine analytisch fundierte Marxsche Wertlehre zu präsentieren, die ihren Schöpfer nicht verleugnet, seine Eskapaden aber ausschließt. Insbesondere z. B. ist klar, daß das viel diskutierte so genannte „Transformationsproblem“, „Verwandlung der Warenwerte in Produktionspreise“¹, in der meßtheoretisch begründeten und so rekonstruierten Marxschen Wertlehre aus dem einfachen Grunde gar nicht vorkommen kann, weil sich Werte a priori nicht in Preise verwandeln können. In der Mechanik würde niemanden einfallen, nach der „Verwandlung“ der Wirkungen in Impulse oder der Streckenlängen in Geschwindigkeiten zu fragen, wenngleich natürlich die Feststellung ihrer Zusammenhänge getroffen wird. Es wäre allerdings nach den Zusammenhängen zu fragen, die mit der Annahme einer allgemeinen Profitrate das Verhältnis der *individuellen* und *sozialen* Werte (Marktwerte oder „Produktionspreise“) betreffen. Das kann aber hier nicht mehr geschehen.

Es sei nur noch eine kurze Bemerkung zur so genannten Nutzenlehre des Werts angefügt: Wird der Nutzen, wie in der Regel, in Geld gemessen, so ist das Wort „Nutzen“ nur eine andere Bezeichnung für das, was hier „Wert“ heißt (der Grenznutzen ist demnach der Grenzwert). Das in der Nutzenlehre des Werts gebrauchte Wort „Menge“ meint offenbar das, was hier mit „Gebrauchswertmenge“ bezeichnet worden ist. Damit aber ist entschieden, daß es zwischen der Arbeitswertlehre und der Nutzenlehre des Werts keinerlei analytischen Gegensatz gibt. Der Schein desselben tritt nur ein, wenn man einerseits $v = p_i \cdot N_i$ und andererseits $v = -A \cdot t^P$ feststellt und beide Bestimmungen für miteinander unverträglich hält. Solche Scheinproduktion kann gelingen, solange Marx' Unterscheidung der Arbeitskraft von der Arbeit nicht analytisch präzisiert wird. Das wieder ist der Fall, solange beide unverdrossen als „Waren“ angesehen werden, also als *Wertträger*, was sie nur in der ökonomisierenden Imagination sind.

Zum Abschluß meiner vorläufigen Beantwortung der Frage, was von der Marxschen ökonomischen Theorie denn wohl den kommunistischen Zusammenbruch überleben werde, muß ich wenigstens noch kurz auf ihre

¹ K. Marx: Das Kapital. Dritter Band. In: MEW 25, S. 164-181

Reproduktionslehre hinweisen. Sie gehört, das darf man wohl mit allgemeiner Zustimmung festhalten, zu ihren stärksten und fundiertesten Bestandteilen.

Die Reproduktionstheorie

In der Tradition der klassischen Ökonomie physiokratischer Provenienz stellt Marx das Problem: „Wie wird das in der Produktion verzehrte *Kapital* seinem Wert nach aus dem jährlichen Produkt ersetzt, und wie verschlingt sich die Bewegung dieses Ersatzes mit der Konsumtion des Mehrwerts durch die Kapitalisten und des Arbeitslohns durch die Arbeiter?“¹ Die Möglichkeit dieser Ersetzung zu erklären, ist die Aufgabe der Reproduktionslehre. Sie beginnt zunächst mit der Präsentation der einfachen Reproduktion bzw. dessen, was man sonst das „ökonomische Gleichgewicht“ nennt. Marx weiß: „Die einfache Reproduktion ... erscheint ... als eine Abstraktion, als ... auf kapitalistischer Basis Abwesenheit aller Akkumulation ... eine befremdliche Annahme ist, ...“² Das Problem gilt ganz allgemein für allen Wertersatz, ob nun kapitalistisch bestimmt oder nicht, und kann nur so gelöst werden, daß man die einfache Reproduktion oder das wirtschaftliche Gleichgewicht als eine Idealisierung denkt, relativ zu der Veränderungen und Akkumulation überhaupt erst bestimmt festgestellt werden können. Der Hinweis auf die wirkliche Wirtschaft, die nie im Gleichgewichtszustand verharre, ist daher keine ernst zu nehmende Entgegnung auf die Konstruktion der einfachen Reproduktion. Wie sieht sie Marx?

Die einfache Reproduktion

Er gliedert die Gesamtproduktion in die beiden Produktionszweige I (Produktionsmittel) und II (Konsumtionsmittel) mit der Feststellung, daß beide Abteilungen Jahresprodukte liefern, welche seiner Wertsumme $c + v + m$ entsprechende Werte darstellen. Um nicht Irritationen hervorzurufen, muß eine Umbenennung vorgenommen werden. Wir schreiben den Wert und seine von Marx identifizierten Teile am besten mittels des Ausdrucks $v = v_c + v_v + v_m$ nieder, womit wohl der Zusammenhang der hier rekonstruierten Wertlehre mit den Marxschen Determinationen sichtbar bleibt. Der Wert des Jahresprodukts der Produktionsmittelerzeugung sei durch v_1 bezeichnet, der des Jahresprodukts der Konsumgüterproduktion durch v_2 . Mit dieser Unterscheidung notieren wir dann für beide Zweige:

$$(I) \quad v_1 = v_{c1} + v_{v1} + v_{m1},$$

$$(II) \quad v_2 = v_{c2} + v_{v2} + v_{m2}.$$

¹ K. Marx: Das Kapital. Zweiter Band. In: MEW 24, S. 392

² Ebd., S. 293-294

Nun argumentiert Marx: Die Wertteile v_{v2} und v_{m2} müssen ebenso wie die Wertteile v_{v1} und v_{m1} „in Konsumtionsmitteln verausgabt werden“¹. Soll einfache Reproduktion erfolgen bzw. ökonomisches Gleichgewicht herrschen, so kann dies nur der Fall sein, wenn die Abteilung I, die ja Produktionsmittel erzeugt und Konsumtionsmittel braucht, mit der Abteilung II, die umgekehrt Konsumtionsmittel erzeugt und Produktionsmittel braucht, so tauscht, daß die Bedingung

$$v_{v1} + v_{m1} = v_{c2}$$

erfüllt wird.² Diese Gleichgewichtsbedingung ist wohl unmittelbar einsichtig und bietet eines der wichtigsten Theoreme der Marxschen Ökonomie. Es kann durch keinen negativen Ausgang irgendeines beliebigen kommunistischen Experiments erschüttert werden.

In diesem Zusammenhang ist ganz unwichtig, ob man die Marxsche Ausbeutungs- und Mehrwertbildungsvorstellung teilt oder nicht. Nennen wir v_v vielmehr *Lohn* und v_m *Profit*, so ändert sich an der Bedingung der einfachen Reproduktion gar nichts – auch dann nicht, wenn *Profit* vielmehr *Produzentenentgelt* genannt wird.

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß G. A. Feldman 1928 seine Wachstumstheorie, die erste, die in der Ökonomie überhaupt formuliert worden ist, unter Voraussetzung der Marxschen Reproduktionslehre entwickelt hat.³ Damit ist die Frage, was von der Marxschen ökonomischen Theorie bleibe, bereits längst innerökonomisch beantwortet worden. Gleiches ist mit Bezug auf die Verflechtungstheorie zu sagen, die von der Physiokratie über Marx zu Leontieff führt. Damit haben wir ein Stück Kontinuität ökonomischen Erkennens vor uns, in dem Marx einfach als ein Theoretiker unter vielen auftritt und unter ihnen seinen Platz sicher unverlierbar behält.

Die erweiterte Reproduktion

Sie ist von Marx nicht in der analytischen Klarheit (also mit Gleichungsangabe) beschrieben worden, die die Theorie der einfachen Reproduktion auszeichnet.⁴ Jedoch liegt eine hinreichend deutliche Beschreibung vor, und es ist das Verdienst von Werner Hofmann, aus dieser Deskription die adäquate Darstellung gewonnen zu haben⁵. Ich brauche also nur seine Feststellung zu rekapitulieren. Die erweiterte Reproduktion impliziert eine Aufteilung des Mehrwerts in den zu konsumierenden Mehrwert v_m einerseits und den zu akkumulierenden Mehrwert v'_m andererseits. Letzterer muß zusätzlich in neues

¹ Ebd., S. 396

² Marx schreibt $I_{(v+m)} = II_c$, ebd. S. 401

³ G. A. Feldman: Zur Wachstumstheorie des Nationaleinkommens. Hrsg. v. O. Kratsch. Berlin: Akademie-Vlg. 1969. S. 27 ff.

⁴ Marx a. a. O., S. 485 ff.

⁵ Vgl.: W. Hofmann (Hrsg.): Sozialökonomische Studentexte. Bd. 3, Theorie der Wirtschaftsentwicklung. Vom Merkantilismus bis zur Gegenwart. 3. Aufl. Berlin: Duncker & Humblot 1979. S. 68-75

konstantes und variables Kapital zerlegt werden. Für diese Aufteilung wählen wir die Bezeichnungen v'_m (konstantes Kapital) und v''_m (variables Kapital). Das Jahresprodukt der erweiterten Reproduktion hat also den Wert $v = v_c + v_v + v_m + v'_m + v''_m$. Diese Aufteilung gilt wieder für beide Abteilungen I und II. Damit kann dann die Austauschbedingung – dem Fall der einfachen Reproduktion entsprechend – durch die Gleichung

$$v_{v1} + v_{m1} + v''_{m1} = v_{c2} + v'_{m2}$$

angegeben werden.

Was so erklärt ist, stellt keine *Entwicklung*, sondern *Wachstum* dar, Kapitalzunahme. Es handelt sich um den Wachstumspfad im ökonomischen Gleichgewicht, den Marx' Theorie der erweiterten Reproduktion bestimmt. Innovationen im Sinne Schumpeters kommen nicht vor, obwohl sie gelegentlich von Marx durchaus gesehen werden. So ist denn schließlich zu sagen, daß Marx den kapitalistischen Wirtschaftsprozess als Kapitalwachstum beschreibt – mit der bekannten Vorstellung, daß er durch das Wachstum der Armut auf der Seite der Vermögenslosen so komplettiert wird, daß sie in einer Revolution die Kapitaleigenschaft der Produktionsbedingungen beseitigen und das Gemeineigentum am Produktivvermögen herstellen. Demgemäß kann die Marxsche ökonomische Theorie nicht unter den Begriff einer Entwicklungstheorie subsumiert werden.

Nachtrag über das Kapital¹

Da es gewiß als sehr merkwürdig erscheinen muß, wenn auf die Frage nach dem, was von der Marxschen ökonomischen Theorie bleibe, kein Wort über den Kern seiner Bemühungen gesagt wird, die Natur der kapitalistischen Produktionsweise zu verstehen, so sei gewissermaßen als Anhang wenigstens folgendes festgestellt:

Soweit ich sehen kann, gibt es beim gegenwärtigen Stand der Wirtschaftswissenschaft keine feste und generell akzeptierte Definition des Kapitalbegriffs. J. Hirshleifer notiert: „Das Wort ‚Kapital‘ wird in wirtschaftswissenschaftlichen Schriften in einer Reihe von mehr oder weniger unterschiedlichen Bedeutungen gebraucht und ist somit Quelle großer Verwirrung.“² Dem kann man nur zustimmen. Hirshleifer selbst bietet die folgende Bestimmung an: „In

¹ Den Nachtrag hat Hans Nutzinger nicht thematisieren können, weil er zur Zeit seiner Reflexion noch nicht vorlag. Ich habe aber den Eindruck, daß er zur Vermeidung von Mißverständnissen über meine Marx-Deutung erforderlich ist. [Hans G. Nutzinger hat zur Originaledition meines Beitrags im Metropolis-Verlag seine Sicht „Was sonst noch von Marx' ökonomischer Theorie bleibt. Anmerkungen und Ergänzungen zu Peter Ruben“ beigetragen; a. a. O., S.67-92. Anm. d. V. 2006]

² J. Hirshleifer: Kapitaltheorie. Dt. Übers. v. G. Eckhoff. Köln 1974 (amerikan. Original 1970). S. 40

der Literatur wird zumindest zwischen drei Bedeutungen unterschieden; sie können als (1) *Realkapital*, (2) *Kapitalwert* und (3) *Geldkapital* bezeichnet werden. ... Realkapital ist eine Sammlung von *Kapitalgütern*. Ein Kapitalgut ist ein physisches Objekt, das in der Gegenwart existiert, jedoch die Quelle von Einkommens- oder Konsummöglichkeiten in der Zukunft darstellt – so wie ein Apfelbaum eine Quelle zukünftiger Äpfel ... ist. ... Der Kapitalwert ist die *gegenwärtige* Bewertung einer *zukünftigen* Einkommens- oder Zahlungsreihe. (Als „eine Reihe gegenwärtiger und zukünftiger Einkommen“ würde der Kapitalwert genauso wie das Vermögen definiert; ...) ... Der Obstgarten liefert die Äpfel; doch der Wert der Äpfel bestimmt den Wert des Obstgartens. ... Das Geldkapital kann man als eine Menge gegenwärtig verfügbarer oder für Investitionen bestimmter Ansprüche c_0 definieren – bisweilen wird es verfügbares Kapital genannt.“¹ Nach dieser Vorstellung versteht sich, daß alles Wirtschaften stets Kapital mindestens in der Gestalt des „Realkapitals“ (oder auch „physischen Kapitals“) voraussetzt, daher eine besondere „kapitalistische Produktionsweise“ bzw. der „Kapitalismus“ nicht erkennbar ist. Wer mit Pfeil und Bogen auf der Jagd ist, hat an diesen Werkzeugen wie an den Tiergattungen, von denen er einzelne Exemplare erlegt, sein Kapital. Die Natur in ihrer Reproduktivität ist das Kapital, Sammler und Jäger sind Kapitalisten. Denken wir an jene Ameisenart, die sich Blattläuse hält, um deren Körpersäfte zu ernten, so erkennen wir das Realkapital unzweifelhaft als ein Produkt der biologischen Evolution. Denn die fraglichen Blattläuse bilden – im Sinne des zitierten Begriffs des Realkapitals – natürlich das Kapital der Ameisen. Diese sind daher – als Kapitaleigner – Kapitalisten, während der Körpersaft der Blattläuse als Kapitalprofit der Ameisen definitiv bestimmt ist. *Difficile est satiram non scribere*.

Mit Bezug auf den zitierten Begriff des Geldkapitals versteht sich, daß auch Leute, die nichts als Geldvermögen haben, Kapitalisten sind, denn sie verfügen damit über „eine Summe gegenwärtiger Ansprüche“. Alexander, der den persischen Goldschatz zu erheblichen Teilen ausmünzen ließ, war sonach einer der bedeutendsten Kapitalisten der griechisch-römischen Antike. Und Kapitalist in diesem Sinne konnte man durch Eroberung werden, indem man den Eroberten ihr Geld als Tribut abnahm.

Solche Vorstellung vom „Kapital“ hat mit der Marxschen Kapitaltheorie nichts zu tun. Sie hat auch nichts mit der wirklichen Einführung und Verwendung des Wortes *Kapital* zu tun.² Gegenüber solcher Sicht bestehe ich auf der Kenntnisnahme der wirklichen Geschichte des Kapitalbegriffs. Von ihr wissen wir heute, daß die Termini *kapitale* und *chapitale* zuerst im 13. Jahrhundert in italienischen Städten verwendet werden (1211 *kapitale* in Florenz, 1262 *chapitale* in Siena). Michael Wolff hat 1978 gezeigt, daß der

¹ Ebd., S. 153-154

² Vgl.: Kapital, Kapitalist, Kapitalismus. In: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Hrsg. v. O. Brunner, W. Conze, R. Koselleck. Bd. 3. S. 399-454

Franziskaner Petrus Johannis Olivi (Pierre de Jean Olieu) erstmals in seinem Traktat *De contractibus usurariis* eine Kapitaldefinition formuliert hat: „Wenn Geld oder Eigentum in einem sicheren Geschäft seines Eigentümers angelegt wird für einen gewissen wahrscheinlichen Gewinn, hat es nicht nur die einfache Qualität von Geld oder Gütern, sondern, darüber hinaus, eine gewisse samenartige, Profit erzeugende Qualität ..., die wir allgemein Kapital nennen, und daher muß nicht nur der einfache Wert der Sache zurückgegeben werden, sondern auch ein zusätzlicher Wert.“¹ Das ist unmittelbar eine Begründung für die Profitnahme gegen das Zinsverbot, aber eine Begründung, die das Wesen der Sache erstaunlich gut trifft: Kapitalbildung setzt die Existenz des Geldes als des universell akzeptierten Zahlungsmittels voraus. Und diese Voraussetzung ist erst durch die bürgerlichen Kommunen Italiens in der Spätphase des Feudalismus hervorgebracht worden. Weder die antike noch die altorientalische und auch nicht die feudale Gesellschaftsformation unterstellen Geld als universelles Zahlungsmittel. Sie sind daher soziale Bildungen ohne Kapital und ohne Kapitalisten (schlichter Geldverleih auf Zins ist keine Kapitalbildung). Es muß das „sichere Geschäft“ Ziel der Geldanlage sein, d. h. ein Unternehmen, das durch Kauf von Produktionsmitteln, Dingen von Arbeitskräften und eventuell Kaufen oder Pachten von Land begründet wird, so daß das in diesem Sinne für Produktion *ausgegebene* Geld die Bedeutung von Kapital erlangt. Die Geldmenge für sich stellt eine bestimmte Wertgröße dar (Geld ist immer Wertrepräsentant), womit sich versteht, daß das für Konstituierung und Unterhaltung einer produktiven Unternehmung *ausgegebene* Geld dem Kapitalbildner als *negativer Wert* gegenwärtig ist, daher in seinen Büchern unter dem Titel *Debet* figuriert. Kapital ist also die Schuld eines Produzenten gegen sich (Eigenkapital) oder gegen andere (Fremdkapital), das erstens den gewöhnlichen Zins auf geliehenes Geld einbringen muß, aber zweitens zusätzlich einen Gewinn, wobei Zins *und* Gewinn den *Profit* ausmachen, den die Kapitalbildung zum Ziel hat. Sollte keine Profitbildung eintreten, so hat der Unternehmer kein Kapital gebildet, sondern Vermögen verloren (mindestens in Höhe des Zinses, den er schuldet). Olivis „sicheres Geschäft“ ist also immer ein Geschäft „auf Gewinn *und* Verlust“. Mit anderen Worten: Kapitalbildung existiert in der rauen Wirklichkeit ohne Verlustrisiko nicht. Wer zu diesem Verlustrisiko nicht bereit ist, ist unter den Kapitalbildnern nicht zu finden.

Eine dieser Sicht der Natur des Kapitals ähnliche Auffassung hat Schumpeter knappe sechzig Jahre vor Hirshleifers Definitionen präsentiert: Es „liegt kein Grund vor, zwischen allen den Gütern, die der Unternehmer kauft, irgendeinen Unterschied zu machen, mithin auch kein Grund, irgendeine

¹ Zit. bei M. Wolff: Geschichte der Impetustheorie. Untersuchungen zum Ursprung der klassischen Mechanik. Frankfurt a. M. 1978. S. 178-179. Der Untertitel dieser Schrift verdeckt fast ihren halben wirklichen Inhalt, der die Geschichte der Ökonomie betrifft. So ist geschehen, daß Wolffs gewichtige Darstellung in der Wirtschaftsgeschichte bisher nicht wahrgenommen worden ist, ein eklatanter Mangel, der schnell verschwinden sollte.

Gruppe derselben unter dem Namen 'Kapital' zusammenzufassen. Daß ein solches Kapital jeder Wirtschaftsform eigen und daher nicht geeignet wäre, die 'kapitalistische' zu charakterisieren, bedarf keiner Ausführung.¹ Schumpeter schließt also Hirshleifers 'Realkapital' aus – mit Recht, wie ich meine. „Das Kapital einer Unternehmung ist ... nicht der Inbegriff aller ihren Zwecken dienenden Güter. Denn das Kapital steht der Güterwelt *gegenüber*: Es werden Güter für Kapital gekauft – 'Kapital wird in Güter investiert' –, aber eben darin liegt die Erkenntnis, daß seine Funktion eine von der der erworbenen Güter verschiedene ist. Die Funktion der Güter liegt darin, ... einem produktiven Zwecke zu dienen, ... Das Kapital ist das Mittel der Güterbeschaffung. Es steht als ein drittes zur Produktion in der Verkehrswirtschaft nötiges Agens zwischen dem Unternehmer und der Güterwelt.“² Schumpeter bestimmt dann: Wir werden „*das Kapital definieren als jene Summe von Geld und anderen Zahlungsmitteln, welche zur Überlassung an Unternehmer in jedem Zeitpunkte verfügbar ist.*“³ Andere Zahlungsmittel als Geld sind Geschöpfe der Kreditwirtschaft, die natürlich erst hervorgebracht werden muß, sollen ihre Geschöpfe in Erscheinung treten. Solange das nicht der Fall ist, bildet das Geld die ausschließliche Voraussetzung für die Kapitalbildung. Das gibt auch Schumpeter zu, wenn er sagt: Schließt „die kapitalistische Entwicklung an kapitallose ... an, so wird sie ... mit einem Geldvorrat starten“⁴.

Wie zu sehen ist, faßt Schumpeter das Kapital als einen Wertfonds, der der Produktion vorausgesetzt ist. Demgemäß sagt er auch: „Sind die nötigen sachlichen Produktionsmittel und ... Arbeitsleistungen gekauft, so hat der Unternehmer das ihm zur Verfügung gestellte Kapital nicht mehr.“⁵ Was er ausgegeben hat, kann „in den Händen der Verkäufer der Produktionsmittel zunächst keinen andern Charakter haben, als die Summen, die für den Verkauf von Broten gelöst werden, in den Händen des Bäckers. Die öfters vorkommende Ausdrucksweise des Alltags, die die gekauften Produktionsmittel als ‚Kapital‘ bezeichnet, beweist nichts, um so mehr, als ihr die andre gegenübersteht, daß das Kapital ‚in jenen Gütern stecke‘. Die letztre Ausdrucksweise kann nur in dem Sinne richtig sein, in dem auch gesagt werden kann, daß etwa Kohle in einer Stahlschiene ‚stecke‘, d. h. in dem Sinne, daß die Verwendung von Kohle zur Erzeugung der Stahlschiene geführt hat.“⁶ So haben wir metaphorische Ausdrücke vor uns, die für eine vernünftige Kapitaltheorie nicht ernst genommen werden können. Wenngleich das 1911 gesagt worden ist, haben wir es noch heute in der Ökonomie mit der Vorstellung vom ‚Realkapital‘ zu tun, womit nur deutlich ist, welche Dauern die wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisarbeit unterstellt, um mit ihren Gegenständen ins reine zu kommen.

¹ J. Schumpeter: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmengewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus. 6. Aufl. Berlin 1964. S. 167

² Ebd.

³ Ebd., S. 173

⁴ Ebd.

⁵ Ebd., S. 168

⁶ Ebd., S. 169

Schumpeters Feststellung, daß der Unternehmer mit dem Kauf der „sachlichen Produktionsmittel und“ der „nötigen Arbeitsleistungen ... das ihm zur Verfügung gestellte Kapital nicht mehr“ hat, möchte ich gern wir folgt rekonstruieren: Was der Unternehmer wirklich (und sinnlich wahrnehmbar) ausgibt, sind – mit Schumpeter gesprochen – „Geld und andere Zahlungsmittel“. Sie sind es, die er mit dem Kaufen, Dingen und Pachten von objektiven und subjektiven Produktionsbedingungen in der Tat nicht mehr hat. Aber genau diese *Ausgabe von Zahlungsmitteln für Produktionsbedingungen, das ist nun der Ansatz vom Marx*, ist die *Bildung von Kapital*. Demnach ist Kapital nicht als ein positiver Wert zu verstehen, wie Schumpeter annimmt, sondern als ein negativer, wie oben bereits angegeben. Und dieses Faktum ist es vielleicht, das dem Denken oder dem erkennenden Begreifen eine gewisse Anstrengung zumutet. Die sinnliche Wahrnehmung thematisiert gewöhnlich positiv vorgegebene Dinge nach ihren Eigenschaften oder Verhaltensweisen. Wer den Wert sehen will, muß Geld anschauen; wer Gebrauchswerte sehen will, muß auf dem Markt Waren betrachten, die die Verkäufer losschlagen. Geld und Waren kann man sehen, ergreifen, aneignen. Das Kapital aber ist ein unsinnliches Objekt, das durch Entäußerung gebildet, produziert wird – und konfirmiert erst dann, wenn wirklich Profit eingenommen ist, das also erst nach einer notwendigen Dauer (der Produktions- und Zirkulationsdauer) die Gewißheit seiner Existenz liefert. Dieses intensional Negative als positive Bedingung der kapitalistischen Produktion, Kapitalbildung als Schuldenproduktion zu denken, das ist die Anforderung, die dem ökonomischen Erkennen gestellt ist, wenn es zu einem klaren Kapitalbegriff kommen will.

Daß nun die universelle Geldwirtschaft die historische Voraussetzung der Kapitalbildung ist, versteht sich für Marx ebenso wie für Schumpeter: „Die Warenzirkulation ist der Ausgangspunkt des Kapitals. ... Welthandel und Weltmarkt eröffnen im 16. Jahrhundert die moderne Lebensgeschichte des Kapitals. ... Historisch tritt das Kapital dem Grundeigentum überall zunächst in der Form von Geld gegenüber, als Geldvermögen, Kaufmannskapital und Wucherkapital.“¹ Und dann heißt es weiter: „Jedes neue Kapital betritt in

¹ K. Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. In. MEW 23, S. 161. Daß wir heute den Beginn der „Lebensgeschichte des Kapitals“ früher datieren als Marx, ist natürlich kein substantieller Einwand gegen ihn, sondern dem Erkenntnisfortschritt der Wirtschaftsgeschichte geschuldet. W. Zorn hat 1983 unter Hinweis auf W. Abels und F. Lütges Sicht festgestellt: „Die Annahme einer gemeineuropäischen Epochenschwelle um 1350 setzte sich jedenfalls unter Wirtschaftshistorikern mehr oder weniger durch“ (in: Ders.: Humanismus und Wirtschaftsleben nördlich der Alpen, in: Dt. Forschungsgemeinschaft, H. Lutz (Hrsg.): Humanismus und Ökonomie. Mitteilung VIII der Kommission für Humanismusforschung, Weinheim: Acta humaniora, 1983, S. 31; vgl., auch: F. Lütge: Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart 1963). Diese Annahme teile ich und notiere nur noch zusätzlich, daß sie sich unter Anwendung der Theorie der „Langen Wellen“ sehr gut konfirmieren läßt. Mit ihr ist auch unterstellt, daß die Kapitalgenese – wie einst W. Sombart erklärt hat – deutlich mit dem 4. Kreuzzug anhebt und um 1350 vollendet ist (sie fällt also mit dem Spätfudalismus zusammen), so daß von nun an klar von der Geschichte des Kapitalismus gesprochen werden kann. Seine Frühphase hat er in der Zeit zwischen 1350 bis 1570, seine Hochphase zwischen 1570 und 1790, und die industrielle Revolution leitet seine Spätphase ein, deren Ende wir gerade erleben. Den frühen Kapitalismus

erster Instanz die Bühne ... immer noch als Geld, Geld, das sich durch bestimmte Prozesse in Kapital verwandeln soll.“¹ Wie verwandelt sich nach Marx Geld in Kapital? Dadurch, daß der Geldeigner den gewöhnlichen Kreislauf $W - G - W$ (Ware gegen Geld und Geld gegen Ware getauscht) verläßt, um den von Marx gesichteten Kreislauf $G - W - G$ in Gang zu setzen, d. h., um Geld vermittle Waren gegen (mehr) Geld einzutauschen. „Kaufen, um zu verkaufen, oder vollständiger, kaufen um teurer zu verkaufen, $G - W - G'$, scheint zwar nur einer Art des Kapitals, dem Kaufmannskapital, eigentümliche Form. Aber auch das industrielle Kapital ist Geld, das sich in Ware verwandelt und durch den Verkauf der Ware in mehr Geld rückverwandelt. ... In der Tat also ist $G - W - G'$ die allgemeine Formel des Kapitals, ...“²

An dieser Stelle wird nun deutlich, daß der Aufwand zur kritischen Reflexion der Marxschen Kapitaltheorie das in dieser Darstellung mögliche Maß erheblich überschreitet und eben deswegen hier nur als ein Anhang skizziert werden kann. Weiter oben ist bemerkt worden, daß Marx' Kreislaufformel $W - G - W$ nichts anderes als den „mathematischen Schluß“ Hegels in der Ökonomie präsentiert, der korrekt lauten muß:

$$v_1 = v_0 \wedge v_0 = v_2 \Rightarrow v_1 = v_2$$

für alle v_0 , v_1 und v_2 (v_0 meint den vom Geld dargestellten Wert, v_1 und v_2 meinen die von den beiden Waren dargestellten Werte, $\Rightarrow$ meint die logische Implikationsbeziehung). Mit anderen Worten: Marx' suggestive „Formel“ besagt gar nichts, weil sie keine Formel ist (versteht sich, im meßtheoretischen Sinne). Die „allgemeine Formel des Kapitals“ ist ein unvollständiges Zeichenschema und weiter nichts!

Was Marx meint, ist eine Begründung seiner (und Engels') Sicht aus der ‚Kritik der Nationalökonomie‘, die den Kaufmann als egoistischen Geldscheffler suggeriert. Diese Sicht scheint durch Verkehrung der (nichts sagenden) „Formel“ $W - G - W$ in die (ebenso nichts sagende) „Formel“ $G - W - G'$ plausibel gemacht. Und der entsprechende Schein ist von Generationen von Marx-Lesern als tiefsinnige Erscheinung genommen worden. C'est la vie.

Aber ist es denn wahr, daß man Kapital im Interesse rein des Gelderwerbs bildet oder auch nur bilden kann? Es ist kein Widerspruch gegen Marx festzustellen, daß Kapitalbildung Geld mobilisiert, um der Produktionsentwick-

findet man in Gestalten wie den Fuggern repräsentiert (1367/68 wandert ein Dorfweber Fugger in Augsburg ein, verzichtet auf die Zugehörigkeit zur Bürgergemeinde des Feudalismus und hat in seinen Nachkommen eben jene Vertreter des Frühkapitalismus, die hier gemeint sind.) Den Hochkapitalismus darf man im Tun vor allem der ostindischen Kompanien der Holländer und Engländer studieren. Der Spätkapitalismus entfaltet mit der industriellen Revolution zugleich die moderne soziale Frage, deren schrittweise Beantwortung zu einer ökonomischen Bestimmtheit geführt hat, die „Kapitalismus“ zu nennen nach meiner Sicht höchst problematisch ist. Dies Problematische aufzuhellen, ist ohne präzisen Kapitalbegriff nicht möglich.

¹ Marx, ebd.

² Ebd., S. 170

lung zu dienen. Aber Produktionsbedingungen wird man gegen Geld nur kaufen, dingens, pachten, falls man die Erwartung des Absatzes der künftigen Produkte hat. Diese Produkte werden nach ihren möglichen Gebrauchswerten konzipiert, oder ihr möglicher Verkauf ist gar nicht in Rechnung gestellt. Im letzteren Falle werden nur Verrückte zum Kapitalbildungsversuch schreiten. Mit anderen Worten: Die Annahme der Kapitalbildung allein unter Voraussetzung des gewinnbaren Mehrwerts ist eine Chimäre der 'Kritik der Nationalökonomie', die keinen reellen Grund hat. Diese Chimäre kann nur auftreten, wenn die Kapitalbildung als riskiertes Geschäft auf „Gewinn *und* Verlust“ nicht in Sicht genommen ist, vielmehr unterstellt wird, daß alle Kapitalbildung a priori erfolgreich ist. Jeder Blick auf die Menge der Firmengründungen eines Jahres lehrt nachdrücklich, die erfolgreichen von den erfolglosen zu unterscheiden; und die Wahrnehmung der jährlichen Firmenpleiten belehrt, daß die Kapitalbildung jenes Apriori nicht kennt. Ein Unternehmer, der nur den möglichen Geldgewinn im Versuch seiner Kapitalbildung kalkuliert, wird vornehmlich seine Negation als Unternehmer betreiben und keinen (vernünftigen) Geldgeber finden. Folglich ist die ohnehin sinnleere „Formel“ $G - W - G'$ nicht einmal geeignet, auch nur den Anschein des tatsächlichen Kapitalbildungsvorgangs suggestiv zu legitimieren.

Des Weiteren ist nach den weiter oben angegebenen Überlegungen klar, daß die Kapitalbildung keinen „Kauf der Arbeitskraft“ einschließen kann, weil die Arbeitskraft keine Ware ist. Selbstverständlich ist aber richtig, daß Kapitalbildung den Abschluß von Arbeitsverträgen einschließt. Und damit stellt sich das Problem, wie denn nun die sozialökonomische Beziehung zwischen „Arbeit und Kapital“, d. h. zwischen Arbeitern und Kapitalisten, zu denken sei, wenn ihre Erkenntnis nicht zum Surrogat des Kaufvertrags greifen kann. Sicher ist einsichtig, daß die Antwort auf diese Frage eine weit reichende Untersuchung erfordert. Sie kann hier nicht gegeben werden.

Schließlich sei auf das folgende Problem aufmerksam gemacht: Marx unterstellt für seine Analyse den Kapitalisten als persönlichen Akteur, der auf eigene Rechnung wirtschaftet (als der, wie er sagt, „fungierende“ Kapitalist). Das ist eine Unterstellung, die bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts für das industrielle Kapital empirisch gut belegt ist. Mit dem Eintritt der modernen Aktiengesellschaften in die Industrieproduktion findet aber etwas statt, das man eine „Assoziation der Kapitalien“ nennen kann (was Marx übrigens sehr genau bemerkt hat). Eine Assoziation ist aber nichts anderes als eine *Gesellschaft*. Somit haben wir es im Gefolge der industriellen Revolution aus Gründen der Akkumulation von Kapitalgrößen, die Personen nicht mehr aufzubringen imstande sind, mit einer Vergesellschaftung zu tun, die aus der kapitalistischen Produktionsweise selbst hervorgeht. Wie soll diese Sozialisierung mit der Marxschen Perspektive der kommunistischen Revolution als des Endes des Kapitalismus konsistent zusammengedacht werden? Wenn Marx' Kapitalismus wesentlich die Personen, die Kapitaleigner sind, als Träger unterstellt (und das wird man wohl sagen dürfen), so ist der Eintritt von

Aktiengesellschaften in die industrielle Produktion Signum der Aufhebung seines Kapitalismus. Der Kapitalist, der seine „fungierende“ Rolle an den angestellten Manager verliert und sein Dasein durch Kauf wie Verkauf von Aktien je nach dem Dividendenaufkommen der entsprechenden Gesellschaften realisiert, kann jedenfalls nicht mehr als der bestimmende Akteur der entsprechenden ökonomischen Ordnung gedacht werden. Obendrein ermöglichen steigende Löhne Arbeitern den Kauf von Aktien, so daß wir mit dem bisher jedenfalls in der marxistischen Tradition nicht begriffenen Zusammenhang konfrontiert sind, daß Kapitalistenassoziationen Arbeiter einschließen wie umgekehrt Unternehmen nicht von Kapitalisten dirigiert werden können. Wir sind also mit einer Gesellschaftsordnung konfrontiert, die dem Kapitalismus in der Marxschen Beschreibung nicht mehr entspricht.

In diesem Zusammenhang ist weiter zu notieren, daß assoziative Kapitalbildung in der Gestalt von, wie man juristisch sagt, *Personengesellschaften* von Anfang an die Kapitalgeschichte kennzeichnet. Die *societas* dergestalt, daß einige Geld geben (und stille Partner bleiben), während andere als fungierende Unternehmer agieren, ist ein Geschöpf der mittelalterlichen italienischen Seestädte und gehört in die Genesis des Kapitals. Das aber bedeutet, daß das Kapital von Anfang an das Phänomen der Gesellschaft (im Unterschied zu dem der Gemeinschaft) in Erscheinung versetzt, daher nicht ernsthaft als antisoziales Objekt der romantischen Denunziation betrachtet werden kann. Wie aber soll diese bare historische Tatsache in einer Sicht verstanden werden, die in der Kapitalbildung die Spitze des persönlichen Privateigentums wahrnimmt, die Vergesellschaftung aber jenseits derselben?

Hier sollte nur der Ort sein, solche und ähnliche Fragen mit dem Sinn zu avisieren, daß die Beschränkung auf die Feststellung der Kritik der Nationalökonomie, der Wertlehre, der Reproduktionstheorie und der Formationslehre in einem Minimum beantwortet, was von der Marxschen ökonomischen Theorie bleibt. Was von seiner Kapitaltheorie bleibt, muß ich als ein offenes Problem künftiger Analyse überlassen.

Über den Platz der DDR in der deutschen Geschichte¹

Die Leute, die sich rühmen, eine Revolution *gemacht* zu haben, haben noch immer am Tag darauf gesehen, daß sie nicht wußten, was sie taten, daß die *gemachte* Revolution jener, die sie machen wollten, durchaus nicht ähnlich sah. Hegel nennt das die Ironie der Geschichte, eine Ironie, der wenige historische Persönlichkeiten entgehen.

F. Engels an V. Sassulitsch²

Man kann die Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik unter vielerlei vorausgesetzten Aspekten studieren, als verfrühten Versuch, einen Sozialismus einzurichten, der erst in 200 oder 400 Jahren zu erwarten ist, als Modell der Totalitarismusvorstellung, als Beispiel der beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts, mit Blick auf die Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit als eklatante Präsentation eines Unrechtsstaats etc. etc. Alle solche Gesichtspunkte sind darin als Abstrakta einer bereits perfekten Urteilsbildung unterstellt. Was bei diesem Studium herauskommt, wurde vorher schon gewußt und wird vom Zeitgeist goutiert. Aber er selbst ist auch ein Teil der Geschichte, wandelbar und morgen mit Gewißheit ein anderer als heute oder gestern. Ahistorische Skizzen, aus den verschlungenen Vorgängen der Geschichte abgezogen, befriedigen gewiß Bedürfnisse nach Geschichtsbildern zur Legitimation vorausgesetzter politischer oder auch moralischer Standpunkte. Ein begreifendes Verständnis der Geschichte selbst ist schon deshalb von ihnen nicht zu erwarten, weil sie diese als solche gar nicht thematisieren, sondern aus ihr Geschichten isolieren, die nicht einmal vorgeben, für das Ganze zu stehen. Die DDR, nicht als einen vergangenen Zustand zu beklagen oder auch anzuklagen, ist Aufgabe der Erkenntnis, sondern sie als besonderen geschichtlichen Vorgang zu studieren, zu erkennen und zu begreifen, als ein Geschehen, das unter bestimmten Bedingungen begann und mit einem bestimmten Resultat als historische Folge endete.

Wo und wann beginnt die Geschichte der DDR? Am 7. Oktober 1949, ihrem Gründungstag? Oder ist der in ihrer wirklichen Geschichte vielmehr nur ein

1 Erstveröffentlichung des Textes in: Berliner Debatte INITIAL 9 (1998)2/3, S. 22-38. Die zum Text gehörende Tabelle der Ereignisse in Juglarzyklen wurde von der *Berliner Debatte* im Internet publiziert. Für eine Publikation der Arbeit in den Wiss. Mitt. d. Vereins f. angewandte Konfliktforschung *Konfliktforschung Aktuell* 7 (1999)2-3, S. 44-79 hat der Autor eine in den Dimensionen Natur und Technik, Wirtschaft, Politik, Kultur und Wissenschaft synchronisierte Ereignistabelle angefertigt, die wir im tabellarischen Anhang präzisiert vorstellen. Ihr folgt die wirtschaftsgeschichtliche Darstellung aus der zur Veröffentlichung in der *Berliner Debatte* gehörenden Tabelle. (Anmerkung der Hrsg.)

2 Brief vom 3. April 1885. In: MEW 36, S. 307

formelles, von Zufälligkeiten bestimmtes Datum? Beginnt sie mit dem Einmarsch der Roten Armee in die deutschen Territorien westlich der Oder und Neiße und den Entscheidungen der Besatzungsmacht? Ist sie also das Resultat sowjetischer Politik in ihrer deutschen Besatzungszone, „Stalins ungeliebtes Kind“¹? Aber die deutschen Politiker, Künstler, Wissenschaftler, Techniker, die wesentlich an der Schöpfung dieses Staats mitwirkten, der immerhin nicht sehr viel weniger Dauer als Bismarcks Kaiserreich hatte und wesentlich länger als die Weimarer Republik und Hitlers ‚Tausendjähriges Reich‘ bestand, hatten eigene Erfahrungen, die sie in der Gestaltung der DDR verarbeiteten. Die Vertreter der Gründergeneration, in der Zeit von 1870 bis 1897 geboren, die in der DDR eine politische Rolle spielten², waren Menschen, die den Ersten Weltkrieg und die deutsche Revolution 1918/19 erlebten, nicht wenige von ihnen damals Mitglieder der Arbeiter- und Soldaten-Räte. Sie gehörten in der Weimarer Republik der KPD, der SPD, auch anderen Parteien an und wirkten in höchst verschiedenen Stellungen. In der Nazizeit, oft antifaschistischen Gruppierungen zugehörig, wurden viele von ihnen in Konzentrationslagern und Zuchthäusern gefangen gehalten. Sie standen im Mai 1945 vor einer Situation, in der ihre Erlebnisse und die damit verbundenen Erfahrungen als Urteilsbedingungen ganz unabhängig davon unterstellt waren, daß Deutschland nunmehr von den Heeren der Anti-Hitler-Koalition besetzt wurde und vom Alliierten Kontrollrat regiert werden sollte. Und es versteht sich, daß eine alliierte Politik im besiegten Deutschland ohne sie gar nicht betrieben werden konnte. Die deutsche Geschichte nach dem Mai 1945 mußte einen deutsch-alliierten Dialog realisieren. Und sie konnte dies auch, weil die Alliierten in sich

1 So der Titel einer Arbeit Wilfried Loths: *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte.* Berlin: Rowohlt 1994

2 Ich gebe exemplarisch ein paar Namen aus der Gründergeneration an, ausgewählt nach: B.-R. Barth, C. Links, H. Müller-Engbergs, J. Wiehlgohs (Hrsg.): *Wer war Wer in der DDR. Ein biographisches Handbuch.* 3. aktualisierte Ausg. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Vlg., Oktober 1995 (eine vollständige Aufzählung kann hier nicht gegeben werden, obschon sie für die Wahrnehmung der Generationsfolge sehr wichtig ist):

1860: E. Schiffer,

1874: H. Duncker,

1875: W. Külz,

1876: W. Pieck,

1879: O. Buchwitz,

1882: O. Geschke, H. Schlimme,

1883: E. Hoernle, O. Nuschke,

1886: W. Koenen, G. Sobottka,

1888: J. Orlopp,

1889: B. Koenen, O. Meier,

1891: J. R. Becher, M. Mitzenheim,

1892: F. Dahlem, M. Fechner, A. v. Lenski, M. Seydewitz, K. Steinhoff

1893: W. Adam, J. Dieckmann, H. Geffke-Kaasch, K. Litke, H. Matern, W. Ulbricht, W. Zaisser,

1894: F. Ebert, O. Grotewohl, P. Merker, V. Müller,

1895: E. W. Gniffke, A. Kurella,

1896: E. Correns, H. Warnke,

1897: G. Eisler, B. Göring, H. Jendretzky, E. Lohagen, E. Melsheimer,

die gleiche politisch-ökonomische Konstellation repräsentierten, die die deutschen antifaschistischen Gruppierungen aus eigener Tradition mitbrachten.

Die Anti-Hitler-Koalition, in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts am konservativen Antikommunismus ebenso gescheitert wie am antikapitalistischen Kommunismus, wurde erst möglich, als Großbritannien, seit dem Juni 1940 allein im Krieg gegen Hitlerdeutschland stehend, nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion unverzüglich in das Bündnis mit dem russischen Kommunismus eintrat. Sie war nolens volens eine Kriegskoalition der bürgerlichen Demokratie mit dem Kommunismus gegen den faschisierten deutschen Nationalismus, durch diesen selbst provoziert, weil er in seinem Siegesrausch wähnte, mit dem kommunistischen Rußland kurzen Prozeß machen zu können. Man kann diese geschichtliche Entscheidung nicht hoch genug veranschlagen. Sie war die Entscheidung gegen den Grund der Niederlage der deutschen Novemberrevolution, gegen das Bündnis Eberts mit Groener, dem Nachfolger Ludendorffs in der obersten Heeresleitung (OHL). Aus diesem Bündnis erwuchs ja mit Assistenz der junkerlichen Barone die ‚nationale Revolution‘ der Hitlerpartei. Indem die Anti-Hitler-Koalition den Staat dieser ‚nationalen Revolution‘ vernichtete, räumte sie in Deutschland mit der rechten Bedrohung auf und ebnete dadurch das Feld für die einzig verbliebene Alternative: Entweder bürgerliche Demokratie oder kommunistische Rätemacht. Diese Alternative, zwischen November 1918 und Oktober 1923 in Deutschland ein beständiger Teil des politischen Kampfs, war in der Anti-Hitler-Koalition selbst manifest und mit dem Schein von Festigkeit über das reine Kriegsziel hinaus verknüpft. Diese Koalition schuf die Vereinten Nationen und mit ihnen die Basis für ein erreichbares Ziel, das Ende des imperialistischen Zeitalters, das Ende des Zeitalters der Weltkriege.

Man kann nicht behaupten, daß Fundamentalziele der Anti-Hitler-Koalition nicht erreicht wurden. Die Vereinten Nationen haben sich – im Gegensatz zum Völkerbund – bewährt. Der politische Kolonialismus ist im nachfolgenden 4. Kondratieff (1953 beginnend) beseitigt worden. Der Kalte Krieg hat nie zum heißen geführt, weil die einstigen Koalitionäre sich auch als Kontrahenten an ihre Abmachungen von Jalta hielten, also ihre Partnerschaft, zwischen 1941 und 1945 fundiert, nie völlig desavouierten. Aber in der Deutschlandpolitik schwand die Koalitionskohärenz zwischen 1945 und 1948 dahin. Deutschland wurde zum Feld der historischen Klärung des Problems, ob die kommunistische Antwort auf die soziale Frage das zu halten fähig war, was sie versprach: Auf der Basis des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln eine Wirtschaftsordnung zu errichten, die der des persönlichen Privateigentums in der Entfaltung der menschlichen Produktivität weit überlegen ist. Das Ausscheiden der Deutschen aus dem Feld souveräner Nationalpolitik im Mai 1945 stieß sie in das Feld der Wirtschaft, was sie angesichts der von den Nazis hinterlassenen Trümmerlandschaft zu beackern umgehend und alternativlos in Angriff nahmen.

Sucht man also den Standort der Deutschen Demokratischen Republik, die das formelle Alter von fast 41 Jahren erreichte, in der deutschen Geschichte zu

bestimmen, so wird man finden, daß sie die mit Hilfe der russischen Kommunisten und ihrer siegreichen Roten Armee Staat gewordene linke Opposition von 1918/19 (KPD sowie Teile der USPD) ist. Die personelle Kontinuität in der Gründergeneration der DDR ist ganz unverkennbar. Und wenn diese sich nach dem Mai 1945 um viele Personen erweiterte, die 1918/19 durchaus nicht zur linken Opposition gehörten, so muß die Erfahrung mit dem deutschen Faschismus in Rechnung gestellt werden, die 1945/46 die Annahme einer sozialistischen Perspektive Deutschlands in sehr weiten Bereichen der politischen Akteure als Selbstverständlichkeit erscheinen ließ – von der Sozialdemokratie in der Repräsentanz Grotewohls wie Schumachers bis zum Ahlener Programm der CDU, von den Kommunisten nicht zu reden. Daß die DDR unter Besatzungsrecht entstanden ist, bedeutet nur eine konkrete geschichtliche Bedingung des Handelns der linken Opposition. Dieses Schicksal teilt sie mit der Bundesrepublik. Es macht also keine Spezifik der deutschen Politik nach dem Mai 1945 für sich aus. Es besagt nur, daß sie unmittelbar in die internationale Politik eingebettet realisiert werden mußte. Aber das ist für die deutsche Geschichte schlechthin kein neuartiges Phänomen. Die DDR als spezifisch deutsches Geschehen zu verstehen, heißt, sie als Erben des deutschen Kommunismus zu denken. Und der ist wahrhaftig ein hausgemachter Geselle, kein in die deutsche Geschichte hineingeschmuggelter „Agent einer ausländischen Macht“.

Was die DDR-Gründergeneration einte, war gewiß zunächst der Wille, niemals wieder die Möglichkeit zuzulassen, daß in Deutschland ein faschistisches Regime entstehen und die Nation in einen räuberischen Eroberungskrieg gegen ihre Nachbarn führen konnte. Sie mußte obendrein mit der Tatsache fertig werden, daß entgegen ihrer eigenen Erfahrung der Novemberrevolution das Naziregime durch keinerlei revolutionäre Erhebung der Deutschen selbst, sondern ausschließlich durch die Heere der Anti-Hitler-Koalition zerschlagen wurde. Sie übernahm politische Verantwortung für ein Volk, dem sie selbst mißtrauen mußte – eine gewiß einmalige und außergewöhnliche historische Situation.

Für die Genesis der DDR versteht es sich, daß die Anti-Hitler-Koalition, d. h. das Bündnis der Erben der kommunistischen Revolution in Rußland mit den Erben der bürgerlichen Revolutionen Britanniens und den USA, in der Entfaltung ihrer inneren Gegensätze nach dem Sieg über den gemeinsamen Feind die Voraussetzung ihres Entstehens geliefert hat. Sie hat damit aber, das sei nochmals betont, keineswegs einen Gegensatz in den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte hineingetragen, den diese etwa nicht gekannt hätte. Vielmehr hat sie die 1918/19 charakteristische Konfrontation zwischen den Verteidigern der parlamentarischen Demokratie und den Protagonisten der Räterepublik, ausgedrückt in der exklusiven Alternative: entweder Nationalversammlung oder Rätekongreß, damals allerdings noch konterkariert durch die monarchistische und nationalistische reaktionäre Rechte, erneut und schließlich in staatlicher Gestalt realisiert. Indem die Anti-Hitler-Koalition die

nationalistische Rechte in Gestalt des deutschen Faschismus vernichtete, schuf sie den Boden für die Möglichkeit, die Entscheidung zwischen parlamentarischer Demokratie und Räte-macht in Deutschland endgültig auszufeuchten.

Im Mai 1945 stand in Deutschland erneut zur Debatte, was im Januar 1919 in Berlin scheinbar entschieden worden war. Die Sozialisierungsdebatte zwischen 1918 und 1923 erlebte 1945 bis mindestens 1948 ihre Auferstehung. Angesichts der Ergebnisse der Berliner Wahl vom 20. Oktober 1946 erklärte K. Landsberg (CDU), die Stimmen für SPD, CDU und SED summierend, daß sich 90% der Wähler für den Sozialismus ausgesprochen hätten. Erst die Konsequenzen der westdeutschen Währungsreform vom 20. Juni 1948 und die Realisierung des Konzepts der sozialen Marktwirtschaft änderten die Lage, aber eben als Folgen der Aktionen, die Entscheidung zwischen demokratischer Republik und Räte-macht auszufeuchten. In dieser Auseinandersetzung ist die DDR ebenso entstanden wie vergangen – als das bisher jedenfalls letzte Wort des deutschen Kommunismus. Im Januar 1979 hat Sebastian Haffner diesen Zusammenhang beschrieben: „Das ist es ja, was die Geschichte der deutschen Revolution von 1918 und ihrer Niederschlagung durch ihre berufenen Führer immer noch so bitter aktuell macht: ... Diese Geschichte hat die Kluft aufgerissen, die heute, von allen äußeren Machtverhältnissen einmal abgesehen, die beiden deutschen Staaten und ihre Regierungen ... innerlich voneinander trennt.“¹ Jetzt, im Jahre 1998, ist dem nur hinzuzufügen, daß die Entscheidung im November 1989 gefallen ist. Und das Studium der DDR-Geschichte hat den Sinn zu erklären, warum diese Entscheidung so und nicht anders gefallen ist.

Zu den gegenwärtigen Ansichten über die DDR gehört, wie schon notiert, ihre plakative Subsumtion unter die ‚zwei Diktaturen‘, gegen welche die Bundesrepublik als Realisation des Rechtsstaats die endliche Erfüllung des Vermächtnisses der Nationalversammlung von 1848/49, wenn auch unter westalliierten Patronage, darstelle. Gegen solche liberal-demokratische Sicht ist an sich nichts einzuwenden. Denn nichts war für das Ende der DDR bestimmender als die entschiedene Annahme der Demokratie, wenn auch mehr in ihrer basisfundierten als repräsentativen Gestalt. Aber ist es nicht erforderlich, in Rechnung zu stellen, daß die kommunistischen Protagonisten ihren Einsatz für die ‚Diktatur des Proletariats‘ als Herrschaft einer Klasse niemals verheimlicht haben, daß umgekehrt das nationalsozialistische Führertum seine Genesis aus der militärischen Ordnung stets unterstrichen hat? Sind nun Klassenherrschaft einerseits und Befehlsgewalt militärischer Kommandeure andererseits so identifizierbar, daß die DDR und das Hitlerreich nur mehr als Expressionen der ‚Diktatur‘ zu denken seien? Diese Frage zu bejahen, und die Redeweise von den ‚zwei Diktaturen‘ ist eine solche Bejahung, heißt un-

1 S. Haffner: 1918/19. Eine deutsche Revolution. Nachwort zur Neuausgabe. Reinbek: Rowohlt, November 1981. S. 216 (Das Buch erschien auch unter dem Titel: Der Verrat. 1918/19 – als Deutschland wurde, wie es ist. 2. korrigierte u. aktualisierte Aufl. Berlin: Vlg. 1900 – Uwe Soukup 1994.)

mißverständlich, von den wesentlichen Besonderheiten beider geschichtlicher Gestalten zu abstrahieren, also genau auf die Kenntnisnahme dessen zu verzichten, worauf es in der Geschichte gerade ankommt.

Weder die DDR noch die Bundesrepublik traten als Nachfahren eines Erfolges der deutschen Revolution von 1848/49 ins Leben. Sie sind beide unmittelbare Antworten auf das entsetzliche Erbe des Hitlerstaats im Rahmen einer historischen Konstellation, die durch die alliierten Sieger determiniert worden ist. Das Auseinanderfallen der Koalition der Sieger und ihre schließliche Entgegensetzung hat den deutschen Akteuren der Nachkriegsgeschichte einen Handlungsrahmen vorgegeben, den sie nicht überschreiten, sondern nur mit Blick auf ihre besonderen Interessen ausloten und mehr oder weniger gut ausnutzen konnten. Die Geschichte der beiden deutschen Staaten seit 1949 ist gewiß als Funktion des Kalten Kriegs zu denken, den vornehmlich die USA und die SU miteinander geführt haben, d. h. die bürgerliche Gesellschaft mit dem Kommunismus. Die DDR ist entstanden und vergangen als ein wesentliches Exemplar der kommunistischen Antwort auf die soziale Frage. Sie hat eine Vorgeschichte, die weit über die des deutschen Faschismus zurückreicht. Während dieser die extreme Ausbildung des Zeitalters des kapitalistischen Imperialismus bedeutet und in seiner Mentalität wie in seinen Zielstellungen bereits deutlich in den deutschen Kolonialkriegen in China und Afrika feststellbar ist, hat der deutsche Kommunismus in seiner modernen Begründung durch Wilhelm Weitling, Moses Heß, Friedrich Engels, Karl Marx, um nur einige zu nennen, eine vollständig andere Statur. Er ist mit der Intention, das Gleichheitsversprechen der bürgerlichen Revolution durch die Herstellung des Gemeineigentums konsequent und universell zu verwirklichen, antikapitalistischer Protagonist der sozialen Revolution und schon deshalb der erklärte Gegner des Faschismus.

Diese Gegnerschaft, durch den Kampf der Roten Armee gegen die deutsche Wehrmacht zur Grundbedingung des Handelns der politischen Akteure im von ihr eroberten Teil Deutschlands gemacht, hat den Antifaschismus nicht ‚verordnet‘, sondern zur Selbstverständlichkeit werden lassen. Wie denn anders sollte das Volk, das die 55 Millionen Toten des Zweiten Weltkriegs, die es durch seine Bereitschaft, Hitler zu dienen, verantworten mußte, einen neuen Anfang finden? Nichts war im Mai 1945 so klar wie die deutsche Schuld an diesem wahnsinnigen Opfergang. Wenn also die Deutschen überhaupt eine Chance bekämen, je wieder einen akzeptierten Platz unter den Völkern einzunehmen, wie konnte er anders als durch Annahme des Antifaschismus errungen werden? Angesichts der vom Naziregime hinterlassenen Trümmerlandschaft gab es dazu keine Alternative. Daß selbstverständlich der Antifaschismus der Kommunisten, der erklärten Gegner des persönlichen Privateigentums, mit anderer Intention verbunden war als der Antifaschismus der ebenso erklärten Verteidiger dieses Eigentums, versteht sich von selbst – wie natürlich jede andere Ambivalenz in einem Bündnis verschieden Interessierter.

Die deutschen Kommunisten mußten unter der Bedingung der militäri-

schen Besetzung und der Nichtsouveränität ihrer Nation handeln. Letztere erkannten sie angesichts der Folgen des deutschen Faschismus in gewissem Sinne sogar dankbar an. Sie wagten als politische Gesamtgruppierung nie, eine nationale Souveränität zu erlangen, die für die Kommunisten anderer Nationen selbstverständliche Intention war. Sie wagten es nicht, nicht weil sie besonders subaltern waren, sondern weil sie den deutschen Nationalismus vielleicht gründlicher als alle anderen kannten. Daher war ihnen die Teilnahme an einem der „beiden Lager“ (Shdanow), am kommunistischen selbstverständlich, wichtiger als die Erhaltung der politischen Einheit der Nation. Der (proletarische) Internationalismus stand ihnen höher als die nationale Selbstbestimmung, deren Perversion ihnen die Jahre zwischen 1933 und 1945 nachdrücklich eingebleut hatten. Noch im September 1980 erklärt Honecker dem Mitglied des PVAP-Politbüros A. Zabinski: „Wir können uns nicht mit der VR Polen vergleichen, denn auf dem Territorium des ehemaligen deutschen Reiches sind zwei Staaten entstanden. Deshalb kann man in der DDR nicht wie in Volkspolen die nationale Frage behandeln. Wir müssen die klassenmäßige internationalistische Haltung in den Vordergrund stellen. ... Für uns war und ist die BRD immer ein Feind, trotz der Bemühungen, die Beziehungen zu normalisieren.“¹

Die ideologische Negation der nationalen Besonderheit hat den deutschen Kommunisten überdies die Chance gegeben, die Verantwortung für das faschistische Desaster so schnell wie möglich zu verdrängen (spätestens 1948 war es soweit) und die Verantwortung der Alliierten des 2. Weltkriegs „für Deutschland als Ganzes“ ziemlich peinlich genau zu respektieren. Sie taten es bis zu ihrem Rücktritt im Oktober und November 1989. Darin unterschieden sie sich bis zum 3. Oktober 1990 nicht von allen anderen Deutschen, die seit diesem Tage nun vor dem Problem stehen, was sie mit der überraschend wieder erlangten nationalen Souveränität beginnen sollen. Die mit der deutschen Teilung nolens volens eingetretene Provinzialisierung lastet noch immer auf den Gehirnen und feiert ihr kleinliches Dasein, indem der Kollaps eines Teils für den Sieg des anderen Teils gehalten wird.

Betrachten wir die Geschichte der DDR, also den Versuch der deutschen Kommunisten, die soziale Frage aus der Welt zu schaffen, detaillierter, so lassen sich gut Entwicklungsphasen ausmachen, die ich in Übereinstimmung mit der Schumpeter-Kondratieff-Analyse identifiziere. Es handelt sich um die sogenannten Juglarzyklen, die in der nachfolgenden Darstellung nach dem Vorbild der Schumpeterschen Identifikation vorausgesetzt werden.² Ich un-

1 SAPMO-BArch, DY 30 / J IV / 862

2 Clément Juglar hat 1862 sein Werk ‚Des crises commerciales et de leur retour périodique en France, en Angleterre et aux États-Unis‘ veröffentlicht, in dem er nach Vorarbeiten zwischen 1851 bis 1857 die mindestens seit 1825 bekannten Krisen des Industriekapitalismus als Folgen vorangegangener Prosperitäten erfaßte. So wurde erstmals der Zusammenhang von Wirtschaftsauf- und -abschwung als einheitlicher Vorgang mit einer Dauer von 9 bis 10 Jahren gedacht, eine Feststellung, die wenig später Marx als ‚Krisenzyklus‘ aussprach. Schumpeter hat Juglars Zyklus 1939 mit weiteren, von anderen Forschern entdeckten Zyklen verknüpft, insbesondere mit

terstelle den Kondratieffzyklus mit einer Dauer von 55 Jahren bzw. zweier Generationen als Grundschiwingung des gesellschaftlichen Systems, wozu dann Kitchin-, Juglar- und Kuznetszyklen als Oberschwingungen mit dem bekannten quasi pythagoreischen Phänomen hinzutreten, daß sich die einzelnen Zyklusdauern als ganzzahlige Vielfache voneinander zeigen. Der Kondratieffzyklus umfaßt in dieser Fixierung 3 Kuznetszyklen, 6 Juglarzyklen und 18 Kitchinzyklen. Ob eine solche Annahme akzeptabel ist, muß die empirische Analyse zeigen. Sie a priori als ‚Spekulation‘ zu verwerfen, hat wenig Sinn, wenn man bedenkt, daß jede wissenschaftliche Untersuchung theoriegeleitet ist. Eine Theorie ohne apriorische Konstruktion aber ist nicht denkbar. Diejenigen, die ohne Theorie zu wissen glauben, müssen zeigen, wie sie unter dieser Voraussetzung ein besseres Verständnis gewinnen können. Bis dahin ziehe ich die theoretische ‚Spekulation‘ vor.

Als Standardzyklus nehme ich Schumpeters ‚bürgerlichen Kondratieff‘ von 1843 bis 1897¹ an und unterstelle zusätzlich die zeitliche Konstanz der Kondratieffzyklen überhaupt. Dies bedeutet für den 3. Kondratieff die Dauer von 1898 bis 1952, für den 4. die Dauer von 1953 bis 2007. Leo Nefiodows ‚sechsten Kondratieff‘² sehe ich daher nicht als aktuell zu erwartenden nächsten Zyklus. Doch das ist eher ein empirisches Problem als ein Dissens in der theoretischen Grundvorstellung. Dieses Problem besteht in der Identifikation der Basisinnovationen, die einen Kondratieffzyklus bestimmen. Und es versteht sich, daß das erlangte Bild verschieden sein wird, je nachdem, ob aus der Voraussetzung dieser Innovationen auf den Zyklus oder umgekehrt aus der Voraussetzung des Zyklus auf die Innovationen geschlossen wird. Letzteres ist die hier angenommene Vorgehensweise.

In diesem Zusammenhang ist vielleicht die Bemerkung nützlich, daß die hier gewählte Darstellungsweise ein Grundlagenproblem der theoretischen Geschichtswissenschaft betrifft. Für die gewöhnliche Historiographie wird im aktuellen Zeitgeist mit journalistischer Unbekümmertheit „die untrügliche Wahrheit“ proklamiert, „daß Geschichtsschreibung bleibt, was sie immer war: Erfindung der Vergangenheit durch Interessengruppen“³. Demgegenüber muß natürlich mit Nachdruck daran erinnert werden, daß wir seit Thukydides im Besitze wenigstens der Vorstellung einer objektiven Historiographie

den ‚langen Wellen‘ Nikolaj Kondratieffs, die im Dezember 1926 erstmals in deutscher Sprache im ‚Archiv für Sozialwissenschaft‘ vorgestellt wurden. Vgl.: Joseph A. Schumpeter: Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses. Erster Band. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1961. Kap. IV. Zu Kondratieff vgl. auch: K. Gebicke: Nikolaj Dmitrievic Kondratieff. Über dynamische Modellierung des Kapitalismus. In: Berliner Debatte INITIAL 8(1997)1/2. S. 92-103.

1 Schumpeter a. a. O., Kap. VII

2 Leo A. Nefiodow: Der sechste Kondratieff – Wege zur Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information. Sankt Augustin: Rhein-Sieg Vlg. 1996

3 So H.-D. Schütt in einem Artikel zu Heinrich Georges Schicksal unter dem Titel *Ruhm und Fall* im Neuen Deutschland v. 24.3.1998, S. 12

sind.¹ Geschichtsschreibung als „Erfindung der Vergangenheit durch Interessengruppen“ ist ein Unternehmen, dessen reelle Existenz gar nicht geleugnet werden kann, das aber für wissenschaftliche Erkenntnis keine andere Bedeutung haben kann als die, ein historisches Faktum ideologischer Provenienz zu sein, Gegenstand der Analyse also und nichts sonst. Produkte der interessengeleiteten Vergangenheitserfinder haben den gleichen Status wie Märchen. Man kann sie genießen, die zugrunde liegende Erfindungskunst bewundern oder wegen banalen Retuschierens als Ausdruck einer penetrant beschränkten Dummheit erfahren; man kann sie aber niemals als Antwort auf Rankes Frage, wie es eigentlich gewesen sei, auch nur eine Sekunde ernst nehmen.

Erkenntnis der menschlichen Geschichte verläuft zunächst so, daß wir einerseits eine Totalität von Ereignissen konstatieren, andererseits eine abstrakte Zeitordnung voraussetzen, um sodann zunächst eine möglichst präzise Chronologie festzustellen, die die Zuordnung der Ereignisse zu den Zeitpunkten ausdrückt. Die Zuordnung von Ereignissen zu Zeitpunkten unterstellt aber die Exklusion der Zeit aus der Ereignismenge, Geschichte mithin als zeitlich geordnete Ereignisfolge, während sie doch aktuell *Geschehen* mit immanenter Zeitordnung ist. Dem Ereignis ist die Zeit äußerlich, eine Maßart, die wir in der Chronologiefeststellung unabhängig von der Geschichte mitbringen. Ist daher das Ereignis der adäquate Gegenstand der *Geschichtswissenschaft*? Ich meine, daß diese Frage negativ entschieden werden muß, daß vielmehr ein wohlbestimmtes Geschehen, dem die Zeit immanent ist, der eigentliche historiographische Gegenstand ist.

Mit dieser Überlegung versteht sich, daß der Rückgriff auf die ökonomische Konjunkturlehre den unmittelbar möglichen Zugang zur Konstituierung historiographischer Objekte liefert: Der Juglarzyklus liefert gerade ein solches Geschehen. Er ist der gewöhnliche Investitionszyklus der Wirtschaft, von Marx unter dem Namen *Krisenzyklus* namhaft gemacht. Und da er seit langem bekannt ist, so scheint mindestens der Versuch lohnend zu sein, ihn als historiographischen Gegenstand zu identifizieren. Diese Rezeption konjunkturtheoretischen Denkens der Ökonomie innerhalb der Historiographie ist natürlich besonders einsichtig, falls die marxistische Grundannahme von der Basisbedeutung aller Wirtschaftstätigkeit für die sonstige menschliche Geschichte geteilt wird. Daß sie hier unterstellt ist, sei versichert, wenn auch nicht weiter begründet. Es versteht sich, daß die Vorstellung zyklentheoretisch bestimmten Geschehens als des eigentlichen historiographischen Objekts weitere Untersuchungen erfordert, die hier aber gar nicht angestellt werden können.

In der DDR-Geschichte zeigen sich die Juglarzyklen über den rein ökonomischen Zusammenhang hinaus insbesondere im politischen Handeln mit einer bemerkenswerten Präzision. Das soll nun im folgenden detaillierter beschrieben werden.

1 Vgl.: Thukydides: Geschichte des Peloponnesischen Krieges. Dt. Übers. v. T. Braun. Leipzig: Insel-Vlg. 1964

Besetzung und Enteignung

1. Juglar: November 1943 - Dezember 1952

Den unmittelbaren Beginn dieser Phase kann man mit der Moskauer Außenministerkonferenz (19.-30.10.1943) und der Konferenz von Teheran (28.11.-1.12. 1943) wahrnehmen. Sie haben die europäische Nachkriegsordnung zum Thema und der deutschen kommunistischen Emigration in Moskau avisiert, was ihr Heimatland nach seiner militärischen Niederlage von den Siegern zu erwarten hat. Anfang 1944 beginnen die deutschen Kommunisten, sich auf ihre Politik im besetzten Deutschland vorzubereiten. Am 13.1.1944 hält Dimitroff vor einer kleinen Gruppe, zu der auch Pieck gehört, einen Vortrag zur Deutschlandpolitik. Am 6.2. bildet das KPD-ZK eine Kommission, die von Anfang März bis August über Deutschland nach dem Kriege diskutiert, 18mal tagt und ein ‚Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie‘ erarbeitet. Für den 17.4. notiert Pieck über die Kommissionsansicht: Einheit ist die Frage der SPD – sie wird damit ausgeschaltet. Am 15.5. erklärt E. Hoernle vor der Arbeitskommission: „Unser Zweck ist die Herbeiführung der proletarischen Revolution“. Es ist also ganz deutlich, daß die deutschen Kommunisten, die in der Moskauer Emigration den Terror von 1936/38 überlebten, unverändert die klassische kommunistische Zielstellung von 1918/19 aufrecht erhalten. Am 21.10. ist das KPD-Aktionsprogramm des Blockes der kämpferischen Demokratie‘ (3. Entwurf) fertiggestellt. Erstrebt wird die Vollendung der Revolution von 1918/19: „Grundfehler von 1918: Keine Zerschlagung der Machtposition der kriegsschuldigen Großverdiener und reaktionären Kriegstreiber, keine Säuberung des gesamten Staatsapparates von den volksfeindlichen Elementen. Schuld der Sozialdemokratie an diesen Grundfehlern, die durch ihre Koalitionspolitik das Erstarken der Reaktion begünstigte und das Zustandekommen der Einheit der Arbeiterklasse für den Kampf gegen Imperialismus und Faschismus verhinderte.“¹ Das Programm erklärt die Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse, natürlich unter kommunistischer Führung, als Aufgabe unter den Bedingungen der militärischen Besetzung.

Seit dem Herbst 1944 wird der KPD-Kader in Moskau mit Vorträgen von Pieck und Ulbricht für den Einsatz in Deutschland vorbereitet. Am 9.1.1945 eröffnet Pieck den 2. Kurs der KPD-Schule mit der Erklärung: Sozialismus ist Endziel, aber der Weg ist anders als früher gedacht. Die KPD sieht sich als „einzige berufene“ Partei, „in den Kämpfen der Gegenwart wie auch in den kommenden Kämpfen die Führung zu übernehmen“. Alle anderen Parteien haben nach ihrer Sicht in der Weimarer Republik versagt.

Das im Januar 1945 von Pieck avisierte Endziel wird im Juli 1952 durch die 2. SED-Parteikonferenz zur aktuellen Tagesaufgabe erklärt. Es ist hier nicht möglich, den konkreten historischen Vorgang nachzuzeichnen, der im Gründungsjuglar der DDR absolviert worden ist. Es kommt mir hier nur da-

1 Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung I/1965, S. 261

rauf an festzuhalten, daß der erste DDR-Juglar als Prozeß der Setzung des kommunistisch gedeuteten ‚Sozialismus‘, Marxens erste Phase einer ‚kommunistischen Gesellschaft‘¹, deutlich in Erscheinung tritt. Wir können auf die üblichen ideologischen Phrasen zur Charakterisierung momentaner oder zeitweiliger Situationen durchaus verzichten. Sie werden gebraucht, taktische Züge in der Bündnispolitik, in fraktionellen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten selbst, in außenpolitischen Rücksichten etc. augenblicklich plausibel zu machen. Morgen schon denken ihre Verfasser: Was schert mich mein Geschwätz von gestern? Statt dessen ist vielmehr die außerordentliche Konsequenz der kommunistischen Wirtschaftspolitik hervorzuheben, sei sie nun über sowjetische Enteignungsbefehle oder über die berühmte sächsische Volksabstimmung vom 30. Juni 1946 realisiert worden, das historisch – so weit ich sehe – einzige Beispiel einer tatsächlich zweifelsfrei demokratischen Entscheidung. Das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, effektiv als Staatseigentum in Realität versetzt, ist jedenfalls längst gegeben, ehe die Proklamation des ‚Sozialismus‘ als Tagesaufgabe erfolgt. Was 1952 am Ende des ersten DDR-Juglars proklamiert wird, ist bereits wesentliche Verfassung der Volkswirtschaft. Und was zunächst der Reparation durch Konstituierung sowjetischen Eigentums auf deutschem Boden (Bildung von SAG-Betrieben) entgangen ist, befindet sich seit 1950 im Prozeß der Übergabe an den deutschen kommunistischen Staat: Am 19.5.1950 übergibt die UdSSR der DDR 23 SAG-Betriebe, am 29.4.1952 weitere 66. Der Rest folgt nach dem 17. Juni 1953 endgültig zum 1.1.1954 einschließlich der formellen Befreiung von Reparationslieferungen. Die Dominanz des Gemein- oder Volkseigentums in der DDR-Volkswirtschaft steht 1952 außer Zweifel. Die Realisation einer „kommunistischen Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*“² ist im vollen Gange, als die 2. SED-Parteikonferenz ihre Einführung proklamiert.

Wirklich neu ist die Intention, in der Landwirtschaft das bäuerliche persönliche Privateigentum durch den Übergang in genossenschaftliches Eigentum aufzuheben.³ Für die Kommunisten ist dies seit 1936 identisch mit der Herstellung der Grundlagen des ‚Sozialismus‘, weil sie die merkwürdige Vorstellung Lenins unterstellen, daß die ‚kleine Warenproduktion‘ unausgesetzt Kapitalismus generiere. Daher gilt ihnen der ‚Sozialismus‘ erst als gesichert, wenn auch die agrarische Produktion das Gemeineigentum unterstellt. Dies durchzusetzen, ist der Inhalt des zweiten DDR-Juglars.

Faßt man zusammen, so steht der erste DDR-Juglar unter der ungebrochenen Voraussetzung des sozialrevolutionären Impetus der deutschen Kommunisten, der auch durch die Jeshowtschina nicht gebrochen worden war.

1 Vgl.: K. Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. In: MEW 19, S. 19-21

2 Ebd., S. 20

3 Die erste Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) wird denn auch am 8. Juni 1952 in Merxleben aus der Taufe gehoben, also einen Monat vor der 2. SED-Parteikonferenz.

Kollektivierung der Landwirtschaft und Militarisierung

2. Juglar: Januar 1953 - Februar 1962

Während der erste DDR-Juglar noch ganz unter den Bedingungen der Oberhoheit der Besatzungsmacht absolviert wird, gewinnen die deutschen Kommunisten im folgenden eine beschränkte Souveränität, die als Reflex auf die Lage der Bundesrepublik zugestanden wird. Während die Westmächte schon 1951 den Kriegszustand mit Deutschland formell beenden, erklärt die UdSSR diese Beendigung am 25. Januar 1955 – natürlich mit Blick auf die Pariser Verträge und den bevorstehenden Eintritt der BRD in die 1949 gegründete NATO. Diese außenpolitischen Bedingungen implizieren für die DDR schon seit April 1952 auf Weisung Stalins den Aufbau von Streitkräften, die außerplanmäßig zu finanzieren waren, eine ungeheure, nicht zu verkraftende Anstrengung: 1 Mrd. M für die außerplanmäßige Aufrüstung müssen zusätzlich zu Reparationsansprüchen bereitgestellt werden! Dies beiseite gelassen, fällt der zweite DDR-Juglar obendrein mit dem Beginn des neuen 4. Kondratieffs zusammen, der sich in Westdeutschland seit Mitte 1952 in einer stetigen wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung, im beginnenden 'Wirtschaftswunder', zeigt. Damit ist nicht mehr die Abwicklung der Kriegsfolgen das Tagesproblem, sondern die Konkurrenz zwischen dem kommunistischen Gemeineigentum in Ostdeutschland und dem persönlichen Privateigentum in Westdeutschland der alles beherrschende Inhalt.

Der rücksichtslose Versuch, durch Normerhöhungen, also Lohnkürzungen, Preiserhöhungen und Lebensmittelkartenentzug für gut 2 Millionen DDR-Bürger Investitionsmittel freizubekommen, führt zum unauslöschlichen Schock des 17. Juni 1953, der den deutschen Kommunisten einbleut, daß die gewähnte Einheit von Partei und Volk eine Chimäre ist. Nach Rettung ihrer Herrschaft durch die Sowjetarmee suggerieren sie sich den 17. Juni als „faschistisches Abenteuer“, wissen aber ganz gut, daß sie die Konsumtion nie mehr willkürlich beschneiden können. 1955 nehmen sie erneut Kurs auf das von der 2. SED-Parteikonferenz proklamierte Ziel. Dann kommt ihnen die gewöhnliche Juglardepression 1957/58 zur Hilfe, die sie traditionell marxistisch als Krise des Kapitalismus deuten und linear fortschreiben, um sich 1958 auf das Programm einzulassen, den Lebensstandard der Bundesrepublik in 3 Jahren zu überholen. Chruschtschow prognostiziert gar den Kommunismus, Marxens zweite Phase der ‚kommunistischen Gesellschaft‘, in der Sowjetunion für 1980. Mit dem erneuten Aufschwung 1959 in der Bundesrepublik zeigen sich unerwartete Phänomene. Die offene Grenze gibt den Menschen die Möglichkeit, sich für ein Lohnangebot im deutschen Westen zu entscheiden, das der deutsche Osten nicht zu bieten fähig ist. Der freie Wettbewerb zwischen bürgerlicher und kommunistischer Produktionsweise ist entschieden. Der Bau der Mauer am 13.8.1961 ratifiziert die Kapitulationsurkunde, die Erklärung, daß eine bei offener Grenze im Konkurrenzkampf mit der bürgerlichen Ge-

sellschaft Westdeutschlands intendierte kommunistische Produktion in Ostdeutschland chancenlos ist.

Die erklärte Niederlage wird noch verschärft durch die westdeutsche Kündigung des Interzonenhandelsabkommens im September 1960, die deutlich macht, in welch starkem Maße die DDR von westdeutschen Lieferungen abhängig ist. Chruschtschow fällt am 30.11.1960 beim Gespräch mit Ulbricht sozusagen aus allen Wolken, als er dies erfährt, was nur besagt, daß er sich bis dato um die ökonomische Lage der DDR nicht gekümmert hat. Er fragt nach den Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR und erhält am 19.1.1961 einen Brief Ulbrichts zu dieser Frage. Am 24.1. findet die erste Beratung Leuschners mit Mikojan statt. Und am 20.3. stellt Leuschner Ulbricht gegenüber fest, daß die bisher wichtigsten Verhandlungen mit der UdSSR „zum ersten Mal die ökonomischen Grundfragen der DDR tiefgehend und umfassend“ thematisierten. Nochmals, am 4. 8.1961, einen Tag vor der Entscheidung des Warschauer Pakts, die Mauer zu bauen, schreibt Ulbricht an Chruschtschow mit einer Anlage *„Information über die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR“*¹, worin er gesteht, daß sich zum „Zeitpunkt des V. Parteitags“, also 1958, „krisenhafte Erscheinungen in der Wirtschaft Westdeutschlands und der meisten kapitalistischen Länder“ zeigten, die leider keine Fortsetzung fanden, vielmehr umgekehrt von einer Sogwirkung der Bundesrepublik auf das Arbeitskräftepotential der DDR ersetzt wurden. Als Ausweg gilt ihm noch die feste Verkopplung der DDR-Wirtschaft mit der der Sowjetunion, die er auffordert, für alle Lücken geradezustehen, die durch Ausfall westdeutscher Lieferungen entstehen oder entstehen können.

In diesem Zusammenhang wird der am 1.10.1959 als Gesetz verabschiedete Siebenjahrplan 1959/65 fortlaufend „präzisiert“, d. h. in seinen Erwartungen nach unten korrigiert. Die letzte Korrektur erfolgt juglargerecht im Februar 1962 auf der 16. SED-ZK-Tagung. Damit ist er dann beerdigt und mit ihm sind es die Träume vom „Überholen ohne Einzuholen“.

Summarisch läßt sich sagen: Der zweite DDR-Juglar realisiert den kommunistischen „Sozialismus“ mit dem zugehörigen Klassenkampf in der DDR – im April 1960 wird der „sozialistische Frühling“ in der Landwirtschaft gefeiert – mit solcher Perfektion (einschließlich der Exklusion zweier „partei-feindlicher Fraktionen“ und einer Urteilsquelle gegen Intellektuelle, die den XX. KPdSU-Parteitag vom Februar 1956 wie den ungarischen Aufstand im Oktober/November 1956 als hinreichende Gründe ansehen, die kommunistische Politik reflektieren zu wollen), daß die Abschließung der DDR unvermeidlich wurde. Es sollten nicht noch einmal etwa 2,7 Mill. Menschen die DDR verlassen.

1 SAPMO-BArch, DY 30 / J IV 2 / 202/ 30

Die Wirtschaftsreform und ihr Scheitern

3. Juglar: März 1962 - April 1971

Unter dem Dach der Konfrontation zwischen der NATO und den Staaten des Warschauer Vertrags vollzieht sich nun in der DDR eine wahre „revisionistische“ Attacke gegen die klassischen Prinzipien kommunistischer Wirtschaftsführung mit Walter Ulbricht an der Spitze. Zwischen dem Herbst 1961 und dem Herbst 1962 diskutiert das SED-ZK eine dringend nötige Wirtschaftsreform. Im September 1962 erscheint E. G. Libermans ‚Plan, Gewinn, Prämie‘ in deutscher Sprache¹, worin der Gewinn als Kriterium des Erfolgs kommunistischer Betriebe empfohlen wird. Ulbricht fordert auf, die Liberman-Debatte zu verfolgen und auszuwerten. Und bereits am 9.12.1962 berät das SED-Politbüro ‚Grundsätze eines ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Industrie‘. Anfang Januar 1963 löst E. Apel den durch sein schwedisches Abenteuer diskreditierten K. Mewis als Vorsitzender der Staatlichen Plankommission ab, und schon am 11.7.1963 beschließt der DDR-Ministerrat die Richtlinien zum NÖSPL, wie die Abkürzung in Anlehnung an Lenins NÖP lautet. Am 1.1.1964 wird die Umstellung der Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) auf die wirtschaftliche Rechnungsführung in Kraft gesetzt. Und am 28.2.1964 berät der 8. Bauernkongreß über die Einführung industrieller Methoden in die Landwirtschaft. 1964 nimmt die DDR sogar als einziges Land im Warschauer Pakt ein Bausoldatengesetz an.

Das ist ein rasantes Tempo der in Angriff genommenen Wirtschaftsreform, komplettiert durch eine vom 6. SED-Parteitag (Januar 1963) avisierte relativ liberale Kulturpolitik. Das Kernproblem der ökonomischen Reform besteht in der Frage, ob die Betriebe die vorgestellte ‚wirtschaftliche Rechnungsführung‘ in der Tat durch eigene Preispolitik fundieren können oder nicht. Daß der Gewinn nur bei vernünftigen Preisen über den Betriebserfolg Auskunft geben kann, ist allen Reformern in dieser Entwicklungsphase klar. Also wird eine Industriepreisreform in Angriff genommen, deren Protagonisten selbstverständlich auf den Weltmarkt blicken. Aber es kommt zu keiner Souveränitätserklärung für die Unternehmen, das Außenhandelsmonopol des Staats, kommunistisches Credo erster Ordnung, wird keinen Augenblick in Frage gestellt. Schon im März 1964 melden sich Stimmen im SED-ZK-Apparat, die vor der Installierung ‚sozialistischer Millionäre‘ warnen. Doch Ulbricht, ‚der Alte‘, wie er nun im ZK-Apparat genannt wird, ist stark genug, die Reformabsicht in Gang zu halten. Denn sein Kollege Chruschtschow will auch die Reform.

Doch der scheitert schon im Oktober 1964. Sein Nachfolger Breshnew restauriert die alte ministerielle Leitung der Volkswirtschaft und stellt in Wirtschaftsverhandlungen mit der DDR Forderungen, die diese um den erträumten Platz auf dem Weltmarkt bringen. Als am 3.12.1965 das langfris-

1 Vgl.: Die Wirtschaft 39/62

tige Wirtschaftsabkommen mit der UdSSR in Berlin unterzeichnet werden soll, erschießt sich ein Exponent der DDR-Wirtschaftsreform, E. Apel, einst unter Wernher von Braun beim Raketenbau als Ingenieur tätig. Das berichtigte 11. SED-ZK-Plenum vom Dezember 1965 drischt auf die DDR-Kultur los, obwohl die Wirtschaftsreform gemeint ist. Und der alte Kominternmann Ulbricht macht mit, obschon es in Wahrheit um ihn geht. Er rettet damit die Debatte über die Reform. Aber mit dem Einmarsch in Prag im August 1968 ist auch das Wort ‚Marktsozialismus‘ zur Konterbande geworden. Ulbricht versucht als noch unbestrittener Parteichef, in „strukturbestimmende Zweige“ der Volkswirtschaft massiv zu investieren. Dadurch wird aber die Proportionalität der Energieversorgung nicht mehr gewährleistet. Am 8. Oktober 1969, einen Tag nach der Feier der 20jährigen DDR-Existenz, gehen in Berlin die Reklamelichter aus.

Ulbricht beharrt eisern auf der ‚revisionistischen‘ Annahme, daß der Plan durch den Markt geprüft wird, begeht obendrein den Fundamentalfehler, den sowjetischen Genossen auf ihrem Parteitag von seiner Begegnung mit Lenin zu erzählen und verschwindet damit endgültig von der Bühne der kommunistischen Führungsfunktionäre. Mit der gemeinsamen Aktion der Ulbrichtfrondeure und Breshnews ist sein Schicksal besiegelt und der dritte DDR-Juglar zum Abschluß gekommen. ‚Der Alte‘ hinterläßt die DDR mit 2 Mrd VM (DM) Auslandsschulden (1970).

Dieser Juglar steht vor dem Problem, wie der realisierte kommunistische ‚Sozialismus‘ ökonomisch funktionstüchtig gemacht werden soll. Man kann zweifellos sagen, daß die DDR-Führung dieses Problem im RGW-Bereich zuerst und mit erheblichem Engagement gestellt und erörtert hat. Die ‚Aufbaugeneration‘¹ jedenfalls hat die Reformphase mit weitgehenden Erwartungen und Hoffnungen unterstützt. Und manche ihrer Vertreter sehen es noch heute als ein ungeklärtes Problem an, ob nicht unter anderen Randbedingungen die Reform denn doch eine Chance gehabt haben könnte. Bedenkt man jedoch die mit der Einrichtung des Kommunismus verbundenen Selektionskriterien für die ‚Kaderauswahl‘, so versteht sich, daß die von der Reform avisierte Geltung des Marktes auf den massiven Protest des kommunistischen Kerns der antikapitalistischen Attitüde treffen mußte. Und sie ist wegen jener ‚Kaderauswahl‘ stets zur Fronde gegen solche Reform präsent. Insofern ist wohl eher zu sagen, daß der DDR-Reformjuglar das gesetzt hat, was 1989/90 unüberwindliche Bewegung geworden ist.

1 Ich übernehme diesen Terminus gerne von R. Land und R. Possekkel: Intellektuelle aus der DDR. Diskurs und Identität. Forschungsbericht im Auftrag der KSPW. Ms.-druck. Berlin, Oktober 1992. S. 18-21

Die kreditierte Sozialpolitik

4. Juglar: Mai 1971 - Juni 1980

Am 3. Mai 1971, pünktlich zu Beginn des neuen Juglar, erklärt Ulbricht seinen Rücktritt, Honecker ersetzt ihn als Parteichef (ganz entsprechend auch in Polen, wo es sich um die Ära Gierek handelt, die die Ära Gomulka ablöst) und versucht, um den Preis der zunehmenden Verschuldung die sogenannte ‚Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik‘ zu realisieren, die darauf abzielt, den DDR-Bürgern durch steigenden Lebensstandard die Überzeugung von der Richtigkeit der kommunistischen Politik zu vermitteln. Sie geht mit der Restauration der ministeriellen Volkswirtschaftsleitung einher, mit der Verabschiedung der intellektuellen Mitarbeiter am Reformunternehmen. Ihr sozialpolitisches Hauptprodukt ist zweifellos das Wohnungsbauprogramm, das W. Junker am 2. Oktober 1973 vor der 10. SED-ZK-Tagung vorstellt und eine enorme Veränderung in den volkswirtschaftlichen Proportionen zur Konsequenz hat. Aber auch auf anderen Gebieten macht sich die neue sozialpolitische Konsumorientierung bemerkbar.

Am 19.11.1971 meldet das ND: SED-Politbüro und DDR-Ministerrat haben beschlossen:

1. 1971-1975 dürfen keine Preiserhöhungen bei Verbraucherpreisen für Konsumgüter erfolgen.
2. Die Versorgung in unteren und mittleren Preisgruppen ist zu gewährleisten.

Die Wende, die mit der Einsetzung Honeckers in die DDR-Politik einzieht, wird auch gut durch die Richtlinie des DDR-Ministerrats ‚zur Förderung der Initiative bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens in den Städten und Gemeinden durch Einsatz finanzieller Mittel der örtlichen Staatsorgane‘ vom 7. Juni 1972 illustriert.¹ Danach sind Investitionen in Wohnungen, Schulen, Kinderbetreuung zu tätigen, Werterhaltung und Modernisierung, Um- und Ausbau von Wohnungen und staatlichen Einrichtungen zu betreiben. Die Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen, die Verbesserung der Wasserversorgung, der Straßenbau, Anlage von Parks, Grünanlagen, Handelseinrichtungen, Gaststätten sind vorgesehen. Und dafür sollen Bezirke und Kreise den Städten und Gemeinden ihre Fonds zur Verfügung stellen. Erforderliche Kredite sollen zu 1% verzinst werden, bei hohen Eigenleistungen ist Schuldenerlaß vorgesehen, die Grundsteuer ist zu ermäßigen. Zu diesem Programm fragen die Bürgermeister allerdings häufig: Was nützt uns das Geld, wenn wir weder Material noch Arbeitskräfte erhalten? Das gewöhnliche Kreuz der kommunistischen Wirtschaftsleitung muß wieder getragen werden.

Gleichzeitig wird bis Mitte 1972 aus sehr praktischen Gründen der Sanierung des Staatshaushalts der letzte Rest von „Ausbeutung“ beseitigt: Verstaat-

¹ Mitteilungen Ministerrat 10/72

lichung der Privatbetriebe durch Verkauf bei Preisen, die keine Marktfundierung haben.

1972 läßt Honecker zur Finanzierung seiner Politik „Kreditlinien“ aufbauen, die dazu führen – wie SED-Führungsfunktionäre sehr wohl wissen –, daß in der DDR seit 1973 mehr verbraucht als produziert wird, die DDR-Bevölkerung also ‚über ihre Verhältnisse‘ lebt. Die DDR-Führung erhält von internationalen (insbesondere japanischen) Banken, die zyklusgerecht Anlagen suchen, überaus günstige Angebote. Über die Bereitschaft ausländischer Banken, die DDR zu kreditieren, gibt G. Beil am 21.5.1973 eine interessante Information: Die Industrial Bank of Japan in Tokio bietet einen langfristigen Finanzkredit über 100 Mill US-\$ mit 12jähriger Kreditdauer und Tilgungsfreiheit in den ersten 6 Jahren. Diese Information geht mit Anschreiben Mittags auf den Tisch Honeckers, der seine Finanzpolitik bestätigt sieht. Das ist die Crux dieses Juglars: Von 1971 bis 1981 erhöht sich die Kreditaufnahme der RGW-Staaten bei ausländischen Banken um das Elffache (Ulbrichts Schulden sind gegen die Honeckers lächerlich). Der Sachzusammenhang ist einfach der, daß in der Kondratieffrezession die Banken händeringend neue Schuldner suchen. Und die finden sich nun im 4. Kondratieff in erfreulicher Menge ausgerechnet in den kommunistischen Staaten. Es ist dies eine Merkwürdigkeit der kommunistischen Ideologie, die zwar im eigenen Lande ‚sozialistische Millionäre‘ und den Markt verabscheut, aber hemmungslos angebotene Kredite aus ‚kapitalistischen Mehrwerten‘ des Auslands in Empfang nimmt und obendrein die im Ausland freundlich attestierte Bonität im Inland als Seriosität der eigenen Führungskunst und staatsmännischen Klugheit zelebriert.

Da die Sozialpolitik, die Honecker am Herzen liegt, aus allen erreichbaren Quellen finanziert werden muß, sieht der 4. DDR-Juglar die Einführung einer zweiten Währung, der DM, gekoppelt mit der erklärten Abgrenzung von dem Staat, der sie emittiert. Am 12.6.1973 übergibt G. Mittag Honecker einen Vorschlag zur Entscheidung, der die weitere Arbeit am neuen Devisengesetz betrifft: Mittag notiert, daß die DDR seit 1967 stillschweigend den Besitz ausländischer Währungen bei DDR-Bürgern dulde, obschon gesetzlich vorgeschrieben ist, sie in kurzer Frist bei der Bank in Mark der DDR umzutauschen. Mittag schlägt vor, diese stille Duldung beizubehalten, sonst würden anderswo Gewinne gemacht. Honecker ist umgehend einverstanden. Es fällt ihm nicht ein, daß die Währungshoheit ein Signum seines Staates ist. Und so gewöhnt er die DDR-Bürger an ein Zahlungsmittel, das die kommende deutsche Einheit vorscheinen läßt, ehe die Gehirne ihre faktische Möglichkeit zu denken bereit sind.

Weitere Finanzquellen sind durch die mit Antritt der sozial-liberalen Koalition in Bonn rapid geänderten Rahmenbedingungen des politischen Handelns erschließbar. Am 12.12.1974 vereinbaren DDR und BRD, bis zum 31.12.1981 den Swing auf jährlich 850 Mill. VE jährlich festzulegen. Das ist ein deutlicher Unterschied zum Berliner Abkommen, das 200 Mill. VE jährlich vorsieht. Da 1977 die akuten Zahlungsbilanzprobleme der DDR beginnen, geht es noch mehr darum, sich der gegen DM verrichteten Dienste genauestens zu versichern

und anständige Preise zu verlangen. Da gibt es etwa den Militärreiseverkehr der in Westberlin stationierten Besatzungstruppen, für den seit 1945 derselbe Reichsbahntarif gilt. Er wird von der DDR zum 1.2.1977 von 0,25 DM pro Achskilometer auf 1 DM für Gütertransport erhöht. Die Beförderung alliierter Militärpersonen wurde bisher überhaupt nicht bezahlt und zum selben Zeitpunkt nun auf 0,80 DM pro Achskilometer festgelegt. Es gelingt der DDR, die neuen Tarife zum 1.4.1977 durchzusetzen, womit Mehreinnahmen von jährlich ca. 1,5 Mill. DM eintreten.¹ Am 19.10.1977 wird die jährliche Postpauschale von 30 Mill. DM auf 85 Mill. erhöht. Und so weiter. Und so weiter.

Ende der 70er Jahre werden die Außenhandelsbetriebe, die bis dato allein dem Minister für Außenhandel unterstanden, in die Kombinate eingegliedert. Das ist ein definitiver Bruch des Prinzips des Außenhandelsmonopols des kommunistischen Staats. Jetzt können die Kombinatdirektoren internationale Verträge abschließen. Die Auflösung des staatlichen Außenhandelsmonopols wird natürlich vorgenommen, um mehr Devisen einzunehmen, die DDR-Zahlungsbilanz zu sichern. Daß sie Lenins Vorstellung vom kommunistischen Außenhandelsmonopol so nebenbei als erledigt auf die ideologische Müllkippe wirft, bleibt öffentlich völlig unreflektiert. Sie wird Folgen haben, die später die Endphase der DDR-Existenz drastisch kennzeichnen.

Die stille Partnerschaft mit der Bundesrepublik

5. Juglar: Juli 1980 - August 1989

Die Politik des vierten DDR-Juglar führt zu akuten Zahlungsschwierigkeiten. In Polen, das seit August 1980 mit einer Arbeiterschaft zu tun hat, die in einem viertel Jahr Millionen in der Solidarność vereinigt, tritt im März 1981 die Zahlungsunfähigkeit ein. Der Staat unterzeichnet am 27.4.1981 ein Protokoll mit 15 anderen Staaten über Stundung von 2,5 Mrd \$ (460 westliche Banken hatten Polen Kredite gewährt). Die DDR erfährt im Juni 82 den Kreditboykott. Der Eintritt in die Kondratieffdepression ist da. Der Kommunismus wird zur Kasse gebeten. Er hat noch einen Juglar Zeit.

Die Problemlage hat sich gegenüber dem 4. Juglar nicht geändert, aber, wie zu erwarten, enorm verschärft. Am 9.10. 1980 tritt eine neue Mindestumtauschregelung in Kraft mit der Folge, daß die Anzahl der Einreisen in die DDR von jährlich 3 Millionen in den Jahren zwischen 1972 bis 1979 auf jährlich 1,5 bis 2 Millionen absinkt. Ende 1980 belaufen sich die Verbindlichkeiten der DDR auf 24,5 Mrd. VM.

Zu den Kuriosa des 5. Juglar zählt ein Bericht Schalcks an G. Mittag vom 30.4.1981 über die ‚Beschädigung von Kabeleinrichtungen der Deutschen Post der DDR im Bereich der Staatsgrenze zu Westberlin‘, den man kennen sollte, um die Tragikomödie zu genießen, die für diesen DDR-Juglar kenn-

1 SAPMO-BArch, DY 30 / vorl. SED / 42000 /Bl. 38

zeichnend ist. Der Bericht hat folgenden Wortlaut: „Anfang August 1980 wurden durch unbekannte Westberliner Täter unter Verletzung der Staatsgrenze der DDR Kabeleinrichtungen der deutschen Post der DDR beschädigt und Kabelteile entwendet. Beeinträchtigungen des Fernmeldeverkehrs sind im Zusammenhang mit dem Schadensfall nicht eingetreten, da es sich um Kabel handelt, die Anfang der 50er Jahre zwischen der Hauptstadt der DDR, Berlin, und Westberlin getrennt wurden und seitdem nicht mehr benutzt werden.

Auf der Grundlage des am 29.9.1980 bestätigten Vorgehens wurde durch den Beauftragten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten ... gegenüber dem Westberliner Senat am 20.10.1980 gegen diesen erneuten Anschlag gegen die Staatsgrenze der DDR protestiert sowie der entstandene Schaden geltend gemacht und darauf hingewiesen, daß der Senat die sich aus solchen Anschlägen für den Fernmeldeverkehr zwischen der DDR und Westberlin ergebenden Konsequenzen zu verantworten hat.

Gleichzeitig erfolgte entsprechend der getroffenen Festlegung im Abschnitt Potsdamer Platz/Ebertstraße/Voßstraße die Bergung der vorhandenen Kabelreste. Im Ergebnis dieser Bergung wurden 14 t Kupfer und Blei gewonnen und der Sekundärrohstoffverwertung zugeführt.

Weitere Maßnahmen zur Bergung von Kabelresten in anderen Bereichen der Staatsgrenze zu Westberlin sind in Vorbereitung.“¹ Man weiß nicht, ob man weinen oder lachen soll.

Am 4.9.1981 wendet sich Honecker an Breshnew wegen der 14 Tage zuvor aus heiterem Himmel dekretierten sowjetischen Reduktion der vereinbarten Erdöllieferungen an die DDR um 2 Mill. t: „Wenn unser Land ... auch nur einen Teil der Lieferungen an sowjetischen Energieträgern verliert, ...so wird sich dieser Umstand außerordentlich negativ auf die Volkswirtschaft der DDR auswirken. Offen gesagt, damit würden die Grundpfeiler der Existenz der Deutschen Demokratischen Republik untergraben.“² Breshnew sendet daraufhin Russakow, um Honecker die Zwänge zu erklären, die die Sowjetunion zur plötzlichen Reduktion veranlassen. Am 21.10. kommt es zum denkwürdigen Gespräch, in dem Honecker diese Reduktion als „einen solchen Rückschlag“ charakterisiert, „daß die Stabilität der DDR nicht mehr gewährleistet ist“. Er rechnet vor, daß, die Lieferung von Uran eingerechnet, die DDR mehr Einheitsbrennstoff liefere als empfangt. Bis zum 3. Quartal des Jahres 1979 habe die DDR der Sowjetunion das Uran zur Hälfte des Weltmarktpreises verkauft, wobei sich die UdSSR nicht an der Infrastruktur der SDAG Wismut beteilige. Russakow teilt Honecker ausdrücklich mit, daß Leonid Iljitsch bei dieser für die DDR schmerzlichen Entscheidung geweint habe, und er notiert mit Bedauern, daß es am Vorabend des 75. Geburtstages von Leonid Iljitsch „zu einer solchen Verschlechterung der Beziehungen“ komme. Honecker fragt dagegen: Sind es die 2 Mill. t Erdöl wert, „die DDR zu destabilisieren“? Und

1 SAPMO-BArch, DY 30 / vorl. SED / 42000 / Bl. 48

2 SAPMO-BArch, DY 30 / J IV 2 / 2 / 1909/ Bl. 000012

Russakow resümiert: Es besteht die Gefahr, daß die Sowjetunion ihre gegenwärtige Stellung in der Welt nicht halten kann.

Im Juni 1982 setzt, wie schon bemerkt, der Kreditboykott ein, wird die Zahlungsfähigkeit der DDR fraglich. Die Reaktion erfolgt so, daß das Konsumgüterangebot radikal eingeschränkt werden muß, um gegen Devisen veräußerbare Ware freizubekommen. Wo der Käufer sonst Fleischwaren in seinem Konsum fand, mußte er nun Spirituosen wahrnehmen. Die Lage wird so kritisch, daß sie im Oktober 1982 durch Politbürobeschuß reorganisiert werden muß: Statt Lebensmittel werden nun z. B. Schiffe zu 75% der Produktionskosten verkauft, sofern sie nur bar bezahlt werden. Es gelingt, die im November fälligen Zahlungen aufzubringen.

In dieser Lage wendet sich Honecker im Juni 1983 via Schalek-Golodkowski an F. J. Strauß. Der fädelt den bekannten Milliardenkredit ein, und Ende Juni 1983 verbürgt die Bundesregierung die internationale Kreditwürdigkeit der DDR. 1984 gibt es einen weiteren Kredit von knapp 1 Mrd. DM. Das ist eine Lage, die sich die deutschen Kommunisten zu Beginn ihres Kampfes um den ‚Sozialismus auf deutschem Boden‘ nicht im Traum hätten vorstellen können. Strauß, der in den fünfziger Jahren nurmehr ‚den Fall Rot‘ kannte, als listiger Partner des Generalsekretärs der deutschen Kommunisten, wie sollte das zusammengehen? Es gelingt, mit Erdölprodukten 1982 bis 1986 einigermaßen Exportüberschüsse zu erzielen, die den Schuldendienst gestatten. Das ist mit dem Preisverfall für Erdöl seit 1986 vorbei, und die Situation ist nicht mehr zu halten. Die DDR schafft die Bedingungen zur Eröffnung des Konkursverfahrens.

Im November 1986 vereinbaren die DDR und die UdSSR Direktbeziehungen zwischen den Betrieben beider Länder mit Folgen, die in einem Material für die Beratungen der Wirtschaftsfunktionäre Mittag und Sljunkow im Januar 1989 klar ausgesprochen werden. Die DDR-Seite beschwert sich, daß die sowjetischen Betriebe bei der Preisbildung die Übereinkunft ignorieren, auf der Basis der RGW-Preisbildungsprinzipien zu handeln. Sie gehen vielmehr von sowjetischen Inlandspreisen aus, die wesentlich unter den RGW-Preisen liegen, welche nachträglich, an vergangenen Weltmarktpreisen orientiert, gebildet werden. Dies hatte die sowjetische Seite bisher dadurch aufgehoben, daß der Staat den Betrieben einen Preisausgleich aus dem Staatshaushalt zahlte. Die Perestrojka aber impliziert die Eigenfinanzierung der Betriebe und damit die Beseitigung der Ausgleichszahlung. So müssen die sowjetischen Betriebe entweder aus der Austauschbeziehung mit DDR-Betrieben austreten oder von ihnen Preise verlangen, die sie nicht akzeptieren können. Mit anderen Worten: Die im November 1986 vereinbarten Direktbeziehungen führen zur Auflösung eben dieser Beziehungen, weil sie unreflektiert unterschiedliche Preisniveaus aufeinandertreffen lassen. Es ist dies eine Antizipation des Privateigentums, ohne sein Wesen, die freie Preisvereinbarung, zuzulassen, eine Entscheidung, an der schon die Wirtschaftsreform im 3. DDR-Juglar gescheitert ist.

Im September 1987 kann Honecker noch seinen Bonn-Besuch absolvie-

ren. Lambsdorff erklärt in einem Gespräch am 5.2.1988 in Berlin G. Mittag, die Bonität der DDR niemals bezweifelt zu haben.¹ Die Stabilität der DDR scheint für beide deutsche Führungsgruppen sicher zu sein. Im Treffen Honecker-Gorbatschow vom 28. bis 29. 9. 1988 in Moskau teilt der SED-Generalsekretär seinem Kollegen mit: „Insgesamt könne man sagen, daß die Lage in der DDR stabil ist. Zur Abkühlung einiger Hitzköpfe habe man in den letzten Tagen die Parade anlässlich des 35. Jahrestages der Gründung der Kampfgruppen durchgeführt.“ Die entsprechende Niederschrift des Gesprächs notiert: „Genosse Gorbatschow warf ein, daß er das durchaus bemerkt habe.“²

Und dann kommt der längst unvermeidliche Bruch. Wie er sich ökonomisch abgezeichnet hat, ist wenigstens Günter Mittag und Erich Honecker wohl bewußt. Im Archiv des ersteren findet sich eine Graphik der in der Honecker-Ära eingetretenen Preiserhöhungen für Importe der DDR aus der UdSSR, vorbereitet für die im Januar 1989 stattfindenden Wirtschaftsverhandlungen zwischen der DDR und der Sowjetunion, vom Generalsekretär Honecker abgezeichnet. Sie weist bei nur schwach veränderten Importmengen enorme Preiszunahmen mit dem Höhepunkt im Jahre 1986 aus, eine Lage, die die ohnehin kreditbelastete DDR-Wirtschaft nicht mehr zu ertragen imstande gewesen ist (vgl.: Darstellung des DDR-Imports aus der UdSSR auf der folgenden Seite).³ Diese Preiszunahmen erklären sich aus der Übernahme der Weltmarktpreise für Rohstoffe durch den RGW, zu deren zum Teil explosive Steigerungen die DDR keine Gegenstrategie mehr zu entwickeln in der Lage war.

Konkurs und Abwicklung

6. Juglar: September 1989 - Oktober 1998

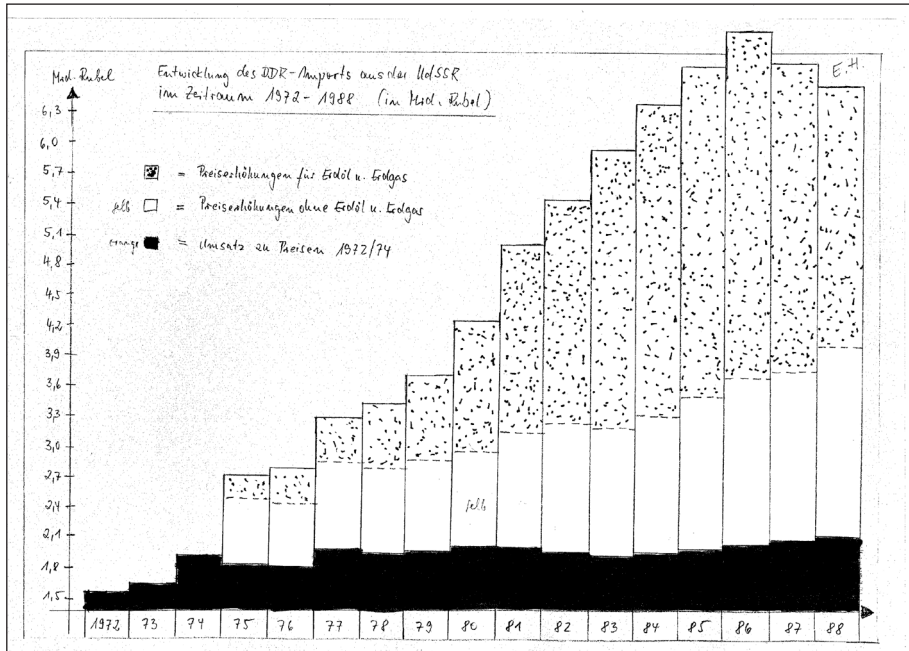
Der Austritt Ungarns aus der Solidarität des Warschauer Vertrags, beginnend im Mai 1989 wegen zu hoher Kosten einer nötigen Restauration der Grenzbefestigungen, macht die DDR-Führung hilflos. Am 11.9.1989 öffnet Ungarn die Grenzen für alle DDR-Bürger. Die Klarstellung, daß die Sowjetarmee nicht gegen die schnell anwachsende DDR-Protestbewegung eingreifen wird, führt zu reihenweisen Rücktritten erst Honeckers, der am 18.10. scheidet, dann der Regierung, schließlich des SED-ZK und damit zur Selbstauflösung der kommunistischen Führung der DDR.

1 SAPMO-BArch, DY 30 / JNL 23 / 16

2 SAPMO-BArch, DY 30 / vorl. SED / 41808 / Bd. 2, S. 5 der Niederschrift des Gesprächs

3 Die aus dem Mittag-Archiv wiedergegebene Darstellung ist originalgetreu in Orange und Gelb von Frau Ingeborg Schubert reproduziert worden, kann hier aber leider nur in Schwarz-Weiß präsentiert werden. Ob sie G. Mittag eigenhändig herstellte oder von einem Mitarbeiter anfertigen ließ, habe ich nicht festgestellt. Mir genügte die Wahrnehmung, daß die DDR-Wirtschaftsführung über die Daten des Objekts ihrer Führung sehr genaue Kenntnis hatte. Was ihr wirklich fehlte, war nicht die Datenkenntnis, sondern die ökonomische Theorie als Mittel zur Erkenntnis der Folgen ihres Handelns. Mit dem bekannten Satz: „Wir hatten kein Konzept“, haben die Mitglieder der Führungsmannschaft dies in der Wende auch öffentlich eingestanden.

Graphik aus dem Archiv von Günter Mittag: Preiserhöhungen für Importe der DDR aus der UdSSR,



Ende Okt. liefert Schürer seine ‚ungeschminkte Analyse‘ mit der Feststellung, daß die DDR Ende 1989 rd. 49 Mrd. DM Schulden haben wird. Schalck kontert: Es liegen noch 12 Mrd. auf Konten, so daß die Schulden vielmehr 35 Mrd. ausmachen. Aber am 9. November 1989 öffnen die Ostberliner nach freundlicher Einladung durch ihren letzten SED-Chef G. Schabowski die Mauer, auf der das Volk Platz nimmt und Sekt trinkt. Am 21./22.12. 1989 fahren ca. 200 Bausoldaten von Schwedt einfach nach Hause. Es passiert nichts mehr. Die Bereitschaft, die Autorität des kommunistischen Staats in seiner Armee zu erhalten, ist tot.

Dieses schnelle Absterben der kommunistischen Staatsgewalt ist ganz wesentlich der Auflösung des Nomenklaturkaders der SED durch die Mitgliedschaft dieser Partei geschuldet. Bis zum 20. November 1989 sind alle 15 Ersten SED-Bezirkssekretäre sowie 13 ihrer Stellvertreter abgelöst. Und am 3. Dezember desselben Jahres findet die 12. und letzte SED-ZK-Tagung herkömmlicher Art statt, um ihre Kompetenz sogleich an einen Arbeitsausschuß zu übergeben, der den Sonderparteitag vorbereiten soll, den die SED-Basis gegen ihren eigenen Apparat erzwungen hat. Zuvor hatte W. Jarowsky vor der 10. ZK-Tagung den versammelten Genossen am 10. November erklärt: „Milliarden über Milliarden sind falsch eingesetzt worden, ... Wir haben doch nie die Rechnung gemacht, was es die Volkswirtschaft wirklich kostet, ... Wir haben doch ... eine reine Abführungswirtschaft. ... Wir haben dem Betrieb die

Mittel weggenommen, die er braucht, um zu wirtschaften.“¹ Damit wurde vor dem SED-ZK die ökonomisch wesentliche Erfahrung des kommunistischen Unternehmens ausgesprochen, die ihrer theoretischen Verarbeitung harrt. Die versammelten Genossen jedenfalls reagierten auf diese Feststellung nicht. Und später erfuhr Jarowsky seinen Parteiausschluß wie viele andere vor ihm.

Die SED-Funktionäre wirken in der Wende fleißig an der möglichen Ankunft im neuen System mit. So etwa wird am 1.1.1990 das Institut für sozialistische Wirtschaftsführung beim SED-ZK, ein Kind des Reformjuglar, zum ‚Institut für Unternehmensführung‘ mit einem neuen Chef: Prof. Dr. H. Richter. Es ist auf solche Weise klar, daß die deutschen Kommunisten den heroischen Versuch, die soziale Frage mit der gewaltsamen Durchsetzung des Gemeineigentums aus der Welt zu schaffen, vollständig aufgegeben haben. ‚Wir hatten kein Konzept‘, werden viele später die einfache Wahrheit feststellen, die sich in diesem Rückzug von der ‚sozialistischen Wirtschaftsführung‘ zur schlichten ‚Unternehmensführung‘ ausdrückt. Am 29.1.1990 legt die Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform beim DDR-Ministerrat noch den Entwurf ‚Zielstellung, Grundrichtungen, Etappen und unmittelbare Maßnahmen der Wirtschaftsreform in weiterer Entwicklung der Regierungserklärung vom 17.11.1989 vor. Aber das bleibt ein intellektuelles Spiel. Denn am 1.2.90 verkündet Modrow nach Rücksprache mit Gorbatschow, was auf den Straßen Leipzigs längst skandiert ward: ‚Deutschland – einig Vaterland.‘

Am 18. März 1990 finden erstmals freie Volkskammerwahlen statt, die Bedingung des bundesrepublikanischen Kreditgebers. Die SED-PDS erzielt etwas über 17% der Stimmen, wird also zur Oppositionspartei bestimmt. Die Regierung übernimmt eine große Koalition unter Führung der CDU. Sie realisiert im Verein mit der Bundesregierung zum 1.7. die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion der beiden deutschen Staaten. Damit ist das kommunistische Erbe in atemberaubendem Tempo liquidiert. Daß damit zugleich die erste Erfahrung von Arbeitslosigkeit für 240.000 Menschen im Jahre 1990 eintritt, geht in der Eile unter. Am 23.8. beschließt die Volkskammer den Beitritt zur BRD nach Artikel 23 GG. Die Wiederherstellung der politischen Einheit Deutschlands wird mit dem in Moskau am 12.9. unterzeichneten Deutschlandvertrag außenpolitisch gesichert, so daß am 3.10. der Beitritt in Kraft treten kann. Die DDR ist formell aufgelöst. Eine geschichtliche Fundamentalentscheidung über die kommunistische Intention ist getroffen. Sie zu begreifen, steht freilich dahin.

Das formelle Ende der DDR ist freilich nicht ihr reelles. Sie lebt weiter in den Unterschieden zwischen West- und Ostdeutschland, die nur langfristig aufgehoben werden können. Sie lebt in den Prozessen gegen Vertreter ihres Führungspersonals, in dem am 16.10.94 wegen errungener Direktmandate realisierten Einzug der PDS in den Bundestag, in den 5 Nachfolgeanstalten der Ende 1994 aufgelösten Treuhandanstalt, einer Erfindung der DDR-Opposition, auch im Erfolg, den 5 von 8 Beschwerden entlassener DDR-Leh-

1 In: H.-H. Hertle, G.-R. Stephan (Hrsg.): Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees. 2., durchges. Aufl.. Berlin: Christoph Links Vlg. 1997. S. 392-394

rer am 8.7.1997 vor dem BVG hatten, und in vielem anderen mehr. Sie lebt nicht mehr in ihrer Autoproduktion, der letzte ‚Trabant‘ rollte am 30.4.1991 vom Band, nicht mehr in ihrem Fernsehfunk, das Ende des DFF mit ehemals 14.000 Mitarbeitern passierte am 31.12.1991 wie übrigens auch das Ende der Institute der AdW der DDR, nicht mehr in der SDAG Wismut, die am 16.5.1991 durch ein deutsch-sowjetisches Abkommen beendet wurde.

Daß nun, dies sei zum Schluß bemerkt, durch das Urteil über die kommunistische Lösung des sozialen Problems, dasselbe keineswegs aus der Welt geschafft worden ist, lehrt ein kurzer Blick auf die ostdeutschen Arbeitslosenzahlen: 1991 stieg die Anzahl der Arbeitslosen in Ostdeutschland auf 912.000, 1992 erreicht sie mit 1,17 Mill einen ersten Höhepunkt. Im August 1993 sind von den 9,8 Mill DDR-Beschäftigten noch 6,2 Mill erwerbstätig, davon 500.000 in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Ignoriert man letztere, sind im Verlaufe dreier Jahre nach der Währungsunion knapp 42% der DDR-Beschäftigten aus ostdeutschen Erwerbsverhältnissen ausgeschieden. 1996 leben in Ostdeutschland 1,2 Mill weniger Menschen als 1989; 1997 gibt es in Ostdeutschland 37% weniger Erwerbstätige als 1989 in der DDR. Und im Januar 1998 zählt Ostdeutschland 1.587.718 Arbeitslose, das ist eine Rate von 21,1%, der bisherige Rekord. Zum Vergleich: In Westdeutschland liegt die Arbeitslosenrate zur selben Zeit bei 10,5%, die Anzahl beträgt 3.235.466. Das macht insgesamt 4.823.184 Arbeitslose in Deutschland oder 12,6%, der bisherige Nachkriegsrekord. Das ist eine Lage, die den Gegenstand des desavouierten kommunistischen Ansatzes, eben die soziale Frage, mit derselben Dringlichkeit zur Debatte stellt, wie das vor 150 Jahren in der ersten modernen sozialen Revolution, der von 1848/49, geschehen ist. 1919 sagte man: Der Kaiser ging, die Generäle blieben. Heute muß gesagt werden: Die Kommunisten gingen, die soziale Frage ist geblieben.

Tabellarischer Anhang

Zur historischen Orientierung sei auf den folgenden Seiten eine Datensammlung angefügt, die das Schema der Juglarzyklen in zwei Darstellungen präsentiert. Zunächst in einer Tabelle, die die Ereignisse in den Dimensionen Natur und Technik, Wirtschaft, Politik, Kultur und Wissenschaft synchronisiert vorstellt. Anschließend werden die Ereignisse in den Juglarzyklen wirtschaftsgeschichtlich vorgestellt.¹

Die einzelnen Daten sind selbstverständlich vom Autor ausgewählt, können also von den Lesern jederzeit durch andere ersetzt werden, die sie persönlich als wichtiger erachten. Es kommt nur darauf an, daß die zeitliche Ordnung des Geschehens korrekt reflektiert wird. Dann zeigt sich, daß die Juglarperiodisierung keiner Änderung bedarf.

1 Vgl. hierzu Fußnote 1 (Anmerkung der Hrsg.)

1. Juglar: November 1943 bis Dezember 1952 – Besetzung und Enteignung		
Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft
Eintritt in die Juglarprosperität		
1943	27.11. Erdbeben in der Türkei, mehr als 4000 Tote	1943 wird Reparationskommission der UdSSR gebildet
1944	16.02. Erster Einsatz des ferngelenkten ‚Goliath‘	12.02. Republica Sociale Italiana deklariert ‚Sozialisierung der Betriebe‘
1944	April: ‚Laboratorium 2‘ bei Moskau in Betrieb	08.04. Reichsarbeitsdienst für weibliche Jugend auf 1,5 Jahre verlängert
1944	12.06. Erster Einsatz der ‚V 1‘	13.06. USA-Mitteilung: Seit 7.12.1941 200 Mrd. \$ Kriegsausgaben
1944	07.08. Erster Hochleistungs-Digitalrechner in Betrieb (Harvard University)	1.-22.7. Konferenz von Bretton Woods (44 Regierungen nehmen teil)
1944		02.09. Foreign Office lehnt Zerstückelung Deutschlands aus ökonomischen Gründen ab
1945	10.01. Radar identifiziert Ziele unter geschl. Wolkendecke (GB)	05.02. Alliierte erörtern in Jalta die deutschen Reparationen
1945		19.03. Gründung des FDGB in Aachen
1945	21.05. M. v. Ardenne fliegt in die UdSSR	11.06. KPD-Aufruf für freien Handel, private Unternehmerinitiative
1945	16.07. Erste Atombombe gezündet (USA)	21.07. SMAD-Befehl 19 zur Wiederingangsetzung der Produktion
1945	Sept.: Sowjetische Fachleute beginnen geologische Untersuchungen in Sachsen (Uran)	02.09. Beginn der Bodenreform in der SBZ
1945		22.12. SMAD-Befehl 180 über einheitliche Lohnpolitik
1946	04.02. Erster Hochofen in Unterwellenborn angeblasen	Jan.: Stalin zur KPD-Führung: Demontagen bis Ende Februar beendet
Eintritt in die Juglarrezession		
1946	07.03. Bikinier müssen ihr Atoll verlassen	01.03. In der SBZ enteignete Ländereien sind fast völlig aufgeteilt
1946	1946: Entwicklung der ersten Computergeneration	30.06. Volksabstimmung über Enteignung in Sachsen mit 77% Zustimmung
1946	02.08. Unterzeichnerstaaten der Londoner Reparationskonferenz dürfen deutsche Patente nutzen	16.08. F. Selbmann stellt ‚chaotischen Zustand‘ der Wirtschaft fest
1946		17.10. SMAD-Befehl 306 über Wirtschaftsplan 1947 und I. Quartal 1947
1946	1946/1947: ‚Jahrhundertwinter‘	1946: Industrieprod. der SBZ auf 42% des Niveaus von 1938 gesunken
1947	06.01. In Berlin setzt die Kältewelle ein	01.01. Zusammenschluß der BBZ und der USBZ zur Bizone
1947	16.04. Reynolds (USA) umfliegt in 78:55 h die Erde	01.04. In der SBZ und Berlin leben 22,66 Mill Menschen
1947		12.05. F. Selbmann sendet Wirtschaftsdenkschrift nach Moskau
1947	07.08. T. Heyerdal erreicht mit Balsaß Polynesien	02.07. Sowjetische Absage an den Marshall-Plan in Paris mitgeteilt
1947	14.10. Die Bell ‚X-1‘ (USA) durchbricht Schallmauer	09.09. SMAD-Befehl 209 zur Unterstützung der Neubauern
1947	23.12. Erster Transistor vorgestellt	1947 ist in der SBZ ein Jahr der wirtschaftlichen Stagnation

1. Juglar: November 1943 bis Dezember 1952 – Besetzung und Enteignung		
Politik	Kultur und Wissenschaft	Zeit
Eintritt in die Juglarprosperität		
28.11.-1.12. Konferenz von Teheran	01.12. KPD-Flugblatt zirkuliert an der dt. Ostfront	1943
14.02. Stalin fordert Königsberger Gebiet von Churchill	06.02. KPD bildet Kommission zur Deutschlandpolitik	1944
19.03. Dt. Truppen besetzen strategische Punkte Ungarns	17.04. In der KPD-ZK-Arbeitskom.: Einheit ist die Frage der SPD – sie wird damit ausgeschaltet;	1944
2 3.06. Beginn der Belorussischen Operation	15.5. E. Hoernle: Unser Zweck ist die proletarische Revolution	1944
20.07. Attentat auf Hitler		1944
12.09. Zonengrenzen für Besetzung Dtl. festgelegt	21.10. Aktionsprogramm des Blockes der kämpferischen Demokratie (3. Entwurf)	1944
2.-3.12. SPD-Landeskonferenz in Schweden		1944
4.-11.2. Konferenz von Jalta	09.01. Pieck vor 2. Kurs der KPD-Schule: Sozialismus ist Endziel	1945
30.04. Hitler begeht Selbstmord, Dönitz wird Nachfolger	05.04. Richtlinien des KPD-Politbüros für Arbeit unter Besatzung	1945
7.-9.5. Bedingungslose Kapitulation Deutschlands	02.05. Ulbricht in Berlin, 4.6. Stalin orientiert KPD-Führung	1945
17.7.-2.8. Konferenz von Potsdam	19.07. Pieck: Zeit ist zur Vereinigung noch nicht reif	1945
02.09. Bedingungslose Kapitulation Japans unterzeichnet	01.10. Wiederbeginn des Schulunterrichts in der SBZ	1945
04.11. Wahlen in Ungarn (KP erhält 11%)	01.12. Aufnahme des Lehrbetriebs an der Universität in Jena	1945
03.01. Grotewohl bietet Pieck Händedruck an	20.01. Wiedereröffnung der Berliner Universität	1946
Eintritt in die Juglarrezession		
21./22.4. Gründung der SED (1.298.415 Mitglieder)	25.04. Erste Nr. des Neuen Deutschland (ND) erscheint	1946
31.05. Alliierte lassen SPD und SED in Berlin zu	17.05. SMAD lizenziert DEFA, 4.6. Schulgesetz erlassen	1946
30.07. DVdI durch SMAD-Befehl 212 begründet	01.08. Wiedereröffnung der Preußischen AdW als DAW	1946
20.10. Landtagswahlen in der SBZ u. Berlin	11.10. SMAD genehmigt Gründung des ADN	1946
23.12. SMAD erörtert mit SED Wiederzulassung der SPD	02.12. SMAD-Befehl 333 über Grdg. Ges.-wiss. Fakultäten	1946
30.01.-7.2. SED-Führung in Moskau, Stalin weist an, sich auf Konkurrenz mit SPD einzulassen	14.02. Gesellschaftswiss. Fak. d. Univ. Leipzig gegr.	1947
12.3. Truman-Doktrin	April: Herbert Swope bildet den Terminus Cold War	1947
5.-8.6. Deutsche Ministerpräsidentenkonferenz in München	30.06. Gesellschaft zum Studium d. Kultur d. Sowjetunion gegründet	1947
02.07. Schlußrede Molotows in Paris: Der Kalte Krieg beginnt	1947 holt Rektor Gadamer W. Markov nach Leipzig	1947
20.-24.9. 2. SED-Parteitag, Ulbricht fällt bei Wahlen fast durch	4.-8.10. Dt. Schriftsteller-Kongreß in Berlin	1947

1. Juglar: November 1943 bis Dezember 1952 – Besetzung und Enteignung		
Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft
1948	30.01. Hornhauttransplantation gelingt (GB)	Anfang 1948 umfaßt der Staatssektor 40% der Industrie in der SBZ
1948		09.03. DWK übernimmt zentrale Leitung der SBZ-Volkswirtschaft
1948	30.06. Neuer Transistor (Halbleitertriode) in New York präsentiert, 31.8. Langspielplatte vorgestellt (USA)	20.06. Währungsreform in Westdeutschland
Eintritt in die Juglardepression		
1948		01.07. Beginn des Halbjahrplans in der SBZ
1948	01.10. Neugründung des Dt. Patentamts in München (deutsche Erfinder wieder geschützt)	13.10. A. Hennecke erfüllt Norm mit 387% (24,4 m3 Steinkohle)
1948		1948/49 Angriff auf die Privatwirtschaft in der SBZ
1949	03.02. Malimo-Patent für H. Mauersberger	01.01. Beginn des 2-Jahrplans 1949/50 in der SBZ
1949	01.04. Wasserleitung für die Max-Hütte Unterwellenborn nach 90 Tagen Bauzeit hergestellt	Ab April ist Steuerreform in der SBZ in Kraft
1949		18.5. DWK-Anordnung zur Einführung des Vertragssystems
1949	23.08. Erste sowjetische. Atombombe gezündet	15.07. CDU (West) verabschiedet Erklärung der sozialen Marktwirtschaft
1949	Okt.: US-Wissenschaftler berichten von der Möglichkeit, eine Wasserstoffbombe herzustellen	08.10. Interzonenhandelsabkommen 624 Mill. DM bis 30.6.1950
1949		1949 25% des DDR-Gesamtprodukts für Reparationen und Besatzung
1950	20.01. Beginn des Uranbergbaus im Harz, im Juni wieder eingestellt	01.01. COCOM nimmt Tätigkeit auf
1950		27.03. Senkung der HO-Preise um durchschnittlich 30%
1950	11.06. NWDR nimmt Fernseh-Testbetrieb auf	15.05. UdSSR reduziert Reparationen um 50% auf 3.171 Mill. \$
1950	18.08. Aufbau der EKO bei Fürstenberg beginnt	3. SED-Parteitag (20.-24.7.) beschließt ersten 5-Jahrplan
1950	13.10. Die 1903 gebaute Grete Cords wird erstes DDR-Hochsee-Handelsschiff Vorwärts	29.09. Aufnahme der DDR in den RGW
Eintritt in die Juglarerholung		
1950		1950: 13% des DDR-Gesamtprodukts für Reparationen und Besatzung
1951	01.01. Grundsteinlegung für 1. Hochofen des EKO	01.01. Beginn des ersten 5-Jahrplans der DDR
1951	05.04. Herz-Lungen-Maschine vorgestellt (USA)	26.04. Der FDGB erhält die Leitung der Sozialversicherung in der DDR
1951		13.-15.6. SED-ZK beschließt wirtschaftl. Rechnungsführung in den VEB
1951	07.07. Erste Farb-TV-Sendung des CBS, USA	1950/51 steigen die DDR-Getreideerträge um 28% relativ zum Vorjahr

1. Juglar: November 1943 bis Dezember 1952 – Besetzung und Enteignung		
Politik	Kultur und Wissenschaft	Zeit
26.11. SED-Parteivorstand lädt zum Deutschen Volkskongreß ein	01.11. Kulturbund im US-Sektor Berlins verboten	1947
12.02. SMAD-Befehl 32 stärkt die SBZ-Zentralinstanzen	19.-20.2. Bildungskonferenz der deutschen Kultusminister	1948
20.04. SMAD teilt mit: DWK-Beschlüsse für SBZ verbindlich	12.04. DZfVV erläßt neue Univ.-Zulassungsbestimmungen	1948
29./30.6. 11. SED-PV- Tagung, ‚Partei neuen Typs‘, Wende in der SED-Entwicklung	12.05. Pieck redet erstmals von einer ‚Partei neuen Typus‘	1948
Eintritt in die Juglardepression		
28.7. Shdanow auf Kominform-Tagung	01.07. Bloch in Leipzig berufen	1948
15./16.9. SED-PV-Sitzung Ulbricht proklamiert Nachvollzug der bolschewistischen Revolution,	22.10. Berliner Schloß wird baupolizeilich gesperrt	1948
02.12. Berlin gespalten	04.12. Eröffnung der Freien Universität in Westberlin	1948
25.-28.1. 1. Parteikonferenz d. SED, erklärt Parität für überlebt	01.01. Forschungsinstitut für den wiss. Sozialismus gegr.	1949
18./19.3. Dt. Volksrat nimmt SED-Verfassungsentwurf an	31.03. Kulturverordnung d. DZfVV, Einführung der ABF	1949
15./16.5. Wahlen nach Einheitsliste für 3. deutsch. Volkskongreß	23.05. Neues Statut für alle Hochschulen der SBZ	1949
14.08. Wahlen zum 1. Bundestag der BRD, KPD erhält 5,7%	20.07. Antrittsvorlesung H. Mayers in Leipzig	1949
01.10. Grdg. der VR China, 7.10. Gründung der DDR	01.09. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut gegründet.	1949
11.11. SMAD durch SKK ersetzt	21.12. Stalins 70. Geburtstag wird zelebriert	1949
08.02. Gründung des MfS (hervorgehend aus der K 5)	14.02. SED-Politbüro beschließt Geschichtsmuseum	1950
28.03. Annahme der Einheitslisten durch bürgerliche DDR-Parteien	24.03. Gründung der Deutschen Akademie der Künste	1950
3.-6.5. SED-Führung in Moskau, 25.6. Korea-Krieg beginnt	Mai: Neue Redaktion der Einheit (K. Zweiling abgesetzt)	1950
20.-24.7. 3. SED-Parteitag, Ulbricht wird ZK-Generalsekretär	4.-6.7. 2. Dt. Schriftstellerkongreß, Gründung des DSV	1950
15.10. Volkskammerwahlen nach Einheitslisten	04.10. Gründung d. HS f. Planökonomie in Berlin-Karlshorst	1950
Eintritt in die Juglarerholung		
15.12. Volkskammer beschließt Friedensschutzgesetz	30.12. Letzte Sprengung am Berliner Schloß	1950
30.01. Volkskammer schlägt Gesamtdeutschen Rat vor	22.2. DDR-MR-Beschluß, Hochschulwesen zu reorganisieren	1951
2.-4.3. ‚Münchener‘ KPD-Parteitag sanktioniert Säuberung	17.3.5. SED-ZK-Tagung gegen ‚Formalismus in der Kunst‘	1951
23.05. VR China gliedert Tibet ein	23.-24.6. Konferenz zu Stalins Linguistik-Briefen	1951
09.07. GB und F beenden Kriegszustand mit Deutschland	12.07. Staatl. Kommission f. Kunstangelegenheiten gegr.	1951

1. Juglar: November 1943 bis Dezember 1952 – Besetzung und Enteignung		
Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft
1951		Bis Dez. 1951 sind mehr als 90.000 Neubauernhöfe errichtet
1951	20.12. Erster ‚schneller Brüter‘ in Arco, Idaho	1951 fliehen 165.648 Menschen aus der DDR
1952		Ab 1952 trägt DDR allein Verantwortung für Bau im Wismut-Gebiet
1952	NIKE-Ajax-Raketen werden entwickelt (USA)	28.04. SU übergibt DDR 66 von 213 SAG-Betrieben, sie werden VEB
1952	02.05. Comet 1 (brit. Düsenflugzeug) zivil eingesetzt	08.06. Erste LPG in Merxleben gegründet (24 Neubauern)
1952	Sommer: E. Apel kehrt aus der SU zurück	Aufrüstung kostet 2 Mrd. M in 1 Jahr, 10% der Staatseinnahmen
1952	03.10. Erste britische Atombombe gezündet	02.10. Gesetz zum Schutze des Volkseigentums angenommen
1952	21.12. DFF der DDR beginnt Versuchsprogramm	November 1952 bis Mai 1953 Versorgungsstörungen in der DDR

2. Juglar: Januar 1953 bis Februar 1962 – Kollektivierung der Landwirtschaft und Militarisierung		
Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft
Eintritt in die Juglarprosperität		
1953	01.02. 10% der Niederlande überflutet, 1853 Tote, 72000 Evakuierte	22.01. Pflichtablieferung der Landwirtschaft wird erhöht
1953		20.04. Preiserhöhung für rationierte Lebensmittel in der DDR
1953		28.05. Regierung verordnet Erhöhung der Arbeitsnormen um 10%
1953	12.08. Erste sowj. Wasserstoffbombenexplosion	23.07. Neue Steuerverordnung in der DDR
1953	30.09. A. Picard stellt Tauchrekord (3150m) auf	14.09. Erhöhung der Konsumgüterproduktion beschlossen
1953		Dez.: Generelle Lohnerhöhung in der DDR verordnet
1954	21.01. Erstes Atom-U-Boot (USA) im Dienst	01.01. SU verzichtet auf Reparationen
1954		4. SED-Parteitag beschließt ‚Milliardenprogramm‘
1954	Juni: Erstes AKW am Netz (UdSSR)	06.06. Preissenkung für Schuhe, Backwaren, Schlachtfette u. a. m.
1954	04.08. Volkskammer beschließt Naturschutz-Gesetz	1954 beginnt Flugzeugbau in der DDR
1954		13.09. DDR-Preissenkung für Lebens- u. Genußmittel, Konsumgüter
1954	01.11. ARD-Fernsehen beginnt	01.12. US-Regierung sichert BRD 12,6 Mrd. DM für Aufrüstung zu
1955	05.01. In Südamerika verbindet Bahn Pazifik und Atlantik	06.01. Verordnung über Produktions- und Dienstleistungsabgabe
1955	19.03. Erster Transistorrechner hergestellt (USA)	3.-6.4. Erste Baukonferenz des SED-ZK

1. Juglar: November 1943 bis Dezember 1952 – Besetzung und Enteignung		
Politik	Kultur und Wissenschaft	Zeit
18.10. USA beenden Kriegszustand mit Deutschland	01.09. Philosophisches Fachstudium beginnt in der DDR	1951
Nov.: KPD hat 57,67% ihrer Mitgliedschaft verloren	17.-18.11. Logik-Konferenz; 8.12. Dt. Bauakademie eröffnet	1951
02.01. Kasernierte Volkspolizei erhält sowjetische Waffen	21.12. Institut f. Gesellschaftswiss. b. SED-ZK gegründet	1952
10.03. Erste sowjetische Deutschlandnote	27.03. Berufspraktikum für alle Studenten eingeführt	1952
24.06. SED-Politbüro nimmt Sozialismus-Parole an	13.06. SED-Politbüro inspiziert Museum f. Dt. Geschichte	1952
9.-12.7. 2. SED-Parteikonf. beschließt ‚Aufbau d. Sozialismus‘	06.07. Eröffnung des Museums für Dt. Geschichte	1952
07.10. Militär. Dienstgrade u. neue Uniformen für KVP eingeführt	19.-20.9. Zentrale Hochschulkonferenz	1952
Nov. 52 bis Mai 53: schärfste Form der DDR-Diktatur d. Prol.	1952 gegr. TH Magdeburg, TH Ilmenau, VHS Dresden u. a.	1952

2. Juglar: Januar 1953 bis Februar 1962 – Kollektivierung der Landwirtschaft und Militarisierung		
Politik	Kultur und Wissenschaft	Zeit
Eintritt in die Juglarprosperität		
15.01. DDR-Außenminister Dertinger (CDU) verhaftet	13.01. Prawda-Artikel Stalins über ‚Verschwörer in Ärztekitteln‘	1953
05.03. Tod Stalins (offizielles Datum)	17.03. MEL-Inst. wird MELS-Inst.	1953
16./17.6. Massenstreiks und Ausnahmezustand in der DDR	Mai: D. Z. f. Phil. beginnt zu erscheinen	1953
22.07. SED-Politbüro-Sitzung: Ulbricht triumphiert	Aug.: Grotewohl verhindert Einstellung der Täglichen Rundschau	1953
07.09. Chrutschow wird 1. Sekretär des KPdSU-ZK	G. Klaus aus Jena nach Berlin für Logik und Erkenntnistheorie	1953
16.-23.12. Geheimprozeß gegen Berija, Hinrichtung	1953: Gründung der HS f. LPG Meißen, HS f. L. Bernburg	1953
23.01. Zaisser und Herrnstadt aus SED ausgeschlossen	18.1. Ministerium für Kultur der DDR gebildet	1954
25.03. SU erklärt DDR für souverän; 30.3.-6.4. 4. SED-Parteitag	07.03. R. O. Gropp greift W. Harich an	1954
08.06. Dertinger zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt	17.06. Ges. z. Verbreitung wiss. Kenntnisse gebildet	1954
Juli: K. Hamann wird zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt	1954: Evangelischer Kirchentag in Leipzig	1954
17.10. Volkskammerwahlen nach Einheitsliste	Sept.: 12 DDR-Philosophen zum 4. Kongreß d. AGfPh	1954
12.11. Erste Bundeswehrsoldaten	1954 Medizin. Akad. Magdeburg, Dresden, Erfurt gegr.	1954
25.01. SU erklärt Ende des Kriegszustands mit Deutschland	07.01. Dibelius: Jugendweihe und Konfirmation unvereinbar	1955
Ende März: Geheimprozeß gegen Paul Merker	18.03. E. Bloch wird Mitglied der DAW	1955

2. Juglar: Januar 1953 bis Februar 1962 – Kollektivierung der Landwirtschaft und Militarisierung		
Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft
Eintritt in die Juglarrezession		
1955	23.06. Caravelle (französ. Düsenflugzeug) präsentiert	01.06. Ulbricht hebt wieder Bedeutung der Schwerindustrie hervor
1955	31.08. Aufbau des BKW ‚Schwarze Pumpe‘ beginnt	18.08. Verordnung über Bildung von PGH, Musterstatut. LPG I u. II
1955	22.10. UdSSR zündet transportable H-Bombe und übernimmt die Führung im nuklearen Wettrüsten	27.10. SED-ZK kündigt Staatsbeteiligung an Privatunternehmen an
1955		1955 erfüllt die VE Industrie Jahresplan nicht, die private mit 102,9%
1956	03.01. Bahnverbindung Peking-Moskau hergestellt	01.01. Zweiter 5-Jahrplan beginnt; BRD-BSP stieg um 60% seit 1951
1956	14.04. Flugzeugträger U.S.S. Saratoga im Dienst	31.03. 959 DDR-Betriebe mit Gesamtkapital von 151.657 Mill. M haben 46.628 Mill. M volkseigenen Anteil
1956	27.05. TU-104 in Zürich vorgestellt. 3.6. Für den Haushalt erster Geschirrspüler in Dortmund präsentiert	17.07. Vereinbarung zur Herabsetzung der Kosten der GSSD um 50%
1956	17.10. AKW Calder Hall geht ans Netz	01.10. HO beginnt mit Teilzahlungsverkäufen
1956		1956: 144 Betriebe mit staatl. Beteiligung (14.331 Beschäftigte)
1957	01.01. Probelauf des Wankel-Motors (Drehkolbenmotor)	19.01. Volkskammer beschließt 45-Stunden-Woche
1957	11.03. Mikrowellenherd in Köln vorgestellt	21.03. DDR-Ministerrat beschließt Kohle- u. Energieprogramm
1957	15.05. Sowj. Versuche mit Interkontinentalraketen beginnen in Baikonur	18.-22.6. 8. RGW-Tagung empfiehlt gemeinsame Perspektivpläne
1957		01.08. Deutsche Bundesbank nimmt ihre Tätigkeit auf
Eintritt in die Juglardepression		
1957	04.10. Start des Sputnik	Okt.: SED-ZK-Tagung zur Agrarpolitik Genossenschaftsbildung
1957	07.11. Erster Trabant läuft vom Band	1957 erhält DDR Kredit von 75 Mill. Rubel von der UdSSR
1958	01.02. Erster US-Satellit Explorer 1	8./9.1. Volkskammer beschließt zweiten 5-Jahrplan 1956/60
1958	02.03. Antarktis erfolgreich durchquert (GB)	Seit 1958 verwendet der RGW zur Orientierung Weltmarktpreise
1958	06.05. Grundig stellt Stereo-Musiktruhen vor	28.05. Volkskammer beschließt Abschaffung der Lebensmittelkarten
1958	08.08. Melioration der Friedländer Großen Wiese wird Jugendobjekt	5. SED-Parteitag verkündet, BRD bis Ende 1961 zu überholen
1958		22.09. Industrie- und Handelskammern den Bezirksräten unterstellt
1958	04.12. Erstflug des DDR-Düsenflugzeugs B 152 (konstruiert von B. Baade)	Nov. Chemieprogramm verkündet (sowjetisches Erdöl)
1959		Jan.: SU beschließt einen Siebenjahrplan
1959	04.03. Absturz der B 152 bei Dresden	26.03. Staatsbeteiligungsverordnung, 9.4. Neue LPG-Musterstatuten

2. Juglar: Januar 1953 bis Februar 1962 – Kollektivierung der Landwirtschaft und Militarisierung		
Politik	Kultur und Wissenschaft	Zeit
Eintritt in die Juglarrezession		
11.-14.5. Warschauer Pakt, DDR darf mitunterzeichnen	15.-16.6. Zentrale Hochschulkonferenz in Leipzig	1955
18.-23.7. Genfer Gipfelkonf., dt. Teilung endgültig	05.07. SED-PB-Geschichtsbeschuß	1955
8.-14.9. Adenauer in Moskau, diplomat. Beziehungen BRD-SU	Sept.: Zehnjahresschule beginnt in der DDR	1955
24.11. SfS wird wieder MfS	2.-3.12. Zweite Hochschulkonferenz des SED-ZK in Leipzig	1955
18.01. Bildung der NVA beschlossen	9.-14.1. Vierter DDR-Schriftstellerkongr.: Soz. Realismus	1956
24.-30.3. 3. SED-Parteikonferenz (Chruschtschows Geheimrede)	8.-10.3. Freiheitskonferenz der DAW	1956
28./29.6. Streiks und Unruhen in Poznan: ca. 60 Tote	30.06. KPdSU-ZK-Beschluß über den Personenkult	1956
27.-29.7. 28. SED-ZK-Tagung beschließt zu rehabilitieren	18.07. R. Havemann greift im ND Dogmatismus an	1956
23.10. Sympathiekundgebung in Budapest für Polen	01.09. Kadettenanstalt Naumburg eröffnet	1956
04.11. Einmarsch der Sowjetarmee in Budapest	29.11. Harich, Steinberger, Hertwig verhaftet	1956
31.1.-1.2. 30. SED-ZK-Tagung, gegen Revisionismus	05.02. SED-PB lehnt Zeitungsprojekt ‚Die Republik‘ ab	1957
März: Truppenstationierungsvertrag DDR-SU (20 sowj. Div.)	7.-9.3. Prozeß gegen Harich (10 Jahre Haft) u. a.	1957
27.05. Memorandum der BRD zur dt. Frage der SU übersandt	04.05. Staatssekr. f. Hoch- u. Fachschulen gegen ‚Verbürgerlichung‘	1957
Aug.: Chruschtschow besucht die DDR	23.-26.7. Prozeß gegen Janka, Zöger, Wolf	1957
Eintritt in die Juglardepression		
15.10. VR Jugoslawien erkennt DDR an	10.09. ‚Reue‘-Brief J. R. Bechers an das SED-ZK	1957
11.12. Volkskammer nimmt Strafrechts-ergänzungsgesetz an	Nov.: Internationale KP-Konferenz in Moskau	1957
3.-6.2. 35. SED-ZK-Tagung, Ausschluß Schirdewans u. a.		1958
19.-21.3. Konstituierende Sitzung des Europäischen Parlaments	2.-3.4. Babelsberger Konferenz über DDR-Rechtswesen	1958
29.6. M. Fechner wieder SED-Parteimitglied (ND Mitteilung)	1958: ‚Bund evangelischer Pfarrer in der DDR‘ gegr.	1958
10.-16.7. 5. SED-Parteitag beschließt, BRD zu überholen	Ulbricht verkündet 10 Gebote sozialistischer Moral	1958
28.9. 79,25% der Franzosen für die neue Verfassung	2.-4.9. Prozeß gegen Langer, Schweikert, Messelken	1958
27.11. SU kündigt Besatzungsstatut von Berlin	20.-30.12. Prozeß gegen Saar, Crüger, Gülzow	1958
Jan.: F. Castro siegt auf Kuba, zieht am 8.1. in Havanna ein	05.01. Eröffnung der Militärakademie Dresden	1959
04.04. NATO-Rat erneuert Berlin-Garantie	24./25.4. Erste Bitterfelder Konferenz	1959

2. Juglar: Januar 1953 bis Februar 1962 – Kollektivierung der Landwirtschaft und Militarisierung		
Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft
1959	02.05. Bau des Erdölverarbeitungswerks Schwedt	22.05. In der DDR leben 17.310.670 Menschen
1959	26.07. Hovercraft überquert erstmals Ärmelkanal	24.07. ND: Es wird keine Zwangskollektivierung geben
1959	12.09. Lunik 2 erreicht den Mond	01.10. Volkskammer beschließt Siebenjahrplan 1959/65
1959	10.11. Erstes künstliches Antibiotikum (USA)	13.12. Kreis Eilenburg als erster voll genossenschaftlich
Eintritt in die Juglarerholung		
1960	13.02. Erster französischer Atombombenversuch (Sahara)	Jan.: SPK rechnet für 1965 mit Überholung Westdeutschlands
1960	01.04. Erster Wettersatellit Tiros 1 im Orbit (USA)	14.04. Karl-Marx-Stadt meldet als letzter Bezirk Vollkollektivierung
1960	1960: funktionsfähiger DDR-Industrieroboter	Ende Mai bewirtschaften 19345 LPG 85% der LNF der DDR
1960	26.08. Zweiter Prototyp der B 152 in Flugprobung	16.08. Zusatzvereinbarung zum Berliner Abkommen abgeschlossen
1960	23.09. Europabrücke Kehl-Straßburg eröffnet	30.09. Bundesregierung kündigt Interzonenhandelsabkommen
1960	1960 haben 6,2% der DDR-Haushalte Waschmaschinen	30.11. Gespräch Ulbricht-Chruschtschow über DDR-Wirtschaftslage
1961	01.02. Erster Start einer US-Interkontinentalrakete	18.01. Entwurf zu 'Ursachen der wirtschaftl. Schwierigkeiten' der DDR
1961	12.04. Erster Raumflug J. Gagarins	März: SED-ZK beschließt Demontage der Flugzeugindustrie
1961	17.06. AKW Kehl a. Rhein geht ans Netz	Anfang Mai gibt SPK den Siebenjahrplan auf ('präzisiert' ihn)
1961	05.07. Erste Mehrstufenrakete Shavit 2 gestartet	Sommer: Mißernte in der DDR-Landwirtschaft
1961		10./11.10. Wirtschaftskonferenz des SED-ZK u. d. DDR-Ministerrats
1961	19.11. Verdacht gegen Contergan erstmals geäußert	1961 werden in der DDR 92.000 Wohnungen neu- u. ausgebaut
1962	16./17.2. Sturmflutkatastrophe in Hamburg	Febr.: SED-ZK beschließt letzte Änderung des 7-Jahrplans

2. Juglar: Januar 1953 bis Februar 1962 – Kollektivierung der Landwirtschaft und Militarisierung		
Politik	Kultur und Wissenschaft	Zeit
11.05. Genfer Außenminister-Konferenz unter Teilnahme beider deutscher Staaten beginnt	Mai: F. Behrens muß Ms. über Ware, Wert und Wertgesetz überarbeiten	1959
01.10. Kurt Vieweg zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt	01.09. Abitur mit Facharbeiterbrief gekoppelt	1959
13.-15.11. SPD-Parteitag in Bad Godesberg	02.12. Zehnjährige Schulpflicht für die DDR beschlossen	1959
Eintritt in die Juglarerholung		
10.02. Bildung des Nationalen Verteidigungsrats der DDR	Ab 1960 Plan für Ökonomieforschung in der DDR	1960
18.03. Wehner erklärt Deutschlandplan der SPD für obsolet	15.03. SED-PB Beschluß zu Kirchenfragen	1960
05.05. Umsiedlung des SED-PB nach Wandlitz beschlossen	15.05. Die Sorgen und die Macht (P. Hacks) uraufgeführt	1960
12.07. SED-PB ordnet sich den DDR-Ministerrat unter	23.07. Sitzung der Akademie der Künste: P. Huchel	1960
12.09. Staatsrat der DDR wird gebildet (Ulbricht Vors.)	27.10. P. Huchel bietet seinen Rücktritt an	1960
15.-17.12. B. Leuschner vor SED-ZK: Kein Überholen der BRD	1960 gibt es in der DDR 44 Univ. und HS	1960
30.01. Rechtspflege-Beschluß des DDR-Staatsrates	Jan.: Auseinandersetzung mit Kurt Bartels (Kuba)	1961
März: Warschauer Pakt gibt keine Genehmigung für Mauer	21.03. G. Grass liest in Leipzig (eingeladen von H. Mayer)	1961
3.-4.6. Treffen Kennedys mit Chruschtschow in Wien	1961 wird W. Markov in die DAW gewählt	1961
13.08. Abschließung der DDR-Grenze, Mauerbau beginnt	1961 bildet sich Forschungsgemeinschaft Soziologie	1961
20.09. Volkskammer beschließt DDR-Verteidigungsgesetz	20.09. Brief Blochs an die DAW: Keine Rückkehr in die DDR	1961
1961 hat die NVA 100.000 Mann	Dez.: Abusch: Es gib keine einheitliche deutsche Kultur	1961
24.01. Volkskammer beschließt allgemeine Wehrpflicht	21.02. Sektionssitzg. an der AdK: Kritik an P. Huchel	1962

3. Juglar: März 1962 bis April 1971 – Die Wirtschaftsreform und ihr Scheitern		
Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft
Eintritt in die Juglarprosperität		
1962	1962 beginnt Pro-Malimo-Kampagne in der DDR	Zwischen Herbst 1961 und Herbst 1962: auf SED-ZK-Tagungen, es wird über die Notwendigkeit ökonomischer Reformen debattiert
1962	20.07. Erste Fernschbildübertragung per Satellit	Sommer: Ulbricht ersetzt Planungschef K. Mewis durch E. Apel
1962	15.09. Mont-Blanc-Tunnel (11,6 km) eingeweiht	Sept.: Liberman-Diskussion in der SU durch SED aufgegriffen
1962	01.11. Sowjetische Raumsonde Mars I startet	20.12. SED-Politbüro berät ‚Grundsätze eines ökonomischen Systems ...‘
1963	31.01. Zunahme radioaktiv verseuchten Regens	Anfang Jan.: E. Apel wird Leiter der SPK, Febr./März arbeitet eine
1963	30.04. Fehmarnsundbrücke (963 m) übergeben	Gruppe unter W. Halbritter am Grundriß ‚ökonomischer Hebel‘
1963	16.06. V. Tereschkova mit Vostok 6 im Orbit	Juni: Präsidium d. DDR-Ministerrats verkündet NÖSPL
1963	05.08. Atomteststoppabkommen	Sommer: Mißernte in der DDR-Landwirtschaft
1963	16.10. US-Satellit Vela 1 im Orbit	01.09. Bildung der Interflug (DDR-Luftfahrtges.)
1963	18.12. Erdölfernleitung in Schwedt eingeweiht	1963 reduziert SU Lieferungen (Getreide, Walzstahl) in die DDR
1964	Jan.: Insulinsynthese gelingt an der TH Aachen	01.01. DDR-Wirtschaftsreform beginnt
1964	Senkrechtstarter VJ 101 C/X 1 vorgestellt	01.04. Erste Etappe der DDR-Industriepreisreform tritt in Kraft
1964	13.06. Nuklearschiff Otto Hahn läuft vom Stapel	Frühjahr: Im SED-ZK werden ‚sozialistische Millionäre‘ im NÖS befürchtet
Eintritt in die Juglarrezession		
1964	15.07. Grundsteinlegung für Aufbau von Halle-West	19.08. Material Wolfs für Ulbrichts Referat zum Perspektivplan
1964	16.10. Erste Atombombe in China gezündet	Okt.: Breshnew zu Ulbricht: DDR stellt sich ungenügend auf die SU ein
1964	Nov.: US-Raumsonde zum Mars startet (Fehlschlag)	01.12. Zwangsumtausch tritt in Kraft
1965		01.01. Zweite Stufe der Industriepreisreform in der DDR beginnt im
1965	18.03. A. A. Leonow verläßt im Orbit Voschod 3	April: Gruppe um G. Mittag bewertet Arbeit der SPK als richtig
1965	25.06. Luftkissenboot in München vorgestellt	15.06. VWR informiert über Probleme in Privatbetrieben
1965	16.07. Montblanc-Tunnel eröffnet	15.07. Kritik an der SPK durch Gruppe um G. Mittag
1965	15.10. XB-70a fliegt dreifache Schallgeschwindigkeit	17.09. DDR-Delegation ohne E. Apel nach Moskau
1965	08.12. Anti-Protonen in kurzwelligem Licht gezeigt	27.-30.11. Breshnew in der DDR, 03.12. E. Apel begeht Selbstmord
1966	03.02. Luna 9 landet auf dem Mond	14.01. DDR-Staatsrat vereinfacht staatliche Wirtschaftsführung

3. Juglar: März 1962 bis April 1971 – Die Wirtschaftsreform und ihr Scheitern		
Politik	Kultur und Wissenschaft	Zeit
Eintritt in die Juglarprosperität		
April: SED-PB billigt ‚Vorlage über ... sozialist. Rechtspflege‘		1962
10.05. Heinz Brandt zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt	15.06. Bredel, Hermlin diskutieren erneut mit Huchel	1962
02.08. Auflösung der sowjetischen Stadtkommandantur in Berlin	12.07. Mitteilung über Einstellung der ABF	1962
20.10. US-Seeblockade gegen Kuba, 22.-28.10. Kuba-Krise	09.09. E. Liberman: ‚Plan, Gewinn, Prämie‘ (Prawda)	1962
	Letztes Heft <i>Sinn und Form</i> (1962) 5/6 Peter Huchels	1962
11.01. K. Mewis wird seiner Posten enthoben	6. SED-Parteitag leitet liberale Kulturpolitik ein	1963
15.-21.1.: 6. SED-Parteitag	10./12.4. ZK über Grundriß d. Gesch. d. Arbeiterbewegung	1963
14.05. Beschluß über Bildung der ABI	27.-28.5. Kafka-Konferenz in Liblice, CSR.	1963
Sommer 63: Offener Streit zwischen der UdSSR und der VR China	15.07. E. Bahr: Wandel durch Annäherung, Vortrag in Tutzing	1963
15.10. Adenauer tritt als Bundeskanzler zurück	21.09. Jugendkommuniqué des SED-ZK	1963
17.12. Passierscheinprotokoll für Westberliner	5.-7.12. Konferenz Moderne Naturwiss. u. Atheismus	1963
16.2. W. Brandt zum SPD-Vorsitzenden gewählt	Seit 1964 wird die DDR-Soziologie institutionalisiert	1964
15.4. SED-ZK gegen ‚Spaltungspolitik der chinesischen Führer‘	12./13.3. Angriffe gegen R. Havemann	1964
16.-18.5. Zweites Deutschlandtreffen der FDJ in Berlin	Jugendsender DT 64 entsteht	1964
Eintritt in die Juglarrezession		
01.07. Gründung der PLO in Jerusalem	Aug.: Probenummer des „Profil“ ist fertig (DDR-Spiegel)	1964
15.10. Ersetzung Chruschtschows durch Breshnew	Herbst: K. Turba wird Leiter der Jugendkommission	1964
1964 können DDR-Wehrpflichtige Bau-soldaten werden	18.12. W. Harich und K. Vieweg freigelassen	1964
07.02. Zweiter Vietnamkrieg beginnt	25.02. DDR-Gesetz über einheitliches Bildungswesen	1965
14.04. Marsch auf Washington (gegen den Vietnamkrieg)	22.-24.4. DDR-Philosophie-Kongreß: Wiss.-techn. Revolution	1965
26.05. G. Dertinger ist Reststrafe erlassen worden (ND-Mitteilg.)		1965
05.08. Krieg zwischen Indien und Pakistan beginnt	W. Eichhorn: Wie ist Ethik als Wissenschaft möglich?	1965
11.10. SED-ZK-Sekretariat tagt ohne Ulbricht	Okt.: Ulbricht verwendet ‚Militärdoktrin der DDR‘	1965
27.-30.11. Breshnew in Berlin	15.-18.12.: 11. SED-ZK-Tagung (Desaster der Kulturpolitik)	1965
11.02. Offener Brief des SED-ZK an SPD-Parteitag	12.01. Kulturminister Bentzien abberufen	1966
18.03. SPD antwortet auf Offenen Brief	01.04. Mitteilung über Ausschluß Havemanns aus DAW	1966

3. Juglar: März 1962 bis April 1971 – Die Wirtschaftsreform und ihr Scheitern		
Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft
1966	16.03. Gemini 8 gelingt Kopplungsmanöver	März: Einige VVB führen Produktionsfondsabgabe ein
1966	09.05. Atomkraftwerk Rheinsberg geht in Betrieb	23.05. Rückstand von 6 Jahren in der Halbleiterprod. (Minister Steger)
1966	19.08. Luna Orbiter I sendet Erdaufnahmen	
1966	1966: Laser erfunden	15.09. Kommerzielle Koordinierung (KoKo) offiziell etabliert
Eintritt in die Juglardepression		
1966	21.12. AEG erhält Patent für Glasfaser-Lichtwellenleiter-Technologie	Dez.: Ulbricht kritisiert Plankommission und VVB
1967		Seit 1967 Investitionen in ‚strukturbestimmende Zweige‘ der Volkswirt.
1967	Mitte 1952 bis Mitte 1967 verringert sich DDR-LNF wegen der Bauland-Bereitstellung um ca. 200.000 h (3%)	3./4.4. Langfristiges Wirtschaftsabkommen DDR-SU abgeschlossen
1967		03.05. DDR-Ministerrat beschließt 5-Tage-Woche ab 28.8.1967
1967	25.08. Farbfernsehen beginnt in der BRD	Juli: 2. SED-ZK-Tagung beschließt, Kombinate zu bilden
1967	21.09. Minikamera in Japan vorgestellt	14.09. DDR-Verordnung über Wohnraumlenkung
1967	07.11. Kairo erhält Strom aus Assuan	Seit 1967 duldet DDR-Führung Kauf im Intershop durch DDR-Bürger
1968	10.01. Surveyor 7 landet auf dem Mond.	12.02. Schürer informiert Ulbricht über Baibakows Japan-Reise
1968	01.03. DDR-Verordnung über Standortverteilung von Investitionen	22.04. Staatsrat beschließt weitere Maßnahmen zum ÖSS
1968		Juni: Grundsatzregelung zur Gestaltung des ÖSS
1968	31.07. Luftkissenbootverkehr auf dem Ärmelkanal beginnt.	01.07. Rentenerhöhung tritt in Kraft (Staatsratsbeschluß v. 15.3.1968)
1968	22.09. Abu Simbel-Grabmal 65 m höher verlegt	15.11. Volkskammer verabsch. Versicherungsgesetz f. d. Wirtschaft
1968	24.12. Apollo 8 umkreist den Mond	
1969	09.02. Jungfernflug der Boeing 747	22.-23.1. Konferenz d. ‚Schrittmacher und Neuerer der Wirtschaft‘
Eintritt in die Juglarerholung		
1969	2.3. Jungfernflug der Concorde	05.03. G. Schürer: Unser System hat nichts mit Liberalisierung zu tun
1969		12.05. Volkskammer beschließt Staatshaftungsgesetz
1969	20./21.7. Landung auf dem Mond (USA)	27.08. Erhöhung des Kindergelds in der DDR, 3. Kind 50 M/monatlich
1969	3.10. II. DDR- Fernsehprogramm eröffnet, in der DDR beginnt das Farbfernsehen	10.09. DDR-Ministerrat beschließt Energieverordnung
1969		1969 umfaßt berufstätige DDR-Bevölkerung 8,17 Mill. Menschen
1970	11.2. Start eines japanischen Satelliten	Im Winter 1969/70 kommt es zu wirtschaftl. Einbrüchen in der DDR
1970	20.3. Raumtransporter X 24 im Jungfernflug (USA)	12.03. Verordnung über Kooperationsgemeinschaften

3. Juglar: März 1962 bis April 1971 – Die Wirtschaftsreform und ihr Scheitern		
Politik	Kultur und Wissenschaft	Zeit
26.05. Unterhändler von SED und SPD einigen sich	01.06. Brief Ulbrichts an K. Jaspers	1966
01.07. Rückzug Frankreichs aus Militärintegration der NATO	1966 wird das Zentralinstitut für Jugendforschung gegr.	1966
Okt.: Die indonesische Regierung gibt 500.000 Tote an	3.-11.9. Int. Hegelkongreß in Prag: Rechtsphilosophie	1966
Eintritt in die Juglardepression		
01.12. Große Koalition in Bonn im Amt (Kiesinger BK)	1966 beginnt sich die UdSSR-Dissidenz zu formieren	1967
20.02. Gesetz über DDR-Staatsbürgerschaft	2.-3.2. Vierte Hochschulkonferenz	1967
17.-22.4.: 7. SED-Parteitag	SED-Parteitag wählt Christa Wolf nicht mehr ins ZK	1967
11.05. Stoph an Kiesinger, 13.6. Kiesinger an Stoph	Mai: Wörterbuch der Kybernetik erscheint	1967
Juli: Hilde Benjamin als DDR-Justizministerin abgelöst	19.07. Bildung von Frauensonderklassen an allen Fachschulen	1967
Seit Herbst Streit in der KPČ, Novotny erhält keine UdSSR-Hilfe	26.10. 450-Jahr-Feier der Reformation in Wittenberg	1967
01.12. Volkskammer: Sozialistische Verfassung erarbeiten	1967 Fürstenwalder Erklärung für Einheit der EKD	1968
04.01. Novotný wird abgelöst; 5.1. A. Dubček wird GS d. KPČ	10.01. KB über Kultur u. sozialistische Menschengemeinschaft	1968
06.04. Volksentscheid über neue DDR-Verfassung	März: Studentenrebellion in Polen	1968
12.06. DDR führt Paß- und Visazwang für Westdeutsche ein	Mai.: Höhepunkt der Studentenbewegung im Westen	1968
20./21.8. Einmarsch in die ČSSR (80% sowjetische Truppen)	01.08. Bezug von DDR-Zeitungen in der BRD erlaubt	1968
26.09. Pravda publiziert erstmals ‚Breshnew-Doktrin‘	12.10. Aufnahme des DDR-NOK in das IOC	1968
1968 erreicht Kriminalität in der DDR ihren Tiefpunkt	23.11. W. Wünsche: Militärdoktrin der DDR, (ND)	1969
02.02. Tito und Ceauşescu gegen Intervention in der ČSSR	16.01. Selbstverbrennung Jan Palachs in Prag	1969
Eintritt in die Juglarerholung		
März: Konfrontation am Ussuri zwischen China und der UdSSR	03.04. Staatsratsbeschluß über 3. Hochschulreform	1969
10.05. Aufnahme diplomatischer Beziehungen DDR-Irak	1968/69 Jugendweihe mit 90,9% der DDR-Jugendlichen	1969
07.08. Westmächte bieten UdSSR neues Berlin-Gespräch an	15.-17.8. Woodstock-Festival bei New York	1969
21.10. Sozial-liberale Koalition in Bonn im Amt	1969: Bund d. evangel. Kirchen in der DDR gegr.	1969
Dez.: Verhandlungen UdSSR-BRD beginnen	1969: K. Braunreuther seiner Funktion enthoben	1969
22.01. Brandt teilt Stoph Verhandlungsbereitschaft mit	18.2. Hessen beschließt Grdg. d. Hochschule Kassel	1970
19.03. Brandt-Stoph-Treffen in Erfurt	02.04. Ausschuß Biermanns aus DDR-PEN scheitert	1970

3. Juglar: März 1962 bis April 1971 – Die Wirtschaftsreform und ihr Scheitern		
Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft
1970	14.5. DDR-Landeskulturgesetz beschlossen	Juni: SED-ZK kritisiert G. Mittag hinsichtlich der Planziele für 1970
1970	21.7. Assuan-Staudamm fertiggestellt	Sommer: Im SED-PB beginnt Korrektur der Wirtschaftspolitik
1970	24.9. Luna 16 kehrt mit Mondgestein zur Erde zurück	21.10. Breschnew lehnt Ulbrichts Wünsche (Rohstahl u. Lebensm.) ab
1970	1970 legt DDR-MR fest, jährlich sind ein Umweltbericht vorzulegen und eine	9.-11.12. SED-ZK analysiert Erfüllung des Perspektivplans
1971	Woche der sozialist. Landeskultur zu veranstalten.	29.01. Preissenkung für Textilien und Industriewaren
1971		25.03. Ulbricht verwirft ZK-Konzeption des 5-Jahrplans 1971/75

4. Juglar: Mai 1971 bis Juni 1980 – Die kreditierte Sozialpolitik		
Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft
Eintritt in die Juglarprosperität		
1971	18.05. Elektromobil (Opel) erreicht 240 km/h	8. SED-Parteitag beschließt ‚Hauptaufgabe‘ des 5-Jahrplans 1971/75
1971	26.7.-7.8. Apollo 15 (Mondlandung)	Aug.: SED-PB plant Verstaatlichungen bis 1975 zu strecken
1971	11.10. Transrapid 02 in München demonstriert	21.10. MR beschließt privaten Wohnungsbau für Arbeiter
1971	1971 wird der erste Taschenrechner hergestellt (USA)	19.11. Preisstopp für Konsumgüter verkündet
1972	08.01. AKW Stade geht ans Netz	Jan.: Visafreier Reiseverkehr zwischen DDR, Polen, CSSR eröffnet
1972	16.-27.4. Apollo 16 (Mondlandung)	02.04. Visafreier Reiseverkehr zwischen DDR und Rumänien eröffnet
1972	1972 beginnt in den USA die Haushaltsausrüstung mit Kabel-TV-Empfangsanlagen	Mai: ‚Mini-Pille‘ zur Schwangerschaftsverhütung im Handel
1972		6.-7.7. SED-ZK schließt Verstaatlichung ab (rd. 11.400 Betriebe)
1972	28.10. Erster Airbus A 300 startet	01.09. DDR-Sozialpaket wird wirksam
1972	7.-19.12. Apollo 17, letzte Mondlandung	07.11. Grete Wittkowski zu Zahlungsbilanzproblemen der DDR
1973	16.01. Luna 21 setzt Lunochod 2 auf dem Mond ab	18.01. Stoph verfügt Verkauf von Kunstgütern (55 Mill. VM)
1973	14.05. Erste US-Raumstation Skylab startet	24.04. SED-PB beschließt monatliche Verschuldungsinformation
1973	30.08. Bosphorusbrücke verbindet Europa und Asien	01.06. Halbritter meldet: Verbraucherpreissubventionierung ist von 8,8 Mrd. M 1971 auf 9,8 Mrd. M 1972 gestiegen.
Eintritt in die Juglarrezession		
1973	26.10. Jungfernfug des dt.-französ. Alpha-Jet	02.10. SED-ZK beschließt Wohnungsbauprogramm 1976/90
1973	17.11. Beschluß über Bau des Ärmelkanaltunnels	04.11. Krolkowski läßt Schulden bis 1977/78 hochrechnen
1974	Debatte in Freiberg/Sachsen über Luftbelastung	01.01. DDR wird 124. Mitglied der ILO

3. Juglar: März 1962 bis April 1971 – Die Wirtschaftsreform und ihr Scheitern		
Politik	Kultur und Wissenschaft	Zeit
21.05. Stoph-Brandt- Treffen in Kassel	04.05. Vier Studenten auf dem Univ.-Gelände von Kent bei Demonstration erschossen	1970
12.08. Moskauer Vertrag BRD-UdSSR		1970
29.10. BRD und DDR kündigen Verhandlungen an	15.09. Akademie der Pädagogischen Wiss. der DDR gegr.	1970
27.11. M. Kohl-E. Bahr-Gespräch beginnt in Berlin	1970 haben 69,1 % der DDR-Haushalte Fernsehen	1970
21.01. SED-PB-Mehrheit bittet Breshnew um Entlassung Ulbrichts	13.02. ND meldet H. Müllers Telegramm an das Hamburger Lessingpreiskollegium	1971
12.04. Ulbricht u. Honecker bei Breshnew		1971

4. Juglar: Mai 1971 bis Juni 1980 – Die kreditierte Sozialpolitik		
Politik	Kultur und Wissenschaft	Zeit
Eintritt in die Juglarprosperität		
03.05. Ulbricht durch Honecker ersetzt, 15.-19.6. 8. SED-Parteitag wählt E. Honecker zum 1. ZK-Sekretär	Ab 1971 zentraler Forschungsplan für die Gesellschaftswiss.	1971
03.09. Berlin-Abkommen der 4 Mächte unterzeichnet	14.10. DDR-Gesellschaftswissenschaftler-Tagung	1971
17.12. M. Kohl u. E. Bahr unterzeichnen Transitabkommen	1971 Bischof A. Schönherr: Kirche im Sozialismus	1971
01.01. Öffnung der DDR-Grenzen zu Polen und zur CSSR	11.01. SED-PB bestimmt Soziologie-Forschungsprogramm	1972
März: Volkskammer erläßt Gesetz zur Schwangerschaftsunterbr.	04.03. Die Kipper (Volker Braun) uraufgeführt	1972
12.05. E. Bahr u. M. Kohl paraphieren den Verkehrsvertrag	Mai: Aide-Memoire Hermlins für Honecker	1972
13.07. Honecker an Breshnew: „... die Arbeit von den letzten Erscheinungen der Ausbeutung“ befreit		1972
08.10. Diplomat. Beziehungen DDR-Indien aufgenommen	Beuys besetzt Kunstakademie-Sekretariat Düsseldorf	1972
21.12. M. Kohl u. E. Bahr unterzeichnen Grundlagenvertrag	07.11. SED-PB über Agitation u. Propaganda	1972
27.01. Waffenstillstand für Vietnam in Paris unterzeichnet	W. Harich attackiert H. Müller in <i>Sinn und Form</i>	1973
März: Breshnew zu Stoph: Brandt unterstützen!	05.03. DDR akkreditiert westdeutsche Journalisten	1973
12.06. DDR beantragt Aufnahme in die UNO	Mai: Selbstkritik G. Klaus' erscheint in der DZfPh	1973
01.08. Tod Ulbrichts, 07.08. Staatsbegräbnis Ulbrichts	Der <i>Archipel Gulag</i> erscheint im Westen	1973
Eintritt in die Juglarrezession		
18.09. DDR wird 133. UNO-Mitglied, BRD das 134.	23.10. DDR-Außenminister: Es gibt keine dt. Frage!	1973
18.12. Abkommen DDR-GB unterzeichnet		1973
Febr.: Botschaft Honeckers an Wehner	13.02. A. Solschenizyn aus der UdSSR ausgebürgert	1974

4. Juglar: Mai 1971 bis Juni 1980 – Die kreditierte Sozialpolitik		
Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft
1974	19.03. DDR-Regierung: keine Umweltberichte mehr	März: Honecker weist an, ein Generalsekretärskonto zu errichten
1974	Woche der soz. Landeskultur fällt aus.	Bankexperten bearbeiten nach 1974 Bilanzprobleme z. T. nicht mehr existierender verstaatlichter Betriebe
1974	1974 wird ‚Verursachung einer Umweltgefahr‘ als Tatbestand in das DDR-Strafgesetzbuch aufgenommen	01.07. Preissenkungen zu 10-30% für Damentextilien in der DDR
1974		1974 erreicht die KUA einen Ertrag von 11 Mill. VM
1975	22.01. Fernsehsatellit ‚Symphonie‘ eingeweiht	01.01. Erhöhung des Mindesturlaubs von 15 auf 18 Tage tritt in Kraft
1975	01.04. Bericht über Bedrohung der Ozonschicht durch Fluorchlorkohlenwasserstoffe (USA)	Frühjahr 1975: RGW-Preisexplosion für Roh- u. Brennstoffe führt zu Mehrbelastungen von 25-30 Mrd. M.
1975		30./31.5. Kohle- und Energiekonf.
1975	15.07. Apollo-Sojus-Unternehmen	28.08. Beschluß über Intensivierung der Landwirtschaft
1975	Okt.: Programmiersprache Basic vorhanden	24.09. OPEC-Konferenz beschließt Preiserhöhung um 10%
1975	1975 haben 73% der DDR-Haushalte Waschmasch.	1975 haben abgeschriebene Ausrüstungen 14,5% Anteil am Bruttowert
Eintritt in die Juglardepression		
1976	21.01. Concorde nimmt Linienflug auf	Ab etwa 1976 wird Entwicklung der DDR-Mikroelektronik forciert
1976	1976 beginnen die Entwicklungsarbeiten für den sowjetischen Shuttle Buran	25.06. Arbeiterunruhen in Polen wegen Preiserhöhungen
1976	20.07. Viking I landet auf dem Mars und funkt Bilder	29.07. Ministerrat beschließt Erhöhung der Mindestlöhne ab 1.10.76
1976	16.10. Kopplungsmanöver von Sojus 23 mißlingt	20.10. G. Mittag wird SED-ZK-Wirtschaftssekretär
1976		02.11. Bereich KoKo wird Honecker und Mittag untergeordnet
1977	25.01. Erstes Sonnenkraftwerk bei Odeillo (F) am Netz	Ab 1977 gibt Mittag der Regierung keinen Einblick mehr in das Verhältnis zwischen produziertem und verbrauchtem Nationaleinkommen
1977	April: Bohrinselfeld im Ekofisk-Ölfeld explodiert	
1977	20.06. Alaska-Pipeline (1280 km) geht in Betrieb	Juni: Schürer berichtet Honecker das Steigen der DDR-Schulden
1977	17.08. Atomeisbrecher Arktika erreicht den Nordpol	
1977	05.09. Start von Voyager II für Flug zum Uranus	26.09. Honecker verteidigt Intershop-Läden und kündigt Exquisitläden an
1978	24.01. Kosmos 954 (mit Nuklearmotor) stürzt über Kanada ab	01.01. Neues Arbeitsgesetzbuch in Kraft
Eintritt in die Juglarerholung		
1978		Mai: Erneuter Hinweis auf Zahlungsprobleme der DDR
1978	26.08. S. Jähn in Sojus 31 im Orbit	31.08. DDR-Eigenheimverordnung

4. Juglar: Mai 1971 bis Juni 1980 – Die kreditierte Sozialpolitik		
Politik	Kultur und Wissenschaft	Zeit
24.04. Guillaume verhaftet, 25.04. Nelkenrevolution in Portugal		1974
20.06. Ständige Vertretungen beider dt. Staaten eingerichtet	1974 Dt. Kulturbund in Kulturbund der DDR umbenannt	1974
27.09. DDR-Verfassungsänderung (Negation der dt. Nation)	Bildung einer Arb.-gruppe Philos./Ökonomie an der HU	1974
09.12. Eröffnung der USA-Botschaft in der DDR	12.-13.12. DDR-Philosophie-Kongreß ‚Objektives Gesetz ...‘	1974
15.01. Gespräch Häber-Kiep: Ostverträge für CDU voll gültig	01.01. DDR-Zeitungen stellen Sonntagsausgaben ein	1975
April: Sieg der Kommunisten in Vietnam		1975
19.06. Volkskammer verabschiedet Zivilgesetzbuch (ersetzt BGB)	Rote Khmer schließen Schulen, verbieten Zeitungen	1975
01.08. Unterzeichnung der KSZE-Akte in Helsinki	Seit 1975 werden in der DDR Diplom-Soziologen ausgebildet	1975
07.10. Freundschaftsvertrag DDR-UdSSR abgeschlossen		1975
1975 DDR hat 110 Soldaten/10.000 Bürger (BRD 80/10.000)		1975
Eintritt in die Juglardepression		
Jan.: Prinz Sihanouk tritt als Staatschef Kambodschas zurück	07.01. KPF lehnt ‚Diktatur des Proletariats‘ ab	1976
22.03. DDR unterhält mit 118 Staaten diplomatische Beziehungen	23.04. Palast der Republik in Berlin eingeweiht	1976
18.-22.5. 9. SED-Parteitag, neues SED-Parteiprogramm angenommen: Allmählicher Übergang zum Kommunismus		1976
22.08.: Selbstverbrennung des Pfarrers Brüsewitz in Zeitz	23.-27.8. Internationaler Hegelkongreß in Lissabon	1976
29.10. Honecker wird Staatsratsvorsitzender	28.10. Erste Bände der MEGA2 vorgestellt	1976
	16.11. Ausbürgerung Wolf Biermanns	1976
17.02. Honecker: 10.000 Ausreisearträge liegen vor	05.01. Charta 77 in Prag veröffentlicht	1977
02.04. Fidel Castro besucht die DDR	13.04. Reiner Kunze siedelt in die BRD über	1977
15.06. Erste freie Wahlen in Spanien	09.05. Havemanns Hausarrest aufgehoben	1977
12.08. Innerdeutsche Gespräche über Transitwege beginnen	23.08. R. Bahro nach Spiegel-Publikation verhaftet	1977
07.10. Tumulte auf dem Alexanderplatz in Berlin: 3 Tote	11.12. Wörterbuch d. deutschen Gegenwartssprache publ.	1977
Jan.: Ayatollah Komeini ruft zum Umsturz im Iran auf	Jan.: Manifest der SED-Opposition im Spiegel	1978
März: Treffen P. Lorenz' mit H. Häber in Bad Godesberg	06.03. Gespräch Honeckers mit evangelischer Kirchenleitung	1978
Eintritt in die Juglarerholung		
12.06. Honecker empfängt Gaus	30.06. R. Bahro zu 8 Jahren Haft verurteilt	1978
08.09. Schiitische Demonstration gegen Kriegsrecht, über 1000 Tote	27.8.-2.9. 16. Weltkongreß f. Philos. in Düsseldorf	1978

4. Juglar: Mai 1971 bis Juni 1980 – Die kreditierte Sozialpolitik		
Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft
1978	18.10. US-Präsident Carter ordnet N-Bombenbau an	Okt.: Weitere Beratung der SED-Führung zur Zahlungsbilanz
1978	09.12. Erste US-amerikanische Venuslandung	Ende 1978 muß DDR Kredite zur Zinszahlung aufnehmen
1979	07.2. Computer spielt gegen Mensch unentschieden	Febr.: Erneute Beratung in der SED-Führung zur Zahlungsbilanz
1979	23.3. Nuklearunfall bei Harrisburg (USA)	16.04. Einführung von Forumschecks für Intershopläden
1979	03.06. Ölkatastrophe im Golf von Campeche, Mexiko	21.06. Verordnung über Technikpflege in der Landwirtschaft, 28.6. OPEC erhöht Erdölpreis um 15%
1979	19.08. Sowjetische Kosmonauten bleiben 175 Tage im Orbit	Westverschuldung der DDR erreicht 30 Mrd. VM
1979	24.12. Start der Ariane (Europa-Rakete) gelingt	01.12. Erhöhung der DDR-Mindestrenten tritt in Kraft
1980	15.01. Erste 13 Europapatente in München erteilt	01.01. Bundesregierung zahlt jährlich Autobahnpauschale von 50 Mill. DM bis 1989
1980		10.04. Interflug stellt Inlandsflüge ein
1980	06.06. Defekter Mikrochip löst falschen Atom-Alarm aus	Juni: Wieder Beratung der SED-Führung zur DDR-Zahlungsbilanz

5. Juglar: Juli 1980 bis August 1989 – Die stille Partnerschaft mit der Bundesrepublik		
Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft
Eintritt in die Juglarprosperität		
1980	22.08. Stealth-Bomber-Entwicklung bekanntgemacht	Mitte Juli beginnen auf der Danziger Werft Arbeitsniederlegungen
1980	05.09. Sankt-Gotthard-Tunnel (16,3 km) übergeben	21.10. Russakow teilt Breshnews Bescheid zur Erdöllieferung mit
1980	11.12. Nutzungsverordnung zu Sekundärrohstoffen	1980: 0,42 DM Erlös für 1 M Export, Schulden: 24,5 Mrd. DM
1981	26.02. DDR- Bodennutzungs-Verordnung	01.01. 1 transferabler Rbl = 4,67 M
1981	12.04. Raumfähre Columbus startet	24.03. Braunkohlebeschluß des SED-PB
1981	Seit 1981 ist der französische TGV in Betrieb	11. 06. DDR-Stipendienverordnung (200 M/monatl. mindestens)
1981	Aug.: Erster IBM-PC mit Betriebssystem MS- DOS vorgestellt	25.08. Umfang alter Ausrüstungen wächst bis 1985 auf rd. 40 Mrd. M
1981		08.09. SED-PB beschließt, DDR-Schulden bis 1985 auf 12 Mrd. zu reduzieren
1981	31.12. Erste AIDS-Fälle in den USA bekannt	Ende 1981 beträgt DDR-Nettoverschuldung bei der BIZ fast 8 Mrd. \$
1982	Seit 1982 nimmt Schwefeldioxid-Emission in der DDR spürbar zu	01.01. SED-PB beschließt 1 \$ = 2.40 VM (bisher 1 \$ = 1,80 VM)
1982	15.04. Solarkraftwerk mit 10 MW im Betrieb (USA)	25.03. Volkskammer beschließt Vertragsgesetz für die Wirtschaft
1982	15.05. FDJ-Delegation zur Erdgastrasse	Ende Juni setzt internationaler Kreditboykott gegen DDR ein
1982	20.08. Philips und Sony zeigen erste CD-Spieler	1982 bieten japan. Firmen 64 K Ram-Chip an und verkaufen ihn für 125 \$
1982	06.10. Spiegelreflexkamera mit Autofocus vorgestellt	01.09. Mielke-Befehl „Zur politisch-operativen Sicherung“ der KoKo

4. Juglar: Mai 1971 bis Juni 1980 – Die kreditierte Sozialpolitik		
Politik	Kultur und Wissenschaft	Zeit
13.10. Volkskammer nimmt neues Verteidigungsgesetz an	Sept. Wehrkundeunterricht für Klassen 9 und 10 in der DDR	1978
25.12. Einmarsch der Vietnamesen in Kambodscha beginnt		1978
17.2.-16.3. Strafexpedition der VR China gegen Vietnam	25.04. Ermittlungsverfahren gegen Havemann	1979
23.04. USA teilen mit, daß in der DDR SS 21 stationiert sind	07.06. DDR-Schriftstellerverband schließt 9 Autoren aus	1979
17.07. Sieg der Sandinisten in Nicaragua	1979 Gründung des Inst. f. m.-l. Soziologie an der HU	1979
04.09. Konsularvertrag DDR-USA unterzeichnet	11.10. Bahro aus der Haft entlassen	1979
27.12. Einmarsch der Sowjetarmee in Afghanistan beginnt	21.-23.11. DDR-Philosophiekongreß	1979
01.01. DDR ist für 2 Jahre Mitglied des UNO-Sicherheitsrats	17.01. Solo Sunny-Premiere; 22.01. Sacharow verbannt	1980
30.04. Transitvereinbarung DDR-BRD geschlossen	18.03. SED-PB-Beschluß über Aufgaben der Universitäten	1980
04.05. Tod Titos; 08.05. Treffen Honecker-Schmidt	27.06. Christa Wolf erhält Georg-Büchner-Preis	1980

5. Juglar: Juli 1980 bis August 1989 – Die stille Partnerschaft mit der Bundesrepublik		
Politik	Kultur und Wissenschaft	Zeit
Eintritt in die Juglarprosperität		
14.08. Streikwelle beginnt in Polen, Bildung der Solidarność	6.-12.7. 22. Int. Kongreß f. Psychologie in Leipzig.	1980
13.10. Rede Honeckers in Gera (Abgrenzung gegen BRD)	4.-5.9. 5. Hochschulkonferenz des SED-ZK	1980
10.11. Honecker in Österreich	09.12. Konfrontation in der SED-Parteileitung des ZIPh/AdW, Febr.: ‚Grüne Mappe‘ in Sachen Peter Ruben	1980
11.-16.4. 10. SED-Parteitag	April: Tod M. Domaschks radikalisiert die DDR-Opposition in Jena	1981
16.05. Geheimtreffen Breshnews mit Honecker, Husak	06.05. P. Ruben aus SED ausgeschlossen	1981
	Juli: Rubens Revisionismus in der DZfPh präsentiert	1981
18.10. Jaruzelski ersetzt Kania	15.09. Enzyklika Laborem exercens publiziert.	1981
11.-13.12. H. Schmidt in der DDR	13.-15.12. Berliner Begegnung zur Friedensförderung	1981
14.02. Friedensforum der 5.000 in der Kreuzkirche Dresden		1982
02.04. Argentinien besetzt Falkland-Inseln	09.04. Tod R. Havemanns	1982
10.05. F. Mitterand wird französischer Staatspräsident	Juni: H.-C. Rauh als DZfPh-Chefredakteur abgesetzt	1982
17.09. Ende der sozial-liberalen Koalition in der BRD		1982

5. Juglar: Juli 1980 bis August 1989 – Die stille Partnerschaft mit der Bundesrepublik		
Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft
Eintritt in die Juglarrezession		
1982	16.11. DDR-Regierung beschließt Umweltanordnung	11.11. Agrarpreisreform beschlossen
1983	03.01. Apple stellt Bürocomputer Lisa vor	30.03. Krolikowski teilt Moskau Gefahr der DDR-Zahlungsunfähigkeit mit
1983	April: Microsoft Word vorgestellt	29.06. Bundesregierung verbürgt 1 Mrd. DM Kredit für die DDR
1983	26.05. Australischer Protest gegen französische Atomtests auf dem Mururoa-Atoll	1982/85 erzielt DDR in der BRD Exportüberschüsse mit erdölabhängigen Produkten
1983	27.10. Transrapid 06 startet im Emsland	
1983	09.12. Raumfähre Columbia landet nach 10-Tage-Flug	30.12. Der Senat übernimmt S-Bahn-Streckennetz Westberlins
1984	22.01. Frankreichs TGV nimmt Liniendienst auf	09.02. Honecker übergibt zweimillionste Wohnung
1984	28.03. KKW Krümmel in Geesthacht im Betrieb	
1984	Juni: Europäische Umweltkonferenz in München	Seit 1984 kann die DDR 11-13 Mill t Öl exportieren
1984	30.08. Raumtransporter Discovery startet (USA)	25.07. Bundesregierung verbürgt 950 Mill. DM-Kredit für die DDR
1984	16.10. 50% des Waldes in BRD geschädigt	21.09. Schalck: Übernahme der VW-Motorenreihe sehr günstig
1984	03.12. Giftgaskatastrophe in Bhopal, Indien	12.11. DDR-Vertrag mit Volkswagen über Lieferung einer Produktionsstraße für die α-Motorenreihe
Eintritt in die Juglardepression		
1985	01.04. Abgasuntersuchung in BRD eingeführt	21.03. Ehrensperger gegen SPK-Entwurf des 5-Jahrplans 1986/90
1985	Mai: Excel eingeführt	Juni: Honecker: Ein Experimentierfeld ist unsere Ökonomie nicht
1985	17.07. EURECA als Alternative zum SDI beschlossen	05.07. DDR u. BRD vereinbaren, den Swing auf jährlich 850 Mill. VE für 1986-1990 festzulegen
1985	30.10. Raumfähre Challenger startet	
1985	Nov.: Benutzeroberfläche Windows vorgestellt	1985 erlöst die DDR für 1 M Export 0,35 DM
1986	28.01. Challengerkatastrophe	DDR-Westexport liegt 1979-1989 nie über 13,2 Mrd. VM im Jahr
1986	25./26.4. GAU in Tschernobyl	1986 kann DDR den 64 K Ram-Chip herstellen, der 0,30 \$ kostet
1986	29.06. Physiker äußern in San Diego Sorge über wachsendes Ozonloch in der Erdatmosphäre	15.05. Schürer soll Vorschläge zur Halbierung des ‚Sockels‘ bieten
1986		04.07. Völklinger Hütte, Saar, stellt Roh-eisenproduktion ein
1986	04.10. Sturmflutwehr in der Oosterschelde eröffnet	29.10. KUA-Chef J. Farken erbittet Belegfreiheit für Verkäufer
1986	1986 wird Fährhafen Mukran eingeweiht	1986 büßt DDR wegen Preisverfalls 1,5 Mrd. \$ Devisenerlöse ein
1987	Febr.: SED-PB nimmt Smogverordnung an	18.02. Bericht über die Lage der Nation im geteilten Deutschland schätzt

5. Juglar: Juli 1980 bis August 1989 – Die stille Partnerschaft mit der Bundesrepublik		
Politik	Kultur und Wissenschaft	Zeit
Eintritt in die Juglarrezession		
10.11. Tod Breshnews; 12.11. J. Andropow wird GS der KPdSU		1982
24.01. Kohl in telefonischer Verbindung mit Honecker		1983
06.03. Bundestagswahlen: Grüne im Bundestag	11.-17.4. Internat. Karl-Marx-Konferenz in Berlin	1983
08.06. Roland Jahn aus Jena in die BRD abgeschoben	25.05. Studentenproteste gegen Univ.-reform in Paris	1983
24.-27.7. F.-J. Strauß von Honecker empfangen		1983
24.10. Kohl an Honecker, „Koalition der Vernunft“	Ende Okt.: Häber bildet Ausdruck „Koalition der Vernunft“	1983
22.11. Bundestag für Stationierung neuer US-Raketen		1983
13.02. Treffen Honeckers mit Kohl in Moskau	04.04. Henry Moore-Ausstellung in Ostberlin beginnt	1984
1.1.-30.6. 31000 Bürger verlassen legal die DDR		1984
17.08. Honecker in Moskau, von sowjetischer Führung kritisiert		1984
Okt.: Honecker entzieht Häber im SED-PB das Wort	17.-19.10. DDR-Philos.-Kongr.: „Sozialism. u. Friede“	1984
Febr.: MfS-Dossier gegen Häber fertiggestellt	13.02. Semperoper in Dresden wiedereröffnet	1985
Eintritt in die Juglardepression		
11.03. Wahl Gorbatschows zum KPdSU-Generalsekretär	5.-6.3. Lukács-Symposium in Berlin (100. Geburtstag)	1985
4.-5.5. Treffen Honeckers mit Gorbatschow	20.06. Tagung E. Bloch ... in Leipzig	1985
04.07. Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen in der DDR		1985
09.10. Honecker in Griechenland		1985
19.11. Gorbatschow-Reagan-Treffen in Genf		1985
19.02. Volkskammerpräsident Sindermann in Bonn	27.2.-1.3. Freudenstädter Gespräche SPD u. SED	1986
17.-21.4. 11. SED-Parteitag	03.04. Kulturgüteraustausch zwischen West- u. Ostberlin	1986
08.06. Volkskammerwahl, 99,94% für Einheitsliste angegeben	06.05. Kulturabkommen BRD-DDR unterzeichnet	1986
13.08. H. Kohl Solange Schießbefehl, keine Normalität in D	21.07. H. Meißner, AdW, kehrt in die DDR zurück	1986
11.-12.10. Gorbatschow-Reagan-Treffen in Reykjavik		1986
10./11.11. Gorbatschow : Jede Partei ist unabhängig	23.12. Sacharow darf nach Moskau zurückkehren	1986
05.02. Markus Wolf scheidet aus dem MfS aus	04.01. Denkschrift Daschitschews	1987
Frühjahr: Signal aus Moskau über DDR-Perspektive	09.04. Hager im Stern „Würden Sie ... tapezieren?“	1987

5. Juglar: Juli 1980 bis August 1989 – Die stille Partnerschaft mit der Bundesrepublik		
Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft
1987	15.04. Genetischer Code des 2. AIDS-Virus entschlüss.	Produktivitätsrückstand der DDR gegenüber der BRD auf 50%
1987	15.05. Start der Trägerrakete Energija (UdSSR)	Mai: Das DDR-Pkw-Projekt hat mehr als 10 Mrd. M gekostet
Eintritt in die Juglarerholung		
1987	24.08. Windenergiepark in Dithmarschen entsteht	19.07. Honecker gibt Einverständnis zu IMES-Waffengeschäften mit dem Iran
1987	07.10. Gentechnische Medikamentenproduktion beginnt	
1987	15.12. Reichelt übersendet Mittag Smogverordnung	11.11. Ehrensperger: Sockelerhöhung Ende 1987 von 35,5 Mrd. auf 38,5 Mrd. VM
1988	04.01. Wasserspiegel des Aralsee stark gesunken	
1988	24.03.: Exxon Valdez-Tankerunglück vor Alaska	Anfang April verweist Mittag Honecker auf DDR-Zahlungsfähigkeit
1988	01.05. Intercity Experimental erreicht 406,9 km/h	18.05. SED-PB debattiert Schürers und Mittags Überlegungen
1988	25.08. Großbrand vernichtet Altstadt von Lissabon	Vom 1.1. bis 31.7. verlassen 3.596 Menschen die DDR
1988	12.09. Honecker erhält ersten 1-Mega-bit-Chip	12.10. Dreimillionste Wohnung wird übergeben
1988	15.11. Shuttle Buran startet mit Rakete Energia	22.11. Honecker für Streichung von 2 Mrd. M im Sonderbereich
1989	18.02. Ozonschicht auch über dem Nordpol gefährdet	Febr.: Schürer informiert E. Krenz über die DDR-Wirtschaftslage
1989	12.4. Verzicht auf Bau des KKW Wackershausen	
1989	20.06. Maxim Gorki kollidiert mit Eisscholle	09.05. Mittag: ‚Sockel‘ steigt 1989/90 von 35,7 Mrd. VM auf 47,4 Mrd.
1989		Juli: SED-PB vor 8. ZK-Tagung: XII. Parteitag setzt Kurs fort

6. Juglar: September 1989 bis Oktober 1998 – Konkurs und Abwicklung		
Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft
Eintritt in die Juglarprosperität		
1989	28.07. DDR-Umweltminister Reichelt an Mittag: Wachsendes Interesse der DDR-Bürger an der Umweltpolitik, Mittag reagiert nicht	30.10. Schürers ‚Analyse der ökonomischen Lage ...‘ liegt vor
1989		01.11. Gorbatschow zu Krenz: Die SU kann der DDR nicht helfen
1990	Seit 1990 5. Computergeneration entwickelt	13.02. Modrow und Kohl vereinbaren Währungsunion
1990	02.03. Stilllegung des AKW Greifswald empfohlen	01.03. DDR-Ministerrat beschließt Umwandlung der Kombinate
1990	21.05. Erster VW-Polo in Zwickau hergestellt	10.05. DDR-MR informiert über Absetzung der Generaldirektoren
1990	20.08. NASA publiziert Bilder der Venusoberfläche	01.07. Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion BRD-DDR in Kraft

5. Juglar: Juli 1980 bis August 1989 – Die stille Partnerschaft mit der Bundesrepublik		
Politik	Kultur und Wissenschaft	Zeit
12.06. Reagan vor dem Brandenburger Tor		1987
Eintritt in die Juglärerholung		
14.07. SED-PB beschließt Abschaffung der Todesstrafe	27.08. SPD-SED-Papier Der Streit der Ideologien ...	1987
7.-11.9. Honecker in der BRD	17.10. Skinheadüberfall in der Zionskirche	1987
08.12. INF-Vertrag über Verschrottung der Mittelstreckenraketen	04.12. Die Zeit publiziert Christoph Heins Rede	1987
17.01. 100 Festnahmen bei der L-L-Demonstration in Ostberlin	04.02. Aufhebung des Urteils im Bucharin-Prozeß	1988
	07.03. Bischof Forck beklagt fehlendes Gespräch	1988
15.5. Abzug der Sowjettruppen aus Afghanistan beginnt	13.06. Aufhebung des Urteils gegen Sino-wjew	1988
20.8. Waffenstillstand zwischen Irak und Iran	Juli: Bucharin, Rykow postum in KPdSU aufgenommen	1988
5.9. G. Mittag: „Die Sache kann umkippen“		1988
29.12. SED-Führung spricht vom eigenen Weg zum Sozialismus	18.11. Sputnik aus Postzeitungsliste gestrichen	1988
23.1. Honecker kündigt Reduktion der NVA um 10000 Mann an	21.02. Honecker legt PB Dokumente zu Ulbricht vor	1989
13.3. In Leipzig erstmals öffentlich „Stasi raus!“ gerufen	01.03. DDR-PEN-Zentrum fordert Freilassung Havels	1989
7.5. DDR-Kommunalwahlen mit erwiesenen Fälschungen	08.05. M. Stolpe teilt Krenz beobachtete Wahlergebnisse mit	1989
19.8. Ungarns Grenze für DDR-Bürger momentan geöffnet	08.07. Sozialdemokratische Gruppe der PVAP gebildet	1989

6. Juglar: September 1989 bis Oktober 1998 – Konkurs und Abwicklung		
Politik	Kultur und Wissenschaft	Zeit
Eintritt in die Juglarprosperität		
09.09. Neues Forum in Grünheide gegründet	13.9. Gründungsauftrag des Neuen Forum in der FR	1989
09.11. Öffnung der Berliner Mauer	1.-3.11. Letzter DDR-Philosophie-Kongreß	1989
30.01. Gorbatschow gibt Zustimmung zur deutschen Einheit	Jan.: Zeitschrift INITIAL beginnt zu erscheinen	1990
18.03. Freie Wahlen zur DDR-Volkskammer	März: Runder Tisch in der AdW der DDR konstituiert	1990
05.05. 2+4-Gespräche beginnen	20.-25.5. Letzte Tagung der Philosophenkom. SU-DDR	1990
14.-16.7. Treffen Kohls mit Gorbatschow	03.07. Kaminesgespräch der dt. Wissenschaftsminister	1990
03.10. Beitritt der DDR zur BRD	17.10. Versammlung am Philos. Inst. d. Humboldt-U. zum Fall P. Langer u. a.	1990

6. Juglar: September 1989 bis Oktober 1998 – Konkurs und Abwicklung		
Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft
1990	23.09. Volkabstimmung in der Schweiz gegen KKW	03.10. Neue Bundesländer werden in die EG integriert
1990	01.12. Ärmelkanal: Tunneldurchbruch erreicht	12.11. CDU gegen Steuererhöhungen zur Finanzierung d. dt. Einheit
1991	16.01. Gentherapie zur Krebsbekämpfung (USA)	25.02. Dt. Regierung beschließt Steuererhöhungen zum 1.7.1992
1991	10.04. Letzter Wartburg; 30.04. Letzter Trabant	23.04. BVG: Enteignungen in der SBZ bis 1949 nicht zurücknehmen
1991	02.06. Deutscher ICE geht in Betrieb	16.05. Abkommen BRD-SU über Beendigung der SDAG Wismut
1991	03.07. Siemens und IBM beschließen gemeinsame	Seit Sommer 1991 wirtschaftliche Stagnation in Westdtd.
1991	Produktion eines 16-Mega-byte-Chips	01.10.: In Ostdtd. treten deutlich höhere Mieten in Kraft
1991	31.12. Zentrale DDR-Sender stellen Betrieb ein	11.11. Zeiss Oberkochen übernimmt 51% von Carl Zeiss Jena
Eintritt in die Juglarrezession		
1992	14.02. Herz, Niere, Bauchspeicheldrüse gleichzeitig transplantiert	07.02. Außen- u. Finanzminister der EG: Maastricht-Vertrag
1992	April: Einführung von Windows 3.1	
1992	03.06. UNO-Umweltkonferenz in Rio de Janeiro beginnt	30.06. THA-Niederlassung Schwerin beendet als erste ihre Aufgabe
1992	11.08. In Dänemark wird der Rinderwahnsinn (BSE) registriert	01.07. Kohl: Aufschwung Ost wird länger dauern als erwartet
1992	25.09. Rhein-Main-Donau-Kanal geht in Betrieb	Im Herbst beginnt in D Produktionsrückgang
1992		31.Dez. 11.043 Unternehmen, 10.311 Immobilien, 27.807 ha LNF privatisiert
1993	04.01. Hoechst AG beginnt, Insulin mittels gentechnisch geänderter Bakterien zu erzeugen	April: Kalibergwerk in Thüringen von der Belegschaft besetzt
1993	20.06. Erster Testzug aus F erreicht GB	Zum 1.7. beschließen Kalibergwerker Hungerstreik
1993	03.08. Erstes gentechnisches Präparat in D	Aug.: Von 9,8 Mill. DDR-Beschäftigten noch 6,2 Mill. tätig
1993	25.10. Grundsteinlegung für 1600 MW-Braunkohlen-Kraftwerk in Schwarze Pumpe	Knapp 5 Mrd. DM privatwirtschaftl. Investition (größte in Ostdtd.)
1993		05.11. In Dtd. mehr als 3,5 Mill. Arbeitslose registriert
1994	13.01. Greifswalder radioaktiver Abfall eingelagert	20.01. Armutsbericht: 7,25 Mill. Arme in Dtd., 2,6 Mill. in Ostdtd.
1994	02.03. Bau des Transrapid Hamburg-Berlin genehmigt	22.03. Gegenüber 1993 sind Sozialleistungen um 5,7% gestiegen
Eintritt in die Juglardepression		
1994	06.05. Eröffnung des Ärmelkanaltunnels	21.06. Schalck-Untersuchungsausschuß legt Abschlußbericht vor:
1994	26.07. Ozon-Alarm in Hessen führt zu Tempolimits	Koko hat illegal Devisen in Höhe von 29 Mill. DM eingenommen
1994	28.10. Untergang der Estonia, 918 Tote	05.09. Untersuchungsausschuß zur THA übergibt Abschlußbericht

6. Juglar: September 1989 bis Oktober 1998 – Konkurs und Abwicklung		
Politik	Kultur und Wissenschaft	Zeit
14.11. Deutsch-polnischer Grenzvertrag	Dt.-sowj. Vertrag sieht Rückführung dt. Kunstschatze vor	1990
02.01. Erste ostdeutsche Rekruten bei der Bundeswehr	8.-9.1. Evaluation des ZIPh der AdW	1991
13.03. Honecker setzt sich nach Moskau ab	8.-11.4. 30. Kühlungsborner Tagung	1991
10.05. Kohl in Halle mit Eiern beworfen	Berliner Senat untersagt Aufnahme in Math.-Spezialklassen	1991
01.07. Auflösung des Warschauer Vertrags	05.07. Beschluß über Auflösung der AdW-Institute	1991
14.10. Landtagswahlen in Osttdld.	Sept.: Eröffnung der Alma Mater Viadrina, Frankfurt/O.	1991
14.11. BT nimmt Stasi-Unterlagen-Gesetz an	31.12. Ende der DDR-AdW-Institute	1991
Eintritt in die Juglarrezession		
10.02. Mielke-Prozeß beginnt in Berlin	01.01. KAI e. V. gebildet für WIP im HEP	1992
08.03. MP Gomolka in Mecklenburg durch Seite ersetzt	1.-5.3. Tagung Soziologie ... in der DDR in Berlin	1992
14.05. Anklageerhebung gegen Honecker und 5 weitere Mitglieder des Politbüros	DDR-Mathematik-Spezialklassen in Berlin geschlossen	1992
29.07. Honecker wird nach Berlin zurückgebracht	Aug.: P. Przybylski: Tatort Politbüro. Bd.2	1992
24.09. Bundesanwaltschaft erhebt Anklage gegen M. Wolf	Okt.: Erstes akademisches Jahr an der Viadrina	1992
31.12. Ende der ČSFR	1992 FU Berlin bildet Forschungsverbund SED-Staat	1992
12.01. Berliner Landgericht stellt Verfahren gegen Honecker ein	20.01. Christa Wolf teilt zeitweise IM-Tätigkeit mit	1993
25.04. DSU beschließt Ausdehnung auf ganz Deutschland	15.04. Leibniz-Sozietät in Nachfolge der DDR-AdW gegr.	1993
14.05. Vereinigung der Grünen mit dem Bündnis 90	06.06. Berlins Dom eingeweiht (20 Jahre Wiederaufbau)	1993
17.08. Das BLG stellt Verfahren gegen W. Stoph ein	09.07. Die Berlin-Brandenburgische AdW wählt H. Markl zum Präsidenten	1993
29.10. Annahme der Verfassung des Freistaats Thüringen	Universität Magdeburg eröffnet	1993
02.12. Bergner (CDU) wird MP von Sachsen-Anhalt	31.12. Ende der KAI e.V., seit 1993 besteht das SAPMO	1993
14.01. Allparteienkoalition einigt sich auf Umzug nach Berlin	01.01. WIP beginnt an den Universitäten	1994
22.03. ‚Ampel‘-Koalition in Brandenburg fällt auseinander	01.04. 9 von 13 Mitarbeitern d. Inst. f. Humanontologie entlassen	1994
Eintritt in die Juglardepression		
29.05. Tod Honeckers in Santiago de Chile	17.06. Abschlußbericht der BT-Enquete-Kommission	1994
31.08. Verabschiedung der letzten russischen Soldaten		1994
11.09. Landtagswahlen (Stolpe u. Biedenkopf siegen)	04.09. Eichendorff-Denkmal in Ratibor wiedererrichtet	1994

6. Juglar: September 1989 bis Oktober 1998 – Konkurs und Abwicklung		
Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft
1994	09.11. Vom HIV-Virus gebildetes Eiweiß entdeckt	31.12. Ende der THA, 5 Nachfolgeorganisationen werden gebildet
1995	17.01. Erdbeben in Japan, mehr als 6000 Tote	01.01. Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) übernimmt verbleibende Tätigkeiten der THA
1995	07.04. Berliner Manifest der UNO-Klimakonferenz	
1995	20.06. Shell verzichtet auf Versenkung der Brent Spar	1989 bis Mai 1995 verlassen rd. 1,6 Mill. Menschen Ostdeutschland
1995	Aug.: Windows 95 u. Internet-Explorer eingeführt	im gleichen Zeitraum ziehen 554.292 Westdeutsche nach Ostdeutschland
1995	05.09. F beginnt Atomtests unter dem Mururoa-Atoll	10.10. Chipfabrik der Siemens AG in Dresden im Betrieb
1995	02.11. Solarfabrik '96 (Greenpeace-Konzept) präsentiert	Dez.: Die BRD hat 2.000 Mrd DM Schulden,
1996	16.01. Weltraumteleskop Hubble funkt Bilder aus dem All zur Erde	Auslandsinvestitionen 1995 in D: 18 Mrd. DM; dt Auslandsinvestitionen: 52 Mrd. DM
1996		13.04. EU-Finanzminister einigen sich auf Euro –Einf. im Jahr 1999
1996	04.06. „Ariane 5“ nach Jungfernflug in 4000 m Höhe wegen Kursabweichung gesprengt	01.05. 4 Betriebe der Bremer Vulkan Verbund AG gehen in Konkurs
1996		Aug.: Polizei räumt letzte besetzte Häuser in Westberlin, in Ostberlin gibt es noch 3 besetzte Häuser (alle in Friedrichshain)
Eintritt in die Juglärerholung		
1996		1996 hat Dtl. 82,012 Mill. Einw. (Ostdtl.: 15,428 Mill.)
1997	23.02. das geklonte Schaf Dolly in Schottland geboren	Jan.: In Ostdtl. sind 19% der Erwerbspersonen arbeitslos
1997	29.04. Chemiewaffenübereinkommen in Kraft	1997 gibt es Ostdtl. 6.163.000 Erwerbst., 3.581.800 weniger als 1989
1997	10.05. Sturmflutwehr vor Rotterdam eingeweiht	Goldreserven der Bundesbank: 95 Mill. Unzen
1997	4.7. US-Sonde Pathfinder landet auf dem Mars	Mitte 1997 hat BRD Schuldenstand von knapp 2.200 Mrd. DM
1997	26.09.: Erdbeben in Mittelitalien (Umbrien, Marken)	Westdt. exportiert 30% seiner erzeugten Güter, Ostdt. 10%
1997		1997 erstmals Nettolohnsenkung in D nach dem 2. Weltkrieg
1998	14.01. Umweltschutzprotokoll zum Antarktis-Vertrag	Jan.: In Ostdtl. 21,1 % der Erwerbspersonen arbeitslos
1998	03.03. In Brandenburg scheitert Volksbegehren gegen Transrapid	Ab 01.03. zahlt die Preussag Stahl Ilsenburg Westtarif
1998	03.06. Braunkohle-KW Schwarze Pumpe offiziell eingeweiht (4,5 Mrd. DM VEAG-Investition)	30.06. Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt a. M. gegründet
1998		1998: 2001 werden in Dtl. mehr als 1 Bill. DM vererbt
1998	15.09. ICE-Strecke Hannover-Berlin im Betrieb	18.09. Aktionäre von Daimler-Benz und Chrysler für Fusion

6. Juglar: September 1989 bis Oktober 1998 – Konkurs und Abwicklung		
Politik	Kultur und Wissenschaft	Zeit
15.11. Reform des Grundgesetzes tritt in Kraft	19.-21.12. Dt.-dt. Ökonomie-Tagung in Bad Homburg	1994
	01.01. A. Liepert nach Vergleich von der Humboldt-Uni entlassen	1995
27.04. Staatsvertrag zur Länderfusion Berlin-Brandenburg	15.03. Tod W. Harichs	1995
31.05. Landtage Berlins u. Brandenburgs stimmen der Fusion zu	05.07. Duma beschließt, Beutekunst ist russisches Eigentum	1995
01.08. Bosnische Serben erobern UN-Zone Zepa	1995 unterstützt George Soros 783 russische Professoren mit Stipendien, um ihre Abwanderung zu verhindern	1995
12.10. Waffenstillstand in Bosnien in Kraft (USA-Initiative)		1995
15.11. Eröffnung des Politbüroprozesses vor dem LG Berlin	31.12. DDR-Ausweise werden ungültig	1995
18.01. Brand im Lübecker Asylbewerberheim, 10 Tote	03.01. Warnke/Huber (Hg.): Zur Kritik d. dt.-dt. Ökonomie	1996
16.04. Krise der CDU-SPD-Koalition Mecklenburg-Vorpommerns	20.03. DFG hält Grundrecht der Forschungsfreiheit in D nicht mehr für gewährleistet	1996
05.05. Ablehnung der Länderfusion Berlin-Brandenburg		1996
03.07. Jelzin erhält in Stichwahl 53% der Stimmen	01.07. Reform der dt. Rechtschreibung in Wien beschlossen	1996
Eintritt in die Juglärerholung		
10.09. 6 DDR-Grenztruppenkommandeure zu Haft verurteilt	30.10. Georgien gibt 100.000 Bücher aus der sowjetischen Beutekunst an D zurück,	1996
03.12. Deklaration des OSZE-Gipfels von Lissabon	31.12. Ende des WIP	1996
20.01. 2. Amtszeit B. Clintons beginnt		1997
März: Staatsanwalt erwirkt Haftbefehl gegen H. Häber	18.03. Präs. Jelzin legt Veto gegen Beutekunstgesetz ein	1997
01.05. Wahlsieg der Labour Party in GB	18.-22.6. Seit 1954 erster Kirchentag in Ost-D (Leipzig)	1997
01.07. Hongkong in die VR China eingegliedert	08.07. BVG urteilt: 5 von 8 Beschwerden ostdeutscher Lehrer erfolgreich	1997
01.10. Erste albanische Massendemonstration im Kososvo	30.09. Havemann-Prozeß endet mit Freisprüchen	1997
12.-13.12. EU-Osterweiterung beschlossen	06.11. Le livre noir du communisme erscheint	1997
18.02. Brandstiftung im Flüchtlingsheim Schönwalde, Brandenbg.	07.01. Wolf Biermann zu Gast bei der CSU	1998
01.03. G. Schröder gewinnt Niedersachsenwahl und wird Kanzler-Kandidat der SPD	01.04. M.-Weber-Kolleg d. Univ. Erfurt eröffnet	1998
	27.05. Schwarzbuch des Kommunismus,	1998
10.08. BGH hebt in Leipzig Urteil gegen W. Vogel auf	23.6. 24,3% der WIPianer haben Dauerstellen	1998
27.09. Bundestagswahlen, die SPD erhält 40,9%	18.09. Tod K. Hagers	1998

1. Juglar: November 1943 bis Dezember 1952 – Besetzung und Enteignung		
Zeit	Wirtschaft	
Eintritt in die Juglarprosperität		
1943	Nov./ Dez.	1943 wird im Volkskommissariat f. ausw. Angelegenheiten der UdSSR eine Reparationskommission gebildet
1944	Jan./ Feb.	12.02.: Repubblica Sociale Italiana deklariert ‚Sozialisierung der Betriebe‘
1945	März/ April	08.04.: Reichsarbeitsdienst für weibliche Jugend auf 1,5 Jahre verlängert
1944	Mai/ Juni	13.06. USA-Mitteilung: Seit 07.12.1941 200 Mrd. \$ Kriegsausgaben
1944	Juli/ Aug.	01.-22.07.: Konf. von Bretton Woods (44 Regierungen): IWF und Weltbank errichten, Dollar wird Leitwährung und kann durch Nationalbanken in Gold umgetauscht werden
1944	Sept./ Okt.	02.09.: Wirtschaftsplanungsstab im Foreign Office lehnt Zerstückelung Deutschlands ab, weil dadurch deutsche Wirtschaftskraft gelähmt würde
1945	Jan./ Feb.	01.01.: Renault-Werke wegen Kollaboration entschädigungslos enteignet / 05.02.: Alliierte erörtern in Jalta die deutschen Reparationen, Maiski fordert Sachwerte in Höhe von 20 Mrd. \$ und Abbau von 80% der dt. Produktionsmittelindustrie, gegen Churchills Einwand erklärt er, die Chancen DtlDs. liegen im Aufbau der Landwirtschaft und der Leichtindustrie
1945	März/ April	05.03.: Einberufung des Jahrgangs 1929 in DtlD., das „letzte Aufgebot“ / 19.03.: Gründung des FDGB in Aachen / In den 2. Weltkrieg sind 61 Staaten verwickelt, die Gesamtzahl der mobilisierten Soldaten beträgt 110 Mill. Mann
1945	Mai/ Juni	Mai: USA stoppen Pacht-Leih-Hilfe für SU, die sowjetische Besatzungsmacht erklärt diesen Monat in Berlin als zahlungsfrei (keine Miete, kein Lohn, ...) / 19.05.: Beneš ordnet Beschlagnahme deutschen Eigentums in der ČSR an / 03.06.: Gründung des FDGB / 11.06.: KPD fordert im Gründungsaufwurf ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative / 18.06.: SMAD hebt Zwangsablieferung für die Bauern auf, Einführung der Ablieferungspflicht und der Verkaufsmöglichkeit für freie Spitzen.
1945	Juli/ Aug.	01.07.: Bildung der einheitlichen Versicherungsanstalt Berlin durch Zusammenlegung der ehemals 156 Versicherungsträger / 21.07.: SMAD-Befehl Nr. 9 zur Wiederingangsetzung der Produktion und Einsetzung von Treuhändern für verlassene Betriebe / 23.07.: Beschlagnahme aller Bankguthaben, Bankenschließung durch SMAD-Befehl 10, ebenso Sperrung sämtlicher Altkonten und Guthaben bei Versicherungen / 27.07.: SMAD-Befehl 17 führt zu 11 dt. Zentralverwaltungen, die erste Produktionspläne (Quartalspläne für 1946) erarbeiten / 29.07.: Erneuter Ablieferungsbefehl der SMAD (ohne Differenzierung der Ablieferungsnormen / 01.08.: Alliierte einigen sich in Potsdam, DtlD. ein Wirtschaftspotential zu belassen, das einen mittleren europäischen Lebensstandard ermöglicht, der SU werden 10 Mrd. \$ Reparationen zugebilligt / 12.08.: Erster Entwurf zur Bodenreform in der SBZ liegt vor / 22.08. (vermutlich): KPD-ZK-Sekretariat billigt Anweisung mit Grundzügen zur Bodenreform / 25.08.: Gemeinde Pobles, Kr. Merseburg, hat Liste der Landbewerber aufgestellt / 30.08.: KPD-Antrag im antifa.-demokr. Block d. Prov. Sachsen (in Halle), eine Bodenreform durchzuführen, wird in der Radikalität abgelehnt

1945	Sept./ Okt.	01.09.: Der antifa.-demokr. Block Sachsens beschließt sofortigen Beginn der Bodenreform / 02.09.: W. Pieck spricht in Kyritz über die Bodenreform unter der Losung „Junkerland in Bauernhand“, die EntschlieÙung enthält den Satz: „Auch die Gutsbesitzer müssen wieder Bauern werden“ (1955 von Ulbricht gestrichen) / 03.09.: Präs. d. Provinzialverw. Sachsen nimmt KPD-Bodenreformentwurf an, erhebt ihn zur Verordnung mit Gesetzeskraft / 03.09.-11.09.: Länderverordnungen über Bodenreform / 08.09.: KPD fordert im antifa.-demokr. Block die Bodenreform / 12.09.: Betriebsrätekonf. des Landes Thüringen / 13.09.: Alle vier Parteien der SBZ für die Bodenreform, 66,9% des enteigneten Landes gehen an 528.572 Bewerber (5-10 ha), 33,1% in öffentliche Hand / 25.09.: Eisenhower befiehlt Demontage in der US-Zone / Ende Sept./Anfang Okt. werden enteignete Grundbesitzer aus ihren Dörfern ausgewiesen (später aus den Landkreisen) / 09.10.: KPD-Bericht über Demontage bei Knorr-Bremse Berlin / 10.10.: Betriebsrätegesetz der Landesverwaltung Thüringen (Modell für die übrigen Länder der SBZ) / 15.10.: Verordnung über Rentenzahlungen in Berlin / 16.10.: SMAD-Befehl 100 über Beibehaltung der Löhne und Gehälter (Lohnstopp auf dem Niveau von 1944) / 19.10.: SMAD-Befehl 103 über Aufstellung eines Wirtschaftsplans in der SBZ für 1946 / 20.10.: Brandenburg erläßt Verordnung über Bildung von Kommissionen f. gegenseitige Bauernhilfe / 24.10.: H. Matern schlägt in Dresden Programm der Volkssolidarität vor / 29.10.: Landesverw. Sachsen enteignet F. Flick entschädigungslos / 30.10.: SMAD-Befehl 124 (und SMAD-Befehl 126 vom 31. 10.) über Beschlagnahme dt. u preuß. Staatseigentum, Eigentum der NSDAP, der Nazi-Aktivisten und Kriegsgewinnler, ein Viertel der Industrie wird zu SAG-Betrieben, die dt. Verwaltungen haben bis 20. 11. entsprechende Listen einzureichen
1945	Nov./ Dez.	01.11.: In der SBZ wird einheitliche Lebensmittelversorgung eingeführt / bis 20.11. sind rd. 7.000 Grundbesitzer (ab 100 ha) an 1.648.898 ha enteignet (durchschnittl. Besitz: rd. 235 ha) / 29.11.: SMAD-Befehl 153 über Sicherstellung von Arbeitskräften in den wichtigsten Industriezweigen / 02.12.: Konstituierende Versammlung Frankreichs nimmt Verstaatlichungsgesetze an / 18.12.: SMAD-Befehl 176 über Wiedergründung der Konsumgenossenschaften in der SBZ / 22.12.: SMAD-Befehl 180 über einheitliche Lohnpolitik für Arbeiter und Angestellte / 29.12.: 1. Tag der KPD-Wirtschaftskonferenz, Vortrag Bruno Leuschners / 1945 produziert Dtl. 3% des Weltstahls
1946	Jan./ Feb.	02.01.: SMAD-Befehl 1 über Versorgung im 1.Quartal 46 (solche Quartalspläne werden bis Ende 1948 aufgestellt) / 07.01.: 2. Tag der KPD-Wirtschaftskonferenz, Schlußwort Ulbrichts, die Konf. beschließt Richtlinien zur Wirtschaftspolitik: „Aufbau nach einem einheitlichen Plan für Industrie, Verkehr und Landwirtschaft“ / 17.01.: Alliierten Kontrollrat ordnet Registrierung aller arbeitspflichtigen dt. Männer von 14-65 Jahren und dt. Frauen von 15-50 Jahren an, Lebensmittelkarten erhalten nur Arbeitende bzw. Studierende, falls nicht arbeitsunfähig / im Jan. läßt Stalin die KPD-Führung wissen, daß die Demontagen bis Ende Feb. beendet würden / 09.-11.02.: 1. Bundeskongreß des FDGB, H. Jendretzky zum ersten Vorsitzenden gewählt / Jan.: Kursanten der KPD-Parteischule Schmerwitz sprechen sich für kollektive Bewirtschaftung der enteigneten Güter aus / Februar: Verstaatlichungen beginnen in Großbritannien / 14.02.: H. Matern, sächs. KPD-Landesvors., schlägt in Dresden Volksabstimmung über Enteignung vor / 17.02.: SMAD-Befehl 56 über Arbeitszeit: 8-h-Arbeitstag 48-h-Arbeitswoche mit Ausnahme der in der Landwirtschaft Beschäftigten / 25.02.: SMAD-Befehl 62 über Kredithilfe für Neubauern zum Kauf von Saatgut und Dünger, zum Bau von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden

Eintritt in die Juglarrezession

1946	März/ April	01.03.: Die enteigneten Ländereien sind fast völlig aufgeteilt: 3,3 Mill. ha, über 7100 Großgrundbesitzer (2.517.357 ha) und 4500 Naziaktivisten und Kriegsverbrecher (131.742 ha) enteignet / 02.-03.03.: Erste Reichskonferenz der KPD in Berlin nimmt Wohnungsbauprogramm und Richtlinien zur Wirtschaftspolitik an, Ulbricht teilt mit, die SMAD habe keine Einwände gegen eine Volksabstimmung über Enteignung / März: SMAD bildet eine Zentrale Deutsche Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme (ZDK), die bis zum April 48 tätig ist / 28.03.: Erster alliierter Industrieplan für Dtl., Beginn der Lieferung von Demontagewaren aus der US-Zone in die SU / 04.04.: Landesverw. Sachsen verabschiedet rechtl. Grundlagen zur Durchführung der Volksabstimmung über Enteignung / 10.04.: Allierter Kontrollrat erläßt Betriebsrätegesetz (Gesetz Nr. 22) / SED-Gründungsparteitag für Entwicklung einer sozialistischen Planwirtschaft als notwendiges Glied für den Aufbau des Sozialismus / April: SMAD-Kommission kommt zum Ergebnis, daß die gesamtzonale Wirtschaftslenkung verstärkt werden müsse / 30.04.: Eine Kommission in Sachsen billigt einstimmig den Entwurf einer „Verordnung über die Enteignung von Naziverbrechern“ / Frühjahr: Festlegung der Pflichtablieferungsnormen in der SBZ-Landwirtschaft nach Betriebsgrößen (Betriebe mit mehr als 20 ha erhalten die höchsten Ablieferungsnormen)
1946	Mai/ Juni	03.05.: Clay stoppt Lieferung von Demontagewaren aus der US-Zone in die SU / 08.05.: Wiedereröffnung der Leipziger Messe / 09.-10.05.: Erste zentrale Arbeitstagung der Landes- und Provinzialausschüsse der VdgB wählt vorläufigen Zonen-ausschuß / 16.05.: SMAD-Befehl 147 über einheitliche Urlaubsregelung / 20.05.: Bildung des Zentrallausschusses der Volkssolidarität (H. Lehmann wird Präs.) / 21.05.: Sokolowski kündigt Einstellung der Demontagen an (es wird aber noch bis Mitte 1948 weiterdemontiert) / 23.05.: SMA billigt Sachsens Entwurf zur Abstimmung über Enteignung / 25.05.: Einstellung der Reparationslieferungen aus der US-Zone an die SU / 05.06.: Umwandlung von 213 beschlagnahmten Betrieben in SAG angeordnet (SMAD-Befehl 167) / Juni: SU-Ministerrat beschließt Ausbeutung der sächsischen Uranvorkommen / 30.06.: Volksabstimmung in Sachsen über Enteignung der Nazi-Aktivisten und Kriegsverbrecher, Teilnahme: 93,71%, 77,62% für „Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes“, 17% Nein-Stimmen, 6% ungültige Stimmen, damit werden in Sachsen 1.861 Betriebe enteignet, die Landesverw. übernimmt 1.002 Betriebe, 380 Betriebe werden an Private verkauft, der Rest geht an Kommunen und Genossenschaften
1946	Juli/ Aug.	08.07.: SMAD-Befehl 194 über Erhöhung der Lebensmittelrationen ab 01.08.46 / 10.07.: Molotow tritt in Paris für rasche Steigerung des dt. Produktionsniveaus ein / 24.07.-16.08.: Länderverordnungen über Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher / 10.08.: B. Leuschner: Kritische Betrachtungen über die Wirtschaftsplanung in der sowjetischen Besatzungszone, Vorschlag: Stärkung der SBZ-Zentralinstanzen, Bildung einer zentralen deutschen Planungskom. und einer starken dt. Wirtschaftsverw., Besatzungsmacht soll sich auf übergeordnete Überwachung beschränken, Vorausanmeldung von Reparationen und Besatzungstruppenbedarf, Koordinierung der Pläne (diese Vorschläge genehmigt die Besatzungsmacht nicht und hält die Situation bis Frühjahr 1948 in der Schwebe) / 16.08.: F. Selbmann stellt „chaotischen Zustand“ der Wirtschaft fest (Brief an Leuschner) / 17.08.: SMAD-Befehl 253 über gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit unabhängig von Geschlecht und Alter; Stundenlöhne unter 0,50 M werden beseitigt, damit erstmals gesetzlicher Mindestlohn
1946	Sept./ Okt.	17.10.: SMAD-Befehl 306 über Aufstellung eines Wirtschaftsplans für 1947 und das 1. Quartal 47 / 21./22.10.: NKWD sammelt dt. Spezialisten ein und versendet sie mit zugehörigen Forschungsausrüstungen in die SU (einschließlich der Familienangehörigen; 1945-1947 wahrscheinlich rd. 2.500 + 4.600 Familienangehörige), vermutlich als Reaktion auf das US-Project Paperclip [Overcast] Okt.: In der SBZ arbeiten 2.378.083 Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft (29,9% aller Erwerbstätigen, auf demselben Gebiet waren es 1939 1.695.233 bzw. 22%) / Agrarreform in Japan / im Herbst leben in der SBZ 18,355 Mill. Menschen (Mai 39: 16,745 Mill.), in den Westzonen (einschließlich Westberlin):45,335 Mill. (1939: 42,088 Mill.)

1946	Nov./ Dez.	24.11.: Richtlinien für Organisation der MAS / 30.12.: SED-ZS beschließt „Sozialpolitische Richtlinien“ Ende 1946 verschlechtert sich die Wirtschaftslage der SBZ erheblich (Verbrauch der Reserven aus der Nazizeit) / 1946 erreicht Industrieproduktion der SBZ 42% des Niveaus von 1938 / 1946 gibt es 1,6 Mill. Landwirte in Westdtd. / Ende Dez.: Rumänische Nationalbank verstaatlicht / Ende 1946/Anfang 1947 ist der Übergang zur Individualwirtschaft auf dem Lande in der SBZ weitgehend durchgesetzt
1947	Jan./ Feb.	01.01.: Zusammenschluß der BBZ und der USBZ zur Bizone / Jan.: Bildung einer Planungskommission in der SBZ wird vorbereitet / Anfang Jan.: Grotewohl und Pieck ersuchen SMAD um Korrektur der sowj. Wirtschaftspolitik gegenüber Dtd. / 11.01.: SMAD-Chef Sokolowski sagt Pieck und Grotewohl Mäßigung in der Reparationspolitik zu und Ende der Demontagen / 27.01.: F. Selbmann, sächs. Wirtschaftsminister, berichtet von Streiks und Arbeitsniederlegungen wegen Befürchtungen über Rückgabe von Betrieben / 28.01.: Neuordnung der Sozialversicherung durch SMAD-Befehl 28 (Mindestrente: 30,- M, Höchstrente: 90,- M) / 31.01.: Stalin erklärt der SED-Führung, daß ein Zonenorgan erst gebildet werden könne, wenn keine gesamt. Zentralverw. zustande kommt / 10.02.: Vertreter von 3 ökon. Zentralverw. unterzeichnen mit Vertretern von 3 Ländern Vereinbarung über Koordinierungsbefugnisse gegenüber den Ländern, Sachsens und Thüringens Wirtschaftsminister (F. Selbmann [KPD/SED], Appel [SPD/SED]) verweigern Unterschrift unter Abkommen zur Wirtschaftsplanung / 13.02.: Konzernerteilungsgesetz in Berlin (SPD-Entwurf) angenommen / 28.02.: Wirtschaftskonf. der SED
1947	März/ April	20.03.: FDGB-Vorstand beschließt Aufbau eines gewerkschaftlichen Feriendienstes ab 15.05.47 / 17.-19.04.: 2. FDGB-Kongreß / 18.04.: Thüringen stimmt Vereinbarung über Wirtschaftsplanung in der SBZ zu 01.04.: In der SBZ und Berlin leben 22,66 Mill. Menschen (fast 4 Mill. Umsiedler, 1939: 19,5 Mill.), britische Zone: 23,47 Mill. (1939: 19,8 Mill.), US-Zone: 17,45 Mill. (1939: 14,2 Mill.), französ. Zone: 6,12 Mill. (1939: 6,1 Mill.), in RestDtd. insges.: 69,7 Mill. (1939: 59,6 Mill, Zuwanderung: 10,1 Mill.)
1947	Mai/ Juni	12.05. F. Selbmann sendet Wirtschaftsdenkschrift nach Moskau (Berechenbarkeit der Reparationen ist wesentliche Bedingung der Wirtschaftsplanung) / 16.05.: Dt. Zentralverw. f. Arbeit und Sozialfürsorge erläßt Richtlinie für Arbeitskräfteleitung in der SBZ / 26.05.: SMAD -Befehl 128 übereignet Bergverwaltungen in Sachsen als Reparationen der SU / 29.05.: Bizonenwirtschaftsrat vereinbart / 02.06.: GB und USA verkünden Bildung eines bizonalen Wirtschaftsrats / 04.06.: SMAD-Befehl 134 genehmigt (nach Einrichtung des Frankfurter Wirtschaftsrats) Bildung der DWK und Inkraftsetzung des Abkommens zwischen Zentralverw. und Länderregierungen vom 10.02.47 durch SMAD-Befehl 138, die DWK (Vors.: B. Leuschner) erhält aber keine besonderen Rechte [die Zentralisierung ist Antwort auf die Wirtschaftslage und Ermöglichung der Staatsbildung, für die SU legitimiert durch die Verkündung der Bildung des bizonalen Wirtschaftsrats] / 05.06.: Marshallplan verkündet / 14.06.: Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) in der SBZ / 25.06.: Bizionaler Wirtschaftsrat konstituiert
1947	Juli/ Aug.	01.07.: Molotow erhält in Paris Stalins Telegramm über Marshall-Plan-Absage / 02.07.: Sowjet. Absage an den Marshall-Plan / 10.07.: Bulgarien lehnt Marshall-Plan ab / 17.07.: SMAD-Befehl 240 über Übergabe von Grundstücken und Sachwerten liquidierter Unternehmen der Rüstungsindustrie an die Länder / 23.07.: SED lehnt Teilnahme am Marshall-Plan ab / 26.08.: Westmächte weisen Konzernerteilungsgesetz Berlins zur Überprüfung zurück / der Sommer 1947 ist durch Dürre gekennzeichnet

1947	Sept./ Okt.	09.09.: SMAD-Befehl 209 zur Unterstützung der Neubauern: Gebäudeerrichtung (bis Ende 1948: 37.000 Gehöfte für Neubauern zu errichten) und Großviehvergabe (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sollen 85.000 Stück Rindvieh an Brandenburg und Mecklenburg liefern) / 20.-24.09.: 2.SED-Parteitag: „Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben!“, Ulbricht fordert die SMAD auf, die Reparationsbelastung für die Zukunft festzulegen / 09.10.: SMAD-Befehl über höhere Arbeitsproduktivität, in großem Umfang Ersetzung der Stundenlöhne durch Leistungslöhne (die SED steht vor dem Problem zu erklären, was den Leistungslohn vom Akkordlohn unterscheidet) / ab Herbst weist Kostow (Bulgarien) an, Wirtschaftsinformationen auch der SU vorzuenthalten, weil bulgarischer Tabak und Rosenöl von der SU an westliche Länder verkauft worden sind / Okt.: SMAD fordert Arbeitsämter auf, Zwangseinweisungen einzuschränken
1947	Nov./ Dez.	22.-23.11.: Erster dt. Bauernkongreß in Berlin gründet VdGB / 25. 11.: In Bremerhaven wird das neue westdt. Geld ausgeladen; 24. 12.: Nationalisierung der bulgarischen Industrie / 1947: Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) / 1947 liefern die volkseigenen Betriebe (VEB) rd. 37% der industriellen Bruttoproduktion der SBZ, weitere 20% liefern die SAG-Betriebe, Privatbetriebe liefern noch 44%, Banken, Bahn und Post unterstehen staatlicher Kontrolle, ca. 25% der Produktion gehen an die Besatzungsmacht / das Jahr ist in der SBZ ein Jahr der wirtschaftlichen Stagnation
1948	Jan./ Feb.	03.01.: SMA/Sachsen regelt Übernahme der Uranbergwerke / Anfang 1948 umfaßt der staatliche Sektor 40% der Industrie in der SBZ / „12.02.: SMAD-Befehl 32 bestimmt Zusammensetzung und Vollmachten der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) in der SBZ, sie erhält Anweisungsrecht und Vollmacht zur Wirtschaftsleitung ab April 1948, ihr Vorsitzender wird H. Rau (SED), bisher brandenburgischer Wirtschaftsminister; so erfolgt eine erhebliche Stärkung der Zentralinstanzen im Verhältnis zu den Ländern der SBZ.“ (PHS; LM: Die Hilfe der SU bei der Errichtung und Festigung der antifa.-demokrat. Ordnung in der SBZ (1945–1949). Ms.-druck, Berlin 1958, S. 187-188; sowie: ZVB 8/1948 vom 20.03.1948)
1948	März/ April	01.03.: Bank dt. Länder in Frankfurt/M gegr. / USA setzen Ausfuhrkontrolle in Kraft (2.300 Warenpositionen werden verzeichnet, Embargopolitik beginnt) / 09.03.: DWK übernimmt zentrale Leitung der SBZ-Volkswirtschaft; ab April hat DWK gesetzgeberische Vollmachten / 18.03.: SMAD-Befehl 44 über Rentenerhöhung (ab 01.01.48 Mindestaltersrente: 50,- M), FDGB erhält Schlösser für Erholungs- und Heileinrichtungen / Ende März unterstehen der DWK 17 Hauptverwaltungen / 03.04.: Truman unterzeichnet ERP für 16 europäische Staaten und Westdtld. / 16.04.: Gründung der OEEC / 20.04.: SMAD teilt mit, daß die Beschlüsse der DWK für die ganze SBZ verbindlich seien / April: SMAD-Befehl 64 über Ende der Sequestrierung, Bildung der VVB (Z), der DWK unterstellt, der VVB(L), den Ländern unterstellt
1948	Mai/ Juni	Mai: Organisation von Wettbewerben in den Betrieben der SBZ nach sowj. Vorbild wird den BGL übertragen (Aufwertung der BGL gegenüber dem Betriebsrat), DWK erhält von der SMAD Federführung bei der Aushandlung neuer Tarifverträge / 02.06.: DWK verordnet die Beschränkung der Arbeitseinweisung auf 6 Monate / 09.06.: DWK weist Länderregierungen an, 8 Hauptabteilungen zu bilden, von denen 4 direkt der DWK unterstellt sind / 20.06.: Währungsreform in Westdtld. / 21.06.: DWK nimmt 2-Jahrplan an / 23.06.: Währungsreform in der SBZ (Westmächte erklären, daß sie nicht für Westberlin gilt) / 25.06.: Ausgabe der B-Mark in Westberlin (Westberliner bekommen pro Kopf 60,- DM im Unterschied zu Westdtld., wo jeder 40,- DM bekam), L. D. Clay: Ich werde eher nach Sibirien gehen als Westberlin räumen / 30.06.: SED-PV beschließt 2-Jahrplan 1949/50
Eintritt in die Juglardepression		
1948	Juli/ Aug.	01.07.: Beginn des Halbjahrplans in der SBZ / 20.07.: SU stellt 100.000 t Lebensmittel für ganz Berlin zur Verfügung / 05.08.: FDGB mit beratender Stimme im Antifa-Block, in Westberlin werden Wechselstuben eröffnet (am 05.08.)
1948	Sept./ Okt.	13.10.: A. Hennecke erfüllt in Oelsnitz mit einer Sonderschicht die Norm mit 387% (24,4 Kubikmeter Steinkohle)

1948	Nov./ Dez.	03.11.: DWK beschließt Bildung der HO / 15.11.: Erste HO-Verkaufsstelle eröffnet / 26.-27.11.: Bitterfelder Konferenz beschließt Ende der Betriebsräte in der SBZ und Ersetzung durch die BGL, Ende des unabhängigen Status der Belegschaftsvertretungen / 01.12.: DWK verordnet Steuerreform (mit Wirkung von April 49) / 18.12.: Stalin erklärt der SED-Führung, daß es noch zu früh für weitergehende Enteignungen ist und empfiehlt „Vertrag statt Kontrolle“ / 1945-1948 sind in der SBZ fast 50% des industriellen Anlagevermögens von 1936 demontiert / 1948/49: Angriff auf die Privatwirtschaft in der SBZ / 1948 leben in der SBZ und Ostberlin 19,066 Mill. Menschen, in den Westzonen (incl. Westberlin): 47,349 Mill.
1949	Jan./ Feb.	Ab 1949 kann die Wismut SAG weitgehend auf Zwangseinweisungen verzichten (Sättigungsgrenzen erreicht, z. T. überschritten) / 01.01.: Beginn des 2-Jahrplans 1949/50 in der SBZ (Wiederherstellung der Volkswirtschaft und Erreichen des Vorkriegsniveaus) / 1. SED-Parteikonf. erklärt, die Enteignung nicht auf kaltem Wege weiterführen zu wollen / 25.01.: Gründung des RGW in Moskau / 26.01.: DWK-Anordnung über Kreditreform / 31.01.: Heinrich Mertens (1946 LDP-Oberbürgermeister in Jena, Freund Tulpanows, vor 1933 SPD, Sept. 47: Flucht nach dem Westen) wird als Ltr. d. Presseabt. des DGB (dies seit 1.07.48) fristlos gekündigt, weil er – im Auftrag des DGB – eine Demontagefibel verfaßt hatte / 05.02.: Konferenz der Hennecke-Aktivist*innen / 20.02.: Bauernkonferenz der SED in Halle beschließt Aufbau der MAS
1949	März/ April	09.03.: Zusammenfassung der MAS / 20.03.: D-Mark alleiniges Zahlungsmittel in Westberlin / 30.03.: Verordnung über den Volkswirtschaftsplan 1949 / ab April ist Steuerreform in der SBZ in Kraft / 01.04.: Bildung der Trizone / 02.04.: SU liefert erste 192 von 1.000 Traktoren für die MAS, Bauern haben 21.759 Traktoren, MAS 7.180 / 26.-28.04.: Konstituierung des RGW in Moskau
1949	Mai/ Juni	12.05.: Ende der Blockade Westberlins / 18.05.: DWK-Anordnung zur Einführung des Vertragssystems / 20.05.-28.06.: UGO bestreikt S-Bahn, um DM-Lohn zu erhalten / Juni: 6. Ministerkonf. – Der CDU: Mecklenburgs Wirtschaftsminister Witte sieht im Vertragssystem die private Wirtschaft „in die Rolle des Aushilfskellners verwiesen“ / 21.06.: Agrarreform in Südkorea
1949	Juli/ Aug.	Juli: J. Dieckmann vor der 2. Vollsitzung der DWK: Soll die private Wirtschaft liquidiert werden? / 15.07.: Westdt. CDU verabschiedet Düsseldorfer Leitsätze mit Erklärung der sozialen Marktwirtschaft (Abkehr vom Ahlener Programm); Leistungswettbewerb und Monopolkontrolle / 06.08.: Elfes bittet Rau (DWK) um Darstellung der SBZ-Wirtschaft / 12.08.: DWK-Anweisung zum Vertragssystem / Gegensatz Markt – Plan ist Zentralthema des westdt. Wahlkampfs
1949	Sept./ Okt.	08.10.: Interzonenhandelsabkommen: Bis 30.06.50 im Volumen von 624 Mill. DM / 10.10.: SMAD löst ihre Dienststellen auf und überträgt Verwaltungsfunktionen an die DDR-Regierung / Okt.: Gründung des DGB in München
1949	Nov./ Dez.	22.11.: Petersberger Abkommen: Westdt. Soldaten gegen Beendigung der Demontagen, Bildung des Coordinating Committee for East-West Trade Policy (COCOM) in Paris / 28.11.: Adenauer wird von den Besatzungsmächten eingeladen, an der Kontrolle der Ostausfuhr teilzunehmen / 15.12.: Unterstellungsverhältnis der VEB geordnet / 1949 ist Bruttoproduktion der Privatindustrie in der DDR rückläufig; landwirtschaftl. Betriebe mit mehr als 20 ha („Großbauern“) haben in der DDR 26% Anteil an der LNF und besitzen 57,2% aller Traktoren / 1949 sind vom DDR-Gesamtprodukt 17% für Reparationen und 8% für Besatzungskosten abzuführen (insges.: 25%) / vom 01.09. bis 31.12. fliehen 129.245 Menschen aus der SBZ/DDR.
1950	Jan./ Feb.	Bis Anfang 1950 haben vermutlich 50% der Neubauern eigene Wohngebäude / 01.01.: COCOM nimmt seine Tätigkeit auf / 12.01.: DDR-Ministerrat verabschiedet Volkswirtschaftsplan 1950 / Jan.: DDR-Finanzministerium legt dem Haushalts- und Finanzausschuß der Prov. Volkskammer Beweismaterial über Steuerbetrügereien vor / 08.02.: Bundesregierung verbietet Stahllieferung nach Osten auf Anweisung der Besatzungsmächte / 22.02.: Gesetz über die Errichtung der Deutschen Bauernbank in der DDR

1950	März/ April	März: Adenauer erklärt sich zur Teilnahme an der Kontrolle der Ostausfuhr bereit / 23.03.: Bundestag verabschiedet Gesetz über sozialen Wohnungsbau / 27.03.: Senkung der HO-Preise um durchschnittlich 30% / 12.04.: Handelsabkommen DDR-SU / April: Gesetz zum Schutz des innerdeutschen Handels in der DDR erlassen / 19.04.: Gesetz der Arbeit in der DDR verkündet
1950	Mai/ Juni	09.05.: Schuman-Plan (GrdG. einer dt.-französ. Behörde zur Kontrolle d. Kohle- und Stahlprod.) in Paris vorgetragen / 15.05.: SU reduziert Reparationen um 50% auf 3.171 Mill. \$ / 19.05.: SU übergibt DDR 23 SAG-Betriebe / 08.06.: Verordnung über die Kollektivverträge in der DDR / 26.06.: Jugoslawien kündigt Gesetz zur Selbstverwaltung der Betriebe an
1950	Juli/ Aug.	3. SED-Parteitag (20.-24.07.) beschließt 1. 5-Jahrplan (Verdopplung der Industrieprod. Gegenüber 1936) und bekräftigt Garantie für das „rechtmäßig erworbene Eigentum von Gewerbetreibenden und Mittelständlern“ und Förderung der privaten Unternehmerinitiative sowie Produktionswachstum der Privatindustrie bis 1955 auf 156,6% des Stands von 1950, das Neubauernhilfsprogramm wird nicht mehr erwähnt (bis Ende 1949 noch häufig propagiert) / 27.07.: Titel „Held der Arbeit“, „Verdienter Aktivist“ ... geschaffen / 17.08.: DDR-Regierung verabschiedet ersten 5-Jahrplan / Aug.: DDR-Regierung verabschiedet umfangreiche Neuregelung der Tarifföhne als einseitige Regierungsverordnung nach „Anhören des Bundesvorstandes des FDGB“ (die Aushandlung der Löhne mit den Gewerkschaftsvertretern war mißlungen, diese unterschrieben einfach nicht)
1950	Sept./ Okt.	07.09.: Auf Befehl der Hohen Kommissare unterbricht die BRD die Eisen- und Stahllieferungen in die DDR (trotz langfristiger Verträge) / 29.09.: Aufnahme der DDR in den RGW Im Herbst 1950 leben in der DDR 18,388 Mill. Menschen (3,6% weniger als 1948), in der BRD (incl. Westberlin): 49,228 Mill. (4% mehr als 1948)

Eintritt in die Juglärerholung		
1950	Nov./ Dez.	22.12.: Ende der Rationierung für Getreide und Hülsenfrüchte zum 01.01.51 beschlossen / 1950: Agrarreform in China: Großgrundbesitz beseitigt / vor allem 1948-1950 sind in Westdtld. ca. 5% des industriellen Anlagevermögens demontiert / 1950 leben ca. 40% aller Sachsen in den Wismut-Kreisen; Aufsicht über Wismut SAG liegt beim Volkskommissariat f. Staatssicherheit (SMAD weitgehend ausgeschaltet) / 1950 beginnt Rückführung der Spezialisten aus der SU / 1950 ist in der DDR die Privatindustrie um 50% der Betriebe von 1948 verringert, das Anlagevermögen der Privatindustrie in der DDR wird 1950 auf 4,09 Mrd. M veranschlagt, die Steuerleistung der Privatindustrie (einschließlich Bauindustrie) liegt bei 781 Mill. M; 1950 haben private Bauherren einen Anteil von 61% an neu- und ausgebauten Wohnungen / 1950 sind vom DDR-Gesamtprodukt 9% für Reparationen und 4 % für Besatzungskosten abzuführen (insges. 13%) / 1950 fliehen 197.788 Menschen aus der DDR / 1950 schreibt die SU der DDR 833 Mill. M auf dem Reparationskonto gut, wofür 1.637 Mill. M aufzubringen waren + 35 Mill. M. Nebenkosten für Transport, Lagerhaltung etc.
1951	Jan./ Feb.	01.01.: Beginn des ersten 5-Jahrplans der DDR / 08.02.: Verordnung über Verbot von Preiserhöhungen / 23.02.: Rationierungsende für diverse Textilien
1951	März/ April	14.03.: Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1951 / 18.04.: Vertrag über Montanunion unterzeichnet (F, BRD, I, NL, B, L) / 26.04.: FDGB erhält Leitung der Sozialversicherung, Haushalt der SV ist Teil des Staatshaushalts
1951	Mai/ Juni	21.05.: Erster BKV in Riesa unterz., paritätische Mitbestimmung in der westdt. Montanindustrie / Mai: Die SU-Regierung gibt erstmals die von Dtl. noch aufzubringenden Reparationsleistungen bekannt: Per 01.01.51 in Höhe von 6.432 Mill. \$, wovon die sowj. und die poln. Regierung 3.216 Mill. \$ erlassen wollen / 07.06.: Verordnung über Erholungsurlaub der DDR-Regierung (Grundurlaub: 12 Arbeitstage) / 13.-15.06.: SED-ZK beschließt wirtschaftl. Rechnungsführung in VEB Mitte 1951 liegt Lohn bei der Wismut SAG fast 50% über Lohn in der DDR-Metallverarb. Ind.
1951	Juli/ Aug.	12.07.: DDR-Regierung beschließt Altersversorgung der Intelligenz, Einzelverträge / 1950/51 steigen Getreideerträge um 28%
1951	Sept./ Okt.	01.09.: Autobahnbenutzungsgebühr für Westdeutsche eingeführt / 20.09.: Berliner Abkommen über Handel DDR-BRD unterzeichnet / Sept.: Grotewohl setzt einen Sonderkommissar für Siedlungsfragen im Wismut-Gebiet ein (Abwicklung von 3.400 Umsiedlungen) / 08. 10.: Aufhebung der Rationierung bis auf Fleisch, Fett, Zucker in der DDR
1951	Nov./ Dez.	01.11.: Volkskammer beschließt Gesetz über 5-Jahrplan 51/55 / 25.11.: Nationales Aufbauprogramm Berlin vom SED-ZK proklamiert / bis Dez. 1951 sind mehr als 90.000 Neubauernhöfe errichtet / Ende 1951 laufen Werbeaktionen für die Wismut SAG aus / Ende 1951 versucht die sächs. Landesregierung, auf die sozial-ökonomische Entwicklung der Wismut-Kreise Einfluß zu nehmen Bruttowert des Anlagevermögens der Privatindustrie in der DDR 1951: 4,13 Mrd. M / 1951 fliehen 165.648 Menschen aus der DDR
1952	Jan./ Feb.	Ab 1952 trägt DDR alleinige Verantwortung für Wohnungs-, Kultur- und Sozialbau im Wismut-Gebiet / 01.01.: Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung
1952	März/ April	10.03.: Verordnung über Maßnahmen zur Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den volkseigenen Betrieben / 28.04.: SU übergibt DDR 66 von 213 SAG-Betrieben, werden VEB
1952	Mai/ Juni	16.05.: Lastenausgleichsgesetz vom Bundestag verabschiedet / Mai: H. Rau gibt Vors. Der SPK an B. Leuschner ab / 08.06.: Erste LPG in Merxleben gegr. (24 Neubauern) / 28.06.: Gehaltserhöhung für techn. Intelligenz, Hochschullehrer

1952	Juli/ Aug.	Ab Mitte 1952 setzt in Westdtld. stetige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ein / 09.-12.07.: 2. SED-Parteikonf. beschließt Aufbau d. Sozialismus, Propagierung der LPG beginnt / Die von Stalin verfügte Aufrüstung kostet 2 Mrd. M in einem Jahr, 10% der Staatseinnahmen, nicht im Plan vorgesehen, Aufbau der Bezirksverwaltungen und Förderung der LPG verursachen ebenfalls nicht im Plan vorgesehene Kosten / 17.07.: Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten
1952	Sept./ Okt.	10.09.: Wiedergutmachungsabkommen Israel-BRD / 18.09.: Bildung politischer Abteilungen bei den MAS / 02.10.: Gesetz zum Schutze des Volkseigentums
1952	Nov./ Dez.	Nov.: Ulbricht erklärt den Ankauf von Privatbetrieben durch den Staat für zulässig, SED-ZK interpretiert Beschlüsse der 2. Parteikonf. Im Sinne weitgehender „Beschränkung der kapitalistischen Elemente“ (jedoch nicht öffentlich) / Nov. 52 – Mai 53 Versorgungsstörungen in der DDR / 05.-06.12.: Erste LPG-Vors.-Konf.; 13% der LNF in der DDR sind herrenlos / 19.12.: Musterstatuten für LPG veröffentlicht Ende 1952 gibt es 1.906 LPG mit 37.000 Mitgliedern (28.879 Neubauern) und 218.043 ha, 1.649 LPG sind vom Typ I (kollektive Felderbewirtschaftung) / 1946-1953 fließt jährlich ein Viertel des BSP der SBZ bzw. DDR in die Reparationsleistungen / Bruttowert des Anlagevermögens der Privatindustrie in der DDR 1952: 4,172 Mrd. M Steuerleistung der Privatindustrie liegt bei 1,025 Mrd. M / 1952/53: Angriff auf die Privatwirtschaft in der DDR / 1952 fliehen 182.393 Menschen aus der DDR

2. Juglar: Januar 1953 bis Februar 1962 – Kollektivierung der Landwirtschaft und Militarisierung

Zeit		Wirtschaft
Eintritt in die Juglarprosperität		
1953	Jan./ Feb.	1952/53 entstehen besonders häufig staatliche Beteiligungen an Privatfirmen infolge Flucht der Inhaber / 22.01.: Pflichtablieferung der Landwirtschaft wird erhöht / 02.02.: Staatliche Kommission für Handel und Versorgung in der DDR gebildet / Feb.: Aktion „Rose“ beginnt im Ostseebereich, Enteignungen von 440 Hotels und Pensionen, 181 Gaststätten, Taxi-Unternehmer an der DDR-Ostseeküste mittels Anklagen wegen Wirtschaftsdelikten, Haftstrafen bis zu 10 Jahren (z.B. 7 Jahre Zuchthaus für 2 Ztr. Weizen), FDGB kommt in Besitz von Feriendomizilen (612 Objekte beschlagnahmt, 30 Mill. M enteignet)
1953	März/ April	Im März verlassen 58.000 Menschen die DDR / 09.04.: DDR-Ministerrat beschließt, etwa 2 Mill. Menschen keine Lebensmittelkarten mehr zu erteilen (selbständigen Gewerbetreibenden, Eigentümern devastierter Landwirtschaftsbetriebe, Mietshausbesitzern) / 15.04.: KPdSU-PB mahnt SED, den Kurs zu mildern / 16.04.: Ulbricht im ND, „daß auch die privaten Kleinbetriebe möglichst viel zur Versorgung der Bevölkerung herangezogen werden“ / 20.04.: Preiserhöhung für rationierte Lebensmittel in der DDR / 23.04.: SED-ZK beschließt, Arbeiter aufs Land zu entsenden
1953	Mai/ Juni	14.05.: SED-ZK beschließt, Arbeitsnormen um mindestens 10% zu erhöhen, und schließt F. Dahlem aus dem ZK aus / Mai: Extensive Anwendung des Gesetzes zum Schutze des Volkseigentums wird unterbunden / 28.05.: Regierung verordnet Erhöhung der Arbeitsnormen um 10% / 09.06.: SED-PB verkündet Neuen Kurs / 14.06.: Arbeiter des VEB Industriebau der Baustelle Krankenhaus Friedrichshain beschließen Streik / 17.06.: Streiks in rd. 350 Städten und Gemeinden der DDR / 21.06.: Rücknahme der Normerhöhungen
1953	Juli/ Aug.	23.07.: Neue Steuerverordnung in der DDR / 23.07.: Verordnung über Einzelverträge mit der Intelligenz

1953	Sept./ Okt.	14.09.: Erhöhung der Konsumgüterproduktion beschlossen / Im III. Quartal kommt es zu einem enormen Abfall der Bruttoproduktion der Privatindustrie in der DDR, Steuerschulden werden storniert, teilweise annulliert, Betriebe erhalten großzügig kurzfristige Kredite, Rohstoffe und Materialien, Bindungen des Vertragssystems werden gelockert / 13.10.: LPG „Florian Geyer“, Aschersleben, erzielt als erste eine Jahreseinnahme von mehr als 1 Mill. M
1953	Nov./ Dez.	Dez.: Generelle Lohnerhöhung in der DDR verordnet (Durchschnittslohn in der VE Ind.: 348,25 M, in der privaten Industrie: 291,- M, Diff.: 56,75 M) / 21.12.: Konstituierende Sitzung des Vorstands der neuen SDAG Wismut bestätigt geltende Ordnung / Ende 1953 bestehen 4.691 LPG mit 754.301 ha (11,6% der LNF) / 1953 flüchten 331.390 Menschen aus der DDR 1953 arbeiten 3.358 Sowjetbürger bei der Wismut SAG / Bruttowert des Anlagevermögens der Privatindustrie in der DDR 1953: 4,23 Mrd. M / Ende 1953 gibt es in der DDR 14.240 private Industriebetriebe (ohne Handwerk und ohne Bauwesen) / 1951-1953 liefert die DDR 679 Mill. \$ an Reparationen für die SU und Polen, beide Länder verzichten ab 1954 auf die noch ausstehenden 2.537 Mill. \$
1954	Jan./ Feb.	01.01.: SU verzichtet auf Reparationen und begrenzt Stationierungskosten auf 5% des DDR-Staatshaushalts, Übergabe der restlichen 33 SAG-Betriebe (im Wert von 2,7 Mrd. M) und Verzicht auf 430 Mill. M für die 1952 übergebenen 66 SAG-Betriebe, Wismut wird SDAG, F. Selbmann ihr Vors. für die ersten 5 Jahre / Jan.: 9. Durchführungsbestimmung zur Steuerverordnung: Unternehmer dürfen bis zu 25% des Jahresbruttogewinns sowie Mittel aus Sonderabschreibungen steuerfrei für Generalreparaturen und Neuanschaffungen verwenden
1954	März/ April	04.03.: Musterstatut einer AWG veröffentlicht / 01.04.: DDR gründet eigene Luft-hansa, am 30.04.55 bekanntgegeben / 30.03.-06.04.: 04. SED-Parteitag beschließt „Milliardenprogramm“ für zusätzliche Produktion von Massenbedarfsgütern
1954	Mai/ Juni	06.06.: Preissenkung für Schuhe, Backwaren, Schlachtfette und a. m.
1954	Juli/ Aug.	Juli: Letzte dt. Luftfahrt- und Triebwerksspezialisten kehren aus der SU zurück (133 Akademiker, 15 Nicht-Akademiker)
1954	Sept./ Okt.	13.09.: Preissenkung für Lebens- und Genußmittel, Konsumgüter
1954	Nov./ Dez.	Nov.: Zum Jahrestag der Oktoberrevolution werden Inhaber von Privatbetrieben mit Prämien zwischen 1.000-5.000 M ausgezeichnet (wegen des „Kampfs um die Milliarde“), der durchschnittliche Privatbetrieb in der DDR der fünfziger Jahre hat 32 Beschäftigte und eine Bruttoproduktion von 439.000 M, der Unternehmer ist Mitarbeiter / 12.-13.12.: 3. Konf. der Vors. und Aktivisten der LPG in Leipzig, hebt absolutes Verbot der Aufnahme von Großbauern in die LPG auf. 60.000 Haushalte in der BRD haben ein Fernsehgerät, das noch mehr als 1.500 DM kostet / 1954 flüchten 184.198 Menschen aus der DDR / 1950-1954 liegt Akkumulationsrate in der BRD bei 22,3%, in der DDR bei 7,1% / 1954 beginnt Flugzeugbau in der DDR / Bruttowert des Anlagevermögens der Privatindustrie in der DDR 1954: 4,3 Mrd. M / 1954 verwandeln sich in der DDR etwa 75% des privaten Profits in staatliches Reineinkommen / 1954 haben private Bauherren einen Anteil von 19% an neu- und ausgebauten Wohnungen; 1954 entstehen über 300 AWG mit mehr als 30.000 Mitgliedern
1955	Jan./ Feb.	6.01.: Verordnung über Produktions- und Dienstleistungsabgabe
1955	März/ April	03.-06.04.: 1. Baukonferenz des SED-ZK
Eintritt in die Juglarrezession		

1955	Mai/ Juni	01.06.: Ulbricht hebt die Bedeutung der Schwerindustrie wieder hervor / 01.-4.6.: Konferenz in Messina beschließt Bildung der EWG / 30. 06.: Staatliche Beteiligung an privaten Industriebetrieben in der DDR mit 47,5 Mill. M beziffert (37,4 Mill. in der Textilindustrie.)
1955	Juli/ Aug.	Juli: Eine Analyse in der DDR stellt fest: Bis jetzt ist es nicht gelungen, die Entwicklung der Privatindustrie entsprechend den volkswirtschaftlichen Erfordernissen zu lenken / 18.08.: Verordnung über Bildung von PGH, Musterstatut. LPG I und II
1955	Sept./ Okt.	24./27.10.: 25. SED-ZK-Tagung kündigt in Entschließung vom 27.10. Staatsbeteiligung an Privatunternehmen an
1955	Nov./ Dez.	Nov.: Ulbricht weist öffentlich auf Diskrepanzen in der Einkommensentwicklung der DDR hin (besonders zugunsten der Einzelbauern und der Handwerksmeister – Spruch in der DDR: Hast du ein Haus, bist du Intelligenzler, hast du ein Auto, bist du Unternehmer, hast du Autos und Häuser, bist du Handwerker) / 22.12.: In 2 Verordnungen wird Lockerung der Vertragsbindung beseitigt und Kontrolle der Warenbewegungen bei wichtigen Konsumgütern verstärkt, die Investitionsbegünstigungen der 9. DB zur Steuerverordnung werden an Bezirksgenehmigungen gebunden 1955 erfüllt die VE Industrie den Jahresplan nicht, die private mit 102,9% / 1955 bestehen 85 PGH mit 2.290 Mitgliedern / 1955 flüchten 252.870 Menschen aus der DDR / bis 1956 untersteht die Wismut AG dem sowj. Verteidigungsministerium
1956	Jan./ Feb.	01.01.: Zweiter 5-Jahrplan beginnt / 20.02.: Erste Unternehmer in der DDR erklären bei CDU-Beratung Bereitschaft zur Aufnahme von Staatsbeteiligungen
1956	März/ April	06.03.: Kolchosen (SU) dürfen Privatlandausmaß selbst regeln / 24.-30.03.: 3. SED-Parteikonferenz beschließt Direktive zum zweiten 5-Jahrplan 56/60, Ulbricht kündigt Staatsbeteiligung an Privatbetrieben und Kommissionsverträge im Handel an und spricht von „halbsozialistischen Betrieben“, 3. SED-Parteikonferenz beschließt Direktive zum 2. 5-Jahrplan / 31.03.: Für 959 Betriebe mit einem Gesamtkapital von 151.657.000 M in der DDR werden 46.628.500 M als volkseigener Anteil ausgewiesen / 25.04.: Arbeiter in der SU erhalten Kündigungsrecht zurück
1956	Mai/ Juni	01.06.: Bildung einer Regierungskommission für Preise in der DDR / 1. Halbjahr 56: Private Industrieproduktion in der DDR ist rückläufig
1956	Juli/ Aug.	Juli: Verhandlungen DDR-SU über Verrechnung der Produktion der SDAG Wismut: DDR wird die ausstehende Einzahlung von 400 Mill. M in das Aktienkapital erlassen / 17.07.: Vereinbarung zur Herabsetzung der Unterhaltskosten der GSSD um 50% / 26.07.: Verstaatlichung des Suezkanals
1956	Sept./ Okt.	01.10.: HO beginnt mit Teilzahlungsverkäufen
1956	Nov./ Dez.	06.11.: SED-PB wendet sich an Chruschtschow mit der Bitte um dringende ökonomische Hilfe / 07./08.12.: Arbeiterkonferenz des SED-ZK diskutiert Aufgaben der Arbeiterkomitees / 1956 flüchten 279.189 Menschen aus der DDR / 1956 arbeiten rd. 100.000 Menschen bei der Wismut SAG / 1956 gibt es 144 Betriebe mit staatlicher Beteiligung (14.331 Beschäftigte)
1957	Jan./ Feb.	19.01.: Volkskammer beschließt 45-Stunden-Woche / 21.01.: Bundestag beschließt Rentenreformgesetz
1957	März/ April	21.03.: DDR-Ministerrat beschließt Kohle- und Energieprogramm (Aufholprogramm der DDR setzt ein) / 25.03.: EWG- und EURATOM-Verträge in Rom unterzeichnet / 12.04.: Wirtschaftsrat beim Ministerrat der DDR beschlossen
1957	Mai/ Juni	18.-22.06.: 8. RGW-Tagung empfiehlt gemeinsame Perspektivpläne für die nächsten 10-15 Jahre
1957	Juli/ Aug.	04.07.: Bundestag verabschiedet Kartellgesetz / 26.07.: Bundestag verabschiedet Gesetz über die Deutsche Bundesbank: Sie „ist bei der Ausübung der Befugnisse... von Weisungen der Bundesregierung unabhängig“ / 01.08.: Dt. Bundesbank nimmt ihre Tätigkeit auf
Eintritt in die Juglardepression		

1957	Sept./ Okt.	Sept.: F. Schenk, seit 1952 Büroleiter B. Leuschners, Vors. d. SPK, flieht nach Westdtld. / 13.10.: Geldumtausch / Okt.: SED-ZK-Tagung zur Agrarpolitik zielt auf Genossenschaftsbildung
1957	Nov./ Dez.	1957 flüchten 261.622 Menschen aus der DDR / 1957 werden 1.341 Unternehmer in örtliche Volksvertretungen der DDR gewählt / 1957/58 sind alle westeuropäischen Länder von einer Krise betroffen / 1957 erhält DDR Kredit von 75 Mill. Rubel zur Überwindung von Versorgungsengpässen
1958	Jan./ Feb.	01.01.: Römische Verträge in Kraft, EWG, Euratom gegründet (6 Mitglieder) / 08./9.01.: Volkskammer beschließt zweiten 5-Jahrplan 1956-1960 (3.SED-Parteikonf. hatte schon im März 56 Direktive beschlossen) / Feb.: E. Apel übernimmt Ltg. d. neu gebildeten Wirtschaftskommission beim SED-PB
1958	Mai/ Juni	28.05.: Volkskammer beschließt Abschaffung der Lebensmittelkarten
1958	Juli/ Aug.	10.-16.07.: 5. SED-Parteitag verkündet, BRD bis Ende 1961 zu überholen (Produktivität in der BRD um ca. 30% höher, Konsum um ca. 25% höher)
1958	Sept./ Okt.	22.09.: Industrie- und Handelskammern den Bezirksräten unterstellt
1958	Nov./ Dez.	Nov.: Chemieprogramm verkündet (auf Basis der Lieferung sowj. Erdöls) / Dez.: SED-ZK-Plenum zum ‚Beitrag der Landwirtschaft zur Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe‘ / 1958 flüchten 204.092 Menschen aus der DDR / 1958-1959: „Großer Sprung nach vorn“ in China / seit 1958 verwendet der RGW Weltmarktpreise zur Orientierung / 1958 treffen die letzten Spezialisten aus der SU in der DDR ein / 1958/60: Angriff auf die Privatwirtschaft in der DDR / 1958 erhält DDR Kredit von 25 Mill. Rubel für Aufbau einer Petrochemie / 1958 fliehen 204.092 Menschen aus der DDR / 1958 gibt es 1.541 Betriebe mit staatlicher Beteiligung (126.472 Beschäftigte) / 1958 leben in der DDR 17,355 Mill. Menschen (5,62% weniger als im Herbst 1950), in der BRD (incl. Westberlin): 53,354 Mill. (8,4% mehr als im Herbst 1950)
1959	Jan./ Feb.	Jan.: SU beschließt einen Siebenjahrplan
1959	März/ April	21.03.: Ein US-Patrouillenboot kapert das DDR-Motorschiff Marta bei Ceuta wegen COCOM-Bestimmungen und eskortiert es nach Piräus, wo es entladen wird, der griech. Handelsminister beschlagnahmt die Ware, die DDR protestiert, die Fracht wird wieder freigegeben / 26.03.: Staatsbeteiligungsverordnung / 09.04.: Neue Musterstatuten für LPG, Übernahme der MTS möglich
1959	Mai/ Juni	22.05.: In der DDR leben 17.310.670 Menschen
1959	Juli/ Aug.	15.07.: Oberster Sowjet bestätigt Grundordnung über Gewerkschaftsrechte in den Betrieben / 24.07.: ND: Es wird keine Zwangskollektivierung geben.
1959	Sept./ Okt.	01.10.: Volkskammer beschließt Siebenjahrplan 1959/65 (der schon läuft), in Anpassung an den sowj. Planrhythmus und den der anderen RGW-Länder / Okt.: Erstmals 103 ‚Brigaden der sozialistischen Arbeit‘ ausgezeichnet
1959	Nov./ Dez.	13.12.: Kreis Eilenburg in der DDR als erster vollgenossenschaftlich / 18.12.: Abkommen über Bau einer Erdölleitung mit SU und Polen / 1959 fliehen 143.917 Menschen aus der DDR / 1959-1961: Hungersnöte in China
Eintritt in die Juglärerholung		

1960	Jan./ Feb.	Mit Jahresbeginn werden Agitatorencharen aufs Land geschickt: Wer ‚den Agitatoren der Arbeiterklasse das Tor verschließt, entlarvt sich als Feind der Arbeiterklasse!‘ / Jan.: SPK-Thesen für die Grundlinie der Entwicklung der VW der DDR bis 1975: Im Zeitraum 1966-1975 tritt die DDR in die Periode des allmählichen Übergangs zum Kommunismus ein, die SPK rechnet mit 1965 als Datum für die wirtschaftliche Überholung Westdeutschlands (obwohl öffentlich 1961 proklamiert wurde)
1960	März/ April	04.03.: Bezirk Rostock meldet als erster völligen Zusammenschluß zu LPG / 05.04.: FDJ-Aufruf ‚Der Sozialismus siegt – 10.000 unserer Besten gehen in das vollgenossenschaftliche Dorf!‘ / 14.04.: Karl-Marx-Stadt meldet als letzter Bezirk Vollkollektivierung.
1960	Mai/ Juni	12.05.: Verordnung über die Oberste Bergbehörde in der DDR / Ende Mai bewirtschaften 19.345 LPG mit 961.539 Mitgliedern 85% der LNF der DDR / 29.06.: Volkswagenwerk privatisiert (Volksaktien)
1960	Juli/ Aug.	20.-23.07.: SED-ZK-Tagung über wiss.-techn. Höchststand im Maschinenbau / 16.08.: Zusatzvereinbarung zum Berliner Abkommen zwischen beiden dt. Staaten abgeschlossen
1960	Sept./ Okt.	30.09.: Bundesregierung kündigt auf Anregung Brentanos das Interzonenhandelsabkommen (das Berliner Abkommen vom 20.09.51) nach USA-Reise Adenauers und Sondersitzung der BRD-Regierung sowie nach Restriktionen der DDR an ihrer Grenze / 11.10.: La Libre Belgique stellt fest: „Die Engländer werden 1960 nach Ostdeutschland Industrieprodukte für 350 Millionen belgische Franc exportieren, das ist doppelt soviel wie 1959.“
1960	Nov./ Dez.	15.11.: Entwurf eines Arbeitsgesetzbuchs veröffentlicht / 22.11.: Dt.-dt. Gespräche über die Weiterführung des Handels beginnen / Ende Nov.: DDR-Delegation in Moskau / 30.11.: Gespräch Ulbricht-Chruschtschow über die Folgen der Kündigung des Interzonenhandelsabkommens, Ulbricht bittet zur ‚Störfreimachung‘ die SU, die Lieferungen zu übernehmen / 15.-17.12.: 11.SED-ZK-Tagung: Leuschner erklärt, BRD zu überholen, ist nicht möglich / 29.12.: Communiqué der dt.-dt. Verhandlungen besagt Vereinbarungen vom 20.09.51 und vom 16.08.60 werden am 01.01.61 in Kraft gesetzt 1960 haben 6,2% der DDR-Haushalte Waschmaschinen, fliehen 199.188 Menschen aus der DDR, gibt es 4.455 Betriebe mit staatlicher Beteiligung (291.116 Beschäftigte), 3.878 PGH mit 150.779 Mitgliedern
1961	Jan./ Feb.	18.01.: Entwurf über die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR von Ulbricht an Chruschtschow: 1961 hat die DDR eine Zahlungsbilanzdefizit von rd. 1,35 Mrd. VM, davon mehr als 0,8 Mrd. gegenüber der SU und mehr als 0,5 Mrd. gegenüber dem kapitalist. Wirtschaftsgebiet, Bitte um Kredit in Höhe von 170 Mill. Rbl = 800 Mill. VM, der ab 1966 zurückgezahlt werden könnte, kann der Kredit nicht gewährt werden, kann die DDR das Lebensniveau von 1960 nicht halten und stünde dann „vor einer tiefen Krise“ (dies mit Bleistift korrigiert zu „vor ersten Krisenstimmungen“, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/30) / 19.01.: Brief Ulbrichts an Chruschtschow (in russ. Sprache 18 S., SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/30) / 24.01.: Beratungen DDR-SU (Leuschner-Mikojan) beginnen / 23.02.: Gespräch Rau-Mikojan in Moskau / 28.02.-3.03.: 14. RGW-Tagung in Berlin über internat. Arbeitsteilung
1961	März/ April	März: 12. SED-ZK-Tagung beschließt Demontage der DDR-Flugzeugindustrie zugunsten des Stopfens von Löchern in anderen Zweigen der metallverarbeitenden Industrie / Volkskammer beschließt den Jahresplan 1961 / 20.03.: Leuschner an Ulbricht: Die bisher wichtigsten Verhandlungen mit der UdSSR thematisieren „zum ersten Mal die ökonomischen Grundfragen der DDR tiefgehend und umfassend“ / 11.04.: Ulbricht erhält ‚Gedanken zur Anwendung von Verflechtungsbilanzen in der Volkswirtschaftsplanung‘ von Prof. Dr. Rudolph, Dir. d. Inst. f. Volkswirtschaftsplanung an der HfÖ Karlshorst / 12.04.: Volkskammer beschließt Gesetzbuch der Arbeit / 26.04.: Erste umfassende Einschätzung der Wirtschaftsgespräche in Moskau durch B. Leuschner für Ulbricht, darin u. a.: „Gegenüber den Annahmen des Siebenjahrplans ist in den Jahren 1959 und 1960 die Republikflucht angestiegen.“

1961	Mai/ Juni	Statt der erwarteten Flucht von 13.000 Arbeitskräften beträgt der wirkliche Abgang bis zum 30.04. aber 29.000 Personen / Anfang Mai gibt die SPK den Siebenjahrplan auf („präzisiert“ sie ihn) / Ende Mai beträgt die tatsächliche Lohnsteigerung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie 5,3% im Unterschied zur geplanten von 1,6%; zur Realisierung des Lohns reichen die Warenangebote nicht aus / 29.06.: Verordnung über Arbeitszeit und Erholungsurlaub
1961	Juli/ Aug.	05.07.: Ministerrat beschließt Bildung des Volkswirtschaftsrats / 12.07.: Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung f. Arbeitnehmer in der BRD / Juli: G. Mittag (35 Jahre alt) wird stellv. Vors. d. DDR-Volkswirtschaftsrats (Vertreter A. Neumanns), K. Mewis ersetzt B. Leuschner als Vors. der SPK / 04.08.: Ulbricht an Chruschtschow über Ursachen der ökonomischen Schwierigkeiten der DDR 01.01.-15.08. fliehen 159.730 Menschen aus der DDR / vom 01.09.49-15.08.61: 2.691.270 / Sommer: Mißernte in der DDR-Landwirtschaft
1961	Sept./ Okt.	01.10.: Westgeldbeträge in der DDR sind binnen dreier Tage umzutauschen / 10./11.10.: Wirtschaftskonf. des SED-ZK und d. DDR-Ministerrats über Verbesserung der Leitung und Planung der VW
1961	Nov./ Dez.	1961 arbeiten ca. 45.000 Menschen bei der Wismut AG / 1961 wird der DDR-Flugzeugbau eingestellt / 1961 werden in der DDR 92.000 Wohnungen neu- und ausgebaut (bisheriger Höchststand), 10,5% aller Wohnungen (5,447 Mill.) in der DDR nach 1945 gebaut, 44,4% zwischen 1900 und 1945, 45% vor 1900
1962	Jan./ Feb.	03.02.: US-Handelsembargo gegen Kuba verkündet / Feb.: 16. SED-ZK-Tagung beschließt die letzte Änderung des 7-Jahrplans, B. Leuschner spricht von der Notwendigkeit einer längeren Stabilisierungsperiode, Ausbau einer rentablen Exportgüterindustrie und strenger Kontrolle der Importe

3. Juglar: März 1962 bis April 1971 – Die Wirtschaftsreform und ihr Scheitern		
Zeit		Wirtschaft
Eintritt in die Juglarprosperität		
1962	März/ April	März: DDR wird bei der Treuhandstelle für den Interzonenhandel um langfristigen Warenkredit vorstellig / 28.03.: Volkskammer beschließt Gesetz über Zollwesen der DDR. / Zwischen Herbst 1961 und Herbst 1962 wird auf SED-ZK-Tagungen über Notwendigkeit ökonomischer Reformen debattiert
1962	Mai/ Juni	25.05.: Bundesregierung bestätigt DDR-Kreditersuchen
1962	Juli/ Aug.	25.07.: Abkommen über Zentrale Verwaltung der Energiesysteme / Sommer: Ulbricht ersetzt Planungschef K. Mewis durch E. Apel, bisher Ltr. der Wirtschaftskom. beim SED-PB / Aug.: H. Matern informiert SED-PB über „westdeutsche Bemühungen zur Intensivierung des Handels Westdeutschlands mit der DDR“ / 23.8: Kurt Leopold teilt mit, Adenauer meine, daß etwas geschehen müsse, Zwischenfälle an der Grenze zu vermeiden, er sei bereit, den Swing auf 225 Mill. VE zu erhöhen und Renten wie Pensionen an Personen in der DDR zu zahlen
1962	Sept./ Okt.	04.09.: SED-PB beschließt, Adenauer mitzuteilen, daß die DDR-Regierung zu Besprechungen über Fragen der Normalisierung bereit sei / 18.09.: Stellungnahme zu „Schwierigkeiten der Versorgung“ wegen Übergangs zur genossenschaftlichen Viehhaltung / Sept.: Liberman-Diskussion in der SU durch SED aufgegriffen / Okt.: 17. SED-ZK-Tagung, Ulbricht fordert auf, die Liberman-Debatte auszuwerten / Ab „Herbst 1962 stand [Ulbricht] auf wirtschaftspolitischem Gebiet in latentem Widerspruch zur sowjetischen Führung unter Chruschtschow ... In Ulbrichts Auffassungen war offensichtlich ein Wandel eingetreten: Die Existenzkrise der DDR in den Jahren 1960/61 hatte ... zum Umdenken geführt. Daß der ... Mauerbau keine Lösung auf Dauer war, wußte Ulbricht ... von Anfang an“ (Rösler: Zwischen Plan und Markt, Berlin 1991, S. 12-13)
1962	Nov./ Dez.	Novemberplenum des KPdSU-ZK (2. Novemberhälfte) ergibt keine Hinweise auf eine sowjetische Rezeption Libermans / 07.12.: Abkommen DDR-SU über Wismut-Produktion: Erstmals sollen Uranpreise verhandelt werden und die DDR einen Teil der Wismutproduktion für das eigene Kernkraftwerksprogramm erhalten / 11.12.: SED-PB erteilt Stoph den Auftrag, eine zentrale Arbeitsgruppe zu bilden und Grundfragen der Wirtschaftsreform in einer Entschlußvorlage zusammenzufassen / 14.12.: Ulbricht spricht in Leipzig über die bisherige SED-Wirtschaftspolitik, kritisiert die These vom Vorrang der Politik und erklärt: „... in der Tat haben jetzt die ökonomischen Aufgaben den Vorrang.“ / 20.12.: SED-PB berät Vorlage ‚Grundsätze eines ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Industrie‘. / 22.12. Vorlage über ‚Grundsätze ...‘ wird DDR-Ministerratsbeschluß. / 1962 haben private Bauherren einen Anteil von etwa 5% an neu- und ausgebauten Wohnungen / 1962 werden Intershop- und zugleich Exquisit- und Delikat-Läden in der DDR eingerichtet / 1962 erhält DDR von der SU einen Warenkredit in Höhe von 1,3 Mrd. VM / 1962 gibt es 5.277 Betriebe mit staatlicher Beteiligung (335.496 Beschäftigte)
1963	Jan./ Feb.	Anfang Jan.: E. Apel wird Leiter der SPK / 15.-21.01.: 6. SED-Parteitag, spricht vom ‚Zeitalter des Sozialismus‘, verjüngt SED-Führungsgremien, G. Mittag wird Kand. d. SED-PB / 29.01.: Französisches Veto gegen EWG-Beitritt Großbritanniens / 11.02.: Erlaß des Staatsrats über ‚Planung und Leitung der Volkswirtschaft durch den Ministerrat der DDR‘
1963	März/ April	Ab Feb./März arbeitet eine Gruppe unter W. Halbritter an der Ausarbeitung eines funktionsfähigen ökonomischen Systems (mit geringen Unterbrechungen bis 1971): ‚Entweder erhalten wir alle eine Parteistrafe, daß wir uns nicht wiederfinden - oder einen großen Orden‘; beim NÖS stützt sich Ulbricht auf Mittag, Apel, Halbritter, Berger, Wolf, Reinhold und Koziolok – dagegen skeptisch zum NÖS: Neumann, Honecker, Stoph, Matern, Rumpf samt eines großen Teils des Parteiapparats / Ende März liegt der Grundriß zur Schaffung eines in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel vor

1963	Mai/ Juni	Mitte Juni hat das SED-PB die Richtlinien für das NÖSPL / 24.-25.06.: Wirtschaftskonferenz zu den Richtlinien ... kritisiert bisherige Praxis der Planung und Leitung der VW / Juni: Präsidium des Ministerrats verkündet NÖSPL
1963	Juli/ Aug.	11.07.: Präz. des DDR-Ministerrats beschließt Richtlinie für das Neue ökonomische System der Planung und Leitung d. Volkswirtschaft / 15.07.: Staatsrat bestätigt die Richtlinie / 16.07.: Das ND stellt erstmals das Reformprogramm vor / Sommer: Mißernte in der DDR-Landwirtschaft, ebenso in der SU, die daher Getreidelieferung an die DDR verringert: Bis 1963 jährlich 1,6 - 2,2 Mill. t, danach 1,2 Mill. t, folglich muß die DDR 0,5 - 0,7 Mill. t im Westen kaufen
1963	Sept./ Okt.	01.09.: Bildung der Interflug / 29.10: SED-PB-Beschluß über Aufgaben und Arbeitsweise der Produktionskomitees in volkseigenen Großbetrieben
1963	Nov./ Dez.	Anteil des RGW-Handels am Welthandel beträgt fast 12% / 1963 reduziert die SU Lieferungen an Getreide, Baumwolle, Fleisch und Walzstahl in die DDR / 1963/69: Flexibilisierung der DDR-Mittelstandspolitik
1964	Jan./ Feb.	01.01.: Internationale Bank für wirtschaftl. Zusammenarbeit des RGW nimmt ihre Tätigkeit auf (Verrechnungsrubel), Umstellung der VVB auf wirtschaftliche Rechnungsführung (die DDR-Wirtschaftsreform beginnt) / 30.01.: Verordnung über die Umbewertung der Grundmittel in der DDR / 28.02.: 8. Dt. Bauernkongreß berät Industriemethoden der Landwirtschaft.

1964	März/ April	01.04.: Erste Etappe der Industriepreisreform tritt in Kraft, Grotewohl ordnet an, Devisen mit speziellen Unternehmen zur Regierungsverfügung zu erwirtschaften. / Im Frühjahr wird (im ZK-Apparat) die Befürchtung laut, es könnte mit dem NÖS 'sozialistische Millionäre' geben
Eintritt in die Juglarrezession		
1964	Juli/ Aug.	01.08.: Ausgabe neuer Banknoten / 19.08.: Material Wolfs für Ulbrichts Referat zum Perspektivplan liegt vor
1964	Sept./ Okt.	25.09.: Ministerrat beschließt Investitionsordnung / Okt.: Breshnew bei Ulbricht: Man braucht aus der DDR mehr Maschinen, Chemieanlagen, Schiffe, Möbel etc. bei gleichbleibenden Preisen; was als Äquivalent geliefert werden soll, wird von Breshnew und Tichonow pauschal umschrieben, Breshnew wirft Ulbricht vor, daß sich die DDR ungenügend auf die Bedürfnisse ihres wichtigsten Handelspartners einstelle (Westexport der DDR war in den letzten beiden Jahren um mehr als 36% gestiegen)
1964	Nov./ Dez.	01.12.: Zwangsumtausch tritt in Kraft; DDR hat 17.003.646 Einw. / 1964 erfolgt erste Gutschrift für Häftlingsfreikauf in Höhe von 340.000 DM, dieses Geld wird zum Einkauf von Apfelsinen verwendet (Mitteilung von Rechtsanwalt Vogel) / 1963/64 verlassen 84.508 Menschen die DDR, 58.677 mit Ausreisegenehmigung der DDR-Behörden / 1964 hat die DDR 1 Mrd. VM Valutaschulden
1965	Jan./ Feb.	01.01.: 2. Stufe der Industriepreisreform beginnt / 25.02.: Volkskammer beschließt das Gesetz über das Vertragssystem in der sozialistischen Wirtschaft, Tod B. Leuschners
1965	März/ April	April: Gruppe um G. Mittag bewertet Arbeit der SPK als richtig
1965	Mai/ Juni	15.06.: Kurzinformation des Volkswirtschaftsrates über einige Probleme bei der Perspektivplanausarbeitung in halbstaatlichen, Privat- und Handwerksbetrieben
1965	Juli/ Aug.	15.07.: Kritik an der SPK durch Gruppe um G. Mittag / Sommer: Ulbricht versammelt auf Vilm engen Kreis des SED-PB ohne Planungschef E. Apel um sich
1965	Sept./ Okt.	17.09. DDR-Delegation ohne E. Apel (statt dessen mit Neumann) nach Moskau: Verhandlungen über langfristigen Handelsvertrag DDR-SU, der über 40% des Außenhandelsumsatzes der DDR bindet / Okt.: Nicht mehr die SPK (E. Apel), sondern der Volkswirtschaftsrat (A. Neumann, Gegner des NÖSPL) für Perspektivplanung zuständig

1965	Nov./ Dez.	27.-30.11.: Blitzbesuch Breshnews in der DDR / 30.11.: SED-PB-Beschluß über 2. Etappe des NÖS (von Mittag und Stoph redigiert) / 01.12.: Zwangsumtausch bei DDR-Einreise gültig / 02.12.: Kontroverse im SED-PB zwischen Rumpf (Finanzminister) und Apel über nicht bilanzierte Pläne / 03.12.: Wirtschaftssekretär E. Apel begeht Selbstmord, am selben Tag „Fünfjahresabkommen für die wirtschaftliche sowie die w.-t. Zusammenarbeit“ zwischen der DDR und der SU unterzeichnet (von Neumann und Patolitschew) / 15.-18.12.: 11. SED-ZK-Tagung, Honecker preist das Wirtschaftsabkommen mit der SU und feiert, daß „uns die Entwicklung moderner elektronischer Geräte ohne die sonst notwendigen Importe aus kapitalistischen Ländern durch sowj. Lieferung von Halbleiterbauelementen ermöglicht wird und sowj. Versorgung mit gesteuerten Starkstromgleichrichtern aus Silizium, so daß wir auf diesem Gebiet keine Forschung und Entwicklung durchzuführen brauchen“, Ulbricht verkündet Beginn der 2. Etappe des NÖS / 22.12.: Auf Auflösung des Volkswirtschaftsrats der DDR, 9 Industrie ministerien eingerichtet; Planvorgabe im DDR-Wohnungsbau bis 1965 zu 73,6% erfüllt Ende 1965 ist entschieden, daß DDR weniger Rohstoffe und Getreide aus der SU bekommen wird / 1965 beträgt die Valutaschuld der DDR ca. 1 Mrd. DM, werden die sowj. Erdöllieferungen in die DDR beträchtlich erhöht
1966	Jan./ Feb.	14.01.: Staatsratsbeschluß über Vereinfachung der staatlichen Wirtschaftsführung
1966	März/ April	März: Schürer wird Vors. der Paritätischen Regierungskom. DDR/SU, in ausgewählten VVB wird die Produktionsfondsabgabe eingeführt / 09.04.: Erster arbeitsfreier Sonnabend in der DDR
1966	Mai/ Juni	23.05.: DDR-Minister für Elektrotechnik und Elektronik Steger stellt Rückstand von 6 Jahren in der Halbleiterproduktion fest (Bericht über SU-Reise, SAPMO-Barch, DY 30/ J IV 2/202 – 35) / 23./24.06.: Konferenz über Rationalisierung und Standardisierung
1966	Sept./ Okt.	01.09.: Mieterhöhungen für Neubauwohnungen angekündigt / 15.09.: Kommerzielle Koordinierung (KoKo) offiziell etabliert / 15.-17.09.: 13. SED-ZK-Tagung: Mittag wird Mitglied des PB; zentrale Vorgaben von ca. 1.000 Kennziffern auf ca. 370 reduziert, Grundmittel umbewertet, Industriepreise erhöht: „Mit dem 01.01.67 wird im Ergebnis der Industriepreisreform die ökonomische Situation realer sichtbar ..., ist Schluß mit der Verschleierung der wirklichen Kosten“ (Mittag)
Eintritt in die Juglardepression		
1966	Nov./ Dez.	23.11.: 2. Änderung und Ergänzung des Arbeitsgesetzbuchs / Dez.: SED-ZK-Tagung: Ulbricht kritisiert Plankommission und VVB wegen Verletzung der Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung / 1966 werden in der DDR 65.300 Wohnungen neu und ausgebaut, wird der Ingenieur-Technische Außenhandel (ITA) gegr., der den DDR-Waffenhandel betreiben wird 1966/67 erfolgt erster großer Einbruch in der westdt. Wirtschaftsentwicklung.
1967	Jan./ Feb.	01.01.: 3. Stufe der Industriepreisreform in der DDR beginnt; besonders seit 1967 werden Investitionen in „strukturbestimmende Zweige“ der DDR-Volkswirtschaft (240 Vorhaben) forciert – ohne Rücksicht auf die Bilanzen des 5-Jahrplans 66/70 / Jan.: Schalck-Golodkowski übernimmt Bereich KoKo / 19.01.: Zwischenberichterstattung der Arbeitsgruppe Wirtschaft / 02.02.: Verordnung über Produktionsfondsabgabe für alle Betriebe / 14.02.: „Konzertierte Aktion“ in der BRD beginnt Im ersten Quartal 67 erreicht die Depression ihren Tiefpunkt

1967	März/ April	20.03.: SED-PB stellt „in den letzten Jahren eingetretene Stagnation im Waren-austausch“ SU-DDR fest (Vorschläge zur Kooperation mit der UdSSR) / 03.-.04.4.: Langfristiges Wirtschaftsabkommen DDR-SU abgeschlossen / 17.-22.04.: 7. SED-Parteitag: Ulbricht beschwört erneut „Wechselverhältnis zwischen Planung und Markt“: „Wer den Markterfordernissen nicht genügt, kann auch den gesellschaftlichen Erfordernissen nicht entsprechen.“ Damit werde aber nicht „zur kapitalistischen Marktwirtschaft übergegangen“. Auf dem Markt „erweist sich, inwieweit die im Plan vorausbestimmte, unmittelbar gesellschaftliche Arbeit sich in der konkreten Realität als solche bestätigt“. Ulbricht tritt für gerichtliche Konkursverfahren ein, die er „Stabilisierungsverfahren“ nennt, und verlangt von Schürer die Planung von Wachstumsraten zwischen 8 und 10%, Ulbricht erklärt das ÖSS zum „Kernstück des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus“ / 27.04.: Beschluß über Tätigkeit der Produktionskomitees
1967	Mai/ Juni	03.05.: DDR-Ministerrat beschließt 5-Tage-Woche ab 28.08.67 mit 43¼ Std. / 10.05.: Gesetz zur Förderung der Stabilität, des Wachstums der Wirtschaft in der BRD angenommen / Mai: Gesetz über Perspektivplan bis 1970 in der DDR / 08.06.: Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom Bundestag beschlossen Auf den Hilferuf des ägyptischen Oberkommandos stellt die DDR Jagdflugzeuge, Raketen und Panzer zur Verfügung
1967	Juli/ Aug.	Juli: 2. SED-ZK-Tagung beschließt, Kombinate zu bilden / 28.08.: Einführung der 5-Tage-Woche in der DDR
1967	Sept./ Okt.	14.09.: Verordnung über Wohnraumlenkung
1967	Nov./ Dez.	01.12.: Volkskammer beschließt Staatsbankgesetz / 13.12.: Verordnung über Bildung der Industrie- und Handelsbank 1967 wird das Brit. Pfund um 14,3% abgewertet / 1955-1967 erhöht sich das Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer in der DDR um 53% (BRD: 136%) / 1967 richtet M. Seidel, Stellv. Schalcks, das Konto 528 ein / seit 1967 duldet der DDR-Staat stillschweigend, daß DDR-Bürger im Intershop Devisen anbieten (obwohl das Devisengesetz von 1956 ausländische Valuta im persönlichen Eigentum verbietet)
1968	Jan./ Feb.	01.01.: Mehrwertsteuer in der BRD eingeführt / 12.02.: Schürer informiert Ulbricht über Baibakows Bericht zu einer Japan-Reise
1968	März/ April	01.03.: Verordnung über Standortverteilung von Investitionen / 22.04. Staatsrat beschließt „weitere Maßnahmen zur Gestaltung d. ökonomischen Systems d. Sozialismus“ (ÖSS)
1968	Mai/ Juni	Mai/Juni: 9 Mill. im Generalstreik in Frankreich / Juni: Grundsatzregelung zur Gestaltung des ÖSS
1968	Juli/ Aug.	01.07.: Rentenerhöhung tritt in Kraft (Staatsratsbeschluß v. 15.03.68) / Verwirklichung der Zollunion der EWG (Wegfall der Binnenzölle, gemeinsamer Außenzoll eingeführt);
1968	Nov./ Dez.	15.11.: Volkskammer verabsch. Versicherungsgesetz f. d. Wirtschaft / 28.11.: Gesamtnat. Streik der Metallarbeiter Italiens
1969	Jan./ Feb.	22.-23.01.: Konferenz der „Schrittmacher und Neuerer der Wirtschaft“ in Halle
Eintritt in die Juglärerholung		
1969	März/ April	05.03.: Bericht G. Schürers über Besuch einer sowj. Delegation: „... vermittelten den sowj. Genossen die Überzeugung, daß unser System nichts mit Liberalisierung und freier Marktwirtschaft zu tun hat, sondern auf fester marxistisch-leninistischer Grundlage beruht.“
1969	Mai/ Juni	12.05.: Volkskammer beschließt Staatshaftungsgesetz
1969	Juli/ Aug.	27.08.: Erhöhung des staatlichen Kindergeldes: 3. Kind 50 M/monatl.

1969	Sept./ Okt.	10.09.: Ministerrat beschließt Energieverordnung / 08.10.: Am Tage nach dem 20. DDR-Jahrestag erfolgen in Berlin Stromabschaltungen (Ulbrichts „großer Sprung“ führt zum Energiemangel)
1969	Nov./ Dez.	Ende 1969 gründet Siegfried Kath ein Geschäft für Antiquitäten in Pirna. / Berufstätige DDR-Bevölkerung 1969: 8,17 Mill, davon Arbeiter und Angestellte: 6,84 Mill. (83,7%); Genossenschaftsbauern: 0,79 Mill. (9,6%); PGH-Mitglieder: 0,23 Mill. (2,8%); Private Handwerker: 0,17 Mill. (2,1%); freiberufl. Tätige, Bauern, Gärtner: 0,07 Mill. (0,9%); Komplementäre und Kommissionshändler: 0,04 Mill. (0,5%); Private Händler: 0,03 Mill. (0,4%)
1970	Jan./ Feb.	1969/70: Katastrophaler Winter führt zu wirtschaftlichen Einbrüchen in der DDR
1970	März/ April	12.03.: DDR-Ministerrat beschließt Verordnung über Kooperationsgemeinschaften
1970	Mai/ Juni	Mitte Mai: Breshnew warnt DDR-Führung: „Sie müssen sehr aufmerksam verfolgen die Frage des wirtschaftlichen Eindringens – könnte führen zu schweren Schäden“ / Juni: 13. SED-ZK-Tagung kritisiert G. Mittag hinsichtlich der Planziele 1970, Mittag gibt beträchtliche Kostenüberschreitungen bei den besonders geförderten Investitionsvorhaben zu
1970	Juli/ Aug.	01.07.: Alle Exportwaren müssen <i>Made in GDR</i> tragen / 10.07.: Abkommen über Bildung der Internationalen Investitionsbank des RGW / seit Sommer 1970 wird im SED-PB an der Korrektur der Wirtschaftspolitik Ulbrichts gewerkelt / am 28.07. trifft sich Honecker heimlich mit Breshnew / 1970 scheitert die Zuckerrohr-Ernte in Kuba
1970	Sept./ Okt.	08.09.: SED-PB beschließt ohne Ulbricht Korrektur der Wirtschaftspolitik, mehr als 75% der Automatisierungsvorhaben müssen abgebrochen werden, Mittags Standpunkt wird nicht akzeptiert, ÖSS wird kritisiert / 23.09.: Kommuniqué des DDR-Ministerrats: Korrektur der Planvorhaben 1970 nach unten / 25.09.: Ulbricht hält Ideenkonferenz zur Automatisierung ab / 21.10.: Breshnew lehnt Ulbrichts Forderungen nach Rohstoffen und Lebensmitteln ab
1970	Nov./ Dez.	09.-11.12.: 14. SED-ZK-Tagung analysiert Erfüllung des Perspektivplans, Kritik an Ulbricht, Gewinnbeteiligung der stillen Gesellschafter auf 5% durch Steuer beschränkt, Mittag für ‚Verstärkung des demokratischen Zentralismus‘ in der Wirtschaft, für ‚klare und unmißverständliche Beauftragung der Betriebe und Kombinate‘ / 16.12.: Beschluß über Planung der Reproduktion der Grundfonds 1970 liegt der Anteil der Nettoinvestitionen am NE bei 16,1%, die Verschuldung der DDR im NSW bei 2,2 Mrd. VM / 1970 erfolgt Trendbruch in der Investitionsentwicklung der DDR / 1970 haben 53,6% der DDR-Haushalte Waschmaschinen / 1970 kann rd. die Hälfte der DDR-Kinder einen Schulhort besuchen / 1970 bestehen 4.458 PGH (245.378 Mitglieder), beträgt der DDR-Durchschnittslohn 748 M, rd. 11% der industriellen Bruttoproduktion kommen aus ca. 9.000 privaten oder halbstaatlichen Betrieben / 1970 hat der Intershop 4 - 6 Mill. Käufer gezählt, zahlt die DDR 8 Mrd. M an Subventionen
1971	Jan./ Feb.	29.01.: Preissenkung für Textilien und Industriewaren
1971	März/ April	1.03.: Erhöhung der Mindestlöhne und Mindestrenten / 25.03.: Ulbricht verwirft ZK-Konzeption des 5-Jahrplans 71/75, weil keine Strukturpolitik vorgesehen sei

4. Juglar: Mai 1971 bis Juni 1980 – Die kreditierte Sozialpolitik		
Zeit		Wirtschaft
Eintritt in die Juglarprosperität		
1971	Mai/ Juni	8. SED-Parteitag beschließt „Hauptaufgabe“ des 5-Jahrplans 71/75 / Honecker: Unsere Gesellschaft kann ‚niemals mehr verbrauchen ...‘, als produziert worden ist‘ / 24.06.: Volkskammer beschließt Direktive zum 5-Jahrplan 71/75
1971	Juli/ Aug.	Aug.: SED-PB plant Verstaatlichungen bis 1975 zu strecken / 15.08.: USA heben Goldkonvertibilität des Dollars auf: 40 Mrd. Verbindlichkeiten gegen 10 Mrd. Goldbestand, Währungskrise
1971	Sept./ Okt.	21.10.: Ministerrat beschließt privaten Wohnungsbau für Arbeiter und Kinderreiche / Herbst: SPK errechnet: Exportplan um 390 Mill. M verfehlt, Importe um 100 Mill. VM über Plan / Okt.: Erstes offizielles Handelsabkommen DDR-Japan
1971	Nov./ Dez.	19.11.: Preisstopp für Konsumgüter verkündet / Dez.: 4. SED-ZK-Tagung bestätigt Verstaatlichungsplanung und beauftragt Blockparteien, positive Beispiele so zu schaffen, daß Komplementäre ihren Gesellschaftsanteil an einen VEB verkaufen / Dez.: Transitabkommen unterzeichnet / 1971 gibt es 5.658 Betriebe mit staatlicher Beteiligung (348.068 Beschäftigte), erhöht sich die DDR-Valutaschuld um mehr als 1 Mrd. DM / 1971 beträgt polnische Westschuld 1,1 Mrd. \$
1972	Jan./ Feb.	22.01.: GB, DK und Irland unterzeichnen EG-Beitritt / 08.02.: SED-PB-Beschluß über schnelle Verstaatlichung / Im Feb. steht das sozialpolitische Programm Honeckers auf der Tagesordnung des SED-PB / 25.02.: SED-KL Apolda meldet: „Am 1. Mai marschiert Apolda rot“ (gemeint ist Verstaatlichung der Privatunternehmen) / Feb.: 11. LDPD-Parteitag mit Auftritt von Komplementären, die ihre Anteile dem Staat verkaufen wollen / Feb.: Honecker im PB: „Wir haben nicht die Absicht, die Schulden der DDR in zwei Jahren zurückzuzahlen.“ (Schürer vor der 10. ZK-Tagung, 08.-10.11. 89)
1972	März/ April	07.03.: Beschluß über Feriendienst und Kuren / 02.04.: Visafreier Reiseverkehr zwischen der DDR und Rumänien
1972	Juli/ Aug.	06.-07.07.: SED-ZK-Tagung schließt Verstaatlichung der privaten und halbstaatlichen Industriebetriebe ab: rd. 11.400 Industriebetriebe verstaatlicht, zu 85% sind die früheren Eigentümer die neuen Betriebsdirektoren Bis 31.07. reisen 4 Mill. DDR-Bürger nach Polen, 5,2 Mill. Polen in die DDR, 3,2 Mill. DDR-Bürger in die CSSR, 0,51 Mill. Tschechen in die DDR, in einzelnen Grenzstädten der DDR hat sich der Umsatz nahezu verdoppelt (im Plan nicht vorgesehen) / 01.01.72 - 31.07.72: DDR-Bürger führen nach Polen 130,7 Mill. M aus, Polen führen in die DDR 412,5 Mill. M ein, DDR-Bürger führen 230,4 Mill. M in die CSSR aus, Tschechen führen in die DDR 59 Mill. M ein - bei einem Umtauschsatz von 100 Zloty = 20,92 M (+ 0,38 M Bankspesen) und 3 Kronen = 1 M
1972	Sept./ Okt.	01.09.: DDR-Sozialpaket wird wirksam: Erhöhung der Renten, Mietensenkung auf knapp 1 M/m ² , Geburtengelder, bezahlte Freistellung bei Geburt auf 18 Wochen erweitert, 40-Stundenwoche für Mütter mit 3 und mehr Kindern / Sept.: Honecker veranlaßt Stoph, die Order zu erteilen, ‚Möglichkeiten der erweiterten Kreditaufnahme zu prüfen‘ / 14.09.: Sindermann verfügt, KoKo erhält Status eines Devisenausländers (Auskünfte erteilt nur Schalck) / Sept.: Mielke bringt Konto 528, auf dem die Einzahlungen für den Häftlingsfreikauf erfolgen, in seine Verfügung / 12.10.: 63,5% der Dänen für EG-Beitritt

1972	Nov./ Dez.	07.11.: Grete Wittkowski, Präsidentin der DDR-Staatsbank, formuliert streng vertrauliches Papier zu den Zahlungsbilanzproblemen der DDR: Die bis Ende 1973 vorgesehenen 5,9 Mrd. Negativsaldo bedeuten das 3,6fache des Exportvolumens, das verwendete NE ist höher als das erwirtschaftete / 09.-12.11: 12. Tagung des Wirtschaftsausschusses DDR-VRP / 15.11.: Poln. Finanzminister informiert DDR: Polen geben in der DDR mehr Geld aus als DDR-Bürger in Polen, Bitte um Konsultation / 17.11.: geltender nichtkommerzieller Kurs: 1,- M = 4,78 Zloty / 23.11.: Stoph verfügt, daß alle Fragen bezüglich der Konten 528 (MfS) und 584 (SED-Führung) direkt durch Schalck zu behandeln sind / 13.12.: Wirtschafts- und Sozialrat der UN für Europa nimmt DDR auf / 1972 hat der Intershop 8 - 12 Mill. Käufer gezählt (davon 50% DDR-Bürger / 1972/75: Angriff auf die Privatwirtschaft in der DDR
1973	Jan./ Feb.	01.01.: GB, DK, Irland sind EG-Mitglieder (EG hat nun 9 Mitglieder) / 18.01.: Stoph verfügt, Kunstgüter im Werte von 55 Mill. VM aus DDR Museen zu verkaufen, die Museumsdirektoren weigern sich, nationales Kulturgut zu verkaufen / 22.02.: Schalck erhält Genehmigung zur Gründung der Kunst und Antiquitäten GmbH / 23.02.: DDR wird Mitglied der UNCTAD
1973	März/ April	28.03.: Verordnung über Rechte und Pflichten der VEB / 24.04.: SED-PB beschließt, monatliche Information über die Entwicklung der Verschuldung der DDR im kapitalistischen Wirtschaftsgebiet abzufordern (von der ZK-Abt. Planung und Finanzen)
1973	Mai/ Juni	01.06.: W. Halbritter informiert: Subventionierung der Verbraucherpreise von 8,8 Mrd. M 1971 auf 9,8 Mrd.M 1972 gestiegen, beim Verkauf von Südfrüchten werden für 1 VM 6 M realisiert / 07.06.: 1 \$ = 2,6725 DM / 28.06.: 1 \$ = 2,481 / zwischen dem 01.03.73 und 28.06.73 erfährt die DM folgende Aufwertungen: Gegen den französ. Franc um 5,3%, gegen den holländischen Gulden um 5,4%, gegen den Schweizer Franken um 9%, gegen den US-\$ um 12,8%, gegen den Yen um 13,1%, gegen die italienische Lira um 18,4%, gegen das englische Pfund um 20,3% / 29.06.: DM wird um 5,5% aufgewertet
1973	Juli/ Aug.	01.07.: Sozialpolitische Maßnahmen treten in Kraft, Umtauschsatz 1 \$ = 2,60 M festgelegt (bisher: 1\$ = 2,88 M) / 03.07.: Brief der Staatsbankpräsidentin G. Wittkowski an Sindermann: 209 Mill. VM Fehlbetrag in der Zahlungsbilanz 1973 noch vorhanden, für den es keinen Lösungsvorschlag gibt, wegen der Importbeschlüsse könnten sich Belastungen von 400 bis 500 Mill. VM ergeben / 09.07.: Information über geglückte Preiserhöhung wegen Dollarabwertung bei schon abgeschlossenen Geschäften mit Japan / 14.07.: Umtauschsatz auf 1 \$ = 2,35 M festgelegt / 21.07.: Umtauschsatz auf 1 \$ = 2,30 M festgelegt (entschieden vom Präs. d. DDR-Staatsbank als umgehende Reaktion auf die internationale Dollarabwertung mit der Bedingung: 1 M = 1 DM)
Eintritt in die Juglarrezession		
1973	Sept./ Okt.	Sept.: W. Krolkowski ersetzt G. Mittag, der zur Regierung geht, um Sindermann ökonomisch zu stützen / 02.10.: SED-ZK-Tagung beschließt Vorlage eines Wohnungsbauprogramms 1976-1990 als Kern des sozialpolit. Programms, Bauminister Junker begründet das Programm, 750.000 Wohnungen sind fertigzustellen / Okt.: Krolkowski wird SED-ZK-Wirtschaftssek. / Herbst: Grete Wittkowski wendet sich an W. Krolkowski, um vor Verzehr des NE und wachsender Auslandsverschuldung zu warnen

1973	Nov./ Dez.	04.11.: Krokowski läßt Schulden bis 1977/78 hochrechnen, die Hochrechnung im Nov. ergibt: Wenn die Erölpreisexplosion keine wirtschaftspolitischen Konsequenzen ergibt, werden 1980 20 Mrd. VM Schulden vorhanden sein (Mittel. von Ehrensperger vor der 10. SED-ZK-Tagung im Nov. 89), diese Hochrechnung übergibt Ehrensperger, stellv. ZK-Abt.-lfr. f. Planung und Finanzen Krokowski, der sie Honecker vorlegt, Honecker bestellt G. Ehrensperger zu sich und erklärt ihm, daß er an solchen Rechnungen und Ausarbeitungen ab sofort nicht mehr zu arbeiten habe, das Material bekomme er nicht wieder, und er habe zu veranlassen, daß in der Abt. alle Unterlagen dazu vernichtet werden („Das war der Anfang“, sagt Ehrensperger später der 10. ZK-Tagung im Nov. 89.), Ehrensperger läßt die Berechnungen wegen ihrer „Explosivität“ einziehen, Schürer stellt die Frage, ob die Staatsbank bereit sei, „die Beschlüsse des VIII. Parteitags durchzuführen oder nicht“ / 31.12.: DDR hat im NSW 2,81 Mrd. VM Forderungen, 6,80 Mrd. VM Verbindlichkeiten, davon 1,34 Mrd. VM bei westdt. und westberliner Kreditgebern / seit 1973 erhält die DDR über innerdt. Transferleistungen über 2 Mrd. DM/Jahr / Nov: Ölembargo / 1973 wird in der DDR die Kunst und Antiquitäten GmbH gegründet / 1971-1973 hat der Internshophandel 389 Mill. VM eingenommen (geplant waren für 1971-1975 408,5 Mill. VM, de facto werden sie sich auf 750 Mill. belaufen, für 1976-1980 ist 1 Mrd. VM zu erwarten, daher bisherige Regelung seit 1967 beibehalten, sonst machen andere die Gewinne) Seit 1973 konsumiert die DDR mehr Wert als sie produziert
1974	Jan./ Feb.	01.01.: DDR wird 124. Mitglied der ILO
1974	März/ April	März: Honecker weist Schalck an, ein Generalsekretärskonto zu errichten mit mindestens 100 Mill. DM zur ständigen freien Verfügung (Konto 0628), auf diesem Konto landen nun die Beträge zum Häftlingsfreikauf / März: Gesellschafter Siegfried Kath und Horst Schuster, Geschäftsführer der Kunst und Antiquitäten GmbH gründen die Antikhandel Pirna GmbH / 30.04.: Beschluß über „weitere Maßnahmen zur Durchführung des sozialpolitischen Programms des VIII. Parteitages“
1974	Mai/ Juni	6 Wochen nach Gründung der Antikhandel Pirna GmbH sitzt S. Kath in Stasi-U-Haft wegen Unterschlagung von 19.000 M / Noch 1974 bearbeiten Bankexperten Bilanzprobleme verstaatlichter Betriebe, die z. T. gar nicht mehr existieren
1974	Juli/ Aug.	01.07.: Preissenkungen für Damentextilien zu 10-30%
1974	Sept./ Okt.	14.09.: Ausgabe neuer Banknoten „Mark der DDR“
1974	Nov./ Dez.	20.11.: Anordnung über Planung der Volkswirtschaft 1976-1980 / 28.11.: Schalcks Stellv. Seidel an die Untersuchungsabt. der Stasibezirksverw. Dresden: Kath betrachtete die Firma ... als seinen Privatbesitz (somit erreicht die KUA das Monopol) / Ende 1974: DDR-Bevölkerungsprognose durch A. Donda: Ende der 90er Jahre wird die DDR nur noch 15,9 Mill. Einw. zählen, 6,4% weniger als gegenwärtig / 1974 erreicht die KUA einen Ertrag von 11 Mill. VM
1975	Jan./ Feb.	01.01.: Erhöhung des Mindesturlaubs von 15 auf 18 Tage tritt in Kraft / 30.01.: 1,15 Mill. Arbeitslose in der BRD (5%-Grenze überschritten) / 18.02.: Lome-Abkommen
1975	März/ April	23.-25.04.: 6. Baukonferenz / nach dem Einmarsch in Phnom Penh wird die Nationalbank Kambodschas gesprengt, die Bevölkerung der Hauptstadt aufs Land geschickt, Reis anzubauen / im Frühjahr 1975 beauftragt Honecker Koziolk, Reinhold, Kunz und Stiemerling, die Zukunftsaussichten seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik zu untersuchen (Dies.: <i>Einige Grundfragen der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR und notwendige Maßnahmen zur weiteren Durchführung der vom VIII. Parteitag beschlossenen Linie der Wirtschafts- und Sozialpolitik</i> , unveröffentlicht): Preisexplosion für Roh- und Brennstoffe im RGW wird zu Mehrbelastungen in Höhe von 25 - 30 Mrd. M führen, Krokowski nennt die Überlegungen „Kapitulantum“
1975	Mai/ Juni	30./31.05.: Kohle- und Energiekonferenz in Leipzig / 05.06.: 67,2% der Briten für Verbleib in der EG

1975	Juli/ Aug.	28.08.: Beschluß über Intensivierung der Landwirtschaft
1975	Sept./ Okt.	24.09.: OPEC-Konf. beschließt Preiserhöhung um 10%
1975	Nov./ Dez.	1975 haben 73% der DDR-Haushalte Waschmaschinen, beträgt der Anteil der voll abgeschrieben Ausrüstungen am Bruttowert 14,5% (er liegt bei 29,8 Mrd. M) / 1975 beträgt polnische Westschuld 8 Mrd. \$
Eintritt in die Juglardepression		
1976	Jan./ Feb.	1976/80 muß die DDR 12 Mrd. M für Rohstoffimporte aus der SU mehr aufwenden als 1971/75 ohne analoge Höherbewertung ihrer eigenen Exportgüter / 15.01.: Direktive zum 5-Jahrplan 76/80 veröffentlicht / ab etwa 1976 forcierte Entwicklung der Mikroelektronik in der DDR, weil ihre Maschinen nicht mehr genügend konkurrenzfähig sind (fehlende mikroelektron. Steuerungen)
1976	Mai/ Juni	9. SED-Parteitag beschließt Direktive zum 5-Jahrplan 1976/80 / 25.06.: Arbeiterunruhen in Polen wegen Preiserhöhungen (Kreditschulden können nicht aus Investitionen bezahlt werden)
1976	Juli/ Aug.	29.07.: Ministerrat beschließt Erhöhung der Mindestlöhne von 350 auf 400,- M ab 01.10.76, Rentenerhöhung auf 230,- M ab 1.12.76
1976	Sept./ Okt.	20.10.: G. Mittag wird SED-ZK- Wirtschaftssekretär
1976	Nov./ Dez.	2.11: Bereich KoKo Honecker und Mittag untergeordnet, damit ist die KoKo endgültig aus dem DDR-Regierungssystem ausgegliedert und ein selbständiger Dienstbereich unter Mittag / ab 1976 wieder Flexibilisierung der DDR-Wirtschaftspolitik gegenüber Handel, Handwerk und Gewerbe / wahrscheinlich ab 76 werden die ökonomischen Informationen der Volkskammer auf Weisung Mittags wegen Papiermangels eingestellt / 1976 beträgt polnische Westschuld 11,5 Mrd. \$
1977	März/ April	10.03.: Mittag bestätigt „Interne Ordnung für die Arbeit des Bereichs Kommerzielle Koordinierung“ / April.: Bericht über aktuelle Zahlungsschwierigkeiten der DDR (so Schürer, Nov. 89 auf der 10. ZK-Tagung)
1977	Mai/ Juni	16.06.: Volkskammer verabschiedet neues Arbeitsgesetzbuch / Juni: Schürer berichtet Honecker vom rapiden Steigen der DDR-Verschuldung
1977	Sept./ Okt.	26.09.: Honecker verteidigt Intershopläden und kündigt Exquisitläden an
1977	Nov./ Dez.	1977 entscheidet Mittag, daß der Ministerrat keinen Einblick in das Verhältnis zwischen produziertem und verbrauchtem NE erhält: „Wirtschaftspolitik wird im Apparat des ZK der SED gemacht und nicht im Ministerrat“ (entgegen Art. 76 der Verfassung von 1974) / 1977 beträgt polnische Westschuld 14 Mrd. \$ / 1977 explodieren die Kaffee- und Kakaopreise, die DDR schränkt die Importmenge ein.
1978	Jan./ Feb.	01.01.: Neues Arbeitsgesetzbuch in Kraft
Eintritt in die Juglarerholung		
1978	Mai/ Juni	Mai: Erneuter Hinweis auf Zahlungsprobleme der DDR, der DDR-Ministerrat kommentiert: „Die SPK macht die Zahlungsbilanz zum Maßstab der Wirtschaftspolitik. Der Maßstab der Wirtschaftspolitik muß aber die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik sein.“ (Schürer vor der 10. ZK-Tagung im Nov. 89) / 29.06.: SR Vietnam tritt dem RGW bei
1978	Juli/ Aug.	31.08.: Eigenheimverordnung
1978	Sept./ Okt.	04.10.: BRD erläßt Schulden der 30 ärmsten Länder der Welt / Okt.: erneute Beratung in der SED-Führung zur Zahlungsbilanz

1978	Nov./ Dez.	Ende 1978 ist die Schuldengröße der DDR so hoch, daß neue Kredite zur Bezahlung der Zinsen aufgenommen werden müssen / 1978 erfolgt erneuter Trendbruch in der Investitionsentwicklung der DDR / 1978 beträgt polnische Westschuld 17,9 Mrd. \$ Das Experiment der Roten Khmer in Kambodscha, eine klassenlose Bauerngemeinschaft zu konstituieren, führt zu 1 bis 2 Mill. Toten, fast ein Drittel der Bevölkerung Kambodschas wird umgebracht
1979	Jan./ Feb.	01.01.: Europäisches Währungssystem (EWS) tritt in Kraft, neue Währungseinheit Ecu / Feb.: Erneute Beratung in der SED-Führung zur Zahlungsbilanz
1979	März/ April	13.03.: European Currency Unit geschaffen / 27.03.: OPEC erhöht Erdölpreis um 9% / März: Erste Hausbesetzung in Westberlin (Kreuzberg) als Protest gegen Wohnungsleerstand und Spekulation / 16.04.: Einführung von Forumschecks für Intershopläden
1979	Mai/ Juni	21.06.: Verordnung über Technikpflege in der Landwirtschaft / 28.06.: OPEC erhöht Erdölpreis um 15%
1979	Juli/ Aug.	
1979	Sept./ Okt.	Westverschuldung der DDR erreicht 30 Mrd. VM
1979	Nov./ Dez.	01.12.: Erhöhung der Mindestrenten tritt in Kraft / Anteil des RGW-Handels am Welthandel beträgt kaum 9% / 1979 beträgt polnische Westschuld 21,1 Mrd. \$
1980	Jan./ Feb.	Ab 01.01. zahlt Bundesregierung jährliche Autobahnpauschale von 50 Mill. DM bis 1989
1980	Mai/ Juni	20.06.: Hinsichtlich des Planansatzes für 1981 stellt Ehrensperger fest, „da zu dem Vorschlag, eine weitere Mrd. Valutamark Bankkredite bei kapitalistischen Banken aufzunehmen, in der Vorlage widersprüchliche Aussagen gemacht werden. Auf der einen Seite wird vorgeschlagen, in dieser Höhe Bankkredite aufzunehmen, andererseits wird eine Stellung ... beigefügt, die eine solche Kreditaufnahme als ‚unreal und nicht durchführbar‘ bezeichnet (Stellungnahmen der Staatsbank und d. Außenhandelsbank) / Juni: Erneute Beratung der SED-Führung zur DDR-Zahlungsbilanz

5. Juglar: Juli 1980 bis August 1989 – Die stille Partnerschaft mit der Bundesrepublik		
Zeit		Wirtschaft
Eintritt in die Juglarprosperität		
1980	Juli/ Aug.	Mitte Juli beginnen auf der Danziger Werft Arbeitsniederlegungen / Aug. Gründung der Gewerkschaft Solidarnosc
1980	Sept./ Okt.	19.-22.09.: Streik der Westberliner Reichsbahner / 21.10.: Russakow überbringt DDR ablehnenden Bescheid Breshnews zu Erdöllieferungen von 2 Mill. t (Reduktion von 19 auf 17 Mill. t) / Herbst: Mielke informiert Stoph, „daß es in den wirtschaftspolitischen Abteilungen des ZK gegenüber der gesamten Weststrategie von EH und GM sehr gärt“
1980	Nov./ Dez.	11.12.: Verordnung zur Nutzung von Sekundärrohstoffen / 1980 erläßt die DDR für 1 M Export 0,42 DM / Dez.: Versuch der Besetzung eines Hauses am Fraenkelufer, Westberlin, von Polizei verhindert, schwere Krawalle / 1980 betragen die DDR-Valutaschulden 25,3 Mrd. DM (nach einer andren Angabe 24,5 Mrd. VM); seit 1980 gibt es Beschlüsse der SED-Führung, den Schulden-‘Sockel‘ wesentlich zu reduzieren / 1980 liegt der Bestand an voll abgeschriebenen Grundmitteln in der DDR bei 39,5 Mrd. M / 1971-1980 hat Polen 58 Mrd.\$ importiert und 43 Mrd.\$ exportiert, also ein Defizit von 15 Mrd.\$, die Schuldensumme beträgt 23 Mrd.\$, Polen bekommt Ende 1980/Anfang 1981 keine Kredite mehr, erklärt seinen Kreditbedarf für 1981 auf 10,7 Mrd. \$
1981	Jan./ Feb.	01.01.: Griechenland ist 10. Mitglied der EG / Es gilt 1 transferabler Rubel = 4,67 M / 26.02.: Bodennutzungsverordnung in der DDR
1981	März/ April	24.03.: SED-PB beschließt, Zuwachs an Primärenergie zum größten Teil auf Braunkohlebasis zu realisieren, Fördermenge soll bis 87/88 auf 300 Mill. t gesteigert werden und dann für mehrere Jahrzehnte gehalten werden / Ende März wird Polen zahlungsunfähig / 10. SED-Parteitag stellt die Aufgabe, bis 1986 50.000 Roboter zu produzieren und in die Produktion einzuführen (20 Jahre nach der Roboter-Erfindung in Halle) / 24.04.: Mittag an Honecker über neue Anforderungen an die KoKo (militärische Ausrüstungen und Waffen zur Unterstützung der um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Länder) / 27.04.: Protokoll zwischen Polen und 15 Gläubigerstaaten über Stundung von 2,5 Mrd.\$ (460 westliche Banken hatten Polen kreditiert)
1981	Mai/ Juni	11.06.: Stipendienverordnung: 200 M/monatl. mindestens
1981	Juli/ Aug.	25.08.: W. Greß, Staatssekr. in der DDR-Plankom., an Mittag: Bei Beibehaltung der bisherigen Aussonderungsrate würde der Umfang der veralteten Ausrüstungen 1985 auf rd. 40 Mrd. M anwachsen; dadurch werden moderne Maschinen ungenügend ausgelastet, während der Reparaturaufwand steigt. Antwort Mittags: Alle Grundmittel, ob sie nun ihre normative Nutzungsdauer überschritten haben oder nicht, sind objektiv Bestandteil des Volksvermögens. Sie „auf das effektivste zu nutzen hat uns der X. Parteitag zur Aufgabe gestellt“
1981	Sept./ Okt.	01.09.: SED-PB beschließt internen Kurs 1\$ = 2,40 VM ab 1.01.82 (bisher: 1\$ = 1,80 VM bei 1 M = 1 DM) / 08.09.: SED-PB erhält Information der SPK: Import von 1 Mill. t Futtergetreide kostet die DDR im Durchschnitt 270 Mill. VM, bei Einschluß von Transport und Zinsen 405 Mill. VM, um diese 1 Mill. t zu refinanzieren, muß die DDR 1,3 Mrd. M ins NSW exportieren (somit bei Futtergetreide für 1 VM 3,21 M aufbringen, was aber nicht gesagt wird), PB entscheidet, die 24,5 Mrd. VM DDR-Verbindlichkeiten bis 1985 auf 12 Mrd. zu reduzieren (die DDR-Verbindlichkeiten bestehen zu mehr als 50% in US-\$, erwirtschaftet werden aber DM, so daß der \$-Anstieg die Probleme vermehrt) – durch jährliche Exportsteigerung um 12% und Importreduktion bis 1985 auf 90% des Standes von 1981 / 29.09.: Der polnische Botschafter schlägt der DDR vor, statt der bisher beschäftigten 20.000 polnischen Bürger vielmehr 40.000 oder mehr zu beschäftigen

1981	Sept./ Okt.	21.10.: Russakow überbringt Breshnews Entscheidung, daß die Reduktion der Lieferung von 19 auf 17 Mill.t Erdöl aus der SU in die DDR nicht zurückgenommen werden könne. Honecker daraufhin: Die Reduktion um 2 Mill. t Erdöl „gibt einen solchen Rückschlag, daß die Stabilität der DDR nicht mehr gewährleistet ist“ (S. 20 der Niederschrift); Russakow: „Es besteht die Gefahr, daß die SU ihre gegenwärtige Stellung in der Welt nicht halten kann“ – und: Am Vorabend des 75. Geburtstages von Leonid Iljitsch Breshnew kommt es „zu einer solchen Verschlechterung der Beziehungen“. Honecker: Sind es die 2 Mill. t Erdöl wert, „die DDR zu destabilisieren“? 27.10.: SED-PB beschließt Erhöhung des Kindergelds auf 100 M ab 3. Kind mit Wirkung vom 01.12.81, dazu sind 1981 noch 20,4 Mill.M nötig, 1982 dann 244,8 Mill. M, am selben Tag stellt das SED-PB fest: Nach dem bisherigen Regierungsabkommen entstehen der DDR für die Beschäftigung eines polnischen Werkstätigen jährliche Mehraufwendungen von rd. 6.000 M im Vergleich zum DDR-Beschäftigten, außerdem nehme Polen nicht mehr traditionelle DDR-Exportgüter im vereinbarten Umfang ab, Entscheidung über polnisches Angebot erst, wenn die Bezahlung geklärt ist, außerdem wird die DDR keine Solidarnosc-Aktivist*innen dulden (SAPMO-BArch, DY 30 / J IV 2 / 2 / 1916)
1981	Nov./ Dez.	Ende 1981 ist Nettoverschuldung der DDR bei der BIZ auf fast 8 Mrd. \$ angewachsen, dazu noch 2 - 3 Mrd. \$ Lieferantenkredite – die DDR nähert sich Grenzen der internationalen Kreditwürdigkeit
1982	Jan./ Feb.	01.01.: SED-PB-Beschluß 1 \$ = 2,40 VM in Kraft (bisher: 1 \$ = 1,80 VM), Richtungskoeffizient für den NSW-Export von 160% auf 95% gesenkt, für BRD und Westberlin von 120% auf 90% (Beschluß des SED-PB vom 01.09.81) / 04.01.: Die IMES Import-Export GmbH nimmt ihre Geschäfte auf (Waffenhandel), die Partner der IMES werden durch die HVA des MfS geprüft
1982	März/ April	25.03.: Volkskammer beschließt Vertragsgesetz für die Wirtschaft
1982	Mai/ Juni	18.06.: Rückführung des Swing-Kredits auf 600 Mill. M bis zum 01.01. 1985 beschlossen / Ende Juni entwickelt sich internationaler Kreditboykott gegen die DDR, jetzt unterstützt Stoph die SPK und fordert „einschneidende Maßnahmen zur Änderung der Wirtschaftspolitik“, er wird von Honecker zurückgewiesen: „Die Worte über einschneidende Maßnahmen wollen wie hier nie wieder hören.“ (Schürer vor der 10. ZK-Tagung im Nov. 80)
1982	Juli/ Aug.	1982 bringen japan. Firmen den 64 K Ram-Chip auf den Markt und können ihn für 125\$ verkaufen
1982	Sept./ Okt.	01.09.: Mielke-Befehl ‚Zur politisch-operativen Sicherung des Bereiches Kommerzielle Koordinierung im Ministerium für Außenhandel‘
Eintritt in die Juglarrezession		
1982	Nov./ Dez.	11.11.: Beschluß über Agrarpreisreform / 1982 kann Mexiko seine Schulden nicht mehr bezahlen / DDR erreicht mit 276 Mill. t Braunkohlenprod. die bisher höchste Förderung / 1982/83 wird Großaktion zur Ablösung des Erdöls durch Rohbraunkohle begonnen / 1982 beliefert die IMES Iran mit Waffen, der Irak bezieht seine DDR-Waffen von ITA / 1982-1985 erzielt die DDR bedeutende Exportüberschüsse wegen der günstigen Lage beim Export erdölabhängiger Produkte in der BRD (Schürer vor dem 10. Plenum des SED-ZK im Nov. 89)
1983	März/ April	02.03.: Handelsabkommen DDR-VR China unterzeichnet / 30.03.: W. Krolkowski unterrichtet Moskau, ‚daß die Zahlungsfähigkeit der DDR in Gefahr‘ sei
1983	Mai/ Juni	Anfang Juni: Schalck präsentiert Strauß eine 11seitige Botschaft Honeckers / 29.06.: Bundesregierung verbürgt 1 Mrd. DM Kredit für die DDR (die 4 Mrd. DM Schulden gegenüber Bonn hat), mit dieser Zusage läßt Honecker das ‚Zürcher Modell‘ (dt.-dt. Bank in der Schweiz mit dem Tausch von Kredit im Umfang von 3-4 Mrd. DM gegen Humanität) fallen

1983	Nov./ Dez.	22.12.: Honecker im Interview für Révolution: Die „entwickelte sozialistische Gesellschaft braucht „Familienbetriebe mit 10 bis 15 Angestellten“ und wird sie „auch in Zukunft haben“ / 30.12.: Westberlins Senat übernimmt S-Bahn-Streckennetz / 1983 beliefert IMES Iran mit Schützenwaffen, Munition und Treibladungsmittel, Irak mit gepanzerten Fahrzeugen, Geschützen, Munition und Brückenlegern
1984	Jan./ Feb.	09.02.: Honecker übergibt zweimillionste Wohnung
1984	Mai/ Juni	Seit 1984 kann die DDR 11-13 Mill. t Öl exportieren
1984	Juli/ Aug.	10.-11.07.: OPEC beschließt Tagesproduktion von 17 Mill. Fässern bei 29\$/Faß / 25.07.: Bundesregierung verbürgt 950 Mill.-Kredit für DDR, die im Gegenzug den Umtauschsatz für Rentner senkt
1984	Sept./ Okt.	21.09.: Schalck sendet Mittag Bemerkungen zur SED-PB-Vorlage ‚Realisierung der Motoren-Konzeption für die Pkw Wartburg und Trabant‘ und bestätigt, daß Übernahme der VW-Motorenreihe sehr günstig liegt / 31.10.: OPEC beschließt Drosselung auf 16 Mill. Faß Tagesproduktion
1984	Nov./ Dez.	12.11.: DDR schließt Vertrag mit dem Volkswagen-Werk über Lieferung einer Produktionsstraße für die a-Motorenreihe, das Unternehmen ist mit 4 Mrd. M kalkuliert (das geplatze Geschäft mit Skoda war mit 7 Mrd. M kalkuliert), auf Lizenz für Vergaser der VW-Motoren wird verzichtet / 1984 sind mehr als 66% der DDR-Exporte in OECD-Länder Grundstoffe (Erdöl, Ölderivate, chemische Produkte), Investitionsgüter machen 19% aus, der Rest: Konsumgüter und land-wirtschaftl. Produkte
Eintritt in die Juglardepression		
1985	März/ April	20.03.: Schalck schlägt Mittag vor, der KUA den Export von Postwertzeichen zu übertragen / 21.03.: Ehrensperger, Ltr. d. SED-ZK-Abt. Planung und Finanzen lehnt gegenüber Mittag den SPK-Entwurf zum 5-Jahrplan 86/90 ab, Mittag setzt sich darüber hinweg / 12.04.: Schalck informiert Mielke über spezielle Auslands-verbindungen der KoKo ‚zu Firmen und Einrichtungen sowie Personen‘ im NSW in besonderen Spannungssituationen (es werden 83 westlich Kontaktpersonen genannt) / April: Gorbatschow erklärt, die Rolle von Gosplan muß grundlegend geändert werden
1985	Mai/ Juni	Juni: Honecker erklärt: Ein Experimentierfeld ist unsere Ökonomie nicht
1985	Juli/ Aug.	05.07.: DDR und BRD vereinbaren, den Swing auf jährlich 850 Mill. VE für 1986 bis 1990 festzulegen / Juli: Strafverfahren gegen Helmuth Meissner eingestellt, bei dem Steuerfahnder Antiquitäten im Werte von 6 Mill. M pfändeten und der eine Steuernachforderung von 6.552.598 M erhielt; Meissners Eigentum verschwindet in der KUA und taucht als Devisen in der KoKo wieder auf
1985	Nov./ Dez.	10.12.: Seidel, Stellv. Schalcks an Farken, KUA: Es dürfen keine Rückschlüsse über die Herkunft der Waren gezogen werden können 1985 produziert die DDR 310 Mill. t Braunkohle (Aktion zur Ablösung des Erd-öls durch Braunkohle). / Bis 1986 gelingt es der DDR, die Verschuldung konstant bei 28 Mrd. VM zu halten / Seit Jahreswende 1985/86 Zusammenbruch der Erdölpreise / 1985 erlöst die DDR für 1 M Export 0,35 DM, betragen ihre Valuta-schulden 30 Mrd. DM; 1985 hat die DDR-Wirtschaft 5,2 % Zuwachs
1986	Jan./ Feb.	01.01.: Spanien und Portugal sind EG-Mitglieder (nun 12 Mitglieder insgesamt) / Anfang 1986 kann die DDR den 64 K RAM-Chip herstellen, der nun 0,30 \$ kostet;
1986	März/ April	März: DDR hat noch 3,7 Mrd. \$ Schulden und unterhält bei westlichen Banken mehr als 6,5 Mrd. M Guthaben

1986	Mai/ Juni	15.05.: Schürer erhält den Auftrag, Vorschläge zur Halbierung des ‚Sockels‘ (der Schulden) zu unterbreiten – Honecker empfängt Schürer nicht zu dem von ihm erbetenen Gespräch, Stoph setzt durch, daß Schürers Vorschläge im SED-PB vorgelegt werden, Honecker läßt dazu eine Stellungnahme von Mittag begeben, Schürers Vorschläge werden zurückgewiesen (dokumentiert bei Hertle: Vor dem Bankrott der DDR, Berlin 1991)
1986	Juli/ Aug.	04.07.: Völklinger Hütte, Saar, stellt Roheisenproduktion ein
1986	Sept./ Okt.	29.10.: Der KUA-Chef J. Farken bittet um Belegfreiheit für die Verkäufer von Antiquitäten (Steuer-Freigrenze für Kunstgegenstände liegt bei 50.000 M)
1986	Nov./ Dez.	1986 büßt die DDR 1,5 Mrd.\$ an Devisenerlösen aus dem Export der Mineralölprodukte ein, durch steigende Importausgaben nimmt Verschuldung nun rasch zu / 1986 öffnen sich die Tresore der DDR-Staatsbank zum Verkauf von Hitler-Briefmarken durch die KUA / 1986 gehen die Exportüberschüsse der DDR zurück
1987	Jan./ Feb.	18.02.: ‚Bericht über die Lage der Nation im geteilten Deutschland‘ schätzt Produktivitätsrückstand der DDR auf 50%
1987	Mai/ Juni	11.05.: Gespräch Schalcks mit Strauß / Mai: Mittag muß in das Geschehen beim neugebauten VEB MEGU Leipzig eingreifen, da der Plan für die Produktion von Motorengußmetall (von Japanern gebaut) nicht erfüllt wird (als die ersten Wartburgs mit VW-Motoren angeboten werden, hat das Pkw-Projekt mehr als 10 Mrd. M gekostet) / 21.-22.05.: 13. Bauernkongreß tagt in Schwerin
Eintritt in die Juglärerholung		
1987	Juli/ Aug.	„In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre reagierte die Spitze der Staatssicherheit geradezu seismographisch auf die Probleme der DDR-Wirtschaft“ (Przybylski: Tatort Politbüro, Bd. 2, S. 223) / 19.07.: Honecker gibt Einverständnis zu IMES-Waffengeschäften mit dem Iran
1987	Sept./ Okt.	
1987	Nov./ Dez.	11.11.: Ehrensperger an das SED-PB: „Die Zahlungsbilanz mit dem NSW weist eine weitere Erhöhung des Sockels von 35,5 Mrd. VM Ende 1987 auf 38,5 Mrd. Ende 1988 aus.“ / Ende der 80er Jahre liegt das Durchschnittsalter der industriellen Produktionsanlagen der DDR bei 18 Jahren (BRD: 8 Jahre) / 1987 erreichen DDR-Valutaschulden die Höhe von fast 35 Mrd. DM / 1987 hat die DDR-Wirtschaft 3,56% Zuwachs
1988	März/ April	01.03.: Katharina Witt erhält das Angebot der Firma FENA CREATION, eine Porzellanfigur von ihr anfertigen zu lassen mit 1,50 DM pro Stück für sie und 1,- DM für einen wohlthätigen Zweck ihrer Wahl, die KoKo ist erfreut über das Angebot / Anfang April weist Mittag Honecker erstmals auf Problem der Zahlungsfähigkeit der DDR hin / 04.04.: Neue staatliche Fixierung: 100 DM = 35,64 Rbl. / 06.04.: Schalck-Vize Seidel: Farken ist beauftragt, sofort Kontakt mit der Firma FENA CREATION aufzunehmen / 26.04.: Schürer reicht Reformvorschläge ein, am 18.05. vom PB mit Hilfe Mittags ohne Grundsatzdebatte abgelehnt
1988	Mai/ Juni	05.05.: Gespräch Schalcks mit Strauß (dieser rechnet mit noch etwa 20 bis 30 Jahren DDR-Existenz) / 18.05.: SED-PB debattiert Schürers und Mittags ‚Überlegungen zur weiteren Arbeit am Volkswirtschaftsplan 1989 und darüber hinaus‘, Honecker: Was ich denke, hat Gen. Mittag aufgeschrieben / 02.06.: Honecker erklärt Bereitschaft, Juden zu entschädigen / 25.06.: Aufnahme von Beziehungen zwischen EG und RGW vereinbart
1988	Juli/ Aug.	Vom 01.01. bis 31.07. verlassen 3.596 Menschen die DDR (keine Rückkehr oder Flucht über andre RGW-Staaten) / 15.08.: DDR und EG nehmen diplomatische Beziehungen auf
1988	Sept./ Okt.	12.10.: Die Dreimillionste Wohnung wird übergeben / Okt./Nov.: Schalck kauft ohne Wissen Mittags für 593,2 Mill.DM Gold – wahrscheinlich, um das Ende der DDR hinauszuschieben

1988	Nov./ Dez.	08.11.: US-Präsident Bush erklärt im Figaro, „die Sowjetunion nicht von zu großzügig bemessenen Krediten profitieren (zu) lassen“ / 22.11.: Beratung bei Honecker über Wirtschafts- und Staatshaushaltsplan auf Wunsch W. Stophs, Honecker für Streichung von 2 Mrd. M im Sonderbereich (DDR schöpft 240 Mrd. M NE pro Jahr, wovon die NVA 12,8 Mrd., das MfS 3,7 Mrd. verbraucht), aber keine Streichung beim Sold, auch nicht im Gehalt / Nov.: Außenhandelsminister G. Beil stellt fest, daß der Westexport zu 1,2 - 1,5 Mrd. VM in der Luft hängt, Außenhandelsbankpräsident Polze stellt fest, „daß die Kreditwürdigkeit der DDR sinkt“ / 09.12.: Schalck informiert Honecker über die sog. Parteifirmen und disponible Parteifonds: „Es wird eingeschätzt, daß der disponible Fonds ... eine Höhe von 129 Mill. DM erreichen wird“ / 22.12.: J. Kuczynski verteidigt im ND die Subventionen 1988 hat die BRD 600.000 Landwirte, 1 Mill. weniger als 1946, liegt der Anteil der Nettoinvestitionen am DDR-NE bei 8,9% (1970 bei 16,1%), der Anteil der voll abgeschrieben Ausrüstungen am Bruttowert der Ausrüstungen liegt bei 20,5% / 1988 erlöst die DDR für 1 M Export 0,23 DM / 1988 fließen dem GS-Konto 0628 11 Mill. DM zu
1989	Jan./ Feb.	28./29.01.: Erneute Verteidigung der Subventionen (weil besser als eine Preis-Lohn-Spirale) durch J. Kuczynski im ND / Feb.: Schürer informiert E. Krenz über die DDR-Wirtschaftslage und den Plan, Honecker, Mittag und J. Herrmann aus der Parteiführung zu entfernen, Krenz: „Wir müssen auf eine biologische Lösung warten“ (im Hinblick auf Sowjetbotschafter Kotschemassow, der DDR-Reformen auch mit Honecker zu erreichen glaubt), 22.02.: Honecker teilt im SED-ZK-Sekretariat mit, daß in den vergangenen 17 Jahren 3 Mill. Wohnungen neu gebaut worden sind, aber der effektive Zuwachs nur 1 Mill. betrage (Abriß von Altbausubstanz): „Wir haben sehr viel neu gebaut. Das andere haben wir verkommen lassen.“ (SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2039/86)
1989	März/ April	März: DDR-Außenhandelsbankpräsident Polze stellt fest: Anwachsen des ‚Sockels‘ bedeutet, die Kreditgeber haben a) die Zahlungsfähigkeit der DDR in ihrer Hand, sowie b) die Importhöhe der DDR / 01.04.: In der KoKo arbeiten 3.097 DDR-Bürger
1989	Mai/ Juni	09.05.: Mittag an Honecker: Der ‚Sockel‘ steigt von 35,7 Mrd. VM Anfang 1989 auf 47,4 Mrd. VM Ende 1990 / 16.05.: Im kleinen Kreis werden von Honecker Vorschläge zur Schließung der Schere zwischen Angebot und Nachfrage als allgemeine Preiserhöhung abgelehnt / 24.05.: Frankreich verzichtet auf Schuldenerückzahlung von 35 afrikanischen Staaten (auf 16 Mrd. Francs)
1989	Juli/ Aug.	Juli: 8. SED-ZK-Tagung mit PB-Bericht, „daß auf diesem XII. Parteitag die Fortsetzung des Kurses der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik bekräftigt wird“ / 31.08.: Vogel und Priesnitz vereinbaren Pauschalierung, um vom Vorwurf der pro-Kopf-Rechnung beim Häftlingsfreikauf wegzukommen

6. Juglar: September 1989 bis Oktober 1998 – Konkurs und Abwicklung		
Zeit	Wirtschaft	
Eintritt in die Juglarprosperität		
1989	Sept./ Okt.	Mitte Sept.: Generaldirektor der Bank of Tokyo verlangt von Außenhandelsbankpräs. Polze Beurteilung über Auswirkung der Flucht so vieler Jugendlicher aus der DDR auf deren Wirtschaftskraft (75% der DDR-Finanzkredite stammen von japanischen Banken) / 18.09.: Schürer, Schalck und H. König formulieren „Standpunkt zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit bis 1995/96.“ / 29.09.: Schürer übergibt Mittag eine Analyse der Schuldenlage und ihrer Beherrschbarkeit, „Geheime Kommandosache b5-1111/89“: Wenn nicht Westexport von 14,1 Mrd. VM 1990 bis 24 Mrd. VM 1995 steigt, droht Zahlungsunfähigkeit (Westexport lag von 1979-1989 nie über 13,2 Mrd. VM im Jahr) / bis Anfang Oktober haben 1989 139.726 Menschen die DDR verlassen / 15.10.: Honecker bestätigt Finanzplan für die DKP im Jahre 1990 (15.250.00 DM aus Schalcks Kasse, 52,6 Mill. DM aus Hauptkasse des SED-ZK) / 17.10.: G. Mittag im SED-PB angegriffen / 24. 10.: Krenz gibt ungeschminkte „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen“ bei Schürer (SPK) zur Vorlage im SED-PB am 31.10. in Auftrag : DDR hat Ende 1989 voraussichtlich 49 Mrd. VM Schulden, ein Stoppen der Verschuldung 1990 würde Lebensstandardsenkung um 25-30% erfordern, Produktivitätsrückstand gegen BRD wird auf 40% geschätzt (Analyse liegt am 30.10. vor)
1989	Nov./ Dez.	01.11.: Krenz zu Gorbatschow: DDR hat 26,5 Mrd. \$ (49 Mrd. DM) Westverschuldung, die jährlichen Zinszahlungen von 4,5 Mrd. \$ vertilgen 62% des DDR-Exporterlöses, wolle man das Lebensniveau auf die eigene Leistung gründen, müsse man es sofort um 30% senken, was politisch nicht zu verantworten ist, Gorbatschow erklärt, die SU könne nicht helfen / 06.11.: Krenz schickt Schalck nach Bonn mit Kreditwünschen der DDR in Höhe von 12 bis 13 Mrd. DM, die Bundesregierung knüpft die Zahlungsbereitschaft an politische Bedingungen (Aufgabe des Führungsanspruchs der SED, Zulassung der Opposition, freie Wahlen) / 08.11.: 10. SED-ZK-Tagung erfährt durch Krenz, daß die DDR rd. 20 Mrd. \$ Schulden habe, der Staatshaushalt 120 Mrd. M gegenüber dem inneren Kreditssystem, Ehrensperger, Ltr. d. ZK-Abt. Planung und Finanzen erklärt, „daß wir mindestens seit 1973 über unsere Verhältnisse gelebt haben“ / 09.10.: W. Jarowsky stellt vor der 10. ZK-Tagung fest, daß die ihr gemachten ökonom. Vorschläge „im Jahre 1969 und 1970“ vorlagen: „Das ist damals mit einem Federstrich vom Tisch gefegt worden.“ Jarowsky weiter: „Wir haben doch noch nie die Rechnung gemacht, was es die Volkswirtschaft wirklich kostet, ... Wir haben doch eine reine Kommando- und Abführungswirtschaft ... Wir haben dem Betrieb die Mittel weggenommen, die er braucht, um zu wirtschaften“ / 10.11.: G. Mittag aus dem SED-ZK ausgeschlossen / 14.11.: Schalck und Herta König an Modrow: Die von Schürer genannte Verschuldung ist um 12,6 Mrd. VM geringer (wegen bisher geheimgehaltener Guthaben), also Nettoverschuldung von 38 Mrd. VM (20,6 Mrd. \$) / 22.11.: Über die KUA wird der Exportstop verhängt / Ende Nov. geht C. Luft noch von 10 Mrd.\$ Schulden aus (eine öffentlich durch die BIZ Basel bekannte Größe) / Zwischen 1963 und 1989 sind für 33.755 freigekaufte Häftlinge sowie für 250.000 Familienzusammenführungen von der Bundesregierung mehr als 3,5 Mrd. DM gezahlt worden. 29.11.: Letzter Bericht Schalcks an die DDR-Regierung (über Treffen mit Seiters): Bildung eines gemeinsamen Devisenfonds für den DDR-Reiseverkehr ab 01.01.90 / 30.11.: Schalck teilt Modrow IMES-Geschäfte mit (von 1982 bis 1989 macht die IMES Gewinne in Höhe von 581,2 Mill. VM) / 02.12.: Schalck an Modrow: Zahlungsunfähigkeit der DDR wird Ende 89/Anfang 90 eintreten, KoKo wird von Modrow Außenhandelsminister Beil unterstellt / 05.12.: auf dem GS-Konto 0628 befinden sich noch 2.105.781.064,92 DM / 1946-1990 hat die SDAG Wismut 220.000 t Urankonzentrat produziert / 1989 gibt es in der DDR 9.744.800 Erwerbstätige / 1989 verlassen 343.000 Menschen die DDR (nach anderen Angaben: 388.000) ...

1989	Nov./ Dez.	1989 gibt es in der DDR 9.744.800 Erwerbstätige / 1989 verlassen 343.000 Menschen die DDR (nach anderen Angaben: 388.000), zahlt die DDR 58 Mrd. Subventionen (seit 1970 um jährlich 7% gestiegen, während das NE vermutlich um 3-4% in derselben Zeit angewachsen ist)
1990	Jan./ Feb.	15.01.: Ermittlungsverfahren gegen Mittag wird um den Tatbestand des Hochverrats erweitert / im Januar verlassen 70.000 Menschen die DDR / 12.02.: W. Ullman schlägt am Runden Tisch die ‚umgehende Bildung einer Treuhand-Gesellschaft (Holding) zur Wahrung der Anteilsrechte‘ der DDR-Bürger am Volkseigentum vor / 13.02.: Modrow und Kohl vereinbaren Währungsunion, Kohl erfüllt Modrows Bitte um 15 Mrd. DM ‚Solidaritätsbeitrag der BRD‘ zur Stabilisierung der DDR nicht
1990	März/ April	01.03.: DDR-Ministerrat beschließt Umwandlung der Kombinate in Kapitalgesellschaften und Gründung der Treuhandanstalt (THA), deren Präsident P. Moreth (LDPD) wird / 07.03.: Gesetz über die Gründung und Tätigkeit privater Unternehmen von der Volkskammer gegen 2 Stimmen bei 18 Enthaltungen beschlossen (es gibt 1.300 Forderungen, Anträge und Anfragen zur Umwandlung in Volkseigentum von 1972) / 12.03.: W. Lindemann vor dem Runden Tisch: Oberster Grundsatz der Geschäftstätigkeit der KoKo war, maximal Devisen für die DDR zu erwirtschaften (Schalck gab an, 27,8 Mrd. VM an den Staat abgeführt zu haben) / März: Gerstenberger befindet über KoKo: ‚Die Außenhandelsbetriebe des Bereichs leisteten eine gute, effektive kommerzielle Arbeit ... Sie unterlagen regelmäßigen Revisionen und Rechenschaftslegungen‘ (bei Schalcks Flucht verfügt die KoKo über reichlich 5 Mrd. DM Rücklagen) / 13.03.: Lufthansa übernimmt 26%-Beteiligung an der Interflug (Urabstimmung: 91,4% der Interflugmitarbeiter dafür) / 19.03.: E. Pieroth erklärt, das Volkseigentum sei nur „Rückstiegsmodell in die Planwirtschaft“ / Ende März werden die ersten Rückübertragungen von Betrieben vorgenommen (1972 verstaatlicht)
1990	Mai/ Juni	19.04.: MP De Maizièrre erklärt: Aufgaben der Treuhand so zu gestalten, daß damit ein Instrument zur Beeinflussung der Entflechtung volkseigener Betriebe und zur Überführung in geeignete Rechtsformen geschaffen wird / 10.05.: DDR-Ministerrat informiert über Absetzung der Generaldirektoren der rd. 130 Kombinate und erklärt, daß im Stabilitätsinteresse bisherige Leiter die Betriebe weiter führen können / 16.05.: Bund und Länder gründen den Fonds ‚Deutsche Einheit‘ zur Sanierung der DDR-Wirtschaft mit einem Volumen von 115 Mrd. DM / 17.05.: Waigel und Rombach beschließen Reorganisation der THA: Erlöse aus dem Verkauf von Staatseigentum sollen den DDR-Staatshaushalt finanzieren / 18.05.: Rombach und Waigel unterzeichnen Vertrag über dt. Währungsunion, worin das Wort Treuhandanstalt nicht mehr auftaucht / 17.06.: Volkskammer beschließt THA-Gesetz: „die unternehmerische Tätigkeit des Staates durch Privatisierung so rasch ... wie möglich zurückzuführen“, der Terminus Volkseigentum verschwindet, die THA untersteht dem DDR-Ministerrat, nicht mehr der Volkskammer / 20.06.: Die West-Gruppe der sowj. Streitkräfte erkennt, daß die Einführung der DM der Armee über Nacht jeden Einkauf unmöglich machen wird und legt ihr Veto gegen die Währungsunion ein, Krause fährt nach Bonn, Kohl stellt 1,4 Mrd. DM zur Verfügung, die West-Gruppe besitzt zudem 400 Mill. M, gründet eine Bank, zahlt dieses Geld ein und bekommt es umgetauscht
1990	Juli/ Aug.	01.07.: Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion BRD-DDR in Kraft, alle DDR-Betriebe werden zu GmbH und AG mit dem Zusatz „im Aufbau“ ernannt / 06.07.: Kommunalvermögensgesetz tritt in der DDR in Kraft (volkseigenes Vermögen, das kommunalen Aufgaben und Dienstleistungen dient, soll den Gemeinden, Städten und Landkreisen kostenlos übertragen werden) / 15.07.: R. M. Gohlke (SPD, Bundesbahnchef) übernimmt Vorsitz der THA / Beginn der ersten Phase der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs in 8 EG-Staaten / Juli: PDS übergibt der Kommission Parteivermögen die Gesamtaufstellung ihres Vermögens / 20.08.: Gohlke tritt zurück, D. K. Rohwedder (Hoesch-Chef) wird Präsident, J. Odewald übernimmt Vorsitz des Verwaltungsrats der THA / 31.08.: Dt.-dt. Einigungsvertrag unterzeichnet, Treuhandgesetz wird Bundesrecht

1990	Sept./ Okt.	03.10.: Neue Bundesländer werden in die EG integriert / In der 2. Jahreshälfte erfolgen erste Betriebsschließungen in der DDR, es gibt erstmals offiziell Arbeitslose / Okt.: THA gibt Leitlinien der Geschäftspolitik heraus
1990	Nov./ Dez.	11.11.: PDS will einen Großteil ihres Vermögens der THA zur Verfügung stellen / 12.11.: CDU-Bundesvorst. entscheidet sich gegen Steuererhöhungen zur Finanzierung d. dt. Einheit / Nov.: Polizei räumt besetzte Häuser in der Mainzer Str. in Ostberlin, Stadtteil im Belagerungszustand Ende 1990 gibt es in Ostberlin 128 besetzte Häuser / 66,7% befragter Ostdeutscher vertrauen Ende 1990 der sozialen Marktwirtschaft / 1990 verlassen 395.000 Menschen die DDR
1991	Jan./ Feb.	31.01.: Von der THA sind rd. 500 Betriebe privatisiert worden / 19.02.: Bundesumweltminister Töpfer will 17 Mrd. DM für die Umweltsicherung in Ostdtld. aufwenden / 25.02.: Regierungskoalition in Bonn beschließt Steuererhöhungen zum 01.07.92 zur Finanzierung des Golfkriegs und der dt. Einheit
1991	März/ April	05.03.: Beschäftigte des öffentl. Dienstes in Ostdtld. sollen ab 01.07.91 60% des Westniveaus erhalten / 08.03.: Bundesregierung beschließt ‚Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost‘ und höhere Steuern zu seiner Finanzierung / 22.03.: Demonstrationen gegen Massenarbeitslosigkeit vor dem THA-Gebäude in Berlin / 27.03.: Rohwedder an die Mitarbeiter der THA: Schnelle Privatisierung – entschlossene Sanierung – behutsame Stillegung / 01.04.: Rohwedder von RAF ermordet, 13.04.: B. Breuel wird Nachfolgerin / 09.04.: THA und Landesregierung Sachsen-Anhalt beschließen Investitionen von rd. 500 Mill. DM zur Sanierung von Leuna und Buna / 10.04.: In Eisenach rollt der letzte Wartburg vom Band / 23.04.: BVG entscheidet: Enteignungen in der SBZ bis 1949 sind nicht rückgängig zu machen / 30.04.: Letzter Trabant läuft vom Band
1991	Mai/ Juni	16.05.: Abkommen BRD-SU über Beendigung der SDAG Wismut / Juni: Auflösung des RGW
1991	Juli/ Aug.	Seit Sommer 91 wirtschaftliche Stagnation in Westdtld. / Aug.: Wismut GmbH legt Sanierungskonzept vor / 23.08.: Die Zeit teilt mit: Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Arthur Andersen & Co fand heraus, daß die KoKo SED-Eigentum gewesen sei; damit wären Schalcks Westfirmen im Werte von ca. 350 Mill. DM zu gemeinnützigen Zwecken in den neuen Bundesländern zu verwenden gewesen; im Interesse des Finanzministeriums bekam Andersen & Co den Wink, die letzte Fassung des Berichts noch einmal zu überarbeiten; die Prüfer tendierten nun dazu, „die Frage offenzuhalten“
1991	Sept./ Okt.	01.10.: In Ostdtld. treten deutlich höhere Mieten in Kraft
1991	Nov./ Dez.	05.11.: Treuhandinformationen 7 veröffentlichen Insider-Regeln der Treuhandanstalt / 11.11.: Zeiss Oberkochen übernimmt 51% der Carl Zeiss Jena GmbH und deren unternehmerische Führung / 25.11.: THA entscheidet sich für Riva S.p.A. (Mailand) als Käufer des Elektro-Stahlwerks Hennigsdorf / 31.12.: Ende des DFF (ehemals 14.000 Mitarbeiter) THA hat 5.210 Unternehmen und 6.052 Immobilien verkauft / 1991 verlassen 250.000 Menschen Ostdtld. / Nettotransfer West-OstD 1991: 106 Mrd. DM / Polen erreicht 1991 81% der Industrieproduktion von 1989 (Tiefpunkt der Transformation)
Eintritt in die Juglarrezession		
1992	Jan./ Feb.	7.02.: Außen- und Finanzminister der EG unterzeichnen in Maastricht Vertrag über Europäische Union
1992	Mai/ Juni	01.05.: Grdg. der ersten beiden Management-Kommanditgesellschaften mit dem Ziel, Betriebe unterschiedlicher Branchen erst zu sanieren und dann zu verkaufen / 27.06.: Ostdt. Bauminister und Bundesbauministerin Schwaetzer einigen sich auf Erhöhung der Miete um 2,10 DM/m ² und 1 Jahr später nochmals um 0,60 DM / 30.06.: Treuhand-Niederlassung Schwerin beendet als erste ihre Privatisierungsaufgabe
1992	Juli/ Aug.	01.07.: Kohl erklärt, der ‚Aufschwung Ost‘ werde länger dauern als erwartet / Juli: 18. G7-Gipfel in München, Rußland hat 115 Mrd. DM Schulden

1992	Sept./ Okt.	16.09.: GB verläßt das EWS / Sept.: Wismut GmbH legt überarbeitetes Sanierungskonzept vor (jährl. Aufwendungen des Bundes von rd. 800 Mill. DM in den nächsten 10-15 Jahren) / im Herbst beginnt in Dtl. Produktionsrückgang
1992	Nov./ Dez.	31.12.: 11.043 Unternehmen, 10.311 Immobilien und 27.807 ha LNF sind privatisiert, formale Vollendung des Binnenmarkts in der EU / ostdt. Industrieproduktion erreicht 31% des Niveaus von 1989 / 1992 erreicht das ostdeutsche Lohnniveau 70% des westdeutschen, 1,1 Mill. Arbeitslose in Ostdtld. / 1992 verlassen 199.000 Menschen Ostdtld. / Nettotransfer W-OD 1992: 114 Mrd. DM
1993	März/ April	April: Kalibergwerk in Thüringen von der Belegschaft besetzt
1993	Juli/ Aug.	01.07.: Kalibergwerker beschließen Hungerstreik / 01.08.: 10.000 Demonstranten gegen die Schließung der Grube Bischofferode / im Aug. sind von ehemals 9,8 Mill. Beschäftigten in der DDR noch 6,2 Mill. erwerbstätig, davon 500.000 in ABM
1993	Sept./ Okt.	30.09.: BT beschließt auf Antrag der SPD, einen parlament. Untersuchungsausschuß zur Prüfung der THA zu bilden / 25.10.: Grundsteinlegung für ein 1.600 MW-Braunkohlkraftwerk in Schwarze Pumpe mit knapp 5 Mrd. DM privatwirtschaftl. Investition (die größte in Ostdtld.)
1993	Nov./ Dez.	05.11.: In Dtl. mehr als 3,5 Mill. Arbeitslose registriert / Tschechien erreicht 1993 78% des Niveaus der Industrieproduktion von 1989 (Tiefpunkt der Transformation), Ungarn 79% / 16,5% befragter Ostdeutscher vertrauen Ende 1993 der sozialen Marktwirtschaft / 1993 verlassen 172.000 Menschen Ostdtld. / Nettotransfer West-OstD 1993: 128 Mrd. DM
1994	Jan./ Feb.	20.01.: Erster gesamt. Armutsbericht durch DGB und Paritätischen Wohlfahrtsausschuß vorgelegt: In Dtl. leben 7,25 Mill. Arme, davon 2,6 Mill. in Ostdtld.
1994	März/ April	22.03.: Erster gesamt. Sozialbericht vom Bundeskabinett verabschiedet: Gegenüber 1993 sind die Sozialleistungen um 5,7% gestiegen / 29.04.: BT-Haushaltsausschuß beschließt Gesetz über Zukunft der THA, eine Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) soll am 01.01.95 die verbleibenden Tätigkeiten übernehmen
Eintritt in die Juglardepression		
1994	Mai/ Juni	21.06.: Schalck-Untersuchungsausschuß legt Abschlußbericht vor: KoKo hat illegal Devisen in Höhe von 29 Mill. DM eingenommen / 25.06.: Beitrittsverträge der EU mit Österreich, Schweden und Finnland in Korfu geschlossen
1994	Sept./ Okt.	05.09.: Untersuchungsausschuß zur Arbeit der THA übergibt Abschlußbericht
1994	Nov./ Dez.	31.12.: Ende der THA, 5 Nachfolgeorganisationen / Ostdt. Industrieproduktion erreicht 1994 39% des Niveaus von 1989 / 1994 verlassen 163.000 Menschen Ostdtld. / Nettotransfer W-OD 1994: 126 Mrd. DM
1995	Jan./ Feb.	01.01.: Finnland, Österreich und Schweden treten der EU bei (nun 15 Mitglieder)
1995	Mai/ Juni	Bis Mai 1995 verlassen seit 1989 rd. 1,6 Mill. Menschen Ostdtld., im gleichen Zeitraum ziehen 554.292 Westdeutsche nach Ostdtld., so daß dieser Teil mehr als 1 Mill. verliert
1995	Nov./ Dez.	15.-16.12.: Staats- und Regierungschefs der EU einigen sich auf den Namen Euro für die künftige gemeinsame Währung, die am 01.01.99 eingeführt werden soll / Dez.: Die BRD hat 2.000 Mrd. DM Schulden / Auslandsinvestitionen 1995 in Dtl.: 18 Mrd. DM / Dt. Investitionen im Ausland: 52 Mrd. DM; Diff.: - 34 Mrd. DM / Nettotransfer West-OstD 1995: 140 Mrd. DM
1996	März/ April.	13.04. EU-Finanzminister einigen sich auf Euro –Einführung im Jahr 1999
1996	Mai/ Juni	01.05. 4 Betriebe der Bremer Vulkan Verbund AG gehen in Konkurs

1996	Juli./ Aug..	Aug.: Polizei räumt besetzte Häuser in der Charlottenburger Marchstr., in Westberlin gibt es nun keine besetzten Häuser mehr (die Hausbesetzerszene ist so charakteristisch für die Kondratieff-Depression) / In Ostberlin gibt es noch 3 besetzte Häuser (alle in Friedrichshain)
1996	Sept./ Okt.	1996 hat Dtltd. 82,012 Mill. Einw. (Ostdtltd.: 15,428 Mill.)
1996	Nov./ Dez.	13.-14.12.: Europäischer Rat verabschiedet Stabilitätspakt (Sanktionen für Haushaltssünder vorgesehen) / Auslandsinvestitionen 1996 in Dtltd. 1,1 Mrd. DM, dt. Investitionen im Ausland: 38 Mrd. DM; Diff.: -36,9 Mrd. DM / 1996 leben in Dtltd. 82,012 Mill. Menschen (in Ostdtltd.: 15,428 Mill. in West-Dtltd.: 66,583 Mill.) In Ostdtltd. leben 1,2 Mill. Menschen weniger als 1989, ein Rückgang um mehr als 7%, seit 1948 (19 Mill.) eine Bevölkerungsreduktion um 18,4%, zwischen 1948 und 1989 Rückgang um 12,1%, zwischen 1989 und 1997 Rückgang um 6,3% (bezogen auf 1948) / Netto-transfer W-OD 1996: 140 Mrd. DM
1997	Jan./ Feb.	Jan.: In Ostdtltd. sind 19% der Erwerbspersonen arbeitslos
1997	März/ April	Goldreserven der Bundesbank: 95 Mill. Unzen
1997	Mai/ Juni	Erdbevölkerung gegenwärtig: 5,85 Mrd. Menschen / Sturmflutwehr vor Rotterdam kostet 1,3 Mrd. DM / 1998-2001 werden in Dtltd. mehr als 1 Bill. DM vererbt / 14.05.: Goldreserven der Bundesbank: 95 Mill. Unzen, bewertet zum Einkaufspreis von 144 DM/Unze; tatsächlicher gegenwärtiger Preis: 583 DM/Unze, formeller Wert also: 13,68 Mrd. DM, aktueller Marktwert: 55,385 Mrd. DM, Diff.: + 41,705 Mrd. DM
1997	Juli/ Aug.	Mitte 1997 erreicht der Schuldenstand der BRD die Größe von knapp 2.2000 Mrd. DM / Meldung vom 06.08.: In Dtltd. gibt es 216.000 Jugendliche ohne Lehrstelle
1997	Sept./ Okt.	Westdtld. exportiert 30% seiner erzeugten Güter, Ostdtltd. 10%
1997	Nov./ Dez.	11.11.: Rüge: Verwertung und Vernichtung des Materials der NVA sind abgeschlossen / 13.12.: Beitrittsverhandlungen der EU mit osteuropäischen Ländern in Luxemburg eröffnet / 30.12.: Letzte Schicht auf der Elbwerft Boizenburg / Dez.: Arbeitslosigkeit in Dtltd.: 4,522 Mill. (11,8%), in Westdtld.: 3,065 (9,9%), in Ostdtltd.: 1,457 Mill. (19,4%) / 1997 hat Dtltd. 1997 4,385 Mill. Arbeitslose (11,4%), von der Arbeitslosigkeit wirklich betroffen sind 7,27 Mill. Menschen, ist jeder 3. Obdachlose minderjährig, gibt es im Gebiet der ehemaligen DDR 6.163.000 Erwerbstätige (3.581.800 oder 37% weniger als 1989), nimmt die Anzahl der Aktionäre in Dtltd. um 1 Mill. zu, steigt der Dax um 47% / Frankreich hat um die Jahreswende 97/98 3,1 Mill. Arbeitslose
1998	Jan./ Feb.	07.01.: Regierung in Dtltd. beendet Steuerreformdebatte. Kohl: Die Entscheidung wird dem Wähler überlassen (9.01. auf der Klausurtagung der CDU in Windhagen)
1998	März/ April	Ab 01.03. zahlt die Preussag Stahl Ilsenburg Westtarif; 19.03.: ORWO Wolfen beantragt Gesamtvollstreckung
1998	Mai/ Juni	30.06. Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt a. M. gegründet
1998	Juli/ Aug.	1998-2001 werden in Dtltd. mehr als 1 Bill. DM vererbt
1998	Sept./ Okt.	8.09. Aktionäre von Daimler-Benz und Chrysler für Fusion /

Abkürzungen und Termini in den Tabellen zur DDR-Geschichte

ABF	Arbeiter- und Bauern-Fakultät
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AdW	(ab 1972) Akademie der Wissenschaften der DDR; 1946-1972 Deutsche Akademie der Wissenschaften (DAW)
AG-SDAG	AG-Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (Wismut)
antifa.-demokr.	antifaschistisch-demokratisch
AWG	Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaft
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BBZ	Britische Besatzungszone
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BIZ	Bank für internationalen Zahlungsverkehr
BKV	Betriebskollektivvertrag
BT	(Deutscher) Bundestag
BVG	Bundesverfassungsgericht
CDU	Christlich Demokratische Union
COCOM	Coordinating Committee for East-West-Trade-Policy
D. Z. f. Ph.	Deutsche Zeitschrift für Philosophie
DAW	Deutsche Akademie der Wissenschaften der DDR
DB	Durchführungsbestimmung
DEFA	Deutsche Film AG (Filmgesellschaft der DDR, seit 1952 VEB)
DFF	Deutscher Fernsehfunk
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM	Deutsche Mark (Währungseinheit der BRD)
DSV	Deutscher Schriftstellerverband
Dtld.	Deutschland
dt	deutsch, deutsche
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
DZfVV	Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung
EH	Erich Honecker
EKD	Evangelische Kirche Deutschlands
ERP	European Recovery Program (Marshall-Plan)
Erwerbst.	Erwerbstätige
EURECA	European Retrievable Carrier (europäische rückführbare Forschungsplattform)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FR	Frankfurter Rundschau
gegr.	gegründet
GB	Großbritannien
GM	Günter Mittag
Grdg.	Gründung
GS	Generalsekretär
GSSD	Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland

G7	Siebenergruppe: Konferenz der 7 wichtigsten westlichen Industriestaaten
HEP	Hochschul-Erneuerungs-Programm
HfÖ	Hochschule für Ökonomie
HO	(staatliche) Handelsorganisation
HS	Hochschule
HS f L	Hochschule für Landwirtschaft
HS f LPG	Hochschule für landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften
H. u. F.	Hoch- und Fachschulwesen
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit (Auslandsgeheimdienst der DDR)
IM	Informeller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit
IMES	Die IMES GmbH war die für internationale Waffengeschäfte verantwortliche Firma des Bereiches <i>Kommerzielle Koordinierung</i> (KoKo)
INF Vertrag	Intermediate-Range Nuclear Forces (INF) Treaty (The Treaty Between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics on the Elimination of Their Intermediate-Range and Shorter-Range Missiles.)
IOC	Internationales Olympisches Komitee
IWF	Internationaler Währungsfonds
KAI	zuerst seit 26.9.90: Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die Institute und Einrichtungen der ehemaligen AdW der DDR. Dann seit 1.1.91: Koordinierungs- und Aufbau-Initiative für die Forschung in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (KAI e.V.)
KB	Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands
KoKo	Bereich Kommerzielle Koordinierung, (ab 1966) im Ministerium für Außenhandel der DDR. Seit 1976 endgültig dem ZK der SED unterstellt.
KUA	Kunst und Antiquitäten
KP	Kommunistische Partei(en)
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
L-L	Liebke necht-Luxemburg
LM	Lesematerial
LNF	Landwirtschaftliche Nutzfläche
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
Ltg.	Leitung
M	Mark (Währungseinheit der DDR)
MAS	Maschinen-Ausleihstation
MEGU Leipzig	VEB Metallguß Leipzig
MEL Inst.	Marx-Engels-Lenin-Institut
MELS Inst.	Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MP	Ministerpräsident
MR	Ministerrat
MS.-Druck	Manuskriptdruck
MTS	Maschinen-Traktoren-Station
MW	Megawatt
ND	Neues Deutschland - publizistisches Zentralorgan der SED
NE	Nationaleinkommen

NKWD	Volkskommissariat für innere Angelegenheiten der UdSSR [ab 1946: MWD , ab 1954 KGB]
NOK	Nationales Olympisches Komitee der DDR
NÖSPI	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
NVA	Nationale Volksarmee der DDR
ÖSS	Ökonomisches System des Sozialismus
PB	Politbüro
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PGH	Produktionsgenossenschaft des Handwerks
Plankom.	Staatliche Plankommission der DDR
PHS	Parteihochschule <i>Karl Marx</i> beim ZK der SED:
publ.	publiziert
PV	Parteivorstand
RAF	Rote Armee Fraktion (linksradikale, terroristische Untergrundorganisation in der Bundesrepublik Deutschland)
Rbl.	Rubel
rd.	rund (circa)
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON)
SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (Berlin)
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDAG	Deutsch-Sowjetische Aktiengesellschaft
SDI	Strategic Defensive Initiative (Forschungsprogramm der USA z. Errichtung e. Abwehrsystems gegen ballistische Atomraketen)
SED PB	Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
SED-ZS	Zentralsekretariat der SED
SfS	Staatssekretariat für Staatssicherheit (Status des MfS 1953-1955)
SMA/Sachsen	Sowjetische Militäradministration/Sachsen
SMAD	Sowjetische Militäradministration
Sockel	Im SED-Apparat für Saldo zwischen Forderungen und Verbindlichkeiten (gegenüber westlichem Ausland)
SPK	Staatliche Plankommission der DDR
SU	Sowjetunion
SV	Sozialversicherung
THA	Treuhandanstalt
TR	Tägliche Rundschau (Tageszeitung der Sowjetischen Besatzungszone)
UGO	Unabhängige Gewerkschaftsopposition
UNCTAD	Welthandelskonferenz
USBZ	Amerikanische Besatzungszone
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VE	volkseigene
VEB	Volkseigener Betrieb
VHS	Verkehrs-Hochschule
VM	Valuta-Mark

VRP	Volksrepublik Polen
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
VW	Volkswirtschaft
VWR	Volkswirtschaftsrat der DDR
w.-t.	wissenschaftlich-technisch
WIP	Wissenschaftler-Integrations-Programm
ZIPh	Zentralinstitut für Philosophie an der Akademie der Wissenschaften der DDR
ZK	Zentralkomitee
ZVB	Zentralverordnungsblatt

10 Jahre danach¹

Bemerkungen zum Thema *Später Aufbruch – frühes Ende*²

Vorbemerkungen

Die Veranstalter haben die beabsichtigte Bilanz unter die Frage „Später Aufbruch – Frühes Ende?“ gestellt, ohne ihren Inhalt stillschweigend als positiv gemeinte Antwort schon vorauszusetzen. Daher darf ich vermuten, diese Frage habe nur den Sinn, in einer griffigen Kurzfassung für die Öffentlichkeit die ungefähre Bestimmtheit des Problems zu avisieren, mit dem wir uns beschäftigen wollen. Unter Gesichtspunkten der objektiven Historiographie ist solche Frage natürlich sinnlos. Ein geschichtlicher Vorgang verläuft zu bestimmter Zeit. Und wer ihn problematisiert, hat in seinem Anfang wie in seiner Dauer vorgegebene Daten, die natürlich Gegenstand der Erklärung sein können. Es ist sinnvoll, die Frage zu erwägen, ob der gemeinte Aufbruch etwa früher hätte auftreten, das entsprechende Ende noch etwas verzögert werden können. Sollte die Antwort positiv sein, wäre dennoch kein historiographisches Urteil der Art: „die Wende des Jahres 1989 in der DDR begann zu spät und endete zu früh“, sinnvoll zu formulieren. Wir hätten es dann nur mit einer anderen Dauer, einem anderen Anfang zu tun – und wären um nichts wissender. Ich vermute, daß die Veranstalter „die Ideen des Herbstes 1989“ im Vorgang der Wende eingebettet sehen, diese „Ideen“, wie in der Einladung geschrieben steht, durch „die Macht des Faktischen“ zum Schein einer Illusion herabgesetzt erkennen und nun gern wissen möchten, ob so etwas wie „die bleibende und uneingelöste Aktualität der im Herbst 1989 entwickelten Ideen“ feststellbar sei. So kann ich mir gut vorstellen, daß die Imagination auftritt, bei längerer Dauer der Wende hätten „die Ideen des Herbstes 1989“ vielleicht mehr Substanz und viel mehr Einbildungskraft ausgebildet, und vielleicht daher die Frage „Später Aufbruch – Frühes Ende?“

Gegen diese Sicht kann ich nur mit der Gegenfrage operieren: Von welchen „Ideen des Herbstes 1989“ ist eigentlich die Rede? Ich bin unfähig, dergleichen Ideen wahrzunehmen. Die in der DDR-Wende artikulierten Ideen waren keine anderen als die von 1789. „Freiheit. Gleichheit, Brüderlichkeit!“ konnte

1 Erstveröffentlichung in: Berliner Debatte INITIAL 11(2000)2, S. 18–30. Druckfehler wurden korrigiert und eine Anpassung an die gegenwärtige Orthographie vorgenommen. Vgl. auch H. Misselwitz, K. Werlich (Hg.): 1989: Später Aufbruch – Frühes Ende? Eine Bilanz nach der Zeitenwende. Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsvlg. 2000 (Eine Publikation der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung.), S. 39–57

2 Überarbeitete Fassung des Diskussionsbeitrages vom 24. September 1999 auf der Konferenz in Potsdam.

man auf selbstgefertigten Plakaten während der vielen Demonstrationen lesen. Es ging um gar nichts anderes als um die Wiederherstellung (Restauration) des persönlichen Privateigentums und damit um die Wiederbelebung der in der DDR 1948 bis 1950 sozusagen eingefrorenen Parteiendemokratie, angereichert durch westdeutsche Mitbeteiligung. Es ging um die Liquidation des Erbes der kommunistischen Herrschaft in Europa, die sich selbst in die Lage gebracht hatte, den Gang zum Konkursrichter antreten zu müssen. Wenn die bekannte „Allianz für Deutschland“ mit der Forderung „Nie wieder Sozialismus!“ in den Wahlkampf zum 18. März 1990 eintrat, so wird sich doch wohl niemand finden, der diese Losung für den Ausdruck einer Idee hält.

Der „Demokratische Aufbruch“ folgte auf seinem Gründungsparteitag am 17. Dezember 1989 der Feststellung eines seiner Delegierten: „Jetzt ist alles zusammen, die Forderung nach der Einstaatlichkeit und die Forderung nach einem wirtschaftlichen System, wie wir es in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend verwirklicht sehen. Damit ist für uns, denke ich, eine klare Entscheidung gefallen. Wir brauchen uns keinen Kopf mehr zu machen darüber, wie wir zu einem eigenständigen Weg finden. Wenn Sie das wollen, dann stimmen Sie dieser Vorlage zu.“ Und die Delegierten stimmten dem hier zur Debatte stehenden Zusatzantrag, das Recht zur deutschen Einheit in die Verfassung der DDR aufzunehmen, mit großer Mehrheit bei 35 Gegenstimmen und 21 Enthaltungen zu.¹ Natürlich ist die zitierte Feststellung ein Indiz des Umstands, daß die DDR-Wende in großen Teilen ihrer Akteure durch keinerlei Hauch von irgendwelchen „Ideen des Herbstes 1989“ auch nur angekränkelt gewesen ist. Wer sich „keinen Kopf mehr zu machen“ wünscht, weiß sich jenseits jeglicher Idee.

Die Öffnung der Mauer am 9. November 1989, von neugierigen Ostberlinern, die Schabowskis Mitteilungen prüfen wollten, bei den Grenzsoldaten an der Bornholmer Straße mit Schulterklopfen erzwungen, hat den sinnlich-gegenständlichen Vergleich der Lebensstandards in den beiden deutschen Staaten für die ostdeutsche Bevölkerung nach der Unkenntnis von einer Generationsdauer ermöglicht und damit die Entscheidung der Ostdeutschen: Wir wollen materiell ebenso leben wie unsere westdeutschen Schwestern und Brüder! Wir sehen 45 Jahre nach Kriegsende nicht mehr ein, diejenigen Deutschen sein zu sollen, die wesentlich mehr zu zahlen haben als die westlich der DDR-Grenze lebenden. Otto Schily, der dem DDR-Lebensstandard nie unterworfen war, hat diese Entscheidung mit dem Vorzeigen der Banane versinnbildlicht. Was immer man davon halten mag, sicher ist, daß niemand mit einer solchen Frucht irgendwelche Ideen assoziiert, auch nicht die vermeintlichen des Herbstes von 1989. Und insofern ist die Banane rechtens demonstriert worden.

1 Vgl. „Chronik der Wende“ vom 17. Dezember 1989, ORB.

Die Wende als Bilanz des Kommunismus

Ich meine, daß die heute und hier auf unserer Konferenz zu debattierende „Zeitenwende“ in Wahrheit die *Auflösung* der „Diktatur des Proletariats“ in der Deutung Lenins und der Komintern sowie in der Begründung der Sowjetmacht im November 1917 ist und die Dauer von drei Jahren (1989–1991) umfaßt hat. Die Abschiedsrede Gorbatschows als Präsident der UdSSR und das Einholen der Roten Fahne auf dem Kreml markieren das wirkliche Ende des Vorgangs, der zur Debatte steht. Die Auflösung der DDR ist darin nur ein Moment. Sie hat gar keine selbständige Bedeutung. Dieser Staat hat fast 41 Jahre demonstriert, wie sich deutsche Kommunisten in Abhängigkeit von ihrem russischen Bundesgenossen und Lehrherrn die „von Ausbeutung freie“ menschliche Gemeinschaft vorstellen. Er hat mit der Mauer bewiesen, daß die deutsche Nation durch ihn nicht auflösbar ist, und er nicht imstande, die kommunistische Produktionsweise in freier Konkurrenz mit der des persönlichen Produktivvermögens siegreich werden zu lassen. Der Zusammenbruch des europäischen Kommunismus liegt in der Depressionsphase des 4. Kondratieff (diese Phase rechne ich vom Juli 1980 bis zum Frühjahr 1994¹) und somit weder zu spät noch zu früh, sondern wirtschaftsgeschichtlich wunderbar zeitlich korrekt. (Depressionsphasen sind gerade Dauern, in denen nicht mehr konkurrenzfähige Unternehmungen aus dem sozialen Wettbewerb ausscheiden.)

Nun muß ich des weiteren allerdings feststellen: Zehn Jahre nach der Wende von 1989/91 ist meine Unsicherheit und Vorstellung widerstreitender Urteile mit Bezug auf das in ihr verblichene kommunistische System in Mittel- und Osteuropa nicht geringer geworden, als sie es zuvor waren. Peter Scheibert hat für sich ihren Kern 1984 auf die folgende Feststellung gebracht: „Wenn wir die Revolution von 1917 in erster Linie als Coup zur Machtergreifung und Machterhaltung betrachten, so erfassen wir ihre unterliegenden Motive zureichender, als wenn wir jene als Verwirklichung oder Verfehlung eines ideologischen Telos zu verstehen versuchen.“² Ich gestehe in meiner Deutung

1 Nach den Überlegungen Schumpeters (Konjunkturzyklen, 2 Bde., Göttingen 1961) unterstelle ich den von ihm charakterisierten „bürgerlichen Kondratieff“ (1843 bis 1897 einschließlich) als Standardzyklus, sozusagen als Etalon der ‚langen Wellen‘, nehme dann mit Blick auf den Umstand, daß ein Kondratieff gerade zwei Generationen umfaßt (die Generation zu 25 bis 30 Jahren gerechnet) die Konstanz der Dauer dieser Zyklen an. Das bedeutet, daß der 3. Kondratieff von 1898 bis 1952 einschließlich währt, der 4. 1953 beginnt und 2007 endet. Was sonst ‚Wirtschaftswunder‘ genannt wird und seit dem Sommer 1952 wirklich wahrnehmbar gewesen ist, ist demgemäß nichts anderes als die westdeutsche Gestalt der Prosperitätsphase des 4. Kondratieff - Zu sagen ist noch: Der 1. Kondratieff beginnt 1788, d. h. mit dem Beginn der industriellen Revolution. Die Verknüpfung von Dampf- und Arbeitsmaschine ist sein Signum.

2 P. Scheibert: Lenin an der Macht. Das russische Volk in der Revolution 1918–1922. Weinheim: Acta humaniora, 1984, S. 479. Der Autor meint gewiß nicht die ganze zweite russische Revolution, die hungrige Frauen im Interesse ihrer ebenso hungernden Kinder am 8. März 1917 in Petrograd eröffneten, sondern Trotzki's Übernahme der Macht namens des Militärischen Revolutionskomitees des Petrograder Sowjets am 6. und 7. November 1917 in Abwehr einer Attacke der Provisorischen Regierung auf die Nachfolgerin der seit Juli 1917 verbotenen bolschewistischen *Prawda*.

des Scheibertschen Ansatzes, den Coup-Charakter nicht wahrnehmen zu können, aber die Bereitschaft zu haben, über die möglichen Unterscheidungen des fraglichen Vorgangs zu räsonieren: War er ein coup de maître (ein Meisterstück), ein coup d'État (ein Staatsstreich), ein coup du sort (ein Schicksalsschlag) oder noch anderes?

Ich weiß natürlich nicht, was Scheibert mit dem Ausdruck ‚ideologisches Telos‘ genau avisiert, aber ich meine schon, daß Trotzki's Befehl Nr. 1 „Der Petrograder Sowjet ist in Gefahr“ sehr wohl als Anfangsaktion im Prozeß der *Realisierung des kommunistischen Ideals* zu denken ist. Unter Voraussetzung hegelianischer Geschichtsauffassung versteht sich von selbst, daß jede Verwirklichung oder Verfehlung eines ideologischen Telos' (also jede Idealrealisierung) als geschichtlich bestimmte Handlungsfolge diesem oder jenem als Coup einer Gang erscheinen mag, die schon lange auf die Schmalztöpfe der politischen Macht lauert. Aber dies als wesentliche Erscheinung zu nehmen hieße, in der sozialen Realität keinen Grund für kommunistisch artikuliert Empörung zu sehen. Das, so meine ich angesichts der zweieinhalb-jahrtausendjährigen Geschichte des europäischen Kommunismus, ist eine gar zu bewußt- und gedankenlose Reflexion.

Der Kommunismus ist keine historische Aberration, kein „Coup zur Machtergreifung und Machterhaltung“ einer einkommensgierigen Gang, sondern – wie immer er sich ideologisch artikulieren mag – der beständige Protest gegen das persönliche wie gegen das Klasseneigentum, das im Gegensatz von Reichtum und Armut seinen – doch gewiß nicht selten empörenden – Ausdruck hat (alle Denunziation des ‚Neides‘, gegenwärtig flott neoliberal dahergeplaudert, hilft hier nichts). Der Kommunismus besteht nicht als mentales Gebräu von abenteuernden Banden, denen es nach Macht gelüftet, sondern als *Ausdruck der sozialen Frage*. Er ist die Protestation gegen die soziale Ungleichheit, insbesondere gegen die zum Teil aberwitzigen Vermögensunterschiede im System des Privateigentums¹, die Forderung nach der sozialen Gleichheit, die mit Herstellung des Gemeineigentums aller als Glieder derselben Gemeinschaft gewiß doch hergestellt wird. Die Kommunisten können „ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen“, sagen Marx und Engels zu Recht im ‚Kommunistischen Manifest‘². Und diese

1 Wie zu hören ist, soll Herr Esser mit 60 Mill. DM für seine Managementtätigkeit bei Mannesmann abgefunden werden. Bedenkt man, daß ein promovierter Ingenieur beim von ABB übernommenen VEB Bergmann-Borsig mit 19.000 DM abgefunden worden ist, kann man erwägen, ob die gekonnte Vorstandsführung eines erfolgreichen Unternehmens das mehr als 3000fache einer ingenieurechnischen Wirksamkeit wert sein kann. Das ist offenbar nur dann der Fall, wenn die Wertdetermination nicht nur von der verrichteten Arbeit, sondern auch von der davon unabhängigen Nachfrage innerhalb gegebener sozialer Beziehungen abhängt.

2 Marx, Engels: Werke (MEW), Band 4, Berlin: Dietz Verlag, 1971, S. 475. Wird die „Aufhebung des Privateigentums“ positiv als Beseitigung des persönlichen Eigentums an Produktivvermögen bzw. als Herstellung des Gemeineigentums an den gegenständlichen Produktionsmitteln verstanden, so ist jede historische Erzeugung dieser Lage die Herstellung von Kommunismus. Dieser theoretischen Konsequenz kann man nur entgehen, wenn man sich mittels des Wortes *Kommunismus* am besten gar nichts *denkt*, sondern irgendeine Art säkularen Paradieses *vorstellt*, das irgendwann in der Zukunft eintreten soll. Im Gegensatz zu solcher phantasierenden Imagination

Aufhebung des Privateigentums zum (nationalen) Gemeineigentum, realisiert durch den von den kommunistischen Parteien beherrschten Staat, ist der Sachverhalt, der in der Wende 1989/91 aufgelöst worden ist.

Die soziale Gleichheit selbst ist natürlich keine Phantasie, sondern wirkliches Moment des ökonomischen Austauschs, jedoch gleichgültig gegen den Umstand, ob jemand etwas zu tauschen hat oder nicht. Die nichts haben, daher auf die Hilfe der Habenden angewiesen sind, bringen die soziale Frage zur unangenehmen Erscheinung. Aber es ist das soziale System selbst, das sie konstituiert. Indem es die Konkurrenz der verschiedenen Produktivvermögen wesentlich einschließt, setzt es die Vermögenslosigkeit der Verlierer hier und die Bereicherung der Gewinner da. Für dieses Resultat machen die Kommunisten das persönliche Privateigentum verantwortlich. Und daher lautet die kommunistische Antwort auf die soziale Frage: Herstellung des Gemeineigentums am Produktivvermögen! So ist in der Tat ein Ziel, ein Telos präsentiert, dem die Unrealisierbarkeit keineswegs unmittelbar einsehbar eingeschrieben ist. Vielmehr ist die Annahme des Gemeineigentums rein logisch mit dem Ausschluß der Vermögenslosigkeit gekoppelt, so daß Kommunismus und soziale Armut sich wechselseitig auszuschließen scheinen, kommunistische Armut bestenfalls durch den zu behebenden Rückstand der Produktivkräfte auftreten kann.

Wer Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit will, also die bürgerliche Gesellschaft (ob sie nun ‚Zivilgesellschaft‘ genannt wird oder anders, ist gleichgültig), der darf sich nicht wundern, wenn die Habenichtse dieser Gesellschaft die Gleichheit fixieren und via Gemeineigentum verwirklicht wünschen. Der Kommunismus ist das Echo der bürgerlichen Gesellschaft selbst, allgemeiner: der negative Widerschein der Gesellschaft überhaupt, d. h. des Tauschsystems der Sondereigentümer, in dem Eigentumslose nicht auftreten können, daher nicht zur Gesellschaft gehören. Die Gesellschaft des äquivalenten Austauschs und somit des Privateigentums wird den Kommunismus nie los, weil er ihre eigene Negation ist, der Mephisto dieses Faust.

Das Ergebnis des wirklichen Realisierungsversuchs im 20. Jahrhundert, der eine Dauer von 74 Jahren in Anspruch genommen hat, steht seit 1989/91 für Mittel- und Osteuropa so ziemlich fest. Unser Konferenzthema reduziert zwar das Ende dieses Versuchs auf das Jahr 1989 und die DDR. Aber es wird wohl nicht widersprochen, wenn gesagt wird, daß die DDR und ihr spezielles Ende nichts anderes als ein besonderes Moment dieses umfassenderen Vorgangs ist. Sollte jemand die DDR für sich untersuchen, ist nichts dagegen einzuwenden, wenn nur immer klar ist, daß dieser Staat die deutsche *kommunistische* Macht gewesen ist, die in der deutschen Novemberrevolution von 1918 gesetzt und mit dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition als Konsequenz des gegen den deutschen Nationalsozialismus siegreichen russischen Kommunis-

plädiere ich dafür, unter den Begriff des Kommunismus eben die Gemeinschaften zu subsumieren, die persönliches Produktivvermögen und sozialen Austausch (also konvertible Währung) im Innern ausschließen.

mus auf deutschem Boden gezogen worden ist.¹ Ignoranz gegen diesen baren Tatbestand fingiert eine DDR-Geschichte, die man zur moralischen Erbauung beliebig traktieren kann; einen wissenschaftlich bestimmten Gegenstand liefert sie nicht.

In der DDR-Wende ist sehr bald von Lothar de Maizière das Wort *Sozialismus* als eine leere ‚Worthülse‘ erklärt worden, die die gewendete CDU nicht mehr gebrauchen solle. Natürlich ist damit die bestehende kommunistische Ordnung gemeint worden, deren Regierende sie selbst seit 1936 mit Einführung der u. a. von Bucharin formulierten ‚Stalinschen Verfassung‘ als errichtete *Grundlagen des Sozialismus* bezeichnet haben.² *Sozialismus* war der Kommunistischen Internationale der Name, den sie für das verwendete, was Marx 1875 in seiner ‚Kritik des Gothaer Programms‘ eine kommunistische „Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwickelt* hat, sondern . . wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*“³ nannte.

Im Gegensatz zu Marx wähen naive kommunistische Ideologen den Kommunismus unwillkürlich als Lösung des sozialen Problems *in der Zukunft*, relativ zu der die Gegenwart stets als nichtkommunistisch vorgestellt wird. Denn sie kann auch dann, wenn Kommunisten die Machthaber sind und ihre direktive Planwirtschaft (manche sagen auch ‚Befehlswirtschaft‘) das dauernde Bewußtsein des Mangels lebendig erhält, den beteiligten Menschen nicht als Erfüllung des kommunistischen Wunsches bzw. der entsprechenden Hoffnung plausibel gemacht werden. Da jedoch klar ist, daß kommunistische Herrschaft und kapitalistische Wirtschaft nicht zusammen bestehen können, muß der wirkliche Zustand unter dieser Herrschaft einen Namen bekommen, der ihn weder als Kommunismus noch als Kapitalismus oder bürgerliche Gesellschaft signiert. Diese begriffslose Rolle wies die Komintern dem Worte *Sozialismus* zu, was keine sozialistische Partei – und die Sozialistische Internationale schon gar nicht – verhindern konnte.

In solcher Benennung ist die klassische sozialtheoretische Unterscheidung

- 1 Meine Sicht habe ich in dem Beitrag „Vom Platz der DDR in der deutschen Geschichte“ formuliert; vgl. dazu *Berliner Debatte INITIAL* 9(1998)2/3, S. 22–38. Erweitert um die Daten, nach Juglar-Zyklen geordnet, ist sie erneut publiziert worden in: *Konfliktforschung Aktuell. Wiss. Mitteilungen des Vereins für angewandte Konfliktforschung* e. V. 7(1999)2–3, S. 44–79. Des Weiteren verweise ich auf meinen Artikel „Die kommunistische Antwort auf die soziale Frage“, in: *Berliner Debatte INITIAL* 9(1998)1, S. 5–18.
- 2 Die Identifikation des Kommunismus mit dem Sozialismus präsentiert Bucharin im Mai 1918 reflexionslos in seiner Schrift *Das Programm der Kommunisten (Bolschewiki)*: „Die Menschewiki ... verteidigen ... die parlamentarische Republik. ... Die Kommunisten aber, die ... die kommunistische (sozialistische) Gesellschaftsordnung verwirklichen wollen, müssen unvermeidlich für die Diktatur des Proletariats ... kämpfen.“ (Berlin: A. Hoffmanns Vlg., o. J., S. 20). Diese ‚Diktatur des Proletariats‘ sieht Bucharin in der Räterepublik realisiert, in der „die nicht arbeitenden Klassen ... kein Stimmrecht haben und keinen Anteil an der Staatsverwaltung nehmen“ (ebd.). Daß der Kommunismus gar keine *Gesellschaftsordnung* ist, sondern eine *Gemeinschaftsordnung*, die in ihrer rohen Gestalt die Gesellschaft gerade von sich ausschließt, ist die im folgenden zu verdeutlichende Auffassung, die ohne die Erfahrung des europäischen Kommunismus des 20. Jahrhunderts wohl schwerlich zu gewinnen ist.
- 3 Vgl. MEW, Band 19, S. 20.

des Sozialismus vom Kommunismus, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts selbstverständlich war, untergegangen. Und da heutzutage obendrein im Gemeinbewußtsein die Identifikation von Wort und Begriff als gewöhnliche Annahme fungiert, also das Wort *Sozialismus* schon für den Begriff des Sozialismus gehalten wird, wird nicht einmal bemerkt, daß man in Wahrheit vom Sozialismus tatsächlich *gar keinen Begriff hat*. So kann man denn rüstig ‚Freiheit oder Sozialismus‘ in der Hoffnung posaunen, daß die Leute sich schon etwas dabei vorstellen, jedenfalls ihr Kreuzchen im richtigen Kreis auf dem Wahlzettel zeichnen werden.

Von den Begriffen des Sozialismus und des Kommunismus

In Deutschland ist die fragliche Unterscheidung 1842 von Lorenz Stein so präsentiert worden, daß sie damals jedenfalls jeder Interessierte aus seinem Text kannte (einschließlich Engels und Marx). Ich rufe sie in der dritten Fassung seiner Darstellung von 1850 in Erinnerung: „Der Sozialismus, mit der industriellen Arbeit entstanden, hat zuerst den *Widerspruch der Idee der Persönlichkeit mit der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit* erkannt und ausgesprochen. Er hat von dieser Erkenntnis aus den Grundsatz aufgestellt, daß die Arbeit als freie Betätigung der Persönlichkeit, von dieser Herrschaft *frei*, daß sie im Gegenteil bestimmt sein müsse, *ihrerseits das Kapital zu beherrschen*, das heißt, *allein zu bestimmen, in welcher Weise das Einkommen verteilt werden solle*.“¹ Wer heute „Leistung muß sich wieder lohnen“ skandiert, artikuliert im Sinne der Steinschen Erkenntnis eine *sozialistische* Losung. Denn das Wort *Leistung (L)* meint das Verhältnis der Arbeit (*A*) zu der in ihr realisierten Arbeitszeit (t^A), ist in seiner Bedeutung durch die Gleichung $L = A : t^A$ bestimmt. Und folglich ist die vermeintlich neoliberale Proklamation von einer sachlichen Bedeutung, die etwas ganz anderes darstellt, als diejenigen meinen, die sie als Slogan artikulieren. Sie besagt, daß sich die *Arbeit* wieder lohnen müsse. Sollte dagegen insbesondere die Größe des shareholder value im Blick sein, müßte anständigerweise „Aktienkauf muß sich wieder lohnen“ gesagt werden.

Im Unterschied zur sozialistischen Attitüde, die *Freiheit der Arbeit* von der Kapitalherrschaft zu fordern, so nun weiter Stein, „muß man ... sich hüten, unter dem *Kommunismus sich irgendein bestimmtes System, irgendein klares logisches Prinzip zu denken*. Noch gegenwärtig hat der an Kraft und Umfang täglich wachsende Kommunismus durchaus keine ihm eigentümliche Lehre; alle einzelnen kommunistischen Richtungen und Systeme haben wenig oder gar keine Gewalt über ihn; er hat sie bald abgeworfen, bald anerkannt, sich ihnen zum Teil hingegeben und sie wieder vergessen, ohne seinen Charakter, ohne seine Richtung zu ändern. *Eben dadurch* ist er aber viel wichtiger und mächtiger als aller Sozialismus. ... Während der Sozialismus der wissen-

1 L. v. Stein: Die industrielle Gesellschaft. Der Sozialismus und Kommunismus Frankreichs von 1830 bis 1848. Hg. v. G. Salomon. München: Drei Masken Vlg. 1921. S. 123.

schaftliche Ausdruck der Auffassung jener sozialen Frage im Geistes eines einzelnen Menschen ist, ist der Kommunismus vielmehr diese Auffassung einer ganzen Klasse, der Ausdruck eines ganzen Zustandes, ... in seiner inneren Bedeutung ... wird man ihn... allein aus *den Elementen der industriellen Gesellschaft und ihrem Gegensatz* verstehen.“¹

Dieser von Stein erkannte Umstand, daß der „Kommunismus durchaus keine ihm eigentümliche Lehre“ hat, erscheint im kommunistischen Fraktionskampf, in dem nicht Theorien und Begriffe, sondern Phrasen und Wörter das mentale Schlachtfeld bevölkern – und das geistige Leben von der Exegese der „Klassiker“ zum Zitieren der Generalsekretäre verendet. Das ist jedoch kein Grund, die Wichtigkeit des Kommunismus – als einer praktischen politischen Bewegung – nicht ernst zu nehmen. Er ist nicht die Mobilisation des Geistes, sondern des Gemüts der Eigentumslosen, die im Konsum der Reichen ihre eigene Armut als Unrecht und unvernünftige Ordnung der menschlichen Beziehungen und Verhältnisse wahrnehmen und aufheben wollen.

Das Prinzip der industriellen Gesellschaft, so Stein weiter, „ist die durch die Familie dauernd erhaltene Herrschaft des Besitzes über den Nichtbesitz, den das Recht des Gesetzes und die Gewalt des Staates schützen. Sowie dies einmal von der ganzen . . . Klasse der Nichtbesitzer erkannt ist, beginnt plötzlich eine gänzliche Umgestaltung der Auffassung derselben in allen öffentlichen Dingen. Es entsteht der Haß der Nichtbesitzer und Arbeiter gegen die Besitzenden, und besonders gegen die Kapitalisten, die von arbeitslosem Kapitalertrag leben; . . . das Recht des Eigentums und der Bestand der Familie wird von der nichtbesitzenden Klasse mehr und mehr in Zweifel gezogen, ... und so geht aus der sozialen Abhängigkeit dieser Klasse die Negation von Eigentum und Familie als *Geist dieser Klasse* selber hervor.“²

Man muß nicht meinen, daß diese Diagnose durch den Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft 1989/91 erledigt ist. Dieser Zusammenbruch hat an der Existenz der sozialen Frage im klassischen Sinne gar nichts geändert. Sie besteht nach wie vor – und zwar universell oder global (was übrigens u. a. die Ausländerfeindlichkeit hinreichend deutlich signalisiert, die ja eine Reaktion auf die Immigration derjenigen ist, die der Armut entfliehen wollen). Damit besteht aber auch die kommunistische Potenz, eben die Gesellschaft zu negieren, die diese Frage unvermeidlich und immer wieder hervorbringt.

Stein definiert dann den *Begriff des Kommunismus*: Das „*Bewußtsein des Proletariats von dem Widerspruch seiner Lage mit der Idee der Freiheit und Gleichheit, das sich negativ gegen Eigentum und Familie verhält, weil es in ihnen die absoluten Gegner der Freiheit und Gleichheit sieht, und die Gesamtheit der Systeme, Sekten und Bewegungen, welche aus diesem Bewußtsein hervorgehen, nennen wir den Kommunismus.*“³ Sozialismus dagegen ist ihm

1 Ebd., S. 343–344.

2 Ebd., S. 346–347.

3 Ebd., S. 348.

die „systematische Entwicklung der Idee des Kapitals, des Eigentums, der Familie, der Gesellschaft und des Staates *unter der Herrschaft der Arbeit*“¹.

Sollte es nicht möglich sein, unser eigenes Wissen erneut auf die einmal in Deutschland bereits erreichte Höhe der sozialtheoretischen Erkenntnis zurückzubringen? Die Wende von 1989/91 hat doch die Möglichkeit eröffnet, endlich ohne ideologische Zensur, ohne Furcht vor Aburteilung wegen „Staats- und parteifeindlicher Auffassungen“, ohne Einbuße an Einkommen zu denken, was wir wollen. Dies wirklich zu tun, erfordert nur die doch nicht so schreckliche Anstrengung, das Denken und Erkennen vom bloßen Meinen und Schwadronieren zu lösen. Daß dabei die Wahrheit als eine Meinung öffentlich ist, versteht sich und läßt sich gar nicht ändern, ist sogar für ihre öffentliche Existenz im rechtlich gesicherten Meinungspluralismus oder Meinungsmarkt von existentieller Bedeutung. Unter den vielen Meinungen die Wahrheit zu finden, das kann zugestanden werden, ist freilich ein Thema nur für die, die beide voneinander unterscheiden wollen.

Schließlich ist es in einer Bilanz der Wende 1989/91 vielleicht nicht überflüssig zu bemerken, daß man den Kommunismus als Bewegung *vor* einer Machtübernahme und *danach* thematisieren sollte. Vor derselben bietet der Anschluß an die kommunistische Bewegung keine besonderen persönlichen Vorteile (wenn man von der Bezahlung des Funktionärskaders mittels russischer Finanzmittel absieht). Danach allerdings sind Einkommensstellen zu verteilen und somit Ionescos Nashörner unabwendbar. Es versteht sich, daß die Beurteilung des Kommunismus variiert je nachdem, wen man sich als individuelle Verwirklichung eines Kommunisten vorstellt. In der DDR z. B. kann man von Ernst Busch bis zu Erich Mielke gehen, um die Vielfalt möglicher Präsentationen zu thematisieren. Und den deutschen Kommunismus des 20. Jahrhunderts kann man – nun vielleicht mit feministischer Präferenz – als geschichtlichen Vorgang von Rosa Luxemburg bis Margot Honecker verfolgen, um dem Urteil über ihn wahrnehmbare Individuen zu unterstellen.

Mit Verweis auf Lorenz von Stein möchte ich nun eine einzige These verteidigen:

Die Wende 1989/91 war keine Entscheidung über den Sozialismus als eine Gesellschaftsordnung, sondern über den Kommunismus als eine Gemeinschaftsordnung.

Der so genannte ‚Realsozialismus‘ war der Kommunismus sans phrase

Was in der Wende 1989/91 in Mittel- und Osteuropa zusammenbrach, war die russisch geführte politische Herrschaft des Kommunismus in seiner Leninischen Version. Sie hatte 1900 bis 1903 ihre Genesis, wurde durch den Ersten Weltkrieg und unter wesentlicher deutscher Teilnahme zur Komintern erwei-

1 Ebd., S. 124.

tert, erlangte in der Anti-Hitler-Koalition im Zweiten Weltkrieg ihre universelle Geltung und erreichte mit der politischen Entkolonialisierung 1975 den Höhepunkt ihrer geschichtlichen Entwicklung (Niederlage der USA und Sieg des Kommunismus in Vietnam). Den Übergang zur Wende hat der internationale Kommunismus mit dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha 1978 und sowjetischer Truppen in Afghanistan 1979 selbst gesetzt. Der letztere hat angesichts der Entfaltung der Solidarność in Polen seit dem Juli 1981 die Wiederholung des Abenteuers in der ČSSR von 1968 ausgeschlossen. Die Überstrapazierung des ökonomischen Potentials in der Rüstung zwang schließlich die kommunistische Führungsmacht, ihren Bundesgenossen so ziemlich volle nationale Selbständigkeit – insbesondere in der Wirtschaftspolitik – zu gewähren. Dies führte umgehend zur Entsolidarisierung mit der DDR und erwies darin, daß dieser Staat zu einer selbständigen Existenz nicht fähig war. Die Wende hat nicht zufällig in der DDR, dem Pfropfen auf der Flasche des „sozialistischen Lagers“, begonnen und ist nicht zufällig mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion geendet. Denn wer die DDR freigab, mußte erst recht Polen und die Tschechoslowakei entlassen. Wer aber diese emanzipierte, konnte das Baltikum nicht weiter besetzt halten. Er mußte daher die Sowjetunion zur Disposition stellen, um sie zur ‚Gemeinschaft Unabhängiger Staaten‘ aufzuheben – ohne das Baltikum.

Dieser Gang des kommunistischen Zusammenbruchs ist, wie ich meine, Ausdruck des Scheiterns der *ökonomischen* Absicht der kommunistischen Bewegung seit Babeuf, das national verfaßte Gemein- oder Volkseigentum zur Voraussetzung der Lösung der sozialen Frage zu machen. Entgegen der Annahme, mit der „Expropriation der Expropriateure“ die ungehemmte progressive Entwicklung der Produktivkräfte zu garantieren, hat die Realisierung der kommunistischen Organisation des Gemeineigentums die Innovationspotenz der fraglichen Volkswirtschaften lahmgelegt und schließlich zum Verzehr der in Generationen zuvor hervorgebrachten ökonomischen Substanz geführt.

Die kommunistische Idee, die man, wie schon bemerkt, nach Marx und Engels „in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen“ kann, ist durch die kommunistische Praxis im 20. Jahrhundert empirisch widerlegt worden. Sie ist nicht aufgrund externer Bedingungen oder eines historisch zu frühen Versuchs unausführbar gewesen, sondern *an und für sich* in dem Sinne unrealisierbar, in dem die Aufhebung des Privateigentums die Garantie für die unbeschränkte progressive Produktivkraftentwicklung liefern soll. Sie ist deshalb unrealisierbar, weil sie mit der Herstellung des Gemeineigentums den Ausschluß des ökonomischen Verkehrs, d. h. des Handels, des Geldes, der Rentabilität als betriebswirtschaftlicher Existenzbedingung (denunziert als „Profitwirtschaft“), verbindet. Eine den ökonomischen Verkehr und damit unterschiedliche Eigentümer – selbstverständlich auch Gemeineigentümer, etwa in genossenschaftlicher Gestalt – zulassende Wirtschaftspolitik ist nichtkommunistisch. Ohne den ökonomischen Verkehr sind keine objektive Preisbildung und daher keine vernünftige Kostenkalkulation

möglich. Die kommunistische Ersetzung des Verkehrs durch die Verteilung ist folglich immer nur als transitorische Unternehmung möglich. (Das ist übrigens in der Geschichte oft genug versucht worden. Man denke in diesem Zusammenhang aber auch an jene Gemeinschaften, häufig ideologisch religiös determiniert, die intern kommunistisch verfaßt sind und nach außen lebhaften Handel treiben, also keineswegs den Austausch für eine Sünde wider den Heiligen Geist halten. Sie zeigen die Pluralität kommunistischer Möglichkeiten, daher zugleich die Leninsche Version als *eine* Realisation von vielen anderen Realisationsmöglichkeiten.)

Der kommunistische Zusammenbruch von 1989/91 hat sicher nicht die Bedeutung einer *logischen* Widerlegung der kommunistischen Idee. Es ist sehr wohl möglich, sich selbst und anderen zu suggerieren, daß dem Kommunismus wenigstens die fernere Zukunft gehöre, weil die „globalen Probleme“ keine andere Lösung zuließen. Aber entschieden anzunehmen ist, daß der kommunistische Zusammenbruch von 1989/91 als *empirische* Probe auf die zugrunde gelegte Idee zu denken ist. Der Verzicht auf die Reflexion dieser Tatsache wäre Verzicht auf Erkenntnis.

Das wirklich einsichtige Argument, das zur Aufgabe der Fiktion einer Substenzwirtschaft betreibenden Weltgemeinde führt, ist die Überlegung, daß der ökonomische Verkehr, der Handel, keineswegs nur eine Veranstaltung gegenseitiger Prellerei darstellt, sondern *die Institution der Selektion wertbevorzogter Produkte und Dienste ist*. Dadurch bildet er das Medium des wirklichen Produktivkraftfortschritts, der in der politischen Herrschaft der Kommunisten zwar immer beschworen, wirklich aber institutionell verhindert worden ist. Der Handel ist nicht das listige Auskunftsmittel, um bei unüberwindlicher Stärke des fremden Eigners gewünschter Produkte durch Abgabe eigener Erzeugnisse in den Genuß eben der fremden zu gelangen, sondern das Purgatorium des Werts der eigenen Produktion für fremde Nutzer, die Institution der Vergesellschaftung der eigenen Produkte und Dienste. Ist demnach der Handel als die Realisierung der menschlichen Sozialität bzw. Gesellschaftlichkeit unersetzlich, führt seine Beseitigung zur ihrer Auflösung, zur Ersetzung des Austauschs durch die Verteilung, d. h., wie wir schmerzlich erfahren haben, zur Auflösung jeder Grundlage vernünftigen ökonomischen Kalkulierens. So muß, soll der Progreß der produktiven Kräfte keine wohlfeile Phrase sein, von der, wenn auch nur impliziten, Idee einer Realisierung der menschlichen Gattung durch eine kommunistisch verfaßte Weltgemeinde Abschied genommen werden.

Mit Blick auf diesen Umstand meine ich, daß die von Ferdinand Tönnies längst präsentierte Unterscheidung der *Gesellschaft* von der *Gemeinschaft*¹ theoretisch wieder aufzunehmen und im Interesse der intellektuellen Verarbeitung unserer praktischen Erfahrung des modernen Kommunismus zu reflek-

1 F. Tönnies: Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirischer Culturformen. Leipzig: Fues's Verlag (R. Reisland) 1887.

tieren ist.¹ Tönnies hat – auch in Rezeption des Marxschen Werks – den Begriff der Gesellschaft mit Rückgriff auf die Tauschtheorie gebildet, den Begriff der Gemeinschaft im Unterschied dazu an die Voraussetzung der „einheitlichen Arbeit“ und der „Haushaltung“ gebunden.² Im Sinne dieses Ansatzes können wir die Wörter *Gemeinschaft* und *Gesellschaft* als Bezeichnungen der Verbindungsarten unter Menschen verwenden, die einerseits in der Produktion als unmittelbare Kooperation und andererseits im Wirtschaftsverkehr als Austausch bzw. Handel verwirklicht werden.

Damit wird unterstellt, daß die Produktion vom Austausch klar unterschieden ist (beide sind die wirtschaftlichen Haupthandlungen, die die materielle Existenz unseres Lebens sichern), daß nicht jede Produktion zum Austausch führt (dann Subsistenzproduktion ist), wohl aber jeder Austausch vorgängige Produktion voraussetzt. Es gilt also die ökonomische Implikation: *Wenn Austausch besteht, so besteht Produktion*. Des weiteren ist angenommen, daß die tauschenden Produzenten (das können kommunistisch organisierte Gemeinschaften sein oder auch Personen, die eigenes Vermögen zum Tausch anbieten, selbstverständlich auch nichtkommunistisch organisierte Gemeinschaften) ganz im Sinne der Hegelschen Sozialtheorie gerade durch den Handel ihre präsentierten Güter als das Eigentum jedes Tauschpartners anerkennen und in der wechselseitigen Entäußerung bei äquivalentem Austausch den Wert ihres Vermögens erhalten. Ausdrucksmittel des Werts ist das *Geld*, ob durch Getreide, Edelmetall oder Papier modelliert. Die in der Ideologie artikuliert, ‚Macht des Geldes‘ ist natürlich reiner Wahn. Was wirklich Macht gewährt, ist das Eigentum an den Mitteln, etwas zu machen. Dieses Eigentum kann man durch den Tausch mittels Geld dem Gebrauchswert nach ändern, dem Wert nach erhalten.

Die aktive Nichtanerkennung des fremden Eigentums ist die Eroberung, der Raub, die Plünderung, die imperiale Annexion und die mit ihr häufig genug gekoppelte entsetzliche „ethnische Säuberung“, die nicht nur das fremde Eigentum enteignet, sondern den fremden Eigentümer vertreibt oder gar vernichtet. Der kapitalistische Imperialismus ist neben dem Leninschen Kommunismus die zweite und diesem vorgängige Weise der neueren oder ‚modernen‘ Gesellschaftsnegation.³ Die politische Entkolonialisierung mit dem Höhepunkt des afrikanischen Jahres 1960 ist die charakteristische Errungenschaft des 4. Kondratieffs. Die Geschichte des modernen Kommunismus ist ohne Rückbezug auf den Imperialismus, den er bekämpft hat, und die Entkolonialisierung, die er (natürlich nicht ohne die eigenen Interessen zu verfolgen)

1 Über meinen bisherigen Reflexionsstand vgl. P. Ruben: Gemeinschaft und Gesellschaft erneut betrachtet. In: Ethnohistorische Wege und Lehrjahre eines Philosophen. Festschrift für Lawrence Krader zum 75. Geburtstag. Hg. v. D. Schorkowitz. Frankfurt a. M.: Peter Lang 1995. S. 129–148

2 Tönnies: A. a. O., S. 32.

3 Ich unterstelle hier den Imperialismusbegriff Schumpeters. Vgl. Joseph Schumpeter: Zur Soziologie der Imperialismen. Tübingen: Vlg. v. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1919, Sonderabdruck aus dem ‚Archiv f. Sozialwiss. u. Sozialpol.‘, Bd. 46, H. 1 u. 2.

unterstützt hat, gar nicht zu verstehen. – Die Unterstützung übrigens, die die DDR in der Entkolonialisierung geboten hat, ist in mancher Hinsicht als ein erfreuliches Kapitel deutscher Geschichte zu denken.

Der Terminus *Austausch* findet in sozialtheoretischen Überlegungen mitunter die merkwürdigsten Verwendungen (nicht selten in der Soziologie). Daher sei betont, daß er hier zur Bezeichnung des Handels verwendet wird, in dem die Preisbildung den gelungenen Austausch reflektiert. „Austausch“ meint so immer handfesten Ein- und Verkauf, die „bare Zahlung“ für erworbene Güter (Produkte oder Dienste¹) bzw. die Einnahme der Gegengabe für im Tausch abgegebene Güter. Wo es sich nicht um den Erwerb fremden Gutes mittels Abgabe eigenen Gutes (bzw. um Dienstverrichtung gegen Bezahlung) handelt, ist – wenigstens im hier gemeinten Sinn – nicht von „Austausch“ zu reden („Austausch von Zärtlichkeiten“ z. B. ist demgemäß ein Unsinnsausdruck). Insbesondere ist die Distribution eines gemeinsam erarbeiteten Produkts auf die Mitglieder einer Gemeinschaft kein Austausch. Diejenige Distribution, die in der Tat durch den Austausch vermittelt wird, heiße „gesellschaftliche“ oder „soziale Distribution“. Diejenige dagegen, die in einer Gemeinschaft als regelgeleitete Aufteilung eines gemeinsamen Erzeugnisses auf die Glieder derselben verwirklicht wird, heiße „gemeinschaftliche Distribution“. Erstere ist über die Preisverhandlung wertvermittelt, letztere keineswegs.

In der marxistischen und kommunistischen Tradition wird nun der Tausch bzw. Handel ganz im Sinne romantischer Protestation gegen den „schnöden Schacher“ als Expression der Habgier gedeutet, der nur darum nicht zur räuberischen Aneignung führt, weil ein Tauschpartner den anderen nicht zu überwinden fähig ist. Hätte er die besseren Waffen, wird suggeriert, würde er sich umstandslos ohne Tausch in den Besitz des fremden Gutes setzen. Dies zu unterstellen heißt, den barbarischen Instinkt als konstitutiv für den Handel anzunehmen, ihn als solchen zu beargwöhnen. Betrachtet man die Sache nüchtern und ohne romantische Flausen, so muß die zivilisatorische Funktion des Handels erkannt und zugestanden werden. Selbstverständlich mag der aufklärerische Egoismus durch den romantischen Gemeinsinn unter Verdacht gehalten sein. Aber wir können nach der Erfahrung des kommunistischen Experiments nachdrücklich versichern, daß der Egoismus in diesem Experiment, was immer die kommunistischen Gründerväter an Altruismus exerziert und für nötig gehalten haben, systematisch fröhliche Urstände gefeiert hat. Zwar handelte es sich nicht mehr um die Gewinnung des „schnöden Mammons“ (in einer nichtkonvertiblen Währung ein ziemlich unergiebiges Unternehmen), sehr wohl aber um die Besetzung von individuell vorteilhaften Leerstellen

1 Das Wort *Dienstleistung* möchte ich wegen des darin verwendeten Gattungsterminus *Leistung* nicht verwenden und spreche daher kurz von „Diensten“ mit der Bedeutung, Arbeiten in gewisser Arbeitszeit zu meinen, d. h. ein ökonomisches Produkt aus Arbeit und Zeit. „Leistung“ meint gerade, wie weiter oben notiert, den Quotienten aus Arbeit und Zeit und ist daher nicht verwendbar.

des kommunistischen Systems, die mit der Bildung von Seilschaften erobert und mit dem Ausschluß von unliebsamen Konkurrenten hartnäckig verteidigt wurden.

Die Vision, der Kommunismus würde den Egoismus beseitigen, d. h. Herrn Gaus viel berufenen „neuen Menschen“ als Gegenmodell zum „alten Adam“ hervorbringen, hat sich in der empirischen Geschichte des modernen europäischen Kommunismus als blanke Illusion gezeigt. Vielmehr hat sie erwiesen, daß der Egoismus, den der originäre Sozialismus den sozialen Verhältnissen, nicht den Personen zuschrieb, durch die kommunistische Systemausbildung nicht erledigt worden ist, sondern nur andere Entfaltungsmöglichkeiten erhalten hat. Mithin ist das Privateigentum via empirische Erfahrung vom Ruch, Quelle des Egoismus zu sein, absolviert worden.

Das ist eine Einsicht, die jede noch so konsistent begründete ökonomische Kritik der Gemeinwirtschaft¹ nicht überzeugend hat liefern können. Wer die Unmöglichkeit objektiv begründeter Preisbestimmung in der kommunistischen Wirtschaft logisch fundiert darstellt, was beweist er gegen die Vision, es könne sich der Egoismus mittels dieser Gemeinwirtschaft als historisch transitorisch und entbehrlich herausstellen? Der Verdacht ist unabweisbar, daß erst die praktische Erfahrung über die konsistente Realisierung der kommunistischen Idee die Überzeugung von der Nichtigkeit jener – immerhin das abstrakte Gute favorisierenden – Vision vom Ende des Egoismus zu desavouieren fähig gewesen ist.

Ist nun die Annahme gültig, daß der Tausch, der Handel die wechselseitige Anerkennung fremden Eigentums, darunter des Gemeineigentums voneinander verschiedener Gemeinschaften, durch die entsprechenden Tauschpartner bedeutet, so muß auch gesagt werden, daß die Determination des Eigentums durch den Austausch dasselbe a priori als Sonder- oder Privateigentum konstituiert. Die Annahme des exklusiven Gegensatzes zwischen Gemein- und Privateigentum ist daher im Rahmen der sozialtheoretischen Unterscheidung zwischen Gemeinschaften einerseits und der durch die Bildung des Weltmarkts geschaffenen Gesellschaft andererseits eine logische Absurdität. Eigentum ist *in der Gesellschaft* immer und nie etwas anderes als Privateigentum, ob gemeinschaftliches oder persönliches. Nur *in einer Gemeinschaft* für sich ist der Gegensatz zwischen öffentlichem und privatem Eigentum wirklich gegeben.

Des Weiteren versteht es sich mit der formulierten Annahme von der Rolle des Austauschs als der Eigentumsdetermination, daß die geschichtliche Bildung des Privateigentums durch die ebenso geschichtliche Entfaltung des ökonomischen Verkehrs, des Handels, bedingt ist. Dieser bringt nicht, wie Marx gemeint hat, die „entfremdete Arbeit“ hervor, sondern befriedigt mittels Abgabe eigener Produkte eigene Bedürfnisse durch fremde Produkte, macht also die Ergebnisse fremder Arbeit zu Bedingungen eigener Reproduktion. Der Austausch ist nicht das Vehikel der Entfremdung, sondern im geraden

1 Vgl. L. v. Mises: Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus. 2. Aufl. München: Philosophia Vlg. 1981.

Gegenteil das Medium der Aufhebung der Fremdheit voneinander unabhängig produzierender Gemeinschaften. Die Gesellschaft überhaupt ist nicht das Subjekt der Eigentumsbildung, sondern das System der Eigentumszirkulation. Sie besteht nur durch den und in dem Fluß der Güter und Dienste und ist ohne diesen Fluß nicht vorhanden.

Das besagt nun auch: Der Terminus „gesellschaftliches Eigentum“ ist inhaltsleer und folglich als Surrogat für den Terminus „Gemeineigentum“ unverwendbar. Mit anderen Worten: *Gesellschaftsbildung* und *Privateigentum* sind Kehrseiten derselben Medaille. Die Negation des Privateigentums ist daher logisch zwingend auch die Negation der Gesellschaft, die Ersetzung des Verkehrs durch die vom Gemeinwesen realisierte Verteilung. Die kommunistische Forderung, das Privateigentum aufzuheben, ist folglich identisch mit der Forderung, die Gesellschaft abzuschaffen. *Die rohkommunistische Lösung der sozialen Frage besteht in der Liquidation der Sozialität.* Ein Kommunismus freilich, der den Handel, das Geld, die Rentabilität, den Profit (d. h. Zins plus Gewinn) nicht attackiert, sondern unter ihrer Voraussetzung als Verteidigung der Gemeinschaftsinteressen, die es im Gegensatz zur neoliberalen Annahme selbstverständlich gibt, auftritt, wäre nicht mehr roh und muß als eine denkbare Möglichkeit erwartet werden.

Die Erkenntnis von der rohkommunistischen Lösung der sozialen Frage durch die Liquidation der Sozialität wird ideologisch verstellt, wenn die Identität von Gesellschaft und Gemeinschaft intellektuell angenommen (oder gar die Gemeinschaft überhaupt als ein Übel präsentiert) wird. Dann kann so etwas wie die „kommunistische Gesellschaft“ überhaupt vorgestellt oder suggeriert werden, eine Vorstellung, die in der deutschen Arbeiterbewegung 1875 programmatische Bedeutung bekam: „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft“, heißt es nämlich im Gothaer Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.¹ Genau damit ist die Gesellschaft als etwas unterstellt, das Gemeingut haben kann. Ist aber klar, daß „die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut“ die Konstituierung der entsprechenden *Gemeinschaft* als das alleinige Wirtschaftssubjekt bedeutet, so kann die zitierte Forderung nur bei Identifikation von „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ einen Sinn haben. Gilt diese Identifikation für ausgeschlossen, ist die Forderung unmittelbar absurd. Sie muß dann vielmehr lauten: Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeineigentum, die Herstellung der Gemeinwirtschaft; die Gemeinwirtschaft regelt ihren gesellschaftlichen Verkehr mit anderen Gemeinwesen über das Außenhandelsmonopol und hat somit die Gesellschaft, die Sozialität, jederzeit außer sich.

1 Vgl. M. Beyer / G. Winkler: Revolutionäre Arbeitereinheit. Eisenach – Gotha – Erfurt. Berlin: Dietz Vlg. 1975, S. 78

Über Engels' Vision der „vergesellschafteten“ Produktion

Es ist in diesem Zusammenhang wichtig, auf die insbesondere von Engels favorisierte Einbildung einzugehen, mit der Entfaltung der großen Industrie sei angesichts der Bildung umfangreicher Betriebsbelegschaften die „Vergesellschaftung“ der Produktion ein bares Faktum. Daher komme es für die kommunistische Revolution nur noch auf die „Vergesellschaftung“ des Eigentums an, um den wesentlichen Widerspruch des Kapitalismus, private Aneignung bei gesellschaftlicher Produktion zu sein, aufzulösen. Damit ist eine erstaunlich naive Verkennung des Phänomens der Vergesellschaftung angenommen und implizit unterstellt, daß Betriebsbelegschaften als Exemplare der Sozialität gelten, Gemeinschaften unter dem Namen *Gesellschaft* vorgestellt werden.

Engels meint: In der mittelalterlichen Warenproduktion beruhte das Eigentum der Produkte „*auf eigener Arbeit* Da kam die Konzentration der Produktionsmittel in großen Werkstätten und Manufakturen, ihre Verwandlung in tatsächlich gesellschaftliche Produktionsmittel. Aber die gesellschaftlichen Produktionsmittel und Produkte wurden behandelt, als wären sie nach wie vor die Produktionsmittel und Produkte einzelner. ... So wurden also die nunmehr gesellschaftlich erzeugten Produkte angeeignet nicht von denen, die die Produktionsmittel wirklich in Bewegung gesetzt und die Produkte wirklich erzeugt hatten, sondern vom *Kapitalisten*. Produktionsmittel und Produktion sind wesentlich gesellschaftlich geworden. Aber sie werden unterworfen einer Aneignungsform, die die Privatproduktion einzelner zur Voraussetzung hat, wobei also jeder sein eignes Produkt besitzt und zu Markte bringt. Die Produktionsweise wird dieser Aneignungsform unterworfen, obwohl sie deren Voraussetzung aufhebt. In diesem Widerspruch, der der neuen Produktionsweise ihren kapitalistischen Charakter verleiht, *liegt die ganze Kollision der Gegenwart bereits im Keim*.“¹

Mit dieser Deutung ist unterstellt: Schließt ein Unternehmer mit mehreren Personen Arbeitsverträge, so wird die Produktion des fraglichen Unternehmens in der Sicht von Engels *gesellschaftlich*. Und es ist nurmehr eine Frage der operationalen Definition, wie viel persönliche Arbeitsverträge es genau sein müssen, um den „gesellschaftlichen“ Charakter der fraglichen Produktion zweifelsfrei feststellen zu können (den Unternehmer im Falle der revolutionären Erhebung zu enteignen). Gesetzt, dieser Unternehmer investiert sein eigenes Geld, so ist er zweifelsfrei Kapitalist (im Falle der ausschließlichen Bindung von Fremdkapital via Kredit ist er das nicht) und damit nach Engels nicht mehr Produzent, sondern bloßer Aneigner des Produktionserlöses.

Es ist wohl unübersehbar, daß in dieser Interpretation die in der Unternehmensbildung konstituierte Betriebsbelegschaft die Engelssche Idee der Gesellschaft modelliert, die damit von der der Gemeinschaft ununterscheidbar ist. (In Wahrheit besteht die wirkliche Vergesellschaftung vielmehr darin,

1 F. Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. In: MEW, Band 20, S. 251–252.

das Produkt des Unternehmens zu verkaufen – gleichgültig, wie viel Arbeiter bei seinem Zustandekommen im selben Unternehmen miteinander kooperiert haben.) Des Weiteren ist in Engels' Deutung klar, daß mit dem Schaffen großer Betriebsbelegschaften die Produktionskompetenz des Unternehmers, man weiß nicht wie, verloren wird und auf die Belegschaft übergeht. Denn nicht er, sondern die Belegschaft für sich produziert, während er nur aneignet.

Eine solche Sicht, in der jede wirkliche Betriebsgeschichte ignoriert wird, kann nur gewonnen werden, wenn mit Hilfe einer begriffslosen Anschauung a priori ausgemacht ist, daß die Industriebetriebe der Moderne die Entgegensetzung zwischen Produktion und Eigentum vorstellen und erweisen. Fraglos wird diese Anschauung in der Wahrnehmung des Prinzips *hire and fire* konfirmiert, aber ebenso fraglos beruht sie auf der Ausblendung der wirklichen Produktionskompetenz des Unternehmers, ohne die das Unternehmen gar nicht zustande kommt. Natürlich besteht sie nicht in den Fähigkeiten, deren Mithilfe durch den Abschluß von Arbeitsverträgen gesichert wird, wohl aber in der Fähigkeit, die beabsichtigte Produktion möglich und realisierbar zu machen, d. h. die erforderlichen Produktionsbedingungen zusammenzubringen und den zu erzeugenden Produkten oder Diensten einen Absatz zu sichern. Daß die Realisierung dieser Fähigkeit im strengen Sinne gesellschaftlicher Arbeitsaufwand ist, kann nur übersehen werden, wenn allein bestehende und erfolgreiche Unternehmungen im Blick stehen. Wer selbst die Anstrengung auf sich nimmt, ein Unternehmen zu entwickeln, kann eigentlich über solche Anschauung nur fassungslos staunen.

Das wirkliche Problem mit Bezug auf Engels' Vorstellung von der „vergesellschafteten“ Produktion besteht darin zu erfassen, wie sich unter dem Druck der durch die Gesellschaft stabilisierten Evolution Gemeinschaften transformieren, auflösen oder neu bilden. Die Annahme, die neuerdings manchmal präsentiert wird, daß die menschliche Entwicklung überhaupt als ein Übergang von der Gemeinschaft zur Gesellschaft zu denken sei, ist ebenso verkehrt wie die Identifikation der Gesellschaft als Gemeinschaft. Die Gemeinschaft an sich ist schon aus dem einfachen Grunde unaufhebbar, weil sie Medium der biologischen Reproduktion ist. Eine *reine* Gesellschaft hätte keinen überlebensfähigen Nachwuchs, daher eine Dauer von höchstens einer Generation. Was begriffen werden muß, ist die wechselseitige Determination von Gemeinschaft und Gesellschaft, ihr offenbar unaufhebbarer Dualismus.

Ich fasse nochmals zusammen: Der Kommunismus ist keine irgendwann zu erwartende Gesellschaftsformation, sondern die permanente Negation des Privateigentums auf dem Standpunkt desselben. Er kann daher auch stets nur lokal realisiert werden (als besondere Gemeinde oder Polis bzw. Nation). Er kommt zum Weltstaat nur, wenn er keine militärische Macht außer sich hat, die sich ihm widersetzt. Nach unserer Erfahrung ist daran gar nicht zu denken. Negiert er die Gesellschaft absolut, schafft er den Austausch ab oder macht ihn mit dem proklamierten Außenhandelsmonopol zum Monopol des Staats (womit er die Korruption der Staatsdiener setzt) und wird darin roher Kommunismus.

Die Wende war keine Revolution

In seinem Urteil hat Rolf Reiig die Wende 1989 als eine „friedliche politische Revolution“ charakterisiert, die nicht so sehr durch die 6konomische Krise als vielmehr durch das Legitimationsdefizit der F6hrung in Bewegung gekommen ist. Mit Blick auf die akzeptablen Modelle einer Revolution (das niederl6ndische im 16., das englische im 17. und das franz6sische im 18. Jahrhundert) meine ich sagen zu k6nnen: Die Wende 1989 war gewiß keine Revolution, sondern (mit der rum6nischen Ausnahme) der bemerkenswert friedliche R6cktritt der europ6ischen Kommunisten von ihrer im Gefolge des Sieges der Anti-Hitler-Koalition gegen das faschistische Deutschland mit Hilfe der Sowjetunion errichteten Herrschaft. Sie war eine klare *Restauration* des pers6nlichen Privateigentums und der b6rgerlichen Demokratie, die in der DDR auf Basis der Wahlergebnisse von 1946 seit 1948/49 mit Durchsetzung der Einheitsliste f6r die so genannten Wahlen sozusagen nur auf Eis gelegen hatte. Sch6nstens brachte Prinz Albert von Sachsen am 31. Januar 1990 den restaurativen Charakter der Wende zum Ausdruck, als er – im Gefolge des bayrischen Ministerpr6sidenten Streibl zu Besuch in Dresden – dem Fernsehen mitteilte: „Ich f6hle mich hier zu Hause, und ich meine, nach der Wahl, wenn eine allgemein legitimierte Regierung ins Amt kommt, m6te man die Frage des Wohnsitzes und der Eigentumsrechte aufgreifen.“¹ Eigentumsrestauration vor Entsch6digung war denn auch die insbesondere von der FDP (von Kinkel und Lambsdorff) durchgesetzte wesentliche Wendebestimmung.

Das Gl6ck des Jahres 1989, so sagt Heinz Bude mit Bezug auf die DDR rechtens, besteht darin, keinen blutigen Preis gezahlt zu haben. Dieses Gl6ck ist durch den Umstand vermittelt worden, daß die kommunistischen F6hrer angesichts der verfahrenen 6konomischen Lage keinen Ausweg mehr wußten. Sie waren, wie viele von ihnen im Nachhinein best6tigten, „ohne Konzeption“, d. h. ohne die geringste Vision oder Vorstellung davon, wie es denn im Unterschied zur bisher verfolgten Politik h6tte weitergehen sollen.

Der Untergang als solcher kam nicht 6berraschend. Jeder, der sehen wollte, konnte wenigstens seit Mitte der 70er Jahre den 6konomischen Substanzzerfall in der DDR ohne Schwierigkeiten wahrnehmen. Er brauchte nur an Leuna und Buna vorbeizufahren, St6dte wie Halberstadt oder Leipzig zu besuchen, auf dem Lande die milit6rischen Sperrbereiche mit ihrer Naturverw6stung zur Kenntnis zu nehmen – oder einfach die Berliner S-Bahn anzuschauen. Das h6tte ihm gewiß keine 6konomischen Daten 6ber den Zustand der DDR-Volkswirtschaft geliefert, wohl aber die Sicherheit f6r das Bewußtsein, daß in diesem Lande die kommunistisch avisierte schrankenlose progressive Entwicklung der Produktivkr6fte offenbar irgendwie nicht eintreten will. Obendrein bewies die Mauer seit dem August 1961, daß die kommunistische Organisation der Volkswirtschaft im freien Wettbewerb mit der sozia-

1 Vgl. ‚Chronik der Wende‘ vom 31. Januar 1990, ORB.

len Marktwirtschaft chancenlos ist. Sie als „antifaschistischen Schutzwall“ zu präsentieren, konnte doch bestenfalls der Eigensuggestion dienen, aber nie der Erkenntnis der wirklichen Lage.

Ich gebe gern zu, daß der nach dem Mauerbau absolvierte Reformjuglar von 1962 bis 1971 den Stempel des verzweifelten Versuchs einer Gruppe kommunistischer Reformer ausgerechnet unter der Führung des wohl altersweise gewordenen Ulbricht trägt, den Anschluß der DDR-Volkswirtschaft an den Weltmarkt zu gewinnen. Aber bereits im Frühjahr 1964 warnten Beamte des ZK-Apparats vor „sozialistischen Millionären“, und der Selbstmord Apels am 3. Dezember 1965 signalisierte das Ende der Intention, den Markt (vor allem den Weltmarkt) zum Kriterium der ‚sozialistischen Planung‘ zu machen. Die Hoffnung, die Mauer könnte wenigstens als Bedingung für die Konzentration der Kräfte auf den inneren Aufbau dienen, erfüllte sich nicht.

Ich habe den Eindruck, daß die vielfach geäußerte Überraschung über den plötzlichen und unerwarteten Einbruch der Wende nicht so sehr der unbefangenen Wahrnehmung galt als vielmehr der ideologisch diktierten Ausschließung klarer Fakten. Den höchst wahrscheinlichen Zusammenbruch nicht wahrnehmen zu wollen, war eine mentale Implikation der europäischen politischen Lage und des Interesses der beteiligten Akteure, keinen Krieg in Europa mit Deutschland als Schlachtfeld zuzulassen. Den Frieden zu erhalten, hieß das nicht, den Status quo zu akzeptieren? Die Unterschrift unter die KSZE-Akte in Helsinki zu geben, hieß das nicht, dem Opponenten im Kalten Krieg die Bestandsgarantie zu bieten, also nichts zu tun, was seine Existenz in Frage stellen könnte? Mit Vertragspartnern geht man schließlich seriös um und verdeckt sich den Umstand der Gegnerschaft wenigstens für die äußerliche Darstellung. Aus welchen Gründen im Übrigen sonst, als denen der äußeren Attacke, sollte dieser Opponent auch verschwinden? Hatte er nicht eine unüberwindliche Militärmacht zur Verfügung?

Der Blick auf den inneren Zustand unterblieb. Und wenn er unternommen wurde, blockierte er sich häufig genug durch alte antikommunistische ideologische Zerrbilder (z. B. vom ‚Reich des Bösen‘ etc.), die kein adäquates Verständnis zuließen. Um des lieben Friedens willen war es daher sinnvoll zu imaginieren, daß die Lage in der DDR z.B. gar nicht so schlecht sei (besser selbstverständlich als etwa in den Entwicklungsländern). Diesem Einbildungsbedarf kam die Notiz vom 10. Platz der DDR in der Rangfolge der Industrieländer gerade recht. Strauß' Milliardenkredit vom Juni 1983 sicherte die internationale Bonität, und der honorige Empfang Honeckers durch Kohl in Bonn im September 1987 setzte den Höhepunkt im deutsch-deutschen Akkord vor der Wende. In dieser Konstellation eben sie zu erwarten, war gewiß eine nur gegen ideologische Determination mögliche Disposition. Die Emanzipation von der Ideologie ist wenigstens für das Erkennen und die geistige Arbeit eine erfreuliche Frucht der Wende von 1989/91, die nicht mehr losgelassen werden sollte.

Grenzen der Gemeinschaft?¹

Die Aufforderung, mit Blick auf die vergangene kommunistische Herrschaft in Ost- und Mitteleuropa zur Erkenntnis der „Grenzen der Gemeinschaft“ beizutragen, ist gewiß nur mit Bezug auf einen bestimmten *Begriff* der Gemeinschaft sinnvoll zu erfüllen. Wer unter einer Gemeinschaft allein einen seelischen oder geistigen Zusammenschluß versteht, wird deren Grenzen anders bestimmen als derjenige, für den eine Gemeinschaft ein unhintergebares materielles System ist – z. B. die Familie, zu deren Unterhalt er beiträgt, oder die Gemeinde, der er Steuern entrichtet, oder die Gewerkschaft bzw. Partei, an die er Mitgliedsbeiträge abführt, etc., etc. Je nach dem unterstellten Gemeinschaftsbegriff können sich dann auch sehr triviale „Grenzen der Gemeinschaft“ ergeben, deren Reflexion den zugehörigen Aufwand nicht lohnt. Selbstverständlich ist eine Nation in territoriale Grenzen eingeschlossen; natürlich besteht eine Familie in bestimmter individueller Zusammensetzung nur in zeitlichen Grenzen – bis daß der Tod sie scheidet.

Den Ausdruck „Grenzen der Gemeinschaft“ hat zuerst Helmuth Plessner präsentiert, als er 1924 seine Schrift mit eben diesem Titel publizierte. Sie stellte, wie ihr Untertitel besagte, eine „Kritik des sozialen Radikalismus“ dar. Im Vorwort vom Januar 1924 schrieb Plessner: „Der soziale Radikalismus hält seine Zeit für gekommen. Obwohl keineswegs mit Marxismus identisch, wie überhaupt auf keine parteipolitische Formel festgelegt, wirkt er doch besonders im Bewußtsein des Proletariats, schwächer im bürgerlichen Bewußtsein durch das Trugbild einer Überwindbarkeit der Gewaltmittel im weitesten Sinne, einer schließlichen Befreiung der Menschen von den Vorsichtsmaßregeln der Feindseligkeit in Diplomatie und Politik, einer Beseitigung des Krieges nicht nur im Physischen, sondern ebenso sehr im Geistigen. Unsere Zeit versteht sich nicht dazu, die Hoffnung aufzugeben, daß einmal überall mit offenen Karten gespielt werden kann und Offenheit, Ehrlichkeit, Brüderlichkeit auf der Erde herrschen.“² Unter dem „sozialen Radikalismus“ versteht Plessner eine Ideologie, die die Gemeinschaft gegen die Gesellschaft stellt und verhimmelt. Und so notiert seither die Wortfolge „Grenzen der Gemeinschaft“ für manche wohl eine Art Gewißheit des Unsinns sozialer Revolte oder gar Revolution – ein zeitgemäßes Thema in der Abrechnung mit dem Kommunismus.

Da die Hoffnung, den Krieg aus dem menschlichen Zusammenleben auszuschließen, wie zugegeben werden kann, bislang noch immer nicht aufgegeben

1 Erstveröffentlichung in: Berliner Debatte Initial 13(2002)1, S. 37–54 (Anmerkung der Herausgeber)

2 H. Plessner: Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus. Bonn 1924, S. 9–10

ist, steht Plessners Raisonement gegen den „sozialen Radikalismus“ unverändert auf der Tagesordnung der Selbstverständigung der Menschen über sich und ihre Zukunftserwartungen. Indem er die menschliche Fähigkeit, Frieden zu halten, überhaupt unter Verdacht stellt und darin den Grund findet, nach den „Grenzen der Gemeinschaft“ zu fahnden, spricht er natürlich indirekt aus, daß die Friedenserwartung an die Realisierbarkeit universeller menschlicher Gemeinschaft geknüpft ist. Das ist ein Urteil, das fast 80 Jahre nach Veröffentlichung seiner Schrift und fast 60 Jahre nach der in politisch bestimmter Form erfolgten Konstituierung dieser Gemeinschaft in Gestalt der Vereinten Nationen (gebildet im Krieg gegen Hitlerdeutschland) durchaus im Gegensatz zu seinem Konzept Hoffnung auf künftige Geltung beanspruchen darf. Um Plessner recht zu verstehen, muß man natürlich in Rechnung stellen, was er unter dem Worte „Gemeinschaft“ versteht. Da ist zunächst die von Ferdinand Tönnies vorgegebene Bestimmung, auf die er sich ausdrücklich bezieht: „Gemeinschaft und Gesellschaft, durch Tönnies zu einer bekannten Antithese geformt, ist als Alternative seit Jahren Schnittpunkt öffentlicher Diskussionen, zumal in Deutschland.“¹

Doch ist es zutreffend, daß Tönnies, der 1887 in der Öffentlichkeit erstmals in der Tat die Unterscheidung und den Gegensatz zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft zu bestimmen versucht hat², eine „Alternative“ formulierte? Im Februar des genannten Jahres faßte er im Vorwort seine Sicht im Gedanken zusammen, „daß die natürliche und (für uns) vergangene, immer aber zu Grunde liegende Constitution der Cultur communistisch ist, die actuelle und werdende socialistisch“.³ Das ist selbstverständlich keine Alternative, sondern eine Entwicklungsvorstellung, die die Kulturgeschichte als einen Vorgang sieht, der vom Kommunismus als ihrer Ausgangsverfassung wenigstens in absehbarer Zukunft zum Sozialismus als ihrem zu erwartenden Resultat führt. Anfangs- und (relativer) Endzustand bilden in keinem Sinne eine Alternative. So muß gesagt werden, daß Plessner nicht Tönnies' wirkliche Ansicht voraussetzt, sondern seine Deutung derselben, die seine Abwehr des „sozialen Radikalismus“ zur tatsächlichen Grundlage hat.

1 Ebd., S. 9

2 F. Tönnies: Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirischer Culturformen, Leipzig 1887. Ich verweise auf die Erstausgabe, weil die späteren Editionen gegen den Hinweis auf Kommunismus und Sozialismus geglättet sind – verständlich, denn Tönnies, als „Sozialdemokrat“ verdächtigt, erhielt im Deutschen Kaiserreich keinen Lehrstuhl. Gegen die positivistische Verständnislosigkeit in der Rezeption Tönnies' vgl. auch P. Ruben: „Gemeinschaft und Gesellschaft – erneut betrachtet“, in: Ethnohistorische Wege und Lehrjahre eines Philosophen. Festschrift für Lawrence Krader zum 75. Geburtstag, hg. von D. Schorkowitz, Frankfurt a. M. 1995, S. 129–148.

3 F. Tönnies: Gemeinschaft und Gesellschaft, a. a. O., S. XXVIII

Die Gemeinschaftsauffassung vor Tönnies

Ehe Tönnies seine Unterscheidung der Gemeinschaft von der Gesellschaft einführte, bestand über die Zeiten häufig eine Gleichbedeutung beider Wörter, die hier notiert werden muß. In der Frühaufklärung erklärt Leibniz unter dem Titel „Die natürlichen Gesellschaften“, was er unter einer Gemeinschaft verstehen will: „*Die Gemeinschaft* ist eine Vereinigung unterschiedener Menschen zu einem gemeinen Absehen. Eine *Natürliche Gemeinschaft* ist so die Natur haben will. *Die Zeichen, daraus man schließen kann, daß die Natur etwas will, sind, erstlich* wenn uns die Natur eine Begierde gegeben und Kräfte oder Werkzeuge, solche zu erfüllen, denn die Natur tut nichts vergebens. *Vors andere* wenn die Sache eine Notwendigkeit oder beständigen Nutzen hat, denn die Natur sucht allemal das beste.“

Dann führt der Mathematiker und Philosoph folgende natürliche Gesellschaften bzw. Gemeinschaften auf: „*Die Erste Natürliche Gesellschaft ist zwischen Mann und Weib*, denn die ist nötig, das menschliche Geschlecht zu erhalten. *Die andere zwischen Eltern und Kindern*, die entstehet nächst aus der vorhergehenden, denn wann die Kinder einmal gezeugt oder auch freiwillig angenommen, müssen sie *erzogen* werden, ..., dagegen sie den Eltern gehorsam und Hilfe schuldig, wenn sie einmal erzogen; denn in Hoffnung solcher Dankbarkeit wird diese Gemeinschaft erhalten und befördert, welche aber die Natur fürnehmlich um die Kinder willen haben will, damit solche dermaleins zur Vollkommenheit gelangen, denn *vornehmlich sind die Eltern, dem Leibe nach, um der Kinder willen*, das Gegenwärtige, so nicht lange mehr bestehen kann, um das Zukünftige. *Die dritte Natürliche Gemeinschaft* ist zwischen Herr und Knecht welche der Natur gemäß, wenn eine Person Mangel an Verstand hat, nicht aber Mangel an Kräften, sich zu ernähren. Denn eine solche Person ist ein Knecht von Natur, welcher arbeiten muß, wie es ihm ein anderer vorschreibt, und hat davor den Unterhalt, der Überschuß ist des Herrn. Denn alles, was der Knecht ist, ist er seines Herrn wegen, dieweil alle andere Kräfte nur des Verstandes wegen sein: nun ist der Verstand im Herrn, andere Kräfte aber nur im Knecht. Weil nun ein solcher Knecht des Herrn wegen ist, so ist ihm der Herr nichts als Unterhalt schuldig, um sein selbst willen, damit er ihm nicht verderbe gleich wie einem Vieh. Dies ist zu verstehen, wenn keine Hoffnung wäre, daß der Knecht zu Verstande kommen könnte, denn sonst wäre der Herr schuldig seines Knechts Freiheit durch Erziehung zu befördern, so viel dem Knecht zu seiner Glückseligkeit nötig. Alleine, die Wahrheit zu bekennen, so zweifle ich, ob ein Exempel einer solchen Knechtschaft zu finden, darin der Knecht gänzlich sei um seines Herrn willen. Zumalen da die Seelen unsterblich, und dermaleins zu Verstande kommen und der Glückseligkeit jenes Lebens teilhaftig werden können. Hat also meines Bedünkens diese Gesellschaft nur statt zwischen Mensch und Vieh, denn wenn ein Mensch gleich ganz dumm geboren und aller Lehre unfähig, so stünde doch nicht bei uns, ihn um unseres Nutzens willen zu martern, zu töten,

oder den Barbaren zu verkaufen. Wären aber die Seelen sterblich, so könnte diese Knechtschaft oft bei ganzen Völkern statt haben, so fast so dumm wie das Vieh, und zu Nutzen ihrer Herrn bei solcher Dummigkeit erhalten werden könnten, ... Weil man nun hier die gemeinen Regeln der Gerechtigkeit lehret, welche auch Gottlose annehmen müssen, so kann man auch wohl von natürlicher Knechtschaft der Menschen handeln, auf den Fall, daß solche zu befinden wäre. Ob auch gleich solche Knechtschaft der Schärfe nach unter Menschen nicht zu dulden, so ist doch etwas so ihr ähnlich und nahe kommt, zu Zeiten der Natur gemäß. Summa, die natürliche Knechtschaft hat gegen unverständige Menschen statt, sofern sie nicht durch die Regeln der Gottesfurcht (davon hernach) beschränket wird. *Die vierte Natürliche Gemeinschaft ist die Haushaltung*, so aus obgemeldeten Gesellschaften, etlichen oder allen, zusammen gesetzt. Ihr Absehen ist die tägliche Notdurft. *Die fünfte Natürliche Gemeinschaft ist die Bürgerliche Gemeinschaft* oder Stadt, deren Glieder bisweilen beisammen wohnen in einer Stadt, bisweilen im Land ausgebreitet; ihr Absehen ist zeitliche Wohlfahrt. Ist sie klein, so wirds eine Stadt genennet, aber eine Landschaft ist eine Gemeinschaft unterschiedlicher Städte, und ein Königreich oder große Herrschaft ist eine Gemeinschaft unterschiedener Landschaften, alles um zur Glückseligkeit desto eher zu gelangen und dadurch sicherer zu bleiben. *Die sechste natürliche Gemeinschaft ist die Kirche Gottes*, welche auch wohl ohne Offenbarung unter den Menschen bestehen und durch Fromme und Heilige hätte erhalten und fortgepflanzt werden können. Ihr Absehen ist eine ewige Glückseligkeit. ... Diese Gemeinschaft der Heiligen ist katholisch oder allgemein, und verbindet das ganze menschliche Geschlecht zusammen.“¹

Leibniz stellt uns so eine Ordnung von sechs Gemeinschaftsarten vor, die folgende immer umfassender als die zuvor genannte. Es ist mit dieser Darstellung klar, daß die frühe deutsche Aufklärung das Wort Gemeinschaft in der gleichen Weise verwendet wie das Wort Gesellschaft, so daß beide dieselbe Vorstellung bezeichnen. Ein Begriff durch Definition wird hier nicht gegeben. Es ist aber ganz ersichtlich, daß die genannten Gemeinschaften materielle oder reelle Existenz besitzen, d. h. keineswegs aus seelischen oder geistigen Gründen allein als bestehend gelten.

Vielleicht ist es heutzutage nicht ganz einsichtig, Leibniz' dritte Gemeinschaft – die des Herrn mit dem Knechte – als zuzeiten objektiv real bestehend anzunehmen. Dazu sei nur gesagt, daß – wie wir noch sehen werden – des Philosophen Feststellung eine Wiedergabe der sozialtheoretischen Feststellung von Aristoteles bedeutet, der allerdings den (griechischen) Sklaven anstelle des (deutschen) Knechtes nennt. Der antike Denker erkennt die Gemeinschaft des Herrn (Despoten) mit dem Sklaven. Die Realität dieser Gemeinschaft ist durch die Hauswirtschaft (den oikos), im Deutschen früher auch Hof genannt, gegeben. Sie determiniert den Despoten (Hofeigner) wie den Sklaven bzw.

1 G. W. Leibniz: Kleine Schriften, hg. von H. H. Holz, Frankfurt a. M. 1965, S. 401–404

Knecht als Teile eines Ganzen, die aus dem Einkommen des Ganzen unterhalten (ernährt) werden, wenn auch in unterschiedlicher Größe. Es ist hier wichtig zu bemerken, daß nur das Ganze (der Hof oder oikos) produktions- und daher unterhaltsfähig ist. Der Herr für sich wie der Knecht für sich – in der (vorgestellten) Trennung voneinander – sind einkommenslos, könnten so also gar nicht leben. Sie sind in dieser Beziehung zueinander in der Tat Glieder einer Gemeinschaft, ob es ihnen nun angenehm ist oder nicht.

Die Annahme, daß Herren und Knechte keine Gemeinschaften bilden, sondern gegeneinander kämpfende Klassen, ist erst durch das sozialrevolutionäre Potential der Aufklärung und durch die Große Französische Revolution in das Gemeinbewußtsein eingeführt wurden. Marx und Engels haben es im deutschen Vormärz klassisch wie folgt formuliert: „Erst in der Gemeinschaft [mit Andern hat jedes] Individuum die Mittel, seine Anlagen nach allen Seiten hin auszubilden; erst in der Gemeinschaft wird also die persönliche Freiheit möglich. In den bisherigen Surrogaten der Gemeinschaft, im Staat usw. existierte die persönliche Freiheit nur für die in den Verhältnissen der herrschenden Klasse entwickelten Individuen und nur, insofern sie Individuen dieser Klasse waren. Die scheinbare Gemeinschaft, zu der sich bisher die Individuen vereinigten, verselbständigte sich stets ihnen gegenüber und war zugleich, da sie eine Vereinigung einer Klasse gegenüber einer andern war, für die beherrschte Klasse nicht nur eine ganz illusorische Gemeinschaft, sondern auch eine neue Fessel. In der wirklichen Gemeinschaft erlangen die Individuen in und durch ihre Assoziation zugleich ihre Freiheit.“¹ In dieser Sicht bilden Knechte *gegen* Herren wie Herren *gegen* Knechte scheinbare oder illusorische Gemeinschaften bzw. Klassen. Die Ansicht Leibnizens ist darin aufgegeben. Aber es versteht sich wohl, daß der reelle Hintergrund für Marx' und Engels' Wendung in der Gemeinschaftsauffassung die industrielle Revolution ist, die die Industriearbeiterschaft hervorbringt. Die Lohnabhängigen, denen die Koalitionsbildung (Gewerkschafts-, also Gemeinschaftsgründung) lange verwehrt worden ist, haben eben diese Koalitionsfreiheit durchgesetzt und darin den Sozialtheoretikern demonstriert, daß die traditionelle, vorindustrielle Gemeinschaft des Herrn mit dem Knecht als aufhebbar gedacht werden kann. Leibniz' dritte Gemeinschaft ist somit als charakteristisch für die dominant agrarische Produktionsweise zu verstehen. Sie ist gewiß keine ideologische Illusion. Die Wendung der Knechte gegen ihre Herren ist an Voraussetzungen gebunden, die in vorindustriellen Zeiten nur selten gegeben sind. In der Regel sind vermögenslose Menschen ziemlich widerspruchslös in die Knechtschaft gegangen (z. B. als Knechte oder Mägde zu Bauern) und hatten wegen der Isolation in der agrarischen Produktion wenige Möglichkeiten, sich mit ihnen Gleichen zu vereinigen.

Leibniz' einprägsame Zusammenfassung der Gemeinschafts- und Gesellschaftslehre hat antike Voraussetzungen, die man am besten durch Aristoteles'

1 K. Marx und F. Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW Bd. 3, S. 74

„Politik“ zur Kenntnis nimmt. Ihr erstes Kapitel beginnt mit der für uns wichtigen Feststellung: „Jeder staatliche Verband ist ... eine Gemeinschaft von besonderer Art, und jede Gemeinschaft bildet sich, um ein Gut von besonderer Art zu verwirklichen – denn alle Menschen vollziehen alle Handlungen um eines Zweckes willen, nämlich um das zu erreichen, was ihnen als gut erscheint. Es ist daher offensichtlich, daß zwar alle Gemeinschaften nach einem je besonderen Gut streben, in stärkstem Maße aber und nach dem höchsten aller Güter die Gemeinschaft, die die höchste von allen ist und alle übrigen in sich einschließt – dies aber ist die als Staat bezeichnete Gemeinschaft, die staatliche Gemeinschaft.“¹

Es muß heute wohl ausdrücklich betont werden, daß diese aristotelische Feststellung nach wie vor geltende sozialtheoretische Wahrheit ist. Der Staat ist eine politische Gemeinschaft, die jeder Staatsbürger an der Steuer erkennen kann, die er dem Staate zahlt. Die Existenz der Steuerfahndung zeigt sogar an, daß die gesetzlich geregelten Zahlungen der Individuen dieser Gemeinschaft eine bestimmte Art Gemeineigentums realisieren, das der individuellen Verfügbarkeit in der Privatwirtschaft gänzlich entzogen ist. Das individuelle Privateinkommen ohne Steuerabzug ist nur ein Schein, der mit dem realisierten Abzug erst in die wirkliche Erscheinung übergeht. Wer seinen Beitrag nicht zahlt, hat mit juristischen Konsequenzen zu rechnen. Die Gemeinschaft erzwingt also den Beitrag, und sie lebt von den Beiträgen ihrer Mitglieder.

Die staatliche Gemeinschaft (*koinonia politiké*), die Aristoteles im Blick hat, ist natürlich die klassische griechische Polis. Dagegen ist der moderne Staat durch die Nation konstituiert, die ihrerseits selbstverständlich städtische Gemeinden umfaßt, welche aber keine staatliche Souveränität besitzen. Letztere kam in der europäischen Geschichte nur vielen italienischen und deutschen Städten nach dem Zusammenbruch der Stauferherrschaft um 1250 zu.² Diese Städte waren aber keine Poleis im antiken Sinne, sondern vielmehr Gemeinschaften des mittelalterlichen Bürgertums, das von Handel und Gewerbe lebte, jedoch nicht von der Agrarproduktion, die jenseits der Stadtmauern unter adliger oder bäuerlicher Regie auf dem Lande betrieben wurde. Die Polis besteht dagegen aus einer Gemeinschaft von Landbesitzern.

Während der mittelalterliche Bürger Mobilieigentümer ist, handelt es sich in der klassischen Antike darum, daß der Polites Grundeigentümer ist. Das Mobilieigentum in der Polis liegt in der Regel in der Hand von Metöken (fremden Mitbewohnern) oder Freigelassenen. Es ist daher wenig sinnvoll, Aristote-

1 Aristoteles: Politik, Buch I, in: Werke, hg. von H. Flashar, Bd. 9, Berlin 1991, S. 11

2 Fernand Braudel spricht vom „Wunder der ersten großen Jahrhunderte städtischer Entwicklung in Europa“, das „im unumschränkten Sieg der Stadt, zumindest in Italien, Flandern und Deutschland“ besteht. Vgl. F. Braudel: Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. Der Alltag, München 1985, Sonderausgabe 1990, S. 560. Das Ende der europäischen Städtesouveränität wird im September 1494 mit dem Einmarsch des französischen Heeres in Italien eingeleitet. Der Nationalstaat kann den Stadtstaat aber nur auflösen, weil er von diesem zu wirtschaften gelernt hat. Die Nationalökonomie ist eine historische Konsequenz der Stadtökonomie, wie Karl Bücher in: Die Entstehung der Volkswirtschaft, Tübingen 1898, auseinandergesetzt hat.

les‘ „koinonia politiké“ mit „bürgerlicher Gesellschaft“ zu übersetzen, wie das M. Riedel vorschlägt.¹ Der Bürger begründet als ihr Träger die bürgerliche Gesellschaft. Er existiert in der griechisch-römischen Antike nicht. Und die koinonia ist wohl eher die Gemeinschaft als die Gesellschaft. Diese tritt, soweit ich das sehen kann, in der griechischen Antike nicht auf, wohl aber in der römischen, und zwar mit Bezug auf die *res publica*.² Hier wird eine *societas* (Gesellschaft) dadurch gebildet, daß das Gemeinwesen, vertreten durch gewählte Beamte, Ausschreibungen für Unternehmungen vornimmt, die im Interesse der *res publica* auszuführen sind, aber nicht von ihr realisiert werden können. Die Selbstunterscheidung des Gemeinwesens von der Gemeinschaft, deren Allgemeines es ist, liefert die Möglichkeit, ein Verhältnis zwischen den Individuen der Gemeinschaft und ihrem Gemeinwesen so zu begründen, daß daraus Gesellschaft entsteht.³ Die römische *societas* findet ihre historische Fortsetzung in der Seegesellschaft (*societas maris*) der mittelalterlichen italienischen Städte.⁴ Dieser Entwicklungsgang ist es, der uns den Begriff der bürgerlichen Gesellschaft (*societas civilis* oder *civil society*) liefert.

Aristoteles erklärt uns nun weiter im zweiten Kapitel seiner *Politik*: „Zuallererst müssen diejenigen sich als Paar zusammenschließen, die nicht ohne einander leben können, das Weibliche und das Männliche zum Zwecke der Fortpflanzung – sie tun dies nicht aus freier Entscheidung, sondern von Natur ist (ihnen), wie auch den anderen Lebewesen und den Pflanzen, das Verlangen gegeben, ein weiteres Wesen ihresgleichen zu hinterlassen. Aber auch, was von Natur herrscht und beherrscht wird, muß sich zu seiner Erhaltung zusammenschließen; denn was mit dem Verstand weitblickend fürsorgen kann, herrscht von Natur ..., was aber mit dem Körper arbeiten kann, ist beherrscht, ist von Natur Sklave. Deswegen nützt ein und dasselbe dem Herrn und dem Sklaven. ... Aus diesen beiden Verbindungen entsteht erstmals der Haushalt ... Die Gemeinschaft, die in Übereinstimmung mit der Natur zur Befriedigung der Alltagsbedürfnisse gebildet ist, ist der Haushalt ... Ein Dorf ist dagegen die erste Gemeinschaft, die aus mehreren Haushalten besteht und nicht (nur) um der Dinge des täglichen Bedarfs willen gebildet wurde ... Ein staatlicher Verband ist ... die aus mehreren Dörfern gebildete vollendete Gemeinschaft, die die Grenze erreicht hat, bei der – wenn man so sagen darf – vollständige Autarkie besteht. Um des Überlebens willen ist er entstanden, er besteht aber um des vollkommenen Lebens willen. Jeder staatliche Verband existiert deswegen von Natur, da dies ja auch für die ersten Gemeinschaften galt; denn er ist das Ziel jener, aber es ist die Natur, die das Ziel darstellt. Die Beschaffenheit eines jeden Dinges, dessen Entwicklung vollständig abgeschlossen ist,

1 Vgl. das Stichwort „Gesellschaft, bürgerliche“ in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hg. von O. Brunner, W. Conze, R. Koselleck, Bd. 2, Stuttgart 31992, S. 721–727.

2 Vgl. dazu E. Badian: *Zöllner und Sündner. Unternehmer im Dienst der römischen Republik*, Darmstadt 1997.

3 Vgl. dazu insbesondere Badians Darstellung der römischen Pachtgesellschaften, ebd., S. 85–106.

4 Vgl. F. Braudel: *Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. Der Handel*, a. a. O., S. 475–500.

bezeichnen wir ja als seine Natur, ... Ferner ist das Umwessenwollen und das Ziel das Beste, die Autarkie ist aber sowohl das Ziel wie das Beste.

Daraus geht nun klar hervor, daß der Staat zu den Dingen zu zählen ist, die von Natur sind, und daß der Mensch nach (der Bestimmung) der Natur ein Lebewesen ist, das zum staatlichen Verband gehört, und daß derjenige, der aufgrund seiner Natur, und nicht durch eine Schicksalsfügung, außerhalb des staatlichen Verbandes steht, entweder minderwertig – oder übermenschlich – ist ... Denn wer von Natur so ist, der sucht zugleich Streit, da er ohne Verbindung dasteht wie (ein Stein) auf dem Spielbrett. Daß aber die Bezeichnung ‚zu einem Staate gehörend‘ eher für den Menschen als für jede Biene und jedes Herdentier zutrifft, ist klar. Denn die Natur schafft, wie wir sagen, nichts ohne Zweck. Nun hat der Mensch als einziges Lebewesen Sprache; ... die Sprache dient aber dazu, das Nützliche und Schädliche, und daher auch das Gerechte und Ungerechte, darzulegen. Denn dies ist den Menschen gegenüber den anderen Lebewesen eigentümlich, allein ein Empfinden für Gut und Schlecht, Gerecht und Ungerecht und anderes zu haben. Die Gemeinschaft in diesen Dingen begründet aber Haushalt und Staatsverband.“¹

Wie zu erkennen ist, basiert Leibniz‘ Gemeinschaftslehre auf der des Aristoteles. In beiden Darstellungen haben wir ein gewichtiges traditionelles Stück Sozialtheorie oder Gesellschaftslehre vor uns, von dem niemand im Ernst behaupten wird, daß die in ihm präsentierten Feststellungen obsolet seien. Sie legen vielmehr in ihrer einfachen Plausibilität nahe zu fragen: Welchen Sinn soll eigentlich eine Frage nach den „Grenzen der Gemeinschaft“ haben, wenn doch mit Aristoteles und Leibniz seit Jahrhunderten erkannt ist, daß Gemeinschaften durch Menschen um der Erhaltung ihrer Gattung willen naturnotwendig gebildet werden? Schon die Bedingung der sexuellen Reproduktion entscheidet über die Unhintergebarkeit der Gemeinschaft. Daß diese ebenso räumliche wie zeitliche Grenzen hat, ist sicher keine eindrucksvolle Feststellung. Und nach solchen trivialen Grenzen zu fahnden, ist gewiß nicht Intention einer Aufforderung, die „Grenzen der Gemeinschaft“, insbesondere die praktisch erfahrenen der kommunistischen, zu reflektieren.

Ferdinand Tönnies‘ Ansatz

Indem Tönnies die Wirkungen, die Menschen „zur Erhaltung ... des anderen Willens und Leibes“ aufeinander ausüben, thematisiert und diejenigen aus seiner Betrachtung ausschließt, die zur Zerstörung des anderen Willens und Leibes tendieren“ (d. h. insbesondere den Krieg), unterscheidet er zwei Arten von Verhältnissen bzw. Verbindungen zwischen Einzelmenschen in der Bildung von Gruppen: „Das Verhältnis selber, und also die Verbindung, wird entweder als reales und organisches Leben begriffen – dies ist das Wesen der

1 Aristoteles: Politik, a. a. O., S. 12–13

Gemeinschaft, oder als ideelle und mechanische Bildung – dies ist der Begriff der *Gesellschaft*.“¹

Damit ist die Unterscheidung der Gesellschaft von der Gemeinschaft angenommen, und Tönnies spricht auch vom „Gegensatz“ beider Verbindungsarten, den er mit der klassischen naturphilosophischen Unterscheidung des Organismus vom Mechanismus beschreibt. Sie bildet mit Sicherheit ein veraltetes Moment in der Tönniesschen Argumentation und wird im folgenden auch keine Rolle spielen. Wenn sich Menschen zu Gruppen verbinden, bilden sie natürlich weder Organismen noch Mechanismen. Ebenso wenig ist wohl der Unterschied zwischen Realität und Idealität geeignet, zur Definition der Gemeinschaft einerseits und der Gesellschaft andererseits herangezogen zu werden. Das Leben in einer Gesellschaft ist nicht weniger real als das in einer Gemeinschaft. Dagegen ist Tönnies' Betonung des *operativen* Charakters wichtig, der mit der Verwendung der Namen *Gemeinschaft* und *Gesellschaft* gemeint ist. Er nennt ausdrücklich die „durch dieses positive Verhältnis gebildete Gruppe ... eine *Verbindung*“. Menschen, wenn sie aufeinander zugehen und sich nicht wechselseitig vernichten wollen, verknüpfen bzw. verbinden sich zu einer Gemeinschaft oder auch zu einer Gesellschaft und realisieren so Operationen, die Max Weber in Rezeption der Theorie Tönnies' später Vergemeinschaftung bzw. Vergesellschaftung genannt hat.² Das Resultat oder Produkt der Vergemeinschaftung ist dann die Gemeinschaft, wie das entsprechende Erzeugnis der Vergesellschaftung die Gesellschaft ist.

Von welcher Art ist der Gegensatz, den Tönnies zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft realisiert sieht? Er skizziert: „Alles vertraute, heimliche, ausschließliche Zusammenleben ... wird als Leben in Gemeinschaft verstanden. Gesellschaft ist die Öffentlichkeit, ist die Welt. In Gemeinschaft mit den Seinen befindet man sich, von der Geburt an, mit allem Wohl und Wehe daran gebunden. Man geht in die Gesellschaft wie in die Fremde. Der Jüngling wird gewarnt vor schlechter Gesellschaft; aber schlechte Gemeinschaft ist dem Sprachsinne zuwider. Von der häuslichen Gesellschaft mögen wohl die Juristen reden, weil sie nur den gesellschaftlichen Begriff einer Verbindung kennen; aber die häusliche *Gemeinschaft* mit ihren unendlichen Wirkungen auf die menschliche Seele wird von jedem *empfunden*, der ihrer teilhaftig geworden ist. Ebenso wissen wohl die Getrauten, daß sie in die Ehe als vollkommene Gemeinschaft des Lebens (*communio totius vitae*) sich begeben; eine Gesellschaft des Lebens widerspricht sich selber. Man leistet sich Gesellschaft; Gemeinschaft kann niemand dem Andern *leisten*. ... Gemeinschaft der Sprache, der Sitte, des Glaubens; aber Gesellschaft des Erwerbes, der Reise, der Wissenschaften. ... Im allgemeinsten Sinne wird man wohl von einer die gesamte Menschheit *umfassenden* Gemeinschaft reden, wie es die Kirche sein

1 F. Tönnies: Gemeinschaft und Gesellschaft, a. a. O., S. 3

2 Vgl. M. Weber: Grundriß der Sozialökonomik, III. Abteilung, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1925, S. 194-215. Zu Webers Rezeption des Gemeinschaft bildenden Handelns vgl. U. Hedtke: „Schumpeter trifft Tönnies“, in: Berliner Debatte INITIAL 11(2000)3, S. 35.

will. Aber die menschliche Gesellschaft wird als ein bloßes Nebeneinander von einander unabhängiger Personen verstanden. ... Gemeinschaft ist das dauernde und echte Zusammenleben, Gesellschaft nur ein vorübergehendes und scheinbares. Und dem ist es gemäß, daß Gemeinschaft selber als ein lebendiger Organismus, Gesellschaft als ein mechanisches Aggregat und Artefact verstanden werden soll.“¹

Daß man sich „mit den Seinen ... von Geburt an“ in Gemeinschaft befinde, halte ich für eine wesentliche Feststellung, die oben bereits mit den Zitaten aus Leibniz‘ und Aristoteles‘ Werken präsentiert worden ist. Zeugung und Aufzucht des Nachwuchses ohne Gemeinschaftsbildung in Gestalt der Familie (wie groß oder klein und von welcher Dauer auch immer) ist undenkbar. Nur Zeus vermag Athene ohne eines Weibes Mithilfe aus seinem Haupte zu entbinden. Und nur die christliche Maria empfängt unbefleckt. Die gewöhnlichen, natürlichen Menschen erhalten ihre Gattung via Gemeinschaftsbildung. Dies können wir anerkennen, ohne Tönnies die „unendlichen Wirkungen auf die menschliche Seele“ bestätigen zu müssen, die wir in der häuslichen Gemeinschaft empfinden. Diese können, wie jeder weiß, auch so beschaffen sein, daß schnellste Flucht aus der fraglichen Gemeinschaft als Lösung eines unerträglichen Konflikts realisiert wird. Ebenso wenig sind wir gezwungen, das Zusammenleben in einer Gemeinschaft als „dauernd und echt“ im Gegensatz zum „vorübergehenden und scheinbaren“ in der Gesellschaft anzusehen. Es liegt in solcher Sicht viel Verklärung der Gemeinschaft und ebensoviel Denunziation der Gesellschaft – ein sehr romantisches Erbe.

Lassen wir dieses Erbe beiseite, so finden wir jenseits desselben bei Tönnies Erörterungen, die mit Blick auf eine ökonomische Fundierung der Unterscheidung zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft von erheblicher Bedeutung sind. Er erklärt: „Die Verfassung des Hauses ist ... wichtig als *Haushaltung*, d. i. in ihrem *ökonomischen* Aspekt, als zusammen arbeitende und zusammen genießende Gemeinschaft. ... Wie ... um der einheitlichen Arbeit willen die Genossen sich teilen und trennen, so findet ... die Wiedervereinigung statt um der notwendigen Verteilung des Genusses willen.“² Und es wird gesagt: „Gesellschaft ... wird begriffen als eine Menge von natürlichen und künstlichen Individuen, deren Willen und Gebiete in zahlreichen Verbindungen zu einander ... stehen, und doch von einander unabhängig ... bleiben. Und hier ergibt sich die allgemeine Beschreibung der ‚bürgerlichen Gesellschaft‘ oder ‚Tauschgesellschaft‘, deren Natur und Bewegungen die politische Oekonomie zu erkennen beflissen ist: eines Zustandes, worin nach dem Ausdrucke des Adam Smith ‚jedermann ein Kaufmann ist‘.“³ Diese Beschreibung liefert m. E. den Schlüssel für eine moderne Rekonstruktion des Tönniesschen Ansatzes: Gemeinschaft, so möchte ich vorschlagen zu erklären, wird durch die *unmittelbare Kooperation in der Produktion* realisierbarer (absetzbarer) Güter

1 F. Tönnies: Gemeinschaft und Gesellschaft, a. a. O., S. 4–5

2 Ebd., S. 32

3 Ebd., S. 60

oder Dienste hervorgebracht. Sie ist wesentlich durch Produktion begründet. Gesellschaft dagegen wird, wie mir scheint, ganz wesentlich durch den *Austausch*, durch den Handel fundiert. Die nationalökonomische Sicht der Gesellschaft, wie sie Tönnies nach Adam Smith bestimmt, ist eine die Sozialtheorie fundierende Erkenntnis der Aufklärung, nicht etwa die perfide Anerkennung des schnöden Schachers, der üblen Profitsucht oder ähnlicher romantisch inakzeptabler menschlicher Aktivitäten.

Um Gemeinschaft als ökonomisch begründete Verbindung zwischen Individuen wahrzunehmen, können wir jede Gruppe vorstellen, die arbeitsteilig ein gemeinsames Produkt hervorbringt. Die in dieser Kooperation realisierte Arbeitsteilung ist – im Unterschied zur *gesellschaftlichen*, durch Austausch vermittelten – *gemeinschaftliche* Arbeitsteilung. Sie tritt nicht nur in der Haushaltung im eigentlichen Sinn auf, sondern ebenso sehr in der Betriebswirtschaft, sei sie nun durch einen Handwerksbetrieb, eine Manufaktur oder eine Fabrik realisiert. Insbesondere bedeutet der durch die industrielle Revolution ermöglichte Übergang zur großen Industrie nicht etwa die „unmittelbare Vergesellschaftung“ der Produktion, gegen die das Eigentum als privates rückständig bleibt, sondern die Bildung großer Belegschaften, die Gemeinschaften sind. Wo immer Produktion durch direkte Zusammenarbeit verschiedener Menschen verwirklicht wird, liegt auch Vergemeinschaftung oder Gemeinschaftsbildung vor. Die die Gemeinschaft stiftende Einheit liegt im beabsichtigten Produkt, das durch Einzelarbeit nicht hergestellt werden kann.

Ebenso liegt Gemeinschaftsbildung vor, wo ein gemeinsamer Fonds via Distribution konsumiert wird. Natürlich wird individuell konsumiert. Es ist jedoch ein großer Unterschied, ob die individuelle Konsumtion den Verzehr eines individuellen Produkts bedeutet oder die Teilnahme an einem – sagen wir – Festessen einer Gemeinschaft.

René Königs Einwände gegen Tönnies

1958 hat René König über den Begriff der Gemeinschaft erklärt: „Gemeinschaft ist ein in seiner Bedeutung schwankender Grundbegriff für einen besonderen Typ sozialer Verbundenheit. Er spielt, besonders in der deutschen Soziologie, eine verhängnisvolle Rolle, da er mehrdeutig ist, was bei einem ‚Grundbegriff‘ eigentlich nicht der Fall sein sollte.“¹ Weiter heißt es, daß Tönnies „die Mannigfaltigkeit soziologischer Grundbegriffe durch die Entgegensetzung von Gemeinschaft und Gesellschaft ... erfassen zu können glaubte, während die beiden Worte ursprünglich gar keinen Gegensatz bilden, wie

1 R. König (Hg.): Das Fischer Lexikon Soziologie, Stichwort „Gemeinschaft“, Frankfurt a. M. 1958, S. 83–84. Das ist eine methodologisch merkwürdige Argumentation. König gibt für das Wort Gemeinschaft gar keine Definition an, auch nicht die von Tönnies, hat also gar keinen Begriff von der Gemeinschaft unterstellt. Tatsächlich stellt er die Mehrdeutigkeit des zugehörigen Wortes fest – eine Trivialität. Das Wort Punkt etwa wird (wie jedes andere Wort auch) in der Um-

leicht in Grimms Deutschem Wörterbuch nachgelesen werden kann. Diese Unklarheit läßt sich schon daraus ermessen, daß für Tönnies Gemeinschaft als das ‚vertraute, heimliche, ausschließliche Zusammenleben‘ alle ‚Interessen‘ ausschalten soll, während der Sprachgebrauch ohne weiteres die Verbindung Interessen-Gemeinschaft zuläßt. Ebenso unklar ist der Alltagsgebrauch des Wortes, das zunächst einmal völlig unspezifisch jede Art menschlicher Vergesellschaftung überhaupt bezeichnet. Um der Mehrdeutigkeit zu entgehen, die auch beim deutschen Wort ... Gesellschaft vorherrscht, sollte man hier lieber von *sozietairen Verhältnissen* (oder sozialen ... Beziehungen) sprechen. Davon wäre dann der spezielle Wortsinn von Gemeinschaft zu unterscheiden, nach dem sie eine besonders innige Form der sozialen Verbindung bedeutet (entweder seelisch als Liebes-Gemeinschaft oder geistig als Freundschaft) und gleichzeitig als solche um ihrer selbst willen gesucht wird (Familie) und nicht um eines Zweckes willen (Verein).¹ Gegen diese Argumentation ist zunächst festzustellen: Werden die Wörter *Gemeinschaft* und *Gesellschaft* beide in der Umgangssprache verwendet, so ist selbstverständlich ein Bedeutungsunterschied gemeint, sonst hätten wir nicht *zwei* Wörter derselben Sprache. Jeder Unterschied aber läßt sich zu einem Gegensatz zuspitzen.

Welche Bedeutung bietet König im Unterschied zu Tönnies an? Er präsentiert das Wort *Gemeinschaft* nunmehr als Zeichen für eine Gesellschaftsart, die durch Liebe seelisch oder durch Freundschaft geistig realisiert wird. Eine materielle Gemeinschaft nach Aristoteles bzw. Leibniz gibt es in diesem Konzept nicht mehr. Alle menschliche Verbindung ist vielmehr gesellschaftlicher Natur. Wenn wir lieben, verwirklichen wir die seelische Gesellschaft; wenn wir uns befreunden, bringen wir die geistige Gesellschaft hervor, beide – nach König – als „besonders innige Form der sozialen Verbindung“, die wir auch „Gemeinschaft“ nennen mögen. Diese Verflüchtigung der materiellen Gemeinschaft unterstellt auch Plessner in der Identifikation der „Grenzen der Gemeinschaft“ gegen den „sozialen Radikalismus“. Wer an seine Steuern, an seine Beiträge für Parteien, Gewerkschaften, Vereine, an den Aufwand für den Unterhalt seiner Familie denkt, wird leicht zugeben können, daß Königs wie Plessners Reduktion der Gemeinschaft auf seelische oder geistige Zusammen-

gangssprache ebenfalls mehrdeutig verwendet, was seiner Stellung im terminologischen System der Geometrie Euklids nicht den geringsten Abbruch tut.

Sollte die Verwendung des Wortes Gemeinschaft in der Sozialtheorie deshalb unter Verdacht gestellt sein, weil der deutsche Faschismus das Wort Volksgemeinschaft in sein ideologisches Vokabular integriert hatte, so muß dagegen gesagt werden, daß auf solche Weise der Nazi-Ideologie noch immer ein Kommando über den Sprachgebrauch im Deutschen zugestanden wird – ein unsäglicher Unsinn. Weder Wörter noch Begriffe (durch Definitionen gegeben oder nicht vorhanden) können Rollen spielen, schon gar keine verhängnisvollen.

1 Ebd., S. 84. König nimmt hier Tönnies' romantische Sicht der Gemeinschaft auf, die tatsächlich im fraglichen Text nur die Bedeutung eines Hinweises auf den umgangssprachlichen Wortgebrauch hat. Tönnies' strikt ökonomische Determination der Gemeinschaft wie der Gesellschaft kommt gar nicht zur Sprache. Sollte das Charakteristikum der bornierten wissenschaftlichen Arbeitsteilung sein, nach welcher sich der Soziologe für ökonomische Räsonnements seiner Vorgänger gar nicht interessiert? König reduziert jedenfalls Tönnies' Gemeinschaftsauffassung auf eine Karikatur ihrer selbst.

schlüsse bestenfalls eine Intellektuellenvorstellung ist, nicht aber eine ernst zu nehmende Reflexion der realen Situation.

In seiner *Soziologie in Deutschland*¹ hat König Tönnies' Unterscheidung unter logischen Gesichtspunkten thematisiert: „Gemeinschaft und Gesellschaft sind ... für Tönnies zwei einander im strengen Sinne ausschließende Gegensätze ... Wenn wir diesen ... Tatbestand im Sinne der Logik ausdrücken wollten, *müßten wir Gemeinschaft und Gesellschaft als ein kontradiktorisches Gegensatzpaar bezeichnen.*“² Mit solcher Deutungsmöglichkeit setzt König voraus: „Wenn Gemeinschaft und Gesellschaft ein kontradiktorisches Begriffspaar darstellen, dann heißt das, *daß es einen dritten Begriff innerhalb des damit bezielten kategorialen Rahmens nicht gibt.* Das scheint weitgehend die Meinung von Tönnies zu sein.“³ Daß dieser eine Entgegensetzung im Sinne hat, ist selbstverständlich nicht zu bestreiten. Daß sie jedoch kontradiktorischer Natur sein soll, ist ganz und gar Königs Sicht, die einigermaßen rücksichtslos gegen die logische Bestimmung der Kontradiktion formuliert wird. Diese unterstellt nichts weiter als die Satzbildung sowie die Operationen der Konjunktion und der Negation, wobei letztere die sogenannte „äußere“ Negation ist, d. h. positiv gegebene Prädikationen nur ausschließt, nicht aber durch andere ersetzt. Die Negation der Gemeinschaft kann in diesem Sinne logisch von einer thematisierten Gruppe niemals etwas anderes sagen als: Diese ist keine Gemeinschaft (bzw.: Es ist nicht so, daß diese Gruppe eine Gemeinschaft ist). Daraus zu folgern: Also ist diese Gruppe eine Gesellschaft, setzte voraus, daß die Definition:

Gesellschaft =_{df} nicht Gemeinschaft,

in der zugrunde liegenden Theorie angenommen sei. Davon kann jedoch bei Tönnies nirgends die Rede sein. Tönnies' Definitionen lauten:

Gemeinschaft =_{df} Verhältnis des realen und organischen Lebens;

Gesellschaft =_{df} Verhältnis der ideellen und mechanischen Bildung.

Neben der Annahme, Tönnies' Unterscheidung als Formulierung eines kontradiktorischen Gegensatzes zu verstehen, erörtert König als weitere Deutungsmöglichkeit: „Wenn dagegen der Gegensatz von Gemeinschaft und Gesellschaft als konträrer gefaßt wird, *dann müßte es zwischen beiden Polen ein Mittleres (oder vielleicht sogar mehrere) geben.*“⁴ Und das hieße, daß „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ nicht allein die durch wechselseitige Bejahung des anderen Willens und Leibes bestimmten Verbindungsarten zwischen Menschen bezeichnen könnten – eine Ansicht, die Tönnies in der Tat nicht hat. Nach mancherlei weiteren Erwägungen zur Interpretation hält König

1 R. König: *Soziologie in Deutschland. Begründer, Verfechter, Verächter*, München/Wien 1987

2 Ebd., S. 143

3 Ebd., S. 143–144.

4 Ebd., S. 144

schließlich fest, „daß Tönnies von Gesellschaft im engeren Sinne überhaupt keine adäquate Vorstellung hat. Sie wird der Gemeinschaft (A) einfach als die Verneinung aller wesentlichen Merkmale der Gemeinschaft entgegengestellt (also non-A), wobei die positive Bestimmung in ihr selber (als B) völlig verfehlt wird. So bleibt denn nur der ... Ausweg zu sagen, daß Gesellschaft ohne Gemeinschaft undenkbar ist, was aber ... die Frage nahe legt, ob es denn sinnvoll war, beides mit so viel Aufwand voneinander zu trennen, um es dann am Schluß doch wieder zusammenzuführen.“¹

Dieses harte Urteil unterstellt, daß Tönnies' Version des Gegensatzes zwischen der Gemeinschaft und der Gesellschaft logisch nicht anders denn im Sinne des kontradiktorischen oder konträren Gegensatzes gedeutet werden könne. Das ist jedoch unhaltbar, wenn man den ausdrücklich operativen Charakter seiner Dichotomie in Rechnung stellt. Es ist dann nämlich unabhängig von Königs Wahrnehmung in Rechnung zu stellen, daß die Handlungen des Vergesellschaftens einerseits und des Vergemeinschaftens andererseits einen *dualen* Gegensatz konstituieren, der ebenfalls einen logischen Ausdruck hat. Unterstellen wir die Gesellschaftsbildung mit Blick auf den ökonomischen Austausch (den König gar nicht diskutiert) als eine Verbindungsart, die assoziativen Charakter hat, die Gemeinschaftsbildung mit Blick auf die kooperative Produktion aber als eine Verknüpfungsweise unifizierender Natur, so ist wohl einzusehen, daß Tönnies den *Dualismus* thematisiert, der durch die Operationsarten des Anschließens (Adjungierens, Vereinigens) einerseits und des Zusammenschließens (Konjungierens, Vereinens) andererseits in der Logik präsentiert wird.²

Sind S_1 und S_2 zwei beliebige Sätze sowie $S_1 \wedge S_2$ und $S_1 \vee S_2$ deren Konjunktion und Adjunktion, so gilt auslagenlogisch die Implikation der Form $S_1 \wedge S_2 \Rightarrow S_1 \vee S_2$. Durch sie wird angezeigt, wie die Redeweise vom dualen Gegensatz zwischen beiden Operationsarten verstehen ist. Dieser Gegensatz ist nicht exklusiv, sondern durch eine Implikation vermittelt, deren Glieder beide Operationen mit der Bedeutung sind, daß die Konjunktion hinreichende Bedingung der Adjunktion, die Adjunktion notwendige Bedingung der Konjunktion ist.

Denkt man die Vergemeinschaftung als soziale Konjunktion (Vereinung),

1 Ebd., S. 189

2 Wenn man bedenkt, daß die Wörter *adiungere* und *coniungere* in der römischen Landwirtschaft das Anfügen einerseits und das Zusammenfügen andererseits meinen, hat man eine sehr gut vorstellbare Anschauung zur Verfügung: Wer Pferde zusammenspannt, konjungiert; wer ein Pferd den Wagen ziehen läßt und ein zweites am Wagenende anbindet, der adjungiert. In der Aussagenlogik verwenden wir die beiden Wörter zur Bezeichnung bestimmter Verbindungen von Sätzen (Aussagen). Und in ihr ist unter Verwendung der Negation erklärbar, daß Konjunktion und Adjunktion gegeneinander duale Operationen sind. Nun ist wohl einzusehen, daß man nicht nur Pferde, Ochsen oder Sätze konjungieren oder adjungieren kann, sondern auch Menschen. Selbstverständlich sind die Eigenschaften der entsprechenden Operationen auch von den Objekten abhängig, auf die sie angewandt werden. Sätze können wir negieren, Pferde und Menschen in einem unmittelbar klaren Sinne nicht. Daher ist das Dualitätsprinzip mit Bezug auf die angegebenen Operationen in der Logik präzise zu beschreiben, in der Sozialtheorie nicht ohne weiteres.

die Vergesellschaftung all soziale Adjunktion (Vereinigung), so könnte man sagen, daß die Gemeinschaft als hinreichende Bedingung der Gesellschaft, die Gesellschaft umgekehrt als notwendige Bedingung der Gemeinschaft bestimmt ist. Dies würde die Schwierigkeit des fraglichen Wortgebrauchs in der Umgangssprache erklären.¹ Zugleich wäre in dieser Sicht die Untrennbarkeit der Gesellschaft von der Gemeinschaft und umgekehrt erklärt. Und es ist durchaus möglich, diesen Dualismus als den theoretischen Gegenstand anzusehen, den Tönnies mehr oder weniger deutlich unter dem Titel „Gegensatz“ thematisiert hat. Daß, wie König sagt, „Gesellschaft ohne Gemeinschaft undenkbar ist“, wird damit akzeptiert, aber mitnichten die duale Entgegensetzung zwischen beiden desavouiert.

Für König „taucht der Gedanke auf, ob wir uns nicht ausschließlich in verbalen Scheinproblemen herumdrehen, denen wir vielleicht viel näherkommen würden, wenn wir uns zu dem Eingeständnis entschließen wollten, daß im Deutschen – schon rein sprachlich besehen – die Worte Gemeinschaft und Gesellschaft *weder entgegengesetzt noch gleich, sondern einfach unklarer und unentschiedener Zuordnung sind*“.² Und weiter wird erwogen, „ob es ratsam sei, die Diskussion um die soziologischen Grundbegriffe von vornherein mit der untilgbaren Hypothek einer notorischen sprachlichen Unklarheit zu belasten, gegen die bisher die besten Köpfe vergeblich angegangen sind. In diesem Sinne wäre es wahrscheinlich der Sache dienlicher, wenn wir uns entschließen könnten, diese Begriffe überhaupt nicht mehr zu verwenden.“³

Ich gestehe, daß mir diese Überlegungen wie eine Kapitulation vor der Aufgabe theoretischer Produktion erscheinen. Erstens versteht es sich von selbst, daß die Bedeutungen von Wörtern im umgangssprachlichen Gebrauch nicht *Begriffe*, sondern *Vorstellungen* sind, so daß erst mit der wissenschaftlichen Theorienbildung in der Tat Begriffe per definitionem eingeführt werden. Zweitens ist die Existenz unterschiedlicher Wörter in der Umgangssprache gewiß ein Index dafür, daß unterschiedliche Vorstellungen in ihr gemeint sind, wenn sie auch nicht in jeder möglichen Kommunikation präzise bestimmt werden. Es ist daher selbstverständlich, daß unterschiedliche Bezeichnungen in den natürlichen Sprachen für die Theoriebildung die Möglichkeit induzieren, zu unterschiedlichen Begriffen zu gelangen. Und es gibt nicht den geringsten Grund, diese Möglichkeit ausgerechnet mit Blick auf die Vagheit umgangssprachlicher Artikulation für unrealisierbar anzusehen. Wollte man solche Unrealisierbarkeit anerkennen, müßte man den Übergang von der Umgangs- zur Fachsprache überhaupt als untubar betrachten, mithin den An-

1 Im Sinne dieser Deutung erklärt das von einem Autorenkollektiv unter Leitung G. Kempckes 1984 im Akademie-Verlag Berlin publizierte Handwörterbuch der deutschen Gegenwartssprache das Wort „gesellen“ durch den Ausdruck „sich jemandem anschließen“ (a. a. O., 1. Bd. A – K, S. 475). Das ist exakt der operative Sinn des Wortes Adjunktion.

2 R. König: Soziologie in Deutschland, a. a. O., S. 189

3 Ebd., S. 190

spruch auf Theoriebildung schlechthin aufgeben. Das wäre nichts anderes als die Selbstaufgabe der Wissenschaft.¹

König faßt seine Ansicht wie folgt zusammen: „Wenn wir ... erst einmal so weit gekommen sind zuzugestehen, daß *Gemeinschaft ohne Gesellschaft genau so wenig bestehen kann wie umgekehrt Gesellschaft ohne Gemeinschaft, dann zeigt sich mit überwältigender Klarheit, daß der ganze Ansatz verfehlt war und daß wir in jeder Hinsicht auf eine Schicht jenseits dieses Gegensatzes verwiesen werden, der nur ein scheinbarer ist.*“² Dieses Argument hat nur Sinn, wenn voraussetzungsgemäß die wechselseitige Bedingtheit der Gesellschaft durch die Gemeinschaft et vice versa die Rechtfertigung dafür sein soll, die Feststellung ihres Dualismus für „verfehlt“ zu halten. Aber wozu dann überhaupt die Unterscheidung, die doch eben mit Königs Erkenntnis, „daß Gemeinschaft ohne Gesellschaft genau so wenig bestehen kann wie umgekehrt Gesellschaft ohne Gemeinschaft“, gerade ausgesprochen ist? Diese Erkenntnis, statt Tönnies' Unterscheidung überflüssig zu machen, provoziert diese geradezu. So ist denn zu konstatieren, daß König wirklich etwas anderes sagt, als er zu sagen meint. Kann das eine nicht ohne das andere bestehen, ist eben von dem einen *und* von dem anderen die Rede und folglich der Versuch legitim, das eine *wie* das andere jeweils für sich zu bestimmen. Und eben darin besteht Tönnies' Versuch.

Über die kommunistische Gemeinschaftsauffassung und ihre Grenze

Mein Rückgriff auf Tönnies' Unterscheidung der Gesellschaft von der Gemeinschaft basiert auf dem Interesse zu verstehen, was in den gut 74 Jahren zwischen dem November 1917 und dem Dezember 1991 mit der Errichtung und dem Zusammenbruch der kommunistischen Parteiherrschaft in Ost- und Mitteleuropa eigentlich (d. h. im sozialtheoretischen Sinne) geschehen ist. Stellt man in Rechnung, daß die kommunistische Machtübernahme im November 1917 der Realisierung der Idee gegolten hat, die soziale Frage durch die „Expropriation der Expropriateure“, d. h. durch die Herstellung des Ge-

1 Nach den Konjunkturen des Zeitgeistes treten Tendenzen solcher Art in den Sozialwissenschaften immer wieder auf. Das jüngste Beispiel liefert Heinz Bude, der nunmehr auch den Gesellschaftsbegriff – und zwar biotechnologisch – angegriffen wähnt und daher findet, daß die Soziologie ausgedient habe. Er empfiehlt: „In dieser Situation bietet sich der Lebensbegriff als Ersatz für den schal gewordenen Gesellschaftsbegriff an.“ Vgl. H. Bude: „Die normative Kraft des Physischen“, in: Der Tagesspiegel vom 5. Januar 2002, S. 25. Die Neue Zürcher Zeitung publizierte diesen Artikel in ihrer Ausgabe vom 15./16. Dezember 2001.

Bude suggeriert sich den Gebrauch von Begriffen, wo er unverdrossen Wörter verwendet. Welchen Begriff von der Gesellschaft unterstellt er? Was ist gewonnen, wenn das Wort Gesellschaft durch das Wort Leben ersetzt wird? Soll künftig dilettantisch Biologie als Lehre vom Leben betrieben werden, wo bisher feuilletonistisch Soziologie als Lehre von der Gesellschaft abgehandelt worden ist? Obendrein: Wie kann ein Begriff – im Unterschied zu einem Bier – schal werden? Oder gibt Bude nur Mephistos Rolle: „Schon gut! Nur muß man sich nicht allzu ängstlich quälen; denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein“?

2 R. König: Soziologie in Deutschland, a. a. O., S. 190

meineigentums an den Produktionsmitteln, zu lösen, so versteht sich, daß eben diese Machtübernahme auf die Ersetzung der Gesellschaft durch die Gemeinschaft hinausgelaufen ist.¹ Indem nämlich die Gemeinschaft, politisch realisiert durch den kommunistisch geleiteten Staat, das Sonder- oder Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt, sind die Grundbedingungen vom Gemeinwesen akzeptierter gesellschaftlicher Existenz im Inneren der kommunistisch beherrschten Nation aufgelöst, ist der ökonomische Verkehr (Austausch) durch die Distribution ersetzt worden. Die Gemeinschaft hat mit der Herstellung des ausschließlichen Gemeineigentums am Produktivvermögen den Rang der exklusiven, mit Tönnies zu sprechen, Verbindungsart unter den entsprechenden Individuen erlangt. Die Gesellschaft, der private Austausch, wird in den Untergrund gedrängt, wo sie freilich als Tauschhandel mit einer Währung, die in der DDR „blaue Kacheln“ genannt wurde, ihr Dasein als grauer oder schwarzer Markt fristet.

Die kommunistische Intention, soweit sie bis dato ausgebildet worden ist, richtet sich unmißverständlich auf die Zerstörung des Marktes, des privaten Handels, der Profitbildung (Profit = Zins + Gewinn) etc. Der europäische Kommunismus des 20. Jahrhunderts, mit der Inkubationsphase des Bolschewismus zwischen 1900 und 1903 und seiner Endstellung zwischen 1989 und 1991 ein wesentlich russisch dominiertes Phänomen, hat demnach im Sinne der Unterscheidung Tönnies' ohne Zweifel die Gemeinschaft *gegen* die Gesellschaft gekehrt. Nur jene Phasen, die in Rußland „Neue Ökonomische Politik“ (1921–1928) und in der DDR „Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung“ (1962–1971) hießen, stellten tendenziell die Attacke auf den Markt, also auf die Gesellschaft im Innern, in Frage. Die kommunistische Feindschaft gegen das Privatvermögen beließ jedoch diese Entwicklungsphasen im Versuchsstadium, so daß ihre Potentiale nicht genauer erkannt werden konnten.

Der moderne russische Kommunismus ist ideologisch auch auf seine Marx-Rezeption zurückzuführen. Und Marx bildet sein Konzept unter Voraussetzung der Existenz des deutschen Kommunismus aus, der in seinen frühen Vertretern die Proklamation der Gemeinschaft (als Gütergemeinschaft) unumwunden artikuliert hat. 1837 erklärt zuerst Moses Heß die Gütergemeinschaft als strengste Erfüllung des Gleichheitspostulats der französischen Revolution.² 1839 publiziert Wilhelm Weitling seine Programmschrift.³ August

1 Plessner hat diese Konsequenz durchaus vorausgesehen: Die Kritik der Marxschen Doktrin „an der kapitalistischen Gesellschaft wirkt als Todesurteil über alle Gesellschaft, weil die revolutionär-messianische Komponente radikalen Gesinnungswandel voraussetzt.“ H. Plessner: Grenzen der Gemeinschaft, a. a. O., S. 33. Ich würde weniger revolutionären Messianismus namhaft machen (der nicht geleugnet werden soll) und mehr die entschiedene Negation des Handels und des Geldes, die in der Tat alle Gesellschaft ausschließt.

2 M. Heß: Die heilige Geschichte der Menschheit. Von einem Jünger Spinoza's, Stuttgart 1837. Wieder abgedruckt in: M. Heß: Philosophische und sozialistische Schriften 1837–1850 (Eine Auswahl), hg. von W. Mönke, Berlin 1980, S. 1–74

3 Vgl. W. Weitling: Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte. Neudruck, Glashütten/Ts. 1973

Becker, der Freund Wilhelm Weitlings, hat 1844 eindrucksvoll erklärt: „Kommunismus bezeichnet besser als jedes andere Wort das, worauf wir am meisten Gewicht legen, das, was wir wollen und erstreben. Kommunist heißt Gemeinschaftler oder Gemeinschaftler, wenn ihr wollt. Die Übersetzung klingt aber zu deutschümlich, wie ihr merken werdet; deshalb bedienen wir uns lieber des fremden Worts, das, dem Bluntschli sei's gedankt, jetzt sehr populär geworden ist. Daß die Worte ‚kommun‘, ‚gemein‘ infolge des Sprachgebrauchs der Aristokraten (Ausgezeichneten), deren Leibeigene unsere Voreltern waren, eine üble Nebenbedeutung bekommen haben, geniert uns wenig. Gerade deshalb liegt es in unserem Interesse, den Namen, nach dem wir genannt sind, nicht abzulegen, sondern zu Ehren zu bringen. Ja, Brüder, es liegt im Interesse des gemeinen Volks, zu dem ja auch ihr gezählt werdet; es liegt im Interesse der niederen Stände, denen ihr alle angehört, das Gemeine, das Niedere, das Verachtete, das Unedle zu erhöhen und adlig zu machen!“¹

Die marxistische Begründung des Kommunismus beginnt insbesondere Friedrich Engels mit seiner *Kritik der Nationalökonomie* und darin mit einer ausgesprochen moralisierenden Position, der die klassische Nationalökonomie als eine komplette Bereicherungswissenschaft gilt. „Die Nationalökonomie“, sagt Engels, „entstand als eine natürliche Folge der Ausdehnung des Handels, und mit ihr trat an die Stelle des einfachen, unwissenschaftlichen Schachers ein ausgebildetes System des erlaubten Betrugs, eine komplette Bereicherungswissenschaft.“ Und weiter heißt es in unmißverständlich moralischer Empörung: „Diese aus dem gegenseitigen Neid und der Habgier der Kaufleute entstandene Nationalökonomie oder Bereicherungswissenschaft trägt das Gepräge der ekelhaftesten Selbstsucht auf der Stirne.“² So schreibt ein junger Mann, aufgewachsen in der pietistischen Mentalität seiner Umwelt, im Alter von 23 Jahren. Ihm kann man wohl nachsehen, daß er den „ekelhaften Schacher“ zu attackieren willens ist. Es gibt aber keinen Grund anzunehmen, daß ein ernsthaftes Studium etwa von Adam Smiths *Wealth of Nations* (1776) oder von Ricardos *Principles of Political Economy and Taxation* (1817) diese Sicht objektiv legitimiert.

Sicher ist, daß die marxistische³ *Kritik der Nationalökonomie* eine Rezeption der frühen Entgegensetzung zwischen Ökonomen einerseits und Sozialisten bzw. Kommunisten andererseits bedeutet, die in der englischen Reflexion der sozialen Frage seit den zwanziger und dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts realisiert worden ist. Engels hat das auch klar mitgeteilt: „Der einzig

1 A. Becker: Was wollen die Kommunisten? Lausanne 1844, S. 46

2 F. Engels: „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“, in: MEW Bd. 1, S. 499

3 Ich verwende den Terminus *marxistisch* zur Bezeichnung der – wesentlich durch Engels begründeten – Parteimeinung über die Lage und die geschichtlichen Aufgaben der Arbeiter. In diesem Sinne ist der Marxismus zuerst durch den *Anti-Dühring* von 1877/78 festgestellt und parteiverbindlich geworden. Es kann aber zweifellos behauptet werden, daß die *Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie* die Intention desselben deutlich vorstellen. Mit dem Terminus *Marxsche Theorie* bezeichne ich ausschließlich die in den von Marx selbst publizierten Texten präsentierte Lehre. Marx wußte, wie bekannt, daß er jedenfalls kein Marxist, d. h. keiner Partei *dienstbar* war. Für Engels war dieser Dienst sehr wohl akzeptierte Verhaltensintention.

positive Fortschritt, den die liberale Ökonomie gemacht hat, ist die Entwicklung der Gesetze des Privateigentums.“ Die Gegner des Privateigentums aber sind „imstande ..., in ökonomischen Fragen auch ökonomisch richtiger zu entscheiden“, wie „die englischen Sozialisten längst praktisch und theoretisch bewiesen“ haben.¹ In diese Reihe der Gegner des Privateigentums, vornehmlich durch die Anhänger Robert Owens vertreten, gliedert sich Engels ein und begründet darauf die marxistische *Kritik der Nationalökonomie*.

Sie entsteht ersichtlich unter Voraussetzung des moralischen Protests gegen die sozialökonomischen Folgen der industriellen Revolution für die Arbeiterschaft und favorisiert darin die kommunistischen Ideen wahrer Gemeinschaftlichkeit oder der „klassenlosen Gesellschaft“, ökonomisch fundiert durch das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln. Mit ihr läßt sich der moderne Kommunismus² erstmals auf die bestehenden ökonomischen Theorien ein, ohne jedoch seine eigenen Voraussetzungen wissenschaftlich zu prüfen. Er bemerkt daher nicht, daß seine Kritik auf die *Negation der Gesellschaft überhaupt* gerichtet ist, daß obendrein insbesondere die Wissenschaft attackiert wird, wenn auch zunächst allein in der Gestalt der „bürgerlichen Bereicherungswissenschaft“ (d. h. der Nationalökonomie, später finden sich auch andere „bürgerliche“ Wissenschaftsarten).

Die moralische Protestation bleibt ein durchgehender Zug in der Entwicklung des Marxismus. Engels schreibt noch 1884: „Es sind die niedrigsten Interessen – gemeine Habgier, brutale Genußsucht, schmutziger Geiz, eigensüchtiger Raub am Gemeinbesitz –, die die neue, zivilisierte, die Klassengesellschaft einweihen; es sind die schmachvollsten Mittel – Diebstahl, Vergewaltigung, Hinterlist, Verrat, die die alte klassenlose Gentilgesellschaft unterhöhlen und zu Fall bringen.“³ Und demgemäß scheint ihm der Übergang von den naturwüchsigen Gemeinwesen zur Zivilisation eine „Degradation“ zu sein, „ein Sündenfall von der einfachen sittlichen Höhe der alten Gentilgesellschaft“.⁴ Diese Mär vom „edlen Wilden“ kennt die europäische Geistesgeschichte seit der Kulturkritik Rousseaus. Engels übernimmt sie aus der Reproduktion durch Fourier und betont nochmals: „Die platte Habgier war die treibende Seele der Zivilisation von ihrem ersten Tag bis heute, Reichtum und abermals Reichtum und zum drittenmal Reichtum, Reichtum nicht der Gesellschaft, sondern dieses einzelnen lumpigen Individuums, ihr entscheidendes Ziel.“⁵ Die verräterische Redeweise vom „einzelnen lumpigen Individuum“

1 Ebd., S. 502

2 Ihn datiere ich nach seinem Beginn mit Babeufs *Manifest der Plebejer* vom 30. November 1795. Selbstverständlich ist der Kommunismus überhaupt ein sehr altes Konzept, mit dem stets die Gemeinschaft gegen die individuellen Sonderinteressen zur beherrschenden Geltung kommen soll, ökonomisch fundiert durch die Gütergemeinschaft und das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln. Es ist wichtig, sich die Arten des Kommunismus zu vergegenwärtigen, wie sie historisch aufgetreten sind. Der *moderne* Kommunismus (der Kommunismus seit Babeuf) setzt die industrielle Revolution und ihre sozialen Folgen voraus, auf die er reagiert.

3 F. Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: MEW Bd. 21, S. 97

4 Ebd.

5 Ebd., S. 171

und die unmateriellistische Denunziation der Habsucht als der treibenden Seele der Zivilisation machen deutlich, daß die *Kritik der Nationalökonomie* eine klar außerwissenschaftliche Quelle hat – nämlich die der Empörung des verletzten Gemüts.

Als Marx mit Ruge die Deutsch-Französischen Jahrbücher entwarf und das Manuskript seines künftigen Freundes erhielt, war er zwar schon durch ökonomische Probleme, wie man heute sagt, sensibilisiert worden¹, aber die *Ökonomisch-philosophischen Manuskripte* folgen klar der von Engels gelegten Spur, was Marx auch zeit seines Lebens anerkannt und geachtet hat. Es heißt in ihnen in völliger Übereinstimmung mit Engels, daß „das Unglück der Gesellschaft der Zweck der Nationalökonomie“ sei², diese selbst die bürgerliche Reflexion der bürgerlichen Gesellschaft, der „entfremdeten Arbeit“, und es wird in gleicher Entsprechung notiert: „Nicht nur wächst der *Cynismus* der Nationalökonomie relativ von Smith über Say bis zu Ricardo, Mill etc; ... sondern auch positiv gehn sie immer und mit Bewußtsein weiter in der Entfremdung gegen d[en] Menschen als ihr Vorgänger, aber *nur*, weil ihre Wissenschaft sich consequenter und wahrer entwickelt.“³

Die bloß moralisierende *Kritik der Nationalökonomie* hat sicher für die Erklärung der Existenz und Orientierungspotenz der kommunistischen Idee zur Lösung der sozialen Frage erhebliche Bedeutung. Marx, der Engels' Ansatz weiterführt, erklärt: „Die Nationalökonomie ... faßt das *Gemeinwesen* des Menschen ... unter der Form des *Austausches* und des *Handels* auf. Die *Gesellschaft*, sagt Destutt de Tracy, ist eine *Reihe von wechselseitigen échanges*. Sie ist eben diese Bewegung der wechselseitigen Integration. Die *Gesellschaft*, sagt Adam Smith, ist eine *handeltreibende Gesellschaft*. Jedes ihrer Glieder ist ein *Kaufmann*.“⁴ Und mit diesen Voraussetzungen schließt nun Marx: „Man sieht, wie die Nationalökonomie die *entfremdete* Form des geselligen Verkehrs als die *wesentliche* und *ursprüngliche* und der Menschlichen Bestimmung entsprechende *fixiert*.“⁵ Wieso *sieht* Marx angesichts der schlichten Feststellung Smiths, daß jeder Mensch in der (gesellschaftlichen) Arbeitsteilung vom Austausch lebt, daher „in gewissem Maße zum Kaufmann“ wird, die Fixierung der „entfremdeten Form des geselligen Verkehrs“

1 Vgl. seine Artikel in der Rheinischen Zeitung seit dem 16. Oktober 1842 in: MEW Bd. 1, 105–147

2 K. Marx: *Ökonomisch-philosophische Manuskripte vom Jahre 1844*. Eingeleitet und mit Anmerkungen versehen von J. Höppner. Leipzig 1988, S. 98

3 Ebd., S. 153

4 Vgl. Destutt de Tracy: *Éléments d'idéologie*. IVe et Ve parties. Paris 1826, p. 68. Smith sagt: „Wenn die Arbeitsteilung sich einmal völlig durchgesetzt hat, kann ein Mensch nur noch einen sehr kleinen Teil seines Bedarfs durch Produkte seiner eigenen Arbeit decken. Den weitaus größten Teil davon befriedigt er durch Austausch des seine eigene Konsumtion überschießenden Teils seiner eigenen Arbeitsprodukte gegen solche Arbeitsprodukte anderer Menschen, die er gerade benötigt. Jeder lebt also vom Austausch oder wird in gewissem Maße zum Kaufmann, und die Gesellschaft entwickelt sich im eigentlichen Sinne des Wortes zu einer handeltreibenden Gesellschaft“ (A. Smith: *Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen*, Erster Band, Berlin 1963, S. 31).

5 K. Marx: *Ökonomisch-philosophische Manuskripte*, a. a. O., S. 230

als quasi-axiomatischen Ansatz der Nationalökonomie? Er kann dies nur, sofern ihm der Kaufmann, der Händler, der Austauschende überhaupt a priori als *der entfremdete Mensch* gilt. Nur so kann er *sehen*, daß die Nationalökonomie die entfremdete Form als die wesentliche und ursprüngliche fixiert.

Die Rechtfertigung, den Handel als Entfremdung zu denken, erfolgt mit dem Hinweis auf das Privateigentum: „Die Nationalökonomie ... geht aus von dem *Verhältniß des Menschen zum Menschen*, als dem des *Privateigenthümers zum Privateigenthümer*. Wenn der Mensch als *Privateigenthümer* vorausgesetzt wird, ... so ist der *Verlust* oder das *Aufgeben* des Privateigenthums eine *Entäusserung des Menschen*, wie des *Privateigenthums* selbst. ... Den Fall der *Gewalt* ausgenommen – wie komme ich ... dazu, an einen andern Menschen *mein* Privateigenthum zu entäussern? Die Nationalökonomie antwortet richtig: Aus *Noth*, aus *Bedürfniß*. ... Beide Eigenthümer werden also getrieben, ihr Privateigenthum aufzugeben ... Jeder entäussert ... einen Theil seines Privateigenthums an den andern. Die *gesellschaftliche* Beziehung ... ist also die *Wechselseitigkeit der Entäusserung* ... Der *Tausch* ... ist ... darum ... der *entäusserte* Gattungsakt. ... Er ist darum ebenso das Gegentheil *des gesellschaftlichen* Verhältnisses.“¹

Was also rechtfertigt die Wahrnehmung des Tauschs als *entfremdeter Sozialität*? Offensichtlich die Entscheidung des Wahrnehmenden, über die Entäußerung, den Verkauf die *Aneignung*, den Ankauf auszublenden, d. h. nicht zu denken, daß die identifizierte wechselseitige Entäußerung ebensosehr und im identisch selben Zusammenhang wechselseitige Aneignung ist, daß daher das Ausgehen vom Privateigentum die unaufhebbare *Einheit von Entäußerung und Aneignung* bedeutet und keineswegs die Reduktion auf das Moment allein der Entäußerung. Dieser Umstand ist so einsichtig und plausibel, daß man sich unwillkürlich fragen muß: Wie kann Marx im *Verkauf* den *Ankauf* übersehen? Warum erkennt er im *Aufgeben* das *Einnehmen* nicht? Er sagt: „Wenn ich *mehr* producire, als ich unmittelbar selbst von dem producirten Gegenstand brauchen kann, so ist meine *Mehrproduktion* auf dein Bedürfniß *berechnet*, raffinirt. Ich producire nur dem *Schein* nach ein Mehr von diesem Gegenstand. Ich producire der Wahrheit nach einen *andern* Gegenstand, den Gegenstand Deiner Produktion, den ich gegen dieß Mehr auszutauschen gedenke ... Die *gesellschaftliche* Beziehung, in der ich zu dir stehe, ... ist daher auch ein bloßer *Schein* ... Die Absicht der *Plünderung*, des *Betrugs* liegt nothwendig im Hinterhalt, denn da unser Austausch ein eigennütziger ist, ... so suchen wir uns nothwendig zu betrügen. Das Maß der Macht, welche ich meinem Gegenstand über deinen einräume, bedarf allerdings deiner *Anerkennung*. Unsere wechselseitige Anerkennung ... ist aber ein Kampf ... Reicht die physische Kraft hin, so plündere ich dich direkt. Ist das Reich der physischen Kraft gebrochen, so suchen wir uns wechselseitig einen Schein vorzumachen und der Gewandteste übervorteilt den andern.“² Es ist also der

1 Ebd., S. 231–232

2 Ebd., S. 241–242

Austausch unter den Bedingungen des persönlichen Privateigentums für Marx a priori nichts als aufgehobener Raub, aufgehoben unter der Voraussetzung, daß „das Reich der physischen Kraft gebrochen“ ist, und daher permanente Übervorteilung wenigstens in der persönlichen Intention der Tauschenden. Sie sind eigennützig, und folglich ist die im Tausch präsentiert Sozialität reiner Schein, die Einheit des Gebens und des Nehmens bloßes Theater, die Entäußerung mithin der Kern der Sache.

Man kann gewiß nicht leugnen, daß Handeln und Kriegführen historisch sehr häufig zusammen auftreten, der Händler bei günstigen Umständen zum Krieger mutiert, der Krieger sich angesichts gegnerischer Macht zum Händler besänftigt. Die Geschichte des westeuropäischen Handels liefert dafür Beispiele in Fülle. Dennoch muß der Einwand gestattet sein: Wenn „das Reich der physischen Kraft gebrochen“ ist, darf dann nicht angenommen werden, daß das Phänomen der wechselseitigen Anerkennung im Tausch vom Schein zur *wirklichen Erscheinung* der Sozialität wird? Ist der Kaufmann *notwendig* die Maske des Kriegers? Oder ist er auch als der *Transportarbeiter* zu denken, der der Gesellschaft Verkehrswege eröffnet, ohne die sie nicht bestehen kann?

Marx hat selbst den theoretisch bedeutenden Schritt vollzogen festzustellen: „Was aber die Transportindustrie verkauft, ist die Ortsveränderung selbst.“¹ Die Transportarbeit ist in Marx' Ökonomie als wertbildend angenommen: „Die absolute Wertgröße, welche der Transport den Waren zusetzt, steht ... im direkten Verhältnis zu den zu durchlaufenden Entfernungen.“² Insofern also der Händler Transportarbeit verrichtet – und das darf ja doch für den wirklichen Verkehr als gegeben unterstellt werden –, ist er nicht maskierter Krieger, sondern produktiver Produzent. Wie kommt es, daß Marx diesen Schluß nicht zieht?

In den *Grundrissen* heißt es: „Es ist nichts häufiger, als Transport etc., soweit sie mit den Handel zusammenhängen, in die reinen Zirkulationskosten hereinzubringen. Soweit der Handel ein Produkt auf den Markt bringt, gibt er ihm eine neue Form. Er verändert zwar nur das örtliche Dasein. ... Er gibt dem Produkt einen neuen Gebrauchswert (und dies gilt bis herab zum Detailkrämer, der wiegt, mißt, einpackt und so für den Konsum dem Produkt Form gibt), und dieser neue Gebrauchswert kostet Arbeitszeit; ist also zugleich Tauschwert. Das Bringen auf den Markt gehört in den Produktionsprozeß selbst. Das Produkt ist erst Ware, erst in Zirkulation, sobald es sich auf dem Markt befindet.“³ Wie man sieht, reduziert Marx die sinnlich-gegenständliche Zirkulation, den wirklichen ökonomischen Verkehr auf den Augenblick der Preisverhandlung und wechselseitigen Übergabe von Ware und Geld auf dem Markt. Er entsinnlicht, vergeistigt die Zirkulation, um den Transport der Produktion zuschlagen und so die mitgebrachte Aversion gegen den Kaufmann beibehalten zu können. Die Transportarbeit als tatsächliche Wertschöp-

1 K. Marx: Das Kapital, Bd. 2, in: MEW Bd. 24, S. 60

2 Ebd., S. 152

3 K. Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW Bd. 42, S. 535

fung zu erkennen, ist eine großartige ökonomische Erkenntnis. Um jedoch das Entfremdungstheorem erhalten zu können, wird diese Erkenntnis so in das System eingegliedert, daß der wirkliche Händler im Interesse seines Daseins in der Marxschen Theorie als Schacherer um seine Transportarbeit gebracht wird, während letztere als eine unter den vielen Produktionsarten auftritt.

Dies ist sozusagen der Schachzug, den Marx in seiner ökonomischen Theorie ausführt, um seine Position in der *Kritik der Nationalökonomie* abzusichern. Verzichtet man auf ihn, so versteht sich, daß der Händler unter bestimmten historischen Umständen gewiß als maskierter Krieger gedacht werden kann, nicht aber unter den systematischen Gesichtspunkten der ökonomischen Theorie, die mit der Anerkennung des Austauschs selbstverständlich seine Träger als unverzichtbare Akteure desselben akzeptieren muß. Daher kann der Händler nur in seiner Genesis als maskierter Krieger vorgestellt werden. Ist der Arm des Gesetzes hinreichend durchsetzbar, endet der Versuch des Händlers, Krieger zu werden, mit seiner gerichtlichen Verurteilung. Dies Ende bestätigt, daß die kriegerische Attitüde des Händlers, die Marx als sein via persönliches Privateigentum durch Eigennutz begründetes Wesen bestimmt, sozial zum reinen Schein geworden ist. Die moralisierende Kritik des Händlers kann daher nicht sinnvoll Bestandteil einer ernstzunehmenden *Kritik der Nationalökonomie* sein.

Überdies hat das ökonomische Experiment des Kommunismus in Europa gezeigt, daß die Beseitigung des persönlichen Privateigentums am Produktivvermögen im logischen Gegensatz zur Annahme von der unbeschränkten und progressiven Entwicklung der Produktivkräfte unter Bedingung des Gemeineigentums vielmehr die Stagnation und sogar regressive Entwicklung hervorgebracht hat. Infolgedessen kann es mit der Identität von Eigennutz und persönlichem Produktivvermögen, die in der marxistischen Fassung der *Kritik der Nationalökonomie* so selbstverständlich unterstellt ist, keine so einfache Bewandnis haben. Die Vorstellung vom Privateigentum als der Wurzel aller sozialen Übel, ist falsch.

Setzt man mit Marx voraus, daß alles originäre Eigentum *Gemeineigentum* ist, so ist sofort einsichtig, daß mit der zusätzlichen Annahme *vieler* Gemeinschaften in verschiedenen Territorien, die – zunächst durchaus zufällig – in den Austausch eintreten, das Eigentum jeder besonderen Gemeinschaft gegen das jeder anderen als *Sonder-* oder *Privateigentum* bestimmt ist. Es besteht also an sich kein logischer Gegensatz zwischen Privat- und Gemeineigentum. Letzteres ist im sozialen Verkehr Privateigentum eben der Gemeinschaft, die am Tausch teilnimmt. Ob diese Gemeinschaft nun als ganze oder durch einen oder mehrere Repräsentanten vertreten in den Austausch eintritt, ändert an dieser Feststellung nichts. Die Privatheit des Gemeineigentums wird durch die wechselseitige Anerkennung der Tauschpartner determiniert, ohne die der Tausch gar nicht stattfindet. Sie besagt ja nur, daß die jeweils andere Gemeinschaft *ohne Gegengabe nicht* in den Genuß des Eigentums dieser Gemeinschaft gelangt.

„Das Eigentum“, sagt Hegel, „kommt durch den *Vertrag* zustande, – als den Prozeß, in welchem der Widerspruch, daß Ich für mich seiender, den anderen Willen ausschließender Eigentümer insofern *bin* und *bleibe*, als Ich in einem mit dem andern identischen Willen *aufhöre*, Eigentümer zu sein, sich darstellt und vermittelt.“¹ Das hier gemeinte Ich kann selbstverständlich eine Gemeinschaft sein, so daß wir es mit *privatem* Gemeineigentum zu tun haben, sobald *getauscht* wird. Der Gegensatz zwischen Privat- und Gemeineigentum tritt nur innerhalb einer Gemeinschaft auf und kann, wie der moderne Kommunismus gezeigt hat, zugunsten des (nationalen) Gemeineigentums in endlicher Dauer aufgelöst werden. Diese Auflösung hat zur Folge, daß ökonomisch die Person (der Einzelmensch in der Gesellschaft) verschwindet und an ihre Stelle der Funktionär (der in das Gemeinschaftssystem eingebundene Einzelmensch, der gewisse Inputs in bestimmte Outputs zu transformieren hat) tritt, d. h. das Individuum als Vollzugsorgan des Kommandos des (kommunistisch verwalteten) Gemeinwesens. Damit wird das Innovationspotential der Gemeinschaft ausgetrocknet. Die nächste Folge ist der Verlust seiner Konkurrenzfähigkeit mit anderen Gemeinschaften, die gar nicht daran denken, Krieg gegen die Person zu führen.

Hegels Diktum: „Das Vernünftige des Eigentums liegt nicht in der Befriedigung der Bedürfnisse, sondern darin, daß sich die bloße Subjektivität der Persönlichkeit aufhebt. Erst im Eigentume ist die Person als Vernunft.“², gewinnt damit eine Bedeutung, die mit der Erfahrung des Kommunismus fast axiomatischen Charakter angenommen hat. Person ist der oder die, die ihre Entscheidungen verantworten. Funktionäre verweisen stets auf Befehlsnotstand. Weil die Person mit ihrem Privatvermögen auf *Gewinn und Verlust* wirtschaftet, kann sie im Verlustfall niemanden als sich selbst anklagen. Der Funktionär, der mit sicherer Hand volkswirtschaftliche Verluste unglaublichen Ausmaßes produziert, hat, wenn er gar Generalsekretär ist, keinerlei Anklage zu befürchten. Er kann und darf also verantwortungslos (vernunftlos) handeln – und ist eben darum keine Person (wenngleich in der von ihm kontrollierten Presse „Persönlichkeit“ genannt).

Hegel hat den Sinn des kommunistischen Konzepts in diesem Zusammenhang deutlich beurteilt: „Die Vorstellung von einer frommen oder freundschaftlichen uns selbst erzwungenen Verbrüderung der Menschen mit *Gemeinschaft der Güter* und der Verbannung des privateigentümlichen Prinzips kann sich der Gesinnung leicht darbieten, welche die Natur der Freiheit des Geistes und des Rechts verkennt und sie nicht in ihren bestimmten Momenten erfaßt. Was die moralische oder religiöse Rücksicht betrifft, so hielt *Epikur* seine Freunde, wie sie, einen solchen Bund der Gütergemeinschaft zu errichten, vorhatten, gerade aus dem Grunde davon ab, weil dies ein Mißtrauen

1 G. W. F. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse, hg. von H. Klenner, Berlin 1981, S. 107 (§ 72)

2 Ebd., S. 76 (§ 41, Zusatz)

beweise, und die einander mißtrauen, nicht Freunde seien.“¹ Diesen Text hat Marx gekannt.

Sehe ich es richtig, hat Marx' Denunziation des persönlichen Produktivvermögens ihren theoretischen Grund in der vorausgesetzten Ununterschiedenheit der *Gemeinschaft* von der *Gesellschaft*. Zwar weiß Marx: „Die gesellschaftliche Thätigkeit und der gesellschaftliche Genuß existiren keineswegs *allein* in der Form einer *unmittelbar* gemeinschaftlichen Thätigkeit und *unmittelbar gemeinschaftlichen* Genusses, obgleich die *gemeinschaftliche* Thätigkeit und der *gemeinschaftliche* Genuß, d. h. die Thätigkeit und der Genuß, die *unmittelbar* in *wirklicher Gesellschaft* mit anderen Menschen sich äussert und bestätigt, überall da stattfinden werden, wo jener *unmittelbare* Ausdruck der Gesellschaftlichkeit im Wesen ihres Inhalts begründet ... ist.“² Es ist so nach *soziales* Tun nicht an *unmittelbar gemeinsames* Tun gebunden, also von diesem unterscheidbar. Dies weiß der Denker Marx – und speziell: „wenn ich *wissenschaftlich* ... thätig bin, ... so bin ich *gesellschaftlich*, weil als *Mensch* thätig.“³ Mein einsames Ricardo-Studium ist also gesellschaftliches Tun, ohne gemeinschaftliches zu sein. Aber die gemeinschaftliche Tat wenigstens gilt als „unmittelbar“ gesellschaftliche. Eben das ist – immerhin im Bereich des „Unmittelbaren“ – die Ununterschiedenheit der Gemeinschaft von der Gesellschaft.

Ist die Gemeinschaft unmittelbare Gesellschaft, so kann nur die vermittelte Gesellschaft nicht die Gemeinschaft sein. Sie aber ist eben die, die das Individuum durch Gebrauch der Produkte anderer Individuen eingeht, deren Tod lange zurückliegen kann. Da nun so ziemlich alle Objekte individuellen Tuns Produkte der Taten anderer Menschen sind (wirklich außermenschliche Natur ist wohl im wesentlichen nur noch Gegenstand von Forschern), so sind die individuellen Taten a priori gesellschaftliche. Und Marx kann zum Befreiungsschlag ausholen: „Es ist vor allem zu vermeiden die ‚Gesellschaft‘ wieder als Abstraktion dem Individuum gegenüber zu fixiren. Das Individuum *ist* das *gesellschaftliche Wesen*.“⁴ Dies läuft darauf hinaus, die Gesellschaft als Gemeinschaft zu denken, die „wahre Gesellschaft“ im Gegensatz zur „entfremdeten“ in der Gemeinschaft wahrzunehmen. Denn das Individuum ist Element der *Gemeinschaft*, sein letzter unteilbar Teil, gegen den sie das Ganze ist. In der Gesellschaft aber, wenn sie durch den Austausch konstituiert wird,

1 Ebd., S. 81 (§ 46). Die entsprechende Passage des Diogenes Laertius, auf die sich Hegel bezieht, lautet in Otto Apelts Übersetzung: Epikur „wollte nichts wissen von Vereinigung des Einzelvermögens zum Gesamtbesitz, wie es Pythagoras verlangte nach dem Spruch: ‚Freundesgut ist gemeinsam‘; denn das sei ein Zeichen von Mißtrauen; Mißtrauen aber und Freundschaft vertragen sich nicht miteinander“ (in: Diogenes Laertius, *Leben und Meinungen berühmter Philosophen*, II. Bd. Berlin 1955, S. 228.)

2 K. Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, a. a. O., S. 161. Man bemerkt, daß Marx hier das Adjektiv *gemeinschaftlich* durch die Wortfolge *unmittelbar in wirklicher Gesellschaft mit anderen Menschen* erklärt. So ist klar, daß er zwar die Möglichkeit der Unterscheidung im Sinne Tönnies' ausspricht, aber im eigenen Denken nicht wirklich bestimmt.

3 Ebd.

4 Ebd., S. 162

determinieren sich die tauschenden Einzelmenschen als *Personen*, d. h. als *Vertragspartner*.

Die Gemeinschaft kann sehr wohl Personen produzieren. Sie tut es, wenn ihr Gemeinwesen Individuen aus der Gemeinschaft zu Vertragspartnern seiner selbst macht, z. B. durch Ausschreibung von Projekten, um deren Realisierung sich Individuen bewerben können. Das ist, wie oben notiert, in Rom geschehen, wo sich Römer zur Unterhaltung der Armee im Kriege gegen Karthago um die Lieferung von Nachschub über See zur *societas* vereinigten. Und selbstverständlich verwirklichen sich Einzelmenschen im Fernhandel auf eigene Rechnung als Personen, indem sie unabhängig von ihren Gemeinschaften mit Fremden Verträge abschließen. Das bedeutet nicht, daß sie dadurch etwa aufhören, Individuen ihrer Gemeinschaften zu sein. Vielmehr handelt es sich darum, daß die Bestimmungen des *Individuums* und der *Person* den Einzelmenschen in ihren Bindungen zukommen, die wir *Gemeinschaft* und *Gesellschaft* nennen. Diese Bindungen sind nicht aufeinander reduzierbar, bilden vielmehr einen unaufhebbaren dualen Gegensatz, der dem Gegensatz zwischen Produktion und Austausch entspricht. Das Individuum ist daher nicht das gesellschaftliche Wesen, sondern nie etwas anderes als die Einzelinstanz einer Gemeinschaft.

Vom „gesellschaftlichen Wesen“ zu sprechen, ist schwer zu begründen. Sicher ist der Austausch die Realisation von Gesellschaft (auch im Sinne von Gesellung, in der die Kommunikation einen Nachrichtenaustausch verwirklicht). Aber wie vom „Gemeinwesen“ mit Bezug auf die Gemeinschaft können wir relativ zur Gesellschaft kein entsprechendes Wesen ausmachen (jedenfalls hat die Sprache keinen analogen Ausdruck). Die Gesellschaft, von Personen realisiert, bleibt an das Einzelinteresse gebunden.¹ Marx' Proklamation der wahren Gesellschaft (der nicht entfremdeten) als der Gemeinschaft enthält eine Wendung, die im praktischen Versuch, seine Theorie zu realisieren (d. h. die soziale Frage durch Herstellung des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln zu lösen), darauf hinausläuft, die Autonomie der ökonomischen Person, ohne die kein Produktivkraftfortschritt zu haben ist, zu beseitigen. Darin aber ist, wie bereits gesagt, die Gesellschaft Gegenstand der Negation. Und eben das ist die „Grenze der Gemeinschaft“ in der kommunistischen Intention, was sie erreicht, wenn sie realisiert wird, ist nicht die Lösung der sozialen Frage, sondern deren Verschiebung von den Individuen zur kommunistisch beherrschten Gemeinschaft. Während erstere sich freuen, der Drohung kapitalistischer Arbeitslosigkeit entronnen zu sein, lebt letztere zunehmend vom kapitalistischen Kredit, bis der Gläubiger zu kreditieren aufhört.

1 In diesem Sinne definiert Vittorio Hösle: „Um eine Gemeinschaft handelt es sich, wenn im Bewußtsein des einzelnen das der Gruppe Gemeinsame Grund des eigenen Denkens und Wollens ist, um eine Gesellschaft, wenn es umgekehrt das individuelle Denken und Wollen ist, das nach eigenem Selbstverständnis die Gruppe begründet“ (V. Hösle: *Moral und Politik. Grundlagen einer Politischen Ethik für das 21. Jahrhundert*, München 1997, S. 345)

August Thalheimers Faschismusanalyse nach Marx' 18. *Brumaire*¹

Vorbemerkung

Zwölf Jahre nach dem Ende der DDR ist zu gestehen, daß die – manchem damals selbstverständlich scheinende – Annahme, die Existenz dieses deutschen Staates bedeute quasi a priori die Vernichtung des Faschismus – wenigstens auf seinem Territorium –, als eine vielleicht naive Illusion abgetan werden muss. Während der sogenannten Wende in der ‚Heldenstadt‘ Leipzig die alte kaiserliche Reichskriegsflagge im Fernsehen präsentiert zu bekommen, mochte noch als aus der alten Bundesrepublik initiiertes dummes Jungenstreich von Leuten hingehen, die nicht wussten, was sie taten. Aber die Attentate ostdeutscher Jungmänner auf Ausländer, die von marschierenden Kolonnen gebrüllten Phrasen „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“, „Hoch die nationale Solidarität!“ lassen keinen Zweifel daran zu, daß zum Erbe der DDR die Hinterlassenschaft einer neonazistischen Gruppierung gehört, die sich teilweise sogar aus opponierenden Nachkommen erwiesener antifaschistischer Kämpfer rekrutiert.

Man fragt sich, erschreckt: Wie ist das möglich? Wie kann angesichts der Erfahrung des deutschen Trümmerfelds von 1945, das doch völlig offensichtlich das Produkt des deutschen Faschismus gewesen ist, jemals wieder in Deutschland den banausischen Führungsfiguren dieser Barbarei Reverenz erwiesen, Symbole des Systems als Kultgegenstände gesammelt, ideologische Sentenzen desselben artikuliert und nachgeplappert werden? Wie ist die neonazistische Resurrektion möglich? Diese Frage gestellt, bemerkt man gewiß, daß darin offenbar die bislang unterstellte Faschismuskonstruktion nicht zum Verständnis der neuen, überraschenden Phänomene hinreicht. Und, skeptisch geworden, kommt man zu der würgenden Frage: Haben wir denn je eine vernünftige Lehre gehabt, die uns den Faschismus akzeptabel erklärt, so daß wir uns nicht verwundert die Augen reiben müssen, wenn mit Springerstiefeln bewaffnete Horden ihre SA-Imitate präsentieren?

In einer bemerkenswerten Analyse zur ‚Faschismuskonstruktion in der DDR‘ stellt Werner Rühr fest:

„Ungeachtet einzelner verdienstvoller Arbeiten blieben die folgenden

1 Erstveröffentlichung in: Klassen – Revolution – Demokratie. Zum 150. Jahrestag der Erstveröffentlichung von Marx' *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte*. Hg. v. C.-E. Vollgraf, R. Sperl u. R. Hecker in der Reihe *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung*. Neue Folge 2002. Berlin: Argument Verlag 2003. S. 113-130 (Anmerkung der Herausgeber) – Überarbeitete Fassung des Vortrags auf der Konferenz *Klassen – Revolution – Demokratie* vom 20. bis 21. April 2002.

Gegenstände mehr oder weniger Desiderata der Forschung. Sie wurden nicht systematisch oder nicht kontinuierlich untersucht oder blieben in Ansätzen stecken:

- Faschismus als Massenbewegung, Struktur und Funktionsweise der organisierten Massenbasis der faschistischen Diktatur;
- Mechanismen der Mobilisierung einer Massenunterstützung für die faschistische Diktatur und den Krieg;
- Arbeiterklasse und Faschismus, Sozialpolitik der Hitlerregierung;
- das faschistische Herrschaftssystem, insbesondere die Spezifik des faschistischen Staates;
- Opfergruppen des Rassismus wie Sinti/Roma, „Erbkranke“, Homosexuelle;
- Bestimmte Verbrechen wie Euthanasie, Medizinverbrechen;
- Alltagsgeschichte, Mentalitätsgeschichte, Regionalgeschichte;
- Vergleich mit anderen Faschismen;
- Begriff und Theorie des Faschismus.

Explizite Arbeiten zu Begriff und Theorie des Faschismus wurden so gut wie keine unternommen, die Forschungen konzentrierten sich auf diesem Felde mehr oder weniger auf die historische Rekonstruktion und Analyse früherer Ansätze, vor allem in der Arbeiterbewegung. Das Fehlen theoretischer Erörterungen zum Begriff und zur Spezifik des Faschismus hatte methodisch sein Pendant in der Praxis, historisch gegebene politische Bestimmungen des Faschismus auch dann für theoretisch hinreichend bzw. erschöpfend anzunehmen, wenn deren Unzulänglichkeit, Widersprüchlichkeit und mangelnde Trag- und Erklärungsfähigkeit offen zutage lagen. Diese Vernachlässigung theoretischer Probleme sowie komparativer Untersuchungen führte nicht selten dazu, politisch-ideologische Proklamationen für eine ausreichende Rekonstruktion der Fakten zu halten und die Entwicklung von theoretischen Fragen an die empirische Forschung verkümmern zu lassen.¹

Wie man sich wohl erinnern mag, erreichte die öffentliche theoretische Erwägung über den Faschismus in der DDR ihre Spitze, wenn die unter dem Namen *Dimitroffs Definition* bekannte Sentenz: „Der Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“², wiedergegeben wurde. Den definitorischen Charakter erhielt dieser Satz, wie von Dimitroff notiert, durch die 13. Plenartagung des Exekutivkomitees der Kommunisti-

1 Vgl.: Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung. Hrsg. v. W. Röhr. Heft 16/2001. Berlin: Edition Organon. S. 17-18

2 Georgi Dimitroff: Gegen Faschismus und Krieg. Ausgewählte Reden und Schriften. Hrsg. v. R. Richter. Leipzig: Vlg. Ph. Reclam jun. 1982. S. 50. Dimitroff hielt sein Referat am 2. August 1935 auf dem 7. und letzten Weltkongress der Kommunistischen Internationale (Komintern). Der Satz lautet korrekt: „Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist, wie ihn das XIII. Plenum des EKKI richtig charakterisiert hat, die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“

schen Internationale (EKKI) Ende November bis Mitte Dezember 1933.¹ Es handelt sich also nicht um „Dimitroffs Definition“, sondern um eine Fixierung durch den Vollzugsausschuß der Kommunistischen Internationale 10 Monate nach Beginn der Kanzlerschaft Hitlers. Es ist eine bemerkenswerte Nachricht, daß *dieselbe* Fixierung – wenigstens in der DDR – noch 1989 im Bereich der Lehre und Forschung autoritative Geltung gehabt hat – 56 Jahre nach ihrer Formulierung! Natürlich kann eine Erkenntnis auf Dauer invariant bleiben, besonders wenn sie logischer oder mathematischer Art ist. Aber der Faschismus ist ein politik- und sozialtheoretischer Gegenstand, also empirischer Natur. Und in diesem Bereich des Erkennens signalisiert die nicht realisierte Veränderung einer sprachlichen Festlegung über die Dauer zweier Generationen (das ist ökonomisch die Dauer eines ganzen Kondratieff-Zyklus!), daß ganz gewiß Erkenntnisbarrieren handfestester Art errichtet gewesen sind.

Werner Röhr spricht sanft und mit Nachsicht von „Theoriescheu“, und er hat sicher recht, wenn er weiter bemerkt:

„Solcherart Theoriescheu begünstigte zweifellos auch permanente methodische Schwächen der empirischen Forschung wie z. B. deren inhaltliche Fragmentierung, institutionelle Segmentierung, eine mehrgleisige Behandlung von Sachverhalten, die sich ihrer Implikationen und Widersprüche nicht einmal bewusst wurde, und vor allem zu keinem komplexen Ansatz einer Geschichte der deutschen Gesellschaft unter dem Faschismus fand. Noch mehr aber begünstigte die Theoriescheu das Weiterwirken dogmatisierter, pseudo-marxistischer Auffassungen innerhalb der Faschismusforschung, vor allem zur Rolle der Volksmassen als Schöpfer der Geschichte und Träger des Fortschritts per se.“²

Diese Feststellung erklärt aber nicht, wieso die entsprechenden Fachleute nicht längst vorliegende theoretische Ansätze rezipiert, auf ihre Tragfähigkeit geprüft und in erforderlicher Verarbeitung das „Fehlen theoretischer Erörterungen“ beseitigt haben.

Zu denen, die bekanntermaßen eine Faschismustheorie, mindestens – wie in empirischen Wissenschaften stets unvermeidlich – zeitabhängige Ansätze zu ihr, geliefert haben, gehört zweifellos August Thalheimer, promovierter Linguist, Schüler und Protegé Rosa Luxemburgs, Gründungsmitglied ebenso des Spartakusbundes wie der KPD, deutscher Hauptvertreter des dialekti-

1 Die Tagung fand vom 28. November bis zum 12. Dezember 1933 in Moskau statt. Ihre Thesen wurden unter dem Titel *Der Faschismus, die Kriegsgefahr und die Aufgaben der Kommunistischen Parteien* angenommen. Sie enthalten die Festlegung: „Der Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“ – Die Thesen suggerieren übrigens im Dezember 1933: „In Deutschland ... beginnt bereits der neue revolutionäre Aufschwung.“ Über die Aufgaben der Kommunisten in ihm stellen sie fest: „In der Massenarbeit der kommunistischen Parteien muß mit allem Nachdruck die Frage der *Macht* gestellt werden. Die Hauptlosung der Kommunistischen Internationale in diesem Kampfe ist die *Sowjetmacht*.“ (In: Die Kommunistische Internationale (1928/43). Hrsg. v. d. Parteihochschule *Karl Marx* beim ZK der SED. Berlin: Manuskriptdruck 1956. S. 266, S. 270-271 und S. 280.)

2 Wie Fußnote 1, S. 562

schen Materialismus in den zwanziger Jahren des abgelaufenen Jahrhunderts, mit seinem Freund Heinrich Brandler in der politischen Führung der KPD bis 1923 aktiv, dann – nach dem Oktoberdesaster dieses Jahres – von 1924 bis 1928 im „Ehrenexil“ in Moskau, ferngehalten von den KPD-Führungsentscheidungen, schließlich in der berüchtigten ‚Wittorf-Affäre‘ vom September/Oktober 1928 nach Stalins Intervention zugunsten Thälmanns endlich im Januar 1929 als „Rechter“ mit etwa 6000 anderen aus der KPD ausgeschlossen. In der Ideologie der kommunistischen Partei avancierte Thalheimer vom „Rechten“ schließlich zum „Trotzkisten“ und war damit für alle faschismustheoretische Rezeption in der DDR tabuisiert. Die von Werner Röhr diagnostizierte „Theoriescheu“ in Sachen Faschismuserklärung hat mit Bezug auf Thalheimer einen klaren und einfachen Grund: Ihn zu zitieren oder gar, wenn auch nur partiell, positiv zu rezipieren, hätte den augenblicklichen Verlust des Einkommens für theoretische Arbeit zur Folge gehabt. Die „bürgerliche“ Forschung konnte studiert und – natürlich – kritisiert werden. Aber „Trotzkisten“ waren Gesandte des – mit George W. Bush zu sprechen – „Bösen“ an sich, Schurken überhaupt. Und hätte jemand Thesen einer möglichen Faschismustheorie formuliert, die auch nur ahnungsweise eine Anknüpfung an Thalheimers Vorstellungen zu signalisieren schiene, wären Konkurrenten aufgetreten, die ihnen die verdächtige Nähe zur Lehre des „Rechten und Trotzkisten“ Thalheimer schnurstracks angesehen und auf der nächsten Versammlung ihre dringenden Warnungen proklamiert hätten.

Die so zu erklärende Theoriescheu ist nun dank der Selbstauflösung der kommunistischen Herrschaft nicht mehr nötig. Daher ist es möglich, die Frage nach den Gründen der Resurrektion faschistischer Tendenzen mit Blick auf den Ansatz Thalheimers zur Debatte zu stellen. Dies um so mehr, als sein Ansatz eine intensive Rezeption des Werks von Marx einschließt, dessen hier gedacht werden soll.

Der frühe Ansatz

Am 15. Januar 1923 publiziert *Die Internationale* anonym den Artikel „Zwischen Jena und Leipzig“, der offensichtlich aus der Feder Thalheimers stammt.¹ Angesichts des ‚Marsches auf Rom‘ Ende Oktober 1922 und der Berufung Mussolinis zum italienischen Ministerpräsidenten konstatiert Thalheimer: „Der deutsche Faschismus in seinen verschiedenen Spielarten hat einen

1 In: *Die Internationale* 6(1923)2, S. 33–41. Theodor Bergmann und Wolfgang Haible jedenfalls haben diesen Artikel in ihre Bibliographie aufgenommen. Vgl.: *Jahresbibliographie Bibliothek für Zeitgeschichte*. Stuttgart. Jahrgang 67 (1995). Essen: Klartext Vlg. 1997. S. 438–490 (als Sonderdruck erschienen). Auch K. H. Tjaden nimmt an, daß der Artikel „mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit von Thalheimer“ verfasst ist; vgl. K. H. Tjaden: *Struktur und Funktion der „KPD-Opposition (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts“-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik*, Meisenheim/Glan: Vlg. Anton Hain KG 1964. Hier: *Politladen-Reprint* No. 6, Erlangen 1970, Bd. I, S.277

starken Anstoß erhalten von dem überraschenden Erfolg seines italienischen Zwillingsbruders.“⁴¹ Der römische Paukenschlag ruft also die intellektuelle Bemühung hervor zu verstehen, was da in Erscheinung tritt.²

Und sogleich gibt Thalheimer eine typische Kostprobe seiner Sicht:

„Von der deutschen Novemberrevolution gilt buchstäblich, was Marx von der französischen Februarrevolution des Jahres 1848 sagt: sie war ‚eine Überrumpelung, eine *Überraschung* der alten Gesellschaft, und das Volk proklamierte diesen unverhofften *Handstreich* als eine weltgeschichtliche Tat, womit die neue Epoche eröffnet sei.“³ Die Parallelen zur französischen Februarrevolution des Jahres 1848 sind augenfällig. ‚Die Februartage‘, schreibt Marx, ‚bezweckten ursprünglich eine Wahlreform, wodurch der Kreis der politisch Privilegierten unter der besitzenden Klasse selbst erweitert und die ausschließliche Herrschaft der Finanzaristokratie gestürzt werden sollte. Als es aber zum wirklichen Konflikt kam, das Volk auf die Barrikaden stieg, die Nationalgarde sich passiv verhielt, die Armee keinen ernstlichen Widerstand leistete und das Königtum davonlief, schien sich die Republik von selbst zu verstehn. Jede Partei deutete sie in ihrem Sinn. Von dem Proletariat, die Waffen in der Hand, ertrotzt, prägte es ihr seinen Stempel auf und proklamierte sie als *soziale Republik*. So wurde der allgemeine Inhalt der modernen Revolution angedeutet, der in sonderbarstem Widerspruch stand zu allem, was mit dem vorliegenden Material, mit der erreichten Bildungsstufe der Masse, unter den gegebenen Umständen und Verhältnissen zunächst unmittelbar ins Werk gesetzt werden konnte. ... Während das Pariser Proletariat noch in dem Anblick der großen Perspektive, die sich ihm eröffnet hatte, schwelgte und sich in ernstgemeinten Diskussionen über die sozialen Probleme erging, hatten sich die alten Mächte der Gesellschaft gruppiert, gesammelt, besonnen und fanden eine unerwartete Stütze an der Masse der Nation, den Bauern und Kleinbürgern, die alle auf einmal auf die politische Bühne stürzten, nachdem die Barrieren der Julimonarchie gefallen waren.“⁴⁴⁵

Es besteht wohl gar kein Zweifel, daß Thalheimers Vergleich zwischen der französischen Februarrevolution von 1848 und der deutschen Novemberrevolution von 1918 erstens selbstverständlich zulässig ist und zweitens wirklich wesentlich identische soziale und politische Phänomene avisiert. Beide Revolutionsakte haben die soziale Frage zur Basis, in beiden wird daher die

1 Die Internationale. A. a. O. S. 33

2 Thalheimer war nicht der erste, der zum Faschismus publizierte. Schon am 15. November 1922 erschien in der ‚Internationale‘ ein Beitrag von A. Jacobsen unter dem Titel *Der Faschismus*, in dem dieser als internationale Erscheinung verstanden wird. Jacobsen erklärt weiter: „Der Faschismus ist ... keineswegs eine Bewegung, die nur von bürgerlichen Elementen und vom Lumpenproletariat getragen wird, sondern hat ihr Fundament in breiten Bauern- und Kleinbürgermassen, ja auch Arbeitern, deren Ideologie kleinbürgerlich-syndikalistisch ist.“ Vgl.: Die Internationale 5(1922)10, S. 302

3 MEW 8, S. 117-118 (Zitat nach dieser Ausgabe von mir korrigiert; diese Korrektur erfolgt auch in allen weiteren Fällen - P.R.)

4 Ebd., S. 120-121

5 Die Internationale. A. a. O., S. 34

rote Fahne Symbol der Arbeiterforderungen (die das natürlich auch dann sind, wenn die Fordernden Matrosenkleidung tragen). Es „war nicht die deutsche Bourgeoisie, die die Novemberrevolution machte, sowenig wie die französische Februarrevolution von 1848 von der französischen oder die russische Februarrevolution von 1917 von der russischen Bourgeoisie gemacht wurde. Die Träger der Revolution waren ‚Arbeiter und Soldaten‘, das industrielle Proletariat der Großstädte und die aktivsten Elemente des Kleinbürgertums. Die fortgeschrittensten Reihen des Proletariats proklamierten die errungene Republik als Räterepublik, zu der bereits die organisatorischen Grundlagen von ihnen gelegt wurden in Gestalt der Arbeiter- und Soldatenräte. Aber diese Räterepublik war nicht minder eine Illusion, wie die ‚soziale Republik‘ des Jahres 1848 in Frankreich.“¹ Diese Illusion, so Thalheimer weiter, platzt, weil ihr das Bündnis der großen Mehrheit der Arbeiterschaft „mit den aktivsten Schichten des Kleinbürgertums, der proletarischen und halbproletarischen Intelligenz“ zu Grunde liegt. „Die klassische Verkörperung dieser gemeinsamen Illusionen waren die Soldatenräte, in denen Kleinbürgertum und Intelligenz die Führung hatten.“² Dem Bündnis des Proletariats mit dem Kleinbürgertum, so Thalheimer weiter, versetzte die große Bourgeoisie, auf Geldentwertung und Rezession gestützt, Schlag auf Schlag. „Die kleinbürgerlich-sozialdemokratische Demokratie wich Schritt für Schritt zurück, ... ohne auch nur den Kampf versucht zu haben. Die ‚Sozialisierung‘ der berühmten Sozialisierungskommission endete mit einem Abortus. ... Warum diese ständigen Rückzüge ohne Kampf? ... Weil jeder ernsthafte Kampf nicht nur das Band ... mit dem Kleinbürgertum zu zerreißen drohte, ... weil hinter jeder breiten Massenaktion das Gespenst ... des Kommunismus auftauchte.“³

Die entscheidende Folgerung, die Thalheimer nun aus dieser Beurteilung des Ganges der Ereignisse zieht, lautet: „Das negative Ergebnis der kleinbürgerlich-sozialdemokratischen Politik ist die wahre Quelle des Faszismus.“⁴ Und weiter wird gesagt: „Der deutsche Faschismus ist der Versuch des Kleinbürgertums und der mit ihm verbundenen Schichten der Intelligenz, auf seine, d. h. auf kleinbürgerliche Weise einen Rettungsweg zu versuchen, nachdem der demokratisch-sozialistische Rettungsweg es in die Wüste geführt hat.“⁵ Und weiter heißt es nach dem Vorbild der Analyse von Marx: „Wenn der französische Parzellenbauer für diese Mittlerrolle sich den Louis Napoleon mit seiner Dezemberbande ausersah, als den Neffen des Bauernkaisers, so hat der deutsche Kleinbürger bereits seine ‚Dezemberbande‘, die Deklassierten des Krieges und des wirtschaftlichen Zerfalls und die Häupter, was können sie anders sein, als die deutschen Napoleone, die Götzen des Kriegs? Wenn sie

1 Die Internationale. A. a. O., S. 35

2 Ebd.

3 Ebd., S. 37

4 Ebd.

5 Ebd., S. 38

die Marneschlacht und den Krieg verloren haben – haben sie dafür nicht die Schlachten in den Straßen Berlins gewonnen?“¹

Später wird Thalheimer den Faschismus als kleinbürgerliche Konterrevolution bestimmen. Daher ist es wichtig, sich den Ausgangsansatz von 1923 noch mehr zu vergegenwärtigen. Thalheimer erklärt (das steht im strikten Gegensatz zur oben zitierten EKKI-Definition des Faschismus):

„Einfach unter dem Kommando der großen Bourgeoisie kann der Faschismus nicht gehen. Die große Bourgeoisie ist ideologisch bankerott. Sie bedrückt das Kleinbürgertum materiell. Aber der Kleinbürger ist für die bürgerliche Ordnung. Wie sich aus diesem Dilemma retten? Der Kleinbürger greift zu seinem alten Rezept des Einerseits-Andererseits, der guten und der schlechten Seite. Die gute Seite, das ist der christliche Kapitalist, der Industrielle, der Produktive; die schlechte Seite, das ist der jüdische Kapitalist, der Händler, der Wucherer, der Parasit. ...

Der faschistische Kleinbürger will eine starke Regierungsgewalt. Starke Regierungsgewalt, das ist ein großer Beamtenapparat. Er will aber zugleich ‚sparsame Wirtschaft‘, also Einschränkung des Beamtenapparates. Also werden alte Beamte entlassen, und dafür kriecht die neue ‚Dezemberbande‘ selbst in die Staatsuniform, was den Apparat ... nicht sparsamer, sondern kostspieliger macht.

Der faschistische Kleinbürger sorgt auch für den Arbeiter – als patriarchalischer Wohltäter. ... Aufgeräumt muß werden mit den Geschenken des Staats an den Arbeiter auf Kosten des Kleinbürgers, mit wohlfeilem Brot, mit wohlfeilen Mieten usw. Dafür wird ihm der Diktator, den sich der Kleinbürger erwählt, Arbeit verschaffen ... Er wird den ‚guten Arbeiter‘ gegen den ‚schlechten Arbeiter‘ schützen. Er wird den ‚guten Unternehmer‘ belohnen und den ‚schlechten‘ strafen. ...

Schluß endlich auch mit dem Unfug des ‚Internationalismus‘. Die Religion des Kleinbürgers ist – der Nationalismus. ...

Was wird die historische Rolle des Faschismus sein, wenn er siegen sollte? Er wird die friedlichen demokratischen Illusionen liquidieren, sowohl die der politischen Demokratie wie der wirtschaftlichen Demokratie. Aber er kann keines der Probleme lösen, die er sich gestellt hat.“²

Man wird kaum bestreiten können, daß hier im Januar 1923 eine ziemlich klare Sicht formuliert wird, die die Figur des faschistischen Kleinbürgers zu bestimmen versucht und ins Zentrum der möglichen Faschismuslehre rückt. Das ist ein theoretisch fixierter Typus, der von der NSDAP-Personage mühelos realisiert wird. Natürlich kann Thalheimer zu dieser Zeit noch nicht wissen, welche Befehle der gescheiterte Kunstmaler Hitler geben, wozu der

1 Ebd.

2 Ebd., S. 38 -39. Die Ersetzung der Demokratie durch das dem Militär entlehnte Kommando- prinzip, für den Faschismus charakteristisch, verwandelte später, wie bekannt, die Betriebsbelegung in eine „Gefolgschaft“, den auf eigene Rechnung wirtschaftenden Betriebseigner in einen „Gefolgschaftsführer“.

Hühnerzüchter Himmler fähig sein, was der Arzt Mengele an der Rampe von Auschwitz betreiben wird. Aber die Identifikation des Kleinbürgers als eines Trägers faschistischer Orientierung ist gewiß keine Fehldeutung.

Die Entwicklung des Konzepts

Angesichts des Ganges der Ereignisse nach dem ‚deutschen Oktober‘ von 1923 ist es sicher verständlich, wenn notiert werden muss, daß die nächsten Schritte Thalheimers zur Ausbildung seiner Faschismuslehre erst viereinhalb Jahre später erfolgen. Erstens hatte, so darf ich angesichts unseres Themas vielleicht sagen, der 18. Brumaire (also der 9. November) Ludendorffs und Hitlers 1923 eine Niederlage erlitten und den Faschismus in Deutschland für eine gewisse Zeit zu einer bayerischen Provinzgaudi gemacht, die nicht mehr ernst genommen wurde. Zweitens hatte Thalheimer in seinem Moskauer ‚Ehrenexil‘ neben seiner philosophischen Lehre¹ mit Fraktionskämpfen zu tun, die für wissenschaftliche Analyse nie geeignete Bedingungen liefern.² Er kam endlich im Mai 1928 nach Hause und begann wohl umgehend mit einer Ausarbeitung, über die er später kurz berichtet: „Im Sommer 1928 reichte ich an die Programmkommission der Kommunistischen Internationale, deren Mitglied ich damals noch war, eine umfangreiche Denkschrift zu den programmatischen Fragen ein.“³ Es ging um das Komintern-Programm, das ihr 6. Weltkongreß annehmen sollte.⁴

In seinem Programm findet sich ein Abschnitt *Die Krise des Kapitalismus und der Faschismus*, der möglicherweise hin und her gewendete Formulierungen Thalheimers enthält, auf deren Identifikation ich hier jedoch verzichte. Ganz sicher stammt die folgende Passage nicht von Thalheimer:

„Je nach der politischen Konjunktur bedient sich die Bourgeoisie der faschistischen Methoden oder der Methoden der Koalition mit der Sozialdemokratie, die nicht selten, besonders in für den Kapitalismus kritischen Zeiten, eine offen faschistische Rolle spielt. Die Sozialdemokratie zeigt im Laufe der Entwicklung faschistische Tendenzen, was sie jedoch nicht hindert, im Falle einer Änderung der politischen Konjunktur gegen die bürgerliche Regierung als oppositionelle Partei aufzutreten. Faschismus und Koalition mit der Sozialdemokratie sind beide für den normalen Kapitalismus ungewöhnliche Methoden. Sie sind Anzeichen für das Bestehen einer allgemeinen Krise des

1 A. Thalheimer: Einführung in den dialektischen Materialismus (Die moderne Weltanschauung). Sechzehn Vorträge, gehalten an der Sun-Yat-Sen-Universität zu Moskau vom 5. Februar bis 23. Mai 1927. Wien - Berlin: Vlg. f. Lit. u. Pol. 1928

2 Vgl.: Das erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek. Hrsg. v. Jens Becker, Theodor Bergmann u. Alexander Watlin. Mainz: Decaton Vlg. 1993

3 A. Thalheimer: Über den Faschismus. In: Der Faschismus in Deutschland. Bd. 1. Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928-1933. Hrsg. u. eingel. Gruppe Arbeiterpolitik 1973. 2. erw. Aufl. 1981. O. O. (1973 erschien die Erstauflage bei der EVA, Frankfurt a. M.), S. 28

4 Der Kongress fand vom 17. Juli bis zum 1. September 1928 in Moskau statt

Kapitalismus und werden von der Bourgeoisie benützt, um den Vormarsch der Revolution zu hemmen.“¹

Von den „faschistischen Tendenzen“ der Sozialdemokratie zum „Sozialfaschismus“ ist es natürlich nur ein kleiner Schritt. Und beide Vorstellungen machen den Namen *Faschismus* zu einem Zeichen für die Nacht, in der alle Kühe grau sind. Mit dem Hochhalten dieses Signums ist aus Gründen allein der Logik unmissverständlich der Verzicht auf jede Faschismustheorie verbunden.

Thalheimer reproduziert seinen Ansatz von 1922/23 nun mit der Erklärung: „Der beste *Ausgangspunkt* für die Untersuchung des Faschismus scheint mir die Marxsche und Engelssche Analyse des Bonapartismus (Louis Bonaparte) zu sein. Wohlverstanden, ich setze nicht Faschismus und Bonapartismus *gleich*. Aber es sind *verwandte* Erscheinungen mit sowohl gemeinsamen als auch mit abweichenden Zügen, *die beide* herauszuarbeiten sind.“² Dieser Gesichtspunkt wird nun streng festgehalten und ist auch für alle späteren Äußerungen Thalheimers bindend. Es seien im folgende einige wenige, aber wichtige Phänomene notiert, die Thalheimer heraussondert:

Erstens handelt es sich um die Preisgabe der politischen Existenz im Interesse der Erhaltung der sozialen: „Marx entwickelt im einzelnen, wie die französische Bourgeoisie nach 1846-49 angesichts der Erhebung der Arbeiterklasse in der Junischlacht, um ihre soziale Existenz zu retten, ihre *politische Existenz preisgibt*, sich der Diktatur eines Abenteurers und seiner Bande preisgibt.“³ Diese Sicht entnimmt Thalheimer der Marxschen Feststellung:

„Indem ... die Bourgeoisie, was sie früher als ‚*liberal*‘ gefeiert, jetzt als ‚*sozialistisch*‘ verketzert, gesteht sie ein, daß ihr eignes Interesse gebietet, sie der Gefahr des *Selbstregierens* zu überheben, daß, um die Ruhe im Lande herzustellen, vor allem ihr Bourgeoisiparlament zur Ruhe gebracht, um ihre gesellschaftliche Macht unversehrt zu erhalten, ihre politische Macht gebrochen werden müsse; daß die Privatbourgeois nur fortfahren können, die andern Klassen zu exploitiern und sich ungetrübt des Eigentums, der Familie, der Religion und der Ordnung zu erfreuen, unter der Bedingung, daß ihre Klasse neben den andern Klassen zu gleicher politischer Nichtigkeit verdammt werde; daß, um ihren Beutel zu retten, die Krone ihr abgeschlagen und das Schwert, das sie beschützen solle, zugleich als Damoklesschwert über ihr eignes Haupt gehängt werden müsse.“⁴

Natürlich unterstellt diese Deutung die Unterscheidung des Staates von

1 In: Die Kommunistische Internationale (1928/43). Hrsg. v. d. Parteihochschule ‚Karl Marx‘ beim ZK der SED. Berlin: Manuskriptdruck 1956. S. 20-21

2 Thalheimer a. a. O., S. 28. Auch in: Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus. Hrsg. v. W. Abendroth. Frankfurt a. M.: EVA 1967. S. 19

3 Thalheimer a. a. O., S. 29 (in der Abendroth-Edition S. 19-20, aber ohne Hervorhebung)

4 MEW 8, S. 154 (Thalheimers Zitat aus dem 18. Brumaire wurde von mir nach der MEW-Ausg. korrigiert - P.R.)

der Gesellschaft, eine Unterscheidung, die Marx aus der Rezeption der klassischen deutschen Philosophie mitbringt, insbesondere der *Grundlinien der Philosophie des Rechts* von Hegel¹. Es versteht sich, daß diese Sicht für eine Lehre, die den Staat ideell aus der gesellschaftlichen (sozialen) Bemühung um Konfliktlösung hervorgehen lässt, inakzeptabel sein muß. Denn sie kennt ja eben nicht die Unterscheidung der *Gesellschaft* vom Staat als einer politischen Realisation der *Gemeinschaft* (eines Stammes, eines Volkes, einer Nation etc.). Weil ihr der Staat eine gesellschaftliche Veranstaltung ist, vermag sie nicht zu sehen, daß die Staatsgewalt gegen die langfristigen Interessen der Bürgerklasse verstoßen könne. Denn das wäre in dieser theoretischen Konstruktion in der Tat absurd. Man kann aber sehr wohl in Frage stellen, ob diese Konstruktion eine den empirischen und historischen Staatsphänomenen adäquate Explikation liefert. Man sehe sich nur die wirkliche Geschichte der Staatsbildungen an, und man wird zugeben müssen, daß die Genesis eines Staats aus der erfolgreichen gesellschaftlichen Suche nach institutionellen Arrangements zu Konfliktlösungen bestenfalls aus der Geschichte der englischen Revolution (und der der Konstituierung der USA) eine gewisse Konfirmation erlangen kann, also eine sehr angelsächsische Konstruktion ist. Sparta, Athen, Roms Republik und Imperium, das chinesische Kaiserreich, das Frankenreich etc. etc. sind alle nicht durch soziale Vereinbarung entstanden, sondern durch Krieg, Unterwerfung, Eroberung mit Hilfe einer militärisch verfassten Männergemeinschaft. Dies ist im Unterschied zur angelsächsischen *bürgerlichen* Revolutionserfahrung die Staatserfahrung des Kontinents.²

Akzeptiert man diese Auffassung, die hier natürlich nur angemerkt werden kann, so ist die Vorstellung von der Preisgabe der *politischen* Intention im Interesse der Erhaltung der *sozialen* Existenz völlig einsichtig und klar: Der kleindeutsche Staat, der 1871 ausgerechnet in Versailles proklamiert wurde, war als preußische Eroberung Deutschlands (besonders in den konterrevolutionären Attacken der Preußen 1849 von Dresden bis Rastatt realisiert, 1866 fleißig wiederholt) eine politische Veranstaltung, in der das Bürgertum keineswegs die allein determinierende Klasse oder Schicht oder Gruppe war. Das hatte das Bürgertum auch genau gewusst: „Der Bürger ist geschaffen zur Arbeit, aber nicht zur Herrschaft, und des Staatsmanns wesentliche Aufgabe ist zu herrschen.“³ Das preußische Dreiklassenwahlrecht galt bis zum Ende

1 In: G. W. F. Hegel: Sämtliche Werke. Jubiläumsausg. in zwanzig Bänden. Hrsg. v. H. Glockner. Siebenter Band. Stuttgart: Fr. Frommanns Vlg. 1928. Auch: Ders.: *Grundlinien ...* Nach d. Ausg. v. E. Gans hrsg. v. H. Klenner. Berlin: Akad.-Vlg. 1981 (Diese Ausgabe benutzte Marx.)

2 Während das englische Königtum im Kampf gegen Spanien zur See rüstete, daher auf dem *Land* eine zu schwache Armee hatte, um Cromwell niederzuwerfen, hatte der Kontinent mit seinen Landheeren die entsprechende fürstliche Spitze, die die Interessen der politischen Gemeinschaft gegen die Interessen der Handel treibenden Gesellschaft sehr wohl durchzusetzen wusste. Dass sich Ludwig XIV. für den Staat hielt, heißt nur, daß das den Staat repräsentierende Individuum seine Vorstellungshandlung für das hielt, was es vorstellte. Diesem Schein erliegen Kaiser, Könige, Fürsten, erste und Generalsekretäre etc. etc. sehr gern und mit dumpfen Genuss.

3 So die berühmte Phrase Hermann Baumgartens in seiner Schrift *Der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik*. Hier in der Edition v. A. M. Birke zitiert: Frankfurt/M-Berlin-Wien: Vlg. Ull-

der Hohenzollernmonarchie, und das preußische Herrenhaus entschied, was den preußischen Bürgern durchgelassen werden konnte und was nicht.

Angesichts dieser wirklichen Klassenbasis des Staates und seiner über Steuern finanzierten politischen Existenz ist die Annahme vom bürgerlichen Verzicht auf die direkte politische Machtausübung keineswegs kurios. Sie meint nur die scheinbare Rückkehr zu Zuständen, die den Bürgern wohl vertraut waren (besonders im Zeitalter des kontinentalen Absolutismus seit dem Ende des 15. Jahrhunderts und der nachnapoleonischen Restaurationsperiode seit dem Wiener Kongress 1814/1815). Neu ist nicht die monarchische Konstruktion, sondern die *plebiszitäre* Beglaubigung einer politischen Führungsgruppe, die ihren „Präsidenten“ in den „Kaiser“ umzubenennen innen- und außenpolitisch für vorteilhaft hält.

Dass der Bürger, der bourgeois, unter *Anerkennung* einer gegebenen politischen Macht das soziale Geschäftemachen betreibt, kann jeder an den Verfahrensweisen im Außenhandel erkennen. Heute wird dies gegen die Attacken auf Grund merkwürdigen Verhaltens entsprechender Mächte in Sachen Menschenrechte mit dem Hinweis auf die Arbeitslosigkeit und die nötige Erhaltung der Arbeitsplätze ideologisch plausibel gemacht. Thalheimer mutet uns nur zu, was wir im Außenhandel als bare Selbstverständlichkeit erfassen auch im Inneren als mögliche Attitüde zu erkennen. Er nennt das fragliche Phänomen mit Marx „die verselbständigte Macht der Exekutivgewalt“¹.

Zweitens ist die These wichtig, daß die Genesis der bonapartistischen Macht die Sammlung der ‚Gesellschaft des 10. Dezember‘ impliziert. Es versteht sich, daß Thalheimer mit Bezug auf diese ‚Dezemberbande‘ des Jahres 1849 die Terrorbanden im Blick hat, durch die der Faschismus seit dem November 1920 seinen Charakter manifestierte.² In Deutschland wird die SA am 3.

stein GmbH 1974, S. 43. Über unseren Problemkomplex sagt Baumgarten übrigens: „In jedem monarchischen Staat ist der Adel der eigentlich politische Stand. ... alle modernen Staaten ruhen wesentlich auf der bürgerlichen Arbeit, alle werden daher auch im politischen Leben den bürgerlichen Kräften einen bedeutenden Einfluß einräumen müssen. Aber zur eigentlichen politischen Aktion ist nichtsdestoweniger der Mittelstand wenig geschaffen.“ (Ebd. S. 42.). Das ist Baumgartens Einsicht nach dem Kanonendonner von Sadowa, der Österreich aus der möglichen deutschen Einheit ausschloss.

- 1 MEW 8, S. 204. Marx erklärt sarkastisch: Die französische Bourgeoisie rief wegen der Entscheidung der Bauern „nach dem coup d'état: Nur noch der Chef der Gesellschaft vom 10. Dezember kann die bürgerliche Gesellschaft retten! Nur noch der Diebstahl das Eigentum, der Meineid die Religion, das Bastardtum die Familie, die Unordnung die Ordnung!“ (Ebd.)
- 2 Ich zitiere: „Ab November 1920 überzog die squadristische Offensive das ganze Land. Während der ersten drei Monate des Jahres 1921 kam es allein in der Umgebung von Ferrara zu 130 Strafexpeditionen; 40 ‚Häuser des Volkes‘ und Sitze der Sozialistischen Partei wurden dabei zerstört, 17 von 21 linken Gemeindeverwaltungen mit Gewalt aufgelöst. Nach dem Zahlenmaterial von Angelo Tascas gab es am 1. September 1921 726 verwüstete Parteisitze, 166 linke Militante waren umgebracht und 500 verletzt worden. Das dynamische Element des Squadristen-Terrors war der Agrar-Faschismus, der sich am 21. November 1920 mit dem Blutbad beim Palazzo d'Accursio in Bologna manifestierte.“ (Aus: Giovanni de Luna: Benito Mussolini mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. 3. Aufl., Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Vlg. 1993, S. 40. Tascas Darstellung *Nascita e avvento del fascismo* erschien 1950 in Florenz.)

August 1921 gegründet und schafft sich am 4. November desselben Jahres mit der ‚Schlacht im Hofbräuhaus‘, die den Disput mit linken Opponenten beendet, wie man heute so gern sagt, ihren ‚Mythos‘, d. h. ihr Bild als eine Schlägerbande, die garantiert, daß allein der Führer redet, die Geführten dagegen hören – und das Maul halten.

Das Prinzip einer Privatarmee ist nun gewiß nicht allein durch den Faschismus in die Welt gesetzt worden. Und sicher ist auch Louis Napoléon Bonaparte nicht der erste gewesen, der ein solches Werkzeug politischer Machtausübung hervorgebracht hat. Manches Fürstentum war originär nichts anderes als das Ergebnis der Aktivität einer Räuberbande, später durch die Verwandlung von Konfiskationen in Steuern sozial besänftigt. Was aber die faschistische Privatarmee auszeichnete, war der hemmungslose Terrorismus, der endlich zur Bestialität einer Menschenvernichtungsmaschinerie avancierte, von der Thalheimer – wie übrigens alle Welt einschließlich der Faschisten selbst – 1928 noch keine Vorstellung haben konnte. Aber die Beschreibung, die er gab, hatte das Format tiefer theoretischer Erkenntnis:

„Wirtschaftlich und sozial entwurzelte, von der unmittelbaren Produktion ausgestoßene parasitische Elemente aller Klassen sind der natürliche Stoff, die natürlichen Werkzeuge der ‚verselbständigten Exekutivgewalt‘. In diesem gesellschaftlichen Abhub sind die Unterscheidungsmerkmale der Klassen verwischt. Er ist frei von den ideologischen usw. Bindungen an die einzelne Klasse, deren Abfall er ist, insofern kann er sich über sie erheben und zwischen ihnen lavieren. Andererseits: Er stellt nicht die revolutionäre, sondern die konterrevolutionäre Aufhebung dieser Klassenmerkmale vor, die Negation des bürgerlichen Klassenprinzips, die *innerhalb dieses Prinzips bleibt*. Der Dieb z. B. vollzieht die Aufhebung des bürgerlichen Eigentums noch auf dem Boden des bürgerlichen Eigentums. Er hebt das Privateigentum anderer auf, um es *für sich*, also individuell herzustellen. Der bekannte Proudhonsche Satz: ‚La propriété c’est le vol‘ (= ‚das Eigentum ist Diebstahl‘) gilt also auch umgekehrt: ‚le vol c’est la propriété‘, Diebstahl ist Eigentum. Und so sind diese Deklassierten aller Klassen *zugleich* Fleisch vom Fleische, Bein vom Beine des Privateigentums, der bürgerlichen Gesellschaft, und also fähig, indem sie ihre politische Herrschaft vernichten, zugleich ihre soziale Herrschaft zu verteidigen und zu schützen gegenüber der Klasse und den Klassen, die die *revolutionäre* Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft, die gesellschaftliche Aufhebung des individuellen bürgerlichen Eigentums, vertreten, des industriellen Proletariats und der proletarisierten Teile des Bauerntums.

Ökonomisch haben diese deklassierten Elemente, die Parasiten aller Klassen, einen natürlichen Drang, sich in der Regierungsmaschine und der bonapartistischen Parteimaschine eine *Existenzquelle* zu sichern. Daher das ungeheure Anschwellen des verselbständigten Exekutivapparates.“¹

Es sollte vielleicht an dieser Stelle Mussolinis Reaktion auf den Mord an

1 Thalheimer a. a. O., S. 31-32 (in der Abendroth-Edition S. 22-23, aber ohne Hervorhebung)

Matteotti am 3. Januar 1925 vor dem italienischen Parlament notiert werden, weil sie zur Sache gehört und zeitlich vor Thalheimers Analyse formuliert wurde:

„... ich erkläre hier vor dieser Versammlung und vor dem ganzen italienischen Volk, daß ich, ich allein die politische, moralische, historische Verantwortung für das, was geschehen ist, auf mich nehme. Wenn der Faschismus eine Verbrecherbande ist, dann bin ich eben der Anführer dieser Verbrecherbande.“¹

Mussolini wurde nicht zum Teufel gejagt – ebensowenig wie Hitler nach der Mordaktion vom 30. Juni bis 2. Juli 1934. Beide Ereignisse zeigen den Faschismus in seiner kriminellen Energie, die durch Thalheimers Charakterisierung erst verstanden wird. Man könnte sie nur verschärfen: Es handelt sich nicht nur um die diebische Aufhebung des Privateigentums, sondern um die mörderische.

Drittens halte ich Thalheimers Feststellung über einen „gescheiterten Ansturm des Proletariats“ als historischer Voraussetzung des Faschismus, die sich natürlich auch auf den 18. Brumaire stützt, für höchst wesentlich: „Im Falle des italienischen Faschismus, wie in dem des Bonapartismus, ein gescheiterter Ansturm des Proletariats, darauffolgende Enttäuschung in der Arbeiterklasse, die Bourgeoisie erschöpft, zerfahren, energielos nach einem Retter ausschauend, der ihre soziale Macht befestigt. Übereinstimmung auch in der Ideologie: als Hauptmittel die ‚nationale‘ Idee, der Scheinkampf gegen parlamentarische und bürokratische Korruption, Theaterdonner gegen das Kapital usw. Verwandte Züge schließlich bei den ‚Helden‘ des Staatsstreichs.“² Natürlich kann man Thalheimers „Ansturm des Proletariats“ historiographisch heftig problematisieren. Dennoch bleibt feststehend, daß die französische Februarrevolution von 1848 und die deutsche Novemberrevolution von 1918 genau das waren, was Sozialtheoretiker wie -kritiker seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts als die eine Möglichkeit in einer Alternative immer erkannt haben: Soziale Revolutionen, die eintreten, wenn soziale Reformen ausbleiben, aus Dummheit oder Arroganz des Besitzes gar verhindert werden. Die französische Februarrevolution hat diesen Sachverhalt durch die Einrichtung der Nationalwerkstätten anerkannt, die bald über 100.000 Arbeitslose unterhalten mußten. Die deutsche Novemberrevolution hat die gleiche Anerkennung ausgesprochen, indem in ihr die Sozialisierung mit Einrichtung einer entsprechenden Kommission unter Leitung des Repräsentanten der klassischen marxistischen Orthodoxie Karl Kautsky regierungsamtlich anerkannt worden ist. Von der DDR als dem kommunistischen Unternehmen nach dem Zweiten Weltkrieg in einem Teil Deutschlands muss wohl nicht besonders beglaubigt werden, daß sie als Thalheimerscher „Ansturm des Proletariats“ zu

1 Zitiert von G. de Luna in: Benito Mussolini ..., a. a. O., S.58

2 Die Internationale. A. a. O., S. 40 (in der Abendroth-Edition S. 32)

denken sei. Wer das heute nicht mehr glaubt, studiere den sächsischen Volksentscheid vom 30. Juni 1946!

Das Phänomen, das Thalheimer mit der Vorstellung vom Scheitern eines proletarischen Ansturms als Vorbedingung des Faschismus avisiert, kann sicher sozialpsychologisch erfasst werden: Wenn Ideologen wie Louis Blanc neun Jahre vor der Revolution die ‚Organisation der Arbeit‘¹ als Lösung der sozialen Frage präsentieren, wenn eine sozialistische Partei 43 Jahre vor der Revolution proklamiert: „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages“², und wenn schließlich die Revolution kommt, jedoch die mit ihr seit langem verknüpften Hoffnungen nicht erfüllt werden, dann ist die Stunde der faschistischen Demagogen gekommen.

Sie suggerieren die Organisation und Befreiung der Arbeit als einfachen Akt des Rauswurfs der in Prosperitätszeiten gelockten und dann wirklich immigrierten Arbeiter fremder Nationalität. Sie knüpfen an die altantiken Vorschriften über den Ausschluss der Zinsnahme von Stammesgenossen an und unterscheiden das „raffende“ vom „schaffenden“ Kapital, um ersteres als Feind zu denunzieren und letzteres nicht attackieren zu müssen. Dadurch nehmen sie die kapitalismuskritische Pointe der vorhergehenden Ideologien auf, die die *Verhältnisse* angeprangert hat, und verkehren sie in Denunziation identifizierbarer *Individuen*, die man umbringen kann. Sie mobilisieren für die ‚Ehre und den Ruhm‘ der ‚nationalen Arbeit‘, die vornehmlich als Rüstungsproduktion forciert wird und favorisieren den imperialistischen Angriff auf fremde Völker als die vermeinte Lösung der sozialen Frage. Daher ist der Nationalismus für sie unverzichtbar. Wird er noch durch dumm dreisten Rassismus komplettiert, ist der Krieg die unvermeidliche Konsequenz. Damit löst der Faschismus natürlich auf Dauer kein soziales Problem, sondern tritt nur als der entschiedene Zerstörer aller bisherigen Produktionsbedingungen und -resultate auf.

Dass er eine Chance hat, ein ganzes Volk bis zur völligen Vernichtung seiner faschistisch geführten Armee bei der Stange zu halten, hat sich Thalheimer 1928 gewiß nicht vorgestellt. Es ist aber nichtsdestoweniger eine bare Tatsache, die noch immer der Erklärung harrt. Und vielleicht ist es gerade Thalheimers Lehre, die bei geeigneter Rezeption hier weiterführen kann. In einer Anmerkung zu seiner 1919 erschienenen *Soziologie der Imperialismen* hat Joseph Schumpeter mit Bezug auf die Teilnahme von Arbeitern an exportmonopolistischen Gewinnen (die Thalheimer später für eine Bedingung der englischen und französischen Demokratie hielt) erklärt:

1 In deutscher Übersetzung der Fassung von 1839 vollständig abgedruckt in: Joachim Höppner, Waltraud Seidel-Höppner: Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx. Bd. II: Texte. Leipzig: Vlg. Ph. Reclam jun. 1975. S. 327-371

2 Das fordert das Gothaer Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, die sich später SPD nannte. In: Marga Beyer u. Gerhard Winkler: Revolutionäre Arbeitereinheit. Eisenach - Gotha - Erfurt. Berlin: Dietz Vlg. 1975. S. 78

„Ein Imperialismus, bei dem die Unternehmerkreise und andre Faktoren durch scheinbar von den Erfolgen des Exportmonopolismus abhängige sozialpolitische Konzessionen um die Gefolgschaft der Arbeiter werben, ist das, was man *Sozialimperialismus* nennen könnte. In diesem Sinn würde dem Wort eine Tatsache entsprechen. Aber natürlich wäre das kein Imperialismus der Arbeiterklasse. *Sozialimperialismus* in dem Sinn eines in der Arbeiterklasse *wurzelnden* Imperialismus gibt es nicht, obgleich es natürlich jeder Agitation möglich ist, lokal und temporär eine solche Stimmung in einer Arbeiterschaft aufflackern zu lassen. *Sozialimperialismus* in der Bedeutung von imperialistischen Interessen der Arbeiter, denen, wenn sie sie nur richtig erfassen, auch eine imperialistische *Haltung* entsprechen sollte – also in der Bedeutung einer an Arbeiterinteressen orientierten imperialistischen Politik – ist sinnlos. *Volksimperialismus ist heute unmöglich.*“¹

Das ist 1919 – auf dem Höhepunkt der deutschen Revolution gesagt. Wie aber soll man über diese ‚Unmöglichkeit‘ nach den Erfahrungen mit der faschistischen Attacke auf die europäischen Völker denken? Es ist Tatsache, daß deutsche Arbeiter und Bauern in den Uniformen der Wehrmacht wenigstens teilweise auch die Intention hatten, einen Bauernhof in der Ukraine oder an der Wolga durch ihre Teilnahme am Eroberungszug zu erlangen. Das ist eben das, was Schumpeter 1919 für ausgeschlossen hält: Volksimperialismus! Mit anderen Worten: Die von Thalheimer als Folge eines gescheiterten Ansturms des Proletariats angezeigte „Enttäuschung in der Arbeiterklasse“ kann vom Faschismus in ein imperialistisches Potential transformiert werden, das die Enteignung und Versklavung fremder Völker als Lösung der eigenen sozialen Frage zum praktischen Programm macht.²

Schließlich sei **viertens** und letztens notiert, daß Thalheimer 1928 die „faschistische Partei als das konterrevolutionäre Gegenstück zur Kommunistischen Partei Sowjetrußlands“ bestimmt³. Damit ist gewiß gemeint, den Faschismus überhaupt als konterrevolutionäre Reaktion auf den Kommunismus zu verstehen. In der *Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)*⁴ wird generell erklärt:

„Die proletarische Revolution bedeutet die Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparates und damit die Aufhebung des bürgerlichen Staates überhaupt. Die faschistische Konterrevolution ist die Verselbständigung der bürgerlichen

1 J. Schumpeter: Zur Soziologie der Imperialismen. Tübingen: Vlg. v. J. C. B. Mohr 1919. S. 67

2 Der deutsche Faschismus konnte zwischen 18 und 20 Millionen deutscher Männer für den Krieg mobilisieren, ohne daß nennenswert die rote Fahne zum Zeichen seines Sturzes erhoben worden wäre – wie im November 1918.

3 Thalheimer a. a. O., S. 42 (in der Abendroth-Edition S. 35). Das ist sicher mit Blick auf den Programmentwurf für den 6. Kominternkongreß so einschränkend formuliert.

4 Sie wurde auf der 3. Reichskonferenz der KPD-O im Dezember 1930 in Berlin beschlossen. Zitiert nach: Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition). Hrsg. v. d. Gruppe Arbeiterpolitik. Bremen: Ges. zur Förderung d. Studiums d. Arbeiterbewegung e. V. o. J.

Exekutivgewalt, die Stärkung des bürgerlichen Staatsapparates, sie bewirkt nur eine Änderung der Form des bürgerlichen Staates.“¹

Zur möglichen Frage nach Thalheimers Sicht der ‚Sozialfaschismus‘-Vorstellung sei noch zitiert:

„60. FRAGE: *Hat sich die Sozialdemokratie bereits in eine faschistische Partei umgewandelt oder kann sie es?*

ANTWORT: ... Die sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsorganisationen können sich nicht in faschistische Organisationen umwandeln, weil

1. durch Preisgabe des bürgerlich-demokratischen Gedankens das letzte ideelle Band, das diese Organisationen zusammenhielt, zerreißen und somit diese Organisationen als Massenorganisationen mit proletarischem Bestand zusammenbrechen würden;
2. weil das Hauptziel des Faschismus die Zerstörung der proletarischen Massenorganisationen ist.

Der sogenannte ‚Sozialfaschismus‘ war und ist ein Phantasieprodukt.“²

Über die praktisch politische Konsequenz dieser Feststellung muss wohl kein Wort verloren werden.

Schlussbemerkung

Mit dieser Präsentation einiger Thesen aus der Faschismuslehre Thalheimers sei die vorgestellte Skizze beendet. Ich hoffe, mit ihr gezeigt zu haben, daß aus der marxistischen Erkenntnistradition mit dem 18. Brumaire und seiner Rezeption durch Thalheimer zur politischen und sozialen Klärung von Gegenwartsfragen noch immer bedenkenswerte Ansichten zu gewinnen sind. Jedenfalls steht die deutsche Faschismuslehre noch immer vor der Frage, wie zu erklären sei, daß ausgerechnet aus dem Volke Goethes und Beethovens, Heines und Marx' die schlimmste Barbarei des 20. Jahrhunderts hervorgehen konnte. Dazu muss die von Werner Röhr festgestellte ‚Theoriescheu‘ aufgegeben werden. Das kann durch die Kenntnisnahme dessen, was in der Vergangenheit bereits an Erkenntnis produziert worden ist, erheblich erleichtert werden. Und die Tabuisierung Thalheimers hat der 18. Brumaire des Jahres 1989 in der DDR ja obsolet gemacht.

1 Ebd., S. 21

2 Ebd., S. 26-27

Vom Vergleichen des Kommunismus mit dem Faschismus (Einführende Erwägungen)¹

*Das Vergleichen ist das Ende des Glücks
und der Anfang der Unzufriedenheit.
Sören Kierkegard*

ABSTRACT. Ist die Redeweise von „den beiden deutschen Diktaturen“, d. h. der „NS- und SED-Diktatur“, Ausdruck für einigen Erkenntniswert? Zur Beantwortung dieser Frage wird in gedrängter thesenhafter Sicht die Voraussetzung angenommen, dass ihr eine nicht explizierte Gleichsetzung zugrunde liegt, die die faschistische und die kommunistische Diktatur als Arten derselben Gattung ausspricht. Damit ist implizit die Frage nach der Natur historiographischen Vergleichens gestellt. Sie wird im folgenden Text mit der Hypothese beantwortet, den bekannten Kondratieff-Zyklus als geschichtlichen Grundvorgang anzunehmen, d. h. in der Interpretation von Fernand Braudel als historiographischen Gegenstand mit einer Dauer von zwei Generationen für den Vergleich geschichtlicher Prozesse bzw. Bewegungen vorzuschlagen.

Mit dieser Voraussetzung werden Faschismus und bolschewistischer Kommunismus im Rahmen des Dritten Kondratieff identifiziert, jeweils kursorisch für sich bestimmt, um sie sodann im Vergleich miteinander als entgegengesetzte Ansätze zur Lösung der sozialen Frage, die nach 1830 allgemein problematisiert worden ist, zu beurteilen. Die wirkliche Identität beider wird in der selbstzerstörerischen Potenz gesehen, die aber entgegengesetzte Begründung hat: Der Faschismus verteidigt das Privateigentum dadurch, dass er die Privateigentümer und die Vermögenslosen der von ihm beherrschten Nation militärisch mobilisiert, um im Überfall auf andere Nationen den eigenen Vermögenslosen die Perspektive, Privateigentümer zu werden, zu eröffnen. Der bolschewistische Kommunismus liquidiert das Privateigentum, aber darin zugleich die Sozialität und Personalität zugunsten der Funktionalität. Deshalb wird er zur Innovation unfähig und kann die Konkurrenz mit dem verbleibenden Privateigentum auf Dauer nicht bestehen.

* * *

Mit Bezug auf meine im April 2005 publizierten Bemerkungen zur Redeweise von den „zwei deutschen Diktaturen“² hat mich der Herausgeber gefragt, ob

1 Erstveröffentlichung in: Totalitarismus und Demokratie, 5 (2008), S. 229-273, Göttingen 2009. (Anmerkung der Hg.)

2 Vgl. meinen Beitrag „DDR-Philosophie unter Parteiregie“ in: Denkversuche. DDR-Philosophie in den 60er Jahren, hg. v. H.-C. Rauh/P. Ruben, Berlin: Ch. Links Vlg. 2005, S. 19–50. Die frag-

ich bereit wäre, zum Thema „Sinn und Unsinn des Begriffs der beiden deutschen Diktaturen“ oder „Möglichkeit und Unmöglichkeit eines Vergleichs beider deutscher Diktaturen“ beizutragen. Da ich mit den in der Fußnote 1 zitierten Anmerkungen vernehmlich provoziert habe, konnte ich mich dem Anliegen des Herausgebers anständigerweise nicht entziehen. Das Resultat des Versuchs, der Nachfrage ein Angebot zu schaffen, sei hier nun vorgestellt.

Dass Kommunismus und Faschismus vor nicht allzu langer Zeit als extreme Opponenten galten, weil sie es für jedermann von Anfang an – insbesondere aber während des spanischen Bürgerkriegs 1936 bis 1939 und des Zweiten Weltkriegs 1941 bis 1945 – als gegeneinander Bürgerkrieg und Krieg führende Kampfbünde ersichtlich waren, scheint heute – 2008 – in Deutschland ins historische Vergessen abzusinken, um durch die Redeweise von den „zwei deutschen Diktaturen“ (z. B. „NS- und SED-Diktatur“) ersetzt zu werden. Mit dieser Kennzeichnung soll – sich selbst und anderen – suggeriert werden, die Deutschen seien endlich von der Hitler- und der Ulbricht-Diktatur erlöst, von letzterer speziell durch eine „friedliche Revolution“, von ersterer leider nicht, obgleich auch in diesem Zusammenhang die Mobilisierung preußischer Tugenden wenigstens am 20. Juli 1944 versucht worden ist.

Angesichts der wirklichen Geschichte fragt man sich: Haben die Entdecker der „beiden deutschen Diktaturen“ die dritte vergessen, die Ludendorffs und Hindenburgs als der dritten Obersten Heeresleitung im Ersten Weltkrieg? Und was wäre zur Regierung eines kleindeutschen Kaisers – nämlich der Wilhelms II. – zu sagen, der das „persönliche Regiment“ (das ist wohl Tun eines Diktators) gegen ein parlamentarisches vorzog und im eigenen Königtum das Dreiklassenwahlrecht noch verteidigte, als der richtige, d. i. der habsburgische, Kaiser Franz Joseph I. „seinen Völkern“ schon längst das allgemeine Wahl-

lichen Bemerkungen lauten wie folgt. Erstens: „Gegenwärtig ist auffällig, daß die Redeweise von den »zwei deutschen Diktaturen« besonders von denen gebraucht wird, die keine praktischen Erfahrungen mit der Nazizeit mehr machen konnten. Für sie ist die DDR eine a priori vorgegebene Lebensbedingung. Für Ältere ist die DDR leicht als kommunistische Aufhebung der Nazizeit zu denken (die BRD natürlich als eine andere – sozialdemokratisch-bürgerliche). Jemand, der sich an die Ordensbrust Görings erinnert, hat die Ordensbrust Stalins nur als – mit Bezug auf das von Hitler induzierte Kriegsergebnis – »logischen« Ersatz in der Erinnerung. Und wer Hitlers Eifer in der Staatsleitung kennt, um sie mit Ulbrichts Einsatz vergleichen zu können, kann nur verblüfft sein über die Akzeptanz des ziemlich sinnleeren Ausdrucks von den »zwei Diktaturen.«“ (Ebd. S. 27, Anm. 37.) – Zweitens: „Im Unterschied zur Naziartei, die die soziale Frage erklärmaßen durch Unterwerfung fremder Völker zu lösen proklamierte, also auf erneuerte Herrschaft und Knechtschaft aus war, hatte die kommunistische Partei das persönliche Privateigentum als den Grund für die Existenz dieser Frage gedeutet, daher die menschliche Emanzipation im Ideal des universellen Gemeineigentums avisiert. Das unterscheidet den Kommunismus vom Faschismus ein für allemal und bestimmt die Redeweise von den »zwei Diktaturen« als gedankenlose Abstraktion. Dies festzustellen heißt natürlich nicht, zu leugnen, daß der bolschewistische Kommunismus mit der Transformation des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg den »roten Terror« zum mehr oder weniger permanenten Herrschaftsmittel gemacht hat. (Es gibt aber auch ganz andere Arten des Kommunismus.) Zu begreifen, wie aus der kommunistischen Denunziation des persönlichen Privateigentums, des Marktes und des Geldes der Gulag hervorgeht, steht wohl noch ebenso aus wie zu begreifen, warum die Deutschen Hitler zuließen und ihm bis zum Ende folgten.“ (Ebd. S. 43, Anm. 71.)

recht bewilligt hatte? Geht man über das zwanzigste Jahrhundert weiter in die Geschichte zurück, wird man deutsche Diktaturen zuhauf finden, z. B. solche, die mit schäbigsten Verkäufen ihrer Landeskinder als Soldaten an fremde Geldgeber der klassischen deutschen Literatur ein Ärgernis erster Ordnung waren. Man könnte auch vom „Dictatus papae“ reden, mit dem Hildebrand als Papst Gregor VII. 1073 dem deutschen König Heinrich IV. die ererbte Kompetenz absprach, Bischöfe einzusetzen. Vom Entscheid der Römischen Republik, im Falle der Bedrohung ihrer Existenz ihre politische Führung in die Hände eines Diktators zu legen, ganz zu schweigen.

Ist festzustellen, dass den Produzenten der Redeweise von den „beiden deutschen Diktaturen“ die historischen Kenntnisse ausgegangen sind? Sie haben die Wörter *Demokratie* und *Diktatur* zur Verfügung, zeigen auf die politischen Regime des Faschismus und des Kommunismus im 20. Jahrhundert, entschließen sich, sie „Diktaturen“ zu nennen, um mit dieser Namensgebung, die natürlich pejorativ gemeint ist, die Demokratie, in der sie leben (die repräsentative freilich, nicht etwa die Basisdemokratie oder die der Schweizer), zu feiern. Dass Demokratie überhaupt in verschiedenen Arten historisch präsent war und ist, als athenische oder nordamerikanische Demokratie von Sklavenhaltern, als – mon dieu – kommunistische Räte-demokratie, wird schon nicht mehr gedacht. Und dass die römische *Republik* die Diktatur geschaffen hat, um sie in historischen Augenblicken der Gefahr für ihre Existenz zu gebrauchen, wen schert das noch unter Ideologieerzeugern, die mit der Entgegensetzung der „beiden Diktaturen“ gegen die Demokratie etwa die gleiche Informationsfülle erreichen, die wir gewinnen, wenn wir mir Orwell sagen: Vierbeiner gut, Zweibeiner schlecht!

Dagegen bleibt nur zu fragen: Ist denn die unterstellte exklusive Alternative „entweder Demokratie oder Diktatur“ eine in der Politikwissenschaft akzeptable Grundannahme? Sollte es diktatorische Demokratien geben und demokratische Diktaturen, wäre die schöne Subsumtion des Kommunismus wie des Faschismus unter die Diktatur und beider Entgegensetzung zur Demokratie ein ideologischer Luftballon, der beim Entlassen in die freie Atmosphäre platzte. Diese Subsumtion setzt ja die Lösung des Problems, das hier verhandelt werden soll, das der Vergleichbarkeit beider, schon voraus. Die sie annehmen, haben mit der Vorstellung von beiden als *Diktaturen* deren identische Bestimmtheit bereits a priori unterstellt, brauchen daher nicht mehr wirklich empirisch zu vergleichen. Indem sie von der *Diktatur* die *Demokratie* disjunktiv per Setzung unterscheiden, haben sie für sich schon alles erledigt, was sonst durch mühevolles Studium erst zu erkennen ist.

Ist in der Tat die Demokratie gegen die Diktatur disjunktiv bestimmt, d. h. allein als Glied der ausschließenden Alternative *entweder Demokratie oder Diktatur* in der rauen politischen Wirklichkeit gegeben? Wie man weiß, ist die Demokratie die politische Erfindung antiker griechischer Poleis, unter denen Athen eine überragende Rolle gespielt hat. Die Diktatur dagegen ist die Erfindung der antiken Römischen Republik, in Notzeiten des Staates (z. B. im

Falle einer äußeren Bedrohung) einem Diktator auf endliche Dauer Entscheidungsbefugnisse zuzubilligen, die sonst nur dem Senat und dem Volk von Rom zustanden. Die griechischen Poleis wie die römische Republik hatten die Souveränität des Volkes zur politischen Basis gemeinsam. Die Volksversammlung fand sich zusammen, um die die politische Gemeinschaft angehenden Entscheidungen zu fällen. Alle Mitglieder dieser Gemeinschaften hatten das Recht, sich an den Entscheidungsfindungen zu beteiligen. Kein Priester und kein König hatte ein Entscheidungsmonopol. Das macht gerade die in der griechisch-römischen Antike begründete europäische demokratische Tradition aus, ein Fundament europäischer Identität. Die Diktatur hatte also in ihrer Entstehung die Volksversammlung als ihren Produzenten zur Basis. Eine so zu sagen demokratischere Fundierung der Diktatur ist gar nicht denkbar.¹

Allerdings bestand das an den Entscheidungen beteiligte Volk allein aus der Gesamtheit seiner waffenfähigen Männer. Die Frauen hatten nichts zu sagen, selbstverständlich auch nicht die Sklaven – und ebenso wenig die so genannten Metöken der griechischen Poleis (Mitbewohner, d. h. Menschen mit Immigrationshintergrund, wie man heute sagen würde). Selbstverständlich aber trugen die, die politisch in solcher Demokratie nichts zu sagen hatten, ganz wesentlich zum wirtschaftlichen Wohlergehen derjenigen bei, die die Demokratie realisierten, die Politen (Polisbürger). Was ist von einer Demokratie zu halten, die sicher mehr als der Hälfte der Bevölkerung gar nicht den Status eines politischen Subjekts bzw. Akteurs, eines Politen, zuerkennt, ihn nicht als Mitglied des politischen Entscheidungskörpers zulässt? Es wird wohl niemand bestreiten, wenn festgestellt wird: Die demokratische Entscheidung des Demos (also nicht des Volks im heutigen Sinn, sondern nur der waffenfähigen Männer – ohne Frauen, Sklaven und Metöken) ist zugleich ein Diktieren für diejenigen, die zur Willensbildung der Gemeinschaft gar nicht zugelassen sind.

Bedenkt man, wann das Wahlrecht für Frauen eingeführt worden ist, so muss man sagen: Bis ins 20. Jahrhundert waren alle Demokratien zugleich diktatorisch *gegen Frauen*.² Das allgemeine Wahlrecht ist ebenfalls erst eine politische Erfindung des 20. Jahrhunderts. Also waren alle Demokratien bis zu dieser Zeit diktatorisch gegen die, die kein Wahlrecht hatten. Dazu ge-

1 Etwas anderes ist der Despot und die Despotie, oder der Autokrat und die Autokratie. Das sei hier nur notiert und zugleich gesagt, dass an dieser Stelle keine politiktheoretische Diskussion politischer Führungsarten unternommen werden kann. Sie wäre nötig, um Diktatur und Demokratie vernünftig zu unterscheiden.

2 Am 9. Februar 1907 demonstrierten in London mehr als 3.000 Frauen für die Einführung ihres Wahlrechts. Weil Britanniens König Eduard VII. in seiner Thronrede nicht auf diese Forderung einging, protestierten in der Woche darauf die so genannten „Suffragetten“. Dagegen konnten vier Wochen später in Finnland – unter der Vorherrschaft des russischen Zaren – am 15. März 1907 erstmals in der Geschichte Frauen bei der Wahl eines Landesparlaments aktives und passives Wahlrecht ausüben. Ist es akzeptabel, den russischen Autokraten im Verhältnis zum konstitutionell gebundenen britischen Monarchen für seine die Demokratie wenigstens in Finnland erweiternde Erlaubnis zu loben, dagegen den britischen Monarchen wegen seiner Ignoranz des demokratischen Anspruchs wenigstens der Hälfte seiner Untertanenschaft zu schelten? Und was lehrt das Beispiel über das Verhältnis der Demokratie zur Diktatur?

hörten lange Zeit die *Vermögenslosen* (die, weil sie keine Steuer zahlen konnten, auch kein Wahlrecht erhielten). Es ist also berechtigt, Demokratien der Vermögenden zugleich Diktaturen gegen die Vermögenslosen zu nennen. Die Feststellung diktatorischer Demokratien als geschichtlicher Tatsachen macht gar keine Mühe.¹

Sehen wir uns einige Diktaturen an und fragen, wie die zugehörigen Diktatoren wohl zu ihren Ämtern kamen, so gibt es wieder keinen Zweifel, dass Massen von Menschen ihre Zustimmung zum Kaisertum Napoleons (des ersten und des dritten) in Volksabstimmungen gegeben haben, dass die Mehrheit der Kommunisten in der III. Internationale Stalin unterstützte, dass eine große Masse deutscher Wahlbürger Hitler ihre Stimme gab. Es ist also berechtigt, von der demokratischen Fundierung diktatorischer Regime zu reden.² Und es sei hinzugefügt: Es wäre eine arge politische Dummheit, diesen Zusammenhang zu ignorieren.

Wenn nun diktatorische Demokratien und demokratische Diktaturen historische Fakta sind, so ist die Vorstellung von der exklusiven (ausschließenden) Alternative zwischen Diktatur und Demokratie ein reines Ideologem, das keine empirische Basis hat. Infolgedessen hat die Subsumtion beliebiger politischer Systeme unter die beiden in dieser Disjunktion vorausgesetzten Kategorien einen geringen Erkenntniswert. Sie dient in der gegenwärtigen Diskussion rein ideologischer Denunziation, die nur die moralische Entgegensetzung des Bösen gegen das Gute in politischer Phraseologie mitteilt. Das Bedürfnis nach solcher Entgegensetzung darf jedoch im Versuch, historische Wahrheit zu finden, keine Deutungshoheit besitzen, d. h. die historiographische Urteilskraft nicht paralysieren.

Vergleichen wir den Kommunismus mit dem Faschismus, lassen wir lieber alle *vorausgesetzte* Subsumtion unter den Begriff der Diktatur (wie Ausschluss aus der Gattung der Demokratien) beiseite. Sie unterstellt ja eben ein Vergleichsergebnis, das doch erst ermittelt werden soll. Es ist übrigens in diesem Zusammenhang zu bemerken, dass die veröffentlichten Meinungen zum fraglichen Thema in der Regel nicht mit *Begriffen* der Diktatur und der Demokratie operieren, sondern nur mit den entsprechenden *Wörtern*. Letztere liefern individuelle Vorstellungen, die beliebig variieren können und auch assoziiert werden, aber nie definite Bestimmungen für wissenschaftlich akzeptable Urteilsbildungen. Was wir brauchen, um zu vergleichen, ist eine möglichst klare und treffende (d. h. wahre) Determination dessen, was die Namen

1 1172 beginnt in Venedig mit der Gründung des ‚Großen Rats‘ die demokratische Beschränkung des Dogen (des Führers) durch ein Parlament von 500 Aristokraten; von den Nicht-Aristokraten ist keine Rede. So hat die moderne europäische Demokratie mehr als 700 Jahre gebraucht, ihren diktatorischen Charakter aufzuheben.

2 Sechs Jahre nach Beginn des Aufstands gegen Spaniens Herrschaft verkündet ein Nationalkongress in San Miguel de Tucumán am 9. Juli 1816 die Unabhängigkeit der Vereinigten Provinzen am Rio de la Plata (seit 1826 Argentinien genannt) von Spanien und verlegt seinen Sitz nach Buenos Aires. Der Kongress wählt Juan Manuel Pueyrredón zum obersten Diktator. Darf man hier die Vorstellung von der demokratischen Diktatur anwenden? (Der bedeutendste Diktator dieser Zeit und Region war natürlich Simón Bolívar.)

Kommunismus und *Faschismus* eigentlich benennen (oder bezeichnen) sollen. Wir brauchen die Begriffe dieser Gegenstände, die eben nicht mit den Namen gegeben sind.¹

1. Vom Vergleichen überhaupt

Leider zeigt die gegenwärtige öffentliche Debatte, dass wir, ehe wir zu Begriffen des Faschismus wie des Kommunismus gelangen können, für eben diese Debatte (die für Erkenntnisarbeit sehr nützlich ist) noch etwas anderes, sehr einfaches brauchen, nämlich die wenigstens wissenschaftliche bzw. historiographische Sicherheit, historisch überhaupt vergleichen zu *dürfen*. Das ist im Augenblick leichter gefordert als realisiert, falls man gegen Parteiungen bzw. Parteimeinungen nicht gleichgültig ist. So fordert z. B. Wolfgang Gehrcke in einem Interview: „Jeder sollte sich hüten, Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart mit faschistischem Krieg und industrieller Massenvernichtung von Millionen Menschen zu vergleichen.“² Solche Aufforderungen, sich zu hüten, irgendetwas miteinander zu vergleichen, sind vom Standpunkt der Erkenntnisgewinnung vollkommen unzumutbar und für das Erkennen tödlich; weil alles Erkennen mit dem Vergleichen und Unterscheiden beginnt.

Es kann allerdings sein, dass der Vergleichsverbote Fordernde nicht weiß, was er meint. Wer nämlich das *Tun* des Vergleichens betreiben will und ausübt, muss keineswegs als Resultat seines Handelns schon eine Gleichheitsbeziehung feststellen. Er kann als Vergleichsergebnis auch eine durchgängige Verschiedenheit des Verglichenen angeben. Demgemäß hat man das *Tun* des Vergleichens, das, wenn man etwas erkennen will, unter keinen Umständen verboten werden darf, strikt von der Beziehung der Gleichheit zu unterscheiden. Ich nehme an, dass W. Gehrcke eben sagen wollte, gegenwärtige Menschenrechtsverletzungen seien der faschistischen mörderischen industri-

- 1 Für einen Philosophen ist es schrecklich zu hören oder zu lesen, dass Begriffe etwas „bezeichnen“ sollen. Wer solchen Unsinn in den Medien präsentiert, zeigt nur, dass er das Bezeichnen oder Benennen nicht vom Begreifen zu unterscheiden weiß. Daher hier die kurze Notiz: Wörter für sich sind niemals Zeichen für Begriffe. Das Begreifen, das zum Begriff führt, erfolgt in einer Theorie und wird mit der Angabe einer Definition verwirklicht. Eine Definition ist ein Satz, der eine semantische Gleichheit (eine Inhaltsgleichheit) zwischen dem Satzsubjekt (dem Definendum) und dem Satzobjekt (dem Definiens) feststellt; das Prädikat i. e. S. ist gerade die Gleichheitsaussage. Ein Begriff wird also durch einen Satz sprachlich ausgedrückt. Jede axiomatische Theorie unterstellt für ihre Definitionsleistungen undefinierbare Grundvorstellungen. Sie werden in der messenden Wissenschaft durch Angabe von Grundmeßverfahren bestimmt und sind daher nicht etwa Resultat freier Assoziation, wie in der Alltagskommunikation. In dieser kann man freilich trefflich über Sinn bzw. Bedeutung eines Wortes streiten, weil es niemals etwas anderes ist als das sprachliche Zeichen für eine unbestimmte Vielheit von Vorstellungen. Diese unbestimmte Vielheit löst das Begreifen auf und ersetzt sie durch die Bestimmtheit des Begriffs. Das ist in der Philosophie seit Sokrates erkannt worden. Aber es muss zugestanden werden, dass jede Generation wieder von vorn beginnt, längst gebildete Erkenntnistheorie erneut zu erlernen.
- 2 Gute und böse Interventionen? Wolfgang Gehrcke über Interbrigaden und Militärabenteuer heute. In: Neues Deutschland, Berlin, 27. September 2006, S. 6

len Menschenvernichtung nicht gleich. Indem man dies feststellt, d. h. eine Gleichheit negiert, hat man natürlich verglichen, nämlich Rechtsverletzungen mit Menschenvernichtungen, und gefunden, dass das Vergleichen ein negatives Resultat hat.

Ich nehme demgemäß an, dass alle diejenigen, die vor gewissen Vergleichen warnen, in der Regel meinen, dass die Gegenstände des Vergleichs nicht gleichgesetzt werden dürfen. Das Vergleichen ist natürlich nicht dasselbe wie das Gleichsetzen. Es muss aber klar bleiben, dass das Verbot einer Gleichsetzung das Vergleichen nicht etwa ausschließt, sondern vielmehr genau voraussetzt. Die Negation einer Gleichheit ist ein positives Resultat eines Vergleichs.

Natürlich könnte man Gehrckes Aufforderung, sich vor bestimmten Vergleichen zu hüten, durch ähnliche Verhütungsforderungen aus allen ideologischen Lagern komplettieren. Das sei hier unterlassen. Stattdessen soll das Problem historischen Vergleichens unter methodologischen Gesichtspunkten etwas detaillierter untersucht werden.

1.1 Über das analytische Vergleichen

Zunächst sei der bekannte Sachverhalt notiert, dass jeder zuerst im Schulunterricht die Gleichheitsvorstellung in der elementaren Arithmetik mit Bezug auf die natürlichen Zahlen erfährt. Wer den Satz $1 + 1 = 2$ ausspricht, kann in der Reflexion dieses Ausspruchs bemerken, dass mit ihm zwei arithmetische Objekte, die additive Verknüpfung $1 + 1$ und die natürliche Zahl 2, miteinander verglichen und dann gleichgesetzt worden sind. Wäre der Satz $1 + 1 = 3$ formuliert worden, wüsste jeder sogleich: Die behauptete Gleichheit besteht nicht, vielmehr ist der Satz $1 + 1 \neq 3$ wahr, d. h., dass die arithmetischen Objekte $1 + 1$ und 3 nicht gleich bzw. ungleich sind. Zugleich weiß jeder an sich damit: Es gibt bestimmte Objekte, die natürlichen Zahlen, die man auf gewisse Weise verknüpfen kann (z. B. durch Addition), um sodann nach Vergleichen gültige Gleichheitsbehauptungen aufzustellen.

Wer dann vom arithmetischen zum physikalischen Unterricht fortschreitet, erfährt, dass man nicht nur Zahlen, sondern auch Maße vergleichen kann. Dann hat man es allerdings nicht mehr mit der reinen Gleichheit zu tun, sondern mit der Längengleichheit, Zeitgleichheit, Massengleichheit usw., d. h. mit physikalisch erklärten Gleichheitsarten bzw. artbestimmten Gleichheiten. Geht man zur Ökonomie über, findet man ähnlich die Preisgleichheit, Wertgleichheit, Kostengleichheit als in der Wirtschaft wichtige artbestimmte Gleichheiten. Solche Gleichheiten, auch Äquivalenzbeziehungen¹ genannt, bestehen zwischen gewissen Objekten bestimmter Gattung.

Man weiß auch – ganz gewiss in der Physik –, dass man die Zeitgleichheit nicht zwischen Längen oder Massen feststellen kann, sondern nur zwischen Dauern. In der Ökonomie allerdings liest man manchmal die kuriose Behauptung, dass man Zeitarten (Arbeitszeiten natürlich) in der Beziehung

¹ Das Wort Äquivalenz meint ursprünglich die ökonomische Beziehung der Gleichwertigkeit, die zwischen Waren festgestellt wird.

der Wertgleichheit erfassen könne, womit Zeiten als Werte suggeriert werden – eine klassische Dimensionsabsurdität. Darin zeigt sich, dass selbst in der Wissenschaft das Umgehen mit Äquivalenzrelationen noch gewisse Probleme einschließt.

Mathematische, physikalische und ökonomische Objekte machen dem durchaus naiven Gebrauch der Gleichheitsvorstellung also keine unlösbaren Probleme. Niemand würde sagen, dass man höchst verschiedene Dinge nicht nach ihrer Länge (wenn sie denn eine haben) vergleichen dürfe. Jeder Käufer weiß, dass gerade strikt verschiedene Güter nach ihren Werten verglichen werden können. Jeder weiß auch, dass eine Dauer nicht mit einer Länge vergleichbar ist. In der Wirtschaft muss allerdings wohl erst noch gelernt werden, dass Preise nicht mit Werten verglichen werden können (obwohl schon die Römer den Preis – das *pretium* – vom Wert – dem *valor* – genau unterschieden). All dieses Vergleichen basiert darauf, dass in ihm Maße als Vergleichsobjekte unterstellt sind, die eine Qualität (Dimension) und eine Quantität (Größe) so besitzen, dass qualitätsverschiedene Maße unvergleichbar sind (wenngleich vereinbar), vergleichbare Maße aber quantitätsverschieden sein können. Die den vergleichbaren wie unvergleichbaren Maßen zugrunde liegenden Maßarten (die Länge, die Fläche, die Dauer, die träge Masse, die schwere Masse, die Kraft, die Energie, die Arbeit, die Leistung, die Wirkung, die Nützlichkeit, der Preis, der Wert etc.) sind nicht Dinge (Körper) und ihre Bewegungen, sondern Eigenschaften derselben. Das Vergleichen betrifft hier also Dinge und Vorgänge nach ihren Eigenschaften.

Wer allerdings geschichtliche Akteure – z. B. Hitler und Stalin – miteinander vergleicht bzw. gar gleichsetzt, macht genau das, was im bisher debattierten analytischen Vergleichen messender Wissenschaften gar nicht vorkommt, vielmehr das vorgängige alltägliche Reden charakterisiert. Wer z. B. den Esel Paul und den Löwen Leo miteinander vergleicht, darf als Ergebnis die Gleichsetzung notieren: Beide sind große Tiere. Ebenso muss er uns korrekt die Verschiedenheit versichern: Beide sind ihrer biologischen Gattung nach ungleich; Esel gehören zur Gattung der Pferde, Löwen zur Gattung der Panther. Viele Prädikationen¹ in der Umgangssprache bestimmen Gattungsnamen, womit klar ist, dass die Individuen *derselben* Gattung untereinander als Mitglieder eben dieser Gattung *gleich* (gattungsgleich), während die Individuen *verschiedener* Gattungen *ungleich* (gattungsverschieden) sind. Fassen wir verschiedene Gattungen unter einer Bestimmung zusammen, haben wir erneut eine besondere Gleichheit angegeben. Bestimmen wir umgekehrt in einer Gattung besondere Individuen als Angehörige einer Art, haben wir wieder eine besondere Gleichheit, die Artgleichheit (z. B. der Rappen in der Gat-

¹ Das sind die gewöhnlichen Satzbildungen, in denen Zugehörigkeiten von Dingen zu Mengen von Elementen derselben Eigenschaft ausgesagt werden. Vgl. dazu: W. Kamlah, P. Lorenzen: Logische Propädeutik. Vorschule des vernünftigen Redens. 2., verb. u. erw. Aufl. Mannheim/Wien/Zürich: Wissenschaftsverlag 1973

tung der Pferde) festgestellt. Die biologische Taxonomie liefert jedem dafür hinreichend viel Anschauungsmaterial.

1.2. Über das historiographische Vergleichen

Mit den „beiden deutschen Diktaturen“ stehen uns für die öffentliche Diskussion Objekte der gewöhnlichen Prädikation gegenüber. Die Bestimmung, Diktator zu sein, können wir seit ihrer Einführung durch die Römer den verschiedensten Personen zusprechen, z. B. Sulla, der Athen so verwüstete, dass nach seiner Eroberung dieser Polis die Philosophie in Athen keine ordentliche Heimstatt mehr hatte. Ebenso ist Caesar für die entsprechende Prädikation „Caesar ist ein Diktator“ ein guter Kandidat, natürlich auch Hitler und Stalin. Aber was haben wir an Erkenntnissen mit solchen Satzbildungen gewonnen? Dass die vier genannten Diktatoren gegeneinander auch sehr verschieden sind, werden wir gewiss nicht leugnen wollen. Wenn wir gar den Kommunismus mit dem Faschismus zu vergleichen beabsichtigen, haben wir ganze historische Vorgänge bzw. Bewegungen (welche eine Masse menschlicher Individuen einschließen) vor uns, die wir jeweils für sich bestimmen müssen, sollte wirklich ein ernsthafter (d. h. wissenschaftlich akzeptabler) Vergleich erfolgen. Schumachers sozialdemokratisches Diktum von den Kommunisten als „rotlackierten Faschisten“ und das kommunistische Credo von den Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ sind nichts weiter als übliche Artikulationen von Parteiideologien, die zwar praktische Bedeutung, aber keinerlei wissenschaftliche Relevanz haben. Und hier soll es nur um letztere gehen.

Die Frage nach der Vergleichbarkeit der „NS-Diktatur“ mit der „SED-Diktatur“ führt, wie wir sagen müssen, in den Bereich der *historischen* Gegenstände – und damit auf die Fragen: 1. Was sind historische Objekte bzw. geschichtliche Gegenstände einer historischen Theorie? 2. Kann man und wie kann man geschichtliche Gegenstände, historische Objekte, miteinander vergleichen? Natürlich kann man die Bezeichnungen „NS-Diktatur“ und „SED-Diktatur“ auch als Namen für imaginierte Vorstellungen verwenden, die mit der tatsächlich absolvierten menschlichen Geschichte zwischen – sagen wir – 1898 und 1952 phänotypische Verbindungen besitzen – wie man auch dem Worte „Einhorn“, nach Kenntnis von Pferden und Nashörnern, eine gewisse Beziehung zur Wirklichkeit nicht absprechen kann. Aber worum es in der gestellten Frage nach der Vergleichbarkeit des Kommunismus mit dem Faschismus wirklich geht, ist nicht das Problem, ideelle Konstruktionen bzw. subjektive Meinungen einer Vergleichung zu unterwerfen, sondern das, was in einer bestimmten Dauer als besonderes *Geschehen* unter diesen Namen wirklich aufgetreten ist.

Die Schwierigkeit, die an dieser Stelle für das Denken und Erkennen auftritt, hat Ernst Cassirer einmal wie folgt beschrieben: „Wenn man von dem Erkenntnisideal der Mathematik und der mathemat[ischen] *Naturwissenschaften*, ja auch von dem der *biologischen Wissenschaften* zur Welt der *Geschichte* hinüberblickt, so zeigt sich sofort ein scharfer Bruch, eine wie es scheint, unheilbare Dissonanz –

Es scheint schlechterdings unmöglich, beide auf *einen* Nenner zu bringen und harmonisch auf einander abzustimmen

- Nicht nur divergieren die Erkenntnisziele – hier die Erkenntnis des ‚Allgemeinen‘, dort die des Besonderen – hier die Feststellung allgemeiner Gesetze, dort die Konstatierung ‚einmaliger‘ Fakta
- sondern auch die Erkenntnismittel – ‚Definition‘ und ‚Demonstration‘, ‚Axiome‘ und logische Schlußfolgerung[.]“¹

Der von Cassirer notierte „scharfe Bruch“ trifft natürlich auch das Problem der Vergleichbarkeit geschichtlicher Prozesse, weil uns die historischen Gegenstände nicht so wie Längen oder Dauern zur Verfügung stehen, um Abstände und Zeiten in genau definierten Maßen, die ja gerade Vergleichsergebnisse sind, anzugeben. Methoden der Historiographie sind mit der analytischen Methode der rechnenden und messenden empirischen Wissenschaften nicht problemlos kompatibel zu machen. Gegen die auf strukturelle Zusammenhänge sinnende Historiographie hat sich eine Opposition erhoben, welche die Deskription, die Geschichte als Erzählung, entschieden verteidigt.

Sebastian Haffner hat das avisierte Problem zunächst so zu sagen aus der Welt geschafft, indem er erklärt: „Geschichtsschreibung ist in erster Linie eine Kunst; [...]“² Mit dieser Sicht wäre das Problem des Vergleichens des Kommunismus mit dem Faschismus wissenschaftlich erledigt. Es handelte sich dann nicht mehr so sehr um die Frage nach der objektiven Wahrheit, sondern um die nach der Schönheit oder Gefälligkeit produzierter Darstellungen. Allein, Haffner notiert denn doch: „Geschichtsschreibung ist aber auch eine Art Wissenschaft. Ich sage vorsichtig ‚eine Art Wissenschaft‘, denn eine wirkliche Wissenschaft, wie etwa Philologie und Mathematik, Physik und Biologie, ist sie nicht. Das Material ist zu widerstrebend, und die Werkzeuge sind zu stumpf. Die ‚Quellen‘ – du lieber Gott! Die Quellen sind hauptsächlich die Zwecklügen von verstorbenen Politikern oder Höflingen. Politische Geschichte ist ja, ähnlich wie Kriminalistik, immer mit der Sisyphus-Arbeit beschäftigt, Taten aufzuklären, deren Täter alles Interesse daran hatten, sie der Aufklärung zu entziehen; während Sozialgeschichte und Ideengeschichte wiederum nachträglich wissen und verstehen möchten, was die Leute damals, als sie es erlebten, selber nicht wussten und nicht verstanden. Im Grunde genommen versucht die ‚Geschichtswissenschaft‘ ständig das Unmögliche.

Trotzdem, wenn die Geschichtsschreibung den Versuch der Wissenschaftlichkeit ganz und gar aufgibt, artet sie in reine Legendenproduktion und Propaganda aus, und das ist auch wieder nichts. Mindestens zwei wissenschaftliche Erfordernisse muss ein Geschichtswerk erfüllen: Es muss sein Thema definieren, sozusagen eine beantwortbare Frage stellen; und es muss ein Denk- und Begriffssystem erkennen lassen, mit dem es seinem Material zu Leibe geht. Viele Historiker sind sich selbst nicht darüber im Klaren, von

1 E. Cassirer: Nachgelassene Manuskripte und Texte. Hg. v. K. C. Köhnke, J. M. Krois u. O. Schwemmer. Bd. 3. Geschichte. Mythos. Hamburg: F. Meiner Vlg. 2002. S. 147

2 S. Haffner: Zur Zeitgeschichte. 36 Essays. München: Kindler Vlg. 1982. S.9

welchem Standpunkt aus und mit welchem begrifflichen Koordinatensystem sie eigentlich arbeiten, sie betrügen sich und ihre Leser mit der Illusion der ‚Voraussetzungslosigkeit‘. Dabei kann nichts Brauchbares herauskommen.“¹

Da hier die Historiographie mit Haffner als „eine Art Wissenschaft“ unterstellt und zugleich akzeptiert werden soll, dass „ein Denk- und Begriffssystem“ zur Beantwortung der gestellten Frage anzugeben ist, so muss zunächst zur Klärung der Vergleichbarkeit des Kommunismus mit dem Faschismus der, wie ich sagen möchte, historische Rahmen für die Untersuchung angegeben werden. Mit seiner Angabe erfolgt zugleich die Präsentation des hier vorausgesetzten „Denk- und Begriffssystems“.

2. Der historische Rahmen

Im Herbst 1920 wird in Italien der Name *fascismo* bekannt und geläufig. Als Träger dessen, was mit diesem Worte bezeichnet worden ist, waren die *fascisti*, Mitglieder der am 23. März 1919 in Mailand von Mussolini gegründeten *Fasci italiani di combattimento* (Kampfbünde), bereits bekannt. Im Zusammenhang mit den Wahlen im November 1919 tauchte die Redeweise vom *fascismo* auf (vielleicht auch schon früher), um sodann mit dem Erscheinen des Agrar-Faschismus am 21. November 1920 im blutigen Terror in Bologna unübersehbar zu werden. Zwei Jahre später ist der Faschismus mit Hilfe der Krone bereits an der Macht, um Italien bis zum Juli 1943 zu beherrschen. Der König lässt Mussolini verhaften, Hitler lässt ihn befreien, um ihn noch bis zum April 1945 die *Repubblica Sociale Italiana* unter seiner Aufsicht regieren zu lassen. Zwei Tage vor Hitlers Selbstmord stirbt Mussolini, von Partisanen exekutiert. So umfasst der geschichtliche Vorgang mit dem Namen *fascismo* eine Dauer von gut 26 Jahren. Dies gilt auch für den deutschen Faschismus, wenngleich er natürlich eine vom italienischen verschiedene Entwicklung durchlaufen hat.

Am 5. Januar 1920 wird Anton Drexler in München Vorsitzender der Deutschen Arbeiter-Partei (DAP) und Adolf Hitler ihr Propagandaleiter. Die Richtlinien der DAP sehen vor „... die Adelung des deutschen Arbeiters. ... Zwischen Arbeiter und Proletarier soll ein scharfer Trennungsstrich gezogen werden. ... Das Großkapital ist als Brot- und Arbeitgeber zu schützen, ... Die DAP kämpft mit aller Gewalt gegen Wucher und Preistreiberei. Gegen alle diejenigen, die keine Werte schaffen, ... Der Kampf gilt den Drohnen im Staate, das sind zum größten Teil die Juden; [...]“ Im Januar 1919 hatte die Verschmelzung von Drexlers ‚Ausschuß Unabhängiger Arbeiter‘ mit Karl Harrers ‚Politischem Arbeiterzirkel‘ zur ‚Deutschen Arbeiter-Partei‘ bei knapp 100 Mitgliedern stattgefunden.² Am 12. September 1919 beobachtet

1 Ebd., S. 9–10

2 Im März 1918 gründete Anton Drexler den ‚Freien Arbeiterausschuß für einen guten Frieden‘. Das fiel zeitlich mit der von Lenin in seinen bekannten Aprilthesen von 1917 geforderten Um-

Hitler im Reichswehrauftrage eine DAP-Versammlung, auf der Gottfried Feder die Frage „Wie und mit welchen Mitteln beseitigt man den Kapitalismus?“ zu beantworten trachtet. Durch seinen eigenen Diskussionsbeitrag gegen die in der Versamlungsdebatte von jemand vorgeschlagene Loslösung Bayerns vom Deutschen Reich und Angliederung an Österreich kann Hitler Drexlers Bewunderung ernten: Der „hat a Gosch'n, den kunnt ma braucha“. In der ersten öffentlichen DAP-Versammlung am 16. Oktober 1919 entdeckt Hitler die ihn beseligende Tatsache: „Ich konnte reden!“¹ Die DAP eröffnet in München am 1. Januar 1920 ihre Geschäftsstelle. Am 24. Februar 1920 führt die DAP ihre erste Massenversammlung im großen Saal des Hofbräuhauses durch, auf der Hitler die 25 Punkte des Programms der Partei vorstellt.² Eine Woche nach dieser Versammlung erfolgt bei Anlehnung an böhmische und österreichische Gruppierungen, die die Wörter *national* und *sozialistisch* bereits lange zuvor zur Eigenbenennung verknüpft hatten, die Umbenennung der DAP in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) bei Übernahme des Hakenkreuzes als Parteizeichen. Hitler scheidet am 1. April 1920 aus dem Heeresdienst aus, um sich nunmehr die NSDAP dienstbar zu machen.

Der deutsche Faschismus hat so eine mit dem italienischen gleichzeitige Entstehungsperiode, die die Jahre 1919 und 1920 betrifft. Dass beide als gleichartige Bewegungen in verschiedenen Nationen unterschiedliche Entwicklungsgänge absolvieren, Mussolini etwa vom italienischen König bereits Ende Oktober 1922 zum Ministerpräsidenten berufen wird, Hitler aber erst Ende Januar 1933 durch Hindenburg zum Reichskanzler, ist natürlich keine Überraschung. Dass beide von der Anti-Hitler-Koalition militärisch Ende April / Anfang Mai 1945 besiegt werden, determiniert das zeitliche Ende des Faschismus, wie er hier als Vergleichsmittel für den Kommunismus unterstellt werden muss.

Der Kommunismus selbst hat den Faschismus relativ früh wahrgenommen: Am 15. November 1922 erscheint in der *Internationale*, der Zeitschrift, die sich der „Verbindung von kommunistischer Praxis und Theorie“ widmet³, ein Artikel, in dem erklärt wird: „Die augenblicklichen Vorgänge in Italien, das lawinenartige Anwachsen und Aufflammen einer nationalistischen Bewegung, die von breiten Volksmassen getragen wird, lenken die Blicke nach dem Süden. Die internationale Arbeiterschaft, insbesondere die deutsche, muß

benennung der bolschewistischen Fraktion der russischen Sozialdemokratie in Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki) am 8. März 1918 zusammen. Seit dieser Zeit gibt es den in dieser Darstellung relevanten Namen *Kommunismus* als Bezeichnung des Ziels, das sich die Mehrheitsfraktion der russischen Sozialdemokratie gestellt hat.

1 Jemand, der nichts gelernt hat, jedoch erfährt, dass er mit Reden Eintrittsgelder erwirtschaften kann, muss für seine Zukunft nach solcher Erfahrung guter Dinge werden. Vom 13. November 1919 datiert die Nachricht von einer Versammlung, in der auch Hitler geredet hat, dass dieser ein Kaufmann sei, der 'berufsmäßiger Werberedner' werden wolle. Vgl. J. C. Fest: Hitler. Eine Biographie. Frankfurt/M., Berlin: Vlg. Ullstein 1973, S. 192

2 Vgl.: R. Kühnl: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. Köln: PapyRossa Vlg. 2000, S. 96–100.

3 Vgl.: Die Internationale 4(1922)1/2, S. 1

sich über das Fundament und die Ursachen des Faschismus, der keineswegs eine national-italienische, sondern eine internationale Erscheinung ist, klar werden, um den auch in Deutschland drohenden Gefahren rechtzeitig begegnen zu können. ... Wenn bisher in Deutschland der National-Sozialismus, der deutsche F., nicht eine ähnliche Bedeutung wie in Italien errungen hat, so liegt dieses einesteils an der Borniertheit und Unfähigkeit der nationalistischen Kreise innerhalb Deutschlands, ..., andernteils wohl an der höheren sozialistischen Durchbildung des deutschen Proletariats, sowie auch an den Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Friedens, die eine im Interesse des Kapitalismus liegende Bewaffnung nationalistischer Volksmassen gegen den Bolschewismus nicht zuließen.“¹ Jacobsen erklärt weiter: „Der Faschismus ist heute keineswegs eine Bewegung, die nur von bürgerlichen Elementen und vom Lumpenproletariat getragen wird, sondern hat ihr Fundament in breiten Bauern- und Kleinbürgermassen, ja auch Arbeitern, deren Ideologie kleinbürgerlich-syndikalistisch ist.“²

Zwischen dem 5. November und dem 5. Dezember 1922 tagte der 4. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, auf dem Karl Radek im Bericht über die Offensive des Kapitals die faschistische Gefahr thematisierte. Der Kongress entschließt sich zum Konzept der Einheitsfront, das die kommunistische Politik in Deutschland auch bis zum Oktober 1923 durchhält. Radeks Sicht setzt August Thalheimer in einem Artikel zum KPD-Parteitag am 15. Januar 1923 voraus, um in Anknüpfung an Marx' *Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte* eine Möglichkeit des Begreifens des Faschismus anzugeben.³ Schließlich berichtet Clara Zetkin am 20. Juni 1923 vor dem 3. Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Komintern über den Kampf gegen den Faschismus.⁴ Diese frühen kommunistischen Reaktionen auf den Faschismus sind durchweg antifaschistisch, determinieren also die kommunistische Bewegung als Gegner des Faschismus. Das ist angesichts des in Italien proklamierten Anti-Sozialismus wie des in Deutschland proklamierten Anti-Marxismus der Faschisten sicher eine Selbstverständlichkeit.⁵

Die erste historiographische Arbeit vom Fach über den italienischen Faschismus in Deutschland stammt wohl vom Historiker Ferdinand Güterbock.⁶

Mit der gegebenen historischen Skizze des Beginns des Faschismus in Italien und Deutschland scheint deutlich zu sein, dass Götz Aly richtig diagnosti-

1 A. Jacobsen: Der Faschismus. In: Die Internationale 5(1922)10, 301–302

2 Ebd., S. 302

3 Vgl. Zwischen Jena und Leipzig (Zum Parteitag.). In: Die Internationale 6(1923)2, S. 33–41. Der Artikel erschien ohne Nennung des Autors.

4 Vgl. C. Zetkin: Der Kampf gegen den Faschismus. In: Dies.: Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung. Leipzig: Vlg. Ph. Reclam jun. 1974, S. 292–329

5 Das zwischen italienischen Faschisten und Sozialisten am 2. August 1921 geschlossene Friedensabkommen schloss die Kommunisten ausdrücklich aus, womit über die Entgegensetzung zwischen Faschisten und Kommunisten nicht der geringste Zweifel bestehen konnte. Das Friedensabkommen wurde von Mussolini am 15. November 1921 gekündigt.

6 Vgl. F. Güterbock: Mussolini und der Faschismus. München: Wieland-Vlg. 1923. Das Vorwort ist auf den April 1923 datiert.

ziert: „Die Deutschen waren in den Jahrzehnten vor der Regierung Hitler nicht ressentimentbeladener als die übrigen Europäer, ihr Nationalismus nicht rassistischer als der anderen Nationen. Es gab keinen deutschen Sonderweg, der sich in eine plausible Beziehung zu Auschwitz setzen ließe. Der Meinung, in Deutschland habe sich ein spezieller, ein exterminatorischer Antisemitismus und Fremdenhass früh entwickelt, fehlt jede empirische Basis. Es ist irrig anzunehmen, für eine besonders folgenschwere Fehlentwicklung müssten sich spezielle, langfristig angelegte Gründe finden. Die NSDAP eroberte und konsolidierte ihre Macht aufgrund der situativen Konstellationen. Die wichtigsten Faktoren dafür finden sich in den Jahren nach 1914, nicht davor.“¹ Dass eine Machteroberung auf Grund situativer Konstellationen geschieht, versteht sich von selbst. Dass aber die „wichtigsten Faktoren“ für die faschistische Machteroberung in Deutschland nicht vor 1914 zu finden seien, ist eine Behauptung, die den historischen Kausalzusammenhang ignoriert. Die Machteroberer fallen ja nicht vom Himmel, sondern müssen sich konstituieren. Sie müssen Verhältnisse vorfinden, unter denen sie sich zusammenfinden können, unter denen ihr Erobererdasein überhaupt erst möglich wird. Diese Möglichkeit aber wird lange vor 1914 geschaffen. Wir werden den Faschismus nicht verstehen, wenn wir die historischen Voraussetzungen seines zeitweiligen Sieges nicht in Rechnung stellen oder gar – aus welchen Gründen immer – ignorieren. Daher ist für die historiographische Analyse der historische Rahmen weiter zu spannen als G. Aly meint.

An dieser Stelle sei der Kürze halber bemerkt, dass für die Charakterisierung des historischen Rahmens, wie er hier unterstellt werden soll, auf die in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts in der Wirtschaftswissenschaft von Nikolaj Dmitrievič Kondrat’ev festgestellten „langen Wellen der Konjunktur“, seit den ‚Konjunkturzyklen‘ Schumpeters aus dem Jahre 1939 auch „Kondratieff-Zyklen“ genannt², zurückgegriffen werden soll. Kondrat’ev hat 1922 unter Voraussetzung von Einsichten, die er sich 1919 bis 1921 erarbeitete, *Die Weltwirtschaft und ihre Konjunkturen in der Kriegs- und Nachkriegszeit*³ publiziert. 1925 folgten die ‚Bol’sie cikly kon-junktury‘ im 1. Band der *Voprosy kon-junktury*, Moskva. Kondrat’evs ‚große Zyklen‘ wurden im Deutschen zu den ‚langen Wellen‘, als ihre Darstellung zu Deutsch im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* im Dezember 1926 veröffentlicht wurde. Die Annahme der ‚großen Zyklen‘ besteht darin, dass im Ablauf der Weltwirtschaft für umkehrbare Prozesse (z. B. Steigen und Fallen der Anzahlen beschäftigter Arbeiter, der Preise, Zinsen, Wertpapierkurse u. a.) zyklische

1 G. Aly: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Frankfurt a. M.: S. Fischer Vlg. 2005, S. 35

2 Vgl. J. A. Schumpeter: Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses. 2 Bde. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1961. 1939 erschien das englische Original.

3 Mirovoe chozjastvo i ego konjunktury vo vremja i posle vojny’, Vologda 1922 (Ich benutze für russische Ausdrücke die bibliothekarische Umschrift nach Hans Holm Bielfeldts *Russisch-deutschem Wörterbuch*, 9. Aufl. Berlin: Akademie-Verlag 1972, S. XI).

Schwankungen um ein bestimmtes Niveau mit einer Dauer von 40 bis 60 Jahren auftreten. Diese Annahme hat es nach 86 Jahren ihrer Existenz nun sogar geschafft, in populärhistoriographischen Zeitschriften Eingang zu finden.¹

In der Geschichtswissenschaft hat wohl zuerst Fernand Braudel gesehen, dass Kondrat'evs lange Wellen „zwei Generationen umfassen, von denen die eine Hälfte im Zeichen einer guten, die andere dagegen in dem einer schlechten Konjunktur steht“, und „nicht erst 1791, sondern schon Jahrhunderte früher auf der europäischen Bildfläche“ erscheinen.² Dem wird hier zugestimmt – mit der besonderen Zusatzannahme, dass der von der biologischen Anthropologie festgestellte menschliche Generationsabstand von 25 bis 30 Jahren³ in der Normierung mit 27,5 Jahren gelten soll. Demnach bilden zwei Generationen zusammen die Zyklusdauer von 55 Jahren. Der für die Historiographie zu notierende Kondratieff-Zyklus liefert zunächst eine einfache anthropologische Kausalität, die Marx und Engels zwischen 1845 und 1846 als dritte Voraussetzung des Machens von Geschichte angegeben haben: „Das dritte Verhältnis, was hier gleich von vornherein in die geschichtliche Entwicklung eintritt, ist das, daß die Menschen, die ihr eignes Leben täglich neu machen, anfangen, andre Menschen zu machen, sich fortzupflanzen – das Verhältnis zwischen Mann und Weib, Eltern und Kindern, die *Familie*.“⁴ Würde eine lebende menschlich Population diese biologische Reproduktion beenden, würde sie ihre Geschichte aufheben und damit auch die vom Kondratieff-Zyklus vermittelte Kausalität. Tut sie es nicht, muss sie der nachfolgenden Generation ihre erworbenen Produktivkräfte (d. s. keine Produktionsmittel, sondern die Fähigkeiten, mit ihnen produktiv umzugehen) übertragen. Das aber ist das Machen von Geschichte, die doch im Aufeinanderfolgen der menschlichen Generationen wirklich ist.

Die von Schumpeter für den von ihm so genannten „bürgerlichen Kondratieff“ festgestellte Dauer, die Zeit zwischen Beginn des Jahres 1843 und Ende des Jahres 1897, umfasst nun gerade die angegebene Zeit von 55 Jah-

1 Vgl. Die Wellen der Weltwirtschaft. Nikolai Kondratieff: Wirtschaftstheoretiker und Stalinopfer. In: G/Geschichte 9/2008, S. 6–9. Der Artikel ist mit *eh* unterzeichnet, womit ich annehmen darf, dass sein Autor Erik Händler ist.

2 F. Braudel: Sozialgeschichte des 18. Jahrhunderts. Aufbruch zur Weltwirtschaft. München: Kindler Vlg., Sonderausgabe, 1990. S. 84. Das französische Original erschien 1979, die deutsche Übersetzung zuerst 1986. Ebenso wird die Generationsbestimmtheit des Kondratieff-Zyklus angenommen von U. Hedtke: Stalin oder Kondratieff. Berlin: Dietz Vlg. 1990. S. 112–113. Michael A. Alexander: The Kondratiev Cycle. A generational interpretation. San Jose et al.: Writers Club Press 2002, S. 14–15

3 Ich zitiere aus der Brockhaus Enzyklopädie, 19. Aufl., 8. Bd., Mannheim: F. A. Brockhaus GmbH 1989, S. 287: „**Generationsabstand**, *Bevölkerungswissenschaft*: der mittlere Altersunterschied zw. Eltern und deren Kindern, gemessen als Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt. Je kleiner der G., desto schneller erneuert sich die Bevölkerung. Der G. schwankt durchschnittlich zw. 25 und 30 Jahren, individuell dagegen zw. 15 und 45 Jahren. Bei der heutigen Lebenserwartung können in einer Familie vier bis fünf, in einer Bevölkerung etwa drei Generationen gleichzeitig leben.“ Normiert man die Durchschnittsangabe, so liegt der Generationsabstand anthropologisch mit 27,5 Jahren (= 330 Monate) fest. Dieselbe Angabe liefert Joachim Herrmann: Die Menschwerdung, Berlin 1984, S. 126.

4 Vgl. K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. In: MEW, Bd. 3. Berlin: Dietz Vlg. 1959. S. 29

ren. Ich schlage vor, diese besondere Dauer bei Unterstellung der Konstanz der menschlichen Generationsdauer (nicht zu verwechseln mit der Lebenserwartung) zur Zeiteinheit für die Feststellung von Kondratieffdauern in der menschlichen Geschichte zu erheben, damit so zu sagen ein Zeitetalon, einen Dauerstandard der langen Wellen zu definieren. Mit dieser Annahme ist klar, dass der dem bürgerlichen Kondratieff vorangehende die Dauer zwischen 1788 und 1842 umfasst. Das ist gerade die Zeit der klassischen industriellen Revolution. Dem bürgerlichen Kondratieff folgt die lange Welle zwischen 1898 und 1952. Schumpeter hat sie probeweise den „neomerkantilistischen Kondratieff“ genannt.¹ Ich werde sie den „imperialistischen Kondratieff“ nennen und darf notieren, dass es diese Dauer ist, in welcher unsere Vergleichsgegenstände, Faschismus und (bolschewistischer) Kommunismus, hervorgebracht und – sofern es den Staaten beherrschenden Faschismus angeht wie den Stalinismus² – beendet werden. 1898 wird in Minsk die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands gegründet, aus der heraus sich bis 1903 die bolschewistische Fraktion (die russische Mehrheitssozialdemokratie) etabliert, welche sich ab 8. März 1918 nach Lenins berühmten Aprilthesen von 1917 „Kommunistische Partei Russlands“ nennt. Mit dieser Partei und ihrem Sieg im November 1917 verbindet sich das, was im 20. Jahrhundert in Europa „Kommunismus“ genannt worden ist.³

Die Entstehung des Faschismus hat im deutschen Sprachraum eine im Allgemeinen wenig bekannte Quelle, auf die hier wenigstens hingewiesen werden muss. Seit der Krise des bürgerlichen Kondratieff, die mit dem Börsenkrach von 1873 in Wien wirksam wird, beginnt in Österreich-Ungarn die Denunziation jüdischer Geschäftsleute als der Schuldigen. 1880 erscheint Eugen Dührings Schrift: „Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Kulturfrage“, die sogleich von den Antisemiten aufgegriffen wird.⁴ Damit ist eine Komponente der Ideologie des deutschen Faschismus geboren. Im Mai 1885, d. h. im Tiefpunkt der ökonomischen Depression des bürgerlichen Kondratieff, wird wegen Einwanderung von „tschechischen Lohndrückern“ in die sudestendeutschen Industriegebiete des Königreichs Böhmen eine nationalistische

1 Da er 1950 starb, hat er die gesamte Dauer nicht mehr empirisch thematisieren können.

2 Der Stalinismus wird im Folgenden als eine Art des realen Kommunismus aufgefasst.

3 Was den Kommunismus des 20. Jahrhunderts in Asien angeht, so steht er wohl im Zusammenhang mit dem bolschewistischen, ist aber doch so eigenständig und obendrein voll im Fluss, dass er hier gar nicht thematisierbar ist.

4 Engels' ‚Anti-Dühring‘ erschien 1878, zwei Jahre vor Dührings rassistischer Begründung des Antisemitismus, die den alten christlichen mit säkularer Deutung ablöste. Gerda Heinrich danke ich den Hinweis, dass der rassistisch begründete Antisemitismus bereits mit Christoph Meiners (1747–1810, Professor für Philosophie in Göttingen) in der Aufklärung auftritt. Vgl. Christoph Meiners: Grundriß der Geschichte der Menschheit, [...]. Lemgo: Meyer 1785. Ders.: *Über die Natur der Afrikanischen Neger und die davon abhängende Befreyung, oder Einschränkung der Schwarzen*. In: Göttingisches Historisches Magazin von C. Meiners und L. T. Spittler. Band 6. Hannover: Gebr. Helwing 1790, S. 385–456. Über C. Meiners vgl. F. Lotter: Christoph Meiners und die Lehre von der unterschiedlichen Wertigkeit der Menschenrassen. In: Hartmut Boockmann/Hermann Wellenreuther (Hg.): *Geschichtswissenschaft in Göttingen. Eine Vorlesungsreihe*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1987, S. 30–75.

Reaktion spürbar: Es kommt zur Gründung des „Deutschen Gesellenvereins“ in Budweis (České Budějovice). 1886 wird der „Deutsche Gesellenverein“ in Reichenberg (Liberec) gegründet, 1897 gibt es bereits 26 Vereine mit mehr als 4000 Mitgliedern.¹ Sie verstehen sich als Schutzvereine gegen fremdnationale (oder, wie es in Musils Kakanien auch heißt, „fremdvölkische“) Arbeitskräfte, welche die eigenen Löhne unterbieten, daher von deutschen Unternehmern lieber als deutsche Arbeiter eingestellt werden. Das ist die zweite Fundamentalkomponente des deutschen Faschismus, die im Königreich Böhmen geboren wird. Die tschechische Bevölkerung wächst schneller als die deutsche, daher trifft die Konkurrenz tschechischer Arbeiter die durch die Krise bedrohten Arbeitsplätze der deutschen Arbeiter hart.² Da beide national verschiedenen Arbeitergruppen nicht durch staatliche Grenzen in der Doppelmonarchie voneinander getrennt sind, nehmen tschechische Arbeiter die Arbeitsplätze, die deutsche Unternehmer bereitstellen, ein – zu geringeren Löhnen. Das ist die Komponente, die auch gegenwärtig allen geläufig ist. Sie wird jedem mit dem Slogan „Deutschland den Deutschen! Ausländer raus!“ in die Ohren gebrüllt. Das so Gehörte zu verstehen, heißt, die Möglichkeit eines neuen Faschismus zu begreifen.³ Dieser ist ohne eine handfeste Basis in der Arbeiterschaft nicht denkbar. Und wo sie zu finden ist, lehrt die frühe böhmische Erfahrung des deutsch-tschechischen Gegensatzes unter Arbeitern.

Nun muss man noch den Nationalismus bedenken, der in der Donaumonarchie eine ganz eigentümliche Entwicklung genommen hat, auf die hier nicht eingegangen werden kann, ohne den aber die Genesis des Faschismus nicht vorstellbar ist. Denn dieser ist immer hypertropher Nationalismus. In Österreich-Ungarn findet er im „Badeni-Jahr“ 1897 seinen wildesten Ausdruck. Der Premier Badeni dekretiert die Gleichwertigkeit der tschechischen Sprache mit der deutschen in den böhmischen Ländern, was zu Toten bei Demonstrationen in Graz führt, das ja keine böhmische Stadt ist. Da die Deutschen nicht das Tschechische erlernen, versteht sich, dass nach der Badeni-Verordnung künftig alle Beamten in Böhmen (und die Doppelmonarchie hat proportional die höchste Beamtenanzahl aller europäischen Staaten!) Tschechen sein werden. Das empört die Deutschen, die ihre Sprache als Staatssprache verordnet sehen wollen, obwohl sie eine Minderheit in der Bevölkerung Kakaaniens sind. Die Badeni-Verordnung fällt (auch der Kaiser möchte wenigstens

1 So der Hinweis von Hans Hautmann in seinem Artikel über den sudetendeutschen Nationalsozialismus. Vgl.: http://www.klahrgesellschaft.at/Mitteilungen/Hautmann_3_02.html

2 Dieses Phänomen unterschiedlichen demographischen Wachstums hat jüngst Serbien im Kosovo getroffen, wo die albanische Bevölkerung die serbische schließlich überwog und die Trennung des den Serben heiligen Amselfelds von ihrem Staat induzierte. Solche Trennung haben nach der faschistischen Niederlage 1945 die Deutschen in Böhmen und woanders erlebt.

3 Ich sage das mit speziellem Blick auf die bekannte Faschismus-Definition der Komintern, in welcher nur das „Finanzkapital“ als Träger des Faschismus ausgemacht wird. Ich verstehe sehr wohl, dass Parteien, welche sich als Arbeiterparteien deuten, den romantischen „klassenbewussten“ Arbeiter präferieren, daher einen Arbeiter, der seinen Kollegen als Lohndrucker vertreibt, weder gerne vorstellen noch gar denken wollen. Aber das ist nur die gewöhnliche ideologische „Reduktion von Komplexität“, die ich hier nicht betreiben mag.

auf das Deutsche als Kommandosprache beim Militär nicht verzichten). Der nationale Gegensatz (in der Doppelmonarchie auch „völkisch“ genannt¹) ist unüberwindlich geworden.

1898 wird die „Česka Strana Narodni Socialni“ in Böhmen gegründet, welche in deutscher Sprache den Namen „Tschechische National-Sozialistische Partei“ führt. Diese Partei wollte einen „slawischen Sozialismus“ und das Bündnis mit dem zaristischen Russland. Nach 1945 wird die Partei neu formiert und führt dann den im Deutschen heute weniger anrühigen Namen „Volkssozialistische Partei“. Sie grüßt am 19. Februar 1948 alle „Mitglieder der Partei, besonders“ die Arbeiter „und Angestellten in den Fabriken, die der kommunistischen Terrorwelle ausgesetzt sind“². Dieser Terror bestand in der von den Kommunisten geforderten weiteren Nationalisierung sowie in ihrer Kontrolle der Polizei.

Gegen die tschechische Opposition werden deutsche Organisationen in Böhmen gebildet. Der Buchdruckergehilfe Ferdinand Burschoffsky gründet im April 1898 in Mährisch-Trübau (Moravská Třebová) den „Verband deutscher Gehilfen- und Arbeitervereinigungen Österreichs“. Am 8. Dezember 1902 wird auf einer Tagung der deutsch-nationalen Arbeiterschaft, die 30.000 organisierte Arbeiter umfasst, in Reichenberg (Liberec) der Beschluss gefasst, die selbständige „Deutsche Arbeiterpartei in Österreich“ (DAP) zu gründen. Die Gründung erfolgt am 15. November 1903 in Aussig (Ustí n. L.). Im August 1904 wird das Programm der DAP in Trautenau (Trutnov) beschlossen. Der Wiener Parteitag vom 2. bis 4. Mai 1918 gestaltet das Trautenauer Programm um und beschließt den neuen Namen „Deutsche National-Sozialistische Arbeiterpartei“ (DNSAP). Rudolf Jung, der Marx Konkurrenz machen möchte, publiziert 1919 sein Werk „Der nationale Sozialismus. Seine Grundlagen, sein Werdegang und seine Ziele“.³ Drexlers und Hitlers DAP übernimmt nach die-

1 In Deutschland weiß man der Sache nach nicht, was „völkisch“ eigentlich meint, weil Kaiser Franz Josefs Empfinden, wenn er von „seinen Völkern“ spricht, im – wie man heute sagt – „ethnisch reinen“ Deutschland gar nicht nachempfunden werden kann. Wer verstehen will, was „deutschvölkisch“ wirklich meint, muss das Wort „vielvölkisch“ als in Österreich-Ungarn verwendeten und ziemlich genau den Sachverhalt der Donaumonarchie erfassenden Terminus in Rechnung stellen (im Reichstag waren 10 Sprachen zugelassen). Wer glaubt, das Adjektiv „völkisch“ sei an sich ein Nazi-Wort, hängt in Wahrheit von der Nazi-Sprache ab und zeigt nur, dass er die wirkliche Geschichte nicht kennt. Ich gebe gerne zu, dass diese Kenntnis nach 1945, d. h., um es tschechisch zu sagen, nach dem Odsun (Abschub) der Deutschen von der Wolga bis zur Oder-Neiße schwer zu gewinnen ist. Wo sie aber zum Begreifen einer Sache gehört, muss sie erworben werden. In diesen Zusammenhang gehört auch das berüchtigte Wort *Volksgemeinschaft*. Wer keine andere als die seine kennt, weiß wenig von der gemeinten Bedeutung. Wer aber unter den vielen Völkern des Kaisers herumreist, weiß sehr wohl, wann er bei der eigenen zu Hause ist und bei den anderen in der Fremde. Im Übrigen ist es dumm, seinen Sprachgebrauch von Ideologen diktieren zu lassen, die längst über alle Berge sind.

2 Zit. nach Walter Storm: Was geschah in Prag? Die Ereignisse im Februar 1948. Berlin: Allgemeiner Deutscher Vlg. 1949, S. 28

3 Die dritte, vollständig umgearbeitete Auflage, München 1923, widmet Jung „Adolf Hitler und den Seinen“, und dieser empfiehlt sie allen Ortsgruppen der NSDAP.

sem Vorgang 1920 den Namen Nationalsozialismus¹ von den Vorläufern aus der liquidierten Doppelmonarchie.

Wie wir sehen, ist die Genesis des deutschen Faschismus und des russischen Kommunismus ein Vorgang, der in der Prosperitätsphase des imperialistischen Kondratieff (sie währt von 1898 bis zum Herbst 1911) vor sich geht. Die zugehörige Rezessionsphase dauert vom Herbst 1911 bis zum Sommer 1925, während die Depression im Sommer 1925 einsetzt, 1929 bis 1933 die Weltwirtschaftskrise einschließt, im Frühjahr 1939 ihren Tiefpunkt erreicht, um sodann vom Frühjahr 1939 bis zum Ende des Jahres 1952 in die Erholungsphase überzugehen.² Mit dieser historischen Gliederung ist empfohlen zu bemerken, dass der 1. Weltkrieg nicht die „Urkatastrophe“ eines „kurzen Jahrhunderts“ ist, sondern die Konsequenz des in der Prosperitätsphase gesetzten imperialistischen Gegensatzes zwischen der Entente und den so genannten Mittelmächten. Dieser Gegensatz beginnt 1897 mit der europäischen Attacke auf China, begleitet von der preußisch-deutschen Phrase über das Recht auf den „Platz an der Sonne“ (Russland und Frankreich folgen Deutschland in China auf dem Fuße). Er beginnt weiter im Frühjahr 1898 mit dem Angriff der USA auf Spanien, begründet mit der Presselüge vom spanischen Angriff auf einen US-Schlachtkreuzer im Hafen von Havanna.³ Das ist genau der Imperialismus, von dem Lenin nach dem Studium J. A. Hobsons und R. Hilferdings Mitteilung macht.⁴ In ihm geht es um die Neuverteilung der Kolonien (Spanien verliert die Philippinen an die USA und muss Kuba aufgeben, das nun zum Hinterhof des Siegers wird). Der deutsche Kaiser kann sein Flottenrüstungsprogramm zu Beginn des Kondratieff 1898 vom Deutschen Reichstag als bewilligt erfahren, womit Großbritannien ins Bündnis mit Frankreich und Russland getrieben wird. Er hält Reden, die den übelsten Faschistengeist vorweg nehmen („Pardon wird nicht gegeben“ heißt es in seinen Ermunterungen der deutschen Truppe, die den Verteidigern der chinesischen Souveränität den Garaus machen soll; das wird Hitler gegen kommunistische Kommissare der

1 Hitler fand das Wort *Sozialismus* nicht passend, sondern bevorzugte das Adjektiv *sozialrevolutionär*, ließ sich dann aber mit der großdeutschen Intention auf den Vorschlag seiner böhmischen Brüder ein. Doch er blieb der Kommandeur, und damit wurde nicht Wien, sondern München „Hauptstadt der Bewegung“.

2 Ein Lehrgang über Zyklen-theorie kann hier natürlich nicht gegeben werden. Daher bemerke ich nur, dass die Viertelung einer Konjunkturwelle die Phasen Prosperität, Rezession, Depression und Erholung determiniert. Sie haben alle die Dauer von 13,75 Jahren, wenn der Kondratieff-Zyklus mit 55 Jahren vorausgesetzt wird. Man fasst auch Prosperität und Rezession als Prosperität zusammen sowie Depression und Erholung, falls man die Kondratieff-Dauer halbiert. Mit dieser Einteilung erkennt der Leser sofort: Stalinismus und herrschender Faschismus sind Depressionsphänomene des imperialistischen Kondratieff

3 Dieses Muster haben die USA unter Bushs christlicher Führung im Irak kopiert.

4 W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss. In: Ders.: Werke. Bd. 22. Berlin: Dietz Vlg. 1960. S. 189–309. Zwei Jahre nach dieser Schrift publizierte J. Schumpeter seine Darstellung „Zur Soziologie der Imperialismen“, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 46, H. 1 u. 2. Tübingen: Vlg. v. J. C. B. Mohr 1919, worin die Imperialismustheorie unter Einschluss der klassischen Antike einen weiteren historischen Rahmen erhält.

Roten Armee wiederholen). Im Niederschlagen des Herero-Aufstands ist der Völkermord durch einen deutschen kaiserlichen Offizier gesetzt. Südwestafrika (heute Namibia) lernt auch deutsche Konzentrationslager kennen (nach dem Vorbild der britischen, die im Burenkrieg eingeführt werden), während in Ostafrika (heute Tansania) bereits die Militärpolitik der verbrannten Erde exekutiert wird. Der imperialistische Kondratieff wird mit allen faschistischen Möglichkeiten, die aktuell verfügbar waren und besonders in der Kolonialpolitik eingeübt wurden, eröffnet. Freilich musste das Gas zur Menschenvernichtung erst noch erfunden werden. Das vollbrachte 1915 ausgerechnet Haber, der Nobelpreisträger für Chemie.

Um die hier vorgeschlagene Zeitordnung in einer Skizze deutlicher zu machen, möchte ich die folgende Präsentation historischen Stoffes an ausgewählten Ereignissen, die jeder nach eigenem Ermessen variieren kann, notieren. Die Darstellung dient dazu, nach vier Dimensionen den Inhalt des imperialistischen Kondratieffs knapp zu übersehen. Natürlich muss der Leser mit Angabe der Daten geschichtliche Vorgänge verbinden, deren Kenntnis unterstellt wird.¹ Die gebotene Darstellung kann selbstverständlich für jeden Kondratieff-Zyklus erarbeitet werden. Das hat die bemerkenswerte historiographische Konsequenz der Konstitution von Vergleichsobjekten, die ohne solche (zugegeben: spekulative oder konstruktive) Voraussetzung gar nicht gewonnen werden können. Da jeder Kondratieff-Zyklus die schon genannten 4 Phasen hat, können wir z. B. gleichartige Phasen verschiedener Zyklen miteinander vergleichen. Instruktiv ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, die ich dem Leser zu finden überlassen muss: Alle europäischen Revolutionen (deutsche Reformation und Bauernkrieg 1517 – 1525, niederländische Revolution 1568 – 1609, englische Revolution 1642 – 1649, französische Revolution 1789 – 1799, europäische Revolution 1848 – 1849, russische Revolution 1905 – 1907) sind Vorgänge in Prosperitätsphasen (die niederländische geht bis zum Waffenstillstand von 1609 über diese Phase noch hinaus). Damit stimmt die Marxsche Annahme von der Krise als Revolutionsermöglichung nicht mit den empirischen Tatsachen überein. Krisen bzw. Depressionen sind in der Regel vielmehr Zeiten der Restauration. Sehr schön zeigt sich das im Vergleich mit der Dauer des Bismarckschen Sozialistengesetzes von 1878 bis 1890. Das sind 12 Jahre, die im bürgerlichen Kondratieff genau so zeitlich geordnet sind wie die 12 Jahre Faschismus von 1933 bis 1945 im imperialistischen Kondratieff. Der zeitliche Abstand zwischen Beginn und Ende beider Prozesse beträgt ziemlich genau 55 Jahre, also die Dauer eines Kondratieff-Zyklus'. Weitere Vergleiche mag jeder selbst anstellen.

Da mein Thema der Vergleich des Kommunismus mit dem Faschismus ist, muss ich an dieser Stelle die Präsentation meines Denk- und Begriffs-

¹ Die erste Linie soll den Höhepunkt der Prosperität markieren, die zweite den Durchgang durch die ökonomische Gleichgewichtslage beim Eintritt in die Depression, die dritte schließlich den Tiefpunkt der Depression. Natürlich können die notierten Daten für den Leser nur Signale sein, zu denen er sich die fraglichen geschichtlichen Vorgänge denken muss.

system abbrechen, um auf seiner Basis zur Sache zu kommen. Ich hoffe, dass wenigstens eine halbwegs hinreichende Anzeige gegeben werden konnte, die potent ist, die folgende Vergleichung plausibel zu machen. Mit anderen Worten: Meine Sicht der Vergleichbarkeit biete ich am besten mit der wirklichen Vergleichung dar.¹

Zu diesem Zweck muss zunächst der Faschismus als das angenommene Mittel des Vergleichs *bestimmt* werden. Sodann handelt es sich darum, den Kommunismus unabhängig vom Faschismus zu bestimmen. Erst wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, kann wissenschaftlich ernsthaft ein Vergleich vorgenommen werden.

Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft	Politik	Kultur und Wissenschaft
1898	Radium entdeckt (Curie)	Deutscher Flottenbau beginnt	Gründung der SDAPR; Krieg der USA gegen Spanien	R. Luxemburg: Sozialreform oder Revolution
1899	Erste elektrische U-Bahn in Berlin	Dtld. produziert fast 4 Mill. t Thomasstahl	11.10.: Buren erklären England der Krieg	D. Hilbert: Grundlagen der Geometrie
1900	2.7.: Luftschiff LZ 1 startet (Zeppelin)	Goldstandardgesetz der USA	Britische Annexion der Burenrepubliken	14.12.: M. Planck teilt Wirkungsquantum mit
1901	Erster drahtloser Funk über Atlantik (Marconi)	Erstes Mercedes-Modell auf dem Markt	1.1.: Commonwealth of Australia errichtet	
1902	Transsibirische Eisenbahn eröffnet	Industrial Bank of Japan nach Modell des Crédit Mobile de France gegr.	30.1.: Britisch-japanisches Bündnis beschlossen	W. Sombart: Der moderne Kapitalismus
1903	17.12.: Erster Motorflug (Gebr. Wright)	Juni: Gründung der Ford Motor Comp.	Aug.: 2. SDAPR-Parteitag in Brüssel u. London	G. E. Moore: Principia Ethica
1904	Erstes Großdieselmotorkraftwerk (MAN, Kiew)		6.2.: Japanische Flotte überfällt russische in Port Arthur	L. Trotzki: Unsere politischen Aufgaben
1905	19.11.: Erster Autobus fährt in Berlin	16.1.: Putilow-Arbeiter beschließen Ausstand	1905/07: 1. russische Revolution beginnt; 1905/11: Persische Revolution	A. Einstein: Spezielle Relativitätstheorie

¹ Es sei noch notiert, dass der Gebrauch der Kondratieff-Zyklen nach Schumpeter selbstverständlich mit weiteren aus der Ökonomie bekannten Zyklen einhergehen kann. Wegen der Zyklen bietet im Übrigen auch die Geschichte Möglichkeiten, die analytische Methode anzuwenden. Zum Vergleich verweise ich auf meine Darstellung „Über den Platz der DDR in der deutschen Geschichte“ in: Konfliktforschung Aktuell. Wiss. Mitt. d. Vereins f. angewandte Konfliktforschung e. V. 7(1999)2–3. Hg. v. Verein f. angewandte Konfliktforschung (VAK) e. V. Berlin: Eigenverlag. S. 44–79; nachzulesen. Des weiteren P. Ruben: Vom Kondratieff-Zyklus und seinem Erklärungspotential. In: Berliner Debatte Initial 19(2008)4. S. 47–62

1906	Erstes U-Boot in Kiel gebaut	US-Regierung untersagt weitere Expansion der Standard Oil	Revolution in Rußland	V. Pareto: Manuale di economia politica
1907	Hubschrauberflugversuch (Cornu)	12.6.: In Tiflis 300.000 Rbl. (Geldtransport) „expropriert“	31.8.: Brit.-russ. Vereinbarung über Persien (Aufteilung)	K. Kautsky: Ethik u. materialistische Geschichtsauffassung
1908	Erstes Ford-Modell T gebaut	Sozialversicherungsgesetzgebung in England beginnt	Österreich-Ungarn annektiert Bosnien und Herzegowina	
1909	Ammoniaksynthese (Haber-Bosch)	Gründung der Anglo-Iranian Oil Comp. (AIOC)	1908/09: Türkische Revolution	Lenin: Materialismus u. Empiriokritizismus
1910	Turbinen haben Dampfmaschinen verdrängt	27.6.: Gesetz zur Stolypinschen Agrarpolitik	Korea von Japan besetzt; 5.10.: Revolution in Mexiko beginnt	Whitehead, Russell: Principia Mathematica
1911	Erstes elektrisches Fernsehbild (Zworykin) -	Oberstes US-Gericht ordnet Auflösung der Standard Oil an	2. Marokko-Krise; Revolution in China beginnt -	E. Husserl: Philosophie als strenge Wissenschaft
1912	14./15.4.: Untergang der Titanic (1517 Tote)	Abkommen der Dt. Bank mit der Turkish Petroleum Comp.	1.1.: China als Republik proklamiert	J. Schumpeter: Theorie d. wirtsch. Entwicklung
1913	Erstes Montagefließband (Ford)	Außenhdl.: GB: 24,1 Mrd. M; D: 20,9 Mrd.; USA: 17,7 Mrd.	2. Balkankrieg	
1914	15.8.: Panamakanal eingeweiht	1914 - 1919 steigt Japans Export auf das Vierfache	1.8.: Beginn des Ersten Weltkrieges	
1915	Erstes Ganzmetallflugzeug (Junkers)	Alle kriegführenden Staaten geben Goldstandard auf	23.5.: Kriegseintritt Italiens	A. Einstein: Allgemeine Relativitätstheorie
1916	Elektronenbindung entdeckt (Lewis)	26.10.: Deportation belgischer Arbeiter nach Dtld. beginnt	27.8.: Kriegseintritt Rumäniens	
1917	Erster Farbfilm	Dekret über Grund und Boden in Sowjetrussland	8.3.: Beginn der 2. russischen Revolution	Okt.: Proletkult gegründet (A. A. Bogdanow)
1918	Erste elektrische Uhren	11.6.: Dekret über Komitees der Dorfarmut in Sowjetrussland	Okt./Nov.: Kapitulation der Mittelmächte	28.1.: Religionsunterricht an russ. Schulen verboten
1919	14./15.6.: Erster Nonstopflug über Atlantik		31.7.: Annahme der Weimarer Verfassung in Deutschland	
1920	Erste Rundfunkstation (USA)	16.1.: Alliierte beenden Wirtschaftsblockade Sowjetrusslands	10.1.: Versailler Vertrag tritt in Kraft	N. Bucharin: Ökonomik d. Transformationsperiode

1921	Kunstseideproduktion beginnt (Gebr. Dreyfus)	22.2.: Staatliche Plankommission in Sowjetrußland gebildet	21.2.: Rote Armee dringt in Georgien ein	
1922	1.9.: Erster Radiosender (Komintern, Moskau)	Sowjetstaat eignet sich russische Kirchenschätze an	Gründung der UdSSR	31.8.: 160 Intellektuelle aus Rußland ausgew.
1923	Erster LKW mit Dieselmotor (MAN)	16.11.: Währungsstabilisierung in Deutschland beginnt	Okt.: KPD-Aufstand in Hamburg, Nov.: Hitler-Putsch	G. Lukács: Geschichte und Klassenbewußtsein
1924	Alpha-Teilchen vom Atomkern getrennt	16.8.: Londoner Reparationsabkommen (Dawesplan)	Febr.: Anerkennung der UdSSR durch Italien, Großbritannien	J. Stalin: Über d. Grundlagen d. Leninismus
1925	Fischer-Tropsch-Verfahren: Treibstoffsynthese	Bau von Hinterhöfen in Berlin untersagt	Hindenburg wird Reichspräsident	W. Heisenberg: Quantenmechanik
1926	16.3.: Erste Flüssigtreibstoffrakete (Goddard)		Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund	E. Schrödinger: Wellenmechanik
1927	Erster Alleinflug über Atlantik (Lindbergh)	21.4.: Carta del Lavoro in Italien beschlossen	Dez.: Ausschluss der Opposition aus der KPR (B)	22.12.: Bechterew diagnostiziert Stalins Paranoia und stirbt 2 Tage später
1928	Geiger-Müller-Zählrohr erfunden	15.1. - 6.2.: Stalin in Sibirien (2 Mill. t Getreide fehlen)	27.8.: Briand-Kellogg-Pakt (Kriegsächtung) unterzeichnet	
1929	Riesenflugboot DO X mit 158 Fluggästen	24.10.: Börsenkrach in New York; Weltwirtschaftskrise beg.	20.1.: Trotzki aus der UdSSR ausgewiesen	27.12.: Rede Stalins vor Agrarwissenschaftlern
1930	Erster Analogrechner (MIT, Massachusetts)	3.1.: Liquidation der „Kulaken als Klasse“ staatlich verordnet	27.3.: SPD-Minister scheiden aus dt. Regierung aus	3.9.: Mitteilung zur Verhaftung von Ökonomen in der SU
1931	Erstes Elektronenmikroskop	Großbritannien gibt den Goldstandard auf	18.9.: Japan beginnt Besetzung der Mandschurei	13.3.: GPU besetzt Marx-Engels-Institut
1932	Radiowellen aus dem Weltall beobachtet	9.7.: Ende der deutschen Reparationszahlungen beschlossen	30.5.: H. Brüning tritt zurück	
1933	Erste Autoreifen aus Buna	15.3.: Getreideeinhebung in der Ukraine eingestellt (Hunger)	30.1.: Hitler wird deutscher Reichskanzler	10.5.: Öffentliche Bücherverbrennung in Dtl.
1934	Atomkernvergrößerung gelingt (Joliot-Curie)	31.1.: Dollar um 59,6% abgewertet	30.6.: Ermordung Röhm; 1.12.: Ermordung Kirows	K. R. Popper: Logik der Forschung
1935	Nylonsynthese gelingt (Carothers)	Bau des Hoover-Staudamms zur Überwindung der Krise	3.10.: Italienischer Überfall auf Äthiopien beginnt	

1936	Agfacolor-Farbfilm entwickelt (Koslowsky)	Der Goldstandard ist allgemein aufgegeben	18.7.: Beginn des spanischen Bürgerkriegs	J. Keynes: General Theory ...
1937	6.5.: Luftschiffkatastrophe in Lakehurst, USA		Moskauer Prozesse (1936 - 1938)	H. Pirenne: Mahomet et Charlemagne
1938	Urankernspaltung (Hahn, Straßmann)	Das Deutsche Reich hat 42 Mrd. RM Schulden	29. 9.: Münchener Abkommen	Sept.: Geschichte d. KPdSU(B). Kurzer Lehrs.
1939	Erstes Düsenflugzeug (Heinkel)	Sept.: Volkswagenwerk ist errichtet	1.9.: Zweiter Weltkrieg beginnt; 17.9.: Rote Armee in Polen	16. 5.: I. Babel verhaftet
1940	Radaranlagen eingesetzt	Arbeitsgesetze der UdSSR, verbieten persönliche Kündigung	22.6.: Waffenstillstand von Compiègne	20.8.: Attentat auf Trotzki
1941	Programmgesteuerter Rechner Z 3 (Zuse)	11.3.: US-Senat nimmt Leih- und Pachtgesetz an	22.6.: Deutschland überfällt UdSSR, Japan die USA am 7.12.	29.6.- 26.8.: G. Lukács in SU inhaftiert
1942	3.10.: Rakete A 4 steigt auf 90 km Höhe	Bis Januar: 1523 Industriebetriebe in SU nach Osten verlegt	Okt./Nov.: Gegenoffensiven bei El-Alamein u. Stalingrad	Schumpeter: Capitalism, Socialism and Democracy
1943		18.2.: „Totaler Krieg“ in Deutschland verkündet	Sept.: Italienische Kapitulation	9.9.: Wahl eines Patriarchen von Moskau
1944	Programmgest. Computer MARK I (USA)	Bretton Woods: IWF, Weltbank, Dollar als internationale Leitwährung mit Goldumtausch	20.7.: Attentat auf Hitler	K. Polanyi: The Great Transformation
1945	6./9.8: Atombombenabwürfe		8.5.: Deutsche Kapitulation; 2.9.: Japanische Kapitulation	8.7.: Gründung des Kulturbundes
1946	Atomuhr erfunden (Libby)	1. - 18.3.: Gründungssitzung der Weltbank	21./22.4.: Gründung der SED; 6.9.: Byrnes-Rede in Stuttgart	
1947	Flugzeug erreicht Überschallgeschwindigkeit	5.6.: Marshall-Plan vorgeschlagen	Indien wird Dominion; Sept.: Kominformbüro gebildet	M. Merleau-Ponty: Humanisme et terreur
1948	IBM 604, erster Lochkartengesteuerter Rechner	20.6.: Währungsreform in Westdeutschland	Mai: Stalin weist Berija an, „Titoisten“ zu finden	4.12.: Freie Universität Berlin eröffnet
1949	23.9.: USA teilen sowj. Atombombenexplosion mit	25.1.: Gründung des RGW	1.10.: Gründung der VR China; 7.10. Gründung der DDR	24.5.: E. Blochs Antrittsvorlesung in Leipzig
1950		Europa hat 576 Mill. Einwohner	Indien wird unabhängige Republik; 25.5.: Korea-Krieg beginnt	

1951	Brutreaktor in Arco liefert elektrische Energie	18. 4.: Montanunionvertrag; Iran verstaatlicht AIOC	23.5.: Die VR China gliedert Tibet ein	Philos. Fachstudium in der DDR beginnt
1952	1.11.: Wasserstoffbombentest (Eniwetok-Atoll)	16.5.: Lastenausgleichsgesetz in der BRD	Juli: „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR beschlossen	W. Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik

3. Der Faschismus

Ich habe angedeutet, dass aus dem Königreich Böhmen der „nationale Sozialismus“ als Name des deutschen Faschismus importiert worden ist. Es gibt Historiker, die darauf bestehen, einen Unterschied zwischen dem deutschen „Nationalsozialismus“ und dem italienischen Faschismus zu machen (weil z. B. letzterer den typischen deutschen Antisemitismus originär nicht enthielt, sondern erst durch die Abhängigkeit Mussolinis von Hitler in sich aufnehmen musste). So wird denn der Name *Nationalsozialismus* für den deutschen Faschismus beibehalten – gewiss nicht ohne den listigen Hintergedanken, dass mit dieser Art von Sozialismus auch die ganze Gattung erledigt ist. CDU-Ideologen aus dem Saarland entdecken dann auch bei ihrem Landsmann Lafontaine einen „Steinzeitsozialismus“, während Sozialdemokraten aber den „demokratischen Sozialismus“ denn doch nicht so ohne weiteres preisgeben möchten. Was tun?

Ein guter Freund hat mir versichert: Es hat keinen Sinn, den gegenwärtigen Gebrauch des Wortes *Sozialismus* zu attackieren. Ich will es an dieser Stelle dann aber doch noch einmal versuchen. Der Name *Nationalsozialismus* bezeichnet haargenau dasselbe wie der Name *Einhorn*, die Bezeichnung *Engel* etc. – nämlich nichts, extensional gesprochen: die leere Klasse (oder Menge). Das haben die böhmischen Einführer dieses Wortes im Stillen auch gewusst. Sie haben nämlich das Wort *Sozialismus* gebraucht, um den Arbeitern, die mit der sozialistischen Ideologie der II. Internationale bekannt waren, zu suggerieren, dass sie so ungefähr das wollten, was die internationalistischen Sozialdemokraten auch wollten, nur eben national oder deutschvölkisch – gegen die Konkurrenz tschechischer Arbeiter, welche als tschechischvölkisch, bitte schön, doch von tschechischen Unternehmern eingestellt werden sollten.

Diese einfache Vorstellung hat die Bestimmung der Nation oder des Volkes zur Voraussetzung. Die deutschnationalen Ideologen hätten nun sagen müssen, was sie denn unter den Wörtern *Nation* und *Sozialismus* verstehen wollten, damit klar würde, was sie meinten, wenn sie vom *Nationalsozialismus* sprachen. Die Nation ist die politische *Gemeinschaft* der – mit Kant gesprochen – Staatsbürger (das ist die nicht gute, aber unvermeidliche Übersetzung des französischen Wortes *citoyen*), die in dieser oder jener Verfassung den Staat konstituiert. Dieser wieder ist für seine individuellen Glieder, die Staatsbürger, der Verwalter ihres Gemeineigentums, das er in Form der Steuer mit ihrer Zustimmung an sich zieht. Was die Nation zahlt, gibt er aus. Die Nation

ist aber keine *Gesellschaft*, keine *societas* (auch keine *society*), in der man als Person mit seinem eigenen Gesellschafteranteil zwar Mitglied ist, die aber kein Gemeineigentum hat. Die Gesellschaft konstituiert sich, wenn Gemeinschaften oder Personen in ein Vertragsverhältnis miteinander eintreten. Inhalt des Vertrages ist in der Regel der Austausch, die zugehörige Preisbildung insbesondere, der Informationsaustausch am Kamin oder der Warenaustausch, der Ein- und Verkauf. Eine Nation ist, da sie nur im Verhältnis zu anderen Nationen besteht und in der Regel mit diesen in den wirtschaftlichen Austausch tritt (so keinen Krieg gegen andere Nationen führt), Glied in der Gesellschaft aller Nationen, die sich im Weltmarkt darstellt. Der Ausschluss anderer Nationen etwa vom Tauschverkehr ist gesellschaftsfeindlich (wie im Inneren der Nation die kommunistische Ersetzung des Marktes durch die Zuteilung gesellschaftsfeindlich ist). Das Wort *Gesellschaft* wird im Deutschen für die Bezeichnung dessen verwendet, was lateinisch auch die *societas* genannt wird.

Das Wort *Sozialismus* kann – bei vernünftigem Sinn – überhaupt nichts anderes meinen als eine besondere Art der Gesellschaftlichkeit, eine Sozialitäts- oder Sozialordnung bzw. *Gesellschaftsordnung*. Wenn aber eine Nation keine Gesellschaft, sondern eine Gemeinschaft ist, muss der „nationale Sozialismus“ eine *gemeinschaftliche Gesellschaft* meinen.¹ Das aber ist das Gleiche wie eine multiplikative Addition, eine konjunktive Adjunktion, also eine *Contradictio in Adjecto*, d. h. ein logischer Widerspruch durch Fehler in der Beifügung des Adjektivs *national* zum Substantiv *Sozialismus*. Sozialismus ist a priori internationalistisch oder gar nicht vorhanden.²

3.1 Kurzer Exkurs über Gemeinschaft und Gesellschaft

Um das einzusehen, muss ich auf Ferdinand Tönnies verweisen, der in der deutschen Sozialtheorie zuerst den Unterschied zwischen der Gemeinschaft und der Gesellschaft 1887 dargestellt hat.³ Zur Grundlegung der Soziologie

- 1 Es ist bei all diesen sozialtheoretischen Erwägungen wichtig, die fremdsprachlichen Ausdrücke in die Muttersprache zu übersetzen. Denn nur in ihr hat man passende, adäquate Vorstellungen zur Verfügung. Mit Fremdwörtern lässt sich auch jeder Unsinn verkaufen, worauf es im Jargon der Werbung ja auch ankommt.
- 2 Die Phrase vom „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“ meint selbstverständlich den Aufbau des Kommunismus in einem Lande. Das wusste Stalin und die Komintern ganz genau, denn sie haben das Wort *Sozialismus* als Namen für die von Marx in seiner *Kritik des Gothaer Programms* genannte „erste Phase der kommunistischen Gesellschaft“ (vgl. MEW, Bd. 19, S.21) eingeführt – aus ideologischen Gründen, nämlich um der II. Internationale die sozialistische Intention zu bestreiten (vgl. die vom 2. Kominternkongress angenommenen *Leitsätze über die Grundaufgaben der Kommunistischen Internationale*, in: Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg: Vlg. C. Hoym 1921, S.746–766; dort wird gleich zu Beginn des zweiten Punkts en passant „Sozialismus (als erste Stufe des Kommunismus)“ erklärt). Es ist aber klar, dass Sozialismus als erste Phase oder gar „erste Stufe“ der kommunistischen Gesellschaft Kommunismus ist, diejenige Art des Kommunismus, die der „höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft“ vorangeht. Das ist der unsägliche Sozialismus“begriff“, den wir heute mit uns herumschleppen. Hitlers „Nationalsozialismus“ und Stalins „Sozialismus“ beherrschen noch immer der Gehirne der Lebenden. Machen wir doch endlich Schluss damit!
- 3 Ferdinand Tönnies: *Gemeinschaft und Gesellschaft*. Abhandlung des Communismus und des

unterscheidet er zwischen bejahenden (positiven) und verneinenden (negativen) Wirkungen menschlicher Willen, d. h. menschlicher Handlungen der Einzelwesen in Bezug aufeinander. „Diese Wirkungen sind ... entweder so beschaffen, dass sie zur Erhaltung, oder so, dass sie zur Zerstörung des anderen Willens tendieren“¹. Die Verhältnisse gegenseitiger Bejahung sind nun die, auf die Tönnies' Theorie gerichtet ist. Diese Lehre schließt so den Krieg, die Unterwerfung, die Versklavung als Gegenstände ihrer Erkenntnis aus. Der Imperialismus als gewaltsame Unterwerfung eines Volkes durch ein anderes kommt in der Tönnieschen Grundlegung der Soziologie nicht vor.

Jedes Verhältnis gegenseitiger Bejahung nun, so Tönnies, „stellt Einheit in der Mehrheit oder Mehrheit in der Einheit dar“. Und weiter heißt es: „Die durch dieses positive Verhältnis gebildete Gruppe heisst ... eine *Verbindung*.“ Die Verbindungen aber unterscheiden sich für Tönnies als Gemeinschaften einerseits und Gesellschaften andererseits. Nach dem Vorgang der klassischen deutschen Naturphilosophie nennt er Gemeinschaften „reales und organisches Leben“, die Gesellschaft aber eine „ideelle und mechanische Bildung“.² Das ist eine andere Ausdrucksweise für die Unterscheidung der Organismen von den Mechanismen. Sie hat mit dem Verschwinden des Kategoriengefüges der klassischen Naturphilosophie aus dem Bewusstsein der Geistesarbeiter bzw. aus dem Zeitgeist leider dazu geführt, dass Tönnies' Lehre nicht mehr recht verstanden wird. Michael Opielka, der Tönnies' Thema wieder aufgenommen hat, meint: „Die Grundfrage lautet: sind Gemeinschaft und Gesellschaft zwei logisch gleichrangige Begriffe, gibt es also einen Oberbegriff für beide?“³ Sollte, so Opielka, „Verbindung“ als Oberbegriff verwendet sein, müsste Tönnies „Leitdifferenz Gemeinschaft/Gesellschaft exklusiv: entweder/oder“ sein. „Dagegen spricht Tönnies selbst. Verbindung ist bei ihm ein Organisationsbegriff, *unterhalb* von Gemeinschaft/Gesellschaft.“⁴

Nun hat Tönnies zweifellos Gemeinschaften und Gesellschaften als Arten einer Verbindung erklärt, die er Gruppe nennt. Dass eine Vielheit menschlicher Einzelwesen eine *Gruppe* sei, ist klarerweise die Angabe der Gattung zu den Arten der Gemeinschaft und der Gesellschaft. Eine Gemeinschaft ist ebenso eine Gruppe wie eine Gesellschaft. Das ist unzweifelhaft die Meinung von Tönnies. Aber er nennt die Gruppe auch noch „Verbindung“. Und das ist das Wort, das in der Rezeption offenbar Kopfschmerzen verursacht. Ich schlage vor, dieses Wort als Bezeichnung von Handlungen bzw. Operationen zu verstehen. Wie man in der Logik sagt: Das Wort hat keinen eidetischen Sinn,

Socialismus als empirischer Culturformen. Leipzig. Fues's Verlag 1887. Diese Grundlegung der deutschen Soziologie erschien 1920 in der 3. Auflage mit dem Untertitel „Grundbegriffe der reinen Soziologie“. Kommunismus und Sozialismus verschwanden wohl angesichts der preußischen Berufungspraxis, die Sozialdemokraten und ihre Sympathisanten auf Lehrstühlen nicht dulden wollte.

1 Ebd., S. 3

2 Ebd.

3 M. Opielka: Gemeinschaft und Gesellschaft. Soziologie nach Hegel und Parsons. Wiesbaden: VS Vlg. f. Sozialwissenschaften 2004, S. 23

4 Ebd., S. 24

sondern einen operativen. Eine Verbindung zwischen zwei Sätzen ist zum Beispiel durch das Wort *und* herzustellen. Diese Verbindung heißt in der Aussagenlogik Konjunktion. Man muss sie aber nicht auf Sätze beschränken. Die alten römischen Bauern, denen wir das Wort Konjunktion verdanken, meinten mit dem Konjungieren das Zusammenspannen zweier Ochsen vor dem Karren, den sie *gemeinsam*, gemeinschaftlich ziehen sollten. Man kann auch mit dem Wort *oder* eine Verbindung herstellen. Diese Verbindung heißt in der Aussagenlogik Adjunktion. Die Verwendung des Wortes *oder* muss ebenfalls nicht auf Sätze beschränkt bleiben. Wieder sind die altrömischen Bauern anzuführen, die einen Ochsen vor den Karren spannten und den zweiten hinten anhängten. Das ist das Tun des Anbindens, wie man Adjungieren auch übersetzen kann. Sicher wird man zugeben, dass die Handlungen des Zusammenbindens und des Anbindens in ihren Resultaten verständliche Beispiele für Verbindungen ergeben.

Mein Vorschlag ist damit, Tönnies' Verbindung nicht eidetisch, sondern operativ zu verstehen.¹ Das Zusammenbinden (Konjungieren oder Vereinen oder Multiplizieren) zu gemeinsamer Handlung bildet, wie zu sagen ist, *Gemeinschaft*. Das Anbinden (Adjungieren oder Vereinigen oder Addieren) an andere Personen bildet *Gesellschaft*. Die entsprechenden Handlungen hat Max Weber in seinem Grundriss der Sozialökonomik *Vergemeinschaftung* und *Vergesellschaftung* genannt. Man könnte sie, wie schon notiert, im Deutschen auch *Vereinen* und *Vereinigen* nennen, mit den Fremdwörtern *Unifizieren* und *Assoziieren* sinngleich wiedergegeben. Das Vereinen kennt jeder mit dem Ausdruck „Vereinte Nationen“; im Namen „Europäische Union“ tritt ihm das Vereinen als Fremdwort gegenüber. Die Unsicherheit im Sprachgebrauch muss leider zugegeben werden, weil wir die „United States“ deutsch falsch „Vereinigte Staaten“ nennen (sie sind die „Vereinten Staaten“ wie die „United Nations“ ganz richtig die „Vereinten Nationen“ sind). Umgekehrt heißt das Diktum des Kommunistischen Manifests zu Deutsch „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“, woraus im Englischen die falsche Forderung „unite“ gemacht worden ist. Eine *Assoziation* ist etwas anderes als eine *Union*. Das ist der Unterschied der Gesellschaft gegen die Gemeinschaft. Die Gemeinschaft ist eine Einheit, ein Verein, eine Union; die Gesellschaft ist eine Vereinigung,

¹ Natürlich weiß ich, dass das eine Interpretation ist, die Tönnies' Text nicht eindeutig nahe legt. Aber Organismen und Mechanismen in der klassischen Naturphilosophie sind gerade durch die Verbindungen ihrer Teile charakterisiert, die wir in der Logik Konjunktion und Adjunktion (in der Mengentheorie Durchschnittsbildung und Vereinigung, in der Arithmetik Multiplikation und Addition) bei Beschränkung auf Sätze bzw. Aussagen nennen. Die Unterscheidung des eidetischen vom operativen Sinn ist essentiell: Eidetisch (vom griechischen *eidos*, zu deutsch *Bild*, nicht zu verwechseln mit Platons *idea*, einem philosophischen Kunstwort, das bezeichnet, was wir in Übernahme des griechischen Worts *Idee* nennen) ist der Sinn von Wörtern, die bildhafte Dinge meinen, operativ ist der Sinn von Wörtern, die Handlungen, Operationen, meinen. Hegels „Logik“ z. B. kennt keinen operativen Sinn, für Handlungen setzt er in seiner Beweislehre als Zeichen Striche, die bis heute via Marx ehrfürchtig mitgeschleppt werden, z. B. in der bekannten Version „W – G – W“, eine Variante der Hegelschen Zeichenbildung E – B – A. Beide Versionen sind nichts sagend, weil sie keine Auskunft über den Sinn der Striche einschließen.

eine Assoziation. In der Gemeinschaft ist der Einzelmensch *Individuum*, Teilnehmer; in der Gesellschaft ist er *Person*, Vertragspartner. Für seine Gemeinschaft zahlt das Mitglied Beiträge, die Gemeineigentum werden, über das die Gemeinschaft verfügt. In eine Gesellschaft bringt ein Gesellschafter seinen Anteil ein, der sein Eigentum bleibt.

Mit dieser Festlegung sind Gemeinschaft (*communitas*) und Gesellschaft (*societas*) als Ergebnis dual entgegengesetzter Handlungen verstanden. Die klassische Aussagenlogik liefert mit ihren Festlegungen über die Art der entsprechenden Handlungen beim Verbinden von Sätzen (das Konjungieren und das Adjungieren) die logische Implikation

$$p \wedge q \Rightarrow p \vee q,$$

die besagt, dass man aus der Voraussetzung der Konjunktion auf die entsprechende Adjunktion schließen kann. Beide Handlungen stehen zueinander im Verhältnis der Dualität, d. h., dass beide Handlungen durch Verneinung ihrer selbst und ihrer Glieder in die jeweils dual entgegengesetzte übergehen:

$$p \wedge q \Leftrightarrow \neg (\neg p \vee \neg q) \text{ und } p \vee q \Leftrightarrow \neg (\neg p \wedge \neg q).^1$$

Mit Bezug auf diese logische Voraussetzung möchte ich meinen, dass die Gemeinschaft als Ergebnis des Vereinens (Produktbildung) mit der Gesellschaft als Ergebnis des Vereinigens (Summenbildung) eine soziologische Implikation liefert, die durch den Grundsatz bestimmt ist:

Wenn eine Gruppe eine Gemeinschaft ist, so ist sie eine Gesellschaft.

Das bedeutet: Aus der Voraussetzung einer Gesellschaft kann man nicht auf die Existenz einer Gemeinschaft schließen; die Gesellschaft ist nur notwendige Bedingung der Gemeinschaft. Umgekehrt aber ist die Gemeinschaft hinreichende Bedingung der Gesellschaft. Eine Gemeinschaft ist durch Gemeineigentum bestimmt. Es ist elementar gegeben durch die Beiträge (die Steuer), die jedes Gemeinschaftsmitglied zur Erhaltung der Gemeinschaft abliefern und über die das Gemeinwesen (in Gestalt seiner Vertreter, sei es ein Diktator oder ein Parlament) verfügt. Das Gemeinwesen ist das Allgemeine der Gemeinschaft. Jeder Verein, jede Partei, jede Nation etc. ist eine Gemeinschaft. Eine Gemeinschaft tritt in die Gesellschaft ein, wenn sie mit anderen Gemeinschaften in den Austausch eintritt. Dann gibt sie Teile ihres Eigentums an eine andere Gemeinschaft, um im Gegenzug bisher unbekanntes neues Eigentum zu erwerben; sie vergesellschaftet damit Teile ihres Vermögens, um in den Genuss fremden Vermögens zu kommen. Vergesellschaftung ist also nicht Vergemeinschaftung, speziell Herstellung von Gemeineigentum. Sie ist vielmehr

1 Die Zeichen p und q stehen für aussagenlogische Satzvariablen; die Zeichen $\wedge$ und $\vee$ stehen für die logische Konjunktion und Adjunktion; die Zeichen $\Rightarrow$ und $\Leftrightarrow$ stehen für die logischen Beziehungen der Implikation und der Äquivalenz (beide nicht mit den Operationen der Subjunktion und der Interjunktion zu verwechseln). Zur Kenntnisnahme der logischen Theorie vgl. P. Lorenzen: *Formale Logik*, 3. Aufl. Berlin: Walter de Gruyter 1967

der Prozess der beständigen Zirkulation individueller oder gemeinschaftlicher Produkte.¹

3.2. „Faschismus“ versus „Nationalsozialismus“

Diese Rezeption der Tönniesschen Unterscheidung der Gemeinschaft von der Gesellschaft muss an dieser Stelle hinreichen, meine Annahme zu begründen, dass der Sozialismus eine Ordnung der Gesellschaft (*societas*) ist. Der Kommunismus ist dagegen eine Ordnung der Gemeinschaft (*communitas*).² Wenn es so ist, dass die menschliche Gesellschaft im Tauschverhalten ihre Realität hat, ist natürlich das Geld, der Wertdarsteller, als konvertible Währung der Ausweis für die Existenz der Gesellschaft. Die Abschaffung des Geldes ist demnach gleichbedeutend mit der Liquidation der Gesellschaft. Die Beseitigung des Tauschs kann aber nur gelingen, wenn er durch die Zuteilung oder Verteilung ersetzt wird. Genau das hat der europäische Kommunismus im 20. Jahrhundert veranstaltet (die nicht konvertible Binnenwährung hat er „Geld“ genannt, das tatsächlich Bezugsschein war). Und daran ist er gescheitert. Die Anerkennung der „Westmark“ im deutschen Osten durch die Regierung Grotewohl in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts lieferte den Nachweis der Unhintergebarkeit der Gesellschaft durch die kommunistisch verfasste Gemeinschaft.³

Theorien über den Sozialismus und über den Kommunismus müssen nach meinem Dafürhalten Tönnies' grundlegende Schrift zum Ausgangspunkt ihrer Erwägungen machen. Von Theorien solcher Art kann bei der Namensbildung, die das Wort *Nationalsozialismus* aus Gründen der Konkurrenz zur marxistisch inspirierten Arbeiterbewegung einführt, gar keine Rede sein. Ich bin

1 Die SAPD hatte 1875 in ihrem Gothaer Programm erklärt: „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft.[...] Hier ist die Verwechslung der Gemeinschaft mit der Gesellschaft, wie sie vor Tönnies üblich war, mit Händen zu greifen. Was aber heißt *Vergesellschaftung* wirklich? Wenn es Gemeingut nur in der Gemeinschaft gibt, die Gesellschaft aber wesentlich durch den wirtschaftlichen Austausch konstituiert wird, so heißt zu *vergesellschaften* eigene Produkte abgeben, um dafür eine Gegengabe zu erhalten, also verkaufen. Die Gesellschaft ist wirklich in der Zirkulation der von verschiedenen Produzenten (Gemeinschaften oder Personen) erzeugten Güter. Vgl. dazu auch meine Darstellungen: Gemeinschaft und Gesellschaft erneut betrachtet; in: Ethnohistorische Wege und Lehrjahre eines Philosophen. Festschrift für Lawrence Krader zum 75. Geburtstag. Hg. v. D. Schorkowitz. Frankfurt a. M.: Peter Lang 1995. S. 129–148. Des weiteren: Grenzen der Gemeinschaft? In: Berliner Debatte Initial 13(2002)1. S. 37–54

2 Gegenwärtig wird unter dem Einfluss angelsächsischen Denkens die *society* für eine große Menschenmenge gehalten, die *community* für eine kleine. Diese bloß quantitative Unterscheidung ist mit der operativen Deutung beider aufgehoben. In der Soziologie aber leiden wir zusätzlich auch daran, dass in ihr in der Regel nur Menschen jenseits der Natur, des Geldes, der Produktionsmittel, also der nichtmenschlichen Dinge gedacht werden. Das ist aber eine „abstrakte“ Gesellschaft. Besteht die sozialtheoretisch angenommene Grundmenge nur aus menschlichen Individuen, nicht auch aus an- und enteignungsfähigen Dingen, so kann in der so vorgestellten Gesellschaft nur kommuniziert, aber nicht gearbeitet und getauscht werden. Das ist ein höchst reduziertes Menschenbild.

3 DDR-Studenten lernten zu ihrer Überraschung in Moskau, dass die sowjetischen Preise am Weltmarkt zu bilden wären, eine Einsicht, die sie schlechterdings nicht erwarteten.

für den Gebrauch des Namens Faschismus aus dem einfachen Grunde, weil der Kern dieser Bewegung in der Aufstellung und Mobilisierung von – sagen wir es deutsch – Kampfgruppen, Stoßtrupps, Versammlungsordnern etc. besteht. Sie haben die klassischen deutschen Abkürzungen SA und SS, und diese Kürzel sind nach ihrem eidetischen Sinn so bekannt, dass weitere Erläuterung nicht nötig ist. Sie bezeichnen genau das, was italienisch *fascio di combattimento* heißt. Und es kann wohl kein Zweifel daran bestehen, dass die deutsche faschistische Bewegung wesentlich in der SA und SS besteht. Wie aber bildet man in der deutschen Sprache einen Ismus unter Voraussetzung der Wörter *Saalschutz* oder *Sturmabteilung*, *Schutzstaffel*, *Kampfgruppe* etc.? Im Italienischen wurde aus *fascio* offenbar ohne Schwierigkeit die Geburt von *fascismo* betrieben. Wie macht man Gleiches im Deutschen aus *Kampfbund*? Ich weiß es nicht und bin obendrein der Meinung, dass eine Bewegung, die unter gar keinen Umständen *sozialistisch* genannt werden kann – und aus logischen Gründen schon gar nicht *nationalsozialistisch* – durchaus mit einem Fremdwort bezeichnet werden darf, bei dem man sich gewöhnlich am besten gar nichts denkt. Und damit ist diese Bewegung voll charakterisiert. Denn sie ist eine Bewegung der völligen Gedankenlosigkeit, des bloßen Zuschlagens, des Befehlens, des Brüllens, eine Bewegung, die von Tönnies' Verbindungen gar nicht erfasst wird, weil sie eine verneinende, eine negative Wirkung realisiert und darin notwendig selbstzerstörerisch ist. Es ist keine produktive Gemeinschaft (etwa kooperativer Arbeit), sondern die Kriegergemeinschaft, die auf Eroberung aus ist, Fremde zu Sklaven oder „Menschenmaterial“ machen will. Ihr „Sozialismus“ heißt: „Jedem seinen Besitz. Dem Bauer seinen Hof, dem Handeltreibenden seinen Laden, dem Arbeiter seine Arbeitsstätte, dem Beamten seine Pension. Das ist der Besitz. Dieser kann aber nur garantiert werden, wenn jeder einzelne sich verpflichtet, diesen seinen Besitz zu verteidigen.“¹ Das ist die „sozialtheoretische“ Proklamation des Faschismus, die als Kampfschrei ausgestoßene Phantasie des wild gewordenen persönlichen Privateigentümers, der – unfähig, das Eigentum (*proprietas*) vom Besitz (*possessio*) zu unterscheiden – die Lösung der sozialen Frage in der Verwandlung aller in persönliche Privatbesitzer „erkennt“. Wie der Arbeiter seine Arbeitsstätte besitzen soll, wenn der entsprechende Unternehmer Pleite macht, weiß SA-Obergruppenführer M. v. Killinger, der Autor des zitierten Schwachsinn, natürlich nicht.

Zum weiteren und vollen Verständnis der hier vorgetragenen Position müsste eine Geschichte der Karriere des Wortes *Sozialismus* im Deutschen angegeben werden, die aber aus Platzgründen leider unterbleiben muss.²

1 So zitiert in der Schrift von Peter Longerich: Geschichte der SA. München: Vlg. C. H. Beck 1989, hier: BsR 2003, S. 142

2 Ich verweise auf die einschlägigen Lexika, so: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Hg. v. O. Brunner, W. Conze, R. Koselleck. Bd. 5. Stuttgart: Klett-Cotta 1984. S. 923–996. Historisches Wörterbuch der Philosophie. Hg. v. J. Ritter u. K. Gründer. Bd. 9. Basel: Schwabe & Co. Sp. 1166–1210.

4. Der Kommunismus

Der Kommunismus ist im Gegensatz zum Faschismus uralte. Jede Gemeinschaft, die persönliches Privateigentum ausschließt, also nur das Gemeineigentum kennt, ist kommunistisch.¹ Dem gemäß konnten Marx und Engels im *Manifest der Kommunistischen Partei* 1848 erklären: Die Kommunisten können „ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen.“² Diese Auffassung ist von der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts mit großer Konsequenz realisiert worden. Ideell basierte das auf der von Moses Heß 1837 formulierten Annahme, dass die von der französischen Revolution adoptierte Gleichheit (neben der Freiheit und Brüderlichkeit) real nur im Gemeineigentum bestehen könne.³ Denn wenn die eben in dieser Zeit begriffene soziale Frage⁴ genau darin besteht, dass die gegebene Gesellschaft Privateigentümer und Eigentumslose hervorbringt, also die absolute Ungleichheit zwischen den Menschen, so muss die Verwandlung aller in Eigentümer die Lösung des sozialen Grundproblems sein. Diese Verwandlung kann aber nur in der Herstellung des Gemeineigentums bestehen, weil die Existenz des persönlichen Privateigentums ohne die gleichzeitige Existenz Eigentumsloser unmöglich ist. *Alle* können nur Eigentümer sein, wenn ihre *Gemeinschaft*, deren Mitglieder sie sind, der wirkliche Eigentümer ist. Das ist der ökonomische Kern der kommunistischen Gemeinschaftsordnung.⁵ Man wird zugeben, dass er von bestechender Klarheit und Einfachheit ist. Er ist auch der genaue Gegensatz des faschistischen absurden Ideals, alle in Privatbesitzer verwandeln zu wollen.

In allen Zeitaltern der menschlichen Geschichte ist der Kommunismus aufgetreten, oft als Ordnung agrarischer Gemeinden, die Subsistenzwirtschaft

1 Damit ist – horribile dictu – z. B. zu sagen, dass der Vatikan eine kommunistisch verfasste Gemeinde ist. Denn er kennt kein Privateigentum. Das Christentum weiß überhaupt sehr viel vom Kommunismus, wenn es auch in seinen Kirchen angesichts des bolschewistischen Kommunismus Antikommunismus proklamiert hat.

2 MEW, Bd. 4, S. 475

3 Vgl. M. Heß: Die heilige Geschichte der Menschheit. Von einem Jünger Spinoza's. In: Ders.: Philosophische und sozialistische Schriften. 1837–1850. Eine Auswahl. Hg. v. W. Mönke. 2. Aufl., Berlin: Akademie-Vlg. 1980. S. 1–74. In dieser Schrift heißt es: „Wir halten nämlich dafür, daß „Gütergemeinschaft“ den Begriff von „Gleichheit“ am genauesten und schärfsten bezeichnet. Nur da, wo gemeinschaftlicher Besitz aller Güter, [...] und Nichts an einer Person, als ausschließendes Eigentum, gebunden ist – nur da herrscht völlige Gleichheit.“ (Ebd. S. 51.) Vgl. auch seine Rezension zu Lorenz Steins berühmtem Buch *Der Socialismus und Communismus des heutigen Frankreichs* von 1842, das einen Erkenntnisstandard liefert, der bis heute gelten kann. Heß' Rezension hat den Titel *Socialismus und Communismus*. Sie findet sich ebd. S. 197–209. Zu M. Heß vgl. auch Shlomo Na'aman: Emanzipation und Messianismus. Leben und Werk des Moses Heß. Frankfurt/New York: Campus Vlg. 1982.

4 Vgl. F. Baader: Über das dermalige Mißverhältnis der Vermögenslosen oder Proletaires zu den Vermögen besitzenden Klassen der Sozietät in Betreff ihres Auskommens, sowohl in materieller als auch intellektueller Hinsicht, aus dem Standpunkt des Rechts betrachtet. München 1835. Wieder abgedruckt in: L. Elm: Konservatives Denken 1789 – 1848/49. Darstellung und Texte. Berlin 1989. S. 229–230

5 Vgl. P. Ruben: Die kommunistische Antwort auf die soziale Frage. In: Berliner Debatte INITIAL 9(1998)1. S. 5–18.

betrieben, oft als Ordnung religiöser Mönchsorden oder Sekten. In der europäischen Neuzeit tritt er regelmäßig in Revolutionsphasen auf, von Thomas Müntzer bis zu Lenin.¹ Im Ersten Kondratieff-Zyklus 1788 – 1842² proklamiert ihn in der französischen Revolution François Noel Babeuf wie in der englischen Revolution 1642 – 1649 Gerrard Winstanley. 1840 erfährt Paris die erste große Kommunistendemonstration. 1842, am Ende des Zyklus, lehrt Lorenz Stein die Deutschen den Unterschied zwischen Kommunismus und Sozialismus zum ersten Male mit akademischer Gründlichkeit (er wird später Schöpfer der Wiener Schule der Nationalökonomie).

Der bürgerliche Kondratieff 1843 – 1897 sieht mit dem *Manifest der Kommunistischen Partei* aus der Feder von Marx und Engels 1848 eine unvergängliche Proklamation, gegen die jeder Antikommunismus noch immer lächerlich wirkt. Man kann den bürgerlichen Kondratieff geradezu das „Zeitalter des liberalen Marxismus“ nennen.³ Er beginnt mit dem Dreigestirn Moses Heß, d. i. der erste kommunistische Philosoph, Friedrich Engels, der Fabrikantensohn, der nach seiner Militärzeit von Heß für den Kommunismus geworben wird und das Original für die nicht so seltene Rekrutierungsbasis des Kommunismus ist (es ist häufig der jugendliche moralische Protest gegen die Egoismen reicher Eltern, die deren Kinder in kommunistische Gruppierungen treiben – das wissen die Deutschen nach dem „roten Jahrzehnt“ zwischen 1967 und 1977 sehr genau, ihre Regierungen zehren seit 1998 auch vom Potenzial der damals realisierten Rekrutierungen). Dem Duo Heß/Engels schließt sich dann auch Karl Marx an, nachdem ihm von Théodore Dézamy versichert worden ist, dass der Kommunismus keineswegs grau und militaristisch wie bei Babeuf in die Welt eintreten müsse, sondern sogar die Ordnung sein kann, in der alle Quellen menschlicher Produktivkraft fröhlich und reichlich sprudeln, was ja vom Kapitalismus angesichts seiner ewigen Krisen nun nicht behauptet werden kann.⁴

Im imperialistischen Kondratieff-Zyklus 1898 – 1952 wandert der Kom-

1 Vgl. Alles gehört allen. Das Experiment Gütergemeinschaft vom 16. Jahrhundert bis heute. Hg. v. H.-J. Goertz. München: Vlg. C. H. Beck 1984

2 Man nennt ihn den „Ersten Kondratieff“, weil er in der Wirtschaftsgeschichte und bis heute nach den Daten der zuerst festgestellte ist. Die nachfolgenden erhalten die anschließenden Ordnungszahlen in der Benennung; die vorangehenden werden nicht ausdrücklich gezählt notiert.

3 Dieser Kondratieff-Zyklus realisiert nämlich den ökonomischen Liberalismus perfekt in der Prosperitätsphase von der Aufhebung der britischen Korngesetze 1844 bis zum Gründerkrach, der nach Eingang in die Depressionsphase 1873 in Wien beginnt und in den Imperialismus als Lösung des Krisenproblems einmündet. 1872 schon proklamiert Disraeli: „Think imperial!“. 1879 beginnt die allgemeine Schutzzollpolitik, d. h. die Abgrenzung der Märkte gegen national fremde Konkurrenten. Der Marxismus entsteht zwischen 1843 und 1867, liegt also genau in der Prosperitätsphase des liberalistischen Kondratieff. Lenins Marxismus-Deutung liegt ebenso genau in der Prosperitätsphase des imperialistischen Kondratieffs, der an die Stelle des Austauschprinzips des Liberalismus vielmehr das Eroberungs- oder Gewaltprinzip des kapitalistischen Imperialismus (Schumpeters Identifikation) setzt. Seit den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts haben wir es wieder mit dem Liberalismus, dem Neoliberalismus, zu tun.

4 Vgl. T. Dézamy: Gesetzbuch der Gütergemeinschaft. In: J. Höppner, W. Seidel-Höppner: Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx. Bd. II: Texte. Leipzig: Vlg. Ph. Reclam jun. 1975. S. 465 – 502. Ders.: Dialog über die Wahlreform. In: F.

munismus nach Russland aus, wo er in Gestalt der bolschewistischen Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR), die sich von 1898 bis 1903 effektiv konstituiert hat, seinen politischen Akteur findet. Wenn wir heute das Wort *Kommunismus* verwenden, so meinen wir praktisch den in Russland realisierten Kommunismus, wie er nach der im November 1917 von Trotzki geführten bolschewistischen Machtübernahme dem Lande aufgeprägt wurde. Selbstverständlich ist er eine *Art* des Kommunismus, was ja die verschiedenen Schicksale des russischen und insbesondere des chinesischen empirisch seit 1978 sehr deutlich zeigen. Der russisch geführte europäische Kommunismus bricht 1989 bis 1991 zusammen. Der chinesische findet rechtzeitig vor Beginn der Depressionsphase des Vierten Kondratieff, den ich zwischen 1953 und 2007 realisiert sehe¹, mit der Lösung, dass die Hauptsache an der Katze nicht ihre Farbe sei, sondern ihr Fähigkeit, Mäuse zu fangen, den Weg in das volkswirtschaftliche Wachstum. Das passiert im Herbst 1978; die Depression setzt im Sommer 1980 ein. Jetzt – zu Beginn des Fünften Kondratieff im Jahre 2008 – ist zu sagen, dass der Kommunismus zwar in Europa implodiert ist, aber in Asien lebt.

Der russische Kommunismus hat sich mit Bezug auf den in Deutschland begründeten Marxismus herausgebildet. Sein Anknüpfungspunkt war aber nicht so sehr die ökonomische Lehre von Marx, sondern die Feststellung des Kommunistischen Manifests, dass alle Revolutionen notwendig politisch sind. Dies zu entdecken, machte den Grund des Übergangs Plechanows von den Volkstümlern zur russischen Rezeption des Marxismus aus. Der russische Kommunismus ist so dominant politisch geworden. Und der „Leninismus“, wenngleich erst von Stalin gegen den ebenso imaginierten „Trotzkismus“ proklamiert, ist wohl identisch mit der Proklamation des „Primats der Politik“. Diese Proklamation hat mit dem klassischen Marxismus wenig zu tun, der in den politischen Erscheinungen nie etwas anderes sehen konnte als den politischen Widerschein ökonomischer Entwicklungen (Politik war ihm immer „Überbau“ dieser Basis!).

Da nun die hier zugrunde liegende Fragestellung das Verhältnis der De-

Kool u. W. Krause: Die frühen Sozialisten. Bd. 2. München: Deutscher Taschenbuch Vlg. 1972. S. 350 – 364

- 1 Diese Sicht wird in der Literatur nicht geteilt, weil meine Annahme der Konstanz menschlicher Generationsdauer nicht allgemein angenommen ist. Vgl. H. Thomas/L. A. Nefiodow (Hg.): Kondratieffs Zyklen der Wirtschaft. An der Schwelle neuer Vollbeschäftigung? Lindenthal-Institut Köln. Herford: Vlg. BusseSeewald 1998. Auch E. Händler nimmt Nefiodows Sicht an, der bereits den Beginn des Sechsten Kondratieff sieht, während nach meiner Zählung klarerweise 2008 den Beginn des Fünften bedeutet. Die Depressionsphase des Vierten Kondratieff hat im Sommer 1980 begonnen. Sie wird politisch durch den Aufbruch der Solidarność charakterisiert. Während der russische Kommunismus sich in das verrückte Abenteuer des Krieges in Afghanistan stürzte, um so sein Vietnam zu erzeugen, stürzte sich der chinesische Kommunismus zur gleichen Zeit in das ökonomische Abenteuer, das persönliche Eigentum an Produktivvermögen zuzulassen, also die politisch durch ihn beherrschte Gemeinschaft mit der freigelassenen Gesellschaft zu verknüpfen. Das ist ein soziales Experiment von nicht zu überschätzender theoretischer Bedeutung. China hat seit 1450 den Europäern die Weltmeere überlassen. Nun kehrt es in die Weltwirtschaft zurück.

mokratie zur Diktatur betrifft, ist es nützlich zu notieren, was der „liberale Marxismus“ des Zweiten Kondratieff an politischer Lehre den Kommunisten des Dritten Kondratieff hinterlassen hat. Im Juni 1891 schreibt Engels, der verehrte Patriarch der II. Internationale, eine Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891, in der er feststellt: „Wenn etwas feststeht, so ist es dies, dass unsre Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat.“¹ Das ist, so muss gesagt werden, das letzte Wort der Begründer des Marxismus und daher geltende Urteilsbasis für die Frage, wie es mit der Demokratie und der Diktatur im Denken des kommunistischen Marxismus beschaffen ist.

Nun steht aber die Tatsache fest, dass die Kommunisten des Dritten Kondratieff, die nicht den „liberalen“, sondern den bolschewistischen Kommunismus vertraten und 1917 bis 1991 auch verwirklicht hatten, im Januar 1918 eine klare Absage an Engels' Konzept realisierten. Unter ihrer Regierung, die vom 2. Sowjetkongress erklärtermaßen provisorisch bis zum Zusammentritt der allseits gewollten Konstituierenden Versammlung Russlands eingesetzt worden war, begannen die entsprechenden Wahlen am 25. November 1917. Sie ergaben einen Stimmenanteil von etwa 24 % (10,6 Mill.) für die Bolschewiki, einen Anteil von 4,7 % für die konstitutionellen Demokraten, die anderen Stimmen verteilten sich auf die Sozialrevolutionäre² (18 Mill., d. s. 40,5 %) und Menschewiki (2,7 %). Ein knappes Viertel aller Stimmen wurde nicht-russischen Parteien gegeben. Die russische Nationalversammlung konnte als Vertretung von 44,4 Millionen Wählern handeln, der 2. Sowjetkongress wurde von etwa 20 Millionen Wählern inthronisiert. Die Nationalversammlung hatte bei diesem Wahlergebnis über 67% sozialistischer Wähler, nur 4,7% eindeutig bürgerlicher. Hier einen, wie deutsche Kommunisten ein Jahr später ihre eigene Nationalversammlung nannten, „Hort der Gegenrevolution“ zu vermuten, ist platterdings reiner Unsinn. Aber genau dieses Urteil wurde am 19. Januar 1918 durch die Bolschewiki vollstreckt, als sie die russische Konstituante gewaltsam auflösen ließen.³ Damit haben die russischen Kommunisten unvermeidlich den Bürgerkrieg provoziert und den Bruch mit dem von Kautsky

1 F. Engels: Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891. In: MEW, Bd. 22. Berlin: Dietz Vlg. 1963. S. 235

2 Der deutsche Name ist Ergebnis schlechter Übersetzung. Das Mitglied dieser Partei nennt sich eigentlich – typisch russisch – „Sozialist-Revolutionär“ –, und das bedeutet etwa anderes als „Sozialrevolutionär“. Man kann eine soziale Revolution wollen und betreiben, ohne den Sozialismus zu avisieren. Wer z. B. Klöster enteignet, um den Boden anzueignen und zu verkaufen, betreibt eine soziale Revolution sans phrase. Heinrich VIII. von England war einer der bedeutendsten Sozialrevolutionäre aller Zeiten. Niemand wird auf die Idee kommen, diesen Frauenmörder einen Sozialisten zu nennen.

3 Zur Geschichte der russischen Revolution vgl. W. Hedeler, H. Schützler, S. Striegnitz (Hg.): Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin: Dietz Vlg. 1997. Vgl. weiter W. Hedeler u. K. Kinner (Hg.): „Die Wache ist müde“. Neue Sichten auf die russische Revolution 1917 und ihre Wirkungen. Berlin: Karl Dietz Vlg. 2008

in Westeuropa repräsentierten Marxismus vollzogen. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Tiefe dieses Bruchs bisher wirklich verstanden worden ist.

Wenn der Marxist Engels die demokratische Republik als Form der Diktatur des Proletariats feststellt, so lässt sich gewiss streiten, ob die Vorstellung von der demokratischen Republik als einer *Form* in der Politiktheorie begründbar sei. Dass aber die Diktatur in der Demokratie anwesend ist, nämlich als Diktatur der Mehrheit über die Minderheit, dürfte unbestreitbar sein. Und das legitimiert Engels' Sicht, der zu seiner Zeit erwarten konnte, dass die Mehrheit einer Nation in überschaubarer Dauer ganz sicher aus Proletariern bestehen würde. Dies theoretisch klar und distinkt zu denken, ist der Grund, warum man wissenschaftlich vom exklusiven Gegensatz zwischen Diktatur und Demokratie keinen vernünftigen Gebrauch machen kann.

Die bolschewistische Interpretation der Liquidation der Nationalversammlung, die doch die Geburtsveranstaltung jeder demokratischen Republik ist, läuft darauf hinaus, sie im Gegensatz zum Rätekongress zu sehen, also die exklusive Alternative Rätemacht versus Nationalversammlung zu proklamieren. Wie kommt sie zustande? In seinen „Thesen über die bürgerliche Demokratie und die Diktatur des Proletariats“, die der 1. Kominternkongress in der ersten Märzwoche des Jahres 1919 annimmt, erklärt Lenin: „Alle Sozialisten haben [...] den Gedanken ausgesprochen, der von Marx und Engels durch die Worte ausgedrückt wurde, daß auch die demokratischste bürgerliche Republik nichts anderes ist als eine Maschine zur Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie [...].“¹ Der entsprechende Satz von Engels aus seiner Einleitung zu Marx' „Bürgerkrieg in Frankreich“ lautet: „In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andre, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie; [...].“² Abgesehen davon, dass beide Kommunisten von der Annahme des Absterbens des Staates ausgehen (eine Erwägung, die hier nicht diskutiert werden kann), macht sich Lenin die Deutung von Engels, dessen Satz über die demokratische Republik als spezifischer Form für die Diktatur des Proletariats drei Monate nach dem zitierten formuliert worden ist, dadurch einfach, dass er den Superlativ mit dem zusätzlichen Adjektiv *bürgerliche* bildet, also den Terminus „demokratischste bürgerliche Republik“ erzeugt, der Engels beim besten Willen nicht angedichtet werden kann. Was ist aber eine *bürgerliche* Republik? Lenin bleibt uns die Antwort schuldig und suggeriert dadurch sich und anderen, dass die demokratische Republik wohl a priori bürgerlich sein müsse. Das ist aber Unfug. Wenn wir den Bürger als bourgeois denken (nicht als citoyen!), so haben wir einen Menschen mit Produktivvermögen vor uns, keinen eigentumslosen Gesellen. Die Republik, die definitiv bürgerlich wäre, kann dann nur die der Vermögenseigner sein. Sie schließt alle Vermögenslosen aus ihrer Konstituierung aus. Solche Republiken hat es natürlich gegeben. Und der ganze politische Kampf der deutschen Sozialdemokratie bestand da-

1 LW, Bd. 28, Berlin: Dietz Vlg. 1959. S. 472

2 MEW, Bd. 22, Berlin: Dietz Vlg. 1963. S. 199

rin, den Vermögenslosen zum Staatsbürger zu machen, d. h. das allgemeine Wahlrecht für alle, Männer und Frauen, durchzusetzen. Das geschah erst 1918 durch die deutsche Novemberrevolution. Sie lieferte gerade die Beseitigung der bürgerlichen Demokratie, realisiert im preußischen Dreiklassenwahlrecht. Lenin deutet also den Abriss der wirklichen bürgerlichen Demokratie als deren Etablierung. Die russische Nationalversammlung mit mehr als zwei Dritteln sozialistischer Stimmenanteile und nicht einmal 5% eindeutig bürgerlicher kann nur in wilder Phantasie als „demokratischste bürgerliche Republik“ in Entstehung vorgestellt werden.

Es gibt wohl keinen anderen Grund für diese Missdeutung des marxistischen Ansatzes als Lenins Erfahrung, dass die Kommunisten in den Räten (Sowjets) die Mehrheit hatten, damit die Entscheidungsbefugnis und also die Macht. Diese wollten sich Lenin und seine Kommunisten nicht mehr nehmen lassen – auch nicht durch die Konstituante. „Wir lassen uns die Macht nicht nehmen“, wurde denn auch der wirkliche, d. h. wirksame, Grundsatz der bolschewistischen Art kommunistischen Machtgebrauchs. Die Tragödie dieses Gebrauchs besteht darin, dass sich die Machthaber spätestens seit 1930 nie mehr die Frage stellten: Was machen wir eigentlich mit der Macht? Statt die eigene Geschichte zu reflektieren, retuschierten sie sie, wo sie ihnen missfiel, bliesen sie zum Ballon auf, wo sie ihnen gefiel – und ignorierten hemmungslos die Kosten ihres Tuns.

Der sozialökonomische Inhalt der Exklusion der demokratischen Republik ist, soweit ich das bisher überblicke, sicher der, das Gemein- als Staatseigentum mittels der Rätewelt politisch (militärisch) durchzusetzen, weil die Nationalversammlung mit der Anerkennung der Verschiedenheit der in ihr vertretenen Parteien sicher das persönliche Privateigentum an Produktivvermögen verteidigen, wenn auch vielleicht beschränken würde (z. B. via Steuergesetzgebung). Alle die im kommunistischen Staatenblock seit 1953 gegen die kommunistische Diktatur und für die Demokratie eingetreten sind, müssen wohl zugeben, dass sie mit dieser Intention zugleich die Restauration des Privateigentums an Produktionsmitteln gesetzt haben, also die Arbeitslosigkeit als mit schöner Regelmäßigkeit im Kondratieff-Zyklus wiederkehrendes Ereignis für Massen von Menschen. Das ist der sozialökonomische Sachverhalt, der sich hinter der imaginierten Entgegensetzung zwischen Demokratie und Diktatur in der Gegenwart verbirgt. Er ist aber nicht durchdacht. Vielmehr wird einerseits mit Inbrunst von der „Misswirtschaft“ (der DDR) gesprochen und andererseits nicht thematisiert, dass die kommunistische Staatswirtschaft durch die Zentralisierung der Wirtschaftsleitung zwar das Pleiterisiko von den einzelnen Betrieben nahm, dafür aber der gesamten Volkswirtschaft auflastete. Die gesellschaftlich unvermeidliche Arbeitslosigkeit konnte so zeitweilig kaschiert werden – aber nur so lange, bis die Kondratieff-Depression das ganze System in die Pleite führt.¹

1 Dass z. B. die Privatisierung der DDR-Betriebe durch die Treuhand in der Regie der Kohl-Regierung den privatwirtschaftlichen Unsinn eines Angebots en masse realisierte und damit die

Es ist Inhalt unserer historischen Erfahrung, dass die ideologisch verhimmelte *Rätemacht* in kurzer Zeit tatsächlich zur Macht der kommunistischen *Partei* geworden war. Das hat der Kronstädter Aufstand vom Februar und März 1921, der sich ja für die Räte, aber ohne Kommunisten einsetzte, mit aller Klarheit verdeutlicht. In der DDR ist sogar formell die Unterordnung der Regierung unter das SED-Politbüro 1960 vollzogen worden. So ist faktisch erwiesen, dass die eingebildete Exklusion der Nationalversammlung im Interesse der Rätemacht die Einparteienherrschaft hervorgebracht hat. Die kommunistische exklusive Alternative *Nationalversammlung versus Rätekongress*, durch die der bössartige Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten von Anfang an etabliert worden ist, hat in Russland den Stalinismus als terroristische Version bolschewistischen Machtgebrauchs mit Wendung gegen die Begründer eben des Bolschewismus hervorgebracht, in Deutschland den Faschismus als Abwehrmittel gegen die Räte in Gang gesetzt.

Mit der Einparteienherrschaft ist der kommunistische Grundsatz, die Gleichheit durch das Gemeineigentum zu fundieren in die Wirklichkeit umgesetzt worden. Die konsequente Anwendung dieses Grundsatzes läuft zwangsläufig darauf hinaus, jeden Austausch insbesondere von Produktionsmitteln durch Ver- bzw. Zuteilung zu ersetzen, daher das Geld in seinem Dasein als konvertible Währung abzuschaffen, Preise als Proportionsdeterminationen für Zuteilungsoperationen durch Dekrete eines kommunistisch realisierten Gemeinwesens via Preisamt zu verfügen und die Produktion vom eben diesem Gemeinwesen organisieren zu lassen. Das ist in den 73 Jahren kommunistischer Herrschaft zwischen November 1917 und Dezember 1991 auch wirklich gemacht worden (selbstverständlich mit nationalen Unterschieden, die man als ebenso viele Arten des bolschewistischen Kommunismus feststellen kann). Daher stehen wir gegenwärtig in der einzigartigen Situation, eine historische Erfahrung gedanklich verarbeiten zu können, die keine Generation zuvor machen konnte. Selbstverständlich heißt Verarbeitung dieser Erfahrung nicht ideologische Denunziation. Der Antikommunismus bleibt nach wie vor die Grundtorheit der Epoche, weil er unfähig macht, seinen Gegenstand zu *begreifen*.

Um welche Erfahrung geht es? Die frühe Durchsetzung der kommunistischen Ordnungsidee für die Gemeinschaft zwischen 1917 und 1921 in Russland hat ohne Zweifel gezeigt, dass mit der Liquidation des Austauschs und der Durchsetzung der Zuteilung die Akkumulation des Verteilbaren durch das Gemeinwesen zum bloß militärischen Problem degradiert worden ist. Requirierungskommandos, die die Brotversorgung der Städte und der Armee sichern sollen, sind an sich außerstande, Saatgetreide von absetzbaren Über-

600 Mrd. erwartetes Vermögen in 200 Mrd. Schulden transformierte, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass riesige Industrie- und Verkehrsanlagen zu Schrott gefahren waren, dass schönste Stadtkerne einfach zu Staub zerfielen, dagegen die Militärbauten unter der Erde sinnlose Konsumtionen des Volksvermögens bedeuteten. Man betrachte die DDR-Bunkerbauten, und man erkennt, warum keine ordentlichen Straßen gebaut werden konnten.

schüssen zu unterscheiden. Also produzieren sie mit Eifer die Bedingungen kommender Hungersnot. Warum sollen Bauern in der russischen Mir-Verfassung (in der *obščina*) Überschüsse erzeugen, für die sie kein interessantes Handelsgut (nämlich Produktionsmittel) eintauschen können? Die Liquidation des Austauschs und seine Ersetzung durch die Zuteilung machen also aus den unmittelbaren agrarischen Produzenten Leute, die kein Interesse an einer Überschussproduktion haben. Werden sie Gegenstände des mit Waffengewalt betriebenen Requirierens, wird die soeben neu geordnete Gemeinschaft physisch dadurch bedroht, dass Massen ihrer Mitglieder an Hunger sterben. Das ist die Lage, die 1921/22 zur Einführung der „Neuen Ökonomischen Politik“ durch die russische kommunistische Partei geführt hat. Diese Einführung bedeutet nach meinem Dafürhalten die Anerkennung der Gesellschaft durch die kommunistisch geordnete Gemeinschaft.¹

Diese Anerkennung wurde im Herbst 1927 fraglich, als irgendwelche Institutionen meldeten, dass die Bauern nicht genügend Getreide für die Städte und die Armee ablieferten (es war eine Ablieferung, weil die Preise gar nicht marktgemäß gebildet wurden). Und nun standen die russischen Kommunisten vor dem Fundamentalproblem: Rückkehr zum 1921 verabschiedeten Kriegskommunismus (d. h. zum Requirieren) oder Fortschritt zum Aufbau der durch den Kommunismus in der NÖP ja an sich anerkannten Gesellschaft? Stalin, der schon während des Todeskampfes Lenins die Amtsstuben der kommunistischen Partei durch ihre Besetzungen dirigierte, zeigte im Januar 1928 die „ural-sibirische Methode“ als eine Lösung des möglicherweise sogar bloß imaginierten Getreideproblems (die Schlamperei in den Ämtern lässt es unklar sein, ob wirklich zu wenig Getreide in den Lagern vorhanden war): Eintreiben der von der Führung geforderten Getreidemengen. Bucharin favorisierte die soziale Lösung: Zahlt den Bauern höhere Preise und kauft den benötigten Rest auf dem Weltmarkt! Die Entscheidung lag in der Hand des Zentralkomitees – nicht etwa in der eines Diktators. Und sehr demokratisch fand die Mehrheit, dass die lausigen Bauern dem Gemeinwesen doch nicht einfach das Geld aus der Tasche ziehen dürften. Also wurde Stalins „ural-sibirische Methode“ generalisiert und das Jahr 1929 zur „großen Wende“. An seinem Ende feierte der Woshd (d. i. der Führer in russischer Sprache) im strammen Alter von 50 Jahren seine Geburt. Die Genesis des *Stalinismus*, wie wir die Reproduktion des Kriegskommunismus von 1928/29 an nennen müssen (kein anderer Funktionär der kommunistischen Partei ist durch diese Reproduktion seines Lebens

1 Dass sie das bedeutet, besagt selbstverständlich nicht, dass die beteiligten Akteure diesen Sachverhalt begriffen hätten. Lenin sah in der NÖP einen „zeitweiligen Rückzug“. Ob er sein Urteil nach praktischen Erfahrungen, die ihm ja immer wichtig waren, korrigiert hätte, vermag ich nicht zu sagen. Jedenfalls zeigt die chinesische Entscheidung vom Dezember 1978, dass die politische Herrschaft einer kommunistischen Partei sehr wohl mit der Freisetzung des persönlichen Privatinteresses im ökonomischen Bereich zusammengehen kann. Der russische Kommunismus hat eine solche Entscheidung bewusstlos 1921 getroffen, aber 1928 wieder aufgehoben – und darin das geboren, was rechtens Stalinismus heißt.

sicher gewesen, ausschließlich Stalin!), ist das Hervorbringen einer kommunistischen Verfassung, die bis heute unbegriffen ist.¹

5. Zum Vergleich des Kommunismus mit dem Faschismus²

Der Faschismus beginnt, sich selbst mit dem Kommunismus zu vergleichen, indem er ihn als seinen Hauptgegner erkennt. Das ist auch ganz plausibel. Denn der Faschismus ist, wie schon zitiert, die Bewegung zur Verteidigung des persönlichen Besitzes gegen alle Fährnisse des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses wie Inflation (Enteignung der Geldbesitzer), Arbeitslosigkeit (Enteignung der Lohnbesitzer), Preisverfall (Enteignung der Produzenten) etc.; da diese Phänomene in der Depressionsphase eines Kondratieff-Zyklus gehäuft auftreten, ist der Faschismus eine Bewegung, die für diese Phase politische Attraktivität in der Einbildung gewinnt, durch Gewaltexzesse die soziale Frage zu lösen. Dazu ist erforderlich, einen Gegner namhaft zu machen, auf den man einschlagen kann. Hitler hat in diesem Sinne klüglich den Marxisten vorgeworfen, dass sie mit ihrer Denunziation der Verhältnisse niemandem erklären, wen man denn nun eigentlich zur Verantwortung für die missliche Lage der „kleinen Leute“ ziehen kann. Werden aber Verantwortliche gezeigt, so kann man auch Stoßtrupps losschicken, um sie zu schlagen oder gar zu eliminieren. Juden und Bolschewisten wurden daher (insbesondere nach der Erfahrung mit der bayerischen Räterepublik) die geeigneten Kandidaten für die faschistische Vorstellung von den persönlichen Verursachern der sozialen Frage.

Dieser extreme Gegensatz zwischen Kommunisten und Faschisten beherrscht die historische Szene zwischen 1920 und 1945 in einem Ausmaß, das die Gleichsetzung beider a priori verbietet. Betrachten wir diese 25 Jah-

1 Das kindische Zertreten eines kleinen Steins in Berlin-Lichtenberg, den Opfern des Stalinismus gewidmet, zeigt den Sieg infantilen Gemüts über kleinste Verstandesregungen, eine widerliche Szenerie. – Hannah Arendt hat den Stalinismus als die Ausbildung totaler Herrschaft verstanden, aber merkwürdigerweise die quantitative Bestimmung der Größe von Massenbewegungen an den Begriff einer „voll entwickelten totalen Herrschaft“ gekoppelt. So kommt bei ihr Mussolini in die Lage, eine Diktatur nicht totalitären Charakters errichtet zu haben, obwohl er überhaupt als erster vom „totalen Staat“ sprach. Hitler hatte in diesem Sinne auch noch nicht genügend Massen unter der Fuchtel. Nur Stalin war damit reichlich gesegnet. Tatsächlich hatte Italien 1936 42,538 Mill. Einwohner, Deutschland 67,105 Mill., die UdSSR 163,8 Mill.; aber was besagt dies bei den unterschiedlichen Weiten der Länder? Die Bevölkerungsdichte der UdSSR betrug zu dieser Zeit 7 Einwohner/qkm, die Italiens 139 Einwohner/qkm, die Deutschlands 142 Einwohner/qkm. Russland zu kennen, heißt zu wissen: Das Land ist groß, und der Zar ist weit. Die Massen zerstreuen sich da sehr. Mein Vorschlag wäre, den Gesichtspunkt der Massen mit der Levée en masse zu verbinden, die das Volksheer und die französische Romantik aus der Taufe hebt. Da hätte man denn auch den Diktator Napoleon I. zur Verfügung, der sich an die Macht putscht und in Aachen verkünden lässt, dass nur einer größer als Karl der Große sei: Er.

2 Wenn ich im Folgenden vom „Kommunismus“ als Vergleichsgegenstand rede, meine ich immer den russisch dominierten (bolschewistischen) europäischen Kommunismus des Dritten Kondratieff-Zyklus. Im Vierten ist der Faschismus als staatliche Macht verschwunden, wenngleich im plebejischen Ausländerhass als klassisches Potenzial virulent.

re genauer, finden wir den Stalin-Hitler-Pakt vom August 1939 bis zum Juni 1941, d. h. knapp zwei Jahre Bündnis.¹ Das sind 8% der in Rede stehenden Zeit. Sie haben aber auch erhebliche historische Folgen.² Es ist sehr wohl zu vermuten, dass Hitler ohne das Bündnis mit Stalin den Angriff auf Polen nicht gewagt hätte. Und das besagt, dass der Stalinismus, als zwischen 1929 und 1953 realisierte Art des russischen Kommunismus für die Ermöglichung des 2. Weltkriegs Mitverantwortung trägt. Nicht nur das, er ist auch als Polen und Finnland 1939 überfallende Macht Kriegsteilnehmer im Bunde mit dem Faschismus. Legitimiert das, Kommunisten als „rotlackierte Faschisten“ festzustellen? Dagegen spricht die Tatsache, dass der Stalinismus unter den deutschen Kommunisten kaum weniger gehaust hat als der Faschismus. Obendrein ist empirisch absolut klar, dass die Leninsche Führung der Kommunisten durch Stalin umgebracht worden ist. Der wirkliche Führer der bolschewistischen Machtübernahme vom November 1917, Leo Trotzki, Schöpfer der Roten Armee, fiel einem von Stalin verordneten gemeinen Mord zum Opfer. Dies kennzeichnet den Stalinismus als eine – freilich noch zu erklärende – Depravation des russischen Kommunismus. Es ist diese Depravation, die man wegen ihres Bündnisses mit Hitler und der Intention, die vierte Teilung Polens zur Basis der Gemeinsamkeit zu machen, mit Schumachers Diktum belegen kann.

Es ist aber tatsächlich der „heilige Egoismus“ der so genannten „vaterländischen“ Politik, die das Bündnis mit dem Faschismus beim Schopfe greift, um die 1917/18 verlorene „Größe“ des „Russischen Reiches“ wiederzugewinnen. Das Bündnis vom August 1939 macht den terroristischen Kommunisten Stalin eben nicht zum „rot lackierten Faschisten“, sondern der kommunistische Nationalismus ergreift die vom faschistischen Nationalismus gereichte Hand, um die in der Vergangenheit erhaltenen Schläge zu kompensieren (in Polen und Finnland regierte einst ein Zar). Solche Patriotismen kennt die Geschichte zu Hauf. Stalins Bündnis mit Hitler, das den polnischen Staat vernichtet, ist die Folge des Münchener Abkommens, das den tschechoslowakischen Staat widerstandsunfähig macht. Und eben dieses Abkommen schließt Stalin als Kommunisten gerade aus.

In diesem Zusammenhang ist selbstverständlich nicht zu übersehen, dass

- 1 In einem Schulbuch für den Erdkundeunterricht an höheren Schulen, das ich noch 1944 erhalten habe, findet sich der Satz „Die Zeiten sind vorbei, wo Deutschland ganz allein in der Welt stand. Jetzt stehen uns treue Freunde zur Seite. Das neu erstarkte Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, die Slowakei und Japan sind eng mit uns verbunden, Sowjetrussland hat einen Freundschaftsvertrag mit uns abgeschlossen ...“ Das ist zu lesen in: Heimat und Welt. Teubners Erdkundliches Unterrichtswerk für höhere Schulen. 3. Aufl. Leipzig/Berlin: B. G. Teubner 1941, S. 8. Diesen Satz bekam ich im September 1944 zu lesen, als die alliierte Landung in der Normandie und der Zusammenbruch der deutschen Heeresgruppe Mitte an der Ostfront längst absolviert war.
- 2 Dieses Bündnis eröffnete die so genannte „ethnische Säuberung“ als Lösung nationaler Fragen bis hin zu gemeinsamen Mordaktionen gegen die polnische Bevölkerung. Dass das KPdSU-Politbüro den von Berija vorgeschlagenen Mord von Katyn 1940 beschloss, definiert diese kommunistische Führung unzweifelhaft als eine Gang von Verbrechern.

die faschistische Lawine erstens innenpolitisch durch das Engagement der konservativen Rechten in den Besitz der staatlichen Gewalt kam. Ohne den italienischen König ist Mussolini nicht als Ministerpräsident denkbar. Ohne den preußischen General von Hindenburg kann Hitler nicht als deutscher Reichskanzler gedacht werden. Und außenpolitisch ist die gleiche konservative Unterstützung der deutschen Faschisten durch die britische Regierung Chamberlain bis zum Münchener Abkommen vom September 1938 zu konstatieren. Der Grund liegt klar auf der Hand: Es handelt sich um die Furcht vor dem Kommunismus, gegen den der Faschismus ja eben als antikommunistische Militärgewalt unterstützt worden ist. Die britische Regierung hat sich die Unterstützung Hitlers als Lösung der nationalen Frage der Deutschen suggeriert, bis sie mit dem Einmarsch der deutschen Armee in Prag im März 1939 bemerken musste, dass der Faschismus im strengen Sinne asozial ist, d. h. jeden geschlossenen Vertrag für einen bloßen Papierfetzen hält, der beachtet wird, solange die Machtverhältnisse andere Handlungen nicht zulassen. Er ist auch in dem Sinne antinational, indem er fremde Nationen nach Gutdünken als Opfer räuberischer Überfälle determiniert.¹ Die britische Garantieerklärung für Polen 1939 war demgemäß das Signal, dass die politische Weltmacht (und das war ja das britische Empire 1939 gewiss), die die Gesellschaft (die society) verteidigt, d. h. die Welt des freien Austauschs, den Faschismus nicht mehr als Verteidiger des persönlichen Privateigentums verstehen konnte, sondern als asozialen Eroberer fremden Eigentums, als jemand, der weder Gesellschaft noch Gemeinschaft der Menschen im Sinne Tönnies' verteidigt, sondern schlechthin negativ gegen jede Verbindung in eben diesem Sinne mit Waffengewalt handelt.

Mit dem stalinistisch ermöglichten deutschen Überfall auf Polen war daher die Grenze überschritten und die britische Kriegserklärung an den deutschen Faschismus fällig. Es gehört zu den wirklich bewundernswerten historischen Vorgängen, wie Großbritannien vom September 1939 bis zum Juni 1941 allein, natürlich gestützt durch sein Empire, den Krieg gegen den Faschismus bestanden hat.

Als Hitler in der gewohnten faschistischen Art die Sowjetunion, den stalinisierten Kommunismus, überfiel, war das Bündnis des Privateigentums mit dem Gemeineigentum gegen die Räuber beliebigen Eigentums besiegelt. Die nach dem 22. Juni 1941 entstehende Anti-Hitler-Koalition hat bewiesen, dass der sogar stalinistisch depravierte Kommunismus im Bündnis mit dem politischen System des Privateigentums, der angelsächsischen Demokratie, fähig ist, die Vereinten Nationen – gegen den Faschismus – zu begründen. Dies ist ein faktisches Urteil der Geschichte, das man im Vergleich des Kommunismus mit dem Faschismus selbstverständlich nicht übersehen darf.

Ziehen wir zum Vergleich des bolschewistischen Kommunismus mit dem Faschismus ein vorläufiges Fazit, können wir sagen: Beide Bewegungen sind

1 Man bedenke, dass diese Antinationalität und Asozialität nach außen erneut den Terminus Nationalsozialismus als reinen Werbeausdruck erweist.

Ansätze zur Lösung der sozialen Frage. Die faschistische Bewegung sieht im Krieg der Privateigentümer gegeneinander den menschlichen Natur- oder Normalzustand, organisiert die eigene Nation daher als Einheit von Armee¹ und Rüstungswirtschaft, um bei günstiger Gelegenheit andere Nationen zu überfallen und damit den eigenen Vermögenslosen die Perspektive zu bieten, unter Fremden Gutsherr bzw. Sklavenhalter zu werden. Dieser faschistische Nationalismus provoziert mit seiner Bestialität unweigerlich den härtesten Widerstand der überfallenen Nationen und ist daher a priori selbstzerstörerisch. Die kommunistische Bewegung will die Vermögenslosen mittels gewaltsamer Durchsetzung des Gemeineigentums zu Eigentümern machen, trifft damit selbstverständlich auf den härtesten Widerstand der Privateigentümer² und liquidiert mit der Beseitigung des Marktes und des Geldes die Gesellschaft wie die Person. Damit aber zerstört sie die Basis ihrer Produktivkraftentwicklung, betreibt das, was Marx nach dem Studium Dézamys für erledigt gehalten hat. Die Person und damit die Gesellschaft sind für Innovationen unabdingbar. Werden erstere unterdrückt (und das ist der Kern stalinistischer Politik), so bleiben letztere aus. Und damit haben wir die Selbstzerstörung als Prinzip des bolschewistischen Kommunismus festgestellt.

In der Selbstzerstörung finden Faschismus und bolschewistischer Kommunismus ihre sozialtheoretische Identität, die Faschisten als antinationale und asoziale Krieger, die bolschewistischen Kommunisten als international antisoziale Funktionäre eines Distributionssystems, dem nach endlicher Dauer in der beherrschten Nation die Substanz des zu Verteilenden ausgeht. Während aber die Faschisten Verträge stets nur als Bezeichnungen momentaner Kräfteverhältnisse angesehen haben, um sie umgehend nach eigener Stärkung zu brechen, haben die bolschewistischen Kommunisten internationale Vertragstreue mit Bezug auf Mächte bewiesen, die sie militärisch nicht überwinden konnten. So haben sie nach außen im Interesse der Selbsterhaltung die *Gesellschaft* (der großen Mächte) anerkannt, die sie im Innern vernichteten. Das machte sie fähig zum Bündnis mit den Verteidigern des Privateigentums, die gegenwärtig in den USA ihre politische Hauptmacht haben. Dort wurde sogar in der vom Faschismus verursachten Not Stalin zu Uncle Joe. Besser kann man die Verschiedenheit des Faschismus gegen den bolschewistischen Kommunismus nicht ausdrücken.

Für die Deutschen muss noch gesagt werden, was Sebastian Haffner schon in den sechziger Jahren notierte: „Mit dem Überfall auf Rußland am 22. Juni 1941 und der Kriegserklärung an Amerika am 11. Dezember 1941 setzte Hitler die Kausalitätskette in Gang, die über die totale Niederlage Deutschlands gegen diese beiden weit überlegenen Mächte, über ihre Begegnung in

1 Die faschistische „Volksgemeinschaft“ ist das Volk als angetretenes Heer, umringt von Führern aller Art, Gruppenführer, Zugführer, Kompanieführer, Bataillonsführer etc. bis zum letzten, dem Führer.

2 Der Antikommunismus ist daher Normalbewusstsein der Privateigentümer, der faschistische Antikommunist ein zuzeiten ihnen angenehmer Bündnispartner, insbesondere dann, wenn er die kommunistischen Angreifer als „Räuber“ zusammenschlägt.

Deutschland und über ihre Unfähigkeit, sich dort wieder voneinander zu lösen, zur Teilung Deutschlands zwischen ihnen führen mußte. Nach 1941 war in diesem Ablauf alles zwangsläufig: Die Deutschen selbst wie ihre beiden großen Besieger waren von jetzt an, wie Astronauten in einer Rakete, in eine Bahn geschossen, aus der sie nicht mehr herauskonnten. Aber der Entschluß zum Abschluß war frei. Nichts zwang Hitler im Juni 1941, Rußland zu überfallen. Nichts zwang ihn sechs Monate später, Amerika den Krieg zu erklären.“¹

Verwenden wir abschließend noch einmal die Redeweise von den beiden deutschen Diktaturen, müssen wir mit Haffner feststellen, dass die erste so frei war, durch ihren mörderischen Überfall auf die zweite eben diese ins eigene Land zu holen. Davon versuchen sich die Deutschen seit 1990 langsam, sehr langsam frei zu machen. Ohne wissenschaftliche Reflexion dieses wirklichen geschichtlichen Zusammenhangs wird der Versuch nicht vollendet werden können.

1 S. Haffner: Zur Zeitgeschichte. München: Kindler 1982, S. 97

Der DDR-Wirtschaftsreformversuch und das Jahr 1968¹

1. Vorbemerkung zum Begriff der Generation

Die in der Soziologie und in anderen Sozialwissenschaften bekannten Erwägungen zur Vorstellung dessen, was unter dem Wort Generation verstanden werden sollte, teile ich nicht. Ulrich Herrmann z.B. sagt: „In der Wissenschaft ist die Frage, was eine ‚Generation‘ ist und was sie ‚ist‘, nicht erlaubt; denn eine ‚Generation‘ ist – es sei denn, man versteht darunter, wie üblich, den *biologischen* Altersabstand von Eltern- und Kinder-Generationen – kein *factum brutum* [...]“.² Aber Termini wie Generation Golf, die 68er, die skeptische Generation etc. meinen tatsächlich oft nichts anderes als irgendwelche Kohorten menschlicher Individuen, manchmal mit der Dauer eines Jahres vorgestellt, manchmal einige Jahre umfassend. Ich schließe mich solchem Diskurs nicht an, sondern gehe mit Bezug auf den Generationsbegriff von einfachen, naturwissenschaftlich zu konstatierenden Voraussetzungen aus, nämlich genau von Herrmanns *factum brutum*.

Jeder Biologe wird uns sagen, dass in der Menschengattung der Generationsabstand, das ist der zeitliche Abstand der Eltern von ihren Kindern, zwischen 25 und 30 Jahren beträgt, d.h. im Mittel 27,5 Jahre umfasst. Das ist die Dauer, in der die biologische Reproduktion einer Generation im statistischen Mittel abgeschlossen ist. Angesichts der essentiellen Bedeutung der biologischen Reproduktion für alle menschliche Wirksamkeit³ ist es natürlich eine sozialtheoretisch wichtige Frage, welche bestimmten Dauern für die Feststellung historisch fixierbarer Generationen auszuwählen seien. Auf diese Frage gibt m.E. überzeugend bisher nur die ökonomische Konjunkturlehre in der Fassung Joseph Schumpeters eine akzeptable Antwort. In ihr werden die in den 1920er Jahren von Nikolaj Kondratieff vorgestellten „langen Wellen“ mit einer Dauer von 40 bis 60 Jahren als internationale Wirtschaftsprozesse unterstellt. Zuerst hat Fernand Braudel in seiner Sozialgeschichte des 15.-18.

1 Erstveröffentlichung in *Berliner Debatte INITIAL* 5, 2008. S. 22-30

2 Vgl. Ulrich Herrmann: Was ist eine „Generation“? In: A. Schüle, u.a. (Hg.): Die DDR in generationengeschichtlicher Perspektive. Weimar 2004

3 „Das dritte Verhältnis, was ... gleich von vornherein in die geschichtliche Entwicklung eintritt, ist das, dass die Menschen, die ihr eignes Leben täglich neu machen, anfangen, andre Menschen zu machen, sich fortzupflanzen – das Verhältnis zwischen Mann und Weib, Eltern und Kindern, die Familie“, schrieben Marx und Engels 1845 in ihrer *Deutschen Ideologie*; vgl. MEW 3, S. 29. Es gibt keinen Grund, aus diesem die geschichtliche Entwicklung von vornherein mitbestimmenden Verhältnis ein esoterisch zu deutendes Mysterium zu machen. Eine Generation kommt nicht durch „konstruktivistische“ Selbstdeutung zustande, sondern durch die bare Tatsache, in bestimmter Dauer zu besonderer Zeit von ihrer Elternschaft in die Welt gesetzt worden zu sein.

Jahrhunderts die Dauer eines Kondratieff-Zyklus als die Summe zweier Generationsdauern ausgesprochen.¹

Nehmen wir den biologisch beglaubigten Generationsabstand von 27,5 Jahren auch sozialtheoretisch an, so bilden zwei Generationen zusammen genau die Dauer von 55 Jahren. Diese aber ist gerade die Zeit, die Schumpeter für den von ihm so genannten bürgerlichen Kondratieff (1843-1897) ansetzt. Ich schlage vor, diesen wirtschaftsgeschichtlich sehr gut analysierten Kondratieff-Zyklus als empirisch realisierte Standarddauer (Kondratieff-Etalon) zu betrachten und hypothetisch anzunehmen, dass Kondratieff-Zyklen die Grundschrwingungen des Weltwirtschaftssystems mit konstanter Dauer sind. Das ist natürlich eine axiomatische Annahme, die allein durch empirische Bewährung legitimiert (konfirmiert) werden kann. Das besagt, dass aus den wirtschaftsgeschichtlichen Fakten kein logischer Widerspruch gegen das unterstellte Axiom herzuleiten ist.²

Wird das Axiom akzeptiert, impliziert es selbstverständlich mit der zeitlichen Folge der Kondratieff-Zyklen auch die Fixierung einer Generationenfolge. Letztere ergibt sich mit dem Nacheinander der Prosperitäts- und Depressionslagen der Kondratieffs (die Prosperitätsphase, die das Arbeitskraftpotenzial ausschöpft und anspannt, umfasst die ersten 27,5 Jahre; die Depressionsphase, die durch Massenarbeitslosigkeit charakterisiert ist, die nachfolgenden 27,5 Jahre).

Für das uns interessierende Jahr 1968 versteht sich, dass die Generation betroffen ist, deren Mitglieder zwischen dem 1. Juli 1925 und dem 31. Dezember 1952 geboren wurden. Das war die Depressionsphase des – mit Schumpeter zu sprechen – ‚neomerkantilistischen‘ Kondratieff, den ich von 1898 bis einschließlich 1952 rechne und den man auch den ‚imperialistischen‘ nennen kann. Zur nachfolgenden Generation gehören alle und genau die Individuen, die zwischen dem 1. Januar 1953 und dem 30. Juni 1980 geboren wurden. Sie haben in ihren ersten Vertretern das Jahr 1968 bestenfalls im Alter von 15 Jahren erreichen können, in dem gewiss von einer kulturellen oder politischen Wirksamkeit ihrerseits noch kaum die Rede sein konnte. Redet man von „den 68ern“, sind für Westdeutschland im Wesentlichen wohl die Jahrgänge gemeint, die sich zu dieser Zeit im Studium befunden haben, d.h. die im Jahrzehnt zwischen 1940 und 1950 Geborenen. Das ist ersichtlich eine Kohorte der in der Depressionsphase zwischen dem 1. Juli 1925 und dem 31. Dezember 1952 geborenen Menschen – und zwar jene, die keine sinnlich-gegenständlichen und erinnerungsfähigen Eindrücke aus der Zeit vor dem und während des Zweiten Weltkrieges mehr gewinnen konnte.³

1 F. Braudel: Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. Aufbruch zur Weltwirtschaft. Übers, v. S. Summerer u. G. Kurz. Sonderausgabe. München: Kindler 1990, S. 84.

2 Vgl. meine Argumentation in: P. Ruben: Vom Kondratieff-Zyklus und seinem Erklärungspotenzial. Erstveröffentlichung in: Berliner Debatte INITIAL 19 (2008) 4, S. 50-65.

3 An dieser Stelle ist es wichtig zu notieren, dass diese zeitliche Bestimmung für die Akteure des Jahres 1968 in der CSSR nicht zutrifft. Hier war die gesamte Bevölkerung involviert, also alle zusammenlebenden Generationen.

Selbstverständlich besitzen diese Zeitangaben ihre Bedeutung dadurch, dass sie determinieren, was empirische, sinnlich-gegenständliche Erfahrung und damit Urteilsbasis der Menschen unterschiedlicher Jahrgänge sein kann und was nicht. Wer sich über den Ersten Weltkrieg nur aus Büchern informieren konnte, aber den Zweiten Weltkrieg erlebte, wird über die deutsche Nachkriegsgeschichte vermutlich ein wenig anders urteilen als derjenige, der auch den Zweiten Weltkrieg nur aus Büchern zur Kenntnis nehmen konnte. Wer z.B. nur die DDR als Voraussetzung seines Daseins kennengelernt hat, wird sie anders beurteilen als derjenige, der sie auch als Folge seiner Erfahrungen begreifen konnte oder musste. Diese Zeitabhängigkeit der sinnlich-gegenständlichen Urteilsfähigkeit ist wohl unhintergebar.

2. Vom Beginn des ökonomischen Reformversuchs

Um die Bedeutung des Jahres 1968 für die DDR deutlich zu machen, möchte ich zunächst einen kurzen wirtschaftsgeschichtlichen Exkurs bieten. Das fragliche Jahr liegt in der Phase des Versuchs einer ökonomischen Reform, die nach dem Mauerbau im August 1961 zuerst in der DDR im Frühjahr 1962 avisiert worden ist. Der Wirtschaftsreformversuch währt etwa vom März 1962 bis zum April 1971. Damit umfasst er gerade die Dauer, die man in der Konjunkturlehre einen Juglar-Zyklus – mit Marx einen Krisenzyklus – nennt. Das sind in der Regel Dauern zwischen acht und zehn Jahren. Sie bilden den Zyklus, den der französische Ökonom Clement Juglar (1819-1905), wie Francois Quesnay ursprünglich Arzt, bereits 1862 in einer Publikation beschrieben hat. Daher auch der Name des Zyklus. Er umfasst den Umschlag des fixen Kapitals, den gewöhnlichen Horizont industrieller Investitionen. Schwingungstheoretisch lässt er sich als Oberschwingung zur Grundschiwingung des Kondratieff deuten.

Wie Schumpeter analysiert hat, kann man auf einen Kondratieff sechs Juglars rechnen. Das hat nichts mit Zahlenmystik zu tun, sondern drückt nur die in der Physik wohlbekannte Tatsache aus, dass Oberschwingungen in ihren Frequenzen ganzzahlige Vielfache der Frequenzen einer Grundschiwingung sind. Ein Juglar-Zyklus bildet den 6. Teil eines Kondratieff-Zyklus (und umfasst dann neun Jahre und zwei Monate). Andere Oberschwingungen treten im ökonomischen System ebenfalls auf, etwa der Lagerhaltungs- oder so genannte Kitchin-Zyklus mit einer Dauer von gut drei Jahren, oder der von Simon Kuznets entdeckte Bauzyklus, der ein Drittel der Kondratieffdauer umfasst. Alle diese Schwingungen lassen sich natürlich additiv zusammenfassen, so dass mit einem Mehr-Zyklen-Schema gearbeitet werden kann (Schumpeter selbst hat ein Drei-Zyklen-Schema vorgestellt). Nicht dass es in einem System Schwingungen gibt, ist ein Problem, sondern welche man auswählt.

Die Annahme des Juglar Zyklus setze ich als formelle Bedingung zur Bestimmung des DDR-Wirtschaftsreformversuchs voraus und biete nun die zu-

gehörigen Daten: Voraus geht die Periode von 1953 bis 1961/62, die Zeit vom 17. Juni 1953 bis zum Mauerbau vom 13. August 1961.¹ Sie ist charakterisiert als die Phase, in der die Dominanz des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln, das eigentliche kommunistische Ziel, mit den Machtmitteln des kommunistischen Staates durchgesetzt wird. Sie ist mit einem enormen Bevölkerungs-Aderlass verbunden. Der Mauerbau setzt der Fluchtbewegung ein Ende und verursacht gleichzeitig Kosten, die der Hauptvertreter der dafür verantwortlichen Politik, Walter Ulbricht, sehr genau zur Kenntnis nimmt. Am 30. Oktober 1961 schreibt Ulbricht an Generalsekretär Chruschtschow, „es ist offenkundig, dass die Sicherung der DDR kostspielig ist, nicht nur für die DDR, sondern auch für die Sowjetunion und alle anderen sozialistischen Staaten“. Die politische Durchsetzung des Volks- und Genossenschaftseigentums (mit dem sogenannten „sozialistischen Frühling“ von 1960), ganz nach dem Leninschen Konzept des Primats der Politik, führt zu einer ökonomischen Lage, in welcher der Mauerbau mehr kostet, als von der DDR oder von der Sowjetunion mit Blick auf die ökonomische Konkurrenz des Westens zu bezahlen beabsichtigt gewesen ist.

In der Folge wird vom Herbst 1961 bis zum Herbst 1962 im SED-ZK die Notwendigkeit einer Wirtschaftsreform generell diskutiert. Im Februar 1962, das ist der abschließende Monat des alten Juglar-Zyklus, findet die letzte Reduktion des am 1. Oktober 1959 von der Volkskammer nach sowjetischem Vorbild angenommenen Siebenjahrplanes statt. Man weiß nun endgültig, dass er unerfüllbar ist. Das stellt Bruno Leuschner fest, der in den Nachkriegsjahren unbestrittene DDR-Wirtschaftsfachmann. Sehr krank, wird er durch Karl Mewis ersetzt, der mit Herbert Wehner im schwedischen Exil war. Ein Dossier zu seinem Verhör durch die schwedische Polizei, der SED-Führung zugespielt, kommt in den Besitz Ulbrichts. Dieses Dossier veranlasst Ulbricht Mewis als Planungschef abzusetzen und durch Apel zu ersetzen. Das ist die Situation 1963 auf dem 6. Parteitag, auf dem ein Revirement des Personals erfolgt. Nicht nur Apel, sondern auch Mittag und viele andere gelangen jetzt nach vorn. Sie bilden im Unterschied zum Typus des traditionellen Parteifunktionärs à la Honecker eine technokratische Hilfgarde um Ulbricht.

Weiter ist zu erinnern: 1958 proklamierte Chruschtschow für die Sowjetunion: In tausend Tagen werden wir die USA überholen und 1980 den Kommunismus errichtet haben! Die SED-Führung erklärte Gleiches, nämlich Westdeutschland im Lebensstandard in drei Jahren – also bis 1962 überholen zu wollen. Die DDR, ein wegen des nazideutschen Überfalls auf Europa sowjetisch besetztes Land, war abhängig von der UdSSR-Führung, und abhängig war so natürlich auch Ulbricht. Die deutschen Kommunisten, die in diesem Teil Deutschlands ihre politische Orientierung von 1918/19, proletarische Rätemacht statt bürgerlicher Demokratie, verwirklichen wollten, konnten dieses

1 Vgl. meine Darstellung: Über den Platz der DDR in der deutschen Geschichte. Erstveröffentlichung in Berliner Debatte INITIAL 9 (1998) 2/3, S. 22-38.

Ziel natürlich nur in Abhängigkeit vom Sieger realisieren, der Reparationen und Zulieferungen verlangte. Im Vollgefühl des eindrucksvollen Sputnikstarts hatte die sowjetische Führung im Oktober 1957 erklärt, sie baue den Kommunismus auf. Was sollte Ulbricht 1958 vor dem 5. SED-Parteitag komplementär als Perspektive der DDR erklären? Gemäß der unterstellten Ideologie verstand sich für ihn von selbst: Vollendung des „sozialistischen“ Aufbaus durch genossenschaftliche Reorganisation der Landwirtschaft. Das war für Ulbricht gleichbedeutend mit der Beseitigung der Klassengesellschaft und der Herstellung der „sozialistischen Menschengemeinschaft“, d.h. einer Gemeinschaft ohne Klassengegensatz. Er konnte die Perspektive, den Kommunismus anzusteuern, nicht proklamieren, weil sie für deutsches Bewusstsein selbstverständlich einen besseren Lebensstandard als in Westdeutschland verheißen musste. Den zu erreichen, hatte man seit 1960 und zunehmend danach – durch Bruno Leuschner – gerade als unrealisierbar erkannt.

Die heute kaum mehr verständliche Euphorie Chruschtschows, den Kommunismus erreichen zu können, war für die Sowjetunion durch den Sputnikstart begründet (in sowjetischen wie in DDR-Armeeekreisen meinte man, die Westmächte in der Raketentechnik bereits überholt zu haben) sowie durch die ersten drei Ernten aus der Neulandgewinnung in Kasachstan. Im Kreis um Ulbricht nahm man speziell die gewöhnliche Juglar-Depression wahr, die 1957/58 die westdeutsche Wirtschaft beherrschte. Man hat heute den Eindruck, dass die damaligen Depressionsdaten (geringe Zunahme der Arbeitslosigkeit insbesondere) im SED-Politbüro linear extrapoliert wurden, womit die Vorstellung von der Überholung in drei Jahren eine gewisse sinnliche Plausibilität erlangt haben dürfte.

Dass 1959 westdeutsche Unternehmer wieder übertarifliche Löhne zahlten (und damit eine enorme Sogwirkung auf ostdeutsche Bewerber erzielten), traf den ökonomischen SED-Führungssachverstand wie ein Donnerschlag. Und dass der „sozialistische Frühling“ in der DDR-Landwirtschaft die Fluchtbewegung wieder forcierte, zwang schließlich zur Feststellung der kommunistischen Kapitulation im offenen Wettbewerb mit der sozialen Marktwirtschaft, die im Mauerbau signiert wurde. Das induzierte den Zwang zur Wirtschaftsreform.

Als ein erster Schritt wurde im März 1962 – in diesem Monat begann der neue Juglar-Zyklus – ein Kreditersuchen an die Bundesrepublik gestellt. Die Bundesregierung bestätigte dieses Kreditersuchen zum ersten Mal formell; und Adenauer wurde zum ersten Vertreter der neuen Ostpolitik, indem er sagte, dass nunmehr eine Politik betrieben werden müsste, die auf Ruhe an der Mauer zielte. Darum wäre die Bundesrepublik bereit, Ostdeutschen Renten und Pensionen zu zahlen und außerdem den Swing-Kredit auf 280 Millionen DM zu erhöhen. Das war ein Signal, das über die Treuhandstelle zu Ulbricht kam, der es umgehend dem UdSSR-Botschafter mitteilte.

Dann erschien am 9. September 1962 in der *Prawda* der berühmte Artikel von E. Liberman unter dem Titel: „Plan, Gewinn, Prämie“, worin erklärt

wurde, der Gewinn sei das einzig vernünftige Effektivitätskriterium für die Betriebe. Dieser Artikel machte in der DDR Furore. Ulbricht akzeptierte ihn und erklärte seinem Zentralkomitee, dass die Liberman-Debatte auszuwerten wäre. Das geschah im Oktober 1962.

Ulbricht wartete noch auf das Novemberplenum der KPdSU 1962, er hoffte, dass Chruschtschow die Reform auch in der UdSSR in Bewegung setzen würde. Dies geschah aber nicht. Dennoch realisierte Ulbricht den nächsten Schritt. Am 11. Dezember 1962 erteilte das SED-Politbüro Willi Stoph, der bereits faktisch – für den erkrankten Otto Grotewohl – Ministerpräsident war, den Auftrag, eine zentrale Arbeitsgruppe zu bilden, um Grundfragen der Wirtschaftsreform zu klären. Und in einem Interview am 14. Dezember 1962 erklärte Ulbricht in Leipzig öffentlich: Bisher galt das Primat der Politik, diese Politik sei falsch, es hätte jetzt der Vorrang der Ökonomie für die weitere Zukunft zu gelten.

Wer die Geschichte des Kommunismus im 20. Jahrhundert kennt, muss zugeben, dass diese Erklärung ein unerhörtes Vergehen gegen die Grundannahme des Kommunismus in seiner Leninschen Fundierung bedeutet. Sie besteht ja eben – übrigens im Gegensatz zur Marx'schen Sicht von der wesentlich ökonomischen Einrichtung des Kommunismus – darin, das Primat der Politik quasi axiomatisch zu behandeln. Da Ulbricht mit Hilfe seiner jeweiligen Bundesgenossen alle seine möglichen Führungskonkurrenten bis 1958 ausgeschlossen hat, ist niemand da, der im Namen Lenins Ulbricht zur Ordnung ruft. Obendrein ist die Wirtschaftsreform nach dem Mauerbau tief empfundenes Bedürfnis aller Akteure der Gemeinschaft wie Gesellschaft in der DDR. Seit Dezember 1962 ist somit in der DDR die Dominanz der Wirtschaftspolitik parteiamtlich erklärt. Ihre Proklamation lautet: Der Markt ist das Kriterium des Plans!

Nun wird in einem unglaublich schnellen Tempo die Formulierung dessen vorgenommen, was man das *Neue Ökonomische System der Planung und Leitung* – NÖSPL – genannt hat. Die DDR wird der erste Staat im kommunistischen Herrschaftsbereich, der eine Wirtschaftsreform avisiert. (In der ČSSR beginnt die Wirtschaftsreform 1965, in der UdSSR 1966, in Ungarn 1968, in allen Fällen selbstverständlich in besonderen nationalen Formen.) Den Markt als Kriterium des Plans anzuerkennen, wird der Inhalt des Wirtschaftsreformkonzepts in der Sicht Ulbrichts, den er bis zu seiner Absetzung Anfang Mai 1971 verteidigt. (Das ist die gleiche Orientierung, die 1921 in Räterussland mit der Neuen Ökonomischen Politik – NÖP – realisiert worden ist.)

Die Geschichte nimmt einen konfliktreichen weiteren Verlauf: Der Reformversuch wird im SED-ZK-Apparat, dem eigentlichen Zentrum der DDR-Verwaltung, bereits im Frühjahr 1964 mit der Funktionärsfrage konterkariert, ob man nun „sozialistische Millionäre“ zu dulden habe, was ordentliche kommunistische Revolutionäre natürlich nicht mögen. Für die ZK-Beamten wird das ursprüngliche kommunistische Gleichheitsideal durch das Wirtschaftsreformprojekt infrage gestellt. So entwickelt sich eine Fronde innerhalb dieses

Apparats unter der Führung Honeckers, – seit dem 17. Juni 1953 getreuer Adlatus des Generalsekretärs.

Ulbricht war als Person in der vorausgehenden Periode vollkommen souverän geworden. Man nannte ihn nun „den Alten“. Alle anderen waren Funktionäre hinter und unter ihm, im Durchschnitt mindestens zehn Jahre jünger als er (einen ähnlichen Altersabstand zu seinen Genossen hatte einst Lenin, der auch als „der Alte“ galt). Seine Opponenten Herrnstadt, Zaisser, Schirdewan, Wollweber hatte er alle aus der Führung ausschließen können. Am 7. September 1960 starb Pieck. Im November 1960 wurde Grotewohl schwer krank und war nicht mehr regierungsfähig. Ulbrichts eigentliche Partner aus der Gründergeneration (das sind die zwischen 1870 und 1897 Geborenen), die er nicht ignorieren konnte, waren nicht mehr da.

So war er, wenn man will, der Fürst (als „erster Sekretär“ in der Tat „der Erste“, was das Wort Fürst ja meint) und konnte machen, was er wollte. Was er wollte, wollte die Partei. Dies führte allerdings auch dazu, dass er sich die Teilnahme an Politbürositzungen und vor allen Dingen an ZK-Sekretariatssitzungen sparte; letztere dominierte zunehmend Honecker. Im ZK-Apparat kam die Rede auf: Der Alte redet nur noch mit Wissenschaftlern und nicht mehr mit uns. Damit war der innere Widerstand im ZK-Apparat seit Frühjahr 1964, knapp zwei Jahre nach Reformbeginn, ganz deutlich induziert.

3. Vom Ende des ökonomischen Reformversuchs

Im Oktober 1964 verliert Ulbricht mit der Absetzung Chruschtschows seinen entscheidenden Bundesgenossen im Streit für die Reform. Breshnew, der noch im Frühjahr Chruschtschows 70. Geburtstag zelebriert hatte, reproduziert die ministerielle Produktionsleitung und verlangt von der DDR Zulieferungen für die sowjetische Wirtschaft, aber keine autonomen Operationen von DDR-Betrieben auf dem Weltmarkt, die Reformer Erich Apel avisiert hatte. Dann sickert im Parteiapparat durch, dass Apel eine braune Vergangenheit habe. Ulbricht distanziert sich schon im Frühjahr 1965 von ihm und nimmt ihn auch nicht zur Vertragsunterzeichnung in die Sowjetunion mit.

Ende November 1965 kommt Breshnew zum Abschluss eines umfassenden Wirtschaftsabkommens nach Berlin und hatte bereits ein Jahr zuvor erklärt: Wir brauchen von euch mehr Schiffe, mehr Möbel, mehr Maschinen usw. und alles zu gleichbleibenden Preisen. Dies bedeutet, dass die neue sowjetische Führung die DDR zwingt, zu einem Zulieferland zu werden, während der Wirtschaftsreformversuch Apels gerade das Ziel verfolgt, die DDR-Industrie der Konkurrenz auf dem Weltmarkt auszusetzen. Am 30. November 1965 verlässt Breshnew die DDR.

Drei Tage später sollte Apel das Wirtschaftsabkommen unterzeichnen, aber ein paar Stunden zuvor, am 3. Dezember 1965, erschießt er sich. Es war

wohl eine psychologisch schwierige Situation. Apel stand – wie andere Leute in diesem Nachkriegsdeutschland auch – vor dem Problem der eigenen Vergangenheitsbewältigung. Er war während der Nazizeit bei Wernher von Braun im Raketenbau in Peenemünde beschäftigt und ist danach in die Sowjetunion gegangen oder geschickt worden; 1952 zurückgekehrt, gehörte er zu den hoffnungsvollen jüngeren Leuten. Natürlich wäre er als jemand, den man „entlarvt“ hätte, als Wirtschafts- oder als Planungschef abgesetzt worden. Vielleicht ist er dem zuvorgekommen. Genauer kann man nicht sagen. Jedenfalls signalisiert der Selbstmord Erich Apels das frühe Ende des fast euphorischen Reformbeginns. Was noch folgt, ist ein komplizierter Abwehrkampf Ulbrichts zur Verteidigung seiner Reformabsicht.

Im Dezember 1965 findet die für das Kulturleben in der DDR üble 11. SED-ZK-Tagung statt, die eigentlich der Kritik der Ulbricht'schen Wirtschaftspolitik dienen sollte, aber dem Reformen die Möglichkeit bietet, in den Banausengesang des SED-ZK gegen die Kulturproduzenten einzustimmen und so die Einheit in der Führung noch zu erhalten.

Eine äußere Bedingung, nicht durch den Osten, sondern durch den Westen gegeben, kommt hinzu. Die Politik des „Wandels durch Annäherung“, die Egon Bahr am 15. Juni 1963 proklamierte, bedeutete für das westdeutsche politische Konzept die Kontaktaufnahme mit den osteuropäischen Ländern, mit Ausnahme der DDR. Diese sollte isoliert werden, um daran zu zerbrechen. Teilweise gelingen auch Schachzüge in der Verwirklichung dieser Intention. So wird am 2. Februar 1967 Rumänien als erstes osteuropäisches Land diplomatischer Partner der Bundesrepublik, ohne dass die DDR in irgendeiner Weise gefragt worden ist. Das Prinzip der wechselseitigen Blockzugehörigkeit der beiden Teile Deutschlands bei Ausschluss der jeweils entgegengesetzten Seite war ja bereits 1955 durch die Sowjetunion durchbrochen worden.¹ Die Solidarität mit der DDR war nie sonderlich groß. Sie war aber für die Reformabsichten Ulbrichts durchaus erforderlich. So war er gezwungen, auf die Solidarität der anderen Länder mit Nachdruck und penetrant zu pochen. Das wurde im April 1967 in Karlovy Vary auf der Konferenz der kommunistischen Parteien realisiert.

Die inneren und äußeren Bedingungen standen für die DDR-Reform zu-

¹ Im Selbstbewusstsein der sowjetischen Führung galt die Bundesrepublik stets als Vertretung der deutschen Nation, während in der DDR „unsere Deutschen“ oder einfach „Unsere“ wohnten, begrenzt durch die Elbe, den von der Sowjetarmee erreichten und im Interesse der Sicherung der Heimat nicht mehr aufzugebenden Strom. Während Adenauer die Rückkehr der letzten deutschen Kriegsgefangenen 1955 gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen erwirken konnte, teilte Grotewohl Paulus mit, dass es sich um Kriegsverbrecher handele, für die sich der Marschall brieflich beim DDR-Ministerpräsidenten eingesetzt hatte, Grotewohl aber nicht einsetzen wollte – sicher aus Respekt vor der sowjetischen Führung. Vom kommunistischen Internationalismus in der Version Lenins (von der Marx' ganz zu schweigen) war im Stalinismus nichts mehr übrig geblieben, vielmehr galt der großrussische Chauvinismus als selbstverständliche Attitüde. Und die deutschen Kommunisten hatten in ihrer Führung in der DDR stets mit der Existenz einer „Moskau-Fraktion“ zu leben, die sich schon allein aus Konkurrenzgründen beständig reproduzierte.

nehmend schlechter. In gewissem Sinne kann man sagen, dass das Jahr 1968 das faktische Ende der Reform für die DDR bedeutete, obwohl sich der Reformabbruch noch zwei Jahre hinzog. Denn mit dem Einsatz der Staaten des Warschauer Pakts gegen den Prager Frühling wurde auch der von Ota Šik propagierte und in der DDR intensiv rezipierte Marktsozialismus obsolet – und damit Ulbrichts Idee, den Markt als Kriterium des Plans zu verstehen. Die Tschechoslowakei hatte 1965 die Wirtschaftsreformen im Land begonnen, wesentlich vor dem Amtsantritt des Parteichefs Dubcek. Dieser fand als Folge der Ablösung Nowotnys im Januar 1968 statt. Ende April 1968 ist die neue tschechoslowakische Regierung im Amt, die den „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ proklamiert. Damit stellte sich die Frage, was das wohl für ein Sozialismus sei. Zunächst handelte es sich ja um eine Zeitungsschreiberphrase. Was nicht alles hat in dieser Welt ein menschliches Antlitz! Am 27. Juni 1968 veröffentlicht *Literární Listy* das *Manifest der Zweitausend Worte*, formuliert von L. Vaculik, der bereits 1967 aus der KPČ ausgeschlossen worden war. Das Manifest wird in Moskau und anderenorts als Proklamation der Konterrevolution gedeutet. Schließlich wird am 6. August 1968 ein neues antizentralistisches Statut der KPČ mit dem Ziel vorgelegt, es im September auf ihrem 9. Parteitag beschließen zu lassen.

Mit dieser Entwicklung bestand 1968 das politische Problem für die stalinistische Führungsgarde darin, dass die demokratische Republik als Auflösung des stalinistischen Erbes gesetzt wurde. Das, was 1989 als Selbstverständlichkeit in allen kommunistisch beherrschten Ländern Europas umgehend realisiert worden ist, der Übergang vom Ein- zum Mehrparteienstaat mit der gewöhnlichen allgemeinen und geheimen Wahl, ist 1968 als Möglichkeit durch den Prager Frühling von der neuen kommunistischen Führung der KPČ gesetzt worden, ob es die einzelnen Führungspersonen nun wussten oder nicht. Man bedenke, dass die sogenannten Volksdemokratien ja tatsächlich sozusagen eingefrorene Mehrparteiensysteme darstellten, eingefroren in der Zeit zwischen 1948 und 1950.

Für die Möglichkeit, zum demokratischen Mehrparteienstaat überzugehen, aber war im Jahre 1968 die Zeit nicht reif, d.h. die russische kommunistische Führung hielt die Mehrparteiendemokratie nicht für die gesellschaftlich akzeptable Form der politischen Gemeinschaft. Diese Führung, gerade mit dem gewaltigsten Seerüstungsprogramm beschäftigt, das Russland je erfahren hatte, war noch zutiefst von der militärischen Sicherung des kommunistischen Führungsanspruchs überzeugt. Und sie hielt sich angesichts ihrer militärischen Mittel für stark genug, eine solche Entwicklung nicht zuzulassen. Die Panzer, die im August 1968, das ist der Höhepunkt des Jahres 1968 in Osteuropa, den Prager Frühling niederwalzten – und darin auch die alte tschechische Freundschaft mit Russland –, beendeten für die DDR die Möglichkeit, den Markt ernsthaft als Kriterium der Wirtschaftsplanung zu erwägen.

Während die kommunistischen Führungen 1989 reihenweise – bis auf Rumänien friedlich – ihren Rücktritt erklärten, weil sie nicht mehr wussten,

was sie tun sollten, also konzeptionslos geworden waren, scheiterte die Wirtschaftsreform 1968 deswegen, weil ihre politische Pointe, die Mehrparteien-demokratie, in der Tschechoslowakei naiv auf die Tagesordnung gestellt worden war. Dass diese Mehrparteien-demokratie natürlich die Restauration des persönlichen Privateigentums am Produktivvermögen herbeiführen würde, war den damals beteiligten Akteuren vielleicht nicht aktuell gegenwärtig, aber selbstverständlich gesetzte Konsequenz ihres Strebens nach dem Sozialismus mit dem „menschlichen Antlitz“.

Dies führte übrigens dazu, dass der Mentor der DDR-Wirtschaftsreform, Ulbricht, selbst wieder an die Seite derjenigen trat, die von Anfang an im ZK-Apparat gegen die Reform waren. Er trat für die Intervention ein, lobte gleichwohl noch nach der Intervention im Oktober 1969 den Richta-Report aus der Tschechoslowakei, während zugleich seine getreuen Genossen auf derselben SED-ZK-Tagung wieder die Keule des Revisionismus (wie schon zwölf Jahre zuvor) gegen die Wissenschaft, gegen Jurisprudenz, Ökonomie usw. hervorholten; um attackierte Personen aus den Instituten hinauszuerwerfen und im Hinauswurf zu genießen, etwas Befriedigendes im Klassenkampf getan zu haben.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung im Westen, in Polen und in Jugoslawien war es übrigens für Ulbricht klar, dass man eine „achtundsechziger Generation“ in der DDR nur verhindern konnte, wenn man die entsprechenden Kandidaten in die Hochschulreform führte. Das war sozusagen der taktische Trick mit Folgen, die ihr Initiator gewiss nicht beabsichtigt hat. Passiert ist nämlich in der 3. Hochschulreform 1969 schließlich, dass diejenigen ersetzt wurden, die zur alten Garde der Kommunisten gehörten. Die frei werdenden Stellen füllten sich mit karrieresüchtigen Aufsteigern, durch die die Entwicklungsbedingungen der 1970er und 1980er Jahre geschaffen wurden, d. h. die Bedingungen der Stagnation, finanziert durch fleißige Kreditvergabe seitens kapitalistischer Banken.

Das Jahr 1968 ist der definitive Entscheid darüber, dass unter den gegebenen strukturellen Bedingungen der kommunistischen Herrschaft eine Wirtschaftsreform, die die Souveränität der Betriebe in der Preisbindung auf dem Weltmarkt zulässt – das war die ökonomische Kernfrage, um die es eigentlich ging – und dabei eine wirkliche Kostenkalkulation ermöglicht, unmöglich ist, weil durch sie das kommunistische Herrschaftsprinzip an sich aufgehoben würde: Die Kostenkalkulation hätte zur Feststellung unproduktiver Ausgaben geführt, d.h. zur Streichung der Gehälter von Partei-, Gewerkschafts-, FDJ-Funktionären etc.

Aus persönlicher Erfahrung möchte ich noch notieren: Für Studenten aus der Zeit der 1950er Jahre war die Erfahrung des blutigen Konflikts in Prag 1968 dramatisch. Dramatischer aber als der August 1968 war – angesichts des zweiten Einmarsches der Roten Armee in Budapest gegen den Widerstand der kommunistischen Führung Ungarns – der November 1956. Der Schrecken, den der ungarische Aufstand mit der Präsentation der Bilder aufgehängter

Leichen vermittelte, induzierte zugleich die Bereitschaft, auf die grundsätzliche Diskussion der strukturellen Probleme kommunistischer Gemeinschaftsorganisation zu verzichten.¹ Die Erfahrung von Budapest, zwölf Jahre vor 1968, hatte die Intelligenz in der DDR, soweit sie parteifromm und für den Sozialismus eingetreten war, so schockiert, dass sie entschied: Dies unter gar keinen Umständen! (Im Ruf „Keine Gewalt!“ vom Herbst 1989 klingt diese Entscheidung noch nach.)

Diejenigen in der DDR, die den Oktober und November 1956 an den Universitäten erlebten, hatten im August 1968 die Möglichkeit gesehen, dass sich die Budapester Tragödie vom November 1956 in Prag wiederholen könnte. Dagegen haben jüngere Vertreter der Generation der vor 1953 Geborenen – nicht selten Kinder aus der Funktionärsgruppe – den entschiedenen Protest gegen die Intervention erklärt und öffentlich artikuliert. So wurde das Jahr 1968 in der DDR faktisch zum Geburtsjahr der inneren Dissidenz. Sie hat sich dann in den 1970er und 1980er Jahren forciert entwickelt.

Zur Rolle der Nationalen Volksarmee der DDR bei der Niederschlagung des Prager Frühlings sei wegen noch immer zu hörender Falschmeldungen festgestellt:

1. Die Nationale Volksarmee der DDR war niemals die selbstständige Armee eines souveränen Staates; die Konditionen ihres Einsatzes legte ausschließlich der sowjetische Generalstab fest.
2. In der DDR waren im Vorfeld der Intervention zwei Divisionen sowjetischem Kommando unterstellt worden, eine Panzer- und eine Schützenpanzerdivision. Am 29. Juli 1968 wurde die 7. Panzerdivision der NVA der 20. Sowjetischen Garde-Division eingegliedert, klar eine Vorbereitung auf den Einmarsch. Am 20. August 1968 erhält diese eingegliederte Panzerarmee den Befehl zur Marschbereitschaft. Der nächste Akt wäre der Befehl *Marsch!* gewesen. Dieser Befehl, so wird Ulbricht am Morgen des 21. August 1968 um 8 Uhr mitgeteilt, kommt nicht. Die 7. Panzerdivision der NVA wird in die Reserve versetzt, ebenso die entsprechende Schützendivision. Nach meinem Wissen haben sich auf dem Gebiet der Tschechoslowakei am 21. August 1968 fünf Angehörige der Nationalen Volksarmee der DDR befunden, bestehend aus einer Nachrichtentruppe, die bereits vor dem Einmarsch da war und vom Einmarsch gar nichts wissen konnte.²

Der Abbruch der Wirtschaftsreform führte schließlich und endlich 1970 zu dem SED-Politbüro-Mehrheitsbrief an Breshnew, in dem die Absetzung Ulbrichts gefordert wird. Mit Breshnews Hilfe wurde Ulbricht am 3. Mai 1971 abgelöst und durch Honecker ersetzt. Damit wurde der ökonomische Reform-

1 Ulbricht zeigte im SED-Politbüro die Fotos aus Budapest, um so den Kampf gegen die Petöfi-Klubs zu legitimieren. Die Frage, ob der Budapester Petöfi-Klub wirklich die Verantwortung für die wilden Erschießungen der AVH-Angehörigen zu tragen hätte, konnte nicht mehr gestellt werden.

2 Zur genaueren Information vgl. S. Karner/N. Tomilina/A. Tschubarjan et al. (Hg.): Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. Zwei Bände. Köln- Weimar-Wien: Böhlau 2008.

versuch kommunistischer Intention in der DDR endgültig aufgegeben. Der deutsche Kommunismus unter Führung Honeckers lebte in der Folgezeit insbesondere seit 1972 auch von Krediten aus kapitalistischen Mehrwerten. Dieser Führung gelang das Kunststück, mehr zur Konsumtion zur Verfügung zu stellen als in der Produktion hervorzubringen. Seit 1977 endlich musste die DDR Kredite aufnehmen, um Kredite zu tilgen. Und im Juni 1983 sprang Franz Josef Strauß ein, den seit Juni 1982 fühlbaren Kreditboykott durch den bekannten Milliardenkredit zu konterkarieren. Damit war international erklärt, dass die Bundesrepublik für die DDR bürge. So legte die Honecker-Administration Helmut Kohl den Schlüssel zur deutschen Einheit in die Hand, sodass er 1989 die Bedingungen neuer Kreditvergabe diktieren konnte.

Worauf beruht die Schwäche der Reformen in der DDR? Die DDR hatte 350.000 sowjetische Soldaten im Land, die Tschechoslowakei bis zum August 1968 nicht einen einzigen. In der DDR bestand unvermeidlich ein durch die Kriegereignisse zwischen 1941 und 1945 gesetztes Warten auf die Entscheidungen in Moskau. Ulbricht hat sicher die Diktatur des Proletariats mit deutsch-sächsischer Gründlichkeit zwischen 1948 und 1961 vollzogen. Aber bemerkenswert ist, dass er die Konsequenzen aus der eigenen Politik gezogen und gesagt hat, man könne das Primat der Politik nicht mehr aufrechterhalten. Insofern unterscheidet sich sein Reformansatz von dem anderer sozialistischer Staaten. Die DDR-Reform stellte das Problem der Selbstständigkeit der Betriebe so, dass sie hätten Preisbildner sein können. Das hätte, wie schon angedeutet, die Konsequenz gehabt, die Betriebe zu zwingen, ihre Kosten genau zu kalkulieren. Das hätte auch bedeutet, vom Betrieb bezahlte Parteiorgane, Gewerkschaftsleitungen etc. etc. hinauszukomplimentieren. Alle diese unproduktiven Funktionäre hätten aus anderen Quellen bezahlt werden müssen. Darin lag die Stärke und zugleich die Schwäche der Reformabsicht.

Um das zu verstehen, ist vielleicht noch nützlich zu skizzieren, wer im DDR-Staate eigentlich das Sagen hatte. Die wirkliche Regierung der DDR war das ZK-Sekretariat bzw. das Politbüro, wenn es denn funktionierte. Die zugeordneten Abteilungen des SED-ZK waren die Kommandeure der Minister in der Regierung. Am 12. Juli 1960 ordnete sich das SED-Politbüro den Ministerrat formell unter; drei Tage darauf erkannte der Ministerrat diese Unterordnung formell an. Damit war die DDR ausdrücklich ein Parteistaat geworden. Ein SED-ZK-Abteilungsleiter wurde de facto zum Chef des entsprechenden Ministers.

Zu Ulbrichts Ehre muss man sagen, dass er nach dem Ende der Fraktionskämpfe 1958 der einzige Mann in der deutschen kommunistischen, in Moskau selektierten Parteiführung gewesen ist, der wenigstens halbwegs noch verstand, was „Wirtschaft“ und „Kosten“ bedeuten. Dennoch hat er entscheidend mitgeholfen, das direktive Planwirtschaftssystem (die Kommandowirtschaft) einzuführen. Aus diesem Dilemma wollte er nach dem Mauerbau heraus, allerdings nicht um den Preis der Abschaffung der Diktatur des Proletariats. Diese

war aber, wie notiert, seit dem Juli 1960 sogar formell Diktatur der Partei. Und de facto war sie in ruhigen Zeiten letztlich die Diktatur eines einzelnen Mannes (nicht weil der diktieren wollte, sondern weil seine nachgeordneten Genossen aus Erfahrung Furcht vor der Verantwortungsübernahme hatten und daher ihm alle Entscheidungsprobleme zur Lösung zuwiesen). Insofern war die schließliche Delegitimierung und Absetzung Ulbrichts das Produkt seines eigenen Werks. Er konnte weder den Parteiapparat noch den von ihm selbst hervorgebrachten Nachfolger Honecker auf die Rezeption seines ökonomischen Reformkonzepts festlegen. Honecker war ökonomisch ein Dilettant. Und der von ihm realisierte Dilettantismus trat das Erbe der Entscheidung von 1968 in der DDR an, keine Reform zu wollen – daher die Stagnation und folglich den Niedergang zu betreiben. Das wurde 1989 absolviert und im August 1991 konfirmiert, als die Panzer in Moskau so rollten wie genau 23 Jahre früher im August 1968 in Prag. In Moskau aber stießen sie auf den Widerstand der russischen Nation, während sie in Prag nur den der tschechischen zu überwinden hatten.

Vom Kondratieff-Zyklus und seinem Erklärungspotential¹

Seit 1922 sind die „langen Wellen der Konjunktur“ durch Nikolaj Dmitrievič Kondrat’ev in die Welt des Wissens – wenigstens in die Welt der Ökonomie, der Wissenschaft von der Wirtschaft, – eingeführt worden.² Bis heute gelten sie als problematisch. Da sie nach Aussagen ihres Entdeckers Dauern von 40 bis 60 Jahren umfassen, ist es nach 86 Jahren ihres Daseins nicht so überraschend zu sehen, dass die Erfahrung aller Ökonomen bisher nicht dauerhaft genug ist, eine empirisch gültige Entscheidung über das wirkliche Dasein der Kondratieff-Zyklen zu fällen.³

Gegenwärtig haben wir die Chance, die Wende vom Jahre 2007 zum Jahre 2008 möglichst unter dem Gesichtspunkt zu beobachten, Kondrat’evs Annahme zu prüfen. Diese Jahreswende stellt m. E. den Übergang vom Vierten zum Fünften Kondratieff-Zyklus dar.⁴ Vor zehneinhalb Jahren hatte die Wochen-

1 Erstveröffentlichung in: Berliner Debatte Initial 19 (2008) 4, S. 50-65. Inzwischen sind beinahe 10 Jahre ins Land gegangen. Vergleicht man die mit dieser Arbeit auch avisierte zyklische Entwicklung des Beschäftigungsniveaus mit den empirischen Daten, so ist festzustellen: das Ergebnis spricht offensichtlich nicht gegen den Ansatz (Anmerkung P. R.)

2 In diesem Jahre publizierte Kondrat’ev *Die Weltwirtschaft und ihre Konjunkturen in der Kriegs- und Nachkriegszeit* („Mirovoe chozjastvo i ego konjunktury vo vremja i posle vojny“, Vologda 1922) unter Voraussetzung von Einsichten, die er sich 1919 bis 1921 erarbeitete. 1925 folgten die „Bol’sie cikly kon-junktury“ im 1. Band der *Voprosy konjunktury*, Moskva. Kondrat’evs „große Zyklen“ wurden im Deutschen zu den „langen Wellen“, als ihre Darstellung zu Deutsch im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* im Dezember 1926 veröffentlicht wurde (Ich benutze für russische Ausdrücke die bibliothekarische Umschrift nach Hans Holm Bielfeldts *Russisch-deutschem Wörterbuch*, 9. Aufl. Berlin: Akademie-Verlag 1972, S. XI).

3 Der Terminus *Kondratieff-Zyklus* ist die international geläufige Schreibweise nach der englischen Notation des Entdeckernamens.

4 Ich folge der Darstellung Schumpeters, nach der der Zweite Kondratieff die Jahre 1843 bis einschließlich 1897 umfasst; vgl. seine *Konjunkturzyklen*, Göttingen 1961, S. 314 ff., wo dieser Zyklus auch der „bürgerliche“ heißt. Nach meiner Sicht liefert die Zeit von 1898 bis 1952 den Dritten Kondratieff, den Schumpeter wegen seines Todes 1950 natürlich nicht mehr voll überblicken konnte. Er nannte ihn den „neomerkantilistischen“; es ist besser, ihn den „imperialistischen“ zu nennen. Damit ist nahegelegt, dass der Vierte Kondratieff von 1953 bis 2007 währte. In ihm erfolgte die politische Befreiung der Kolonien (mit 1960 als dem „afrikanischen Jahr“) und mit der Grundlegung der Europäischen Union das Ende des nationalistischen Gegensatzes wenigstens in Europa – falls man von Jugoslawien absieht.

Der Erste Kondratieff betrifft die industrielle Revolution, die Dauer von 1788 bis einschließlich 1842. Die industrielle Revolution beginnt mit dem Zusammenschluss einer Dampfmaschine mit einer Werkzeug tragenden Maschine. Durch erstere wird die Produktion von natürlichen Wasserläufen unabhängiger, die im Mittelalter die Revolution der Wassermühlen gewährleisteten. Da im Folgenden auseinandergesetzt wird, dass der von Kondrat’ev als gegeben angenommene Zyklus die zeitliche Ordnung der menschlichen Geschichte überhaupt bestimmt, gibt es eigentlich keinen ersten Kondratieff-Zyklus. Ich behalte aber zur Verständigung die traditionellen Namen bei, so dass Erster, Zweiter etc. und Fünfter Kondratieff Eigennamen für genau bestimmte Dauern sind.

zeitung *Freitag* eine Diskussion initiiert, die sie mit der redaktionellen Beschreibung einleitete: „Fin de siècle. An seinem Ende hat das 20. Jahrhundert erdumfassend alles mit allem in Beziehung gesetzt. Die Weltgesellschaft ist ein Faktum geworden, das den Alltag bestimmt und dem sich niemand entziehen kann. Aber wie ist zu begreifen, was da passiert? In Theorie und Praxis der Wirtschaft herrscht geschäftige Ratlosigkeit: Angebotsstrategie gegen Nachfragepolitik, Marktentfaltung versus Globalisierungsfalle, Sachzwang kontra humane Gestaltung, Technikeuphorie und Katastrophenszenarien.“¹ Ich wurde gebeten, zur geplanten Debatte beizutragen, schrieb einen Artikel, den man in der Internetedition nachlesen kann.² Die Redaktion bearbeitete diesen Beitrag mit dem Resultat, ihm den Titel „Der Kondratieff-Zyklus schwingt ins Jahr 2007“ zu geben.

Im Jahre 2007, das wir nun hinter uns haben, konnte man hören wie lesen, dass zur Überraschung ökonomisierender Kommentatoren ein unvorhergesehener Aufschwung eingetreten wäre: Der deutsche Maschinenbau hätte höchst erfreuliche Kapazitätsauslastungen, ebenso die Elektroindustrie, der Schiffsbau, ja sogar die Luftfahrt, die Chemieindustrie allerdings nicht; aber Deutschland wäre noch immer Exportweltmeister (mit China auf den Fersen), die Steuereinnahmen des Staates hätten kräftig zu- und die Arbeitslosenquote entschieden abgenommen.

Inzwischen hat die aus den USA übergreifende Kredit- bzw. Finanzkrise diese erfreuliche Aussicht eingetrübt. Wachstumsprognosen sind nach ihren Werten zurückgenommen worden. Man bleibt aber sicher: Es geht aufwärts mit der Wirtschaft, wenn auch nicht mehr ganz so schwungvoll wie noch vor einem halben Jahr. Die Vertreter der Parteien der großen Koalition glauben zu wissen, dass sie diesen Aufschwung der Realisierung der vom Kanzler der rot-grünen Koalition initiierten ‚Agenda 2010‘ verdanken. Gegen diese regierungstreue Propaganda wendet sich die Kritik von links mit der Feststellung, dass der Aufschwung bei den lohnabhängig Beschäftigten nicht ankomme, die Preise wie die Inflation kräftig stiegen, ja angesichts der steigenden Kosten insbesondere für den Erwerb von Lebensmitteln in manchen Teilen der Welt vermehrt Hungersnöte zu erwarten seien. Die via Liechtenstein realisierten Steuerhinterziehungen werden von der Öffentlichkeit mit den Löhnen verglichen, von denen man nicht leben kann. So ist die soziale Gerechtigkeit in ihrer Erscheinung als Einkommen der Staatsbürger das viele mobilisierende Thema. Die Differenz zwischen steuerflüchtigen Managern und via Staat konstituierten ‚Aufstockern‘ ist – wenigstens für das deutsche Rechtsempfinden und Gemüt – denn doch gar zu groß. So kommen die in der Koalition gegeneinander opponierenden Politiker überein, im festgestellten Aufschwung die Erfüllung der Steuerpflichten zu fordern, allerdings nicht darüber, von Rechts wegen einen zum Leben hinreichenden Mindestlohn zu dekretieren, was jenseits deutscher Grenzen durchaus üblich ist.

1 In: Freitag v. 8. August 1997, S. 6

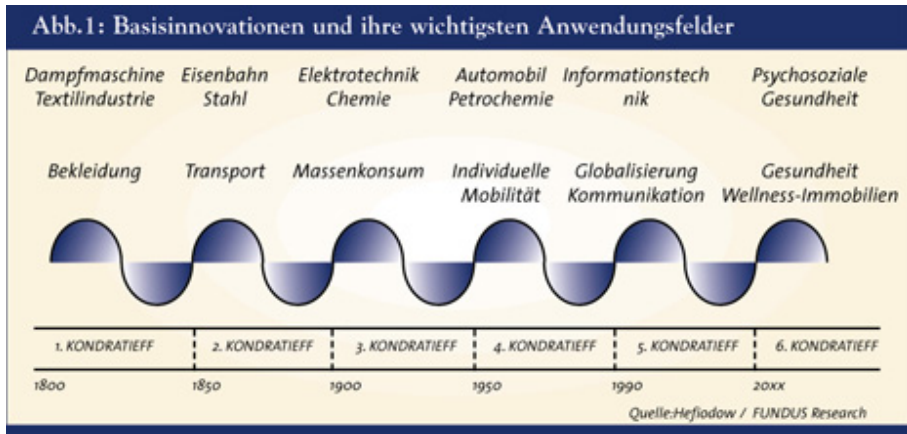
2 Vgl.: Neue Unübersichtlichkeit und altes Wissen. In diesem Band.

Das Bild, das die deutsche Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2008 liefert, ist also etwas gemischt, so dass man zweifeln könnte, dieses Jahr – nach der klassischen Zählung – als Beginn des 5. Kondratieff zu erklären. Das ist für den Beginn eines neuen Zyklus, der ja von einer gewissen Gleichgewichtslage ausgeht, auch nicht sonderlich überraschend. Die soeben präsentierte Zukunftsstudie „Deutschland 2020“ der Unternehmensberatung McKinsey liefert allerdings Prognosen über einen kräftigen Mangel an Arbeitskräften für den Höhepunkt der zu erwartenden Prosperitätsphase des fünften Kondratieff-Zyklus, die nach der hier vertretenen Auffassung für die Jahre 2020 bis 2023 vorauszusehen ist.¹

Eine weitere Komplikation, Kondrat'evs „lange Wellen der Konjunktur“ in der Ökonomie theoretisch zu unterstellen, wird noch dadurch konstituiert, dass begeisterte Vertreter der Kondrat'ev-Hypothese bereits den Sechsten Kondratieff-Zyklus als gegeben oder kurz bevorstehend avisieren. So jedenfalls Leo A. Nefiodow auf einer internationalen Fachtagung des Lindenthal-Instituts Köln zum Thema „Offensiv zu Arbeitsplätzen: Weltmärkte 2010“, die vom 14. bis 15. September 1996 stattfand. Hier sprach Nefiodow über das Thema „Der Sechste Kondratieff – Die großen neuen Märkte des 21. Jahrhunderts“², um zunächst festzustellen: „Derzeit befinden wir uns im fünften Kondratieffzyklus ... Der weltweite Innovationsprozeß wird maßgeblich von der Basisinnovation Informationstechnik und ihren Anwendungen bestimmt. Aber der fünfte Kondratieff hat schon eine ziemliche Reife erreicht. Die vorliegenden Daten deuten darauf hin, daß wir uns in Europa schon am oberen Abschnitt der Aufschwungphase befinden. Das bedeutet, daß die Krisensymptome, die wir in Deutschland und Europa derzeit beobachten, keine vorübergehenden Erscheinungen sind, sondern den Auslauf des fünften Kondratieff und damit den Beginn einer längeren Schwächeperiode ankündigen.“

Diese Sicht ist von anderen massiv angenommen worden, was man durch einen Erkundungsfeldzug im Internet zum Thema „Kondratieff“ ohne Probleme ergoogeln kann. Ich zitiere aus der Fülle der Beiträge eine beliebige Vorstellung³:

- 1 So berichtet es der Berliner *Tagesspiegel* am 7. Mai 2008 auf seiner S. 2 unter dem Titel *Ganz schön viel Arbeit*. Die Unternehmensberatung McKinsey meint, dass bei einem vorsichtig prognostizierten Wachstum der deutschen Wirtschaft von 1,7% jährlich im Jahre 2020 etwa 2,4 Mill. Arbeitskräfte fehlen werden, bei einem Wachstum von 3% jährlich werden es 6,1 Mill. sein. Diese Arbeitskraftgrößen sind die, die im Rahmen der Kondrat'ev-These zu erwarten sind.
- 2 Vgl.: Hans Thomas / Leo A. Nefiodow (Hg.): *Kondratieffs Zyklen der Wirtschaft. An der Schwelle neuer Vollbeschäftigung?* Lindenthal-Institut Köln. Herford: Verlag BusseSeewald 1998, S. 155–196. Das Buch *Der sechste Kondratieff. Wege zur Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information* erschien in 1. Auflage im Jahr der genannten Fachtagung, 1996, und hat inzwischen viele weitere Auflagen erreicht. 1991 erschien vom selben Autor: *Der fünfte Kondratieff. Strategien zum Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft*. Frankfurt/M./Wiesbaden.
- 3 Vgl. etwa: <http://www.kondratieff.net/index.htm>



Wie man erkennt, läuft diese Präsentation der „langen Wellen“ Kondrat’evs¹ auf die empirisch prüfbare Annahme hinaus, diese Wellen durch so genannte Basisinnovationen begründet zu verstehen. Diese Annahme ist seit 1975 durch die bekannte Publikation von Gerhard O. Mensch in der Rezeption des Kondrat’evschen Ansatzes von 1922 und seiner Aufnahme durch Joseph A. Schumpeter 1939 gegenwärtig gängige Redeweise geworden.² Nefiodow weiß natürlich, dass der in der präsentierten Abbildung dargestellte „rein sinusförmige Verlauf ... eine unzulässige Vereinfachung“ ist. „In Wirklichkeit haben wir, wenn wir den langen Zyklus auf der Innovationsebene betrachten, eine Abfolge von Innovationsschüben, die grafisch als S-Kurven dargestellt

- 1 Die verschiedenen Schreibweisen des Namens sollten nicht irritieren: Kondrat’ev ist die Notation in der bibliothekarischen Umschrift, die den russischen Namen Николай Дмитриевич Кондратьев in der deutschen Sprache exakt wiedergibt.
- 2 Nach ersten Überlegungen 1919–1921 erschien Kondrat’evs Buch ‚Die Weltwirtschaft und ihre Konjunkturen in der Kriegs- und Nachkriegszeit‘ im Herbst 1922, natürlich in russischer Sprache, daher bis heute international unbekannt. Es induzierte 1923 eine heftige Diskussion, auf die der Autor reagierte. Seine Antwort erschien im Heft 4–5/1923 der ‚Sozialistischen Wirtschaft‘ unter dem Titel ‚Strittige Fragen der Weltwirtschaft und der Krise (Antwort an unsere Kritiker)‘. Dieser Text ist in deutscher Übersetzung abgedruckt in: Ulrich Hedtke: Stalin oder Kondratieff. Endspiel oder Innovation. Berlin: Dietz Verlag 1990, S. 135–196. Die deutsche Edition ‚Die langen Wellen der Konjunktur‘ vom Dezember 1926 aus dem *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* LVI (1926) 3, S. 573–609, stellt nicht, wie in Rezeptionen immer wieder unterstellt, den Beginn der Geschichte der Kondratieff-Zyklen dar, sondern nur ihren westeuropäischen Anfang. Mit ihm setzt Schumpeters Aneignung ein, die 1939 in seinen ‚Business Cycles‘ präsentiert wird. Vgl. die deutsche Übersetzung: Joseph A. Schumpeter: Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses. 2 Bde., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1961. Hier wird auch der Name *Kondratieff-Zyklus* eingeführt, ebd. S. 171 ff.. Den Beitrag von G. Mensch zur Einführung des Wortes *Basisinnovation* findet man in seinem Buch *Das technologische Patt*, Frankfurt a. M.: Umschau-Vlg. 1975. Hier findet der Autor, die Erholungsphase eines Kondratieff-Zyklus (d. i. das letzte Viertel einer langen Welle) als die Zeit, in der besonders häufig grundlegende Neuerungen ge- oder erfunden werden. Sie erfahren im nachfolgenden Kondratieff-Zyklus ihre wirtschaftliche Durchsetzung (von Schumpeter englisch *Innovation* genannt).

werden können ... Auslöser der bisherigen Kondratieffzyklen sind bestimmte Innovationen, die ... *Basisinnovationen* nennen ...“¹

Wer die Geschichte der Arbeit, der Produktivkräfte und der Technik genau betrachtet, wird Schwierigkeiten haben, dieser Annahme ohne weiteres zu folgen. Sie stimmt auch nicht mit der ursprünglichen Erwägung Kondrat'evs überein. Dieser nämlich ging von der Entgegensetzung zwischen Statik und Dynamik in der Ökonomie aus, um sodann „zwei Arten dynamischer Prozesse“ zu unterscheiden: „1) **unumkehrbare**, die sich dadurch auszeichnen, daß sie eine bestimmte Richtung haben und keine Wiederholungen und Zyklen aufweisen, sowie 2) **umkehrbare**, die keine Richtung haben und zyklisch um ein bestimmtes Niveau schwanken.“² Zu den irreversiblen Veränderungen rechnet Kondrat'ev die der Technik, der Bedürfnisse, der Wirtschaftsorganisation. „Andere Elemente – Bevölkerung, Produktion u. a. – unterliegen gleichzeitig sowohl dem einen wie auch dem anderen Prozeß: Im allgemeinen weisen sie eine bestimmte Richtung des Wachstums auf, doch zugleich wechselt entweder das **Tempo** ihres Wachstums zyklisch, oder sie lassen eine zyklische **Unterbrechung** dieses Wachstums erkennen, die manchmal (beispielsweise in der Produktion) in einen Rückgang übergeht, der indessen nicht die allgemeine Tendenz des Wachstums stört. Wieder andere, vornehmlich wertbezogene Elemente, beispielsweise Preise, Zinsen, Wertpapierkurse u. a. unterliegen umkehrbaren Prozessen. **Die Veränderung der Volkswirtschaft insgesamt ist ein unumkehrbar Prozeß.**“³ Dieser Ausgangsgedanke ist so einleuchtend, dass die Leugnung von Zyklen vielfältigster Art wohl als Ausdruck gedankenlosen Redens gedeutet werden muß. Natürlich erlebt jeder Mensch die Zyklen von Tag und Nacht, von Hunger und Sättigkeit, von Frühling, Sommer, Herbst und Winter, von Aussaat und Ernte, von Erzeugung und Vernutzung usw. Es kann sinnvoll keine Frage bestehen, ob so etwas wie Wellen bzw. Zyklen im Wirtschaftsleben identifizierbar seien.

1. Warum darf das Jahr 2008 als Beginn des 5. Kondratieffs festgestellt werden?

Die wirtschaftenden Menschen sind Individuen einer biologische Gattung, die sich in sexueller Reproduktion erhält und damit einen Generationsabstand hervorbringt, den uns die Biologen mit 25 bis 30 Jahre angeben.⁴ Setzt man

1 Nefiodow a. a. O., S. 156–157

2 N. Kondratieff. Strittige Fragen der Weltwirtschaft und der Krise. In: U. Hedtke a. a. O., S. 139

3 Ebd.

4 Ich zitiere aus der Brockhaus Enzyklopädie, 19. Aufl., 8. Bd., Mannheim: F. A. Brockhaus GmbH 1989, S. 287: „**Generationsabstand**, *Bevölkerungswissenschaft*: der mittlere Altersunterschied zw. Eltern und deren Kindern, gemessen als Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt. Je kleiner der G., desto schneller erneuert sich die Bevölkerung. Der G. schwankt durchschnittlich zw. 25 und 30 Jahren, individuell dagegen zw. 15 und 45 Jahren. Bei der heutigen Lebenserwartung können in einer Familie vier bis fünf, in einer Bevölkerung etwa drei Generationen gleichzeitig leben.“ Normiert man die Durchschnittsangabe, so liegt der Generationsabstand an-

diesen Generationsabstand in Beziehung zur Annahme Kondrat'evs, dass nach den verfügbaren Daten das Vorhandensein langer zyklischer Wellen der Konjunktur als sehr wahrscheinlich gedacht werden müsse¹, so versteht sich, dass ein Kondratieff-Zyklus als die Vereinigung zweier Generationen im rein anthropologischen Sinne verstanden werden kann. Dies liegt nahe, bedenkt man, dass die Menschen natürlich nicht mit kulturellen Fähigkeiten, mit Produktivkräften versehen, als Schneider, als Fischer oder Ingenieure etc. geboren werden, sondern sich ihre Produktionsfähigkeiten im Verlaufe einer ziemlich lang währenden Lehre und Ausbildung erwerben bzw. aneignen müssen. Mit anderen Worten: Der Vereinigung zweier Generationen, die uns zeitlich die Dauer von 55 Jahren (= 660 Monate) liefert, ist an die Übertragung der Produktivkräfte² einer gegebenen Generation auf die nächste gebunden.

Die Vorstellung vom Kondratieff-Zyklus als der Summe zweier Generationen ist m. W. zuerst 1979 von Fernand Braudel eingeführt worden. Er erklärt im dritten Band seiner *Sozialgeschichte des 15.–18. Jahrhunderts* über den Kondratieff-Zyklus, dass „dessen lange Wellen reichlich ein halbes Jahrhundert oder zwei Generationen umfassen, von denen die eine Hälfte im Zeichen einer guten, die andere dagegen in dem einer schlechten Konjunktur steht. Nimmt man beide Bewegungen, langfristigen Trend und Kondratieff-Zyklus zusammen, erhält man eine zweistimmige Konjunkturmelodie von längerer Dauer. Das kompliziert unsere Ausgangsbeobachtung, bestätigt sie aber auch, zumal der Kondratieff-Zyklus entgegen einer hartnäckig wiederholten Be-

thropologisch mit 27,5 Jahren (= 330 Monate) fest. Dieselbe Angabe liefert Joachim Herrmann: Die Menschwerdung, Berlin 1984, S. 126. – Rainer Merz hat auf der angegebenen Fachtagung des Lindenthal-Instituts proklamiert: „Gebt dem Zufall eine Chance! Mit Zufall meine ich das historisch Besondere, die Freiheit der handelnden Menschen in der Abfolge der Geschichte. Es ist ganz klar, daß die Langen Wellen so, wie sie uns immer präsentiert werden – in Sinuskurven – den von den jeweiligen Bedingungen geprüften und unter ihnen handelnden Menschen keine Chance lassen. Sie zeigen, wenn man sie wirklich ernst nimmt, die langfristige Entwicklung als determiniert. Deshalb: Gebt dem Zufall eine Chance!“ (In: H. Thomas / L. A. Nefiodow (Hg.), Kondratieffs Zyklen der Wirtschaft, a. a. O., S. 333.) Damit der in der Abfolge der Geschichte handelnde Mensch sich in Gestalt des Zufalls seiner Freiheit erfreuen kann, um Merz' Freiheitsphrase zu unterstellen, muß er doch zumindest geboren sein. Und dazu braucht er die Paarung seiner Eltern, welche – natürlich im Durchschnitt – 27,5 Jahre alt sein müssen, solches Zufallsergebnis möglich zu machen. Difficile est, satiram non scribere. Selbst Rainer Merz wird die Determination seiner Existenz durch seine Eltern als Ermöglichung seiner Chance, im Zufall seine Freiheit wahrzunehmen, nicht nicht goutieren. Sonst werden die Menschen die Freiheit als Eigendetermination, als *Selbstbestimmung*, verstehen, für die der Zufall Umstände oder Bedingungen liefert, an denen sich die Freiheit bewähren muß. Mit dem Zufall an sich die Freiheit zu meinen, werden sie wohl nur als intellektuellen Jux akzeptieren.

1 Vgl.: Die langen Wellen der Konjunktur. Beiträge zur Marxistischen Konjunktur und Krisentheorie von Parvus, Karl Kautsky, Leo Trotzki, N. D. Kondratieff und Ernest Mandel. Edition Prinkipo. Berlin: Vlg. Olle & Wolter 1972, S. 159.

2 Ich verstehe unter dem Worte *Produktivkraft* keinerlei Produktionsmittel, keinen Produktionsgegenstand, kein irgendwie geartetes Ding, sondern ausschließlich eine nur Menschen zukommende Fähigkeit, nämlich die Inverse ihrer Arbeitskraft. Die Arbeitskraft (*K*) ist den Menschen gewöhnlich durch biologische Konstitution gegeben. Die Produktivkraft (κ) wird durch Lehre erworben. Und ich schlage die Definition $\kappa =_{df} I : K$ vor.

hauptung nicht erst 1791, sondern schon Jahrhunderte früher auf der europäischen Bildfläche erscheint.“¹

Im Anschluss an Braudel hat auch U. Hedtke die (biologische) Generationsdauer zur Begründung der Existenz langer Wellen im Sinne Kondrat'evs 1990 namhaft gemacht: „Während wir also die Rahmenzeit des Kondratieff-Zyklus mit 55 Kalenderjahren bestimmen, beträgt seine Dauer im Maß der Eigenzeit der Generationsdauer 2 Generationen. Damit kann man die in der innovationstheoretischen Debatte skeptisch formulierte Frage, ob für die wirtschaftswissenschaftliche Reflexion langer Wellen Konstanten vorausgesetzt werden können, durchaus mit der Hypothese beantworten, ihnen liegt die Generationsdauer zu Grunde. Ein Kondratieff wäre dann als die konkrete Folge zweier Generationen zu denken, ...“²

Ist es so, dass für die menschliche Gattung der Generationsabstand aus rein biologischen Gründen 27,5 Jahre beträgt, dann ist auch klar, dass die Kondratieff-Zyklus-Dauer mit 55 Jahren *außerökonomisch* bestimmt ist. Das besagt: Wir brauchen gar keine Basisinnovationen zu Begründung der langen Wellen an sich, sondern nur für die genaue Determination der anzugebenden Zyklen. Zur Feststellung dieser besonderen Bestimmtheit sehe ich keinen Grund, von Schumpeters Feststellung des „bürgerlichen Kondratieff“ abzuweichen. Ich kenne jedenfalls keine genauere Untersuchung, gegen die Schumpeters Feststellung des Zyklus von 1843 bis einschließlich 1897 zu ersetzen wäre. Nefiodows Bestimmung des Zweiten Kondratieff mit der Dauer zwischen 1850 und 1900 ist mir zu ungenau und rücksichtslos gegen die Annahme von der Vereinigung zweier Generationen als der Bestimmtheit des Kondratieff-Zyklus. Angesichts der unübertroffenen Akribie Schumpeters in der Determination des bürgerlichen Kondratieffs schlage ich vor, dessen Dauer als Zeitetalon bzw. Dauerstandard für die Feststellung beliebiger Kondratieff-Zyklen zu gebrauchen. Das bedeutet, dass die Abtragung dieser konstanten Dauer rückwärts in die Geschichte wie vorwärts in die Zukunft rein hypothetisch alle anderen historisch auftretenden Kondratieff-Zyklen festlegt und somit die Frage nahelegt, ob diese Determination historisch empirisch zutrifft oder nicht. Diese Frage ist keineswegs spekulativ, sondern historiographisch präzise beantwortbar, sofern nur die Historiker uns mit den entsprechenden Daten versorgen.³

- 1 F. Braudel: Sozialgeschichte des 15.–18. Jahrhunderts. Aufbruch zur Weltwirtschaft. Dt. Übers. v. S. Summerer u. G. Kurz. München: Kindler Vlg. GmbH 1986. Ich habe die Sonderausgabe 1990 verwendet, S. 84.
- 2 U. Hedtke, a. a. O. S. 112–113. Die Annahme von der Generationsbestimmtheit des Kondratieff-Zyklus unterstellt nun auch Michael A. Alexander: The Kondratiev Cycle. A generational interpretation. San Jose et al.: Writers Club Press 2002, S. 14–15
- 3 Wenn, wie bei weiten Zeiträumen der indischen Geschichte bekannt, keine genauen Daten zur Verfügung stehen, so können wir auch keine Kondratieff-Zyklen feststellen. Das Gleiche gilt, wenn, wie z. B. im Fall der altägyptischen Historie, uns die Historiker mit den unterschiedlichsten Datierungen derselben Ereignisse unterhalten. Von China wissen wir, dass wohl seit 841 v. d. Z. (ich benutze diese Bezeichnung, weil Jesus bekanntlich 5 oder gar 7 Jahre vor seiner normativen Geburt wirklich geboren wurde, also unsere Zeitrechnung nicht mit Christi Geburt übereinstimmt) die vom Reich der Mitte angegebene Chronologie zuverlässig ist. Damit ist klar,

Mit der Annahme, dass die Kondratieff-Zyklen mit klarer anthropologisch begründeter Konstanz die Dauer von 55 Jahren realisieren, versteht sich, dass gegenwärtig nicht vom Beginn des 6. Kondratieff die Rede sein kann, wohl aber vom Beginn des 5. Kondratieff im Jahre 2008. Ist die Dauer von 1843 bis 1897 für den bürgerlichen Kondratieff gültig, versteht sich mit der vorgeschlagenen Annahme über die zeitliche Konstanz der Kondratieffdauer, dass der 3. Kondratieff die Zeit zwischen 1898 und 1952 umfaßt. Schumpeter hat ihn den „neomerkantilistischen Kondratieff“ genannt. Er ist besser der „imperialistische Kondratieff“ zu nennen. 1898 erklären die USA Spanien den Krieg und eröffnen damit genau den von Lenin nach Hobsons und Hilferdings Analysen beschriebenen Zug des modernen (kapitalistischen) Imperialismus, den militärischen Kampf um die Neuverteilung der Kolonien anzutreten (freilich im Zusammenhang mit dem Aufstand der durch die alten Kolonialherren Unterdrückten). Im selben Jahr nimmt der deutsche Reichstag das Flottenbauprogramm an, womit der Marsch in den ersten Weltkrieg – sagen wir es hegelisch – „gesetzt“ ist, der Krieg um den „Platz an der Sonne“, von dem der deutsche Reichskanzler im Oktober 1897 faselte. Weltwirtschaftskrise und 2. Weltkrieg komplettieren das Szenario des imperialistischen Kondratieff bis zum Korea-Krieg, der im Juni 1950 die nach dem 2. Weltkrieg verbliebenen Weltmächte unmittelbar gegeneinander stellte und erst 1953 verdämmerte. Es war aber schon für die westdeutsche Wirtschaft seit dem Sommer 1952 erkennbar, dass ein kontinuierlicher Wirtschaftsaufschwung im Gange war, so dass für die Feststellung, 1953 habe der 4. Kondratieff begonnen, eigentlich keine Einwände erhoben werden können (Nefiodow lässt ihn 1950 beginnen; ich weiß nicht, warum). Es versteht sich, dass dieser Zyklus mit unserer Konstanzannahme im Jahre 2007 geendet haben muss, so dass kein Weg daran vorbeiführt, das gegenwärtige Jahr 2008 für den Beginn des 5. Kondratieff-Zyklus zu halten. Demnach steht jetzt nicht der sechste Kondratieff zur Debatte, wie Nefiodow suggeriert, sondern erst im Jahre 2063.

So hat es auch András Bródy im Oktober 1982 gesehen, der zu dieser Zeit die Depressionsphase des Vierten Kondratieff-Zyklus unter dem Titel ‚Slowdown‘ öffentlich mit der Erwartung debattierte, dass sie stark ins 21. Jahrhundert hineinreichen werde.¹ Die ersten drei Zyklen gab er in ihren Dauern nach anderen Autoren an, um sodann zu notieren, dass der vierte Zyklus seinen Prosperitätshöhepunkt in den späten sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hätte (in Westdeutschland ‚Wirtschaftswunder‘ genannt), nun aber (also anfangs der achtziger Jahre) der wichtige Grund für die aktuellen Wachstumsschwierigkeiten geworden wäre. Auf die Feststellung einer konstanten Dauer

dass die hier vorgeschlagene Normierung praktisch bis zum Beginn der klassischen Antike verwendet werden kann, aber leider nicht darüber hinaus.

1 Vgl.: A. Bródy: Slowdown. About our economic maladies. Budapest: Hungarian Academy of Science. Institute of Economics, October 1982. Diese Schrift ist 1985 auch mit dem etwas abgewandelten Titel ‚Slowdown. Global Economic Maladies‘ unter dem Copyright des ‚Institute of Economic Growth‘, Delhi, erschienen, wobei der Autor nun in anglierter Form genannt wurde: Andrew Brody.

des Kondratieff-Zyklus wollte sich Bródy nicht einlassen, dafür aber bot er die analytische Bestimmung der Dauer T eines beliebigen Wirtschaftszyklus mit einer Formel an, die man aus der physikalischen Schwingungslehre kennt: Ist b die Kapitalintensität und g die Reifungsdauer (nach dem Englischen ‚gestation period‘), so können wir, die Gleichung $T = 2 \cdot \pi \cdot \sqrt{b \cdot g}$ als Determination beliebiger Zyklen auffassen.¹ Die Form der physikalischen Determination einer Schwingungsdauer hat die Gestalt $T = 2 \cdot \pi \cdot \sqrt{a : b}$ mit a und b als physikalischen Größen (z. B. a als Länge einer Pendelaufhängung und b als Erdbeschleunigung; beider Verhältnis liefert gerade ein Zeitquadrat, so dass die erforderliche Dimensionsgleichheit gewährleistet ist).

Die Schwierigkeit der Bródy'schen Bestimmungsgleichung liegt im Begriff der Kapitalintensität. Um das zu erkennen, muss man nachprüfen, was die verschiedensten Ökonomen mit dem Worte *Kapitalintensität* eigentlich meinen. Ich verwende zum Exempel das von Klaus Gertoberens publizierte ‚Fachwörterbuch Wirtschaft. Hier heißt es: „**Kapitalintensität** – Kapitalausstattung je Arbeitsplatz bzw. Arbeitskraft“.² Dazu ist zu klären: Erstens: Was bedeutet ‚Kapitalausstattung‘ als ökonomische Größen- oder Maßart? Wie ist das, was mit diesem Worte gemeint wird, zu messen? Zweitens: Ist der Terminus Arbeitskraft etwa als synonyme Ersetzung des Wortes Arbeitsplatz zu verstehen? Nehmen wir an: Kapital ist das für den Erwerb von Arbeitsbedingungen ausgegebene Geld – und zwar so, dass mit den erworbenen Arbeitsbedingungen für den Markt (auf eigene Rechnung!) produziert werden kann, dann hat das Kapital die ökonomische Dimension $[-v]$. So tritt es auch in der Buchhaltung auf – unter der Bezeichnung Debet (Schuld). Der Kapitaleigner ist ein Mensch, der sein Geld bzw. einen Teil davon für den Erwerb von Produktionsbedingungen ausgegeben hat. Eigenkapital hat er, wenn er eine Schuld gegen das eigene Vermögen aufgenommen hat, Fremdkapital hat er, falls er fremdes Geld zur Ermöglichung eigener Produktion geliehen hat. Ist weiter die Arbeitskraft mit der Dimension $[K]$ ökonomisch gegeben, so muß nach Gertoberens $[-v : K]$ die Kapitalintensität sein. Das widerspricht aber allen geläufigen Intensitätsvorstellungen, die stets mit Verhältnissen zu einer Dauer gedacht werden. So sind z. B. die gewöhnliche Geschwindigkeit die

1 Ungarische Edition, S. 186, englische Edition, S. 123

2 K. Gertoberens: Fachwörterbuch Wirtschaft. München: Martin Greil Vlg. 1991, S. 157. Das viel dickere *Bertelsmann Lexikon Wirtschaft* von 1992 kennt gar keine Kapitalintensität. Und aus der *Brockhaus Enzyklopädie* erfahren wir: „**Kapitalintensität**, *Volkswirtschaftslehre*: das Verhältnis des in der Produktion von Gütern und Dienstleistungen eingesetzten Faktors Kapital (Kapitalstock) zum Arbeitseinsatz. In der Wirtschaftsstatistik wird die K. als Wert des Bruttoanlagevermögens je Erwerbstätigen in Jahresdurchschnittswerten berechnet und gibt die Kapitalausstattung je Arbeitsplatz bzw. Arbeitskraft an. Die K. kann auch als Quotient aus Arbeits- und Kapitalproduktivität ausgedrückt werden. Der reziproke Wert der K. ergibt die Arbeitsintensität. Wirtschaftszweige, Unternehmen, Fertigungsverfahren werden als **kapitalintensiv** bezeichnet, wenn der Produktionsfaktor Kapital gegenüber anderen, bes. der menschlichen Arbeit, überwiegt. Eine zunehmende K. weist auf die wachsende Technisierung der Produktion hin.“ (19. Aufl., 11. Bd., 1990, S. 437–438.) Wie man bemerkt, treten hier Arbeit und Kapital als voneinander zu unterscheidende „Faktoren“ auf, womit sie aber nicht als Glieder in einer Multiplikationsaufgabe gedacht sind, sondern als – wer weiß was? Fehlt nur noch der „Faktor“ Boden!

Intensität der Translokation (der Ortsveränderung), die Beschleunigung die Intensität der Geschwindigkeit, der Ruck die Intensität der Beschleunigung. Das Verhältnis $[-v : K]$ ist wohl besser als Kapitalproduktivität anzusehen. Führen wir $[-v : t]$ als ökonomische Dimension ein, so haben wir es, wir noch zu zitieren sein wird, mit Bródys Bestimmung der Arbeit im ökonomischen Sinne zu tun. Ist die Arbeit also die Kapitalintensität? Denkbar wäre es sehr wohl – trotz aller „ideologischen Bauchschmerzen“ angesichts des vorgestellten Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital. Denn in der Tat wird Kapital durch Kauf, Mieten, Leihen etc. von Arbeitsbedingungen gebildet. Und die wirkliche Arbeit ist der konkrete Prozess, in dem die Einheit der objektiven und subjektiven Arbeitsbedingungen besteht. Sie ist die Wertschöpfung, daher die Kapitalverwertung, wenn die Arbeitsbedingungen als Kapital vorausgesetzt sind.

Bródy muss die Schwierigkeit in der Vorstellung von der Kapitalintensität notiert haben, denn er bietet uns die Lebensdauer als ihren Ersatz für die Kalkulation an.¹ Das ist ein Dimensionssprung, der mir nicht einsichtig ist. Es versteht sich, dass unter der Quadratwurzel in der angegebenen Zyklusdauerbestimmung ein Zeitquadrat stehen muss, weil sonst die Dimensionsgleichheit nicht gewährleistet wäre. Aber ebenso sicher sind Reifungsdauer und Lebensdauer keine a priori ökonomischen Größenarten mehr. Auf die Menschen angewandt, können wir selbstverständlich die Schwangerschaftsdauer und die zu erwartende Lebensdauer ohne Rücksicht auf eine besondere Wirtschaftsaktivität angeben. Wir erhalten dann eine rein anthropologische Zyklusdauer.

Unterstellen wir, dass die mit dem Kondratieff-Zyklus gemeinten beiden Generationen die konstante Dauer von 55 Jahren bestimmen, können wir die erwartbare menschliche Lebensdauer durch errechnen. Bezeichnet t_S ($t_S = 0,75 a$, „a“ von lat. annus – das Jahr) die Schwangerschaftsdauer und t_L die zu erwartende Lebensdauer, wäre die Bródy-Formel durch $T = 2\pi\sqrt{t_S \cdot t_L}$ wiederzugeben. Mit der Annahme der Konstanz für die Dauer des Kondratieffzyklus ist nach dieser Formel zu sagen: $55 a = 2\pi\sqrt{0,75 a \cdot t_L}$. Und daraus errechnet sich t_L zu 102,17... a. Das ist ein Wert, den Johannes Heesters und Erwin Geschonnek mit unterschiedlichsten Lebensverläufen bestens repräsentieren – und andere Menschen selbstverständlich auch.

Natürlich müssten weitere Ausführungen über die menschliche Lebensdauer im Sinne der Bródy-Formel angeschlossen werden. Das ist hier nicht zu leisten. Es bleibt nur festzuhalten: Wenn Produktions- und Lebenszeit eines Gegenstands hinreichen, einen Zyklus zu determinieren, so ist dieser von anderen Größenbestimmungen unabhängig gegeben. Wenn aber für die Bestimmung des Kondratieff-Zyklus durch die Ökonomie begründete Maßarten gefordert werden, so haben wir noch immer ein Forschungsproblem vor uns, das selbstverständlich nicht mit der Leugnung der Existenz solchen Zyklus' gelöst wird, sondern mit der ökonomischen Angabe der Gründe, die ebenso

1 A. a. O., englische Edition, S. 129

wohl die Bindung wie die Freisetzung von Arbeitskraft in Prosperität wie Depression einer Kondratieffwelle erklären. Wenn ich richtig sehe, hat einst G. A. Feldman den in diesem Zusammenhang wichtigen Hinweis mit der Feststellung gegeben, dass „bei konstantem Bevölkerungsverbrauch der einmalige Austausch von Maschinen und Anlagen in der Industrie eine starke Anspannung des Produktionsapparates und der Arbeitskräfte“ hervorrufe und nach „dieser Periode eine verminderte Auslastung des Produktionsfonds und der Arbeitskräfte“ folge. „Unter kapitalistischen Bedingungen bedeutet das die Unvermeidlichkeit *starker* Konjunkturschwankungen. Auch bei uns kann keine Kontinuität ... gewährleistet werden.“¹ Man muss offenbar unter den ökonomischen Gebrauchswerten zwischen Produktions- und Konsumtionsmitteln (wie Marx getan) strikt unterscheiden, um sodann zu klären, ob sich aus der Erzeugung und dem Verbrauch beider Gebrauchswertarten die Bindung und Freisetzung von Arbeitskraft als der charakteristischen ökonomischen schwingenden Größe erklären lässt. Bis dahin können wir phänomenologisch Bródys Zyklusformel für die Kondratieffwelle akzeptieren und bei Annahme der erwartbaren menschlichen Lebenszeit von gut 102 Jahren und 2 Monaten sogar von einer rein anthropologischen Determination sprechen. Wir erklären so die Kondratieff-Zyklen nicht aus den Basisinnovationen, sondern diese aus jenen Zyklen.

Ich notiere noch die rückwärts gerichtete Kondratieff-Determination: Wenn wir die Zeit von 1843 bis 1897 als Standard-Dauer unterstellen, so versteht es sich, dass der Erste Kondratieff-Zyklus, wie bereits notiert, die Zeit zwischen 1788 und 1842 umfasst. Nefiodows Fixierung auf das Jahr 1800 als Beginn dieser langen Welle teile ich nicht. Vielmehr ist angenommen, dass Eric Hobsbawms Feststellung der „doppelten Revolution“ – „die vorwiegend politische Frankreichs und die industrielle Englands“² – den hier unterstellten ersten Kondratieff-Zyklus charakterisiert. Diese Revolution und ihre Verteidigung prägt die Prosperitätsphase dieser langen Welle. Der Wiener Kongreß und die Restauration prägen nachfolgend die Depressionsphase eben desselben Zyklus'. Hinzu kommt das Naturereignis von 1815, dem Jahr des Eintritts in die Depressionsphase, dass an seinem 11. April der Vulkanausbruch des Tambora auf Sumbawa, Indonesien, geschieht (vor der Explosion ist der Berg ein Viertausender, danach nur noch 2850 m hoch). Das hat zur Folge, dass 1816 in Europa kein ordentlicher Sommer wirklich und keine anständige Ernte möglich ist (die Asche des Vulkans wird 20–30 km hoch geschleudert, so dass rund um die Erde ein Dunstschleier entsteht, der sommerlichen Sonnenschein verhindert). Der Hunger wird wieder Begleiter der Menschen in Euro-

1 G. A. Feldman: Zur Wachstumstheorie des Nationaleinkommens. Hg. v. O. Kratsch. Berlin: Akademie-Verlag 1969, S. 43. Das russische Original erschien 1928 in den Heften 11 und 12 der Zeitschrift *Planovoje chozjajstvo* (Planwirtschaft).

2 Eric Hobsbawm: Europäische Revolutionen. Köln: Parkland Vlg. 2004 (zuerst: München/Berlin: Kindler Vlg. 1966), S. 10

pa und das alte „Hep, Hep!“¹, das in Deutschland nach der Judenemanzipation vergessen schien, geistert erneut durchs Land.

Natürlich können wir die Angaben über die Zyklen weiter treiben und bemerken, dass die lange Welle vor dem Ersten Kondratieff die Zeit zwischen 1733 und 1787 betrifft. 1733 eröffnet Voltaire mit seinen ‚Briefen über die Engländer‘ die französische Hochaufklärung, 1732 fand die letzte ernsthafte Religionsverfolgung in Europa statt, nämlich die der Salzburger Protestanten, die nach Ostpreußen eingeladen wurden, wo sie und ihre Nachfahren so etwa 4 Kondratieffs das Land kultivieren können, bis ihre letzten Nachkommen wieder verschwinden müssen. Diese 4 Kondratieff-Zyklen bilden zusammen das, was man eine „superlange Welle“ genannt hat. Sie währt 220 Jahre und wird uns im Folgenden noch beschäftigen.

2. Über ökonomische Dimensionen

Die Skepsis über die Existenz ‚langer Wellen‘ im Sinne Kondrat’evs hat ihren rein wissenschaftlichen (ökonomischen) Grund in dem Umstand, dass wir über die Natur der Wirtschaft *analytisch* zu wenig wissen. Es wird in der Ökonomie zwar ungeheuer viel *gerechnet*, aber wenig *gemessen*. Die wichtigsten Begriffe der Ökonomie sind in der Regel nicht definiert. Man frage einmal, was mit dem Worte *Preis* gemeint sei. Meint es dasselbe wie das Wort *Kosten*? Und ist es denn akzeptabel, eine Dauer (*Zeit*) als den ökonomischen *Wert* zu denken, wie in ungezählten Schriften und Meinungsäußerungen unterstellt. Ich habe zu Fragen dieser Art meine Meinung gesagt und setze sie für die weitere Argumentation voraus.¹ Dazu gehört insbesondere die Annahme, dass für die Ökonomie die *Arbeitskraft* (*K*) eine undefinierbare Grundvorstellung ist, die wir meßtechnisch durch eine *Vollbeschäftigteneinheit* (*VbE*) darstellen, mit deren Hilfe wir auszählen können, welches Maß an Arbeitskraft in einem Betrieb vorhanden ist.² Wer nur halbtags beschäftigt ist, realisiert nur eine halbe *VbE*, falls die volle Beschäftigung für den ganzen Tag (vertraglich bestimmten *Arbeitstag*) festgelegt ist. Die Arbeitskraft ist selbstverständlich nicht mit der Arbeit zu verwechseln. Letztere ist 1970 durch András Bródy als ökonomische Maßart (Größenart) ihrer Dimension nach wie folgt bestimmt worden. „Die Größe der aufgewandten Arbeit [*A·t*] bildet den Wert. Daraus

1 Vgl.: P. Ruben, Vom Problem der ökonomischen Messung und seiner möglichen Lösung. In: Friedrun Quaas/Georg Quaas (Hrsg.): Elemente zur Kritik der Werttheorie. Frankfurt a. M. u. a.: PETER LANG 1997, S. 53–75. Ders.: Was bleibt von Marx’ ökonomischer Theorie? In: Camilla Warnke u. Gerhard Huber (Hrsg.): Die ökonomische Theorie von Marx – was bleibt? Marburg: Metropolis-Vlg. 1998, S. 13–66.

2 Es gibt Leute, denen die Verwendung des Wortes Vollbeschäftigteneinheit mentale Beschwerden bereitet, so dass sie bei seiner Verwendung nur ironisch zu reagieren vermögen. Ihnen ist zu sagen: Wer messen will, muß Maßeinheiten einführen und ein *Verfahren* angeben, nach dem sie zu gebrauchen sind, um ein Maß (eine Größe) festzustellen. Wer nicht messen will, erklärt seine Gleichgültigkeit gegen wissenschaftliche Erkenntnis. Die kann er in der menschlichen Gesellschaft natürlich pflegen, weil andere das genau nicht tun.

folgt, dass $[A] = [v \cdot t^{-1}]$ gilt, Arbeit die Dimension eines Wertstroms hat.¹ Ich übernehme diese Bestimmung mit der Bemerkung, dass die von Bródy verwendete ökonomische Maßart Wert (v von lat. *valor*) durch jede Währung dargestellt wird. Wer liest, dass etwa $1 \text{ €} = 1,5 \text{ US-}\$$ notiert wird, nimmt eine Wertgleichheit zur Kenntnis (dargestellt in unterschiedlichen Währungseinheiten, die ihrerseits Wertmaßeinheiten sind).

Jeder weiß aus seiner schulischen Physikausbildung, dass die Arbeit in der Mechanik als Produkt aus Kraft (K) und Länge (l) eines Weges definiert ist: $[A] = [K \cdot l]$. Es ist genau diese Arbeit, die auch in der Wirtschaft gebraucht und aufgewandt wird. Wer noch imstande ist, sich einen Hucker vorzustellen, der auf einer Baustelle Steine in obere Etagen trägt, den Maurern ihr Material zu liefern, damit die Zimmerwände errichten können, stellt sich die *physikalische* Realisierung von Arbeit vor. Bedenkt er nun noch, dass der Hucker in der Wirtschaft für solches Tun in der Arbeitszeit bezahlt wird, der hat die ökonomische Natur der Arbeit, nämlich *Wertschöpfung* zu sein, im Bewusstsein.

Es gehört zu den großen ökonomischen Erkenntnissen, die wir Marx verdanken, dass der Transport auch als Gebrauchswertbildung verstanden werden muss.² Mithin können wir nach Marx die Länge eines Transportweges als eine Gebrauchswertart- oder Nutzengröße $[N_i]$ denken. Ökonomen sprechen mit Bezug auf Nutzenmaße mit Blick auf die Abwägung zwischen Nutzen und Kosten oft von Geldmengen, wenn sie „Nutzen“ sagen (in der Wiener Schule ist das durchgängig der Fall). Hier ist mit „Nutzen“ aber gemeint, was Schumpeter „Menge“ nennt, wenn er in einer Anmerkung das Wort Wert durch den Ausdruck „Preis mal Menge“ erklärt.³ Ich fasse diesen Hinweis als Annahme der analytischen Bestimmung „Wert = Preis mal Menge“ auf und bemerke: Wer unter dem Worte Menge eine (rationale) *Zahl* versteht, muss zugeben, dass er die Worte Preis und Wert für *synonym* hält. Denn selbstverständlich muss auf beiden Seiten der Gleichung dieselbe ökonomische Dimension (Qualität) bezeichnet sein. Das kann bei Deutung des Wortes Menge als eines Zeichens für eine Zahl natürlich nur gegeben sein, wenn Preis (*pretium*) und Wert (*valor*) qualitativ *dasselbe* bedeuten. Meint aber Menge nicht nur eine Zahl, sondern eine ökonomische Maßart (nämlich das, was Marx Gebrauchswert nennt, aber auch Nutzen), so ist klar, dass wir in der Schumpeter-Gleichung eine echte Größengleichung der Ökonomie vor uns haben, die wir durch $v = p_i \cdot N_i$ (mit dem Index i zur Bezeichnung der Gebrauchswert- oder Nutzenarten $i = 1, \dots, n$). Es versteht sich dann auch, dass der Preis niemals eine Geldsumme allein meint, sondern immer das *Verhältnis* einer Geldsumme zu einer bestimmten Gebrauchswertmenge. Die fundierende Preisdefinition lautet: $p_i =_{\text{df.}} v : N_i$. Wer auf die Frage: Was kost diese Ware? antwortet: $1,50 \text{ €}$, der gibt keinen Preis, sondern einen Wert an. Wer aber sagt: „Irische Butter

1 A. Bródy: Proportions, Prices and Planning. Budapest 1970. S. 97

2 Das kann man seinen ‚Grundrissen‘ entnehmen und dem 2. Band des ‚Kapital‘. Vgl.: MEW 42, S. 428–430 und MEW 24, S. 151–153.

3 J. Schumpeter: Konjunkturzyklen. Erster Band. A. a. O., S. 24. Anm.

bekommen Sie zu 1,50 € das halbe Pfund“, der nennt einen Preis. Niemand wird auf die Frage nach der Geschwindigkeit seines Radfahrens mit der Antwort „10 km“ zufrieden sein, sondern fordern, dass diese Länge im *Verhältnis* zu einer Dauer bestimmt werde, also etwa „10 km pro halbe Stunde“. Genau um die Wahrnehmung solcher Verhältnissgrößen geht es in der Konstituierung der Ökonomie als einer messenden Wissenschaft.

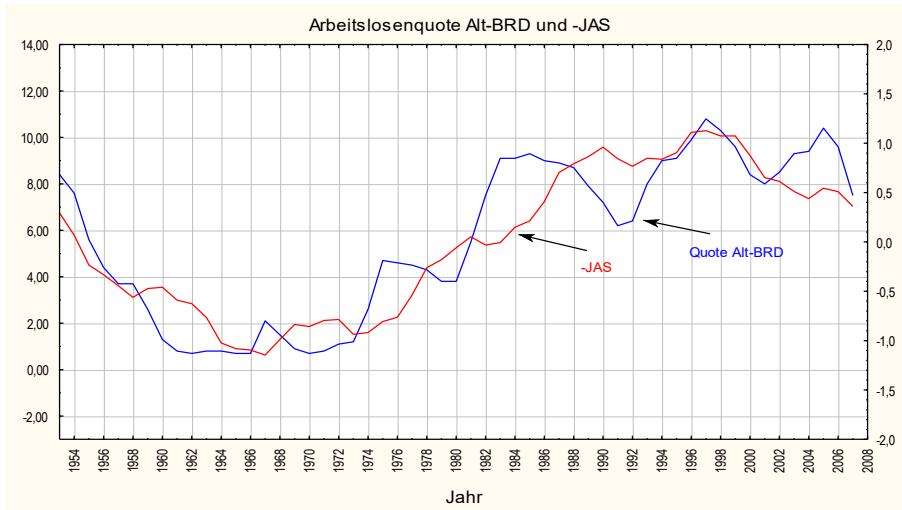
Mit diesen dimensionstheoretischen Erwägungen ist vielleicht einsichtig, dass Feststellungen über die Existenz oder Nichtexistenz der ‚langen Wellen‘ ganz wesentlich davon abhängen, was man eigentlich misst (und statistisch erfasst). Nach meiner Sicht ist es vor allem die Bindung und Lösung von Arbeitskraft, die in der *gesellschaftlichen* Arbeit (das ist die durch *Arbeitsverträge* vermittelte¹) zyklischen Charakter hat. Mithin hat man das Problem, halbwegs anständige und zuverlässige Feststellungen von Arbeitslosenquoten über einen Zeitraum von zwei Generationen zur Verfügung zu haben. Das ist nun gegenwärtig mit der Vollendung des Jahres 2007 gerade der Fall, wenn wir 1953 als Beginn des vierten Kondratieff-Zyklus unterstellen. Meine 1997 formulierte Prognose, dass der aktuelle Kondratieff-Zyklus bis ins Jahr 2007 andauern werde, steht nun der Kontrolle zur Verfügung.

Diese Kontrolle hat Ulrich Hedtke vorgenommen, so dass ich die von ihm präsentierte Gegenüberstellung des theoretisch gedachten Kondratieff-Zyklus im 3-Zyklenschema (Kondratieff-, Juglar- und Kitchin-Zyklus), in der Wiedergabe JAS genannt, mit den tatsächlichen Arbeitslosenquoten der alten Bundesrepublik als Funktion der Zeit nur zu zitieren brauche. Der tatsächliche Verlauf der Arbeitslosigkeit zeigt eine solche Übereinstimmung mit dem aus der Theorie folgenden Verlauf, dass wir eine hohe positive Korrelation allein durch Wahrnehmung der Gestalt beider Kurven erkennen. Das bedeutet eine erfreuliche *Konfirmation* der Annahme Kondrat’evs. Es bedeutet nicht den *Beweis*. Er ist durch weitere Entwicklung der ökonomischen Theorie zu gewinnen, die uns erklären muss, warum das Wirtschaftssystem Zyklen von der Dauer hervorbringt, die hier in Rede steht. Bis das erreicht ist, begnügen wir uns mit der ökonomischen Phänomenologie. Sie ist jedenfalls durch die Arbeit U. Hedtkes in einem Zustand, durch den man versichern kann: Es lohnt sich, die Problemlage intensiv weiter zu verfolgen.²

Ich hoffe, dass der Leser angesichts des theoretischen und empirischen Kurvenverlaufs für den Vierten Zyklus 1953 bis 2007 Kondrat’evs Annahme für plausibel hält. Sie ist das Ergebnis eines Bemühens, das nach dem Zu-

1 Davon ist strikt die *gemeinschaftliche Arbeit* zu unterscheiden, die nicht durch *Austausch*, sondern durch *Zuteilung* der Arbeitsplätze an die Individuen der arbeitenden Gemeinschaft charakterisiert ist. In der DDR hat man sie „gesellschaftliche Arbeit“ genannt – ein Unsinn, der nicht wahrnehmbar war, weil der Sprachgebrauch amtlich festgelegt und ideologisch die Gemeinschaft für die Gesellschaft gehalten worden ist – ganz im Gegensatz zur Erkenntnis der deutschen Soziologie in der Begründung durch Ferdinand Tönnies, der 1887 bereits den Unterschied beider menschlichen Verbindungsarten per definitionem eingeführt hat.

2 Ulrich Hedtke: Schumpeter und das Jahr 2008 - Bemerkungen zur Erstveröffentlichung eines Briefes von Joseph A. Schumpeter an George Garvy. Berliner Debatte Initial 19 (2008) S. 66-78. Online unter: www.schumpeter.info



sammenbruch des europäischen Kommunismus um die Chance gekommen ist, noch wahrgenommen und darüber hinaus verstanden zu werden. Die russische Revolution, im ersten Akt 1905 bis 1907 im wesentlichen gescheitert, im zweiten Akt 1917 durch die bolschewistische Machtübernahme zu einem bestimmten Resultat geführt, hat 1921 mit der ‚Neuen Ökonomischen Politik‘ (NÖP) den Versuch induziert, volkswirtschaftliche Planung unter Voraussetzung des Marktes als dem Kriterium der Planungskompetenz zu realisieren. In diesem Zusammenhang ist zwischen den Jahren 1921 und 1927 in der UdSSR ein für die Ökonomie überragend bedeutungsvoller Konflikt ausgefochten worden, der mit dürren Worten auf den Gegensatz zwischen „indikativer“ und „direktiver“ Volkswirtschaftsplanung hinausläuft. Um diesen Gegensatz, in dem Kondrat’ev die indikative Planung und sein Gegner S. G. Strumilin die direkte Planung vertrat, zu verstehen, muß man zunächst bemerken, dass die vorgestellte Entgegensetzung zwischen „Markt-“ und „Planwirtschaft“ nichts mit wirtschaftlicher Realität zu tun hat. Jedes in der gesellschaftlichen Wirtschaft (das ist die durch Tausch bzw. Ein- und Verkauf vermittelte, die Verkehrswirtschaft, wie man auch sagt) agierende Unternehmen plant selbstverständlich und zieht mit dem reellen Ergebnis seiner Planung auf den Markt, der dieses Ergebnis konfirmiert oder desavouiert. Der Markt ist das Kriterium des Plans; und planlos auf den Markt zu ziehen, heißt schon, die Pleite zu betreiben. Für die wirkliche Wirtschaft ist also immer die Einheit des Plans (des Produzenten) mit dem Markt (der Konsumenten bzw. Produktabnehmer) gegeben.¹ Die Idee der indikativen Planung bestand darin, an der Entwicklung

¹ Das lernten DDR-Studenten in Moskau, denen ihre akademischen Lehrer vernünftig die Frage stellten, wie die Preise im „Sozialismus“ bestimmt würden, um anschließend festzustellen: Natürlich auf dem Weltmarkt! Ich spreche vom „Sozialismus“ in Anführungszeichen, weil das Selbstbenennen keine Garantie für korrektes Benennen ist: Sozialismus ist eine *Gesellschaftsordnung*, die Gesellschaft wird durch den Markt zusammengehalten; wer den Markt beseitigt – z.

der Weltwirtschaft die für die russische bzw. sowjetische Wirtschaft wichtigen Randbedingungen so zur Kenntnis zu nehmen, dass ein optimaler Entwicklungspfad vorgeschlagen werden konnte. Jeder russische Ökonom wusste ja, dass Russlands industrielle Revolution (die gleichzeitig mit der Japans verlief) wesentlich durch Auslandsfinanzierung (insbesondere französische) ermöglicht, also die russische Wirtschaftsentwicklung durch Bindung an den Weltmarkt verwirklicht wurde. Für die indikativen Planer gab es bis zum Oktober 1927 keinen Grund anzunehmen, dass sich diese Lage ändern könnte. Die kommunistischen Dekrete zwischen November 1920 und Februar 1921 *Über unentgeltliche Abgabe von Lebensmitteln an die Bevölkerung* (4.12.1920), *Über unentgeltliche Abgabe von Massenbedarfsgütern an die Bevölkerung* (17.12.1920), *Über die Abschaffung der Zahlungen für Brennstoffe aller Art ...*, *Über die Abschaffung der Verrechnungen für die Inanspruchnahme der Post, des Telegraphen, des Telefons ...* (beide am 23.12.1920), *Über die Abschaffung der Wohnungsmiete und anderer Zahlungen auf Grund von Hausbesitz* (27.1.1921), schließlich *Über die Abschaffung der Steuern* (3.2.1921)¹ wurden nach dem Aufstand in Kronstadt im März 1921 durch den Übergang von der Ablieferung zur Naturalsteuer konterkariert; und durch die geradezu beispielhafte Beseitigung der Inflation mit Einführung des konvertiblen Tschernwonez wurde eine klare marktwirtschaftliche Basis konstituiert. Auf dieser Grundlage konnte Kondrat'evs Feststellung der „großen Zyklen“ für die Volkswirtschaftsplanung bedeutsam werden.

Leo Trotzki hat im April 1923 Kondrat'evs Bemühen wie folgt kommentiert: „Dem III. Weltkongreß der Komintern folgend, ... versuchte [Professor Kondratieff] neben einem „kleinen Zyklus“, der einen Zeitraum von 10 Jahren umfaßt, das Konzept eines „langen Zyklus“, ungefähr 50 Jahre umfassend, zu entwickeln. ... Die statistische Bestimmung der langen Zyklen, die Kondratieff zusammengetragen hat, sollte zum Gegenstand einer sorgfältigen und nicht leichtgläubigen Untersuchung gemacht werden, und zwar sowohl in bezug auf die einzelnen Länder, wie auch auf den gesamten Weltmarkt.“² Dabei wusste Trotzki: „... der Kapitalismus lebt durch Krisen und Prosperitätsperioden, wie der Mensch durch Ein- und Ausatmen lebt.“³ Gelernt hatte er das von seinem Lehrer Alexander Helphand (gen. Parvus), der 1896 für die *Sächsische*

B. durch Beseitigung konvertibler Währung –, beseitigt die Gesellschaft, ersetzt sie durch die Gemeinschaft, in der nicht der Tausch, sondern die Ver- und Zuteilung den Zusammenhalt stiftet. Die Ordnung der *Gemeinschaft* unter Voraussetzung der völligen Durchsetzung des Gemeineigentums heißt Kommunismus. Was mit Blick auf das Ergebnis der russischen Revolution vom Oktober 1917 bis Dezember 1991 „Sozialismus“ genannt wird, war nur zwischen 1921 und 1927 der Versuch, diese Sozialordnung zu etablieren, 1918 bis 1921 strikter Kommunismus, und seit 1928/29 wieder.

1 Vgl.: D. K. Trifonow, L. D. Schirokorad (verantw. Red.): Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus. Grundrisse. Dt. Übers.: I. Stolte, G. Wermusch. Berlin: Vlg. Die Wirtschaft 1973, S. 150

2 Trotzki: Die Kurve der kapitalistischen Entwicklung. In: Die langen Wellen der Konjunktur. A. a. O., S. 127

3 Trotzki: Die neue Etappe (Auszug). Ebd., S. 70

Arbeiter-Zeitung erstmals die Idee von der „neuen Sturm- und Drangperiode des Kapitals“ veröffentlichte.¹ Ganz in diesem Sinne spricht Trotzki in seinem Vortrag vor dem III. Kominternkongreß am 23. Juni 1921 von „der letzten Sturm- und Drangperiode der ökonomischen Entwicklung vor dem Kriege, von der Mitte der neunziger Jahre bis zum Anfang der Krise 1913/14“².

Trotzkis Empfehlung, Kondrat'evs Feststellungen sorgfältig zu untersuchen, ist mit dem stalinistischen Abbruch der Neuen Ökonomischen Politik 1928/29 verhallt. Gegen die indikative Planungsvorstellung siegte 1930 endgültig die direktive, d. h. die gegen die wirtschaftlichen Proportionen gleichgültige, subjektivistische Befehlsausgabe für die Produzenten. Wie dieser Sieg errungen wurde, konnte man seit 1977 in deutscher Sprache in Strumilins Schriften nachlesen.³ Leider kann hierauf nicht weiter eingegangen werden.⁴

3. Der Kondratieff-Zyklus und von Gerkans „Gedanken zum Ablauf des Weltgeschehens“

Welche Dauer die geistige Verarbeitung der ‚langen Dauern‘ Kondrat'evs in Anspruch nimmt, zeigt die Verknüpfung, die nach 46 Jahren heute mit einer Überlegung herzustellen ist, welche vom einstigen Direktor des Deutschen Archäologischen Instituts Rom Arnim von Gerkan im Alter von 78 Jahren der Öffentlichkeit 1962 vorgestellt wurde. Von Gerkan, 1884 im Baltikum geboren, 1969 in Schleswig-Holstein verstorben, hatte seine ‚Gedanken zum Ablauf des Weltgeschehens‘⁵ zum Schluss mit der Mitteilung verbunden, dass Lesern, welche sich angesichts seiner Darstellung an Oswald Spenglers ‚Untergang des Abendlandes‘ erinnert sehen, zu berichten wäre, „daß ich meine Auffassung wohl etwa in der gleichen Zeit konzipiert habe, unabhängig von ihm, sie aber verständlicherweise zurückhielt, weil sie doch nur als eine Art von Plagiat aufgefaßt worden wäre“⁶. Worum geht es?

1 Vgl. seine Reflexion in ‚Die Handelskrise und die Gewerkschaften‘, in: *Die langen Wellen der Konjunktur*. A. a. O., S. 27

2 Trotzki: *Die wirtschaftliche Weltkrise und die neuen Aufgaben der kommunistischen Internationale*. In: *Die langen Wellen der Konjunktur*. A. a. O., S. 89

3 S. G. Strumilin: *Ökonomische Schriften 1919–1973*. Erster Band: *Sozialismus und Planung*. Hg. v. O. Kratsch. Berlin: Akademie-Vlg. 1977, S. 217–343. Gegen Kondrat'evs ökonomische Analyse richtet Strumilin den „proletarischen Klassenwillen“, eine merkwürdige bolschewistische Erinnerung an die *narodnaja volja*, den volklichen Willen (eine bessere Übersetzung habe ich nicht; ‚Volkstümplerwille‘ wäre ganz schlecht).

4 Zum Schicksal Kondrat'evs vgl.: K. Gebicke: Nikolaj Dmitrievič Kondratieff. Über dynamische Modellierung des Kapitalismus. In: *Berliner Debatte* INITIAL 8(1997)1/2, S. 92–103. Hier findet man auch die deutsche Übersetzung des *Modells der ökonomischen Dynamik der kapitalistischen Wirtschaft*, wie es Kondrat'ev am 5. September 1934 aus dem Gefängnis von Suzdal' an seine Frau sandte. Das russische Original ist publiziert in: N. D. Kondrat'ev: *Problemy ekonomičeskoj dinamiki*. Hg. v. Inst. f. Ökonomie der AdW der UdSSR. Moskau 1989, S. 412–414

5 In: Festschrift. Max Wegner zum sechzigsten Geburtstag. Münster: Vlg. Aschendorff 1962. S. 155–166

6 Ebd. S. 166

A. von Gerkan möchte aus kunsthistorischen Gründen die klassische Antike zeitlich möglichst genau bestimmen und kommt zu folgendem Resultat: „Als Ergebnis erhalten wir für das Altertum die Zeitspanne zwischen etwa 1200 v. Chr. und 500 n. Chr., also eine Dauer von 1700 Jahren oder etwas mehr. Ich habe mit den Zahlen 1600 bis 1800 die verschiedensten Versuche angestellt, auf die ich hier jedoch nicht einzugehen brauche. Nur das möchte ich sagen, dass 1600 Jahre entschieden zu wenig sind. Wenn andererseits 1800 mir etwas zuviel vorkamen, so erhielt diese Zahl durch einen Zufall eine unerwartete Stütze in einer Arbeit des schwedischen Meeresforschers O. Petterssen¹.

Dieser hat festgestellt, dass etwa alle 1800 Jahre Sonne und Mond in Stellungen mit größtmöglicher Anziehung auf das Meer kommen. Ein solches Maximum bestand um 1433 mit harten Wintern, Zufrieren der Ostsee, Polareis im Nordatlantik, Sturmfluten, in Südeuropa Stürmen und Missernten. Das Minimum lag um 550; damals schmolz das Polareis, und Grönland erhielt seinen Namen von Weideland und Obstgärten. Die unmittelbaren Ursachen sind unterseeische Flutwellen, die warmes Atlantikwasser ins Polarmeer führen, oder umgekehrt Eis nach dem Süden. Die Kontamination dieser Vorgänge mit unseren Geschichtsepochen ergibt, dass die warmen Zeiten manche noch nicht sesshafte Völker zum Wandern ermutigen, kalte hingegen die sesshaften konsolidieren und eigentlich die kulturfördernden sind.

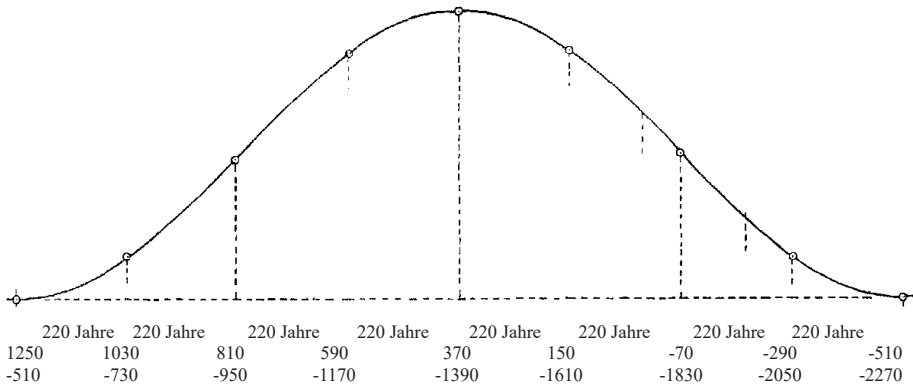
Weil diese 1800 Jahre ja auch nur eine runde Zeitbestimmung sind, halte ich mich für berechtigt, einen Mittelweg zu wählen und mit 1750 Jahren zu rechnen, die befriedigende Resultate geben. Wenn ich stattdessen im folgenden 1760 schreibe, so soll das nur ermöglichen, diesen Zeitraum beliebig zu unterteilen, ohne zu komplizierten oder gar halben Jahreszahlen zu gelangen.“²

Ich verzichte auf die Diskussion des Vergleichs der klassischen Antike mit der neueren europäischen Geschichte, wie ihn v. Gerkan betreibt. Wichtig ist mir vielmehr, dass man aus seiner Grafik entnehmen kann, dass die ‚superlangen Wellen‘ von 220 Jahren, die von Historikern in der Regel ‚Zeitalter‘ genannt werden, auch bei dem Kunsthistoriker und Archäologen A. v. Gerkan auftreten. Doch die avisierten 1760 Jahre, das sind 8 Epochen (oder Zeitalter), nimmt er nur an, „diesen Zeitraum beliebig zu unterteilen, ohne zu komplizieren“. Was v. Gerkan nicht weiß und nicht in Rechnung stellt, ist der Sachverhalt, dass jedes Zeitalter bei dieser Dauer genau 4 Kondratieff-Zyklen umfasst und weiter seine Zeitdetermination des klassischen Altertums exakt 32 Kondratieffs bedeutet. Natürlich versteht es sich, dass v. Gerkans ‚unkomplizierte‘ Dauer mit diesem Blick auf den Kondratieff-Zyklus eine historiographische Bedeutung erlangt, die weit über die Kunstgeschichte hinausgeht.

Bezieht man sich auf den Marxschen Begriff der ökonomischen Gesell-

1 Anmerkung Gerkans: Ausführliches Referat in: Das Beste aus Readers' Digest. Februar 1952. 128ff.

2 A. a. O., S.159 – 161



schaftsformation¹, liegt nahe, v. Gerkans Dauer gerade als Dauer einer solchen Formation anzusehen. Er gibt für das klassische Altertum die Zeit zwischen 1250 v. d. Z. und 510 u. Z. an. Aber Henri Pirenne hat 1936 in „Mahomet und Karl der Große“ erklärt, dass die arabische Expansion die klassische Antike beende. Ich übernehme diese Feststellung als gültig und bemerke zur Begründung, dass – mit dem Norm-Kondratieff-Zyklus von 1843 bis einschließlich 1897 – im Jahre 633 ein neuer Kondratieff-Zyklus per Rechnung beginnt. Als historische Fakta stehen zur Verfügung: 632 stirbt Mohammed, 634 erobern die Araber die byzantinische Festung Bothra, 635 Damaskus, 636 ganz Syrien, 638 spätestens ist Jerusalem erobert, Mesopotamien und Persien werden erobert, 641 ist Alexandria in arabischer Hand. Damit endet wirklich, wie es Pirenne gesagt hat, die klassische Antike. Unterstellen wir mit A. v. Gerkan die 1760 Jahre (oder 32 Kondratieff-Zyklen) für diese Sozialformation, so beginnt sie nicht 1250 v. d. Z., sondern 1128 v. d. Z. und währt bis zum Jahre 632 u. Z. Das stimmt historiographisch sehr gut mit der Feststellung überein, dass um 1150 v. d. Z. alle Bindungen im östlichen Mittelmeer zerstört sind, die minoische Kultur ebenso endet wie 1157 die Kassitenherrschaft in Babylon. Die Bronzezeit nimmt Abschied. Zugleich ist das der Beginn der so genannten „dark ages“ (gegen 1100 beginnt die dorische Wanderung), also des ersten Zeitalters der klassischen Antike.

Mit Blick auf den empirisch konstatierbaren Geschichtsverlauf können wir bei Übernahme der, wie man vielleicht sagen kann, Gerkan-Zyklen (d. h. Zyklen der Sozialformationen) die folgenden Epochen – natürlich nur stichwortartig – feststellen: Wird das Jahr 633 als Beginn der Epoche arabischer Expansion akzeptiert und das Wissen unterstellt, dass 840 die Wikingerexpansion im großen Stil einsetzt, so versteht es sich, dass 633 bis 852 als Epoche (Zeitalter) der arabischen Expansion feststeht. Ihr folgt das Zeitalter der Wikinger, deren letzte große Eroberung 1066 in der Schlacht bei Hastings absolviert wird. Der Sieg der Seldschuken über Byzanz bei Mantzikert 1071 induziert die west-

¹ Vgl. dazu P. Ruben: Wirtschaftsentwicklung und Marxsche Formationslehre. In: Berliner Debatte 8(1997)1/2, S. 105–121. Die in dieser Darstellung gegebene Zeitbestimmung wird hier korrigiert.

europäische Gegenreaktion, die als Kreuzzugskonzept vom Papst bereits 1074 entwickelt wird und im Kreuzzugszeitalter bis zur Eroberung Akkons durch die Mameluken im Jahre 1291 historische Existenz hat. Ersichtlich umfassen alle drei Zeitalter stets 4 Kondratieff-Zyklen bzw. 220 Jahre. Das ist historiographisch unstrittig.¹

Das zunächst formell zu notierende Zeitalter zwischen 1293 und 1512 ist wohl richtig erfasst, wenn wir es mit Karl Bücher als Epoche der Ausbildung der Stadtwirtschaft betrachten. Jedenfalls wird 1293 termingerecht der Adel in Florenz, der Geburtsstadt des Kapitalismus, entmachtet; 1295 kann Englands König ohne Parlamentszustimmung keine Steuern mehr eintreiben; und 1307 enteignet Frankreichs König den Templer-Orden, die Elite des Zeitalters der Kreuzzüge. 1515 ist Portugals Handelsreich etabliert. Über die Bedeutung der deutschen Hanse in dieser Epoche brauche ich kein Wort zu verlieren. Es handelt sich zwischen 1293 und 1512 um das späte Mittelalter und die Zeit der Ausbildung der *Stadtwirtschaft*, ohne die von *Volkswirtschaft* hätte keine Rede sein können (die *Nationalökonomie* ist die Rezeption und Erweiterung der *Stadtökonomie*!).

1513 bis 1732 wird jeder als Zeitalter der Reformation und Gegenreformation erkennen. Und wenn man weiß, dass mit der 1733 einsetzenden französischen Hochaufklärung (in diesem Jahr publiziert Voltaire seine berühmten ‚Briefe über die Engländer‘) zugleich der nationalistische Gegensatz (zunächst zwischen Engländern und Franzosen im amerikanischen Arkadien 1755) als Ersatz des religiösen beginnt, so ist die Erklärung der Zeit zwischen 1733 und 1952 als Zeitalter des Nationalismus vielleicht nicht überraschend. Jedenfalls darf man nach der hier vorgelegten Kalkulation sagen, dass seit 1953 eine neue Epoche begonnen hat. Und es ist vielleicht festzustellen, dass diese vermutlich das Zeitalter der Transzendierung des nationalen Gegensatzes ist. Jedenfalls liefert die Geschichte der EU dafür den praktischen Beleg. Und alle anderen internationalen Vereinungen haben an der EU ihr Original.

Wenn wir seit 633 Zeitalter mit der Dauer von 220 Jahren erkennen können, gilt diese Feststellung auch für die antike Sozialformation? Das ist der Fall! Nach dem Zusammenbruch der Bronzezeitkultur im östlichen Mittelmeer sind es die phönikischen Städte, die die orientalische Stadtkultur weiterführen. 1128 gründen die Phöniker Gades in Spanien, beginnt die Herrschaft Nebukadnezars I. in Babylon, um 900 v. d. Z. ist nach Fritz Heichelheim ein ökonomischer Aufschwung im griechischen Bereich erkennbar² (vor 900 be-

1 Die in der Redaktion von Michael Bauer u. a. edierte ‚Grosse Weltgeschichte‘ lässt in ihrem Band ‚Chronik und Register‘ das frühe Mittelalter im Jahre 687 mit dem Sieg der karolingischen Hausmeier im Frankenreich beginnen. Vgl.: Die grosse Weltgeschichte. Lexikon der Geschichte. Chronik und Register. Augsburg: Weltbild o. J. (2008), S. 47. Das ist gerade ein Kondratieff-Zyklus später als nach Pirenne anzunehmen ist und – wie ich meine – eine eurozentristische Sicht der Geschichte (es ist derselbe Fehler, den ich in meinem Artikel 1997 gemacht habe). An der kardinalen historischen Bedeutung der arabischen (islamischen) Expansion kann gar kein Zweifel bestehen.

2 Vgl. seine ‚Wirtschaftsgeschichte des Altertums‘, Leiden 1938 (Neudruck 1969)

steht auf Argos eine Silberraffinerie). Die Zeit zwischen 1128 v. d. Z. und 909 v. d. Z. ist also gut als bestimmtes Zeitalter zu erkennen (als ‚dark ages‘). Die anschließende Epoche (908 bis 689) ist kunstgeschichtlich als das ‚geometrische‘ Zeitalter ausgewiesen. 688 bis 469 dürfen wir vom archaischen Zeitalter (mit Bezug auf Griechenland) reden. 468 bis 249 handelt es sich um das Zeitalter der Klassik und des Frühhellenismus (von der Vollendung der Demokratie in Athen bis zum Eingreifen Pyrrhos’ I. in die Verteidigung Tarents gegen Rom). 248 bis 29 handelt es sich um den Hoch- und Späthellenismus (248 wird das Partherreich errichtet, und 40 entsteht mit der Laokoon-Gruppe das letzte hellenistische Kunstwerk wie 30 der letzte hellenistische Staat – Ägypten – von den Römern zur Provinz gemacht wird).

Was nun kommt, ist Sache Roms: 28 v. d. Z. beginnt formell die Epoche, 27 wird Octavian zum Augustus erhoben, also das Prinzipat etabliert, 193 u. Z. pünktlich wird Septimius Severus der erste Soldatenkaiser; 410 erobern die Westgoten Rom, und 413 erhalten die Burgunder das Siedlungsrecht links des Rheins zwischen Worms und Mainz. In der Silvesternacht von 406 auf 407 dringen Germanenstämme über den Rhein, womit die massive germanische Expansion beginnt, die in den eroberten weströmischen Provinzen die Nationenbildung begründet. Prinzipat, Soldatenkaisertum und Dominat sowie endlich die germanische Expansion liefern die drei Zeitalter, die die klassische Antike vor dem Beginn der arabischen Expansion noch realisiert. Somit ist angedeutet, dass die Annahme von der Konstanz der Kondratieff-Dauer durch die empirisch aufweisbare Geschichte nicht widerlegt wird. Natürlich ist zu diesem Aufweis wesentlich mehr zu sagen. Das ist an dieser Stelle nicht möglich.

Es sei noch bemerkt, dass ein Rückgang auf die Zeit vor 1128 v. d. Z. auf große Schwierigkeiten stößt, weil uns die Historiker mit Bezug auf die altorientalische Sozialformation mit sehr unterschiedlichen Daten versorgen, so dass eine Kondratieff-Analyse nicht mehr möglich ist. Hier muss man abwarten, bis die archäologische und historiographische Arbeit eine verlässliche und allgemein akzeptierte Datenbasis liefert.

Der Rückgriff auf die Epochengliederung der menschlichen Geschichte seit dem Beginn der klassischen Antike 1128 v. d. Z. zeigt wohl plausibel, dass die Kondrat’ev-Hypothese eine sehr gute historische Fundierung hat. Mit ihr gewinnen wir eine zeitliche Ordnung, ohne die Geschichte im wissenschaftlichen Sinne gar nicht denkbar ist. Wir können uns von kuriosen Präsentationen „langer“ oder „kurzer Jahrhunderte“ freihalten, indem wir durch die Kondrat’ev-Ordnung Anfänge und Beendigungen historischer Abläufe genauer zu fixieren fähig sind. Es wird dann z. B. klar, dass nicht der Erste Weltkrieg die ‚Urkatastrophe‘ eines „kurzen Jahrhunderts“ war¹, sondern dass 1898 der imperialistische Kondratieff-Zyklus mit dem Angriff der USA auf Spanien,

¹ Gegen diese Feuilleton-Phrase möchte ich darauf beharren, dass ein Jahrhundert weder kurz noch lang ist, sondern immer die Summe von 100 Jahren darstellt, dass obendrein das 19. Jahrhundert mit dem Jahre 1900 und das 20. Jahrhundert mit dem Jahre 2000 abgeschlossen ist (Enzyklopädisten suggerieren sich gegenwärtig anderes).

mit dem deutschen Flottenbauprogramm u. a. Aktionen begann und mit dem Korea-Krieg 1950–53 endete, dass die von rohkommunistischen Ideologen so sehr vermisste Weltrevolution vielmehr seit 1905 mit enormem Tempo die Erde umfasste, von Russland über die Türkei, Persien, China, Mexiko und Portugal fortschritt. Den Ersten Weltkrieg betrieben seine Initiatoren als Weg aus der Revolutionsdrohung, genau dadurch aber führten sie in die russisch dominierte kommunistische Herrschaft hinein, die zum Hilfsmittel der Befreiung der kolonialisierten Völker wurde.

Wir gewinnen auch die Freiheit zu bestimmen, was als Basisinnovationen in einem gegebenen Kondratieff-Zyklus wirklich gelten kann. Nefiodow macht sich die Sache leicht, indem er auffällige technische Neuerungen benennt. Betrachten wir aber die Geschichte der Produktivkräfte und der Technik genauer, so ist die Sache ziemlich knifflig. Z. B. ist 1788 erstmals auf der Themse ein Dampfschiff eingesetzt worden, also ordentlich pünktlich zum Beginn der industriellen Revolution, 1807 hat Fulton sein Experiment auf dem Hudson veranstaltet, aber die Agrarkrise seit 1875 in Europa haben wesentlich die amerikanischen Klipper herbeigeführt, also schnelle Segelschiffe. Der Dampfschiffbau musste erst durch eine Periode von Katastrophen bitteres Lehrgeld zahlen, ehe Segelschiffe nur noch Seeleuten zur Ausbildung dienten. Ist es wirklich die Informationstechnik, die – nach Nefiodow – den Fünften Kondratieff charakterisiert? Kann man nicht auch sagen, es ist vielmehr die Passagierluftfahrt, die friedliche Nutzung der Kernenergie, die Raketentechnik, welche uns 1969 den Mondbesuch ermöglichte, die Haushaltstechnik, die eine unglaubliche Befreiung der Frauen hervorrief, die Traktorisierung der Landwirtschaft etc., welche alle zusammen die Produktivkraftnatur des Vierten Kondratieff charakterisieren? Jedenfalls ist nach der hier präsentierten Annahme von der zeitlichen Ordnungsleistung der Kondrat'ev-Hypothese das genaue historische Studium der Produktivkraftgeschichte die Bedingung für die Feststellung der einen Kondratieff-Zyklus charakterisierenden Basisinnovationen.

Was ist Kommunismus?¹

20 Jahre nach dem Abgang der kommunistischen Herrschaft dominant russischer Provenienz in Osteuropa wird im deutschen Sprachbereich wohl eher moralisch empörter Antikommunismus und nostalgische Verklärung der DDR-Errungenschaften als eine ernst zu nehmende sozialtheoretische Analyse des von 1917 bis 1991 herrschenden, also 74 Jahre bestehenden, kommunistischen Systems betrieben. Der Begriff des Kommunismus wird in der Regel gar nicht bestimmt, vielmehr genügt schon das Wort, von dem in schöner erkenntnistheoretischer Naivität gemeint wird, es sei ein Begriff. In den verschiedensten Darstellungen wird in der Regel nicht vom „Kommunismus“ gesprochen, sondern vom „Sozialismus“, vom „Staatssozialismus“, „Realsozialismus“ etc., welcher sich 1990 mit dem Ende der DDR, 1991 mit dem Niederholen der roten Flagge vom bekannten Kremlturm verabschiedet habe. Den entsprechenden Namensverwendern ist – vielleicht mangels historischer Bildung – nicht geläufig, daß sie tatsächlich eine Kominternphrase verwenden. Mit ihr wird in der Tradition Lenins die von Marx „erste Phase der kommunistischen Gesellschaft“ (MEW 19, S. 21) genannte Ordnung „Sozialismus“ genannt (vgl. die Leitsätze über die Grundaufgaben der Kommunistischen Internationale vom II. Kominternkongreß 1920). Damit ist natürlich logisch der Sozialismus als *Art* des Kommunismus erklärt, als dessen Früh- oder Erstform.

Die Frage, die nach den Erfahrungen mit der Herrschaft der Kommunisten zwischen 1917 und 1991 m. E. aber gestellt werden muss, lautet: Ist die bolschewistische Deutung des Sozialismus als einer Kommunismusart wissenschaftlich korrekt bzw. wahr? Ich will mich bemühen, diese Frage auf *marxistische* Weise zu beantworten. Dazu muss ich aber sagen, daß ich mit dem Worte *Marxismus* alle und genau die Thesen verstehe, die von Marx und seinen Nachfolgern formuliert wurden, aber keinen logischen Widerspruch zu den Grundannahmen des Feuerbach-Kapitels der *Deutschen Ideologie* sowie der Wertlehre des *Kapital* einschließen (vgl. dazu meine Ausführungen im Beitrag „Was bleibt von Marx’ ökonomischer Theorie?“). Der Schwierigkeiten beim Festlegen des Marxismusbegriffs bin ich mir bewusst; daher zusätzlich zur gegebenen Erklärung noch die Bemerkung: Marx’ Gesamtlehre ist logisch inkonsistent. Es gibt daher mehrere „Marxismen“. Mein Marxismus schließt die (moralisierende, das Geld denunzierende) „Kritik der Nationalökonomie“ aus, welche die menschliche Emanzipation mit der Abschaffung des ökonomischen Werts, des Geldes und gar der Arbeit identi-

1 Erstveröffentlichung – bei redaktioneller Gestaltung durch Karlen Vesper – in: Neues Deutschland. Berlin-Ausgabe v. 26./27. Juni 2010, S. 24

fiziert. Vielmehr geht er von Marx' Vorstellung Robinsons nützlicher „Arbeiten verschiedener Art“ mit den zugehörigen Arbeitszeiten aus, in denen, wie Marx notiert, „alle wesentlichen Bestimmungen des Werths enthalten“ sind, und von dem bekannten „Verein freier Menschen“, die ihre vielen individuellen Arbeitskräfte als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben – mit der Konsequenz, daß sich alle Bestimmungen von Robinsons Arbeit wiederholen, „nur gesellschaftlich, statt individuell“ (vgl. Marx' *Kapital* in der Urausgabe von 1867, S. 36–37). Meine Annahme über die Natur einer marxistischen Analyse besteht also darin, die menschliche Arbeit – die wirkliche Selbstbestimmung der Menschengattung – als Wertbildung bzw. Wertschöpfung zu denken. Und das gilt für alle denkbaren Sozialformationen. Ein Formenwandel der Arbeit ist keine Beseitigung derselben; Arbeitsarten kommen und gehen, die Arbeit bleibt.

Die Annahme von der Negation des Werts durch die kommunistische Umwälzung – ursprünglich von Engels in seinen *Umrissen zu einer Kritik der Nationalökonomie* 1844 proklamiert – hat Marx 1875 erneut formuliert (vgl. MEW, Bd. 19, S. 19), so daß wir mit Bezug auf die Marx-Rezeption, wie schon gesagt, vor einem inkonsistenten Geisteserbe stehen und uns daher, falls wir die logische Forderung der Widerspruchsfreiheit für theoretisches Denken akzeptieren, entscheiden müssen: Welchen Marx wollen wir sozialtheoretisch voraussetzen, den, der die Wertbildung in der menschlichen Produktion generell (also für alle Sozialformationen) behauptet, oder den, der sie für den Kommunismus in seiner voll entwickelten Gestalt nach dem Vorbild von Engels ablehnt? Die Entscheidung dieser Alternative ist unvermeidlich. Sie erklärt auch, warum marxistische Fraktionen gegeneinander auftreten. Ich erkläre nochmals, von der Unhintergebarkeit des Werts in der menschlichen, gesellschaftlichen Arbeit bzw. Produktion auszugehen.

Mit dieser Voraussetzung ist die Angabe des Begriffs des Kommunismus im marxistischen Sinne einfach. Sie ist ja von den Autoren des *Kommunistischen Manifests* selbst 1848 gegeben worden: „Was den Kommunismus auszeichnet, ist nicht die Abschaffung des Eigentums überhaupt, sondern die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums. ... In diesem Sinn können die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen.“ (MEW, Bd.4, S. 475) Hier wird der Hegelsche Aufhebungsbegriff verwendet, der es in sich hat. Daher ist die empirisch genaue Bestimmung der Vorstellung von der „Aufhebung des Privateigentums“, die ja als definierende Bestimmung für den Begriff des Kommunismus verwendet wird, nicht ganz unproblematisch. Ich hoffe aber auf Einverständnis, wenn ich vorschlage anzunehmen, daß die fragliche Aufhebung die Herstellung des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln (Produktivvermögen) bedeutet, nicht etwa die Negation des persönlichen Eigentums an den Konsumtionsmitteln (das ist vielmehr unaufhebbar). Demgemäß ist zu sagen, daß der Kommunismus eine *Gemeinschaftsordnung* darstellt, in der persönliches Eigentum an Produktivvermögen ausgeschlossen ist. Die von Marx und Engels als Theorie

der Kommunisten bestimmte Aufhebung des *Privateigentums* ist also – in einfachster Fassung – die Herstellung des *Gemeineigentums* an den materiellen Gegenständen und Mitteln der Produktion.

Diese Sicht der Dinge ist in der deutschen Philosophie zuerst von Moses Heß 1837 formuliert worden. Er hat die Gleichheitsforderung der französischen Revolution nur realisierbar gesehen unter der Bedingung des Gemeineigentums: „Wir halten nämlich dafür, daß „*Gütergemeinschaft*“ den Begriff von „*Gleichheit*“ am genauesten und schärfsten bezeichnet. Nur da, wo gemeinschaftlicher Besitz aller Güter ... und Nichts an einer Person, als ausschließendes Eigentum, gebunden ist – nur da herrscht völlige Gleichheit.“ (In: „Die heilige Geschichte der Menschheit“, Stuttgart 1837) Friedrich Engels wurde der erste von Heß geworbene Kommunist; Marx folgte, nachdem er sich vergewissert hatte, daß Kommunismus nicht notwendig das graue Militärdasein in der Schilderung Babeufs sein müsse, sondern nach Dézamys „Gesetzbuch der Gütergemeinschaft“ auch erfreulich alle Springquellen der Produktivität eröffnen könne.

Mit der Bestimmung des Kommunismus als derjenigen menschlichen Gemeinschaftsordnung, die das Gemeineigentum am Produktivvermögen unterstellt, ist sicher einsichtig, daß das Wort *Kommunismus* keine Utopie bedeutet, sondern objektiv-reale Gemeinschaften in Vergangenheit und Gegenwart, deren kommunistische Ordnung außer Zweifel feststeht. In allen Menschengemeinschaften, in denen persönliches Produktiveigentum nicht geduldet wird, liegt eine Art des Kommunismus vor. Und wir kennen viele Kommunismustypen: Die Spartaner, die die Messenier unterwarfen und zu Heloten machten, bildeten eine kommunistisch verfasste Gemeinschaft (und dabei eine herrschende Klasse). Die christliche Urgemeinde in Jerusalem realisierte ebenso Kommunismus wie viele Mönchsorden und sonstige christliche Sekten. Ja selbst der heutige Vatikan ist eine kommunistische Institution, denn er lässt kein persönliches Privateigentum zu.

Der Kommunismus des 20. Jahrhunderts, der von der bolschewistischen Fraktion der russischen Sozialdemokratie zuerst zur politischen Herrschaft geführt worden ist, stellt mit Blick auf die angeführten Kommunismen nur eine historisch neu aufgetretene Kommunismustypen dar (der chinesische, der vietnamesische etc. bilden weitere unterschiedene Arten in der Gattung kommunistisch geordneter Gemeinschaften). In Deutschland ist sie als Folge des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion im sowjetischen Besatzungsgebiet mit Hilfe deutscher Kommunisten, die natürlich auch die Erfahrungen der deutschen Revolution von 1918/19 verarbeiteten, übernommen und im Frühjahr 1972 vollendet worden (was bekanntlich E. Honecker in einem Brief an seinen Schutzherrn L. I. Breschnew als Beseitigung der letzten Reste der Ausbeutung feierte). Die DDR war die deutsche Erfahrung des Kommunismus des 20. Jahrhunderts. Der deutsche Kommunismus als politische Bewegung und Partei – es handelt sich oft um mehrere Parteien – ist selbstverständlich wesentlich älter und mindestens seit dem Bauernkrieg 1524/25 präsent, nach

dem er 10 Jahre später in der Kommune von Münster sogar praktisch bestehende Gemeinschaftsordnung war.

Es versteht sich, daß die Frage nach dem Wesen des Kommunismus in einer ordentlichen Theorie zu beantworten ist, die hier nicht vorgestellt werden kann. Es sei im Weiteren vielmehr auf die wichtige Frage eingegangen, wie der russisch dominierte Kommunismus zu der Bezeichnung *Sozialismus* kam. Zunächst ist klar, daß das Wort *Sozialismus* keine Gemeinschaftsordnung meint, sondern eine *Gesellschaftsordnung* (*Gesellschaft* als deutsches Ersatzwort für das lateinische *societas*). Wer glaubt, daß man die Inhalte der beiden deutschen Wörter *Gemeinschaft* und *Gesellschaft* nicht vernünftig unterscheiden könne, wird zwischen dem Kommunismus und dem Sozialismus keinen signifikanten Unterschied erkennen. Ihm kann man nur empfehlen, die berühmte erstmals 1887 publizierte Arbeit von Ferdinand Tönnies „Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirischer Culturformen“ zu studieren. Tönnies hat damit die deutsche Soziologie begründet, leider aber in der Nachfolge Interpreten gefunden, die sein theoretisches Niveau nicht entfernt erreichten. Hier sei festgehalten: Tönnies schlägt vor, die Gemeinschaft von der Gesellschaft zu unterscheiden. Wird dies gemacht, so versteht sich von selbst, daß eine Gemeinschaftsordnung (z. B. der Kommunismus) nicht mit einer Gesellschaftsordnung (eine solche wäre dann z. B. der Sozialismus) verwechselt werden darf. Die Unterscheidung kann gemacht werden, sieht man die Gesellschaft im ökonomischen Austausch (im Weltmarkt) verwirklicht, dagegen die Gemeinschaft in der unmittelbaren Kooperation ihrer Individuen, komplettiert durch die Ver- bzw. Zuteilung des gemeinschaftlich Produzierten. Gemeinschaften bilden die Menschen schon wegen der mit der sexuellen Reproduktion gekoppelten Kinderaufzucht. Gesellschaften bilden sie, wenn sie vom zufälligen stummen Tausch zum geordneten Austausch übergehen. Vergesellschaften heißt demgemäß, eigene Produkte oder Dienste für fremde Produkte oder Dienste abzugeben bzw. zu empfangen. Die Warenzirkulation ist also die Wirklichkeit der Gesellschaft (nicht etwa – wie Engels meinte – eine große Betriebsbelegschaft). R. Kurz’ „warenförmige Gesellschaft“ ist so etwas wie ein hölzernes Holz, ein eisernes Eisen, d. h. eine begrifflose Vorstellungsverdopplung.

Um Tönnies’ Ansatz weiter plausibel zu machen, weise ich die Leser auf den Umstand hin, daß das deutsche Recht mittels des BGB den Unterschied des *Vereinsrechts* vom *Gesellschaftsrecht* sehr wohl und sehr gründlich kennt. Ein Verein (eine Partei, eine Gewerkschaft, eine Familie, eine Gemeinde, eine Nation etc.) ist eine Gemeinschaft. Die Gemeinschaft ist charakterisiert durch die Bildung von Gemeinschaftsvermögen vermittels der Beiträge der Mitglieder, womit eine Gemeinschaft immer Gemeineigentum hat. Überall, wo man Beiträge, zu denen auch die Steuern gehören, bezahlt, ist man Gemeinschaftsmitglied. Als Steuerzahler heißt das Individuum *Staatsbürger*, dem empfindliche Strafen drohen, wenn es seinen gesetzlich verordneten Anteil am Gemeinvermögen nicht zahlt.

Eine Gesellschaft dagegen wird als Vereinigung (einen *Verein* kann man von einer *Vereinigung* unterscheiden; vereinen heißt eine Einheit, ein Produkt bilden, vereinigen heißt eine Summe bilden) von Personen gebildet, die im Besitze ihres Vermögens bleiben (in der GmbH haftet bekanntlich der Gesellschafter mit dem eingebrachten Anteil, der aber sein Eigentum bleibt). Die Gesellschaft überhaupt kommt zustande, wenn Personen oder Gemeinschaften – auch in Vertretung durch ihre Repräsentanten – aufeinandertreffen, um den *Austausch* ihrer Produkte zu betreiben. Poppers berühmte Unterscheidung zwischen „offener“ und „geschlossener Gesellschaft“ hat vernünftigen Sinn, wenn man den Weltmarkt als die offene Gesellschaft schlechthin denkt und geschlossene Gesellschaften nicht – wie es Popper passiert – für Gemeinschaften hält, sondern für das, was im BGB beschrieben ist (GmbH, GbR, Personengesellschaft etc.).

Nach diesem Zwischenschritt in den Überlegungen sei notiert, wie der bolschewistische Kommunismus zum Namen *Sozialismus* kam: Am 24. Dezember 1918 sandte das ZK der KPR(B) ein Funktelegramm in die Welt, in dem es die Teilnahme an einer Wiederbelebungskonferenz der II. Internationale mit folgender Proklamation ablehnte: „Die Kommunistische Partei Russlands ... lehnt die Teilnahme an Konferenzen der Feinde der Arbeiterklasse, die sich mit dem Namen des Sozialismus maskieren, ab ...“ (siehe: Die Weltpartei aus Moskau, hg. v. W. Hedeler u. A. Vatlin, Dokument 1). Und am 27. oder 28. Dezember 1918 schreibt Lenin an Čičerin: „... wir stellen *auf die Tagesordnung ... die Frage* einer entschiedenen Lossage von dem Namen »sozialdemokratische« und »sozialistische« Partei, die Frage der Bezeichnung als kommunistische Partei.“ (Ebd., Dokument 2). Im selben Brief ist für Lenin natürlich klar, daß die KPR(B) mit dem Eintreten für die Rätemacht die sozialistische Revolution betreibe. So haben wir es mit einer Partei zu tun, die es vehement ablehnt „sozialistische Partei“ zu heißen, aber die „sozialistische Revolution“ verwirklichen will. Dieser – sanft gesagt – kuriose Wortgebrauch zeigt unmissverständlich das Fehlen sowohl einer Theorie des Kommunismus als auch des Sozialismus an.

Wie nun auch immer künftige Kommunismustheorien aussehen mögen, mit der hier vorgebrachten Argumentation wird man nach den Worten eines allseits bekannten kommunistischen Terroristen sagen können: Die Kommunismen kommen und gehen, der Kommunismus bleibt. Er bleibt wenigstens als der fortlaufend reproduzierte Protest gegen den Egoismus des persönlichen Privateigentums; er ist dessen alter ego.

Erich Honecker und die Perestrojka

Ein Interview mit Peter Ruben¹

Die Reaktionen Honeckers und der SED-Führung auf den Amtsantritt Gorbatschows im März 1985 und seine ersten Ankündigungen und Maßnahmen zur Erneuerung des sowjetischen Sozialismus waren noch recht verhalten. Erkennbare Verhärtungen traten erst 1987 ein. Warum so spät, wurden doch schon zum KPdSU-Parteitag im Februar 1986 zahlreiche Spitzenkader der Breschnew-Ära durch reformorientierte Funktionäre ausgewechselt und Leitlinien für Wirtschaftsreformen verkündet, welche die bisherigen Grundsätze in Frage stellten?

Man muss natürlich in Rechnung stellen, daß Gorbatschow nicht mit der Perestrojka-Proklamation KPdSU-Generalsekretär geworden ist. Er wurde von Gromyko vorgeschlagen in Konkurrenz zum Leningrader Parteichef, der als rechter und korrupter Haudegen bekannt war, während Gorbatschow der Moskauer Führung als erfolgreicher Landwirtschaftspolitiker aus der Kaukasusregion galt. Der überalterten Führung war klar, daß die Wirtschaft reformiert werden musste – und zwar nicht von jemand, dessen noch zu erwartende Lebensdauer mit der Andropows oder Tschernenkos konkurrieren konnte. Aus rein biologischen Gründen stand die Generationsablösung zur Debatte. Und Gorbatschow war für die alten Herren im Moskauer Kreml der im März 1985 der geeignetste Vertreter der Nachfolgergeneration. Er begann sein Tun bekanntlich nicht mit der Perestrojka, sondern mit dem Alkoholverbot und mit einer weiteren Offensive der Sowjetarmee in Afghanistan. So hieß er denn auch bald der Mineralnij-Sekretär, der dem Staatshaushalt den Verlust der Wodkasteuer einbrachte, die illegale Wodkaproduktion zur höchsten Blüte trieb und in Afghanistan keinen Erfolg verbuchen konnte. Sein Wirtschaftsprogramm hieß zunächst „Beschleunigung“, was immer das meinen sollte. Die „Leitlinien für Wirtschaftsreformen“ waren Sprachphrasen, deren effektive Realisierung bekanntlich zu einem solchen Mangel an Konsumgütern führte, daß Gorbatschow die NATO-Staaten um Hilfslieferungen angehen musste.

Honeckers Zurückhaltung hatte einen sehr einfachen Grund: Er wurde bekanntlich kurz vor Gorbatschows Machtantritt von Tschernenko und seinem Rüstungsminister in Bezug auf die Absicht zurückgepiffen, Schmidts DDR-Besuch von 1981 mit einem BRD-Besuch 1984 protokollgerecht zu beantworten. Es wurde ihm in Moskau nachdrücklich erklärt, daß die Beziehungen zur westdeutschen Bundesrepublik in Moskau determiniert werden und nicht

1 Erstveröffentlichung des von Jan Wielgoßs geführten Interviews in *Berliner Debatte Initial* 23 (2012) 2, S. 45-53

etwa durch die DDR. Gorbatschow hat diese Haltung sehr wohl geteilt, so daß Honecker zunächst abwarten musste, was sich denn als Führungskonzept in Moskau herausbilden würde. Dass der neue KPdSU-Generalsekretär auf seinem ersten Parteitag ein Kaderwechselspiel veranstaltet, besagt für Honecker gar nichts. Denn das ist ja die gewöhnliche Veranstaltung beim Führungswechsel in kommunistischen Parteien bolschewistischer Prägung (und die ‚Bolschewisierung‘ war in Deutschland seit 1924 erklärtes Ziel aller Moskau treuen Kommunisten). Obendrein ist zu bedenken, daß Honecker erst zusehen musste, ob es eventuell internationale Bundesgenossen geben würde, die seine sich dann herauszubildende Skepsis gegen die Perestrojka teilen würden. Die CSSR und Rumänien lieferten denn auch die entsprechenden Partner.

War die offene Resistenz Honeckers und der SED-Spitze gegenüber Impulsen aus der SU „rationaler Angst“ vor einer Gefährdung der staatlichen Existenz der DDR und eigenem Bedeutungsverlust geschuldet, oder eher dogmatischen ideologischen Vorstellungen vom „richtigen“ Weg zur ESG, [der Entwickelten Sozialistischen Gesellschaft]? Siehst Du hier auch Verbindungen oder Analogien zur Affäre um Wolfgang Harichs „Deutschlanddokument“ von 1956?

Honeckers Resistenz begann sicher mit der Aufnahme geheimer Beziehungen zwischen Brandt und Breschnew, welche dazu führten, dass Mielkes MfS die sowjetische Kommunikation zu überwachen begann (wovon zur Zeit Ulbrichts gar keine Rede sein konnte), und unter anderem MfS-Agenten die Wohnung Bahrs, des Geheimbotschafters Brandts ‚verwanzten‘. Das geschah anfangs der 70er Jahre und zeigt die Aktionsmöglichkeiten der Honecker-Führung: Sie kam mit Hilfe Breschnews gegen Ulbricht zustande und nahm wegen Breschnews Beziehung zu Brandt umgehend den Verdacht gegen Breschnew an, er umgehe in Geheimverbindungen die Interessen der DDR.

Die ‚rationale Angst‘ vor einer Gefährdung der staatlichen Existenz der DDR kannte die DDR-Führung seit Stalins Zeiten, der ja im März 1952 die deutsche Einheit unter Bedingung der Neutralität Deutschlands anbot. Berija hat 1953 diese Politik fortsetzen wollen; das hat Shukow im Bündnis mit Chruschtschow verhindert, wodurch Ulbricht als Chruschtschows Statthalter fest im Sattel zu sitzen kam – natürlich unter der Bedingung, der KPdSU-Führung unverbrüchlich zu gehorchen.

Ich glaube nicht an irgendwelche ‚dogmatischen ideologischen Vorstellungen‘ der DDR-Führung. Ihre Position hat sie ununterbrochen in dem einen Satz artikuliert: „Wir lassen uns die Macht nicht nehmen!“ Was sie aber mit der Macht gemacht hat, ist beständig durch Ad-hoc-Entscheidungen bestimmt worden, ohne strategische wissenschaftlich oder auch nur ideologisch begründete Erwägungen anzustellen. Man denke z. B. an die 1958 proklamierte alberne Losung, Westdeutschland in drei Jahren – bis 1961 – zu überholen, ‚ohne es einzuholen‘. Das war eine Reaktion auf die 1957/58 in Westdeutschland eintretende zyklische Krise, die aber schon 1959 überwunden werden konnte. In diesem Jahr zahlten die westdeutschen Unternehmer wieder viel-

fach Löhne über die in den Tarifverträgen vereinbarten Höhen hinaus. Die DDR hatte es dadurch wieder mit der Saugpumpe für den Abzug von Arbeitskraft nach Westdeutschland zu tun. Auf der 11. SED-ZK-Tagung vom 15.-17. Dezember 1960 erklärt B. Leuschner erstmals, die BRD zu überholen, wäre nicht möglich. Am 18. 1. 1961 wird der Entwurf eines Briefes Ulbrichts an Chruschtschow über die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR fertiggestellt: 1961 hat die DDR eine Zahlungsbilanzdefizit von rd. 1,35 Mrd. VM, davon mehr als 0,8 Mrd. gegenüber der UdSSR und mehr als 0,5 Mrd. gegenüber dem kapitalistischen Wirtschaftsgebiet; es wird um Kredit in Höhe von 170 Mill. Rbl = 800 Mill. VM gebeten, der ab 1966 zurückgezahlt werden könnte. Würde der Kredit nicht gewährt, könnte die DDR das Lebensniveau von 1960 nicht halten und stünde dann „vor einer tiefen Krise“¹. Der Brief geht im Umfang von 18 Seiten am 19. Januar 1961 an Chruschtschow ab.

Im Februar 1962 schließlich legt die 16. SED-ZK-Tagung die letzte Änderung des 7-Jahrplans fest; das *Überholen ohne Einzuholen* ist endgültig gestorben. B. Leuschner erklärt die Notwendigkeit einer längeren Stabilisierungsperiode. Am 14. Dezember 1962 spricht Ulbricht in Leipzig über die bisherige SED-Wirtschaftspolitik, kritisiert die These vom Vorrang der Politik und erklärt: „... in der Tat haben jetzt die ökonomischen Aufgaben den Vorrang.“ Das ist die direkte Negation des Leninschen Primats der Politik, ohne daß irgendjemand intern oder gar öffentlich diese Feststellung trifft. Ulbricht behauptet konsequent bis zu seiner Absetzung im Mai 1971 den Markt als Kriterium des Plans – ein einsamer Rufer in der Wüste der Planungsbükratie.

Weitere Beispiele der Ignoranz bzw. der rein pragmatischen Handhabung ideologischer Dogmen lassen sich im Verhalten der politischen DDR-Führung in Hülle und Fülle finden. Ich erinnere nur noch an Hagers, des Ideologiechefs, Rat, das SED-Politbüro möge auf den kranken Honecker warten und keine Diskussion über Folgerungen aus der Flucht der jungen Generation über Ungarn im Sommer 1989 veranstalten. Und alle Politbüromitglieder waren einverstanden, gingen nach Hause, verzichteten als Führungsgruppe ohne Anwesenheit des erkrankten Führers auf alle Führung – und zeigten eben damit, was ihr Wort vom Machterhalt wert war.

Am 9.4.1987 gab Kurt Hager in einem Interview mit dem „Stern“ sein berühmtes Tapetengleichnis zum Besten. War das individueller Dummheit bzw. Hilflosigkeit geschuldet oder stand eine bewusste Propagandastrategie dahinter? Welche Wirkungen im Verhältnis von Gesellschaftswissenschaftlern und Parteiführung hatte das?

Hagers Interview hat eine klar beschreibbare Voraussetzung, die bekannt sein muss, wenn es gedeutet werden soll. Diese Voraussetzung besteht durch folgende Tatsachen: Seit 1986 wird in Moskau über die Aufgabe der deutschen

1 Dies mit Bleistift korrigiert zu „vor ernsten Krisenstimmungen“, vgl.: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/30).

Zweistaatlichkeit nachgedacht (so später Schewardnadse). Am 3. Oktober 1986 besucht Honecker Gorbatschow; er kritisiert das Auftreten sowjetischer Schriftsteller zur deutschen Frage. Im Januar 1987 wird in Moskau der Film ‚Die Reue‘ freigegeben, der das kommunistische Gemüt der DDR-Führung zutiefst trifft. Am 27. Januar 1987 endlich verkündet Gorbatschow vor dem Plenum des KPdSU-Zentralkomitees die Perestrojka, also den „Umbau“ von Wirtschaft und Politik mit der nicht-kommunistischen Proklamation: „Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen.“

Das war eine wirkliche Kehre in der sowjetischen Innenpolitik. Es war ja gerade die bolschewistische Partei, die 1918 die Demokratie selbst im Rätssystem mit den revolutionären Parteien der Menschewiki und der Sozialisten-Revolutionäre ausschloss. Sie denunzierte eben diese Parteien als konterrevolutionär, so daß sich die Räte (die Sowjets) in reine Zustimmungssammlungen für bolschewistische Beschlüsse verwandelten.

In seiner Auswertung des Januar-Plenums des KPdSU-ZK bezweifelt Honecker Anfang Februar 1987 im SED-ZK, „daß die Politik Gorbatschows auf Lenin zurückgeht“. Damit ist Honeckers Bruch mit der Politik Gorbatschows erklärt. (Auch die rumänische und die tschechoslowakische Führung distanzieren sich von Gorbatschows Umbauprogramm, während die polnische und ungarische Führung Zustimmung signalisieren.) Nun erst gibt Hager sein Interview, womit er nichts als seine Treue zu Honecker erklärt. Die Perestrojka für einen Tapetenwechsel zu halten und öffentlich dafür auszugeben, ist natürlich Ausdruck ‚individueller Dummheit bzw. Hilflosigkeit‘. Die SED-Führung versteht nicht, was in der UdSSR geschieht. Diese individuelle Dummheit und daher Hilflosigkeit im Verstehen der von Gorbatschow avisierten ‚Erneuerung der Gesellschaft‘ ist die unvermeidliche historische Folge für eine politische Führungsgruppe, die keinen souveränen Staat im internationalen Zusammenhang verantwortungsbewusst zu leiten hat, sondern stets die Moskauer Führung konsultieren muss und ökonomisch mit etwa der Hälfte des Wirtschaftspotenzials der DDR Zulieferer der UdSSR ist. Erkenntnisfähigkeit kann man nur in eigenverantwortlicher Tat gewinnen, indem man für die Folgen seines Tuns einstehen muss. Ist das vorausgesetzt, so ist das Bedürfnis, die Folgen eigenen Tuns zu erkennen, ehe man zur fraglichen Tat schreitet, wohl heranzubilden.

Der völlige Mangel an sozialtheoretischem Wissen und dessen Ersetzung durch ideologische Sprechblasen war die Folge des Stalinismus, der von Honecker fortgeschleppt wurde. Er wollte lieber in Kreisen toter Hasen um sich herum mit erhobener Faust „Horrido!“ brüllen als sich lernend etwa mit Marx’ ‚Kapital‘ herumzuschlagen. Das hat Hager natürlich auch gewusst und – nach langer Erfahrung – dem Ersten Sekretär mit dem Tapeteninterview seine untertänigste Devotion erklärt.

Über das Verhältnis der Gesellschaftswissenschaftler zur Parteiführung angesichts des Hager-Interviews kann man generell wenig sagen. Das muss vielmehr im Einzelnen studiert werden, will man zutreffende Erkenntnisse

haben. Allerdings ist wohl ersichtlich, daß mit Bezug auf Honeckers Gegensatz zur Perestrojka auch eine innere Spaltung in der Gemeinde der DDR-Gesellschaftswissenschaftler eintrat: Während die einen mit Blick auf ihre Einkommensumstände Hagers Interview mit Wohlgefallen wenigstens öffentlich notierten, erklärten sich die anderen – vornehmlich die jüngeren – als Perestrojka-Anhänger. Worin dieser Umbau eigentlich bestehen sollte, wussten allerdings beide Gruppen nicht.

Es ist an dieser Stelle vielleicht nützlich, den weiteren Gang der Ereignisse nach Hagers Tapeteninterview zu skizzieren: Am 16. Juli 1987 werden 15 sowjetische Ökonomen rehabilitiert, die seit 1930 verfolgt und verurteilt wurden (darunter Tschajanow und Kondratieff). Am 8. Januar 1988 spricht sich Gorbatschow für eine sachliche Geschichtsschreibung aus, was im klaren Gegensatz zur altrussischen orthodoxen und ebenso der stalinistischen Legendenbildung steht. Das ist ein tiefer Bruch mit der Methode, in Ungnade gefallene Kommunisten durch Retuschen auf Fotodokumenten in ‚weiße Flecken‘ zu verwandeln. Am 4. Februar 1988 werden die Urteile gegen alle Angeklagten im Bucharin-Prozess – bis auf Jagoda – aufgehoben. Am 13. Juni 1988 folgt die Aufhebung der Urteile gegen Sinowjew, Kamenjew, Pjatakow und Radek. Damit sind die Moskauer Prozesse schlechthin als Unrecht erklärt.

Am 7. Mai 1988 wird in Moskau als erste antikommunistische Partei die „Demokratische Union“ gegründet. Das ist nun in der Tat nicht mehr Lenins Politik, so daß Honeckers Antizipation vom Februar 1987 nun gerechtfertigt ist. Warum aber diese Politik nicht mehr fortgesetzt werden kann, dieses Problem zu stellen und zu lösen, liegt jenseits der Vorstellungssphäre Honeckers. Dabei hätte er eine Woche später mit dem Abzug der Sowjettruppen aus Afghanistan (seit dem 15. Mai 1988 beginnend) erkennen können, warum Gorbatschow die Perestrojka wollen muss. Die irrsinnige Überrüstung der Sowjetunion, mental genährt durch die gepflegte Furcht vor der ‚aggressiven‘ NATO oder ‚dem Westen‘ (wie schon im alten orthodoxen Russland) lässt keine Produktivkraftentwicklung für die zivile Produktion zu und ebenso keine halbwegs mit westeuropäischen Konsumverhältnissen vergleichbare Versorgung der Bevölkerung. Statt dessen gibt es vaterländischen Stolz.

Die 19. KPdSU-Parteikonferenz, die zwischen dem 28. Juni und dem 1. Juli 1988 stattfindet, beschließt die ersten Schritte zur Einführung parlamentarischer Verhältnisse. Die Machtbefugnisse des Parteiapparats werden eingeschränkt, die Rechte der Wahlorgane (Sowjets) gestärkt. Im Juli 1988 werden Bucharin, Rykow u. a. postum wieder in die KPdSU aufgenommen. Am 1. Oktober wird Gorbatschow Präsident der UdSSR, womit seine KPdSU-Führung ihre Machtbasis vom Parteiapparat auf die Sowjets verlagert.

Honecker informiert am 28. Oktober 1988 das SED-Politbüro über ein Gespräch mit Botschafter Kotschemassow. Honecker habe diesem klar gemacht, daß das ganze Gerede von einer Selbstverwaltung in der UdSSR nur schädlich sein kann. Er habe auch seine Besorgnis über bestimmte Züge der sowjetischen Außenpolitik dargelegt. Am 18. November 1988 wird die sow-

jetische Zeitschrift "Sputnik" aus der DDR-Postzeitungsliste gestrichen. Und Anfang Dezember 1988 spricht Honecker im Politbürobericht an das 7. SED-ZK-Plenum mit Blick auf die innersowjetische Debatte vom „Gequake wildgewordener Spießler, die die Geschichte im bürgerlichen Sinne umschreiben möchten“¹.

Am 16. Januar 1989 endlich erklärt das Präsidium des Obersten Sowjets: Alle Entscheidungen der Sonderkomitees der GPU, des NKWD ... sind ungesetzlich. Damit ist klar, dass Lenins Proklamation der Staatsnotwendigkeit des ‚roten Terrors‘, die mit Gründung der Tscheka im Dezember 1917 ihr reelles Organ fand, die Rechtlosigkeit zum Prinzip der kommunistischen Exekutive erhoben hat. Es wird also der Weg Lenins mit Gorbatschows Perestrojka in der Tat verlassen. Honeckers Wahrnehmung war nicht falsch.

Wie verhielt sich die Konzeption zur „Vervollkommnung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ geistes- oder „theorie-“geschichtlich zu den Leitideen der Perestrojka? Gab es überhaupt gemeinsame Wurzeln in der „Sozialismustheorie“? Und, war die ESG eine sowjetische Erfindung oder stammte sie aus in der SED?

Ich muss hierzu – hoffentlich unmissverständlich – erklären, daß es in der von Lenin inaugurierten kommunistischen Partei seit 1918/19 niemals eine ‚Sozialismustheorie‘ im strengen Sinne der Sozialwissenschaft gegeben hat. Im Funktelegramm der KPR(B) vom 24. Dezember 1918 heißt es: „Die Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki) lehnt die Teilnahme an Konferenzen der Feinde der Arbeiterklasse, die sich mit dem Namen des Sozialismus maskieren, ab ...“² ‚Sozialismus‘ ist hier als ein *Name* aufgefasst, in Bezug auf den Lenin wenig später in einem Brief an Čičerin vorschlägt, „wir **stellen auf die Tagesordnung (zur Diskussion) die Frage** einer entschiedenen Lossage von den Namen »sozialdemokratische« und »sozialistische« Partei, die Frage der Bezeichnung als *kommunistische* Partei.“ Lenin geht es also um die *Benennung* der avisierten III. Internationale im Gegensatz zur II. Internationale, der er absprechen will, den Sozialismus als Resultat der sozialistischen Revolution via Diktatur des Proletariats und Errichtung der Rätewacht zu wollen. Er will zur Gründung der III. Internationale nur jene einladen, „die *dafür* sind, daß der *Typus* der Sowjetmacht *höher* und dem *Sozialismus näher* ist“³.

So wird das Wort *Sozialismus* verwendet, ohne daß ein *Begriff* des Sozialismus gegeben oder wenigstens unterstellt wird, mit dem entschieden werden könnte, ob und inwieweit die Rätewacht dem Sozialismus näher ist als die demokratische Republik, die Lenin „den bürgerlichen Parlamentarismus“ nennt, während doch Engels 1891 erklärte: „Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsre Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter

1 Mitteilung im ‚Neuen Deutschland‘ am 19. 11. 1988

2 Vgl. Dokument 1 in: Die Weltpartei aus Moskau, hg. v. W. Hedeler/A. Vatlin, Berlin: Akademie Vlg 2008, S. 5

3 Ebd., S. 7

der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat.“¹

Tatsächlich hat die Komintern später unter *Sozialismus* die von Marx in seiner Kritik des Gothaer Programms von 1875 angeführte „erste Phase der kommunistischen Gesellschaft“² verstanden, womit sie begriffslos den Sozialismus als eine Art des Kommunismus deutete. Dies ist die Vorstellung, die noch heute die öffentliche Debatte beherrscht. Die lange Tradition der sozialtheoretischen Unterscheidung des Sozialismus vom Kommunismus, wie sie im Deutschland des 19. Jahrhunderts von Lorenz Stein bis Ferdinand Tönnies entwickelt worden ist, spielt in dieser Debatte keine Rolle, weil sie nur noch wenig bekannt ist.

Im Unterschied zum Kommunismus, der im Deutschen lange auch als *Gütergemeinschaft* bezeichnet wurde, und eine lange Tradition hat, ist die Vorstellung vom Sozialismus ein Aufklärungsresultat, das das Erkennen der Gesellschaft (im Unterschied zur Gemeinschaft!) voraussetzt. Während der Kommunismus eine *Gemeinschaftsordnung* ist, in der das persönliche Privateigentum an den objektiven Produktionsbedingungen ausgeschlossen wird (weshalb sich die Privateigentümer gegen die Enteignung als einen Raub wehren), ist der Sozialismus nach der angedeuteten Tradition eine *Gesellschaftsordnung*, in welcher die Diktatur der Kapitalisten über die Arbeiter aufgehoben wird.

In der Gesellschaft überhaupt ist der *Austausch* der Produkte das konstituierende Phänomen. Dieser definiert die Tauschpartner, seien sie Personen oder Gemeinschaften, als Privateigentümer gegeneinander (sie erkennen das Produkt des jeweiligen Tauschpartners als das seine an und behandeln es nicht als Objekt des Raubes), die auf dem Markt die Preise bestimmen, zu denen sie ihren Austausch realisieren. Wird das Privateigentum ausgeschlossen, so tritt unweigerlich an die Stelle des Austauschs die Ver- oder Zuteilung. Das eben ist die Situation des Kommunismus.³

1 F. Engels: Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891. In: MEW 22, S. 235

2 K. Marx: Kritik des Gothaer Programms. In: MEW 19, S. 21

3 Für die Kenntnissnahme realer Arten des Kommunismus in der europäischen Neuzeit empfehle ich gern die Edition von Hans-Jürgen Goertz (Hg.): Alles gehört allen. Das Experiment Gütergemeinschaft vom 16. Jahrhundert bis heute. München: Vlg. C. H. Beck 1984.

Die gegenwärtige Redeweise vom ‚Staatssozialismus‘ mit Bezug auf die Benennung des DDR-Systems ist vollständig unbegründet (dieser Name geht auf Rodbertus zurück und wurde unter anderem von Bismarck favorisiert, der jungen SAPD ideologisch das Wasser abzugraben). Der korrekte Name – nämlich ‚Kommunismus‘ – wird deshalb nicht verwendet, weil in den Köpfen derer, die vom ‚Staatssozialismus‘ reden, der Kommunismus nur in seiner Idealität vorkommt, also als eine in einer möglichen Zukunft realisierbare Gemeinschaftsordnung, die es noch gar nicht gegeben hat. Es ist aber dringend nötig, die realen Arten des Kommunismus wahrzunehmen, um zu erkennen, dass der Kommunismus – zu deutsch: die Gütergemeinschaft – überhaupt als immer wieder realisierbarer Protest gegen den Egoismus der Privatpersonen eine dauernde Realmöglichkeit bleibt. Die Forderung mancher ‚Piraten‘ z. B., im Internet Geistesprodukte besonderer Personen kostenlos zu vergemeinschaften, ist klassisch kommunistisch, auch wenn die so Fordernden dies nicht wissen.

Mit anderen Worten: wird unter dem Sozialismus nicht mit der Komintern die ‚erste Phase der kommunistischen Gesellschaft‘ verstanden, sondern eine Sozialordnung, in der der Austausch genau nicht ausgeschlossen wird (und daher eine konvertible Währung besteht), so haben wir in ihr persönliches Privateigentum ebenso wie Gemeinschaftseigentum mit der Bedingung, daß die Gemeinwesen Privateignerentscheidungen im Interesse der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der Erhöhung der persönlichen Einkommen aller Gesellschaftsglieder determinieren. Dies heißt insbesondere, daß eine Spreizung der Vermögen so, daß das Gemeinwesen der überragende Schuldner ist, während einige seiner Privatpersonen das Vielfache dieser Schuld an positiven Vermögen haben, ausgeschlossen wird. (Das ist seit dem 1. Weltkrieg unter dem Terminus der *Vermögensabgabe* in Österreich zur Lösung der Verschuldungsprobleme des Staats vorgeschlagen worden und natürlich zu jeder Zeit realisierbar.)

Die Privatvermögen kommen selbstverständlich nicht durch die Leistung der entsprechenden Eigentümer zustande (wie sich der Liberalismus einbildet), sondern sind an die Existenz des *Systems* der Volkswirtschaft und der zugehörigen Regelungen gebunden, in denen die persönlichen Leistungen (d. h. die pro Zeit verrichteten Arbeiten) zu sehr unterschiedlichen Einkommen führen. In diesem Sinne ist der Sozialismus, mit Hegel zu sprechen, die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital. Der Sozialismus behandelt diesen Gegensatz als zu beherrschenden Widerspruch. Der Kommunismus behandelt ihn als auszuschließenden Widerspruch.

Was nun die SED-Führung unter der ‚entwickelten sozialistischen Gesellschaft‘ verstanden hat, ist ziemlich rein ideologischer Natur. Es kam ihr darauf an, daß man in der DDR nicht einfach Chruschtschows Prognose des Kommunismus für die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts teilen und öffentlich proklamieren konnte – schon gar nicht nach Errichtung der Mauer, dieser Kapitulationsurkunde im freien Wettbewerb mit der ‚sozialen Marktwirtschaft‘. Also erfand man einen Namen zur Bezeichnung einer imaginierten längeren Dauer des gegebenen Zustands. Diesen hob dann Honecker wieder auf, um erneut den bald zu erwartenden Kommunismus (die Marxsche ‚höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft‘) zu proklamieren. Dieses ganze Gerede ist bar jeglicher wissenschaftlicher Fundierung und nur als Phänomen ideologischer Selbstdeutung interessant.

Gab es im Umgang mit den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften einen grundsätzlichen Unterschied zwischen der Ulbricht- und der Honecker-Ära? Wenn ja, war der durch die unterschiedlichen Persönlichkeiten bedingt oder durch bestimmte historische Ereignisse? Und, wie zeigte sich das insbesondere im Hinblick auf die Ökonomie?

Ich würde gern darauf hinweisen, daß die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften eine Phase in der DDR-Entwicklung (einschließlich der Zeit von 1945 bis 1949) kennen, die außerhalb der Ulbricht- und der Honecker-Ära

liegt. Es handelt sich um die Konstituierung kommunistischer Professuren an den Universitäten unter der sowjetischen Militärverwaltung. Es ist nach meiner Sicht der Versuch einer akademischen Institutionalisierung kommunistischen Denkens, die ohne die Voraussetzung der sowjetischen Besetzung eines Teils Deutschlands nicht im Traum vorstellbar war. Das gilt für die Philosophie ebenso wie für die Ökonomie (die Soziologie hatte es wesentlich schwerer, überhaupt anerkannt zu werden), für die Psychologie, die Historiografie, die Linguistik etc. Schwerlich kann man zwischen 1945 und 1953 von einer ‚Ulbricht-Ära‘ sprechen. Die setzt eigentlich erst nach dem 17. Juni 1953 als Folge seiner Deutung als eines ‚faschistischen Putsches‘ durch die Moskauer Führungsgruppe um Chruschtschow ein. Die Absetzung Berijas und der Ausschluss der sogenannten Fraktion Zaisser-Herrnstadt markieren den Beginn der eigentlichen Ulbricht-Ära, die immerhin 1956 bis 1958 – im Gefolge des XX. KPdSU-Parteitags noch einmal in Frage gestellt wird. Mit der Elimination der ‚Fraktion‘ Schirdewan-Wollweber im Februar 1958 ist das persönliche Regiment Ulbrichts endlich etabliert – bis zu seiner Absetzung im Mai 1971.

Das entscheidende historische Ereignis, das die Konstituierung einer akademischen kommunistisch gebundenen oder wenigstens orientierten Professorenschaft in Frage stellte und 1958 zum Übergang in die bürokratisch von der Wissenschaftsabteilung des SED-ZK geleiteten und per Planung regierten Wissenschaftsinstitutionen führte, war der Ungarnaufstand vom Oktober und November 1956. Ihn führte Ulbricht in klassisch stalinistischer Deutung auf das Wirken der sogenannten Petöfi-Klubs zurück, an deren Spitze er Georg Lukács wahrnahm. Dass Ungarn in Paris einen Friedensvertrag unterschrieben hatte, der festlegte, dass nach dem Rückzug der Roten Armee aus Österreich (was nach dem Staatsvertrag 1955 geschah) auch die Anwesenheit sowjetischer Truppen in Ungarn zu beenden wäre, spielte für Ulbricht keine Rolle. Er nahm wahr, daß zwischen dem 30. Oktober (dem Rückzugsbeginn der Roten Armee aus Budapest) und dem 4. November 1956 (dem Beginn ihres 2. Einmarsches in Budapest) Angehörige der ungarischen Sicherheitstruppen Viehisch gelyncht wurden. Die Bilder dieser Opfer zeigte er seinem Politbüro mit der Frage, ob die Genossen etwa solche Zustände auch in der DDR zulassen wollten. Wenn nicht, müsse der Kampf gegen die Petöfi-Klubs in der DDR geführt werden. Dieser Kampf trat in seinen Resultaten zunächst mit der Verhaftung Wolfgang Harichs am 29. November 1956 in Erscheinung, sodann im Dezember 1956 mit der Fertigstellung eines MfS-Dossiers über das Philosophische Institut in Leipzig, das mit tätiger Mitwirkung des Leipziger Bezirkssekretärs Frölich gegen Ernst Bloch gerichtet war. Schließlich nahm die Volkskammer ein Strafrechtsergänzungsgesetz im Dezember 1957 an, das mit Wirkung vom 1. Februar 1958 geltendes Gesetz wurde. Und ab März 1958 rollte dann eine Verhaftungs- und Prozesswelle durch die DDR, die vor allem Universitätsmitarbeiter und Studenten traf. Viele wurden außerdem zur „Be-

währung“ in die Produktion geschickt, aus der kurioserweise nicht wenige gerade zum Studium an eben diese Universitäten delegiert waren.

Mit dem Start des ‚Sputnik‘ im Oktober 1957 gerieten die kommunistischen Führungen (besonders ihre Generalität) in eine euphorische Stimmung, kräftig genährt durch die zyklische Krise im Westen, so daß die Proklamation vom ‚Überholen ohne Einzuholen‘ 1958 in die Welt posaunt wurde. Dieses ideologische Geschrei wurde schon 1959 gedämpft, 1960 eingestellt und 1961 mit dem Mauerbau strikt konterkariert. Nun begann Ulbricht über die Kosten seines Regimes nachzudenken – im engen Kontakt mit Chruschtschow. Er eröffnete 1962 mit Blick auf die bekannte Liberman-Diskussion in der UdSSR eine Reformphase, die den Markt als Kriterium des Plans unterstellte, das Primat der Ökonomie erklärte. Diese Phase währt bis zum Amtsantritt Honeckers 1971. Sie bedeutet eine enorme Verbreiterung des sozialwissenschaftlichen Wirkens: Soziologie, Kybernetik, Operationsforschung, Kulturwissenschaft, Wissenschaftstheorie etc. werden aus der Taufe gehoben. Es gibt eine starke Ähnlichkeit zur 1921 von Lenin initiierten ‚Neuen Ökonomischen Politik‘.

Wie diese 1927/28 durch Stalin beendet wird, so endet mit dem Amtsantritt Honeckers 1971 das ‚Neue Ökonomische System der Planung und Leitung‘. Mit der Forcierung des Wohnungsbaus legt Honecker die Investitionstätigkeit lahm, wird er von Krediten kapitalistischer Banken abhängig und favorisiert nach dem Vorbild Breschnews wieder die ministerielle Leitung der Volkswirtschaft unter dem Kommando der Wirtschaftsabteilung des SED-ZK mit seinem Skat-Partner G. Mittag an der Spitze. Dies bedeutet die Konstituierung der Stagnationsperiode mit dem Resultat, daß die DDR seit 1977 Kredite braucht, um schon bestehende Kredite abzulösen. Im Juni 1982 ist sie de facto nicht mehr kreditwürdig. Aber da kommt Franz Josef Strauß. Alles weitere ist hoffentlich bekannt.

Für die Wissenschaft bedeutete die Honecker-Phase trotz der bürokratischen Planung den Gang in die Individualisierung der Projekte, die hier und dort gelang und hier und dort scheiterte. Die Wende 1989/90 zeigte plötzlich ein vielstimmiges Konzert persönlicher Konzepte, die eben in der Honecker-Phase ihre stille Vorbereitung fanden.

Wie hast Du selbst Ende der 1980er Jahre die Perspektiven für die Perestrojka in der SU und die – bescheidener formulierten – Ideen zur „Konzeption eines modernen Sozialismus“ von DDR-Intellektuellen gesehen?

Ich befand mich zwischen 1981 und 1989 ja in der völligen Isolierung, so daß ich diese ‚Konzeption‘ gar nicht in persönlich geführten Debatten kennenlernen durfte (ich war weder zitierfähig noch zu Veranstaltungen einladbar). Ich konnte sie erst in der Wendezeit wahrnehmen.

Der XX. Parteitag der KPdSU leitete eine Entstalinisierungskampagne ein, die 1964 mit der Absetzung Chruschtschows endete. Erst die Perestrojka nahm dieses Thema wieder auf. Eine grundlegende Analyse der Ursachen und

vor allem eine öffentliche Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Stalinismus gab es in der SED nicht. Im Gegenteil, man schottete sich gegen die Debatte sowjetischer Historiker und Publizisten ab. Wie hast Du die Debatte der Perestrojkazeit im Vergleich zu der der 1950er Jahre erlebt?

Eine ‚öffentliche Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Stalinismus‘ konnte es in der DDR selbstverständlich solange nicht geben, solange sie in der UdSSR nicht zugelassen war. Und dort setzte sie erst 1986/87 ein. Die deutschen Opfer des Stalinismus, sofern sie lebend in die Heimat zurückkehrten, redeten bekanntlich nicht. Dies besagt aber nicht, daß die nicht-öffentliche Auseinandersetzung etwa nicht stattfand. Je nach den Erfahrungen der einzelnen Menschen war diese Auseinandersetzung sehr verschieden beschaffen. Diejenigen, die die Nazizeit noch als empirische, sinnlich-gegenständliche Erfahrung zur Verfügung hatten, verstanden die DDR als eine historische Folge des von Hitler der UdSSR aufgezwungenen Krieges. Sie hatten sich zuerst mit den Angelsachsen Stalin als „Old Joe“ und Sieger im entsetzlichen 2. Weltkrieg vorgestellt und mussten dann im Februar 1956 eine einschneidende ideologische Wende vollziehen. Diejenigen, denen die DDR als a priori vorgegebene Lebensbedingung entgegenstand, hatten gewiss andere geistige Voraussetzungen für die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus zur Verfügung.

Aus meiner persönlichen Erfahrung kann ich berichten, daß ich 1958 die Gelegenheit hatte, Köstler ‚Sonnenfinsternis‘ zu lesen. Das passierte in dem Augenblick, in dem ich in Auseinandersetzungen am Philosophischen Institut der Humboldt-Universität verwickelt war, die zu einem Prozess gegen 3 Studenten dieses Instituts im September 1958 in Cottbus führten. Es wurden Zuchthausstrafen von 6, 5 und 3 Jahren u. a. deshalb ausgesprochen, weil diese Studenten Chruschtschows Rede gegen den Personenkult gelesen hatten, die MfS-Offiziere als „Fälschung“ deuteten und als Beweis für die „partei- und staatsfeindliche Tätigkeit“ dieser Studenten. Diese Situation führte für mich zu der Entscheidung, Köstler für einen Autor zu halten, der mich wahrscheinlich richtig informierte, nun aber nicht weitere Literatur dieser Art zu lesen, sondern nach meiner 3-jährigen ‚Bewährung in der Produktion‘ vielmehr die Beziehung der Philosophie zur Mathematik und Naturwissenschaft zu meinem Arbeitsgebiet zu machen. Hält man dies für eine Akkommodation an die bestehenden Verhältnisse, so ist dazu nichts weiter zu sagen als dies, daß jede Zeit die ihr entsprechende Akkommodation kennt.

In der Perestrojka-Zeit nahm ich erfreut wahr, daß die Rehabilitationen der umgebrachten Ökonomen (Tschajanow, Kondratjew etc.) erfolgten, um sodann durch Rehabilitationen Bucharins, Sinowjews und Kamenjews komplettiert zu werden. Auf die Rehabilitierung Trotzki's warte ich allerdings bis heute vergebens. Das zeigt, daß die intellektuelle Verarbeitung des Stalinismus in Russland noch immer im Fluss ist.

Honecker schwärmte von den Errungenschaften der sowjetischen Industrialisierung. Der vorgebliche Kämpfer für die Befreiung der Arbeit verweigerte aber jedes Wort zu der unfreien Sklavenarbeit von Gulag Häftlingen, die dabei zu Tode geschunden, gequält und gefoltert worden waren. Hast Du dafür eine Erklärung?

Die Erklärung liegt in der Beantwortung der Frage, wieso die Parteitreue für die Kommunisten der Generation, die zwischen 1898 und 1925 geboren wurde, eine so überwältigende, die Person in den Funktionär verwandelnde Bedeutung erlangt hat. „Die Partei hat immer recht“ (und die Partei war zu seiner Zeit mit Stalin identisch!) kann nur von Menschen als gültig angesehen werden, die auf Grund ihrer persönlichen Lebenserfahrung keine Chance sehen, als Personen emanzipiert zu werden, sondern ausschließlich und allein als Glieder einer Partei, die sich der Umwälzung der bestehenden Verhältnisse verschrieben hat. Warum diese Partei den Stalinismus hervorgebracht hat, kann erst objektiv und öffentlich studiert werden, wenn eben diese Partei keine politische Macht und militärische Gewalt mehr in Händen hat.

Honeckers Schwärmerei kann man natürlich auch als Erinnerung eines alten Mannes an erlebte Jugendabenteuer deuten. Wie das mit der Kenntnis der Sklavenarbeit von Gulag-Häftlingen zusammengehen kann, hat Karl Schlögel in seinem Buch ‚Terror und Traum. Moskau 1937‘ beschrieben.¹

1 München: Carl Hanser Vlg. 2008

Peter Ruben (geb. 1933) kann gleichsam als enfant terrible der DDR-Philosophie gelten. Als Philosophiestudent solidarisch mit antistalinistischen Reformern, wurde er der Universität verwiesen. 1961 kehrte er ins akademische Leben zurück. Mit seinen Analysen zum Charakter der dialektischen, mathematischen und fachwissenschaftlichen Theoriebildung und seinen umfangreichen Forschungen zur Widerspruchstheorie erwarb er sich einen über die DDR weit hinausreichenden Ruf als brillanter marxistischer Analytiker.

Als er mit Beginn der DDR-Krise Grundlagen der kommunistischen Wirtschaftsführung kritisch reflektierte, wurde er als „Revisionist“ attackiert und wissenschaftlich isoliert. Dem überaus produktiven Philosophen wurde dies zur Befreiung, konnte er sich doch nun ungebunden der sozialtheoretischen philosophischen Analyse widmen. Er erarbeitete einen eigenständigen Zugang zur Innovationstheorie wie zur Theorie der langen Wellen und warf die Frage nach Grundgrößen der Ökonomie auf. Im Anschluß an Tönnies' Analyse des Verhältnisses von Gemeinschaft und Gesellschaft fand er zu einer neuen Sicht auf Kommunismus und Marktwirtschaft.

1990 wurde der Außenseiter-Marxist zum Direktor des Zentralinstituts für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR gewählt. Ruben thematisiert die notwendige Abkehr vom kommunistischen Entwicklungsweg und skizziert Konturen einer sozialistischen Perspektive.

Peter Ruben: Gesammelte philosophische Schriften, herausgegeben von Ulrich Hedtke und Camilla Warnke in Verbindung mit Karl Benne.

Band 1: Zu den philosophischen Grundlagen

Band 2: Zu philosophischen Fragen von Wirtschaft und Gesellschaft

Band 3: Zu philosophischen Fragen der Naturwissenschaften. Zur Geschichte der Philosophie

Band 4: Peter Ruben und Camilla Warnke:
Zum philosophischen Denken in der DDR

Berlin 2022, Elektronische Ausgabe 2023